



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



**ARCHIV
FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
UND
SOZIALPOLITIK**

BEGRÜNDET VON

WERNER SOMBART, MAX WEBER UND EDGAR JAFFE

IN VERBINDUNG MIT

JOSEPH SCHUMPETER UND ALFRED WEBER

HERAUSGEGEBEN VON

EMIL LEDERER

56. BAND.



TÜBINGEN

VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)

1926

715
A8
v. 56

70. VIII
AUGUST

Alle Rechte vorbehalten

Druck von H. Laupp jr Tübingen

INHALT.

I. ABHANDLUNGEN.

	Seite
Bauer-Mengelberg, Dr. Käthe, Heidelberg, Privatdozent an der Handelshochschule Mannheim, Zur Theorie der Arbeitsbewertung II	129
Bonn, Dr. M. J., Professor in Berlin, Rationalisierung als finanzielles Problem	289
Eliasberg, Dr. Wladimir, München, Richtungen und Entwicklungstendenzen in der Arbeitswissenschaft I. 66, II.	687
Herzfeld, Dr. Marianne, Wien, Die Geschichte als Funktion der Geldbewegung. (Zum Problem der inflationistischen Geschichtstheorie)	654
Heyer, Dr. F., Deutscher Konsul in Glasgow, Der heu- tige Stand der sozialen Versicherung in England	160
— —, Die britische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.	733
Kondratieff, Dr. N. D., Professor in Moskau, Die langen Wellen der Konjunktur. (Mit 6 Kurven)	573
Lederer, Emil, Heidelberg, Der Zirkulationsprozeß als zentrales Problem der ökonomischen Theorie	I
Leroi-Fürst, Dr. Helene, Berlin, Die Entwick- lung der Lehre von der Zahlungsbilanz im 19. Jahr- hundert bis 1873	171
Mises, Dr. Ludwig, Professor in Wien, Interventio- nismus	610
Oualid, Dr. William, Professor in Paris, Die Ein- wanderung nach Frankreich und ihre Probleme	102
Palyi, Dr. Melchior, Privatdozent in Berlin, Der Zahlungsbilanzausgleich bei einseitigen Wertübertra- gungen	302
Sander, Dr. Fritz, Professor in Prag, Gesellschaft und Staat. Studie zur Gesellschaftslehre von Franz Oppenheimer	339
von Schulze-Gaevernitz, Dr. Gerhart, Ge- heimer Hofrat, Professor in Freiburg i. B., Die geistigen Grundlagen der angelsächsischen Weltherrschaft I.	26

	Seite
Staeble, Dr. Hans, Bonn, Die Aufbringung der Reparationsleistungen. Ergebnisse eines Seminars . . .	744
Totomianz, Dr. V., Professor in Berlin, Genossenschaftswesen in Sowjetrußland	470
Wilken, Dr. Folkert, Privatdozent in Freiburg i. B., Die Phänomenologie des Geldwertbewußtseins. (Unter besonderer Berücksichtigung von Gottls Theorie der »Wirtschaftlichen Dimension«)	417

II. LITERATUR.

Brinkmann, Dr. Carl, Professor in Heidelberg, Francis Ysidro Edgeworth (1845—1926)	524
Gitermann, Dr. Valentin, Zürich, J. Kulischer's Russische Wirtschaftsgeschichte	777
Grotkopp, Dr. Wilhelm, Stockholm, Sozialismus und Wirklichkeit. Zur Charakteristik der schwedischen Sozialdemokratie	789
Haubach, Dr. Theodor, Hamburg, Hendrik de Man: Psychologie des Sozialismus	254
Leubuscher, Dr. Charlotte, Privatdozent in Berlin, Der sozialwissenschaftliche Gehalt von Beatrice Webbs Jugenderinnerungen	770
Mildschuh, Dr. Wilibald, Professor in Prag, Uebersicht über die neuere Geldliteratur	498
Mombert, Dr. P., Professor in Gießen, Neuere Erscheinungen zur Bevölkerungslehre und Bevölkerungsstatistik	235
Schmitt, Dr. Carl, Professor in Bonn, Zu Friedrich Meineckes »Idee der Staatsräson«	226
Sommer, Dr. Louise, Privatdozent in Genf, Marxismus und Religionsphilosophie	799
Waffenschmidt, Dr. Walter G., Gewerberat, Privatdozent, Karlsruhe, Technisch-wirtschaftliche Literatur von 1925	246

III. LITERATURANZEIGER 259, 531, 811

EINZEL-VERZEICHNIS

der im Literaturanzeiger und in den Literaturübersichten besprochenen Werke mit Angabe der Referenten.

	Seite		Seite
Adler, Max, Marxistische Probleme. (<i>Louise Sommer</i>)	799	Auler, Wilhelm, Das Pfandbriefgeschäft als Kapitalquelle der deutschen Hypothekenbanken. (<i>Eduard Wegener</i>)	841
— —, Marx als Denker. (<i>Louise Sommer</i>)	799	Batkis, Die Sexualrevolution in Rußland. (<i>P. Mombert</i>)	242
— —, Das Soziologische in Kants Erkenntniskritik. (<i>Louise Sommer</i>)	799		

	Seite		Seite
Bauer, Otto, Der Kampf um Wald und Weide. (<i>W. Steffler</i>)	545	Chojnacki, P., Die Ethik Kants und die Ethik des Sozialismus. (<i>K. Vorländer</i>)	539
— —, Sozialdemokratische Agrarpolitik. (<i>W. Steffler</i>)	547	— — —, (<i>Louise Sommer</i>)	810
Becker, C. H., Islamstudien I. Teil. (<i>Paul Wittek</i>)	265	Cohn, Willy, Verkäuferinnen. (<i>Robert Michels</i>)	840
Beckmann, Fritz, Die Organisationsformen des Weltfunkverkehrs. (<i>W. G. Waffenschmidt</i>)	838	Credner, Wilhelm, Landwirtschaft und Wirtschaft in Schweden. (<i>Wilhelm Grothopp</i>)	542
Beiträge zur sozialen Fürsorge Heft 4—7. (<i>A. Fraenkel</i>)	849	Darmstaedter, Friedrich, Recht und Rechtsordnung. (<i>E. v. Hippel</i>)	531
Bidwell, Percy Wells und Falconer, John I., History of Agriculture in the Northern United States. (<i>Brinkmann</i>)	834	Edgeworth, F. Y., Papers relating to Political Economy. (<i>Wilibald Mildschuh</i>)	525
Binz, Arthur, Chemische Technologie. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	246	Emge, C. A., Vorschule der Rechtsphilosophie. (<i>Felix Kaufmann</i>)	817
Bleicher, H., Statistik. I. Teil Allgemeines. Physikalische und Bevölkerungsstatistik. 2. Aufl. (<i>P. Mombert</i>)	245	Erlebnisse und Erfahrungen Heidelberger Werkstudenten. (<i>K. Bauer-Mengelberg</i>)	835
Boggs, Theodor, The international trade balance in theory and practice. (<i>Wilibald Mildschuh</i>)	513	Eucken, Der Wahrheitsgehalt der Religion. (<i>Louise Sommer</i>)	810
Bozi, Else, Gerichtshilfe für Erwachsene. (<i>Fr. Darmstädter</i>)	285	Faucherre, H., Umriss einer genossenschaftlichen Ideengeschichte. (<i>V. Totomianz</i>)	842
v. Braken, Helmut, Persönlichkeitserfassung auf Grund von Persönlichkeitsbeschreibungen. (<i>Eliasberg</i>)	269	Filene, Eduard A., Ein Weg aus dem Wirrwarr. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	251
Bucerius, Walter, Grundlagen der rationellen Betriebsführung. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	252	Funk, Friedrich Otto, Die eidgenössischen Volksabstimmungen von 1874—1914. (<i>Fritz Giovanoli</i>)	855
— —, Rationelle Betriebsführung im Bäckerhandwerk. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	252	Gautschi, Alfred, Die Aluminiumindustrie. (<i>W. G. Waffenschmidt</i>)	838
Bücher, Karl, Lebenserinnerungen. (<i>Charlotte Leubuscher</i>)	770	Gehrig, H., Wirtschaftsnot und Selbsthilfe der deutschen Studentenschaft. (<i>K. Bauer-Mengelberg</i>)	835
Bues, Hermann, Die Stellung des Jugendlichen zum Beruf und zur Arbeit. (<i>Eliasberg</i>)	823	Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Oesterreich, herausgegeben von Julius Bunzel. (<i>S. Schilder</i>)	278
Cannan, Edwin, Money. Its connexion with rising and falling prices. (<i>Wilibald Mildschuh</i>)	499	Girgensohn, Der seelische Aufbau des religiösen Erlebens. (<i>Louise Sommer</i>)	810
Cassirer, Ernst, Das Erkenntnisproblem in der Philosophie. (<i>Louise Sommer</i>)	801	Grabe, Chr., Der Einfluß der Pendelwanderung auf die Arbeitnehmer. (<i>P. Mombert</i>)	238
Chase, Stuart, The Tragedy of Waste. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	250	Graziadei, Antonio, Der Begriff der Mehrarbeit und die Werttheorie. (<i>Käthe Bauer-Mengelberg</i>)	831

	Seite		Seite
Grünhut, Max, Begriffsbildung und Rechtsanwendung im Strafrecht. (<i>Erik Wolf</i>)	853	die Teuerung bekämpft. (<i>S. Schilder</i>)	282
Grüttrup, Johann, Mensch und Technik. (<i>W. G. Waffenschmidt</i>)	836	Kallbrunner, Hermann, Der Wiederaufbau der Landwirtschaft Oesterreichs. (<i>W. Steffler</i>)	548
Gutmann, Bruno, Das Recht der Dschagga. (<i>Karl Sapper</i>)	267	Karleby, Nils, Socialismen inför Verkligheten. Studier över socialdemokratisk askadning och nutidspolitik. (<i>Wilhelm Grotkopp</i>)	789
Haensel, Paul, Das Steuersystem Sowjetrußlands. (<i>C. Brinkmann</i>)	845	Kent, William, Warum arbeitet die Fabrik mit Verlust? (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	249
Hargreaves, E. L., Restoring Currency Standards. (<i>Melchior Palyi</i>)	550	Kinkel, Johann, Zur Frage der psychologischen Grundlagen und des Ursprungs der Religion (<i>Louise Sommer</i>)	810
Hawtrey, Currency and credit. (<i>Wilibald Mildschuh</i>)	502	Koellreutter, Otto, Die politischen Parteien im modernen Staate. (<i>Herbert Sultan</i>)	501
Heichelheim, F., Die auswärtige Bevölkerung im Ptolemäereich. (<i>P. Mombert</i>)	236	Köttgen, Carl, Das wirtschaftliche Amerika. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	248
Heller, Hermann, Die politischen Ideenkreise der Gegenwart. (<i>Wilhelm Grotkopp</i>)	557	Kranold, Albert, Das Problem des Achtstundentages. (<i>Julius Mühlenfeld</i>)	277
✓ Hensleit, Gertrud, Das weibliche Arbeitsinspektorat in Deutschland und in England. (<i>W. G. Waffenschmidt</i>)	837	Kraus, Herbert, Gedanken über Staatsethos im internationalen Verkehr. (<i>Erik Wolf</i>)	532
v. Hentig, Hans, Robespierre. (<i>Grühle</i>)	824	—, Oskar, Der Machtgedanke und die Friedensidee in der Philosophie der Engländer. (<i>Erik Wolf</i>)	818
✓ Herkner, Heinrich, Steuernotwirtschaft, Steuerreform und Finanzausgleich. (<i>C. Brinkmann</i>)	845	Kriek, Ernst, Menschenformung. (<i>A. Argelander</i>)	821
Heymann und Freudenberg, Morbidität und Mortalität der Bergleute im Ruhrbezirk. (<i>P. Mombert</i>)	241	Krohn, Martineck und Bauer, Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten. (<i>W. Eliasberg</i>)	839
Hucho, Wolfgang, Die Naturalentlohnung in der deutschen Landwirtschaft. (<i>Kurt Ritter</i>)	275	Kuczynski, Jürgen, Zurück zu Marx. (<i>Käthe Bauer-Mengelberg</i>)	832
Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 24. Jahrgang. I. Band. Herausgegeben von Heinrich Kaufmann. (<i>Wilhelm Grotkopp</i>)	280	Kulischer, Josef, Russische Wirtschaftsgeschichte. (<i>Valentin Giltmann</i>)	777
James, Die religiöse Erfahrung in ihrer Mannigfaltigkeit (<i>Louise Sommer</i>)	810	Kunz, Josef L., Die völkerrechtliche Option. I. Band: System der Option; die Option im deutschen Friedensvertrag. (<i>S. Schilder</i>)	563
Ichok, G., La protection sociale de la santé. (<i>E. Dietrich</i>)	556	Laufenburger, Henry, L'industrie sidérurgique de la Lorraine désannexée et la France. (<i>Robert Michels</i>)	277
Junker, Paul W., Die Weltanschauung des Marxismus und Platos Staatsidee. (<i>Wilhelm Kromphardt</i>)	815		
✓ Kaff, Siegmund, Politik und Geschäft oder wie genossenschaftliches Falschmünzertum			

	Seite		Seite
Lindsay, A. D., Karl Marx's Capital. An introductory Essay (<i>Arthur Prinz</i>)	541	Mythus, Der, vom Orient und Okzident. Eine Metaphysik der alten Welt. Aus den Werken von J. J. Bachofen mit einer Einleitung von Alfred Baessler, herausgegeben von Manfred Schröter. (<i>Friedrich Seifert</i>)	811
Liniger, Hans, Der Rentemann. 2. Aufl. (<i>W. Eliasberg</i>)	270	Neubauer, Wilhelm, Der Kampf um den Wald. (<i>W. Steffler</i>)	549
Lipmann, Otto, Unfallursachen und Unfallbekämpfung. (<i>W. Eliasberg</i>)	825	Nogaro, La monnaie et les phénomènes monétaires contemporains. (<i>Wilibald Mildschuh</i>)	510
Lütken, Charlotte, Die deutsche Jugendbewegung. (<i>Wilhelm Grotkopp</i>)	537	Nötzel, Karl, Die soziale Bewegung in Rußland. (<i>László Radányi</i>)	270
Maass, Hans, Grundfragen des städtischen Wohnungswesens. (<i>B. Asch</i>)	555	Nubbaum, Arthur, Das Geld in Theorie und Praxis des deutschen und ausländischen Rechts (<i>Julius Mühlensfeld</i>)	551
Maier, Hans, Die gesellschaftliche Bedeutung der Wohlfahrtspflege. (<i>A. Fraenkel</i>)	850	Oesterreich, Einführung in die Religionspsychologie, deutsch von Wobbermin (<i>Louise Sommer</i>)	810
de Man, Hendrik, Psychologie des Sozialismus. (<i>Theodor Haubach</i>)	254	Ouzélatz, M. M., Recherches sur l'épargne ouvrière. (<i>S. Schilder</i>)	282
Männer der Technik, herausgegeben von Conrad Matschoss. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	247	Perl, Otto, Krüppeltum und Gesellschaft im Wandel der Zeit. (<i>A. Fraenkel</i>)	852
Marbe, Carl, Praktische Psychologie der Unfälle und Betriebsschäden. (<i>Eliasberg</i>)	826	Philosophischer Anzeiger. Herausgegeben von Helmuth Plessner. (<i>N. v. Bubnoff</i>)	536
Marr, Heinz, Klasse und Partei in der modernen Demokratie. (<i>Herbert Sullan</i>)	561	Piper, Otto, Das religiöse Erlebnis (<i>Louise Sommer</i>)	809
Mausbach, J., Ehe und Kinderreichtum vom Standpunkt der christlichen Sittenlehre. 4. Aufl. (<i>P. Mombert</i>)	240	Pound, Arthur, The iron man. Uebersetzt von J. M. Witte. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	249
v. Mayr, G., Statistik und Gesellschaftslehre. 2. Bd. Bevölkerungsstatistik. 2. Aufl. (<i>P. Mombert</i>)	243	Preuß-Sperber, O., Deutschlands Auswanderungsfrage. (<i>P. Mombert</i>)	238
Meinecke, Friedrich, Idee der Staatsräson. (<i>Carl Schmitt</i>)	226	Raléa, Michel, Révolution et Socialisme. (<i>R. M.</i>)	272
Mennicke, Carl, Der Sozialismus als Bewegung und Aufgabe. (<i>Theodor Haubach</i>)	829	Rauecker, Bruno, Einführung in die Sozialpolitik. (<i>Frieda Wunderlich</i>)	840 ²
Mitgau, Der studentische Nebenerwerb nach dem Kriege. (<i>K. Bauer-Mengelberg</i>)	835	Rieppel, Paul, Fordbetriebe und Fordmethoden. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	249
Molle, Fritz, Das Eichsfeld als Ausgangsbezirk für Arbeiterwanderungen. (<i>P. Mombert</i>)	238	Rist, Charles, La déflation en pratique. (<i>Wilibald Mildschuh</i>)	507
v. Monakow, C., Ein instruktiver Fall von Unfallneurose. (<i>W. Eliasberg</i>)	827	Robertson, Money. (<i>Wilibald Mildschuh</i>)	506
Most, Otto, Wirtschaft und Gemeinde. (<i>Marcus Gilermann</i>)	846	Rodbertus-Jagetzow, Carl, Neue Briefe über Grundrente, Rentenprinzip und so-	
Müller, Joh., Deutsche Bevölkerungsstatistik. (<i>P. Mombert</i>)	244		
Museum, Das Deutsche. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	247		

	Seite		Seite
ziale Frage an Schumacher. (<i>W. Sulzbach</i>)	272	Siemon, Hans, Die Kultivierung und Besiedlung des Havelländischen und Rhinluches. (<i>Kurt Ritter</i>)	276
Röder, Ludwig, Heimarbeit und Landwirtschaft. (<i>Kurt Ritter</i>)	276	Sommer, Margarete, Die Fürsorge im Strafrecht. (<i>Fränkel</i>)	286
Röpke, Wilhelm, Geld und Außenhandel. (<i>Wilibald Mildschuh</i>)	514	Statistische Mitteilungen über den Hamburgischen Staat. Nr. 18. Die Bevölkerung der Stadt Hamburg vor und nach dem Kriege, nach Geschlecht, Alter und Familienstand. (<i>P. Mombert</i>)	241
Rössle, K., Grundzüge der handwerklichen Selbstkostenberechnung. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	252	Statistisches Handbuch der Stadt Bern. (<i>P. Mombert</i>)	241
Rümelin, Eduard, Heiratsalter und Fruchtbarkeit der Ehen und ihre Entwicklung seit 1500. (<i>P. Mombert</i>)	236	Totomianz, V., Einführung in das Genossenschaftswesen. (<i>S. Schilder</i>)	283
Rußland, Das heutige. 1917—1922. Wirtschaft und Kultur in der Darstellung russischer Forscher. (<i>Paul Olberg</i>)	543	—, Die Konsumvereine in Rußland. (<i>Paul Olberg</i>)	554
Salomon, Max, Grundlegung zur Rechtsphilosophie. (<i>Felix Kaufmann</i>)	818	Volkswirtschaftslehre der Gegenwart, Die, in Selbstdarstellungen. (<i>Charlotte Leubuscher</i>)	770
Scheler, Nation und Weltanschauung. (<i>Friedrich Hertz</i>)	259	Wagemann, Ernst, Allgemeine Geldlehre. I. Band: Theorie des Geldwerts und der Währung. (<i>Wilibald Mildschuh</i>)	517
Schilling, A., Die Lehre vom Wirtschaften. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	252	Wanderbewegungen, Die, 1920/23. (<i>P. Mombert</i>)	238
Schipper, Wilhelm, Die Bedeutung der Kälteindustrie für die Lebensmittelversorgung der Großstadt. (<i>W. G. Waffenschmidt</i>)	849	Webb, Beatrice, My Apprenticeship. (<i>Charlotte Leubuscher</i>)	771
Schloesser, Robert und Klein, Fritz, Neuzeitliche Werbearbeit für Konsumgenossenschaften. (<i>V. Totomianz</i>)	843	Weber, Adolf, Fürsorge und Wohlfahrtspflege. (<i>A. Fraenkel</i>)	853
Schmidt, P. H., Wirtschaftsforschung und Geographie. (<i>K. Sapper</i>)	274	—, Max, Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. (<i>C. Brinkmann</i>)	273
Schnabel, Franz, Die Anfänge des technischen Hochschulwesens. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	247	Wieser, Friedrich, Das Gesetz der Macht. (<i>Franz Oppenheimer</i>)	819
Schnyder, Werner, Die Bevölkerung der Stadt und Landschaft Zürich vom 14. bis zum 17. Jahrhundert. (<i>P. Mombert</i>)	237	Wilbrandt, R., Die Entwicklungslinie des Sozialismus. (<i>V. Totomianz</i>)	540
Schultze, Joh., Die Herrschaft Ruppín und ihre Bevölkerung nach dem 30jährigen Kriege. (<i>P. Mombert</i>)	237	Woldt, Richard, Die Lebenswelt des Industriearbeiters. (<i>Robert Michels</i>)	266
Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden. (<i>Charlotte Leubuscher</i>)	771	Wolfensberger, Fritz, Organisation der Maschinenfabrik. (<i>Walter G. Waffenschmidt</i>)	252
Shirras, G. Findlay, Volkseinkommen und Besteuerung. (<i>W. Gerloff</i>)	284	Woodbury, R. M., Causal Factors in infant mortality. (<i>P. Mombert</i>)	242
		Zehrfeld, Reinold, Hermann Conrings Staatenkunde. (<i>Louise Sommer</i>)	833

11

C7

ARCHIV
✓
FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
UND
SOZIALPOLITIK

SEP 14 1926

BEGRÜNDET VON
WERNER SOMBART, MAX WEBER UND EDGAR JAFFE
IN VERBINDUNG MIT
JOSEPH SCHUMPETER UND ALFRED WEBER
HERAUSGEGEBEN VON
EMIL LEDERER
56. BAND. / 1. HEFT.



TÜBINGEN
VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
1926

Band 56.

INHALT DES ERSTEN HEFTES

(August 1926.)

	Seite
I. ABHANDLUNGEN.	
Der Zirkulationsprozeß als zentrales Problem der ökonomischen Theorie. Von EMIL LEDERER, Heidelberg	1
Die geistigen Grundlagen der angelsächsischen Weltherrschaft I. Von Geheimen Hofrat Professor Dr. GERHART VON SCHULZE-GAEVERNITZ, Freiburg	26
Richtungen und Entwicklungstendenzen in der Arbeitswissenschaft I. Von Dr. W. ELIASBERG, München	66
Die Einwanderung nach Frankreich und ihre Probleme. Von Professor Dr. WILLIAM OUALID, Paris	101
Zur Theorie der Arbeitsbewertung II. Von Frau Dr. KÄTHE BAUER-MEN- GELBERG, Heidelberg, Privatdozentin an der Handelshochschule Mannheim	129
Der heutige Stand der sozialen Versicherung in England. Von Dr. F. HEYER, Deutscher Konsul in Glasgow	160
Die Entwicklung der Lehre von der Zahlungsbilanz im 19. Jahrhundert bis 1873. Von Frau Dr. HELENE LEROI-FÜRST, Berlin	171
II. LITERATUR.	
Zu Friedrich Meineckes »Idee der Staatsräson«. Von Professor Dr. CARL SCHMITT, Bonn	226
Neuere Erscheinungen zur Bevölkerungslehre und Bevölkerungsstatistik. Von Professor Dr. P. MOMBERT, Gießen	235
Technisch-wirtschaftliche Literatur von 1925. Von Gewerberat Privatdozent Dr. WALTER G. WAFFENSCHMIDT, Karlsruhe	246
Hendrik de Man: Psychologie des Sozialismus. Von Dr. THEODOR HAU- BACH, Hamburg	254
III. LITERATUR-ANZEIGER.	
	259

Voranzeige.

Das 2. Heft des 56. Bandes wird voraussichtlich enthalten:

I. Abhandlungen: 1. Prof. Dr. J. M. Bonn, Berlin: Rationalisierung als finanzielles Problem. 2. Priv.-Doz. Dr. Melchior Palyi, Berlin: Der Zahlungsbilanzausgleich bei einseitigen Wertübertragungen. 3. Prof. G. A. Stundensky, Moskau: Zur Frage der Bestimmung und der Berechnung der Intensität in der Landwirtschaft. 4. Priv.-Doz. Dr. Folkert Wilken, Freiburg i. Br.: Zur Phänomenologie des Geldwertbewußtseins. 5. Prof. N. D. Kondratieff, Moskau: Lange Wellen der Konjunktur. 6. Prof. Dr. Fritz Sander, Prag: Gesellschaft und Staat. 7. Prof. Dr. V. Totomianz, Berlin: Genossenschaftswesen in Rußland.

II. Literatur: 1. Prof. Dr. W. Mildschuh, Prag: Zur neueren geldtheoretischen Literatur. 2. Dr. V. Gitermann, Zürich: Kulischers Russische Wirtschaftsgeschichte und Kljutschewskys Geschichte Rußlands.

Zuschriften und Zusendungen sind an Herrn Dr. A. von Schelting für die Redaktion des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik in Heidelberg, Augustinergasse 15, zu richten. Manuskriptsendungen ist Rückporto beizufügen.

Mit 3 Beilagen der Verlagsbuchhandlung.

Der Zirkulationsprozeß als zentrales Problem der ökonomischen Theorie¹⁾

Von

EMIL LEDERER.

Die theoretische Nationalökonomie hat als Wissenschaft von der Volkswirtschaft begonnen. Der Merkantilismus wie die Physiokraten handeln von dem Ganzen der Volkswirtschaft. Der Merkantilismus tut dies allerdings unter einem privatwirtschaftlichen Bilde, indem er die ganze Volkswirtschaft als einen Kaufmann vorstellt und überdies noch den theoretischen Charakter des Handelsprofits verfehlt. Immerhin werden alle Produktions- und Konsumakte in ihrer Bedeutung und ihrem Wert für ein volkswirtschaftliches Ideal geordnet, anerkannt oder verworfen.

Die Physiokraten schürften etwas tiefer. Sie analysieren die Produktionssphäre. Freilich mit viel Metaphysik, mit rationalistischer Vereinfachung aller Verwicklungen, mit starker Vergewaltigung der offensichtlichsten Tatsachen, welche schon die Zeitgenossen zur Satire herausgefordert hat. Immerhin: im Gedanken des Kreislaufs und in der Fragestellung, daß die ökonomische Theorie die Bedingungen dieses Kreislaufs zu entdecken habe, zeigen sie eine geniale Sicherheit in der Herausarbeitung ihres Erkenntnisobjekts.

Die Fragestellung der Physiokraten mußte aber in der späteren Theorie stark zurücktreten. Denn wie soll ein Gesamtprozeß

¹⁾ Diese Abhandlung ist bereits im Herbst 1924 in der Zeitschrift der ökonomischen Fakultät der Kaiserlichen Universität Tokio erschienen. Ich bringe sie hier auf Wunsch mehrerer Fachgenossen im Einvernehmen mit den anderen Herausgebern zum Abdruck, weil sie für europäische Leser in der erwähnten Zeitschrift praktisch unerreichbar ist. Auch sehe ich von einer ursprünglich geplanten Neubearbeitung des Gedankenganges ab, weil ich angesichts bevorstehender Erörterungen über das hier behandelte Problem, die notwendige Neuorientierung der ökonomischen Theorie, Wert darauf lege, meine zeitlich weiter zurückliegenden Formulierungen dem Urteil der Fachgenossen zu unterbreiten.

E. L.

analysiert oder konstruiert werden, wenn dessen Elemente noch unbekannt sind? Aus dem Gesetz der Schwerkraft kann ich freilich nicht das Weltsystem ableiten, aber ich kann andererseits auch das Weltsystem ohne das Gesetz der Schwerkraft (der Massenanziehung) nicht verstehen. Ähnlich mit dem Wertgesetz: Entwicklung des Wertgesetzes, Ableitung der Preise, Gesetze für die Relationen der einzelnen Waren auf dem Märkte, bietet sich als erste Aufgabe der Theorie dar. Freilich, aus diesen Gesetzmäßigkeiten kann ich das Ganze der Volkswirtschaft nicht ableiten. Ich kann es weder aus einem allgemeinen Wert- und Preisgesetz ableiten, noch aus theoretischen Regeln für, seien es auch komplizierte Einzeltatbestände, wie die Lohn-, die Zins- oder die Grundrententheorie usw.

Diese allgemeinen und besonderen Preisgesetze knüpfen interessanter Weise immer an die Existenzbedingungen des Einzelunternehmens an. Dessen Kreislauf wird untersucht, seine Lebensform, seine Art sich zu reproduzieren, eventuell sich auf erweiterter Stufenleiter zu reproduzieren, ist das Thema der ökonomischen Theorie, nicht aber die Gesamtheit der Volkswirtschaft, nicht die Volkswirtschaft als Ganzes in ihrem Zirkulations- und zugleich Reproduktionsprozeß. (Besonders deutlich zeigt sich das in der Grenznutzentheorie.) Wo nicht das Einzelunternehmen allein untersucht wird, sondern wo die Produktionseinheiten in ihrer Verknüpfung das Problem darbieten, ist der Ausgangspunkt ein statisches System. Es wird also untersucht, wie sich in einem grundsätzlich statischen Wirtschaftsprozesse die Preise fixieren; oder, um es von einer anderen Seite her auszudrücken: wie unter gegebenen Daten (d. h. Produktionsmitteln, Bodenleistungen und Arbeitskräften) ein Gleichgewicht erzielt werden kann in der Art, daß Produktion und Konsum ohne Grenze sich immer zu wiederholen vermögen. So ist das Wirtschaften für diese Theorie gewiß eine Kontinuität — aber eine statische, und es wird stets gefragt: wie findet sich dieser Wirtschaftsprozesse bei einer Störung, und eine solche liegt schon bei Aenderung der Daten vor, wieder zur Statik zurück?

Diese vereinfachte, von der Theorie konstruierte Situation bildet die gedankliche Grundlage, von der aus wir trachten müssen, die Volkswirtschaft in ihrer Bewegung, d. h. als ein grundsätzlich und prinzipiell sich veränderndes System zu be-

greifen, wobei wir genötigt sind, die einzelnen Teile in ihrer gegenseitigen Bedingtheit zu erfassen. Das tut auch schon die reine Theorie grundsätzlich; aber sie läßt diese Fragestellung doch oft zugunsten der Erörterung von Teilproblemen fallen, und sie faßt die Interdependenz in der Ruhelage oder in der Tendenz zur Ruhelage auf. Die Analyse des Wirtschaftsprozesses als eines Dynamischen wird aber gerade die Interdependenz als Beziehung sich bewegender Größen fassen und trachten müssen, die Regelmäßigkeiten in diesen korrespondierenden Veränderungen aufzudecken. Sie wird das typische Bild des bewegten, des dynamischen Wirtschaftsprozesses zeichnen.

So kann sich die ökonomische Theorie in verschiedenen Ebenen bewegen. Sie kann versuchen, das Preisproblem einer statischen Wirtschaft zu lösen, und die Gesetze der Preisbildung im allgemeinen sowie die Regelmäßigkeiten auf besonderen Märkten zu finden — und wer wollte leugnen, daß die bisherige Theorie in der weitaus überwiegenden Zahl ihrer Leistungen so verfahren ist? Und sie kann den Prozeß der dynamischen Volkswirtschaft als Gesamtprozeß zur Grundlage der Erörterung nehmen.

Noch einige Worte zur üblichen Methode der theoretischen Oekonomie: die Erkenntnisse der ökonomischen Theorie sind ihrer Hauptsache nach (wenn man von den Versuchen absieht, Entwicklungstendenzen zu konstruieren, wie bei Ricardo oder Marx) Teilerkenntnisse in dem Sinn, daß sie die Gesetzmäßigkeiten für die Preisbildung unter der Klausel „ceteris paribus“ geben. Es wird zwar theoretisch immer wieder anerkannt (insbesondere interessant die Aufsätze Cassels über Interdependenz des Preissystems in Conrads Jahrbüchern), daß alle Faktoren im Wirtschaftsleben in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander stehen, daß also ein Gesetz für eine besondere Kategorie von Preisen, z. B. den Lohn, isoliert gar nicht abgeleitet werden kann. Tatsächlich geht man aber doch immer so vor, daß man einen Faktor isoliert und seine Bewegung bis zur Ruhelage hin betrachtet, während die übrigen Faktoren als gegeben und unveränderlich angenommen werden. So werden die Bewegungsgesetze für den Arbeitslohn, Kapitalzins und Grundrente abgeleitet, d. h. es werden meist die Einzelpreise bestimmt unter der Voraussetzung eines im übrigen gegebenen Preis-

systems. Man fragt eben: bei welchem Preis für einen dieser Faktoren ergibt sich ein Gleichgewichtszustand? Dabei werden meist alle übrigen Faktoren als gegeben angenommen. Nur wo mit dem Prinzip der Interdependenz Ernst gemacht wird, werden die Preise als ein Funktionensystem konstruiert. In diesem Fall müssen sie aber auf ein gemeinsames Prinzip zurückgeführt werden — denn wie könnte sonst das Funktionensystem begriffen werden?

Die Isolierung der einzelnen theoretischen Probleme (z. B. Arbeitslohntheorie, Zinstheorie usw.) war gedanklich deshalb möglich, weil eben die reine Theorie — ob bewußt oder unbewußt — immer eine statische Wirtschaft im Auge hat, in der die Relationen zwischen den einzelnen Waren als konstant vorausgesetzt werden (beziehungsweise wenigstens im erreichten Ruhezustande). Tatsächlich hat ja eine Preistheorie, welche ein Prinzip für die Preisbildung sucht, die unausgesprochene Voraussetzung, daß ein solches Prinzip besteht, welches die Preise, mindestens in ihrem Verhältnis zueinander, fixieren kann. Das ist aber nur in der Statik und in einem höchstens konstruierbaren (niemals aber realen) Idealtypus gleichmäßiger Dynamik der Fall.

Nun hat schon Adam Smith gesehen, daß die Preise als Marktpreise häufig von dem allgemeinen Prinzip abweichen. Er wie alle spätere Theorie interessiert sich für diese Abweichungen vom allgemeinen Prinzip nur insofern, als sie wieder zum „natürlichen“, d. h. theoretisch »richtigen« Preise zurückleiten. Aber die Beobachtung der Marktpreise könnte auch zu einer anderen Fragestellung hinführen: In dieser würden nicht die Preise in ihrer Bestimmung durch ein Prinzip begriffen werden, sondern es würde sich das Preissystem als ein Gefüge darstellen, in welchem jeder Teil die andern bestimmt und von diesen wieder bestimmt würde; ferner: in diesem Gefüge wäre zwar ein Prinzip der Preisbestimmung wirksam, aber das Hauptaugenmerk würde sich auf die Deviationen der Preise richten, welche regelmäßig durch die Bewegung des Wirtschaftssystems hervorgerufen würden. Auch in einer solchen Betrachtung wird das Bild der statischen Wirtschaft mit festen Preisrelationen, nach bestimmtem Prinzip geformt, als Hilfskonstruktion vorausgesetzt. Es wird aber mit Bewußtsein überschritten.

Die real vorkommende dynamische, kapitalistische Volkswirtschaft erfordert diese Methode, denn man kann ihr Gefüge nur als Gesamtzusammenhang erfassen. Eine Theorie der dynamischen, kapitalistischen Volkswirtschaft wird daher nicht von der Preislehre ihren Ausgangspunkt nehmen können, sondern der Zirkulationsprozeß der Volkswirtschaft in seiner Bewegung auf erweiterter Stufenleiter wird den Ausgangspunkt bilden müssen ²⁾).

Die Frage nach dem Gesamtprozeß ist in unserer Wissenschaft gewiß nicht neu. Ich habe schon angedeutet, daß sie am Beginn der ökonomischen Theorie stand. Aber sie kehrt auch immer wieder, trotzdem sich die Hauptmasse der wissenschaftlichen Arbeiter der Preistheorie gewidmet hat. Adam Smith ist zu stark an praktischen Problemen interessiert, ihn locken die Tatsachen zu stark an, als daß er nicht den Wirtschaftsprozeß als Ganzes, und zwar den dynamischen Wirtschaftsprozeß, wenigstens im Unterbewußtsein, als Erkenntnisobjekt gefühlt hätte. Auch bei Ricardo schlägt dieselbe Fragestellung durch, wenn er nach abstrakter Erörterung des Preisproblems die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Volkswirtschaft skizziert, die einander entgegengesetzte Bewegung von Kapitalzins und Grundrente entwickelt und z. B. die Wirkung von Maschinen diskutiert.

Am meisten ins Bewußtsein gehoben ist jedoch das Problem der dynamischen, kapitalistischen Wirtschaft bei Marx. Er folgt zwar im ersten Band des »Kapital« den Spuren der klassischen Oekonomie. Er untersucht das Bewegungsgesetz der Einzelunternehmung, die Akkumulation des Kapitals durch den vom Arbeiter geleisteten Mehrwert. Aber schon in dieser Untersuchung weist er immer wieder auf die gesellschaftliche Verknüpfung der einzelnen Unternehmer und Arbeiter hin, auf die Warenproduktion als gesellschaftliche Tatsache, auf die Ware als eine gesellschaftliche Hieroglyphe. Jeder einzelne in der Waren produzierenden Gesellschaft ist, so sehr er sich subjektiv individuell als einzelner fühlen mag, in dem gesellschaftlichen Zusammenhang verhaftet. Die Wirtschaft ist eine gesellschaftliche Macht, d. h. in ihrem Sein zu begreifen als Gesamtkomplex von Handlungen vergesellschafteter, durch ihr Zusammenleben verknüpfter Menschen. (Daß dieser gesellschaft-

²⁾ Das ist auch die Fragestellung Schumpeters. Man kann seine »Theorie der Entwicklung« am besten auffassen als Antwort auf die Frage: wie ist dynamische, kapitalistische Wirtschaft überhaupt möglich?

liche Zusammenhang ein eigenartiger **A r b e i t s z u s a m m e n h a n g** ist, macht die Erfassung des Austauschsystems nach einem Prinzip erst möglich). In diesem Zusammenhang unterliegen die einzelnen Menschen, als Naturwesen, gesellschaftlichen Bedingungen: sie werden Arbeiter, Proletarier, Kapitalisten, Grundherren usw. Diese Fixierung der menschlichen Naturwesen in den gesellschaftlichen Zusammenhang können wir durch Zeichnung eines Querschnitts erschließen. Der erste Band des »Kapital« ist dieser Aufgabe gewidmet, und hier erhält die Preistheorie (von der Seite der Verteilung des Produktionsertrages her gesehen) in der Tat ein gesellschaftliches Gesicht, das sie bei Ricardo noch nicht hat. Die Wirtschaft wird in **U n t e r n e h m e n** konzentriert, und das Unternehmen ist nicht eine ewige, sondern eine historisch spezifische Form des Wirtschaftens, welche ein bestimmtes gesellschaftliches Bild und zwar eine **d y n a m i s c h e** Gesellschaft anzeigt.

Indem im ersten Band des »Kapital« der gesellschaftliche Zusammenhang der einzelnen ökonomischen Kategorien hergestellt wird, spitzt sich die Untersuchung auf diese ökonomischen Kategorien, Arbeitslohn, Unternehmergewinn, Grundrente zu. Das Lebensgesetz der Einzelunternehmung steht im Mittelpunkt, die individuelle Akkumulation ist das Thema des ersten Bandes. Der Produzent, in seiner Funktion, Kapital zu akkumulieren, wird analysiert. Das **U n t e r n e h m e n** als sich bewegende und entwickelnde ökonomische Erscheinung steht im Mittelpunkt. Was aber eine Gesellschaft von akkumulierenden **U n t e r n e h m u n g e n** bedeutet (nebst allen von ihr erfaßten Personen als Beteiligte an der Produktion und als Markt), das wird im ersten Bande des »Kapital« noch nicht untersucht.

Der zweite Band des »Kapital« bringt dieses Problem: wie ist die volkswirtschaftliche Gesellschaft als **G e s a m t h e i t a k k u m u l i e r e n d e r U n t e r n e h m u n g e n** möglich? Das Hauptverdienst des zweiten Bandes besteht darin, das Problem gestellt und die Richtung der Lösung angedeutet zu haben. Aber die zahlreichen, meist unglücklichen Versuche der neu-marxistischen Schule, das Problem weiterzuführen, zeigen bereits, daß wir es hier lediglich mit einem Anfang zu tun haben.

Der Zustand der ökonomischen Theorie zwingt dazu, dieses Problem heute in den Mittelpunkt zu stellen und es reinlich, gesondert zu behandeln. Denn es drängt sich ja immer in die Analyse der Einzelphänomene (z. B. Lohn, Zins) hinein und stört deren

konsequente Erörterung. Wert- und Preisprobleme, ihre Entfaltung als Theorie des Warenpreises, des Arbeitslohns, der Grundrente, die Preisbildung der Produktionsmittel usw. sollten nur für die statische Wirtschaft erörtert werden. Das hat Schumpeter z. B. sehr richtig und deutlich gefühlt, wenngleich es ihn dazu verleitete, die ökonomische Theorie als Konstruktion eines Systems von lauter Quantitäten aufzubauen. Aber in der Tat ist jede Preistheorie als allgemeine Theorie des Preises nur innerhalb der oder für die statische Wirtschaft möglich, und sie untersucht daher, soweit eine dynamische Wirtschaft in Frage kommt, deren *Statisierungstendenzen*. Der Warenpreis, der Arbeitslohn usw. wird auch innerhalb der dynamischen Wirtschaft untersucht unter der Fragestellung, daß ein Gleichgewichtszustand wieder erreicht wird, d. h. eine Statik.

Diese Bedingung aller Preistheorie muß man festhalten, um zu erkennen, daß es sich bei der Analyse des Wirtschaftsprozesses als eines Ganzen, und insbesondere bei der Analyse des in sich dynamischen Wirtschaftsprozesses um ein ganz andersartiges Problem handelt. Nicht um die Rückkehr zur Statik, nicht um Preise oder Preisrelationen, welche bei gleichbleibenden Bedingungen *da u e r n d* gegeben sein können, sondern gerade um die Veränderungen, um die Verschiebungen in den Daten. Wenn ich frage: wie gestaltet sich die Volkswirtschaft aus, wie vollzieht sich der Prozeß des Wachstums, so kann ich die Antwort aus dem Preisgesetz *a l l e i n* nicht ableiten. Da finde ich (siehe den I. Band des »Kapital« von Marx!) höchstens die Antwort auf die Frage, wie das *E i n z e l u n t e r n e h m e n* wächst, aber ich gerate sofort in die größten Schwierigkeiten, wenn ich die Bedingungen für das Wachstum des Einzelunternehmens auf die *G e s a m t h e i t* übertrage. (Das Einzelunternehmen wächst um so rascher, je geringer der Lohn ist. Die Gesamtheit der Unternehmungen aber kann nur wachsen, wenn auch die Lohnsumme steigt.) Das Preisgesetz gibt ebensowenig die Gesamtform und Gestalt der kapitalistischen Wirtschaft als das Gesetz der Ernährung und des Wachstums der einzelnen Zelle etwas über die Gestalt und Eigenart eines Organismus höherer Ordnung aussagt. Mit durchaus richtigem Instinkt hat daher Schumpeter das »Wesen und den Hauptinhalt der ökonomischen Theorie« innerhalb des statischen Systems abgehandelt. Und er ist folgerichtig zur Aus-

schaltung des Zinsproblems gelangt, das innerhalb der Statik deshalb nicht lösbar ist, weil es in ihr gar nicht vorhanden ist. Damit aber ist schon die Struktur des Einkommenssystems als eine historische, d. h. an eine spezifische Wirtschaftsform gebundene festgestellt.

Die Statik ist deshalb ein besonders bevorzugtes Gebiet der Theorie, weil nur für sie die Warenpreise, ebenso wie Arbeitslohn und Grundrente theoretisch eindeutig entwickelt werden können. Einkommen und Preise können als gleichartige Größen behandelt werden, insbesondere können die Einkommen restlos als Preise aufgefaßt werden. Innerhalb der Statik wird auch aus der Sphäre des Geldes heraus keine Störung zu befürchten sein, weil ja schon begrifflich der Geldwert innerhalb der Statik als stabil angenommen werden muß.

Die Schwierigkeit beginnt für eine Preistheorie und insbesondere eine Lohntheorie erst dann, wenn weder ein statischer Wirtschaftsprozess gegeben ist, noch innerhalb der dynamischen Volkswirtschaft eine eindeutige Tendenz zur Stasisierung aufgezeigt werden kann. Denn dann wissen wir nur, daß die ökonomischen Daten stets im Fluß sind, wir können sie nur als Kette von Störungen auffassen, wir können aber die spezifische Gestalt dieser Bewegung noch nicht zeichnen. Vielleicht gibt es mehrere solcher Bewegungsformen der Volkswirtschaft? Jedenfalls müssen wir trachten, sie als ökonomische Gesamtheiten, als ökonomischen Prozeß in ihrer Eigenart zu erfassen.

Die »Theorie der Entwicklung« von Schumpeter, — eines der glänzendsten Werke der neueren ökonomischen Theorie, in seiner grundlegenden Bedeutung für die Umwälzung der Theorie noch lange nicht genügend erkannt — steht durchaus auf dieser Basis, auch dort, wo es der Autor selbst nicht genügend anerkennt. Der anfechtbare Punkt des Werkes liegt darin, daß es die ganze wirtschaftliche Entwicklung auf das persönliche Unternehmertum abstellt und sich dadurch das Verständnis des Grundphänomens im wirtschaftlichen Wellenspiel erschwert. Aber ein Ausbau ist in diesem Punkt durchaus möglich, ohne das Grundprinzip zu gefährden. Denn der Zins ist ja bei Schumpeter schon das Resultat einer Preisdeviation, aber zurückgeführt auf eine außerwirtschaftliche »Störung«. Wir brauchen nur an deren Stelle eine regelmäßig eintretende, »wirtschaftliche« Störung zu setzen, um den ganzen Gedankengang rein ökonomisch zu gestalten.

Um so deutlicher läßt diese Konstruktion Schumpeters, durch die zentrale Position, welche er dem Unternehmer gibt, hervortreten, daß der Lohn einerseits, der Zins andererseits als Bedingungen eines akkumulierenden Unternehmens bestimmt werden. Es ist daher nur notwendig, die Bedingungen der Gesamttakkumulation zu suchen, um die Theorie des volkswirtschaftlichen Zyklus als eines Gesamtprozesses wirklich aufbauen zu können. (Dabei mag die Anlage dieser Theorie im einzelnen sehr differieren. Ich würde z. B. vom Zirkulationsprozeß als Ganzem und nicht von den Elementen desselben ausgehen). In einer solchen Theorie des Gesamtprozesses erscheinen die einzelnen Preisgesetze als Bedingungen der Möglichkeit des Gesamthänomens. Z. B. der Zins als die Bedingung der Möglichkeit eines kapitalistischen Produktionsprozesses mit Akkumulation. Die Theorie hat dann zu erklären, auf welchem Wege sich diese Bedingung der Möglichkeit kapitalistischer Produktion realisiert.

Daß die neue Fragestellung notwendig ist, ergibt sich aus dem kritischen Zustand der herkömmlichen »reinen Theorie«. Immer häufiger wird von der »sterbenden Wertlehre« gesprochen, immer häufiger werden die Theorien verhöhnt, welche das Bild der einfachsten Wirtschaft zeichnen. Sehr mit Unrecht. Diese Theorien haben unter den entsprechenden Voraussetzungen ihren guten Sinn und ihren Erkenntniswert auch für eine Theorie des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses. Aber man darf von ihnen nicht mehr verlangen, als sie leisten können, — man kann z. B. unmöglich aus der Wertlehre eine Konjunkturtheorie ableiten. Man muß aber für diese reine Theorie (wie es in vorbildlicher Weise bei Schumpeter geschehen ist, und wofür Ricardo einen seiner Zeit weit vauseilenden wissenschaftlichen Instinkt besitzt) die Bedingungen ihrer Gültigkeit sehr scharf formulieren, um nicht mit törichten Gegenargumenten in Kollision zu geraten. Es wird sich dann viel reinlicher diskutieren lassen. Wenn man die Gültigkeit der Theorie, insbesondere der Preislehre, im weitesten Sinne des Wortes auf die statische Wirtschaft beschränkt, wird sie geringerem Widerstand begegnen. Viele werden dann freilich sagen, daß sie diese Preislehre als Theorie eines irrealen Zustandes nicht interessiere. Stets findet man diese Haltung bei den Praktikern. Allerdings, wenn man die Praktiker fragt, mit welchen Mitteln sie sich sofort, d. h. ohne Dazwischen-

schaltung eines einfacheren Zustandes, der komplizierten Wirklichkeit nähern wollen, woher sie die Begriffe nehmen, mit denen sie operieren, wie der Prozeß ihrer intuitiven Einsicht, gleichsam wissenschaftlicher Urzeugung, kontrolliert werden könne, stößt man auf verlegenes Schweigen oder auf die Phrase vom »gesunden Menschenverstand«.

Für welchen Zustand gilt nun die »reine Theorie«? Nur die statische Wirtschaft schlechthin kann durch die Theorie hinreichend konstruiert werden, wenn man vom Preisphänomen den Ausgangspunkt nimmt, und den Preis aus *e i n e m* Prinzip (sei es Arbeitswert, sei es Grenznutzen) hervorzunehmen läßt. Wir müssen daher — was schon Ricardo wußte und in seinem ersten Kapitel konsequent tut — die Voraussetzungen so sehr vereinfachen, daß wir alle sozialen Elemente der Wirtschaft (der uns allein bekannten, dynamischen, kapitalistischen Wirtschaft) ausschalten. Nur dann vermeiden wir das Phänomen des *L o h n e s*, als eines Preises, der sich nur in einer bestimmten sozialen Form des Wirtschaftsprozesses herausbildet, und damit die *crux* der ökonomischen Theorie, so wie wir durch Annahme der Statik den Zins bereits *b e g r i f f l i c h* ausschalten. Anders ausgedrückt, wir müssen die statische Wirtschaft so einfach konstruieren, daß sie keine spezifische gesellschaftliche Form zeigt, welche sich ökonomisch auswirken könnte. Oder: eine kapitalistische Wirtschaft können wir unmöglich statisch vorstellen, weil in ihr die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel auf eine Dynamik hindrängt. Daher darf der Preis der Arbeit nicht als »*L o h n*« untersucht werden, und in der Tat sucht ja die reine Theorie von dieser *s o z i a l e n* Form des Arbeitspreises abzusehen.

An dem Beispiel der reinen Theorie zeigen sich die Schwierigkeiten einer Theorie, welche den ökonomischen Prozeß auf eine Preistheorie reduziert, und dieser Theorie nicht das ihr adäquate Erkenntnisobjekt (statische oder statisierende Wirtschaft) zugrunde legt, sondern darüber hinausgehend auch den dynamischen Wirtschaftsprozess erfassen will. Das zeigt sich sowohl bei der Arbeitswert-, als bei der Grenznutzentheorie. Im folgenden seien die wesentlichen Bedenken, wie ich sie sehe, hervorgehoben.

Nehmen wir eine statische Wirtschaft an, welche aber nicht die spezifische Eigentümlichkeit kapitalistischer Produktion, d. h. ungleicher Verteilung der Produktionsmittel, Existenz von »Nur-Arbeitern« zeigt. Sondern sämtliche »Arbeiter« seien Eigen-

produzenten mit Arbeitsteilung im Gewerbe und Landwirtschaft. Nehmen wir ferner an, daß die landwirtschaftlichen Produzenten in den Zeiten der Feldbestellung und der Ernte zusätzliche Arbeitskräfte brauchen, während auch die gewerblichen Produzenten solche Arbeitskräfte zu gewissen Jahreszeiten — z. B. im Winter — benötigen. Hier würden also Arbeitsleistungen auf dem Markte nachgefragt und auch angeboten werden, und es würde sich für sie ein Preis ergeben. Im Gleichgewichtszustand müßte der Preis der Arbeitsleistung in Landwirtschaft und Gewerbe (bei gleicher Intensität) gleich sein. Wenn wir einen »statischen« Zustand annehmen, würde er sich mit den Subsistenzmitteln decken, welche die Arbeitskräfte während der Zeit ihrer Arbeitsleistung verbrauchen, und er wäre gleich mit dem Ertrag, den sie durch Arbeitsleistung im *e i g e n e n* Betrieb erlangen können. Umgekehrt wären Landwirte und Gewerbetreibende in der Lage, (welche hier weder »Unternehmer« noch »Kapitalisten« sind) diesen »Lohn« zu bezahlen, und sie wären dazu genötigt, weil ihr Kalkül ihnen gestattet und die Konkurrenz sie zwingt, bis an die Grenze der durch die zuschüssigen Arbeitskräfte hervorgebrachten Mehrleistung zu gehen ³⁾. Jeder »Lohn«, der sich in einem sozialen System bei einseitigem, d. h. ungleich verteiltem Kapitalbesitz fixiert, ist, selbst unter einfachsten Verhältnissen, eine Deviation hiervon, bewirkt durch das Gewinnstreben einerseits, die schwächere ökonomische Position des Arbeiters andererseits, welche nur in *b e s t i m m t e r* Situation durch die Konkurrenz der Unternehmer um die Arbeitskräfte ausgeglichen werden kann.

Nun ergibt sich auch, warum der Lohn die crux der ökonomischen Theorie ist. Weil keines der Wertprinzipien, auch nicht das Grenznutzen- oder Leistungsprinzip sich in einem verwickelten ökonomisch-sozialen Zusammenhang durchzusetzen vermag. Insbesondere die dynamische Wirtschaft bietet unüberwindliche Schwierigkeiten dar.

Die Arbeitswertlehre muß auf den sozialen Charakter des Lohnes zurückgreifen, um die offenbaren Verschiedenheiten innerhalb der Dynamik, — insbesondere im geschichtlichen Prozeß —

³⁾ Selbst unter diesen einfachsten sozialen Bedingungen sind noch einige besondere Voraussetzungen notwendig, um das »Grenzkalkül« anwenden zu können. Deren Erörterung würde zu weit führen. Wenn man diese Voraussetzungen für untunlich hält, ist die Theorie auf die kompliziertere Wirtschaft natürlich um so weniger anwendbar.

doch irgendwie theoretisch begründen zu können. Der soziale Charakter des Lohnes, das historische Element, wie Marx sagt, ist aber eine Verlegenheitsausflucht. Es werden damit nämlich all diejenigen Löhne gedeckt, deren Höhe nicht erklärt werden kann, weil Veränderungen in der Lebenshöhe des Arbeiters, also im Reallohn vorliegen, welche aus der Arbeitswertlehre nicht deduziert werden können. Durch diese Wendung des Gedankens (Einführung des »historischen« Elements) soll der tatsächlich bezahlte Lohn den nach dem Wertgesetz »abnormalen« erklären, während umgekehrt ja das Wertgesetz die Erklärungsgrundlage für alle, auch die »abnormalen« und veränderlichen Löhne geben sollte.

Jede Ware hat ihr unverrückbares Austauschverhältnis zu anderen Waren auf die Dauer in ihren Arbeitskosten, oder: das Austauschverhältnis kann sich nur ändern, wenn sich die Arbeitskosten ändern, und diese Änderung ist ein objektiver Tatbestand. Bei der Arbeit ist es gerade umgekehrt: der Preis der Arbeitskraft bestimmt, wie hoch ihre »Kosten« (nämlich die Subsistenzmittel) sein dürfen, und die »soziale« oder »historische« Bestimmung des Lohnes erklärt keineswegs, wieso das Arbeitswertprinzip bei sich verschiebendem Reallohn aufrechterhalten werden kann. Nimmt man das doch an, so sind »Stützungstheorien« notwendig, welche nicht mehr ökonomisch sind: z. B. entsprechende Qualitätsverbesserung bei steigenden Löhnen. Aber was ist »entsprechend« in diesem Fall? Denn nicht jede Lohnerhöhung, die möglich wäre, könnte entsprechende Qualitätsverbesserung bedeuten, d. h. eine Qualitätsverbesserung, welche die Konsumenten entsprechend zu bezahlen bereit sind. Wo ist die ökonomische Grenze der Lohnerhöhungen, sofern diese nur qualitativ (nicht auch quantitativ) ein besseres Resultat geben? Diese Fragen sind vom Boden der Arbeitswertlehre unlösbar.

Man entgeht diesen Schwierigkeiten bloß, wenn man gleichbleibende Verhältnisse annimmt. Da mag sich etwas wie eine Fixierung des Lohnes ergeben. Dann haben wir aber eine statische Wirtschaft vor uns. Und selbst in dieser setzen wir — wenn wir den Lohn durch die Subsistenzmittel bestimmt ansehen — die Wirkung an Stelle der Ursache. Denn der Lohn, welcher in einem sozialen Gesamtgefüge bezahlt wird, bestimmt die Subsistenzmittel, nicht umgekehrt. Das zeigt schon die historische Wandlung der Lohnhöhe. Trotzdem hat hier die Theorie

einen gewissen Erklärungswert für die Statik: der Lohn deckt sich mit einem Gesamtkomplex von Waren (Subsistenzmitteln), deren Preise durch ein allgemeines Gesetz in dem statischen Zustande gegeben sind. Dann haben wir eben eine statische Wirtschaft vor uns.

Noch schwieriger ist die Lage der Theorie in der Grenznutzenlehre. Denn für diese sind die Kosten ja überhaupt kein regulierendes Prinzip. Die Verbindung mit dem Nutzengedanken ist aber für den Arbeitslohn unmöglich. Denn die Arbeitskraft wird ja nicht durch einen letzten Konsumenten verbraucht, sondern durch den Unternehmer genutzt. Sie kann also nur vom Unternehmer bewertet werden, und der Unternehmer wird sie ebenso wie ein anderes Produktionsmittel einschätzen. Wie bei den Produktionsmitteln kommt aber die Arbeitskraft nur als Bestandteil der Gesamtorganisation des Unternehmens in Frage. Einen »Grenzarbeiter« gibt es nicht, und es läßt sich darüber hinaus leicht zeigen, daß der Gedanke des Grenzarbeiters schon bei manchen ganz einfachen Tatbeständen versagen muß (z. B. wenn die Produktivität — im Sinne physischer Erzeugung bei wachsender Arbeiteranzahl steigt, kann der Lohn sich doch nicht nach der Grenzproduktivität bestimmen, sondern höchstens nach irgendeinem Durchschnitt!). Er ist insbesondere aber überall dort nicht anwendbar, wo die Arbeitsorganisation als Gesamtgröße gegeben ist. Bei den sachlichen Produktionsmitteln bleibt immer noch der Ausweg der Substitution, welcher für die Wert- oder Preisbestimmung der Arbeitsleistung versagen muß. Denn der Wert der spezifischen Arbeitsleistung, z. B. des Buchdruckers oder des Drehers kann gar nicht substituiert, also indirekt bestimmt werden durch den Leistungswert, beziehungsweise den »produktiven Beitrag«, des Gelegenheitsarbeiters oder Gepäckträgers oder Dieners, die als »Einzelarbeiter« auftreten. Tut man das doch, so schafft man eine einheitliche Sphäre der Arbeit mit Substitution aller Arbeitsarten gegenseitig. Das ist aber unmöglich. Es würde überdies voraussetzen, daß die Arbeitsmärkte frei untereinander kommunizieren. Das ist aber nirgends der Fall — im Gegenteil, gerade die Grenznutzenlehre muß ja annehmen, daß subjektive Wertschätzungen der Arbeiter für die eine oder andere Arbeit den Zustrom der Arbeitskräfte zu den Märkten bestimmen und so den Lohn regulieren, bzw. die Untergrenze der Löhne bestimmen,

d. h.: die Lohnhöhe muß sich auf jedem Arbeitsmarkte selbst bestimmen, und sie muß sich streng genommen in jedem Betriebe fixieren, mindestens durch Anpassung des Betriebsgrenzarbeiters an den geltenden Lohn. Damit ist aber Substitution der einen Arbeitsart durch die andere, indirekte Lohnbestimmung grundsätzlich abgelehnt.

Wenn man dennoch an das Substitutionsprinzip, im weitesten Sinn des Wortes, denkt — wie wäre es auf den Arbeitslohn anwendbar?

a) Die Grenze für den Arbeitslohn (und zwar die Untergrenze) könnte sein, was der Arbeiter isoliert zu leisten vermöchte. Diese Lohnbestimmung reicht aber nicht aus, weil der Arbeiter ja gerade in der Kombination verwendet wird, um mehr zu leisten, d. h. einen höheren Wert zu produzieren. Gerade umgekehrt bestimmt sich der Lohn der auch einzeln verwendeten Arbeiter (Gepäckträger, Aushilfstagelöhner usw.) nach dem Lohn der gruppenweise und an großen Produktionsmittelwerten angewendeten Arbeiter. Da der Arbeiter in der Kombination produktiver ist, bestimmt sich die Entlohnung des Einzelarbeiters nach dem in der Kombination möglichen Lohn — nicht umgekehrt. Denn der Arbeiter wird ja der Kombination, als der leistungsfähigeren Verwendungsart »entzogen«, und seine Leistung in dieser sind daher die »Kosten«, mit denen der Lohn auf die Dauer übereinstimmen muß. Daher muß sich der Lohn in der Kombination bestimmen. *Hic Rhodus hic salta!*

b) Der Arbeiter könnte — als Produktionsmittel — auf seine Leistung hin angesehen werden, und es könnten seine Kosten (also der Lohn) sich bestimmen mit Rücksicht darauf, daß kein anderes Produktionsmittel derselben Leistung niedrigere Kosten verursacht. So würde sich eine Grenze für den Lohn ergeben können. Aber ein solcher Vergleich ist eben unmöglich, weil eine Isolierung des einzelnen Produktionsmittels nicht angängig ist. Der einzelne Unternehmer weiß zwar ziemlich genau, ob er neues Kapital zweckmäßiger in Produktionsmittel oder in Arbeitskräfte hineinstecken soll. Aber das weiß er nur im Rahmen eines bestimmten Preissystems, in dem der Lohn schon eine gegebene Größe ist. Das Substitutionsprinzip ist also nicht anwendbar.

Greift man zum Substitutionsprinzip in übertragener Form, etwa: wenn ich Löhne an Arbeiter bezahle, so muß ich auf den

unmittelbaren Genuß dieser Lohnbeträge verzichten, — so hat diese Ueberlegung nur Sinn, wenn ich bei Anwendung von Arbeitern günstiger fahre, d. h. durch ihre Anwendung letzten Endes Genußgüter erreiche, die höherwertig oder zahlreicher sind als die dem Lohnbetrag entsprechenden. Das ist aber natürlich keine Lohnbestimmung, sondern reduziert sich auf die Erkenntnis, daß nur solche Löhne möglich sind, welche einen Gewinn für den Unternehmer übrig lassen. Das ist aber nichts anderes als — in einer etwas anderen Wendung — das Kostenprinzip.

Auch wenn wir das Prinzip der disutility anwenden würden, ändert sich nichts. Ueberdies wäre die Anwendung bei komplizierteren Tatbeständen völlig wirklichkeitsfremd. So ist gerade die Grenznutzenlehre nur in der Lage, ganz einfache Tatbestände aufzuklären, in denen der Preis der Arbeitskraft noch nicht den Charakter des Lohnes erhält.

Der Lohn ist also die crux der ökonomischen Theorie, weil er ein Preisproblem aufwirft, dessen vielfältige Besonderheiten in der sozialen Anlage des Produktionsprozesses begründet sind. Noch mehr aber durch den Zusammenhang mit dem Zinsproblem. Dieser Zusammenhang ist ein eminent sozialer. Er ist bereits von Ricardo stark betont, und von Marx in den Mittelpunkt gestellt worden. In der subjektiven Wertlehre fällt er vollkommen unter den Tisch. Damit wird aber die subjektive Wertlehre genötigt, eine »Ursache« für den Zins zu suchen, während er die Bedingung der Möglichkeit kapitalistischer, dynamischer Volkswirtschaft ist. Da überdies nicht klargestellt wird, ob der Zins als ökonomische Kategorie in der statischen oder der dynamischen, in einem kapitalistischen oder einem gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftssystem untersucht werden soll, ist die Zins-theorie hoffnungslos verworren, und hat schließlich zur Entdeckung geführt, daß der Zins aus der Knappheit der Kapitalgüter abgeleitet werden müsse. (Diese Problemstellung übersieht jedoch, daß auch bei Knappheit der Kapitalgüter die Konkurrenz der Kapitalbesitzer nicht aufgehoben ist. In der Tat wäre ja dann ein statisches Wirtschaftssystem denkunmöglich — denn die Kapitalgüter sind ja auch in der Statik knapp! Vgl. übrigens hierzu die Kritik Eulenburgs im »Weltwirtschaftlichen Archiv« 1920: »Eine wertfreie Nationalökonomie«.)

Die Knappheit mag ein brauchbarer Ausgangspunkt sein,

wenn man, wie es Cassel tut, auf die Werttheorie überhaupt verzichtet, und wenn man — was Cassel nicht tut — zur Konstruktion des kapitalistischen Gesamtprozesses fortschreitet. Cassel aber bleibt in der Preislehre. Da ist es freilich selbstverständlich, denn Objekt des Wirtschaftens sind nur Güter oder Leistungen, welche knapp sind. Der Preis des Brotes wie des Kapitals leitet sich davon her, daß es selten ist. Aber es scheint dieser Theorie entgangen zu sein, daß die Seltenheit lediglich eine allgemeine Bedingung eines jeden Preises darstellt, genau so wie der Nutzen. Der Umstand aber, daß Kapitalnutzungen, oder selbst daß die »Kapitaldisposition«, wie Cassel sagt, knapp sind, begründet noch nicht einen Preis für sie, über den Preis der Kapitalgüter hinaus. Der Preis für Kapitalgüter ist (gerade nach der subjektiven Wertlehre) der Preis für die Gesamtheit der Nutzungen. Wenn der Kapitalbesitzer demnach von seinem Kapital nicht nur den vollen Wert, sondern darüber hinaus auch noch für den Gebrauch desselben durch andere, ohne daß es sich in seinem Werte vermindert, Bezahlung von »Nutzungen« fordern kann, so ist das mit dem Wertprinzip nicht in Einklang zu bringen. Der Zins als Preis für die »Kapitaldisposition« (Cassel) ist nur anderer Ausdruck für das Zeitmoment, auf welches bereits Ricardo hingewiesen hat, ohne seine Wirkung näher zu begründen. Offenbar aber ist Bewertung von Zeitdifferenzen nur in einer dynamischen Wirtschaft möglich — sie erklärt nicht, daß die Wirtschaft dynamisch ist. Die allgemeine Werttheorie kann also gar nicht den Zins erklären — hingegen kann man zeigen, wie er als Bedingung dynamischer Wirtschaft notwendig und wie er möglich ist, d. h. wie ständige Wertdeviationen entstehen können, welche den Zins immer wieder zur Folge haben.

Der Hinweis auf die Kapitaldisposition macht den Zins davon abhängig, daß der Unternehmer dem Kapitalisten einen Preis für das Warten bezahlen muß, hat also eine Differenz in der Schätzung gegenwärtiger und zukünftiger Güter zur Voraussetzung. Das ist aber das Prinzip Böhm-Bawerks, das Cassel rundweg ablehnt, und das auch sonst bisher in der Theorie wenig Nachfolge gefunden hat. Nach den allgemeinen Prinzipien der Casselschen Theorie kann die »Kapitaldisposition« nur dann zum Zins führen, wenn die Nachfrage nach ihr größer ist als das Angebot, und die Höhe des Zinses muß sich daraus ergeben, bei

welchem Zinsfuß die Nachfrage nach Kapital gerade mit der angebotenen Menge übereinstimmt. Wo dieses Gleichgewicht sich herstellt, hängt aber wieder vom ganzen Preissystem ab, nämlich davon, um wieviel die Preise der produzierten Waren von der Preissumme ihrer Produktionsmittel differieren. Nur eine solche Preisdifferenz kann die Existenz des Zinses erklären — solche Preisdifferenzen bedeuten aber: dynamische Produktion und dynamische, d. h. fortschreitende Produktion, ist daher dem Zins, sowie dieser der dynamischen Produktion zugeordnet. Hingegen hängt der Zins und seine Höhe keineswegs von der Kapitalmenge ab — sondern von dieser lediglich relativ, im Rahmen einer bereits gegebenen Dynamik. Insbesondere ist es keineswegs richtig, daß bei Fehlen des Zinses die Nachfrage nach Kapitaldisposition unendlich würde, und daß sich dadurch wieder sofort ein Zins (durch die Konkurrenz der Nachfragenden) ergeben müßte. Das ist für die Statik natürlich nicht richtig, aber auch nicht für ein dynamisches System: denn nicht jede Produktion würde die Restitution des Kapitals (selbst ohne Zinsen) ermöglichen.

Die Problemstellung von Böhm-Bawerk, meisterhaft und paradigmatisch für die preistheoretische Einstellung, muß den Ausgangspunkt bilden, wenn man nach der *Ursache* für den Zins fragt. Das Prinzip der Knappheit an Kapitaldisposition aber (im Grunde nur eine neue Wendung für die Formel Angebot und Nachfrage) ist keine Antwort auf diese Fragen. Denn diese Theorie steht der *Abstinenztheorie* sehr nahe. Aber die Abstinenztheorie gibt im Wesen lediglich eine nähere Bestimmung des Motivs dafür, warum der Kapitalist einen Zins beansprucht, jedoch keine Erklärung, wieso er möglich ist.

Zwischenbemerkung:

Wenn die Zinstheorie vom Boden der Wertlehre her aufgebaut wird, so ist der Zins ein Preis, welcher bei Abhandensein aller Störungen, im Gleichgewicht der Volkswirtschaft, immer wieder bezahlt werden muß. Wenn aber ein Preis bezahlt wird, so müssen wir wissen, wie er sich auf dem Markte herstellt. Warum schwemmt die Konkurrenz der Kapitalbesitzer nicht den Zins hinweg? Die Kapitalbesitzer haben doch selbst keine subjektive Wertschätzung bezüglich der Nutzung: Sie nehmen

den Zins, den sie erlangen können, sind aber im übrigen, hinsichtlich seiner Höhe, passiv. Sie leihen selbst dann noch, wenn der Zins auf 0 sinkt, wie die Realität zeigt. Im übrigen: wenn einmal in der Produktion Leihkapital in erheblichen Mengen investiert ist, so kann es ja gar nicht »herausgezogen« werden. Auch wenn gar kein Zins bezahlt wird, bleibt das Kapital investiert. Lediglich Neuinvestition könnte gehemmt werden: aber selbst das ist nicht der Fall. Mehr noch: nicht einmal die Akkumulation hört notwendigerweise auf, wenn der Zins auf 0 sinkt: sie kann dann durch Einschränkung des Konsums erfolgen. Die Rücklage aus dem Einkommen bildet immer eine wichtige Quelle der Akkumulation und ist vom Zins weitgehend unabhängig. Es kann also bei jedem Zinssatz akkumuliert werden und es wird in der Tat bei jedem Zinssatz akkumuliert. Daher ist der Zins nur möglich, wenn die Konsumenten der Kapitalnutzungen, die Unternehmer, einen Zins anbieten. Die Abstinenz der Kapitalbesitzer selbst erklärt nichts.

Ob aber die Unternehmer einen Zins anbieten können, hängt von folgenden Umständen ab: Jeder Unternehmer hat mit einem bestimmten Preisstand für die Produkte zu rechnen, welche er erzeugt. Er hat ebenso mit einem Preisstand der Produktionsmittel zu rechnen, in welche er sein oder das ihm geliehene Kapital investiert. Diese Preisdaten muß er als gegeben hinnehmen. Nur wenn die Preissumme der von ihm erzeugten Produkte höher ist als die Preissumme der Kostengüter (seine eigene Leistung in diese eingeschlossen), kann er einen Zins bezahlen. Ob sich aber eine solche Differenz da u e r n d, nicht nur einmalig aus besonderen Ursachen, sondern dauernd aus einer oder mehreren stets wirkenden und erneuerten Ursachen, immer wieder ergibt, ist eben das Problem, und nur lösbar, wenn man die spezifische Struktur des Preissystems der dynamischen, kapitalistischen Wirtschaft analysiert. Der Zins als Preis für »Kapitalnutzung« ist ein a b g e l e i t e t e r Preis, und muß auf Grundlage des eigentümlichen Preissystems der kapitalistischen Wirtschaft erklärt werden. Er selbst aber erklärt nicht die Warenpreise des Marktes — ist vielmehr erst deren Folge. In dem Gedanken Ricardos, wonach der Zins eine Restgröße ist, steckt also ein sehr richtiger Kern: in der Tat: können wir eine Grenze angeben, über welche hinaus der Zins nicht zu steigen vermag, noch eine solche, unter die er nicht sinken kann? Keines von.

beiden ist möglich. Denn es ist ja möglich, daß der Wettbewerb der Unternehmer um die Arbeiter den Lohn bis zu der Grenze hinaufsteigert, bei welcher die Zahlung eines Zinses nicht mehr erfolgen kann. (Eine solche Verschiebung schließt, infolge der verschiedenartigen organischen Zusammensetzung der Produktion sehr verwickelte Umschichtungsprozesse in sich, welche aber meist durch das Ende der Konjunktur wieder in ihrem Gange aufgehalten werden.) Warum läßt die Konkurrenz um die Arbeiter immer einen Spielraum für den Zins? (Besser gesagt: in der Regel der Fälle. Denn die Konkurrenz kann in der Tat so groß werden, daß Zins nur scheinbar bezahlt wird.) Warum wird der Preis der Waren nicht durch Bezahlung der Löhne, Materialkosten, Abnutzungskosten der Maschinen erschöpft? Das alles sind ungelöste Fragen, keineswegs durch den Hinweis auf die Knappheit der Kapitalgüter beantwortet. Denn warum löscht die Knappheit der Arbeitskräfte nicht den Zins aus? Diese Ueberlegungen führen alle dahin, daß sich für den Zins nicht eine »Ursache« angeben läßt. In der Tat: Tauschwirtschaft ohne Zins ist denkbar. Es ist selbst dynamische kapitalistische Wirtschaft ohne Zins denkbar, z. B. mit Rücklagen der Arbeiter, Angestellten, Beamten usw. Hingegen ist Verkehrswirtschaft ohne Arbeitslohn, ohne Grundrente, ohne Warenpreis nicht denkbar. Daher ist der Zins als Resultat spezifischer Marktsituationen aufzufassen. Er muß auf viel breiterer Basis als aus subjektiven Motiven der Kaufkraftbesitzer erklärt werden: als Bedingung der Möglichkeit kapitalistischer, dynamischer Unternehmung, wobei die Realisierung dieser Möglichkeit von den Umständen abhängt, deren Aufdeckung der Theorie obliegt.

Wenn das Gesamte der Volkswirtschaft nicht in der Preislehre erschöpft werden kann (und auf die Preistheorie zielt ja jede Wertlehre ab), so ist das ein Zeichen dafür, daß es von anderer Natur ist als das Erkenntnisobjekt der Preislehre. Dem ist auch so: Die Preislehre untersucht die Austauschbeziehungen in einer statischen Wirtschaft, und sie stößt mit ihrem Prinzip (sei es Arbeitswert, sei es Grenznutzen) auf Schranken, sobald sich die Volkswirtschaft als eine bewegte darbietet. Schon Adam Smith kennt den Unterschied des Marktpreises vom natürlichen Preis, aber er beruhigt sich dabei, daß der Markt immer die Tendenz hat, zum natürlichen Preis zurückzukehren. Das ist

unter bestimmten Bedingungen (insbesondere freier Konkurrenz) richtig, enthebt aber nicht der Aufgabe, diesen Marktpreis auf seine Eigenart hin zu untersuchen. Die Grenznutzenlehre steht dem Problem dieses Marktpreises von vornherein näher, aber sie löst es doch nur scheinbar, weil sie eben doch schon ein Preissystem als gegeben annehmen muß, um auf ihm die subjektiven Wertschätzungen, zu Quantitäten reduziert, aufzubauen. Ueber die Eigenart des Preissystems jedoch vermag die Grenznutzenlehre nichts auszusagen. (Die Grenznutzenlehre kann nur in einem sehr vereinfachten Fall befriedigen: Wenn jeder Produzent als Arbeiter selbständig wäre und seine Schätzungen auf dem Disutilityprinzip aufbauen würde, dann kann vom Grenznutzenprinzip her das ganze System der Tauschakte einheitlich, ohne Zirkelschluß, konstruiert werden. Dann aber stimmt das Resultat mit der Konstruktion der Arbeitswertlehre völlig überein, mit dem bloßen Unterschied der Nuance, daß eben letzten Endes die Wertschätzungen über die Verteilung der Arbeitsstunden auf die einzelnen Produktionen entscheiden.)

Wenn wir die Volkswirtschaft als ein sich bewegendes Ganzes auffassen, wenn in ihr die Unregelmäßigkeit (des Marktpreises) zur Regel wird, wenn in ihr das Problem des Zinses auftaucht, und durch Klärung des »Gesamtzusammenhanges« gelöst werden soll, so ist das in diesem Radikalismus vielleicht eine neue Fragestellung, aber durch einige Theoretiker, in Deutschland besonders durch Schumpeter, schon vorbereitet. Beruht doch die »Entwicklung« bei Schumpeter, und infolgedessen auch der Kapitalzins, weder auf Nutzung noch auf der Verschiebung der Wertschätzungen gegenüber Zukunftsgütern usw., sondern ausschließlich auf den Preisdifferenzen, welche der Unternehmer durch eine kühne Neuerung innerhalb der Produktion schafft — Preisdifferenzen, welche sich mit der Durchsetzung, mit der allgemeinen Annahme der Neuerung immer wieder selbst aufheben. Wir brauchen den »Unternehmer« lediglich durch die Frage nach den typischen Marktsituationen innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses zu ersetzen — wir brauchen nur zu fragen, ob sich innerhalb der hochkapitalistischen Volkswirtschaft nicht besondere Institutionen und Interessen entwickelt haben, welche immer solche Marktsituationen neu schaffen, um ein mehr befriedigendes Bild der kapitalistischen Produktion und eine zureichende Erklärung für das ständige Vorkommen des Zinses in ihr zu erhalten.

Die einzelnen Elemente des dynamischen, kapitalistischen Produktionsprozesses sind — ebenso wie die Elemente des statischen Prozesses — interdependent. Die Interdependenz zeigt aber noch nicht wie in der statischen Wirtschaft eine eindeutige Bestimmtheit an. Die Theorie kann nichts anderes tun als die Form, die Gestalt dieses kapitalistischen Produktionsprozesses — der zugleich ein Akkumulationsprozeß ist — zu konstruieren. Wenn es mehrere solcher Prozesse gibt, so muß sie mehrere konstruieren: z. B.

I. Positive Akkumulation

- a) Akkumulation durch Differenz zwischen Preis und Kosten
- b) Akkumulation durch »Sparen«, d. h. Nichtkonsum von Einkommen:
der Unternehmer
der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Rentner.

II. Negative Akkumulation

- a) durch Produktion mit Verlust
- b) durch Verschuldung an das Ausland.

Ferner ist verschieden: der volkswirtschaftliche Zirkulationsprozeß bei freier Konkurrenz, bei teilweisem Monopol, bei regulierter, endlich bei monopolisierter Wirtschaft. Wenn man den Typus eines solchen Wirtschaftsprozesses konstruiert, so zeigen sich die Bedingungen seiner Möglichkeit. Z. B.: eine Wirtschaft mit Akkumulation ist — unter der Voraussetzung, daß alle Einkommen verbraucht werden — nur möglich, wenn Zins erzielt wird. Ist daher eine Volkswirtschaft mit Kapitalakkumulation gegeben, und werden in ihr die Einkommen verbraucht, so muß sich der Weg zeigen lassen, auf welchem sich die Akkumulation realisiert, ebenso wie der Weg, auf dem sich die Resultate dieser Akkumulation wieder in den Prozeß: Konsum — Produktion — Konsum einfügen. Da die Akkumulation in diesem Wirtschaftstypus (wenn die Einkommen verbraucht werden) mit Zins gleichbedeutend ist, erweist sich der Zins als Bedingung der Möglichkeit einer dynamischen, kapitalistischen Volkswirtschaft, und es muß sich nachweisen lassen, daß er aus ihrer Eigenart, d. i. aus den ihr allein eigentümlichen typischen Marktsituationen, immer wieder entsteht. (In anderen Wirtschaftsformen kann es auch Akkumulation, d. h. einfache Erweiterung des Produktionsprozesses geben, aber diese vollzieht sich dann nicht durch das

eigenartige Phänomen des Zinses, in welchem die Erweiterung des Produktionsprozesses zu einem »unverbrauchbaren Einkommen« wird.)

Es ist also die spezielle Wirtschaftsform: dynamische, kapitalistische Produktion mit Akkumulation vorweg gegeben als einer der großen Wirtschaftstypen, und in diesem Rahmen erweist sich der Zins als notwendig. Er braucht daher — nach Klarlegung des ganzen Wirtschaftssystems in seiner Eigenart (Basierung auf dem Eigentum an Produktionsmitteln usw.) — keine spezielle Begründung — keine besondere »Ursache«. In der Tat sind alle »Ursachen«, aus denen Zins erklärt wird, nur Motive der Kapitalbesitzer, aus denen sie gern Zins beziehen möchten, die aber an sich — ohne die speziellen Bedingungen der dynamischen, kapitalistischen Wirtschaft — nie zum Zins führen würden. (Bloß die Theorie Schumpeters nimmt eine Sonderstellung ein.) Die Theorie hat — nach der Konstruktion des Gesamtwirtschaftsprozesses — nur zu zeigen (und hierfür ist die Preismechanik auf dem Markte als Mittel der Erklärung notwendig), auf welchem Wege sich der Zins immer herausformen kann. So gibt die Theorie eine Konstruktion des wirtschaftlichen Gesamtverlaufs, welche die Baugesetze der einzelnen Wirtschaftsformen aufdeckt.

Die Betrachtung der Wirtschaftstypen, die Konstruktion der Wirtschaftstypen als Gesamtphänomene verknüpft zwei Probleme organischer als es bisher möglich war mit der Theorie:

1. das Problem des Geldwertes
2. das Problem der Konjunktur und Krise

ad. 1. Im Akkumulationsprozeß der Volkswirtschaft spielt der Geldwert eine große Rolle, weil seine Verschiebung der Weg sein kann, auf dem sich die Akkumulation vollzieht. Der Geldwert selbst (im Sinne von Kaufkraft des Geldes) kann aus einem Wertprinzip nicht abgeleitet werden, weil der Geldwert ja nichts als die kürzeste Formel des Preisniveaus oder Preissystems darstellt. Mit Recht wurde bemerkt ⁴⁾, daß auch die Grenznutzenlehre den Geldwert nicht aus dem Nutzen abzuleiten vermöge, weil es der Besitzer von Geld eben nur durch **A u s g e b e n**, d. h. Austausch gegen Waren, nutzen kann. Im

⁴⁾ Vergleiche hierzu Dr. A. Hahn im »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik«: Zur Frage des sogenannten Vertrauens in die Währung, Bd. 52, insbesondere S. 298 ff.

Gebrauch des Geldes an sich liegt keine Möglichkeit der Nutzung. Deshalb gibt es keine Grenze, unter welche der Wert des Geldes (im Sinne seiner Kaufkraft) nicht sinken könnte. Jedenfalls würde der Geldbesitzer nicht das Geld bei sinkender Kaufkraft zurückhalten, weil er es mit einem spezifischen Nutzen verknüpft, der größer wäre als der Nutzen der für das Geld zu kaufenden Waren. Nur bei reinem Edelmetallgeld ist im Stoffwert des Geldes eine Grenze gegeben, wobei aber die Komplikation des Problems durch den Umstand berücksichtigt werden müßte, daß auch der Stoffwert vom Funktionswert her einen entscheidenden Auftrieb erhält.

Wenn aber der Geldwert — im Sinne von Kaufkraft — nicht aus dem Wertprinzip abgeleitet werden kann, so ist er Funktionswert. Veränderungen des Geldwertes können die Folge von Akkumulationsprozessen sein, und umgekehrt können willkürlich gesetzte Aenderungen des Geldwertes den Akkumulationsprozeß begründen oder beschleunigen. Jedenfalls aber wird jede Veränderung des Geldwertes das Schema des Produktions- und Verteilungsprozesses verändern. So verknüpft sich der Geldwert und seine Veränderungen mit dem Gesamtphänomen des Zirkulationsprozesses, während dieses Problem in der statischen Wirtschaft überhaupt keinen Raum findet. In der statischen Wirtschaft ist das Geld ein »reines Mittel«, Ausdruck der Austauschbeziehung von Waren und Diensten. Ändert sich der Geldwert, so ist das eine Störung, welche durch Rückkehr zu den alten Austauschrelationen überwunden wird. Hingegen: wenn wir die Volkswirtschaft als Gesamtphänomen betrachten, so gehören der Geldwert und seine Veränderung zu den wesentlichsten Motoren der ökonomischen Vorwärtsentwicklung und die Änderungen des Geldwertes als eines Funktionswerts sind wesentliche Bedingungen für die Akkumulationsbewegung des Kapitals, für den Zirkulationsprozeß auf erweiterter Stufenleiter, wenn die Akkumulation ein rasches Tempo einschlägt.

ad. 2. Ueberhaupt ist die Form, in welcher sich der Akkumulationsprozeß vollzieht, interessant. In der kapitalistischen Wirtschaft freier Konkurrenz ist es die Wellenbewegung, von der Konjunktur zur Krise und zurück zu einer neuen Konjunktur. So fügt sich auch das Konjunkturproblem in die Betrachtung des Gesamtphänomens der Volkswirtschaft ein. Denn das Konjunkturproblem ist nicht — wie schon Böhm-Bawerk erkannt

hat — ein Spezialproblem (wie die Bergwerksrente oder etwa das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag) sondern es steht im Zentrum der wirtschaftlichen »Entwicklung« überhaupt. Es ist der große Irrtum Schumpeters (in dessen System der erste Schritt zu erfolgreicher Betrachtung des ökonomischen Gesamtprozesses getan ist), daß er Konjunktur und Krise nicht als notwendige Form eines spezifisch kapitalistischen Produktionsprozesses (bei freier Konkurrenz) auffaßt, sondern als Akzidens, ausgelöst durch das periodische Auftreten von initiativen Unternehmergruppen. Denn damit gründet Schumpeter dieses Phänomen auf außerwirtschaftliche Tatsachen, deren Richtigkeit überdies noch des Beweises bedürfte. Befriedigend löst es sich nur, wenn wir es als *Wachstumsform* der kapitalistischen Gesellschaft freier Konkurrenz auffassen (dann haben wir freilich den Weg nachzuweisen, auf dem sich Konjunktur und Krise als periodische Erscheinung erzwingen) und innerlich mit der Geldwerterscheinung verknüpfen. Auf diese Andeutungen, welche in einer größeren Arbeit ihre nähere Ausführung finden sollen, muß ich mich hier beschränken.

Nochmals zusammengefaßt: die »reine« ökonomische Theorie überschreitet überall dort ihre Grenzen, wo sie Erscheinungen erklären will, die nicht zur *Statik* gehören. Denn alle diese der Dynamik eigentümlichen Phänomene (Akkumulation und Zins) sind nur als Deviation des statischen Wert- und Preisgesetzes zu erklären. Sie sind daher nur als Momente im Gesamtphänomen der Bewegung zu erfassen, die einzelnen Größen dieser Bewegung als korrespondierende Elemente der Gesamtbewegung. Der Zins korrespondiert dem Arbeitslohn, Arbeitslohn ohne Zins ist in einer dynamischen Volkswirtschaft auf die Dauer unmöglich, sowie Zins ohne Arbeitslohn. Oder: Akkumulation korrespondiert einer bestimmten Bewegung des Konsums, welche umgekehrt an Akkumulation gebunden ist. Also: nicht nur die Einzelpreise stehen unter gegebenen Bedingungen in einem Preissystem in einem Zusammenhang der Interdependenz — darüber hinaus sind große Zusammenhänge der einzelnen Preiskategorien vorhanden. Aber diese einzelnen Phänomene, diese Preisgruppen (wie Löhne, Zins usw.) haben nicht jeweils eine spezifische »Ursache«, — es müßte denn sein, daß sie zusammengehören. Sie gehören zusammen wie die einzelnen Teile einer Maschine, wie Kolben und Räder von Maschinen und sind »ver-

ständig nur durch Aufhellung des Zusammenhanges zwischen ihnen.

Eine solche Betrachtung wird immer danach streben, eine spezifische Form des Wirtschaftsprozesses aufzuhellen, sie wird vom Zirkulationsprozeß dieser typischen Wirtschaft ausgehen, ihn beschreiben und seine Bedingungen aufdecken. Damit wird sie das Phänomen der Gesamtwirtschaft klarstellen, seine Bewegungsform erhellen und seine sozialen Wirkungen erschließen. Denn jede dieser Wirtschaftsformen hat eine soziale Seite, deren Klarlegung zum Bilde der Wirtschaft, als einem sozialen Prozeß, mitgehört.

Wenn man das Problem so stellt, mag es verwunderlich scheinen, wie lange sich die Theorie damit begnügt hat, um das Wertproblem herum zu kreisen, und d a n e b e n das Problem des Zirkulationsprozesses zu behandeln, ohne ihnen einen inneren Zusammenhang zu geben. Der Versuch von Marx war ein kühner Vorstoß in dieses Gebiet, welcher zu seiner Zeit, mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln, nicht gelingen konnte. Spätere, welche das Problem eher hätten bewältigen können, fassen es, durch Verankerung im Wertprinzip, zu eng, wie Schumpeter und Cassel, oder von einem ganz anderen Gesichtspunkt auf: wie Veblen. Hier tut sich ein weites Feld der Forschung auf, die Grundlage wissenschaftlicher Wirtschaftspolitik, welche schon lange mit Recht an die Theorie den Anspruch gestellt hat, nicht Robinsonaden zu erzählen, noch beständig bloß Teilphänomene isolierend zu erörtern. Alle Ergebnisse solcher Untersuchungen sind nur unter der Klausel: *ceteris paribus* zu erzielen. D. h. sie geben nie ein Bild des g a n z e n Prozesses und stellen jede praktische Konsequenz, welche etwa aus der Theorie gezogen werden könnte (was hier nur dahin zu verstehen ist, daß unter Voraussetzung eines nicht weiter diskutierten Zieles eine bestimmte Maßnahme als möglich und zweckmäßig erkannt werden soll) auf eine zu schmale Basis. Erst die Erfassung des Zirkulations- und Akkumulationsprozesses als Gesamtphänomen gibt das theoretische Bild des gesamten Wirtschaftsprozesses und damit die Grundlage für alle Versuche, ihn zu verändern.

Die geistigen Grundlagen der angelsächsischen Weltherrschaft. I.

Von

G. v. SCHULZE-GAEVERNITZ.

Vorbemerkung ¹⁾.

Vom weltgeschichtlichen Standpunkt aus ist das wichtigste Ereignis des anhebenden zwanzigsten Jahrhunderts die Vorherrschaft der Angelsachsen über die Welt. Man kann von einem angelsächsischen Meere sprechen, welches die Erdoberfläche überflutet, und aus welchem die übrigen Völker und Kulturen theils als Festländer — Rußland —, theils als Ueberschwemmungsgebiete — China — hervorragen.

1. Politisch stehen an der Spitze der Welt zwei englisch sprechende Großmächte, das Britische Reich und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Machtzentren von Downing Street zu London und vom Whitehouse zu Washington halten, wo immer sie vereint wirken, die Entscheidung in der Hand — so in Paris wie Berlin, in Tokio wie Buenos Ayres —, nicht in Moskau!

Das Britische Reich ist die ausgedehnteste Machtorganisation der Welt. Es umfaßt etwa 15 Millionen Quadratmeilen und 500 Millionen Bevölkerung, und ist damit dem einstigen Römischen Reich ungefähr um das Zehnfache an Fläche

¹⁾ Es hat sich in unserer Wissenschaft neuerdings die Sitte und Unsitte der Anmerkungen eingeschlichen, welche häufig so sehr die Hauptsachen enthalten, daß man vielfach zuerst, ja überhaupt nur die Anmerkungen zu lesen gewohnt ist. Diese Gepflogenheit, welche den Text zerreißt, widerspricht der künstlerischen Aufgabe, welcher die wissenschaftliche Schriftstellerei eben als Schriftstellerei doch auch zu dienen hat. Ich kehre zu der anmerkungarmen Darstellung unserer Altvordern zurück, welche auch Wissenschaftler waren. Dagegen bleibe ich der guten deutschen Sitte der Literaturzitate treu und verweise diese in die Anmerkungen.

und das Fünffache an Bevölkerung überlegen. Von dieser Bevölkerung, die etwa ein Drittel der Menschheit ausmacht, sind gegen 65 Millionen »selbstregierend«. Die sog. *Dominions* sind durch Blut, Sprache, Kultur und Wirtschaft (»Kreditnexus«!) mit dem Mutterlande verbunden; diese »weißen« Gebiete besitzen Neuländer mit riesigen Zukunftsaussichten. Den nötigen Bevölkerungszuwachs vorausgesetzt — aber gerade dieser ist in Frage — können sie gegen Schluß dieses Jahrhunderts die doppelte Zahl von Einwohnern haben als das Mutterland. Der Rest sind Untertanengebiete, nach offiziellem Sprachgebrauch »*India and the crown colonies*« — vom Kap zum Nil, vom Nil zum Ganges, an welche Mandate und verschleierte Protektorate, wie Aegypten, Mesopotamien und Persien, anschließen. Weit darüber hinaus dehnen sich die mittelbaren Herrschaftsgebiete. Hierzu gehören alle Norküstenländer, welche dem Seeherrscher gegenüber keinen Widerspruch wagen können — Portugal, Norwegen, Griechenland und, wie der Weltkrieg bewies, auch Italien; ferner die Länder der Vorherrschaft des britischen Kapitals wie Argentinien und das als sog. »Interessensphäre« beanspruchte riesige Jantsegebiet, wo allein 50 000 Meilen Eisenbahn gebaut werden sollen. Hierzu kommt der Besitz der weit überwiegenden Mehrzahl aller Erdölquellen der Welt, welcher heute, seit Erfindung des Dieselmotors, die Herrschaft auf dem Wasser und in der Luft in sich schließt.

Das Britische Reich, dessen Verbindungslinien Seestraßen sind, hat zur Voraussetzung die Seeherrschaft. »Der Dreizack des Neptun ist das Szepter der Welt« — nach dem Ausspruch bezeichnenderweise eines Franzosen des achtzehnten Jahrhunderts. Um die Seeherrschaft wurde im Weltkrieg von England gekämpft; durch die Seemacht Englands wurde der Weltkrieg gegen Deutschland entschieden. Unfähig die britische Blockade militärisch in der Nordsee, diplomatisch in Washington zu durchbrechen, wurde Deutschland ausgehungert wie eine belagerte Festung. Wäre Deutschland mit einem Verständigungsfrieden — dem Höchsterreichbaren! — unbesiegt aus dem Weltkriege ausgeschieden, so wäre es in den engsten Kreis der eigentlichen Weltmächte eingerückt. Diese Möglichkeit wurde durch das alte Deutschland verspielt. Daher konnte am 24. November 1918 Max Weber schreiben: »Die Selbstzucht der Wahrhaftigkeit gebietet uns festzustellen, daß die angelsächsische Weltherrschaft

Tatsache ist — unabwendbar wie die Roms nach dem Punischen Krieg, und wir können wie Thiers 1871 zu Bismarck von der deutschen Einheit, sagen: *c'est nous qui l'avons faite.*»

Verschleiert wird diese Tatsache durch die allmähliche Verschiebung des politischen Schwerpunkts von London nach Washington, indem England mit Amerika seit der Washingtoner Konferenz die Seegewalt zu gleichen Rechten teilt. Aber noch liegt in England das ganze Gewicht der altererbten Staatsweisheit, der diplomatischen Schulung, das Ziel des gesellschaftlichen Ehrgeizes, die Tradition von Jahrhunderten.

Das Britische Reich ist ein zerbrechliches und künstliches Gebilde im Vergleich zu dem kompakten Block der **Vereinigten Staaten** mit ihren reichlich 100 Millionen Weißen. Die **angelsächsisch geprägte Oberschicht** hält die politische Führung in der Hand und schmilzt in dem berühmten »Schmelztiegel« die Neuankömmlinge ein — mit besonderem Erfolg diejenigen nordeuropäischer Herkunft —, um sie in ihre angelsächsischen Formen umzuprägen. Wie englisch berührt ein Roosevelt als ein anderer Cecil Rhodes, ein Wilson so wesensverwandt mit Gladstone, ein Walter Page, ein Hoover, das ganze amerikanische Klub-, Sport-, Universitäts- und Sektenleben. Auch im Bankwesen sind die **ersten** Posten weit überwiegend in den Händen von Anglo-Amerikanern, die zweiten erst in deutsch-jüdischen Händen — die doppelte Seele von Wallstreet!

2. Die politische Vormacht der angelsächsischen Welt beruht — anders als dereinst der tönernen Koloß der zarischen Despotie — auf **breitester wirtschaftlicher Grundlage**. England war es, welches seit dem 17. Jahrhundert zuerst den Einzelmenschen von den Bindungen des Mittelalters befreite. England wurde damit das Mutterland der Freiwirtschaft und des Kapitalismus, den Marx an englischen Beispielen studierte. England wurde gegen Beginn des 19. Jahrhunderts der **leitende Industriestaat** der Welt. Als es 1846 zum Freihandel überging, hoffte England alle anderen Völker als reine Rohstoffherzeuger in wirtschaftlicher Abhängigkeit erhalten zu können. Es war die Zeit, da auch in der inneren Politik das industrielle Kapital herrschte, bis gegen Ausgang des Jahrhunderts sich wichtige Verschiebungen vollzogen.

Damals glitt der Schwerpunkt vom Industrie- zum **Finanzkapital**, von Manchester nach London, von der Fabrik zur

Börse. Draußen in der Welt aber kamen zwei industrielle Mitbewerber auf: Deutschland und die Vereinigten Staaten.

Während Deutschland durch den Weltkrieg weit zurückgeworfen wurde und auch die europäischen Sieger aus dem Kriege schwer verwundet hervorgingen, stieg gerade unter den Wirkungen des Krieges Amerika zur Weltwirtschaftsvormacht auf: zum größten Erzeuger nicht nur von Rohstoffen, sondern auch von Industrieprodukten, zum Weltgläubiger. Hier in Amerika wuchs der neuzeitige Kapitalismus — britische Ausmaße sprengend — zum Titanen empor.

Aber noch ist England der leitende Frachtführer der Welt — weit über die Hälfte aller Schiffstonnage ist britisch —, noch ist England der leitende Banker der Welt, sowohl als Zahlungsvermittler, wie als Geld- und Kapitalmarkt. Auch hier besitzt England die durch nichts zu ersetzende banktechnische Schulung, die »Salbung der Geschichte«, worauf einer der erfahrensten Bankokraten Amerikas, Otto H. Kahn, wiederholt hinwies. Dem Vorgehen Lombardstreets — der Bankwelt Londons — folgt zögernd Wallstreet — die Bankwelt New Yorks — im internationalen Kreditgeschäft. Noch ist England auf dem Weltmarkt der größte Anbieter von Industrierzeugnissen. Während für Amerika der innere Markt weit überwiegt, herrscht in England das Exportinteresse vor. Daher leidet England mehr als irgendein anderer der Siegerstaaten unter der Zerrüttung des Weltmarkts durch Kriegs- und Nachkriegszeit. Was das englische Mutterland als Industriestaat etwa verlor, wird überreichlich ersetzt durch »größere Britannien über See«, wo die ausgedehntesten Neuländer der Welt sich dem Londoner Investor erschließen. Alle Länder der verarbeitenden Industrie, selbst die Vereinigten Staaten, werden mehr oder minder abhängig von Rohstoffzufuhren (z. B. Kautschuk) aus dem britischen Herrschaftsgebiet, das nahezu ein Drittel der Erdoberfläche bedeckt und vielfach mit seinen Forderungen gegen dritte Länder die Tribute an das Mutterland entrichtet.

3. Hinter der politischen und der wirtschaftlichen steht die geistesgeschichtliche Vorherrschaft der Angelsachsen, welche sich seit dem 17. Jahrhundert entfaltet. England und Neuengland haben das europäische und darüber hinaus das menschliche Denken weitgehend geprägt — in Weltanschauungs-

fragen, in ethisch-politischen Idealen, in bürgerlichen Lebensformen. Denken wir an Parlamentarismus und Demokratie, an Männertracht und Sport, an den Lebenszuschnitt des Gentleman und die Lebensauffassung des Wirtschaftsmenschen — des nicht zu Unrecht sog. homo oeconomicus Lombardstradarius. Alles in England gemacht! Von England aus ergossen sich über die Welt — vielfach durch französische Kanäle — im 18. und 19. Jahrhundert die Fluten der »Aufklärung«, in deren seichem Gewässer der durchschnittliche Europäer seitdem selbstgefällig plätschert. Nicht minder seine exotischen Nachbeter!

Dahinter aber ragt das puritanische Schneegebirge: den meisten Nichtangelsachsen unzugänglich, straffte es Sehnen und Seelen seiner Bewohner und schulte sie durch die von Max Weber so genannte »innerweltliche Askese« zur Welt-herrschaft.

— — — • Wer befehlen will
Muß im Befehlen Seligkeit empfinden.
— — — Genießen macht gemein. •

Selbstverständlicherweise gilt dieses Wort des Dichters nicht vom Durchschnittsengländer, sondern von jenem »Idealtypus«, der von wenigen verwirklicht, von vielen erstrebt, der Volksseele als das Abbild dessen vorschwebt, was sie werden möchte und werden sollte.

Wir klimmen im folgenden zu diesen geistesgeschichtlichen Quellen empor, wobei wir England und das Neuengland über den Atlantic zusammen schauen. Denn für denjenigen Reisenden, der über die Wolkenkratzer New Yorks und Chicagos Fühlung mit dem geistigen Amerika gewann, wie es von Massachusetts und Pennsylvania ausstrahlt, berührt dieses Neuengland in mancher Hinsicht englischer als Altengland selbst. Denn Neuengland ist das »Land ohne Mittelalter«. In dem Blute Altenglands dagegen kreisen noch heute vorpuritanische und damit allgemein europäische Elemente — Aristokratie, anglikanische Kirche! Diese fehlen in Amerika.

Wir betrachten im folgenden die Veränderungen der Weltanschauung »als die unabhängige Variable des historischen Gesamtprozesses« (Max Scheler). Ueber Max Weber und Ernst Troeltsch, unter den Engländern über den ausgezeichneten Gooch, unter den Amerikanern den ebenso ausgezeichneten Rufus Jones hinaus wagen wir, nach kurzem historischen Ueberblick, die

S y s t e m a t i k dieser Geistigkeit. Ein Wagnis, das gewagt werden soll, um das reiche angelsächsische Erbgut uns anzueignen und — im Hegelschen Sinn — in uns »aufzuheben«.

II. Die drei Wellen der angelsächsischen Kirchenreformation.

Um die Weltherrschaft der Angelsachsen zu verstehen, muß man die geistige Prägung des Engländer und des Neuengländer über See begriffen haben, welche diesen Menschen grundsätzlich von dem europäischen Festländer wie dem Asiaten unterscheidet. Die angelsächsische Welt wäre eine Welt für sich, wenn sie nicht weithin andere Kulturen und Volkswirtschaften in ihren Bann gezwungen hätte, ja eine Herrschaft ausübte, die mehr und mehr den ganzen Globus in ihre Netze verstrickt. Dies ist nicht immer der Fall gewesen: das »merry old England« der Elisabeth, der Humanismus eines Shakespeare, das mittelalterliche England klösterlichen Aufbaus und feudaler Fehden war ein Glied unter den Gliedern Europas — diesen wesensverwandt und gleichberechtigt. Dies gilt nicht mehr von dem England eines Milton und Bentham — um sogleich die beiden Pole dieser besonderen Geistigkeit zu nennen.

Wie anders Shakespeare! Einem Shakespeare war das starke Königtum die beste aller Staatsformen, wenn es den mörderischen Kämpfen der Großen ein Ziel setzt: Shakespeare — ein Dichter des unter monarchischem Schutze aufkeimenden Bürgertums mit seiner sinnlichen Fülle und behaglichen Breite — ganz weltlich, von der religiösen Welle so wenig berührt, daß man noch heute nicht weiß, ob er Protestant oder Katholik gewesen ist. Diesem Dichter der Renaissance schien das Leben ein Spiel der Wenigen um Macht und Genuß, wozu die Masse die komischen Figuren stellt. Sein Geist war allgemein europäisch wie der der Renaissance überhaupt: er blieb dem Festländer so viel vertrauter als die Engländer der Folgezeit. Vom Puritanismus verschüttet, von den Franzosen Voltaires verspottet, wurde Shakespeare von Deutschen eigentlich erst wieder entdeckt. Sein Fühlen und Denken ist dem Deutschen seitdem näher verwandt als dem heutigen Engländer, wie denn Shakespeare nach Max Förster in Deutschland etwa fünfmal soviel aufgeführt wird als in England. Bernhard Shaw war mutig genug, 1916 (!) seinen Lands-

leuten zu raten, die Dreihundertjahrfeier Shakespeares den Deutschen zu überlassen.

Dagegen ist das neue England durch die Linie über Holland her mit dem europäischen Festland verknüpft: Holland, damals nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig das Muster für England, welches nach William Petty lehrte, daß »Ketzerei und Reichtum zusammengehen«. Holland hatte als erstes Land Europas sich durch die Revolution von der mittelalterlichen Legitimität losgerissen: eine bürgerliche, protestantische, freigeistige Welt. Ihm folgend wurde England von Grund aus umgeprägt durch den Puritanismus, wenn wir mit diesem Worte dem ursprünglichen Sprachgebrauch widersprechend, die gesamten religiösen Bewegungen des 17. und zum Teil des 18. und 19. Jahrhunderts umfassen. England wurde damit die Pflanzschule der bürgerlichen Welt, die Wiege der hinter ihr aufsteigenden Arbeiterklasse! England und das Neuengland über See — der Mutterboden der Demokratie und des Kapitalismus, welche — zusammen- und gegenwirkend — die Menschheit seitdem in ihren Bann zwangen.

Aber der Sprachgebrauch »Puritanismus«, wie er heute in Deutschland üblich ist, ist verschwommen und gefährlich; er faßt Richtungen zusammen, welche sich nicht nur zu ihrer Zeit auf den Tod bekämpften, sondern auch heute noch als getrennte Einschläge in der angelsächsischen Seele wirksam sind. Wir kehren daher zu dem ursprünglichen Sprachgebrauch zurück. Nach Goodwin, *The pilgrim republic Boston*, 1888, sind drei Bezeichnungen zu unterscheiden: 1. *Puritaner im engsten Sinn* — broadchurchmen, die innerhalb der anglikanischen Kirche calvinistische Grundsätze durchführen wollten; ihnen entgegen stehen die Pilgrimväter, welche sich von der Kirche ablösen als »Separatisten«. 2. *Puritaner im weiteren Sinn*, alle calvinistischen Strömungen der angelsächsischen Welt vor und während des Commonwealth umfassend, also schottische Presbyterianer, englische Separatisten, amerikanische Pilgrime und englische Calvinisten innerhalb der Staatskirche. 3. Der weiteste Sinn wurde dem Worte in der Restauration beigelegt; er umfaßt alle Richtungen, welche sich durch »puritanische« Lebensführung von dem käuflichen und weltlichen Treiben des Hofes und der aristokratischen Oberschicht unterschieden. Dieser Begriff wurde seitdem der landläufige. Wir arbeiten mit dem Begriff 2.

1. Der calvinistische Einschlag in der angelsächsischen Volksseele war und ist von entscheidender Bedeutung.

Gefühlsmäßig wurzelt diese Lehre in dem tief innerlichen Erlebnis, das zu allen Zeiten den religiösen Genius in seinen Grundfesten erschüttert hat, einen Paulus, Augustinus, Luther — in dem Erlebnis von der Allmacht Gottes und der Ohnmacht des Menschen (Römer 8 und 9). »Ja, lieber Mensch, wer bist Du denn, daß Du mit Gott rechten willst. Spricht auch ein Werk mit seinem Meister: warum machest Du mich so? Hat nicht ein Töpfer Macht, aus einem Klumpen zu machen ein Gefäß zu Ehren und ein anderes zu Unehren? Deswegen, da Gott wollte Zorn erzeugen und kund tun seine Macht, so erträgt er in großer Geduld die Gefäße des Zorns, die zur Verdammnis bestimmt sind, auf daß er kund täte den Reichtum seiner Herrlichkeit an den Gefäßen der Barmherzigkeit, welche berufen sind zur Herrlichkeit.« Aber indem der Theologe die Unergründlichkeit des göttlichen Geheimnisses begrifflich, also menschlich zu fassen suchte, kam er zur harten Lehre des »edictum horribile«. Calvin war ein solcher Theologe. Schon die Kinder sind berufen, ehe sie geboren werden, ehe sie Gutes oder Böses getan haben — berufen oder auf ewig verdammt. Der Erwählte bewährt sich im »Wandel« und hat die »Welt« zu Gottes Ehre (in maiorem dei gloriam) zur äußerlichen Einhaltung des göttlichen Willens im Sittengesetze zu zwingen, ohne dadurch den Nichterwählten zu nutzen. Der Nichterwählte offenbart durch seine Verdammnis die Majestät Gottes.

Zweifellos steht diese Lehre im Widerspruch zu dem Johannesworte und dem Jesus-Erlebnis: »Gott ist Liebe« — allumfassend, allerwärmend, allvergebend. Aber auf der andern Seite eignet diese Lehre in ihrer Durchsichtigkeit und ihrem Formalismus dem lateinischen Wesen; sie erzog harte, selbstherrliche und weltbeherrschende Charaktere nach der Art altrömischer Republikaner, herbe, entsagende Helden, die Väter der modernen militärischen und staatlichen Disziplin. Indem der »Wandel« zwar nicht der Realgrund, wohl aber der Erkenntnisgrund der göttlichen Gnade ist (Max Weber), an dem der Mensch sich die quälende Frage beantwortet, ob er zu den Erwählten gehört oder nicht, strahlt von dem Prädestinationsdogma »höchste Energie des Handelns« aus — im absoluten Gegensatz von Gut und Böse, von Gott und Welt.

Verfassungsmäßig bedeutet der Calvinismus — bei starkem Mißtrauen gegenüber der Masse — eine Theokratie, gehandhabt von den Geistlichen und Aeltesten in sog. Presbyterien, in welchen erwählte und bewährte Laien die Stützen des geistlichen Amtes sind. Daher der Name »Presbyterianer«, der diese Richtung bezeichnet. Straffste Kirchenzucht überwacht die Lebensführung der Gemeindemitglieder — Glaubenszwang und Ketzerverfolgung sichert die Lehrmeinung. Ist doch der Calvinismus die einzige der Reformationskirchen, welche Ketzer hingerichtet hat — so in Boston vier Quäker 1656. Auch die weltliche Obrigkeit unterfällt der Kirchendisziplin, so daß man angesichts der Ueberordnung der geistlichen Gewalt von einem »Kirchenstaat« sprechen kann. Hinsichtlich der Staatsform war der Calvinismus republikanisch. Denn es widerspricht der Ehre Gottes, daß der Erwählte von einem Monarchen beherrscht werde, welcher durch höfischen Prunk, Mätressen und- Höflingswirtschaft, durch Theater und Pferdesport beweist, daß er zu den Weltkindern gehört. Dagegen war der Calvinismus undemokratisch wegen seines Mißtrauens gegenüber der Masse, von welcher feststeht, daß sie größtenteils zu den Unerwählten gehört.

Aus dieser Quelle stammt ein neuaristokratischer Einschlag in der angelsächsischen Welt, welcher mit feudaler Geburtsaristokratie nichts mehr zu tun hat: die Vorherrschaft des tadellosen »erwählten« Gentleman, die gerade in Amerika besonders fühlbar ist, aber auch die Gentlemangleichheit innerhalb des erwählten Kreises. Aus gleicher Quelle stammt die schroffe Scheidung vom Farbigen (native), welcher im besten Falle zu einem der verlorenen zehn Stämme Israels gerechnet wurde (daher Lauheit in der Heidenmission, so bei den Holländern, den Väterpilgrimen), ja sogar eine religiöse Rechtfertigung der Sklaverei, welche die alte Kirche zwar geduldet, aber bekämpft hatte. So hat der seefahrende Neuengländer vielfach rote gegen schwarze Sklaven ausgetauscht und an diesem gewinnbringendsten aller Handelszweige im Wettbewerb mit den Liverpooler »Ehrbarkeiten« verdient. Auch in dieser wichtigen Grundfrage der damaligen Arbeitsverfassung hat der Calvinismus dem aufsteigenden Kapitalismus die Stufe gebaut.

Historisch führte die Linie des Calvinismus von Genf zuerst nach Frankreich. Hier wurde seine erste Blüte mit

dem Schwert ausgerottet, nicht ohne in staatlicher Straffheit und bürgerlicher Nüchternheit einen tiefen Zug im französischen Charakter zurückzulassen. Die zweite Linie des Calvinismus führte nach Holland, von hier ging eine Seitenlinie nach Alt-preußen, wo sie in der reformierten Dynastie, der Pflichtphilosophie des Alten Fritz, dem Rigorismus Kants und dem besten Geiste des preußischen Heeres — vgl. Moltkes Jugend! — fortlebte. Der Hauptstrang aber führte von Holland in die angelsächsische Welt. Hier hat sich der Calvinismus zunächst in Schottland und sodann in Nordirland durchgesetzt. Dagegen hat sich in England die Reformation zunächst rein äußerlich durch Ablösung der Kirche vom päpstlichen Stuhl abgespielt. Sie hat dann unter Beibehaltung der bischöflichen Verfassung sich unter Eduard VI. und Elisabeth in gemäßigter Weise dem deutschen (lutherischen) Protestantismus genähert, ohne irgendwie tief in die Seele des Volkes einzugreifen: »Eine königliche Tat ohne Anteil des Volkes« (Weingarten). Ihr Ergebnis war die anglikanische Kirche, deren rechter Flügel auch heute noch »Rom weniger Papst« bedeutet. Sodann hat England im Kampfe gegen die bischöfliche und königliche Gewalt dem calvinischen Kirchen- und Glaubensvorbild zugestrebt. Durch das Bündnis mit den Schotten gegen den König 1643 verpflichtete sich das englische Parlament zur Einführung der Presbyterialverfassung, die jedoch niemals im ganzen Lande und nur vorübergehend in London Fuß faßte. Wie wenig England vom Calvinismus voll ergriffen war, beweist z. B. die Tatsache, daß ein Mann von calvinischem Typus trotz geschichtlicher Großtaten ersten Ranges — Wilhelm III. — wegen seiner Starrheit und Wortkargheit in England niemals recht volkstümlich wurde.

Dagegen hat sich der Calvinismus voll und ganz ausgelebt in Neuengland, vor allem in Massachusetts, welches neben Pennsylvania die geistige Keimzelle Amerikas wurde. Boston ein zweites Genf! John Cotton — bezeichnenderweise bei magerem Gehalt — ein zweiter Calvin — beide auf dem Boden eines unbegrenzten Neulandes. War doch der erste Kaufbrief den Pilgrimen von der Küste des Atlantischen bis zum Stillen Ozean gegeben, eine zunächst unverbindliche, aber symbolische Redewendung, welche die Eroberung und Urbarmachung des Festlandes durch Pflug und Bibel vorwegnahm.

Der Staat der Pilgrime, gegründet 1620 durch den

berühmten Gründungsvertrag an Bord der Mayflower, war eine Theokratie, die ihren Stempel tief in das Wesen der amerikanischen Seele eingeprägt hat.

Im einzelnen: Nur Kirchenmitglieder sind Vollbürger (free-men); die Mitgliedschaft wird erworben durch Vertrag (covenant) Erwachsener mit der Gemeinde nach genauer Darlegung der Seelenerfahrung des Bewerbers. Die Mitgliedschaft geht verloren durch leiseste Entgleisung im Wandel oder in der Lehre. Kirchenbann ist die schwerste Strafe; sie bedeutet Aechtung, Verkehrslosigkeit, zumeist Austreibung in die schutzlose Wildnis des Urwalds. Es herrschen die Erwählten, die »Heiligen«, vor allem die Prediger. Wer ihnen oder den Kirchenältesten einen Vorwurf macht, bekommt einen Klotz an die Zunge gehängt und wird durchgepeitscht. Daher ist ein Prügelpfahl (whipping post) die Zubehör zu jeder Kirche. Verboten bei Gefängnis oder Prügelstrafe sind Fluchen, Tanzen, Würfeln, Rauchen, Kartenspielen; ebenso die Tracht des langen Haares oder der aufkommenden Perücke; bestraft wird die Lüge, die andern einen Schaden bringt, bestraft der Müßiggang und die Trunkenheit. Wer einem Mädchen ohne Bewilligung ihres Vaters einen Heiratsantrag macht, kommt in den Stock, bei der dritten Annäherung in das Gefängnis. Es besteht ein Zwang zum Anhören mehrstündiger Predigten am Sonntag, ein Examen vor dem Abendmahl, das Verbot des Theaters, der Musik und der Pferderennen. Strengste Sonntagsheiligung! Alle Vergnügungen am Sonntag sind verboten; so wurde z. B. ein Schiffskapitän, der nach dreijähriger Abwesenheit nach Hause zurückkehrte, in Boston zwei Stunden öffentlich in den Stock gespannt, weil er seine Frau auf der Schwelle seines Hauses am Sonntag öffentlich geküßt hatte ²⁾. Es herrscht Glaubenszwang und Ketzervertreibung. Die Rückkehr eines vertriebenen Ketzers — Quäkers oder Jesuiten — wird mit dem Tode bestraft — ein Gesetz, das erst 1677 aufgehoben worden ist.

Gegen Ausgang des 17. Jahrhunderts kamen in Boston freiere Richtungen auf, unter jäh hervorbrechendem Zweifel an der Hexenhinrichtung. Gibt es Hexen? Mit dem Verfall des Prädestinationsdogmas erhob sich im 18. Jahrhundert die einflußreiche Sekte der Unitarier — die »Sekte der Gebildeten«, auch der Reformjuden — sowie die undogmatische Sekte der

²⁾ So Daniel Wait Howe: The puritan republic. Indianapolis 1899, S. 163.

Disciples. In beiden und darüber hinaus leben die Lebensformen und Empfindungsweisen des Puritanertums fort — verflacht, verweltlicht, aber doch noch prägend und weithin bestimmend. Dies um so mehr, als im 18. Jahrhundert eine zweite calvinistische Welle — schottischen und nordischen Ursprungs — über Neuengland hinging — New York, New Jersey, den Süden berührend —, und den Grund zur mächtigen Sekte der *Presbyterians* legte. Im Besitz der bestgebildeten Geistlichen, Hochschulgründer zum Zwecke des Theologiestudiums — Harvard, Yale, Princeton sind calvinistischen Ursprungs —, üben calvinistische Traditionen noch heute einen tiefgreifenden Einfluß aus in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Amerikas — wenigstens der herrschenden Oberschicht und gerade sie ist dem Deutschen am unzugänglichsten ³⁾.

Eine kleine Anekdote neuesten Begebnisses für viele. Ein deutscher Lehrer an einem der vorzüglichen kleinen Colleges in Massachusetts ging mit einem Kollegen vom »old stock« allsonntäglich im Sommer in einen benachbarten See baden. Neckend fragte der Deutsche den Amerikaner: »Ist es recht, Mr. Browne, daß Sie am Sonntag baden gehen?« Der Amerikaner begründete das Bad mit Reinlichkeits- und Gesundheitsrücksichten, worauf der Deutsche replizierte: »Yet, Mr. Brown, you enjoy it.« Mr. Brown erwiderte kein Wort, badete — aber kam zum sonntäg-

³⁾ Aus der uferlosen Literatur seien — neben den grundlegenden Werken von Max Weber, Religionssoziologie, und Ernst Troeltsch, Soziallehren und Protestantisches Christentum — hervorgehoben: Cotton, John, Books between 1642—1666, insbesondere The bloody tenent of persecution for the cause of conscience discussed (gegen Roger Williams). — Talvj, Geschichte der Kolonisation in Neu-England, 1847. — Bancroft, G., A history of the United States, 1834; deutsch von Kretschmar 1845. — Bradford, William, History of the Plymouth plantation, 1856. — Weingarten, Revolutionskirchen in England, 1868. — A. de Tocqueville. La démocratie en Amérique. 3 vol. Quatrième Edition, 1837. — Goodwin, The Pilgrim Republic, 1888. — Gooch, G. P., History of the English democratic ideas in the seventeenth Century, 1889. — Campbell Douglas, The puritan in Holland, England and America, 1893. — Borgeaud, Ch., Rise of modern democracy in old and new England, 1894. Borgeaud, Ch., Adoption and amendment of Constitutions in Europa and America, 1895. — Arber, The Story of the pilgrim fathers, 1897. — Howe, D. W., The puritan republic, 1899. — Merriam, C. E., History of american political theories, 1903. — Burrage, Champlin, The Church Covenant Idea, 1904. — Burrage Champlin, The early English dissenters, 1912. — Dexter, A. M., England and Holland of the pilgrims, 1905. — Merriam, C. E., American political ideas, 1920. — Roscoe Pomed, The spirit of the Common Land, 1921. — Friederici, Das puritanische Neuengland, 1924. — Rowe, H. K., The history of religion in the United States, 1924.

lichen Badegang nicht mehr wieder. — Welche Bedeutung hatte diese mangelnde Genußfähigkeit für den aufsteigenden Kapitalismus — dieser Sonntag, während dessen Langeweile man sich bereits nach der Werktagsarbeit sehnt!

2. Die zweite Welle der Reformation, radikaler als das calvinistische Bürgertum und Parlament — in England die »Reform der Reformation« genannt —, schlug von Deutschland über Holland nach England. Sie sammelte sich im Cromwellschen Heere, siegte in Commonwealth, erlebte ihre Enttäuschung, als das »Parlament der Heiligen« sich unfähig erwies, und ebte aus in den Quäkern. Alle diese Richtungen tragen den gemeinsamen Zug der »believers church« an sich: die Kirche ist ein Verein der Erweckten, der Regenerierten, der »godly people«. Zur Zeit des Commonwealth wurden sie unter dem Namen *I n d e p e n d e n t e n* zusammengefaßt.

Die Independenten gingen in England von Verfassungsfragen aus. Nach Robert Browne: »The book, which shows the life and manner of all true christians« (1583) ist Kirche eine Verein von Regenerierten, welche sich durch Vertrag mit Gott und untereinander (covenant) zu einer Gemeinde zusammengeschlossen haben. Das ist der Unterschied der Sekte zu der alten Kirche — der katholischen wie protestantischen —, welche als Anstalt Gläubige und Ungläubige betreut und die Gnade durch objektive Mittel — Sakramente, Bibelwort — verwaltet. Aus dieser Natur der Sekte folgt die völlige Gleichwertigkeit der Mitglieder als Regenerierter — der tiefste Mutterboden der kommenden Demokratie. Es fällt alles Staatskirchentum; es fällt die Autorität des Geistlichen oder der Presbyter innerhalb der Gemeinde. Es folgt daraus volle Glaubensfreiheit für jedes Konventikel und grundsätzlich die Erwachsenentaufe. Die Kirche ist ein Körper aus lebendigen Gliedern. »Er allein ist Herr: Christus, sein Wille offenbart sich in dem Willen der Gesamtheit.« Das »Book, which shows« galt als staatsgefährlich. Sein Besitz war mit Todesstrafe bedroht. Denn mit der Autorität der Kirche schien die des Staates in Frage gestellt und der Anarchie Tür und Tor geöffnet.

Aber wenn die Bewegung der Independenten alle Widerstände — König wie Parlament — hinwegschwemmte, so entstammte diese ihre Stärke nicht verfassungsrechtlichen Auffassungen — Robert Brown selbst zog ängstlich zurück —, son-

dern jenen »deutschen Stiefkindern der Reformation«, deren Gedanken, in Deutschland verfolgt, nach England einströmten — ein feuersflüssiger Strom.

Man hat zwei Linien zu unterscheiden, welche sich vielfach verschlingen: die deutschen »Tä u f e r« und die deutschen »S p i r i t u a l i s t e n« (»Geistliche Reformer«). Die letztere Linie führt von den deutschen Mystikern, von Eckhart, Tauler und der »deutschen Theologie« über H. Denk, Schwenkfeldt und ihre Geistesgenossen zu Jakob Böhme und Angelus Silesius, um in den Quäkern fortzuleben. Bei der Lesung des grundlegenden Werkes, das Rufus Jones dieser Bewegung gewidmet hat, ist man erstaunt über den Einfluß, den Deutschland damals in England gehabt hat, über die Enge des Gedankenaustausches, wobei Holland auch hier die Vermittlung übernahm. Männer wie ein Milton, ein Newton, gar ein George Fox waren mit dieser Literatur, z. B. mit Jakob Böhme, vertraut; vor ihnen hat der englische Mystiker Everard 1575—1640 Sebastian Frank übersetzt.

Noch greifbarer ist der Einfluß der T ä u f e r, geschichtskundig schon durch die Beibehaltung des Namens »Baptisten«. Diese Linie führt von der Schweiz und Süddeutschland die Rheinlinie hinunter. In Deutschland verfolgt und vernichtet, fliehen die Täufer nach Holland, wo Menno Simons sie sammelt und erneuert. Der e i n e Strang geht weiter über Preußen nach Rußland, wo die Mennonitenkolonien eine große und agrartechnisch führende Rolle spielen; der andere, wichtigere Strang geht von Holland nach England und Neuengland.

Schon 1528 wurde der erste Baptist in England verbrannt, 1578 forderte Stephan Bateman zur Ausrottung dieser schrecklichen Sekte auf, »sonst wird uns die gleiche Seuche befallen, wie die zu Münster Deutschland befiel«. Noch für John Bunyan 100 Jahre später sind die Münsterschen Erinnerungen lebendig und sein »Pilgrim« ist der durch die Welt gehetzte Täufer⁴⁾. 1611 kehrt der Baptistengeistliche John Smyth mit seiner Gemeinde von Holland, wo er als Flüchtling sich niedergelassen hatte, nach England zurück und wird Vater der großen Sekte der General Baptists. 100 Jahre nach Münster wird in Rhode Island der erste Baptistenstaat 1631 gegründet. Ihm hat 1643 John Clarke, der Vater der amerikanischen Baptisten, die seitdem zur

⁴⁾ So Belfart Bax, *Rise and fall of the Anabaptists*. London 1903.

Millionenkirche anwuchsen, die Charter verschafft, in deren Vorrede sich, soweit mir bekannt, zum ersten mal in Anwendung auf eine bestehende Staatsverfassung der Neuzeit das Wort findet: »Die Form der Regierung, die in der Providence-Pflanzung errichtet wird, ist demokratisch«⁵⁾. Um die Unerhörtheit dieses Wortes zu ermessen, gedenken wir der gleichzeitigen Welt Wallensteins und des Dreißigjährigen Krieges in Deutschland — und doch liegt in Deutschland die Wurzel dieser Bewegung.

Zusammenfassend wird man sagen können, daß der deutsche Einschlag in der angelsächsischen Geistigkeit nicht minder bedeutend ist, als die sichtbarere Formung, die der Calvinismus vollzieht. Er bildet ihre »andere Seite«. Es ist erstaunlich, daß ein Mann wie der berühmte Bancroft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich dieser Zusammenhänge bewußt war: »Die Geschichte der Täufer ist mit dem Blute tausender deutscher Landleute geschrieben; aber ihre Grundsätze, dank ihrer Unsterblichkeit, flohen mit Roger Williams nach Providence und seine Kolonie ist ein Zeuge dessen, daß die Wege der Täufer Wege der Freiheit und des Friedens waren«⁶⁾. Neben dem Calvinismus bildete das Täufer-Quäkertum den Mutterboden, in den die sich bildende amerikanische Nation ihre geistigen Hauptwurzeln senkte.

In Deutschland wurde diese »Reform der Reformation« in einem Meere des Blutes erstickt. Die Stuarts in England beabsichtigten — in England, auch in Neuengland — nichts anderes. Wenn in der angelsächsischen Welt die reformatorischen Bewegungen sich voll auswirken und das Leben umprägen konnten, so verdankten sie dies dem einen Manne, der durch seine militärischen Siege bei Marston Moor und Naxby der neuen Zeit eine Bresche brach. Der Commonwealth (1653—1658) bedeutet nach Troeltsch eine Wiederkehr des deutschen Täuferturns, des Geistes der Bauernkriege, den letzten Versuch, das Reich Gottes mit dem Schwerte aufzurichten, aus dem zwar nicht das neue Zion, wohl aber die englisch-amerikanische Welt Herrschaft herauswuchs: Oliver Cromwell — »ein Werkzeug Gottes zu Ehre und des Vaterlandes Bestem«, im Jenseits fußend, diese Welt beherrschend, kein Kopfhänger, »von allem den besten Gebrauch machend« — ein Freund der Wissenschaft,

⁵⁾ G. W. Mc. Daniels, *The people calles Baptists*, 1919.

⁶⁾ Bancroft, *History of the United States*. II S. 459.

ein Schützer der ererbten Kunstschatze der Nation. Weit über den starren Calvinismus hinaus bekennt Cromwell: »Ein Sucher zu sein, ist von allen Sekten die beste nächst der eines Finders und ein Finder wird jeder treue und demütige Sucher am Ende werden.« In Fühlung mit dem »Mann in der Lederhose« (George Fox) erhoffte er von dem Parlamente der Heiligen den Aufbau des neuen Zion. Aber auch als er dieses unpraktischste aller Parlamente zum »kurzen Parlamente« zu machen gezwungen war, blieb Cromwell unter Ablehnung der Königskrone als Alleinherrscher »dem Prinzip der Gewissensfreiheit« treu. Für ihn war Gewissenszwang gleich »Gewissensmord« — unerhört in der damaligen Welt, für welche der Westfälische Friede soeben den Grundsatz: »Wessen das Land, dessen die Religion« — festgelegt hatte. Richard Baxter, ein Gegner Cromwells, bekennt, daß er in seinem langen Leben unter keinem Könige und keinem Parlament solche Freiheit der Lehre und des Gottesdienstes genossen habe, wie unter dem Protektorate.

In Oliver Cromwell verdichtete sich das Zeitalter zur heldenhaften Persönlichkeit. In dem höchst persönlichen und daher völlig irrationalen Geschehnis kommt die Zeitwende zum Durchbruch. Die ganze angelsächsische Mentalität wäre eine andere geworden, wenn die Stuarts den englischen und neuenglischen Dissenters die Konformität aufgezwungen und selbst ein Boston der anglikanischen Kirche unterworfen hätten. Dieses aber war das Ziel ihrer Politik — selbst noch unter Karl II.

Cromwell fußte auf seinem Heere, welches im Gegensatz zum puritanischen Bürgertum und Parlamente der Sitz der Independenten, d. h. der enthusiastischen Sekten war. Wenn Maccauley vom Heere Cromwells sagt: »Es vereinigte strengste Disziplin mit ungestümem Enthusiasmus, die Präzision der Maschine mit der Leidenschaft der Kreuzfahrer«, so legt er damit, ohne es zu beabsichtigen, die beiden Wurzeln dieser Geistigkeit, die aus dem Calvinismus und die aus dem Täufern, auseinander. In der Tat, wenn Cromwells Heer die kühn vorsprengenden Reiterscharen des Königs besiegte durch jene verhaltene Leidenschaft, mit der es geschlossen bis auf wenige Schritte an den Feind heranritt, um dann die wohlgezielte Salve abzugeben, so verdankte es dies der straffen Schulung durch den Calvinismus, welche den ungeschulten Haufen der deutschen Bauern und Täufer abging. Aber seinen Schwung bezog es aus dem täufer-

rischen Enthusiasmus. Besonders in seiner Kerntuppe, der Kavallerie, überwogen täuferische Anschauungen. Psalmensingend zog dieses Heer in die Schlachten, um in den eroberten Städten Laienpredigt auszuüben. In England holten die Täufer, welche in Deutschland mit Feuer und Schwert ausgerottet wurden, zum welthistorischen Schlage aus. Ein alter Kupfer im Britischen Museum zeigt unter der Aufschrift »Gott allein sei Ruhm« Oliver Cromwell in eisernem Panzer auf der babylonischen Hure stehend; er bewacht den Hügel der drei Königreiche zur Linken, den Hügel der Zionsstadt zur Rechten. »Der Ostermorgen eines neuen Weltalters bricht an« — dies war der Leitgedanke, der das Cromwellsche Heer beseelte. Wer dächte hierbei nicht an das Königreich von Münster, das »ein Königreich der ganzen Welt« sein wollte. In ähnlichem Geiste und mit ähnlichen Mitteln wurde Blake auf der See zum Meister und Cromwell Gründer der »Neuen Flotte«.

Auch die Klassenschichtung war noch die gleiche wie in Deutschland. Im Gegensatz zu dem puritanischen Bürgertum, der handeltreibenden City, die im Parlamente den Kampf mit dem König aufgenommen hatte, aber stets zum Vergleiche geneigt war, im Gegensatz zu den Granden der Armee — setzte sich die breite Linie des Heeres aus »kleinen Leuten«, aus Bauern und Handwerkern zusammen, welche die religiöse »Sinnesänderung« vom wirtschaftlichen Traditionalismus ablöste. Aehnlich wie die Täufer in der Schweiz und im Elsaß, in Preußen wie in Rußland Träger der agrartechnischen Fortschritte wurden, wie sie Klee, Kartoffel, Zuckerrübe eingeführt haben, so wurden die Täufer-Mennoniten in den Niederlanden »reich«. So wurden in England die Baptisten und Quäker zu aufsteigenden Mittelklassen und Reichtum wurde der Fallstrick, mit dem der Satan sie bedrohte. So schon Voltaire in seinen berühmten »Lettres sur les Anglais«. Aehnlich sagt Cobett gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts von den Quäkern — Vätern des modernen Bankgeschäftes —, »sie spielen zwar nicht mit Karten, aber mit Aktien.« Im 19. Jahrhundert brachten es die amerikanischen Täufer in Rockefeller zum reichsten Mann der Welt. Wenn eine ältere Baptistenstimme noch recht drastisch erklärte: »Kein Mann, der mehr wert ist als 50 000 \$, kann erlöst werden«, so setzt eine neuere beschwichtigend dem entgegen: »Der Grad irdischen Wohlstandes ist proportional dem des geistlichen Wohl-

standes⁷⁾ — in dem der Baptist auch des Feindes Mammon Herr werde.

Baptisten siegten in der amerikanischen Revolution — ihrem Gedankenkreise entnahm Jefferson die Bestimmung der amerikanischen Bundesverfassung 1785, welche Trennung von Staat und Kirche unter völliger Gewissensfreiheit durchsetzte. Baptisten siegten im amerikanischen Sezessionskriege, in welchem Lincoln, der Sohn einer baptistischen Mutter, ihnen bestätigte, daß sie an der Spitze der Freiheitskämpfer gestanden hätten. Baptisten endlich siegten im Weltkrieg, indem allen andern voran Lloyd George, Baptist und dereinst Laienprediger, einen ethisch-religiösen Schwung der Sache der Alliierten einhauchte: »Wir kämpfen für baptistische Grundsätze in diesem Kriege.« Baptisten standen in Amerika an der Spitze der Kriegspropaganda gegen Deutschland. Man wäre versucht, paradoxerweise zu sagen: die Täufer nahmen im Weltkriege ihre Revanche für Münster an den deutschen Fürsten! Täuferischer Geist lebte in Wilsons »14 Punkten«, die, wenn sie unehrlich gemeint gewesen wären, die listigste und zugleich wirkungsvollste Propaganda der Weltgeschichte bedeuten würden. Aber das Wirkungsvollere an ihnen war, daß sie eben keine »Heuchelei« waren, sondern daß dieser Krieg von den englisch-amerikanischen Sekten als »Freiheitskrieg« geglaubt wurde⁸⁾.

⁷⁾ Mac Daniel A. a. O. S. 162.

⁸⁾ Aus der Literatur: Hauptwerk: Rufus M. Jones, *The spiritual Reformers in the 16th and 17th Century*; in deutscher Uebersetzung »Geistliche Reformatoren«. Berlin, Quäkerverlag 1925. — Derselbe, *Studies in Mystical religion*. Mac Millan Co.

Aelteres: Ephraim Pagett, *Heresiographie*. 1. Aufl. 1648, 2. Aufl. 1652. — Johannes Becholdus redivus, *The English Quaker — the German Enthusiast revived* 1659. — Richard Blome, *The fanatic history, an exact relation of the old anabaptists and the New Quäkers*, 1660. — Dasselbe deutsch als: *Historia fanaticorum*, 1702. — Charles Clouzier, *Histoire des Ababaptistes*. Paris 1695. — Jacob Böhme, *Mercurius Teutonicus or Christian Information concerning the last times*, 1649. — Anderson, Mr., *One blow at Babel in those of the people called Behmenites*, 1662. — Whittacker, Richard, *The life of one Jacob Boehmens* 1644; vgl. dazu: Franz von Baader, *Vorlesungen und Erläuterungen über Jacob Böhmes Lehren*. Leipzig 1852. — Preger, *Geschichte der deutschen Mystik*, Leipzig 1874—93. — Paul Wegwitz, *Jacob Böhme und wir*, in »Die Tat«, Januarheft 1926. —

Sodann über Täufer: Adolf Schwindt, Hans Denk. Neuwerkverlag, Schlüchtern. — Mennonitisches Lexikon. Frankfurt 1923, Bd. I 1922, Artikel England. — E. H. Corell, *Schweizer Täufermennoniten*. Tübingen 1925. — Cornelius, *Berichte der Augenzeugen über das Münstersche Wiedertäuferreich*. Münster 1853. — Löffler, *Die Wiedertäufer zu Münster*. Jena 1923. — Belfort Bax, *Rise*

Da wir hier keine Geschichtsschreibung beabsichtigen, so versuchen wir in einer Gesamtschau die Gedankenwelt der Täufer-Quäker zu umreißen — auf Grund einer leider noch sehr lückenhaften Literatur, wobei wir auf deutsche Quellen, die nachweislich sehr einflußreich waren, mit zurückgreifen.

1. An der Spitze steht die Ablehnung der Prädestination nach Calvin (trotz zeitweiser Hinneigung kleinerer englischer Baptistengruppen zu dieser Lehre), nicht minder die Ablehnung des stellvertretenden Todes Jesu nach Luther, welche ein deutsches Täuferlied also verspottet: »Nun zech' ich auf sein Kreiden«. Gegen Calvin steht als Grundgedanke fest: die Wiedergeburt ist allen zugänglich, Christus ist für alle Menschen gestorben. Gegen Luther wird festgehalten: ein göttlicher Funke ist in jedem Menschen angelegt (selbst über den christlichen Kreis hinaus), der zur Flamme entfacht werden soll. Ein gewisser Grad der Heiligung auch in den Werken ist schon auf Erden möglich. Diese Heiligung ist eine Versenkung in Gottes Wesen und Willen, wodurch der Mensch frei wird — allmächtig als Werkzeug des göttlichen Willens. Sünde ist Selbstliebe als Abfall von dem das All durchwaltenden Gottesgeiste. Das Wort Gottes ist kein Buchstabe mit Feder und Papier geschrieben, sondern es ist Geist, in jedem Menschen vorhanden, als der geistliche oder mystische Christus — »Christ a condition in man«!

Wir gedenken der deutschen Vorläufer: eines Meister Eckhardt, der die menschliche Seele mit dem Wasserspiegel vergleicht, der Gott widerspiegelt. Wir gedenken eines Hans Denk, 1495—1527 — jenes Oberdeutschen, der wie ein Wild

and fall of the anabaptists. London 1903. — Ludwig Keller, Ein Apostel der Wiedertäufer. Leipzig 1882. — G. W. Mac Daniel, The People called baptists. Nashville 1919. — I. T. Christian, A history of the baptists. Nashville 1922. — L. T. Brown, The political activities of the baptists. 1912. — Robert Barclay, The inner life of the religious of the Commonwealth. 1877. — Palmer, Les anabaptistes. — Firth Sir Charles Cromwells Army. 1902. — Eduard Bernstein, Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution. Stuttgart 1922. — Richard Heath, Anabaptism. 1895. — Mennonitische Blätter. 1925 Heft 4/5. Das Testament unserer Väter. — Walter Rauschenbusch, Christianising the social order. 1922. Derselbe Theology of the social gospel. 1917. — Derselbe in deutscher Uebersetzung: Die religiösen Grundlagen der sozial. Botschaft. Erlenbach Zürich 1925. — Richard Heath, The captive city of God 1904. — Karl Heath, Religion and Public Life. Swartmore lecture 1922. — Strauß, Roger Williams New York 1894. — W. W. Sweet, Our American Churches. — Henry K. Rowe, History of religion in the United States. MacMillan. 1924. — Vgl. auch Weingarten, Die Revolutionskirchen in England 1868. — Ernst Bunsen, William Penn. 1854. — Ernst Troeltsch, Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik.

durch Deutschland gehetzt wurde. Mit 32 Jahren gestorben, hat Denk durch Schriften und Reden spät aufgehenden Samen gestreut. Seinen Spuren folgen Täufer und Quäker. »Das wahrhaftige Licht, das jeden Menschen erleuchtet, der in die Welt kommt«, soll die irdischen Verdunkelungen und Schlacken durchleuchten, wozu weder die Hilfe des Priesters noch des Sakramentes, noch selbst des geschriebenen Schriftwortes erforderlich ist, wohl aber der freie Wille des Menschen. Niemand ist erlöst durch Zwang oder Erwählung. Christus ist nicht das Mittel der Erlösung. Kein anderes Mittel hierzu gibt es, als den eigenen Willen aufzugeben und in Gottes Wesen sich zu versenken. Bei jeder Entscheidung sei die Antwort auf die Frage zu erlauschen: Was willst Du Gott, daß ich tun soll? »Ich und der Vater sind eins« — alte deutsche Mystik. Hieraus fließt die Prophetie, die Ekstase, das Zittern der ersten Quäker, die Laienpredigt auch der Frauen.

Wir gedenken des »Erzketzers« S c h w e n k f e l d t , Schlesiens 1489—1561, eines Flüchtlings und Laienpredigers adliger Herkunft. Von Luther exkommuniziert, wurden seine Anhänger aus dem heimatlichen Schlesien vertrieben und fanden ihre Zuflucht in Holland. Der Holländer Hans De Rys und die von ihm geführten Waterländer Mennoniten (gegründet 1624) nahmen die Lehre Schwenkfeldts an und von ihnen führen unmittelbar Fäden zu den Quäkern. So lehrte Schwenkfeldt die Lehre vom inneren Licht in Ausdrücken, die den Quäkern geläufig sind: Die Schrift ist toter Buchstabe ohne die unmittelbare Offenbarung. Die Sakramente werden vergeistigt. Sie sind keine sichtbaren Mittel, sondern geistige Vorgänge. Das geistliche Amt ist ein allgemeines; jeder Mensch sei ein Seelsorger am Nächsten. In der genannten Mennonitenkirche finden wir bereits den schweigenden Gottesdienst, das schweigende Tischgebet, die Zeugnisse gegen Krieg und Eid. Wir finden die Ablehnung der calvinischen Lehre von der Prädestination und demgegenüber die Lehre von der Universalität der Gnade und der Freiheit des menschlichen Willens. Nicht minder wird die Lehre Luthers von der Rechtfertigung abgelehnt und die damit zusammenhängende Laxeheit der Sitten in der lutherischen Welt. Nach Luthers Lehre, meint Schwenkfeldt, spricht Gott zu den Menschen: »Kommt ihr schlechten Menschen in den Himmel um des Blutes Christi willen.« Demgegenüber sagen die Quäker mit Schwenkfeldts Landsmann, Angelus Silesius:

♦Wird Christus tausendmal zu Bethlehem geboren
und nicht in dir,
du bleibst noch ewiglich verloren.♦

Wir gedenken letzthin des »deutschen Philosophen« J a k o b B ö h m e (1575—1624), zumal seine Schriften frühe übersetzt wurden und seine Anhänger, genannt »Behmists«, in dem Cromwellschen Heere ihre Rolle spielten. Kein deutscher Denker hat nach Rufus Jones solchen Einfluß auf die Entstehung des Quäkertums gehabt, wie Jakob Böhme. Robert Barclay, der Apologet des Quäkertums, war in vollem Besitz dieses Schrifttums. Der Mensch ist nach Böhme ein Mikrokosmos, in welchem der Makrokosmos der großen Welt zum Ausdruck kommt. Gott ist zu finden in der Seele jedes Menschen. Christus trat in die Menschheit und färbte sie mit Gottheit. In ihm hat das Inwendige das Auswendige durchdrungen und mit Licht durchleuchtet. Christus lebt und arbeitet in unserer Seele. Kein Mensch kann sich mit dem Purpurmantel Christi bekleiden, es sei denn, daß er die ganze Erdenreise Christi mitmacht. Das erfordert ein Ja oder Nein. Diese Welt ist ein ewiges Schlachtfeld und alle Dinge bestehen in Ja und Nein (Hegels mystischer Ursprung!). In Christus sind wir alle e i n e s, wie ein Baum in mannigfachen Zweigen. Die eine wahre christliche Kirche sucht ihren Ausdruck in dem göttlichen Lebensbaum der Brüderlichkeit allen Lebens in dem Herrn. Bei George Fox finden wir gelegentlich wörtlich solche Erinnerungen an Böhme.

2. Aus diesen Grundgedanken fließt die A b l e h n u n g der Kirche als einer Anstalt, welche das Heil »verwaltet«, und die Ablehnung der Sakramente als Heilmittel. Bei den Täufern ist die Taufe ein »bewußter Akt des Glaubens« seitens Regenerierter, also nur Erwachsener, d. h. willensfähiger Christen. Die Sensation des Untertauchens und die darauf folgende Beglückwünschung hat den Baptisten wohl manchen Anhänger verschafft, insbesondere unter der farbigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten, wo es eine schwarze Baptistenkirche von einigen Millionen Anhängern gibt. Grundsätzlich aber ist für den Baptisten die Taufe nichts als ein Symbol der erfolgten Wiedergeburt. Die Quäker haben auf die Sakramente als äußere Zeichen völlig verzichtet, sie vergeistigt und symbolisiert. Im Gegensatz zur Kirchenanstalt ist die G e m e i n d e ein Verein Wiedergeborener, gestiftet durch Vertrag mit Gott und der Mit-

glieder untereinander (covenant), daher völlige Gleichheit der Mitglieder untereinander, daher auch Gleichheit der Geschlechter, die Freiheit der Frauen zur Prophetie und Predigt; die Erwählung und Absetzbarkeit der Prediger durch die Gemeinde; der Prediger ist nichts als Gemeindebeamter: »E i n e r ist Herr, Christus, ihr aber seid Brüder.« Als Verein Wiedergeborener schützt die Gemeinde diesen ihren Charakter durch Kirchenzucht und Gemeindebann. Jede solche Gemeinde ist nach außen autonom, ob groß oder klein, und mit ähnlichen und gesinnungsverwandten Gemeinden nur verbündet ohne Ueberordnung einer zentralen Instanz: demokratisch im Innern, föderalistisch nach außen.

3. **Ablehnung der Welt** — des Fressens, Saufens, Hurens —, Ablehnung des Staates als »äußeren Dinges«, dem der Geist sich unterwirft, soweit er das Gewissen nicht beschwert. Aber keine Untertänigkeit, keine »Kreaturvergötterung«. Daher das »Du« des Quäkers zum weltlichen Oberen, auch zum irdischen König, der als Nichtregenerierter der Welt angehört. Forderung der Gewissensfreiheit und der freien Religionsübung. Wird diese verwehrt, so gilt im Gegensatz zum leidenden Gehorsam des Luthertums: »Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen.« Die Forderung der Gewissensfreiheit mündet in der völligen Trennung von Staat und Kirche — aus Wertung, ja vielleicht Ueberwertung des religiösen Gebietes, das irgendwelche Vermischung mit der weltlichen Gewalt nicht verträgt: »Glauben ist nicht zu verwalten.« So verlangten schon die Münsterschen Täufer nach ihrer wiederholten Erklärung nichts als freie Ausübung ihrer Religion; so haben die englischen Baptisten 1614 völlige Trennung von Staat und Kirche gefordert; so haben die Baptisten der Neuen Welt in Rhode Island, die Quäker in Pennsylvania aus religiösen Beweggründen diesen Grundsatz durchgeführt.

Ein zweiter Gedanke tritt hinzu, ein neuer Wahrheitsbegriff: seit dem Sündenfall ist die Menschheit individualisiert, Einförmigkeit ein Zeichen des Todes — oder, um im Bilde zu bleiben, das göttliche Licht bricht sich im menschlichen Medium in verschiedenen Strahlen — aus allen diesen Strahlen zusammen setzt sich die g a n z e Wahrheit zusammen. Niemand hat diesen tiefsten Grundgedanken der Toleranz schöner ausgedrückt als die ersten Quäker. So sagt Pennington (Works 3 Ed. 1784, I 444): »Wie lieblich und angenehm ist es für das geistige Auge, verschiedene Arten Gläubige in der Schule zusammen zu sehen, wo jeder den

ihm notwendigen Unterricht erhält.« »Alle Wahrheit außer der letzten, höchsten ist nur ein Schatten und dennoch ist jede Wahrheit in ihrer Art wahr. Sie ist an ihrer Stelle wesenhaft, obgleich sie an anderer Stelle nur ein Schatten ist, denn sie ist nur der Schatten einer stärkeren Wesenhaftigkeit.« In seinem wundervollen Büchlein: »Die Früchte der Einsamkeit« sagt William Penn: alle aufrichtigen Sucher seien im Grunde e i n e r Religion; sie werden sich als Kinder eines Vaters zusammenfinden, »wenn der Tod die Masken abgerissen hat«.

Hieraus erwächst der ursprünglich religiös bestimmte Gedanke der Aufklärung, dem Lessing den berühmtesten Ausdruck gegeben hat, wonach das Suchen nach Wahrheit für den Menschen als werdendes und reifendes Wesen wertvoller ist als der satte Besitz.

4. Im Gegensatz zur Vergeistigung und damit Verflüchtigung der letzten Ziele des Christentums, welche die Kirchen vornahmen, lebt die altchristliche Eschatologie in ursprünglicher Gewalt bei den Täufern wieder auf: »Bisher hat man die Schrift mit Unverstand ausgelegt und was vom Reiche Christi auf Erden geschrieben ist, auf den Jüngsten Tag und das Reich der Himmel bezogen. Die Münsterschen aber wissen, daß, was vom Reiche Christi in der Schrift vermeldet ist, hier a u f E r d e n zu erwarten ist. Christus ist über Zion zum Könige gesetzt und die Heiden und alle Enden der Erde werden ihm zum Erbe geschenkt. Er wird mit seinen wohlgerüsteten Dienern den Teufel und alle Ungerechtigkeit samt allen gottlosen Wesen unterdrücken und ausrotten und dann in aller Gerechtigkeit und Frieden sein Reich einnehmen«⁹⁾. Dieselben Anschauungen herrschten im Cromwellschen Heer, wo ihre Anhänger »Millenarier« oder »Quintomonarchisten« hießen. Ja es kann kein Zweifel sein, daß der Protektor selbst von ähnlichen Hoffnungen erfüllt war, als er das Parlament der Heiligen berief. »Der Herr will in neuer Form unter euch erscheinen.« Diesem Gedanken entnahm das Heer, vor allem das Offizierkorps, todesverachtende Tapferkeit, ruhig im Gebete gesammelte Entschlußkraft. Von der Cromwellschen Alleinherrschaft abgestoßen, sammelten sich die radikalen Teile des Heeres in den sog. »Q u i n t o - M o n a r c h i s t e n«, welche dem Protektor genug zu schaffen machten, ja gegen ihn mit den Stuarts konspirierten. Noch einmal nach seinem Tode, am 6. Ja-

⁹⁾ Rothmann, Restitution Oktober 1534.

nuar 1660, erfolgte ein blutig niedergeschlagener Versuch der Quintomonarchisten, London zu erobern, wobei sich Kämpfe um Bishopsgate, den späteren Sitz der Quäker, abspielten. Gemeinut des Commonwealth ist der Gedanke, in einer »Zeit der Geburtswehen«, welche dem Kommen des Herrn vorangeht, vor einer ungeheuren sozialen Neugeburt zu stehen.

Zwei Wege waren es, auf welchen die deutschen Täufer und die englischen Sektierer der neuen Zionsstadt zustrebten. Die einen kämpften mit den Waffen des Krieges, die andern mit den Waffen des Geistes. Vielfach sind den Täufern erst durch die blutigen Verfolgungen, denen sie unterworfen waren, die Waffen in die Hand gedrückt worden. Jedenfalls haben ihre ersten Vertreter, wie Hans Denk und die in Augsburg 1527 abgehaltene sog. Märtyrersynode, jeden Zwang abgelehnt und auf die Mittel der Liebe und Prophetie gewiesen. Demgegenüber bedrohte ein kaiserliches Edikt vom 10. Juni 1535 die Täufer in den kaiserlichen Erblanden mit der Strafe des Feuertodes, die »Reuigen« unter ihnen mit Enthauptung, die Frauen mit der Strafe des Lebendigbegrabenwerdens. Nach dem Zusammenbruche des irdischen Jerusalems in Münster verzichtete das deutsche und holländische Täufertum unter dem Einfluß Menno Simons auf die Mittel der irdischen Gewalt.

Auch in England lebten beide Richtungen fort. Die Vertreter der Gewalt sammelten sich in dem Cromwellschen Heere. Ihre Gedanken lebten fort in der expansiven, stets kriegerischen Sekte der Baptisten, welche in der Heidenmission voranging; sie lebten nicht minder fort in dem religiös bestimmten Imperialismus von Cromwell zu Cecil Rhodes.

In den Quäkern dagegen sammelten sich nach dem Zusammenbruch des Commonwealth und in den Tagen der Restauration zahlreiche Abkömmlinge der Täufer, enttäuscht von der Gewaltpolitik. Ihnen schlossen sich die ersten Geister der Zeit, ein Milton, ein Lilburne, an, in denselben Tagen, als der Baptist John Bunyan 1660—1672 im Gefängnis das gelesenste Buch der Zeit schrieb: »The pilgrim's progress.« Unter Ablehnung des Waffengebrauchs, aber auch des vom Staate geforderten Waffendienstes, versuchten sie die Welt von innen heraus wirkungsvoller auszubauen als durch die nur vorübergehend wirksamen Mittel der Gewalt, welche auf ihre Urheber zurückschlugen. Das Ziel blieb das gleiche: Das Reich Gottes auf Erden, und, wo es immer

lebhaft empfunden wurde, jener chiliastische Schwung, der dem modernen Sozialismus aus dieser Quelle zuströmte.

Wie das Täuferium zum Imperialismus hinführt, so das Quäkertum zu Sozialpolitik. In schweigender Andacht zur Gemeinschaft des Geistes (holy communion) vereint, haben sich die Quäker als die einzige Sekte jener Tage als »society«, soziales Ganze, bezeichnet. Zunächst versuchten sie in ihrem inneren Kreise das Kommen des Herrn vorzubereiten und durch Hilfstätigkeit und Erziehung das Reich Gottes anzubahnen — sodann weit über ihren Kreis hinaus in einer die Welt umspannenden Caritas. Aber die täuferischen Erinnerungen sprengten mehr als einmal den Rahmen der Wohltätigkeit und Sozialpolitik: so in Whinstanly und John Bellers und dem dem Quäkerkreise nächststehenden Robert Owen bis zu dem neuzeitigen Sozialismus. Wie schon Rothmann in seiner »Restitution«, verurteilen diese Männer die Welt des Mammons, der durch Kauf und Verkauf, Lohnvertrag und Rente sich »von der Armen Schweiß mästet«, und münden in genossenschaftlichen und sozialistischen Gedanken. Diesem Mutterboden entnimmt das englische Genossenschaftswesen seit den Rochdaler Pionieren Schwung und Kraft ¹⁰⁾.

Wenn nach Troeltsch die Täufer »das einzige christliche Sozialsystem« neben der katholischen Kirche hervorbrachten, so berühren sich die Quäker auch historisch mit den Franziskanern. Nach der zitierten *Historia fanaticorum* predigten Franziskaner unter den Quäkern zu London, wie die Quäker denn eher zum Katholizismus, als zum Luthertum oder Calvinismus konvertierten. Darüber hinaus aber wird man auf Grund unserer heutigen historischen Forschung sagen können, daß keine reformatorische Richtung dem Urchristentum so nahe gekommen ist, wie diese: beide erwarten als »Chiliasten« das obere Reich, den Gottesstaat, der auf die Erde herabkommt. Stammte das Reich, das Jesus verkündete, nicht aus dieser Welt, so bewegte es sich doch in diese Welt — so sehr, daß die erste Generation der Christen seine Vollendung noch bei Lebzeiten erwartete. Jesus war alles andere als ein Weltfremder — ein Vertröster auf das Jenseits, sondern ein Kämpfer für ein besseres Diesseits: »Dein Wille geschehe auf Erden.« Er forderte Weltumgestal-

¹⁰⁾ Vgl. Robert Schloesser, Ueber die Beziehungen der Quäker zum Genossenschaftswesen. Genossenschaftskorrespondenz Oktober 1925.

tung heute und hier und hat sie durch nichts so gefördert als durch sein unerschütterliches Gottvertrauen in den Tagen der irdischen Katastrophe, an welche der ebenso unerschütterte Auferstehungsglaube der Jünger anknüpfte ¹¹⁾).

Die Toleranzakte Wilhelms III. 1689, welche »beschränkte Religionsfreiheit« brachte, d. h. Eigentum und persönliche Freiheit aller Bekenntnisse sicherte, erlaubte den Mittelklassen als »Nonkonformisten« die ethischen Antriebe des Heroenzeitalters in der Wirtschaft auszuarbeiten. Erst später als die politische Entrechtung der Nonkonformisten gefallen war, konnten sich diese Antriebe auch in der Politik auswirken. Jenes geschah im 18., dieses im 19. Jahrhundert.

Zunächst jedoch nach dem Zusammenbruch des Commonwealth handelte es sich um einen Rückschlag des Pendels: das anhebende 18. Jahrhundert war ein Zeitalter der religiösen Erschlaffung. In den Oberschichten herrschte plattester Materialismus, koloniale Raubgier, frivole Genußsucht, Korruption und

¹¹⁾ Literatur betreffend Quäker. Wm. Chas. Braithwaite, The beginnings of Quakerism. — Wm. Chas. Braithwaite, The second period of Quakerism. — Rufus M. Jones, The later periods of Quakerism. — W. C. Braithwaite, London Yearly Meeting during 250 Years. — Allen C. Thomas and Richard H. Thomas, A history of the friends in America. — Margaret Sefton Jones, Old Devonshire House. — The journal of George Fox. Edited by Norman Penney, introduction by Rufus M. Jones. — Rufus M. Jones, The life and message of George Fox. — Robert Barclay, An Apology for the true christian divinity as held forth and preached by the Quakers. — William Penn, No cross, no crown. — William Penn, Primitive Christianity. — Children of the light. Selections from Quaker Mystics. Edited by Rufus M. Jones. — John Wm. Graham, William Penn. — Mabel R. Brailsford, Quaker Women. 1650—1690. — Journal of John Woolman. Introduction by J. G. Whittier. — Georgina King Lewis, Elizabeth Fry. — Stephen Hobhouse, Joseph Sturge. — Barry O'Brien, John Bright. — John Stephenson Rowntree: His life and work. — Percy Corder, Robert Spence Watson. — Q. G. Gardiner, George Cadbury. — S. Elizabeth Robson, Joshua Rowntree. — Christian discipline of the religions society of friends. — Edward Grubb, Quaker thought and history. — Caroline E. Stephen, Quakers Strongholds. — Henry T. Hodgkin, The christian revolution. — Whittiers Poems. Complete Edition. Oxford Preß. — Margaret E. Hirst, The Quakers in Peace and war. Preface by Rufus M. Jones. — Maurice, L. Rowntree, Social Freedom. — Sharpless, A Quakers experiment in Government 1898. — B. Seeborn Rowntree, Industrial unrest: A way out.

Alle diese Werke sind erhältlich in der Zentralniederlassung der Quäker: Friends House, Enston Road. London N.W. — teilweise übersetzt im Deutschen Quäkerverlag Berlin-Biesdorf, Cöpenickerstraße 15, welcher deutschsprachige Quäkerliteratur verbreitet. Das ausgezeichnete Buch von Auguste Jörns, Die Sozialpolitik der Quäker, veröffentlicht in den Studien der badischen Hochschulen, Karlsruhe, Braunschwer Verlag, gibt noch heute die beste Zusammenfassung.

Spekulation («South sea bubbles»). Die noch traditionalistischen, gebundenen Unterschichten konnten dem Ansturm des kapitalistischen Zeitalters nicht standhalten: in erschreckendem Umfange breitete sich mit der Entlandung des Bauern Elend und Trunksucht aus. Die Löhne standen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nach Rogers unter dem Existenzminimum und wurden durch Armenunterstützung ergänzt. Schnaps und Kartoffel traten ihren Siegeszug an. Die a n g l i k a n i s c h e Kirche versagte völlig gegenüber der leiblichen und geistigen Not des Volkes — eine politische Institution, in welcher whigistische Bischöfe als Hofgünstlinge eine torystische, dem kleinen Adel versippte Landgeistlichkeit im Zaume hielten. Aus dieser Zeit stammt der fuchshetzende Geistliche, der absentistische Prälat, der sich durch einen hungernden Vikar vertreten läßt. Diese Kirche gipfelt in der Lehre vom Nichtwiderstande gegen die Obrigkeit — doppelt kläglich, seitdem eine illegitime Dynastie am Ruder war.

Der Calvinismus der bürgerlichen Oberschichten verlor mit dem Schwunde des Prädestinationsdogmas sein Rückgrat, verblaßte vielfach zum dünnen Theismus und ebbte zur Gentlemanaristokratie ab. Das Täuferium verlor seinen chiliastischen Schwung und zog sich von den Unterschichten in bürgerliche Mittelschichten zurück, wo es vielfach zum Führer des technischen Fortschritts wurde. Die Quäker, welche nie auf Millionen abgestellt waren, schon wegen der hohen Ansprüche, die sie — ohne Berufsgeistliche — an die Mitglieder stellten, zogen sich in den engen Kreis ihrer Sekte zurück. Sie verfielen im 18. Jahrhundert ihrer »quietistischen Periode«. Noch fehlte die Bewegung, welche den Traditionalismus der breiten Unterschichten erschüttern und, parallel mit der anhebenden industriellen Entwicklung, den Typus des self made man — Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit — auch in die Arbeiterkreise tragen sollte. Dies war die Sache des M e t h o d i s m u s. Er hat das individualistische Werk der Reformation vollendet. Er hat den Einzelmenschen auch der breiten Volkskreise ohne Vermittlung einer Kirchenanstalt mit Himmel und Hölle konfrontiert; er verlangte ohne Unterschied des Standes und der Bildung von j e d e m die höchst persönliche Entscheidung der Bekehrung. Er hat den Bekehrten ethisch, wirtschaftlich und politisch diszipliniert. Diese Aufgabe, in der das Luthertum völlig versagte,

hat in Deutschland im engen Kreis einer Sekte 'das Herrnhutertum' gelöst. In enger Ursprungsgemeinschaft mit diesem hat der Methodismus zu den Millionen gesprochen, sie aus Stumpfheit und Tierheit methodisch erweckt, sie ebenso methodisch geheiligt und den geistigen wie politischen Typus des englischen Arbeiters geschaffen. Er wurde damit zur größten kirchlichen Gemeinschaft der angelsächsischen Welt. Eine ähnliche Aufgabe hat dann im 19. Jahrhundert auf dem Festlande die Sozialdemokratie übernommen, aber sie unter Verzicht auf die Transzendenz doch mehr in negativer als in positiver Hinsicht gelöst: sie hat den Traditionalismus zertrümmert, sie hat befreit, aber nicht in gleicher Weise das ethische Rückgrat aufgebaut, neu gebunden.

Der Gründer der methodistischen Kirchengemeinschaften, welche in der christlichen Welt an Anhängerzahl lediglich von der katholischen Kirche übertroffen werden, war John Wesley, geboren 1703, gestorben 1791. Sein Leben deckt also nahezu das ganze 18. Jahrhundert. In seiner Jugend mit Zinzendorf und den Herrnhutern in Fühlung, »deutscher Ketzerei« verdächtig, schuf Wesley ein Werk — das englischste von englischen —, welches eines der eigenartigsten Bindemittel der angelsächsischen Geistigkeit über den Globus geworden ist. Sein Leben trägt jenen ziffernmäßigen Zug, der beim Engländer so häufig starkes Wollen und tiefes Gefühl diszipliniert.

Geboren als das siebzehnte von neunzehn Kindern des Pfarrers zu Epworth wurde Wesley nach schweren Seelenkämpfen am 24. Mai 1736, $\frac{3}{4}$ 9 Uhr abends »bekehrt«. Er hielt seitdem mehr als 40 000 Predigten. Hätte er am ersten Tage seines Lebens zu predigen begonnen, so bedeutete diese Ziffer in einem 88-jährigen Leben mehr als eine Predigt im Tagesdurchschnitt. Wesley legte als Wanderprediger 225 000 Meilen zu Pferde zurück und verstand die Kunst, im Sattel zu speisen, zu lesen wie zu schlafen. Von ihm stammt die Regel, daß ein Mann, der geistiger Führer großen Stiles zu werden berufen sei, alltäglich 3 Stunden mit sich allein sein müsse; Wesley verbrachte diese 3 Stunden reisend im Sattel (statt wie wir, auch dorthin vom Radio verfolgt, in der Eisenbahn). Wesley nächtigte nicht selten im Freien, die Bibel als Kopfkissen, und trotzte Verfolgungen und Schmähungen zu einer Zeit, welche gewohnt war, »mit Schlägen die Schwärmerei zu widerlegen«. Ursprünglich anglikanischer Geistlicher und ohne die Absicht, sich von dieser Kirche zu trennen,

hinterließ er bei seinem Tode eine Sekte von 511 Predigern und 120 333 Mitgliedern, die bald zu Millionen anwuchsen. Ein »wunderlicher Heiliger«, nicht anders als der Methodistenprediger, der im 19. Jahrhundert der Gründer und General der Heilsarmee wurde: Charles Booth — und doch beides wunderbare Männer praktischer Leidenschaft, größter Organisationskraft, seelentiefen wie weltweiten Einflusses.

Die Lehre Wesleys enthielt gegenüber der allgemeinen, auch in Deutschland üblichen des Protestantismus nichts wesentlich Neues: unter Ablehnung der calvinischen Prädestinationslehre, wie des täuferischen Chiliasmus, wies Wesley auf die Sünde als eine höchst reale Macht von fürchterlichen Folgen hier wie dort, zugleich aber auf die göttliche Gnade, die j e d e n errettet, der sie mit freiem Willen erfaßt. Das ist die »große grundsätzliche Veränderung«, welche als Bekehrung (conversion) das erste Ziel der Methodistenpredigt bildet. Selbst für den verworfensten Sünder, den verkommensten Schwächling, für den Zuchthäusler wie die Dirne gibt es niemals ein »Zuspät«. Aber nur durch höchstpersönlichen Akt vollzieht sich jene Wendung, die über geistiges Leben und geistigen Tod, über Verdammnis oder Errettung entscheidet. Die Methodistenkirche ist eine »beleaver's church«, ein Verein bekehrter Sünder zu gegenseitigem Halt; geborene, aber unbekehrte Methodisten sind daher nicht Vollmitglieder.

Um so eigenartiger war die Form, die John Wesley und seine Nachfolger diesen innerlichsten Vorgängen gaben. Die Predigten John Wesleys waren keineswegs überschwenglich, sondern sachlich und nüchtern; aber sie erweckten »Zeichen«, obgleich Wesley selbst gegen solche Zeichen mißtrauisch war. Sie erschütterten die hartgesottensten Sünder, sie schilderten die Hölle, nicht minder sachkundig, aber nüchterner als Dante; oft schien es, als ob der Redner dieses merkwürdige Land persönlich bereist habe. Einige Hörer schrieen laut auf, so berichteten die Zeitgenossen, andere fielen wie leblos zu Boden und verharrten stundenlang in diesem Zustand, andere zuckten unter fürchterlichen Schmerzen, bis mit dem Seelenfrieden das körperliche Gleichgewicht wieder eintrat. Immer wieder, wo immer der Methodismus seiner Art treu ist, erhebt er sich zur Erweckung (revival). Die Formen sind nicht selten recht drastische. In häufigen Fällen gerät der Sünder in einen Bußkampf, der sich zum Bußkrampf steigert; er eilt auf die Bußbank und bekennt,

das Gesicht gegen die Versammlung, seinen sündigen Lebensgang, oft bis ins einzelne; er berichtet seine wunderbare Bekehrung, deren Stunde und Minute festzustellen ist. Diese Vorgänge wiederholen sich in immer neuen Erweckungswellen. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es eine solche Erweckung unter den Bergleuten von Wales. Die Aeüßerlichkeiten mögen eigentümlich berühren, doch bedeuten sie im Grunde nichts anderes als das blitzähnliche Durchbrechen der göttlichen Gnade durch die Wirrnis von Sünde, Irrtum und Krankheit, die den Menschen umdroht und verschlingt — das religiöse Grunderlebnis aller Zeiten.

Aber, Wesley und seine Nachfolger begnügten sich nicht mit diesen rein gefühlsmäßigen und darum so unsicheren Vorgängen. So sagte Wesley: »Der Teufel hat an nichts eine solche Freude, als wenn die Leute erweckt wurden, um, sich selbst überlassen, wieder einzuschlafen.« Wesley packt den Bekehrten, unterwirft ihn einer »Methode« intensivster Seelsorge und straffster Disziplin, mit der Begründung, daß Bekehrung Selbsttäuschung (illusion) sei, wenn sie nicht in verändertem Leben zum Ausdruck komme. So werden die Methodisten in »Klassen« von 12—20 Mitgliedern eingeordnet, unter der Aufsicht von Laienältesten, die für jeden Einzelnen aus ihrer Gruppe verantwortlich sind (to enforce the testimony). Letzthin gilt: »Tut von euch hinaus, wer da böse ist.«

Diese Laienältesten sind zugleich die Laienprediger, welchen die örtliche Verkündigung in erster Linie obliegt, oft in der Bretterhütte, im Blockhaus, oft unter freiem Himmel. Die Laienpredigt, die auch heute noch z. B. von Aerzten, Rechtsanwälten, Geschäftsleuten, Handwerkern und Arbeitern ausgeübt wird, besitzt erfahrungsgemäß eine besondere Missionskraft. Der angestellte Geistliche hatte als Wanderprediger ursprünglich einen größeren Bezirk zu versorgen und zu kontrollieren; ihm wurde nachgerühmt, daß er selbst im tiefsten Urwald, in der grenzenlosen Prärie, mit der Pünktlichkeit eines Uhrwerks zu fester Stunde eintreffe, und wenn es gälte, Ströme zu durchschwimmen. Die örtliche Organisation beruhte überwiegend auf Laien und war fest genug gefügt, um die Bekehrten zu methodischer Lebensführung zu erziehen. So erfüllte der Methodismus seine Aufgabe: »Sünder heilig zu machen,« und wenn er diese Sünder aus dem Bodensatz der Großstadt oder im »fernsten Westen« aufblas. Das

war die große und machtgebende Idee des Methodismus, daß schon auf Erden dem Menschen eine gewisse Vollkommenheit, »Heiligung« (holines) erreichbar sei, als das Werk des Menschen an sich selbst unter der Gnade von oben. »Der zweite Segen« wird dem Bekehrten als letzte und höchste Gabe hier auf Erden — oft erst nach langer und mühseliger Bahn — zuteil. Denn dieses Leben ist nicht eine Kette fortgesetzter Niederlagen, sondern ein planvoller Fortschritt.

In soziologischer Hinsicht wies der Methodismus gewisse Charakterzüge auf, welche ihm einen mächtigen Einfluß in Wirtschaft und Politik verschafften. Er stand und steht in Uebereinstimmung mit den Täufern und Quäkern, auf dem Boden der Trennung von Kirche und Staat bis zum Letzten. Er kennt keine Mitgliederliste, in die man wie in die Steuer- oder Militärliste, ohne es zu wollen, eingetragen oder hineingeboren wird. Er kennt nur »lebendige Glieder«. Er verwirft also auch die Kirchensteuer deutscher Art, indem er meint, daß das Geld von Lauen und Atheisten der Kirche keinen Segen bringe. Seine Stärke ist die Freiwilligkeit, mit welcher er Tausende von Geistlichen, Kirchen mit den zugehörigen Bildungsanstalten, sogar blühende Universitäten unterhält. Mit der Stärke der Freiwilligkeit ist er dem Ansiedler durch die endlosen Prärien des Mississippibeckens, durch die Felsengebirge bis an den Stillen Ozean gefolgt, ja vielfach in Indianermission vorangegangen.

Denn der Methodismus ist im Gegensatz zum Luthertum eine Missionskirche. Ein alter Lutheraner hat in einem Kirchenliede nicht gerade sehr poetisch, aber um so bezeichnender gedichtet: »Vor Zeiten hieß es wohl, geht hin in alle Welt, Jetzt aber, bleibe da, wohin dich Gott gestellt.«

Demgegenüber erklärte John Wesley: »Die Welt ist mein Kirchspiel.« Bezeichnenderweise schmücken diese Worte sein Marmordenkmal in Westminster. In der Tat: der Methodismus hat einen imperialistischen Zug und ist neben der katholischen Kirche, die weit verzweigteste kirchliche Organisation der Welt. Durch ihn steht die angelsächsische Welt an der Spitze der Missionen, so in China und Afrika. Er begleitete die Bildner des englischen Weltreichs, wobei nicht selten Mission und Geschäft zusammenflossen. Durch seinen »emotionellen Charakter« übt der Methodismus eine besondere Anziehungskraft auf den amerikanischen Neger, dem er, wie man an der trefflichen »coloured

cook« des amerikanischen Professorenhauses feststellen kann, einen moralischen Halt verleiht. Die schwarzen Methodisten Amerikas haben auf Afrika übergegriffen und erziehen die Neger als »ethiopische Kirche« über Sprach- und Stammesunterschiede hinaus zum Gemeinschaftsbewußtsein.

Im Mutterlande wandte sich der Methodismus an die ärmsten der Armen, vor allem an die im 18. Jahrhundert gänzlich vertriebenen Bergleute, die bei 13—14stündiger Arbeitszeit das Sonnenlicht nur am Sonntag sahen, deren Kinder und Weiber als Lasttiere unter der Erde frondeten. Aus dumpfem Herdenbewußtsein hat der Methodismus hier persönliche Charaktere erweckt, er hat ihnen durch Laienpredigt die Zunge gelöst, er hat sie zur Selbstverwaltung, zunächst der religiösen Gemeinschaft, erzogen. Wesley wandte sich an die Industrieproletarier — er gab ihnen das Gefühl »Menschen« zu sein. Er predigte mit Vorliebe vor den Kohlenschächten und Fabriktoen, da ihm die Kirchen verweigert wurden: »Weiße Linien zeichneten sich auf den geschwärmten Gesichtern, wenn die Tränen durch den Kohlenstaub rannen.« Er hat in diesen dunklen Massen damit zugleich das Gefühl des sozialen Unrechts wachgerufen.

Als Methodisten wurden die Bergleute Pioniere der englischen Arbeiterbewegung. So waren Methodisten Führer des Chartismus, der großen Streikbewegung des 19. Jahrhunderts vor allem der Gewerkschaftsbewegung, deren englische Formung ohne den Methodismus gar nicht zu verstehen ist. Nicht minder geht auch die Abstinenzbewegung auf den Methodismus zurück. Landarbeiterschichten hat der Methodismus von der Grundaristokratie abgelöst, indem er sie zunächst von der Staatskirche ablöste. Im ganzen leitete der Methodismus den Geist der englischen Arbeiter in jene ethisch-religiöse Richtung, auf welche der Volksredner noch heute Rücksicht nehmen muß; ethische Argumente verfangen in diesen Versammlungen mehr als utilitarische. In ähnlicher Weise durchsetzte der Methodismus mit ethischem Einschlage die liberale Partei.

Weit darüber hinaus setzt sich der Methodismus die praktische Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens zum Ziel. Er verwirft jene Trennung in das geistliche und weltliche Gebiet, in welcher der Lutheraner politische und wirtschaftliche Mißstände duldend hinnimmt. Er verlangt eine »gerechte« Verteilung des kapitalistischen Gewinns und wendet sich gegen die Unter-

drückung nicht nur der schwarzen, sondern auch der »weißen Sklaven«.

Dagegen fehlt dem Methodismus als dem bis zum Letzten gesteigerten Protestantismus der altchristliche Gedanke des Gottesreiches, welcher im Universalismus der katholischen Kirche, im chiliastischen Schwung der Täufer, in der schweigenden Gemeinschaft der Quäker fortgelebt hatte. Es fehlt damit das soziale Ganze als ethisch politisches Ziel. Daher besteht ein innerer Gegensatz zum Sozialismus, wie ihn die englischen Gewerkschafter während des ganzen 19. Jahrhunderts aufwiesen. Es besteht eine innere Verwandtschaft zur liberalen Wirtschaftsordnung. Steht doch in der Entscheidungsfrage des irdischen wie ewigen Lebens der Mensch seinem Gott *a l l e i n* gegenüber. Der Methodismus erzieht damit zugleich seine Anhänger zur Selbsthilfe in wirtschaftlichen Dingen auf dem Boden formaler Rechtsleichheit.

Der Methodismus hat eine ungeheure zeitgeschichtliche Bedeutung gehabt. Er hat die amerikanische Revolution vorbereitet, als die erste »interkoloniale« Geistesbewegung unter den bis dahin völlig vereinzelter, ja gegensätzlichen Neuengland-Kolonien. Seine Missionare überschritten ohne weiteres die Grenzen von Kolonie zu Kolonie, die bis dahin zugleich religiöse und vielfach staatskirchliche Grenzen gewesen waren. Keine Sekte hat nach Lincoln solche Hilfe im Kampf gegen die Sklaverei geleistet, wie der Methodismus, der ziffernmäßig die zeitlich vorangehenden Quäker um das Hundertfache übertraf. Der amerikanische Methodismus hat den Weltkrieg gegen Deutschland im guten Glauben als Freiheitskrieg gekämpft. *S e k t e n* gaben in Amerika diesem Krieg den Schwung, was in Deutschland nur wenige ahnten. Methodisten und Baptisten wurden die Vorkämpfer von Prohibition und gegen ihre vereinigte Macht gibt es in den Vereinigten Staaten keinen politischen Erfolg.

Sodann hat der Methodismus die anglikanische Kirche weit- hin mit »evangelischem Geiste« erfüllt, von dem Kreise der Lady Huntington aus, welche die Freundin und Schützerin Wesleys gewesen war. Von hier aus vollzog sich gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts die Wiedergeburt der anglikanischen Kirche und entwickelten sich jene »Broadchurch« genannten Richtungen, welche sich innerlich den Sekten vielfach nähern. Von hier aus gingen Männer, wie der Sklavenbefreier Wilberforce, ferner der

Vater der Arbeiterschutzgesetzgebung, Lord Shaftesbury, sowie die Väter der Genossenschaftsbewegung wie Fr. D. Maurice und Charles Kingsley — sie alle Erwecker des sozialen Gewissens.

Hat also der Methodismus zur Erweckung der englischen Arbeiter etwa die Rolle gespielt, wie der Marxismus in Deutschland, so ist es doch wohl ein Irrtum, mit Sombart zu vermeinen, daß der Marxismus die dem Wesen des Proletariats »allein angemessene Denkweise« sei, was übrigens auch das katholische Deutschland wiederlegt ¹²⁾. Vielmehr hat der Methodismus die angelsächsische Geistigkeit dem industrialistischen Zeitalter angepaßt: »Sein Einfluß ist unberechenbar.« So konnte der Historiker Green sagen: »Die Methodisten sind nur das geringste Resultat der methodistischen Erweckung« ¹³⁾.

Der Methodismus hat die französische Revolution von England abgewehrt und damit den Sieg Englands über Napoleon vorbereitet. Hören wir den berühmten Lecky: »Vor dem Schlusse des Jahrhunderts, in welchem diese religiöse Erweckung auftrat, hatte ein Geist angefangen durch Europa zu gehen, der die Grundfesten der Gesellschaft und des Glaubens bedrohte. Die von Voltaire und den Enzyklopädisten geleitete Auflehnung gegen die übernatürliche Auffassung des Christentums, die materialistische Anschauung vom Menschen und der Welt, wie sie aus dem erweiterten Studium der Naturwissenschaft und aus der Philosophie von Condillac und Helvetius hervorging, die wilden Sozialträume, die Rousseau in so hinreißende Beredsamkeit gekleidet hatte, das Elend eines hochsinnigen Volkes, das durch unnötige Kriege und parteiische und

¹²⁾ Vgl. Briefs, Hochland, Februar 1926: Das allgemeine Sozialproblem und der proletarische Sozialismus.

¹³⁾ Literatur über Methodismus: Lecky of England in the 18th Century. Bd. II. — John L. Nuelsen, Geschichte des Methodismus. Bremen 1920. — Ders., Reformation und Methodismus. Zürich 1917. Christliche Vereinsbuchhandlung. — Ders., Methodismus und Weltmission. Bremen, Traktathaus. — W. F. Warren, Der Methodismus. Bremen. Traktathaus. Erste Aufl. 1866. — F. J. Foakes Jackson, Social life in England in the 18th century. London. Mac Millan 1916. — D. D. Thomson, John Wesley as a social reformer. New York 1898. — Thomas D. Dood, John Wesley. — Sam. E. Keeble, Christian responsibility for the social order. 1922. — Workman, Methodism. 1912. — John L. Nuelsen, Methodismus als religiöse Bewegung und als Kirche. Bremen 1924. — Julia Wedgewood, John Wesley and the evangelical revival of the 18th century. 1870. — J. S. Simon, The revival of religion in England in the 18th Century. 1924. — Loofs, Protestantische Realencyclopädie. XII. — Schneckenburger, Lehrbegriffe der kleinen protestantischen Kirchenparteien 1863.

ungerechte Besteuerung in den Staub getreten war, die Dummheit und Verderbtheit seiner Herrscher und Priester, hatten in Frankreich einen revolutionären Geist erweckt, der an Kraft und propagandistischem Feuer seit den Tagen der Reformation seinesgleichen nicht gehabt hatte. Viele alte Mißbräuche gingen unter, aber in das europäische Leben kam ein Ton des Denkens und Fühlens, der nur zur Anarchie und zuletzt zum Despotismus führen konnte, und der vor allem jener maßvollen und geordneten Freiheit, die allein Bestand haben kann, verhängnisvoll wurde. England entging im großen und ganzen diesem Kontagium. Viele Ursachen wirkten zur Rettung dieses Landes zusammen, unter ihnen aber gebührt, wie ich glaube, eine hervorragende Stelle dem neuen, feurigen Religionseifer, der zu jener Zeit durch die mittleren und niederen Klassen des englischen Volkes ging, welcher einen großen Teil der wilderen und ungestümeren Reformer in seinen Dienst genommen hatte und mit Schauer vor den antichristlichen Grundsätzen zurückbebte, die mit der Revolution in Frankreich Hand in Hand gingen. « Wir gedenken des Ausspruches Carlyles: Frankreich vertrieb die Hugenotten und erhielt dafür die Jakobiner, wie man auch heute noch in Frankreich jede religiöse Redewendung vermeiden muß, um nicht des »Rückschritts« bei Intellektuellen oder Arbeiterhörern verdächtig zu werden.

Wo die religiöse Wurzel verdorrt, beginnt das Zeitalter der »Aufklärung«, nach Fichte: »der leeren Freiheit«. Der Puritanismus wurde nach Amerika ausgeführt, wo er sich reiner als in England — ungehemmt durch Reaktion und Restauration — auslebte. Die Aufklärung wurde nach Frankreich und von dort in die weite Welt exportiert. So hat Macaulay in seinem Aufsatz über Walpole die Franzosen als »die Dolmetscher zwischen England und der Menschheit« bezeichnet. Schon Voltaire hat diese Auffassung vertreten. Ideen englischen Ursprungs verdichten sich in der französischen Revolution zum welterschütternden und weltreinigenden Unwetter.

Demgegenüber strandete Deutschland seit dem 30-jährigen Krieg auf der Sandbank: der Strom der Geschichte rauschte in Westeuropa. Deutschland blieb bis tief in das 19. Jahrhundert in wirtschaftlichen Dingen kleinbürgerlich und feudal, in sozialen Dingen patriarchalisch und bedientenhaft, in geistigen Dingen orthodox, das Luthertum vielfach enger und härter als

die katholische Welt. Erst die David Hume und Rousseau, die Napoleon und Adam Smith weckten den Deutschen aus zweihundertjährigem Schlummer. Dabei hat Deutschland dem Ansturm des von Frankreich verweltlichten Freiheitsgedankens nur geringen Widerstand entgegengesetzt. Nur für eine dünne Oberschicht hat Deutschlands klassische Philosophie das geleistet, was in der angloamerikanischen Welt »die Reform der Reformation« breitesten Schichten vermittelte; Befreiung und Neubindung.

In der Tat kann man in diesen beiden Schlagworten, *Befreiung und Neubindung*, wenn man sie richtig versteht, die Grundzüge des puritanischen Zeitalters zusammenfassen — Puritanismus hier im weitesten Sinn vom Calvinismus bis zum Methodismus genommen. Sie umschreiben die *angelsächsische Kultur*, welche in unseren Tagen die politische und wirtschaftliche Weltherrschaft angetreten hat.

1. Der Puritanismus bedeutet Befreiung des Einzelmenschen, d. h. Ueberwindung des Traditionalismus, Auflösung genossenschaftlicher und naturhafter Gemeinschaften, Zertrümmerung der Autorität — völligen Bruch mit dem Mittelalter! Der Einzelmensch schält sich aus überkommenen Bindungen, die ihn zugleich hielten und schützten; der Starke ergreift das Szepter dieser Welt.

2. Der Puritanismus bedeutet nicht minder *Neubindung des Menschen an das transzendente Ziel*. Noch eilt der Mensch, »die Finger in den Ohren«, wie John Bunyan nach der ewigen Stadt. Das Dasein dieser Stadt steht ihm so fest, wie uns das Dasein Konstantinopels, auch wenn wir noch nicht dort waren. Er ist überzeugt, daß er dahin gelangt, wenn er den richtigen Reiseweg einschlägt. Er schätzt gute Straßen; er vermeidet Umwege und Versuchungen, die ihn aufhalten könnten; er benötigt die Kenntnisse der zu durchquerenden Länder, handhabt Landkarten und Reiseführer; er schätzt anständige Herbergen, aber er schließt Reisebekanntschaften nur mit Vorsicht und Zurückhaltung — der Weg ist ihm Mittel zum Ziel und dieses Ziel liegt über den Sternen.

3. Aber dieses ewige Ziel wird nicht erreicht durch die Weltflucht des Mönches, die Kontemplation des Mystikers, die Gotteschau der *anima christiana* — jenes Ziel, dem ein Dante alle andern unterordnet. Die Transzendenz wird erarbeitet durch Weltgestaltung, Weltbemeisterung, Weltverbesserung. Hierin ist

der Puritanismus, soviel ich sehe, dem Urchristentum verwandt, welches sich h a n d e l n d gegen Ungerechtigkeit, Armut, Krankheit wandte zum Aufbau des Gottesreiches auf E r d e n. Jesus verjagt die Wechsler aus dem Tempel, heilt am Sabbat und vertreibt die Dämonen. Dies ist der handelnde oder, wenn man mit Frobenius will, der m ä n n l i c h e Zug der angelsächsischen Kultur, der sie dem Asiaten entgegensetzt. Nichts ist ihr fremdartiger als die Selbstgenügsamkeit des seelig lächelnden Buddha-bildes.

4. Aber dieses Handeln ist kein triebhaftes; die Leidenschaft wird diszipliniert; das Handeln rationalisiert. Die P l a n m ä ß i g k e i t d e r L e b e n s f ü h r u n g ist ein weiterer Wesenszug der angelsächsischen Geistigkeit. Der Impuls des Augenblickes wird dem vernunftgemäßen Aufbau des Lebensganzen aufgeopfert. Daher die Wichtigkeit, die kurz bemessene Zeit »auszukaufen« — bis zum Letzten. Calvinisten, Baptisten, Quäker und Methodisten kontrollieren und disziplinieren das Leben ihrer Anhänger und gewährleisten damit einen ethischen Standard und ökonomische Kreditwürdigkeit.

Hören wir den Helden des Jahrhunderts ¹⁴⁾. Im Gegensatz zur deutschen Reformation, welche demütige Schickung in das Gegebene lehrte, forderte ein C r o m w e l l die Verherrlichung Gottes durch die Tat — die Umgestaltung der Welt, unter Umständen sogar »unter Zwang gegen die ziffernmäßige Mehrheit«. Lehrte das Luthertum, eine schlechte Obrigkeit als Strafe Gottes dulgend hinzunehmen, so übte Cromwell und sein unbesiegtes Heer das Recht des Widerstandes gegen Gewissensbedrückung. Dulden, meint Cromwell, entspringe nur zu oft der Furcht vor Schwierigkeiten, also fleischlicher Erwägung; Handeln verlange tiefergreifende Selbstentäußerung, denn »der Handelnde muß bereit sein, alles daran zu setzen«. »Alles wider sich zu haben« und doch in ruhiger Stärke mitten durch Feinde und Hindernisse hindurchzuschreiten, das ist das Ideal dieses puritanischen Helden. Durch Gewalt hat Cromwell das Gottesgnadentum des Königs zerbrochen, einen legitimen Monarchen in »schrecklicher Notwendigkeit« geköpft; er hat drei getrennte Königreiche zu e i n e m Großbritannien zusammengeschweißt; er hat die Grundlagen zu einem größeren Britannien gelegt und im Kriege das

¹⁴⁾ Zu der Geistigkeit dieses Mannes sind noch immer die von Thomas Carlyle herausgegebenen »Letters and Speeches« der beste Weg.

Szepter der Seeherrschaft an sich gerissen. Der revolutionäre Schwung wandte sich in ihm, nachdem er im Innern triumpht hatte, in gewaltiger Kraftleistung nach außen: »Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden« — ein seitdem immer wieder angewandtes englisches Sprichwort.

Als Schriftsteller weit verbreitet hat der »gemäßigte« Richard Baxter 1615—1691 in seinem »Christian directory« auf der Höhe des 17. Jahrhunderts die Leitsätze seiner Zeit wie wenige verkörpert. Hören wir einige seiner Worte: »Schätze die kurze Zeit, diese einzige Zeit, die dir gegeben ist für die ewige Errettung deiner Seele.« »Bedenke wie wenig Zeit du hast, wie nahe du der Ewigkeit stehst.« »Gib deine Zeit so sparsam aus, wie dein Geld.« »Alle deine Arbeit muß sein, wie die des Reisenden für sein Reiseziel; er liebt ein gutes Pferd als ein Mittel zum Ziel, aber nichts liebt er mehr als seine Heimat.« »Frage dich jeden Morgen, bevor du dein Schlafzimmer verläßt, wie soll ich diesen Tag für Gottes Aufgabe ausnützen? Welche Geschäfte sind heute zu verrichten, in welcher Reihenfolge?« »Frage dich am Abend: habe ich Zeit verloren; habe ich dem Schlafe mich länger hingegeben als nötig?« »Suche einen Beruf; Trägheit ist des Teufels Wohnung; Arbeit nützt dir und andern.« »Enttäusche müßige Besucher und laß sie ausfinden, daß du nicht beliebig angesprochen werden kannst; lieber erscheine unhöflich, als beschäftigungslos.« »Gib dich Vergnügungen nicht weiter hin, als sie einen Teil eines vernünftigen, männlichen, wohlwollenden Lebensplanes ausmachen.« »Der Sport ist eine vorzügliche Erholung; aber der Sport, der nur um des Vergnügens willen betrieben wird, ist unerlaubt.« »Bin ich zu Tisch gesessen mit einem höheren Ziel als das Tier, nur um meinem Gaumen zu vergnügen; habe ich gegessen, getrunken für den Ruhm Gottes?« Baxter empfiehlt eine tägliche Buchhaltung des ethischen Soll und Habens in Form eines Tagebuches auf Grund eines feierlichen schriftlichen Hingabevertrages an Gott (covenant of selfdedication to God).

In verfeinerter Weise finden wir ähnliche Anschauungen bei dem Quäker und Staatengründer William Penn (1644 bis 1718), dessen Büchlein »Früchte der Einsamkeit« 1693 einen Gipfelpunkt des Zeitalters darstellt.

Wo die religiösen Antriebe verblaßten, übernahm der Klub und der Sport die Aufgabe der Disziplinierung und Rationali-

sierung des Lebens. Der in der angelsächsischen Welt, in England wie in Amerika, so einflußreiche, anderwärts nur äußerlich nachzuahmende gesellschaftliche Klub übersetzt die Sekte in das Weltliche, aber bewahrt ihre soziologische Struktur: er erzwingt die Gentlemanhaltung und gewährleistet die Gentlemangleichheit seiner Mitglieder. Trotz verschiedener Abtönung in Einzelheiten bildete er den »Idealtypus« des neuzeitigen Angelsachsen. Das Volk will keine Genies, denen es leicht mißtraut, als politische Führer, aber »Gentlemen«, denen es vertrauen kann. Dieser »Gentleman« ist ein »historisches Kulturprodukt« und Mr. Baldwin ein Beispiel für viele!

In ähnlicher Weise wirkt der Sport, dessen soziologische Bedeutung nicht hoch genug zu veranschlagen ist. Derselbe ist so entgegengesetzt wie möglich den triebhaften Vergnügungen des »merry old England«. Hatte doch Jakob I. (1603—1625) in seinem berühmten »Book of sports« erklärt, daß die Rasse sich verschlechtern und das Heerwesen leiden werde, wenn das Volk nicht einmal in der Woche Sonntags »tanze, froschhüpfe, und Mohrentänze aufführe«. Dieses »book of sports« wurde auf Befehl des langen Parlaments von Henkershand verbrannt. Demgegenüber bedeutet der neuenglische Sport geschulte Körperlichkeit, disziplinierte Leidenschaft, planmäßige Einstellung auf den Spielzweck, »fair play« und »shake hands« mit dem Besiegten — beides kaum zu übersetzen. Die »präzisen Leute« verschieben diesen Sport als arbeitsähnliche Betätigung vom Sonntag, welcher der Ruhe und inneren Sammlung dienen soll, in die Woche. Die allgemeine Erziehung zum Sport ermöglicht, wie der Weltkrieg bewies, Rekruten angelsächsischer Herkunft in wenigen Wochen zur wohldisziplinierten Infanterie auszubilden.

Zusammenfassend: Selbstbeherrschung und Selbstvertrauen, Unabhängigkeit von der Meinung und der Hilfe anderer, Unabhängigkeit von den eigenen Affekten, Planmäßigkeit der Lebensführung, Mißtrauen gegen alles rein Gefühlsmäßige und Instinktive bezeichnen diesen stahlharten Menschen, welcher im 16. Jahrhundert auf der geschichtlichen Bühne hervortritt. Bei jenseitiger Zielsetzung ergreift er die Zügel dieser Welt. Unheimlich, weil unverständlich, ist er den gewohnheitsmäßigen Völkern des Ostens, den lebensfreudigen Südeuropäern, den gemütvollen Deutschen.

Im einzelnen: Die Befreiung des Menschen,

welche in England sich durchsetzte, hat eine theoretische und eine praktische Seite. Die theoretische Seite betrifft die uns umgebende Außenwelt und ihre Erkenntnis durch Empirismus und Mathematik. Die praktische betrifft das Verhältnis von Mensch zu Mensch in seiner geschlechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkung. Damit ergibt sich eine vierfache Entfaltung des britischen Freiheitsgedankens. Solange der religiöse Untergrund und Zielpunkt feststeht, geht neben der Befreiung eine Neubindung her: religiöse Gewichte beschweren das Schiff der leeren Freiheit. Wo die religiöse Wurzel verdorrt, wird die nunmehr rein diesseitige, sog. »bourgeoise« Freiheit zu ihrem letzten Endpunkt geführt und — widerlegt. Einzelne Stränge dieser Bewegung wurden durch Jellinek, Eduard Bernstein, Max Weber und Ernst Troeltsch bloßgelegt. Die ganze Fülle der Belege findet sich im Britischen Museum. Auf den Schultern dieser Vorgänger stehend, wage ich ein Gesamtbild dieses geistigen Gewebes zu entwerfen und damit den Hintergrund jenes gewaltigen Dramas zu umreißen, das den Aufstieg des Angelsachsen zur wirtschaftlichen und politischen Weltherrschaft zum Gegenstand hat.

(Schluß folgt.)

Richtungen und Entwicklungstendenzen in der Arbeitswissenschaft. I.

Von

W. ELIASBERG.

Inhalt: I. Einleitung: Zur Geschichte der Arbeitswissenschaft. — II. Die moderne Arbeitswissenschaft. A. Die naturwissenschaftlich-quantitative Abstraktionsrichtung. a) Kraepelins Arbeitskurve. b) Neue Entwicklungen der Arbeitskurve; Pauli-München. — B. Die geisteswissenschaftlich-individuelle Abstraktionsrichtung: Schmoller, Scheler, Jerusalem. Die Psychologie der Berufe; die Soziologie der Persönlichkeit. Die Arbeitspathologie (Eliasberg). — C. Die wirtschaftswissenschaftliche Abstraktionsrichtung: Die Psychotechnik. a) Geschichte und Kulturzusammenhänge der Psychotechnik. Die sozialen Bezüge der Psychotechnik. b) Die Psychotechnik als angewandte Psychologie. 1. Psychotechnik und generelle Psychologie. 2. Psychotechnik und Psychologie der individuellen Differenzen (Stern, Münsterberg): Der Test. 3. Psychotechnik und vergleichende Entwicklungspsychologie. 4. Psychotechnik und Psychologie des Denkens und Wollens: Aufgabe-Psychologie (Külpe, Ach, Lindworsky). 5. Psychotechnik und Psychologie der Persönlichkeitstypen (Spranger, Kretschmer, Giese, Eliasberg). 6. Möglichkeiten und Grenzen der Psychotechnik. 7. Anhang: Die unter dem Namen Taylorismus zusammengefaßten Bestrebungen. — D. Die sozial-psychologische Abstraktionsrichtung. a) Soziologie und Psychologie. 1. Wissenschaftstheoretische Sonderung. 2. Das Problem der Messung. b) Die Motivationsstufen der abhängigen Arbeit. 1. Vorläufige Begriffsbestimmung. 2. Abgrenzung der Motivationsstufen gegen das individuelle Wollen. Motivationsstufen und Willensmotiv. Motivationsstufen und Intensität des Wollens. Motivationsstufen und Inhalt des Wollens. Motivationsstufen und Leistung. c) Zur Geschichte und Kulturbedingtheit der Motivationsstufen und der Arbeitsverfassungen. Zwang; Revolte; Freiwillige rationale Einordnung; Vertrauen; übermäßige rationale Einordnung; Selbstbestimmung. Die Mannigfaltigkeit der Motivationsstufen in der modernen Arbeit. Anhang I. Exkurs über die Motivationsstufen in der Demokratie. Anhang II. Exkurs über Sabotage und Radikalismus als Motivationsstufe. d) Methodisches zur Feststellung der Motivationsstufen. 1. Der Arbeitskomplex als Gesamtbild; Arbeit und Erholung. 2. Die herkömmlichen nationalökonomischen Methoden. aa. Lust- und Unlustbilanz; Homo oeconomicus; die Arbeitstheorie des Sozialismus. bb. Isolierende logische Betrachtung der Motive. cc. Die naturalistische Bedürfnistheorie. 3. Individuell-psychologische und individuell-pathologische Methoden. aa. Tafel der Affekte. bb. Die Unfallneurose; die übermäßige freiwillige Einordnung und die paranoide Entwicklung. cc. Die Psychotherapie der abhängigen Arbeit. dd. Anhang zur Entwicklungspsychologie der Motivationsstufen. 4. Rückschluß

aus den sozialreformerischen Versuchen; Uebersichtstabelle der Sozialreform.
5. Die Pädagogik und Heilpädagogik der Motivationsstufen.

I. Zur Geschichte der Arbeitswissenschaft.

Es ist uns heute selbstverständlich, daß die Arbeit der wichtigste Tatbestand im Leben eines Volkes, im Leben der ganzen abendländischen Menschheit sei.

Wenn man aber die großen Denker, die seit Jahrtausenden unter der sozialen Struktur litten, die in gewaltigen Utopien sie zu bessern bemüht waren, wenn man Plato, Aristoteles, Augustin, Thomas von Aquino, Thomas Morus und noch Hegel befragt, dann hat nicht die Arbeit den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen gebildet. Auch die religiöse Lebensordnung hat die Arbeit eigentlich nicht einbezogen, wie Hellpach ¹⁾ richtig bemerkt: Die zehn Gebote heiligen den Feiertag, die Nichtarbeit, nicht aber die Arbeit. In den Gedanken Luthers über den Beruf ist viel mehr von der gottgewollten Ordnung der Stände die Rede als von der Arbeitstätigkeit als solcher, ihren wirtschaftlichen Folgen. Die calvinistisch-puritanischen Anschauungen über die weltliche Arbeit können hier um so mehr übergangen werden, als ja die weltliche Arbeit sich sehr bald aus den religiösen Bezügen löste (vgl. dazu Max Weber ²⁾).

Die englischen Nationalökonomten des 18. Jahrhunderts gingen von der Umschlagstätigkeit des Handels, die französischen Physiokraten vom Boden und seinen Schätzen aus. Wenn Adam Smith die Bedeutung der Arbeit im Arbeitsprodukt sehr wohl kennt, so doch nicht die des arbeitenden Menschen.

Den arbeitenden Menschen hat eigentlich erst Karl Marx entdeckt. Man hat das lange verkannt. Man hat in dem Werke Marxens nur das System abstrakter wirtschaftlicher Funktionen gesehen. In Wahrheit hat Marx die erste Psychologie des arbeitenden Menschen geschrieben. So begreift sich die ungeheure Wirkung seiner Gedanken auf die arbeitenden Menschen. Aber das Bild des arbeitenden Menschen, das Marx entwarf, ist nicht vollständig. Er bleibt im Rahmen der wirtschaftlichen Arbeitstätigkeit, in der arbeitsteiligen Gesellschaft. Von ihren rechtlichen und technischen

¹⁾ Hellpach, Willy, Zur Geschichte der Arbeit, in Riedel's Arbeitskunde, Leipzig 1924.

²⁾ Ges. Aufs. z. Religionssoziologie, Tübingen 1920, Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus.

Institutionen spricht er. Er betrachtet nur das Triebwerk der Motive, das die kapitalistische Verkehrswirtschaft im Gange hält und auch dieses nur schematisch. Er kennt nur einen einzigen Typus von arbeitenden Menschen: den gezwungen und abhängig Arbeitenden, »von den Produktionsmitteln Getrennten«, den Zwang als solchen Erlebenden.

Im Jahre 1861 (ungefähr gleichzeitig mit Marxens Kapital) legte der Historiker und Naturforscher W. H. Riehl ^{*)} ein Büchlein vor, genannt »Die deutsche Arbeit«. »Was ist«, so fragt er, »eigentlich Arbeit? Reden nicht der Volkswirt, der Moralphilosoph, der Sozialist von gänzlich verschiedenen Gegenständen, wenn sie den Begriff Arbeit gebrauchen.« Riehl hat den genialen Einfall gehabt, die Arbeit im Volke aufzusuchen, als einen geistigen Zusammenhang des geschichtlichen Volkslebens. In Spruch und Lied, in der Geschichte der Sprache, in den Bedeutungen der Worte sucht er, was die Menschen scherzhaft oder ernst bei ihrer Arbeit empfanden. Die Volkspersönlichkeit entsteht für ihn erst an der Arbeit, die Geistesarbeit insbesondere eint und scheidet die Völker. In den deutschen Liedern und Sprüchen enthüllen sich ihm der Humor der Faulheit, das Lob der Armut, Spott und Prahlerei der Berufslieder, Arbeit und Gebet, die Wage des Erfolgs und Gewinns. Man wird in Riehls Buch vergeblich suchen nach den drängenden Problemen der modernen Sozialpolitik, dem Arbeitsmarkt und dem Tarifvertrag, der Berufsberatung, der Arbeitslosigkeit, der Sicherung für Krankheit, Alter und Invalidität. Dennoch ist Riehls Buch im besten Sinne modern. Das zeigt die Entwicklung der modernen Arbeitswissenschaft. Denn bei Riehl ist die Arbeit nicht ein **L a b o r a t o r i u m s a b s t r a k t**, sondern ein **k o n k r e t e r K u l t u r z u s a m m e n h a n g**.

II. Die moderne Arbeitswissenschaft.

A. Die naturwissenschaftlich-quantitative Abstraktionsrichtung.

Die moderne Arbeitswissenschaft hat allerdings zunächst ganz andere Bahnen eingeschlagen als Riehl. Sie stellte das Interesse an quantitativen Ergebnissen allen anderen Gesichtspunkten voran und begann darum mit der Untersuchung der physiologischen Korrelate der Arbeit.

^{*)} Riehl, W. H., Die deutsche Arbeit, 1. Aufl. 1861, 3. Aufl. 1883, neudruckt 1924.

Eine kausale Arbeitspsychologie gibt es erst seit Kraepelin ⁴⁾ ⁵⁾ ⁶⁾.

Für Kraepelin bedeutet Arbeit einen seelischen Vorgang, und die dabei zutage tretenden *physiologischen* Eigenschaften sind Grundqualitäten der Persönlichkeit. Die Beziehungen zwischen Elementen z. B. Silben, Zahlen usw., die durch den Arbeitsvorgang hergestellt werden, hängen nicht nur von elementaren Gesetzen (Assoziationsgesetzen usw.) ab, sondern diese Vorgänge sind von Persönlichkeit zu Persönlichkeit wechselnd. Kraepelin nennt diese Grundqualitäten *physiologisch*. In der Tat ist der Grundansatz seiner Auffassung des Arbeitsvorganges der physiologischen Chemie entlehnt. (Vgl. auch Näheres bei Eliasberg, dieses Archiv, Bd. 50.)

Der Probierstein für Kraepelins Methodik ist, ob es möglich sei, Arbeitskurven zu konstruieren bzw. den Verlauf der Arbeitstätigkeit aus den »Grundqualitäten« der Persönlichkeit zu verstehen (vgl. hierzu auch Eliasberg ⁷⁾). Kraepelin selbst hat das wohl gesehen. Mit seltenem Freimut hat er durch Lange ⁸⁾ die Bilanz des Arbeitskurvengedankens ziehen lassen. Lange ging folgendermaßen vor. Um die oben genannten Grundeigenschaften der Persönlichkeit zu erkennen, wurden die Versuchspersonen der 1892 von Kraepelin beschriebenen Rechenversuche (fortlaufende Arbeit verschiedener Dauer an aufeinander folgenden Tagen) nach den Werten geordnet, die am ehesten kennzeichnend für eine bestimmte Grundeigenschaft zu sein schienen. In den so gewonnenen Reihen erschien nun die gleiche Versuchsperson im Gegensatz zu dem, was hätte erwartet werden müssen, auch nicht annähernd an der gleichen Stelle. Die Versuchsperson mit stärkster Ermüdung im ersten Versuch erschien im Wiederholungsversuch an ganz anderer Stelle. Im Nachwort (an der gleichen Stelle) nennt Kraepelin selbst das Ergebnis *e n t m u t i g e n d*.

⁴⁾ Kraepelin, Emil, Der psychol. Versuch in der Psychiatrie 1892.

⁵⁾ Kraepelin, Emil, Die Arbeitskurve, Festschr. f. W. Wundt, Philos. Studien, Bd. 19, Leipzig 1902.

⁶⁾ Eliasberg, W., Grundriß einer allgemeinen Arbeitspathologie, Schriften z. Psych. d. Berufseignung u. d. Wirtschaftslebens, Heft 28, Leipzig 1924.

⁷⁾ Eliasberg, W., Die Schwierigkeit intellektueller Vorgänge; ihre Psychologie, Psychopathologie und ihre Bedeutung für die Intelligenz und Demenzforschung, Schweizer Arch. f. Neurol. u. Psych., Bd. 12, 1923, S. 203 ff.

⁸⁾ Lange, Johannes, Zur Messung der persönlichen Grundeigenschaften, Psych. Arb. Bd. 8, H. 2, S. 129—180, 1923.

Kraepelin hat bisher Kinder zu seinen Versuchen nicht herangezogen und zwar deswegen, weil sich zeigte, daß die sog. formalen Eigenschaften bei ihnen nicht zutagetreten. Im Gegensatz dazu haben Untersuchungen an Kindern schon seit 1913 (Karl Köhn⁹⁾), neuerdings Eliasberg) gezeigt, daß der Arbeitsvorgang als sinnvoller Zusammenhang beim Kinde schon mit 2½ bis 3 Jahren nachweisbar ist und daß eine Fülle von geistigen Vorgängen an der Organisation der Leistung unter der Wirkung der Aufgabe beteiligt sind. (Siehe später Abschnitt II C 4). Beim Erwachsenen, meinte Kraepelin, seien die formalen Vorgänge deswegen beobachtbar, weil er im Gegensatz zum Kinde einer genügenden Willensspannung fähig sei. Hier scheint ein unauflösbarer Widerspruch vorzuliegen. Grundeigenschaften, die auf physiologisch-chemischen Vorgängen beruhen, sollen also doch nur unter der Wirkung psychologischer Momente sich auswirken können.

Die Vielfältigkeit der an der Arbeit beteiligten Faktoren läßt sich also durch die exakte Feststellung und Normalisierung der biologischen Arbeitsbedingungen im Einzelversuch — das ist der Sinn der Kraepelinschen Versuchsanordnung — nicht genügend vereinfachen, nicht einmal im Laboratoriumsexperiment.

Seit 1921 hat Pauli¹⁰⁾ (München) die Versuche in anderer Weise aufgenommen. An Stelle der biologischen Regulierung der einzelnen arbeitenden Individuen wurde im Massenversuch der intra- und interindividuelle Vergleich und die psychologische Analyse der an der Leistung beteiligten Funktionen gesetzt. Ueber die ersten Arbeiten habe ich berichtet¹¹⁾. Die neuerdings von Pauli und seinen Mitarbeitern entworfenen Kurven zeigen ein Gesamtbild ebenso wie die Kraepelinsche Kurve. Aber ein Übungsgewinn im Wiederholungsversuch ist zum erstenmal nur bei Erwachsenen, nicht bei Kindern, zum zweitenmal auch bei Erwachsenen nicht mehr nachweisbar. Es ist also die ziemlich banale Tatsache, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, die sich auch an diesen Kurven ergibt. Anders ausgedrückt, Übungsfähigkeit und Ermüdungsfähigkeit sind keineswegs Konstanten der Persönlichkeit, sondern sie sind in entscheidendem Maße von der schon erreichten Leistungsgröße abhängig. Diese Tatsache ist auch von größter Bedeutung für die in der Psychologie der Eignung verwandten Tests (siehe später Abschn. II C b 2). Pauli und ebenso Argelander¹²⁾ haben gezeigt,

⁹⁾ Köhn, Karl, Experimentelle Beiträge zum Problem der Intelligenzprüfung, Leipzig 1913.

¹⁰⁾ Pauli, R., Experimentelle und methodische Untersuchungen zur Testpsychologie. Sep. aus I. Kongreß f. Heilpädagogik, Berlin 1923. Weitere Arbeiten Paulis u. s. Mitarbeiter erscheinen seit 1925 in Arch. f. Psychologie.

¹¹⁾ Eliasberg, W., Arbeit und Psychologie, Arch. f. Soz.-Wiss. Bd. 50, 1922, S. 86—127, s. besonders S. 124 ff.

¹²⁾ Argelander, Annelies, Übungsfähigkeit und Anfangsleistung, Z. f. Angew. Psychol. 1919, Bd. 21.

daß der Uebungsgewinn in den Wiederholungsversuchen bei den Versuchspersonen mit anfänglichen Schlechtestleistungen am größten ist. An dieser Stelle interessiert uns nur, daß eine der Grundvoraussetzungen Kraepelins, nämlich die von den formalen Persönlichkeitskonstanten, nicht zutrifft.

Kraepelin selbst¹⁾ meint auch heute noch, daß seine Methodik von praktischer Bedeutung sei für die Frage der Pausen, der Erholungsintervalle bei konkreter Arbeit. Gerade auf diesem Gebiet scheinen mir aber die Bedenken am allergrößten zu sein. Der wirkliche Arbeiter ist keineswegs bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn er nach der Theorie erholt sein sollte; so wenig wie wir unseren Nahrungsbedarf und unsere gesamte Ernährung nach den theoretischen Kalorienzahlen einrichten.

Selbst wenn es aber gelingen sollte, auf dem Wege Kraepelins oder Paulis Arbeitskurven zu bekommen, die in bezug auf Uebung, Ermüdung, Wille, Leistungsgröße usw. eindeutig ausgewertet werden können, dann bleibt zunächst die Frage, die wohl als erster Max Weber¹³⁾ formuliert hat, was denn die abstrakte Arbeitspsychologie für die reale Arbeit, die wir als einen sinnvollen Vorgang antreffen, bedeutet. In eingehender mühevoller Untersuchung hat Max Weber (l. c.), indem er solche Gesetzmäßigkeiten bereits unterstellte, geprüft, ob sie denn im realen Arbeitsvorgange verifiziert werden können. Ich habe einige ganz periphere Unterschiede im Verhalten einer Versuchsperson des Arbeitsexperiments und eines industriellen Arbeiters¹⁴⁾ (S. 95) zusammengestellt:

1. Die Versuchsperson arbeitet fortlaufend,
2. sie hat dauernd den Wunsch, das Beste zu leisten; wenngleich dies auch nicht in jedem Moment eine maximale, so bedeutet es doch eine optimale Willensanspannung (E. Feuchtwanger),
3. sie vollbringt einfache und leicht zu übersehende Arbeit,
4. sie hat keine ökonomische Haupt- oder Nebenabsichten,
5. Ernährung, Schlaf, Alkoholgenuß usw. der V. P. sind genau kontrolliert; es handelt sich um einen Einzelversuch im strengsten Sinne des Wortes.

Dem gegenüber:

1. der Arbeitsvorgang des Industriearbeiters ist in gar nicht zu kontrollierender Weise durch zufällige Unterbrechungen (z. B. Steckenbleiben des Weberschiffchens usw.) gestört,

¹³⁾ Weber, Max, Die Psychophysik der industriellen Arbeit, Arch. f. Soz.-Wiss. Bd. 27—29, 1908—1909.

¹⁴⁾ Eliasberg, W., Arbeit und Psychologie, Arch. f. Soz.-Wiss. Bd. 50, 1922, S. 86—127.

2. beim Arbeiter kann weder von einer maximalen noch von einer optimalen Willensanspannung die Rede sein; er arbeitet, weil er muß und so wenig als möglich (das übrige dazu später),
3. sein Arbeitsvorgang ist komplizierter, unter Umständen so kompliziert, daß wir die psychologische Teilleistung noch gar nicht kennen.
4. er arbeitet hauptsächlich aus ökonomischen Gründen,
5. die Einflüsse von Milieu, Ernährung, Schlaf, Sexualleben, Alkohol entziehen sich jeder Kontrolle.

Das Ergebnis der naturwissenschaftlichen Abstraktionsrichtung läßt sich im Anschluß auch an meine Untersuchungen ¹⁵⁾ ¹⁶⁾ etwa so formulieren. Die wissenschaftliche Erforschung eines Kulturgebiets darf von bewußten Abstraktionen ausgehen. So durfte die Arbeitsforschung, indem sie das Interesse an quantitativen Ergebnissen allen anderen Gesichtspunkten voranstellte, von den physiologischen Verhältnissen der Arbeit ausgehen. Aber immer deutlicher zeigt sich das Bedürfnis, die reale Arbeit zu erforschen. Wir wollen das Antlitz der modernen Arbeit und der Erholung verstehen und deuten lernen und dazu hat uns die naturwissenschaftliche Forschung so viel und so wenig gegeben, wie die Lehre von den Muskelbewegungen für die Deutung des Gesichtsausdrucks. Eine Forschung, die das Antlitz der Arbeit kennenlernen will, darf nicht von Abstraktionen ausgehen, die ihren Grund nur in der methodischen Beherrschbarkeit haben, obgleich sie vielleicht einmal mit Erfolg zu einer methodisch einfachen Abstraktion wird zurückkehren können.

II. B. Die geisteswissenschaftlich individuelle Abstraktionsrichtung (Schmoller).

Die Forschungen, die wir hier darstellen, untersuchen die Wechselbeziehungen zweier geschichtlicher Sinnzusammenhänge, desjenigen der Arbeit und desjenigen der Persönlichkeit. Hierbei wird die Arbeit schon als Ganzheit ein Gebilde, das sich in seinem geschichtlichen Verlauf selbständig beschreiben läßt, wie die Entwicklung der Kirche, des Parlamentarismus, des Rechts,

¹⁵⁾ Eliasberg, W., Grundriß einer allgemeinen Arbeitspathologie, Schr. z. Psychologie d. Berufseignung u. d. Wirtschaftslebens, H. 28, Leipzig 1924.

¹⁶⁾ Eliasberg, W., Arbeit und Psychologie, Arch. f. Soz.-Wiss. Bd. 50, 1922, S. 86—127.

oder, um ein Beispiel eines nicht so scharf abgegrenzten Gebildes zu geben, der öffentlichen Meinung. Und da ist es nun interessant, daß Schmoller glaubte, die Geschichte biologisch unterbauen zu müssen, daß er sie nicht anders als aus dem anlagemäßigen Erbgut der Individuen meinte verstehen zu können. Der Nationalökonom und Soziologe hat also hier eine »heroische« Geschichtsauffassung und zwar eine nicht auf der Geistigkeit, sondern gewissermaßen auf der Psychobiologie beruhende. Dies ist der Sinn von Schmollers Gedanken, daß die Standesordnung, zum Teil wenigstens, *n a t ü r l i c h* sei. Ein Standpunkt wie der Schmollers steht zu mehreren anderen im Gegensatz. Erstens kann das Individualprinzip nach zwei Richtungen entwickelt werden: das Wesen der Individualität kann in ihrem biologischen Erbgut oder in ihrer Bezogenheit auf geistige Werte gefunden werden. Zweitens kann in grundsätzlicher Kritik der heroischen Auffassung die Gemeinschaft als Träger der geschichtlichen Entwicklung herausgehoben werden. Diese Betrachtungsweise zeigt wiederum Gabelungen: Herder hat in seinen Ideen zur Philosophie der Geschichte eine idealistische Geschichtsmetaphysik nicht heroischer, sondern sozialer Art dargestellt. Der idealistisch-sozialen Geschichtsmetaphysik tritt die materialistisch-soziale gegenüber: Marx. In Friedrich Engels' Feuerbach-Studien findet man diese Entwicklung besonders klar. Da wird uns gezeigt, wie Feuerbach sich zwar bemüht, den Menschen realistisch zu sehen, aber doch noch keine Stelle hat für das soziale Moment. Den Realismus hat der historische Materialismus mit Feuerbach gemeinsam, während er dem Hegelschen Idealismus den Sinn für die Bedeutung des Sozialen entnimmt.

Diese beiden Typen der nicht-heroischen Geschichtsschreibung, die idealistisch-soziale und die materialistisch-soziale haben den historischen Theorien vom *B e r u f* ihren Stempel aufgeprägt. Daneben geht der Streit mit der individual-historisch-heroischen Richtung. Dies ist der Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen Scheler ¹⁷⁾ und Jerusalem ¹⁸⁾.

Die idealistisch-soziale Theorie verwendet in ihren älteren Formen gern die sprachgeschichtliche Methode (W. H. Riehl, siehe Einleitung). Sie geht nicht aus von der Produktion und ihrer zweckrationalen Organisation, sondern von den Gemeinschaftsbeziehungen des Berufes. Jenes tut die materialistisch-soziale Be-

¹⁷⁾ Scheler, Max, Kölner Vierteljahrsh. f. Soziol. Bd. 1, H. 3, 1922.

¹⁸⁾ Jerusalem, Wilhelm, Kölner Vierteljahrsh. f. Soziol. Bd. 1, H. 3, 1922.

trachtungsweise. Ihre Berufssparten sind nach Sachen gegliedert, z. B. Metallindustrie, Industrie der Steine und Erden, Transportindustrie. Eine solche Gliederung nach Rohstoffen und deren Weiterverarbeitung und Weiterbewegung ist für die Theorie der Gemeinschaftsberufe unmöglich. Diese spricht von Betätigung in der Familie, im Staat, im Dienste der Menschheit, von selbständiger oder abhängiger Tätigkeit, von Tätigkeit in Stadt und Land usw.¹⁹⁾.

Die Theorie der Berufe ist geklärt worden nicht nur im Gegensatz der beiden Sozialtheorien, sondern auch im Gegensatz der individual-historischen- und der Sozialtheorien. Jerusalem (l. c.) führt alle die soziologischen Momente an, die zur Differenzierung der Persönlichkeit beitragen mögen. Der Handwerker lernt Materialien und Verfahrensweisen kennen, seine Intelligenz bildet sich aus; aber die Differenzierung der Persönlichkeit ist nur ein Nebenerfolg. Zuerst entwickeln sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse und die Technik ihrer Befriedigung. Dies ist die soziologische Theorie der Persönlichkeit. Umgekehrt behauptet die biopsychologische Theorie der Berufe, »daß die Verschiedenheit der angeborenen Begabungen und weiterhin alle diejenigen Momente, auf welche die differentielle Psychologie achtet, die Unterschiede von Alter, Geschlecht, Rasse usw., auch zur Differenzierung der Berufsausübung führen. An diesem Streit ist die pathologische Forschungsrichtung besonders beteiligt²⁰⁾: Das abnorme seelische Geschehen ist ja ganz besonders das individuelle. Es läßt sich mindestens nicht auf Wirkungen der bestehenden sozialen Formen reduzieren. Denn innerhalb dieser ist eben der Durchschnitt der Menschen normal. Max Weber hat die Bedeutung der Individualität für die Differenzierung des gesellschaftlichen Lebens gerade an pathologischen Fällen erkannt. Er schreibt: »Daß die innere seelische Eingestelltheit auf Regelmäßigkeiten fühlbare Hemmungen gegen Neuerungen in sich schließt, wie jeder in seinem Alltag das heute an sich erfahren kann, das müssen wir annehmen . . . nach allen Erfahrungen der Ethologie scheint die wichtigste Quelle der Neuordnung der Einfluß von Individuen zu sein, welche bestimmt geartet, abnormer . . . auch, aber nicht immer als pathologisch gewerteter Erlebnisse und durch diese bedingter Einflüsse auf andere fähig sind.«

¹⁹⁾ Vgl. z. B. Dunkmann.

²⁰⁾ Eliasberg, W., Grundriß einer allgemeinen Arbeitspathologie.

Eine rein individualistische Gliederung der Berufe ist allerdings, abgesehen von denjenigen, die Sonderbeanlagen entsprechen, nicht durchzuführen, eine rein psychologische Berufssystematik nicht zu erwarten. Wohl aber hat das moderne Wirtschaftsleben aus der Betrachtung der individuellen Differenzen erheblichen Vorteil gezogen (vgl. dazu später die wirtschaftswissenschaftliche Abstraktion).

Z u s a m m e n f a s s u n g: Individuelle Momente in kausaler Verknüpfung oder die Abgrenzung individueller Momente gegen die soziologischen Tatsachen im eigentlichen Sinne des Wortes, gegen die sozialen Gebilde, beherrschen die historisch gerichteten Arbeiten. Die Arbeitsforschung verdankt ihnen hauptsächlich wertvolle Ergebnisse und Einsichten in das Wesen der historischen Arbeitszusammenhänge, wie sie in den Berufsständen vorgefunden werden. Einen neuen Zweig hat die individuelle Forschungsrichtung in der Arbeitspathologie getrieben.

In allen Arbeiten hat es die planmäßige Beobachtung nicht mit Abläufen zu tun, die nach naturwissenschaftlicher Methode isolierbar, wiederholbar, variierbar und willkürlich herbeiführbar sind, sondern mit der geschichtlich erfaßbaren Wechselwirkung zweier Sinnzusammenhänge, nämlich desjenigen der normalen oder abnormen Persönlichkeit und desjenigen der Arbeit.

C. Die wirtschaftswissenschaftliche Abstraktionsrichtung.

Die Psychotechnik.

a) Geschichte und Kulturzusammenhänge der Psychotechnik.

Auseinandersetzungen, wie sie hier folgen, finden sich im allgemeinen in Darstellungen der Psychotechnik nicht. Es handelt sich um die allgemeinen Kulturzusammenhänge, in denen die Psychotechnik steht, um den Versuch, durch eine geschichtliche Betrachtung diese Zusammenhänge klarer zu stellen. Je weniger sie bisher in das Bewußtsein der Psychotechniker getreten sind, um so bedeutungsvoller ist es, dies zu tun. Scheint es doch fast, als ob bei der Psychotechnik die allgemeinen Zusammenhänge besonders stark und zugleich besonders »unbewußt« gewesen sind.

Unter einer Technik der Menschenbehandlung wollen wir ein System von Lehrsätzen zu praktischer Anwendung verstehen.

So etwas hat es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bis zum 19. Jahrhundert nicht gegeben.

Aber die Ausnahmen sind interessant.

Der etwa 100 v. Chr. geborene Marcus Terentius Varro sagt in seinem Buch: *De re rustica* (zitiert nach Ciccotti, S. 184)²¹⁾:

• Man darf den Aufsehern nicht gestatten, so vorzugehen, daß sie die Sklaven im Zaum halten durch die Peitsche, anstatt durch Worte, ob sie auch in gleicher Weise zum Ziele kommen. Auch muß man nicht viele Sklaven einer Nation halten. . . . Die Präposten müssen durch Belohnungen angefeuert werden und man muß es einrichten, daß sie Peculium haben und Sklavinnen, von denen sie Kinder bekommen. Dadurch werden sie tätig und hängen mehr an dem Gute. Man muß auch die Präposten anspornen, indem man ihnen gewisse Ehre erweist, und wenn Arbeiter da sind, die besser sind als die anderen, so muß man mit ihnen über das, was zu tun ist, reden, denn wenn man das tut, so glauben sie, vom Herrn weniger mißachtet zu sein und meinen vielmehr, daß er sie gern habe. Man erreicht auch, daß sie mit größerem Eifer ihre Aufgabe erfüllen, wenn man freigebiger gegen sie ist in Speisen und Kleidung, ihnen manche Arbeit nachläßt und ihnen Zugeständnisse macht, wie, daß sie irgendein ihnen gehöriges Tier auf dem Gute weiden können oder ähnliche Dinge, so daß, wenn man ihnen etwas Anstrengendes befehlen oder sie strafen muß, sie dadurch Trost finden und ihr guter Wille und ihre Anhänglichkeit an den Herrn wieder geweckt werde. •

Im ersten nachchristlichen Jahrhundert, also etwa 200 Jahre später, schreibt ein anderer hervorragender Agrarschriftsteller Lucius Junius Columella (zitiert ibidem): • Was die andern Sklaven betrifft, so sind folgende Regeln zu befolgen, die ich nie bereut habe, angewandt zu haben, so daß ich mit den ländlichen Sklaven, die sich nicht schlecht aufführten, öfter Unterhaltung pflog als mit den städtischen Sklaven, und da ich sah, daß die Freundlichkeit des Herrn ihre beständige Mühsal erleichtert, scherzte ich oft mit ihnen und erlaubte noch öfter, daß sie mit mir scherzten. Oft tat ich auch, als ob ich mich mit einigen von ihnen über neue Arbeiten beredete, als wären sie sachverständiger als ich. . . . Dann sah ich, daß sie sich mit größerem Eifer an das Werk machten, das sie in Gemeinschaft mit ihnen beschlossen glauben und auf ihren Rat unternommen. •

Eine Reihe weiterer Anweisungen wird gegeben. Der Herr überzeuge sich, daß den gefesselten Sklaven nichts abgehe an der Kleidung oder an den anderen Vorräten, die er ihnen zuweist. Er frage sie, ob sie alles erhalten. Er versuche ihr Brot und ihre Getränke, sehe die Kleider und Schuhe an, gebe ihnen Gelegenheit, ihre Klagen auszudrücken, belohne die Fleißigen und Eifrigen. Den fruchtbarsten Frauen gewähre er Ruhe und wohl auch die Freiheit, wenn sie mehr als drei Söhne aufgezogen hatten. Die Frau des Faktors (Vilicus) gehe jeden Morgen in das Gehöft, um zu sehen, ob Kranke da sind, oder solche, die sich krank stellen. • Und wenn sie auch versteht, daß es sich um eine vorgetäuschte Krankheit handelt, so bringe sie den Sklaven doch gleich in das Krankengelaß, denn es ist besser, daß er, müde von der Arbeit, einen oder zwei Tage Ruhe und Pflege habe, als daß er, von der übermäßigen Mühsal bedrückt, schließlich wirklichen Schaden veranlasse. •

Diese Art »von Psychotechnik« unterscheidet sich nicht von den Leitfäden der Sachtechnik, wie sie das Altertum in großer Fülle kannte (vgl. dazu Gomperz: *Griechische Denker*, Bd. I).

²¹⁾ Ciccotti, Ettore, *Der Untergang der Sklaverei im Altertum*, deutsch von Oda Olberg, Berlin 1910.

Der Mensch oder vielmehr der Sklave ist das *i n s t r u m e n t u m v o c a l e*, das mit Sprache begabte Werkzeug, das bestimmte Eigentümlichkeiten hat, auf die man Rücksicht nehmen muß, wenn man einen möglichst hohen wirtschaftlichen Ertrag haben will.

Weitere »psychotechnische« Versuche begegnen uns erst seit der Renaissance. Hildegard Sachs ²²⁾ hat einen solchen Versuch der Vergessenheit entrissen. Es handelt sich um ein im 16. Jahrhundert geschriebenes Buch des spanischen Arztes Johann Huart, das kein geringerer als Gotthold Ephraim Lessing 1752 unter dem Titel: »Johann Huarts Prüfung der Köpfe zu den Wissenschaften . . .« ins Deutsche übertrug. Hildegard Sachs hebt hervor, daß es das neue Lebensgefühl der Renaissance, das erwachende Persönlichkeitsbewußtsein sei, das überhaupt ein solches Problem entstehen ließ.

Hierher gehören auch die Exerzitien des hl. Ignatius von Loyola ²³⁾. In den Exerzitien ist zum erstenmal der Versuch einer Psychotechnik, einer Art von Berufseignungsprüfung für die Erziehung solcher Menschen gegeben, deren Berufstätigkeit von der Religion ausgehen wird. Sonst aber hat die erwachende Menschenkenntnis, das erwachende Interesse am Menschen nicht den berufstätigen Menschen im Auge, sondern den politischen. Man denke an Macchiavellis Principe, an die diplomatischen Berichte der venezianischen Gesandten. Menschenkenntnis und Menschenbehandlung blieben Jahrhunderte hindurch auf das Leben der Höfe beschränkt und haben nur ganz bestimmte Menschentypen und Zwecke berücksichtigt. Man kann sagen, es ist der Typus des *n i c h t* im Berufsleben stehenden, des in Muße tätigen oder des müßigen Menschen. Man mag nachlesen in den Maximen und Reflexionen von La Rochefoucauld oder in den Pensées von Pascal.

Immerhin hat diese Technik der Menschenbehandlung mit der Psychotechnik des berufstätigen Menschen ein Grundmotiv gemeinsam, wie denn überhaupt mit jeder rationalen Technik. Nämlich dies: man fühlt sich der größeren Schwierigkeit des Lebens nicht mehr gewachsen; oder man setzt sich Zwecke, die

²²⁾ Sachs, Hildegard, Zur Vorgeschichte der Eignungspsychologie, Z. f. angew. Psychol. Bd. 22, 1923, S. 286—291.

²³⁾ Lindworsky, Johs., Die charakterologische Bedeutung der Exerzitien des hl. Ignatius von Loyola, im Jahrbuch der Charakterologie, Bd. 1, 1924, Berlin.

ohne rationale, eben technisch richtige Verwendung von Mitteln nicht mehr durchzuführen sind. In jedem Falle ist es also ein Hinauswachsen der Lebensverhältnisse und Zwecke über den ursprünglich überschaubaren gewissermaßen natürlichen Kreis. Vielleicht auch, daß manchmal, wenn auch nicht immer, die Lebenssicherheit und -zuversicht einer Generation nachgelassen hat, die sich nun Techniken schafft, wo die vorhergehende aus dem Vollen lebte. So war es sicherlich im griechischen Aufklärungszeitalter. Aber trotz aller Leitfäden von der Strategie bis zum Tanz und der Kochkunst hat es in Griechenland das nicht gegeben, was wir heute mit dem Ausdruck technisches Zeitalter belegen. Also eine völlig selbstherrlich gewordene Technik, in deren Mittelpunkt die vervielfältigte Herstellung von Sachgütern steht und die im Verein mit Industrie und Wirtschaft Selbstzweck ist.

Die alte Technik, wenn sie auch, wie unser industrielles Zeitalter auf Herstellung von Sachgütern gerichtet war, hat doch nur lockere Beziehungen zur kapitalistischen Verkehrswirtschaft (vgl. dazu Bücher ²⁴). ||

Die Psychotechnik also, als ein System von Mitteln, den Durchschnittsmenschen und die Berufsarbeit, besser als es durch die natürlichen Auslesehilfsmittel geschah, einander anzugleichen, und zwar sowohl zu individuellen wie sozialen Zwecken — diese Psychotechnik ist ein Kind des 19. Jahrhunderts. Man kann sie nicht verstehen, wenn man nicht die vorherrschenden, im besonderen die die Wirtschaft beherrschenden Tendenzen des 19. Jahrhunderts sich vergegenwärtigt. Dabei muß bemerkt werden, daß hier nur diejenigen geistigen Strömungen berücksichtigt werden sollen, die der Wirtschaft ihr Gepräge verleihen. Denn die Psychotechnik hat es, wie wir bald zeigen werden, entscheidend mit der Wirtschaft zu tun.

Diese beiden Strömungen des 19. Jahrhunderts sind: ein mehr methodisches Prinzip, das der naturwissenschaftlichen Quantifizierung, und ein weltanschauliches: die Ueberzeugung von der gütigen Natur. Alles Unglück und Leid entsteht allein daraus, daß die Menschen es verschmähen, die Gesetze der Natur zu erkennen oder die erkannten zu befolgen. Solche Naturgesetze gibt es auch für das gesellschaftliche Dasein der Menschen. Die ewigen Gesetze der Gesellschaft hängen droben

²⁴) Bücher, Karl, Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1922, I. Abtlg: Aus d. klass. Altertum.

ebenso unveräußerlich und unverletzlich, wie die des natürlichen Seins. Alles Glück ist den Menschen sicher, wenn sie in der Erkenntnis der Naturgesetze des Seins und des gesellschaftlichen Daseins fortschreiten. Der Mensch muß aber fortschreiten, und darum sind Geschichte und Entwicklung identisch mit Fortschritt. Daher die Philosophie des Fortschritts, die Politik des Fortschritts.

Dieser starke Optimismus hat die Theorie, vor allem aber die Propaganda der liberalen Wirtschaftslehre etwa bis Lassalle beherrscht. Lassalle und Marx unterscheiden sich ja nicht in dem Glauben an die Gesetzmäßigkeit wirtschaftlichen Geschehens von ihren liberalen Ahnen, sondern ganz allein durch den Wertakzent, den sie der Gegenwart verleihen. Sie sind nicht so sentimental wie die populäre, liberale Wirtschaftstheorie.

Die eigentlichen Beherrscher der Wirtschaft im 19. Jahrhundert, die Großindustrie, der Großhandel, haben, solange es irgendwie gehen wollte, an dem guten Gewissen festgehalten, das bekanntlich seinen höchsten Ausdruck fand in dem Prinzip von der Harmonie der Interessen. Das heißt, welches auch immer die gegenwärtigen Leiden der arbeitenden Menschen seien, schon jetzt ist das Profitinteresse des Kapitals das beste, das sicherste, das einzige Mittel, die Lebenslage jedes Arbeiters zu garantieren; und für die Zukunft besteht ja die wissenschaftlich erweisbare Tendenz, den Profit immer gerechter zu verteilen.

Die Psychotechnik ist entstanden in einer Zeit, als die Nebelschwaden der Harmonielehre längst in Nichts vergangen waren, als das Elend vor den Blicken der Kultur längst frei zutage trat und die Kritik sich mit theoretischen Vorurteilen nicht mehr auseinander zu setzen brauchte, geschweige denn, daß sie sich noch von ihnen fesseln ließ. Die Psychotechnik ist gewissermaßen die letzte Tat des Harmoniegläubens. Das Motiv von Münsterbergs Werk kann man in dem Worte finden ²⁵⁾: »Daß es die höchste Aufgabe der wirtschaftlichen Experimentalpsychologie sei, das übervolle Maß der seelischen Unbefriedigung an der Arbeit, seelischer Verkümmern und Bedrücktheit und Entmutigung aus der Welt zu schaffen«. Zum ersten Male begegnen wir hier einer *Menschen-technik* im vollen Sinne des Wortes im Gegensatz zu der *Sach-technik* des instrumentum vocale. Den

²⁵⁾ Münsterberg, Hugo, Psychologie und Wirtschaftsleben, 3. Aufl., Leipzig 1916.

rechten Mann an die richtige Stelle setzen, das heißt nicht nur die Produktivität der Arbeit und damit die Konsummöglichkeit steigern, also das außerberufliche Dasein des Produzenten verbessern, das heißt vor allem der produktiven Tätigkeit selbst Freude, Ursprünglichkeit, Betätigungsmöglichkeit für Instinkte und Anlagen zurückgeben. Es wird späterhin gezeigt werden, was sich von diesen Erwartungen hat verwirklichen lassen. Jedenfalls ist dies klar: Die Psychotechnik hat mit dem gesamten Wirtschaftsleben die eudämonistische Grundanschauung gemein. Sie will das Glück der Gesamtheit durch Produktivitätssteigerung erhöhen, sie will auch gleichzeitig das Glück des Produzenten steigern und zwar in der Berufstätigkeit, wie auch außerhalb derselben. Für die Psychotechnik ist der Produzent ein Mensch im vollen Sinne des Wortes, der, unbeschadet der Notwendigkeiten der Produktion, sein Anrecht auf Glück hat. So glaubt die Psychotechnik entgegenkommender gegen den Produzenten zu sein als jene neuerdings wieder aufgekommenen Sozialtheorien, die, in Anlehnung an die klassische Nationalökonomie, den Druck der Produktion als etwas Unveränderliches hinnehmen, dafür aber den Arbeitenden außerberuflich entschädigen wollen. So hauptsächlich die Amerikaner Ford ²⁶⁾ und Edward Filene ²⁷⁾. Hat doch Ford gemeint, daß neun Zehntel aller Arbeiterfragen mit gesteigertem Lohn verschwinden.

Aus diesen optimistischen Grundanschauungen erklärt es sich, wenn bestimmte Richtungen der Psychotechnik, namentlich aber des Taylorismus, die Sicherung des sozialen Friedens ausführlich und zwar im wesentlichen mit den Denkmitteln der klassischen Nationalökonomie behandeln.

Die methodischen Voraussetzungen und die weltanschauliche Tendenz der Psychotechnik, ihr Optimismus inmitten eines nach Sicherung und Voraussicht strebenden Zeitalters, gestatten doch noch nicht, das Kernstück psychotechnischer Bestrebungen zu erfassen. Psychotechnik bedeutet die Lehre von der Technik der Seelenbehandlung. Darum ist das Wesentliche der Psychotechnik, wie schließlich jeder Kulturwissenschaft, wie sie das Wesen des Menschen erfaßt. Die Psychotechnik hat kein eigenes Bild vom Menschen aufgestellt. Sie sieht den Menschen so, wie ihn die Wirtschaft sieht.

²⁶⁾ Ford, Mein Leben und Werk, Leipzig, ohne Jahreszahl (1923), S. 133.

²⁷⁾ Filene, Edward A., Ein Weg aus dem Wirrwar, Frankfurt a. M. 1925.

Der wirtschaftliche Mensch ist ein Abstraktum, geformt durch den Begriff der Wirtschaft. Die verschiedenen Wirtschaftsbegriffe haben darum auch verschiedene »wirtschaftliche Menschen« erzeugt. Es ist ja klar, daß der wirtschaftliche Mensch ganz anders aussehen muß, wenn wirtschaftliches Handeln die Rücksicht auf einen bestimmten Zweck, nämlich die Vorsorge bedeutet, oder wenn das sog. wirtschaftliche Prinzip (Erreichung eines Zwecks mit den kleinsten Mitteln) oder endlich wenn ein bestimmtes Ziel, nämlich die Gütererzeugung und -versorgung das wirtschaftliche Handeln ausmacht. Das rationale Verhalten des wirtschaftenden Menschen wird in diesen Wirtschaftsbegriffen durchaus verschieden aufgefaßt. Wo man zuerst an Wirtschaftsgüter denkt, wird der homo oeconomicus zum rationalen »Materialisten«. In der zweiten Form des sogenannten wirtschaftlichen Prinzips ist vor allem ein konventioneller Maßbegriff für Seelisches, nämlich für Lust- und Unlustmengen, vorausgesetzt. Für die beiden letzten Wirtschaftsbegriffe ist der Mensch ein sogenanntes egoistisches, in seinen Motiven nach sachlichen Maßstäben zu messendes Wesen. Nur der erste Wirtschaftsbegriff braucht Mittel und Ziele nicht zu messen, sondern kommt mit einer Rangordnung der Mittel und Ziele aus. Sein Begriff vom Menschen kann daher individuelle und soziale Motive und Motivationsstufen (siehe Abschn. D) erhalten, während die andern beiden sie einem konventionellen Maß-System opfern müssen.

Allerdings besteht bei der Bestimmung des wirtschaftlichen Handelns durch den Zweck der Vorsorge die Schwierigkeit, daß das wirtschaftliche Handeln gegenüber jedem andern Zweckhandeln nicht recht abgegrenzt werden kann. Denn jedes Handeln ist auf einen künftigen Zweck, der jetzt schon vorsorglich bedacht wird, gerichtet. Auch das u n wirtschaftliche Handeln ist ja oder kann vorsorglich sein.

Für die moderne Psychotechnik in der Zeit nach Münsterberg ist nun gerade der wirtschafts-materialistische Begriff kennzeichnend.

Der Mensch der Psychotechnik ist ein Betriebsfaktor. Es erwies sich als notwendig, diesen Betriebsfaktor genau zu studieren, selbst Tiefenpsychologie zu treiben. Aber zunächst in keiner anderen Absicht, als man etwa die Lager einer Welle untersucht.

Jeder Betriebsfaktor muß für sich einen bestimmten Ertrieb liefern ²⁸⁾. Er muß sich durch den Sacherfolg be-

²⁸⁾ v. Gottl-Ottillienfeld, Fordismus, Kieler Vorträge, hrsg. v. Harms, Nr. 10, Jena 1924.

zahlt machen. Diese rechnerische Durchführung des Ertriebs für jedes Betriebselement zeigt übrigens, wie sich, rein technisch gesprochen, unsere Psychotechnik gegenüber der Sklaven-Psychotechnik rationalisiert hat.

So wie die Wirtschaft sich daran gewöhnt hat, die Produktivität konventionell nach Sachgütern zu messen und es den Theoretikern überläßt, sich über die Rolle der immateriellen Güter den Kopf zu zerbrechen, so wünscht auch die Psychotechnik den Ertrieb eines wirtschaftlich tätigen Menschen in Sachgütern zu bestimmen.

Alle Psychotechnik (einschließlich der Begabungsprüfung) untersucht nicht die Eignung im wirtschaftlich leeren Raum. Sie hat es mit der Vorhersage der wirtschaftlichen Leistung zu tun²⁹⁾. Allerdings nicht nur mit der Vorhersage, sondern auch mit der möglichst günstigen Durchführung im Betrieb selbst. Es gibt nicht nur eine Anwärterpsychotechnik, sondern auch eine Arbeiterpsychotechnik, die wiederum zwei Teile hat, nämlich die Seelenpsychotechnik und die Sachpsychotechnik (Objektpsychotechnik, d. h. die Anpassung der Objekte an den arbeitenden Menschen.)

Die wirtschaftliche Leistung, der wirtschaftliche Ertrieb — das ist die zweite Bestimmung der Psychotechnik — ist in Sachgütern oder Geld auszudrücken.

Die praktische Psychotechnik konnte sich natürlich nicht der Tatsache entziehen, daß die Menschen nicht in der abstrakten Sachgüterwelt leben, daß sie nicht nur Sachgüter erstreben, für die sie nach einem bestimmten generellen Schlüssel Arbeit, Mühe und Unlust herzugeben bereit sind. Daß es vielmehr in der Welt des Wirtschaftslebens Gegensätze und Gegebenheiten gibt, die sich in die Relationen Lust — Unlust, Lohn — Mühe nicht auflösen lassen. Solche Gegensätze, denen die soziale Organisation der Psychotechnik in zunehmendem Maße gerecht zu werden bemüht ist, sind in nachstehender Tabelle zusammengestellt.

Tabelle.

Gegensätze und Gegebenheiten, welche die soziale Organisation der Psychotechnik bestimmen:

A. Gegensätze:

- a) Privatwirtschaftliche Interessen — volkswirtschaftliche Interessen.
- b) Produktionsinteressen — Konsumtionsinteressen.
- c) Klassengegensätze.
- d) Gegensätze der Wirtschaftsinteressen zwischen den Nationen.
- e) Gegensatz von Mensch und Wirtschaft überhaupt (vgl. die wirtschaftsfeindliche Einstellung der Jugendbewegung).

²⁹⁾ Eine scheinbare Ausnahme bildet die sportliche Eignungsprüfung. Sie hat es mit Menschen zu tun, die dauernd, auch außerhalb der Eignungsprüfung auf Höchstleistungen eingestellt sind, wie V.P. im Laboratorium.

B. Gegebenheiten:

- f) Die Erfordernisse des Arbeitsmarkts.
- g) Traditionelle Momente (Familie, Herkommen, landsmannschaftlicher Verband, Lebenskreis usw.).

Bemerkungen zu obenstehender Tabelle:

- A. a) Vgl. die Organisationsformen, die nicht dem Privatinteresse des Einzelunternehmens dienen. Die Eignungsprüfung ist da ein neuer Zweig der staatlichen Sozialpolitik. Zur Orientierung: Sachs, Hildegard ³⁰⁾.
- A. d) Eine internationale Psychotechnik unter Berücksichtigung der rassischen, historischen, geographischen Differenzen in den Lebens- und Wirtschaftsbedingungen der Nationen ist im Entstehen. Sie würde zu den Aufgaben des internationalen Arbeitsamts gehören. Die internationale Psychotechnik wird zur Vermeidung von Wirtschaftskämpfen beitragen.
- A. e) Ueber die Erziehung der Wirtschaftsgesinnung der Jugend vgl. Abschn. D.

Den Forderungen, die sich aus allen diesen Gegensätzen und Gegebenheiten ergeben, kann die Psychotechnik durch ihre soziale Organisation in zunehmendem Maße gerecht werden. Zum Ausbau ihrer Organisation ist es erforderlich, daß sie an sich selbst mit möglichster Objektivität die **Bewährungskontrolle** durchführe. Es ist zur Zeit sehr lehrreich, das Versagen der Psychotechnik zu prüfen. Dafür gibt es zwei besonders charakteristische Beispiele. Die Psychotechnik hat in Rußland versagt, wo die Eignungsprüfung in den nationalisierten Fabriken durchgeführt wurde. Man versteht das, denn in Rußland wurden die Produzenteninteressen einseitig denen der Konsumtion geopfert. Daraus ergibt sich, daß die bloße behördliche Organisation nicht ausreicht. Nicht der Gegensatz gegen den Unternehmer und gegen das Privatinteresse hat in Rußland zum »Bankrott der Psychotechnik« geführt, sondern die Vernachlässigung der Produzenteninteressen, der Interessen der Arbeitenden als Produzenten.

Diese Tendenz ist auch in Deutschland stark und zwar sowohl bei den Unternehmern, als auch — darüber darf man sich nicht täuschen — bei den Gewerkschaften. Der Sozialismus hat ja immer den Glauben gehabt, daß das Heil aus der Aenderung der Konsummöglichkeiten entstehen werde. Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit heißt in Wahrheit nichts anderes als Aenderung des Verteilungsschlüssels für den Konsum. In Bebels »Die Frau und der Sozialismus« ³¹⁾, findet sich im 4. Buch, da wo die zukünftige Gesellschaft geschildert wird (176.—180. Tausend, S. 371), folgende Stelle: »Die Warenproduk-

³⁰⁾ Sachs, Hildegard, Die Träger der experimentellen Eignungspsychologie, Schriften zur Psychologie der Berufseignung, H. 25, Leipzig 1923.

³¹⁾ Bebel, August, Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1922.

tion wird in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion verwandelt. Der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit, bisher eine Quelle des Elends und der Unterdrückung der ausgebeuteten Klassen, werden jetzt zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und der harmonischen Ausbildung aller.« Und Seite 375: »Die alberne Behauptung, die Sozialisten wollten die Arbeit abschaffen, ist ein Widersinn sondergleichen Der Sozialismus stimmt mit der Bibel darin überein, wenn diese sagt, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.« Und ibidem: »Die sozialistische Gesellschaft bildet sich nicht, um proletarisch zu leben, sondern um die proletarische Lebensweise der großen Mehrzahl der Menschen abzuschaffen.«

Nach dem Kriege mehren sich die Anzeichen dafür, daß der offizielle Sozialismus die Produzenteninteressen — ganz im Sinne Bebels — immer stärker zurücktreten läßt. Die Arbeit muß getan werden. Sie ist sogar Pflicht, selbstverständlich muß aus jedem Arbeiter herausgeholt werden, was irgend geht. Das Leben geht erst an n a c h Fabrikschluß. Der Konsum ist das wahre Leben.

Es ist nicht uninteressant, sich zu vergegenwärtigen, daß diese modern-sozialistische Lebensauffassung, der das wahre Leben als Konsum erscheint, sich ganz und gar berührt mit der modernen oder besser gesagt modernisierten liberalen Lebensauffassung, wie sie z. B. bei Ludwig Mises ²²⁾ dargestellt ist. Der Liberalismus reduziert das Leben auf den Konsum aus Gründen der Rechnungslegung, der Sozialismus aus weltanschaulichen Gründen (vgl. dazu auch später Abschn. D).

Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, welche andern Gründe den modernen Sozialismus veranlassen, auf das revolutionäre Pathos zu verzichten. Nur die Tatsache ist festzustellen und sie hat sehr wichtige Konsequenzen. Der offizielle Sozialismus der Gewerkschaften hat seinen Frieden gemacht mit der Psychotechnik. Das Mißtrauen bezieht sich nur auf die soziale Organisation der Psychotechnik. Man verstaatliche die Psychotechnik und der Gewerkschaftsfunktionär wird sich mit ganzem Herzen für sie einsetzen.

Ganz anders der einzelne Arbeiter. Er, der im Betriebe arbeitet, der wirklich das Opfer seiner Instinkte zu bringen und die Mühen der Arbeit auf sich zu nehmen hat, er wird sich niemals einer Bewegung anvertrauen, die aus dem Herzen eines jeden seiner Tage 8 Stunden ganz und gar

²²⁾ v. Mises, Ludwig, Die Gemeinwirtschaft, Jena 1922.

herausschneidet, und ihm dann versichert, in den übrigen 16 Stunden könne er ein ganzer Mensch sein. Der einzelne Arbeiter im Betrieb ist immer, aus der Wirklichkeit seines Lebens heraus, ein wenig »Revisionist«. Er ist immer geneigt, sich irgendwie einzurichten und es sich erträglich zu machen und zwar nicht nur nach der Arbeit, sondern vor allem in der Arbeit. So erklärt sich das eigentümliche Verhalten des Einzelarbeiters zur Psychotechnik der Fabrik.

Es wäre nicht uninteressant, einmal eine Geschichte des öffentlichen Mißtrauens in Europa zu schreiben. Anton Menger³³⁾ hat ja gesagt, die Geschichte der Demokratie sei die des organisierten öffentlichen Mißtrauens. Uns interessiert nur das Mißtrauen in der Geschichte der Arbeit. Englische Psychotechniker wie Frank Watts³⁴⁾, haben das wohl gesehen. Es ist das Mißtrauen der Klassen, der Jahrhunderte, das im einzelnen auflebt; und es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Psychotechnik oder eigentlich einer Psychotherapie der abhängigen Arbeit, das Mißtrauen zu überwinden. Die Richtung ist schon aufgezeigt durch die Entwicklung vor dem Kriege. Allgemein kann gesagt werden, daß das Mißtrauen der unteren Volksschichten um so mehr abnimmt, je mehr sich ihre Macht bewußt organisiert. Die bewußte Macht mißtraut nicht, sie hat jenes hellläugige Selbstbewußtsein, das in Wahrheit ein Geschenk der sozialen Macht und nicht der Rasse ist.

Beim klassenbewußten Arbeiter richtet sich das Mißtrauen nun auch gegen die Rangierung. Die Rangierung hebt gerade die Uniformität der Masse auf. Sie schafft Unteroffiziere und Feldwebelleutnants. Allerdings ist der einzelne wirkliche Arbeiter doch nicht nur klassenbewußt, und wenn die Seelenkarte ihn als erst-rangig abstempelt, so gibt sie ihm Selbstbewußtsein und auch eine gewisse Sicherung gegen Uebelwollen der Vorgesetzten³⁵⁾.

Ein weiteres Moment, mit den bisher aufgeführten keineswegs identisch, ist, daß der Arbeiter in der Eignungsprüfung, der er sich unterwerfen muß, eine Ausdehnung der Machtsphäre des anderen Vertragsteiles sieht, die nun gerade dasjenige betrifft, was er als sein persönlichstes Eigentum, als seine unantastbare Intimsphäre ansehen konnte.

Die Entschleierung, die Verletzung der sozialen Scham³⁶⁾, wird noch immer drückender werden, in dem Maße, wie die Psychotechnik von der Erforschung der Sinneseigenschaften zu einer Tiefenpsychologie der Persönlichkeit vordringt.

³³⁾ Menger, Anton, Volkspolitik, Jena 1906.

³⁴⁾ Watts, Frank, Die psychologischen Probleme der Industrie, Deutsch von Herbert Frhr. Grote, Berlin, Springer, 1922, S. 118.

³⁵⁾ Gerhardt, Johannes, Arbeitsrationalisierung und persönliche Abhängigkeit, Tübingen 1925.

³⁶⁾ Rosenstock, E., Sozialpolitik und Arbeitsrecht in Arbeitskunde Nr. 5.

Neuerdings hat man es unternommen (Giese)³⁷⁾, im unwissentlichen Verfahren die Sexualethik weiblicher Angestellten zu prüfen, mit der Begründung, daß der Dienstvorstand ein dienstliches Interesse an der Kenntnis dieser Dispositionen habe. Dem allgemeinen Rechtsempfinden erscheint heute die Abwehr von Versuchen, das Intimste der Persönlichkeit im Dienste der Produktionssteigerung aufzudecken, berechtigt, und zwar nicht nur aus sittlichen Gründen, sondern weil uns heute wieder mehr als in der Zeit vor dem Kriege der Gegensatz von Menschentum und Wirtschaft überhaupt beschäftigt (siehe oben die Tabelle).

Beim Einzelarbeiter vereinigen sich also eine ganze Reihe von Momenten, um ihn der Psychotechnik abgeneigt zu machen: das Mißtrauen gegen gesteigerte Ausbeutung, gegen die Ausdehnung der Macht des anderen Teiles, das irrationale Mißtrauen gegen Organisation überhaupt, die Abwehr gegen die Entschleierung der Persönlichkeit und vielleicht noch vieles andere. Die Gewerkschaften sind in ihrer Stellung noch nicht geklärt. So sehr sie auch — das hängt mit der Geschichte des Sozialismus zusammen — ein gläubiges Vertrauen zu der Wissenschaft haben — »denn die Halle der Wissenschaft ist der Tempel der Demokratie« (Buckle, Geschichte der Zivilisation in England) — und so sehr ihnen auch die quantitative Abstraktionsrichtung als die Wissenschaft schlechthin erscheint, so können sie doch die Tendenzen der einzelnen Arbeiter nicht übersehen, dürfen sie die Massen in den Betrieben nicht aus der Hand geben. Die der Psychotechnik günstigen Momente bei den Gewerkschaften sind, um es noch einmal zusammenzufassen, das Konsumenteninteresse, der Glaube »an die Wissenschaft« und endlich die Ueberzeugung, daß die Sozialisierung der Psychotechnik alle Schwierigkeiten beseitigen werde.

Daß diese letzte Erwartung nicht gerechtfertigt ist, zeigt, abgesehen von dem russischen Beispiel, eine sehr feine Studie von Kurt Lewin³⁸⁾. Die Psychotechnik, sei sie auch sozial organisiert, ist eine wertfreie angewandte Wissenschaft. Die Wertgesichtspunkte für den Ausgleich von Konsumenten- und Produzenteninteressen müssen außerhalb der Psychotechnik entlehnt werden.

Was lehrt uns dieser kurze Ueberblick über die Geschichte der Psychotechnik von der Sklavenwirtschaft bis zur modernen Eignungsprüfung in der Fabrik? Zunächst einmal dieses: eine Fülle von Aufgaben schließen sich zur Geschichte und Vorge-

³⁷⁾ Giese, Berufspsychologische Beobachtungen im Reichstelegraphendienst, Schriften zur Psychologie der Berufseignung und des Wirtschaftslebens, H. 24, Leipzig 1923.

³⁸⁾ Lewin, Kurt, Das Problem der Willensmessung und das Grundgesetz der Assoziation. Sep. a. Psych. Forsch. Bd. 1, H. 3—4 und Bd. 3, H. 1—2, Berlin 1922.

schichte der Psychotechnik zusammen, deren Zusammenhänge, wenn man die Wissenschaft nur nach ihrem Gegenstande oder nach ihrer Methode bestimmen wollte, unbemerkt geblieben sein würden. Der Gegenstand, von dem in der Geschichte der Physik geredet wird, bleibt im wesentlichen unverändert von den ältesten Theorien bis auf unsere Zeit, die äußere Natur. Der Gegenstand der Psychotechnik dagegen verändert sich von der Sache (instrumentum vocale) zur Seele und wieder zurück zur Sache (Objektpsychotechnik). Die Aufgaben der Psychotechnik waren etwa diese: 1. die Eingliederung der als Sachen betrachteten Menschen in die Privatwirtschaft, dann die Erfassung der individuellen Differenzen im Dienste der Menschheit (Huart, Die Renaissance) und zuletzt in ungeheurer Komplizierung die Eingliederung des Einzelmenschen in die Einzelwirtschaft und in die Volkswirtschaft. Das Problem des Ausgleichs von Produzenten- und Konsumenteninteressen, des Ausgleichs von Menschentum und Wirtschaft überhaupt, steht am Rande des Aufgabenbezirks der Psychotechnik. Die Vielfältigkeit psychotechnischer Bestrebungen wird aber auch im methodischen Prinzip zusammengehalten, nämlich die menschlichen Gegebenheiten als Betriebselemente rationell zu behandeln mit dem Ziel immer größerer Produktivität der Betriebselemente. Das Ziel als solches ist (für den Psychotechniker) notwendig, ist erkennbar und unsere praktische Aufgabe sei, sich ihm so weit als nur irgend möglich, freiwillig einzugliedern. Aendern können wir es nicht. Und auch ein unbekanntes Ziel, eine Bewegung als solche gibt es für die Psychotechnik nicht, weder im Einzelbetrieb, noch für die einzelne arbeitende Persönlichkeit, noch für die gesamte Volkswirtschaft. Dies ist im wesentlichen der Evolutionismus Spencers, es ist aber auch die Grundhaltung des klassischen Marxismus.

Auf eine Formel gebracht, ist das Wesentliche aller dieser Geisteshaltungen dies: der Ausschluß aller irrationalen Momente, die bewußte Einordnung in die bekannten Notwendigkeiten, die äußerste Ausdehnung der Herrschaft des Bewußtseins im gesamten Bereich des Handelns. Mag schließlich auch unsere Konstitution, die Beschaffenheit unserer Triebe die letzte Ursache sein, das wirkliche Handeln wird durch das Bewußtsein und die bewußte Technik in immer höherem Maße »bevormundet«³⁹⁾.

³⁹⁾ v. Gottl-Ottlilienfeld, Wirtschaft und Technik in GdS., 2. Aufl., II. Teil II. Abtlg., Tübingen 1925.

C. b) Die Psychotechnik als angewandte Psychologie.

Wir haben bisher von den Kulturzusammenhängen, von den Aufgaben, von der der Anwendung dienenden Organisation der Psychotechnik gesprochen. Nun haben wir zu untersuchen, wie die angewandte Wissenschaft nicht nur durch die allgemeinen kulturellen Zusammenhänge, sondern durch die wissenschaftlich-theoretischen Einzelüberzeugungen innerhalb der Psychologie beeinflußt wird. Folgende psychologische Richtungen sind zu nennen: 1. die generelle Psychologie, 2. die Psychologie der individuellen Differenzen (Stern, Münsterberg), 3. die vergleichende Entwicklungspsychologie, 4. die Denkpsychologie (Kölpe), die Willenspsychologie, 5. die Psychologie der Persönlichkeitstypen.

I.

Es ist bekannt, daß zunächst die generelle Betrachtungsweise auch den Gedankengang der Psychologie der individuellen Differenzen völlig beherrschte. Man kann bei William Stern ⁴⁰⁾ nachlesen, wie die Individualität zusammengesetzt wird aus lauter generellen, allerdings nicht nur phänomenalen, sondern auch dispositionellen Beschaffenheiten in besonderer Verteilung. So ergibt sich als die Methode der Wahl dieser Richtung der *T e s t* ⁴¹⁾. »Der Test ist eine indirekte quantitative Methode zur messenden Prüfung der Intelligenz oder sonstiger Dispositionen ohne Rücksicht auf deren phänomenale Beschaffenheit und unter Voraussetzung der Identität der Funktionsweisen auf allen Stufen des Seelenlebens.« Es ist also das Prinzip der *generellen Struktur des Seelischen*, das dieser rein objektiven Verwendung des Tests zugrunde liegt (vgl. hiezu Eliasberg, l. c., Vorwort).

Das zweite Prinzip in der Verwendung des Tests ist schon durch entwicklungspsychologische Gedanken beeinflußt. Es ist nämlich die Voraussetzung, daß die objektive Leistung sich von den niederen zu höheren Stufen des Seelenlebens kontinuierlich steigert.

⁴⁰⁾ Stern, W., *Differentielle Psychologie*, Leipzig 1911, Nachwort 1921 mit neuer Bibliographie.

⁴¹⁾ Eliasberg, W., *Die Schwierigkeit intellektueller Vorgänge; ihre Psychologie, Psychopathologie und ihre Bedeutung für die Intelligenz und Demenzforschung*, Schweizer Arch. f. Neurologie u. Psychiatrie, Bd. 12, 1923.

So angewandt, ist der Test der Ausdruck eines naiven Anthropomorphismus in der Psychologie des uns ferner stehenden Seelenlebens ⁴²⁾. Dieser Vorwurf trifft aber nicht die generelle Psychologie, von der die Testpsychologie ausging. Denn die generelle Psychologie beschränkte sich ja tatsächlich auf eine einzige Stufe, das reife Seelenleben des Kulturmenschen.

2.

Die eben genannten Prinzipien des naiven Anthropomorphismus, die dieser ungeprüft voraussetzte, sind das eigentliche Untersuchungsgebiet der vergleichenden Psychologie geworden. Als Ergebnis der vergleichend entwicklungspsychologischen Untersuchungen für die Psychotechnik kann behauptet werden: Seit wir primitive Stufen geistigen Geschehens entdeckt oder rekonstruiert haben, seit wir die Verschiedenheit der Funktionsweisen auf verschiedenen Stufen kennen, seit wir wissen, daß jede Stufe ihre eigene Gestalt, sozusagen ihre psychische Dominante hat, ist die Verwendung des Tests, der reinen, auf die Welt der Einzeldinge und ihrer kausalen Verknüpfung zugeschnittenen Leistungsprüfung um so ungerechtfertigter, je ferner die zu untersuchende Stufe den Voraussetzungen des reifen Kulturbewußtseins steht ⁴³⁾. Vor allem ist die *F e h l l e i s t u n g* nicht die Minderleistung und die *V o l l l e i s t u n g* durchaus nicht immer die höhere Leistung. Alles kommt auf die eigentümliche geistige Struktur an, innerhalb deren die Leistung zustande kommen soll.

Die Psychopathologie hat aus der Kenntnis der primitiven Stufen schon reichen Gewinn gezogen, vor allen Dingen aber einen Leitfaden durch das Gewirr pathologischer Erscheinungen bekommen. Eine pathologische Entwicklungsform ist um so sicherer zu erkennen, je mehr sie einer primitiven Stufe gleicht.

Ob die primitiven Stufen *r e a l* in die Funktionsweisen des reifen Bewußtseins eingebettet sind, ist eine Frage, die für den Wert der entwicklungspsychologischen Betrachtungsweise zunächst unerheblich ist. Das Wiederauftreten solcher Funktionsweisen, die wir als primitive kennen, nach Hirnschädigungen spricht übrigens für die Bejahung der Frage.

So ergibt sich als bleibender Gewinn der Entwicklungspsychologie für die Psychotechnik, daß die strukturellen Voraussetzungen der Leistung ganz anders als bisher gewürdigt werden.

⁴²⁾ Vgl. Eliasberg, Psychologie und Pathologie der Abstraktion, Leipzig 1925.

⁴³⁾ Eliasberg, W., Psychologie und Pathologie der Abstraktion, Leipzig 1925.

3-

Die strukturelle Voraussetzung der Einzelleistung hat in der generellen Einstellung, d. h. in bewußter Beschränkung auf die Stufe des reifen Kulturbewußtseins die sogenannte **Denk- und Willenspsychologie** untersucht. Die neue Denkpsychologie seit der Wende des 20. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch eine neue Methode, die der systematischen experimentellen Selbstbeobachtung (Ach), und durch eine neue Fragestellung. Im Gegensatz zu der älteren Psychologie, die nach der Beschaffenheit der Einzelerlebnisse und nach deren objektivem Zusammenhang fragte, will diese die subjektiven Erlebnisse des Zusammenhangs und zwar aller Sinnzusammenhänge des Denkens, des Fühlens, des Wollens von den einfachsten Apperzeptionen bis zu den tiefsten Stellungnahmen etwa des religiösen Erlebens klarstellen.

Der zentrale Begriff der Denkpsychologie ist die **Aufgabe**. »Aufgaben«, so sagt Külpe, »werden nicht in Gedanken, Gefühlen und Vorstellungen gestellt, sondern der Persönlichkeit und ihrer Aktivität.« Damit tritt die Gesamtpersönlichkeit in den Gesichtskreis des Psychologen.

Die Aufgabe beteiligt die Persönlichkeit, aber doch nur in einer gewissen Richtung. Gerade darum ist das **experimentelle Verfahren der »Aufgabe«** geeignet, die psychische Lebenswirklichkeit nachzubilden. Denn auch in der Wirklichkeit des Lebens sind wir doch fast immer nur mit einem Teile engagiert; was uns gerade beschäftigt, ist meist in der Hierarchie unserer Lebenswerte nicht das Höchste, Zentralste.

Auch der Künstler ist im Kunstwerk nie mit seiner ganzen Persönlichkeit. Er hat sich auf dieses einzelne Werk eingeschränkt. Er braucht Distanz zum Erleben, um es im Werk wieder erstehen zu lassen. Das wissen vor allem die Geliebten der Künstler.

Bei den Untersuchungen über die »Aufgabe« hat sich nur ein einziges rein formales Gesetz bestätigen lassen, auf welches Külpe ⁴⁴⁾ aufmerksam gemacht hat. Die Leistung verläuft um so schneller und qualitativ besser, je ferner das Endziel ist, das bewußt gewollt wird; je mehr die Zwischenstufen automatisiert sind oder doch nicht in gleichem Maße wie das Endziel gewollt werden.

⁴⁴⁾ Külpe, Oswald, Bericht über den 5. Kongreß für Psychol., Leipzig 1912, S. 8 ff.

Die formale Eigentümlichkeit der Willensvorgänge, die damit betont wird, ist die Reichweite des Willens. Der Wille ist um so wirksamer, je mehr er nach dem Fernsten strebt.

Untersuchungen an Stirnhirnverletzten von Feuchtwanger ⁴⁵⁾ haben das auch für den pathologischen Fall erwiesen. Stirnhirnverletzte können eine Aufgabe nur dann zu Ende führen, wenn ihnen der Impuls immer wieder neu gegeben wird, z. B. durch die Schläge eines Metronoms. Dagegen versagen sie selbst bei leichtester Leistung, wenn sie den Impuls selbst aufbringen sollen.

Ueber die praktische Bedeutung dieses Gesetzes habe ich ⁴⁶⁾ weitere Ausführungen gemacht. Weitere formale Gesetze, z. B. das der speziellen Determination, welches besagt, daß eine Tätigkeit um so leichter ablaufe, je spezieller die Aufgabe sei, lassen sich, wie E. G. Müller ⁴⁷⁾ gezeigt hat, nicht aufrecht erhalten.

• Wenn auch erst die Denkpsychologie den Tatbestand der ‚Aufgabe‘ erkannt hat, so machte man doch praktisch von ihm immer Gebrauch. Das zeigt die Schulpädagogik, das zeigt die Entwicklungspsychologie der Frage und des Befehls. Für das ursprüngliche Verständnis des Kindes fallen Frage und Befehl zusammen: die Geister werden gerufen und versammeln sich ⁴⁸⁾.

Es ist interessant, das Verhalten des Kindes unter der Aufgabe mit dem des Erwachsenen zu vergleichen; (s. weiter unten).

Bei der Anwendung der Ergebnisse der Aufgabepsychologie darf nicht vergessen werden, daß der Begriff der Aufgabe doch nicht allem, was wir an wollendem Verhalten in uns finden, gerecht werden kann. Zunächst sind nicht alle Verhaltensweisen durch Aufgaben bestimmt. Gerade die ursprünglichen eigentlich produktiven geistigen Vorgänge sind es nicht. Sie beruhen auf ursprünglichen apriorischen Funktionen, die sich im Laufe der geistigen Entwicklung an der Erfahrung bewähren ⁴⁹⁾. So ist auch alles das, was wir oben über die Lösungsmethoden unter der Wirkung der Aufgabe anführten, noch nicht geeignet, uns in die tiefste Schicht produktiven geistigen Geschehens hinabzuführen. Und das gilt auch für unser wollendes Verhalten. Charlotte

⁴⁵⁾ Feuchtwanger, Erich, Die Funktionen des Stirnhirns, Berlin 1923.

⁴⁶⁾ Eliasberg, W., Grundriß einer allgemeinen Arbeitspathologie, Leipzig 1924.

⁴⁷⁾ Müller, G. E., Zur Analyse der Gedächtnistätigkeit usw., III. Bd., 3. H., S. 481, Leipzig 1913.

⁴⁸⁾ Vgl. dazu Eliasberg, W., Psychologie und Pathologie der Abstraktion, Leipzig 1925.

⁴⁹⁾ Ausführlich Eliasberg, W., Psychologie und Pathologie der Abstraktion, S. 52, 163 ff., Leipzig 1925.

Bühler ⁵⁰⁾ hat sogenannte leere Willenserlebnisse bei kleinen Kindern beschrieben. Das »Ich will« noch ohne Ziel. Das »Ich will-nicht« des Eigensinns ist bekannt. Es tritt auch späterhin als eine eigenartige Starrheit unvernünftigen Wollens bei der Bildung des Gemeinschaftswillens störend auf.

Abgesehen von den ursprünglichen Willensmomenten bestehen noch weitere Unterschiede zwischen dem wollenden Verhalten unter der experimentellen Aufgabe und dem wirklichen Wollen ⁵¹⁾. Der uns hier besonders interessierende Unterschied zwischen Aufgabe und wirklichem Wollen ist dieser: In der Aufgabe wird ein intellektuelles Moment oder besser ein gegenständliches Moment betont. Im Gegensatz dazu ist beim wirklichen Wollen zweierlei im Vordergrund:

1. Werterlebnis und Entschluß,
2. die mitmenschliche Gebundenheit, die Art des Sollens, die in jedem Wollen enthalten ist oder, wie ich es späterhin nennen werde, die Motivationsstufe.

Ueber die Motivationsstufen wird im letzten Teil dieser Arbeit ausführlich gesprochen. In der folgenden Auseinandersetzung über die Bedeutung der modernen Willenspsychologie für die Psychotechnik wird vorläufig vorausgesetzt, daß sich diese Ergebnisse auf eine ganz bestimmte Motivationsstufe, nämlich diejenige der Versuchsperson im Laboratorium beziehen. In den Untersuchungen ist sie nicht näher bestimmt. Wir können aber sagen, daß sie im Verhältnis zu der durchschnittlichen Motivationsstufe der freien Arbeit viel zu »hoch« ist. Sie nähert sich dem, was wir späterhin als Hingabe schildern werden.

Lindworsky ⁵²⁾ hat in seiner bereits in 3. Aufl. vorliegenden verdienstvollen Studie über den Willen nach den Ergebnissen der experimentellen Forschung die wichtigeren deutschen und ausländischen Arbeiten kritisch zusammengestellt. Auf dieses

⁵⁰⁾ Bühler, Charlotte, Das Seelenleben des Jugendlichen, Jena 1922.

⁵¹⁾ Selz hat gegen Achs Untersuchungen über den Willensakt eingewandt, daß der eigentliche Willensentschluß im Experiment überhaupt nicht getroffen werde. Er besteht in der Uebernahme der Aufgabe, in dem Entschluß zum instruktionsgemäßen Verhalten. Alles andere, was dann noch in der eigentlichen Versuchsperiode beobachtet wird, ist nur noch Auswirkung des vorgängigen Entschlusses. Selz' Einwand trifft nicht zu, für den im Versuch erlebten, nach einer Fehlreaktion auftretenden Entschluß, es von jetzt an richtig zu machen. Denn dieser Entschluß kann nicht in der Uebernahme der Aufgabe antizipiert sein.

⁵²⁾ Lindworsky, Johs., Der Wille usw., 3. Aufl., Leipzig 1923.

Buch von Lindworsky und auf meine Untersuchung ⁵³⁾ stützen sich die folgenden Ausführungen. Folgendes sind die Probleme der Willensforschung, geordnet in ihrer Bedeutung für Arbeitswissenschaft und Nationalökonomie.

1. Lassen sich das Willenserlebnis und die Willenshandlung aus rein formalen Gesetzmäßigkeiten verstehen?

2. Welches ist das Verhältnis von Wille, Gefühl und Wert?

3. Wie verhalten sich Motiv und Willenshandlung zueinander?

4. Wie wird der Wille beeinflußt, erzogen, gestärkt?

Die erste Frage ist zu verneinen. Die Tatsachen der Uebung, der Wiederholung, der Hemmung und Bahnung, der objektiven Schwierigkeit der Leistung ⁵³⁾, der psychophysischen Konstitution im ganzen geben nur die unterste oder oberste Grenze dessen, was im Einzelfall geleistet werden kann. Aber innerhalb dieses Bereichs den wirklichen Leistungsablauf, geschweige denn die Motiverlebnisse zu verstehen, ist nicht möglich. So gibt auch alles das, was sich in einer Kurve darstellen läßt (siehe oben Ausführungen über Kraepelins Arbeitskurve), kein Bild von den wirklichen Erlebnissen und von der Art, wie die Leistung aus ihnen entsteht. Die gleiche Leistung kann mit spielender Leichtigkeit ohne Aufbietung von Reserven, sie kann auch in höchster Anspannung der letzten Kräfte zustande gekommen sein. Darüber zeigt die Kurve nichts ⁵⁴⁾. Auch Lindworsky hat die Unmöglichkeit solcher rein formalen Deutung der Ergebnisse dargetan.

Dies wird am deutlichsten, wenn man versucht, die Beziehungen von Wille und Gefühl rein formal zu verstehen. Dieses Problem spielt ja auch in der angewandten Arbeitspsychologie eine große Rolle. Es wird etwa behauptet, daß die Freude an der Arbeit die Tätigkeit steigere. Nun hat man aber gefunden (Störing, zit. bei Lindworsky, S. 177), daß eine Unlust auch zu einer verstärkten Leistung am Ergographen führen kann; wenn z. B. die Versuchsperson die Absicht hat, durch verstärkte muskuläre Anstrengung die Aufmerksamkeit von einem gleichzeitig dargebotenen schlechten Geschmack abzulenken. Zu unterscheiden sind demgemäß die begleitenden Lust-Unlust-Erlebnisse von denjenigen, die

⁵³⁾ Eliasberg, W., *Psychologie und Pathologie der Abstraktion*, Leipzig 1925.

⁵⁴⁾ Vgl. Eliasberg, W., *Die Schwierigkeit intellektueller Vorgänge; ihre Psychologie, Psychopathologie und ihre Bedeutung für die Intelligenz und Demenzforschung*, Schweizer Arch. f. Neurologie u. Psychiatrie, Bd. 12, 1923.

als ursprüngliche Motive wirksam sind, die also durch die Handlung verwirklicht oder beseitigt werden sollen. Ferner muß man bedenken, daß sowohl von der Lust wie von der Unlust und auch von der ganzen Skala anderer Gefühle Anregungswirkungen kommen können. Dazu treten im Stadium der Ausführungshandlung Ausführungsgewohnheiten (Kurt Lewin), z. B. einfache motorische Rhythmen, zeitliche Schemata der Bewegung, endlich komplizierteste Erlebnisse von Erfolg und Mißerfolg, deren jedes als Motiv erlebt oder kausal wirksam werden kann.

Endlich ist es notwendig, einem Vorurteil entgegenzutreten, das besonders in der Nationalökonomie noch immer Unheil wirkt. Gefühl und Strebung einerseits und Bewertung andererseits brauchen nicht das gleiche Vorzeichen zu tragen. Eine Melodie, die den Ohren schmeichelt, kann trotzdem als Kitsch bewertet werden, ein sinnlicher Reiz als mit den sittlichen Tendenzen der Persönlichkeit unvereinbar erkannt werden. Hier begegnen wir wieder dem Sollen, in das jedes Wollen und jedes zur Handlung drängende Gefühl eingebettet ist (ausführlicher darüber siehe später).

Die ganze Fülle dieser Möglichkeiten tritt zutage bei der Analyse der F e h l h a n d l u n g e n , womit sich seit Ach ⁵⁵⁾ eine ganze Reihe von Autoren befaßt haben (vgl. dazu auch Eliasberg l. c.). Das Bewußtsein, einen Fehler begangen zu haben, kann in der allerverschiedensten Weise wirksam werden. Bald fühlt sich die Versuchsperson dadurch belastet und gewissermaßen schuldig, bald hat sie das Gefühl, daß sie es doch nicht mehr habe verhindern können und bald auch, daß sie gänzlich unbeteiligt sei. Die dem Fehler nachfolgende Reaktion wird verzögert, bei anderen V. P. verlängert, je nachdem, ob die V. P. nun vorsichtiger wird oder ob das unterlegene Motiv nach dem sogenannten Wundtschen Motivationsgesetz sich immer mehr abschwächt, oder ob die V. P. schließlich ganz sorglos und leichtsinnig wird.

Das Problem des Verhältnisses von Motiv und Wille bleibt auch nach allen mühevollen Untersuchungen noch ungeklärt. Zu unterscheiden ist der Willensakt und die äußere Willenshandlung. Manches Mißverständnis ist zu beseitigen, wenn diese Unterscheidung im Auge behalten wird. Lindworskys Ausführungen ⁵⁶⁾ schließen mit einer offenen Frage: »Eine spätere Forschung wird

⁵⁵⁾ Ach. N., Ueber die Willenstätigkeit und das Denken, Göttingen 1905.

⁵⁶⁾ Lindworsky, Johs., Der Wille usw., 3. Aufl., Leipzig 1923.

uns zu sagen haben, ob ein Willensakt unmittelbar nur durch Motive, eine Willenshandlung nur durch Wirkursachen herbeigeführt werden kann.*

Etwas günstiger scheint es nach den Ergebnissen der Willensforschung bestellt zu sein um das letzte praktisch wichtige Problem der Beeinflussung des Willens. Nach Lindworskys eigener Theorie ist eine eigentliche Kraftsteigerung, Intensitätssteigerung des Willens weder erwiesen noch auch notwendig. Das erfolgreiche Wollen ist dasjenige, »das sich ungeteilt seinem Ziele zuwendet, sich durch verlockende andere Ziele nicht ablenken läßt, das sich mit einer gewissen Raschheit an die Ausführung des Entschlusses begibt, sich von Hindernissen nicht beirren läßt und bereit ist, die erforderlichen Opfer zu bringen und unausbleibliche Leiden zu tragen«⁵⁷⁾. Zu keiner dieser Aufgaben ist ein intensives Wollen (im Sinne eines affektbelebten Wollens) notwendig. Man denke nur daran, daß gerade die krankhaft Willenlosen recht viele Leiden ertragen und daß das weibliche Geschlecht, dessen Willensstärke man im eigentlichen geringer einschätzt als die des männlichen, in der Regel tapferer zu leiden versteht.

Die Willensstärkung läuft also darauf hinaus, die Werte nahe zu bringen, sie durch Motivverkettung zu stärken, sie wenn möglich in den Gesamtzusammenhang einer Weltanschauung einzubetten. Dieser Teil der Willensübung ist lehrbar. Zum zweiten kommt es darauf an, Gelegenheit zur Betätigung zu geben, d. h. also die erkannte Tugend zu üben. In beiden Verfahrensweisen steckt natürlich eine große Fülle von Problemen. So kann der Wert, wo man zunächst auf Einsicht nicht rechnen kann, durch andere Hilfsmittel nahe gebracht werden. Man denke etwa an die suggestive Wirkung, die von der Masse ausgeht. Wenn der Straßenverkäufer die Masse der Neugierigen um sich zu sammeln versteht, so hat er schon halb gewonnen.

Die wissenschaftliche Psychotechnik wird heute noch nicht in der Lage sein, im Prüfungsexperiment die ganze Fülle willentlicher Verhaltensweisen, von der wir ja nur Weniges andeuten konnten, darzustellen. Sie wird es gar nicht können, wenn sie sich allein auf objektive Leistungen einstellt. Aber ein prinzipielles Hindernis, die Methodik in dieser Hinsicht auszubauen, besteht nicht.

Freilich bedarf die Psychotechnik eines Leitfadens durch das

⁵⁷⁾ Lindworsky, Johs., Der Wille usw., 3. Aufl., Leipzig 1923.

Chaos der Möglichkeiten. Soviel wir sehen, ist die Willenspsychologie als solche, d. h. als Psychologie isolierter psychischer Funktionen, nicht in der Lage, den Leitfaden zu geben. Warum tritt hier einmal ein Hilfsmotiv auf, warum wird die Erfahrung an Fehlern hier einmal förderlich, dort hemmend, warum lernt man aus seinen Fehlern oder läßt sich durch sie entmutigen? Wenn man sich auf die Aufgabewirkung und die isolierte Willensfunktion beschränkt, wird man diese Frage nicht beantworten können.

4.

Die Psychologie der Persönlichkeitstypen hat es mit diesem Problem zu tun. Was die Entwicklungspsychologie an typischen Strukturen des Geisteslebens auf verschiedenen Stufen aufgezeigt hat, was die Denk- und Willenspsychologie an phänomenologischer Mannigfaltigkeit für die Stufe des reifen Bewußtseins entdeckte, das versucht sie nun zu einer Erkenntnis der Individualität zu vereinigen. Dabei lassen sich verschiedene Richtungen unterscheiden. Die Freuds geht von den biologischen Grundlagen der Individualität aus. Von den individuellen Zielsetzungen und den durch sie bedingten Sinnzusammenhängen ist bei Adler die Rede. Spranger versucht aus der Idealschicht der objektiven Werte die Persönlichkeit zu erfassen. Ich vermag nicht einzusehen, daß sich diese Auffassungen ausschließen⁵⁸⁾. Die Psychotechnik, der es darauf ankommt, das Wirkliche auch im Sinne des Wirkenden an der Persönlichkeit festzustellen, hat jedenfalls in ihrem empirischen Verfahren jeden dieser Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Manchmal wird es leichter sein, aus den Strebungen der Persönlichkeit, z. B. ihrem Ehrgeiz, ihrem Verlangen nach Macht und Geltung, den Zusammenhang der Motive zu verstehen. Manchmal — und das gilt namentlich für die geistig und sittlich reich entwickelte Persönlichkeit — aus dem Lebenswert, aus der Weltanschauung heraus, der die Lebensarbeit gilt. Endlich hat man bei vielen Menschen, namentlich bei solchen Persönlichkeiten, die sich dem Typus der sogenannten hysterischen Psychopathen nähern, die größere Möglichkeit zum Verständnis, wenn man vom biologisch bedingten Affektverlauf ausgeht.

⁵⁸⁾ Vgl. auch das Referat von Selz über Persönlichkeitstypen: Selz, Otto, Ueber die Persönlichkeitstypen und die Methoden ihrer Bestimmung, Jena 1924.

Kretschmer ⁵⁹⁾ hat ein brauchbares Schema für den Affektverlauf gegeben; er unterscheidet die Retentionsfähigkeit und die Abfuhrfähigkeit, dann die intrapsychische Aktivität des Affekts oder wie er sagt, des Erlebnisses. Im Irrtum ist Kretschmer allerdings, wenn er glaubt, aus solchen Typen des aktuellen Affektverlaufs, die, wie schon gesagt, am meisten charakteristisch für den hysterischen Psychopathen, dann auch für das Kind und den Jugendlichen sind, jede Persönlichkeit verstehen zu können. Wollte sich die Psychotechnik auf das Kretschmersche Schema beschränken, so würde sie zu keinen brauchbaren Diagnosen und Prognosen kommen. Wissen wir doch, daß die verschiedensten Temperamente den gleichen Berufswunsch, die gleiche Berufstätigkeit und die gleiche Leistungsfähigkeit im Beruf haben können. Wie man die Philosophie lachend und weinend betreiben kann, so kann man erst recht mit einem mehr heiteren oder mehr melancholischen Temperament in einem durchschnittlichen Beruf seine Leistungen vollbringen. Wir sprachen oben davon, daß die Willensvorgänge, wie wir sie z. B. bei Wahlexperimenten beobachten können, von Gefühlslagen weitgehend unabhängig sind. Die Erfahrungen über die Berufstätigkeit bestätigen das nur. Für die Psychotechnik hat es darum keinen Sinn, eine Tiefenpsychologie zu treiben, ohne daß sich daraus Prognosen für die Berufstätigkeit ergeben.

Mir scheint, daß auch die oben erwähnten Untersuchungen über das sexuelle Temperament berufstätiger weiblicher Angestellter, abgesehen von allem andern, für die Berufsprognose zwecklos sind.

Bei alledem soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß für den modernen Büro- und Fabrikbetrieb die Kenntnis der individuellen Differenzen auf dem Gebiet des emotionalen Lebens große praktische Bedeutung hat. Die durchschnittliche Arbeit beansprucht den Menschen gerade auf dem emotionalen Gebiete außerordentlich. Sie ist charakterisiert durch ein kompliziertes Ineinanderspiel von Unterordnung und Selbsttätigkeit. Wer diese Selbsttätigkeit, wie z. B. der Schwachsinnige oder Hysteriker, nicht aufbringen kann, ist für die moderne Arbeit nicht geeignet. In der Praxis erzeugt die moderne Arbeit ganz bestimmte typische Affekte und Erlebnisverläufe. Ich habe sie ⁶⁰⁾

⁵⁹⁾ Kretschmer, Ernst, Der sensitive Beziehungswahn, Berlin 1918.

⁶⁰⁾ Eliasberg, W., Grundriß einer allgemeinen Arbeitspathologie, Schr. z. Psychologie d. Berufseignung u. d. Wirtschaftslebens, H. 28, Leipzig 1924.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 56. 1.

in einer Tafel den ganz aus dem Innern der Persönlichkeit stammenden endogenen Affekten gegenüber gestellt. Der allgemeine Typus der Affekte des Arbeitslebens ist der der gegenständlich bestimmten und motivierten Gefühle, z. B. Haß gegen den Ausbeuter (aber dies nur eines der inhaltlichen Momente), gehemmte Gefühlsäußerung als Ausdruck dafür, daß nicht die ganze Persönlichkeit ergriffen ist; man kann sich beherrschen; man würgt es herunter. Im Gegensatz dazu der allgemeine Typus der endogenen Affekte: Gegenstandslosigkeit der Affekte; im Erlebnis unmotiviert Gefühle; über das psycho-physische Ganze, den ganzen Körper, den ganzen Menschen ausgebreitet; daher jener hemmungslose Gefühlsausdruck, der zu der populären Ansicht führt, daß der Geisteskranke dem Urgrund des Lebens näher sei.

In der Praxis haben sich auch die durch die Gedankengänge der Persönlichkeitstypen-Psychologie beeinflussten Untersuchungen über Arbeitsproben von Giese ⁶¹⁾ und Poppelreuter ⁶²⁾ bewährt. Bei ihnen kommt es darauf an, das Arbeitsverhalten eines Prüflings an möglichst unbekanntem Stoff zu beobachten. Der Beobachter soll feststellen, wie der Prüfling sich mit der Arbeit einrichtet. Ob er schnell oder langsam, leichtfertig oder bedächtig, zielsicher und abwägend oder impulsiv ist, ob er seine Tätigkeit kontrolliert, ob er das Gefühl hat, gut voranzukommen und ähnliches. Man vergleiche dazu die Ausführungen über die Wirkung der Aufgabe. Die ganze Fülle persönlicher Arbeitsweisen drängt sich dem Beobachter auf, wenn er zu seinem Erstaunen bemerkt, wie von einem Vorrat von Alternativen zur Beschreibung des Arbeitsverhaltens oft gar nichts passen will und man erst in der Beobachtung selbst die treffende Charakteristik findet. Münsterberg hat, darauf muß hingewiesen werden, schon vor Giese und Poppelreuter ⁶³⁾ Ähnliches gesehen, wenn er, der die Elementarprüfungen einführt, doch auch Komplexe und, wie er ausdrücklich anerkannte, unauflösbare Arbeiten in konkreter Prüfung durchführen ließ.

An der Fülle persönlicher Verhaltensweisen, die in den schematischen Alternativen nicht erfaßt werden können, scheitert für gewöhnlich die Fragebogenmethode. Sie hat auch

⁶¹⁾ Giese, Die Arbeitsprobe in der Psychognostik, Z. f. angew. Psych. Bd. 23, H. 3—4, S. 162—187, 1924.

⁶²⁾ ⁶³⁾ Poppelreuter, Walter, Allgem. meth. Richtlinien der prakt.-psycholog. Begutachtung, Leipzig 1923.

noch den Nachteil, dem Beobachter bestimmte Richtungen der Beobachtung und bestimmte Antworten zu suggerieren, die vielleicht für den Einzelfall ganz ungeeignet sind.

5.

Ueberblicken wir jetzt noch einmal die Einwände gegen die Psychotechnik. Wir können sie einteilen in 1. psychologische, 2. soziale, 3. allgemein philosophisch-kulturelle. Unter den ersteren haben wir die beiden Einwände zusammengestellt, die die Möglichkeit einer Vorhersage überhaupt bestreiten und die aus entwicklungspsychologischen Gründen die objektive Feststellung bestimmter an der Leistung beteiligter Funktionen in Frage stellen. Die Uebung, heißt es, gleiche in verschiedenem Maße die Anfangsleistung aus; gute und schlechte Anfangsleistungen konvergieren mit der Zeit gegen eine mittlere Leistungshöhe. Angesichts der Tatsache, daß nun doch gerade die berufliche, d. h. also durch spezialisierte Uebung gekennzeichnete Arbeitstätigkeit große Unterschiede zeigt, ist dieser Einwand keineswegs als berechtigt anzuerkennen. Man könnte höchstens sagen, daß die experimentelle Isolierung der reinen Leistung zu Vorhersagen nicht berechtigte. Aber dann würde eben die Arbeitsprobe einzutreten haben und sie ergibt ja in der Tat praktische Vorhersagen. Ebenso zeigt die Praxis, daß das entwicklungspsychologische Argument, so berechtigt es ist, die praktische psychotechnische Vorhersage keineswegs ausschließt. Nichts hindert uns, in parallelen Einzelversuchen die beteiligten Funktionsweisen immer genauer zu studieren ⁶⁴⁾.

Wichtiger erscheinen mir die sozialen Einwände. Es ist bisher nur kurz gestreift worden, daß die Psychotechnik zum Grundproblem der Arbeit, nämlich dem der Arbeitsmotivation, von sich aus nichts beizutragen hat. Das letzte Kapitel unserer Untersuchung wird darüber ausführlich handeln. Hier mag genügen, daß wir immer dann brauchbare Ergebnisse erhalten, wenn wir eine

⁶⁴⁾ Bei dem Querschnitt, den die Psychotechnik durch den derzeitigen Stand eines Menschen legt, setzt sie die Anlagen als schicksalsmäßig gegeben und unveränderlich voraus. Den Typus Mensch, der Minderbeanlagenungen überkompensiert, den Demosthenes-Typus richtig zu beurteilen, hat sie zur Zeit noch Schwierigkeiten. Die nach dem Schema der Arbeitsproben angestellten Untersuchungen werden uns vielleicht auch da weiter helfen. Jedenfalls darf uns auch diese Schwierigkeit vorläufig nicht veranlassen, Gieses *kühlen Striche* unter die Psychotechnik zu machen.

durchschnittliche Motivationsstufe voraussetzen können. Dies ist der Fall, wenn eine homogene Gruppe von Anwärtern bei der sog. Konkurrenz auslese rangiert werden soll. Aber dieser Fall ist nicht allzu häufig verwirklicht. Bei den Problemen der Berufsberatung, die vom Anwärter ausgeht, liegt diese Voraussetzung nicht vor. Wenn die reale Motivation ein anderes oder das entgegengesetzte Vorzeichen hat, wie die Motivation der Eignungsprüfung, dann ist die isolierende Prüfung geradezu irreführend. Sie wäre es in diesem Falle auch dann — und das ist von Wichtigkeit —, wenn wir schon mit Sicherheit formale Eigenschaften der Willensläufe angeben könnten. Denn wir sahen ja, daß die formalen Gesetze des Wollens keine Einsicht in die wirklichen Entscheidungen gewähren. Hier kann vom Sinnzusammenhang der Motive, wie er durch die Persönlichkeit und ihre sozialen Bindungen konstituiert wird, nicht abgesehen werden.

Die weltanschaulichen Voraussetzungen der Psychotechnik, die zugleich Grenzen ihrer Anwendungsmöglichkeit angeben, haben wir ausführlich dargestellt. Jede Kritik der Grundlagen unseres Wirtschaftslebens trifft auf die Psychotechnik, die der Ausdruck einer bestimmten sozialen Form des Wirtschaftslebens ist. Das gilt auch für die sog. Bewährungsforschung. Man darf nicht vergessen, daß die Bewährung nur solange gilt, als die sozialen Voraussetzungen sich nicht ändern.

6.

Psychotechnik und Taylorismus stehen in einem gewissen Gegensatz zueinander. Die Psychotechnik hat mit Recht den dilettantischen psychologischen Aufputz des Taylorismus kritisiert ⁶⁵⁾.

Die vielgestaltigen Bestrebungen, die unter dem Namen Taylorismus gehen, auf einen Generalnenner zu bringen, wäre sehr schwierig, wenn man sich nur auf die technischen Anweisungen beschränken will. Ihnen allen ist gemeinsam das absolute Ziel stärkster Produktionssteigerung. Das Dogma der gesteigerten Sachgütererzeugung beherrscht den Taylorismus noch mehr als die Psychotechnik. Nationalökonomisches Denken kann daher als ersten Einwand gegen den Taylorismus hervorheben, daß das absolute Prinzip quantitativer Erzeugungssteigerung unmöglich

⁶⁵⁾ Vgl. Lahy, Taylorsystem und Physiologie der berufl. Arbeit, deutsch von Waldeburger, Berlin 1923.

ein Wirtschaftsprinzip sein kann, daß dadurch die Anpassung an die Erfordernisse des Marktes geradezu unmöglich gemacht wird, daß Absatzkrisen mit allen ihren sozialen Komplikationen durch den sich selbst überlassenen Taylorismus geradezu heraufbeschworen werden.

Der Taylorismus hat nun auch mit den oben aufgeführten Systemen die gesteigerte Ausbeutung der Arbeitenden als Produzenten und die Entschädigung durch erhöhte Anweisung auf Konsum gemeinsam. Auf den Schlüssel, nach dem das geschehen soll, wollen wir hier nicht eingehen (vgl. dazu Eliasberg, Tayl., Psychotechnik und Weltanschauung, Ostdeutsche Morgenpost, 16. Juli 1925). Uns interessiert nur, was der Taylorismus aus den Produzenten macht. Der typische Taylor-Arbeiter ist ein »Ungelernter«, der auf einige wenige Handgriffe gedrillt wird ⁶⁶⁾. Darin scheint mir das Wesentliche zu stecken. Der Taylor-Arbeiter nimmt nicht, wie ein Lehrling, ein Ganzes in Angriff, dessen Unvollkommenheiten sich allmählich abschleifen, sondern ihm werden, wie dem Soldaten, die einzelnen Griffe eingedrillt, und erst zum Schluß wird aus den einzelnen Griffen das Ganze der Handlung zusammengefügt. Ich habe an der angeführten Stelle darauf hingewiesen, daß der Drill auch eine bestimmte Form der Motivation, nämlich die Disziplin, voraussetzt. In der Disziplin wird dem Untergebenen die eigene Entscheidung genommen; statt dessen wird eine Bereitschaft gesetzt, sich dem Willen des Führers bedingungslos zu unterordnen. Dieses System, für die taktischen Bedingungen und die sozialen Verhaltensweisen der stehenden Heere des 18. Jahrhunderts geschaffen, hat ja schon im modernen Krieg eine Auflockerung erfahren müssen. Im modernen Gefecht hat es sich gezeigt, daß der Führer die Selbsttätigkeit der Untergebenen nicht zu ersetzen vermag. Auch in der modernen Arbeit wird soviel Selbsttätigkeit verlangt, daß eine wirkliche Disziplinierung und damit auch ein wirklicher Drill undurchführbar ist.

⁶⁶⁾ Vgl. Eliasberg, W., Arbeit und Psychologie, Arch. f. Soz.-Wiss. Bd. 50, 1922, S. 86—127.

Von

Frankreich ist zu einem großen Einwanderungsland geworden, fast dem größten auf dem Erdball und auf alle Fälle dem größten und dem einzigen großen in Europa. Mit einem Schlage sieht es sich Fragen gegenübergestellt, die vorher — solange die fremde Einwanderung nur langsam in kleinen Dosen, wie eine Art Osmose, eindrang, die bald durch völliges Aufgehen im nationalen Element abgelöst wurde, — nicht auftauchen konnten.

Heute mit dem veränderten Ausmaß der Einwanderung hat das Phänomen derselben auch seine Natur völlig geändert. Es wird nun unsere Aufgabe sein, den Umfang der Erscheinung festzustellen, sie zu beschreiben und ihre Ursachen aufzudecken; ferner werden wir die Probleme darlegen, die sie mit sich bringt, und die Gefahren erörtern, die sie heraufbeschwört; und endlich wollen wir untersuchen, ob Frankreich über Mittel verfügt, um diesen Gefahren zu begegnen, und zeigen, welchen Gebrauch es bisher von diesen Mitteln gemacht hat.

I. Ganz vor kurzem ist eine Statistik herausgekommen, welche es uns ermöglicht, an Stelle des bloß vagen allgemeinen Eindrucks von dem starken Fremdenzufluß nach Frankreich, die

Digitized by Google

Zahlen ihre beredte Sprache führen zu lassen. Diese Statistik hat überdies noch den Vorzug, sich auch auf das letztvergangene Jahr zu erstrecken.

In einem «Relevé» des Ministeriums des Innern findet man die Zahl der in Frankreich am 1. Januar 1925 anwesenden Fremden festgestellt und — ohne den darin enthaltenen Daten Genauigkeit beizulegen, die sie sicher nicht aufweisen, — glauben wir, daß sie nichtsdestoweniger den Vergleichswert ersten Ranges abgeben: den Volkszählungen von 1901, 1911, 1921 gegenübergestellt, offenbaren sie ein fortschreitendes Anwachsen der Zahl der in Frankreich sich vorübergehend oder ständig aufhaltenden Nichtfranzosen. Diese Zahlen gestatten außerdem, die Nationalität der fremden Elemente und daraus indirekt ihren sozialen Wert für das französische Gemeinwesen festzustellen.

Im Jahre 1901 hatte die Gesamtzahl der in Frankreich bei der Volkszählung registrierten Ausländer noch nicht eine Million erreicht; im Jahre 1911 war diese Zahl weit überschritten; das fremde Element betrug jetzt 1 159 835. Indessen bildete diese Gesamtzahl der Fremden immer noch weniger als 3% der Gesamtbevölkerung. Noch im Jahre 1921 war sie nicht höher als 1 500 000 (die in den inzwischen erlangten Ländern Elsaß und Lothringen wohnenden Ausländer inbegriffen) und bildete somit weniger als 4% der Gesamtbevölkerung; zum 1. Januar 1925 machte nun der Fremdenbestand einen enormen Sprung in die Höhe: er hat sich in vier Jahren fast verdoppelt und erreichte fast 3 Millionen (2 845 000), und, schätzen wir die französische Gesamtbevölkerung auf ungefähr 41 Millionen, so machen die Fremden 7% der Gesamtzahl aus.

Indessen ist die Verteilung der Fremden auf einzelne Teile des Territoriums nicht gleichmäßig. In einzelnen Departements gibt es fast keine Ausländer, andere wieder zählen deren bis zu fast 30% der Einwohnerschaft. So z. B. Alpes Maritimes, die 1921: 100 717 Fremde auf 357 759 Einwohner zählten (28,2%); das Departement Bouches du Rhône: 147 947 auf 841 996 (17,5%); Var: 54 495 auf 322 945 (17,7%); Pyrénées Orientales 15,4%; La Moselle 14,9%; Le Nord 9,8%; das Departement de la Seine hatte ungefähr 5,3% Ausländer (233 829 auf 4 411 691 Einwohner). Uebrigens sind diese Daten sicherlich schon überholt und die Volkszählung des Jahres 1926 wird hier tiefgehende Veränderungen aufweisen.

Die nationale Zusammensetzung dieser Fremdenbevölkerung ist von allergrößtem Interesse und die letzte Statistik liefert zu deren Beurteilung wichtige Unterlagen. Sie enthüllt die Veränderungen, die der Krieg und die Nachkriegszeit mit sich gebracht haben. Doch ist es klar, daß hier die Vergleiche, wie immer auf dem Gebiete der Statistik, von Zufälligkeiten nicht ganz frei sind. Die Bezeichnungen der einzelnen Nationalitäten haben sich geändert. So wurden früher die Polen teils als Russen, teils als Deutsche oder Oesterreicher registriert, je nachdem welchem Teile des alten Polens sie entstammten. Heute, nach der Unabhängigkeitserklärung, figurieren sie als eine besondere Gruppe. Ebenso steht es mit den Tschechen, die früher unter der Rubrik »Oesterreicher und Ungarn« aufgeführt wurden, und jetzt gesondert genannt werden. Immerhin ermangeln die Vergleiche im großen und ganzen weder ganz der Exaktheit noch des Interesses.

Die Italiener stehen immer noch an erster Stelle. Ihre Zahl betrug im Jahre 1911: 419 000, im Jahre 1925 zählte man deren 808 000, doch hat ihre Zahl im Verhältnis zu dem Gesamtbestand an Fremden abgenommen: früher machten sie mehr als ein Drittel (36%) des letzteren aus; jetzt betragen sie nur noch etwas mehr als ein Viertel (28%). Die Belgier, welche die zweite Stelle — mit 287 000 Köpfen und 25% der Gesamtzahl der Fremden — einnahmen, sind auf die dritte Stelle — mit 460 000 Personen und 16% der Gesamtzahl — zurückgedrängt und jetzt durch die Spanier überholt worden. Diese letzteren zählten im Jahre 1901 etwas mehr als 100 000 (106 000) und bildeten 9% des Gesamtbestandes an Fremden; heute nehmen sie die zweite Stelle ein und ihre 467 000 Köpfe bilden 16% der Gesamtmasse der Fremden. Nach ihnen kommen die Polen. Ihre massenweise und systematische Rekrutierung hat es mit sich gebracht, daß ihre Zahl auf französischem Boden 310 000 beträgt, daß sie somit 11% der Gesamtzahl der Emigranten ausmachen, wobei es indessen nicht möglich ist, ihre Zunahme seit 1911 genau zu bestimmen: zählen wir sie mit den Russen zusammen auf, denen sie ja zu jener Zeit zum größten Teil zugerechnet wurden, so ergibt sich für 1925 der Bestand von 400 000, während die entsprechende Zahl für 1911 nur 24 000 betrug. Das bedeutet eine Steigerung auf das fast 17fache. Die Zahl der Schweizer hat sich verdoppelt: auf 146 000 im Jahre 1925 gegen 75 000 im Jahre 1911. Aber das Verhältnis zu der Gesamtzahl der Fremden hat sich gesenkt: es beträgt nun

5% statt früher mehr als 6%. Die Zahl der Deutschen verzeichnet einen starken Rückgang, sowohl absolut als relativ genommen, wenn auch das Departement Moselle eine an sich große Zahl aufweist. Im Jahre 1911 wurden 100 000 Deutsche registriert; für das Jahr 1925 schätzt man ihre Zahl auf 65 000. Ihr Verhältnis zu der Gesamtzahl der Fremden betrug 9%, es beträgt jetzt kaum noch 2%. Was die übrigen Nationalitäten anbetrifft, so stehen sie in folgender Ordnung:

die Angehörigen

	mit 84 000 im Jahre 1925	gegen 40 000 im Jahre 1911
Großbritanniens	49 000	7 000
Nordamerikaner	40 000	
Tschechoslowaken	37 000	19 000
Luxemburger	35 000	1 200
Portugiesen		

Weiter folgen Griechen, Türken, Levantiner, Südamerikaner usw.

Für welche Arbeiten werden nun diese Fremden verwendet? Auch hier sind die statistischen Daten nicht genau. Nicht nur, daß für die Volkszählung von 1926 die diesbezüglichen Zahlen, die uns über die gegenwärtigen Beschäftigungsarten der Fremden unterrichten könnten, noch fehlen, sondern: man besitzt nicht mal die betreffenden Zahlen für die Volkszählung des Jahres 1921. So ist man gezwungen, zu dem groben und unzureichenden Index der jährlich verzeichneten Emigranteneingänge und ihrer Angaben über die vorzugsweise beabsichtigte Verwendung ihrer Arbeitskraft seine Zuflucht zu nehmen. Auf diesem Wege konstatiert man, daß während der letzten vier Jahre die berufliche Zusammensetzung der Einwanderer, soweit ihre Einreise kontrolliert und ihr weiterer Aufenthalt beobachtet wurde, durch folgende Prozentzahlen charakterisiert wird: 23,7% der Einwanderer gingen in die Industrie (und zwar: 8,7% in die Kohlenbergwerke, 7,2% in die Eisenerzgruben, 7,3% in die Hüttenwerke und andere Metallverarbeitungsindustrien); 26,7% der Einwanderer wurden in das Baugewerbe und zu den Erdarbeiten dirigiert (und zwar: 16% Baugewerbe, 10% Erdarbeiten); 22,2% sind als Tagelöhner, Handlanger, ungelernte Arbeiter untergebracht worden, 11% wurden für landwirtschaftliche Arbeiten und 16,4% für verschiedene besonders bezeichnete Berufe verwendet ²⁾.

²⁾ Im Jahre 1911 war die berufliche Zusammensetzung der Einwanderer die folgende: auf 1 159 835 registrierte Fremde (davon 624 393 Männer und 535 442 Frauen) übten 680 250 (59,7%) einen Beruf aus (474 132 Männer und 206 118 Frauen). Dabei entfielen 82 200 (12%) auf die Landwirtschaft; 402 678 (59%) auf die Industrie und den Transport; 94 794 (13,9%) auf das Handels-

Indessen sind die Migrationsbewegungen weder gleichförmig noch stetig. Zunächst tritt die Einwanderung in mehreren Formen auf: sie kann bekanntlich Saisonwanderung, Wanderung auf Zeit oder Definitivwanderung sein, ohne daß es dabei immer möglich wäre, ihren intentionellen Charakter sofort zu erkennen und die verschiedenen Gruppen der Einwanderer in dieser Hinsicht auseinanderzuhalten. Die Wanderungen können spontan und individuell auftreten, sie können aber auch im Gegenteil einen kollektiv-massenweisen und organisierten Charakter haben. Eine besondere Art der Wanderung bildet diejenige der belgischen Grenzländer, die, in Nordfrankreich beschäftigt und in Belgien domiziliert, täglich die Grenze zwischen den beiden Staaten überschreiten. Die Ab- und Zuflußbewegungen der Einwanderer reflektieren die ökonomische Situation und bilden ja sogar bekanntlich einen hervorragenden Index der Konjunkturbewegungen. So wurden in den Jahren 1920 bis 1924 für Frankreich im ganzen 870 000 einwandernde Personen registriert, und für die gleiche Zeit ist ein Abfluß von 233 000 nach ihren Heimatländern zurückkehrenden Personen festgestellt. Danach beträgt für diese Zeit der Ueberschuß der Eingänge über die Rückwanderungen 636 000 und das Durchschnittsverhältnis der Rückwanderer- zu der Einwandererzahl wäre ungefähr 27 %. Doch nach einzelnen Jahren betrachtet, fehlt diesem Verhältnis durchaus die Konstanz. Im Jahre 1920, dem Jahre der erhöhten Geschäftstätigkeit, wandern 129 801 Fremde ein und nur 12 157 verlassen Frankreich (das Verhältnis ist somit jetzt kaum 10%); im Krisenjahr 1921 wandern 24 490 Personen ein, die Zahl der Rückwandernden beträgt 63 000; das Bild verändert sich. Seit 1922 scheint sich das Gleichgewicht zu etablieren: einer konstanten Rückwandererzahl von ca. 60 000 steht die Einwandererzahl von etwa 200 000 gegenüber (1924 betrugen die Einwanderungen 262 877, die Rückwanderungen 202 926).

Die grundlegende Ursache der Einwanderung nach Frankreich bildet der quantitative Mangel der Arbeitskräfte in die-
 gewerbe; 32 509 (4,75%) auf die freien Berufe und öffentlichen Dienste; 65 918 (9,06%) (darunter 58 571 Frauen) auf häusliche Dienste; 2151 auf das Seewesen und die Fischerei. Für die Deutschen im besonderen war die Verteilung die folgende: 63 575 von 102 171 übten einen Beruf aus (62%) — davon 32 580 Männer und 30 995 Frauen; und zwar: in der Landwirtschaft 3482; in der Industrie 25 426; im Handel 13 212; in freien Berufen und öffentlichen Diensten 4971; in häuslichen Diensten 16 526 (darunter 15 835 Frauen); im Seewesen und in der Fischerei 58.

sem Lande, welcher das Gesetz des demographischen Gleichgewichtes, oder des demographischen Ausgleichs in Erscheinung treten läßt. Dieses Gesetz kann etwa folgendermaßen formuliert werden: bleibt ein Land hinter der normalen Bevölkerungsdichtigkeit zurück, die seine ökonomische Aktivität an sich zulassen würde (daß der Zustand der Saturation erreicht ist, wird daran erkennbar, daß die Arbeitslosenzahl auf die Dauer das nicht weiter kompressible Minimum überschreitet), so entsteht zwischen diesem Lande und den Ländern mit übermäßiger oder dichter Bevölkerung ein unaufhaltsamer Menschenstrom, der bestimmt ist, das Gleichgewicht herzustellen. Nun reicht die französische Bevölkerung durchaus nicht aus, um den Arbeitsbedarf des Landes zu befriedigen. Die nationale manuelle Arbeitskraft ist nicht zahlreich genug, angesichts der Reichtümer, die der Boden trägt und in sich birgt, und genügt nicht für die Bedürfnisbefriedigung der raffinierten, anspruchsvollen und verhältnismäßig reichen Konsumenten, wie es die Franzosen sind. Schon vor dem Kriege war Frankreich durch seine schwache Natalität gezwungen, zu einem Zuschuß an fremder Bevölkerung Zuflucht zu nehmen. Der Krieg mit seinen Opfern an männlicher Bevölkerung, die Nachkriegszeit mit dem notwendigen Wiederaufbau, haben dieses Defizit noch weiter verschärft. Es sind ungefähr $1\frac{1}{2}$ Millionen im Alter voller Leistungsfähigkeit gefallene Männer, die es durch Arbeiter von gleicher Kraft und Tüchtigkeit zu ersetzen gilt, wenn das Land in wirtschaftlichem Kampfe nicht unterliegen soll; es gilt weiter, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen, während doch schon vor dem Kriege die verfügbaren eigenen Bauarbeiter kaum für den laufenden Bedarf an Errichtung von Neubauten, an Reparaturen und Unterhaltung der alten genügten, und schon damals die größeren Erdarbeiten einen Appell an spanische und italienische Arbeitskräfte notwendig machten. Ferner stehen wir jetzt vor einem erneuerten und vervollkommenen industriellen Apparat und einer durch die Rückkehr von Elsaß und Lothringen mit ihrem Mineralreichtum und ihren mächtigen Werken gesteigerten Produktivkraft gegenüber, die es mit den schlechterdings notwendigen menschlichen Hilfskräften auszustatten gilt; dazu kommen die sozialen Reformen, welche die Arbeitszeit verkürzen und damit eine sofortige Vermehrung des beschäftigten Personals erfordern, solange der technische Fortschritt den Ausfall an Arbeitszeit

nicht ausgeglichen hat. Und endlich muß man die durch den Krieg verschärfte Landflucht und die steigende Anziehungskraft der Stadt in Betracht ziehen. So sind einige Aspekte der gegenwärtigen Situation am französischen Arbeitsmarkte:

Frankreich zeigt somit immer mehr und mehr die Tendenz, sich zu einem Lande, wie z. B. Nordamerika, zu entwickeln, einem Lande, in welchem das einheimische Element, dessen Wert schon durch seine Seltenheit und ebenso durch seine intellektuelle Entwicklungshöhe und seine Kultur ständig wächst, den Grundstock der industriellen Armee bildet, um den sich die große bewegliche Masse der immigrierten Elemente gruppiert. Der Franzose zieht es überall vor, sich Aufgaben, die besonders verfeinerte Fertigkeiten voraussetzen, oder solchen Arbeiten zu widmen, die mehr leitende oder anführende Tätigkeiten sind (Werkführer), während er die harte Arbeit der Ausführung den weniger Glücklichen oder den weniger Geschickten überläßt. Und da diese letzteren Arbeiten doch ausgeführt werden müssen, so richtet man an das Ausland die Aufforderung, das dazu notwendige Menschenmaterial zu liefern, nicht nur, indem man die Einlaßstore weit offen läßt, sondern auch indem man auf die Suche nach diesem Material geht, indem man es in seinen Ursprungsgebieten aufsucht, rekrutiert, um es in großen Massen sozusagen zu »embri-gadieren« und nach Frankreich zu »importieren«.

II. So ist Frankreich — wir betonen es wieder — ein Einwanderungsland großen Stils; Frankreich könnte auch gar nicht darauf verzichten, ein solches zu sein. Seine wirtschaftliche Vitalität hängt von fremdem Menschenzufluß ab; seine Landwirtschaft ist daran gebunden; ohne diesen Zuschuß wäre seine Bergwerksindustrie gefährdet; der Wiederaufbau der besetzten Gebiete wäre bisher unmöglich gewesen und würde weiter unmöglich werden, wenn jener Menschenzuschuß nicht mehr zufließen sollte. Damit ist aber nicht gesagt, daß diese harte Notwendigkeit keine Nachteile in sich trüge, daß der große Strom sich selbst überlassen werden solle auf die Gefahr hin, daß er auf seinem Wege, wie eine wahrhaft friedliche »I n v a s i o n« — wie sie von Louis Bertrand in seinem schönen Marseiller Roman so treffend benannt und wundervoll geschildert wurde — auch das wegschwemmt, was einer großen Nation mit vollstem Recht am meisten am Herzen liegt: ihre Einheit, ihren Geist, ihr Nationalgefühl. Diese Invasion bietet somit unter mehreren Gesichtspunkten schwerwiegende Probleme.

Sie können unter drei allgemeinen Gesichtspunkten gruppiert werden. Zunächst handelt es sich um den Gesichtspunkt der physischen Gesundheit der Bevölkerung; die diesbezüglichen Probleme betreffen die gegenwärtige Hygiene, sowie die Zukunft des französischen Gemeinwesens; dann handelt es sich um Probleme politischer und moralischer Natur, um Sachverhalte, welche die Einheit und die Gesittung des Landes betreffen; endlich sind es Probleme wirtschaftlicher und sozialer Art, die sich auf die Lebenshaltung, den *Standard of life*, der Arbeiterbevölkerung beziehen.

Es besteht das Interesse, daß unter den Elementen, die nach Frankreich einzuwandern wünschen und dazu die Möglichkeit haben, durch eine immer allgemeiner anzuwendende Methode eine Auswahl getroffen wird: es sollen nur erwünschte Individuen ausgesucht werden, im Gegensatz zu solchen, deren physische Mängel, politische Aspirationen oder berufliche Minderqualität Veranlassung geben, sie zu eliminieren.

Die erste Sorge muß sein, nur körperlich gesunde Elemente einwandern zu lassen. Von der Sorgfältigkeit, die man dieser Seite der Frage zuwendet, hängen mit einemmal der gegenwärtige Gesundheitszustand der Bevölkerung, die Zukunft der Rasse und auch das finanzielle Gleichgewicht ab. Jedes schwächliche, kranke oder ungesunde Individuum bedeutet eine eventuelle Last, ein »totes Gewicht« für die Gesamtheit, welches sie mehr kostet, als es ihr einträgt. Die medizinische Pflege, die einem solchen Individuum zugewandt werden muß, die Aufnahme im Krankenhaus, die nicht versagt werden darf, bilden gewissermaßen seine sozialen Kosten. Wenn diese letzteren den Wert der Dienste, welche die Gesellschaft von ihm verlangen darf, übersteigen, so entsteht ihr Schaden daraus und ein solches Individuum bedeutet für sie ein Passivum. Wenn man einem gebrechlichen Franzosen, einfach auf Grund der Tatsache seiner Geburt auf französischem Boden, das Recht auf Pflege und Lebensversorgung auf französischem Boden zubilligen muß, so steht es anders um einen Ausländer, der ein anderes als sein eigenes Land mit dem ausdrücklichen Vorsatz aufsucht, sich dort hospitalisieren zu lassen.

Indessen ist es von Wichtigkeit, an dieser Stelle einen Irrtum zurechtzuweisen, der üblicherweise begangen wird und in letzter Zeit auch in der Presse weit verbreitet ist. Paris, so sagt man, ist zu einem großen Welthospital geworden; herangezogen durch

die Großmut seiner Krankenhäuser und die Qualität seiner Aerzte und Chirurgen, beeilen sich ganze Haufen von Tuberkulosen und selbst von Geisteskranken, nach Paris zu kommen, deren Angehörige recht glücklich sind, sie in den Pariser Asylen internieren lassen zu können. Unserer Ansicht nach sollte man diese Gefahr nicht übertreiben, und einige Beobachtungen erlauben es uns, das wirkliche Maß dieser Gefahr zu bestimmen. Für Paris z. B. ist festgestellt worden, daß 7 bis 8% der Betten in den Krankenhäusern von Fremden belegt sind. Nun entspricht dieser Prozentsatz doch gerade ganz genau dem Verhältnis der sich in Paris gegenwärtig aufhaltenden Fremden zu der Gesamtbevölkerung der Stadt. Daraus folgt, daß es unrichtig wäre zu behaupten, die Fremden nähmen die Dienste der öffentlichen Krankenpflege in einem höheren Maße in Anspruch, als die übrigen Einwohner. Was man auch tun mag, immer wird in einer Bevölkerung ein bestimmter unreduzierbarer Prozentsatz Kranker vorhanden sein, Ferner verlangt die Gerechtigkeit die Feststellung, daß in der Fremdenbevölkerung die Zahl der Erwachsenen relativ größer als in der französischen ist, und daß daher die Zahl der Kranken in der ersteren verhältnismäßig hoch sein muß. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die Fremden sich ausschließlich aus bedürftigen Bevölkerungsschichten rekrutieren, daß ferner der große Teil derselben von ihren Familien getrennt und in Verhältnissen lebt (in fremden Wohnungen als Untermieter, in Hotels und in möblierten Zimmern, in gemeinsamen Dortoirs usw.), die es ihnen unmöglich machen, die Krankenpflege in ihren Wohnungen sich zuteil werden zu lassen, wie es die französischen Arbeiter der gleichen Kategorien bei relativ gutartigen und milden Erkrankungen tun können, und die sie zwingen, häufiger um Zulassung zu den öffentlichen Einrichtungen für Krankenpflege anzuhalten. Unter diesen Vorbehalten bleibt es nichtsdestoweniger dabei, daß eine strenge Kontrolle durchgeführt werden soll, um die Ueberfüllung der Krankenhäuser und die weitere Ueberbürdung der öffentlichen Fürsorge mit ihren bereits sehr bedeutenden Kosten zu vermeiden.

Die Ausländer beschränken sich nicht darauf, die Keime von solchen Krankheiten zu importieren, die allen Menschengemeinschaften eigen sind, sie tun mehr: sie haben Krankheiten nach Frankreich wieder eingeführt, welche ihm schon gelungen war, durch scharfe prophylaktische Maßregeln und eine vervollkomm-

nete Hygiene zu verdrängen; so sind die Lepra und der Flecktyphus, die man sozusagen gar nicht mehr gekannt hatte, durch die Levantiner und die Einwanderer aus den osteuropäischen Ländern wieder eingeführt worden.

Eine sehr rigorose physische Auslese unter den Einwanderern wird schließlich durch die Rücksicht auf die große Rolle nahegelegt, welche die fremden Elemente berufen sind, bei der quantitativen Wiederherstellung der französischen Bevölkerung zu spielen. Der Krieg hat das numerische Verhältnis der Geschlechter völlig verschoben, indem er die Männer heiratsfähigen Alters umkommen und die Frauen der entsprechenden Altersgruppen sie überleben ließ. Eine Statistik des Jahres 1920 zeigte z. B., daß in Frankreich 1230 Frauen im Alter von 18 bis 45 Jahren 1000 Männer gegenüberstanden, während im Jahre 1913 fast vollkommenes Gleichgewicht erreicht war: die entsprechenden Zahlen waren 1017:1000:

Der Krieg hat somit eine große Anzahl französischer Frauen dazu verurteilt, entweder in Ehelosigkeit zu leben oder Ehen mit Fremden einzugehen. Solche Heiraten nehmen auch zu: die Statistik von Paris allein zeigt, daß in der Zeit zwischen 1919 und 1923 auf ungefähr 218 000 Eheschließungen 197 000 solche zwischen Franzosen und Französinnen, 3600 zwischen Franzosen und Ausländerinnen, 11 000 zwischen Ausländern und Französinnen, 5000 zwischen Ausländern und Ausländerinnen entfallen. Daraus folgt, daß gegenwärtig in Paris auf 1000 Heiraten nur 900 unter Franzosen geschlossen werden; von dem Rest sind 70 Heiraten Mischheiraten, d. h. solche, bei denen einer der Eheschließenden Ausländer ist. So besteht das größte und dringendste Interesse daran, daß eine scharfe physische Selektion gewisse von auswärts stammende Elemente aussondert, die geeignet sind, die französische Rasse zu verschlechtern und Krankheitskeime in sie hineinzutragen, von welchen sie sich zu befreien gewußt hat.

Mit der physischen Gesundheit der Bevölkerung steht auch die moralische Gesundheit, ihre Gesittung und die politische Einheit in Zusammenhang. Langsam hat Frankreich, durch fortgesetzte Anstrengungen verschiedener aufeinanderfolgender Regime, seine nationale Einheit erworben. Die Zentralisation und die Einheit des Landes sind keinesfalls nur die Tat der französischen Revolution, sondern die Folge einer langen allmählichen Entwicklung, die ihren Anfang schon im Königtum genommen hatte. Die

ationale Einheitlichkeit und Geschlossenheit ist Frankreichs wesentlichster Zug. Der Regionalismus ist hier nur eine rein literarische Aspiration oder höchstens ein Projekt administrativer Dezentralisation, keinesfalls aber eine Tendenz zur Desagregierung oder zum politischen Separatismus. Nun aber die Tatsache: daß auf dem französischen Boden sich kompakte und homogene Massen von solidarisch in eigenen Gemeinschaften lebenden fremden Immigranten bilden, die nur ihre Muttersprache reden, die ihren religiösen Kultus durch ihre nationalen Geistlichen ausüben lassen, die sich in besonderen Syndikaten und zwar nach dem Prinzip der ethnischen und der politischen Affinität, keinesfalls aber nur nach ihren ökonomischen Bedürfnissen, gruppieren, die den Anspruch erheben, ihre eigenen Schulen zu unterhalten, in welchen der Unterricht in der Muttersprache und nach Programmen erteilt wird, die vom exaltierten Nationalismus getränkt sind, die Vereine und Verbindungen ins Leben rufen und immer mehr entwickeln, welche unter der Flagge des Sports, der gegenseitigen Hilfe, der Erziehung oder bloß der Zerstreuung als besondere »Cercles«, »Patronages«, »Mutualités«, »Orphelinats« usw. auftreten und bestrebt sind, die politische Bindung der Einwanderer aufrechtzuerhalten und immer enger zu gestalten. Alle diese Tatsachen sind durchaus geeignet, den Kern zu einem Fremdkörper innerhalb des französischen Gemeinwesens zu legen, was die Zukunft mit schweren Gefahren bedroht. Um so mehr, als dieser ganze von den Fremden aufgeführte Aufbau nicht allein das Resultat einer wohl verständlichen Solidarität unter den Einwanderern ist, sondern die Folge einer systematischen Politik ihrer Ursprungsländer, welche nicht nur bemüht sind, die privaten Bestrebungen der Auswanderer zu ermutigen, zu begünstigen und mit Geld zu unterstützen, sondern auch noch bestrebt sind, die Sache als eine direkte staatliche Aktion selbst in die Hand zu nehmen und eine offizielle Protektion der Angehörigen ihrer Nationalität im Auslande zu entwickeln, mit Hilfe spezieller diplomatischer und konsularischer Agenten, der wahrhaften Arbeitsattachés nach Analogie der Marine-, Militär- und Handelsattachés, welche mit der Aufgabe betraut sind, die Beschwerden aller Art zu sammeln, zu prüfen und weiterzuleiten und den Auswanderern die Erfüllung ihrer Rechtsansprüche und Wiedergutmachung zu sichern.

Italien ist in dieser Beziehung das eklatante Beispiel:

es hat nicht gezögert, zum Gebrauche seiner Emigranten ein mächtiges offizielles Organ zu schaffen, das K ö n i g l i c h e K o m m i s s a r i a t d e r E m i g r a t i o n , das zum Schutze und zur Förderung der Auswanderer bestimmt ist, das sich mit ihnen nicht nur vor ihrer Ausreise beschäftigt, indem es ihnen die Möglichkeit gibt, ihre allgemein-geistige und ihre berufliche Ausbildung zu vervollkommen und zu vervollständigen, sondern: die Protektion dieser Behörde begleitet die Emigranten durch den ganzen weiteren Lauf ihres Lebens in der Fremde.

Dieser offizielle Kampf gegen die Entnationalisierung der Emigranten verleiht nun naturgemäß ein besonderes Gewicht ihrer bereits hervorgehobenen Tendenz, sich in homogenen eigenen Körperschaften zu gruppieren, richtige Fremdenstädte auf französischem Boden zu gründen. Nun hat bekanntlich der Irredentismus schon häufig in der Existenz und der Entfaltung solcher Fremden-gemeinden seinen Ursprung gehabt, und sobald diese Gemeinden einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachen, zögern sie nicht lange, das von ihnen bewohnte Territorium als das ihrige zu reklamieren und seinen Anschluß an das Ursprungsland zu fordern. Es liegt hier ein schwerwiegendes Problem vor, ein vielleicht um so schwerwiegenderes, als es nicht Frankreich allein betrifft, sondern Fragen internationaler Politik von großer Tragweite aufwirft und die Gefahr mit sich bringt, eines Tages einen Konflikt zwischen den Einwanderungsländern und den Auswanderungsländern hervorzurufen, denn, wenn die ersteren bestrebt sind, so schnell wie möglich jeden Unterschied zwischen den immigrierten und den nationalen Elementen sich verwischen und die ersteren völlig durch die letzteren absorbieren zu lassen, so werden von den Auswanderungsländern ihre Emigranten durchaus nicht als für sie unwiederbringlich verloren und als dazu verurteilt angesehen, in der Bevölkerungsmasse des Einwanderungslandes spurlos aufzugehen. Sie sind weit davon entfernt, die Emigration als ein Schicksal hinzunehmen, dem sie sich resigniert fügen, und dessen Nachteile für sie durch einige ökonomische Vorteile kompensiert werden; die Emigration wird für sie im Gegenteil zu einem macht-vollen Mittel politischer Aktion — dank der Aufrechterhaltung des nationalen Zugehörigkeitsgefühls unter den Emigranten, was durch die Projizierung der staatlichen Souveränität der Auswanderungsländer nach außen, über ihre Grenzen hinweg, und durch den stetigen Kontakt der Staatsgewalt mit den Emigranten-

gruppen auf fremdem Boden bewirkt wird. Wir haben alsdann einen wahren Keim zu einer »nationalen Minderheit« vor uns, und es ist doch sicher nicht wünschenswert, die Zahl der bereits vorhandenen Minderheiten, deren Ansprüche so oft den Völkerbund beschäftigen, noch zu vermehren.

Wenn der Fremde sich darauf beschränkt, den Nationalismus seines Ursprungslandes mit in die Fremde zu bringen, so bedroht er dadurch den inneren Frieden des Gastvolkes erst für die ferne Zukunft, wenn er aber willens ist, umstürzlerische Doktrinen einzuführen und in Anwendung zu bringen, Doktrinen, die sich gegen die staatliche Ordnung richten, welche sich das Gastland in der Fülle seiner Souveränität und seiner Freiheit gegeben hat, dann droht er, den öffentlichen Frieden vom Moment seiner Einreise an zu stören. Und, bei dem Zustand, in dem sich Europa gegenwärtig befindet, besteht kein Mangel an politischen Flüchtlingen und Verbannten, an Propagandisten, die versuchen, nach Frankreich Ideen einzuführen, die im Gegensatz zu denjenigen der Mehrheit der Nation stehen, oder schließlich ganz einfach an gewöhnlichen Verbrechern. So hat man — ohne die Tradition der Gastfreundschaft, die Frankreich immer zu Ehren gereichte, aufzugeben, und ohne die Zeiten zu vergessen, als Frankreichs eigene Söhne gezwungen waren, ein Asyl außerhalb ihrer Landesgrenzen zu suchen — doch wohl das Recht, von diesen Verbannten oder Geächteten, die nach Frankreich kommen, zu fordern, daß sie, sobald sie die Grenze überschreiten, ihre politischen Aspirationen aufgeben und daß sie weder das Gastland zu dem Sitz der Verschwörungen machen, die sie gegen ihre Ursprungsländer richten, so berechtigt ihre Bestrebungen an sich auch erscheinen mögen, noch die Gastfreundschaft zu ihren Unternehmungen gegen die staatliche Ordnung des Gastvolkes selbst mißbrauchen, noch schließlich das Land zum Schauplatz von Verbrechen machen. Die Gastfreundschaft auferlegt dem sie gewährenden Lande gewisse Pflichten, aber sie verpflichtet auch das Individuum, das von ihr Gebrauch macht.

III. Nun bilden aber die Kranken und die sonst vom Standpunkte der körperlichen Gesundheit oder der öffentlichen Sicherheit und der Gesittung an sich unerwünschten Elemente nur den sozusagen pathologischen Aspekt der französischen Immigration. Sie hat aber auch ihren normalen, d. h. ihren wirtschaftlichen und sozialen Aspekt, den es nun zu betrachten gilt: Auch die-

jenigen fremden Arbeiter, die nach Frankreich kommen, lediglich um hier Arbeitsgelegenheit zu suchen, oder hierher gerufen werden, um hier beschäftigt zu werden, auch diese können — ohne eigenes Verschulden — Störungen und Unordnung hervorrufen, indem ihr übermäßiger Zufluß das wirtschaftliche Gleichgewicht stört, die Höhe des Arbeitslohnes und die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung ungünstig beeinflußt.

Die freiwillige Geburten einschränkung in Frankreich ist der Ausdruck für das Wohlstandsstreben seiner Bevölkerung. Frankreich steht übrigens mit dieser zu dem bezeichneten Zwecke geübten Praxis nicht allein da. Der gleiche Sachverhalt findet sich auch in der autochthonen Bevölkerung der neuen Länder, wie die Vereinigten Staaten und das Australasien, wo die älteren eingesessenen Bevölkerungsschichten einen ebenso niedrigen Geburtenkoeffizienten aufweisen, wie die am wenigsten zeugungstüchtigen Völker Europas. Die Lohnpolitik der Syndikate, die Hebung des Lebensniveaus der nationalen Arbeiterbevölkerung, die sozialen Reformen, welche die französische Arbeiterklasse dem Gesetzgeber abgerungen hat, sind der Ausdruck für die Intensität ihres Wollens und für ihre Macht. Nun aber droht der Zufluß der fremden Arbeiter, die, bedürftig und unwissend, sich leicht exploitiert lassen, das Existenzniveau der nationalen Arbeiterschaft zu senken, indem die Fremden durch Unterbietung der Einheimischen als ihre Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt auftreten und Arbeitsbedingungen annehmen, die mit Rücksicht auf hygienische Forderungen und auf die Arbeitszeitdauer weniger günstig sind; — es droht die Gefahr, daß die in langer und methodischer Arbeit erreichten Erfolge der syndikalistischen und der legislativen Aktion zerstört werden. Jener Zufluß der fremden Arbeitskräfte droht Konflikte unter verschiedenen Arbeitergruppen heraufzubeschwören, Konflikte, die unter Umständen in Gewalttätigkeiten ausarten könnten und deren hauptsächlichste Opfer die Immigranten selbst sein würden, die dann gezwungen wären, unter dem Drucke der öffentlichen Meinung und der Maßnahmen, welche diese fordert, ihre Ursprungsländer wieder aufzusuchen.

Der französische Arbeiter lebt ständig in solchen Befürchtungen, so chimärisch sie auch erscheinen mögen. Das hier behandelte Problem auferlegt heute, praktisch gesehen, folgende Zielrichtungen: 1. die Interessen der französischen Arbeiter zu sichern, da sie eines Schutzes gegen die eventuelle Unterbietung

durch die Emigranten bedürfen; falls auf diese letzteren die Bedingungen, die sich auf die Arbeitsdauer, Arbeitsentgelt usw. beziehen, sowie die Bestimmungen der sozialen Gesetzgebung über Unfallentschädigung, Versicherung und Renten usw. nicht in gleicher Weise anwendbar sind, wie auf die Franzosen; 2. die Arbeitsbedingungen der fremden Arbeiter zu überwachen und zu kontrollieren, um zu verhindern, daß sie — ohne es zu wissen, infolge ihrer Unkenntnis der Sprache und der Lebensbedingungen — ausgebeutet werden, und daß gegen sie, ohne ihr Verschulden, eine feindselige Haltung erregt wird; 3. muß es vermieden werden, daß das fremde Element durch seine Beweglichkeit und durch die für dasselbe subjektiv bestehende besondere Leichtigkeit der Ortsveränderung zum unberechenbaren Faktor von Störungen im Wirtschaftsleben und insbesondere auf dem Arbeitsmarkte wird, — nachdem die ganzen Bestrebungen der Gesetzgebung der letzten Jahre darauf gerichtet waren, dem Arbeitsmarkte sein Gleichgewicht und die Harmonie zu sichern, und zwar durch eine systematische Organisation des Arbeitsnachweises für verschiedene Berufsarten und die Herbeiführung der ständigen Beziehungen unter den verschiedenen Arbeitsnachweisstellen. Der plötzliche Zufluß der Fremden oder die Massenverschiebungen des fremden Elements innerhalb Frankreichs würden eine Arbeitslosenarmee schaffen oder die bestehende noch vermehren, was geeignet wäre, den Lohn herabzudrücken und somit den sozialen Frieden des Landes zu gefährden.

Es wäre also geboten, zu verhindern, daß solche Berufskategorien nach Frankreich hereingelassen werden, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit in den bereits überfüllten Berufen hervorzurufen oder noch zu verstärken, und es sollte auch den Einwanderern Freizügigkeit innerhalb des Landes gewährt und insbesondere die Aufgabe desjenigen Berufes gestattet werden, zu dessen Ausübung der Fremde ursprünglich die Einreiseerlaubnis erhalten hat.

IV. Angesichts des sehr großen Umfanges der Einwanderung ist Frankreich gezwungen, entsprechende politische Maßnahmen zu ergreifen. Immer mehr in der Tat macht die einstige Freiheit auf diesem Gebiete einer weitgehenden Reglementierung Platz, an die Stelle der unregelmäßigen Migrationsbewegungen und eines unorganisierten Arbeitsmarktes tritt die Ausarbeitung und die Anwendung eines vorsorglichen Planes, einer systematisch-

rationalen, einer methodischen und organischen Ordnung der Einwanderung und der Arbeitsstellenvermittlung. Diese Politik wurzelt in der Erkenntnis jener bedeutsamen Rolle, welche die Verschiebungen der menschlichen Arbeitskräfte für den Reichtum, den allgemeinen Wohlstand und selbst für die politischen Schicksale der Völker spielen. Uebrigens ist diese Politik nicht ganz klar und offen. Denn es wirken sich in dieser Politik so zahlreiche, so komplizierte, und manchmal so antagonistische Interessen, wie z. B. diejenigen der Arbeiter und der Arbeitgeber auch innerhalb eines und desselben Landes, daß es nicht immer leicht ist, ihre Tendenzen zu erkennen und ihr leitendes Prinzip klar herauszustellen. Nichtsdestoweniger ist es möglich — wenn man die Einzelheiten und die Zufälligkeiten beiseiteläßt, um sich nur an das Grundsätzliche und an die dauernden und immer wieder hervortretenden Züge zu halten — einige leitende Ideen in dieser Politik aufzufinden, den großen Problemen entsprechend, welche der Einwandererzustrom aufkommen läßt: — Probleme demographischer und wirtschaftlicher Art, Probleme sozialer und solche moralischer und politischer Art —, für die jene politischen Maßnahmen die Lösungen oder, wenn man in diesem Fall von Krankheiten sprechen will, die Heilmittel bringen sollen. Diese Politik tritt nicht nur als innerstaatliche und völlig unabhängige Gesetzgebung innerhalb eines Landes auf; sie nimmt auch die Formen einer internationalen Regelung an, die auf zwischenstaatlichen Konventionen beruht, auf Verträgen mit fremden Staaten, welche zweifellos die Freiheit der Kontrahenten in bestimmten Punkten einschränken, jedoch auf der anderen Seite eine Projizierung ihrer Macht über die eigenen Grenzen hinaus bedeuten, indem sie ihnen eine gewisse, zur Wahrung ihrer Interessen geeignete Kontrolle auf dem fremden Territorium zu üben gestatten.

Und Frankreich hat eben diesen doppelten Weg betreten. In einigen Jahren ist es ihm gelungen, auf dem Wege der inneren Gesetzgebung, der Verwaltungspraxis und der Verträge mit anderen Staaten eine Ordnung aufzubauen, die ein zusammenhängendes und ausgeglichenes Ganzes darstellt, die sich durch ihren humanen Charakter auszeichnet und die gleichzeitig den Belangen der Fremden, sowie den berechtigten Interessen des eigenen Landes Rechnung trägt. Diese Ordnung ist als harmonisch, gerecht und an kühnen Neuerungen reich genug erschienen, um nicht nur den Verträgen zwischen einzelnen Ländern, wie Bra-

silien und Italien, als Modell zu dienen, sondern auch, um vom Völkerbund zum Prototyp seiner Projekte gemacht zu werden. Wenn das Funktionieren dieser Ordnung nicht voll befriedigt, so liegt es daran, daß das Wirtschaftsleben sich auch in die weisesten Maßnahmen nicht immer ohne Reibungen fügt und daran, daß die individuelle Freiheit, der doch ein Mindestmaß nicht genommen werden darf, auch in die vollkommensten Organisationen ihre Lücken reißt, und schließlich daran, daß die Anwendung der beschlossenen Maßregeln und die Kontrolle ihrer Ausführung ein zahlreiches Personal erfordern, während doch der gegenwärtige Zustand der französischen Finanzen zur weiteren Vermehrung des Beamtenstabes durchaus ungeeignet ist.

Wie es dem nun auch sei, verdient die schon bisher in Frankreich geleistete Arbeit jedenfalls näher beleuchtet zu werden; das bereits vorliegende Werk bietet einen bemerkenswerten Rahmen, den es nur noch gilt, näher und besser auszufüllen.

Zum Schutze der Volksgesundheit und der Rasse, der nationalen Einheit und der Gesittung, im Interesse seiner Arbeiterbevölkerung und zur Aufrechterhaltung ihres Lebensniveaus, übt Frankreich eine Präventivkontrolle, welcher der Fremde vor dem Betreten des französischen Bodens untersteht. Diese Kontrolle wird entweder — unter Zustimmung der beteiligten fremden Regierung — in dem Ursprungslande selbst, oder an der französischen Grenze bewerkstelligt. Die Kontrolle bezieht sich auf die körperliche Gesundheit, den sittlichen Zustand und die berufliche Tüchtigkeit des Einwanderers.

So hat Frankreich lange Zeit hindurch besondere Missionen in Polen und in der Tschechoslowakei unterhalten, welche eine dreifache Aufgabe zu erfüllen hatten: 1. die gesundheitspolizeiliche Aufgabe: ärztliche Untersuchung, Entlausung, Desinfektion und Quarantäne für die nach Frankreich bestimmten Arbeitertransporte; 2. die sicherheitspolizeiliche Aufgabe: sie bestand in der Unterhaltung von Beziehungen mit der lokalen Polizeigewalt, um zu vermeiden, daß Pässe an Personen ausgestellt werden, die als politisch verdächtig oder als gewöhnliche Verbrecher bekannt sind; 3. die technische Aufgabe, die in der Prüfung der beruflichen Tüchtigkeit der sich um die Anstellung in Frankreich Bewerbenden bestand, um Irreführung durch falsche Angaben zu vermeiden.

In den Skodawerken z. B. ist eine besondere Werkstatt für

die technische Prüfung solcher Einwanderer reserviert gewesen, die sich für Mechaniker ausgaben und als solche bei französischen Unternehmern sich anstellen lassen wollten.

In vielen Grenzorten bestehen heute, außer der an allen Grenzbahnhöfen geübten Paßkontrolle, besondere Immigrationsbüros, in welchen die eben erwähnte dreifache Kontrolle ausgeübt wird, welche, theoretisch, vor allem bei solchen Einwanderern angewendet werden soll, welche einzeln und spontan die Einreise nach Frankreich anstreben. Solche Büros gibt es im Süden: in Hendaye, Marignac-Saint B  at, Perpignan, Marseille und Menton; im Osten: in Modane und in Toul; im Nordosten, an der belgischen Grenze: in Feignies und Frasnes usw. Jedes dieser B  uros ist auf die Einwanderung besonderer Arbeitergruppen spezialisiert. Die Spanier dringen vor allem durch Marignac-Saint B  at und Perpignan ein; die Portugiesen durch Hendaye; die Griechen durch Marseille; die Italiener durch Menton und Modane (70 000 im Jahre 1924); die Polen und die Tschechen   ber Toul (51 000 im Jahre 1924); die Belgier   ber Feignies, Frasnes usw. (31 000).

Diese B  uros sind zugleich: Organe der Sanit  rkontrolle, dank ihrem Medizinaldienst, ihren Einrichtungen f  r   rztliche Untersuchung, ihren Brauseb  dern, ihren Isolierr  umen usw.; Organe der Sicherheitspolizei, welche Funktion sie dank der Anwesenheit eines speziellen Polizeikommissars verrichten, welcher die Aufgabe hat, die Identit  tskarten und die Photographien zu pr  fen und die Dokumente auszustellen, und Organe der wirtschaftlichen und professionellen Kontrolle, denn diese B  uros haben einerseits die Aufgabe,   ber die Vorschriftm  igkeit der Arbeitskontrakte und der Anstellungsbedingungen, in deren Besitz die Fremden sich befinden, zu wachen, sowie sich zu vergewissern, da  die Fremden nicht etwa Opfer von F  lschern oder von Ausbeutern und Menschenchindern geworden sind, und da  sie sich nicht an einen Ort begeben, wo Arbeitslosigkeit herrscht oder ein Arbeitskonflikt ausgebrochen ist; andererseits haben diese B  uros die Rolle von Stellenvermittlungs  mtern f  r diejenigen Arbeitsuchende zu spielen, die ohne einen bereits abgeschlossenen Arbeitsvertrag sich einstellen.

In diesem Falle haben diese B  uros nur den Vertretern solcher Berufe die Einreise zu gestatten, in welchen es keine einheimischen Arbeitslosen gibt, und nur dann, wenn die Einreisenden sich bereit

erklären, an solche Orte dirigiert zu werden, wo es gerade vakante Stellen gibt, wie jetzt z. B. in befreiten Gebieten oder in der Landwirtschaft.

Diese Büros begnügen sich nicht einfach mit den Angaben des Einwanderers, vielmehr unterwerfen sie ihn einem Verhör in seiner Muttersprache, um seine wirkliche berufliche Tüchtigkeit festzustellen. Schließlich bieten die hier geschilderten amtlichen Grenzstellen auch eine Art von Herbergen und Verpflegungsstätten für die fremden Arbeiter, die auf Anstellung warten.

Nachdem nun der Fremde der dreifachen Filtrage unterworfen worden ist und die Prüfung bestanden hat — soweit es sich wenigstens um Einwanderer handelt, die auf regulärem Wege und nicht um solche, die dank einer falschen Berufsangabe oder mit einem bloß temporären Paßvisum nach Frankreich gelangen, das sie später in eine dauernde Aufenthaltsgenehmigung auf französischem Boden umzuwandeln hoffen — erhält er nicht gleich eine zur Freizügigkeit berechtigende Identitätskarte, sondern nur einen einfachen Passierschein nach seinem Bestimmungsort. Und erst nach seinem Eintreffen am Orte seiner Arbeitsstelle wird er mit der Identitätskarte versehen, welche durch die Art ihrer Auslieferung, ihrer Kontrolle und Erneuerung ein wirksames Mittel abgibt, um sich Sicherheit darüber zu verschaffen, daß die Bedingungen, durch welche ursprünglich die Einreise nach Frankreich motiviert und unter welchen sie gestattet wurde, sich mit der Zeit nicht modifiziert haben. Von diesem Moment an ist der Fremde registriert, seine Identität ist festgestellt, sein Aufenthalt und seine Ortsveränderungen werden verfolgt und überwacht. Die ihm ausgelieferte Identitätskarte ist in drei identischen, mit seiner Photographie versehenen Exemplaren angefertigt: das eine Exemplar wird ihm ausgehändigt und er soll es bei der Ankunft und bei dem Verlassen der Gemeinde, in der er arbeitet, visieren lassen; das zweite Exemplar wird auf der Präfektur des Departements, in dem er sich aufhält, aufgehoben und muß jeweils an die Präfektur desjenigen Departements weitergeleitet werden, nach welchem er sich im Falle der Stellenänderung begibt; das dritte Exemplar endlich wird dem Zentraldienst für die Identitätskarten für Ausländer (*Service central des cartes d'identité des étrangers*) am Ministerium des Innern übermittelt, wo im Prinzip eine umfassende Liste sämtlicher Ausländer unter-

halten werden soll, die sich im gegebenen Augenblick auf französischem Boden aufhalten.

Vor kurzem, bei Gelegenheit der Ausführungsbestimmungen zu dem Art. 66 des Finanzgesetzes von 1925 über die Erhebung einer ziemlich hohen Abgabe bei der Ausstellung und Erneuerung der Identitätskarten, ist der Beschluß gefaßt worden, eine weitgehende Neuerung in die Wege zu leiten. Diese Regelung wird es gestatten, freiwilligen oder unfreiwilligen Gesetzesüberschreitungen auf die Spur zu kommen. Und vor allem die Einführung einer erhöhten Abgabe von 68 Fr. pro Person hat es ermöglicht, denjenigen Fremden, die auf vorschriftsmäßige Weise nach Frankreich gelangen, eine regelrechte Prämie zu geben. Diejenigen Einwanderer, die sich in den Grenzbüros meldeten, bekamen früher ihre Identitätskarte unentgeltlich ausgestellt; heute genießen die Personen, die sich im Besitze des erwähnten Passierscheines befinden, der ihnen als Geleit für den Transport von der Grenze nach ihrem definitiven Bestimmungsort gegeben wird, eine Ermäßigung der Abgabe auf 10 statt 68 Fr.

Diese Kontrolle ist der sog. »Sureté Générale« unterstellt: sie setzt alle Informationsmittel in Bewegung, über die die Agenten der »Sureté Générale« verfügen; die Einwanderer werden verpflichtet, ihre Pässe bei jeder Ortsveränderung visieren zu lassen; und den Vermietern sowie den Arbeitgebern, die fremde Reisende oder sich dauernd aufhaltende fremde Arbeiter beschäftigen, wird eine strenge An- und Abmeldungspflicht auferlegt. Diese Bestimmungen sind durch strenge Strafen gesichert, die bis zur Ausweisung und dem Abschub an die Grenze für diejenigen Ausländer gehen können, welche auf unrechtmäßige Weise nach Frankreich gelangt sind, oder es versäumen, die vorgeschriebenen Formalitäten zu erfüllen.

Wie man sieht, wird, theoretisch wenigstens, das Netzwerk der Fremdenkontrolle in Frankreich immer dichter. Die Bestimmungen über die Identitätskarte im Zusammenhang mit den Nachweisen, die der Ausländer, um sie zu erhalten, zu erbringen hat, erlauben eine Ueberwachung, die an sich von der wirksamsten Art sein könnte, und die auch die Tendenz zeigt, sich dazu zu entwickeln; doch stößt diese Entwicklung auf die sehr große Zahl der zu verteilenden Karten und auf die Schwierigkeiten, die jeder ernstlichen und weitgehenden Nachprüfung im Wege stehen. Man könnte den Schwierigkeiten vielleicht dadurch

etwas abhelfen, daß man unter den Fremden selbst eine besondere Art von Verbindungen mit gegenseitiger Haftpflicht ins Leben ruft, an deren Spitze die ältesten Mitglieder, die achtbarsten und die repräsentativsten Vertreter der betreffenden Kolonie zu treten hätten, die als Bürgen für ihre Landsleute eintreten und die moralische Verantwortung für sie übernehmen sollten. Eine solche Einrichtung würde den Sicherheiten, die sich auf der bisherigen Basis haben aufbringen lassen, überlegen sein.

Wenn es der politischen und der gewöhnlichen Polizei obliegt, über die sog. »entrées frauduleuses« (Einreisen ohne Paß, mit falschem Paß, mit dem Zweck, einer Verhaftung zu entgehen usw.) und über sträfliche Handlungen und verbrecherische Taten der Ausländer zu wachen, so hat das Arbeitsministerium die Pflicht und die Aufgabe, welche man als sein »industrie-polizeiliches Recht« (Droit de police industrielle) bezeichnen könnte. Es bezieht sich auf die Regulierung der Anstellung der fremden Arbeitskräfte sowie ihrer Verschiebungen innerhalb des Landes. Die Gestaltung des Arbeitsmarktes, die Beziehungen zwischen den nach Arbeitern suchenden Arbeitgebern und den Beschäftigung suchenden Arbeitnehmern sind nicht wie früher sich selbst oder der unzureichenden Aktion der Interessenten selbst, der Arbeiter, Arbeitgeber und privaten Arbeitsvermittler, überlassen. Man ist bestrebt, hier Ordnung und Methode hineinzubringen, Organisation und Kontrolle zu schaffen: sowohl um Arbeitsangebot der Nachfrage danach anzupassen und die Arbeitslosigkeit einzuschränken, als auch um die Höhe der Arbeitslöhne gegen die Konkurrenz der unterbietenden Arbeiter zu schützen. Zu diesem Zwecke sind in Frankreich — in Nachahmung dessen, was vor ihm Deutschland und England gemacht haben — eine Reihe von öffentlichen Arbeitsnachweis- und Arbeitsvermittlungstellen geschaffen worden, die sich auf bestimmte Berufsarten spezialisieren und in einem hierarchischen Aufbau gegliedert sind, vom Gemeindearbeitsamt über den »Office régional« bis zum »Office national«, welche in enger Verbindung miteinander stehen und für eine zweckmäßige Verteilung der Arbeiter über das ganze Territorium Sorge tragen.

Die Einwanderung soll sich nicht — unbedachter- und überflüssigerweise — wie ein massiver Strom über das Land ergießen und so das schwer herstellbare und empfindliche Gleichgewicht des Arbeitsmarktes stören, sondern im Gegenteil, sie

soll sich ihm störungsfrei einfügen. Und bei aller Begünstigung der Immigration und trotz der Rekrutierung der fremden Arbeiter im Auslande zum Ausgleich seines demographischen Defizites und zur Schaffung neuer Arbeitskraftressourcen will Frankreich Herr der Bewegung bleiben, indem es auch die vom wirtschaftlichen Standpunkt unerwünschten Elemente genau so ablehnt, wie es diejenigen eliminiert, die ihm vom Standpunkte der körperlichen Volksgesundheit und der Gesittung als unerwünscht erscheinen.

Zu diesem Zwecke ist wiederum eine Reihe von Maßnahmen in Betracht gezogen und durchgeführt worden: teils auf dem Wege der internen Gesetzgebung, teils durch die Vereinbarungen mit denjenigen Staaten, welche die größten Arbeiterauswandererkontingente stellen.

Zunächst ist unter dem Namen »Nationalrat der Arbeit« (»Comité national de la main d'oeuvre«)³⁾ ein Organ geschaffen worden, das die Aufgabe hat, für jedes Jahr ein Programm zu entwerfen, d. h. eine Aufstellung über den Zuschußbedarf an fremder Arbeitskraft, wobei die benötigten Arbeiter nach Berufskategorien und nach einzelnen Gebieten klassifiziert werden. Aus drei Elementen: Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Verwaltungsbeamten zusammengesetzt, bildet dieses Komitee eine wahrhafte Ausgleichskammer, wo die respektiven Ansprüche der Parteien sich begegnen und unter hoher Autorität der Verwaltungsgewalt, die das allgemeine Interesse repräsentiert, zur Versöhnung gelangen. Uebrigens beschränkt sich die Rolle des Nationalrates der Arbeit nicht darauf: Er hat nämlich alle Organisationsfragen des Arbeitsmarktes zu prüfen und zu regeln, in ihrem Zusammenhang sowohl mit der Frage des ausländischen Arbeiterzuschusses als auch mit der wirtschaftlichen Lage und dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Namentlich wird es seine Aufgabe sein, über die Oeffnung bzw. Schließung der Grenzen für alle oder für bestimmte Kategorien der auswärtigen Arbeiter zu bestimmen; und ebenso wird es seine Aufgabe sein, eine Zurückstauung der Emigrantenwelle anzuraten, falls dies notwendig sein sollte, um die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes und Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Mit dem Vorbehalt natürlich, daß die dabei etwa entstehenden zu großen Härten gemildert werden sollen, und daß bei der Anwendung dieses Verfahrens der Anhänglichkeit

³⁾ Nicht zu verwechseln mit dem »Conseil Supérieur du Travail«.

des Fremden an Frankreich, dem Grade seiner Verwurzelung in der neuen Heimat und seinem Familienstand Rechnung getragen wird.

Der »Nationalrat der Arbeit« vermag nur Programme aufzustellen, die weitgespannt und auf längere Zeit berechnet sind, ohne Spezialfällen und plötzlich eintretenden Situationen Rechnung tragen zu können. Der »Nationalrat der Arbeit« eröffnet der Regierung eine Art »Kredit an fremder Arbeitskraft«, bis zu dessen Erschöpfung die Regierung gewissermaßen Wechsel ziehen kann. Die einzelnen Industriellen aber sollen ihren Arbeiterbedarf, je nach dem, bei dem Ministerium der Arbeit bzw. bei dem der Landwirtschaft anmelden, deren Zustimmung und deren Visum für die Genehmigung der Einreise der fremden Arbeiter nach Frankreich erforderlich ist. Die Erfordernis dieser Visa und die Intervention der beiden Ministerien legt ein wirksames und geschmeidiges Mittel in ihre Hand, um auf vertragsmäßigem Wege die Achtung vor der notwendigen Erhaltung des Gleichgewichtes auf dem Arbeitsmarkte zu sichern. Auf welche Weise dies geschieht, soll hier in einigen Worten gesagt werden: ein Unternehmer wünscht z. B., sich aus Italien für den Häuserbau in irgendeiner Stadt italienische Bauarbeiter kommen zu lassen; zu diesem Zwecke reicht er ein Gesuch ein, unter Angabe der Zahl und der Berufsart der benötigten Arbeiter, der Lohnhöhe, die er ihnen zu bewilligen bereit ist, der Arbeitszeit und der anderen Arbeits-, Zahlungs- und Anstellungsbedingungen, sowie der für den Krankheitsfall zu übernehmenden Verpflichtungen und der Verpflichtung, die Transport- und Rücktransportkosten zu tragen usw. Er reicht diesen Antrag bei dem »Office de Placement Regional« ein, welches daraufhin die Bescheinigung erteilt, daß z. Z. keine Arbeiter der betreffenden Berufsart zur Verfügung stehen, und daß in dem betreffenden Gewerbebezweig keinerlei Arbeitskonflikte bestehen. Nun wird das Gesuch an das Arbeitsministerium weitergeleitet, das wiederum und zwar für das ganze französische Territorium Nachforschungen vornimmt, ob nicht irgendwo Arbeiter vorhanden sind, welche die in Frage stehenden vakanten Stellen ausfüllen könnten. Wenn der Erfolg dieser Nachforschungen negativ ausfällt, dann gibt das Ministerium dem Antrag seine Zustimmung, und er geht nun zur Ausführung an die italienische Regierung weiter. Jeder auf Grund dieses Gesuches gedungene Arbeiter bekommt einen sog. »Contrat

• *Type*«, welcher eine Reproduktion jenes Antrages enthält und dessen übrige Klauseln im Geiste und nach dem Buchstaben der getroffenen internationalen Vereinbarungen formuliert sind, welche den Zweck des Arbeiterschutzes verfolgen; so ergibt sich daraus, daß die Arbeiter auf diese Weise ein Dokument in die Hand bekommen, das eine Art Inhaltsreduktion der internationalen Verträge auf diejenigen Punkte darstellt, welche die Interessen der Arbeiter berühren, ein Dokument, dessen Klauseln eo ipso auch für den Arbeitgeber verbindlich werden. Und da, darüber hinaus, eine besondere Bestimmung dieses Kontraktes vorsieht, daß die etwa zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern entstehenden Schwierigkeiten dem Arbeitsministerium bekannt gegeben werden sollen, welches in die Angelegenheit eingreifen kann, so folgt daraus, daß die Regierung vertragsmäßig das Recht permanenter Kontrolle zuerkannt bekommt, ein Recht, von dem sie übrigens mit Sorgfalt und Diskretion Gebrauch macht, mit Hilfe von Spezialbeamten, welche die Sprache, die Sitten und die Gewohnheiten der Einwanderer kennen und mit der Arbeiterfrage vertraut sind. Wie man sieht, ist der »*Contrat Type*« eine juristisch sehr elegante Lösung für die Frage der administrativen Arbeitskontrolle, eine Lösung, die ohne Eingreifen der Gesetzgebung erreicht worden ist.

Somit besteht die Organisation des Arbeitsmarktes nicht allein in einer klugen und zweckmäßigen Distribution der vorhandenen Arbeitskräfte über das Territorium, sondern ebenso in dem Schutz des Arbeitslohnes, des Lebensniveaus und der Existenzbedingungen der Arbeiterbevölkerung. Zu diesem Zwecke ist es nicht nur erforderlich, diejenigen Einwanderergruppen auszuschließen, die durch mangelnde technische Ausbildung und ihre sehr große Bedürfnislosigkeit geeignet sind, eine Senkung des standard of life herbeizuführen, sondern es muß verhindert werden, daß die französischen Unternehmer — in ihrem Streben nach billiger Produktion — die fremden Arbeitskräfte als einen Konkurrenten der inländischen Arbeiter betrachten, statt sie als einen notwendigen Zuschuß anzusehen. Um dem vorzubeugen, sind folgende zwei Bestimmungen in die erwähnten Einwandererverträge aufgenommen worden, Bestimmungen, welche übrigens, dank der geschilderten Arbeits- und Anstellungskontrolle, auf alle in Frankreich beschäftigten Arbeiter überhaupt ihre Anwendung finden: eine dieser Bestimmungen lautet, daß keinesfalls die

in Frankreich beschäftigten fremden Arbeiter — die gleiche berufliche Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit vorausgesetzt — einen geringeren Lohn erhalten dürfen als die französischen Arbeiter derselben Berufskategorie. Dieses Prinzip ist vom Parlament ratifiziert worden und hat Gesetzeskraft erlangt ⁴⁾.

Auf der anderen Seite, den immer zahlreicher werdenden internationalen Vereinbarungen ⁵⁾ zufolge finden alle sozialrechtlichen, die französischen Unternehmer belastenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Unfallentschädigung auch auf die fremden Arbeiter ihre Anwendung, und somit wird den Arbeitgebern jedes Interesse genommen, die eingewanderten Handarbeiter den inländischen Arbeitskräften vorzuziehen.

Auf diese Weise hat Frankreich — ganz aus eigenem Antrieb, bevor es dazu durch die Konferenz von Washington aufgefordert worden ist und indem es im Gegenteil durch die von ihm mit anderen Staaten abgeschlossenen Verträge den Grundsätzen dieser Konferenz zuvorgekommen war und ihr Anregungen gegeben hatte — die Gleichheit in der Behandlung der eigenen und der fremden Arbeiter auf seinem Territorium verwirklicht. Ohne Zweifel werden manche in den vorliegenden Bestimmungen, die ja im Prinzip auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit beruhen, eine de facto nur einseitige Verpflichtung erblicken, welcher keine Gegenleistung gegenübersteht, denn Frankreich ist ein ausgesprochenes Immigrationsland, dessen eigene

⁴⁾ Wir führen hier eine solche Bestimmung an, die wir der Vereinbarung entnehmen, welche zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei am 20. März 1920 geschlossen worden ist: •Die eingewanderten Arbeiter haben für die gleiche Arbeit den gleichen Entgelt zu erhalten, wie die inländischen Arbeiter derselben Kategorie und des gleichen Faches, die in der gleichen Unternehmung beschäftigt werden. Einen Entgelt, dessen Höhe durch die z. Z. üblichen Sätze bestimmt ist. • Diese Klausel ist eine der kühnsten und interessantesten Neuerungen, denn sie schafft eine Art gesetzliches Lohnminimum zugunsten der eingewanderten Arbeiter, ein gesetzliches Lohnminimum, das durch die der Regierung auf diesem Gebiete zustehenden besonderen Rechte garantiert ist: durch das Dazwischentreten der Regierung als Lieferant der Arbeitskraft und durch ihre Teilnahme an dem Zustandekommen des Arbeitsvertrages. Siehe über diese Punkte: W. Oualid, *L'aspect juridique de l'immigration ouvrière* (Rapports à l'Association Nationale pour la protection légale des travailleurs. Nouvelle Série, N. 22, 1923, p. 47).

⁵⁾ Vor 1914 waren es folgende Verträge: der französisch-italienische Vertrag v. 15. 4. 04 über den Arbeiterschutz; die Verträge zwischen Frankreich und Belgien, Italien, Luxemburg und Großbritannien vom 21. 2., 9. 6., 27. 6. 06 und 3. 7. 09 über die Arbeitsunfälle; seit 1918 sind es die großen Verträge betr. die Arbeiterwanderung und die Sozialversicherung, die geschlossen worden sind zwischen Frankreich einerseits und andererseits Polen (4. 9. 19 und 14. 10. 20), Italien (30. 9. 19), Tschechoslowakei (20. 3. 20) und Belgien (24. 12. 24).

Arbeitskräfte gar nicht nach außen streben. Doch muß hier beachtet werden, daß der Zweck der geschilderten Maßnahmen nicht nur eine Begünstigung der fremden Nationen ist, die Handarbeiter an Frankreich liefern, sondern auch die Herbeiführung der gleichen Arbeitsbedingungen für die verschiedenen Kategorien der Arbeiter.

So sind in ihren großen Zügen die Tatsachen zu dem Problem der Fremden in Frankreich und die Lösungen, die es bis heute gefunden hat. Frankreich bedarf eines Zuschusses an fremder Arbeiterbevölkerung und ist darin aufs Ausland angewiesen. Seine Untervölkerung erfordert diesen Zuschuß, seine Kriegsverluste machen ihn notwendig, der Wiederaufbau zwingt ihn dem Lande auf. Der Ausländer ist für Frankreich nicht nur durch den reichen Reisenden, den Luxuskonsumenten, einen richtigen »Exportateur sur place«, sondern auch und vor allem durch den harten Arbeiter, den ehrlichen, rechtschaffenen, mäßigen, nüchternen und sparsamen Arbeiter, welcher die Ersparnisse, die er aus seinem Lohne macht, in seine Heimat an die Angehörigen sendet. Gewiß, es dringen in die Reihen der Fremden auch einige unerwünschte Elemente ein: diese kommen gewöhnlich auf irregulärem und heimlichem Wege ins Land. Es wäre aber sehr unrecht, hier zu stark zu generalisieren und allen Einwanderern mit dem gleichen Mißtrauen und mit derselben Animosität zu begegnen. Es genügt, ihren Strom zu regulieren und einzudeichen, und sie einem Selektionsverfahren zu unterwerfen. Dieses Verfahren ist für ein kontinentales Land, wie Frankreich, weniger leicht anzuwenden, als für Amerika und für England. Die französische Grenze ist relativ leicht passierbar, und außerdem widersteht es dem nationalen Charakter der Franzosen, zu drakonischen und dem Prinzip der individuellen Freiheit widersprechenden Maßnahmen zu greifen. Aber soll nicht das Recht und das Interesse des Individuums vor demjenigen der Nation zurücktreten? Und genau so, wie die alte Freihandelsdoktrin gezwungen war, sich vor dem ökonomischen Nationalismus, vor den Interessen der nationalen Wirtschaft, zu beugen, muß die Freiheit der Migrationsbewegungen sich Einschränkungen gefallen lassen, welche der Gesichtspunkt des Arbeiterprotektionismus, des Schutzes nationaler Arbeit, diktiert. Ohne Zweifel bleibt es uns nicht benommen, zu hoffen und zu glauben, daß vielleicht der Tag kommt, wo die mächtigen internationalen Organisationen, welchen man sich

freiwillig unterwirft, die großen Bewegungen der arbeitenden Menschen ebenso lenken, wie sie eine gerechte Verteilung der wichtigsten Rohstoffe der Erde leiten werden. Aber vorerst bleibt es der souveränen Selbstbestimmung der einzelnen Nationen überlassen, die Sorge um das Kommen und Gehen zwischen den Völkern zu tragen, wobei allerdings diese Selbstbestimmung durch Gegenseitigkeitsverträge und durch die Achtung vor den elementaren Grundsätzen der Humanität etwas eingeschränkt und gemildert werden soll. Frankreich bietet das Beispiel einer harmonischen Verbindung des berechtigten Schutzes der nationalen Interessen mit dem Bestreben, seinen Bedarf an fremden Handarbeitern dem Gleichgewicht des internationalen Arbeitsmarktes anzupassen.

Zur Theorie der Arbeitsbewertung II.

Von

KÄTHE BAUER-MENGELBERG.

Inhalt des ersten Teils in Bd. 55 S. 680ff.: I. Begriff der Arbeit. II. Bewertung der Arbeit. 1. Methodische und kritische Einleitung. 2. Oekonomische Prinzipien der Arbeitsbewertung. A. Arbeitsleid. B. Leistung. C. Bedürfnis. D. Arbeitszeit.

Inhalt des zweiten Teils: 3. Sozialphilosophische Typen der Auffassung und Bewertung der Arbeit S. 129. A. Indifferenz zur Arbeit (Mystik) 129. B. Bejahung der Arbeit 131. a) Realistische Position (Thomismus, ständischer Aufbau) 131. b) Subjektive Bewährungsphilosophie (Calvinismus) 134. c) Gerechtigkeitsideologie (Sozialismus und Kommunismus) 135. — III. Analyse der heutigen Zeit. 1. Abstufung des Arbeitsentgelts 137. 2. Wirksamkeit des Leistungsprinzips 141. 3. Wirksamkeit des Bedürfnisprinzips 147. a) Thomistische Einflüsse 147. b) Einflüsse kontemplativer Lebenshaltung 153. c) Sozialistische Einflüsse 155. 4. Wirksamkeit des Arbeitsleidprinzips 158. — IV. Schlußwort 159.

3. Sozialphilosophische Typen der Auffassung und Bewertung der Arbeit¹⁾.

A. Indifferenz zur Arbeit.

Die Weltanschauung, die durch ihre weltverneinende Position als charakteristischer Typus für die indifferente Haltung gegenüber der Arbeit aufgeführt werden muß, resultiert zumeist aus einer mystischen Einstellung. Wir verstehen unter Mystik hier die typische Form des Gottfindens durch Versenkung in das Ich, die, weil sie durch eine von außen gesehen individualistisch wirkende Beschäftigung mit der eigenen Seele die scheinbare Zwispaltung zwischen dem Einen Vater und der Erde überwinden zu können glaubt, den durch das irdische Dasein gegebenen Problemen gleichgültig gegenüberstehen. Alle mystischen Sy-

¹⁾ Die Arbeit, insbesondere Teil 3 mußte stark gekürzt werden.
Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 56. 1.

steme ²⁾ haben miteinander gemeinsam, daß das auf persönliches Erleben gestellte Gottesgefühl unbedingt vorherrscht und alles Materielle zurückdrängt. Die durch die Einheit mit Gott oder schon durch das Gefühl der Verwandtschaft mit Gott erzeugte Befriedigung erfüllt den Menschen so stark, daß eine Unlust über materielle Not oder Unannehmlichkeit nicht entstehen kann, oder, wenn sie in Momenten persönlicher Schwäche empfunden wird, verdrängt wird einmal durch die im Gebet wiedergewonnene Seligkeit, ferner jedenfalls durch die Ideologie der Bedürfnislosigkeit, die ein rationaler, wenn auch unbewußter Bestandteil aller echten Mystik ist.

Wir finden diese Lehre und die Anpreisung weltverneinender Praktik überall. Sie ist der Grundzug des Evangeliums und hat daher immer wieder zur Folge gehabt, daß gegenüber den später zu besprechenden, positiv sozial eingestellten Systemen Einzelne und Sekten sich zum Beweis ihrer Lehren der ganz persönlichen Religiosität und Abkehr vom Irdischen auf das Neue Testament beriefen. Das Gleichnis von Maria und Martha, die Worte Jesu: »Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele«, »Mein Reich ist nicht von dieser Welt«, sind Beweise der rein spiritualistischen Gehalte. Auch das Wort: »Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist«, gehört hierher; es ist ja nicht als Mahnung zum Steuerzahlen, sondern im Sinne einer Unbekümmertheit und Interesselosigkeit gegenüber den staatlichen Lebensfragen auszulegen.

In den Gemeinden des Urchristentums ist diese Weltindifferenz realisiert worden; das einzige praktische Gebot war die Nächstenliebe, die aber nicht als selbständige, positive, praktische Forderung, sondern als Ausfluß und einzige Betätigungsmöglichkeit der Gottesliebe auf Erden erschien. Der daraus folgende Liebeskommunismus mit der völligen Zurückstellung der Sorge für die eigene Person ist nicht anders zu erklären, als durch eine absolute Gleichgültigkeit gegen die irdischen Dinge (»Sehet die Lilien auf dem Felde«). Augustin hat neben der Seite seines Wesens, die ihn zum Vater der Kirche machte, als Anhänger Plotins die Unwichtigkeit irdischer Fragen betont. Seine Lehre, aus der die mittelalterliche Mystik entstand, ist ausgesprochen überweltlich (vgl. Troeltsch Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen, S. 118. Was Weinand in »Antike und moderne Gedanken über die Arbeit« S. 22 dagegen anführt, scheint uns nicht stichhaltig. Augustin unterscheidet in Weinands Zitat die mühelose Arbeit im Paradies und die leidvolle nach dem Sündenfall. Die Identifikation dieser Begriffe ist offensichtlich dogmatisch und unrichtig. Gerade aus Augustins Gegenüberstellung ergibt sich, daß für ihn die irdische Arbeit eine im höheren Sinn wertlose Beschäftigung ist).

Ganz rein finden wir die Arbeitsindifferenz bei der eigentlichen deutschen Mystik. Tauler (Predigten, Bd. I, S. 97 und 124) spricht von der »Wahren Abgeschiedenheit und Untätigkeit und Innigkeit und Einigkeit, dies ist die allerhöchste und wahrste Bereitung«; »Wer diese (die Ekstase) empfinden will, muß allen Kreaturen und sich selbst sterben und Gott allein lauter leben, und nicht in den Sinnen darf er leben . . ., wenn es auch gute Werke zu sein scheinen, so

²⁾ Nicht nur die abendländische, sondern die aller Völker, vgl. z. B. für die chinesische Mystik den Kernpunkt der Laotseschen Lehre »Nichttun«.

sind sie einem solchen Menschen doch große Hindernisse. Ferner Angelus Silesius (Cherubinischer Wandersmann, 6. Buch, insbesondere Nr. 11, 17, 25, 53, 83, 84, 167, 168): »Der nicht nach Haus und Hof, nach Gold und Silber sieht, noch seines Lebens Zeit zu zählen sich bemüht, ihn wird das blinde Glück nicht hin und her vexieren . . . er weiß von keinem Zwang, er liebt nicht Krämerei . . . er kümmerst sich um nichts; was neben ihm geschieht, ist ihm so fremd und klar, als was ein Blinder sieht.« »Der Weise strebet nicht nach äußerem Ehrenstand, es ist ihm Ehr' genug, daß er Gott nah verwandt.«

Die natürliche Folge dieser kontemplativen seelischen Haltung im Leben muß daher eine Gleichgültigkeit gegen das Irdische sein, die keinen Drang weder nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen des Einzelnen noch eines ganzen Volkes entstehen läßt; der Einzelne wird nicht versuchen, für seine Arbeit möglichst viel Lohn zu erhalten, sondern überhaupt nicht darum kämpfen, mit einem bescheidenen Existenzminimum zufrieden sein und sich in seiner Güte auf die der anderen Menschen verlassen. So wird im wirtschaftlichen Leben dieser Typus mühelos ausgenutzt werden können. Wir werden bei der Besprechung der Arbeitsentgeltsverhältnisse der heutigen Zeit die Wirksamkeit dieser Komponente auf das Arbeitsangebot wiederfinden und so verstehen, wieso die Berufe, die mit innerer Selbstgenugsamkeit getrieben werden, oft ein materielles Arbeitsäquivalent von nur ganz geringer Höhe erhalten.

B. Bejahung der Arbeit ^{2a)}.

a) Realistische Position.

Hierher gehört vor allem die Arbeitsethik des Thomas von Aquin ³⁾ ^{3a)}.

^{2a)} Außer den drei Typen, die wir hier anführen, kommt noch die Fortschrittsphilosophie, etwa auf Hegelscher Grundlage in Betracht. Wir haben ihre Bedeutung für unsere Problemstellung im ersten Teil (S. 718 des 55. Bds.) aufgezeigt.

³⁾ Es sind in ihr auch Teile der Augustinschen Ethik verarbeitet, der bei seinen Schriften über die christliche Gemeinschaft und bei ganz konkreten Zwecken, die Auswüchse des Bettelmönchtums zu bekämpfen, gelegentlich zu Äußerungen kam, die seine im Prinzip entgegengesetzte mystische Einstellung zu verleugnen schienen. (Augustin, De opere monachorum.) So stellt Augustin auch der Stelle Matth. VI, 25 ff. ausdrücklich Paulus gegenüber und erläutert, daß jenes Bild als Vorbild der Menschen »nur gegen die Habgier und allzu große weltliche Sorge gerichtet sei, nicht aber gegen die Handarbeit.« »Die Pflicht, sich mit Handarbeit zu ernähren, stellt er hier als apostolisches Gebot dar« (s. Weinand a. a. O. S. 34). »Ein Gebet eines gehorsamen Beters wird schneller erhört als 10 000 Gebete der Arbeitsgebotsverächter« (Augustin a. a. O. S. 20). »Vornehme und Reiche mögen arbeiten« (s. Weinand a. a. O. S. 37). Daß es

Das Hauptproblem der Thomistischen Philosophie war die Einverleibung der Kultur in das theologische System. Es wurde gelöst durch die Identifikation von Sein und Sollen ⁴⁾. Daraus, daß allen empirischen Zuständen und Lebensbedingungen, da von Gott geschaffen, auch die normative Richtigkeit zugesprochen wurde, erklärt sich die völlige Anpassung der sozialen Lehren an die bestehenden wirtschaftlichen Zustände, d. h. an das ständische, patriarchalische Mittelalter. Die überlieferten, durch soziale Machtverhältnisse bedingten Klassenunterschiede, die sich auswirkten in verschiedener Bewertung verschiedener Arten von Arbeit wurden durch die Vereinigung mit der Lehre von der natürlichen Ungleichheit ideologisiert und erhielten ein theoretisches Fundament überzeitlicher Berechtigung. Die Stände in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und in sich ruhenden Geschlossenheit waren Träger des kulturellen Lebens, und da das ethische Sollen in dem So-Seienden erfüllt war, mußte jedes ursprünglich natürliche Darüberhinausstreben bewußt zurückgedrängt werden. Dieser Konservativismus bewirkte einen Kampf gegen die im materiellen Interesse sich regenden Kräfte. Die Arbeit als solche, die ihre natürliche Realisationsmöglichkeit war, war nicht der eigentliche und letzte Wert, sondern nur Mittel, die Stände, als wesentliche Objektivationen göttlicher Weltordnung in ihrer Kraft zu erhalten und mit lebendigem Dasein zu füllen. Die Stände waren die gottgewollten Formen für das irdische Leben; die Heilserlangung und die eigentliche Erfüllung des menschlichen Lebens geschieht aber nicht in der Sphäre des Irdischen, sondern durch den andern Gesetzen unterstehenden Klerus: Wenn Thomas daher davon spricht, daß die Arbeit zum »Dekor« des Kosmos beitrage, so ist damit nicht, wie Troeltsch meint, gesagt, daß in der Arbeit ebenso wie bei Hegel ein metaphysischer Eigenwert stecke; die Arbeit ist vielmehr nur ganz realistisch als eines von

von Augustin nicht gefordert, sondern nur gehofft und gewünscht wird, ist ein Beweis, wie stark auch bei ihm die sozialen Machtverhältnisse in die Vorstellung vom »Gerechten« hineinspielen (s. unten S. 135 ff.). Augustin ist die Arbeit dieses irdischen Lebens eine Folge des Sündenfalls, der Wille zur Buße legt den Menschen die »Notwendigkeit des Arbeitens« auf. (Civit. Dei XXII, 24, 4).

^{2a)} Wir beschäftigen uns hier nur mit der Arbeitsphilosophie an sich und beschränken uns, indem wir im übrigen auf Troeltsch verweisen, darauf, die für die Bewertung der Arbeit bedeutungsvollen einzelnen Züge herauszuarbeiten.

⁴⁾ Hierüber ganz eingehend die Heidelberger Dissertation von Häßle, Das Arbeitsethos Thomas v. Aquins und Leos XIII.

vielen Mitteln zur Erfüllung des Weltsinns bezeichnet. Ideen, wie wir sie bei Hegel finden, daß durch die Tätigkeit der Menschen die Welt zu einem außer ihrem bloßen So-Sein liegenden Ziele hinentwickelt werden solle, liegen dem Thomismus ganz fern. Hier ist im Gegenteil ausgesprochen, daß die Produktion möglichst einzuschränken und die freie Konkurrenz, der Antrieb des eigentlichen zum »Fortschritt« notwendigen Aktivismus auszuschließen sei ⁵⁾. Der Thomismus ist in dieser Beziehung ausgesprochen statisch und kann nur deshalb bei seiner patriarchalischen Sozialphilosophie mit ihrer kleinbürgerlichen Einstellung zu beschaulichen, das »soziale Existenzminimum« gewährleistenden, auf keinen Gewinn oder Fortschritt zielenden Arbeit beharren.

Dem Thomismus liegt wohl daran, daß jede Arbeit ihren Lohn bekomme; bei der damaligen naiven Auffassung der ökonomischen Dinge bildete er jedoch eine wissenschaftliche Ansicht über die Bewertungsgrundsätze nicht aus, sondern ersetzte derartige Reflexionen dadurch, daß als Lohn für die Arbeit soviel gefordert und gegeben werden sollte, daß bei einer dem damaligen langsamen Tempo entsprechenden Betätigung der Einzelne sein standesgemäßes Einkommen habe ⁶⁾. Es gab daher notwendig verschiedene und zwar willkürlich verschiedene Arbeitsentlohnungen, je nachdem von wem die Arbeit ausgeführt wurde. (Auf dem Gütermarkt fand diese willkürliche Wertfestsetzung ihr Korrelat in dem »justum pretium«, das ja eigentlich keine ökonomische, sondern eine aus diesem sozialen Arbeitswert abgeleitete, soziale Kategorie ist.) Da die verschiedenen Berufe für die einzelnen sozialen Schichten gewissermaßen monopolisiert waren, hat es den Anschein, als ob hier das Bestreben einer Bewertung der Arbeit nach der Leistung vorliege. Die Inkommensurabilität der verschiedenen Arbeitsarten scheint die, für die

⁵⁾ Daher findet sich beim Thomismus keine Bewertung der Arbeit nach ihrer Intensität.

⁶⁾ »Die katholische Wahrheit und die theologische Summa des heiligen Thomas von Aquin« (deutsch von Ceslar und Maria Schneider). »Unstandesgemäß soll niemand leben. Der Arzt soll einen Lohn erhalten, der sich mißt an der „consuetudo patriae und der conditio personarum et negotiarum et laboris“«, Bd. 2, Hauptteil II, Artikel 32 a, b, c und Artikel 71 a, 4; »Das Gerechte wird bestimmt nach dem Amt oder Stande (secundum diversa officia)«, Bd. II, Hauptteil II, Artikel 57 a, 4. »Als Almosen soll man Güter geben, welche über das necessarium vitae und über das necessarium personae hinausgehen.« Bd. II, Hauptteil II, Art. 32 a 5, 6.

verschiedenen Leistungseinheiten der verschiedenen Berufe festgesetzte, ungleiche Arbeitswerthöhe zu rechtfertigen. Indem diese aber dadurch bestimmt wird, den den verschiedenen Ständen erblich gesicherten Berufen eine »ihrem sozialen Stand entsprechende Lebenshaltung« zu sichern, wird die Bewertung der Arbeit tatsächlich bestimmt durch die ständisch differenzierten Bedürfnisse.

b) Bewährungsphilosophie.

Die calvinistische Wirtschaftsethik mit ihrer Verabsolutierung des ethischen Werts der Arbeit für das Individuum, ist uns durch Max Webers historische Studien aufs anschaulichste vermittelt. Wir können unter Verzicht auf eine inhaltliche Darstellung uns auf die Andeutung ihrer Beziehung zur Arbeitsbewertung beschränken.

Der Antrieb zur Arbeit ist hier nicht der Wunsch nach Verdienst; die Arbeitsbejahung ist so stark, daß die Frage des Entgelts für die Motivation nicht von wesentlicher Bedeutung ist. Es mag eigenartig klingen, daß die Konsequenz der Ethik für unser Problem hier ähnlich ist wie bei der welt- und arbeitsflüchtigen Mystik; Calvinismus und Mystik haben eben gemeinsam die Gleichgültigkeit bzw. Ablehnung gegen irdisches Wohleben, daher finden auch die auf die Arbeitsbewertung im Thomismus einwirkenden Elemente, die standesgemäßen Bedürfnisse, hier keinen Boden.

Die Einstellung wird ganz deutlich, wenn wir uns einen calvinistischen Gelehrten vorstellen, bei dem das Werk, das er in majorem gloriam Dei schafft, außerhalb jeden materiellen Bezuges steht. Er findet in der calvinistischen Lehre keinerlei Antrieb, sondern nur Hemmung bei einem Kampf um höheren Lohn. Diese arbeitsphilosophische Grundauffassung des Calvinismus wird leicht verwischt dadurch, daß die Unternehmer, unter denen »Calvinisten« häufig vertreten sind, tatsächlich um Gewinn arbeiten und zwar nach möglichst rationalen Rentabilitätsgrundsätzen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß der Grund dieser Verkennung in der Gleichsetzung von materiellem Erfolg und Lohn liegt. Die Erzielung von Gewinn und die Anhäufung von Reichtümern ist für diesen Unternehmer jedoch nicht der Lohn seiner Arbeit, sondern unmittelbarer Zweck und Sinn seiner

Tätigkeit, »Das Werk«, also auf materiellem Gebiet genau das gleiche wie das Buch des Gelehrten; sein Lohn ist nur der oft puritanisch kärgliche Anteil, den er für seinen Privatverbrauch verwendet.

Wo die Werkeingestelltheit der Vorteilsabsicht gewichen ist, wo an Stelle des objektiven ein liberalistisches Moment getreten ist, ist von »Calvinismus« nicht mehr die Rede. Es tritt dann entweder eine Leistungsideologie oder ein Kampf um eine irgendwie nach dem sozialdifferenzierten Bedürfnis orientierte Bewertung der Arbeit in Erscheinung. Der »Calvinismus« selbst ist nicht geeignet, die Arbeitsbewertung irgendwie zu beeinflussen. Ein »calvinistischer« Beamter würde auch bei kleinem Gehalt möglichst viel arbeiten. Abgesehen von seiner anti-autoritären Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung kommt er dem sozialistischen Arbeitsideal insofern nahe, als auch dort Arbeitspflicht unabhängig vom Lohn gefordert wird.

c) Gerechtigkeitsideologie.

Die Forderung nach gerechter Verteilung der Lasten und Einkünfte ist das Grundaxiom eines jeden Sozialismus ⁷⁾.

Die Abhängigkeit von der Materie erfordert Arbeit, um Leben überhaupt zu ermöglichen. Nicht als ob ihr als solcher ein ethischer Wert für das arbeitende Subjekt beigemessen würde (wie in der Calvinistischen Ethik), man betrachtet sie ganz nüchtern in ihrer tatsächlichen objektiven Produktivkraft, und muß mit der Erkenntnis, daß Arbeit allein das Leben ermöglicht, sofern dies das Ziel ist, zu einer positiven Bewertung derselben kommen: »es muß gearbeitet werden«.

Auch die jedem Sozialismus wesentliche Forderung: »alle sollen arbeiten«, entspringt nicht dem Wunsch, das »Leid der Arbeit« gleichmäßig zu verteilen; da alle Menschen, um zu leben,

⁷⁾ Die Koordination des Sozialismus neben die anderen wirtschaftsethischen Typen ist nur möglich bei einer Untersuchung der Einwirkung sozialistischer Wirtschaftsgesinnung auf die Auffassung und Praktik der Arbeit und ganz speziell der Arbeitsbewertung. Die Gerechtigkeitsideologie mag in den anderen wirtschaftsethischen Typen ebenfalls vorhanden sein; sie ist aber dort nicht das hauptsächliche regulative Prinzip. Beim Sozialismus tritt sie entscheidend in den Vordergrund und nimmt der jeweiligen speziellen metaphysischen Quelle für die Probleme der Arbeitsauffassung ihre Eigenart; so ist es für die Stellung der Arbeit nur sekundär, ob es sich um einen religiös-spiritualistischen, um einen eudämonistischen oder um einen rein rationalistischen Sozialismus handelt.

Arbeitsprodukte verzehren, müssen sie um die Gesamtheit nicht in der Lebenshaltung zu drücken, auch Werte schaffen. Dies fügt sich vollkommen ein in die rational-naturrechtliche Begründung, die sich der Sozialismus gibt.

Wir finden also beim Sozialismus die Stellung der Arbeit innerhalb des Lebens verabsolutiert. Die Arbeit dient keinem unmittelbar ethischen Zweck und ist doch Ausgangspunkt aller Ethik. Obwohl nur der moralische Qualitäten besitzt, der arbeitet, fehlt gänzlich die subjektive Zweckbeziehung, die wir beim Calvinismus fanden. Obwohl der Arbeitsbejahung genetisch die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Arbeit zur Werteproduktion zugrunde liegt, fehlt die ruhelose objektive Zweckbeziehung, die die Fortschrittsphilosophie charakterisiert. Vom Thomismus unterscheidet sich die sozialistische Arbeitsethik einmal dadurch, daß der Arbeit eine konstitutive Stelle zugewiesen wird und ferner hauptsächlich dadurch, daß im Sozialismus nicht um Lohn gearbeitet wird. Es ist ein wesentliches Moment des Sozialismus, daß die Existenzmittel jedem gewährt werden, und daß sie nicht im Verhältnis der Gegenleistung zur Arbeit stehen.

Die Verschiedenheit der konkreten sozialistischen Ideale sind dadurch bedingt, in welcher Weise die Arbeit zur Bemessung des materiellen Anteils jedes einzelnen am Sozialprodukt verwendet wird.

Manche Spielarten des Sozialismus nähern sich dabei leicht der Leistungsideologie des Produktionismus. In der Lehre St. Simons, vor allem im Neu-St.-Simonismus sind die beiden Bestandteile kaum noch zu unterscheiden. Diese Verwandtschaft in bezug auf Differenzierung der Arbeitsbewertung, die den Sozialismus zu einem Individualismus macht⁸⁾, deutet uns an, wie wenig dieser Sozialismus als solcher überhaupt imstande ist, eine selbständige Arbeitsethik zu erzeugen, soweit er produktionsorientiert ist, d. h. sein Streben auf Steigerung der individuellen Leistungsfähigkeit gerichtet ist und diese zum Differenzierungsprinzip erhebt. Daher mag es auch erklärlich sein, daß überall, wo heute sozialistische Arbeitsbewertungspolitik getrieben wird⁹⁾, diese kein grundsätzlich neues Bewertungs-

⁸⁾ Mit dem einen Unterschied, daß er ihn nur durch Aufhebung des Privateigentums, das stets eine ständische Ideologie mit sich bringen müßte, für realisierbar hält.

⁹⁾ S. unten S. 155 ff.

element in unsere Wirtschaft bringt, sondern nur den Liberalismus vollständig und rein durchzusetzen bestrebt ist.

Gegenüber diesem einer liberalistischen Bewertung der Arbeit zugänglichen Sozialismus hat der sogenannte Kommunismus ein absolut eigenartiges Bewertungsprinzip. Er zieht aus den Grundaxiomen des Sozialismus der Gleichheits- und Gerechtigkeitsidee die radikalen Konsequenzen. Die Kommunisten ziehen ihre Kräfte aus der rein idealistischen und spiritualistischen Ausdeutung der Religionen, so etwa beim Christentum aus dem im Evangelium wörtlich gepredigten, in den mittelalterlichen katholischen Sekten und im Täuferturn wieder zur Wirkung gekommenen »Liebeskommunismus«, im Buddhismus daraus, daß sie die metaphysische pantheistische Grunderkenntnis: Ta twam asi, Das bist Du, als entscheidendes Gebot für das praktische Handeln aufstellen.

Damit, daß der Altruismus zu dem das Leben und die Verteilung der Güter beherrschenden Prinzip wird, und daß dem Einzelnen das Wohl des Andern mindestens ebenso wichtig ist wie sein eigenes, sind bei der Einkommensverteilung und Arbeitsbewertung die ökonomischen Reflexionen, denen das Prinzip des Schenkens fremd ist, ausgeschaltet. Da sich zwischen den Menschen, die sich in ihrer Selbstlosigkeit überbieten, kein Streit um Güter entspinnt und da hier die Arbeit lediglich den Zweck hat, zum Wohl des etwa als eine Familie vorgestellten Volksganzen beizutragen, ist hier das einzig mögliche Verteilungsprinzip das Bedürfnis.

III. Analyse der heutigen Zeit¹⁰⁾.

1. Abstufung des Arbeitsentgelts.

Die bisher theoretisch gefundenen Ergebnisse über die Bewertung der Arbeit sollen im folgenden durch typisch ausgewählte Beispiele aus der heutigen Zeit veranschaulicht werden. Die Bewertung der Arbeit in unserer Zeit soll durch die Wirksamkeit sozialer Machtverhältnisse und verschiedener Weltanschauungen, die auf dem sozialökonomischen Gebiet in

¹⁰⁾ Die Arbeit wurde 1922 fertiggestellt, daher scheinen die Beispiele z. T. heute veraltet. Wir haben auf die Divergenzen und ihre mehr oder weniger prinzipielle Bedeutung im Text hingewiesen.

der Forderung nach spezifischen Maßstäben der Arbeitsbewertung ihren Niederschlag finden, erklärt werden.

Wenn der Zweck unserer Untersuchung ein historischer wäre, würde diese Aufgabe kaum möglich sein, ohne daß bis ins einzelne gehende statistische Unterlagen über alle Arten von Arbeitseinkommen vorlägen und eine genaue Uebersicht über die soziale Herkunft der einzelnen Berufstätigen. Da jedoch, wie schon wiederholt festgestellt, unser Ziel ein wesentlich anderes, mehr theoretisches ist, nämlich nachzuweisen, daß die Arbeit nicht eine bloß ökonomische Kategorie, ein »Medium der Gütererzeugung«, sondern ein »selbständiger Begriff der praktischen Philosophie« ist, ist unsere Fragestellung hier eine soziologische, und wir können uns zur Veranschaulichung unserer theoretischen Leitsätze auf einzelne, allgemein bekannte typische Erscheinungen der Bewertung der Arbeit in der heutigen Wirtschaft stützen. Ihre Deutung wird für den soziologischen Zweck der Arbeit ausreichen.

Typen verschiedener Arbeitsbewertung sind für unsere Zeit relativ einfach zu gewinnen, da ein sehr großer Prozentsatz der arbeitenden Menschen in sogenannte Lohn- bzw. Besoldungsgruppen eingeteilt ist, die durch die kollektiven Arbeitsverträge auch in der Privatwirtschaft Fuß gefaßt haben. Auch die im Verhältnis geringe Anzahl derjenigen Arbeitleistenden, die im Einzelvertrag zu bestimmten Arbeiten angestellt oder beauftragt sind, die auf eigenes Risiko arbeiten, deren wichtigste Gruppe die sogenannten »Freien Berufe« sind, lassen sich als Typen mit Bezug auf ihren durchschnittlichen Arbeitsentgelt in ein festes Verhältnis zu den gegebenen Gruppen bringen, so daß wir aus den gesamten allmählich ineinander übergehenden Einheiten der Arbeitsbewertung bestimmte charakteristische Stufen des Arbeitswerts hervorheben können, um die sich die sozialen Schichten der verschiedenen Berufsgruppen herumkristallisieren ¹¹⁾.

¹¹⁾ Dabei ist es leider nicht möglich, die landwirtschaftliche Arbeit in ihrem gesellschaftlichen Ertragswert gleich bedeutsam als Typ für die Bewertung der Arbeit den übrigen Arbeitsarten nebenzuordnen; es hat das seinen Grund in der naturalen Wirtschaftsweise dieses Produktionszweiges und in dem Mangel einer statistischen Erfassung des Werts landwirtschaftlicher Arbeit. Wie bereits ausgeführt, kann unser Problem überhaupt nur in einer Zeit der Geldwirtschaft aufgeworfen werden, wo ein gleichmäßiger Wertnenner verschiedene Wertgrößen in ein vergleichbares Verhältnis zueinander bringt. Wo wir aber noch Reste der

Für die Bewertung der Arbeit in der heutigen Wirtschaft ergeben sich etwa vier Gruppen, von denen die in der Arbeit geringst bewertete sich zumeist aus freien Lohnarbeitern zusammensetzt, und zwar aus den sogenannten ungelerten und angelernten Arbeitern, während die gelernten z. T. schon in die nächst besser gestellte soziale Schicht hineinragen; bei den Metallarbeitern rechnen wir also etwa Lohnklasse 5—2 dazu, bei den in den Reichsbetrieben Beschäftigten Lohngruppe 7—3¹²⁾, ferner die unteren Beamten, etwa Besoldungsgruppe 1—3¹³⁾; zu der zweiten Stufe der Arbeitsbewertung gehören aus der Arbeiterklasse nur die Spezialisten und Vorarbeiter, die aus der großen Masse der Klassenengenossen herausragen, die mittleren Beamten Gruppe 4—9, in der Industrie Beamte und Angestellte ohne direkte leitende Tätigkeit, das Gros der Angestellten, als deren charakteristische Vertreter wir die Bankangestellten wählen möchten, deren drei verschiedene Gruppen sich im materiellen Entgelt nur unbedeutend voneinander unterscheiden.

Den dritten Grad der Arbeitsbewertung finden wir bei den höheren Beamten Gruppe 10—13, in der Industrie bei Abteilungsleitern, Betriebsführern, Oberingenieuren; in den organisierten freien Berufen mit akademischer Vorbildung, bei Rechtsanwälten, Aerzten, welche jedoch bei großer Konkurrenz und geringerer Beliebtheit in ihrem Arbeitseinkommen auf Stufe 2 gedrückt werden können. Darüber hinaus gibt es noch viertens eine außerordentliche Höhe der Arbeitsbewertung, die nur selten in

Eigenwirtschaft haben, also kein gesellschaftlich vergleichbares Ergebnis der Arbeit vorliegt, wo zudem Kapital und Arbeit so eng zusammenwirken, daß ihr Ertrag im einzelnen nicht sichtbar wird, und wo die Arbeitsleistung der einzelnen Menschen so schwer feststellbar ist, wie bei der Bauernwirtschaft, weil stunden- und tageweise alle Familienmitglieder mitwirken, können wir keine spezifische Höhe des Arbeitswerts festsetzen. Wir müssen uns also vorwiegend auf solche Berufsgruppen stützen, die nur Arbeit als Produktionsfaktor verwerten bzw. deren Arbeitseinkommen mit dem aus Kapital in keinem untrennbaren Zusammenhang steht. Aus diesem Grunde kann auch der Unternehmergewinn uns nicht als Beispiel einer Art der Arbeitsbewertung dienen.

¹²⁾ Wir entnehmen die Unterlagen unserer Arbeit vorwiegend den amtlichen statistischen Veröffentlichungen über »Löhne« in »Wirtschaft und Statistik«, s. insbesondere 2. Jahrg., Heft 2, 4 und 7, und sehen von der Wiedergabe des leicht auffindbaren und zudem allgemein bekannten Materials ab.

¹³⁾ Zur näheren Orientierung über die Berufe der einzelnen Besoldungsgruppen verweisen wir auf die Besoldungsordnung vom 30. April 1920, RGBl. S. 805.

Form eines festen Gehalts gewährt wird (außer den im Besoldungsgesetz ausdrücklich außer Tarif gestellten Einzelgehälter) meist für einzelne Leistungen, die Seltenheitswert repräsentieren, z. B. bei Künstlern von internationalem Ruf, berühmten Aerzten, Verteidigern, Organisatoren und einer gewissen Gruppe von Beamten der Industrie, die in ihrem Tätigkeitsbereich eine »schöpferische Fähigkeit« entfalten ¹⁴⁾.

Geistige Arbeiter lassen sich nicht ohne weiteres generell einordnen. Außer denen, die durch feste Anstellung meist mit einem Gehalt, das der 2. oder 3. Stufe entspricht oder durch einen unabhängigen Beruf, der ihnen ein gleiches Auskommen ermöglicht, eine »bürgerliche Existenz« gefunden haben, gibt es eine große Zahl zu geistiger Arbeit Vorgebildete, die nur mühselig ein Verdienst finden, das der am geringsten bewerteten Arbeit entspricht.

Scheinbar hat diese Einteilung der Menschen durch willkürlich gezogene Trennungsstriche zwischen verschiedenen Berufen etwas Gewaltsames, um so mehr als die nackten Zahlen, die die Gehälter wiedergeben, diese gar nicht zuzulassen scheinen. Sie bedürfen im einzelnen Fall der Deutung. So sind z. B. die Bauarbeiterwochenlöhne relativ hoch, weil ihre Arbeit Saisongewerbe ist, ihr Gesamtjahreseinkommen ist trotzdem noch Gruppe 1 zuzurechnen; ferner scheint der Entgelt der Reichsbeamten in jedem einzelnen Fall um einiges hinter den im Privatarbeitsvertrag Angestellten zurückzubleiben ¹⁵⁾; der Unterschied löst sich jedoch dadurch auf, daß ein Teil des Arbeitswerts in Form der zugesicherten Pension zwangsweise gespart wird ¹⁶⁾, auch das Risiko der Stellungslosigkeit muß bei höherem Gehalt in Kauf genommen werden.

¹⁴⁾ Allerdings ließe sich dieses Verdienst auch als eine Form »der Gewinnbeteiligung« charakterisieren; wir müssen es für die vereinzelt Fälle, wo es ohne Kapitalinvestition, rein als Wertergebnis kapitalistischer Intelligenz entsteht, als für unsere Wirtschaft charakteristische Art der Arbeitsbewertung nehmen.

¹⁵⁾ Seit 1922 hat sich dies Verhältnis wesentlich zugunsten der Beamten verändert. Jedoch hat die momentane Situation für Privatangestellte ihre Ursache in dem krisenhaften Zustand der Wirtschaft, dessen Auswirkung an dieser Stelle, wo es sich um Herausarbeitung typischer Situationen handelt, notwendig übergangen werden muß, da mit dessen Ausgleich auch die unnatürliche Herabdrückung der Gehaltsskalen wieder verschwinden wird.

¹⁶⁾ Nach W. Kulemann (Volkswirtschaftliche Zeitfragen Nr. 294 f.) würde die gleiche Sicherstellung der Arbeitenden bei einer privaten Versicherung im Durchschnitt 19,3% des Arbeitslohns in Anspruch nehmen.

2. Wirksamkeit des Leistungsprinzips.

Die Lösung, die die Vertreter der subjektiven Wertlehre für das Verteilungsproblem fanden, ist die, daß der Wert der Arbeit durch ihre Grenzproduktivität bestimmt ist. In der Tat können wir eine ganze Reihe von Lohnunterschieden durch die Verschiedenheit des produktiven Beitrags erklären. So wird z. B. der Werkführer deshalb höheren Lohn als der ungelernte Arbeiter bekommen, oder der höhere Bankbeamte mehr als der niedere, weil seine Arbeit weniger leicht vertretbar ist als die der unter ihm arbeitenden Leute, also die Konkurrenz im Angebot vermindert ist und folglich die Arbeitgeber, die aus dem Nachfragepreis der Endprodukte den Nutzwert der Leistung des Werkführers ersehen, in dem sie um ihn konkurrieren, seinen Lohn so steigern, daß sich seine Einstellung gerade noch rentiert; so scheint sich bei aller industriellen Produktion der Wert des Produkts auf die verschiedenen Leistungen zu übertragen. Auch der Direktor der Fabrik bezieht einen außerordentlich hohen Gehalt auf Grund seiner Leistung, denn er ist meist durch seine Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, seiner Beziehungen zur Bankwelt für das Unternehmen unersetzlich und erzielt einen Quasimonopolpreis für seine Arbeit. Auch die Graduierung der Beamtengehälter scheint, wenn sie rein als Ergebnis, ex post, ohne Berücksichtigung ihres Zustandekommens und ihrer offiziellen Motivation gewürdigt wird, dem Gesichtspunkt der Leistung zu entsprechen. Bei einer rein vom statischen Gesichtspunkt aus gewonnenen Deutung kommt die Kategorie der Leistung einer Erklärung der Bewertung der Arbeit sehr nahe. Die meisten der im gegebenen Augenblick bezahlten Arbeitswerte können mit wenig Modifikationen als Leistungsentgelte angesehen werden, sie entsprechen dem »produktiven Beitrag«, so wie er im Marktwert realisiert wird.

Die Grenzen dieser Erklärung der Bewertung der Arbeit in der heutigen Wirtschaft werden erst sichtbar, wenn wir diese nicht nur in dem momentanen Zustand, sondern in ihrem Werden betrachten.

Wenn die subjektive Wertlehre die Bildung des Arbeitswerts voll zu erfassen imstande wäre, müßte durch sie nicht nur erklärt werden können, warum im gegebenen Moment eine be-

stimmte Differenzierung der Entgelte statthat, sondern darüber hinaus müßte es ökonomisch erklärbar und bedingt sein, welchen individuell-bestimmten Personen diese Entgelte zufallen. Die Theorie müßte also auch den dynamischen Ausleseprozeß erfassen. Bei Waren können wir Preisunterschiede nur durch Qualität, spezialisierte Arbeit, höhere Reproduktionskosten erklären, der Ausleseprozeß ist hier selbstverständlich dem Leistungswert entsprechend vollzogen, weil es sich um passive Objekte der Wirtschaft handelt. Bei der Bewertung der Arbeit, deren Träger der sozial-aktive Mensch ist, muß die ökonomische Fragestellung besonders darauf eingehen, ob alle Menschen in der Lage sind, gleichberechtigt zu konkurrieren und lediglich die angeborene Leistungsqualität darüber entscheidet, wem der Sieg im Konkurrenzkampf um besser bezahlte Arbeit zufällt. Diese »Auswahl der Person« hat die ökonomische Theorie, da wo sie zu Ende gedacht ist, auch berücksichtigt ¹⁷⁾. Wir möchten zur Lösung dieses Problems auf die Wirksamkeit individuell-seelischer Kräfte einerseits und sozialer Machtverhältnisse andererseits hinweisen.

Einmal sind die seelischen Voraussetzungen zu einer ausschließlichen Anwendbarkeit der ökonomischen Theorie auf die Arbeitswertbildung ¹⁸⁾, das materielle Verwertungsstreben der Arbeitskraft, nicht überall vorhanden und können sich nicht immer auswirken. Die positive ethische Motivation der Arbeit unterbindet häufig einen Berufswechsel trotz der von ihm erhofften Besserung der materiellen Lebensführung. Die Arbeit wird nicht nur um des Erwerbszwecks willen geleistet, sondern hat einen selbständigen ethischen Wert, der den materiellen in seiner Zugkraft verblassen lassen kann. So wird z. B. der Gärtner, der seinen Beruf mit Freude ausübt, nicht um besseren Verdienstes willen als Arbeiter oder Angestellter in einen großen Betrieb gehen; ein selbständiger Wirt, der in einem ländlichen Bezirk sein knappes Auskommen hat, wird seine Selbständigkeit nicht gegen einen noch so hohen Verdienst als Kellner eintauschen ¹⁹⁾.

¹⁷⁾ S. zur Theorie der Arbeitsbewertung I, Bd. 55 ds. Ztschr. S. 709 f. Walras glaubt, daß der Auswahlprozeß ein der Nutzwerttheorie entsprechender ist, Schumpeter dagegen macht hier eine Konzession an außerökonomische Einflußmomente.

¹⁸⁾ S. a. a. O. S. 718.

¹⁹⁾ Stärker noch wirkt die ursprüngliche Berufsfreude, die ethische Bewertung der Arbeit, wenn eine ausgesprochene Begabung den Menschen zu

Ebenso steht dem Berufswechsel, der einen Wechsel des Wohnorts erfordert, durch das Heimatgefühl und durch die Anhänglichkeit an die Menschen der Umgebung ein starker Hemmschuh entgegen. Allerdings ist es richtig, daß bei den Industriearbeitern die sentimental Elemente weniger schwer wirken und jedenfalls die ungelernten Arbeiter notwendig stets dahin streben, wo Verdienst zu finden ist. Aber diese Entwurzelung eines, wenn auch numerisch relativ großen Teils des Volkes, die die Folgeerscheinung einer ganz spezifischen Kultur und Arbeitsauffassung ist, darf nicht den viel allgemeiner und breiter zu nehmenden Begriff der Arbeit mit beeinflussen, wenn nicht für die wissenschaftliche Behandlung der Gesamtwirtschaft ganz wirklichkeitsfremde und unmögliche Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Hier rächt sich wieder die Methode der Arbeitsbegriffsbestimmung auf Grund einer einzelnen Klasse.

Zweitens treten die Schranken, die einer Auswahl der Arbeitskraft nach rein ökonomischen Gesichtspunkten entgegenstehen, da besonders deutlich hervor, wenn wir die Berufswahl der einzelnen Menschen daraufhin prüfen, inwieweit traditionalistische Momente sie bestimmen. Wenn, wie in den bisherigen Fällen, lediglich individuelle Geschmacks- und Begabungsfragen entscheiden, liegt ein bewußter Verzicht auf den Leistungslohn vor; diese Abweichung würde noch nicht die Theorie selbst treffen, sofern sie (mit Recht) von diesem Abweichen abstrahieren zu können glaubt. Anders verhält es sich jedoch, wenn Kräfte, die im gesellschaftlichen Zusammenleben selbst liegen, dem Streben nach einem derartigen Gleichgewicht entgegenstehen.

Da zeigt uns denn ein Blick auf das soziale Leben der heutigen Zeit, daß im weitesten Ausmaß Standesinteressen und gesellschaftlich-soziale Machtverhältnisse es sind, die die Verwertung der Arbeit nach der individuellen Leistungsfähigkeit unmöglich machen. Der Sohn eines Arbeiters wird gewöhnlich, gleichgültig ob er für andere Dinge mehr oder weniger begabt ist, wieder Arbeiter werden, meist dasselbe was der Vater war, gelegentlich auch, wenn am selben Ort eine andere, besser zah-

einem bestimmten Beruf treibt. Wer künstlerische oder geistige Qualitäten hat, wird ungeachtet ihrer materiellen Bewertung durch den Arbeitsmarkt Musiker oder Maler, Gelehrter oder Schriftsteller werden und auch bei geringem Verdienst, selbst wenn ihm mancherlei andere Beschäftigung höheren Ertrag verspricht, diese Arbeit nicht aufgeben.

lende Industrie ist, in einen anderen Betrieb übergehen, wenn er den Anforderungen genügt; innerhalb dieser engen Sphäre also entscheidet der Nutzwert der Arbeit, die Leistung. Wenn er tüchtig und zuverlässig ist, wird er unter seinen Berufsgenossen ausgezeichnet. Es wird ihm aber fast nie gelingen, aus dieser Lage hinauszusteigen, Ingenieur zu werden, Arzt oder Organisator; er mag eine noch so ausgesprochene Begabung dazu haben, sie wird auf ihre Entfaltungsmöglichkeiten gar nicht geprüft, weil das zu ihrer Ausbildung notwendige Kapital nicht vorhanden ist, es sei denn, daß ein besonderer Zufall es ihm durch einen Gönner zukommen läßt, was jedoch als Ausnahme höchstens die Regel bestätigen könnte.

Zwar hat die demokratische Ideologie des »Aufstiegs der Besten« die mittelalterliche Exklusivität der Stände beseitigt und man kann nicht sagen, daß heute noch ein Vorurteil gegen die Anerkennung der Leistung solcher Menschen besteht, die aus einer niederen sozialen Schicht stammen. Die Schranken sind jetzt weniger psychologischer als tatsächlicher Natur. Die banalen Wirtschaftstatsachen, die Notwendigkeit der Investition von Kapital in eine langjährige Ausbildung, hindern den unbemittelten Begabten, die höchstmögliche Leistung zu entfalten. Dazu kommt, daß hochqualifizierte Arbeit zu einem gewissen Prozentsatz stets milieubedingt ist; Kinder aus materiell besser gestellten Familien empfangen schon in der Jugend soviel Eindrücke und Anregungen, die ihre Leistungsfähigkeit fördern, daß der Vorsprung, den sie vor dem Kind des Arbeiters schon durch die materielle Lage haben, sich durch das, was ihnen von den Eltern an kulturvoller Erziehung, an geistigem Kapital mitgegeben wird, noch potenziert.

Sowie jedoch einmal die unterste Stufe der Arbeitsleistung überwunden ist und der Gegenwart das nackte Existenzminimum übersteigt, ist die Möglichkeit der freien Konkurrenz der besten Kräfte um den höheren Preis um ein Bedeutendes gefördert. Wenn es möglich wird, wie es beim Mittelstand, also etwa den Bewertungsstufen 2 und 3 in normalen Zeiten durchweg der Fall war, Rücklagen zum Zweck der Ausbildung der Kinder zu machen, können diese nach Neigung und Veranlagung ihre Kräfte ausbilden und, wenn sie sich bewähren, in höchst-bezahlte Stellen einrücken. So kann der Sohn eines mittleren Beamten, durch die bessere Bezahlung, die der Vater vor dem

einfachen voraus hatte, die Schule bis zum Einjährigenexamen besuchen, Banklehrling werden und sich bis zu höchstbewerteten Posten heraufarbeiten, oder er kann studieren und als Akademiker in die Gruppe der höheren Beamten eingereiht werden. Den Kindern der bestbewertete Arbeit Leistenden steht nichts im Wege, mit allen anderen um die verantwortungsvollsten Arbeiten, die höchsten Leistungen zu konkurrieren. Wir können also ganz allgemein sagen, daß zwar die Leistung im Einzelfall der Bewertung der Arbeit bezahlt wird, daß aber nur diejenigen um diese konkurrieren können, die das Kapital zur Ausbildung bereits ererbt haben. Alle anderen sind von vornherein ausgeschlossen, gehören nicht zum »wirksamen Angebot« und können untereinander nur um die Leistungsqualitäten konkurrieren, zu dem keine besondere Kapitalkraft notwendig ist. Der Klassencharakter des Ausleseprinzips tritt in der Tatsache besonders stark in Erscheinung, daß es infolge der Solidarität der Begüterten für Kinder aus gehobenen Kreisen, selbst wenn der Vater nicht für alle die Mittel zur Ausbildung aufbringt, möglich sein wird, Geld in Form von Leihe, Schenkung oder Stipendien zu erhalten, während dem Arbeiterkind, selbst wenn es außerordentlich und ganz speziell begabt ist, dieser Weg nur selten offen steht.

Die außerordentliche Bedeutung des Kapitalbesitzes für die Bewertung nach der Leistung wird jedoch erst ganz klar, wenn wir in Betracht ziehen, wie er das Herabsinken der untüchtigen Elemente auf eine ihrer Mittelmäßigkeit und Vertretbarkeit entsprechende Stufe verhindert; durch das Angebot vorgebildeter Arbeiter aus dem Mittelstand, auch wenn sie nicht speziell qualifiziert zu ihrem Beruf sind, kommt man dem Bedarf an Kräften bereits entgegen, ehe die Konkurrenz um sie wirksam werden kann und macht so alle besser bewerteten Berufe zu einem Monopol der Klassen, die über die Ausbildungsmittel verfügen. Der Sohn eines Unternehmers wird nie, wenn er noch so unbegabt und arbeitsunlustig ist, einen Beruf auszuüben gezwungen sein, dessen Arbeitsertrag abgesehen vom Kapitalzins ihn auf das Lebenshaltungsniveau eines Arbeiters herabdrückt. Er wird entweder die Stellung seines Vaters übernehmen und selbst, wenn der Betrieb nicht ohne eine besonders begabte Kraft laufen kann, doch durch eine relativ lange Zeit hindurch auch noch bei schlechter Einzelleistung hohen Arbeitswert ernten, weil seine

monopoloider Stellung ihn mit sich bringt, oder er wird einen geschickten Berater haben, der bei einem festen Gehalt, das seiner Vorbildung und seiner Klassenlage entspricht, seinen eigentlichen Arbeitsertrag mit ihm teilen muß, weil die Machtposition seines Arbeitgebers ihn dazu zwingt.

Ebensowenig wird der Sohn des höheren Beamten oder irgendeines geistigen Arbeiters, der Arbeit der Bewertungsstufe 3 oder 4 leistet, trotz mangelnder Begabung ins Proletariat herabsinken, weil seine Ausbildung, die die Eltern ihm aus Standesbewußtsein doch geben, es ihm möglich machen, in eine hohe Gehaltsklasse eingereiht zu werden. Er wird sich im Dienst nicht auszeichnen, aber doch nicht die dritte Stufe unterschreiten. Wenn die Eltern ihn auf Grund klarer Einsicht seiner Leistungsfähigkeit zum Handwerker machen, erscheint es in den Augen der Klassengenossen als ein Radikalismus und besondere Vorurteilslosigkeit, die uns ein charakteristisches Symptom dafür sein kann, wie stark der Anspruch auf hohe Bewertung der Arbeit in den überlieferten gesellschaftlichen Schichten verankert ist.

Die Anwendung der subjektiven Werttheorie auf den Arbeitsmarkt (im weitesten Sinn) scheint uns als Erklärung seiner Lage und seiner Ergebnisse nicht ausreichend, da in ganz wesentlichen Fällen, die als Abweichungen nicht erklärt werden können, auf außerökonomische Einflüsse zurückgegriffen werden muß. Vielleicht läßt sich die Sonderstellung der Arbeit in der Warenproduktion (obwohl es nicht nötig sein sollte, diese natürliche Tatsache besonders hervorzuheben) ökonomisch so formulieren, daß bei der Arbeit stets ein besonderer Angebotspreis vorhanden ist, der von außerökonomischen Einflüssen abhängig ist und den »natürlichen« Wertbildungsprozeß zersetzt. Während beim Warenwert letzten Endes nur die Nachfrage, der Bedarf die Preise beeinflußt und die Produktion anregt bzw. stilllegt, weil die Warenwerte eben nur solange und in der Höhe produziert werden, als es sich rentiert und die Höhe des Angebotswerts nur durch die Reproduktionskosten bedingt ist, ist Arbeitskraft ein selbsttätig sich vermehrendes Gut, nie erschöpfliche Quelle des Werts, deren eigene Wertbildung nicht nur von den schätzenden Konsumenten, sondern auch von dem ethischen und materiellen Wert, den ihr der Träger selbst beimißt, abhängt; dieser steht in keinem festen Verhältnis zu den Reproduktionskosten²⁰⁾.

²⁰⁾ S. dazu Zur Theorie der Arbeitsbewertung I, 55. Bd. ds. Ztschr. S. 713.

Wenn dieser »Angebotspreis« von der ethischen Wertschätzung beeinflusst ist, wird möglicherweise das materielle Bewertungsniveau gesenkt; oder aber als materieller Mindestpreis bewirkt er eine willkürliche Verschiebung der Leistungsbewertung zugunsten der kapitalkräftigen Klassen.

Man könnte daher, selbst nach Ablehnung der objektiven Wertlehre von Marx doch sagen, daß eine Ausbeutung der Proletarier durch die Besitzenden stattfindet, die jedoch nicht in ökonomische Formeln zu bringen ist, da sie keine ökonomische Grundlage hat und auch nicht nur durch den Privatbesitz an Produktivmitteln bewirkt wird, sondern die Folge der Machtposition der besitzenden Klassen ist, die durch willkürliche Hochhaltung des Angebotspreises ihrer Arbeit und durch monopolähnliche Verfügung über hochqualifizierte Berufe die Verteilung des Sozialprodukts zuungunsten leistungsfähiger Elemente aus der proletarischen Schicht und zugunsten derjenigen, die eine sozialgehobene Stellung bereits ererbt haben, verschiebt.

Die Höherbewertung aller aus der oberen Schicht der Gesellschaft stammenden Kräfte bzw. der Widerstand, den sie einem Herabsinken in niedere Klassen wirksam entgegensetzen, hat seinen Grund nicht nur im Erhaltungsstreben des Kapitalbesitzes. Wenn dies allein entscheidend wäre, d. h. wenn die Bewertung der Arbeit nur in dem Maß gesteigert würde, als eine angemessene Verzinsung des in der Bildung und Ausbildung investierten Kapitals es nötig macht, wäre innerhalb des privatkapitalistischen Systems ein rein ökonomischer Deutungsversuch noch möglich. Aber ein Blick auf die zahlenmäßigen Bewertungsunterschiede muß eindeutig beweisen, daß hier nicht die Ursache der verschiedenen Arbeitsentgelte liegt; denn einmal müßte die Entschädigung als eine lebenslängliche Rente aus dem Kapital selbst bei einer sehr hohen Verzinsung nicht nur viel geringer sein, sie müßte dann auch in Form einer einmaligen Abfindung gezahlt werden können, was jedoch absolut dem ideologischen Sinn dieser höheren Arbeitsbewertung, nämlich ein Leistungsentgelt zu sein, widerspricht.

3. Wirksamkeit des Bedürfnisprinzips.

a) Thomistische Einflüsse.

Eine rein ökonomische Erklärung der Erscheinung der heutigen Differenzierung im Arbeitswert gibt es nicht; sie kann daher

auch nicht als eine ökonomische Notwendigkeit, sondern muß als das Ergebnis einer historischen Entwicklung verstanden werden und ist als solche aus dem Zusammenwirken materieller und ethisch-politischer Kräfte entstanden ²¹⁾).

Im Mittelalter war die standesgemäße Bewertung der Arbeit allgemein gefordert und anerkannt.

Durch die Rechtfertigung der bestehenden Standesunterschiede als Sein-Sollender, die Thomas von Aquin zu geben versuchte, wurden die dem Besitz innewohnenden machtpolitischen Tendenzen ethisch fundiert; sie erhielten eine überzeitliche Berechtigung, und alle praktische Arbeitsbewertungspolitik der damaligen Zeit basiert auf dieser Lehre der Arbeitsbewertung nach den differenzierten Bedürfnissen der verschiedenen Stände. Die Sozialphilosophie des Mittelalters ist für die Erklärung unserer Zeit deswegen wichtig, weil diese in vieler Beziehung auf Vorstellungen wie sie uns durch Vermittlung der Romantik vom Mittelalter überkommen sind, aufbaut. Die Romantiker, insbesondere ihre Staat- und Wirtschaftsphilosophen holten ihre Vorbilder aus dem Mittelalter und betonten vor allen Dingen die Ideale der ständisch gebundenen feudalen Zeit, der Thomas von Aquin sein großartiges Lehrgebäude angepaßt hatte. Für die Romantik hatte die ständische Idee ihren tiefen Sinn darin, daß die Auffassung vom Staat als Organismus Gemeingut war und eine Wertabstufung und Differenzierung der Funktionen der Glieder modifizierte. Heute haben wir den wesentlichen Bestandteil dieser romantischen Auffassung, den Staatsuniversalismus, mit der für jeden Einzelnen selbstverständlichen, unbedingten Hingabe nicht mehr. Dagegen ist die Differenzierung nach Ständen geblieben.

Die heutigen Standesunterschiede werden durch eine anti-

²¹⁾ Die ursprüngliche Differenzierung der Arbeitseinkommen mag allerdings auf die verschiedene Wertschätzung der Berufe zurückzuführen sein. Der Priester und der Häuptling, d. h. die über überdurchschnittliche Begabung verfügenden Menschen, deren Dienste allen anderen von überdurchschnittlichem Wert sind, erhalten einen besonders großen Anteil des materiellen Arbeitsertrages der Nahrungsmittel erarbeitenden Bevölkerung; dieser ist ihr im eigentlichen Wortsinn zu verstehender »Leistungs«entgelt. Sowie aber diese Differenzierung nicht mehr auf Grund höchstpersönlicher Leistung, sondern ererbter Stellung vor sich geht, muß die ökonomische Erklärung der soziologischen weichen. Bei dem stark ausgeprägten patriarchalischen Sinn primitiver Völker wird schon im Wechsel einer Generation die Bedeutung der Leistung zurücktreten im Verhältnis zu der der erbten Stellung.

liberalistische, immer noch mit romantischen Anschauungen genährte Ideologie aufrechterhalten, während sie aus dem Zusammenhang des organischen Denkens herausgerissen ihre Berechtigung verloren haben.

Wie stark im Mittelalter die Einwirkung des ständischen Gefühls auf die Berufswahl, die ja mit unserem Problem aufs engste zusammenhängt, war, zeigt Schmoller eingehend ²²⁾; sogar innerhalb der einzelnen, vom höheren politischen Standpunkt aus gesehen, gleichstehenden Gruppen herrschen spezifische Vorurteile: »wer Haus, Hof, Acker, Vieh besitzt wird Kaufmann, Brauer oder Tuchhändler, aber nicht so leicht Zimmermann, Schuhmacher oder Schmied.« Damals mochte der Traditionalismus bei der Berufswahl seine Berechtigung haben, weil bei den mangelnden allgemeinen Ausbildungsmöglichkeiten Fachkenntnisse hauptsächlich im elterlichen Betrieb erlernt wurden. Schmoller meint, daß uns die heutige Geldwirtschaft, die nur lebenslängliche Geldgehälter zahlt, der Gefahr enthoben hat, daß die Berufe Monopole der einzelnen Familien und ohne weiteres erblich sind, aber es hat hier nur eine scheinbare Demokratisierung stattgefunden; das Bestreben jeder Klassenordnung, »den Zugang zu den verschiedenen Erwerbsmöglichkeiten so zu ordnen, wie es den Interessen der maßgebenden Klassen entspricht«, beherrscht auch noch die heutige Zeit mit dem einen Unterschied, daß zwar häufig in den Fachexamina ein Befähigungsnachweis gefordert wird, dies aber und die anschließende Probe-, Volontär- und Karenzzeit nur den Bemittelten möglich ist. Es besteht zwar eine formale Rechtsgleichheit, tatsächlich wird aber der Sohn des Arbeiters Arbeiter, weil er mit 14 Jahren zum Haushalt beitragen muß, der Sohn des kleinen Beamten oder kleinen Kaufmanns Bankbeamter oder Lehrer, weil der Vater das teure Studium nicht bezahlen kann; und nur der kann zu höheren Berufen gelangen, auch wenn er unbegabt ist, der die Mittel zur Ausbildung und baldige Anstellung garantierende Verbindungen hat.

Dieser Zustand hätte eventuell dann, wenn er Ausnahmen zuließe, auch innerhalb einer Leistungsideologie seine Berechtigung, weil manche Imponderabilien auch für den Tüchtigen

²²⁾ Schmoller, »Die Tatsache der Arbeitsteilung« und »Das Wesen der Arbeitsteilung und die soziale Klassenbildung«, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung 1889, 1890 und 1907.

nicht ohne weiteres erlernbar, sondern nur durch Tradition und Milieu zu erlangen sind. So mag die zum Kommandieren erforderliche psychische Einstellung Söhnen von Offizieren oder höheren Beamten in unvertretbarer Weise eingeboren sein; ferner kann der Autodidakt, wie schon erwähnt, nie das ganz Erlernen, was der aus einem gebildeten Haus Stammende in der Jugend von den Eltern, deren Bekannten oder auf Reisen an Eindrücken gewonnen hat.

Aber nicht nur da, wo durch eine Tradition eine höhere Qualität verbürgt sein kann, sondern auch bei den Berufsarten, wo wie man glauben sollte, die Standesunterschiede gegenüber dem persönlichen Können ²³⁾ belanglos seien, z. B. bei Kaufleuten und Industriellen spielen die sozialen Verschiedenheiten direkt bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Konnexion und indirekt dadurch eine Rolle, daß heute auch für den Aufstieg in der Industrie Hochschulexamina immer wichtiger werden und häufig mangelnde praktische Erfahrung ersetzen ²⁴⁾.

Wir geben im folgenden aus dem unabsehbaren Material noch einige wenige besonders anschauliche Beispiele für die Einwirkung von Umständen, die mit der rein persönlichen Arbeit nichts zu tun haben, auf die Höhe des Arbeitseinkommens.

Nehmen wir, wie es heute geschehen muß, die Spekulations-tätigkeit als eine »sozial anerkannte« an ²⁵⁾, so hat der Kapital-kräftigste die größten Chancen Arbeit zu leisten, deren Bewertung im Verhältnis zur aufgewendeten Zeit und Mühe über-durchschnittlich hoch ist. Er kann vom Arbeitseinkommen »standesgemäß« leben, ohne sein Vermögen anzugreifen. Hierbei ist für die, die mit besonderer Initiative, Routine und Erfahrung ausgestattet sind, wohl die Möglichkeit eines besonders hohen aus dem Besitz von Geld allein nicht ableitbaren »Verdienstes« gegeben. Bei dem Spekulant, der ein großes Vermögen besitzt

²³⁾ Und dieses Können wäre gerade geeignet, durch den Erwerb von Kapital die Voraussetzung für einen kulturellen Aufstieg zu schaffen.

²⁴⁾ Die im beginnenden Kapitalismus sich ansammelnden Reichtümer einzelner Großkaufleute und Unternehmer lassen sich nicht, wie Lorenz von Stein es meint, als reines Arbeitseinkommen aus Leistungsfähigkeit allein ableiten. Zwar mag es sein, daß ohne große Arbeitsenergie eine derartige Fruktifizierung des Geldes, wie Fugger es erreicht hat, nicht möglich gewesen wäre, aber der Großhändler, dessen Arbeit so hohen Entgelt abwirft, ist aus dem Stand der Aristokraten hervorgegangen und auch hier geht die Möglichkeit, hochbewertete Arbeit zu leisten, mit der ererbten Machtposition Hand in Hand.

²⁵⁾ S. oben a. a. O. S. 691.

und die ihm von Routiniers gegebenen Tips ohne eigene Kenntnisse oder eigene Ueberlegung zu großen Transaktionen benutzt, zeigt sich jedoch deutlich, daß hierbei die persönliche Leistung nur ein sekundäres und ersetzbares Element ist.

Noch reiner finden wir den ständischen Bewertungskoeffizienten bei der Arbeit, etwa der Haushälterin. Selbst wenn, was ja meist nicht der Fall ist, der Barlohn einer Stütze in einem einfachen und einem vornehmen Hause (etwa durch Tarif) derselbe ist und wenn hier von Geschenken usw. abgesehen wird, so bleibt immer noch das Wesentliche übrig, daß das Mädchen aus gebildeten Ständen als Haushälterin in einer reichen Familie hinsichtlich der Wohnung, Nahrung, Bedienung und der feudalen Imponderabilien ungleich anders gestellt ist, als die gleiche Arbeitskraft in bescheidenen Verhältnissen. Es wäre eine Ueberspannung unserer Betrachtungsweise, wenn wir in dem verschiedenen Lebensstil der Hausfrauen in den einzelnen sozialen Klassen ein Beispiel sozial beeinflußter Arbeitsbewertung sehen wollten, da es sich hier um eine Partizipierung an dem Einkommen des Mannes handelt. Wenn aber die Haushaltsarbeit der Frau selbständig bezahlt und wenn hierfür ein gewisser Prozentsatz des ehemännlichen Einkommens festgesetzt werden sollte ²⁶⁾, so fänden wir hierbei unsere Beobachtung neuerlich bestätigt.

In den Forderungen der Kleinrentner, nicht nur dann, wenn sie überhaupt keine Arbeit, sondern schon dann, wenn sie keine *standesgemäße* Arbeit finden, eine Unterstützung, und zwar nicht die gewöhnliche Arbeitslosen- oder Armenunterstützung, sondern die höhere Rentnerhilfe zu bekommen, finden wir dieselbe die heutige Zeit beherrschende Einstellung wieder.

Das Hauptbeispiel für die soziale Differenzierung des Arbeitseinkommens bieten die Beamten ²⁷⁾. Die Feststellung, daß es sich hierbei um eine ausgesprochen ständische Ideologie handelt, bedarf nicht des näheren Beweises. Als besonders charakteri-

²⁶⁾ Marianne Weber, Frauenfragen und Frauengedanken, gesammelte Aufsätze, insbesondere S. 80 ff.: »Zur Frage der Bewertung der Frauenarbeit«.

²⁷⁾ Auch die freien Berufe, die ihre Einkünfte mit den auf demselben Ausbildungsniveau stehenden Beamten vergleichen (und wegen des Wegfalls der Pensionierung mit Recht einen Zuschlag fordern), werden heute nach ihrer sozialen Stellung bezahlt. Dies ist z. B. bei den Rechtsanwälten der Leitgedanke bei der Festsetzung der Gebühren im Jahre 1879 gewesen und hat bei allen späteren Forderungen nach Erhöhung die selbstverständliche Grundlage gebildet. Vergleiche die »Motive zur Rechtsanwaltsgebührenordnung« und neben vielen anderen das Referat von Bloch (Juristische Wochenschrift 1909, S. 600).

stisch soll die Opposition der höheren Beamten im Sommer 1921 erwähnt werden dagegen, daß die einmalige Teuerungszulage von 5000 Mark ohne jede Abstufung an alle Gehaltsklassen gleichmäßig verteilt wurde. Diese Auffassung steht völlig im Einklang mit der zur Redensart gewordenen Argumentation: »Wenn die Löhne der Arbeiter um 20 oder 30% gestiegen sind, müssen die Beamtengehälter in entsprechendem Maße erhöht werden.« Dieser Anspruch ist auf Grund der Leistungsentlohnung absolut unverständlich. Denn die Verschiebung der Arbeitswerte ist ein Ausdruck der verschiedenen Nutzwerte, und es ist klar, daß eine verarmte Zeit um die notwendigen mechanischen Arbeitsleistungen stärker konkurrieren und ihre Preise in die Höhe treiben muß, während für geistige Arbeit, die als relativer Luxus empfunden wird, weniger Gegenwerte gegeben werden können. Der Markt ist also heute nicht in der Lage, den überlieferten Bewertungsunterschied aufrecht zu erhalten; ihn fordern heißt, die Arbeit auf Grund berufsständischer Differenzierung bewertet wissen wollen.

Wenn wir bisher als Wirkung der sozialen Differenzierung eine höhere materielle Bewertung der Arbeit der Beamten gefunden haben, so bleibt noch übrig aufzuklären, warum die Gehälter hinter den eigentlich großen Einkommen (Gruppe 4, Industrie, große Künstler usw.) um ein Bedeutendes zurückbleiben. Der Grund dafür ist nicht etwa der, daß die Beamten tatsächlich ihre Arbeit billiger verkaufen, sondern er ist darin zu finden, was man mit Simmels geistvoller Terminologie »Das Superadditum« nennen könnte. Man kann sich dies am anschaulichsten folgendermaßen klar machen: Die das soziale Existenzminimum übersteigenden Einkünfte würden zu Ausgaben für gesellschaftliches Ansehen und Repräsentation verwendet werden; der Staat ist jedoch nicht in der Lage, diese außerordentlichen Ansprüche mit Geld zu befriedigen; er findet seine Beamten daher gleichsam in natura ab, indem er ihnen eine soziale Machtposition, Orden, Titel usw. gibt. Diese Dinge sind als Arbeitsentgelt voll in Rechnung zu stellen; nur so wird uns der besonders krasse Fall verständlich, daß früher junge Leute oft mit guten Verbindungen zur Industrie Offiziere mit dem minimalen Leutnants- und Hauptmannsgehalt wurden ²⁸⁾.

²⁸⁾ Hierher gehören auch Ehrenämter aller Art, die ja fast immer Titel mit sich bringen. Daß hier die Arbeit (d. h. die Betätigungsmöglichkeit) selbst Arbeitsentgelt werden kann, ist oft aus dem Gefühl der Machtfülle zu erklären.

b) Einflüsse kontemplativer Lebenshaltung.

Wenn wir einen Privatgelehrten oder Künstler in kleinsten Verhältnissen betrachten, so ist uns klar, daß hier das ökonomische Gesetz des Abfließens der Arbeit in die bestrentierenden Berufe durch eine starke ethische Komponente neutralisiert ist. Würden wir uns bei dieser Feststellung begnügen, so wäre es schwer, diesen Fall von dem des schlechtbezahlten Offiziers zu unterscheiden. Und doch liegen ganz verschiedene Verhältnisse vor; die genaue und spezielle Zuordnung ist auch praktisch wichtig: Derselbe Offizier, dem der Erwerb von möglichst viel Geld vor dem Krieg gegenüber irgendwie idealen Werten zurücktrat, ist heute nach Zertrümmerung der feudalistischen Grundlage hinsichtlich seiner Erwerbsabsichten von dem Industriellen nicht zu unterscheiden, seine »Bescheidenheit« war ja nur scheinbar vorhanden, tatsächlich fühlte er seine Tätigkeit ungeheuer hoch bewertet. Dagegen vermag bei dem Gelehrten eine solche Veränderung nicht durch den Wandel der staatlichen Verhältnisse zu entstehen. (Wenn er, wie es gelegentlich geschah, sich persönlich durch den Strom der Zeit materialisieren ließ, so fällt er als Individualität nicht mehr unter die hier zu besprechende Kategorie.) Wir haben oben die Einwirkung der mystischen Kontemplativität auf die Sorge um den Arbeitslohn beschrieben. Eine absolute Gleichgültigkeit gegenüber dem Materiellen gibt es natürlich nur ganz vereinzelt; so z. B. beim Anachoreten. Wir denken bei der Feststellung des mystischen Einflusses aber nicht nur an diese Ausnahmen, sondern finden ihn auch da, wo nicht mehr als ein bescheidenes, nicht sozial differenziertes Existenzminimum erstrebt wird. Das Hauptkriterium dieser Kategorie liegt darin, daß der Wertakzent nicht auf dem Verdienstwillen liegt. Da heute schon die Erlangung eines knapp ausreichenden Existenzminimums (vor allem bei einer Familie mit Kindern) schwierig ist, ist der kontemplative Typus recht selten geworden.

Wir finden ihn bei Künstlern, die etwa die Gelegenheit, ins Kunstgewerbe zu kommen, vorbeigehen lassen, bei Gelehrten, die lieber aufs äußerste sparen, als daß sie eine Lehrtätigkeit

oder anderen Beruf annehmen²⁹⁾. Hierher gehört auch die rein altruistische Tätigkeit der Krankenschwestern, die eine ungeheuerere Arbeit leisten und den geringen Barlohn, den sie eventuell bekommen, nicht für sich, sondern meist für ihren Orden verwenden³⁰⁾.

Allgemein läßt sich sagen, daß hier alle die Berufe ihren Platz finden, die mit einer besonderen Freude gewählt und erfüllt werden, die für den einzelnen unvertretbar sind und den einzigen Sinn seines Lebens ausmachen. Dann muß die Rücksicht auf die materielle Wirkung der Tätigkeit den persönlich ethischen Motiven weichen³¹⁾. Wir haben beim Begriff der Arbeit davon gesprochen, daß der Erfolg ein ideeller oder materieller sein kann und finden hier die Bestätigung; wir sehen hier auch, wie unzureichend die Bezeichnung der Arbeit als Leid ist.

Der Einfluß der materiellen Situation macht sich nur insoweit bemerkbar, als es zur Fristung des Lebens äußerst erforderlich ist³²⁾. Die ökonomische Kategorie, die einzig an dieses Verhalten herangebracht werden könnte, ist die des Bedürfnisses und zwar in reinen Fällen die des völlig undifferenzierten Bedürfnisses, die ja als Basis der Arbeitsbewertung — und dies ist nicht ein Beweis gegen, sondern für die Richtigkeit unserer Auffassung — schon nicht mehr rein ökonomisch, sondern ethisch mitbedingt ist.

²⁹⁾ Zuweilen kann aber das Darben und die Beschäftigung mit Dingen, die einen materiellen Gewinn nicht Zug um Zug abwerfen, z. B. die wissenschaftliche Arbeit eines unbezahlten Privatdozenten doch nicht unter diesem Typus begriffen werden, wenn irgendwelche Erfolge, seien sie materieller Art (Berufung auf einen ordentlichen Lehrstuhl bei guter Bezahlung und relativ wenig Arbeitszwang) oder idealer Art (Ruhm usw.) angestrebt werden.

³⁰⁾ Wenn es ökonomisch behandelt werden darf, gehört hierher auch das Verhalten der Mutter, die lieber für mehrere Kinder viel mehr arbeitet und spart als kinderlos ein bequemes Leben führt.

³¹⁾ Auch der Äußerung Alfred Webers auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1922 in Eisenach: Wer geistige Arbeit nur um des Lohnes willen tue, sei ein Schuft, liegt diese Auffassung zugrunde.

³²⁾ Es wurde schon erwähnt, daß heute der Kampf ums Leben die Gleichgültigkeit gegen das Arbeitsentgelt kaum mehr zuläßt. Wir finden daher jetzt Organisationen, wie die Gewerkschaft der bildenden Künstler, Sezessionen und Schriftstellervereinigungen, die die finanzielle Würdigung der Arbeit erreichen wollen; diese Zusammenschließungen haben einen anderen Sinn als etwa die der Arbeiter; die meisten Mitglieder treten charakteristischerweise ungern bei und empfinden derartige Dinge als Last; man kann fast sagen, daß der ihnen fern liegende und doch unumgängliche Kampf um die Bewertung der Arbeit ihnen von praktischen Leuten abgenommen wird.

c) Sozialistische Einflüsse.

Während wir das Bedürfnis als Grundlage der Arbeitsbewertung eben auf den Einfluß mystischer Elemente zurückführen konnten, wird jetzt zu zeigen sein, daß dasselbe Prinzip auch als Folge sozialistischer Wirtschaftsauffassung vorhanden ist. Die Unterschiede liegen auf der Hand: Bei der Kontemplativität ist es ein Minimum, eine notwendige Folge der Resignation in materiellen Dingen, wenn der Einzelne bestrebt ist, durch seine Arbeit sich die äußersten Existenzbedingungen zu sichern. Beim Sozialismus dagegen ist die Anwendung der Bedürfniskategorie zur Lohnberechnung wirtschaftliches und politisches Postulat. Bei der Mystik erscheint das Bedürfnisprinzip als Ergebnis einer ganz individuellen Situation, während es beim Sozialismus als Regel aufgestellt wird; daher kann die der kontemplativen Haltung entsprechende Arbeitsbewertung auch heute in ganz anders orientierten Zeiten lebendig sein; ihre Intensität ist nicht durch Universalität bedingt; die politischen Forderungen des Sozialismus aber verlangen nach völliger Durchsetzung und sind ohne diese nur Bruchstücke ³³⁾. Nach dem, was wir bisher über die soziale Eigenart unserer Zeit in bezug auf unser Problem festgestellt haben, ist es klar, daß sich einheitliche sozialistische Institutionen nicht vorfinden. Da heute die ethischen Voraussetzungen des Sozialismus nicht gegeben sind und da durch Zwang allein dies nicht erreicht werden kann, sind heute sozialistische Prinzipien nur auf einzelnen Gebieten zu finden, wo sich eine politische Macht und gleichzeitig eine allgemeine Anerkennung der Berechtigung und Notwendigkeit fand.

Das Beamtentum, d. h. die Gewährung eines den Bedürfnissen entsprechenden Gehalts mit der Verpflichtung zur Arbeit während einer gewissen Zeit, entspricht durchaus der sozialistischen Ideologie. Das Typische an dem heutigen Beamtentum, die starke Differenzierung nach der Vorbildung, ist dagegen eine entscheidende Abweichung vom egalitären Prinzip. Wir finden jedoch in einigen Modifikationen der abgestuften Besoldungsordnung Ideen aus dem sozialistischen Gedankenkomplex. Dahin gehören die Gewährung von Familien- und Kinderzulagen,

³³⁾ Der Unterschied zwischen der nach dem persönlichen Bedürfnis fragenden Methode des Sozialismus und der sozialen Abstufung nach dem ständischen Bedürfnis ist schon mehrfach berührt.

die Abzüge an Frauengehältern bei Erwerbsfähigkeit des Mannes, die größere Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten bei wachsender Teuerung und die Ortsklassenunterscheidung; gegenüber der ständischen Differenzierung ist die fortschreitende Nivellierung auf sozialistische Einflüsse zurückzuführen.

Einen ähnlichen Prozeß haben die Arbeitstarife durchgemacht, in denen der Unterschied zwischen dem ungelernten und dem hochqualifizierten Arbeiter sich vorübergehend verwischte ³⁴⁾. So ist z. B. der Lohn bei einer Indexziffer von 1 : 23 für ungelernte Arbeit von 1913 bis 1. April 1922 um das 34,6fache, der der gelernten um das 22,7fache gestiegen ³⁵⁾; dies ist daraus zu erklären, daß die Dringlichkeit der Bedürfnisse maßgebender für die Lohnhöhe war, als der Wert der Leistung. Auch die Zulagen für Frauen und Kinder und der Ersatz besonderer Aufwendungen wie etwa des Fahrgelds stehen in keinerlei Beziehung zur Bezahlung nach der Leistung ³⁶⁾. Die niedrigere Bezahlung der weiblichen Arbeit hat ebenfalls ihren Hauptgrund in den geringeren Lebenskosten; diese Ursache steht mindestens gleichwertig neben der Behauptung, daß Frauen meist leichtere und niedriger bewertete Arbeit suchen ³⁷⁾.

Die Bedürfnisideologie tritt besonders deutlich da hervor, wo eine natürliche oder angeordnete Beschränkung der Arbeitszeit vorhanden ist. So muß der Lohn der Maurer und anderer Saisonarbeiter den Ausfall während der stillen Monate decken; so müssen die Bergleute, deren Arbeit anstrengender ist, in kürzerer Zeit soviel verdienen wie andere Arbeiter im Normalarbeitstag ³⁸⁾; so ist vor allem die Institution des Achtstundentages nur bei der Bewertung nach dem Bedürfnis möglich. Bei der Lei-

³⁴⁾ Hiermit soll nichts über die empirische Kausalität ausgesagt werden, da bei dem Zurückbleiben der höheren Gehälter finanzielle Gründe mitspielten. Daß die materielle Zurücksetzung nicht durch Superaddita (Orden, Titel) ausgeglichen wurde, zeigt die Mitwirkung sozialistischer Kräfte.

³⁵⁾ Siehe Wirtschaft und Statistik 1922, Nr. 7, S. 232.

³⁶⁾ Abgesehen von dem Ausnahmefall, daß besonders tüchtige und besonders billige Arbeiter nicht an dem Ort zu bekommen sind. Daß diese Zulagen heute so gering sind, hat seinen Grund nicht etwa darin, daß man den größeren Aufwand der Familie bei der Arbeitsbewertung vernachlässigt. Es ist lediglich eine Konzession an die heutige Wirtschaftsgesinnung, die es mit sich bringt, daß bei einem hohen Familienzuschlag die verheirateten Arbeiter erst zuletzt eine Stelle fänden.

³⁷⁾ S. Alice Salomon, Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit. Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Heft 192.

³⁸⁾ Auch die Bezahlung der Urlaubstage gehört hierher.

stungsideologie müßte dem Arbeiter ermöglicht und nahegelegt werden, durch möglichst viel Arbeit möglichst viel zu verdienen. Nur da, wo die Lohnhöhe nach dem Bedürfnis berechnet wird, ist die Beschränkung der Arbeitszeit sinnvoll. Die Anordnung über den Achtstundentag ³⁹⁾ ist daher durchaus sozialistisch gedacht, tatsächlich ja auch ein Ergebnis der damaligen Macht der Sozialdemokratie ⁴⁰⁾.

Der der sozialistischen Arbeitsauffassung eigenen Loslösung des Lohns von der Arbeit entspricht die Forderung einer Unterhaltsrente bei Arbeitsunfähigkeit aller Art. So tut die Einrichtung der Pensionierung, von ihren ständischen Differenzierungen abgesehen, der Bezahlung nach dem Bedürfnis Genüge. Es handelt sich bei der Beamtenpension um Arbeitseinkommen; und zwar wird ein schon verdienter, einst zurückgehaltener Teil des Lohns nachträglich ausbezahlt. Echt bedürfnismäßig ist der Wegfall der Pension mit dem Tod; es besteht nicht ein Anspruch auf den vollen Leistungsentgelt, d. h. auf eine Auszahlung der Abzüge.

Ebenso sind der Idee nach die verschiedenen Formen der Sozialversicherung sozialistisch ⁴¹⁾. Sie bieten gegenüber der Pensionsberechtigung eine Besonderheit dadurch, daß die Arbeiter und Angestellten einen Teil oder bei freiwilliger Versicherung den ganzen Betrag der Einlagen selbst bezahlen. Hier wie bei dem ganz ähnlichen Fall der Mitgliedschaft einer privaten Lebensversicherung sind die Renten ebenso wie die Pension als Arbeitseinkommen anzusehen, denn sie sind durch die frühere Arbeit verdient. Eine theoretische Schwierigkeit scheint sich dann zu ergeben, wenn die Versicherung nicht durch den Kauf einer Renten-anwartschaft, sondern durch die Summierung der ersparten Beträge zu Vermögen geschieht. Wenn nämlich die Zinsen des Ver-

³⁹⁾ Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. 11. 19, RGBl. 1334.

⁴⁰⁾ Es ist interessant, daß das Reichsgericht (Entscheidungen in Strafsachen, Bd. 55, S. 70, zur Begründung der Straflosigkeit der Arbeitnehmer bei Ueberarbeit) den parteipolitischen Charakter der Anordnung als Auslegungsmaxime anerkennt. Hätte das Reichsgericht die Anordnung nicht nur als durch das Klasseninteresse bedingt, sondern rein in ihrem sozialistischen Gehalt begriffen, so wäre es zu entgegengesetzten, vom sozialistischen Standpunkt aus richtigen Resultaten gekommen und hätte auch in der einen das anerkannte Bedürfnis überschreitenden, Lohn erstrebenden Ueberarbeit durch den Arbeitnehmer einen Verstoß gegen die Anordnung erblickt.

⁴¹⁾ Wenn sie auch ihrer tatsächlichen Genesis nach kapitalistisch-sozialpolitisch sind.

mögens zum Leben ausreichen, bleibt noch der Stamm als ein nicht auf die bedürfnismäßige Bewertung der Arbeit zurückzuführendes Mehr übrig; im durchgeführten Sozialismus ist diese Art der Selbstversicherung unmöglich. Innerhalb des Kapitalismus gilt es festzustellen, daß die Ersparnis eines Vermögens, das mit Zinsen und Amortisationsrenten für den Lebensunterhalt während der Arbeitsunfähigkeit aufgebraucht wird ⁴²⁾, der sozialistischen Arbeitsbezahlung nach dem Bedürfnis wohl der *Idee*, nur nicht der *Methode* nach entspricht. Wenn das Vermögen so groß ist, daß etwa die Zinsen zum Lebensunterhalt ausreichen, so ist, normaler Konsum vorausgesetzt, die Arbeit höher bewertet worden als es dem Bedürfnis nach erforderlich gewesen wäre ⁴³⁾. Nur dann kann der Erfolg des Sparens mehr als Arbeits-einkommen sein. Bei der durchgeführten Bewertung der Arbeit nach dem Bedürfnis unterscheidet sich die private Vermögensansammlung nicht von der autoritativen Zurückbehaltung eines Teils des Arbeitslohns beim Beamten oder von der Versicherung durch monatliche Einzahlung der Sparbeträge; dies wird besonders deutlich bei der Möglichkeit des Einkaufs in eine Stiftung mittels einer einmaligen Summe, wogegen eine ebenfalls mit dem Tod wegfallende Rente gewährt wird.

4. Wirksamkeit des Arbeitsleidsprinzips.

Es bleibt noch übrig die Frage nach der Einwirkung der Auffassung der Arbeit als Leid auf die heutige Wirtschaft. Wir haben die Ansicht, daß der Arbeitsbegriff durch die Mühe erschöpfend definiert sei, im ökonomischen Teil zu widerlegen versucht. Eine Einordnung sämtlicher Tätigkeiten in eine einheitliche Leidskala, nach der der Schmutzarbeiter mehr Lohn bekäme als etwa der Gärtner oder der Kaufmann, deren Berufe erheblich weniger »leidvoll« erscheinen, ist weder technisch noch sozial durchführbar. Für die heutige Bewertung der Arbeit ist der Grad der Anstrengung nicht einmal in dem Sinne maßgebend, daß die besondere seelische oder physische Belastung des Arbeitenden durch Lohnsteigerung, wenn auch nur im Groben ausgeglichen wird. Es gibt nur vereinzelte Fälle, in denen eine besonders un-

⁴²⁾ Natürlich pauschal berechnet; auch der Lebensunterhalt für die Familie mag analog der Witwenpension und Witwenrente inbegriffen sein.

⁴³⁾ Wir müssen hierbei von den heute tatsächlich unvermeidlichen sozialen Abstufungen absehen.

angenehme Arbeit durch Zulagen oder Prämien reichlicher entschädigt wird, so finden wir Schmutzprämien in besonders unsauberen Betrieben, Gefahrzulagen, höhere Bezahlung von Arbeit unter Tage, Nachtschichten und Ueberstunden ⁴⁴⁾. Diese Zulagen sind aber nur gering und höchstens geeignet, den Arbeiter über den Lohn seiner Gruppe zu heben. Das Arbeitsleidprinzip wirkt also nur — ebenso wie die sozialistisch-nivellierende Bedürfniskategorie — gelegentlich modifizierend ohne die eigentlichen Abstufungsursachen (»Nutzwert« und »ständische Ideologie«) in ihrer Relativierung zu beeinflussen.

Schluß.

Bei der Analyse der heutigen Zeit hat sich ergeben, daß die Quellen der Arbeitsbewertung nicht nur in der Psychologie des homo oeconomicus, sondern in ganz verschiedenen von uns herausgestellten Typen gesucht werden müssen. Selbstverständlich kann es sich nicht um eine erschöpfende Durchdringung der heutigen tatsächlichen Verhältnisse handeln, sondern lediglich um ein Bild, das in leichten Strichen die charakteristischen Linien wiedergibt und damit andeuten soll, wie eine fruchtbare Verarbeitung des Stoffes, der uns durch die Wirklichkeit gegeben ist, möglich ist. Die Verdienste der ökonomischen Theorie sind dadurch nicht geleugnet, sondern es wurde nur versucht, die Grenzen ihrer Bedeutung konkret festzulegen.

⁴⁴⁾ Bei all dem mag auch ein größeres Bedürfnis mitspielen, ist offensichtlich aber nicht allein maßgebend.

Der heutige Stand der sozialen Versicherung in England.

Von

F. HEYER.

Durch das Gesetz über die Alters-, Witwen- und Waisenversicherung von 1925 ist die britische soziale Versicherung zu einem gewissen Abschlusse gelangt. Grundlegende Aenderungen sind vorerst nicht zu erwarten, so daß eine Uebersicht über den jetzigen Stand ermöglicht ist. Es handelt sich um vier große Zweige der sozialen Fürsorge: Krankenversicherung; Versicherung gegen Arbeitslosigkeit; Alters-, Witwen- und Waisenversicherung und schließlich die Regelung der Haftpflicht für Betriebsunfälle.

A. Die Krankenversicherung wurde durch die National Insurance Act 1911 eingeführt. Sie ist öfter abgeändert worden, bis der Rechtsstoff in der National Health Insurance Act 1924 kodifiziert wurde. Vgl. die Regierungsdrucksache Summary of the Provisions of the National Health Insurance Act 1924 (Memo. 239 — revised) London 1925, ferner Report of the Scottish Board of Health for 1924, Cmd. 2416, London 1925, S. 138 ff. sowie Report of the Interdepartmental Committee on Public Assistance Administration, Cmd. 2011, London 1925, S. 88 ff.)

Versicherungspflichtig sind nach der Akte von 1924, Schedule 1, alle Arbeiter und Arbeiterinnen bis zu einem Jahresverdienst von 250 £, einschließlich von Landarbeitern und Dienstboten, zusammen etwa 15 Millionen.

Die Wochenbeiträge, die durch Klebmarken erhoben werden, sind jetzt durch die Widows, Orphans and Old Age (Contributory) Pensions Act 1925, Schedule 4, wie folgt festgesetzt:

	für Arbeiter	für Arbeiterinnen
Beitrag des Arbeitgebers	4½ d.	4½ d.
Beitrag des Arbeitnehmers . . .	4½ d.	4 d.

Die Staatskasse trägt nach § 1 der Economy (Miscellaneous Provisions) Act 1926 § 1 bei Männern $\frac{1}{7}$ und bei Frauen $\frac{1}{6}$ aller Auszahlungen und Verwaltungsausgaben.

Leistungen (Cmd. 2416, S. 142/3).

1. Krankengeld (sickness benefit) wird vom vierten Tage an gezahlt (§ 10 b) und beträgt:

für Arbeiter	15 sh. die Woche
für Arbeiterinnen	12 „ „ „

(§ 13 des Gesetzes).

2. Invalidenrente (disablement benefit) wird nach 26 Wochen gezahlt, bis die Altersrente anfängt. Sie beträgt 7½ sh. wöchentlich (§ 13).

3. Entbindungsgeld (maternity benefit). Verheiratete Wöchnerinnen erhalten 4 £, gleichviel, ob sie selbst versichert sind oder nur der Ehemann; unverheiratete 2 £ (§ 14).

4. Ärztliche Behandlung und Medikamente (medical benefit, § 12). Die Arztwahl ist frei. Jeder Arzt darf bis zu 2500 Versicherte auf seiner Liste haben und erhält pro Kopf 9 sh. im Jahr (Cmd. 2416, S. 151).

5. Freiwillige Leistungen (Schedule 3 der Akte von 1924). Krankenkassen, die Ueberschüsse haben, können ihren Mitgliedern besondere Vergünstigungen gewähren, z. B. freie Behandlung durch Spezialisten oder Sanatoriumbehandlung oder zahnärztliche Behandlung. (Die Unterbringung in Lungenheilstätten liegt nach der Tuberculosis Act 1921 den Gemeinden ob, die vom Staate dafür Zuschüsse erhalten — Cmd. 2011, S. 107.)

Organisation und Verfahren.

Die Versicherungspflichtigen gehören mit wenigen Ausnahmen einer Krankenkasse (approved society) an (§ 41 des Gesetzes). Die Krankenkassen liegen entweder in der Hand gemeinnütziger Vereine (friendly societies) oder von Gewerkschaften

(Trade Unions) oder von Versicherungsgesellschaften (Industrial Assurance Societies). Die Oberaufsicht wird in England vom Ministry of Health ausgeübt, in Wales vom Welsh Board of Health (§ 130) und in Schottland vom Scottish Board of Health (§ 111). Die Beiträge werden nicht von den Krankenkassen erhoben, sondern durch ein Klebemarkensystem (§ 7/8) einem Health Insurance Fund zugeführt, von denen je einer für England, Schottland und Wales besteht (§ 65, 111, 130). Auch die Staatszuschüsse fließen dorthin. Die Krankenkassen zahlen den sickness benefit, disablement benefit, maternity benefit und den etwaigen additional benefit an ihre Mitglieder aus. Die Gelder dafür erhalten sie von dem Insurance Fund, bei dem die Buchführung für alle Kassen zentralisiert ist. Mit dem medical benefit haben die Kassen nichts zu tun (§ 12); hierfür sind vielmehr besondere insurance committees zuständig, von denen je eins für jede Verwaltungsgrafschaft und jede größere Stadt besteht.

Die Arbeiterregierung hatte 1924 eine Kommission eingesetzt, um über eine Reform der Krankenversicherung zu berichten. In ihrem ausführlichen Gutachten (Report of the Royal Commission on National Health Insurance, 1926, Cmd. 2596) schlug diese u. a. vor (S. 136 ff.), Familienzuschüsse zu gewähren, und zwar durch Erhöhung des Krankengeldes um je 2 sh. für die Ehefrau und jedes unerwachsene Kind. Bei der Invalidenrente wurde eine Erhöhung um je einen Schilling befürwortet. Ferner sollte die Behandlung durch Spezialisten nicht mehr eine freiwillige Leistung der Krankenkassen sein, sondern ihnen allgemein zur Pflicht gemacht werden (S. 123 ff.). Bis jetzt ist daraufhin weiter nichts erfolgt.

Die letzten S t a t i s t i k e n sind die in den Jahresberichten des englischen Gesundheitsministeriums und des schottischen Gesundheitsamtes für 1924 (Cmd. 2450, S. 178 und 188 für England und Wales und Cmd. 2416, S. 239/240 für Schottland). Danach waren in allen drei Reichsteilen zusammengekommen:

die E i n n a h m e n :

Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern .	27	Mill.	£
Staatszuschüsse	7	•	•
Zinsen der Fonds	5	•	•
Insgesamt	39	Mill.	£

A u s g a b e n :

Krankengelder	10 Mill. £
Invalidenrenten	4,6 * *
Entbindungsgelder	1,7 * *
Aerztliche Behandlung und Medikamente	9,2 * *
Freiwillige Leistungen	0,7 * *
Verwaltungskosten	4,8 * *
Insgesamt	31 Mill. £

Die Fonds belaufen sich auf weit über 100 Mill. £, und die Finanzlage der Krankenversicherung ist also eine sehr günstige.

B. Die Arbeitslosenversicherung wurde versuchsweise durch die National Insurance Act 1911 für wenige Gewerbszweige eingeführt und durch die Unemployment Insurance Act 1920 sehr erweitert. Die seit 1921 andauernde Arbeitslosigkeit hat jedes Jahr Abänderungsgesetze nötig gemacht, zuletzt die Unemployment Insurance Act 1926. Eine Kodifikation ist bisher nicht erfolgt. (Vgl. Report of the Ministry of Labour for 1923 and 1924 — Cmd. 2481, S. 116 ff. und Cmd. 2011, S. 118 ff.)

Versicherungspflichtig sind Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Jahresverdienst bis zu 250 £ (Unempl. Ins. Act. 1920 § 1). Ausgenommen sind Landarbeiter und Dienstboden (Akte von 1920, Schedule I, Part II). Die Gesamtzahl der Versicherten ist etwa 11½ Millionen.

Die Wochenbeiträge sind ebenso wie bei der Krankenversicherung für das ganze Reich und für alle Berufe gleich hoch. Sie werden durch Klebmarken entrichtet. Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind sie durch die Unemployment Insurance Act 1925, Schedule 1 und 2, geregelt und für die Staatskasse durch die Economy-Miscellaneous Provisions-Act 1926, § 8 und Schedule II. Danach sind zu zahlen

	für Erwachsene		für Jugendliche von 16—18 Jahren	
	Arbeiter	Arbeiterinnen	Arbeiter	Arbeiterinnen
vom Arbeitgeber	8 d.	6 d.	4 d.	3½ d.
vom Arbeitnehmer	7 d.	6 d.	3½ d.	3 d.
von der Staatskasse	6 d.	4½ d.	3 d.	2¼ d.

Die Leistungen sind ebenfalls überall gleich hoch. Arbeitslosenunterstützung wird erst nach Ablauf einer Woche gezahlt (Unemployment Insurance Act 1925 § 3) und zwar

11*

erhalten nach der Unemployment Insurance (Nr. 2) Act 1924, Schedule 1

Männer	18 sh. wöchentlich	
Mädchen und Frauen	15 sh.	•
Jugendliche Arbeiter	7 ½ sh.	•
Jugendliche Arbeiterinnen . .	6 sh.	•

Im Gegensatz zur Krankenversicherung treten dazu noch Familienzulagen und zwar für die Ehefrau, die nicht selbst Arbeiterin ist, 5 sh. die Woche (Unemployment Ins. Act 1922, § 1) und für jedes unerwachsene Kind 2 sh. die Woche (Unemployment Insurance — Nr. 2 — Act 1924 § 2). Diese Leistungen werden ergänzt durch Zuschüsse der Armenkassen (Unemployment Insurance Act 1922, § 14; ferner die Regierungsveröffentlichung Report on National Unemployment Insurance to July 1923, London 1923, S. 131, sowie Cmd. 2011, S. 78).

Eigentlich soll die Unterstützung in jedem Jahre höchstens 26 Wochen gezahlt werden (Unempl. Ins. Act 1920, Schedule 2). Eine fernere Beschränkung ist die sogenannte one in six rule, wonach auf 6 Beitragswochen immer nur eine Woche Unterstützung gezahlt wird. Bei der jetzt schon seit 6 Jahren andauernden Arbeitslosigkeit haben sich diese Einschränkungen jedoch nicht aufrechterhalten lassen, und sie sind daher einstweilen größtenteils außer Kraft gesetzt (Unemployment Insurance — Nr. 2 — Act 1924, § 1 und Unemployment Insurance Acts 1925, § 2 und 1926 § 1). In den meisten Fällen, wo ein Recht auf den obigen »standard benefit« nicht mehr besteht, wird daher jetzt »extended benefit« gezahlt. Dieser stellt jetzt etwa die Hälfte der gesamten Auszahlungen dar. Später, wenn einmal normale Verhältnisse einkehren, soll er wieder abgeschafft werden.

Organisation und Verfahren.

Die Zentralverwaltung ist für alle drei Reichsteile (England, Schottland und Wales) beim Arbeitsministerium in London vereinigt. Unter diesem stehen die Arbeitsbörsen, deren Errichtung obligatorisch ist. Insgesamt gibt es in ganz Großbritannien rund 380 (Cmd. 2011, S. 119). Jeder Arbeitslose hat sich bei seiner zuständigen Arbeitsbörse zu melden, die sein Arbeitsbuch in Verwahrung nimmt und ihn nach Maßgabe des Gesetzes unterstützt, solange sie ihm keine Arbeit nachweisen kann. Für Streit-

fälle sind drei Instanzen vorgesehen (§ 11 der Akte von 1920). Zuerst entscheidet ein Versicherungsbeamter (insurance officer), darüber steht ein Schiedsamt (court of referees) und schließlich ein vom Arbeitsministerium völlig unabhängiger oberster Schiedsrichter (umpire), dessen Spruch endgültig ist. Dieser ganze Behördenorganismus kostet ungefähr 4 Mill. £ im Jahre.

Neben dieser allgemeinen Versicherung sind noch zwei Sonderformen zugelassen, die jedoch bisher wenig Bedeutung erlangt haben.

§ 17 der Akte von 1920 gewährte den bestehenden freiwilligen Versicherungen die Möglichkeit, die Auszahlung der staatlichen Unterstützung an ihre Mitglieder selbst in die Hand zu nehmen, vorausgesetzt, daß sie mindestens $\frac{1}{3}$ aus eigenen Mitteln dazu legten. Es handelt sich dabei meistens um Gewerkschaften (Trade Unions). Die Anzahl der auf diese Weise versicherten beträgt nur etwa eine Million (Cmd. 2481, S. 143).

§ 18 des Gesetzes von 1920 stellte es einzelnen Gewerbszweigen frei, aus der allgemeinen Versicherung auszusteigen und statt dessen eine gleichwertige Sondernversicherung zu gründen. Hiervon haben die Versicherungsangestellten und Bankangestellten (zusammen 125 000 Personen) Gebrauch gemacht (Cmd. 2481, S. 146). Seitdem hat die Unemployment Insurance — Nr. 2 — Act 1924, § 8 diese »Insurance by Industries« suspendiert, weil sonst alle günstigeren Risiken abgewandert wären.

Statistik.

Die Einnahmen sind für das Fiskaljahr 1926/27 veranschlagt:

Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber	31 360 000 £
Zuschuß der Staatskasse	12 160 000 £
Zusammen	43,5 Mill. £

(vgl. Civil Services. Estimates for 1926/27, Drucksache des House of Commons 1926, Nr. 27, S. XX, Nr. 88). Die Ausgaben richten sich nach den Arbeitslosenziffern. Infolge des Kohlenstreikes werden sie 1926/27 vermutlich höher sein als die Einnahmen, so daß die Regierung dem erschöpften Reservefonds wieder Vorschüsse leisten muß. Am 1. März 1926 beliefen sich diese Vorschüsse noch auf $7\frac{1}{2}$ Mill. £ (Nr. 89 ebenda), die Auszahlungen

dürften sich in den 6 Jahren vom 8. November 1920 (wo die Unemployment Act 1920 in Kraft trat) bis zum 8. November 1926 auf über 250 Mill. £ belaufen.

C. A l t e r s - , W i t w e n - u n d W a i s e n v e r s i c h e r u n g. Die Old Age Pensions Act 1908, die später öfters abgeändert wurde, gewährte Bedürftigen über 70 Jahre eine staatliche Rente. Beiträge wurden nicht gezahlt. Eine völlige Umgestaltung brachte die Widows, Orphans and Old Age-Contributory Pensions Act 1925. Diese hob das Erfordernis der Bedürftigkeit ganz auf und setzte die Altersgrenze auf 65 Jahre herab. Zum Ausgleich dafür wurde die Beitragspflicht eingeführt. (Vgl. Widows, Orphans and Old Age Contributory Pensions Bill. Memorandum explanatory of the Bill, London 1925, Cmd. 2405, sowie das Buch von Robert W. Leach: Widows, Orphans and Old Age Pensions Act, London 1926.)

V e r s i c h e r u n g s p f l i c h t i g sind alle, die zur Krankenversicherung gehören, also 15 Millionen (§ 2 der Akte).

D i e W o c h e n b e i t r ä g e sind nach Schedule I der Akte:

	für Arbeiter	Arbeiterinnen
Arbeitgeber	4 ½ d.	2 ½ d.
Arbeitnehmer	4 ½ d.	2 d.

1936 und 1946 sollen die Beiträge um je 2 pence für Männer und 1 penny für Frauen heraufgesetzt werden. Sie würden also dann für Männer 13 und für Frauen 6 ½ pence betragen (§ 43).

W ö c h e n t l i c h e L e i s t u n g e n .

1. Altersrente für Versicherte über 65 Jahre 10 sh. (§ 1 c). Blinde erhalten nach der Blind Persons Act 1920 die Rente schon mit 50 Jahren (Cmd. 2011, S. 88).

2. Witwengeld 10 sh. (§ 1 a).

3. Waisengeld bis zum 14. Lebensjahre (§ 1 a und b). Vollwaisen 7 ½ sh., Halbwaisen — das älteste — 5 sh., jedes weitere Kind 3 sh. die Woche.

Die Altersrente für 65jährige wird erst von 1928 ab gezahlt (§ 7 und 44). Bis dahin erhalten nur die 70 jährigen die Rente.

Die Organisation und das Verfahren sind dadurch sehr vereinfacht, daß das Erfordernis der Bedürftigkeit in Wegfall kommt. Die Auszahlung geschieht durch die Postämter (§ 30).

Statistik.

In der Drucksache Cmd. 2406, S. 14 hat der Government Actuary eine Berechnung über die voraussichtlichen Zahlungen für die nächsten 30 Jahre aufgestellt. Das Gesetz tritt erst 1928 voll in Kraft. Eine Rente werden erhalten

	1928/29	1965/66
Alte Männer	332 000	529 000
Alte Frauen	160 000	297 000
Witwen	319 000	406 000
Kinder	377 000	1 305 000

Die Auszahlungen werden veranschlagt

	1928/29	1965/66
Renten für 70jährige (S. 16) . . .	33,6	64,4 Mill. £
Renten für 65—70jährige (S. 24) .	12,4	21,5 „ „
Witwen- und Waisengelder (S. 24) .	12,7	38,8 „ „
Zusammen	58,7	124,7 „ „

Die Jahresbeiträge belaufen sich (S. 24) auf

22,9	42,7 Mill. £
------	--------------

Danach würde die Staatskasse 1928/29 36 Mill., 1965/66 rund 80 Mill. £ Zuschüsse zu leisten haben.

D. H a f t p f l i c h t. Die Haftung des Unternehmers für Betriebsunfälle war früher unter der Employers Liability Act 1880 sehr beschränkt. Die Beweislast fiel dem Arbeiter zu. Eine allgemeine Haftpflicht wurde erst 1897 durch die Workmens Compensation Act eingeführt. Das Gesetz wurde oft geändert und schließlich in der Workmens Compensation Act 1925 kodifiziert. Die Employers Liability Act wurde nicht aufgehoben, hat aber ihre Bedeutung fast ganz verloren. Eine obligatorische Unfallversicherung besteht nicht (vgl. Memorandum on the Workmens Compensation Acts 1906 and 1923, London 1924 sowie den letzten Jahresbericht für 1924 Cmd. 2567).

H a f t p f l i c h t i g

ist der Unternehmer für alle Arbeiter und Angestellten bis zu einem Jahresverdienst von 350 £ (§ 3). Die Haftpflicht erstreckt

sich auf jeden Unfall, den der Arbeiter während oder infolge seiner Beschäftigung erleidet. Die Haftung ist nur ausgeschlossen, wenn der Arbeitgeber nachweist, daß der Unfall durch vorsätzliche schwere Verschuldung des Arbeiters verursacht ist. Selbst dann tritt die Haftpflicht ein, wenn der Unfall den Tod oder die dauernde Verstümmelung des Arbeiters zur Folge gehabt hat (§ 1). Ferner haftet der Unternehmer nach § 43 und Schedule 3 für folgende Berufskrankheiten: Milzbrand, Vergiftung durch Blei, Phosphor, Quecksilber, Arsenik und Wurmkrankheit der Bergleute.

Eine Versicherungspflicht

besteht nicht; doch versichern sich die meisten Unternehmer freiwillig.

Leistungen.

1. Im Todesfalle wird eine einmalige Abfindung gezahlt, bestehend aus einer Grundsumme und Zuschlägen für unerwachsene Kinder (§ 8 der Akte von 1925).

Die Grundsumme ist der dreifache Jahresverdienst des Getöteten, mindestens 200, höchstens 300 £. Hingen seine Hinterbliebenen nur teilweise von ihm ab, so wird der Betrag entsprechend gekürzt.

Die Kinderzuschläge betragen für jedes Kind 15% des Lohnes für die ganze Zeit, bis das Kind 15 Jahre alt sein würde.

Die Höchstsumme der einmaligen Abfindung ist 600 £. Sind keine Hinterbliebenen da, so sind die Kranken- und Beerdigungskosten zu erstatten, höchstens aber 15 £.

2. Bei Verletzungen wird eine Rente von 50% des Lohnes gezahlt, höchstens 30 sh. die Woche, bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit entsprechend weniger (§ 9). Dauert die Arbeitsunfähigkeit nicht länger als einen Monat, so beginnt die Zahlung erst mit dem 4. Tage (Cmd. 2567, S. 4).

Krankengeld oder Arztkosten werden nicht erstattet. Eine einmalige Abfindung kann im Vergleichswege vereinbart werden, ein Recht darauf hat keine der Parteien.

Organisation und Verwaltung.

Die Regelung der Haftpflicht wird zur Gewerbepolizei gerechnet. Zuständig ist daher der Polizeiminister (Staatssekretär der Home Office).

Um die Rente zu erhalten, muß der Arbeiter zunächst eine Unfallanzeige machen (§ 14) und sich sodann von dem Arzte untersuchen lassen, den der Unternehmer bezeichnet (§ 17). Ist er mit dem Ergebnis nicht einverstanden, so kann er ein anderes ärztliches Zeugnis vorlegen. Weichen die Zeugnisse voneinander ab, so entscheidet ein vom Grafschaftsgericht ernannter medizinischer Unparteiischer (§ 19). Streitigkeiten über die Höhe der Abfindung oder der Rente schlichtet ein Schiedsrichter oder gleichfalls das Grafschaftsgericht (§ 21). Solche Entscheidungen sowie Vergleiche sind beim Grafschaftsgericht einzutragen. Lautet der Vergleich auf Zahlung einer einmaligen Abfindung statt der Rente, so kann das Gericht eine Nachprüfung vornehmen, damit der Arbeiter nicht übervorteilt wird (§ 23). Bei tödlichen Unfällen ist die einmalige Abfindung in der Regel beim Gericht einzuzahlen (§ 26).

Da es keine Berufsgenossenschaften gibt, können diese auch keine Unfallverhütungsvorschriften erlassen; diese finden sich vielmehr in der Factory Act 1901 und der Coal Mines Act 1911. Beide sind sehr oft abgeändert worden. Eine Kodifikation der Factory Act, die von der Arbeiterregierung vorbereitet war, ist nicht zustandegekommen (Cmd. 2159), wahrscheinlich wird jedoch die konservative Partei 1927 eine entsprechende Vorlage einbringen.

Die Haftung für Berufskrankheiten kann von Berufsgenossenschaften übernommen werden, wenn sich die Mehrheit der Unternehmer dafür entscheidet (§ 45). Für die Silikose der Steinarbeiter kann der Staatssekretär der Home Office von sich aus eine solche Zwangsversicherung vorschreiben (§ 47).

Statistik.

Nach dem letzten Jahresbericht Cmd. 2567, S. 6 wurden 1924 insgesamt 6,675 Mill. £ Entschädigungen ausgezahlt, davon 3,6 Mill. £. durch Versicherungen auf Gegenseitigkeit, 1,54 Mill. £ durch Aktiengesellschaften und nur 1,53 Mill. £ durch unversicherte Unternehmer (S. 5). Bei tödlichen Unfällen war der Durchschnittssatz der Abfindung 273 £, während bei sonstigen Unfällen die Durchschnittsgesamtrente 12 £ 2 sh. betrug (S. 6).

Auf die einzelnen Gewerbszweige verteilten sich die Auszahlungen wie folgt (S. 7/8):

•

	Anzahl der Arbeiter (je 1000)	Anzahl der Unfälle (je 1000)	Entschädi- gungen (je 1000 £)	Durchschnitt pro Arbeiter (sh.)
Bergbau	1 202	231	3 376	56 Sh. 2 d.
Industrie	5 242	202	2 254	8 „ 7 „
Eisenbahnen	521	22	299	11 „ 6 „
Docks	158	14	286	35 „ 5 „
Schiffahrt	207	7	229	22 „ 1 „
Bauarbeiten	106	8	149	28 „
Steinbrüche	75	6	87	23 „ 4 „

Die Zahl der tödlichen Unfälle war 1924 2878 (Cmd. 2567, S. 6).

Die Gesamtbelastung aus der Arbeiterversicherung ist daher bei einem erwachsenen männlichen Arbeiter, wie folgt:

	Arbeitgeber	Arbeitnehmer
Krankenversicherung	4 ½ d.	4 ½ d.
Arbeitslosenversicherung	8 d.	7 d.
Alters-, Witwen- und Waisenversicherung . .	4 ½ d.	4 ½ d.
Zusammen	17 d.	16 d.

Das macht für den Arbeitgeber 70 sh. und für den Arbeitnehmer 74 sh. im Jahr aus. Hinzu kommt für den letzteren noch die Prämie für die Versicherung gegen die Haftpflicht, die man in der Industrie auf vielleicht 16 sh. ansetzen muß. (Im Bergbau ist sie viel höher, etwa 5 £). Auf diese Weise käme der Arbeitgeber auf 90 sh. und der Arbeitnehmer auf 70 sh., zusammen 160 sh. oder 8 £ pro Kopf und Jahr.

Die Entwicklung der Lehre von der Zahlungsbilanz im 19. Jahrhundert bis 1873.

Von

HELENE LEROI-FÜRST.

I. Einleitung. — II. Die Bullion-Kontroverse. 1. Die Bullionisten. 2. Die Antibullionisten. 3. Ergebnisse. — III. Bis zur zweiten Peels-Akte. — IV. Die Peels-Akte 1844. — V. Erkenntnis der Diskontpolitik. — VI. Kritik und Weiterentwicklung der Diskontpolitik.

Auf zweierlei verschiedene Art kann sich die Theorie mit dem Begriff der Zahlungsbilanz auseinandersetzen. Sie kann sich die Untersuchung dieses Begriffs selbst zur Aufgabe machen, indem sie fragt: Woraus besteht die Zahlungsbilanz? Nachdem sie den Begriff »Bilanz« überhaupt definiert hat, würde sie sodann die einzelnen Posten der Zahlungsbilanz zu nennen und gegeneinander abzugrenzen haben ¹⁾. Ein eigentliches Problem stellt diese Definition des Begriffs Zahlungsbilanz jedoch nicht dar. Ein solches bietet sich erst, wenn man — von dem Begriff der Bilanz ausgehend — sich klarmacht, daß in dem Begriff des Gleichgewichts logisch der der Störung beschlossen liegt. Dabei darf man nicht übersehen, daß der Begriff der Zahlungsbilanz nur eine Metapher ist und daß in der ökonomischen Wirklichkeit nicht die Zahlungsbilanz, sondern die Symptome ihrer Störungen: die Bewegungen der Wechselkurse, zur unmittelbaren praktischen Anschauung gelangen. Eine Theorie der Zahlungsbilanz schließt demnach die Aufgabe in sich, die Ursachen der Wechselkursbewegungen zu untersuchen.

Man kann wohl sagen, daß das Problem zu Anfang des 19. Jahrhunderts — nachdem die sog. bank restriction act im Jahre 1797 die Einstellung der Barzahlungen bei der Bank von England verfügt hatte —, zuerst als solches erkannt und mit außergewöhnlichem wissenschaftlichen Ernst und theoretischem Scharfsinn behandelt wurde. Beim Versuch seiner Lösung sonderten sich alsbald zwei große Gruppen

¹⁾ Vgl. Alb. Hahn, Handelsbilanz — Zahlungsbilanz — Valuta — Güterpreise. Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. 48. Bd., 3. Heft, 1921, und Fr. Schmidt, Internationaler Zahlungsverkehr und Wechselkurse, Leipzig 1922, 2. Aufl.

von Ansichten voneinander. Sie stehen sich in der Erklärung für die Bewegungen der Wechselkurse diametral gegenüber. Man pflegt die Vertreter der einen Richtung mit »Bullionisten«²⁾, die der anderen mit »Antibullionisten«³⁾ zu bezeichnen. Jedoch sind dies mehr historische als allgemeine Bezeichnungen. Heute, wo die Polemik zwischen jenen beiden Richtungen bei den Versuchen, die augenblicklichen Wechselkursbewegungen zu erklären, von neuem heftig entbrannt ist, spricht man meistens von »Inflationstheoretikern« und »Zahlungsbilanztheoretikern«⁴⁾. Die Bullionisten (Inflationstheoretiker) erklären die Bewegungen der Wechselkurse aus Veränderungen im Zustand des inneren Geldwesens, die Antibullionisten (Zahlungsbilanztheoretiker) aus Veränderungen des Standes der Zahlungsbilanz. Diese behaupten also, einzig die Handels- und sonstigen Beziehungen zwischen den Völkern bestimmen die Wechselkursbewegungen. Nicht aber — wie es die Bullionisten meinen — der Zustand im Geldwesen der einzelnen Länder, oder — wie man wohl sagen kann — die Veränderungen auf der Geldseite. Hat Knapp⁵⁾ den Standpunkt der Antibullionisten, der *cum grano salis* auch der seine ist, kurz und treffend mit den Worten gekennzeichnet: »der intervalutarische Kurs zwischen zwei Ländern erklärt sich pantopolisch«, so fassen wir — uns Knappscher Terminologie bedienend — das Wesen der bullionistischen Lehre in dem Ausdruck zusammen: der intervalutarische Kurs zwischen zwei Ländern erklärt sich lytrogenetisch.

Im Verlauf unserer Untersuchungen werden wir bald auf die Vertreter der einen, bald auf die der anderen Gruppe stoßen. Das, was hier in Kürze über sie gesagt worden ist, scheint demnach das Ergebnis unserer späteren Ausführungen vorwegzunehmen. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Wir haben die Gegensätzlichkeit der beiden Theorien in ihrem Wesen nur angedeutet, und auch das nur, weil in der verschiedenen Erklärungsweise dieser beiden Lehren die Gesichtspunkte liegen, die uns bei unserer Untersuchung leiten sollen. Wir wollen uns mit der Entstehung dieser beiden Lehren, ihrer Darlegung, ihrer weiteren Entwicklung und gegenseitigen Polemik beschäftigen. Dabei gilt es, eine Beurteilung der Lehren zu vermeiden. Es soll eine Geschichte

²⁾ Vgl. K. Diehl, Ueber Fragen des Geldwesens und der Valuta, 2. Aufl., Jena 1921, und P. Aretz, Die Entwicklung der Diskont-Politik der Bank von England, Berlin 1916.

³⁾ Den Namen »Bullionisten«, der vom Bullion-Report hergeleitet zu sein scheint, mit »Metallisten« wörtlich zu übersetzen, ist — trotz der nahen Berührungspunkte zwischen den Bullionisten und den heutigen Metallisten — kaum angängig.

⁴⁾ Vgl. Alb. Hahn, Handelsbilanz — Zahlungsbilanz — Valuta — Güterpreise. Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. 48. Bd., 3. Heft, 1921, und Eduard Kellenberger, Kritik über »Schmidt, Internationaler Zahlungsverkehr und Wechselkurse« im Weltwirtschaftlichen Archiv, Bd. 16, I.

⁵⁾ Georg Fr. Knapp, Staatl. Theorie des Geldes, 3. Aufl., München und Leipzig 1921, S. 206.

der Lehre von der Zahlungsbilanz in jener Zeit geschrieben werden unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Welche Hypothesen werden zur Erklärung der Wechselkursbewegungen aufgestellt?
2. Welche Meinungen und Forderungen betreffs eines Ausgleichs der Zahlungsbilanz werden aus diesen Hypothesen abgeleitet?

II. Die Bullion-Kontroverse.

1. Die Bullionisten.

Es kann nicht die Aufgabe unserer Arbeit sein, die Ereignisse zu schildern, die im Jahre 1797 zur Aufhebung der Barzahlungen bei der Bank von England führten, und die Ursachen dieser Verfügung darzulegen. Sie interessiert uns nur insoweit, als sie selbst und ihre Folgen Anlaß gegeben haben, Kontroversen über das uns beschäftigende Problem ins Rollen zu bringen. Hieraus ergibt sich, daß wir uns nicht mit den Ereignissen und ihren Wirkungen zu befassen haben, sondern mit den Meinungen und Äußerungen über dieselben. Und unter diesen mannigfaltigen Meinungsäußerungen sind für uns nur diejenigen wesentlich, die — um es noch einmal zu wiederholen — sich mit den Veränderungen im Stand der Wechselkurse, ihren Ursachen und den Möglichkeiten, auf sie einzuwirken, beschäftigen.

In England waren sowohl in praktisch-wirtschaftlicher als auch in theoretisch-wissenschaftlicher Beziehung alle Bedingungen vorhanden, um die Polemik besonders gründlich und lebhaft zu gestalten. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte sich dieses Land — dem Kontinent weit voran — aus einem überwiegend Ackerbau treibenden in ein Industrieland verwandelt, — man denke nur an die großen Erfindungen in der Baumwoll- und Eisenindustrie, begleitet von bedeutenden Verbesserungen auf dem Gebiete des Transportwesens. Der Geldverkehr des Landes wurde entsprechend ausgedehnter und verwickelter. Nun erhielt das ohnehin stets rege Interesse für wirtschaftliche Fragen einen neuen Anstoß, als die Bank von England ihre Barzahlungen einstellte, ein Ereignis, das man bisher in England als eine so langandauernde Maßnahme noch nicht erlebt hatte. Zu all dem kam, daß man hier, im Geburtslande der klassischen Oekonomie, das wissenschaftliche Rüstzeug, die Fragen anzupacken, in reichem Maße besaß.

Wir haben schon erwähnt, daß sich die Ansichten über unser Problem im Anfang des 19. Jahrhunderts in zwei große Gruppen scheiden, die sich diametral gegenüberstehen. Nehmen wir dies als principium divisionis, die chronologische Reihenfolge der einzelnen Vertreter dieser Ansichten als principium subdivisionis. Wir werden also so verfahren, daß wir die Vertreter der einen Theorie in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge den Vertretern der anderen Theorie, ebenfalls chronologisch geordnet, gegenüberstellen. Diese Methode hat den Vorteil, allzu häufige Wiederholungen vermeidbar zu machen.

Das Problem wurde zuerst von einem Parlamentsmitgliede

Walter Boyd, in einem an den Minister Pitt gerichteten Briefe angeschnitten⁶⁾. Boyd war ein Londoner merchant banker. Aus der Tatsache, daß seine Ausführungen in zahlreichen Flugschriften angegriffen wurden, und man ihnen sogar den Vorwurf nicht ersparte, sie erschütterten das Vertrauen in die Solidität der Bank von England⁷⁾, kann man wohl den Schluß ziehen, daß die publizistische Behandlung gerade dieser Fragen und in diesem Sinne für jene Zeit etwas Neues und Ungewohntes darstellte. Man vergegenwärtige sich nur, daß Boyd sich schon in Ricardoschen Gedankengängen bewegt, und daß zwischen der Entstehung dieser Schrift 1800 und Ricardos erster Stellungnahme zu dieser Frage in einem Artikel des »Morning Chronicle« 1809 nur 9 Jahre liegen. Wenn wir also Boyd neben seinen vollständigeren und bedeutenderen Nachfolgern nennen, so deshalb, weil — wie Macleod⁸⁾ sich ausdrückt — »if he had not the actual merit of discovering it, Mr. Walter Boyd was certainly one of the first to proclaim it, and call public attention to it«.

Welches war die große Wahrheit, die Boyd als einer der ersten proklamierte? Hören wir Macleod⁹⁾: »It was at this time, that the great and palpable truth was discovered, that if a deterioration of the coinage produced a rise of the market price of bullion above the mint price, and a fall in the foreign exchanges under a metallic currency, then that the opposite proposition was also necessarily true. That under a paper currency which was only the representative of a metallic currency, if the market price of bullion (i. e. the paper price) exceeded the mint price, and the foreign exchanges fell beyond the cost of the transmission of specie, that excess could only arise from the depreciation of the representative of the metallic currency, and therefore that when these circumstances occurred they infallibly indicated that the paper currency was depreciated.« Prüfen wir die Faktoren, die nach Boyd den Stand der Wechselkurse beeinflussen. Sie liegen bei ihm ausschließlich auf der Geldseite. »The depreciation of the currency« ist es, die das Sinken der Wechselkurse verursacht hat. Und wodurch ist das Geld des Landes »entwertet« worden? Durch »the excessive circulation of Bank-notes«¹⁰⁾, die also indirekt der Grund des Sinkens der Wechselkurse ist. Es wird behauptet, daß ein übermäßiger Geldumlauf stets geldentwertend wirkt, denn: »That the augmentation of the quantity of money, or paper performing the functions of money, in a country, has a tendency to depreciate that money or paper, is a

⁶⁾ Walter Boyd, A Letter to the Right Honorable William Pitt on the influence of the stoppage of Issues in specie at the Bank of England on the prices of provisions and other commodities (1800), 2. Aufl., London 1801.

⁷⁾ Francis Baring, Observations on the publication of Walter Boyd, London 1801.

⁸⁾ H. D. Macleod, The Theory and Practice of Banking, London 1856, Bd. 2, S. 110.

⁹⁾ H. D. Macleod, A Dictionary of Political Economy, London 1863, Art. Banking in England.

¹⁰⁾ Boyd, a. a. O. S. 4.

principle universally recognized«¹¹⁾. Die Wirkung bleibt also die gleiche, ob sie einem Zuviel an Metall oder an Papier entspringt, nämlich »to depreciate that money or paper«. Es ist dies ein späterhin so häufig und ausgiebig berührter Punkt, daß es uns nicht überflüssig scheint, die betreffende Stelle bei Boyd¹²⁾ anzuführen: »... but if, instead of so much additional paper, not convertible, at pleasure, into specie, this country has acquired, by supernatural means, and thrown into every channel of circulation, the same additional currency in gold and silver, within the same period, this influx, altogether disproportioned to the progress of the industry of the country within that period, could not have failed, to produce a very great rise in the price of every species of property...«. Wohl aber besteht ein Unterschied, — und hierbei kommen wir zu den Vorschlägen, die Boyd zur Beseitigung der ungünstigen Wechselkurse macht: Metall ist exportierbar, Papier jedoch nicht. Die Wechselkurse können also bei metallischen Währungen in der Regel auf eine längere Zeit nur um die Kosten der Metallversendung vom Paristande abweichen — das, was wir heute Goldpunkte nennen —, denn ein Zuviel an Zirkulationsmitteln strömt automatisch ins Ausland oder, wenn es Papier ist, an die ausgebende Bank zurück, um Gold dafür einzutauschen und dieses auszuführen. Ein Uebermaß an Zirkulationsmitteln ist also in praxi schlechterdings unmöglich. Nicht so bei uneinlöslichem Papiergeld. In der Aufhebung der Barzahlungen bei der Bank von England sieht demnach Boyd die Ursache der Zuvielausgabe von Noten, in dieser den Grund der Geldentwertung, die ihrerseits das Sinken der Wechselkurse verschuldet hat. Der Zirkel ist geschlossen: damit die Wechselkurse wieder steigen, wird die Aufnahme der Barzahlungen gefordert.

Die Ausführungen Boyds sind ihrem Wesen und ihrer Form nach publizistisch, entbehren also des Anspruchs strengster Wissenschaftlichkeit. Seinen Behauptungen fehlt vielfach jede theoretische Begründung. Uns interessiert — um es noch einmal kurz zusammenzufassen — folgendes Ergebnis: Die Ursachen ungünstiger Wechselkurse liegen nur im Zustand des Geldwesens. Die Bedeutung anderer Faktoren, »causes of a contrary tendency«¹³⁾ — u. a. werden der Krieg und schlechte Ernten als solche genannt — wird als unwesentlich für die Bewegung der Wechselkurse erklärt. Schließlich wird die Wiederaufnahme der Barzahlungen bei der Bank von England gefordert, da ihre Einstellung die Mißstände im Geldwesen verschuldet hat.

Schon drei Jahre später, 1803, wurde der enge Zusammenhang zwischen Notenmenge einerseits, Wechselkursen andererseits in einer Schrift von Lord King¹⁴⁾ noch nachdrücklicher betont, als es einige Jahre vorher von Boyd geschehen war. Beide können als die

¹¹⁾ Boyd, a. a. O. S. 7.

¹²⁾ Boyd, a. a. O. S. 8.

¹³⁾ Boyd, a. a. O. S. 31.

¹⁴⁾ Lord King, *Thoughts on the effects of the bank restriction*, 2. Aufl., London 1804.

Vorläufer Ricardos bezeichnet werden ¹⁵⁾). Kings Gedankengänge gipfeln in der Feststellung, daß die Bewegung der Wechselkurse durch den inneren Wert des Umlaufmittels, »the intrinsic value of the currency« ¹⁶⁾ bestimmt wird. Eine Entwertung desselben durch eine zu große Menge von Umlaufmitteln ist unmöglich bei einem metallischen sowie einem in Metall einlösbaren Papiergeldumlauf, denn das Uebermaß kann infolge seines »inneren Wertes« in andere Länder exportiert werden, während uneinlösbares Papiergeld im Lande bleiben und seinem Uebermaß entsprechend entwertet werden muß (»must be depreciated in the degree of its excess«, S. 31). »A degraded currency may affect the rate of exchange to any possible extent, having no other limit than the degree of degradation.« Und schließlich: »... a fall in the foreign exchanges beyond the cost of sending bullion from one place to another, is the proof and the measure of the depreciation of the paper money.« Zur Beseitigung der ungünstigen Wechselkurse wird die im Prinzip gleiche Forderung aufgestellt wie bei Boyd: allmähliche Verringerung der Noten, damit die Bank ohne Gefahr der Golderschöpfung ihre Barzahlungen wieder aufnehmen kann.

Lord Kings Schrift war Ricardo nicht unbekannt. Er erwähnt sie in der Vorrede zu den drei ersten Auflagen seiner Schrift: »The High Price of Bullion« mit den Worten: »Der Verfasser ist sich bewußt, daß er nur wenig zu den Argumenten hinzufügen kann, welche so trefflich durch Lord King ins Feld geführt worden sind, und welche längst schon jedermann hätten überzeugen müssen ¹⁷⁾«. Ricardo trat mit seinen Ansichten über das uns beschäftigende Problem zuerst im Jahre 1809 an die Öffentlichkeit. Es geschah das in einem Artikel des »Morning Chronicle« betitelt »The Price of Gold«. Der Aufsatz hatte

¹⁵⁾ Es sei erwähnt, daß Macleod (»Theory and Practice of Banking«) sowie Andréadès (»History of the Bank of England«), der sich in diesem Punkte wie häufig an Macleod anlehnt, hier eine Ungenauigkeit unterlaufen ist. Beide erwähnen unter den Vorläufern Ricardos neben Boyd und King auch Thornton. Die betr. Stelle bei Andréadès lautet: »Boyd's pamphlet served to call attention to the matter, and it was followed by the more complete works of Thornton and Lord King (S. 214). Mit seiner 1802 erschienenen Schrift stellt sich Thornton jedoch in die Reihe der Ricardo und Lord King entgegengesetzten Anschauungen. Er gehört zu den Antibullionisten. Der Irrtum ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß wir Thornton acht Jahre später als einen der Verfasser des Bullion-Reports wiederfinden, also als Anhänger der Ricardoschen Theorien. Diehl (»Ueber Fragen des Geldwesens und der Valuta«) weist zwar Thornton den richtigen Platz an, der ihm seinem Erstlingswerk zufolge gebührt, erwähnt aber keineswegs den Widerspruch mit Thorntons späteren Publikationen. Wir haben einzig bei Aretz (P. Aretz, Die Entwicklung der Diskont-Politik der Bank von England 1780 bis 1850, Berlin 1916) eine Hinweisung in einer Fußnote gefunden (S. 74): »Thornton hatte demnach seit Veröffentlichung seines Paper Credit im Jahre 1802 seine Anschauungen wesentlich geändert.«

¹⁶⁾ King, a. a. O. S. 32.

¹⁷⁾ Zit. nach Karl Diehl, Sozialwissenschaftl. Erläuterungen zu David Ricardos Grundsätzen der politischen Oekonomie und der Besteuerung, Leipzig 1905, II. Teil, S. 270.

mehrere scharfe Entgegnungen zur Folge, deren eine ebenfalls im »Morning Chronicle« erschien mit der Unterschrift: »A friend to Bank Notes, but no Bank Direktor.« Sie stammte von Hutches Trower, der späterhin Ricardos naher Freund wurde. Ricardo antwortete auf Trowers Entgegnung in einem zweiten Artikel des »Morning Chronicle«, dem zwei Monate später ein dritter folgte. Alle drei Artikel hat Ricardo in einer Broschüre zusammengefaßt¹⁸⁾, — wie Mc. Culloch¹⁹⁾ sagt, in eine »more systematic form« gebracht. Ricardo selbst spricht in der Vorrede zu dieser Broschüre aus, er habe darin seine Gedanken in einer Art geäußert, die besser geeignet sei, sie zu einer klaren Diskussion gestellt zu sehen²⁰⁾. Die Hauptgedanken der Schrift²¹⁾ in bezug auf unser Problem sind kurz die folgenden: »... die Versuchung, Geld im Austausch gegen Waren auszuführen, was man eine ungünstige Handelsbilanz nennt, geht nur aus einem allzu reichlichen Zahlungsmittelumlauf hervor²²⁾.« Im Anhang zu seiner Schrift wird dieser Gedanke, daß der Stand der Wechselkurse durch die Menge des im Lande vorhandenen Geldes bedingt sei, noch nachdrücklicher ausgesprochen²³⁾: »... eine ungünstige Handelsbilanz und ein infolgedessen niedriger Wechselkurs müssen unter allen Umständen von einem relativ reichlichen und billigen Zahlungsmittel herrühren.« Diese Behauptung ist der Schlußstein folgender Erwägungen: Edelmetall wird nur exportiert, wenn es die billigste Ware ist, also wenn »seine Ausfuhr vorteilhaft für das Land ist«²⁴⁾. Gold und Silber folgen nämlich denselben Gesetzen wie alle anderen Waren, »sie verlassen das Land, wo sie billig sind, und gehen nach den Ländern, wo sie teuer sind«²⁵⁾. Da nun das Geld eines Landes ein Produkt ist, »dessen Wert hauptsächlich von seiner Seltenheit herrührt, wird es naturgemäß entwertet, wenn es im Uebermaße vorhanden ist«²⁶⁾. Oder, wie es späterhin ausgedrückt wird: »... die Entwertung des Zahlungsmittels ist die notwendige Folge seines Uebermaßes«²⁷⁾. Folglich wird das Geld, das so durch seine zu große Menge entwertet, also billig geworden ist,

¹⁸⁾ Unter dem Titel: »The high Price of Bullion, a Proof of the Depreciation of Bank Notes.« Zuerst erschienen 1809.

¹⁹⁾ Mc. Culloch, The literature of political economy, London 1845.

²⁰⁾ »Three letters on the Price of Gold« (A reprint of economic tracts, edited by Hollander), Baltimore 1903, S. 27.

²¹⁾ Wir übersetzen die Zitate von Ricardo nach der englischen, 1846 von Mc. Culloch herausgegebenen Gesamtausgabe von Ricardos Werken, da die deutsche Uebersetzung der Broschüre in den Diehl-Mombertschen Lesestücken zum Studium der politischen Oekonomie voll von störenden Uebersetzungsfehlern ist.

²²⁾ Ricardos Works, ed. Mc. Culloch, S. 267.

²³⁾ Appendix zur 4. Aufl. 1811: »Observations on some passages in an article in the Edinburgh Review, on the depreciation of paper currency...«, abgedruckt bei Mc. Culloch, a. a. O. S. 297.

²⁴⁾ Ricardo, a. a. O. S. 267.

²⁵⁾ Ricardo, a. a. O. S. 264.

²⁶⁾ Ricardo, a. a. O. S. 263.

²⁷⁾ Ricardo, a. a. O. S. 270.

so lange ins Ausland an Stelle anderer teurer gewordener Waren exportiert, bis das alte Verhältnis zwischen den Geldmengen der verschiedenen Länder wieder hergestellt ist, das vorher bestanden hat, — bevor nämlich jene zu große Menge Geldes in einem Lande sich bemerkbar gemacht hat. Zu groß, das heißt bei Ricardo, die Menge überschreitend, die »dem Zustand ihres Handels und Wohlstands und daher der Zahl und Häufigkeit der von ihnen zu leistenden Zahlungen entspricht«²⁸⁾. Was aber geschieht, wenn das Geld des Landes so beschaffen ist, daß man sein Uebermaß nicht exportieren kann, was also tritt ein bei uneinlöslichem Papiergeld? Die zu große Menge muß im Lande bleiben, denn man kann dieses Geld nicht in Edelmetall eintauschen, das allein exportierbar ist. Die »Entwertung des Zahlungsmittels« hat nun keine Grenzen mehr. Wird andernfalls ein Uebermaß automatisch beseitigt, indem das Geld eben infolge seiner zu großen Menge als billigste Ware ausgeführt wird, solange bis der Rest klein genug ist, um den gleichen Wert wie das Geld der anderen Länder zu haben, so kann die Bank nun das Land ad libitum mit Zahlungsmitteln überschwemmen, während im »normalen Zustand des Geldwesens im Lande dieser Entwertung durch den Export der Edelmetalle entgegen gewirkt wird«²⁹⁾.

Wenn somit »im normalen Zustand des Geldwesens« die Wechselkurse sich nicht um mehr als um den Betrag der Unkosten der Edelmetallversendung über und unter pari bewegen können, so werden sie jedoch »dem Grad der Entwertung entsprechend fallen, wenn das Geld des Landes aus entwertetem Papiergeld besteht«³⁰⁾. Und er fährt fort: »Der Wechselkurs ist daher ein ziemlich genaues Kriterium für die Entwertung des Zahlungsmittels, sei es infolge Münzabnutzung, sei es infolge Papiergeldentwertung«³¹⁾.

Um die logische Geschlossenheit seines Gedankengebäudes aufrechtzuerhalten, vergewaltigt Ricardo nicht nur Tatsachen — wie wir denn später bei Tooke erfahren werden, daß besonders in den

²⁸⁾ Ricardo, a. a. O. S. 263.

²⁹⁾ Ricardo, a. a. O. S. 270.

³⁰⁾ Ricardo, a. a. O. S. 274.

³¹⁾ Es ist hier absichtlich ein Eingehen auf die Quantitätstheorie des Geldes vermieden worden, zu deren Anhängern hier auch Ricardo zu zählen ist. Faßt er doch das Verhältnis zwischen Geldmenge und Warenpreisen als ein mechanisch-automatisches auf und behauptet vor einer Kommission des Unterhauses, daß die Verminderung oder Vermehrung der Menge des Geldes stets den Preis der Waren steigert oder erniedrigt (Commons Cash payments report 1797, S. 198). Diese seine Ansicht ist für Ricardos Lehre vom selbsttätigen Ausgleich der Zahlungsbilanz entscheidend geworden. Jedenfalls ist seine quantitätstheoretische Einstellung dazu angetan, das Dunkel ein wenig zu erhellen, in das er den Mechanismus jenes von ihm behaupteten Einflusses einer übergroßen Geldmenge auf die Wechselkurse hüllt. Die folgende Kausalreihe tritt nunmehr zutage: Vermehrung der Zirkulationsmittel — Steigen der Warenpreise — Verminderung des Exports und Vermehrung des Imports — ungünstiger Stand der Wechselkurse. Dementsprechend findet auch der etwaige selbsttätige Ausgleich der Zahlungsbilanz auf dem Wege über die Preise statt.

Jahren 1802—08 weder die Bewegungen der Wechselkurse noch auch die Notenvermehrung de facto eine solche war, wie sie Ricardo nicht etwa postuliert, sondern zur Erhärtung der Theorie als geschehen darstellt —, er zwingt auch die Theorie selbst aufs allerengste ein. Fullarton sagt darüber³²⁾: »Mr. Ricardo had passed his life amid the controversies which grew out of the Restriction Act, and had accustomed himself so long to consider all the great fluctuations of exchange and of the price of Gold as results of the excessive issues of the Bank of England, that at one time he seemed scarcely willing to allow, that such a thing could exist as an adverse balance of commercial payments.«

Wir werden gleich sehen, daß Ricardo zu solchen Schlußfolgerungen kommen muß, einfach indem er seine Theorie auf die Spitze treibt. Seiner Ansicht nach wird stets die billigste Ware exportiert. Sie möge durch Import anderer Waren, die im Ausland billiger sind, bezahlt werden. Angenommen nun, es würden mehr Waren ein- als ausgeführt, und der Ueberschuß würde bezahlt, indem Gold ins Ausland gesandt würde. Es läge nahe, den Grund für eine solche sogenannte ungünstige Handelsbilanz in Veränderungen der Nachfrage nach Waren, Verschiebung der Produktionsverhältnisse im Lande usw. zu suchen. Ricardo schließt folgerichtig aus seinen Prämissen: die Tatsache, daß ein Teil der Einfuhr mit Gold bezahlt wird, beweist, daß das Gold im Uebermaß vorhanden ist, daß seine Ausfuhr vorteilhafter ist als die weitere Ausfuhr von Waren, daß es billiger geworden ist. Ueberhaupt können nur dann mehr Waren ein- als ausgeführt werden, also eine sogenannte ungünstige Handelsbilanz entstehen, wenn ein Uebermaß von Geld, das man exportieren kann, im Lande vorhanden ist. In Wahrheit gibt es also keine ungünstige Handels- oder Zahlungsbilanz, selbst nicht als Wirkung einer »redundant currency«, denn ihre Ursache, der Ueberfluß an Geld, strömt ab und schafft automatisch den Ausgleich. Besteht aber das Zahlungsmittel aus uneinlöslichem, nicht exportierbarem Papiergeld, so kann überhaupt keine ungünstige Bilanz entstehen. Es ist kein Gold verfügbar, um einen Saldo zu bezahlen, folglich kann ein Saldo gar nicht erscheinen. Man kann es sich nicht leisten, Waren im Austausch gegen Geld einzuführen, da kein Geld (Gold) zur Bezahlung dieser Waren vorhanden ist. Man kann also Waren nur gegen Waren einführen, obgleich es lohnend wäre, sie gegen Geld zu importieren. Denn das Geld des Landes ist ja infolge seiner Entwertung die billigste Ware geworden. Aber man kann sie nicht exportieren. Man ist also gezwungen, gewissermaßen Verschwendung zu treiben, da man die importierten Waren nicht mit der billigsten Ware, dem Gelde, bezahlen kann, sondern für andere Waren austauschen muß, die teurer als das Geld sind. Dieses ist gezwungen, im Lande zu bleiben, eine Tatsache, infolge derer nun die Wechselkurse in ihrer Bewegung nur noch durch den Grad der Entwertung des Zah-

³²⁾ James Fullarton, On the regulation of currencies, 2. Aufl., London 1845, S. 133.

ungsmittels bestimmt werden. Dieses letzte scheint selbstverständlich, nachdem man schon gehört hat, daß die Ausfuhr von Edelmetall, ein Uebermaß von Umlaufsmitteln überhaupt, nicht die Folge, sondern die Ursache einer ungünstigen Bilanz sei.

Aus diesen Darlegungen zeigt es sich klar, daß wir Ricardo als den Hauptvertreter jener Richtung bezeichnen können, nach der nur der Zustand des Geldwesens im Lande für die Bewegungen der Wechselkurse verantwortlich zu machen ist. Ricardos Theorie von der Zahlungsbilanz ist demnach folgende: Der Stand der Zahlungsbilanz wird bestimmt durch die Geldverhältnisse im Lande. Eine eigentlich günstige oder ungünstige Bilanz gibt es nicht, man hat nur den Umfang der Zahlungsmittel, ihre Vermehrung oder Verminderung anzusehen, die ihrerseits ganz allein dafür aufzukommen haben, was für eine Bilanz zustande kommt. In der Regel gleicht sich die Bilanz automatisch aus. Denn eben diese selbsttätig funktionierende Ausfuhr des Geldes reguliert seine Menge und schafft damit den Ausgleich der Zahlungsbilanz auf dem Wege über die Preise.

Einzig für das Geldwesen muß darum Sorge getragen werden. Alle internationalen Beziehungen, Handel, Subsidien, Kriegsentschädigungen usw. unterliegen weder der Möglichkeit noch der Notwendigkeit einer Beeinflussung. Sind sie nach Größe und Art doch wiederum erst vom Zustande des Geldwesens bedingt.

Ein Geldwesen mit einlösbarem Papiergeld, das einen den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Zahlungsmittelumlauf automatisch herbeizwingt, gilt als ideale und einzige Garantie. Demgegenüber muß ein Geldwesen mit uneinlöslichem Papiergeld mit seiner völlig hemmungslosen, jedenfalls durchaus der Willkür einiger weniger Personen überlassenen Möglichkeit eines übermäßigen Geldumlaufs abgelehnt werden. Ricardo fordert als letztes die Aufhebung der Restriction Act; fürs erste, um dies erst möglich zu machen, die Verringerung des im Umlauf befindlichen Betrages an Banknoten, bis allmählich der Marktpreis des Goldes auf seinen Münzpreis reduziert sei.

Mit Ricardo schien die Theorie der Bullionisten einen Höhepunkt erreicht zu haben. Er hatte ihr die endgültige Formulierung gegeben und sie wissenschaftlich auf eine vorher nie erreichte Höhe gebracht. Vergessen wir jedoch nicht, daß seine Ergebnisse nicht durchaus neue waren, wenschon seine Vorgänger Boyd und King ihm die Beweisführung der von ihnen zuerst ausgesprochenen Gedanken im wesentlichen überlassen hatten. Und — da wir von Entwicklung sprechen — soll auch dies nicht unerwähnt bleiben: Boyd und King schrieben 1800 und 1803, also zu der Zeit, als zum ersten Male seit der Bank Restriction das Sinken der Wechselkurse zusammen mit anderen Anzeichen allgemeine Beunruhigung erregte. Als Ricardo seine Schrift veröffentlichte, waren jene Erscheinungen, nachdem man sie einige Jahre kaum beobachten konnte, zum zweiten Male und mit ungleich stärkerer Heftigkeit aufgetreten. Es ist hier wie bei einer Krankheit: je weiter sie fortgeschritten ist, desto nötiger wird der Arzt gebraucht, desto

leichter und genauer kann er die Diagnose stellen. Das schon im Anfang der Krankheit zu tun, ist ebenso schwierig wie verdienstvoll.

Um im Bilde zu bleiben: es kann hier nichts darüber ausgesagt werden, welche Diagnose richtig ist. Wenn aber zu verschiedenen Zeiten ähnliche Diagnosen aufgestellt worden sind, gehört es zu unserer Aufgabe, ihrem Zusammenhange, der nicht immer klar vor Augen liegt, nachzuspüren.

Ein solcher besteht denn auch zweifellos zwischen Ricardo und dem Bullion-Report. Ob alle Mitglieder der Kommission Ricardos Schrift gekannt haben, wissen wir nicht, von den drei Verfassern des Berichts können wir das ohne weiteres annehmen; gehört doch neben Horner und Huskisson auch Henry Thornton zu ihnen, mit dessen früher erschienenem Werk Ricardo sich in seiner Broschüre auseinandersetzt ³³⁾. Jedenfalls ist ein starker geistiger Einfluß Ricardos auf das Bullion-Committee, dessen Schlußfolgerungen durchaus mit Ricardos Ansichten übereinstimmen, keineswegs zu leugnen, sind doch sogar Stimmen laut geworden, die erklärt haben, Ricardo habe den Bullion-Report »inspiriert«, eine Unterstellung, die Ricardo selbst mit Recht zurückgewiesen hat ³⁴⁾.

Da wir nun einmal im Begriff sind, die zeitlich bedingte geistige Struktur des Bullion-Reports aufzudecken, können wir uns nicht versagen, auf eine andere ähnliche Verknüpfung hinzuweisen. Schon 1804, sechs Jahre vorher also, war einmal eine Kommission vom Parla-mente beauftragt worden, »to inquire into the cause of the present high rate of exchange between Great Britain and Ireland and the state of the currency in the latter kingdom«. Nicht nur, daß die Umstände in Irland, die zur Ernennung dieser Kommission führten, genau die gleichen waren, wie 1810 in England, die beiden Berichte selbst stimmen in allen Punkten haarscharf überein. Auch die als Sachverständige vernommenen irischen Bankdirektoren äußern dieselben Ansichten wie später ihre englischen Kollegen. Obgleich der Report von 1804 erst 1826 für die Öffentlichkeit gedruckt wurde, war er dem Bullion-Committee von 1810 bekannt und wird in seinem Bericht erwähnt. Zwei seiner Mitglieder gehörten zudem beiden Kommissionen an.

Die Tatsache, daß der Bullion-Report von 1810 — wie Macleod sich ausdrückt ³⁵⁾ — »is written in a more methodical and scientific form, and is superior as a literary performance«, kann es nicht allein verständlich machen, daß das ältere Produkt, das völlig den Anspruch auf Originalität erheben durfte, nahezu in Vergessenheit geraten konnte, während der spätere Bericht berühmt geworden ist. Es kommt häufig vor, daß die Ergebnisse des menschlichen Geistes in eine Zeit fallen, die mit ihnen noch nichts oder nichts mehr anzufangen weiß. So wurde dem Report von 1804 nicht die große und allgemeine Aufmerksamkeit

³³⁾ Vgl. unsere Anmerkung 15 auf S. 176.

³⁴⁾ Vgl. H. S. Foxwell, Preface zu Andréadès, History ... S. XX; vgl. auch J. Laurence Laughlin, The Principles of Money, London 1903, S. 254: ... »the Report in the main expressed the doctrines of Ricardo ...«

³⁵⁾ Macleod, a. a. O. Bd. 2, S. 139.

zuteil, die er wohl verdient hätte, und die dem Bullion-Report von 1810, teils dank der vorangegangenen Polemik um Ricardo herum, teils infolge der immer schärferen Zuspitzung der wirtschaftlichen Zustände, in reichstem Maße widerfuhr.

Das Gesagte braucht nun nicht etwa die große Bedeutung des Bullion-Reports abzuschwächen und soll die wichtige Rolle, die er in der englischen Bankpolitik gespielt hat, keineswegs verkleinern. Es ist nicht wertend gesagt worden, sondern lediglich feststellend, um Zusammenhänge aufzuhellen; wie es uns denn scheint, daß Ideengeschichten sich neben den literarischen Produkten als Äußerungen jener Ideen ebensowohl mit der Quelle und der Mündung dieser Geisteserzeugnisse zu befassen haben.

Die englischen Parlamentsenquêtes sind bekanntlich durchweg wissenschaftlich ernster zu nehmen, als das in der Regel mit derartigen Kommissionsarbeiten zu geschehen pflegt. Von jeher hat man in England wirtschaftliche Dinge, insbesondere Geld- und Bankfragen im Parlamente mit größerem Eifer, mit mehr Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit behandelt als irgendwo anders. So hat denn auch das 1810 vom Parlamente eingesetzte »Select Committee to enquire into the cause of the high price of gold bullion, and to take into consideration the state of the circulating medium, and of the exchanges between Great Britain and Foreign Parts«³⁶⁾, eine Arbeit geleistet, die an Gründlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Trotzdem wir uns so eingehend mit Ricardo befaßt haben, wollen wir uns die Ergebnisse des Bullion-Reports in Kürze vorführen. Ist er doch der Eckpfeiler für die theoretischen Anschauungen der nächsten Jahrzehnte geworden, und hat er doch ein gut Teil zur Popularisierung der Ricardoschen Gedankengänge beigetragen.

Es ist schon erwähnt worden, daß die Schlußfolgerungen des Bullion-Reports mit Ricardos Ansichten übereinstimmen, daß nämlich die Ursache des ungünstigen Standes der Wechselkurse die Entwertung der uneinlöslichen Noten der Bank von England infolge ihrer zu großen Ausgabe sei. Daß diejenigen Bewegungen der Wechselkurse, die »from the state of trade and payments between two countries«³⁷⁾ resultieren, durch die Kosten der Goldversendung und -versicherung begrenzt werden, »Your Committee will assume (it) as indisputable«³⁸⁾. Bewegen sich die Wechselkurse über diese Grenzen hinaus, so zeigt das als Ursache auf »something in the state of our domestic currency«³⁹⁾. Gleichwie bei metallischer Währung ein ungünstiger Stand der Wechselkurse durch Münzverschlechterung veranlaßt wird, so bei einem uneinlöslichen Papiergeldumlauf infolge übergroßer Notenausgabe. Wir sehen schon: in diesen Kardinalsätzen stimmen Ricardo und der Report, zum mindesten prinzipiell, überein. Nun aber kommen wir zu einem

³⁶⁾ Report together with Minutes of Evidence, and Accounts from the Select Committee on the High Price of Gold Bullion, London 1810.

³⁷⁾ Bullion-Report, a. a. O. S. 25.

³⁸⁾ Bullion-Report, a. a. O. S. 25.

³⁹⁾ Report, a. a. O. S. 4.

wichtigen Punkte, wo der Kommissionsbericht zu Ergebnissen gelangt, bis zu denen Ricardo als reiner Theoretiker nicht vordringen konnte. Vergessen wir nicht, daß der Bullion-Report ein Produkt von eminent praktischer Bedeutung ist. Und so stehen auch die Folgerungen des Reports, mit denen er unserer Lehre von der Zahlungsbilanz einen entscheidenden Anstoß gegeben hat, in naher Berührung mit durchaus praktischen Erwägungen. Es kam dem Bullion-Report nicht darauf an, die Prinzipien des Geldwesens, insbesondere der Wechselkurse allgemein-theoretisch darzulegen, man wollte die Ursachen der damaligen Mißstände darlegen und den richtigen Weg zu ihrer Abhilfe aufzeigen; aber man argumentierte dabei nicht nur mit theoretischen Lehrsätzen, sondern man prüfte auch von Fall zu Fall Ursache und Wirkung, immer in enger Fühlung mit den augenblicklichen Erscheinungen des Wirtschaftslebens und der augenblicklichen Praxis der Bank. So — nachdem man festgestellt hatte, daß die Ursache der ungünstigen Wechselkurse nur die übergroße Notenausgabe infolge der Aufhebungen der Barzahlungen sei — schritt man weiter zu der Frage nach den Prinzipien bei der Notenausgabe früher und jetzt. Kehren wir noch einen Augenblick zu Ricardo zurück. Er sieht hier gar kein Problem. Bei Goldwährung ist ein besonderes Prinzip bei der Notenausgabe völlig überflüssig, bei uneinlöslichem Papiergeld gibt es keins, das wirksam sein könnte. Dort ist ein Zuviel an Zirkulationsmitteln unmöglich, hier unvermeidlich. Anders der Report. Seine Prämisse ist: eine übergroße Notenausgabe beeinflußt die Wechselkurse ungünstig, der Stand der Wechselkurse ist förmlich das Barometer der Notenausgabe. Und folglich — so schließt er daraus — muß die Bank bei ihrer Notenemission sich nach den Wechselkursen richten, und zwar muß dieses Prinzip auch bei Barzahlung maßgebend für sie sein. Dieser Forderung liegt eine wichtige Erkenntnis des Bullion-Committees zugrunde, die sich ergab, nachdem folgender Zirkel von Tatsachen durchschaut war: Bei Barzahlung kannten die Bankdirektoren bei ihrer Geschäftsführung nur das Prinzip, sich gegen die Erschöpfung ihres Barvorrats zu schützen. Sie schränkten also ihre Notenausgabe in demselben Maße ein, wie Gold von ihnen verlangt wurde. Da also dieses Gold zum Zweck der Verwendung im Ausland gefordert wurde, richteten sie demnach ihre Notenemission de facto nach den Wechselkursen, wenn sie auch weit davon entfernt waren, ihr eigenes Prinzip zu erkennen, und es darum vor der Kommission auch nicht zugeben konnten. Wir werden uns noch späterhin des weiteren mit den Aussagen der Bankdirektoren und der anderen Sachverständigen befassen müssen. Der Report erklärt nun die Praxis der Bank, nur für ihren Barvorrat Sorge zu tragen, für falsch. Denn das Verlangen nach Gold, das an die Bank herantritt, kann von zweierlei Art sein: es ist zu unterscheiden *between that demand upon the Bank for Gold for the supply of the domestic channels of circulation, sometimes a very great and sudden one, which is occasioned by a temporary failure of confidence, and that drain upon the Bank for Gold which grows out of an un-*

favourable state of the Foreign Exchange«⁴⁰⁾. Das Verlangen nach Gold für die innere Zirkulation soll durch vernünftige Vermehrung der Noten befriedigt werden. Die Bankdirektoren hingegen, da sie an nichts als an ihren Goldbestand dachten, haben anstatt dessen auch bei diesem Drain ihre Noten vermindert, die Panik erhöht und dem inneren Verkehr des Landes Zirkulationsmittel in einem Augenblick entzogen, wo er sie am nötigsten brauchte. Bei einem Goldbedarf für den Zahlungsverkehr mit dem Auslande muß allerdings eine Notenkontraktion stattfinden, denn getreu dem Grundprinzip des Bullion-Reports kann ein solcher Drain nur die Wirkung der infolge übergroßer Notenausgabe ungünstig gewordenen Wechselkurse sein. Wie aber sollte die Bank diese beiden in ihren Ursachen so grundverschiedenen Drains voneinander unterscheiden? Beide Male wird Gold verlangt, das ist Grund genug für die Bank, ihren Notenumlauf einzuschränken, ohne weiter nach der Ursache dieses Verlangens nach Gold zu fragen, eine Frage, die ihr ein Blick auf die Wechselkurse beantwortet hätte.

Nach Aufhebung der Barzahlungen gibt es ein Verlangen nach Gold nicht mehr. Vorher mußte man den Stand der Wechselkurse bei Notenummissionen berücksichtigen, nicht um die Wechselkurse zu beeinflussen — sie gleichen sich ja, analog zu Ricardo, bei möglichem Gold-export automatisch aus —, sondern um die Ursachen des Goldbedarfs zu erkennen. Seit der Bank-Restriction hat die Selbstregulierung der Wechselkurse versagt. Um so mehr muß die Bank den Stand der Wechselkurse, und nur diesen, bei ihrer Notenausgabe berücksichtigen. Sind doch die beiden Hemmnisse einer Zuvielausgabe nunmehr weggefallen; einerseits wird die Bank nicht mehr durch Rücksicht auf Erhaltung ihres Barvorrats zu Einschränkungen bei ihrer Notenummission gezwungen, andererseits kann ein Zuviel an Zirkulationsmitteln nicht mehr ins Ausland abströmen. Hält auch der Bullion-Report dieses sein Postulat prinzipiell und für längere Zeit kaum für ausreichend, um eine Zuvielausgabe von Noten zu verhindern — darum fordert er die Wiederaufnahme der Barzahlungen —, so sieht er es doch, solange nicht in bar gezahlt wird, als unbedingt erforderlich an, ganz im Gegensatz zu den Sachverständigen, deren gänzlich abweichende Ansicht uns noch beschäftigen wird.

Der Bullion-Report empfiehlt also der Bank eine Politik, die auf konsequente Beeinflussung der Wechselkurse durch Regulierung der Notenausgabe hinzielt. Ricardo fordert gar keine Politik, obschon seine Ansicht der kausalen Zusammenhänge zwischen Notenumlauf und Wechselkursen die gleiche ist. Wiederaufnahme der Barzahlungen, d. h. *laissez faire*-Politik bei vollkommener Selbstregulierung des Geldumlaufs und damit der Zahlungsbilanz ist seine *ultima ratio*.

An dieser Stelle ist auf eine Bemerkung von Somary⁴¹⁾ hinzuweisen, die leicht mißverstanden werden kann. Somary sagt, der Bullion-Report habe »die Berücksichtigung des Standes der Wechsel-

⁴⁰⁾ A. a. O. S. 66.

⁴¹⁾ Felix Somary, Bankpolitik, Tübingen 1915, S. 65.

kurse bei Festsetzung des Diskonts« gefordert. Man könnte aus diesen Worten den Eindruck gewinnen, als seien die Verfasser des Bullion-Reports sich über die ganze Tragweite einer konsequenten Diskontpolitik zur Beeinflussung der Wechselkurse klar gewesen. Wir wissen, daß man sich dieser Zusammenhänge erst viel später, im Laufe der nächsten Jahrzehnte, bewußt geworden ist. Aber prüfen wir die obige Behauptung im Rahmen der Anschauungen des Bullion-Reports. Es wurde die Berücksichtigung des Standes der Wechselkurse bei der Regulierung des Zahlungsmittelumschs, mithin der Notenausgabe, gefordert. Und nur indirekt, quantitativtheoretisch, durchaus an die Ansicht der Bank, daß die Ursachen ungünstiger Wechselkurse im Zustand des Geldwesens liegen, gebunden, wird eine Regulierung der Diskontierungen gefordert. Eine Einflußnahme auf den Diskont wird nur in ihrer naturnotwendigen Verknüpfung mit der Regulierung der Notenausgabe erwähnt und hat keinerlei selbständige Geltung. Wie konnte sie das haben, da dem Report völlig das Verständnis für die andere Seite der Wirkungen einer Diskontpolitik abging, der Einwirkung nämlich auf die ausländischen Kapitalbewegungen? Und daß ihm dieses Verständnis fehlte, erklärt sich, abgesehen von der Tatsache, daß der internationale Kreditverkehr in jener Zeit noch nicht entwickelt genug war, um diese Einsicht zu unterstützen, wiederum aus der theoretischen Einstellung des Bullion-Reports zum Problem der Zahlungsbilanz überhaupt. Nach den Bullionisten ist die Störung der Zahlungsbilanz, die in ungünstigen Wechselkursen zum Ausdruck kommt, bedingt durch Mißstände in der Geldverfassung des Landes. Es gibt keine Möglichkeit, die Zahlungsbilanz direkt zu beeinflussen, dies kann nur durch das Medium von Veränderungen im Geldwesen geschehen. Die Diskontpolitik als Mittel, den Notenumlauf zu regulieren — da ja die Bank den Diskontierungsgesuchen durch ihren Notenkredit entgegenkommt —, rangiert hier etwa in derselben Linie wie eine Aenderung des Münzfußes oder ein Einziehen abgenutzter Münzen bei einer Münzverschlechterung. Halten wir das eine fest: die Bullionisten sahen die Zahlungsbilanz nicht als eine Gegenüberstellung der fälligen Verbindlichkeiten und Guthaben im internationalen Zahlungsverkehr an, sie sannten also nicht darüber nach, wie sich das Ueberwiegen von Schulden eines Landes, das sich in einem Fehlbetrag an Wechseln auf andere Länder äußert, direkt durch Hereinnehmen neuer Kredite oder längere Befristung alter Schulden kompensieren ließe. So konnte denn auch die Forderung der Diskontpolitik nicht auf ihrem Wege liegen, der Diskontpolitik als direktes Mittel, einen augenblicklichen Fehlbetrag an Wechselforderungen ans Ausland, und damit die Störung der Zahlungsbilanz, durch Kreditoperationen auszugleichen.

Das Ergebnis unserer bisherigen Ausführungen fassen wir kurz zusammen: die Störung der Zahlungsbilanz wird durch Ursachen bewirkt, die im Zustand des Geldwesens liegen, in der »redundant currency«. Es findet ein Ausgleich der Zahlungsbilanz statt, indem eine Kontraktion des Geldumschs — sei es durch Geldexport (Ricardo),

sei es durch Einschränkung der Notenausgabe (Bullion-Report) — die Warenpreise und die Wechselkurse beeinflusst. Das Ganze — um mit Ansiaux ⁴²⁾ zu sprechen —: *le mécanisme ricardien.*

2. Die Antibullionisten.

Wenden wir uns nunmehr der Gegenseite zu. Zu der Zeit, als Ricardo die bullionistische Lehre in seinen Aufsätzen schon scharf umrissen hatte, war den Antibullionisten noch kein eigentlicher Theoretiker entstanden. Man kann wohl sagen, daß wir einen solchen erst in *Tooke* finden. Seine Vorgänger beschäftigten sich weniger mit der Herausarbeitung des Grundsätzlichen, als mit der Feststellung und Beurteilung von Tatsachen. Ziehen wir Ricardo zum Vergleich heran. Seine Methode ist die, ein »Prinzip« aufzustellen, an dem er schroff festhält. Zwar räumt er selbst häufig Faktoren ein, die möglicherweise sein Prinzip modifizieren könnten, aber schließlich erklärt er sie dann doch — wie Diehl ⁴³⁾ sagt — »für störende Nebenumstände«, die jedenfalls den von ihm aufgestellten Grundsatz keineswegs beeinflussen könnten. Diese Methode, die Ricardo auch in seinem »Principles« anwendet, hat ihr Gutes und ihr Schlechtes. Einerseits artet sie leicht ins Doktrinäre aus, andererseits ist sie außerordentlich geeignet für theoretische Forschung, da sie das Grundsätzliche scharf und eindeutig herausarbeitet. Jedoch muß man sagen, daß dieses Prinzip der fortschreitenden Abstraktion nicht so weit getrieben werden dürfte, daß wichtige Umstände dabei einfach unter den Tisch fallen. Das Prinzip muß so gewählt werden, daß jene Umstände sich zwanglos einfügen lassen, ohne es darum umzustoßen. Ein so modifiziertes Prinzip hört darum nicht auf, eins zu sein. Ricardo sagt stets, daß die Geldentwertung allein für den ungünstigen Stand der Wechselkurse verantwortlich, nicht daß sie eine seiner Ursachen sei. Eben diese einseitige Formulierung hat Ricardo zu dem Theoretiker der Bullionisten gemacht. Keiner seiner oben erwähnten Anhänger besitzt seine Eindeutigkeit. Bei ihnen ist die Geldentwertung nicht prinzipiell Ursache der ungünstigen Wechselkurse, sondern momentan. Die Einwirkung anderer Faktoren auf die Wechselkurse wird nicht grundsätzlich bezweifelt, sondern für den augenblicklichen Zustand der Dinge als unwesentlich, von geringer Bedeutung, nicht in erster Linie stehend usw. erklärt. Der Schritt vom Individuellen ins Generelle wird kaum je versucht.

Trotzdem kann kein Zweifel darüber herrschen, auf welcher Seite diese Meinungsäußerungen unterzubringen sind. Gerade die Einseitigkeit Ricardos macht es uns leicht, die prinzipielle Einstellung seiner Anhänger aufzuspüren, auch wo sie nicht im theoretischen Gewande auftritt.

Anders bei den Antibullionisten. Wie schon gesagt, hat ihre Lehre

⁴²⁾ Maurice Ansiaux, *Principes de la Politique Régulatrice des Changes*, Bruxelles 1910, S. 34.

⁴³⁾ Diehl, *Sozialwiss. Erläuterungen*, a. a. O. S. 259.

erst bedeutend später in Tooke den Vertreter gefunden, der — in eben dem Sinne wie Ricardo — als ihr eigentlicher Theoretiker zu bezeichnen ist. Möglich, daß ohne Tooke — dessen Werk zwar erst nach 1820 veröffentlicht wurde, jedoch seiner Entstehung nach und gemäß früherer Publikationen des Verfassers durchaus im Rahmen des Zeitraums, der uns in diesem Abschnitt beschäftigt, behandelt werden muß —, möglich also, daß ohne ihn von keiner eigentlichen Theorie der Antibullionisten die Rede sein könnte, daß ihre Lehre nicht aus dem Fahrwasser des Gelegentlichen und Allzu-Zeitlichen herausgekommen wäre.

Jedenfalls fehlt den Antibullionisten ein Angelpunkt wie Ricardo, Zentrum und Maßstab zugleich. Und so haben denn auch ihre Anhänger zu einer Zeit, als ihre Gegner dieses Stadium längst überwunden hatten, noch keineswegs scharf und prinzipiell zu dem Problem Stellung genommen. Es kommt vor, daß sie sich selbst nicht klar gewesen sind, wohin sie gehörten ⁴⁴⁾.

Immerhin sind — bei einer Aufgabe wie der vorliegenden — die Meinungsäußerungen der Vorgänger Tookes ebensowenig völlig mit Stillschweigen zu übergehen, wie das bei denen Ricardos möglich war. Nur wenn eine Wahrheit ausgesprochen wird, indem festgestellt wird, was ist, kann ein anderer eine prinzipielle Wahrheit entdecken, indem er feststellt, was überhaupt und unter allen Umständen sein muß.

Gleich der erste Vertreter der Antibullionisten bietet eine Illustration der eben gemachten Ausführungen. Henry Thornton, ein Londoner Bankier und Parlamentsmitglied, veröffentlichte eine Schrift unter dem Titel: »An Enquiry into the Nature and Effects of the Paper Credit of Great Britain«, London 1802 ⁴⁵⁾. Nomen est omen. In der Ueberschrift steckt schon der zwiespältige Charakter des Werkes. Sie engt die Untersuchung ein, bezieht sie scheinbar auf ein bestimmtes Land zu einer bestimmten Zeit, ohne jedoch die Möglichkeit theoretisch-prinzipieller Betrachtungsweise ganz abzuschneiden. So stellt sich uns denn das Ganze als ein merkwürdiges Gemisch von Anschauung und Dogma dar. Die Feststellung, die das Ergebnis seiner Untersuchungen zum Ausdruck bringt, hat darum auch keinen absoluten und fundamentalen Charakter: der ungünstige Stand der Wechselkurse ist herbeigeführt worden durch zwei schlechte Ernten, neue Steuern und den Kriegszustand (»a state of war, new taxes, and two bad harvests«) ⁴⁶⁾. Es sind also, wie wir uns oben ausgedrückt haben, auf der Warensseite liegende Ursachen, die die Wechselkurse beeinflussen; durch Zahlung von Subsidien, oder indem Gelder zum Unterhalt der Heere auf den Kontinent gesandt werden, oder indem der Import von Waren (Getreide) den Export übersteigt usw., entsteht eine große Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, m. a. W. also ein Fehlbetrag an Wechseln aufs Ausland. Der Wechselkurs bewegt sich also nach den ein-

⁴⁴⁾ Vgl. oben S. 176 Anm. 15 und Friedrich Hoffmann, Kritische Dogmengeschichte der Geldwerttheorien, Leipzig 1907, S. 123—125.

⁴⁵⁾ Deutsche Uebersetzung von L. H. Jacob, Halle 1803.

⁴⁶⁾ Thornton, Paper Credit, a. a. O. S. 301.

fachsten Gesetzen der Preisbildung. Die Art der internationalen Beziehungen, d. h. also die Zahlungsbilanz, ist jedoch bei Thornton als Faktor für die Gestaltung der Wechselkurse nicht von prinzipieller Geltung. Einerseits geht aus seinen Ausführungen nur hervor, daß sie in jener Zeit allein als Faktor wirksam war — er behauptet, daß ein Uebermaß an Noten nicht vorhanden sei —, nicht aber, daß sie *s t e t s* die Wechselkurse beeinflussen müsse. Andererseits wird die Möglichkeit durchaus eingeräumt, daß ein Zuviel an Zahlungsmitteln auf die Wechselkurse einwirken könnte. Es ist damit so: bei einem ungünstigen Wechselkurse darf man nicht behaupten, daß der Zustand des Geldwesens daran schuld sei, kann doch ein Uebermaß an Zahlungsmitteln ebensowohl Ursache wie Wirkung hoher Preise und ungünstiger Wechselkurse sein. In einer Anmerkung ⁴⁷⁾ wird die Meinung ausgesprochen, daß es Ursache sei, wenn der Wechselkurs eine längere Zeit oder dauernd ungünstig sei, und andernfalls Wirkung. (*When the price of bullion is rendered permanently ⁴⁸⁾ higher than that of coin, and when otherwise, to consider it rather as an effect.*.) Es ist also möglich, daß der Zustand des Geldwesens im Lande die Ursache ist, aber keineswegs gewiß oder notwendig. Es ist bezeichnend, daß diese Behauptung in einer Anmerkung steht. Sie wird fast zaghaft, jedenfalls ohne theoretische Schärfe ausgesprochen. Wäre sie das, so könnte sie Thorntons Grundprinzip nicht unangetastet lassen. So aber bleibt sein Prinzip: der Stand der Wechselkurse wird augenblicklich und in der Regel bestimmt durch den Stand der Zahlungsbilanz ⁴⁹⁾ gegenüber den anderen Ländern. Demgegenüber ist die Wirkung der Geldverhältnisse im Lande unwesentlich.

Wie denkt sich nun Thornton die Hebung des Standes der Wechselkurse? Seinen positiven Vorschlägen merkt man die Zwiespältigkeit seines Gedankengebäudes deutlich an. Zwar weiß er wohl, daß es darauf ankommt, neue Guthaben im Auslande z. B. durch Verstärkung des Exports, Verringerung des Imports zu beschaffen. Und es ist ihm klar, daß ein ungünstiger Wechselkurs *per se* die Stimulierung des Exports bedeutet, vorausgesetzt, daß das Preisniveau im Inlande nicht so hoch steigt, daß jene Wirkung des Kurses dadurch aufgehoben wird. Es gilt also, ein allzu großes Steigen der Preise im Inland zu verhindern. Manche Antibullionisten meinten — wie wir noch sehen werden —, hierzu sei es völlig ausreichend, wenn die Bank ihre Noten nur auf Grund der Diskontierung sicherer und kurzfristiger wirklicher Handelswechsel ausgäbe. Thornton widerlegt diese Ansicht mit ähn-

⁴⁷⁾ Thornton, a. a. O. S. 326 Anmerkung.

⁴⁸⁾ Der Ausdruck *permanently* wird dann so erklärt: *By the term 'permanently', I, however, mean such a degree of permanence as may serve to show that the fall of our exchanges, and the rise in the price of bullion, are not referable to any extraordinary and passing event . . .*

⁴⁹⁾ Thornton kennt diesen Ausdruck nicht, man darf wohl sagen: *noch nicht*. Er spricht von der *balance of trade*, *the commercial exports and imports* und zieht die übrigen *exports and imports* hinzu, *which form a remittance; for which nothing is obtained in exchange*.

lichen Argumenten wie späterhin der Bullion-Report. Wir werden uns in Verbindung mit den Sachverständigenaussagen des Bullion-Reports damit zu befassen haben. Dies Kriterium der Notenausgabe scheint Thornton nicht ausreichend. Zwar verlangt er nicht wie die Bullionisten die Wiederaufnahme der Barzahlungen, damit die automatische Selbstregulierung der Geldmenge und damit der Wechselkurse wieder eintreten kann. Da er von dem Kausalzusammenhang beider nicht überzeugt ist, kann ihm die Sorge für das Geldwesen nichts Primäres sein. Er ist jedoch nicht frei von quantitätstheoretischen Erwägungen. Halten wir fest: der Stand der Zahlungsbilanz und damit der Wechselkurse soll günstig beeinflußt werden durch Hebung des Exports usw. Dazu muß ein allzu großes Steigen der Preise verhindert werden. Dafür gibt es verschiedene Mittel; unter allen Umständen — meint Thornton — übt die Verringerung der Geldmenge diese Wirkung aus, oder zum mindesten das Verhindern ihrer Ueberhandnahme. Bei ihm soll das durch Kontingentierung der Diskontierungen geschehen, indem wöchentlich eine gewisse Summe von der Bank bestimmt wird, über die hinaus keine Darlehen an Kaufleute gegeben werden. Ein Prinzip, das zwar nicht so unzureichend wie das der antibullionistischen Praktiker, aber dafür um so willkürlicher und ungerechter scheint.

In Thornton tritt uns also nach den eben gemachten Ausführungen der erste Vertreter jener Richtung entgegen, die einen prinzipiellen ursächlichen Zusammenhang zwischen Geldmenge und Wechselkursen nicht anerkennt. Es ist sein besonderes Verdienst, zuerst auf die Tatsache hingewiesen zu haben, daß auch außerhalb des Geldwesens liegende Faktoren Wirkungen auf die Wechselkurse ausüben können.

Was wir bei Thornton vermißt haben: Bestimmtheit der Ansichten, Schärfe der Aussagen, finden wir in hohem Grade bei den Sachverständigen des Bullion-Reports. Dabei aber eine Einseitigkeit, die derjenigen Ricardos kongenial ist, ohne jedoch mit Theorie etwas gemein zu haben. Man kann wohl sagen, daß die Sachverständigen im Grunde nichts getan haben, als vor dem Bullion-Committee ihr praktisches Verhalten darzulegen und zu rechtfertigen. Die Art, wie sie es taten, ist nicht nur von Gegnern, sondern auch von Anhängern viel gescholten und angefochten worden. Bagehot⁵⁰⁾ sagt, sie hätten Antworten gegeben, »that have become almost classical by their nonsense«. Es scheint, daß Macleod⁵¹⁾ mit Recht betont hat, zum besseren Verständnis ihrer Aussagen müsse man sich die Tatsache vor Augen halten, daß die Sachverständigen — zum mindesten die Bankdirektoren — vor der Kommission quasi auf der Anklagebank saßen. So kam es, daß sie nicht nur ausführten, was für Maßregeln sie einzuschlagen pflegten und von welchen Grundsätzen sie sich dabei leiten ließen, sondern daß sie sich auch bemühten, diese ihre Grundsätze mehr oder weniger theoretisch zu rechtfertigen. Es ist klar, daß sie dazu nicht imstande sein konnten, Männer der Praxis, die sie

⁵⁰⁾ Walter Bagehot, Lombard Street, ed Withers, London 1910, S. 177.

⁵¹⁾ Macleod, a. a. O. II, S. 141.

waren, und unvorbereitet, wie sie ihre Antworten geben mußten. Hierzu kommt noch, daß nahezu alle Sachverständigen — wie Macleod ⁵²⁾ sich ausdrückt — »interested witnesses« waren; die Bankdirektoren, da ihre Art der Geschäftsführung der Bank als Unternehmen hohen Profit sicherte, und die Kaufleute, da diese Praxis der Bank wiederum ihren Geschäften höheren Gewinn in Aussicht stellte und ihre Spekulation erleichterte. So ist es wohl zu erklären, daß von den etwa 20 vernommenen Sachverständigen eigentlich nur Baring und ein ungenannter »Continental Merchant« auf der Seite des Reports standen.

Die Tatsache, daß die meisten der Sachverständigen jeden kausalen Zusammenhang zwischen dem Zustande des Geldwesens im Lande und den Wechselkursen leugnen, und die weitere Tatsache, daß ihre spezielle Ansicht der auf die Wechselkurse einwirkenden Faktoren aus praktischer Erfahrung hervorging, ist — das eine so wenig wie das andere — dazu angetan, die Bedeutung ihrer Ansichten zu schmälern. Einerseits pflegt eine These meist um so nachdrücklicher zu wirken, je einseitiger sie aufgestellt wird — wie sehr das hier der Fall war, beweist die englische Bankpolitik der nächsten Jahrzehnte —, andererseits braucht die Unterstützung durch Männer der Praxis gerade von einer Idee wie dieser nicht gescheut zu werden, die späterhin durch Tooke im wesentlichen auf induktiv-statistischem Wege gewonnen wurde.

Die meisten der Sachverständigen äußern sich also dahin, daß zwischen Geldmenge und Wechselkursen kein ursächlicher Zusammenhang besteht ⁵³⁾. Das sei schon praktisch erwiesen, da sich häufig die Wechselkurse bei steigendem Notenumlauf gebessert hätten. Zum Beweis überreichte der Direktor der Bank (Pearse) dem Komitee eine Tabelle, in der die Bewegungen des Notenumlaufs und der Hamburger Wechselkurs einander gegenübergestellt wurden ⁵⁴⁾. Das sei aber auch praktisch unmöglich, da die Bank bei ihrer Notenausgabe so vorgeht, daß ein Uebermaß an Umlaufsmitteln vollkommen ausgeschlossen ist, und infolgedessen nicht von der Wirkung eines solchen auf die Wechselkurse die Rede sein kann. Die Sachverständigen behaupten nämlich, daß niemals eine Zuvielausgabe von Noten stattfinden könne, wenn diese nur auf Grund der Diskontierung von Wechseln emittiert würden, die aus wirklichen Handelsgeschäften herrührten, unzweifelhaft sicher und in bestimmten und kurzen Fristen (bis zu 60, nur ganz selten bis zu 90 Tagen) zahlbar seien ⁵⁵⁾. Die Frage, ob dieses Prinzip der Regelung der Geldmenge theoretisch wohl fundiert und praktisch ausreichend sei, interessiert uns hier weniger. Sie würde uns von unserem eigentlichen Thema zu weit abführen. Nur das sei erwähnt, daß der Bullion-Report diese Theorie der Direktoren für »wholly erroneous in

⁵²⁾ Macleod, a. a. O. II, S. 141.

⁵³⁾ Vgl. Bullion-Report, a. a. O. S. 72: ... »I conceive that the state of the paper currency of this kingdom, and the state of the exchanges upon foreign parts, are two subjects almost unconnected....«

⁵⁴⁾ Bullion-Report, a. a. O. Appendix of Accounts Nr. XLIX.

⁵⁵⁾ Bullion-Report, a. a. O. S. 75, 111, 123, 127 usw.

principle, and pregnant with dangerous consequences in practice«⁵⁶⁾ hält. Ist doch der Geldbedarf der Spekulation unersättlich, und genügt es doch dem Kaufmann schon, wenn der Profit aus seinen Geschäften nur im Durchschnitt längerer Perioden ein wenig höher ist als die Rate, nach der die Bank ihre Kreditbedingungen reguliert.

Versuchen wir vielmehr, diese These der Sachverständigen in den Rahmen ihrer Ansicht von der Zahlungsbilanz einzufügen. Nach ihrer Meinung rührt der ungünstige Stand der Wechselkurse einzig von der passiven Zahlungsbilanz, der Zahlung von Subsidien an den Kontinent, den Kriegskosten, der Kontinentalsperre⁵⁷⁾ usw. her, also von Faktoren, die mit der Geldverfassung des Landes nichts zu tun haben. Mit anderen Worten: die Schulden des Landes gegenüber allen anderen Ländern sind größer als seine Guthaben im Auslande, die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln übersteigt das Angebot fremder Wechsel. Infolgedessen steigen die Wechselkurse. Damit die Zahlungsbilanz, deren Passivität den ungünstigen Stand der Wechselkurse verursacht hat, sich aktiv gestaltet, ist eine Zunahme der Ausfuhr erforderlich. Diese — so scheint es — glauben die Sachverständigen erreichen zu können, indem die Produzenten durch willfähige Kreditgewährung zu vermehrter Tätigkeit angespornt werden. Daher die förmliche Angst der Sachverständigen vor einer Kontraktion des Notenumlaufs im Wege einer Kreditbeschränkung und die Ansicht der Bankdirektoren, die Höhe ihres Diskontsatzes sei vollkommen belanglos⁵⁸⁾. Hätte man — wie Thornton es in seiner Schrift vorgeschlagen hatte — den Versuch gemacht, die Zunahme des Exports und Abnahme des Imports auf dem Wege der Preissenkung durch Verringerung der Notenmenge zu erreichen, so wäre nach ihrer Meinung gerade das Entgegengesetzte eingetreten; die Kontraktion des Notenumlaufs würde die Industrie und dadurch den Außenhandel lähmen.

Die Stellung der Sachverständigen wird verständlich, wenn wir uns klar machen, daß ihnen der praktisch und theoretisch gleich wichtige Unterschied zwischen dem Verlangen nach Gold fürs Ausland und dem fürs Inland — den der Bullion-Report so richtig erkannte — nicht bewußt war. Diese Tatsache hatte verhängnisvolle Folgen für die Bankpolitik. Vor Aufhebung der Barzahlungen war der Bedarf des Inlands nach Zirkulationsmitteln häufig zu kurz gekommen, denn in der Sorge um den Barvorrat richtete man die Notenausgabe lediglich nach den Goldbewegungen. Nach Aufhebung der Barzahlungen wurde nur der inländische Bedarf nach Zirkulationsmitteln bei der Notenausgabe berücksichtigt; diese verlor auch noch den unfreiwilligen Zusammenhang mit den Wechselkursen, seitdem die Sorge um den Barvorrat aus der Welt geschafft war. Hiermit waren äußerlich der Kreditgewährung abseits der Bank keinerlei Hemmungen mehr auferlegt,

⁵⁶⁾ Bullion-Report, a. a. O. S. 51.

⁵⁷⁾ Bullion-Report, a. a. O. S. 68, 71, 118, 138 usw.

⁵⁸⁾ Bullion-Report, a. a. O. S. 128; Aretz (a. a. O. S. 111) meint hierzu, man könne es als »eine glückliche Inkonssequenz der Gouverneure bezeichnen, daß sie diese Ansicht nicht in die Praxis umgesetzt hätten«.

wie wenig sie selbst solche für nötig erachtete, und weshalb, haben wir gesehen.

Wir werden im weiteren Verlauf unserer Untersuchungen auf die eben berührten Zusammenhänge zurückkommen und wollen hier nur festhalten, daß die Sachverständigen zwar durchaus in antibullionistischem Fahrwasser segeln, daß sie jedoch, wenn sie jeden kausalen Zusammenhang zwischen Wechselkursen und Geldmenge leugnen, dies weniger aus prinzipieller Erkenntnis heraus tun, als um der Rechtfertigung bankpolitischer Grundsätze willen und zur Wahrung privatwirtschaftlicher Interessen.

Soll dies ein Vorwurf sein, so ist Tooke⁶⁰⁾ von einem solchen jedenfalls völlig freizusprechen. Redet er doch, obwohl er die Ansichten der Bankdirektoren über die Ursachen ungünstiger Wechselkurse teilt, von ihren »hohlen und gefährlichen Grundsätzen«⁶⁰⁾ und lehnt ihre Diskontierungspraxis ab, weil sie kein genügendes Prinzip zur Regulierung der Notenmenge sei. Seiner Meinung nach ist es einem Zufall zu verdanken, daß keine Ueberemission eintrat, nämlich der Tatsache, daß gewöhnlich der Marktdiskontsatz unter der Bankrate gestanden hätte, daß er also »niemals wesentlich oder auf längere Zeit den Satz von 5 % überstieg«⁶¹⁾. Tooke räumt durchaus die Möglichkeit ein, daß während der Bank-Restriktion eine Ueberemission hätte eintreten können, was — wie nicht zu verkennen ist — eine wenn auch unmerkbare Verbeugung vor dem bullionistischen Prinzip bedeutet und einen Sprung im Tookeschen Gedankengebäude. Die Sachverständigen argumentieren so: bei unserem Limitationsprinzip ist es schlechterdings unmöglich, daß zu viel Noten ausgegeben werden, infolgedessen kann von einer Einwirkung der Geldverhältnisse auf die Wechselkurse nicht die Rede sein. Da jedoch die Befolgung ihres Prinzips ihre eigenen Profitaussichten förderte, konnten sie nicht unbefangen prüfen, ob es allein zur Regulierung der Geldmenge ausreichend war. Folglich steht ihre Argumentation auch im übrigen — da schon die Basis nicht fest ist — auf schwachen Füßen.

Bei Tooke bildet die Begründung, weshalb die Notenausgabe nicht übermäßig sein konnte, nicht den Anfang der Ueberlegungen, sie schließt sich ihnen vielmehr naturgemäß als letztes, keineswegs wichtigstes Glied an. Wie schon gesagt, widerlegt Tooke die Deduktionen der Bullionisten auf induktiv-statistischem Wege. Er ist darum nicht weniger Theoretiker. Nur daß er sein Prinzip, das er ebensowohl vertritt, nicht a priori postuliert, sondern a posteriori erkennt. Eine Reihe von Erfahrungstatsachen vermittelt ihm die Erkenntnis ganz bestimmter prinzipieller Zusammenhänge. Während also Ricardo aus jedem ungünstigen Stand der Wechselkurse ohne weiteres auf eine vorangegangene zu große Vermehrung der Geldmenge schloß, ohne nachzuweisen, ob eine solche de facto stattgefunden hatte, prüfte Tooke

⁶⁰⁾ Thomas Tooke, A history of prices and of the state of the circulation. Deutsch von C.W.Asher, 2 Bde., Dresden 1858—59.

⁶⁰⁾ Tooke, a. a. O. S. 82.

⁶¹⁾ Tooke, a. a. O. S. 82.

zuerst die Bewegungen der Geldmenge zu verschiedenen Zeiten und untersuchte darauf die Veränderungen der Preise und der Wechselkurse, ohne von einer theoretischen Voreingenommenheit auszugehen, ohne also von vornherein notwendige Zusammenhänge zwischen den Erscheinungen vorauszusetzen. Diese empirische Methode hatte als Ergebnis einerseits die Kritik und völlige Ablehnung der bullionistischen Thesen, andererseits die Erkenntnis, daß die hauptsächlichsten Ursachen der Wechselkursbewegungen in Verhältnissen der Zahlungsbilanz lagen. Tooke's Stärke liegt in der Kritik. Er bewies statistisch, daß die Notenausgabe während der Bank-Restriktionszeit im allgemeinen keine übermäßige gewesen sei, jedenfalls den normalen, d. h. bei Bareinlösung der Bank im Umlauf befindlichen und vom Verkehr benötigten Betrag nicht überschritten habe. Hiermit war die Behauptung der Bullionisten, die Bank-Restriktion sei an der angenommenen Ueberemission schuld gewesen, ad absurdum geführt. Ferner konstatiert Tooke, indem er sich jeweils kleine Zeiträume vornimmt, und in ihnen die *facta* Schritt für Schritt prüft, daß oft genug die Wechselkurse sich verschlechterten, ohne daß eine Vermehrung der Geldmenge vorangegangen war, ja daß sie manchmal sogar abgenommen hatte. Somit darf von der Geldvermehrung als Ursache, den ungünstigen Wechselkursen als Wirkung nicht geredet werden, da »in den meisten Fällen die angeblichen Wirkungen der Ursache vorangingen« ⁶²⁾. Tooke seinerseits findet die Ursachen der ungünstigen Wechselkurse in der außergewöhnlichen Höhe der im Auslande zu leistenden Zahlungen. Die Subsiden, die Unterhaltungskosten der Heere auf dem Kontinent, die große Einfuhr von Getreide infolge von Mißernten, die Frachtgelder, da wegen der Kontinentalsperre die Waren in fremden Schiffen eingeführt werden mußten, die Kontinentalsperre selbst, die nahezu alle Ausfuhr unterband, da kaum ein Land es mehr wagte, englische Waren einzuführen ⁶³⁾, — alle diese Faktoren machten die Zahlungsbilanz Englands außerordentlich ungünstig und verursachten den schlechten Stand der Wechselkurse. Ebenso wie wir es oben bei seiner Kritik gesehen haben, ist auch Tooke's positive Behauptung das Ergebnis schrittweisen empirischen Vorgehens. Er stellt fest, daß »... während die Notenausgabe der Bank von 1797—1817 mit unbedeutenden Ausnahmen ständig zunahm, die Wechselkurse sich bei jeder Pause, die in dem Druck der außerordentlichen Zahlungen an das Ausland eintrat, wieder erholten, und daß, als dieser Druck ganz aufgehört hatte, die Wechselkurse und der Goldpreis auf *pari* standen, während der Notenumlauf der Bank größer war als je vorher...« ⁶⁴⁾. Daß die an dieser Stelle eingeräumte ständige Zunahme des Notenumlaufs nur so groß war, um »dem vermehrten Geldbedarf einer größeren Bevölkerung und ausgedehnter Waren- und Geldgeschäfte zu genügen« ⁶⁵⁾, betont er im folgenden noch einmal.

⁶²⁾ Tooke, a. a. O. S. 90.

⁶³⁾ Vgl. Tooke, a. a. O. S. 164.

⁶⁴⁾ Tooke, a. a. O. S. 81.

⁶⁵⁾ Tooke, a. a. O. S. 82.

Wir haben schon erwähnt, daß Tooke die Möglichkeit einer Ueberemission bei Aufhebung der Barzahlungen nicht für völlig ausgeschlossen hält. Eine solche — meint er denn auch — würde Wechselkurse, die aus Gründen der Zahlungsbilanz schon ungünstig geworden sind, noch weiter verschlechtern. Jedoch ist ihm dies ein Streiten um des Kaisers Bart. Denn — wir kommen damit zu dem Punkt zurück, von dem wir bei Tooke ausgegangen waren — seine Ueberzeugung von der Unmöglichkeit eines kausalen Zusammenhanges zwischen Geldmenge und Wechselkursen beruht nicht nur auf der Tatsache, daß keine Ueberemission stattgefunden hat, sondern auf dem Glauben, daß eine solche nicht stattfinden konnte. Wie wir sahen, nahm er das aus einem anderen Grunde an wie die Sachverständigen. Jedoch wie dem auch sei, eine Hypothese bleibt es hier wie da, jede Partei nimmt an, ihr Prinzip genüge zur Regulierung der Geldmenge. Tooke seinerseits hatte schon einen ausreichenden induktiven Beweis gegeben, daß kein Parallelismus zwischen Geldmenge und Wechselkursen bestehe.

3. Ergebnisse.

Der Meinungsstreit der beiden Richtungen endigte in praxi fürs erste mit einem Sieg der Antibullionisten. Die Bank Restriction Act wurde noch nicht sogleich aufgehoben, der Antrag des Bullion-Committees wurde somit vom Parlamente abgelehnt. Aber selbst als 1819 durch die sog. erste Peels-Akte die Wiederaufnahme der Barzahlungen verfügt wurde, setzten die Bankdirektoren ihre vor dem Bullion-Committee dargelegten bankpolitischen Grundsätze weiter in die Tat um. Hatten sie doch offensichtlich beim Parlamente und in weitesten Volkskreisen Billigung und Verständnis dafür gefunden. Wir brauchen uns über diese anscheinend kritiklose Parteinahme nicht zu wundern. Ein großer Teil der Bevölkerung sah es im ureigensten Interesse nicht ungern, daß die Bank ihre Vorschüsse an die Erwerbswelt in freigiebigster und entgegenkommendster Weise gab. Außerdem schmeichelte sich die populäre und faßliche Form der antibullionistischen Ansichten angenehmer dem Begriffsvermögen breiter Massen an als die unverdauliche und abstrakte Kost der Bullionisten. Jedoch gab es von Anfang an Stimmen, die vor der Praxis der Bankdirektoren warnten. Der bekannte Vansittartsche Beschluß⁶⁶⁾ war es nicht zum wenigsten, der die Gemüter stutzig machte und nun gerade die Aufmerksamkeit wieder auf den so schroff abgelehnten Bullion-Report lenkte. Es scheint, daß ihm erst der Hintergrund jener unsinnigen Resolution Farbe und Ton verleihen mußte. Die eigentliche Reductio ad absurdum der bankpolitischen Grundsätze besorgten jedoch die Erfahrungen der nächsten Jahrzehnte.

⁶⁶⁾ Der Inhalt dieser »berücktigten und seitdem zum Gespött gewordenen« (Tooke, a. a. O. Bd. I, S. 598) Resolution, die auf des Ministers Vansittarts Antrag hin vom Parlamente angenommen wurde, war »that the promissory notes of the Bank of England have hitherto been and are at this time held to be, equivalent to the legal coin of the realm«.

Wir haben in unseren Ausführungen die beiden nebeneinander bestehenden Erklärungsmöglichkeiten der Bewegungen der Wechselkurse dargelegt. Nunmehr werden wir verfolgen, wie sie sich weiter entwickeln, wie sie sich gegenseitig durchdringen, nachdem die Praxis Striche und Korrekturen an ihnen vorgenommen hat, und wie schließlich der Meinungsstreit von Jahrzehnten in der Erkenntnis neuer theoretischer Wahrheiten ausklingt. Wir werden bei diesem Teil unserer Aufgabe systematischer verfahren als bisher, wo in der Darlegung der in ihrer Entwicklung zu verfolgenden Lehren eine größere Breite der Darstellung erforderlich schien. Im folgenden können wir uns kürzer fassen, indem wir nur die großen und entscheidenden Wendepunkte und Etappen der Theorie von der Zahlungsbilanz beleuchten.

Ehe wir jedoch unser principium divisionis von Thesis-Antithesis aufgeben, wollen wir uns vergegenwärtigen, welche Ansätze zur Fortentwicklung die beiden Lehren enthalten, an denen späterhin angeknüpft und weitergebaut wurde. Wenn wir das tun, bieten sich uns zugleich die großen Gesichtspunkte dar, die für unsere Aufgabe unentbehrlich sind.

Es sind in beiden Lehren Erkenntnisse vorhanden, die für die Zukunft sowohl in theoretischer wie in praktischer Hinsicht bedeutsam geworden sind. Hier wie so häufig drängt sich uns die Frage auf, weshalb die Theorie nicht damals schon die Ergebnisse gezeitigt hat, die ihr erst viel später gelangen; Ergebnisse, die anscheinend zu jener Zeit schon auf ihrem Wege lagen, zu denen sie jedenfalls durchaus schon einige notwendige Prämissen besaß. Wenn trotzdem noch nicht alle oder nicht die richtigen Schlüsse gezogen wurden, so können wir das keineswegs als zufällig ansehen. Sei es, daß man noch nicht alle Prämissen entdeckt hatte, sei es, daß die, die man sich angeeignet hatte, nicht stimmten, auf alle Fälle ist es nicht erstaunlich, daß die Schlußfolgerungen manche Irrtümer enthielten, oder daß jene gar nicht gezogen wurden. Wir, die wir die ganze spätere Entwicklung einer Idee schon übersehen können, sind allzu geneigt, uns nicht so sehr über ein Zurückgreifen der Theorie auf frühere Erkenntnisse, als darüber zu wundern, daß es deren ersten Entdeckern nicht schon gelang, ihre Gedanken bis zur letzten Konsequenz zu verfolgen. Sehr mit Unrecht, wie wir sahen, denn wir dürfen nicht vergessen, daß dazwischen eine Zeit liegt, die nicht nur reich an gedanklicher Vervollkommnung und theoretischer Durchdringung war, sondern auch erfüllt von praktischen Erfahrungen, die das erkannte Prinzip modifizieren und urplötzlich dem Theoretiker neue Kausalreihen erschließen.

So ähnlich ist es mit unserer Lehre von der Zahlungsbilanz gegangen. Greifen wir die Bemerkung auf, die wir am Schlusse unserer Ausführungen über die bullionistische Lehre gemacht haben. Wir sprachen dort von der Möglichkeit, Somarys Worte so aufzufassen, als habe der Bullion-Report zum erstenmal ein bewußtes diskontpolitisches Vorgehen propagiert. Aber gerade die Tatsache, daß die Möglichkeit einer solchen Auffassung besteht, ist geeignet, Klarheit über die Stellung der Bullionisten zu dieser Frage zu verschaffen. Ihre Ansicht von

der Zahlungsbilanz verrammelte ihnen den Weg zur Lösung dieser Frage, während ihre Erkenntnis der beiden verschiedenen Arten eines Goldbedarfs ihnen eine wichtige Vorbedingung dazu in die Hand gab. Eine Theorie der Zahlungsbilanz, die die Ursache der Wechselkursbewegungen ausschließlich im Zustand des Geldwesens sieht, kann den Ausgleich der Zahlungsbilanz, sei er automatisch oder nicht, stets nur durch Veränderungen auf der Geldseite herbeigeführt wissen. Wenn von diskontpolitischen Maßnahmen geredet wird, so sind diese etwas Sekundäres. Sie bleiben stets nur Mittel, um den Zweck, die Regulierung der Geldmenge, zu erreichen. Auf den Stand der Zahlungsbilanz können sie nur auf einem Umweg einwirken, indem sie die Geldverhältnisse beeinflussen und dadurch wiederum die Zahlungsbilanz. Man mache sich nur klar, daß der Bullion-Report »die Berücksichtigung des Standes der Wechselkurse bei Festsetzung des Diskonts« — um mit Somary zu sprechen — nur deshalb verlangt, weil zufällig die Noten auf Grund der Diskontierung von Warenwechseln oder von Schatzwechseln der Regierung emittiert wurden. Dieser Tatsache allein verdankt die Regulierung der Diskontierungen überhaupt ihre Erwähnung. Hätte es irgendein anderes Prinzip der Regulierung der Geldmenge gegeben, so würde der Gedanke einer Einwirkung auf den Diskont konsequenterweise keinen Platz im Lehrgebäude der Bullionisten gefunden haben.

Anders ist es mit jener oben erwähnten Unterscheidung zwischen einem Verlangen nach Gold für Zahlungen ans Ausland und einem Goldbedarf für den inneren Verkehr. Diese Erkenntnis der Bullionisten stieß eine verschlossene Tür ein, hinter der der Gedanke der Diskontpolitik wartete und sich förmlich aufzudrängen schien. Daß er dennoch nicht aufgegriffen wurde, lag — wie wir eben gesehen haben — daran, daß die Bullionisten die Wirksamkeit von Diskonterhöhungen auf die Wechselkurse gar nicht anders erkennen konnten, als auf dem Wege über die Regulierung der Geldmenge; aus theoretischen und praktischen Gründen. Und das kann man eben noch keine Diskontpolitik nennen. Jene Unterscheidung nun erinnert uns an Bagehots späterhin wiederholt und energisch ausgesprochene Forderung, die Bank solle einem Verlangen nach Gold für den inneren Verkehr in Panikzeiten bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit entgegenkommen, bei einem Bedarf nach Gold fürs Ausland jedoch den Diskontsatz erhöhen. So ähnlich meint es ja auch der Bullion-Report, wenn er es tadelt, daß die Bank in früheren Zeiten, z. B. 1793, bei inneren Drains ihre Notenmenge verringert und die Panik erhöht hätte, während sie das nur bei einem Verlangen nach Gold für Zahlungen ans Ausland hätte tun sollen. Wird jene Unterscheidung nicht gemacht, so ist dadurch eine Schranke aufgerichtet für die Erkenntnismöglichkeit der Wirksamkeit einer konsequenten Diskontpolitik. Man wird dann geneigt sein, jeden Drain nach Gold mit Diskonterhöhungen zu beantworten, da man ihn stets für eine Folge ungünstiger Wechselkurse hält, wie denn auch tatsächlich die Bankpraxis vor und nach der Bank-Restriktion so gehandhabt wurde.

Das wird auch dann der Fall sein, wenn — wie bei den Antibullionisten — anderweitig, nämlich in der Auffassung der Zahlungsbilanz, durchaus die Vorbedingungen für die Erkenntnis der Folgen einer Diskontpolitik gegeben waren. Die Antibullionisten sahen die Zahlungsbilanz als eine Gegenüberstellung der fälligen Verbindlichkeiten und Guthaben im internationalen Zahlungsverkehr an. Eine Störung der Zahlungsbilanz ist nach ihnen einem Ueberwiegen der Zahlungsverpflichtungen zu verdanken. Sie erkannten auch, daß infolgedessen ein Fehlbetrag an Zahlungsmitteln fürs Ausland bestand, den es zu kompensieren galt. Zu diesem Zweck schlugen sie eine Reihe von Maßnahmen vor, die im großen ganzen alle den Erfolg haben sollten, die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, d. h. also jenen Fehlbetrag an Wechseln aufs Ausland durch Vergrößerung des Exports und Verringerung des Imports auszugleichen. Weshalb — so fragen wir uns — verfielen sie nicht darauf, die Forderung der Diskontpolitik aufzustellen, eine Forderung, die aus ihrer Auffassung von der Zahlungsbilanz unmittelbar und notwendig hervorzugehen scheint? Hätten sie nicht sehen müssen, daß die neuen Guthaben, die zur Kompensierung der Zahlungsverpflichtungen erforderlich waren, auch, und leichter, dadurch zu erringen waren, daß man durch Diskonterhöhungen ausländisches Kapital ins Inland zog oder fremde Gläubiger dazu trieb, ihre Forderungen erst später einzutreiben? Es gibt verschiedene Antworten auf diese Fragen.

Einerseits war trotz Englands rascher industrieller und kaufmännischer Fortschritte sein Kreditverkehr mit dem Auslande noch nicht so entwickelt, daß die Wirkungen großer Kreditoperationen auf die Wechselkurse schon allgemein bekannt und klar vor Augen liegend gewesen wären. Andererseits standen die Wuchergesetze, die den Zins auf 5 % beschränkten, dem Verständnis für diese Wirkungen des Diskontaufschlages im Wege. Die Möglichkeit, sie praktisch auszuprobieren, und somit die theoretische Erkenntnis zu fördern, war jedenfalls dadurch ausgeschlossen. Schließlich aber und in der Hauptsache stand als Hindernis auf dem Wege der Antibullionisten, daß sie den Unterschied zwischen den beiden Arten eines Verlangens nach Gold in der Theorie nicht kannten und in der Praxis nicht machten. Wir haben schon ausgeführt, wie bei solchem Fehlen einer reinlichen Scheidung die Wirkung einer Diskonterhöhung auf die Wechselkurse unerkannt bleiben mußte und im Wirrwarr von krisenhaftem und normalem Goldbegehre verloren ging. Wurde die Erkenntnis, daß bei einer ungünstigen Zahlungsbilanz ein Fehlbetrag von Wechseln aufs Ausland auszugleichen war, nicht unterstützt durch die Möglichkeit und Notwendigkeit, eine ungünstige Zahlungsbilanz und ein Verlangen nach Gold, das ihr entspringt, von einem Goldbedarf bloß für Zwecke der inneren Zirkulation zu unterscheiden, so war keinerlei Aussicht vorhanden, daß das Dunkel der Diskontpolitik erhellt wurde.

So tritt denn also jede der beiden Richtungen schon mit Erkenntnissen auf den Plan, die für die Theorie wertvoll waren und nötig zu ihrer Weiterentwicklung. Es besitzt jede der beiden Lehren gerade

die Einsicht, die der anderen fehlt, und jede muß darum da Halt machen, wo die andere anfängt zu erkennen. Erst durch die Verschmelzung der beiden Theorien, indem die eine die andere korrigierte, ist es möglich geworden, das Wesen der Diskontpolitik theoretisch zu erkennen. Fassen wir noch einmal zusammen: mit Rücksicht auf die Weiterentwicklung der Theorie bleibt den Bullionisten das Verdienst, den prinzipiellen Unterschied eines inneren und äußeren Drains erfaßt zu haben, während zugleich ihre Auffassung von der Zahlungsbilanz sie immer wieder auf die Veränderung der Geldmenge als Korrektiv der Zahlungsbilanz hinwies. Die Antibullionisten hingegen fassen zwar die Zahlungsbilanz »pantopolisch« auf, beachteten jedoch nicht jenen wichtigen Unterschied zwischen den beiden verschiedenen Arten eines Goldverlangens. So überließen beide Richtungen sowohl die Erkenntnis wie die Begründung der Diskontpolitik einer späteren Zeit.

Bis das jedoch geschah, mußten die Lehren der Bank-Restriktionszeit erst eine praktische Probezeit durchmachen. Es ist fast, als sollte jedes der beiden Prinzipien — nacheinander praktisch bis in ihre letzten Konsequenzen durchgeführt — sich so selbst ad absurdum führen und den eigenen Beweis seiner theoretischen Unzulänglichkeit praktisch antreten. Zunächst ging die antibullionistische Lehre aus dem ursprünglichen Meinungsstreit als Sieger hervor. Von der Ablehnung der Anträge des Bullion-Reports durch das Parlament bis zur zweiten Peels-Akte im Jahre 1844 herrschte offiziell und in der Praxis der Bank die Lehre von der Zahlungsbilanz, wie sie in den Sachverständigenaussagen des Bullion-Reports formuliert worden war. Nachdem die Folge dieser Theorie, nämlich der Mangel jeder Fürsorge für die Regulierung der Geldmenge, mehrfach verheerende Wirkungen für das Wirtschaftsleben des Landes gezeitigt hatte, und somit das Unzureichende des Prinzips aufs Eklatanteste bewiesen schien, trat mit der zweiten Peels-Akte die bullionistische Lehre in Wirksamkeit und erhielt allgemeine Anerkennung, eine Wandlung, die sich schon in den vorhergehenden Jahren vorbereitet hatte. Nunmehr schlug man in den größten Gegensatz um, der sich denken ließ, indem man nur noch für die Regulierung der Geldmenge Sorge trug. Bis auch dies Prinzip — gerade in dieser extremen Durchführung um so rascher — seine Unzulänglichkeit erwies, in befriedigender Weise den Ausgleich der Zahlungsbilanz zu erreichen. Eben weil man den selbständigen Einfluß der Geldmenge auf die Wechselkurse durch die starren Bestimmungen der Peels-Akte so völlig ausgeschaltet hatte, machte man sich den Blick frei, um andere Möglichkeiten der Einwirkung auf die Wechselkurse zu entdecken. Und das Fiasko, das das einseitige bullionistische Prinzip erlitt, machte es zudem notwendig, daß man sich bemühte, solche anderen Möglichkeiten aufzufinden.

III. Bis zur zweiten Peels-Akte 1844.

In den nächsten Jahrzehnten finden wir reiches Material für unser Problem in den großen englischen Bankenquäten der

30er und 40er Jahre. Diese Enquêtes wurden meist kurze Zeit nach einer Krise angestellt, und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts traten diese großen Wirtschaftskrisen periodisch, fast genau alle 10 Jahre, auf. Naturgemäß pflegten die Erfahrungen der Krisen den darauffolgenden Enquêtes bestimmend zu sein für Richtung und Sinn ihrer Fragestellung. Gaben sie so den Bankleuten die Gelegenheit, ihre Grundsätze darzulegen und ihre Praxis während der Panik zu rechtfertigen, so erwuchs hier auch die Möglichkeit scharfer kritischer Stellungnahme und Aenderung der Ansichten.

Die in und nach der Krisis von 1825—26 befolgten Grundsätze der Bankdirektoren wurden in der Enquête von 1832 zur Erneuerung des Freibriefs der Bank von England (Report on the Bank Charter) erörtert. Vor dieser Kommission erkannten die Direktoren den Einfluß der Notenmenge auf die Wechselkurse an. Sie hatten also seit 1810 ihre Meinung in diesem Punkt geändert. Ward, der Direktor der Bank of England seit 1817, erklärte in bezug hierauf ⁶⁷⁾, seine und seiner Kollegen Ansicht sei schon in den 20er Jahren mehr und mehr zugunsten dieser Lehre des Bullion-Reports umgeschlagen, endgültig jedoch 1827, also nach der Krisis. Das Prinzip, von dem sich die Bank bei ihren Geschäften leiten ließ, war nach Palmer ⁶⁸⁾, dem damaligen Bankgouverneur, dasjenige, »at a period of a full currency«, und folglich bei einem Pari der Wechselkurse, ein Drittel der Verbindlichkeiten in bar zu halten. Ein Grundsatz übrigens, der später von den Zentralnotenbanken anderer Länder in ihre Statuten aufgenommen wurde, mit dem Unterschiede allerdings, daß die Direktoren der Bank von England damals konsequenterweise dem Barbestande als Verbindlichkeiten nicht allein die Noten, sondern außer diesen die Depositen gegenüberstellten.

An derselben Stelle führt Palmer näher aus, was er unter einer »period of a full currency« verstanden haben will: »in that state of things, the circulation of the Bank is supposed to be neither more nor less than is necessary for the transactions of the country.« Und der Bankdirektor Norman ⁶⁹⁾ erklärt: »The currency is said to be full, when the exchanges are at par, or rather when they are on the point of becoming unfavourable, prior to the commencement of a demand for Bullion.« Das Verhältnis der Dritteldeckung sei ein von der Bankleitung gefundener Erfahrungssatz.

Die Bankdirektoren haben also die Theorie ihrer Vorgänger von 1810, daß die Bank nicht zuviel Noten in Verkehr setzen könne, wenn sie sich auf die Diskontierung kurzfristiger Handelswechsel beschränke, aufgegeben. Ihr neues Prinzip der Dritteldeckung glaubten sie dadurch einhalten zu können, daß sie in ruhigen Zeiten den Diskontsatz möglichst stabil hielten, in Krisenzeiten dagegen, wenn der Zinsfuß des freien Marktes höher stand als die Bankrate, es für ihre Pflicht erachteten, den Kreditanforderungen der Erwerbswelt möglichst weit-

⁶⁷⁾ Report on the Bank Charter 1832, Nr. 2073—78.

⁶⁸⁾ Report, a. a. O. Nr. 71 ff.

⁶⁹⁾ Report, a. a. O. Nr. 261—62.

gehend entgegentzukommen. Das aber ist nichts anderes als eine Fortexistenz ihrer Grundsätze von 1810 in verschleierte Form. Denn in Wahrheit wäre eine Einschränkung der Diskontierungen von seiten der Bank gerade in Krisenzeiten in Betracht gekommen, und nur dann, denn in ruhigen Zeiten pflegte der Börsenzinsfuß unter dem Banksatz zu stehen, so daß die Bank von Diskontierungsgesuchen ziemlich verschont blieb. Jene oben erwähnte Erkenntnis der Direktoren, daß die Notenmenge die Wechselkurse beeinflussen könne, blieb vorerst ohne jede praktische Bedeutung, mußte es — wie wir gesehen haben — bleiben, solange der Unterschied zwischen external und internal drain nicht klar erkannt war. So bedeutet denn die angebliche Regelung der Notenausgabe durch die Bank *nach* den Wechselkursen in Wirklichkeit so viel wie *durch* dieselben ⁷⁰⁾. Im Grunde ist man noch derselben Meinung wie 1810, daß nicht die Notenmenge die Wechselkurse reguliere, sondern umgekehrt. Einige Antworten Palmers ⁷¹⁾ sind überaus bezeichnend für das passive Verhalten der Bank. Danach gleichen sich die Wechselkurse stets automatisch aus, wenn die Regulierung des Geldumlaufs im Lande lediglich dem freien Verkehr überlassen bliebe. Man dachte sich das so: ist die Zahlungsbilanz ungünstig, so werden Banknoten eingeliefert oder Depositen abgehoben zwecks Goldentnahme zur Ausfuhr. Dadurch werden die Mittel des Geldmarktes verringert, die Warenpreise fallen, die Ausfuhr steigt und die Einfuhr sinkt. Infolgedessen schlagen die Wechselkurse um. Das ist der Mechanismus der bullionistischen Theorie, nur mit dem Unterschiede, daß der Anstoß zur Verschlechterung der Wechselkurse hier nicht von den Geldverhältnissen ausgeht, sondern von dem ungünstigen Stand der Zahlungsbilanz.

Noch also war man nicht von dem Glauben an einen automatischen Ausgleich der Zahlungsbilanz auf dem Wege über die Preise abgekommen. Ja, man nahm sogar noch an, daß auch die Geldmenge sich selbsttätig regulierte, wenn auch schon eine Annäherung an die Meinung der Bullionisten, daß es einzig und vor allem auf die Gestaltung der Geldverhältnisse ankäme, deutlich erkennbar ist. Aber die trüben Erfahrungen der Krisis von 1825 mußten sich erst wiederholen, ehe die Sorglosigkeit in bezug auf die Währungszustände gänzlich aufhörte.

Das geschah in der Krisis von 1837. Die Bankpraxis der Direktoren wurde aufs schärfste kritisiert in den *Reports on Banks of Issue* von 1840 und 1841. Nichts kann die eben geschilderten Grundsätze der Direktoren, niemals in Voraussicht kommender Ereignisse zu handeln, sondern sich ihnen gegenüber passiv zu verhalten, besser illustrieren, als ihr Vorgehen vor und während dieser Krisis. Zwar suchten die Direktoren Palmer und Norman es zu verteidigen, aber Palmer ⁷²⁾ muß doch zugeben, daß »the principle of 1832 had always reference to ordinary circumstances, and I do not consider

⁷⁰⁾ Report, a. a. O. Nr. 285 ff.

⁷¹⁾ Report, a. a. O. Nr. 78 ff.

⁷²⁾ Report on Banks of Issue, 1840, Nr. 1426.

that the year 1839 was of that character«. Hätte man nun eingesehen, daß Geschäftsgrundsätze, die nur in ruhigen Zeiten anwendbar sind, in kritischer Lage jedoch versagen, unhaltbar sind, hätte man sie dann aufgegeben, anstatt hartnäckig daran festzuhalten, so hätte viel Unheil verhütet werden können. Die Unhaltbarkeit ihrer Prinzipis zu erkennen, war aber eben den Direktoren ganz unmöglich. Einerseits war es ihnen nicht klar, daß im Anfang der Krise ein »external drain« vorlag, der der ungünstigen Zahlungsbilanz entsprang. Infolgedessen schränkten sie ihre Vorschüsse nicht entsprechend ein. Erst als ein großer Teil ihres Edelmetalls abgeflossen war, erhöhten sie den Diskont, was jetzt ziemlich unwirksam geworden war, da inzwischen der Marktdiskont der Bankrate vorangeeilt war. Als nun ein »internal drain« hinzukam, mußte die Bank diesen ebenfalls mit Kreditrestriktionen beantworten, sehr zur Empörung der Erwerbswelt und zur Verstärkung der Panik. Andererseits konnten die Direktoren keine vorbeugende Restriktionspolitik treiben, da ihre Ueberzeugung vom selbsttätigen Ausgleich der Zahlungsbilanz durch den freien Verkehr und ihr Passivitätsstandpunkt dem im Wege war.

Da — wie wir gehört haben — die endliche Diskonterhöhung wirkungslos sein mußte, weil der Marktdiskont dauernd höher als die Bankrate stand, wußte man schließlich keinen Ausweg mehr aus dem Dilemma: erhöhte Kreditanforderungen des Inlands bei fortwährendem Goldabfluß ins Ausland wegen ungünstiger Wechselkurse. Die inländischen Kreditansprüche waren nicht mehr einzuschränken, also verfiel man schließlich darauf, auf die Wechselkurse einzuwirken, indem man in Paris und Hamburg Kreditaufnahmen machte⁷³⁾. Man verfolgte aber damit, wie ausdrücklich von Palmer erwähnt wird, »the purpose of reducing its issues, with reference to the existing drain of bullion at that time«⁷⁴⁾, keineswegs also eine direkte Einwirkung auf die Zahlungsbilanz, um einen Fehlbetrag an Auslandswechseln auszugleichen.

Besonders bemerkenswert ist die Bankpolitik dieser Jahre und die Enquête on banks of issue deshalb, weil zum ersten Male der Diskontsatz verhältnismäßig größere Beweglichkeit aufwies — waren doch die Wuchergesetze 1832 teilweise beseitigt worden — und weil diese Tatsache, d. h. weniger die verschiedenen Aenderungen des Diskontsatzes als seine Erhöhung über 5% hinaus, in und außer dem Parlamente lebhaften Protest hervorrief⁷⁵⁾. Dabei zeigte es sich, wie wenig man sich über die Wirkungen der Diskontsatzserhöhung klar war. Gilbert⁷⁶⁾ schrieb, die Bank solle sich die Aufhebung des Wuchergesetzes im Diskontgeschäfte nicht zunutze machen — da sie ein Mono-

⁷³⁾ Report, a. a. O. Nr. 1432/37.

⁷⁴⁾ Report, a. a. O. Nr. 1434.

⁷⁵⁾ Vgl. Gilberts Antwort vor dem Report on banks of issue, Nr. 1092: ... »I think it would have been better if they had not raised the rate of interest at all ...«

⁷⁶⁾ James William Gilbert, Inquiry into the causes of the pressure of the money market during the year 1839, London 1840, S. 42.

pol der Notenausgabe habe —, um einen »erpresserischen« Zinsfuß zu fordern. Aber auch die Stimmen, die diese Maßregel verteidigten, zeugen nicht von tieferem Verständnis. Palmer antwortet auf die Frage, welche Wirkungen er der Diskonterhöhung zuschriebe ⁷⁷⁾: »I presume the objekt of the advance was, that, by enhancing the value of money here, the price of commodities would have been lowered and the exports would thereby have been increased to meet the imports of foreign corn and other bills appearing upon the Continent upon England.« Und ähnlich spricht sich der Direktor Norman ⁷⁸⁾ aus. Es kann uns nach den vorangegangenen Ausführungen kaum mehr überraschen, daß die Sachverständigen die wichtigere und näherliegende Beeinflussung der Kapitalbewegungen mit dem Auslande durch die Diskonterhöhung übersahen und sie stets nur mit den Warenpreisen in Verbindung brachten. So machten sie es ja auch mit der Kontraktion des Notenumlaufs, und die Diskonterhöhung hatte in ihren Augen die gleichen Wirkungen wie eine solche. Der Glaube allein an den automatischen Ausgleich der Zahlungsbilanz brauchte die Erkenntnis der Wirkungen einer Diskonterhöhung auf die ausländischen Kapitalbewegungen noch keineswegs auszuschließen, wohl aber die Tatsache, daß man diesen Ausgleich nur auf dem Wege über die Preise für möglich hielt. Tooke ⁷⁹⁾ berichtet, während der Klemme im Sommer 1839 sei behauptet worden, »die Ansicht der Direktion gehe dahin, daß sie nicht imstande sein würde, den Abfluß ihres Barschatzes zu verhindern, bevor nicht die Warenpreise weit niedriger wären«. Und Palmer ⁸⁰⁾ sagt in seiner Schrift, seit der ersten Erhöhung des Diskonts 1836 auf 4 ½ % habe der Fall der Preise fast aller wichtigen Rohprodukte (Zucker, Kaffee, Tee, Seide, Baumwolle, Metalle, Drogen) nicht weniger als 20—30 % betragen. Bei Englands großer Bedeutung im Ueberseehandel in jener Zeit war es wohl erklärlich, daß die Sachverständigen bei ihrer Auffassung der Diskonterhöhung in erster Linie an die Im- und Exporteure dachten. Infolge veränderter Kreditbedingungen ändern sich die Preise und damit die Zahlungsbilanz, so wie die Bullionisten diese Wirkung der Ab- und Zunahme der Geldmenge schlechthin zusprachen. Daß man den Bullionisten seit 1832 auch theoretisch näher gerückt war, kam erschwerend hinzu, um die Blicke hypnotisch auf den Zusammenhang des inneren Preisniveaus mit den Wechselkursen zu lenken und die Aufmerksamkeit von der anderen Seite der Diskontpolitik, von der Macht der Diskontveränderung, ausländisches Kapital heranzuziehen und so die Zahlungsbilanz zu beeinflussen, abzuwenden.

Uebrigens war man sogar von dieser Fähigkeit der Diskonterhöhung, den Goldabfluß auf dem Wege über die Preise zu hindern, keineswegs sehr durchdrungen. Wir haben oben Gilberts gänzlich ab-

⁷⁷⁾ Report, a. a. O. 1840, Nr. 1390.

⁷⁸⁾ Report, a. a. O. Nr. 1918.

⁷⁹⁾ Tooke, a. a. O. Bd. I, S. 412.

⁸⁰⁾ John Horsley Palmer, Causes and consequences of the pressure upon the money market, with a statement of the action of the Bank of England from 1st October 1833 to 27th December 1836, London 1837, S. 23.

weichende Ansicht gehört. Aber auch sonst wurden mancherlei ablehnende und mehr oder weniger schroff verurteilende Stimmen laut, meist aus dem Lager derjenigen, denen eine Krediterschwerung un bequem und lästig war. Sicher aber hätte die Allgemeinheit sich mit der aus diesem Grunde notwendigen Praxis der Diskonterhöhung einverstanden erklärt, wenn nicht eben die Bank selbst durch ihr Verhalten den Sinn dieser Maßnahme illusorisch gemacht hätte. Da sie zu spät damit kam, mußte sie versagen. Das schien ja auch die Notwendigkeit jener Anleihen in Paris und Hamburg zu beweisen, die die Bank vor Einstellung der Barzahlungen retteten, aber den Nationalstolz der Engländer ziemlich empfindlich verletzen mußten ⁸¹⁾.

Angesichts der Praxis der Direktoren und ihrer Aussagen, die jede Erkenntnis der Wirkungen einer Diskontpolitik vermissen lassen, ist es einigermaßen rätselhaft, wie Scharling ⁸²⁾ behaupten kann, daß »die Bank von England von dieser Zeit an (d. i. von 1825—26 an) zu der Diskonterhöhungspolitik überging, welche das Bullion-Committee anempfohlen hatte, und diese danach das Hauptprinzip in der Leitung der Bank in den letzten ca. 70 Jahren gewesen ist . . .« Nach den vorangegangenen Ausführungen erübrigt sich jedes Eingehen auf diese Bemerkung, deren völlige Haltlosigkeit auf der Hand liegt. Ebenso ist eine andre Feststellung zu werten, die Scharling ein paar Seiten später macht ⁸³⁾: »Während der Krisis, die im Jahre 1836—37 eintrat, ..., zeigte es sich, daß die Bank jetzt richtige Prinzipien verfolgte.«

Auf alle Fälle waren die Erfahrungen, die man in dieser Zeit mit der Diskontierungspraxis der Bank von England gemacht hatte, nicht danach angetan, für die Diskonterhöhung eine Lanze zu brechen. Man sann deshalb, wie eine Wiederholung dieser Kalamitäten zu verhindern wäre. Und man kam zu dem Schluß, daß die Bank seit Wiederaufnahme der Barzahlungen aufs Eklatanteste in der Regulierung des Geldwesens im Lande versagt hätte. Der Glaube, daß es d a r a u f ankäme, damit alles andere von selbst in Ordnung wäre, wurde wieder aufgegriffen, aber man hatte inzwischen erfahren, daß die Geldmenge sich auch bei Barzahlung keineswegs selbst regulierte. Man erließ darum Gesetze, die das besorgen sollten, und zwar so besorgen, daß nie ein Zuviel an Zahlungsmitteln im Lande sein konnte, der selbständige Einfluß des Faktors Geldmenge auf die Wechselkurse mithin gleichsam ausgeschaltet war. Ein Sieg also des bullionistischen Prinzips.

IV. Die Peels-Akte 1844.

Die theoretischen Erwägungen, zu denen das Versagen der Bankleitung seit Wiederaufnahme der Barzahlungen angeregt hatte, fanden

⁸¹⁾ Tooke (a. a. O. Bd. I, S. 437) spricht ungehalten von dem »wenig rühmlichen Mittel, den Beistand einiger Pariser Bankiers anzurufen, die nach vielem Besinnen und vielen demütigenden Nachfragen ihn ihr bewilligten«.

⁸²⁾ William Scharling, Bankpolitik, Jena 1900, S. 106.

⁸³⁾ Scharling, a. a. O. S. 113.

ihren praktischen Ausdruck in den Bestimmungen der Peels - Akte von 1844, deren Gesetzgeber der Minister Robert Peel, deren geistiger Urheber der Bankier Samuel Jones Lloyd, der spätere Lord Overstone war. Wir müssen die gesetzlichen Bestimmungen dieser Akte hier als bekannt voraussetzen⁸⁴⁾, interessieren sie uns doch nur insoweit, als sich bestimmte Ideen über die Zahlungsbilanz in ihr manifestiert haben und sie selbst wiederum zu praktischen Erfahrungen führten, durch die die Theorie gefördert worden ist.

Wie schon gesagt, bedeutet die Peels-Akte die Anerkennung der bullionistischen Lehren. Jedoch ist diese Tatsache cum grano salis zu nehmen. Denn ging das ihr zugrunde liegende Prinzip der currency-school einerseits über die Theorie der Bullionisten hinaus, indem ihre Lehren auch auf die Zeit der Barzahlung angewandt wurden, so bleibt es andererseits hinter den bullionistischen Erkenntnissen zurück, indem der Unterschied zwischen den beiden Arten eines Goldbedarfs verwischt wurde. Prüfen wir die Lehren der currency-Schule unter diesen Gesichtspunkten, um ihre Bedeutung für die Lehre von der Zahlungsbilanz zu erkennen.

Inwiefern die Fehler, die die Bank von England in den großen Krisen der 20er und 30er Jahre gegenüber andauerndem Goldabfluß aus England begangen hatte, dem Hauptprinzip der Bullionisten zum Siege verhelfen mußten, ist im vorigen Abschnitt ausgeführt worden. Dieses hauptsächliche Prinzip der Bullionisten war das, daß die Ursachen der Wechselkursbewegungen nicht in Verhältnissen der Zahlungsbilanz, sondern im Zustand des Geldwesens im Lande lägen. Die Zahlungsbilanz gleicht sich nach ihnen automatisch aus, wenn die Geldmenge so reguliert wird, daß ein Zuviel an Zahlungsmitteln abströmen kann und so auf dem Wege über die Preise die Zahlungsbilanz wieder geregelt wird. Diese Regulierung der Geldmenge nun geschieht nach den Bullionisten bei Barzahlung der Bank eo ipso. Um sich vor Ueberemission zu schützen, also um dauernd günstige Wechselkurse zu haben, braucht man demnach nur für die Einlösbarkeit des Papiergeldes Sorge zu tragen. Die Barzahlung allein ist die Garantie für die Regulierung der Geldmenge und somit der Zahlungsbilanz. Seit der Wiederaufnahme der Barzahlungen im Jahre 1821 hätten also nach dieser Ansicht die Geldverhältnisse im Lande stets in schönster Ord-

⁸⁴⁾ Aus der umfangreichen Literatur wollen wir nur nennen: Adolf Wagner, Die Geld- und Credittheorie der Peelschen Bankakte, Wien 1862. Derselbe, Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig 1857. Walter Lotz, Geschichte und Kritik des deutschen Bankgesetzes, Leipzig 1888 (Im Anhang II: „Das Bankgesetz Sir Robert Peels von 1844 als Vorbild des deutschen Bankgesetzes“). William Scharling, a. a. O. A. Andréadès, a. a. O. P. Aretz, a. a. O. Ferner die einschlägigen Schriften der damaligen Zeit, insbesondere: Lord Overstone, Tracts and other publications on metallic and paper currency, London 1858. James Fullarton, On the regulation of currencies, 2. ed., London 1845. James Wilson, Capital, currency, and banking, London 1847. Thomas Tooke, a. a. O. Bd. I, S. 480 ff. Ferner die Artikel „Banken (Bankgeschäfte)“ von Nasse und Lexis und „Diskontpolitik“ von Lotz im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

nung sein müssen, und der Stand der Wechselkurse hätte in bezug auf den Barvorrat niemals zu Besorgnissen Anlaß geben dürfen.

Seitdem hatte sich nun praktisch erwiesen, daß die Tatsache der Barzahlung allein nicht genügte, um die Geldverhältnisse im Lande zu regeln. Man hatte erkannt, daß gewisse Maßnahmen erforderlich waren, um die Barzahlung aufrecht zu erhalten. War doch in jeder Krise, insbesondere 1837, das Gespenst einer drohenden Suspension der Barzahlungen aufgetaucht und nur mit knapper Not, in der letzten Krise dank einer höchst unerwünschten Anleihe im Ausland, vermieden worden. So haben die Gesetzgeber der Peels-Akte, während die Bullionisten sich mit der Postulierung der Barzahlung begnügten, »Maßregeln ergriffen, welche die Erfüllung dieser Verpflichtung sicherstellten«⁸⁵⁾. Ist somit das Prinzip selbst, die Einwirkung der Geldverhältnisse auf die Wechselkurse, in die currency-Theorie übergegangen, so ist die Anwendung dieses Prinzips hier eine andere. Die Lehren des Bullion-Reports werden auf die Zeit der Barzahlung angewandt, auf einen Zustand also, der für die Bullionisten keinerlei Probleme darbieten konnte, da er nach ihrer Meinung durch seine Existenz allein schon eine allgemeine Harmonie gewährleistete.

Die currency-school war also zu dem Ergebnis gekommen, daß auch bei Barzahlung und trotz derselben die Sorge für die Regulierung des Geldwesens blieb. Uebrigens ist es bemerkenswert, daß diese Ueberzeugung, ein Durchbrechen des reinen *laisser-faire*-Prinzips, sich in dieser Zeit bemerkbar macht, einer Zeit, die vom Kampf gegen die Schutzzölle erfüllt ist und schon 2 Jahre nach der Peels-Akte, 1846, mit der völligen Aufhebung der Getreidezölle den endgültigen Sieg des Freihandels bringt⁸⁶⁾.

Der Gedankengang von Lord Overstone ist etwa folgender: bei einem rein metallischen Geldwesen, d. h. bei einem solchen, in dem keine Banknoten gebraucht werden, drückt sich — analog zu Ricardo — jede Veränderung der Geldmenge in den Warenpreisen aus. Jede durch ungünstige Wechselkurse bewirkte Edelmetallausfuhr veranlaßt eine Verringerung der Geldmenge und infolgedessen ein Sinken der Preise. Dadurch wird die Ausfuhr angereizt, die Einfuhr erschwert. Die Wechselkurse erholen sich und das Edelmetall strömt zurück. Diesen Mechanismus glaubt Ricardo auch bei in Gold einlösbarem Papiergeld in automatischer Wirksamkeit. Lord Overstone dagegen ist der Meinung, daß in einem gemischten Geldwesen, wo neben dem Metallgeld Banknoten zirkulieren, ausgeführtes Edelmetall sich durch Mehrausgabe von Noten ersetzen ließe. Infolgedessen trete kein Sinken der Preise ein, da die »currency« (d. i. also Metallgeld + Noten)

⁸⁵⁾ Aus den Briefen von Lord Overstone an die Times über das Bank-Patent, Nr. VI, vom Januar 1857. Zitiert nach Tooke, a. a. O. Bd. I, Anhang S. 753.

⁸⁶⁾ Merkwürdigerweise waren gerade die begeistertsten Anhänger des Freihandels Gegner der Freiheit in der Notenausgabe (vgl. die Aussage Cobdens, des Begründers der Anti Corn-Law-League, vor dem Committee on Banks of Issue 1840/41, Nr. 529). Nur Tooke, als Gegner der Schutzzölle und der Peels-Akte, macht eine Ausnahme.

sich nicht vermindere. Auf diese Weise könne alles Gold aus dem Lande getrieben werden, ohne daß die Warenpreise davon beeinflußt würden.

Die Freiheit der Bank in der Notenausgabe und dazu das Profitinteresse, das für sie darin liegt, Noten an Stelle des abfließenden Metalls in Verkehr zu setzen, verhindern also die selbsttätige Regulierung der Goldmenge wie beim rein metallischen Geldwesen. Darum muß die Notenausgabe an so starre Gesetze gebunden werden, daß das gemischte Geldwesen gezwungen ist, genau so zu funktionieren, als wäre es ein rein metallisches.

Dementsprechend wird der Betrag der metallisch ungedeckten Noten durch die Peels-Akte kontingentiert, und zwar auf 14 Millionen £ — wozu 7 Millionen £ für die Provinzbanken kommen —, das erfahrungsgemäß stets vom Verkehr festgehaltene Minimum. Jede weitere emittierte Note muß mit Gold voll gedeckt sein. Die weiteren Bestimmungen, insbesondere die Trennung des Notenemissionsgeschäfts der Bank (issue department) von ihren übrigen Geschäften (banking department) kommen erleichternd hinzu, um die Durchführung jener Maßnahmen zu gewährleisten.

Es ist hier nicht der Ort, dies Gesetz zu kritisieren, wofür sich manche dankbaren Angriffspunkte darbieten, noch auch die vielen Probleme aufzurollen, die in den Lehren der currency-school verborgen sind. Beschränken wir uns hier, diese Doktrin vom Gesichtspunkt unserer Aufgabe zu beleuchten, und fassen wir das dafür Wesentliche noch einmal zusammen: Die Ursachen ungünstiger Wechselkurse liegen im Zustand des Geldwesens. Dieses reguliert sich selbsttätig, wenn es rein metallisch ist. Dann schwankt die Geldmenge mit den Wechselkursen. In einem gemischten Geldwesen müssen Gesetze für die Notenausgabe erlassen werden, damit die Veränderungen der Geldmenge ebenfalls den Veränderungen der Wechselkurse entsprechen. In gewissem Sinne ist also die zweite Peels-Akte das Komplement der ersten. Jene stellte die Barzahlung erst sicher, die diese befohlen hatte. Oder — wie Torrens⁸⁷⁾ in bezug auf die Akte von 1819 sagt: »But although the law imposes upon the directors of the Bank the liability of payment in gold, upon demand, it did not give to the public any adequate security that the Bank should have the means of discharging that liability.«

Wir haben schon erwähnt, daß die currency-school, während sie in ihrem Hauptprinzip eine Anwendung der bullionistischen Lehren darstellt, in einem anderen Punkte hinter ihnen zurückbleibt. Der Unterschied zwischen einem »external« und »internal drain« wurde von den currency-Theoretikern nicht erkannt und in den gesetzlichen Bestimmungen der Peels-Akte als dem praktischen Niederschlag ihrer Theorien nicht berücksichtigt. Es war der Zweck der Peels-Akte, den Barvorrat zu schützen, wie Lord Overstone es vor allen späteren Bank-enquêtes immer wieder betont. Wenn man, von dem Kausalzusammen-

⁸⁷⁾ R. Torrens, *The Principles and practical Operation of Sir Robert Peels Act of 1844*, 2. Aufl., London 1857, S. 31.

hang zwischen Geldmenge und Wechselkursen ausgehend, meinte, ungünstige Wechselkurse, die sich durch Goldausfuhr bemerkbar machten, müßten durch Notenkontraktion gebessert werden, so verstieg man sich jetzt zu der Annahme: jedes Verlangen nach Gold bedeutet ungünstige Wechselkurse. Infolgedessen richtete man die Blicke wie hypnotisiert nur auf den Goldvorrat und fragte sich bei einem drain gar nicht erst, ob das Gold nicht etwa für die innere Zirkulation, in Krisenzeiten oder aus anderen Gründen, bestimmt war, sondern nahm schlechthin an, daß das Gold zu Ausfuhrzwecken, also wegen ungünstiger Wechselkurse, verlangt wurde. Ganz ähnlich so, in diesem Punkte, wie die antibullionistischen Bankdirektoren, die Sachverständigen des Bullion-Reports von 1810. Nur folgenswerer noch, denn hatten die Bankdirektoren schließlich doch immer noch die Möglichkeit, in der Praxis anders zu handeln, als diesen Grundsätzen entsprach, und einen »internal drain« anders zu behandeln wie einen »external drain«, so fingen sich die currency-Theoretiker endgültig in ihrer eigenen Schlinge. So völlig die Bestimmungen der Peels-Akte ihrem Prinzip in dieser Beziehung entsprachen — indem bei jedem Verlangen nach Gold, gleichgültig ob zu Exportzwecken oder nicht, automatisch die Noten um den entsprechenden Betrag vermindert werden mußten —, so starr war auch ihre Anwendung und so ganz jeder praktischen Einwirkung entzogen, es sei denn, daß man die Akte selbst hätte umstoßen wollen. Ja, wir behaupten sogar: hätte man jene bullionistische Erkenntnis der beiden Arten eines Goldbedarfs nicht so ganz wieder ad acta gelegt, so wäre der starre Mechanismus der Peels-Akte überhaupt gänzlich unmöglich gewesen. Wir werden noch darauf zurückkommen, wie nun in bezug auf diesen Punkt die praktische Erfahrung nach der Peels-Akte auf den Weg zurückführte, den der Bullion-Report schon im theoretischen Erkennen beschritten hatte.

Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Gegner der currency-Theorie als eine »Schule« genannt werden: die *banking school*. Ihre bedeutendsten Vertreter sind Tooke, Fullarton und Wilson, in Deutschland Adolf Wagner. In bezug auf unser Problem bietet die Theorie der *banking-school* nichts wesentlich Neues dar. Ihre Lehre von den Faktoren der Wechselkursbewegungen und vom Ausgleich der Zahlungsbilanz schließt sich vollständig an die uns schon bekannte Auffassung Tookes an. Danach werden die Warenpreise und Wechselkurse nicht von der Notenausgabe beherrscht, sondern die Notenausgabe ist stets eine Folge von Bewegungen der Warenpreise und der Wechselkurse. Deren Bewegungen wiederum werden durch selbständige, allgemeine und besondere Veränderungen in den Produktions-, Konsumtions- und Handelsverhältnissen bestimmt. In bezug auf die Notenausgabe nahm die *banking-school* ⁸⁸⁾ im wesentlichen die Grundsätze der Sachverständigen von

⁸⁸⁾ Die Schlagworte »banking principle« und »currency principle« wurden von dem Bankdirektor Norman geprägt (vgl. seine Aussage vor dem Committee on Banks of Issue, 1840, Nr. 2018).

1810 an, wenn sie auch die Praxis der Bankdirektoren seit jener Zeit ebenso tadelte, wie es die currency-school tat. Aber sie leugnete die Macht der Bank, ihren Notenumlauf beliebig auszudehnen. Denn da nicht die Geldmenge den Bedarf des Verkehrs, sondern der Bedarf die Geldmenge bestimmt, ströme die überflüssige Notenmenge an die Bank zurück und die Einlösbarkeit der Noten sei demnach eine genügende Gewähr gegen eine Ueberemission⁸⁹⁾.

Ein näheres Eingehen auf die Theorie der banking-school erübrigt sich hiernach. Bewegt sich doch ihre Gegnerin selbst, die currency-Theorie, in ihren hauptsächlichsten Gegenständen auf bankpolitischem Gebiete, indem sie sich mit den Prinzipien der Notenausgabe befaßt, hier also nur in indirekter Beziehung zu unserem Problem stehend. »Lytrogenetische« Anschauungen — um einen Ausdruck von Singer⁹⁰⁾ zu gebrauchen — interessieren uns nur insoweit, als sich einerseits Ansichten über den Kausalzusammenhang zwischen Geldmenge und Wechselkursen in ihnen dokumentieren — und hierin lehnt sich die currency-Schule völlig an die Bullionisten an — und als andererseits diese Anschauungen über die Schaffung von Zahlungsmitteln sowohl in theoretischer Richtung als auf dem Umwege über praktische Erfahrungen der Lehre von der Zahlungsbilanz neue Ausblicke eröffnet haben. Entstehung und Art dieser letzteren wird uns jetzt zu beschäftigen haben.

Durch die Peels-Akte glaubten die currency-Theoretiker, unerwünschte Beeinflussungen der Wechselkurse von der Geldseite völlig ausgeschaltet zu haben. Der Geldumlauf wurde jetzt durch einen starren Mechanismus geregelt und die Bank war von der Aufgabe befreit, sich um das Geldwesen im Lande zu kümmern. Der menschliche Verstand — so meinte man — sei gleichsam durch eine Maschine ersetzt, und man war davon überzeugt, daß diese Maschine reibungslos funktionieren würde. Dem gewünschten selbsttätigen Ausgleich der Zahlungsbilanz stand nun nichts mehr im Wege, da seine Voraussetzung, die Regulierung der Geldmenge, völlig gesichert schien.

Ein Versagen dieses Ausgleichs hätte man sich von jetzt an auf zweierlei Weise erklären können. Einmal hätte man daraus schließen können, daß durch die Peels-Akte die Geldmenge nicht genügend oder nicht richtig geregelt würde. Diese Ueberzeugung drang jedoch nicht durch. Vor dem Parlamente sowie in den *Reports on commercial distress* 1848 zeigt es sich, daß die Verteidiger der Akte, päpstlicher als der Papst, ihr Prinzip nach wie vor für völlig ausreichend erklärten und einzig die Bankleitung für die Mißstände des Krisenjahres 1847 verantwortlich machten. Lord Ashburton spricht die Meinung vieler aus, wenn er in seiner Broschüre⁹¹⁾ betont, daß die

⁸⁹⁾ Fullarton (a. a. O. Kap. IV) brachte ein neues Moment in die Beweisführung der currency school mit seiner »Entdeckung« der »hoards«. Das Vorhandensein dieser sog. Horte durchbreche die Parallelität zwischen der zirkulierenden Geldmenge einerseits, Wechselkursen und Warenpreisen andererseits.

⁹⁰⁾ Kurt Singer, *Das Geld als Zeichen*, Jena 1920, S. 106.

⁹¹⁾ Lord Ashburton (Baring), *The Financial and Commercial Crisis considered*, 1847, S. 9.

Akte von 1844 mit ihren wunderlichen Formeln, Restriktionen und Bedingungen ein Maß vollkommener Weisheit sei, daß aber die einfältigen Bankdirektoren diese weisen legislativen Verordnungen verpuscht hätten. Die Bankdirektoren, die jeder eigenen Initiative zu berauben Zweck und Erfolg der Peels-Akte war, blieben eben die Sündenböcke, weil — wie man meinte — einfach kein Prinzip für die Regulierung der Geldmenge existierte, wenn die Akte nicht ausreichte. Peel ⁹²⁾ sagte vor dem Parlamente, er kenne keine bessere Art der Einschränkung als die durch die Akte von 1844 vorgeschriebene, und Lord Overstone behauptete vor dem Committee von 1848: «... that the events of the preceding year, when properly understood, afforded no evidence of failure in the Act of 1844 to accomplish its real purpose» ⁹³⁾.

Blieb somit das Prinzip der Peels-Akte in bezug auf ihre Zweckbestimmung unangetastet, so mußten die Erfahrungen der nächsten Jahre eine andere Frage laut werden lassen, nämlich die, ob tatsächlich die Bewegungen der Wechselkurse nur durch den Zustand des Geldwesens beeinflußt würden, oder ob der Ausgleich der Zahlungsbilanz sich auch auf anderem Wege als dem über die Regulierung der Geldmenge vollzöge. So lernte man denn, von etwa 1850 an, die Wirksamkeit der Diskontpolitik auf die internationalen Kapitalbewegungen erkennen.

Die Peels-Akte von 1844 wurde erlassen, weil die Bankdirektoren sich als unfähig zu einer rationellen Bankpolitik gezeigt hatten. Hätten sie schon früher zu dem Mittel einer planmäßigen Diskontsatzserhöhung gegriffen, so würde für die Akte keinerlei Notwendigkeit vorgelegen haben. Sie konnten jedoch — wie wir gesehen haben — die Wirksamkeit einer solchen Bankpolitik nicht erkennen, einerseits, weil die Wuchergesetze ihnen im Wege standen, andererseits, weil sie zwischen den beiden Arten eines Goldverlangens keinen Unterschied machten, also für die Krankheit, die sie nicht richtig erkannten, nicht die rettende Medizin verschreiben konnten. Die Peels-Akte machte es nicht nur theoretisch möglich, die Wirksamkeit der Diskontpolitik zu erkennen, sondern auch praktisch notwendig, die Maßnahme der Diskonterhöhung zu ergreifen, denn hatte die Bank bis 1844 völlige Verfügungsfreiheit über ihre Mittel, so spürte sie infolge der engen Grenzen, in die sie durch die Akte gezwängt war, nun jede größere Inanspruchnahme weit nachhaltiger und war weit eher gezwungen, Verteidigungsmaßregeln zu ergreifen. Vorher stand es ihr frei, bis zur nahezu völligen Erschöpfung ihres Barvorrates Kredit zu erteilen, jetzt war sie schon fast bei der ersten Attacke auf ihren Goldbestand zur Beschränkung ihrer Diskontierungen, um dadurch ihre Notenmenge zu verringern, verpflichtet. Dies ist die eine Seite der Peels-Akte — »der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe«, denn die alte Abneigung

⁹²⁾ Vgl. *Parliamentary Debates from 1803 to the present time*. Edited by Hansard, Vol. XCV, S. 660—72.

⁹³⁾ *The Evidence given by Lord Overstone before the Select Committee of the House of Commons 1857, on Bank Acts*, London 1858, Preface S. VII.

gegen Diskontänderungen war nicht geschwunden ⁹⁴⁾ — und sie trug nicht wenig dazu bei, ihre andere Seite, die Erkenntnis dieser Politik, zu beschleunigen und zu fördern.

Das geschah auf folgende Weise: bei strikter Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen der Peels-Akte fühlte die Bank sich schon sehr bald, insbesondere aber in der Krisis von 1847, genötigt, häufige Diskontveränderungen vorzunehmen, um ihren Barbestand zu verteidigen. Dadurch wurde sie mit der Praxis der Diskontschraube vertraut, ohne sich jedoch fürs erste der Tragweite dieser Maßregel klar zu sein. Noch war das bullionistische Prinzip der Regelung der Wechselkurse durch die Notenmenge nicht abgetan, und darum konnte man den Blick nicht für die direkten Wirkungen der Diskonterhöhung freigekommen. Man schrieb ihr also die Rolle eines Mittels zur Aenderung der Geldmenge zu. Lord Overstone ⁹⁵⁾ sagt darüber: *Contraction of circulation acts — first upon the rate of interest—then upon the price of securities — then upon the market for shares, etc. — then upon the negotiation of foreign securities — at a later period, upon the tendency to enter into speculation in commodities — and lastly, upon prices generally.* * Ähnlich sagt auch Morris ⁹⁶⁾, den günstigen Stand der Wechselkurse habe man der Akte zu verdanken, denn ohne diese wäre der Notenumlauf größer, der Diskontsatz niedriger gewesen und die Wechselkurse ungünstig. Der Direktor Palmer ⁹⁷⁾ glaubt, lediglich in Zeiten ungünstiger Wechselkurse sei ein hoher Diskontsatz notwendig, um den Notenumlauf zusammenzuziehen, zu anderen Zeiten könne man ihn stets niedrig halten. Darum tadelt er den nach der Suspension der Akte von der Regierung vorgeschriebenen Diskontsatz von 8 % als zu hoch. Er übersieht dabei, daß gerade in Zeiten der Hochkonjunktur ein Anziehen der Diskontschraube notwendig ist. Palmers Aussagen jedoch vor den Committees on Commercial Distress von 1848 zeigen insofern einen Fortschritt gegenüber seinen diesbezüglichen Äußerungen vor der Kommission des Jahres 1840 ⁹⁸⁾, als er jetzt eine Beeinflussung des internationalen Kreditverkehrs durch die Diskontveränderungen anerkennt, während er damals nur von einer Beeinflussung der Warenpreise sprach. Ihm hatten die Erfahrungen der Krise von 1847 zuerst die Augen über diesen Zusammenhang geöffnet, und dieses Jahr bildet überhaupt den Uebergang von einer Zeit planloser und tastender Versuche zur Erkenntnis der Wirkungen konsequenter Diskontpolitik. Denn die im Krisenjahre 1847 notwendig gewesene vorübergehende Suspension der Peels-Akte und die überaus segensreichen Folgen dieser Suspension ließen der theoretischen Betrachtung nur zwei Alternativen offen, die man scharf voneinander trennen muß: die Erkenntnis, daß entweder das bullionistische Prinzip,

⁹⁴⁾ Vgl. Tooke, a. a. O. Bd. II, S. 280.

⁹⁵⁾ Lord Overstone, *Tracts and other publications on metallic and paper currency*, London 1858, S. 253.

⁹⁶⁾ Lords Report on Commercial Distress, 1848, Nr. 153 ff.

⁹⁷⁾ Commons Report on Commercial Distress, 1848, Nr. 2005 ff., 2031 ff.

⁹⁸⁾ Report on Banks of Issue, 1840, Nr. 1390.

auf dem die Peels-Akte letzten Endes basierte, falsch, oder aber die Peels-Akte unzureichend für die Durchführung dieses Prinzips sei. Daß man diese letzte Konsequenz nicht zog und weshalb, haben wir schon gehört. blieb also nur noch übrig, den Grundsatz der Regulierung der Wechselkurse ausschließlich durch die Geldmenge anzuzweifeln. In seiner extremen Anwendung durch die Peels-Akte hatte er sich selbst sein Grab gegraben, und nun konnte man mit dem Bewußtsein seiner Unzulänglichkeit sich damit befassen, andere Möglichkeiten der Einwirkung auf die Wechselkurse zu erforschen und durchdenken.

Es ist möglich, daß die direkte Beeinflussung der Wechselkurse durch die Höhe des Diskonts, indem Veränderungen des Diskontsatzes internationale Kapitalbewegungen hervorrufen und so unmittelbar auf die Gestaltung der Zahlungsbilanz einwirken, noch lange nicht erkannt worden wäre, wenn sie sich nicht den Blicken geradezu aufgedrängt hätte nach den Erfahrungen des Krisenjahres 1847. Das sind die beiden großen — unfreiwilligen — Verdienste der Peels-Akte um die Lehre von der Zahlungsbilanz: das Prinzip der ausschließlichen Regelung der Wechselkurse durch Veränderungen der Geldmenge sich selbst ad absurdum führen zu lassen und das Problem der Existenz anderer Wechselkursfaktoren aufzuwerfen, — und dazu infolge der durch die Akte selbst notwendig gewordenen Praxis häufiger Diskontänderungen das Material zur Lösung dieses Problems zu liefern. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Art der Fragestellung häufig entscheidend ist für die Beantwortung, daß eine richtige Frage schon die halbe richtige Antwort bedeutet.

Und schließlich ein Drittes, das mit all dem aufs engste zusammenhängt: man erfuhr nun in der Praxis wieder, daß es zwei verschiedene Arten für einen Goldbedarf gab, was in den Bestimmungen der Peels-Akte keineswegs berücksichtigt worden war. Da infolgedessen bei jedem Drain die Notenmenge auf dem Wege der Diskonterhöhung verringert werden mußte, zeigten sich die verschiedenen Wirkungen eines Diskontaufschlags in Spekulationszeiten und in Zeiten ungünstiger Wechselkurse. Und nachdem man diese letzteren erkannt hatte, konnte man nicht hierbei stehenbleiben, sondern mußte sich über die Art dieser Einwirkung der Diskontpolitik auf die Zahlungsbilanz Klarheit zu verschaffen suchen.

V. Erkenntnis der Diskontpolitik.

Die neue Erkenntnis der Jahre nach 1844 bedeutet einen entscheidenden Wendepunkt für die Theorie von der Zahlungsbilanz, und von etwa 1850 an datiert ein neuer Abschnitt in der Geschichte dieser Lehre. Trotzdem sollte noch mehr als ein Jahrzehnt vergehen, ehe Goschen die wissenschaftliche Form für die Erkenntnis der Diskontpolitik fand. Aber es scheint uns dennoch nicht richtig, ihm allein die geistige Urheberschaft der neuen Lehre zuzusprechen, ohne dabei der Bank en qu ê t e n d e r 50 e r J a h r e zu gedenken, in denen einige der

Goschenschen Gedankengänge schon berührt werden. Zwar sind diese Sachverständigenaussagen zu unsystematisch ihrer Natur nach und zu unwissenschaftlich in der Form, als daß man in ihnen das Dokument einer grundlegend neuen theoretischen Erkenntnis sehen könnte. Sind sie doch mehr der Niederschlag praktischer Erfahrungen, die man seit der Peels-Akte gemacht hatte. Jedoch auch der einseitigste Praktiker wird — wenn die Erfahrungstatsachen sich häufen und wiederholen — zu Verallgemeinerungen hinneigen. Und in dieser Hinsicht — scheint uns — dürfen wir die Sachverständigen von 1857 und 1858 als Vorläufer Goschens bezeichnen, wenn es uns auch kaum gelingen dürfte, aus ihren Aussagen schon die theoretische Formulierung der neuen Erkenntnis herauszukristallisieren. Hierzu kommt noch eine andere Tatsache, die geeignet ist, die Bedeutung der Enquêtes in ein ganz neues Licht zu rücken. Gerade die eifrigsten Anhänger des currency-Prinzips — das ist das Entscheidende — sind nun bekehrt. Norman, der seit 1821 dem Direktorium der Bank von England angehörte, erklärte vor der Kommission des Jahres 1857⁹⁹⁾: *«We have found, contrary to what would have been anticipated, that the power we possess, and which we exercise, of raising the rate of discount keeps the demand upon us within manageable dimensions. There are other restrictions which are less important. The rate we charge for our discounts, we find, in general, is a sufficient check»* (Sperrungen dem Original hinzugefügt). Ähnlich hatte schon Macleod — eifriger Bullionist und Verteidiger des currency-Prinzips, wenn auch nicht der Peels-Akte — den historischen Teil seines 1856 erschienenen Werkes mit den Worten beschlossen¹⁰⁰⁾: *«. . . that the only true method of regulating the paper currency is by a proper adjustment of the rate of discount.»* Dieser Satz ist bei Macleod fett gedruckt, ein Beweis, wie neu dem currency-Theoretiker die Feststellung ist, die er enthält. Nachdem so das Prinzip als solches angenommen und seine Wirksamkeit bedingtermaßen anerkannt war, mußte die volle Einsicht in sein Wesen und seine praktischen Folgen nun Schritt für Schritt durchdringen. Wäre man hier stehen geblieben, so hätte man schlechterdings nichts geleistet, als ein inzwischen in Vergessenheit geratenes Postulat des Bullion-Reports wieder aufzustellen und in neuer Verkleidung vorzubringen, nämlich das der Regulierung der Geldmenge durch konsequente Diskontpolitik¹⁰¹⁾. Da es jetzt seit der zweiten Peels-Akte wohl oder übel praktisch durchgeführt werden mußte, konnte es nicht ausbleiben, daß allmählich auch andere — nicht gehante und nicht beabsichtigte — Wirkungen der Diskontpolitik offenbar wurden, neben der einen bekannten, die Wechselkurse auf dem Wege über die Geldmenge zu regulieren. Bei den reinen currency-Theoretikern kann es nicht überraschen, daß ihnen vorerst noch das Organ fehlte, den direkten und näher liegenden Einfluß der Diskontänderungen auf die Wechselkurse wahrzunehmen. Hatten sie doch

⁹⁹⁾ Report from the Select Committee on the Bank Acts 1857, Nr. 3529.

¹⁰⁰⁾ Macleod, a. a. O. Bd. II, S. 397.

¹⁰¹⁾ Vgl. unsere Ausführungen oben S. 184—185.

bisher die einzige Möglichkeit einer Einwirkung auf die Wechselkurse in der Regulierung der Notenausgabe gesehen, so daß Lord Overstone gefordert hatte ¹⁰²⁾: »... That paper money ought to be regulated in amount by the state of the exchanges, and that, other things remaining the same, its value increases as the quantity diminishes, and diminishes as the quantity increases.« So macht er auch vor der Kommission des Jahres 1857 Äußerungen, in denen er, seinem alten Prinzip treu bleibend, seiner Meinung über die Wechselwirkung zwischen Diskontveränderungen und Geldmenge Ausdruck gibt: »... and in proportion as the money in the country increases or decreases, the value of that money will increase or decrease, and the Bank rate of discount will conform to that change ¹⁰³⁾«. Jedoch finden sich neben Meinungsäußerungen dieser Art nicht wenig andere, die die Ueberzeugung direkter Wirkungen der Diskontpolitik auf die Wechselkurse enthalten. Sie werden zögernd, fast en passant vorgebracht, keineswegs der neuen Erkenntnis bewußt, die in ihnen um Form und Ausdruck ringt ¹⁰⁴⁾. Jedenfalls gelingt es Lord Overstone durchaus nicht, trotz hartnäckigen Festhaltens am currency-Prinzip der ausschließlichen Regelung der Wechselkurse durch den Faktor Geldmenge, seine Unsicherheit über die alleinige Gültigkeit dieses Prinzips ganz zu verstecken. Sie offenbart sich in dem beständigen Durcheinanderwerfen der Begriffe »capital« und »money«, für ihn zugleich das Mittel, das ihm erlaubt, offiziell seine Lehre im Prinzip aufrechtzuerhalten, ohne sich dabei mit den Wirkungen der Diskontpolitik auseinanderzusetzen. Von einigen anderen der Sachverständigen jedoch wird ohne Umschweife festgestellt, daß Diskonterhöhungen »... attract capital to this country, and prevent people from sending capital for foreign investment« ¹⁰⁵⁾. So von dem früheren Gouverneur der Bank, Hubbard ¹⁰⁶⁾ und von Chapman ¹⁰⁷⁾, einem Geschäftsteilhaber des Bankhauses Overend and Gurney. Die klarsten Ausführungen über diesen Punkt finden wir jedoch bei Anhängern des banking-Prinzips, so bei Newmarch, dem Mitarbeiter Tookes, und vor allem bei John Stuart Mill. Dieser spricht es aus, daß ¹⁰⁸⁾ »... supposing there was previously an exchange adverse to this country in consequence of foreign payments, a rise in the rate of interest here, by inducing those to whom those payments are due to invest their capital here, will tend to rectify the exchange.« Hier finden wir naturgemäß die gedankliche Klarheit und die Bestimmtheit der Aussagen, die wir bei den currency-Anhängern vermißt haben. Kann doch die banking-school weit unbefangener urteilen, da sie das Problem nicht vom Gesichtspunkt der Regulierung

¹⁰²⁾ Overstone, a. a. O. S. 137.

¹⁰³⁾ Report on Bank Acts 1857. Minutes of Evidence, Nr. 3841; ähnlich Nr. 3800, 3805—10.

¹⁰⁴⁾ Report, a. a. O. Nr. 3654, 4029—48, 4112—17.

¹⁰⁵⁾ Report, a. a. O. Nr. 5068.

¹⁰⁶⁾ Report, a. a. O. Nr. 2572.

¹⁰⁷⁾ Report, a. a. O. Nr. 5068—74.

¹⁰⁸⁾ Report, a. a. O. Nr. 2167, ebenso Nr. 2037—38, 2163—84.

der Geldmenge aus anpackt, und hatte doch Tooke sich schon vor der Kommission des Jahres 1847—48 ¹⁰⁹⁾ über die direkten Wirkungen der Diskontpolitik auf die Wechselkurse ausgelassen und damals schon Gedankengänge entwickelt, die mit den eben zitierten von Mill dem Sinne nach durchaus übereinstimmen.

Alles in allem dürften diese Hinweise genügend dargetan haben, einerseits, wieweit die später von Goschen formulierten Erkenntnisse schon in die Köpfe eingedrungen waren, andererseits, wie fern man noch von der völligen theoretischen Durchdringung des Problems war. Wenden wir uns nun den Gedankengängen Goschens zu.

Das Buch von Goschen erschien im Jahre 1863 ¹¹⁰⁾. Es ist das Ergebnis einer Reihe praktischer Erfahrungen seit der Jahrhundertwende, zugleich aber das Fundament und der Ausgangspunkt einer neuen Lehre von der Zahlungsbilanz. Schmidt ¹¹¹⁾ behauptet, daß seit Goschen bis in die neueste Zeit hinein alle Ausführungen über Zahlungsbilanz auf Goschens Werk zurückgegriffen und sich auf ihn als die Autorität in diesen Fragen bezogen haben, daß also seit jener Zeit die Probleme der Zahlungsbilanz nicht in ein neues Stadium gekommen sind. Inwieweit diese Behauptung den Tatsachen entspricht, mag hier dahingestellt bleiben, in der Zeit seiner Entstehung war die Bedeutung des Goschenschen Buches über jeden Zweifel erhaben, und sein Einfluß auf die theoretische Forschung mußte ein großer sein.

Die Ausführungen des Buches tragen keineswegs polemischen Charakter, sehr im Gegensatz zu den geldtheoretischen Publikationen der vorhergehenden Jahrzehnte, die alle, von Boyd und Ricardo bis zu Tooke und Overstone, ihrer Natur nach Streitschriften sind und sich in der Regel gegen einen anonymen oder genannten Gegner richten. Die Frage, um die sich die Polemik solange gedreht hatte, ob nämlich die Ursachen der Wechselkursbewegungen auf der Geld- oder auf der Warensseite zu suchen seien, scheint im Augenblick gewissermaßen an die Peripherie gerückt zu sein. Verständlich genug; denn wie wir soeben aus Lord Overstones Aussagen vor der Kommission des Jahres 1857 gesehen haben, ließ sich ein extremer Standpunkt in dieser Frage nicht mit einer tieferen theoretischen Einsicht in die Wirkungen der Diskontpolitik vereinbaren. Ja, man kann wohl sagen, daß eine Betrachtung der Diskontpolitik als eines theoretischen Problems eo ipso eine Auffassung der Zahlungsbilanz als einer Gegenüberstellung der fälligen Verbindlichkeiten und Guthaben im internationalen Zahlungsverkehr bedingte. Die Ansicht von den Mitteln, d. h. also von den Wirkungen der Diskontpolitik, ist abhängig von der Ansicht über die Ursachen der Wechselkursbewegungen, m. a. W. über die Faktoren, die die Zahlungsbilanz beeinflussen. Goschen selbst betont am Schlusse seiner Ausführungen die in der Hauptsache un-

¹⁰⁹⁾ Report on Commercial Distress 1847—48. Minutes of Evidence Nr. 5449 bis 5450.

¹¹⁰⁾ Lord Goschen, *The theory of the foreign exchanges*, 1. u. 2. Aufl., London 1863.

¹¹¹⁾ Schmidt, a. a. O. S. V, Vorwort zur 1. Aufl.

polemische Natur derselben ¹¹²⁾: »Die Lehre vom Wechselkurs bietet bei sorgfältiger und gründlicher Entwicklung keine Streitpunkte dar: die wichtigsten Grundsätze betreffen den Ursprung des Wechselverkehrs, die Grundlage der internationalen Zahlungsverbindlichkeiten, die mehrfachen Klassen von Wechselbriefen, die verschiedenen Ursachen der Preisschwankungen und die Folgerungen aus diesen Schwankungen, und sind ungeachtet der notwendigen Zusammenfügung der einzelnen Sätze so klar, daß sich keine Streitobjekte darbieten, wogegen nur derjenige Teil der Untersuchung, welcher von den zur Verbesserung eines ungünstigen Wechselkurses anzuwendenden Mitteln handelt, ein vollkommen berechtigtes Feld zum Angriff und zur Verteidigung für die entgegengesetzten Ansichten bietet«.

Hiermit ist schon eine deutliche Zweiteilung des Buches gegeben, wie sie aus Goschens eigenen eben zitierten Worten offenbart wird. Der erste Teil, der insgesamt 5 Kapitel umfaßt, ist mehr technischer Art; er beschäftigt sich damit, die Art der internationalen Zahlungsverpflichtungen zu beschreiben, legt weiterhin die Natur der Zahlungsmittel dar, mit deren Hilfe jene Zahlungsverpflichtungen vollzogen werden und erörtert schließlich die Faktoren, die die Preise dieser Zahlungsmittel bestimmen, d. h. also die Ursachen der Wechselkursbewegungen. Im zweiten Teil, im sechsten und letzten Kapitel des Buches, wird endlich ein »Ueberblick über die Mittel, einen ungünstigen Wechselkurs zu verbessern« ¹¹³⁾, gegeben.

In dem ersten Teil des Buches nun ist die Tatsache bemerkenswert, daß hier zum ersten Male der Versuch gemacht wird, die Art der internationalen Transaktionen summarisch zu verzeichnen, also eine Uebersicht der Posten der Zahlungsbilanz zu geben, nachdem festgestellt ist, daß man jene Transaktionen nicht mit dem Begriff der Handelsbilanz erschöpfen kann, sondern daß »alle Zahlungsverbindlichkeiten oder richtiger alle Zahlungsverprechungen, welche zwischen zwei Ländern vorkommen, zusammenzufassen« ¹¹⁴⁾ sind. Zwar wußte und sprach man längst von anderen Beziehungen zwischen den Völkern neben der »balance of trade«, in der noch für die Merkantilisten der Sinn zwischenstaatlicher Beziehungen beschlossen lag. Dafür hatte die immer größere Mannigfaltigkeit dieser Beziehungen selbst gesorgt. Auch waren gelegentlich von den Sachverständigen vor den Parlamentskommissionen, sowie auch z. B. von Tooke hier und da in seinem großen Werke, die internationalen Transaktionen spezifiziert worden. Das aber war stets mehr im Vorbeigehen geschehen und natürlicherweise unvollständig geblieben, während Goschens Aufstellung einer gewissen Systematik und Vollständigkeit nicht entbehrt.

In der Zusammensetzung der so beschriebenen Zahlungsverpflichtungen eines Landes gegenüber allen anderen Ländern ist nach Goschen die Hauptsache für die Bewegungen der Wechselkurse zu

¹¹²⁾ »Die Lehre vom Wechselkurs« aus dem Englischen übersetzt von E. Schübler, Stuttgart 1862, S. 62.

¹¹³⁾ Schübler, a. a. O. S. 48.

¹¹⁴⁾ Schübler, a. a. O. S. 5.

sehen. Ein ungünstiger Stand der Wechselkurse in einem Lande weist auf ein Ueberwiegen der Zahlungsverpflichtungen dieses Landes über seine Forderungen gegenüber allen anderen Ländern hin; er zeigt an, daß ein Fehlbetrag an Wechselforderungen für Zahlungen ans Ausland besteht, der Preis der Wechsel mußte so hoch steigen, damit die große Nachfrage nach Zahlungsmitteln für das Ausland mit dem geringen Angebot solcher in Uebereinstimmung gebracht wird. Die Tatsache, daß Goschen in der Art und Größe der Zahlungsbilanzposten den Hauptfaktor der Wechselkursschwankungen sieht, wollen wir festhalten, sie ist bestimmend für seine Ansicht von den Wirkungen der Diskontpolitik.

Als sekundäre Ursachen der Wechselkursbewegungen werden weiterhin der Stand des Geldmarkts (ob derselbe gespannt oder flüssig ist) ferner psychologische Momente (Kreditfähigkeit des einzelnen oder des ganzen Volkes), sodann der Zustand der Währung des Landes und schließlich die Höhe des Diskonts genannt. Wohlgemerkt, die »Entwertung der Valuta«¹¹⁵⁾ ist bei Goschen nicht *prima facie* Ursache ungünstiger Wechselkurse, sondern rangiert als einer der möglicherweise mitwirkenden Faktoren, von dem man den Umfang seines Einflusses durchaus bestimmen kann — was sodann des näheren ausgeführt wird —, während nach »der Theorie die Steigerung des Wechselkurses keine Grenzen haben sollte, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt«¹¹⁶⁾.

Der von uns an letzter Stelle genannte Faktor der Wechselkursbewegungen, nämlich die Höhe des Diskonts, gibt Goschen Anlaß zu einem besonderen Kapitel, dem letzten des Buches, das den Ausgleich der Zahlungsbilanz behandelt. Wie schon gesagt, hängt diese Frage aufs engste mit seiner Ansicht von den primären Faktoren der Wechselkursbewegungen zusammen. Naturgemäß ist es der Inhalt dieses Kapitels, der uns — an dem Punkte, an dem unsere Untersuchungen angelangt sind — vor allem interessiert.

Ein Fehlbetrag an Zahlungsmitteln fürs Ausland, der in einem ungünstigen Wechselkurs zum Ausdruck kommt, kann nach Goschen durch ein Steigen des Diskonts kompensiert werden in folgender Weise: Einerseits werden Kapitalien aus dem Ausland ins Inland gezogen durch die Aussicht, hier höheren Gewinn abzuwerfen, ebenso wie disponible Kapitalien des Inlands festgehalten werden und im eigenen Lande Anlage suchen. Gleichzeitig werden die ausländischen Inhaber von Wechselforderungen auf das betr. Land veranlaßt, die Geltendmachung ihrer Ansprüche bis zur Fälligkeit hinauszuschieben. Andererseits drückt ein erhöhter Diskont die Warenpreise — Goschen sagt: »nach allgemein anerkannten Grundsätzen«¹¹⁷⁾, ohne weiteren Kommentar; wahrscheinlich meint er: durch Eindämmung der spekulativen Warenkäufe —, vermindert dadurch die Einfuhr,

¹¹⁵⁾ Schübler, a. a. O. S. 31.

¹¹⁶⁾ Schübler, a. a. O. S. 32.

¹¹⁷⁾ Schübler, a. a. O. S. 52.

stärkt die Ausfuhr und wirkt auch so in günstigem Sinne auf die Zahlungsbilanz des Landes ein.

Diese letztere Wirkung der Diskonterhöhung auf die Zahlungsbilanz, indem der Stand der Handelsbilanz auf dem Wege über die Preise beeinflusst wird, ist ganz für sich zu betrachten. Sie wird von Goschen nur sehr en passant erwähnt, wobei die Art dieser Einwirkung ganz im Dunklen gelassen wird. Möglich, daß er dabei neben der ihm von uns unterstellten Einschränkung der spekulativen Warenkäufe durch die Diskonterhöhung die Regulierung der Geldmenge durch dieselbe im Auge hat, eine Vermutung, die uns durch einen vorgehenden Passus nahegelegt werden könnte, wo er von Waren spricht, «welche bei normalen Verhältnissen mit Rücksicht auf die Zunahme des Geldvorrats in der Union hätten im Preise steigen sollen, wogegen in Europa die Preise sicherlich fallen mußten, weil der Geldvorrat dort eine Verminderung erfuhr»¹¹⁸⁾. Es wäre dies nichts als der uns schon bekannte «mécanisme ricardien» des Ausgleichs der Zahlungsbilanz auf dem Wege über die Preise.

Lassen wir jedoch diesen von Goschen scheinbar absichtslos und zufällig berührten Punkt, und wenden wir uns der anderen Art der diskontpolitischen Einwirkungen auf die Wechselkurse zu. Sie stehen, wie schon gesagt, im Zusammenhang mit Goschens Auffassung von der Zahlungsbilanz überhaupt. Da er die primäre Ursache der Wechselkursbewegungen in dem Verhältnis der Zahlungsverpflichtungen eines Landes gegen das Ausland zu seinen Forderungen gegenüber allen anderen Ländern sieht, so muß es ihm darauf ankommen, eben das Mißverhältnis zwischen fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten, das in einem ungünstigen Wechselkurs zum Ausdruck kommt, auszugleichen. Das kann dadurch geschehen, daß ein augenblicklicher Fehlbetrag an Wechseln aufs Ausland durch Schaffung neuer Forderungen und Aufschub alter Verbindlichkeiten kompensiert wird. Das bedeutet: gleichzeitige Verstärkung des Angebots und Verringerung der Nachfrage nach Zahlungsmitteln fürs Ausland; Ergebnis: Sinken des Preises dieser Zahlungsmittel, also Besserung des Standes der Wechselkurse.

Man hatte bisher geglaubt, dieses Ziel nur erreichen zu können, indem man, auf die eine oder andere Weise, den Stand der Handelsbilanz verbesserte. Die Bullionisten, indem sie auf dem Wege über die Regulierung der Geldmenge das Preisniveau im Inland und damit das Verhältnis zwischen Im- und Export beeinflussten, die antibullionistischen »Sachverständigen«, indem sie die inländische Produktivität durch reichliche Kreditgewährung anspornten in der Absicht, die Warenausfuhr zu heben. Anders bei der Diskontpolitik. Sie erreicht das gleiche Ziel: Schaffung fälliger Forderungen an das Ausland, Verringerung der Verpflichtungen, — wozu dort Warenbewegungen, Käufe und Verkäufe von Waren, erforderlich waren —, schneller und vollkommener durch Kapitalbewegungen und Kreditoperationen.

¹¹⁸⁾ Schübler, a. a. O. S. 42.

Soweit Goschen. Machen wir uns eine Tatsache klar: hier wie dort ist der Ausgleich der Zahlungsbilanz ein *automatischer*. Der »mecanisme ricardien« des Ausgleichs der Zahlungsbilanz auf dem Wege über die Preise wird bei Goschen durch einen anderen Mechanismus ersetzt; den des Ausgleichs der Zahlungsbilanz auf dem Wege über den Zinsfuß. Wirkt bei Ricardo eine Goldausfuhr auf die Preise und dadurch auf die Zahlungsbilanz, so beeinflusst eine solche nach Goschen den Diskont und verändert auf diesem Wege die Zahlungsbilanz. Bei beiden funktioniert der Mechanismus von selbst, Ursache und Wirkung sind die gleichen, verschieden seiner Natur nach ist allein das eingeschobene Zwischenglied, auf dem sich der Mechanismus vollzieht: dort das Preisniveau, hier der Zinsfuß. Goschen sagt, bezeichnend genug ¹¹⁹⁾: »Es muß hier bemerkt werden, daß die Erhöhung des Diskontos, in denjenigen Fällen, wo das Ausströmen des Metalls zu stark wird, nur dem natürlichen Gang der Dinge entspricht. Die durch die Goldsendungen veranlaßte Entziehung der Mittel treibt von selbst den Zinsfuß in die Höhe...« (Sperrungen hinzugefügt.) Und an einer anderen Stelle ¹²⁰⁾: »Das Geld ist teuer und knapp in dem Lande, welches den auswärtigen Gläubigern mehr schuldig ist, und ist im Ueberfluß da, wo die Ausfuhr vorschlägt; ein hoher Diskont dagegen zieht das Geld nach der Gegend, wo das bare Geld zur Bezahlung von auswärtigen Zahlungsverbindlichkeiten ausströmt«. In seiner Einführung zur französischen Uebersetzung des Buches faßt Léon Say den Goschenschen Standpunkt folgendermaßen zusammen ¹²¹⁾: »On a quelquefois considéré la hausse du taux de l'intérêt comme un remède à l'exportation du numéraire. Nous croyons que c'est là une erreur: la hausse du taux de l'intérêt n'est qu'une conséquence... Par suite d'une loi naturelle que Goschen a très complètement analysée, l'exportation du numéraire amène la hausse du taux de l'intérêt et la hausse du taux de l'intérêt amène la cessation des exportations.« In demselben Sinne drückt sich Ansiaux ¹²²⁾ aus: »Goschen considère donc, lui aussi, que le change défavorable se corrige tout seul. Il proteste lorsque l'on représente la hausse de l'escompte comme un *Correctif*.« Wenn die Bank ihrerseits den Diskont erhöht, so stellt sie nur eine Tatsache fest, »elle ne rend pas les capitaux chers; elle constate seulement qu'ils le sont ¹²³⁾« ...

Goschens Erklärungsweise ist also in gewissem Sinne quantitativ-theoretisch: Geldmenge und Zinsfuß stehen bei ihm in einem ähnlichen Verhältnis, wie es die klassische Quantitätstheorie zwischen Geldmenge und Warenpreisen annahm. In seiner Abhandlung über

¹¹⁹⁾ Schübler, a. a. O. S. 53.

¹²⁰⁾ Schübler, a. a. O. S. 51.

¹²¹⁾ Franz. Uebersetzung »avec introduction par L. Say«, Paris 1863, S. 42—43.

¹²²⁾ Ansiaux, a. a. O. S. 53.

¹²³⁾ L. Say, a. a. O. S. 42.

die Knappsche Geldtheorie faßt Palyi ¹²⁴⁾ diese Tatsache in den Worten zusammen: »Der Unterschied besteht also darin, daß an Stelle des Warenpreisniveaus der Zinsfuß als Zwischenglied in den quantitätstheoretischen Mechanismus eintritt: bei Geldvermehrung sinkt der inländische Zinsfuß, was zum Kapitalabfluß und somit zur Verschlechterung der heimischen Valuta führt. Das ist auch »Quantitätstheorie«, wie es beim weiteren Durchdenken der Wirkungen ohne weiteres einleuchtet« . . .

Trotzdem ist Goschens Ergebnis durchaus wesensverschieden von der klassischen Theorie von der Zahlungsbilanz. Zwar lehren beide einen automatischen Ausgleich der Zahlungsbilanz und beschreiben, wie ein Mechanismus funktioniert. Die Veränderungen der Geldmenge müssen mit naturgesetzlicher Notwendigkeit hier Bewegungen der Warenpreise, dort des Zinsfußes nach sich ziehen. Aber andererseits ist es klar, daß das Wirkungsgebiet dieser beiden verschiedenen Mittel auf beiden Seiten ein anderes sein muß, indem dort das Hauptgewicht auf Bewegungen der Waren, bei Goschen auf solche des Kapitals gelegt wird.

VI. Kritik und Weiterentwicklung der Diskontpolitik.

Es bleibt uns nun noch zu betrachten übrig, wie die bis dahin herrschende Lehre vom automatischen Ausgleich der Zahlungsbilanz durch eine andere Theorie ergänzt und verdrängt wurde, eine Theorie, die eine »willkürliche« und »künstliche« Beeinflussung dieses Ausgleichs entgegen dem »cours naturel des choses« für möglich erklärt. Auf die Frage der Diskontpolitik angewandt, heißt das: die Konstatierungstheorie wurde von dem Gedanken der Präventivpolitik abgelöst; deutlicher gesagt: die Ueberzeugung, daß die Banken nur auf gegebene wirtschaftliche Zustände automatisch zu reagieren hätten, daß sie also gerade nur der augenblicklichen Lage Rechnung zu tragen brauchten, indem sie bei einem bestimmten Stand ihres Barvorrats den Diskont erhöhten, mußte der Einsicht Platz machen, daß diese Maßnahme einen vorbeugenden Charakter tragen müsse, daß sie in der Voraussicht einer möglichen kommenden Inanspruchnahme des Barvorrats vor einer solchen zu schützen und sie überflüssig zu machen habe, nicht aber lediglich ihre Folge sein dürfe.

Diese Lehre setzte sich in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts allmählich durch, bis sie ihre endgültige Fixierung durch Bagehot fand. Wieder sind es Bankenquäten, und zwar diesmal die französischen der 60er Jahre, in denen das allmähliche Durchbrechen der neuen Erkenntnis deutlich wird, und die am Wendepunkt stehen, ähnlich wie schon in den englischen Enquêtes der 50er Jahre der Sieg der Goschen'schen Lehre vorgezeichnet war. Diese französischen

¹²⁴⁾ Melchior Palyi, Der Streit um die Staatliche Theorie des Geldes, München und Leipzig 1922, S. 30.

Enquêtes¹²⁵⁾ sind, — wie Nasse und Lexis sich ausdrücken¹²⁶⁾: — »den englischen Untersuchungen und Kommissionsberichten nachgebildet, ohne ihre Brauchbarkeit zu erreichen.« Um ihnen gerecht zu werden, müssen wir uns folgendes klar machen:

Die Zeit, in der die Enquêtes angestellt wurden, stand durchaus im Zeichen des Freihandels. Man war geneigt, seine Lehren auch auf die Banken anzuwenden, was jedenfalls von den Vertretern des banking principle auf eifrigste getan wurde, damit jedes aktive Eingreifen der Banken in die Wirtschaft verwerfend. Diese Tatsache hilft uns, die Aussagen der überwiegenden Mehrzahl der Sachverständigen zu verstehen, die sich darauf beschränken, die Wirkung einer Diskonterhöhung zu beschreiben, und jede Möglichkeit für die Banken abstreiten, den Diskont entgegen den wirtschaftlichen Verhältnissen, — die seine Schwankungen bestimmen —, festzusetzen. Die herrschende Meinung neigt demnach der Konstatierungstheorie zu, wie sie André¹²⁷⁾ kurz und treffend kennzeichnet: »On ne peut donc pas dire que la Banque fait le taux d'escompte du pays; elle le subit.« Ueber eins sind sich ziemlich alle Sachverständigen klar: daß die Diskonterhöhung nötig ist, daß sie »un remède qui a son efficacité, mais qui a aussi ses dangers«¹²⁸⁾ ist, daß sie aber jedenfalls »produit aussi de grands résultats«¹²⁹⁾. Mit der Beschreibung dieser Wirkungen lassen sie es sich in der Regel genügen, was uns hier nicht mehr interessieren kann, da wir mit deren Einzelheiten schon bei Goschen bekannt gemacht worden sind. Von dem für uns jetzt im Vordergrund stehenden Problem des bewußten Ausgleichs der Zahlungsbilanz wollen die meisten der Sachverständigen absolut nichts wissen und lehnen jede Möglichkeit willkürlicher Einflußnahme auf den Diskont schroff ab: »c'est la force des choses qui l'y oblige«¹³⁰⁾ und: »Les variations de l'escompte sont la conséquence forcée et inévitable le l'offre et de la demande«¹³¹⁾.

Diesen Aussagen stehen die wenigen, aber um so gewichtigeren, derjenigen Sachverständigen gegenüber, die Kritik an dem durch die oben zitierten Worte gekennzeichneten Verhalten der Bank üben und für einen präventiven Charakter der Diskontpolitik eintreten. Es scheint, daß drei Momente zusammenkamen, um dieser Idee allmählich zum Siege zu verhelfen: einerseits die Erfahrungen einer etwa 10jährigen diskontpolitischen Praxis, in der man Gelegenheit genug gehabt hatte, die Wirkungslosigkeit des Vorgehens zu beobachten, »parce qu'il est toujours employé trop tard«¹³²⁾. In gleicher Richtung wirkte

¹²⁵⁾ Enquête sur les principes et les faits généraux qui régissent la circulation monétaire et fiduciaire, Vol. I—VI, Paris 1867—69.

¹²⁶⁾ Handw. d. Staatsw. Art. Bankgeschäfte von Nasse und Lexis.

¹²⁷⁾ Enquête, a. a. O. I, 449.

¹²⁸⁾ Enquête, a. a. O. I, 535.

¹²⁹⁾ Enquête, a. a. O. I, 196.

¹³⁰⁾ Enquête, a. a. O. I, 764.

¹³¹⁾ Enquête, a. a. O. I, 779; ebenso I, 836; II, 5, 95, 360, 723; III, 45, 81; IV, 193—95 usw.

¹³²⁾ Enquête, a. a. O. III, 427; ebenso I, 55.

ferner die immer lästiger werdende große Häufigkeit der Diskontänderungen, — von 1858—1865 erhöhte die Banque de France den Diskontsatz 53mal, 1863 8mal, 1864 11mal¹³³⁾ —, eine Unbequemlichkeit, deren Fehlerquelle im Verhalten der Bank zu suchen man sich nicht abgeneigt zeigte. So manche der Sachverständigen fühlen sich daher, wie schon früher einmal ihre englischen Kollegen, genötigt, die Bankpraxis zu verteidigen, andere wiederum, sie anzugreifen, und zwar nicht, wie ehemals, weil sie überhaupt zu Diskontbeschränkungen geschritten war, — so konnte man jetzt nicht mehr argumentieren —, sondern deshalb, weil der Bank *le courage de l'employer à temps*¹³⁴⁾ gefehlt hätte.

Diese beiden Momente nun, die das Durchdringen der neuen Erkenntnis förderten, — die Zunahme praktischer Erfahrungen zugleich mit der Häufung derselben —, wurden unterstützt durch einen dritten und letzten Faktor: der Schauplatz eben dieser Erfahrungen war Frankreich, damals noch ohne starken Außenhandel, ohne bedeutende auswärtige Kapitalanlagen und ohne Goldwährung. Es ist dies der Grund, weshalb man sich in England, wo all dies schon vorhanden war, mit der Tatsache häufiger Diskontänderungen viel leichter und müheloser abfand. Im damaligen Frankreich mußte eine Diskonterhöhung in der größten Mehrzahl der Fälle weit eher infolge der Kreditverteuerung die Inlandspreise erhöhen, als daß sie die Exportmöglichkeiten erheblich vergrößerte, auch die Wirkung auf die ausländischen Kapitalbewegungen konnte keine so große sein, wie in England¹³⁵⁾. Kein Wunder, daß man anfangs, die Diskonterhöhung als *cours naturel des choses*¹³⁶⁾ kritisch zu betrachten¹³⁷⁾.

Inhaltlich bringen die Aussagen dieser Richtung zwei neue Ergebnisse: einerseits die Bejahung der Möglichkeit bewußter Einflußnahme auf den Diskont, andererseits, — wenn auch nur in unvollkommener und wenig befriedigender Weise, — Ausführungen über Wirkungsart und -gebiet dieser Maßnahme. Uebrigens wird das erstere, — die Möglichkeit nichtautomatischer Regelung der Wechselkurse, — auch von einigen ihrer Gegner, wenigstens für Ausnahmezzeiten und für besondere Fälle, hier und da eingeräumt, — ein Schwanken, das außerordentlich bezeichnend für ein Produkt wie diese Enquête ist, in der ein Kampf zweier Meinungen ausgefochten wird, ohne schon eine Entscheidung über den Sieg zu bringen.

Die beste Kritik an dem bisherigen Verhalten der Bank finden wir bei Thiers, auf den wir im vorigen schon verwiesen haben¹³⁷⁾: *Quant à l'utilité de l'élévation de l'escompte comme frein, j'y croirais si on avait le courage de l'employer à temps. Oh! sans doute, si, lorsque la spéculation commence à prendre le pas accéléré, on avait le courage de l'avertir par un renchérissement subit des capitaux, je*

¹³³⁾ Vgl. Somary, a. a. O. S. 71.

¹³⁴⁾ Enquête, a. a. O. III, 427.

¹³⁵⁾ Vgl. die Ausführungen von Thiers, Enquête, a. a. O. III, 426 ff.

¹³⁶⁾ Vgl. Enquête, a. a. O. II, 759.

¹³⁷⁾ Enquête, a. a. O. III, 427.

comprendrais l'emploi du frein et, dès lors, son utilité. Mais au début la spéculation est ordinairement prospère. Tout va bien alors, parce que tout le monde gagne ou croit gagner. Toutes les valeurs montent, et serait bien mal venu l'établissement de banque qui oserait, au milieu de l'environnement universel, troubler cet état de fièvre, qu'on appelle la prospérité pendant qu'il dure.

C'est quand la spéculation, arrivée à son excès, cesse d'être aussi prospère, que l'inquiétude générale autorise les directeurs des grandes banques à déployer leur prudence tardive et à serrer le frein. Mais ce n'est plus un frein alors, c'est un instrument de mort . . . Je ne crois donc pas beaucoup au renchérissement de l'escompte comme frein, parce qu'il est toujours employé trop tard. »

Hier kommt der verlangte präventive Charakter der Diskontpolitik klar zum Ausdruck, ebenso wie in den Antworten von Tenré, einem Pariser Bankier, der von der Banque de France sagt ¹³⁸⁾: »Elle se prémunirait ainsi contre une situation que le commerce prévoit et qu'elle-même peut prévoir encore mieux«. Und Rothschild führt aus ¹³⁹⁾: »Si elle n'avait pas la liberté d'élever le taux de son escompte, il arriverait qu'on lui enlèverait toutes ses espèces pour les exporter . . . Laissez l'intérêt de l'argent à son taux ordinaire, à un taux modéré, personne ne s'inquiète, personne ne prend de précautions, tandis que la hausse de l'intérêt fait toujours craindre quelque chose de fâcheux«.

In einer der nächsten Antworten erfahren wir dann auch schon, worin sich die Wirkung der so als vorbeugende Maßregel empfohlenen Diskontpolitik äußert ¹⁴⁰⁾: »La hausse de l'escompte est la meilleure manière d'avertir le commerce, de l'inviter à être attentif, à ne pas aller trop loin et à ne pas se défaire de son argent«. Derselbe Gedanke findet sich bei anderen Sachverständigen wieder: Die Bank »avertira le pays qu'il doit se modérer dans les affaires et dans les entreprises« ¹⁴¹⁾. Oder: »il faut avertir de bonne heure le commerce, l'inviter à la prudence en ne craignant pas d'élever l'escompte de bonne heure: une élévation d'escompte de 1 p. % faite à temps peut éviter une hausse de 2 p. % qui serait venue plus tard« ¹⁴²⁾.

Begnügen wir uns mit diesen Stichproben. Sie dürften aufs Deutlichste gezeigt haben, daß man Anstalten machte, das laissez-faire-Prinzip auf diesem Gebiete umzustoßen. Nicht nur der Glaube an den automatischen Ausgleich der Zahlungsbilanz war im Schwinden, auch die Angst davor, den natürlichen Lauf der Dinge zu stören, tätig in den Mechanismus einzugreifen, war im Aussterben begriffen. Zusammengefaßt und in wissenschaftlicher Form tritt uns die neue Erkenntnis bei Bagehot entgegen.

Sein literarischer Ruf als langjähriger Herausgeber des »Econo-

¹³⁸⁾ Enquête, a. a. O. I, 338.

¹³⁹⁾ Enquête, a. a. O. I, 472/74.

¹⁴⁰⁾ Enquête, a. a. O. I, 472/74.

¹⁴¹⁾ Enquête, a. a. O. III, 178.

¹⁴²⁾ Enquête, a. a. O. IV, 608.

mist« sicherten dem Werk von B a g e h o t ¹⁴³⁾ von vornherein die Aufmerksamkeit weitester Bevölkerungskreise, um so mehr, als man wußte, daß er als Bankier auch praktische Erfahrungen gesammelt hatte. »Seit geraumer Zeit dürfte in England keine Schrift über Bankwesen so allgemeine Beachtung gefunden haben, wie die vorliegende«, mit diesen Worten beginnt Nasse ¹⁴⁴⁾ seine Rezension der Schrift. Die Ursache davon ist nicht nur in der überzeugenden und gemeinverständlichen Art von Bagehots Beweisführung zu suchen, sondern in den Zeitumständen, die zur Aufnahme derartiger Ausführungen besonders günstige waren. Das Interesse an den Fragen des Geld- und Bankwesens war wiederum ein sehr großes und allgemeines geworden, wie Bagehot im 1. Kapitel selbst ausführt ¹⁴⁵⁾: »Wir dürfen nämlich nie vergessen, daß seit 1844 ein Vierteljahrhundert verflossen ist, eine Periode voll des merkwürdigsten materiellen Fortschritts und wunderbarer Entwicklung des Bankwesens. In dieser neuen Welt sind auch neue Phänomene entstanden, die stärker wirken als diese Bankakte.« Diese neuen Phänomene stellen sich Bagehot folgendermaßen dar:

Im Brennpunkt des Interesses sollte nicht die Frage stehen, durch welche Mittel aus ungünstigen Wechselkursen günstige werden, auf welche Weise also sich der Ausgleich der Zahlungsbilanz vollzieht ¹⁴⁶⁾. Man sollte sich vielmehr überlegen, welche vorbeugenden Maßnahmen zu treffen seien, damit der Stand des Wechselkurses gar nicht erst ein so ungünstiger werde, daß der Barvorrat der Bank in ungewöhnlichem Maße in Anspruch genommen werden muß. »Deshalb hat die Bank von England nötig, eine bedeutend größere Bankreserve zu halten und viel wachsamer zu sein als früher, damit diese nicht plötzlich bedrohlich vermindert werde ¹⁴⁷⁾«. . . »Die Wirkung einer furchtsamen Politik war, daß das Gold aus der Bank herausgelassen war, und dieses Gold m u ß t e immer wieder eingezogen werden. Es wäre offenbar viel leichter gewesen, durch zeitige Maßregeln es in Reserve zu halten, als hernach durch spätere Maßregeln die Reserve wieder zu füllen ¹⁴⁸⁾. . . Das wirksame Mittel, einer Erschöpfung des Barvorrats vorzubeugen besteht in der Erhöhung des Zinsfußes. Wenn mehr Zinsen für Geld geboten werden, so k o m m t erfahrungsgemäß mehr Geld nach Lombard street, und die Theorie beweist, daß es kommen m u ß ¹⁴⁹⁾. Nur wird gewöhnlich der Fehler gemacht, daß die Bank nicht schnell genug den Zinsfuß erhöht. Sie erhöht ihn und fühlt sich schließlich beruhigt, aber nicht gehörig bei Zeiten« ¹⁵⁰⁾. Bagehot ist weit von dem

¹⁴³⁾ Walter Bagehot, Lombard street. A description of the money market, London 1873. Deutsche Uebersetzung von Beta, Leipzig 1874.

¹⁴⁴⁾ Jahrb. f. Nationalök. u. Statist., Jena 1874, Bd. 22, S. 38.

¹⁴⁵⁾ Walter Bagehot, a. a. O. S. 1.

¹⁴⁶⁾ Vgl. hierzu schon Bagehots Aussagen vor der französischen Enquête, a. a. O. I, 22, 47, 51.

¹⁴⁷⁾ Bagehot, a. a. O. S. 95.

¹⁴⁸⁾ Bagehot, a. a. O. S. 96.

¹⁴⁹⁾ Bagehot, a. a. O. S. 24.

¹⁵⁰⁾ Bagehot, a. a. O. S. 96.

Glauben entfernt, daß es in der Natur der Dinge läge, das Uebel wieder zu heilen; er gibt es nicht zu, daß eine Attake auf den Barvorrat als Folge ungünstiger Wechselkurse, an einem bestimmten Punkt angelangt, automatisch und naturnotwendig eine Diskonterhöhung erzwingen muß; »wir dürfen nicht denken, daß wir eine leichte Aufgabe haben, oder daß wir in einem natürlichen Zustande leben, wenn wir doch tatsächlich in einem künstlichen leben. Geld will sich nicht selbst verwalten¹⁵¹⁾ . . . , und man muß »die Ansprüche an die Bank möglichst zu vermindern suchen«¹⁵²⁾. Der Glaube an eine Selbstregulierung ist ihm zum mindesten problematisch, weshalb es ihm auch unverantwortlich scheint, sich darauf zu verlassen: »Wenn die Bankreserve einmal sehr gesunken ist, so gibt es während einer Panik keine Mittel, sie wieder zu heben. Geld, während einer solchen Zeit aus den Händen gelassen, ist schwer wieder zu bekommen. . . . Daher ist die Idee, daß die Bank während einer Panik ihre Reserve, wenn sie einmal ziemlich leer geworden, auf diese oder eine andere Weise wieder füllen könne, zu unsinnig, sie irgendwie aufrechtzuerhalten¹⁵³⁾. . . .«

Da Bagehot wiederum — anders als die Schöpfer des Bankgesetzes von 1844 — in der Theorie einen deutlichen Unterschied zwischen dem Verlangen nach Gold für Zahlungen ans Ausland infolge ungünstiger Wechselkurse und einem Goldbegehrt in Panikzeiten für Zwecke der inneren Zirkulation macht, so stellt er auch praktisch zweierlei Forderungen auf: in diesem Falle muß die Bank fleißig ausleihen und den Kreditanforderungen bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit nachkommen, das einzige und sichere Mittel, die Panik zu beruhigen und dadurch die Ursache jenes erhöhten Kreditbegehrt aus der Welt zu schaffen. In jenem Falle, bei einem Verlangen nach Gold für Zahlungen ans Ausland, soll zu der oben geschilderten restriktiven Politik geschritten werden, so daß ein solcher Goldbegehrt in praxi gar nicht effektiv wird.

Es ist nicht zu verkennen, daß jede Präventivpolitik eine Schwierigkeit in sich bürgt, die Frage nämlich, an welchem Zeitpunkt sie einzusetzen hat, an welchen Zeichen also die Gefahr erkennbar ist, die es zu verhüten gilt. Die Theorie kann hierin nur sehr allgemeine Richtlinien aufstellen, die Entscheidung in jedem einzelnen Falle muß letzten Endes der Praxis überlassen bleiben. Das Kriterium ist der Stand der Barreserve. Bagehot weiß durchaus, daß es besondere, nicht vorherzusehende Umstände gibt, die darauf einwirken¹⁵⁴⁾, dennoch wagt er es, als allgemeine Regel zu empfehlen, daß man mit restriktiven Maßregeln in der Kreditgewährung beginnen solle, sowie die Reserve des Bankdepartements unter 15 Millionen £ sinke, während bisher erst bei einem Stande von 10 Millionen und darunter zu Diskonterhöhungen geschritten worden sei. Daß dies Minimum zu anderen Zeiten, den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, ein anderes sein kann, räumt er selbstverständlich ein.

¹⁵¹⁾ Bagehot, a. a. O. S. 10.

¹⁵²⁾ Bagehot, a. a. O. S. 39.

¹⁵³⁾ Bagehot, a. a. O. S. 98/99.

Für uns ist dieser letzte Punkt unwesentlich. Das Entscheidende ist, daß Bagehot nicht mehr an einen selbsttätigen Ausgleich der Zahlungsbilanz glaubt, daß er vielmehr die Notwendigkeit erkennt, die Regulierung der Wechselkurse, **bewußt eingreifend**, zu beeinflussen, indem ihre Schwankungen durch Einwirkungen auf die Höhe des Diskontsatzes **vorweggenommen** werden.

Die Entwicklung der Lehre von der Zahlungsbilanz verläuft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis etwa 1873 — dem Zeitraum, den unsere Untersuchungen umfassen — in **drei großen Etappen**. In den beiden ersten Stadien der Entwicklung herrschte die Theorie vom **selbsttätigen Ausgleich der Zahlungsbilanz** als einem automatischen Mechanismus, den man anfangs auf dem Wege über die **Preise**, später auf dem Wege über den **Zinsfuß** in Wirksamkeit glaubte. Beide Betrachtungsweisen wurden schließlich überwunden von der Anschauung, daß der Ausgleich der Zahlungsbilanz kein selbsttätiger sei, sondern durch **aktives und bewußtes Eingreifen** beeinflußt werden könne und müsse. Ob diese präventive Politik ihrerseits in erster Linie eine Einwirkung auf die Preise oder eine solche auf den Zinsfuß, — als Mittel zum Zweck — anstrebte, wird nunmehr eine Frage von lediglich technischer und für die theoretische Betrachtung untergeordneter Bedeutung. Entscheidend ist, daß die Lehre von der Zahlungsbilanz in diesem ihrem dritten Stadium das Prinzip vom selbsttätigen Ausgleich der Zahlungsbilanz **ad absurdum** führt, somit beide Formulierungen dieses Prinzips umstoßend.

¹⁴⁴⁾ Bagehot, a. a. O. S. 163.

Zu Friedrich Meineckes »Idee der Staatsräson«.

Von

CARL SCHMITT.

Die Eigenschaften und Vorzüge, auf denen der Ruhm dieses Werkes beruht, halten in einer ganz besonderen Weise die Kritik von ihm fern. Nicht nur weil die große Leistung, der Reichtum an historischen Einsichten und Erkenntnissen und der Ueberblick über vier Jahrhunderte politischen Denkens eher die höchste Bewunderung als eine Kritik nahelegen, sondern auch deshalb, weil gerade die charakteristischen Eigenschaften des Buches — psychologische Feinheit, vorsichtig abwägendes Verständnis für gegenteilige und widersprechende Ansichten und vor allem die Ablehnung einer begrifflichen Fixierung — jedem Versuch einer Kritik zuvorkommen. Was könnte man Neues zum Thema des Buches sagen, was dieser grenzenlos vielseitige Kenner der Jahrhunderte nicht bereits vorweggenommen hätte und was nicht sofort seinen Platz fände in dem Mosaik der tausend Nuancen, in denen seine »Idee der Staatsräson« lebt?

»Der reiche Inhalt der Idee der Staatsräson läßt sich nicht in die engen Fesseln einer begrifflichen Definition schlagen« (S. 259). Natürlich wird wiederholt gesagt, was unter dem Wort verstanden sein soll: Staatsräson ist bald dasselbe wie Macchiavellismus, bald Machtpolitik, oder Macht- und Lebenswille der Staaten oder sogar »Zwangsläufigkeit im politischen Handeln« (vgl. S. 369); Machtproblem und Machtpolitik sind nur die modernen Ausdrücke für Staatsräson (S. 511); im 19. Jahrhundert wird Staatsräson das innere Bewegungsgesetz des Staates als einer Individualität (S. 489) usw. Aber jede begriffliche Festlegung ist sorgfältig vermieden. Dadurch wird die Möglichkeit gewonnen, eine Vorstellung durch vier Jahrhunderte hindurch zu verwerten und an ihr ein großes Material zu orientieren. Andererseits wird allerdings auch auf die Intensität eines entscheidenden und deshalb ordnenden und gruppierenden Begriffes verzichtet und damit auf einen Aufbau im eigentlichen Sinne. Eine geistesgeschichtliche Darstellung kann ihre Struktur nur durch Begriffe erhalten. Es mag »Rationalismus« sein, mit Begriffsschablonen zu arbeiten; es ist ein auf demselben Niveau verbleibender Irrationalismus, jede Begrifflichkeit zu vermeiden. Der Verzicht auf den Begriff enthält nicht nur einen Verzicht auf jede Spannung dialektischer Entwicklung, wie sie

bei Hegel und den bedeutenderen Hegelianern einen oft gewaltigen Aufbau ermöglicht, sondern auf eine strenge Architektur überhaupt. Die Folge ist, daß die Struktur des Werkes sich lockert und schließlich in einer Reihe von Essays und Porträts eine Reihe von Autoren geschildert wird, die vom 16. bis 19. Jahrhundert das Thema Staatsräson und Machtpolitik in mancherlei Variationen behandelt haben.

Der Verzicht auf Begrifflichkeit und Architektur ist aber wiederum nicht so entschieden, daß jede innere Linie fehlte, die zahlreichen, um die »Idee der Staatsräson« sich bewegenden Meinungen und Ansichten in einem chaotischen Gewimmel durcheinanderliefen und höchstens durch die Reihenfolge der Jahrhunderte eine gewisse Uebersichtlichkeit entstände. Es läßt sich vielmehr eine einfache Linie erkennen, die vom 16. zum 19. Jahrhundert geht, von Macchiavelli zu Ranke und Treitschke, vom Absolutismus zum Nationalstaat, wobei Machiavelli, Friedrich der Große und Hegel »als die drei markantesten Gipfel« hervorragen (S. 456). Es wird sogar von einem »Fortschritt« in der Lehre von der Staatsräson gesprochen« (S. 481). Während im 16. Jahrhundert nur ein erster Hauch historischen Denkens, nur die erste Ahnung der geistigen Persönlichkeit des Staates zu verspüren ist, sieht der »neue« Historismus, die »neue« Staatsräson die großen und mächtigen Individualitäten der Geschichte. Die Idee der Staatsräson wird dadurch »nichts anderes als die individuelle Idee des Staates, die das Individuum des einzelnen Staatsmannes beherrscht« (482). Die alte Staatsräson dachte abstrakt, rationalistisch, generell, mechanisch; sie setzte eine immer gleiche menschliche Natur voraus. Die neue entdeckt das konkrete, individuelle Leben der einzelnen Staaten. Den Wendepunkt bezeichnet die Philosophie des deutschen Idealismus; sie hat die wesentlichen Ideen der Identität von Natur und Geist, Politik und Moral, und die Individualität der Staaten und Völker gefunden. Hier ist also eine Linie, eine Entwicklung, sogar ein Fortschritt. Doch kann man nicht sagen, daß das Werk auf dieser Linie beruhe. Es ist nicht so, als steigere sich in Hegelischer Weise der Aufbau, je mehr es zur Gegenwart hingeht und als gipfele die Entwicklung in der Gegenwart oder wenigstens in der Staatsidee des 19. Jahrhunderts. Gewiß ist Ranke mit besonderer Feinheit, ja Innigkeit behandelt; er ist die Figur des Werkes, welcher der Autor als Historiker offenbar am nächsten verwandt ist. Aber das begründet noch keine Steigerung oder Kulmination des Werkes selbst. Die Linie, die vom alten Macchiavellismus zum neuen historischen Wissen um die Individualität des Staates gezogen wird, bezeichnet, wenn ich so sagen darf, nur das Minimum von Entwicklung, ohne das es nun einmal in einer geschichtlichen Darstellung nicht geht. Im übrigen liegt der Grundgedanke des Werkes in etwas anderem. Er schließt die Vorstellung einer fortlaufenden Entwicklungslinie ebenso wie die einer dialektischen Steigerung aus und enthält einen in Gegensätzen balancierenden moralischen Dualismus.

Dieser Dualismus erscheint bald als der Gegensatz von Sein und Sollen, bald von Macht und Sittlichkeit, bald in anderen Gestalten.

Jedentalls wird die Idee der Staatsräson von ihm beherrscht. Doch handelt es sich nicht um den Gegensatz von Regel und Ausnahme in dem Sinne, daß eine geltende Regel, etwa das *jus commune* oder ein allgemeines Moralgebot aus Rücksichten einer »Staatsräson« durchbrochen und diese Ausnahme dann im Hinblick auf die besonders geartete Situation oder den Notfall gerechtfertigt würde. Solche Konstruktionen sind in der Geschichte der Lehre von der Staatsräson sehr häufig. Sie beruhen auf dem Gegensatz von normalen und abnormen Fällen. Wo sie auftauchen, — besonders in der Literatur des 16. und 17. Jahrhunderts —, werden sie als »logisch-juristisch« bezeichnet (z. B. S. 151, 165, 382) und die Abneigung des Autors gegen das Logisch-Juristische ist offenbar so groß, daß dieses Prädikat genügt, um derartige Konstruktionen und die Bücher, die sich mit ihnen beschäftigen, anscheinend grundsätzlich zu ignorieren. Aber die Konstruktion der »Ausnahme« hätte ihm die ganze Problematik seines »individuellen Lebensgesetzes« und seiner »individuellen Staatsräson« zeigen können, weil ein solches individuelles Gesetz natürlich keine Ausnahme kennt, wie das »allgemeine Moralgebot«, zu welchem das Buch sich ebenfalls schließlich bekennt. Mir scheint die Frage nach der Normalität oder Abnormalität der konkreten Situation von grundlegender Bedeutung zu sein. Wer davon ausgeht, daß ein abnormer Zustand vorliegt — sei es nun, daß er die Welt in einer radikalen Abnormalität erblickt, sei es, daß er nur eine besondere Situation für abnorm hält — wird das Problem von Politik, Moral und Recht anders lösen, als wer von ihrer prinzipiellen, nur durch kleine Störungen getrübbten Normalität überzeugt ist. Ob man den Menschen für *von Natur gut* oder *von Natur böse* hält, ist in der staats-theoretischen Literatur meistens nur eine Umschreibung oder eine besondere Anwendung dieses fundamentalen Gegensatzes. Aus der Annahme der abnormen Situation ergeben sich besonders geartete, dezisionistische Konsequenzen, ergibt sich ein Sinn für Durchbrechungen, für eine, oberflächlichlicherweise sogenannte »Irrationalität« (im Religiösen z. B. für die Lehre von der Prädestination), Anerkennung außerordentlichen Handelns und Eingreifens, wie des *a deo excitatus*, ferner Diktatur, aber auch Begriffe wie Souveränität und Absolutismus, also Vorstellungen, die Meinecke mit seiner schlagwortartig erweiterten Staatsräson in Verbindung bringen will, die er aber in ihrer Besonderheit nicht beachtet.

Sein Dualismus vermeidet sowohl diese metaphysisch-logische, wie die juristische Seite des Problems und bleibt im Moralischen, d. h. in der liberalen Tradition des 18. und 19. Jahrhunderts, die zwar durch das große historische Verständnis für die Individualität jedes staatlichen Lebens modifiziert wird, aber dafür auch ihre widerspruchslose Einfachheit verliert. Zum Staat gehört, wie immer wieder betont wird, Macht. Aber die Macht soll sich in die Sphäre des Ethischen erheben und dort mit etwas ihrer Natur Fremdem, sogar Gegensätzlichem verbinden. »Kratos und Ethos zusammen bauen den Staat und machen Geschichte« (S. 5). Der Gegensatz von Macht und

Ethik ruft nun fast von selbst zahlreiche andere Gegensatzpaare hervor, geht in sie über, verbindet sich mit ihnen in den verschiedensten Kombinationen, und so spiegelt sich der in der Idee der Staatsräson liegende Dualismus in vielen Antithesen, von denen folgende zu erwähnen sind:

I.

Der moralische Dualismus.

Kratos	—	Ethos
Staatsräson	—	Sittliches Gebot
Handeln	—	Denken
Realität	—	Sittliche Forderung
Politik	—	Moral
Machtpolitik	—	Sittlichkeit
Egoistisches Interesse	—	Ethische Norm

II.

Die rechtliche Seite des Dualismus.

Egoismus	—	Vertragstreue
Macht	—	Recht
		(Der Gegensatz von Staatsräson und Völkerrecht ist nur ein Anwendungsfall, vgl. S. 260 u. S. 520)
Empirische Wirklichkeit	—	Naturrecht

III.

Die metaphysische Seite des Dualismus.

Natur	—	Sittlichkeit
Naturhafte Notwendigkeit	—	Sittengesetz
Natur	—	Geist
Natur	—	Kultur
Schicksal	—	Vernunft
Das Dunkle Dämonische, Vulkanische, Irrationale, Leben	}	— Das Rationale
Böse Teufel		
		— {Gut
		— {Gott

Diese kurze Uebersicht soll nicht etwa den Reichtum des Buches erschöpfen und die Fülle der Nuancen in Fesseln schlagen, sondern nur zeigen, daß die Grundanschauung des Werkes vieler verschiedener Erscheinungsformen fähig ist, aber doch immer auf der Spannung eines moralischen Dualismus beruht. Ausdrücklich wird der Versuch des deutschen Idealismus, die Gegensätze in einer Identitätsphilosophie aufzuheben, als etwas heute nicht mehr Möglichen behandelt. »Wir sagen heute, daß das Vernünftige wohl sein soll, aber nicht schlechthin ist. Die Kluft zwischen Sein und Sollen erscheint uns größer, die tragische Schuld der Machtkämpfe deshalb schwerer als

dem älteren deutschen Idealismus, der die Offenbarung Gottes in der Geschichte nicht groß, gewaltig und umfassend genug sich vorstellen konnte und auch die Abgründe des Lebens von ihr beglänzt sah« (506). Es bleibt also beim Dualismus. Jene kurze Uebersicht zeigt allerdings schon, daß eine große Zahl von Kombinationen, Verbindungen, Vertauschungen und Uebergängen möglich ist, zumal wenn jede begriffliche Abgrenzung prinzipiell vermieden wird. Auch sind Umstellungen aus einer Reihe in die andere möglich. Es gibt z. B. einen vernünftigen Egoismus, eine rationalistische Staatsräson (hier wird das Wort Rationalismus zur Kennzeichnung einer historischen Epoche), und innerhalb der Staatsräson kann selbst wieder ein Dualismus gefunden werden, weil sie in sich eine Natur- (und Nacht-) und eine Vernunftseite hat (vgl. 459). Daß gerade solche Verschlingungen und Verwicklungen einen Historiker wie Meinecke besonders interessieren, ist begreiflich. Nun liegt es für manche moderne Historiker sehr nahe, gegenüber den primitiven Gegensätzlichkeiten von Macchiavellismus und Antimacchiavellismus, Machtpolitik und Moral, die Gesichtspunkte der deutschen Identitätsphilosophie, gegenüber dieser deutschen Identität wiederum die Berechtigung des Gegensatzes geltend zu machen und so aus einem beständigen Wechsel des Standpunkts, einem ewigen Hin und Her, eine Art von Ueberlegenheit zu machen. Für Meineckes Buch trifft das aber nicht zu. Es nimmt vielmehr am Schluß ausdrücklich Stellung, allerdings — wie hier bereits gesagt werden muß — nicht so, daß diese Stellung als ein notwendiges Ergebnis des Gesamtwerkes, als eine *conclusio* erscheint. Die Lehre von einer besonderen Staatsmoral, »die selbst Troeltsch 1916 noch tief-sinnig nannte«, wird als irreführend bezeichnet (533). Die Rettung der staatlichen Individualität ist ein sittliches Recht, aber wenn sie »auf Kosten des allgemeinen Moralegebotes« erfolgt, so ist das »tragische Schuld« und »mit strenger Wahrung des allgemeinen Moralegebots« zu beurteilen (534). Gegenüber den deutschen Identitäts- und Individualitätsvorstellungen, insbesondere gegenüber Hegel, der Machiavelli wieder zu Ehren brachte und den Machtgedanken zu stark sanktionierte, kommen wir also wieder »zu einem neuen Dualismus, der aber vollkommener und organischer sich zu sein bemüht, als der frühere« (536). —

Das letzte Wort des Buches ist also eine »gereinigte und wahrhaft weise Staatsräson« (537). Bei jedem Denker läßt sich ein Grundbild feststellen, das für seine geistige Eigenart charakteristisch ist. Beispiele solcher Bilder sind die Wage (die Balance), der Organismus (der wieder ein Baum, ein Tier oder ein menschlicher Organismus sein kann), oder mechanische Bilder, wie die Maschine; Bilder von der Architektur; die wiederum ganz anders gearteten Vorstellungen von Kampf und Schlacht usw. Die Lehre von diesen Bildern ist noch wenig entwickelt und leicht der Gefahr ausgesetzt, sich im Psychologischen oder einfach in plattester Romantik aufzulösen ¹⁾. Aber den Wert eines charakteri-

¹⁾ Insbesondere scheint es mir gefährlich, die organischen Bilder als Ausdruck »agrarischen«, die mechanischen als Ausdruck »industriellen Denkens

sierenden Moments wird man ihnen zubilligen müssen, besonders da, wo ein Werk auf einer dualistischen Spannung beruht. Lösung wie Bestehenlassen des Dualismus brauchen notwendigerweise ein charakteristisches Bild. Für Meinecke dürfte das Bild von der Pendelschwingung seine Grundeinstellung am besten verdeutlichen. Nach ihm stehen wir heute in einer Zeit, in welcher der Pendel von dem Machtgedanken und dem Monismus der deutschen Identitäts- und Individualitätsauffassung weg zu einem starken Dualismus von Politik und Moral schwingt. »Spätere Geschlechter mögen vielleicht wieder zu einer neuen Identitätsphilosophie zu gelangen suchen, und so mag sich die Pendelschwingung zwischen dualistischer und monistischer Weltansicht immer wiederholen« (536). Zu diesem Dualismus — denn auch der Gegensatz von Monismus und Dualismus wird zu einem balancierenden Dualismus — gelangt der Autor aber nur deshalb, weil er durch die Betonung des Dualismus eine Schranke für die übermäßige Staatsräson zu finden hofft — ein etwas pädagogisch-moralischer Grund, der jedoch keineswegs gering zu schätzen oder unheroisch zu nennen ist, sondern an die Haltung der großen Zeit des Liberalismus erinnert. Am besten hat Gentz sie einmal zum Ausdruck gebracht, als er sagte, daß er sich immer auf die Seite stelle, die jeweils verkannt und mißachtet werde. Trotzdem bedeutet diese Haltung einen sehr auffälligen Verzicht auf die rein historische Kontemplation, die sonst gerade die Stärke und den Reichtum des Buches ausmacht.

Das »allgemeine Moralgebot« und das Völkerrecht, dessen Normen die Staatsräson unterworfen werden soll, sind nun leider keine unproblematischen Größen, die am Ende eines von solchem historischem Wissen erfüllten Werkes als Schluß erscheinen könnten. Obwohl der Verfasser den »verhüllten und schwebenden Dualismus« bei Ranke ablehnt, weil er »nicht die letzte mögliche Lösung des Problems bedeuten konnte« (487), und obwohl er sich mit persönlicher Entschiedenheit zum allgemeinen Moralgebot bekennt, ergibt sich aus dem Werk keine Entscheidung. Das Problem liegt nämlich gar nicht in der inhaltlichen Normativität eines Moral- oder Rechtsgebotes, sondern in der Frage: Wer entscheidet? Die große staatsphilosophische Literatur des 17. Jahrhunderts, insbesondere Hobbes und Pufendorff haben dieses *quis judicabit?* immer betont. Meinecke spricht wohl davon, daß es über den Staaten keinen Richter gibt (505 vgl. auch 371, 262), aber das Problem als solches ignoriert er, vielleicht aus Antipathie gegen alles, was an etwas Juristisches erinnert. In der Sache läßt es sich nicht ignorieren. Natürlich wollen alle nur Recht, Moral, Ethik und Frieden; keiner will Unrecht tun; aber die *in concreto* allein interessante Frage ist immer, wer im konkreten Fall darüber entscheidet, was rechtens ist; worin der Friede besteht; was eine Störung oder Gefährdung des Friedens ist, mit welchen Mitteln sie beseitigt wird, wann eine Situation normal und »befriedet« ist usw. Dieses *quis judicabit* zeigt, daß innerhalb des Rechts und des allgemeinen Moralzu behandeln; vgl. darüber die hübsche Auseinandersetzung bei Wyndham Lewis, *The art of being ruled*. London 1926, S. 32 ff.

R. L.

gebots wiederum ein Dualismus steckt, der diesen Begriffen die Fähigkeit nimmt, als einfache Gegensätze der »Macht« entgegenzutreten und zu ihr in einer Pendelschwingung sich zu bewegen. Das Recht, insbesondere das Völkerrecht, ist nämlich entweder einfach Legitimität des *status quo* und sanktioniert den bestehenden Besitzstand; dann dient es der Macht der Besitzenden. Oder es begründet Ansprüche der Nichtbesitzenden und erscheint dann als ruhestörendes, revolutionäres Prinzip. Dieses Problem der Legitimität des *status quo* und der normalen Situation, das ich öfters, zuletzt in meiner Schrift über »Die Kernfrage des Völkerbundes« behandelt habe, sei hier nur angedeutet. Es muß den Aspekt des grundlegenden Dualismus von Kratos und Ethos völlig ändern.

Ist so das allgemeine Moralgebot in sich nicht ohne weiteres überzeugend, so hat auch die Sanktionierung, die es bei Meinecke erhält, etwas Unentschiedenes. Ein aus Gründen der Machtpolitik vorgenommener Verstoß gegen dieses Gebot wird als »tragische« Schuld angesehen. Das mag sie sein; aber das ist keine Sanktion, sondern ein Uebergang ins Aesthetische. »Tragisch« ist keine Kategorie, die, wenn man einmal ein moralisches Gebot ernstnimmt, die letzte Antwort auf einen Konflikt geben könnte. Das Wort ist höchstens ein Ausdruck der inneren Problematik dieses moralischen Gebotes selbst, eine Umschreibung tiefen Bedauerns und der Erschütterung, die aus der historischen Einsicht in die Ohnmacht des Gebotes oder in die Unvermeidlichkeit der Durchbrechung entsteht, aber es kann nicht der überzeugende Schluß eines Werkes sein, in welchem das Problem der Staatsräson von der moralischen Seite gestellt wird. Ein solches Wort bedeutet, daß das Buch kein letztes Wort hat. Eine nur historische Schilderung braucht allerdings auch kein letztes Wort zu haben. Anders aber ein Werk, das nun einmal den Standpunkt des Moralgebotes anerkannt hat.

Vom historischen Interesse aus erhebt sich dann ein weiterer Zweifel. Ist die »Idee der Staatsräson« wirklich ein geeigneter Grundgedanke, um eine umfassende Darstellung des Staats- und Machtproblems der letzten Jahrhunderte zu tragen? Ist sie nicht in ihrem spezifischen Sinn an eine bestimmte Epoche, an den Absolutismus des 16. und 17. Jahrhunderts, gebunden und für die folgenden Jahrhunderte zu wenig charakteristisch und zentral, als daß eine historische Darlegung sich an diesem Begriff orientieren könnte? Der Gesamteindruck von Meineckes Buch macht diesen Zweifel noch stärker, obwohl die Frage an sich dem Historiker natürlich nicht unbekannt geblieben ist. Fast die Hälfte des Buches behandelt das Zeitalter des werdenden Absolutismus, besonders Macchiavelli, Botero, Boccalini, Campanella, Richelieu, den Herzog Heinrich von Rohan, G. Naudet. Im zweiten Buch beherrscht Friedrich der Große das Interesse; das dritte enthält Essays über Hegel, Fichte, Ranke und Treitschke, von denen Fichte auf nur acht Seiten behandelt wird. Das Schwergewicht des Werkes ruht unverhältnismäßig stark auf der ersten Hälfte und dem Kapitel über Friedrich den Großen. Dem 19. Jahrhundert wird

der Begriff der Staatsräson fremd, obwohl das Machtproblem in neuen Formen, insbesondere als »Imperialismus« bestehen blieb und sich noch ungeheuer verschärfte. Eine Ideenverbindung wie *Ratio Status* ist eben doch zu fest an bestimmte Begriffe gebunden, als daß sie sich für ganz verschiedene Jahrhunderte politischen Denkens zum gemeinsamen Orientierungspunkt eignete. Im Zeitalter der Kabinettspolitik hat die Politik eine andere »Vernunft«, einen anderen Sinn und einen anderen Stil als in einer demokratischen Zeit, deren Art Politik mindestens zur Hälfte Technik der öffentlichen Meinung ist. Und ebenso wie die *Ratio* ändert sich der Begriff des Staates. Die Wortgeschichte von *Staat* ist noch nicht geschrieben. Sie beginnt jedenfalls nicht erst mit Macchiavelli. Lange vor dem 16. Jahrhundert war es der Sprache venezianischer Politik möglich, sogar schon vom »Leben unseres Staates«, von der *vita nostri status* zu sprechen. Aus den vielen »status«, die es gab, konnte sich ein status als der status hervorheben, ein Begriff, der von *res publica* und *civitas*, erst recht aber von *Gemeinwesen* oder *Commonwealth* zu unterscheiden ist, und wesentlich einer Sphäre angehört, deren Besonderheit in Meineckes Buch kaum hervortritt, der Sphäre der Publizität im Gegensatz zu allem Privaten und allem Oekonomischen. In die gleiche Sphäre gehören Begriffe wie Repräsentation, Person (zum großen Unterschied von Persönlichkeit oder gar Individualität), Dignitas und Ehre. Dieser *status* bedeutet die grundlegende und umfassende Einheit einer substantiellen, seinsmäßigen, wesentlich öffentlichen Ordnung, er hat die innere Rationalität eines Seins und will deshalb »*in suo esse perseverare*«. Dadurch bleibt er immer im Zusammenhang mit einem (man sagt heute in falscher Antithese) statischen Ordnungsbegriff. Sobald sog. dynamische Vorstellungen irgendwelcher Art²⁾ herrschend werden, verliert der Begriff seinen Sinn. Dem ökonomisch-technischen Denken der Gegenwart erscheint er überhaupt unverständlich und »unsachlich«. Daher kann heute sogar sein Anspruch, in eminentem Sinne die soziale Einheit darzustellen, bestritten werden, wie das in der »pluralistischen« Staatstheorie von Laske geschieht. Ich halte das zwar nicht für eine Staatstheorie, sondern für die Negation einer solchen und für ein Symptom der Auflösung, aber ich darf gestehen, daß es mir interessanter und aktueller scheint, als die Klischees der staatsrechtlichen Kompendien oder gar die Produkte der methodologischen Inflation.

So sind wir von *ratio* und *status* heute weit entfernt. Für einen Historiker wie Meinecke konnte das nicht unbemerkt bleiben. Wenn er trotzdem versuchte, die Idee der Staatsräson auch noch im 19. und sogar noch im 20. Jahrhundert als Mittelpunkt seiner Darstellung beizubehalten, so war ihm das nur möglich, weil er den Begriff zu einer ganz allgemeinen Vorstellung von Machtstreben, Machtpolitik und dergleichen erweiterte und ihn einem ebenso allgemeinen Moralgebot gegenüberstellte. Höchst auffällig, ja widerspruchsvoll. Denn

²⁾ Ueber den Gegensatz der statischen und der dynamischen Staats- und Regierungsformen: Rudolf Smeend, Die politische Gewalt im Verfassungsstaat und das Problem der Staatsform. Tübingen 1923, S. 22.

nicht nur das Spezifische des Begriffes geht verloren — das hat den Verfasser ex professo niemals interessiert — sondern auch die historische Individualität der Vorstellung. Es entfällt also gerade das, was der Historiker gegenüber dem generellen Moralismus früherer Jahrhunderte sonst immer betont und was die Ueberlegenheit der neueren deutschen Geschichtsschreibung ausmacht. So rächt sich der mißachtete Begriff. Wenn wir ins Allgemeine gehen und von den historischen Besonderheiten absehen, dann ist nämlich die »gereinigte« oder »wahrhaft weise« Staatsräson schließlich nichts anderes, als die »gute« Staatsräson, die schon im 16. und 17. Jahrhundert einer schlechten, *cattiva ragione di stato* entgegengesetzt wurde.

Neuere Erscheinungen zur Bevölkerungslehre und Bevölkerungsstatistik.

Von

P. MOMBERT.

1. F. Heichelheim, Die auswärtige Bevölkerung im Ptolomäerreich. Klio, Beiträge zur alten Geschichte. Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung 1925. 109 S. M. 7.50. — 2. Eduard Rümelin, Heiratsalter und Fruchtbarkeit der Ehen und ihre Entwicklung seit 1500. Württ. Jahrb. f. Statistik und Landeskunde. Jahrg. 1923/24. — 3. Werner Schnyder, Die Bevölkerung der Stadt und Landschaft Zürich vom 14. bis zum 17. Jahrhundert. Schweizer, Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 14, H. 1. Verlag Gebrüder Lehmann u. Co. Zürich-Selnau 1925. 112 S. — 4. Joh. Schultze, Die Herrschaft Ruppin und ihre Bevölkerung nach dem 30jährigen Kriege. Veröffentlichungen d. historischen Vereins der Grafschaft Ruppin. 1925. Selbstverlag d. historischen Vereins. 69 S. — 5. Chr. Grabe, Der Einfluß der Pendelwanderung auf die Arbeitnehmer. Wirtschaftsstudien 3. Verl. G. Braun Karlsruhe 1926. 50 S. M. 3.60. — 6. Fritz Molle, Das Eichsfeld als Ausgangsbezirk für Arbeiterwanderungen. Ein Beitrag zur Frage der innerstaatlichen Wanderungen. Beiträge z. mitteldeutschen Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftskunde. Halberstadt H. Meyers Buchdruckerei und Verlag 1925. 191 S. M. 9.—. — 7. Die Wanderbewegungen 1920/23. Internationales Arbeitsamt Genf 1925. 113 S. Komm. Verlag H. Preiss Berlin. M. 2.—. — 8. O. Preusse-Sperber, Deutschlands Auswanderungsfrage. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung Leipzig 1924. 55 S. M. 2.—. — 9. J. Mausbach, Ehe und Kinderreichtum vom Standpunkt der christlichen Sittenlehre. 4. Aufl. M.-Gladbach 1925. 136 S. M. 3.30. — 10. Heymann u. Freudenberg, Morbidität und Mortalität der Bergleute im Ruhrbezirk. Essen G. D. Baedeker Verlag 1925. 210 S. M. 8.—. — 11. Statistische Mitteilungen über den Hamburgischen Staat. Nr. 18. Die Bevölkerung der Stadt Hamburg vor und nach dem Kriege, nach Geschlecht, Alter und Familienstand. Otto Meißner Verlag, Hamburg. 1925. 71 S. M. 3.—. — 12. Statistisches Handbuch der Stadt Bern. Herausgegeben vom Statistischen Amt 1925. — 13. R. M. Woodbury, Causal Factors in infant mortality. U. St. Department of Labor. Childrens Bureau Publication Nr. 142. Washington 1925. 245 S. — 14. Batkis, Die Sexualrevolution in Rußland. Berlin 1925. Verlag »Der Syndikalist«. Fritz Kater. 23 S. 40 Pfg. — 15. G. v. Mayr, Statistik und Gesellschaftslehre. 2. Bd. Bevölkerungsstatistik. 2. umgearbeitete und vermehrte Aufl. Tübingen 1926. 875 S. M. 25.—. — 16. Joh. Müller, Deutsche Bevölkerungsstatistik. Verl. G. Fischer Jena 1926. 280 S. M. 12.—. — 17. H. Bleicher, Statistik. 1. Teil Allgemeines. Physikalische und Bevölkerungsstatistik. 2. ergänzte Aufl. Berlin 1925. W. de Gruyter u. Co. Verlag. 154 S.

Wir kennen bis heute die Wanderbewegungen im Altertum nur in ihren allgrößten Umrissen. Das gilt auch für die spätere Zeit, für das Zeitalter des Hellenismus, das, um einen Ausdruck von E. Meyer (Blüte und Niedergang des Hellenismus in Asien, Berlin 1925) zu gebrauchen, einen gewaltigen Abstrom der griechischen Bevölkerung in die neuerschlossenen Gebiete darstellte. Genaueres über die Richtung und Stärke dieser Wanderung, über die soziale Stellung der Wandernden, kann erst auf Grund einer quellenmäßigen Untersuchung für einzelne, natürlich dann engbegrenzte Gebiete vielleicht festgestellt werden. Einen wichtigen Beitrag dazu liefert die Schrift von H e i c h e l h e i m , über die auswärtige Bevölkerung im Ptolomäerreich, welche vornehmlich auf Grund von Papyrusfunden und Inschriftenmaterial für 1701 Personen hellenistischen und nichthellenistischen Ursprunges Herkunft, Siedelung und Beruf feststellt. Freilich können auf dieser engen Grundlage noch keine allgemeineren Schlüsse gezogen werden. Aber immerhin gibt die mühsame und sorgfältig durchgeführte Arbeit wichtige Fingerzeige hierfür und zeigt, auf welchen Wegen die Forschung imstande ist, diesen Problemen noch weiter nachzugehen. Es wäre nur zweckmäßig gewesen, wenn der Verfasser selbst noch am Schlusse eine Zusammenfassung seiner Ergebnisse gegeben hätte.

Wenn auch in neuerer Zeit gerade auch für Deutschland die Untersuchungen aus dem Gebiete der historischen Bevölkerungsstatistik zahlreicher geworden sind und unsere Kenntnis auf diesem immer noch sehr dunklen Gebiete somit manche erfreuliche Bereicherung erfahren hat, so haben sich diese Untersuchungen doch in der Hauptsache auf die allgemeine zahlenmäßige Entwicklung der Volkszahl innerhalb bestimmter Gebietsteile erstreckt. Dagegen sind sie für den Bereich der Bevölkerungsbewegung in der Hauptsache recht wenig ausgiebig gewesen, gerade für das Gebiet, auf dem unsere Kenntnisse noch am lückenhaftesten sind. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Arbeit von R ü m e l i n über Heiratsalter und Fruchtbarkeit der Ehen und ihre Entwicklung seit 1500 sehr zu begrüßen. Sie baut sich auf der Stammesgeschichte von vier württembergischen Familien auf und umfaßt insgesamt 1126 Personen, von denen 557 im 16. bis 18. Jahrhundert lebten. Die Familien enthalten eine glückliche Mischung des württembergischen Mittelstandes dieser Zeit, so daß die Ergebnisse immerhin auf allgemeinen Wert Anspruch erheben können. Die Resultate, zu denen der Verfasser kommt, sind sehr interessant. Er stellt während des Verlaufs vom 16. bis 18. Jahrhundert ein durchschnittliches Steigen des Heiratsalters bei beiden Geschlechtern fest. Für die Fruchtbarkeit ergibt sich eine Steigerung bis zur ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts — nur die Zeit des Dreißigjährigen Krieges macht davon eine gewisse Ausnahme —, von da ab fällt die Fruchtbarkeit jedoch fortdauernd. Im einzelnen weist R ü m e l i n noch auf zahlreiche interessante Erscheinungen und Zusammenhänge hin, die sich aus seinen Untersuchungen ergeben. Ich hebe daraus nur die Tatsache hervor, daß schon in der Zeit vom 16. bis 18. Jahr-

hundert bei den Festbesoldeten, genau wie heute, das Heiratsalter nicht unwesentlich höher war als bei den Angehörigen anderer Berufe und daß auch scheinbar ein recht enger Zusammenhang zwischen den strengen Bindungen der Zunftgesetzgebung und der Höhe des Heiratsalters bestanden hat.

Wenn schon die eben genannte Arbeit von Rümelin auf die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Bevölkerung jener älteren Zeit einiges Licht geworfen hat, so gilt dies nicht weniger von der Arbeit von S c h n y d e r über »Bevölkerung der Stadt und Landschaft Zürich vom 14. bis 17. Jahrhundert«. In dieser Arbeit werden in umfassender und gründlicher Weise die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Bevölkerung untersucht, um auf dieser Grundlage die Wandlungen zu erklären, welche sich im Volkswachstum in dieser Zeit vollzogen haben. Das Buch beginnt mit eingehenden Ausführungen über die Grundlagen der Arbeitsmethoden und die Arbeitsmethode selbst, um dann in zwei weiteren Abschnitten die Entwicklung des Bevölkerungsstandes und der Bevölkerungsbewegung darzustellen. Gerade bei diesen Problemen kommt ja der Darstellung der Arbeitsmethode eine ganz besondere Bedeutung zu. Steuer- und Kirchenbücher, auch die Zahl der Wehrpflichtigen kommen in erster Linie als Quellen in Betracht. Das hier behandelte Gebiet ist deshalb besonders interessant, weil seine Volkszahl in dem betrachteten Zeitraum nicht unerhebliche Wandlungen durchgemacht hat, die in erster Linie mit wirtschaftlichen Aenderungen, dem Aufblühen bestimmter Industriezweige und Verschiebungen im Außenhandel zusammenhängen. Gerade die Wandlungen in der Ausfuhr haben im 14. Jahrhundert neben anderen Ursachen zu einer Abnahme der Bevölkerung geführt. Hier standen damals zahlreiche Häuser leer und eine starke Abwanderung begann einzusetzen. Auch auf den engen Zusammenhang zwischen Bodenbenutzungsform und Volksdichte für das untersuchte Gebiet wirft die Untersuchung bemerkenswerte Streiflichter. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß im 14. Jahrhundert die Ausfuhr gewerblicher Erzeugnisse eine Bevölkerungszahl von 6000 bis 6500 Köpfen innerhalb der Stadt ermöglichte, daß dagegen der aus politischen Gründen erfolgte Uebergang zum Handel mit Naturprodukten die Einwohnerzahl auf 4500 bis 5500 reduzierte. Später hat dann wieder die Neubelebung des Handels mit Seiden- und Wollprodukten die Einwohnerzahl auf 8000 bis 9000 Köpfe ansteigen lassen. Eine große Kindersterblichkeit, die im allgemeinen 50% überstieg, ein ausgedehnter Reislauf sind die Faktoren, welche bei der großen Geburtenzahl der damaligen Zeit, vor allem in der Landschaft, die drohende Gefahr einer Uebervölkerung mildern halfen. Freilich geht aus den Darlegungen des Verfassers nicht deutlich hervor, auf welche Altersgrenzen sich seine Angaben über die Kindersterblichkeit beziehen. Haben wir es in den beiden zuletzt genannten Arbeiten mit ziemlich allgemein gehaltenen Beiträgen zur Bevölkerungsgeschichte zu tun, so behandelt die oben an vierter Stelle genannte Schrift von S c h u l t z e eine speziellere Seite aus diesem Bereich. Sie ist der

neuerdings so sehr umstrittenen Frage, welche Folgen der Dreißigjährige Krieg auf Nahrungsspielraum und Volkszahl ausgeübt hat, gewidmet und bietet für ein kleines Gebiet einen quellenmäßigen Beitrag. Die Arbeit baut sich vor allem auf den Landesvisitationen einer Art von Volkszählung aus dem Jahre 1652 auf und zeigt doch deutlich, welche verheerende Wirkungen der Dreißigjährige Krieg in diesem Gebiete ausgeübt hat.

Zwei recht wertvolle und aufschlußreiche Arbeiten für besondere Formen der Binnenwanderung liegen in den beiden Büchern von Gr a b e und M o l l vor. Auf das Buch des letzteren bin ich schon etwas eingehender an anderer Stelle (Schmollers Jahrbuch Bd. 50) zu sprechen gekommen, weshalb hier dieser kurze Hinweis darauf genügen mag. Während es sich bei diesem Buche von Moll vorwiegend um sogenannte Zeitwanderungen, zum Teil auch auf Grund eigener Erhebungen handelt, darum, daß die vorübergehende Abwanderung durch sogenannte Füllarbeit die Mittel liefern soll, um das zum Lebensunterhalt Notwendige zu ergänzen, wenn dazu infolge der Kleinheit des Güthens der eigene Besitz nicht ausreicht, so hat es die Arbeit von Grabe mit einer ganz anderen Erscheinung, mit den sogenannten Pendelwanderungen zu tun. Es handelt sich hier um die Trennung von Arbeitsort und Wohnort, eine Frage, mit welcher sich die deutsche Statistik zuerst bei der Volkszählung vom Jahre 1900 beschäftigt hatte, der man aber dann in den folgenden Jahren viel zu wenig Beachtung geschenkt hat. Auch die Arbeit von Grabe beruht auf eigenen Erhebungen, auf Grund des Materials der Fuchsschen Waggonfabrik bei Heidelberg. Die ersten Abschnitte zeigen in sehr sachkundiger und warmer Weise, welche schwere Nachteile diese Pendelwanderung nach den allerverschiedensten Richtungen hin für die Lage des Arbeiters in wirtschaftlicher, gesundheitlicher, geistiger und sittlicher Hinsicht hat. Was hier zunächst mehr allgemein auf Grund einfacher Ueberlegungen gezeigt worden ist, wird dann in dem zweiten Teil auf Grund der besonderen Arbeiterverhältnisse bei der genannten Fabrik nachgewiesen. Es wird hier gezeigt, daß sowohl hinsichtlich der Unfall- wie der Krankheitshäufigkeit, die am Arbeitsort Wohnenden wesentlich günstiger gestellt sind als die Pendelwanderer. Das gleiche gilt auch in wirtschaftlicher Beziehung, weil die letzteren ihre Arbeitszeit wesentlich ungünstiger ausnutzen können, als diejenigen, welche am Arbeitsort ihren Wohnsitz haben. Es handelt sich hier jedenfalls um eine Frage von solcher Bedeutung, daß ihr doch die amtliche Statistik und Sozialpolitik eine ungleich größere Aufmerksamkeit zuwenden muß, als es bisher der Fall gewesen ist.

Die beiden Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes und von Preuß e - S p e r b e r über die Frage der Auswanderung tragen einen verschiedenen Charakter. Während die des letztgenannten wanderungspolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt, ist die Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes nur der Feststellung und Zusammenfassung der Tatsachen gewidmet. Die Veröffentlichung, deren Verfasser I. F e r e n c z i ist,

hat sich die Aufgabe gestellt, eine genaue Bilanz der Weltwanderungsbewegung des Jahres 1923 im Vergleich zu den Verhältnissen der Jahre 1920—22 zu geben. Dabei wurde bewußt darauf verzichtet, die Ursachen der Wanderungsbewegungen oder ihre bevölkerungspolitischen Folgen zu untersuchen. Aber auch in dieser Einschränkung ist mit der vorliegenden Arbeit sehr Wertvolles und Nützliches geleistet worden. Das ist nicht nur deshalb der Fall, weil hier wirklich auf Grund alles vorhandenen Materials eine Zusammenfassung der ganzen Wanderbewegung gegeben wird, sondern weil dabei auch auf zahlreiche Lücken und notwendige Ergänzungen hingewiesen wird und auch in diesem Hinweis die Voraussetzungen dafür liegen, daß wir über kurz oder lang zu einer systematischen, ausgebauten, nach gleichmäßigen und vergleichbaren Gesichtspunkten vorgehenden Auswanderungsstatistik der verschiedenen Länder kommen. Es sei nur auf die doch zum Teil erheblichen Unterschiede in den Ergebnissen der Auswanderungsstatistik der eigenen Staatsangehörigen und der statistischen Erfassung der Einwanderung von Ausländern hingewiesen. Auch die Angaben über das zahlenmäßige Verhältnis der Rückwanderer zu den Auswanderern scheinen mir durch ungenaue statistische Aufnahmen getrübt zu sein, auf denen unvermeidlich die vorliegende Arbeit aufbauen mußte. Denn die Zahl der Rückwanderer scheint mir im Vergleich zu den Auswanderern in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse der europäischen Staaten in dieser Zeit doch recht hoch zu sein. Eine Nachprüfung solcher Angaben wird ja auch erst in gewissen Grenzen möglich sein, wenn die Ergebnisse der neuen Volkszählungen vorliegen und man dann in der Lage ist, Wanderungsgewinne und -verluste und die Zu- und Abnahme der einzelnen Nationalitäten festzustellen.

Es sind in den letzten Jahren aus den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands heraus erklärbar mancherlei Schriften erschienen, welche sich mit der deutschen Auswanderungsfrage befaßt haben. Unter ihnen verdient, trotz mancher Mängel in ökonomischer Hinsicht, die kleine sachkundige Schrift von Preuß-Sperber besonders hervorgehoben zu werden. Selbst wenn man dem Verfasser nicht in allen Punkten beistimmt, so wird man doch gerne anerkennen, daß er in fesselnder und entschlossener Weise seinen Standpunkt, daß wir in Deutschland eine große Auswanderung brauchen, daß eine solche für die Heimat nicht schädlich, sondern nützlich sei, und daß unsere ganze Auswanderungspolitik bisher völlig versagt habe, vertritt. Der wichtigste Abschnitt des Buches ist wohl derjenige, in welchem die Fragen der Auswanderungspolitik und die Wirkungen der Auswanderung behandelt werden. Hier wird zunächst mit vollem Recht daran Kritik geübt, daß das Reich sich bisher seiner Auswanderer so wenig angenommen und es vor allem versäumt habe, im Interesse derselben mit den Regierungen der Einwanderungsländer, ähnlich wie es andere Staaten getan haben, besondere Verträge abzuschließen, in denen die Interessen der Auswanderer gewahrt würden. Mit dieser Kritik hat der Verfasser unbedingt recht. Ob man

nun, wie er, der Meinung ist, daß wir eine große Auswanderung brauchen oder ob man ihm darin nicht beistimmt, das tut der Sache keinen Abbruch, daß in dieser Hinsicht bisher die Reichsgesetzgebung sehr viele schlimme Unterlassungen auf dem Kerbholze hat. Wenn der Verfasser den Standpunkt vertritt, daß die Grundursachen der Auswanderung aus Deutschland im allgemeinen rein wirtschaftlicher Natur gewesen sind, so möchte ich ihm auch hierin durchaus zustimmen. Wenn er dagegen meint, daß wir schon vor dem Kriege eine Uebervölkerung in Deutschland gehabt haben, so kann ich ihm hierin nicht folgen. Es waren zweifellos Tendenzen da, die auf eine solche Uebervölkerung hinielen. Sie waren aber doch nicht zum Durchbruch gekommen. Denn es ist doch nicht zu bestreiten, daß im allgemeinen Durchschnitt in dem letzten Menschenalter vor dem Kriege das deutsche Volkseinkommen stärker als die Volkszahl gestiegen ist und so lange das der Fall ist, wird man doch nicht gut von einer Uebervölkerung sprechen können. Hinsichtlich der Wirkungen der Auswanderung vertritt der Verfasser die Meinung, daß man hier von einer allgemeinen Schädigung des Mutterlandes nicht reden könne, vor allem deshalb nicht, weil gerade durch die Tätigkeit der Auswanderer die deutsche Ausfuhr eine ganz erhebliche Förderung erfahre. Das ist zweifellos zutreffend. Dem steht aber doch die Tatsache gegenüber, daß sich ein Land durch seine Auswanderung auch eine eigene Konkurrenz im Ausland schaffen kann und es ist schwer möglich, dabei ohne weiteres zu sagen, welche Tendenz dabei die stärkere ist. Jedenfalls hat der Verfasser gezeigt, daß eine Auswanderung für das Mutterland auch ihre stark positive Seite haben kann.

In vierter verbesserter und stark vermehrter Auflage liegt das bekannte Buch von M a u s b a c h über »Ehe und Kindersegen vom Standpunkt der christlichen Sittenlehre« vor. Nach einer kurzen Einleitung über den Geburtenrückgang werden in zwei großen Abschnitten das Wesen der Ehe und die gewollte Geburtenbeschränkung behandelt. Naturgemäß steht der Verfasser dabei durchaus auf dem Standpunkt der christlichen Ethik. Bei einem solch prinzipiell einheitlichen Ausgangspunkt, er spricht von einer »naturgesetzlichen Ordnung des Eheverkehrs«, ist es dann für den Verfasser leicht, auch all diesen, so verschieden gelagerten Problemen gegenüber zu einer einheitlich geschlossenen Beurteilung zu kommen. Freilich geht dann der Verfasser über die sachlichen Schwierigkeiten des Problems etwas zu leicht hinweg, wenn er z. B. sagt: »Doch heute liegen uns die theoretischen Besorgnisse eines Malthus, die Furcht der Uebervölkerung sehr fern.« Ein solcher Satz scheint mir doch angesichts der heutigen Weltwirtschaftslage recht angreifbar zu sein. Es gibt doch sehr angesehene Schriftsteller nicht nur in Deutschland, die mit guten Gründen vielleicht für manche europäischen Staaten heute eine Uebervölkerung als vorhanden annehmen. Der Verfasser geht auch viel zu wenig auf diejenigen Anschauungen ein, die der seinigen entgegengesetzt sind. Wenn er z. B. sagt, daß heute alle »ernsten Fachmänner, Mediziner, Juristen, Nationalökonom« Gegner der sozialen und bio-

logischen Indikation seien, so braucht man diesen Standpunkt keineswegs zu teilen, um doch zuzugeben, daß sich auch unter den Anhängern dieser Auffassung recht viele angesehene und durchaus ernst zu nehmende Gelehrte vorfinden.

Die umfangreiche Untersuchung von Heymann und Freudenberg stellt sich die wichtige Aufgabe, Morbidität und Mortalität einer zahlreichen, unter ziemlich gleichartigen Bedingungen lebenden, überaus wichtigen Bevölkerungsgruppe darzustellen. Der Untersuchung über diese Verhältnisse bei den Bergleuten im Ruhrbezirk liegt das Material der Statistik des allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum zugrunde. Einleitende Abschnitte beschäftigen sich im allgemeinen mit der Zusammensetzung und den Lebensbedingungen der Belegschaft, während dann die folgenden Abschnitte die einzelnen Krankheiten und Todesursachen in engem Zusammenhang mit den allgemeinen Lebensbedingungen und der beruflichen Tätigkeit der Bergleute behandeln. Zwei Schlußabschnitte stellen dann mehr zusammenfassend vor allem Mortalität und Invalidität als Ganze dar. Es würde über den Rahmen einer solchen Besprechung hinausgehen, die interessanten Ergebnisse genauer zu behandeln. Ganz allgemein aber kann man sagen, daß die Untersuchung eine recht große Lücke ausfüllt. Denn bisher ist in Deutschland im Gegensatz zu zahlreichen anderen Staaten die Statistik von Morbidität und Mortalität recht stiefmütterlich behandelt worden. Beide sind im allgemeinen bei den Bergleuten relativ gering, was in erster Linie auf die starke Auslese bei der Einstellung zurückzuführen ist, während demgegenüber dann gerade in diesem Berufe Unfälle als Todesursache eine ganz besonders große Rolle spielen.

Die hamburgische Statistik hat bereits im Jahre 1918 eine wertvolle Untersuchung über den Bevölkerungswechsel in Hamburg während der Jahre 1914/17 veröffentlicht und dieser Untersuchung schließt sich nun die oben genannte an, in welcher Zahl, Geschlecht, Alter und Familienstand der Bevölkerung unter dem Einfluß des Krieges untersucht werden. Dabei wird die Untersuchung für Hamburg nicht isoliert durchgeführt, sondern in ihren Hauptergebnissen mit den entsprechenden Verhältnissen in Württemberg und in anderen deutschen Gebieten verglichen. Wir haben es hier mit einer sehr gründlichen und wertvollen Leistung zu tun. In ähnlicher Weise wie bereits seit Jahren die Stadt Zürich beginnt nun auch das Statistische Amt der Stadt Bern ein statistisches Handbuch herauszugeben, das in mehrjährigen Zwischenräumen erscheinen soll. In diesem sind auf den aller verschiedensten Gebieten die Hauptergebnisse der bisher dort durchgeführten amtlichen Erhebungen zusammengefaßt. Es handelt sich hierbei um ein wissenschaftlich höchst dankenswertes und auch um ein in vorbildlicher Weise durchgeführtes Unternehmen. Denn die Kommunalstatistik, die es ja nur mit kleineren Gebieten zu tun hat, ist imstande, in einer Weise in die Einzelheiten einzudringen, wie es für ganze Länder kaum möglich ist. Das gilt auch für diejenigen Teile des Jahrbuches, in welchen die Bevölkerungs-

statistik behandelt wird, auf welche im Rahmen dieser Besprechung etwas näher eingegangen werden kann. Hier finden wir zunächst im Rahmen der Darstellung des Bevölkerungsstandes die Volkszählungsergebnisse zum Teil für die ganze Periode von 1850 bis 1920 aneinandergereiht. Das gleiche gilt auch von der Bevölkerungsbewegung, von Ehen, Geburten, Sterbefällen und Wanderungen, für welche freilich die Darstellung zeitlich nicht so weit zurückreicht. Es finden sich hier manche Aufstellungen, die recht tief eindringend wichtige Zusammenhänge beleuchten. Es sei z. B. nur bei den ehelich und unehelich Geborenen auf die Feststellung des Berufes von Vater und Mutter oder bei den Todesfällen auf den Zusammenhang wichtiger Todesursachen mit dem Beruf verwiesen. Ein gutes, alphabetisch geordnetes Sachregister erleichtert den Gebrauch der wertvollen Veröffentlichung.

Die Publikation des Department of Labor über die Ursachen der Kindersterblichkeit beruht auf eingehenden Untersuchungen, welche in acht amerikanischen Städten vorgenommen worden sind. Sie geht sehr in die Einzelheiten und verfolgt deshalb auch Zusammenhänge, welche sonst bei der Frage der Kindersterblichkeit in der Regel vernachlässigt werden. Es sei nur auf den Gesundheitszustand der Mutter, auf deren Alter, auf die Kinderzahl in den betreffenden Familien oder auf den Geburtenintervall in ihrem Zusammenhang mit der Höhe der Kindersterblichkeit verwiesen. Auch auf die ökonomische Lage der betreffenden Familien wird eingehend Bezug genommen. Es gehören hierher, um nur wenig herauszuheben, die Beschäftigung der Mutter während der Schwangerschaft und während der ersten fünf Lebensjahre der Kinder, die Einkommensverhältnisse des Vaters und die Wohnungsverhältnisse. Der Untersuchung haben im ganzen 22 967 Lebend- und 813 Totgeburten zugrunde gelegen. Bei der Mannigfaltigkeit der durchforschten Zusammenhänge kann natürlich an dieser Stelle nicht genauer auf die Ergebnisse eingegangen werden. Wir haben es jedenfalls mit einer äußerst wertvollen Arbeit zu tun, der wir in Deutschland zur Zeit kaum etwas gleichwertiges an die Seite zu stellen haben.

Die kleine Schrift von B a t k i s schildert die neue Sexualgesetzgebung in Rußland, die sich auf der absoluten Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft in die geschlechtlichen Beziehungen, soweit sie niemanden Schaden bringen können und niemandes Interessen verletzen, aufbaut. Wichtig ist hierbei vor allem die ärztliche Untersuchungspflicht vor Eingehung der Ehe und die Tatsache, daß beide Teile die Ehe durch einfache Anzeige bei der Behörde lösen können. Alle ehelichen und unehelichen Kinder haben den Eltern gegenüber die gleichen Rechte. Die Gesetzgebung mischt sich ferner in kein sexuelles Verhältnis solange sich dasselbe zwischen zwei erwachsenen Personen ohne irgendwelche Zwangerscheinungen abspielt. In dieser Gesetzgebung steckt sicherlich manches Gesunde und Nachahmenswerte, wenngleich sich dabei auch wieder sehr vieles findet, das man erst aus seinen Wirkungen heraus beurteilen kann,

wofür aber bis jetzt objektive Feststellungen nur in ganz unzureichendem Maße vorhanden sind. Immerhin hat es doch den Anschein, als ob sich aus dieser neuen russischen Ehegesetzgebung mancherlei recht unerfreuliche Wirkungen ergeben haben ¹⁾).

G. v. M a y r hat die Vollendung der zweiten Auflage seiner Bevölkerungsstatistik nicht mehr erleben dürfen. Die neue Auflage, wie sie jetzt vorliegt, ist stark umgearbeitet, was sich rein äußerlich schon daraus ergibt, daß sie mehr als 300 Seiten gegenüber der ersten angewachsen ist. Der letzte Teil des Werkes, der die Wanderungen, die Bevölkerungsentfaltung und die Abgleichung der Elemente der Bevölkerungsbewegung enthält, ist von Zahn herausgegeben und zum Teil überarbeitet und ergänzt worden. Die Einteilung des Werkes ist im wesentlichen die gleiche geblieben. Zuerst werden der Bevölkerungsstand, sodann die Statistik der Bevölkerungsbewegung behandelt und dem schließt sich als letzter Teil die Abgleichung der Elemente der Bevölkerungsbewegung an. Auch bei diesem Buche kommt, wie auch bei seinen übrigen Werken, des Verfassers großes Geschick in der Systematisierung und Einteilung zum deutlichen Ausdruck. Denn es ist ihm in meisterhafter Weise gelungen, den umfangreichen und vielgestaltigen Stoff übersichtlich einzuteilen und darzustellen. Im einzelnen ist das Werk eine Fundgrube wichtiger bevölkerungsstatistischer Tatsachen, die unter den verschiedensten Gesichtspunkten und den verschiedensten Kombinationen dem Leser vorgeführt werden. Ich kenne auch in der fremdländischen Literatur kein Werk, das in derart eindringender Weise diesen Zusammenhängen nachgeht. Es sei z. B. nur auf die verschiedenen Differenzierungen bei der Betrachtung der Sterblichkeit oder bei den Eheschließungen verwiesen. Man merkt auch dem Buche auf Schritt und Tritt die engen persönlichen Beziehungen an, die der Verfasser mit der praktischen amtlichen Statistik gehabt hat. Denn an zahlreichen Stellen finden sich Hinweise und Bemerkungen, in denen für die Ausgestaltung der amtlichen Bevölkerungsstatistik beachtenswerte Winke und Ratschläge gegeben werden. Es sei nur auf die Darlegungen über die Kindersterblichkeit verwiesen, deren statistische Erfassung ja bei uns trotz einzelner schöner Arbeiten noch ziemlich im argen liegt. Hier betont Mayr, daß man die an dieser Stelle bisher eingeschlagenen Wege verlassen und zu einer Individualisierung der Beobachtungen auf Grund der Verhältnisse bei einzelnen Familien kommen müsse, »wodurch alsdann die Bedeutung der Geburtenzahl und -folge erkannt werden kann«. Es verdient überhaupt hervorgehoben zu werden, daß der Verfasser die Bedeutung der Familienstatistik auch zur Erforschung anderer bevölkerungsstatistischer Zusammenhänge stark hervorhebt. Es ist ja auch bekannt, daß bisher unsere amtliche Statistik diesen Weg nur in recht unzulänglichem Maße beschritten hat.

G. v. Mayr hat in der Bevölkerungsstatistik eine »exakte Bevölkerungslehre« gesehen. Es handelt sich für ihn um die Aufgabe,

¹⁾ Vgl. Frankfurter Zeitung, Die neue Ehegesetzgebung für Sowjet-Rußland. Abendbl. vom 9. Nov. 1925.

zu einer exakten, »d. i. auf Massenbeobachtung in Maß und Zahl gegründeten Erkenntnis des Bestands, der Struktur und des Entwicklungsganges der Bevölkerung, d. i. zur exakten Bevölkerungslehre, die ihrerseits ein Stück der exakten Gesellschaftslehre ist«, zu kommen. In diesem Sinne ist auch das vorliegende Werk folgerichtig aufgebaut. Dabei betont der Verfasser selbst, daß exakte Bevölkerungslehre in diesem Sinne nur ein Teil der Bevölkerungswissenschaft überhaupt sei, zu der noch manche anderen Gebiete gehören, von denen Mayr vor allem die Bevölkerungspolitik sowie all das nennt, »was den Menschenbestand und dessen Werdegang als wirtschaftlich bedeutsam erscheinen läßt«. So wenig sich im allgemeinen wohl grundsätzlich gegen eine solche Gliederung einwenden läßt, so scheint es mir doch bedenklich, die Bevölkerungsstatistik als exakte Bevölkerungslehre so sehr aus dem Bereich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Umwelt herauszunehmen, wie es hier, aber auch in dem gleich unten zu nennenden Buche von Müller geschieht. Wohl sind auch die reinen Tatsachen von Bevölkerungsstand und Bewegung von großer Bedeutung, aber wo man sich zu sehr auf die reine Darstellung derselben beschränkt, da kommt man auch nicht zu einer Erklärung, warum die Entwicklung so und nicht anders gegangen ist und dann fehlt auch der »exakten Bevölkerungslehre« doch ein wesentlicher Bestandteil dessen, worin gerade das Wesen einer »Lehre« besteht, nämlich in einer Erklärung der Erscheinungen, vor allem in kausaler Hinsicht. Mit dieser Abgrenzung hängt es auch zusammen, daß der Schlußabschnitt des Werkes, der doch in gewissem Sinne die einzelnen Teile der Bevölkerungsbewegung und des Bevölkerungswechsels zusammenfassen soll, also recht wichtige Fragen behandelt, ziemlich mager ausgefallen ist. Ich verweise nur auf das, was über die Typen der Bevölkerungsentwicklung gesagt wird. Hierbei ergeben sich noch ganz andere Probleme als die hier behandelten, wenn man von mehr allgemeinen Gesichtspunkten an diese Dinge herangeht. Freilich handelt es sich hierbei um eine verschiedene Einstellung zu den Aufgaben einer Bevölkerungslehre. G. v. Mayr hat den Begriff enger gefaßt als andere es tun, aber er hat auch in diesem Rahmen eine Leistung vollbracht, für welche wir ihm dankbar sein müssen und die noch auf viele Jahre hinaus die Bevölkerungswissenschaft nach allen ihren Seiten hin befruchten wird.

Auch das Buch von M ü l l e r will, wie schon der Titel sagt, nur eine »Deutsche Bevölkerungsstatistik« geben. Es werden nur die Tatsachen von Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung dargestellt, ohne daß genauer auf die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, die dabei als Ursache und Wirkung in Frage kommen, eingegangen wird. Es wird auch auf einen Vergleich mit den entsprechenden Verhältnissen in anderen Ländern verzichtet. Mit Recht hat es der Verfasser unterlassen, in diesem Buche genauer auf das Wesen der Statistik als Wissenschaft und demgemäß auch auf das Wesen und die Aufgaben der Bevölkerungsstatistik einzugehen. Ich möchte das an dieser Stelle auch vermeiden, wenngleich ich erhebliche Be-

denken gegen eine solche Abgrenzung nicht unterdrücken kann, weil in diesem Rahmen die Bevölkerungslehre, als deren Teil man doch die Bevölkerungsstatistik nur betrachten kann, zu stark zurücktritt. Es gilt hier ähnliches, was eben schon bei der Besprechung des Buches von Mayr gesagt worden ist. Das Buch bringt das Tatsachenmaterial in der üblichen Gliederung, Bevölkerungsstand, Bevölkerungsbewegung, um schließlich noch auf die Erkrankungen und einige besondere Bevölkerungsvorgänge einzugehen. Die Fragen des Volkswachstums als Ergebnis der verschiedenen Seiten der Bevölkerungsbewegung hätten wohl eine eingehendere Behandlung verdient, ebenso die inneren Beziehungen, welche zwischen dem Volkswachstum und der Heirats-, Geburten- und Sterbehäufigkeit bestehen. So erhalten wir zwar ein recht übersichtliches und auch anschauliches Bild der Tatsachen, aber gerade bei einem Grundriß für das Studium, als welches sich doch das vorliegende Buch bezeichnet, wäre es zweckmäßig gewesen, in der eben angedeuteten Weise auf die Erklärung und Bedeutung der geschilderten Tatsachen einzugehen. Freilich wäre dann der Verfasser mehr oder weniger zu einer Bevölkerungslehre gekommen, was er ja nicht wollte, aber dann erst hätten die Zahlen und Tabellen Fleisch und Blut und damit für den Studierenden einen tieferen Sinn erhalten. Immerhin wird man gerne zugeben, daß das Buch auch in dieser Gestalt eine wesentliche Lücke ausfüllt.

Das kleine Buch von Bleicher liegt in einer durch neue Zahlenangaben ergänzten zweiten Auflage vor. Auch der erste, statistisch-theoretische Teil hat durch Berücksichtigung der mathematischen Methode eine Ergänzung erfahren. Es handelt sich jedenfalls hier um ein Buch, das zu ersten Einführungen in diese Probleme recht brauchbar ist. Freilich wäre es vielleicht zweckmäßig gewesen, neben der Bevölkerungsstatistik die eigentlich sozial- und wirtschaftsstatistischen Teile, wie die Ergebnisse der Berufszählungen, gesondert und in etwas stärkerem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu behandeln. Gerade der Anfänger könnte dann mehr mit diesen Zahlen anfangen, als es so der Fall ist.

Technisch-wirtschaftliche Literatur von 1925.

Von

WALTER G. WAFFENSCHMIDT.

Innere wie äußere Gründe führen den Techniker aus seinem engeren Fachbereich hinaus, innere Gründe (vom »Stand« aus gesehen), insofern ihm die Stellung eines rein ausführenden Produktionsorganes unwürdig erscheint und er am Aufstieg, an der kulturellen Entwicklung kraft seiner »Sachkenntnisse« mitbestimmend sein will, äußere Gründe, insofern jede Krisis den Anstoß zur Besinnung und mit der Erschütterung des Autoritativen zur selbstwilligen Ordnung und zur Erweiterung des eigenen Aufgabenkreises drängt.

So treibt immer mehr die Technik von sich aus eine Ordnungspolitik der Produktion, die bislang fachlich der Wirtschaft vorbehalten war.

Zunächst wird es demgemäß dem Wirtschaftler schon aus der nun einmal bestehenden standesmäßigen Einstellung wichtig sein, den Gegner kennenzulernen, der in sein Land einbricht, also die Technik als solche.

In der Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft (Berlin, J. Springer) kommt als 51. Band eine Chemische Technologie von Arthur Binz heraus, die in 80 Seiten über das Wesentlichste unterrichtet. Eigentlich ist das Heftchen weniger eine chemische Technologie als vielmehr eine Stoffkunde im weiteren Sinn. Die Stoffe sind das Ordnungsprinzip in ihrer Folge als Kohle, Oele, Erze, Ton, Kalk, Kochsalz, Salpeter, Kali; alsdann folgen die land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffe und ihre chemische Verwendung. Im Stofflichen also liegt der Schwerpunkt der Schrift, nicht etwa in der Suche nach dem soziologischen Sinn der Chemie und der chemischen Technologie; über die neusten wissenschaftlichen Ergebnisse und deren praktische Folgen für die Wirtschaft finden wir überhaupt nichts, höchstens ist ein allerdings sehr guter Artikel über die Strukturchemie und ihre Auswirkung auf die Chemie der Teerprodukte vorhanden. Immerhin, wenn zu der chemischen noch die angekündigte physikalische Technologie in der Enzyklopädie hinzukommt, so wird es der Wirtschaftler wesentlich leichter haben, sich über die wichtig-

sten Grundzüge der Technologie zu unterrichten und damit eines ihrer Gesichter kennenzulernen.

Mit einem andern Belehrungsmittel als dem der Schrift kann man sich in Deutschland wohl besser und ausführlicher über die Technik unterrichten als in jedem andern Land der Welt. Wir meinen das Deutsche Museum in München. In seinem Verlag hat der Verein Deutscher Ingenieure zur Eröffnung des Museumsneubaus einen 364 Seiten starken Band »Das Deutsche Museum« herausgegeben, an dem führende Köpfe der Technik mitgearbeitet haben. In der Geschichte des Museums zeigt C. v. Linde wie die zielbewußte starke Persönlichkeit Oskar von Millers diese wirklich große Tat unter begeisterter und zäher Mitarbeit der deutschen Technik vollbrachte. Nach anderen liefert Kerschensteiner einen Beitrag und zwar über die Bildungsaufgabe des Museums. Dann folgt mit Abbildungen reich geschmückt die Beschreibung der Sammlung. Als überblickende Einführung in die Geschichte und den Bestand von Naturwissenschaft und Technik gibt es kaum ein geeigneteres Werk als das vorliegende auch für den, der nicht nach München reisen kann.

Geschichte ist immer noch ein Stiefkind der Technik. Eine einwandfreie wissenschaftliche Geschichte der Technik gibt es noch nicht. Das liegt an ihrer Zweckeinstellung und ihrem Vorwärtsdrang. Auch hier hat wieder der Verein Deutscher Ingenieure wenigstens ein biographisches Handbuch »Männer der Technik« unter der Leitung von Conrad Matschoß, dem Vorkämpfer für technisch-industrielle Geschichte herausgegeben. Taten, Werke und Leistungen der einigermaßen bekannten Techniker sind recht vollständig enthalten.

In diesem Zusammenhang sei auf einen kleinen, aber glänzend geschriebenen Aufsatz von Franz Schnabel, Die Anfänge des technischen Hochschulwesens in der »Festschrift anlässlich des 100jährigen Bestehens der Technischen Hochschule in Karlsruhe« hingewiesen. Mit Stolz kann bei einem Ueberblick des technischen Fortschritts der Anteil festgestellt werden, den die systematische Ausbildung des staatlichen Lehrapparates an der Entwicklung eines Landes nimmt. Die Motive aus der Renaissance und Aufklärung, weiter die zielhaft politischen im Militärwesen und in der Kameralistik werden fesselnd analysiert.

Im allgemeinen ist nicht nur unsere Zeit durchweg ahistorisch, sondern die Technik ist es besonders. Die drängenden Fortschritte überschatten jede Reflexion. Die Rationalisierung herrscht. Das Empirische ist hierbei geradezu ein entgegenstehender Widerstand. In dieser Richtung kann eine Sammelbesprechung deswegen einen besonderen Sinn haben, weil sie in Kürze die Richtung dieser vernunftmäßigen Gestaltung vor Augen führen kann.

Es wurde schon oben auf die erstrebte Ausweitung der Rationalisierungsidee vom rein Technischen auf das Gesellschaftliche hingewiesen. Die technische Vernunft beschneidet dem biologischen Liberalismus der Produktion mehr und mehr die Federn.

Äußerlich dringt der Anstoß als Differentialproblem, als Frage der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland, insbesondere mit der amerikanischen Technik, an die gewachsenen, natürlichen Wälle der nationalen Produktion. Hierbei ist kennzeichnend, daß dies weniger im Sinn der organisatorischen Maßnahmen in Betrieb und Wirtschaft erfolgt. Kein Wunder, wenn daher die amerikanische Betriebswirtschaft auch im Jahr 1925 sehr beachtet wird. Es hat sich jedoch die Einstellung sichtlich verschoben. Man ist von der Anbetung und dem Uebertritt in die amerikanische Betriebswirtschaftsreligion abgekommen und sieht vom Festland aus wie weit Amerika Reformvorbild sein kann.

Carl Köttgen schreibt im V. D. J.-Verlag über »Das wirtschaftliche Amerika« (192 S. M. 5.—). Durch den Verlag und noch mehr durch seine Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit hat Köttgens Schrift mehr als rein privaten Charakter. Man hat eine Freude daran, zu sehen, wie ein klarer Kopf das für die vernunftmäßige Gestaltung Wesentliche zweier Volkswirtschaften herausgreift. Die Schrift kann als Musterbeispiel der Vorarbeiten dienen, denen sich der wirtschaftlich eingestellte Reisende für die Kenntnis eines fremden Landes unterziehen sollte. Sein Vorteil ist allerdings auch seine Schwäche. Es ist äußerlich vollkommen unproblematisch. Schon das Sprachliche kennzeichnet den Geist. Der Hauptsatz herrscht: das Tatsächliche wird betont, die Kritik größtenteils dem Leser überlassen; kein Wenn und Aber, kein einerseits, andererseits.

Für Ernährung arbeiten in Amerika 29 % der Erwerbstätigen, in Deutschland 43 %. Das Durchschnittseinkommen des Erwerbsfähigen war 1912 in Deutschland 1530 M., in Amerika 1919 dagegen 1600 Dollar. Die Reallöhne sind das 1,7 fache der Deutschen, die Nominallohne das 3 ½ fache. Der Ernteertrag der Fläche ist in Amerika nur 64 % des deutschen, aber auf den Mann gerechnet das 2,5fache. 3,7mal soviel Pferde werden in Amerika pro Mann verwendet als in Deutschland. In Amerika herrscht die 48-Stundenwoche, in Deutschland meint Köttgen, sei sie für 1924/25, wenn Urlaub und Krankheit abgerechnet wird, nicht erreicht. Doppelter Preis der Maschinen gegen 3 ½ fachen Lohn im Vergleich mit Deutschland ist eine genügende Erklärung für die stärkere Kapitalinvestierung, abgesehen davon, daß das Kapital überhaupt da ist. Maschinen, aber auch Untersuchungsinstitute sind dort allorts. Dann folgt die Technik der Normalisierung, Typisierung und Standardisierung, die Kettenläden und dann wichtig die Finanzierung des Konsums, nicht etwa als abscheuliches Kreditierungsübel, sondern als Dienst an der Allgemeinheit, der auch dem Arbeiter gestatten soll, ohne Geld ein Auto anzuschaffen, dessen Abzahlung er aus den Vorteilen hieraus erübrigen soll.

In der offenen und versteckten wirtschaftspolitischen Unternehmereinstellung hat wieder einmal die Entwicklung der Tatsachen mit ihrer Arbeitslosigkeit eine einseitige Belastung des Schuldkontos der Arbeiterschaft korrigiert. Auch im übrigen ist die Schilderung

Köttgens von Amerika nach dieser Richtung korrekturbedürftig (siehe die Untersuchung der Amerikanischen Ingenieurvereine »Waste in Industry« vgl. weltwirtschaftliches Archiv 1925, Heft 1, S. 155).

Erklärlicherweise wird auch die amerikanische Originalliteratur über Rationalisierung als sehr wichtig angesehen. Der dortige Feldzug gegen Verluste, Verschwendung, »Waste« und für vernunftmäßige Gestaltung übt eine starke Wirkung aus. So erscheint bei Springer die zweite Auflage von William Kent, »Warum arbeitet die Fabrik mit Verlust?« Das, was notwendigerweise erfolgen muß, nämlich die Ueberschreitung der technischen Grenzen unter Vorstoß auf das kaufmännisch-wirtschaftliche Gebiet wird hier von dem Amerikaner im internen Betrieb der Privatwirtschaft gezeigt. In einer Einleitung weist der bekannte Fabrikorganisator Gantt darauf hin, wie wichtig es ist, den üblichen faulen Standpunkt zu verlassen, daß nämlich die Werkstatt und nur sie an der rückläufigen Bilanz schuld ist. Dementsprechend will Kent »eine — ich möchte sagen — wissenschaftliche Führung der Verkaufsabteilung, mit deren Hilfe jede in dieser Abteilung ausgegebene Mark stark daraufhin beobachtet wird, daß sie einen entsprechenden Betrag wieder einbringt« (S. 65).

An einem Beispiel wird danach die Sanierung eines Unternehmens im Rahmen des schon Bekannten und Anerkannten geschildert. In geschickter Weise wird der gesunde Menschenverstand eines Arztes zur Kritik herangezogen und die Methoden seiner Diagnose auf die Funktion des Betriebs angewandt. Das gibt dem Heftchen eine leicht verständliche Sprache, die wohl auch seine Beliebtheit erklärt.

Aus Gründen äußeren Erfolgs übt der Fordsche Betrieb eine ebenso große Anziehungskraft aus, wie infolge der geschichtlichen Darstellung des inneren Aufbaues in Fords »Leben und Werk«. Paul Rieppel gibt einen Lichtbildervortrag in Buchform, (»Fordbetriebe und Fordmethoden«, 51 Seiten und 60 Bilder, bei R. Oldenburg, München), heraus, der all die vielen befriedigen wird, die wissen möchten, wie es bei Ford aussieht. Auch hier klingt hinsichtlich der nationalen Wettbewerbsfähigkeit die Nutzenanwendung auf Deutschland aus in dem Satz, der die Plattform schon kennzeichnet: Wir sind in einer Sackgasse, es fehlt an Betriebskapital und die wirtschaftlichen Möglichkeiten sind nur in ganz seltenen Fällen klar erkennbar.

Wenn man meint, daß in Amerika die Besinnung auf den tieferen Zweck der technischen wirtschaftlichen Entwicklung fehlt, so ist das nicht richtig. Schon vor Jahren hat das Buch von Arthur Pound »The iron man« (Der eiserne Mann) in Fachkreisen recht großes Aufsehen auch bei uns erregt. J. M. Witte hat es nun bei R. Oldenburg (München) übersetzt. Pound ist ein besonders begabter Journalist, viel gereist, der warmherzig die Psyche der amerikanischen Maschinenwelt schildert. »Der eiserne Mann« ist die Maschine, der Automat. Gewaltig herrscht er über das Land, zieht bald die Bevölkerung in die Stadt, wirft sie dann wieder hinaus. 200 000 Einwohner verlassen

Detroit innerhalb 6 Monaten. Die Löhne werden nivelliert, weil der Automat von Mann oder Frau, Jung oder Alt, Schwarz oder Weiß gleich gut bedient werden kann.

Die Büromaschine ebnet auch den kaufmännischen Angestellten zum Stehkragenproletariat ein. Die Arbeitsmonotonie wird Massenproblem. Aus Utilitarismus wird Staat wie Gemeinde soziale Hilfsmaßnahmen treffen und Erziehung und Bildung der Geistes- und Gemütswelt Konzessionen machen müssen. »Die Finanz ist ein notwendiges Uebel, die Spekulation ein unnötiges, die Arbeit ist keins von beiden und muß betreut werden.« »Die Völker der Erde erwarten von den Regierungen, daß sie den Gebrauch der Maschine unter moralische Kontrolle stellen.« (In Europa wäre der Gedankengang umgekehrt. Man ethisiert und macht dem Utilitarismus die weitesten Konzessionen). Von der Gegenwirkung gegen Monopolisierung wird die Herrschaft der Maschinenherzöge, der Industriemagnaten, abhängig sein; ihre Psyche wird geschildert und manches Neue zeigt sich.

Wie schon öfters, muß man auch hier die Verwandtschaft dieser amerikanischen, von der Wirtschaftsrationalisierung ausgehenden, ganz und gar nicht theoriegeborenen Forderungen mit sozialistischen Tendenzen feststellen. Das wird auch erkannt und mutig bekannt. Als Korrektur unserer festländischen Denkform ist dieses Buch besonders geeignet.

Nur zwei Bücher aus dem Wald der amerikanischen technisch-wirtschaftlichen Literatur sollen noch erwähnt werden. In den letzten Jahren hatte die Enquete der amerikanischen Ingenieurvereine »Waste in industry« sowohl wegen ihrer kühnen Methode wie auch wegen der verblüffenden Ergebnisse großes Aufsehen erregt. Kein Wunder, daß man ein Werk, das als seine Fortsetzung empfohlen wurde, mit Spannung erwartete: Stuart Chase, »The Tragedy of Waste« Macmillan, New York, 1925, 296 S., M. 15.—). Wenn man Originalmaterial erwartete, so wird man enttäuscht; wenn man die Ergänzung der Wasteenquete, die sich auf die Produktionsseite beschränkt, auf die Verteilungsprobleme erwartete, so wird man zum großen Teil befriedigt. Chase hat mit viel Fleiß die einschlägige Literatur auf das Waste-Problem geprüft und das wesentliche zusammengetragen: Die Verluste in den U.S.A. infolge verschuldeter Krankheit beziffern sich auf den Jahresverlust von 8 Millionen Arbeitskräften, die Verluste an Arbeitsausfall auf 6 Millionen, falsche Produktionsmethoden entsprechen einem Verlust von 4 Millionen, falsche Verteilung einem solchen von 2½ Millionen Arbeitskräften; danach würde etwa die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung durch diese Verluste aufgewogen. Auf die Zusammensetzung dieser Zahlen oder gar die Prüfung der errechneten Verschwendung durch Krieg, Militär, übermäßigen Luxus, Quacksalberei, der Verschwendung von Rohstoffen und Naturkräften, kann nicht eingegangen werden. Sie sind so staunenswert, daß man die kühle Objektivität bezweifelt und den Eindruck bekommt, daß das Thema den Verfasser zu sehr geblendet hat. Er nimmt es seinen Lesern auch nicht übel, wenn sie das dar-

gebotene Material weniger scharf beurteilen; auch dann bleibt »Waste« genug. Chase ist sich der Schwierigkeiten bewußt, die in den Begriffen »Normal«, »Verlust«, »Verschwendung« liegen, über unsere qualvollen Kämpfe zwischen Subjekt und Objekt, jenes dornige Gebiet, das die Grenze der Begriffsbildung umfaßt, jene Welt der Idealtypen und deren Gegensatz, führt ihn sein »gesunder« amerikanischer Menschenverstand empirisch-praktisch hinweg. Auch in wirtschaftsmechanischem Sinn kommt das Produktionsordnungsproblem, das eben in einer Niveauverschiebung liegt, nicht recht zur Geltung, und obwohl Chase auch praktisch negativ endet: »We know no sure way out«, ist die bloße Darstellung und ihre geradezu magische Beleuchtung packend.

Wie eine Antwort auf dies Bekenntnis: »we know not« klingt der Titel des im Sozietätsverlag Frankfurt erschienenen Buches: E d u a r d A. F i l e n e, »Ein Weg aus dem Wirrwarr« (A Business man looks at the world, 261 S. geb. M. 6.—). Wie man sieht, ist der deutsche Titel viel anspruchsvoller als der amerikanische. Warum nur? Brauchen wir wirklich die Peitsche, das Schlagwort? Filene legt ein Bekenntnis des Glaubens ab, daß die Kapital-Wirtschaftsordnung auch im Mechanismus der steigenden Marktsättigung das einzig wirksame System sei, ja daß es in der ständigen Markterweiterung erst zur Erfüllung seiner Dienstverpflichtung gezwungen werde. Unbekümmert um den Verdacht der »radikalen« Gesinnung, unter der er offenbar im ängstlichen Amerika selbst gelitten hat, entwickelt Filene die uns bekannte, aber aus dem Munde eines der größten Warenhausbesitzer ungewohnte These, daß Steigerung des Absatzes die Steigerung der Lebenshaltung, damit die Steigerung der Löhne zur Voraussetzung habe. So erhebt trotz der Motivverschiebung das Kapital den Anspruch, funktionell »sozial« zu sein. Auch das Machtproblem klingt mit: Rechtzeitige Konstitution des Betriebs, solange die politische Macht das ermöglicht. Der Kaufmann ist jetzt noch in Amerika sicher, daß die Entscheidung bei ihm und nicht in der Politik, nicht in Washington liegt. Nicht sicher ist die Entwicklung. Dazu muß Gesinnung wie Erkenntnis der Führer geweckt werden. Nicht die Profite sind die Wurzel des Übels, sondern die Verschwendung; das ist Sache der Erkenntnis; Wille zum Dienst an der Allgemeinheit ist Sache der Gesinnung. Volkswirtschaftliche Produktivität ist also Forderung, dann kommt von selbst die privatwirtschaftliche Rentabilität. Auch Filene, der Kaufmann, der zwischen Technik und Finanz steht, erklärt prophetisch: »weil die Kraft des Ingenieurs bisher nur an den Grenzen unseres Geschäftslebens und unserer Finanz gelebt hat, sehen wir uns heutzutage einer ausgesprochenen Empörung gegen das ganze moderne Geschäftssystem gegenüber.«

Wenn oben darauf hingewiesen wurde, daß die Technik sich auf anderes, wirtschaftliches Gebiet in der Rationalisierung ausdehnt, so findet sie auch noch im eigenen Land einige Oedflächen, an denen gearbeitet werden kann. Dazu gehört das H a n d w e r k. Begrifflich ist der handwerkliche Geist grundsätzlich empirisch, traditionell, ara-

tional. Dem Handwerkslehrling wird seine Frage: warum? beantwortet: »so wird's gemacht, damit basta.« Nun hat der Vorkämpfer für die Umgestaltung dieses Handwerksgeistes Walter Bucerius bei Braun, Karlsruhe, ein kleines Leitbuch für das Handwerk herausgebracht: »Grundlagen der rationellen Betriebsführung.« Die anschaulichen Rechenbeispiele, der schlichte, verständliche Ausdruck, der an dem jahrelangen Umgang mit dem Handwerkerstand geschult ist, macht es auch für den jungen Wirtschaftswissenschaftler zur Einführung besonders geeignet.

Bucerius ist Sachverständiger, Berater und — man darf wohl auch sagen — auf dem technisch-wirtschaftlichen Gebiet geistiger Leiter des Forschungsinstituts für das rationelle Handwerk. Heft 3 der Schriften dieses vorbildlichen Instituts ist der rationellen Betriebsführung im Bäckerhandwerk (Braun, Karlsruhe, 94 S. M. 2.—) gewidmet. Materialprüfung, Brennstoffwirtschaft, Geräte und Maschinen, zweckmäßige Raum- und Betriebsgestaltung usf. bis zur Buchhaltung wird hier am Musterbeispiel gezeigt.

Der Leiter der kaufmännischen Abteilung des Forschungsinstituts Dr. K. Rössle hat die Grundzüge der handwerklichen Selbstkostenberechnung (Braun, Karlsruhe, 228 S.) behandelt. Die Materie ist recht vollständig nach dem neuesten Stand der Ansichten dargestellt. Auch hier tritt gegenüber den üblichen Lehrbüchern der Vorzug der Anschaulichkeit hervor, obwohl die schulhafte Dogmatik noch nicht überwunden ist; so bleibt immerhin zweifelhaft, ob das Niveau des Buches für das Handwerk doch nicht zu hoch ist. Preisbildung und Marktlage, Abhängigkeit zwischen Preis und Absatz ist dem wirtschaftlichen Charakter des Handwerks und der seltenen Marktproduktion entsprechend sehr kurz gekommen.

Die Rationalisierung des Großbetriebes wird in einem ebenfalls in dem sehr rührigen V. D. J.-Verlag erschienenen Buch von Fritz Wolfensberger: »Organisation der Maschinenfabrik« (193 S. geb. M. 10.—) behandelt. Wolfensberger schreibt nüchtern als Praktiker für den Praktiker und den Aktionär. Er ist deswegen besonders beachtenswert, weil er aus der technischen Psyche heraus den Kampf gegen vernunftwidrige Erscheinungen, Mammonismus, Paschawirtschaft und Bürokratie führt. Er ist ehrlich und gerecht auch gegen die Arbeiter. Wie bei Kent, so ist es auch hier wieder die in der Praxis oft beobachtete Erkenntnis, daß der von der Technik zustande gebrachte Gewinn durch die kaufmännische Abteilung aufgezehrt wird, die zur Ausdehnung der Rationalisierung führt. So wird im zweiten Teil die eigene Auffassung über Kalkulation, Buchhaltung und Terminüberwachung an vielen Beispielen und Tafeln gezeigt und veranschaulicht.

Sehr weit in die Wirtschaftssphäre geht A. Schilling in einer sehr beachtenswerten Abhandlung: »Die Lehre vom Wirtschaften« (V. D. J.-Verlag, 297 S. Der Titel ist zwar viel zu weit, denn über die Betriebswirtschaft geht das Buch nicht hinaus). Hier zeigt

sich nun die technische Methodik in einer der Anschaulichkeit vollkommen entgegengesetzten, höchst abstrakten Seite und nicht als quantitatives, sondern als *O r d n u n g s s y s t e m*. Als Systematiker der Lohnmethoden ist Schilling bereits bekannt. Hier geht er nun zur Systematik der Betriebswirtschaft über und ordnet sie nach drei Dimensionen, nach »Stellen«, nach »Verfahren und Erzeugnissen« und nach »Arten«. Man sieht schon an der Eigenwilligkeit der Begriffsbildung einen Mangel an wissenschaftlichem Gemeinsinn, und das ist schade, denn es wird dem vielgeplagten Wirtschaftswissenschaftler nicht einfallen, sich in die Begriffswelt eines Einzelnen hineinzuarbeiten, selbst wenn sie es verdiente. Eine etwas unglückliche geometrische Analogie versucht, die Ordnung nach den genannten Gesichtspunkten im räumlichen Koordinatensystem darzustellen. Soviel ist zu sagen, daß allgemein die Beziehungsetzung, der Standpunkt, von dem der Zusammenhang betrachtet wird, von größter Wichtigkeit ist, und tatsächlich läßt sich auch in der Kostenordnung diese Dreiteilung der Verrechnung aufstellen (nach »Stellen« (Werkstatt, Büro, Löhne), nach »Erzeugnissen« (Auftragsnummer) und nach »Arten« (Einrichtungen, Maschinen, Grundstücken).

Gewiß wird das Buch in der Nationalökonomie abgelehnt oder überhaupt nicht beachtet werden. Es ist jedoch wert, bekannt zu werden, denn auf dieser abstrakten Basis hat die reine Technik auf ihrem Gebiet pädagogisch wichtige Grundlagen für Forschungen und Lehre geschaffen, die typisch festländisch sind und die immerhin die Amerikaner veranlaßt haben, deutsche technische Theoretiker in das Land der Praxis und Empirie hinüberzuholen.

Will man noch etwas genauer erforschen, was eigenartig an dieser technischen Psyche ist, die hier vordringt, so findet man es wohl in dem Drang nach dem Zahlenmäßigen und Funktionellen, also in einer Basis, die an die mathematisch-ökonomische Schule von Cournot Jevons, Walras, erinnert; sie haben auch von mengenhaften realen Wirtschaftsfunktionen geträumt, schwieriger, aber immerhin verwandt mit den technischen Gleichungen. Zunächst beschränkt dieses Vorgehen sich auf das privatwirtschaftliche Gebiet und hier tummelt sich der Techniker mit seiner methodischen Apparatur kühn umher. Er weiß zwar oder sollte es wissen, daß das Land ein anderes ist als sein eigenes, aber er nimmt sich seine Kühnheit aus dem Mangel in der bestehenden Ordnung und aus der Rechtfertigung, die der Erfolg gibt. Alle Hinweise auf die unquantitative Sphäre des Gesinnungsmäßigen, Willengeborenen, Irrationalen, prallen an dem Hinweis auf die wirkliche Regelmäßigkeit großer Zahlenreihen ab, und tatsächlich ist auch z. B. die Preisabsatzentwicklung bei Ford unglaublich stetig.

Ueberblickt man so die Literatur dieses Faches, so wird man zugeben, daß ein lebhaft strömender Geist vorhanden ist, der uns zu freundlichen Hoffnungen berechtigt, wenngleich einige Wildheit in seinen Äußerungen da und dort abschreckt.

Hendrik de Man: Psychologie des Sozialismus*).

Von

THEODOR HAUBACH.

Die ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Marxismus will nicht nachlassen, obwohl sie nicht gerade allzu häufig ist. Nur von Zeit zu Zeit kommt zwischen marxistischer Kritik und Antikritik so etwas wie ein ernsthaftes Gefecht zustande. Das wissenschaftliche und auch politische Ringen für oder gegen den Gehalt des marxistischen Systems gleicht im ganzen mehr einem mühseligen Minenkrieg unter der Erde, als einer offenen Schlacht und gar zu oft springen Minen und Gegenminen ins Leere und sprengen Stellungen, die gar nicht mehr besetzt sind.

Infolgedessen haben Bücher, die mit der Absicht auf Widerlegung oder gar Ueberwindung des Marxismus geschrieben sind, häufig ein merkwürdiges Schicksal. Ein Teil der Kritik betont emphatisch, daß der so lang erwartete Stoß in das Herz des Marxismus diesmal wirklich geglückt sei, und ein anderer Teil der Kritik versichert ebenso emphatisch, daß der Marxismus so unberührt und lebendig wie nur je sei. Der Marxismus ist tot — sagen die einen — der Marxismus lebt, sagen die anderen. Ist das wirklich die Alternative, die es heute zu entscheiden gilt?

Wenn der Marxismus bereits tot wäre oder demnächst verschwinden sollte, so würde er gewiß nicht an dem Keulenschlag eines wissenschaftlichen oder politischen Schriftstellers zugrunde gehen. Noch nie in der Welt der geistigen Kämpfe ist ein Werk wirklich geistigen Gehalts durch eine noch so vernichtende Kritik »erledigt« worden. Zwischen einem Werk und dem ihm gelieferten kritischen Kampf besteht eine merkwürdige Beziehung: nichts konserviert das Leben einer geistigen Leistung besser, als der erbitterte Angriff. Viel eher kann ein Werk an den monomanischen und schläfrigen Lobhudeleien seiner Anbeter zugrunde gehen. Was nur gelobt und nicht mehr verstanden und kritisch durchdrungen wird, wird leicht vergessen. Und Vergessenheit ist der einzige

*) Eugen Dieterichs Verlag, Jena.

Tod, der hier in Frage kommt. Wenn man aber sagt, daß der Marxismus noch lebe, dann kann man nicht sagen, daß er noch »unberührt« sei. Nichts Lebendiges bleibt unberührt. Jedes Werk, das Schule gemacht hat, wird eines Tages von einer anderen »Schule« aufgenommen und in ihre eigene Auffassung hineingedeutet werden müssen. So würde es wohl verwandelt, aber lebendig bleiben und nur so!

Sieht man sich unter diesen Gesichtspunkten das Schicksal des Marxismus an, so steht es nicht sehr gut mit ihm. Viel gefährlicher als seine erbitterten, ungerechten und auch törichten Feinde sind ihm seine eigenen Freunde geworden, die ihn mit entsetzlichen theoretischen Rodomontaden und talmudischen Haarspaltereien fast zur Geheimwissenschaft einer Sekte herabgewürdigt haben. Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß in dem sogenannten Austromarxismus bedeutende Köpfe, wie Otto Bauer, Hilferding, Renner und Max Adler, der Marxdiskussion Bedeutung gewahrt haben. Und dennoch wird man auch dieser Gruppe kaum Unrecht tun, wenn man die geistige Wirkung ihrer Arbeit nur als beschränkt ansieht. Auf kommunistischer Seite wird man nur in einem einzigen Werk, dem von Lukacz, eine geistig positive Weiterbildung marxistischer Gedankengänge entdecken können. Im ganzen sind nach Hilferdings »Finanzkapital« und Rosa Luxemburgs »Akkumulation« kaum noch Werke geliefert worden, die eine wirklich entscheidende Weiterentwicklung Marxscher Gedankengänge enthalten. Dagegen hat sich in einem Teil der Arbeiterbewegung ein höchst korruptierter Niederschlag an Marxschen Floskeln und mehr und weniger mißdeuteten Vorstellungen erhalten, der nachgerade zu einer ernsten Gefahr für die Aktivität und zielstrebige Beweglichkeit der Bewegung geworden ist. Angeklammert an Redensarten und unsinnig naive Behauptungen hat sich unter dem Vorgeben, die Hütung der revolutionären Flamme übernehmen zu müssen, die Bildung eines richtiggehenden reaktionären Flügels vollzogen, der auch nach außen hin (ohne zu lachen) »die alte Arbeiterbewegung von ehemals« als sein Ideal und rückwärts gelegenes Ziel ausgibt.

Ansichts solcher Lage wird man gern nach einem Buch greifen, das auf der Bauchbinde die beherzte Versicherung des Verlags trägt, daß die endgültige Ueberwindung des Marxismus nunmehr endgültig eingeleitet sei. Der Verfasser Hendrik de Man selbst nennt sein Werk wesentlich zurückhaltender »Psychologie des Sozialismus«. Das ist eine programmatische Erklärung: die Gesellschaftswissenschaft überhaupt und nicht nur die marxistische soll ihres fundamentalen Platzes in der Lehre des Sozialismus enthoben und durch eine Psychologie, die Gefühls- und vor allen Dingen Willenslehre sein soll, ersetzt werden. Psychologie anstelle von Soziologie wäre also die Lösung!

Der Verfasser verwendet große Mühe darauf, die Unverwendbarkeit alles dessen, was er in einer bedauerlichen Erweiterung des Begriffs als »Rationalismus« bezeichnet, für eine sozialistische Lehre darzutun. »Rationalistisch« ist für ihn der gesamte Marxismus, somit auch (welcher Kurzschuß!) mechanistisch und alles, was er der primi-

tiven Versammlungsideologie, die er vorwiegend angreift, vorzuwerfen hat, ist eben jener »Rationalismus« und »Mechanismus«. Hierbei erweist sich, daß das Verfahren des Autors zu ernsthaften Schwierigkeiten führt. Er will zunächst mit seiner harten Kritik am Marxismus gar nicht das Werk von Karl Marx treffen, als vielmehr das, was in einem Teil der Massen als Glaube oder auch nur geistige Gewohnheit lebt. »Um Marxkritik ist es mir nicht zu tun. Auch da nicht, wo ich etwa marxistische Ansichten, die ich bekämpfe, an Marxzitaten illustriere. Mit dem Marxismus, nicht mit Marx setze ich mich auseinander« (S. 5). Und positiv gewendet, bestimmt de Man den Gegenstand seines streitbaren Buches wie folgt: »Marxismus nenne ich das, was von Marx in der Arbeiterbewegung lebendig ist: die gefühlsmäßigen Wirkungen, die sozialen Willensvorstellungen, die Aktionsmethoden, die Grundsätze und Programme, die auf die Wirkung seiner Lehren zurückzuführen sind« (S. 5).

Er vermeidet also die direkte Auseinandersetzung mit Marx und glaubt mit einer Polemik gegen das, was sich so Marxismus nennt, auskommen zu können. Dieses Verfahren endet, wie man sich leicht denken kann, wissenschaftlich ergebnislos. Dieser Massen- und Versammlungsmarxismus, den de Man bekämpft, ist durch wissenschaftliche Polemik schlecht zu treffen, auch könnte man ihn nach längerer Frist nur dann erschüttern, wenn die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Marx eine durchgreifende Korrektur gewisser grundlegender Positionen erbrächte. De Man benutzt nun gegen den Marxismus Waffen, die kaum geeignet sein dürften: die Waffen des Psychologismus, so wie sie ein Wundt, ein Bergson, ein McCulloch geschaffen haben. De Man verfährt nach psychologischer Methode ganz konsequent: er benutzt das Psychologische einmal polemisch, indem er die von ihm bekämpften Meinungen psychologisch »entlarvt«. Er relativiert die von ihm angegriffenen Sätze, bezieht sie auf ihren psychologischen Ort, oder zeigt auch gelegentlich, daß sie gar keinen solchen Ort haben. Zum andern aber soll der Psychologismus dazu helfen, durch eine Analyse der Seelenzustände, Triebe und Motive der Gesellschaftsmitglieder und -gruppen eine neue sozialistische Grundlehre zu schaffen. De Man geht in diesem Zusammenhang wesentlich über sein Programm hinaus, das ja nur Auseinandersetzung mit dem Marxismus, aber nicht mit Marx vorsah, und greift die gesamten erkenntnistheoretischen Voraussetzungen der bisherigen Gesellschaftswissenschaft an. Er entwickelt an zahlreichen Stellen eine lebhafte Polemik gegen Mechanismus, Kausalismus und Determinismus. Für ihn ist das alles ziemlich unterschiedslos »Rationalismus«, auch die idealistische Philosophie, was gewiß eine schlimme Aufweichung eines philosophiegeschichtlich ganz präzisen Begriffs ist. Die selbstverständliche Folge ist dann die Verwicklung in allerlei relativistische Widersprüche, die sich aus der grundsätzlichen Verwechslung von realem seelischem Vorgang und transzendental zu fassendem Sinn ergeben. Ein besonders starkes Hindernis für eine fruchtbare Auseinandersetzung

mit den sozialistischen Theoretikern und besonders mit Marx scheint uns aber sein mangelndes Verständnis für Hegel zu sein, ohne das man kaum einen Zugang zum marxistischen System findet. Kennzeichnend für de Man ist, wie er sich an einer Stelle (S. 475) der Kirkegaardschen Polemik gegen Hegel anschließt, einer Polemik, die so tiefgründig ist, daß sich leicht von ihr aus ein Zugang zu Hegel und seiner Schule erarbeiten ließe, wenn man die bloß polemische Seite dieses Satzes überwände.

Man muß also sagen, daß de Man mit seiner wissenschaftlichen Offensive kein Glück gehabt hat, soweit sie gegen die erkenntnis-kritischen Grundlagen der marxistischen Gesellschaftswissenschaft gerichtet war. Aber man darf ja nicht vergessen, daß das eigentliche Angriffsziel des Verfassers nicht so sehr die marxistische Wissenschaft, als der »bei den Arbeitern lebendige Marxismus« ist — wenn man es häufig doch vergißt, so trägt da wohl schließlich die Unmöglichkeit einer sauberen Trennung von Marx und Marxismus die Schuld daran. Auch scheint uns, daß de Man sein eignes Programm häufig nicht scharf genug innehält. Wo aber seine eigentliche Absicht zu ihrem Recht kommt, da gelingen wirklich gut geführte und erfolgreiche Schläge. Aeußerst begrüßenswert und sehr glücklich sind seine Auseinandersetzungen mit dem vieldeutigen und oft recht mystisch anmutenden Begriff des »Klasseninteresses«, der ja im Vulgärmarxismus und der epigonalen Marxliteratur eine enorme Rolle spielt (S. 98 ff.). Vorzüglich geraten sind de Mans Angriffe auf jenen ebenso üblichen, wie drolligen Begriffsrealismus, wie er in der spät-marxistischen Literatur immer häufiger auftritt. Besonders jene nur allzu beliebten Unterstellungen einer bewußten Klassenkampfstrategie (z. B. die Bourgeoisie habe den Weltkrieg gewollt, um das Proletariat besser unterdrücken zu können!) haben es ihm angetan, die typisch sind für die Verwechslung einer soziologischen Hilfskonstruktion (Kausalzusammenhang) mit realen Bewußtseinsmotiven (S. 96 ff.). Auch der Begriff der Klasse, der ja hegelisch gesprochen eher eine Vorstellung als ein Begriff genannt zu werden verdient, und dessen Uebersteigerung zu einem bewußt denkenden und bewußt handelnden Lebewesen, werden in diesem Zusammenhang einer treffenden und nützlichen Kritik unterworfen. Sehr bemerkenswert sind die Ausführungen de Mans über jene plumpen unheilvollen Spielereien des Vulgärmarxismus, die eine Strukturgegensätzlichkeit historischer Epochen (Feudalismus — Kapitalismus z. B.) in einen kategorischen Gegensatz begrifflicher Art umwandeln (S. 82 ff.). Die so entstehenden Antithesen (z. B. auch Kapitalismus — Sozialismus), die der Versammlungsmarxismus in gründlicher Verkennung der Eigenarten von soziologischen und historischen Begriffsbildungen in tagespolitische Gegensätze umgedacht hat, haben ja bei der politischen Schulung der Massen so verhängnisvoll gewirkt, daß die häufig grimmige Kritik des Autors nur begrüßt werden kann. Das Absinken der von der Marxschen Soziologie gefundenen Begriffe auf die Stufe einer rohen Schlagwort-symbolik (siehe u. a. S. 12) wird treffend gekennzeichnet.

Ein Glanzstück sind die soziologischen und psychologischen Untersuchungen über die Rolle des »Intellektuellen« in Gesellschaft, Politik und Partei (S. 286 ff.).

Die Höhepunkte des de Manschen Buches aber liegen in seinen Darstellungen über die Praxis der Arbeiterbewegung. Hier sind seine Schilderungen von wundervoller Eindringlichkeit und freudiger Lebensnähe. Da fehlt — Gott sei Dank — der in der sozialistischen Literatur recht häufige Ton mühseliger Ironie, fehlt das gallige und betrübte Moralisieren. Die Schreibweise ist überall heiter und bestimmt, beredt und spannend. Nimmt man all dieses zusammen, so werden einem auch die theoretischen Mängel des Buches verständlich und man kann sie richtig einschätzen: hier hat ein Autor gearbeitet, der dann am schärfsten denkt, wenn er am schärfsten sieht. Der Schwerpunkt des de Man'schen Werkes ist das lebendig Gesehene, nicht das theoretisch Gedachte. Wo psychologistisch-theoretisch verfahren wird, muß man häufig scharf widersprechen und gewisse relativistische und auch resignierte Konsequenzen, die da und dort gezogen werden, mögen den Theoretiker und auch den überzeugten Sozialisten verstimmen. Und dennoch wird man nach diesem Buch greifen müssen, das trotz aller Einwände, die nun einmal gemacht werden müssen, durch den hellen sicheren Gegenwartsblick, durch die freudige Direktheit und praktische Entschlossenheit erfreut.

LITERATUR-ANZEIGER.

Inhaltsübersicht: 1. Enzyklopädien, Sammelwerke, Lehrbücher S. 259; 2. Sozial- und Rechtsphilosophie S. 259; 3. Soziologie, Sozialpsychologie, Rassenfrage S. 265; 4. Sozialismus S. 270; 5. Sozialökonomische Theorie und Dogmengeschichte S. 272; 6. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie S. 273; 7. Bevölkerungswesen S. 275; 8. Statistik S. 275; 9. Soziale Zustandsschilderungen S. 275; 10. Agrarwesen, Landarbeiterfrage S. 275; 11. Gewerbliche Technik und Gewerbepolitik S. 276; 12. Kartellwesen, Unternehmerorganisation S. 277; 13. Gewerbliche Arbeiterfrage, Arbeitsmarkt S. 277; 14. Arbeiterschutz S. 278; 15. Versicherungswesen (bes. Arbeiterversicherung) S. 278; 16. Gewerkevereine und Tarifwesen S. 278; 17. Allgemeine Sozialpolitik und Mittelstandsfrage S. 278; 18. Privatbeamten- und Gehilfenfrage S. 280; 19. Handel und Verkehr S. 280; 20. Privatwirtschaftslehre (Handelswissenschaft) S. 280; 21. Handels- und Kolonialpolitik S. 280; 22. Geld-, Bank- und Börsenwesen S. 280; 23. Genossenschaftswesen S. 280; 24. Finanz- und Steuerwesen S. 284; 25. Städtewesen und Kommunalpolitik S. 284; 26. Wohnungsfrage S. 284; 27. Unterrichts- und Bildungswesen S. 284; 28. Jugendfürsorge, Armenwesen und Wohlfahrtspflege S. 285; 29. Kriminologie; Strafrecht S. 285; 30. Soziale Hygiene S. 287; 31. Frauenfrage, Sexualethik S. 287; 32. Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht S. 288; 33. Gewerbe-, Vereins- und Privatrecht S. 288; 34. Politik S. 288.

1. Enzyklopädien, Sammelwerke, Lehrbücher.

2. Sozial- und Rechtsphilosophie.

Scheler, Max: Nation und Weltanschauung. Leipzig, Der neue Geist Verlag, 1923. 174 S.

Max Scheler will in diesem Buch, das den 2. Band seiner Schriften zur Soziologie und Weltanschauungslehre bildet, die individuellen Nationalideologien einiger Hauptnationen charakterisieren. Zunächst werden die verschiedenen Auffassungen der Idee der Nation selbst erörtert. Die Deutschen stellen sich die Nation praktisch im Dienste des Staates, nicht über ihn herrschend vor, wie die Franzosen. Gerade die französische Nation ist aber in ganz besonderem Maße Staatswerk, ein Produkt des französischen absoluten Staates der Vergangenheit. Während dem Franzosen das Ideal der zentralisierten Staatsmoral und Staatskultur vorschwebt, ist dem germanischen Staatsbegriff nichts fremder als dem Staate eine die Gewissen leitende und

eine kulturschöpferische oder auch nur kulturregelnde Rolle zu geben(?). Als schweren Widerspruch wirft Scheler es Boutroux vor, daß er die Nation einerseits als eine moralische Gesamtperson definiere, andererseits den gemeinsamen bewußten Willen der Bürger zur politischen Gemeinschaft als grundlegend erkläre. Die Einheit einer Person könne nicht auf dem freien bewußten Willen ihrer Teile beruhen. (Warum nicht? Wie verhält es sich mit einer Kirche oder einer Partei?) Die deutsche Nationalidee sei in der Tat eine völlig andere. Den Deutschen sei Nation eine geistige Gesamtperson, eine nicht willkürliche, moralische und geistige Solidarität aller Glieder, nämlich der Familien, Stämme, Völker. — Wogegen also Scheler ankämpft, ist erstens die Gründung der Nation auf den Zugehörigkeitswillen, ihre Auffassung als »ständiges Plebiszit« (Renan) und zweitens die Politisierung des Nationalbegriffes. Boutroux habe zwar recht, daß historische Rechte, Rassenzusammensetzung u. dgl. nicht als Kriterien der nationalen Zugehörigkeit verwendet werden dürfen, sondern nur Gegenwartserlebnisse. Aber es gebe doch gewisse objektive, unbewußte Kriterien der Zugehörigkeit, Auswirkungen eines bestimmten nationalen Geistes, nämlich das Territorium als Schauplatz sichtbarer, fühlbarer, also sehr wohl gegenwärtig erlebbarer Formen nationaler Arbeit, Gebäude, wie das Straßburger Münster, lebendige, objektive, sichtbare Traditionen in Sitten, Bräuchen, Trachten, Formen der Bewirtschaftung, schließlich auch die Sprache soweit sie mit einem eigentümlichen, der originalen Fortbildung fähigen Bildungsgeist in die Erscheinung tritt, also nicht jeder Sprachinseln ohne Kulturwert.

Der Begriff der Nation stellt sich somit dem Verfasser als ein rein kultureller dar. Diese Auffassung ist ja heute sogar recht verbreitet und es werden hie und da nicht unbedenkliche Folgerungen daraus gezogen. So lieben es die Italiener ihre mehr als zweifelhaften Ansprüche auf deutsches oder slavisches Gebiet damit zu begründen, daß die lokalen Kulturdenkmäler oder Ortsnamen römischen oder venezianischen Ursprungs seien. Vielleicht könnte es auch den Franzosen einfallen, nicht bloß das Straßburger Münster, sondern jedes gotische Bauwerk für ihre Expansionsansprüche zu verwerten, da ja die Gotik zweifellos aus Frankreich stammt. Schelers Leugnung, daß Plebiszite die nationale Zugehörigkeit feststellen können, entspricht jedenfalls dem Standpunkt der Friedensverträge, die den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verbieten, was von den Verteidigern dieses Verbotes stets auch damit begründet wird, die Oesterreicher hätten ja eine ganz andere Kultur, als die Deutschen.

Alle Versuche, die Nation als Kultureinheit zu definieren, müssen überhaupt fehlschlagen. Was sind es denn für Traditionen, Sitten, Bräuche, Trachten, Arbeitsformen usw., die im Volke wirklich lebendig sind, worauf ja Scheler den Hauptwert legt? Gibt es denn allgemein deutsche Trachten oder Bauweisen? Gewiß nicht, sondern nur solche lokaler Geltung. Die erdverwurzelte Tradition kann also höchstens zur Definition des Stammes herangezogen werden, nicht zur Feststellung, was Nation ist. Ähnlich wie Scheler, faßt auch Othmar Spann die Nation als Kulturgemeinschaft auf, aber nicht als Träger von Trachten, Sitten u. dgl., sondern als Uebereinstimmung in Philosophie, Moral, Kunst, Wissenschaft. Da aber Spann andererseits die Kulturfähigkeit innerhalb der Nation als sehr verschieden und in

bezug auf die große Masse sehr gering anschlägt, so kommt er ganz konsequent dazu, Nation als Gradbegriff hinzustellen, d. h. es gibt 100proz. Deutsche, 20proz., 1proz. usw. Nach Spannscher Auffassung bilden wohl nur die wenigen Deutschen, die wirklich von deutscher Kultur im höchsten Sinn ganz durchdrungen sind, die eigentliche Nation. — Kurz, alle derartigen Versuche führen in die Irre. Schließlich kann m. E. die Nation schon deshalb nicht als Träger einer bestimmten Kultur definiert werden, weil Kultur im höheren Sinne etwas vorwiegend Uebernationales ist.

Im wesentlichen scheint mir also die französische Auffassung zuzutreffen, die den Zusammengehörigkeitswillen als die Grundlage der Nation annimmt. Nur muß, schon um die Nation von anderen Gemeinschaften zu scheiden, der Wille zu umfassender, dauernder, geschichtlicher Lebensgemeinschaft betont werden, der überdies, worin Scheler recht hat, nicht durch einfachen Entschluß einer beliebigen Menschenmenge erzeugt wird, sondern durch historische Bindungen wechselnder Art, insbesondere Sprache, Staat, Religion, Wirtschaft, Traditionen gefestigt sein muß.

Hierauf sucht Scheler die Selbstauffassung einiger Nationen zu kennzeichnen, insbesondere im Verhältnis zur Menschheit. Zusammenfassend kann man sagen, daß sich der Nationalismus überall in das Gewand des Weltbefreiers und Weltbeglückers kleidet. Bei den Deutschen findet Scheler die Missionsvorstellung am wenigsten entwickelt, insbesondere soll ihnen die englische Auserwählungs-idee völlig fremd sein. Anscheinend hat er von der alldeutschen Gedankenwelt, und der in Deutschland stärker als irgendwo gepflegten Rassenideologie noch nichts gehört. Uebrigens betont er selbst, daß Deutschland nicht an die Gleichheit und Rationalisierbarkeit der Nationen glaube, wie Frankreich. Die Besonderheit drücke sich mehr in den Methoden des Erkennens, als in den Resultaten aus. Jedes Kulturvolk sei für bestimmte Aufgaben besser geeignet als die anderen. Eine bewußt nationale Philosophie wäre aber ein Unding und würde gerade zur Verwischung der Eigenart führen, wie denn die Nationalisten bei allen Nationen ungefähr dieselben Phrasen im Munde führen und so die Welt erheblich an Gleichförmigkeit vermehren.

Als Besonderheiten des deutschen Denkens werden vor allem die aus der Entwicklung mystischer und romantischer Ideen bekannten Züge ausgeführt. Im Gegensatz hiezu wird die Bestimmtheit des französischen Geistes durch Gesellschaft und Staat dargestellt, wobei Descartes als der große Typus des gallischen Genius erscheint. Soziologisch hängt die Verschiedenheit damit zusammen, daß die Philosophie in Frankreich mehr vom Adel, Weltleuten, Naturforschern und Mathematikern getragen wurde, als in Deutschland, wo der Protestantismus hauptsächlich die Theologen zum Philosophieren verlockte. Der französische Verstandeszentrismus kennt andererseits keine Freiheit und Vielfältigkeit des geistigen Individuums. Der französische Freiheitsdrang führt daher immer wieder zur Knechtung. Daher das Schwanken zwischen politischen Extremen, zwischen Revolution und Reaktion. (Dieser alte Gemeinplatz scheint mir aber derzeit eher auf die deutsche Politik zu passen als auf die französische.) Schon hier bemerkt übrigens der Autor, daß der Descartismus bis heute die Grundlage der Weltauffassung des Durchschnitts der wissenschaftlich Gebildeten Europas ist. Somit wird anerkannt, daß eine

ursprünglich nationale Kulturform zu einer international herrschenden werden kann. Kann man dann aber den entgegengesetzten mystisch-romantischen Typus wirklich noch als Ausdruck des deutschen Nationalgeistes hinstellen? Der Nationalgeist muß doch wohl mit der Weltauffassung des Durchschnitts der höher Gebildeten zusammenfallen, die Scheler soeben mit der französischen Nationalideologie übereinstimmend zu finden glaubte. — Der Descartismus zeige sich nun auf allen Gebieten des französischen Geistes, in der Gartenkunst, wie in der Mode, der Physik, wie der Sozialwissenschaft, vor allem aber in der Politik. Auswirkungen sind die Ueberschätzung des Prestiges, der Haß gegen fremden Aufstieg, die Revancheidee und die Angstneurose gegenüber Deutschland. —

So wenig nun das Bild des französischen Geistes auf Originalität Anspruch machen kann, so zeichnet es sich doch durch sehr geistvolle, farbige Ausführung aus. Manches ist wohl richtig gesehen und entspricht der in Frankreich selbst herrschenden Auffassung der eigenen Besonderheit. Daneben aber finden sich höchst brüchige Stellen und sehr zweifelhafte Behauptungen. So sucht Scheler eingehend (S. 53 bis 58) zu beweisen, daß nicht der französische Nationalismus deutschfeindlich und kriegshetzerisch gewesen sei, sondern die französische Demokratie, die das nichtparlamentarische, halbautokratische System Deutschlands hatte. Dagegen habe der jungfranzösische Nationalismus für den deutschen Kaiser die lebhaftesten Sympathien gehabt und ein tieferes Verständnis auch des deutschen Militarismus, ja des ganzen deutschen Wesens erwarten lassen. Hier, wie in einem späteren eigenen Kapitel, preist Scheler den »Gesinnungsmilitarismus«, den er vor allem im deutschen Heer, sodann bei den französischen Nationalisten findet. Dieser »Gesinnungsmilitarismus« betrachtet Heer und Krieg als Erziehung zu Heroismus, Aufopferung, Ehre, Ritterlichkeit, Pflichtgefühl, Disziplin, Sachlichkeit; während der »Zweckmilitarismus« verbürgerlichter kaufmännischer Völker das Heer nur als Werkzeug der Abwehr oder der Eroberung auffaßt. Der »Gesinnungsmilitarismus« verachtet eine solche utilitarische Auffassung. Er kann sich mit größter politischer Friedfertigkeit zusammenfinden und ist das gerade Gegenteil eines Militarismus des Eroberungsdranges (S. 126). Immerhin gibt Scheler zu, daß auch der »Gesinnungsmilitarismus« Annexionen nicht unbedingt ablehnt. Aber er haßt die Gegner nicht und behandelt sie ritterlich. Für den Haß und die Grausamkeit des letzten Krieges macht Scheler die Pazifisten verantwortlich (S. 237 ff.)! »Ein Krieg zwischen Pazifisten — er wäre der Idee nach der unritterlichste, furchtbarste, der haßerfüllteste und grausamste Krieg, der sich denken läßt.« »Der Pazifismus erklärt den Krieg als Massenmord: in der Tat — er wird es, wo die pazifistische Gesinnung vorwiegend wird.« Für die Tötung von Gefangenen, meuchlerisches Töten usw. ist die pazifisch-individualistische Gesinnung verantwortlich, wie überhaupt für die Steigerung des Völkerhasses (S. 139, 143). »Wer jahrzehntelang den Krieg als ‚Massenmord‘ beschimpfte, der wundere sich nicht, daß der darnach kommende Krieg diesen Charakter da und dort faktisch annahm.« Gerade der lange Frieden hat die furchtbare Haßmenge sich ansammeln lassen. »Der Krieg selbst aber ist es, der diese Mengen giftigen Hasses — zur wohlthätigen Ableitung und dadurch relativ zum Verschwinden bringt.« (Das sehen wir heute!)

Die Grundansicht des Verfassers ist doch wohl, daß die Zusammenstöße der Völker aus großen weltanschaulichen Gegensätzen hervorgehen, obwohl er an anderen Stellen wieder die wirtschaftlichen Interessen (natürlich nur bei unseren Feinden) als Ursachen heranzieht. Wie aber reimt sich dies mit seinen (im Text noch näher ausgeführten) Behauptungen: »Versteht man unter ‚deutsch denken‘ soviel wie denken im Geiste unserer großen philosophischen Tradition, unter englisch und französisch denken aber dasselbe für die großen Traditionen dieser Länder, so gibt es nicht nur eine, sondern gar viele Erscheinungen, die zeigen, daß man vor dem Kriege gerade in der geistigen Jugend der Ententeländer England und Frankreich mehr deutsch gedacht hat, als englisch und französisch, in Deutschland aber mehr englisch und französisch, als deutsch. — Obgleich unsere deutsche Denkweise im Sinne der Tradition anti-positivistisch und anti-utilitaristisch ist, trug unsere Wissenschaft vor dem Kriege einen weit stärkeren positivistischen und utilitarischen Charakter als die Wissenschaft in den Heimatländern dieser Denkweise.« Die Belege Schelers für diese Behauptung sind übrigens beachtenswert. — Da müssen wir aber Scheler fragen, ob man denn, wenn es sich so verhält, überhaupt noch von einem Nationalgeist als dauernder Lebensmacht sprechen können. Da hätten doch die Franzosen den deutschen Nationalgeist und die Deutschen den französischen? Auch sonst hat man bei allem Geistgefunkel Schelers doch oft den Eindruck: Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht!

Dasselbe Gewebe von ein wenig Wahrheit und viel Dichtung erkennen wir auch in der Schilderung, die Scheler von der deutschen Demokratie gibt. Manches gehört zu dem ältesten Bestand der anti-demokratischen Propaganda, so die angebliche fundamentale politische Unbegabung der Deutschen. Der sog. Obrigkeitsstaat wurde dem deutschen Volk nicht ausschließlich durch einzelne historische Fügungen aufgezwungen, es ist das System, in dem Deutschland regiert werden will. Scheler hält es daher für wünschenswert, dieses national bestimmte Wesen beizubehalten und sich noch unpolitischere Ziele zu setzen, statt Kraft auf eine Aufgabe zu verschwenden, für die offensichtlich die Anlage fehle. Der unpolitische Charakter der deutschen Demokratie ist ihm »einer der edelsten Vorzüge des deutschen Geistes«. Es entspreche durchaus den »tiefsten Intentionen des deutschen Geistes und Ethos«, die politische Freiheit hinter dem hohen Gut der geistigen Freiheit und auch hinter der ökonomischen Gleichheit zurückzustellen. Bei den Engländern scheint dem Verfasser freilich die Voranstellung ökonomischer Interessen eher das Gegenteil von »edel« zu sein; aber die Engländer tun offenbar dasselbe aus Geringschätzung des Geistes, was die Deutschen aus Hochschätzung des Geistes tun.

Die Behandlung der Engländer erinnert überhaupt oft an gewisse vor einigen Jahrzehnten beliebte Operetten und Witzblätter, in denen der Engländer prinzipiell mit langem Backenbart, hohem Zylinder und großkarierten Hosen auftrat. So sagt ihnen Scheler u. a. wiederholt einen Mangel an Sinn für Freiheit des eigenartigen geistigen Individuums, eine für Deutsche unfäßbare Gewohnheits- und Konventionsgebundenheit nach (S. 110). Vorher (S. 13) hieß es freilich, der Engländer zeige vor fremden Ideen, Sitten, Staatseinrichtungen ganz und

gar die Achtung des Vornehmen. Wer den Engländer und seine Geschichte nicht bloß aus Karikaturen und Pamphleten kennt, wird aber m. E. nirgends mehr Individualitäten finden, als in dem Land der »Nonconformity«, der Sekten, des Persönlichkeitskultus (men not measures), der Leidenschaft für Biographien, der Conscientious Objectors, der konfessionslosen Schule, der Redefreiheit und Toleranz, der letters to the Editor, der großen nichtbeamteten Privatgelehrten und Philanthropen, der Staatsmänner und Kaufleute, die zugleich Philosophen und Historiker sind, der keiner Partei dienenden »Freilanz«, der Verteidiger jeder unterdrückten Sache und jedes fremden Volkes auch gegen die eigene Regierung und Nation von Burke und Fox bis Morel, der abenteuernden Reisenden, der spleenigen Sonderlinge.

Mit Recht wird die unbewußte nationale Bedingtheit der deutschen Sozialdemokratie, ihr Anspruch, Erbe der klassischen deutschen Philosophie zu sein, (den O. Spann so verachtungsvoll abtut) stark herausgearbeitet (S. 95, 114). Vielleicht geht der geistvolle Soziologe in der Verfolgung dieses Gedankens sogar etwas zu weit und er entfernt sich auch anscheinend von seiner ursprünglichen Auffassung der deutschen Nationalbesonderheit, denn von Mystik und Romantik ist an der deutschen Sozialdemokratie wenig zu entdecken.

Durch das ganze Buch hindurch finden sich neben vielen Fehlgriffen sehr fruchtbare Gedanken, die oft prachtvoll prägnant geformt und gern paradox gekleidet sind. Die Mängel des höchst anregenden Buches entspringen offenbar aus der nicht genügend klar gestellten Tatsache, daß große Teile schon im Krieg geschrieben und veröffentlicht wurden. Ob und wie weit sie umgearbeitet wurden, weiß ich nicht. Jedenfalls bietet Scheler sie eben in dieser Form, als Gegenwartsbekenntnis, nicht als bloß historische Erläuterung eines einstigen Standpunktes. Erstaunlich ist aber, daß die zugrunde liegende Auffassung der Kriegsursachen trotz aller Aktenpublikationen und Enthüllungen, noch immer ganz in der naivsten Gläubigkeit von 1914 verharret. Nirgends wird eine Mitschuld der österreichischen oder deutschen Regierung auch nur angedeutet. Gewiß ist doch Scheler von der geistigen Wandlung nach dem Krieg nicht unberührt geblieben. Dies scheint mir aus dem letzten Aufsatz hervorzugehen, der zuerst kurz nach dem Kriege erschien und dessen ganzer Geist einen auffälligen Gegensatz zu den früheren Kapiteln bildet. Hier läßt es Scheler an scharfer und oft sehr treffender Kritik deutscher geistiger Erscheinungen nicht fehlen. In offener Abkehr von einigen seiner im selben Buch bisher hauptsächlich vertretenen Prinzipien wendet er sich nun mit besonderer Schärfe gegen das Schlagwort von der deutschen Innerlichkeit, das zur verhängnisvollen Trennung und gegenseitigen Nichtachtung von Geist und Macht, zu nirgends übertroffenem Hochmut und Verpflichtungslosigkeit der Geistigen einerseits, zu hemmungsloser Auswirkung von »Herrschaft, Klassenegoismus, ideenloser Beamtenroutine, Militärdressur« und ähnlichen Uebeln andererseits geführt hat. »Es ist etwas Tragisches, Rührendes, und doch auch irgendwie tief Verächtliches darin, wie das deutsche Bürgertum auf immer neuen Wegen seine politische Passivität und seinen gefährlichen Knechtsinn »transzendental«, zu rechtfertigen, zu einer Tugend zu machen wußte.« Die Quellen dieser »deutschen Krankheit« erblickt Scheler im Luthertum, in der Kantischen Philo-

sophie, der Romantik (besonders ihrem Historismus), der slawischen Unterwürfigkeit Ostelbiens und in der Bismarckschen Politik. Unbegreiflich bleibt nur, daß im selben Buch unausgeglichen so ganz gegensätzliche Geisteshaltungen nacheinander vorkommen.

(Friedrich Hertz.)

3. Soziologie, Sozialpsychologie, Rassenfrage.

Becker, C. H.: Islamstudien. 1. Teil. Leipzig, Verlag Quelle & Meyer, 1924. XII u. 534 S.

Gleichsam als Abschluß seiner — hoffentlich nicht endgültig aufgegebenen — Forschertätigkeit hat C. H. Becker seine in Fachzeitschriften und Sammelwerken verstreuten Arbeiten über die Geschichte der Kalifenzeit und die islamische Religion zu einem stattlichen ersten Bande »Islamstudien« vereint. Dem auch in der muster-gültig zweckmäßigen Anordnung der einzelnen Aufsätze zum Ausdruck gebrachten Wunsche des Verfassers, es möge diese Sammlung als ein Ganzes erscheinen, ist schon im voraus durch die starke, überall klar und energisch auf die Erfassung des Ganzen hinzielende Forscherpersönlichkeit Beckers Erfüllung gesichert. Wirklich bildet das Gesamte dieser monographischen Skizzen, Uebersichten, Problemumreißen, grundsätzlichen Besinnungen, Forschungen und kritischen Anzeigen eine überraschende und reizvolle Einheit, ein immer wieder von neuen Ausgangspunkten aus zielsicher unternommenes Eindringen in die Probleme der islamischen Welt, von welcher auf diese Weise eine Darstellung gewonnen wird, so reichhaltig und dabei so prägnant und übersichtlich, daß auch die andere Absicht des Verfassers, mit dieser Sammlung eine Art *Handbuch der Islamkunde* (welches bisher noch fehlt!) zu schaffen, als auf das glücklichste erreicht bezeichnet werden darf. Die Fachwissenschaft, die diesen Arbeiten längst die gebührende Aufnahme bereitet hat, erhält mit dieser Zusammenfassung einen überaus nützlichen Behelf und darüber hinaus nochmals einen starken Impuls und ein Muster von Disziplin und Klarheit. Weiteren Kreisen ist die Sammlung als vorzügliche Darstellung und Einführung zu empfehlen.

Sachlich hier zu Einzelheiten Stellung zu nehmen, besteht kein Anlaß. Dagegen ist gegen den Untertitel der Sammlung: »Vom Wesen und Werden der islamischen Welt«, Einwand zu erheben. Becker ist durchaus Historiker im Sinne einer zwar breit über das rein politische Geschehen hinausgreifenden Geschichtsforschung, die aber doch von der engeren Staatengeschichte her sich mit der Aufstellung genetischer Reihen und mit der Knüpfung von Zusammenhängen zwischen einzelnen Fakten befriedigt und deren Synthese sich mit der Erringung einprägsam klarer Stoff- und Werdens-Uebersichten erschöpft. Von einführender Gestaltdeutung und Wesensfindung, wie sie uns heute auf allen geisteswissenschaftlichen Gebieten zur bewußten Uebung aufgegeben ist und wie sie in der seelischen Wärme älterer Werke, bei einem Goldziher, einem Snouck Hurgronje bereits vorliegt, bleiben diese — übrigens der großen Mehrzahl nach aus der Vorkriegszeit stammenden — Arbeiten, trotz des Verfassers Aufgeschlossenheit für die neuen geisteswissenschaftlichen Fragestellungen, durchwegs ferne. In dieser Einseitigkeit und Geschlossen-

heit ist auch die Stärke dieser Forschungsweise beschlossen. Nur eben dem Wesen von irrationalen Lebensmächten wie Kultur und Religion kommt sie nicht bei, so sichere Linien des Werdens sie auch entdecken mag. Darum erscheint uns auch die Beckersche Gegenüberstellung von »Christentum und Islam« als im ganzen wie in einzelnen Bewertungen mißglückt, weil hier über dem Hin und Her der Einwirkungen und Entlehnungen die grundsätzliche Wesensverschiedenheit, über der Frage nach der Provenienz der einzelnen Werkstücke, die nach den Bagedanken übersehen wird, welche man bei solcher Themenstellung wohl erwarten darf.

Aber dankbar wird auch der Fernerstehende Beckers religionsgeschichtlichen Einzeluntersuchungen folgen, etwa seinem Beitrag »Zur Geschichte des islamischen Kultes«, der zugleich auch ein wesentliches Stück islamischer Geschichte entrollt. Gerade die Gesellschaftswissenschaft, die vielfach Gefahr läuft, wegen der unvermeidlich abstrakten Natur der in den Einzelwissenschaften errungenen Resultate mit diesen mißverständlich zu operieren, wird mit größtem Nutzen solchen direkt an die Quellen heranführenden Einzelforschungen folgen, in denen ihr Kontakt mit dem geschichtlichen Materiale selbst und Einblick in dessen Natur in verständlichster Weise vermittelt wird. Es sei in diesem Zusammenhange ganz besonders auch auf die Untersuchung »Steuerpacht und Lehenwesen« verwiesen, in welcher die Entwicklung der wirtschaftlichen Grundlage des unter türkische Herrschaft geratenen Islam aufgezeigt wird. Die aus bester Materialkenntnis geschöpften Untersuchungen zur Wirtschaftsgeschichte Aegyptens, mit der allseitigen Zusammenfassung »Aegypten im Mittelalter«; ein meisterhafter Abriß der islamischen Religion; und schließlich die als Glanzstück der Cambridge Medieval History längst allbekannte Darstellung: »Die Ausbreitung der Araber im Mittelmeer« sind dauernde Positionen der Islamwissenschaft.

Dem Islam seinen Platz im Rahmen einer allgemeinen Kulturgeschichte zu sichern, versucht der zweite der von Becker als Einleitung vorangestellten, eine Fülle von Stoff, Anregungen und Ausblicken bergenden Aufsätze. Aber seine Begründung: »wegen der einzigartigen Vergleichsmöglichkeit in bezug auf die Assimilierung des gleichen (sc. spätantiken) Erbes und wegen der Fülle der historischen Wechselwirkungen« trifft nur periphere Bezirke unserer geistigen Aufgabe. Neben Hellas ist der Orient mit seinen Gedanken »Gott« und »Reich« (samt deren Voraussetzungen) die andere der beiden geschichtlichen Mächte, an deren geistiger Bewältigung zu eigenwüchsigem Dasein frei zu werden unser geschichtliches Schicksal ist. Mit der Bewältigung dieser Aufgabe mag unser Denken dann die Unbedingtheit und Weitung erringen, deren es bedarf, um auch den fernsten und fremdesten Kulturen sich aufzuschließen. Denn solches müssen wir von uns fordern, seitdem die Geschichte wirklich zur Weltgeschichte, seitdem die Menschheit eine Einheit geworden ist, die nicht in einem geistverlassenen Gewirr von materiellen und politischen Verknüpfungen beschlossen bleiben soll. (Paul Wittek).

Woldt, Richard: Die Lebenswelt des Industriearbeiters. Münsterer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Abhandlungen Nr. 1. Leipzig, Quelle u. Meyer, 1925. 70 S.

Eine sehr schöne und anziehende, instruktive Darstellung der proletarischen Psychologie. Hervorgegangen aus akademischen Vorlesungen, die Woldt in Münster und Berlin gehalten hat, trägt die Darstellung deutlich die Spuren ihrer Genese: Alles, was über die Untersuchungsmaterialien — Fragestellung, Wert und Grenzen der Sozialstatistik, die Arbeiterbiographien, Sozialpsychologische Erhebungen —, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwelt des Proletariats — Wirtschaftsstruktur, Reifegrad, Arbeitsprozeß, Mechanisierung der Menschen im Betrieb und ihre Gegentendenzen, ferner die Familie, die Herkunft, den Kulturkreis, die Religion, das Verhältnis von Arbeiter und Staat —, endlich die Arbeiterschaft als organisierte Masse — Organisationslehre, Massenpsychologie, Masse und Führer, Differenzierung innerhalb der Arbeiterführerschaft — gesagt wird, ist methodisch gut gegliedert, wenn auch dem Ursprung der Arbeit entsprechend etwas schematisch (obgleich der Verf. stets bestrebt gewesen ist, das Schema merklich zu beleben). Daß in dem Werkchen von Vollständigkeit der angegebenen Tatsachenbestände und Arbeitsmethoden keine Spur ist, wird niemanden überraschen, der sich mit dem Stoffe abgegeben hat. Der Verf. kannte bei der Niederschrift offenbar meine im IX. Bande des Grundrisses der Sozialökonomik veröffentlichte Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegungen nicht. Er hätte, glaube ich, noch manches aus ihr entnehmen können. Aber auch mir wäre die Kenntnis vorliegender Broschüre von Nutzen gewesen. Der im Schlußsatz der Woldtschen Vorrede ausgesprochene Wunsch nach Anregung zu weiterer Beschäftigung mit den angezeigten Problemen ist berechtigt und verdienstvoll. Wenn Woldt auf S. 61 das Bedauern ausspricht, daß die autobiographische Arbeiterliteratur ins Stocken geraten ist, so kann ich ihm versichern, daß wenigstens eine zusammenhängende Untersuchung über dieselbe in Vorbereitung ist.

(Robert Michels.)

Gutmann, Bruno: Das Recht der Dschagga (Arbeiten zur Entwicklungspsychologie, herausgegeben von F. Krüger, 7. Stück) München, C. H. Beck, 1926. 8°. 77 S. M. 30.—.

Dieses wertvolle Buch, dem der Herausgeber der Arbeiten zur Entwicklungspsychologie, Felix Krüger, ein sehr beachtenswertes Nachwort (S. 735—778) beigelegt hat, hat zum Verfasser einen Mann, der als Missionar, gelegentlich auch als Berater der Regierung, in Deutschostafrika segensreich gewirkt hat und nunmehr wiederum, mit Zustimmung der britischen Regierung, auf seine alte Wirkungsstätte zurückgekehrt ist. Gutmann ist ein ausgezeichnet, höchst erfolgreicher Beobachter, und zugleich ein Mann, dem offenbar die Eingeborenen ein ungewöhnlich hohes Maß von Vertrauen schenken; so ist er denn in der Lage, uns ein ganz vortreffliches und in zahllose Einzelheiten eingehendes Bild des Dschagga-rechtes zu geben, uns mit seinen Beobachtungen und gut begründeten, bisher unbekannten Nachrichten geradezu zu überschütten.

Die Bewohnerschaft des Kilimandscharo, nicht ganz 100 000 Seelen umfassend, verteilt sich auf 31 amtlich anerkannte, der Seelenzahl nach recht verschieden starke Häuptlingschaften mit etwa 400 Sippen. Die Rechtsformen wurzeln noch fest in sippshaftlichem Grunde und die von Gutmann gegebene Darstellung behandelt das Selbstverwaltungsrecht der Sippe, wie es ihr in deutscher Zeit

verblieben war. In der Sippe der Wadschagga, die im östlichen Dialekt »ošari«, im westlichen »ufjari« heißt, spielen zwei Persönlichkeiten eine besonders bedeutsame Rolle: der Ritenalte (»meku o mrumo« oder »mueme o mrumo« d. i. der jeweilig Älteste in der Opfergemeinschaft der Sippe) und der Große im Rechtsstreit (»muene o monduñ« oder »mrango o kišariñ«, d. i. der Kluge in der Sippe), der unter Umständen ein verhältnismäßig junger Mann sein kann, aber sich durch politische Klugheit, natürliche Beredsamkeit und sonstige nützliche Eigenschaften auszeichnet. Sorgfältig werden die Befugnisse beider, namentlich aber des Rechtsvormunds, beschrieben und gezeigt, daß seit der Einführung der deutschen Herrschaft das Eingeborenenrecht eine volle Revolution erfuhr, indem nach dem alten Verfahren das Richterkollegium, die Rechtsgemeinde, den Spruch fällte, nach dem neuen ein Einzelrichter, der dem Rechtsgefühl des Eingeborenen fremd gegenübersteht.

Während die blutsverwandtschaftliche Organisation Verantwortlichkeitsgefühl, Treue und Rücksicht auf das Gesamtwohl ausbildete, wachte die Landgemeinde, d. i. die den Spruchrasen besetzende Altersklasse über dem Landbesitz, der teils Sippenland, teils Speerland (d. i. erobertes Land), teils Emigrantenland (d. i. Neubru durch Einwanderer) war. Der Häuptling war nicht Eigentümer des Landes, wie von den Weißen angenommen worden war, und »die vom Häuptling bewirkten Landverkäufe und Schenkungen an Weiße sind darum als Willkürhandlungen und gegen das geltende Recht geschehen überall dort zu bewerten, wo er nicht nachweisen kann, daß er die Zustimmung der betreffenden Altersklasse eingeholt hat.«

Wenn schon im ersten Abschnitt des Werkes, der die Normen des Blutverbandes behandelt, eine Menge wirtschaftlicher Fragen behandelt wird, so vor allem in dem Kapitel über Erbrecht (S. 27—68), so ist der zweite, den Normen des Bodenverbands gewidmete Abschnitt (S. 302—496) ganz erfüllt von interessanten Nachrichten, die nicht nur rechtliche Verhältnisse erläutern, sondern auch einen tiefen Einblick in die materielle Kultur und Wirtschaft der Wadschagga gewähren.

Daß mit dem Dahinschwinden der Sippensoveränität das Einzelwesen selbständig wurde, pflegte man bei uns als einen Fortschritt zu höherer Kultur anzusehen. G u t m a n n belehrt uns aber aus seiner gründlichen Kenntnis der Verhältnisse heraus eines Besseren. Er sagt zwar (S. 304 f.): »Mit der freien Verfügungsfähigkeit hat sich ohne Zweifel eine größere Tatkraft des einzelnen und der kulturfördernde Unterschied im Charakter und Streben tiefer entwickelt«, fügt aber alsbald hinzu: »Als unheilvolle Folge des Sippenzerfalls erkennt man bald den geminderten Schutz der Schwachen und ihre endliche Versklavung, einen unregelmäßigeren Ablauf der geneonomischen Aufgaben eines Volkes und ein viel häufigeres und schnelleres Versagen auch der Tüchtigen in Notzeiten. Wichtiger und für die Entwicklung schädigender ist aber die Minderung des Verantwortlichkeitsgefühles für Gesamtbesitz und Gesamtzukunft gewesen. Diese erstmalige Entfesselung des Einzelwillens im Familienhaupte zeigt schon die den Lebensboden der Gesamtheit bedrohenden Zersetzungserscheinungen, die auf der späteren Parallelstufe der soziologischen Entwicklung noch deutlicher hervortreten. Während der ungebrochenen Sippenhoheit war eine Veräußerung und Preisgabe des Siedelungs-

besitzes nur bei Auswanderung oder Niederlage möglich. Als aber der einzelne den bebauten Grund selbständig verwaltete, wechselte das Grundeigentum schneller und das Augenblicksbegehren oder Unbehagen des Individuums konnte einen ganzen Familienzweig durch Preisgabe des Bodens wurzellos machen.»

Nicht ganz so reich und ergiebig für die Fragen der materiellen Kultur und Wirtschaft der Dschagga sind die letzten Kapitel über Schichtungsnormen, Verbrechen gegen Normgüter, Rechtsgang und Rechtsbehelfe und den Spruchrasen, aber auch sie bieten vieles des Interessanten und ergänzen vollends das bedeutsame Bild des äußeren Lebens der Wadschagga, das sich in dem Werke neben der Zeichnung des geistigen und vor allem des rechtlichen Denkens und Fühlens des hochstehenden Bantuvolkes deutlich abhebt.

Vieles entspricht durchaus dem Gebrauch auch anderer pigmentierter Völker, und der Satz S. 174: »Die Ehe ist vor allem eine Arbeitsgemeinschaft und ihr starker Kräfteinsatz sichert der Frau darin ein hohes Maß von Selbständigkeit« gilt ebensogut für viele Indianervölker oder Malayenstämme, wie für die Dschagga. Aber vieles, sehr vieles ist doch fremdartig und selbst in der Entwicklung der Kinder zeigen sich Eigentümlichkeiten, die für das betreffende Wohngebiet und für bestimmte Ernährungs- bzw. Anbausitten allein gelten dürfen. Wenn wir z. B. hören (S. 69), daß das Wadschaggakind sich anfänglich zwar wie ein weißes Kind entwickelt und um die Wende des ersten Lebensjahres zu laufen beginnt, daß aber später ein auffälliger Stillstand in der Entwicklung eintritt, bis etwa vom 13. Lebensjahre ab ein rasches Wachstum sich einstellt, so ist das doch ein höchst auffälliges Verhalten, das der Verfasser aber überzeugend erklärt durch das Fehlen eines leichtverdaulichen Nahrungsmittels. »Die kindlichen Verdauungsorgane können die schwere Kost von Bananen, Bohnen, Colocasien, Jams nur mühsam ausnützen.« Die Behauptung, daß das Mädchen die Geschlechtsreife vom 8. Jahr ab entwickle, ist eine Fabel, vielmehr pflegt es erst mit 18 und mehr Jahren die Ehe einzugehen und manche ehescheue Mädchen mußten sogar mit Gewalt ihrer Bestimmung zugeführt werden.

Bei der außerordentlichen Fülle interessanter Tatsachen und wertvoller psychologischer Deutungen, die in dem Buche enthalten sind, ist es aus Raumgründen nicht möglich, auf eine Darstellung des gesamten Stoffs einzugehen. Wer irgend aber einen tiefen Blick in die Denk- und Lebensverhältnisse eines afrikanischen Eingeborenenvolks der Tropen zu tun wünscht, dem kann G u t m a n n s Buch warm zu eingehendem Studium empfohlen werden. (Karl Sapper.)

von Braken, Helmut: Persönlichkeitserfassung auf Grund von Persönlichkeitsbeschreibungen. Untersuchungen zum Problem des Personalbogens. Jenaer Beiträge zur Jugend- und Erziehungspsychologie. Herausgegeben von A. Argelander, W. Peters, O. Scheibner. Heft 1. Langensalza, Julius Beltz, ohne Jahreszahl. 60 Seiten.

Das Bedürfnis nach Erfassung von Individualitäten ist in unserer Zeit stark gestiegen. Und zwar sind es Spezialbedürfnisse; die Erfassung der Begabung, der Berufseignung u. dgl.

Diesem Bedürfnis glaubte man nur durch empirische Treue in der Beschaffung des Tatsachenmaterials, das heißt also durch die

schematische Beschreibung entsprechen zu können, während die freie Charakteristik als subjektiv-willkürlich und unzureichend abgelehnt wurde, weil sie weder genügend vergleichbares Material liefere, noch auch genügend brauchbar sei für besondere Auskünfte (z. B. in der Hilfsschule).

v. B. hat auf Anregung von Peters hin eine experimentelle Untersuchung darüber angestellt, ob wirklich das Schema der freien Charakteristik überlegen sei. Auf die Einzelheiten der psychologischen Methodik kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Das Ergebnis aber, das auch für Soziologen von bedeutendem Interesse ist, sei hier kurz zusammengefaßt: In jeder Beziehung erweist sich die freie Charakteristik als dem Schema überlegen. Zu der freien Charakteristik, die ja immer auf Darstellung der Persönlichkeitsstruktur als einer Ganzheit angelegt ist, lassen sich fehlende Einzelzüge in weit höherem Maße ergänzend hinzufügen und die Einzelzüge der Charakteristik sind bei weitem einprägsamer als die des Schemas. Für die Eigenart der schematischen Beschreibung ist es interessant, daß auch geschulte Versuchspersonen nur in einer verschwindenden Anzahl der Fälle in der Lage waren, Persönlichkeitscharakteristik und schematische Beschreibung des gleichen Schülers unter einer größeren Anzahl zur Deckung zu bringen.

Es handelt sich hier, wie gesagt, um Schülerbeschreibungen, doch liegt die Anwendung davon für die Persönlichkeitserfassung in der Praxis der Berufsberatung nahe. v. B. glaubt, daß die Zukunft allein der freien Persönlichkeitscharakteristik gehöre, deren Fehlerquellen zu eliminieren seien. (Eliasberg.)

Liniger, Hans: Der Rentenmann. 2. Aufl. Leipzig, Joh. Ambr. Barth, 1925. 19 S. mit 7 Tafeln. Preis M. 3.—.

Liniger gibt übersichtliche Tabellen für die Bewertung dauernder, durch Unfall entstandener Schäden, also hauptsächlich Vershrungen im anatomischen Sinne.

Diese bildlich gut illustrierte Uebersicht wird auch allen denen, die als Nichtärzte mit Unfallfolgen zu tun haben, willkommen sein. Nur muß auf eine Beschränkung bei Gebrauch solcher Tabellen ausdrücklich hingewiesen werden. Dauerfolgen, die sich durch Bilder anschaulich illustrieren lassen, gibt es eben nur im Falle der anatomischen Läsion. Und auch da werden durch individuelle Anpassung sowie durch die Mannigfaltigkeit der Berufsanforderungen, ferner durch Gewöhnung alsbald sehr mannigfaltige Weiterentwicklungen beobachtet. Mindestens ebenso wichtig wie die anatomische Versehrtheit ist die Funktionsstörung und zwar wiederum nicht nur des Einzelorgans, sondern des Organismus und der Persönlichkeit. Darauf hat man im Kriege mehr als früher geachtet. Daher hat man jetzt auch zu einer Psychologie der Amputierten Untersuchungen angestellt. Nur wer dies bedenkt, er sei Arzt oder Nichtarzt, wird solche Tabellen mit Nutzen anwenden können. (W. Eliasberg.)

4. Sozialismus.

Nötzel, Karl: Die soziale Bewegung in Rußland.
Ein Einführungsversuch auf Grund der russischen Gesellschafts-

lehre. 556 S. Stuttgart-Berlin und Leipzig, Deutsche Verlagsanstalt, 1923.

Nötzel gibt in seinem Buch nicht eine Darstellung der russischen Gesellschaftslehre, sondern eine scharfe Kritik derselben. Er betont zwar in der Einleitung, daß er auch eine Anleitung zur selbständigen Stellungnahme geben will und daß seine Darlegung dem Leser gegenüber nur eine Art ausgefüllten Schemas bedeute, die dann das Bilden eines selbständigen Urteils veranlassen soll — doch das Buch ist in solchem Maße durch einseitige kritische Stellungnahme gefärbt, daß man aus ihm nicht eigentlich ein Bild der russischen Gesellschaftslehre, vielmehr nur ein Bild von der Einstellung des Verfassers zur russischen Gesellschaftslehre und zu der sozialen Bewegung in Rußland bekommt. Eine so prononzierte Art der kritischen Darstellung ist notwendigerweise das Schicksal einer jeden Kritik: Ihre Richtigkeit steht oder fällt mit der Richtigkeit der Grundeinstellung, die zur Voraussetzung und Grundlage der kritischen Beurteilung dient. Nach der Ueberzeugung des Rezensenten ist die Grundeinstellung des Verfassers zu seinem Gegenstande falsch.

Der seinen Ausführungen vorausgeschickten Behauptung des Verfassers, daß die russische Gesellschaftslehre notwendigerweise zum Bolschewismus führen mußte, daß Theorie und Praxis des Bolschewismus lediglich die konkrete Ausgestaltung und letzte notwendige Konsequenz der herrschenden marxistischen Strömung in der russischen Soziallehre ist, kann man in abstracto zweifellos zustimmen. Aber nur in abstracto. Denn der konkrete Inhalt, der diesem Satz gegeben wird (und das ganze Buch dient eigentlich der inhaltlichen Konkretisierung dieses Satzes), ist von Grund aus verfehlt. Der Bolschewismus wird als aktiver Nihilismus und als die Religion des metaphysischen Materialismus dargestellt, zugleich aber auch als der einzige richtig erfaßte Marxismus, der eben die katexochene Sozialphilosophie des aktiven Nihilismus und des metaphysischen Materialismus ist. Als Hauptmerkmal der bolschewistischen Praxis erwähnt er die vollständige Unterdrückung der Freiheit des Individuums, und als die hervorstechendste Tat des bolschewistischen Staates erwähnt er immer wieder »das terroristische Massenmorden«. Ein solches Bild von Theorie und Praxis des Bolschewismus entspricht freilich nicht dem tatsächlichen Sachverhalt, und wenn der Verfasser die vorbolschewistischen Gebilde der russischen Sozialtheorien nur als Vorstufen zu diesem Bolschewismus (wie er ihn auffaßt) darstellt, so kann auch ihre Darstellung nicht adäquat sein. Bei der Lektüre des Buches hat man immer wieder das Gefühl, daß die Richtung des Nötzelschen Gedankengangs eigentlich eine rückwärtsfolgende ist: daß das zur geistigen Grundlage des Buches dienende Grunderlebnis des Verfassers ein absolut negatives Eingestelltsein zum neuen Rußland ist, und daß von diesem Grundstandpunkt aus dann alle vorhergehenden Phasen der russischen Soziallehren mitbeurteilt und mitverurteilt werden. Nur durch eine völlige Fremdheit der Gedankenwelt des neuen Rußland gegenüber ist es erklärbar, daß der Verfasser in der sozialen Wirklichkeit dieses neuen Rußlands auch keine einzige positive Seite findet und den Bolschewismus gleichsam als Strafe des Weltgerichts für die marxistische Verirrung des russischen Geistes ansieht, durch welche die russische Intelligenz sich bekehren lassen und zum verlassenen religiösen Weg zurückkehren soll. Auch viele Einzel-

charakteristiken des Buches können wir uns nur dadurch erklären, daß dem Verfasser die letzten Jahrzehnte russischer Geistesgeschichte fremd geblieben sind; so zum Beispiel, um nur eine besonders auffallende Feststellung zu nennen: die durch den Verfasser konstatierte innere Verwandtschaft zwischen der Gedankenwelt Tolstojs und der Ideologie des Bolschewismus.

In seinem Bekämpfen des Bolschewismus lehnt sich Nötzels immer wieder an Dostojewsky an, als an den einzigen unter den großen russischen Denkern, der völlig frei vom Bolschewismus ist und von dessen Geist er die Rettung Rußlands erhofft. Und diese seine Anlehnung an Dostojewsky ist verständlich. Denn Nötzels völliges Mißverstehen und schroffes Ablehnen des Bolschewismus ist mit Dostojewskys fanatischem Haß gegenüber der russischen revolutionären Ideologie unmittelbar verwandt. Die Einstellung beider beruht auf demselben Ineinandermischen des metaphysischen Materialismus der bürgerlichen Popularphilosophie mit dem von diesem wesensverschiedenen historischen Materialismus des marxistischen Denkens, auf derselben Fremdheit gegenüber den Tatsächlichkeiten und Notwendigkeiten der revolutionären Situation im modernen Rußland, auf demselben völligen Unverständnis nicht nur gegenüber dem revolutionären Marxismus, sondern auch gegenüber dem Wesen jeder sozialen Revolution überhaupt.

Auf dieser Grundlage ist es freilich unmöglich, zu einer adäquaten Erfassung der Soziallehren und der sozialen Bewegung in Rußland zu gelangen. (László Radványi.)

Raléa, Michel: Révolution et Socialisme. Essai de bibliographie. Paris, «Les Presses Universitaires de France», 1925. 80 S.

Diese Schrift ist in den von der Pariser Ecole Normale Supérieure herausgegebenen Publications du Centre de Documentation Sociale, an deren Spitze C. Bouglé steht, und unter dessen Anregung, erschienen. Sie enthält 527 Nummern in leidlicher stofflicher Gliederung. Da sie nicht den Sozialismus und die Revolution, wie der Titel anzeigt, sondern nur den Teil der sozialistischen Schriften, welcher sich mit dem Begriff der Revolution befaßt, bibliographisch zusammenzufassen beabsichtigt (wie es in der Vorrede ausgesprochen ist), so ist der Raum so eng, daß er annähernd ausfüllbar erscheint. Immerhin fehlen sehr wichtige einschlägige Erscheinungen, zumal der russischen Literatur, aber auch der italienischen (Loria, Labriola, Croce, Mondolfo) und deutschen (Lorenz von Stein, Eisner), wofür auf der andern Seite manches weniger wichtige verzeichnet ist. Kurz, die Fehler, die den meisten derartigen Arbeiten anhaften, finden sich auch in der Raléaschen Arbeit. (R. M.)

5. Sozialökonomische Theorie und Dogmengeschichte.

Rodbertus-Jagetzow, Carl: Neue Briefe über Grundrente, Rentenprinzip und soziale Frage an Schumacher. Herausgegeben und mit Anmerkungen versehen von Professor Dr. Robert Michels, Basel und Dr. Ernst

Ackermann, Zürich. Mit Einführung: Rodbertus und sein Kreis von Robert Michels. Karlsruhe, G. Braun, 1926. 398 S.

Man kennt Rodbertus' Theorie der Grundrente: Die *g e s a m t e* Rente, d. h. alles was nicht die Arbeiter erhalten, kommt »nach Maßgabe des Werts des Rohprodukts und des Fabrikationsprodukts« zwischen den beiden Klassen von Besitzern zur Verteilung. Da aber der Fabrikant auch die Rohprodukte kaufen und bezahlen muß, der Grundbesitzer dagegen ohne diesen Posten auskommt, so fällt dem letzteren noch »Grundrente« zu. Rodbertus vertritt die *a b s o l u t e* Grundrente, die er jedem Boden zuspricht, dessen Bearbeitung über den Entgelt des Arbeitsaufwandes hinaus Erträge bewirkt. — Sein »Renten p r i n z i p«, für dessen Durchführung durch die Immobiliargesetzgebung er kämpft, faßt sich dahin zusammen, »daß in dem sogenannten Reinertrage eines Guts sich ein Teil findet, der nicht den Gesetzen des Kapitalgewinns unterstellt werden kann, weil die ihm zugrunde liegenden Fonds unbewegliche sind, deshalb auf dem Kapitalmarkt nicht mitwerben können, deshalb einen sogenannten Kapitalwert erst durch Kapitalisation jenes Ertragsteils gewinnen, deshalb aber auch in ihrer rechtlichen Behandlung, bezüglich des Kredits, eine eigene Behandlung verlangen« (III). Das Endziel: »Die Kapitalisation der Rente muß eben ganz aufhören, um allen Gefahren des Kapitalisationsprinzips zu entgehen« (94).

Rodbertus Grundrententheorie erweckt gegenwärtig ein geringeres Interesse, als etwa seine staatssozialistischen Ansichten. Trotzdem muß die Herausgabe der bisher unbekannten Briefe an Schumacher angesichts der Bedeutung des Mannes lebhaft begrüßt werden, obwohl die Ausbeute an gewichtigen Äußerungen über die soziale Frage und verwandte Dinge gering ist. Dem Historiker der deutschen Wirtschaftswissenschaft im 19. Jahrhundert wird der Band unentbehrlich sein. Den Briefen voraus geht eine ebenso anschauliche wie gründliche Einführung »Rodbertus und sein Kreis« von Robert Michels. Aus ihr sei eine Bemerkung ihrer besonderen Wichtigkeit wegen wiedergegeben, nämlich der Hinweis darauf, daß die deutsche Landwirtschaft in Thünen und Rodbertus zwei Theoretiker von Weltruf hervorgebracht hat, während Industrie und Banken in Deutschland, von Rathenau abgesehen, auf dieser Ebene überhaupt noch nicht figurieren. (W. Sulzbach.)

6. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie.

Weber, Max: *Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1924. IV u. 556 S. 8°.

Der Sammelband bringt vor allem den berühmten Buchartikel über Agrarverhältnisse im Altertum aus der 3. Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, der jetzt in der 4. Auflage mit Recht fortgeblieben und in den Ergebnissen in einen kürzeren, allgemein agrargeschichtlichen Artikel von Georg v. Below verarbeitet worden ist. Er war seinerzeit (1909) gerade vor dem entscheidenden Aufblühen der Papyrologie in der Schule von Mitteis, Wilcken und

besonders Partsch erschienen und hatte nur deren Anfänge aufnehmen können. Eine heute aus den Quellen neu geschaffene antike Wirtschaftsgeschichte würde daher wohl in nicht unwichtigen Punkten Webers monumentale, von manchen Teilen seiner allgemeinen Gesellschaftsanschauung entscheidend beeinflusste Darstellung abändern — als ein kleines Beispiel möchte ich, was seine städtisch-liberalistische Skepsis gegen agraren Kollektivismus betrifft, die Agrarhistoriker auf Partschs Erläuterung der nachbarrechtlichen Bestimmungen in den alexandrinischen Dikaionomata (Arch. f. Papyrusforsch. 6, 45 ff.) verweisen. Im ganzen wird die Arbeit so grundlegend bleiben wie (trotz der Bedenken eines Mommsen) Webers Römische Agrargeschichte von 1891, deren Wiederabdruck man sich nicht weniger wünschen würde wie den im vorliegenden Bande folgenden des Vortrags von 1896 über den Untergang der Antike, des Buchs über die mittelalterlichen Handelsgesellschaften von 1889 (über das Keutgens Forschungen hinausführen), der Referate aus dem Verein für Sozialpolitik über Landarbeitsverfassung von 1893—94 und über die altgermanische Sozialverfassung für den Kongreß von St. Louis 1905, welche letztes mir die immer noch so verwirrte Kontroverse über die Anfänge der Grundherrschaft ähnlich klassisch zu überragen scheint wie die Einschätzung der Sklaverei in den Agrarverhältnissen im Altertum. Zu der bis auf die Gegenwart wenig angebauten hebraistischen Sozialforschung möchte ich die Gelegenheit benützen, auf zwei neuere Arbeiten aufmerksam zu machen: H. Schaeffer, *Hebrew tribal economy and the Jubilee as illustrated in Semitic and Indo-European village communities* (Lpz. 1922) und die dies Buch noch nicht verwertende Abhandlung von W. Caspari, *Das Alter einer vorchristlichen jüdischen Aristokratie* (Vierteljahrsschr. f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. 17, 294 ff.). (C. Brinkmann.)

Schmidt, P. H., Wirtschaftsforschung und Geographie. Jena, G. Fischer, 1925. 8°.

In diesem vorzüglichen Buche gibt der Verfasser eine sehr sorgfältige, auf reicher Belesenheit ruhende Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der geographischen Methode in den Wirtschaftswissenschaften, wobei er die Gelegenheit wahrnimmt, die verschiedensten Anschauungen und Systeme knapp zu charakterisieren und so ein treffliches Bild der gegenseitigen Einwirkungen der Gedankengänge einzelner Forscher aufeinander und auf die Herausbildung höherer Erkenntnis zu geben. Eine Fülle wertvoller Bemerkungen ist in die Darstellung eingeschaltet und eine Reihe überraschender Hinweise würzt sie, so z. B. S. 63 die freilich nur in beschränkter Anwendung richtige Bemerkung, daß »meistens geographische Hypothesen von Nichtgeographen aufgestellt werden.« Trefflich werden die einzelnen Forscher charakterisiert und zwar nicht nur die Nationalökonomien, sondern auch die Geographen, die sich mit der Verbreitung der wirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer Erklärung in methodisch bemerkenswerter Weise befaßt haben. Im Schlußkapitel des ersten Teils wird zunächst die Aufgabe der Wirtschaftsgeographie und sodann diese Wissenschaft als Synthese der Wirtschaftsforschung und Geographie sehr anregend besprochen.

Der zweite Teil des Buchs befaßt sich mit den Wegen der geographischen und wirtschaftlichen Forschung, wobei zahlreiche wert-

volle Bemerkungen einfließen. Anhangsweise wird noch die Wirtschaftskartographie behandelt und mit Recht vor Ueberladung gewarnt. Treffliche Anmerkungen mit reichen Literaturangaben schließen das mit Personen- und Sachregister versehene Werk ab.

Sehr richtig wird hervorgehoben, daß die Wirtschaftsgeographie noch weit von dem Ziele zufriedenstellender Darstellung entfernt sei; der Grund wird vor allem darin gefunden, daß die Geographen die überaus reichen und mannigfachen Ergebnisse der Wirtschaftsforschung nicht ausreichend verwerten (bzw. meist aus Unkenntnis der volkswirtschaftlichen Methoden und Begriffe nicht verwerten können), indes die Wirtschaftler zumeist die geographische Methode nicht beherrschen oder zum wenigsten nur wenig anwenden.

Angesichts dieses mangelhaften Zustandes der wirtschaftsgeographischen Darstellungen wirken die vielen feinen Bemerkungen des Verfassers in seinem geschichtlichen Abschnitt fast wie ein verkapptes Programm. Sollte nicht P. H. Schmidt, der sich in seinem Buch ebenso als Kenner der nationalökonomischen, wie der geographischen Literatur und Methode ausweist, uns in absehbarer Zeit eine allgemeine Wirtschaftsgeographie schenken, die der wirtschaftlichen Seite ebenso gerecht wird, wie der geographischen? Wir wollen's hoffen!

(K. Sapper.)

7. Bevölkerungswesen.

8. Statistik.

9. Soziale Zustandsschilderungen.

10. Agrarwesen, Landarbeiterfrage.

Hucho, Dr. Wolfgang: Die Naturalentlohnung in der deutschen Landwirtschaft. Berlin, P. Parey, 1925. 80 S.

Verfasser will in dieser beachtenswerten Abhandlung die Lohnfrage der deutschen Landwirtschaft vornehmlich unter Würdigung der Naturalentlohnung darstellen und sie dabei tunlichst weitgehend aus der Sphäre privatwirtschaftlicher Interessen herausheben. Er macht sich des ferneren zur Aufgabe, bei der Würdigung der Lohnfrage die privatwirtschaftlichen sowie volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen zueinander in Beziehung zu setzen.

Die Darlegungen Huchos finden nicht nur das Interesse des Sozialökonom, sondern werden auch in landwirtschaftlichen Fach-

kreisen beachtet werden. Vor allen Dingen werden seine Ausführungen über die Bewertung der Naturalentlohnung zur Klärung dieser schwierigen Materie wesentlich beitragen.

Es ist ihm gelungen, das aufgestellte Problem klar zu umreißen und die wesentlichen Gesichtspunkte deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Die Arbeit verdient unter den heutigen Verhältnissen besondere Berücksichtigung noch deshalb, weil sie die Naturalentlohnung in ihrer Bedeutung für die Lösung der Landarbeiterfrage darlegt. Es ist in den letzten Jahren mit Recht wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der Naturalentlohnung für die Landwirtschaft trotz ihrer allmählichen Beseitigung vor dem Kriege dennoch größte Bedeutung zukommt und daß man versuchen müsse, die durch die Inflation zustande gekommene stärkere Bevorzugung der Naturalentlohnung auch nach Stabilisierung der Währung aufrechtzuerhalten.

(Kurt Ritter.)

Röder, Dr. Ludwig: Heimarbeit und Landwirtschaft. Jena, Gustav Fischer, 1925. 64 S. brosch. M. 1.50.

Das Problem der Heimarbeit in der Landwirtschaft ist in der Literatur schon oft erörtert worden. Die vorliegende Darstellung schildert die Licht- und Schattenseiten der Verbindung von Heimarbeit und Landwirtschaft. Verfasser beschränkt sich dabei allerdings auf die deutschen Verhältnisse. Der Vertiefung der Erkenntnis würde es aber wesentlich dienen, wenn man dabei auch die Entwicklung und Gestaltung im Auslande heranzöge. Gerade die Gegenüberstellung sehr verschiedenartiger Verhältnisse läßt die zugrunde liegenden Elemente deutlich in Erscheinung treten. Vor allen Dingen würde eine vergleichsweise Berücksichtigung Rußlands und der beiden skandinavischen Länder die Erkenntnis der Zusammenhänge vertiefen. Jene Länder bringen den Beweis dafür, daß bei gewissen Verhältnissen die Heimarbeit in Verbindung mit der Landwirtschaft im allgemeinen nicht nur erträglich und unbedenklich, sondern sogar völlig unentbehrlich ist.

(Kurt Ritter.)

Siemon, Dr. Hans: Die Kultivierung und Besiedlung des Havelländischen und Rhinluches. Berlin, Paul Parey, 1925. 100 S.

Schriften über die Notwendigkeit der inneren Kolonisation sind in den letzten Jahren verschiedentlich erschienen. Die Mehrzahl von ihnen legt das Schwergewicht der Betrachtung auf die Aufteilung von größeren Betrieben in kleinere. Darstellungen, in denen die Neugewinnung von Kulturland eingehend erörtert wird, sind selten. Zu diesen wenigen Arbeiten gehört die vorliegende. Nach einer allgemeinen Betrachtung über die geographische Lage sowie einer Charakteristik des Havelländischen und Rhinluches erörtert der Verfasser die Erschließung des gewonnenen Oedlandes zu Kulturland, in Sonderheit die Siedlungsbedingungen und die sich aus ihnen ergebende Besiedlungsweise.

(Kurt Ritter.)

11. Gewerbliche Technik und Gewerbepolitik.

12. Kartellwesen, Unternehmerorganisation. Industriepolitik.

Laufenburger, Henry: L'industrie sidérurgique de la Lorraine désannexée et la France. Strasbourg, Berger-Levrault, 1924. 251 S.

Die Oekonomie bindet die voluntaristische Nationalität nicht dauernd und bildet allein keinen Hinderungsgrund zu Staatsveränderungen. Eine Industrie, eine Landwirtschaft kann durch eine solche leiden, kriseln, unter Umständen zugrunde gehen, nicht aber, die ihr angegliederten Menschenmassen. Auch die Industriezweige selbst können durch Ab- und Umbau, Umschaltung zu neuer Größe gebracht werden. Das ist ins Wirtschaftsphilosophische übertragen etwa die Quintessenz der sonst völlig gegenwartstechnischen, streng nationalökonomischen Schrift des elsässischen Universitätsdozenten an der Straßburger Alma Mater, Henry Laufenburger. Das Elsaß hat im Laufe eines Jahrhunderts zweimal seine Staatszugehörigkeit und somit sein Wirtschaftsgebiet, seine Zolleinheit, seinen Rohstoffbezug und vor allem seinen Markt wechseln müssen. Verfasser hebt hervor, daß diese Umschaltung sich nach dem Weltkriege für die elsässische Textilindustrie leicht vollzogen hat. Denn sie war wesentlich französischen Ursprungs und auf den französischen Markt eingerichtet, den sie auch in der deutschen Zeit nie ganz verloren hatte, und den sie nun wieder zu gewinnen und mit dem Département du Nord zu teilen, angesichts des vorzunehmenden Baues neuer Eisenbahnlinien, mit besten Chancen sich anschießt. Nicht so einfach steht die Frage der im vorliegenden Bande behandelten lothringischen Metallindustrie, die mit dem rheinisch-westfälischen Kohlenbecken rohmateriell (Koks) und finanziell und marktmäßig eng verbunden war. Hier liegt ein doppelter Komplex vor, den die entsprechende Industrie noch zu lösen haben wird. Die Arbeit Laufenburgers gibt dazu eine sehr eindringende und sehr eindringliche und sauber gearbeitete Analyse. Ohne an dieser Stelle näher eingehen zu können, möchten wir nur hervorheben, daß Laufenburger die materielle Gebundenheit der lothringischen Eisenindustrie an den westfälischen Koks auch in Zukunft erhalten und durch handelsvertragliche Abmachung mit Deutschland garantiert wissen will, sowie daß er auf der Marktseite seine Hoffnungen in die technische Entwicklung und das wachsende Bedürfnis der französischen Landwirtschaft an Gerätschaften setzt.

Die Arbeit Laufenburgers bietet nicht nur dem modernen Wirtschaftspolitiker, sondern auch demjenigen, der sich für die Zusammenhänge zwischen der Industriegeschichte und der Staatengeschichte interessiert, ein reiches Beobachtungsfeld dar. (Robert Michels.)

13. Gewerbl. Arbeiterfrage, Arbeitsmarkt.

Kranold, Albert: Das Problem des Achtstundentages. Jena, Verlag Gewerkschafts-Archiv, 1925. 150 S. Brosch. M. 3.60, geb. M. 4.80.

Kranold nennt sein Buch eine systematische Analyse; er vermeidet es auch, ihm den Charakter einer ausgesprochenen Streitschrift

zu geben. Mit gewichtiger Betonung stellt er aber bei der Erörterung des Problems den sozialpolitischen Standpunkt voran. Die wirtschaftliche Seite der Frage, die für den sachlichen Betrachter die interessantere weil problemreichere ist, wird etwas kurz behandelt, doch fehlt nicht der eingehende Hinweis darauf, daß eine einheitliche Lösung nicht möglich ist, die Lösung vielmehr unendlich kasuistisch sein müßte. Die kulturelle Seite wird ausführlicher besprochen, ohne daß, was ja auch nicht in der Absicht des Verfassers liegt, etwas wesentlich Neues gesagt wird. Die verschiedenen Faktoren, die auf die Arbeitsleistung von Einfluß sind, versucht K. in einer Uebersichtstafel nach Gruppen geordnet zu einem einheitlichen Bilde zusammenzustellen. (Julius Mühlendorf.)

14. Arbeiterschutz.

15. Versicherungswesen (bes. Arbeiterversicherung).

16. Gewerkvereine und Tarifwesen.

17. Allg. Sozialpolitik und Mittelstandsfrage.

Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Oesterreich, herausgegeben von Julius Bunzel (mit 33 Mitarbeitern). 169. Band der »Schriften des Vereins für Sozialpolitik«. München, Duncker & Humblot, 1925. VIII u. 478 S.

Ein weit über seine Seitenzahl hinaus reichhaltiges und lehrreiches sowie auch in seiner formellen Gestaltung merkwürdiges Werk. Es sucht die Wirkungen der Geldentwertung in Oesterreich und der dort selbst seit Oktober 1922 eingetretenen Währungsfestigung auf den verschiedenartigsten Gebieten des sozialen Lebens festzustellen. Mangels allgemein zugänglicher statistischer und sonstiger Grundlagen ließ der Herausgeber Fachmänner aller dieser Gebiete zum Wort kommen, darunter Männer und Frauen mannigfacher wirtschaftspolitischer und parteipolitischer Richtung sowie Weltanschauung. Die Betrachtungen sind, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, auf einen mehr oder minder düsteren Ton abgestimmt, da ja im Vordergrund die vier Jahre einer Inflation stehen, durch die Oesterreich bis knapp an den Rand völligen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruches gebracht wurde; dagegen umfaßte die sogenannte Stabilisierung, soweit sie hier dargestellt wird, nur 2—2½ Jahre (Oktober 1922 bis höchstens Ende Mai 1925), und in dieser kurzen Zeitspanne lag noch der furchtbare Börsenzusammenbruch von Frühjahr 1924, zu

dem spekulative Ausschweifungen wohl den Anlaß gaben, der aber als ein Zeichen der ganz unhaltbaren Lage der österreichischen Volkswirtschaft anzusehen war und sich seither (d. h. bis Mai 1925) immer mehr als ein solches Zeichen herausstellte.

Die Betrachtungen der einzelnen Mitarbeiter, darunter nicht wenige erste Namen des verkleinerten Oesterreich, sowie die vom Herausgeber verfaßte, durchaus selbständige, manchen Mitarbeitern geradezu widersprechende, geistvoll abschließende »Zusammenfassung« mögen zwar den währungspolitischen Ausgangspunkt des Werkes mehr oder weniger entschieden festhalten oder auch nur streifen. Doch gerade bei den wirtschaftspolitisch bedeutsamsten Beiträgen sozial- und produktionspolitischer Richtung und in der »Zusammenfassung« selbst drängt sich die vielbesprochene Frage der Lebensfähigkeit Oesterreichs immer mehr in den Vordergrund. Bunzel selbst entscheidet sich Ende Mai 1925 mit einigem inneren Zwang für die Lebensfähigkeit. Ob er dies, bereichert um die Erfahrungen eines weiteren Jahres, ebenfalls 2 täte, ist schwer zu sagen. Entscheidend ist aber, was man unter Lebensfähigkeit versteht. Unterstellt man diesem Begriff auch eine kuliartig beengte, dürftige, gerade noch das nackte Dasein gewährende Lebenshaltung der breiten städtisch-industriellen Massen (die Agrarbevölkerung Oesterreichs umfaßt nur etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung), dann mag Bunzel recht haben, aber im anderen Falle nicht. Daß er, im Gegensatz zu manchen andern teils unredlichen, teils einsichtslosen 2 Ratschlägen, auf den Anschluß an Deutschland als einziges, wirklich wertvolles Rettungsmittel hinweist, ist fast selbstverständlich.

Unter den einzelnen, fast durchwegs auf hoher Stufe stehenden Beiträgen seien als besonders wertvoll und inhaltsreich hervorgehoben; H. Kallbrunners fachmännisch gediegene Betrachtungen über die Landwirtschaft; die rücksichtslos den wahren Stand der Dinge enthüllende Arbeit W. Federns über die Kreditpolitik der Wiener Banken; der die Schäden der Preistreibereigesetzgebung scharf beleuchtende Beitrag des Wiener Strafrechtslehrers A. Löffler und eine die Valorisierungsbestrebungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung übersichtlich erläuternde Abhandlung von H. Klang; die Darlegungen B. Kautskys über den Aufbau und niedrigen Stand der Gehälter und Löhne (Ende 1924 durchschnittlich nur etwa drei Viertel der Reallöhne der Vorkriegszeit erreicht!), mit einer Ergänzung seiner Darstellung von der Verbrauchsseite her durch F. Klezls sorgfältige Ausführungen über die Lebenskosten und von den einzelnen Gesellschaftsgruppen her durch E. Uranitschs sachkundige Beobachtungen über Berufsumschichtung nebst einer Beschreibung der verhältnismäßig erfolgreichen gewerkschaftlichen Tätigkeit von E. Straas und der seit dem Umsturz völlig umgewandelten sozialen Fürsorge von R. Bartsch; die aus reichen persönlichen Erfahrungen heraus ungemein anschaulich das traurige Kapitel der gemeinwirtschaftlichen Anstalten behandelnde Arbeit von F. Leifer. An diese sozial- und produktionspolitischen Beiträge schließen sich noch einige an, die Staat, Kirche, Sitte und Recht, Zeitungswesen (Vergrößerung des Zeitungswesens in der Richtung auf Sensation und Tratsch von R. Olden dargestellt) und Kunst behandeln, wie z. B. die auf hoher geschichtlicher Warte stehenden Ausführungen K. Brockhausens über die sonderbare Gestaltung der österreichischen Staatsgewalt, H. Patzauers Schilderung der argen Zerrüttung der Staatsfinanzen durch die Inflation, die sich gleichfalls mehr mit den

Schäden der Inflation als mit dem Wandel der Dinge seit Oktober 1922 beschäftigten Darlegungen H. Witteks über die Bundes Eisenbahnen usw. (S. Schilder.)

18. Privatbeamten- und Gehilfenfrage.

19. Handel und Verkehr.

20. Privatwirtschaftslehre (Handelswissenschaft).

21. Handels- und Kolonialpolitik.

22. Geld-, Bank- und Börsenwesen.

23. Genossenschaftswesen.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 24. Jahrgang, 1. Band. Herausgegeben von *Heinrich Kaufmann.* Hamburg, Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, 1926.

Die Jahresberichte des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind nicht nur für diejenigen, die sich speziell mit der Genossenschaftsbewegung befassen, ein unentbehrliches Rüstzeug, sondern auch infolge ihres reichhaltigen Inhaltes für alle Wirtschaftler überaus wichtig. Der erste jeweilig im Mai erscheinende Band ist der eigentliche Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der zweiteilige im Oktober erscheinende zweite Band enthält u. a. den Jahresbericht der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die Berichte über die Verhandlungen des Genossenschaftstages und anderer Tagungen. Der vorliegende erste Band dieses Jahres enthält u. a. eine überaus wertvolle und inhaltsreiche Abhandlung von Karl Hermann Maier über: Das Wesen der Konsumgenossenschaften und deren Berücksichtigung in der deutschen Steuergesetzgebung in der Vor- und Nachkriegszeit, ferner Ueberblicke über die Kämpfe der Genossenschaften, über den Stand der genossenschaftlichen Zentralverbände und vor allem neben anderen Spezialberichten eine ausführliche von Heinrich Kaufmann verfaßte Darstellung der Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Das in diesem fast 700 Seiten starken Band enthaltene Material hat bisher leider zu wenig Beachtung gefunden. Doch glauben wir, daß die Ursache z. T. in der Aufmachung des Jahrbuches zu suchen

sei, und möchten deswegen auf einige Mängel aufmerksam machen, deren Beseitigung sicherlich nicht nur dem Jahrbuch und der Genossenschaftsbewegung, sondern auch den Wirtschaftswissenschaften zum Vorteile gereichen würde. Der 7. Abschnitt des eigentlichen Berichtes des Zentralverbandes trägt z. B. die Ueberschrift: Wirtschaftliche Maßnahmen des Vorstandes. Wer käme wohl auf Grund dieser Ueberschrift auf den Gedanken, gerade diesen Abschnitt zu lesen, denn man kann doch nicht von jedem verlangen, daß er das ganze Jahrbuch liest. Aber gerade dieser Abschnitt ist überaus wertvoll, denn er enthält unter anderem sehr gutes Material über die Kartell-, Steuer-, Zollpolitik, über die Preisabbauaktion und über mehrere Spezialfragen und dürfte deswegen nicht nur den Genossenschaftler interessieren. Aber nicht nur in diesem Abschnitt, sondern überall in allen Abschnitten verstreut, finden wir wichtiges Material, das auch außerhalb der Genossenschaftsbewegung Beachtung verdiente. Da nun ja der Geschäftsbericht alljährlich so bald wie möglich herauskommen muß, ist es ja vielleicht nicht möglich, das Material etwas systematischer und einwandfreier gegliedert zu bringen und so dem Jahresbericht außerhalb der Genossenschaftsbewegung mehr Beachtung zu verschaffen. Aber man sollte doch darauf bedacht sein, durch ständige Umredigierung und durch den Versuch einer weitgehenden Systematisierung des Materials den Jahresbericht übersichtlicher zu machen. Sollte ein Aufgeben des bestehenden Schemas aus innerhalb der Genossenschaftsbewegung liegenden Gründen nicht möglich sein, so wäre schon sehr viel erreicht, wenn der Band alljährlich ein ausführliches Sachregister enthielte. Um dieser Vorteile willen könnte wohl eine Verzögerung der Ausgabe des Jahrbuches um einige Tage in Kauf genommen werden.

Ein anderes Sorgenkind sind die umfangreichen statistischen Uebersichten. Die Forderung, daß jede Uebersicht so klar sein muß, daß sie auch ohne den Text verständlich ist und keine Zweifel aufkommen läßt, wird leider bei der Redaktion etwas zu wenig beachtet. Ein besonderes Uebel besteht darin, daß aus den Tabellen (man beachte besonders die Tabellen Seite 300 ff., Seite 312 ff.) oft nicht ohne weiteres ersichtlich ist, ob mit den Jahreszahlen, so z. B. 1925, das Berichtsjahr 1924—1925 oder das Kalenderjahr 1925 gemeint ist, oft muß man erst im Text sich Klarheit über diese Frage verschaffen. Es würde eine wesentliche Erleichterung bedeuten, wenn ständig durch einen Stern oder ein anderes besonderes Zeichen kenntlich gemacht würde, ob das Berichtsjahr oder das Kalenderjahr gemeint sei. Hingewiesen sei noch kurz auf zwei etwas unklar aufgemachte Tabellen. Die auf S. 62 gibt z. B. überhaupt keine Auskunft, für welches Jahr diese Uebersicht gemacht ist. Bei der Tabelle auf S. 64 weiß man nicht ohne weiteres, ob es sich hier um sämtliche Konsumvereine oder nur um die des Zentralverbandes handelt, ja diese Tabelle ist so unglücklich aufgemacht, daß nach Jahren sicherlich mancher aus der Tabelle herausliest, daß 1926 (!) 43 Neugründungen und 325 Auflösungen von Konsumvereinen zu verzeichnen waren, ohne dabei zu beachten, daß doch im Mai 1926 noch nicht über das ganze Jahr 1926 berichtet sein kann. Auch Fehler in der Berechnung der Prozentzahlen kommen vor, so S. 319 Zeile 3.

Weitere kritische Einwände würden an dieser Stelle viel zu weit führen. Der Zweck der Besprechung liegt nur darin, ganz allgemein

auf einige Mängel hinzuweisen, und zwar in der Hoffnung, daß die Redaktion das Jahrbuch einmal einer genauen Durcharbeitung unterzieht und dafür sorgt, daß durch Abschaffung wesentlicher Mängel, durch eine bessere Systematisierung des gebrachten Materials und durch die sehr leicht vorzunehmende übersichtlichere Gestaltung der Tabellen das an sich wertvolle Jahrbuch einen noch höheren Wert erhält.

(Wilhelm Grotkopp.)

Kaff, Siegmund: Politik und Geschäft oder wie genossenschaftliches Falschmünzertum die Teuerung bekämpft. Wien, Verlag Moritz Perles, 1926. Heft 5 von »Gegen den Strom! Flugschriften in zwölfter Stunde.« 72 S., II. Aufl., Preis 2.55 Schilling.

Die Frage, die hier zwar in einer scharfen Kampfschrift, aber auf Grundlage reichhaltiger Kenntnis des Genossenschaftswesens in Lehre und Ausübung erörtert wird, lautet: Kann das Genossenschaftswesen und können insbesondere die Konsumvereine gedeihen, wenn sie zu Behelfen parteipolitischer Tätigkeit gemacht werden und namentlich wenn sie den berühmten dritten Flügel der Sozialdemokratie (neben der politischen Partei und den Gewerkschaften) bilden? Diese Frage ist schon öfters in Ausführungen verneint worden, die dahin gehen, daß hiedurch das Betätigungsfeld der Konsumvereine verengert und insbesondere ihre innigere Fühlungnahme mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften und der ländlichen Bevölkerung überhaupt erschwert werde. Kaff geht aber in seiner Schrift, die in Oesterreich großes Aufsehen erregte, noch einen Schritt weiter. Er sucht am Beispiel des österreichischen Konsumvereinswesens nachzuweisen, daß durch dessen Unterwerfung unter die sozialdemokratische Parteigewalt nicht nur der weltumfassende Konsumvereinsgedanke verengert und abgeschwächt, sondern auch eine Sittenverderbnis herbeigeführt werde, worin die leitenden Personen allmählich die Fähigkeit verlieren, zwischen Politik und Geschäft zu unterscheiden. Kaffs hierauf bezüglichen schweren, eingehend belegten Anklagen gegen das österreichische Arbeiterkonsumvereinswesen wurden von den betroffenen Personen nur matt, mehr ausweichend als widerlegend erwidert. Inwiefern seine Ausführungen auch für ähnliche Verhältnisse in anderen Ländern (Belgien, Rußland) zutreffen, wäre von wissenschaftlicher Seite zu überprüfen.

(S. Schilder.)

Ouzélatz, M. M.: Recherches sur l'épargne ouvrière (Habitations ouvrières — Dépôts des caisses d'épargne — Mutualité — Coopération).

Straßburg, Verlag J. H. Ed. Heitz, 1925. IV und 110 S. Preis M. 5.—.

Diese, sieben Jahre nach dem Abschluß des Weltkrieges herausgekommene, reichhaltige und anregende Schrift befaßt sich so gut wie ausschließlich mit Vorkriegsverhältnissen, was, angesichts der zerrüttenden Einwirkungen der Währungsverschlechterung und Inflation auf die Sparmöglichkeiten und den Spartrieb, fast selbstverständlich ist. Minder einverstanden kann man mit dem engen Begriff des Arbeiters sein, dessen sich der Verfasser bedient. Er versteht darunter nicht etwa alle jene Arbeitskräfte, die ohne eigenes Kapital oder ohne nennenswertes eigenes Kapital (Heimarbeiter, Hausindustrie) mittels Arbeits- und Dienstverträge (manchmal auch verschleiert

durch Scheinkaufverträge) an der Erzeugung ihres Landes beteiligt sind. Von diesem sich in erster Linie aufdrängenden Grundbegriff spaltet er vielmehr eine Gruppe nach der andern ab: Werkführer, Betriebsleiter, ja sogar Arbeiter in »gehobener Stellung« mit überdurchschnittlichen Löhnen infolge persönlicher Begabung; die mit Dienstverträgen Angestellten (die sog. Proletarier mit Stehkragen) überhaupt, die er vermöge ihrer angeblich ganz anderen Lebensauffassung von den Arbeiterproletariern in seinem engeren Sinne des Wortes unterscheidet; aus ländlichen Verhältnissen in die Städte und Industriegebiete gekommene Arbeitskräfte, die sich den ländlichen Trieb nach einem Stückchen Grundeigentum unter den Füßen noch bewahrt haben, usw. Es bleiben ihm also nur jene Arbeiterproletarier übrig, die vermöge ihrer Denkart und Einkommensverhältnisse Ersparnisse nicht machen können oder wollen.

Auf diese Weise kommt der Verfasser recht leicht zum Beweis seiner Grundbehauptung, daß die Arbeiter, etwa abgesehen von einem bescheidenen Anteil an den Sparkasseneinlagen Frankreichs, nur über sehr wenig Ersparnisse verfügen. Der Arbeiter, der Ersparnisse macht, sei schon ein Kleinbürger (wozu er Werkmeister, Angestellte, Arbeiter mit einem Rest von ländlichen Trieben usw. rechnet) oder zeige eben durch seinen Eifer für Ersparnisse bereits kleinbürgerlichen oder bauerlichen Geist.

Er schätzt den Anteil der Arbeiterschaft an den Vereinen für wechselseitige Hilfe (*Mutualité*) sehr niedrig ein, was den deutschen und österreichischen Erfahrungen widerspricht. Er hält auch nicht viel von den Ersparnissen der Arbeiter durch ihre Mitgliedschaft in den Konsumvereinen, z. T. mit der seltsamen Begründung, daß ihre Anteilscheine zum überwiegenden Teil aus nicht ausgezahlten Rückvergütungen aufgefüllt werden. Und wo bleiben die Spareinrichtungen der Konsumvereine selbst? Wo die umfangreichen Warenlager, Gebäude, Fabriken der Konsumvereine und ihrer Verbände, die ein Kollektiversparnis der Arbeiterschaft darstellen, welche den größten Teil der Mitglieder der Konsumvereine liefert? Wo die Zwanggersparnisse der Sozialversicherung, von der gerade in Elsaß-Lothringen noch von der deutschen Zeit her ein hochragendes Gebäude übriggeblieben ist? Dagegen mag er mit der Behauptung im Rechte sein, daß die französischen Arbeiter, im Gegensatz zu den britischen und deutschen, die Gewerkschaften stets nur als eine Waffe im sozialen Kampfe und nicht oder nur in geringem Ausmaß als Spareinrichtung aufgefaßt haben.

Die vorliegende Schrift ist, trotz manchen offensichtlichen Mängeln, zur Kenntnisnahme zu empfehlen. Denn sie bringt eingehende, sonst nicht leicht erhältliche statistische und beschreibende Nachrichten über mannigfache französische soziale Verhältnisse. Ueberdies gewährt sie unfreiwillig ein Bild der eigentümlichen Ansichten über die französische Arbeiterschaft, die bei dem dortigen Bürgertum und seinem geistigen Anhang zu finden sind. (S. Schilder.)

Totomianz, Prof. Dr. V., Dozent für das Genossenschaftswesen an der Handelshochschule zu Berlin: *Einführung in das Genossenschaftswesen*, aus dem Russischen übersetzt von Dr. S. Michelidse, mit einem Vorwort von Prof. Dr. Ernst

Grünfeld. 114 S. In Pappband M. 2.75. Halberstadt, Verlag H. Meyers Buchdruckerei, 1925.

Vorliegende Behandlung des Genossenschaftswesens zeichnet sich vor manchen anderen, nüchternen, in Kleinkram erstickenden Darlegungen durch leidenschaftliche Wärme und große Gesichtspunkte aus. Totomianz vertritt mit geradezu religiösem Eifer den Gedanken, daß die Genossenschaften, und zwar insbesondere die Konsumvereine, aber auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften die Erreichung einer besseren, ausbeutungsfreien Wirtschaftsverfassung zum Ziele haben und das geeignetste Mittel zur Erreichung dieses Zieles darstellen. Nichtsdestoweniger ist er durchaus nicht damit einverstanden, daß die Genossenschaften und insbesondere die Konsumvereine zu einem parteipolitischen Werkzeug der ähnliche Ziele verfolgenden Sozialdemokratie, mit ihrem Grundgedanken des haßerfüllten Klassenkampfes, gemacht und in ihrer heilsamen Wirksamkeit behindert werden. Man könne sich weit sicherer auf die den Genossenschaften und namentlich den Konsumvereinen innewohnende Ideologie verlassen, die auch ohne klassenkämpferische Einseitigkeiten zum Ziele einer ausbeutungsfreien Volks- und Weltwirtschaft führe. Die individualistische Seite der Genossenschaftsideologie, namentlich freier Ein- und Austritt der Mitglieder, wird freilich von Totomianz nicht mit gleicher Entschiedenheit betont.

Er ist aber auch weit davon entfernt, die Abneigung vieler sozialistischer Genossenschaftsdenker gegen die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu teilen, die als »Unternehmervverbände« fast den Kartellen gleichgestellt werden. Er erblickt vielmehr in diesen Genossenschaften ebenso sehr Hilfsmittel gegen eine furchtbare Proletarisierung des Landvolkes, wie etwa die Konsumvereine den städtisch-industriellen Massen nützen. Er geht sogar in dieser seiner Vorliebe für die landwirtschaftlichen Genossenschaften so weit, daß er die Werk- und Absatzgenossenschaften der Landwirte als Produktivgenossenschaften bezeichnet, um das Ansehen der landwirtschaftlichen Genossenschaften durch Anlehnung an die den Produktivgenossenschaften lange Zeit hindurch außerordentlich geneigt gewesene west-europäische Ideologie zu erhöhen. (S. Schilder.)

24. Finanz- und Steuerwesen.

G. Findlay Shirras (Bombay): *Volkseinkommen und Besteuerung*. Vortrag, deutsch herausgegeben vom M. J. Bonn mit Diskussionsreden von Sir Josiah Stamp, F. Layton u. a. und einem Anhang über den Finanzbelastungsvergleich von Alberto Pirelli, ehemaligem Mitglied des Dawes-Komitees. Jena, G. Fischer, 1926.

Der Inhalt des angezeigten Vortrages ist schon in der Diskussion durch J. Stamp treffend charakterisiert worden, wenn er sagt, daß der Titel eigentlich hätte heißen müssen: »Neuere Schätzungen des Volkseinkommens und der Besteuerung als Maßstab zur Bestimmung der steuerlichen Leistungsfähigkeit«, und weiter: »So wie die Sache liegt, wurde das eigentliche Problem nur eben berührt.« — Zu den grundsätzlichen Fragen bringen weder Shirras noch die Diskussions-

reden etwas Neues. Man fragt sich, warum überhaupt eine deutsche Uebersetzung dieser Schrift veranstaltet wurde. Sie kommt für Theorie und Praxis gleichermaßen post festum. Denn der gesamte Fragenkreis ist in der deutschen Literatur eher und besser behandelt worden, als das hier der Fall ist. Das gilt auch von dem ansonsten vortrefflichen und klaren Vortrag Pirellis, der als Anhang beigelegt ist. Im übrigen hat die Frage des Steuerbelastungsvergleiches ihr aktuelles Interesse eingebüßt. Vor wenigen Jahren war sie für Deutschland politisch von ganz erheblicher Bedeutung. Das hat sich aber nicht nur infolge des Londoner Abkommens geändert, sondern namentlich auch seitdem der Finanzhaushalt einiger Ententestaaten sich in einem ähnlichen Zustande befindet, wie der deutsche während der Inflation. So zeigen denn die in der vorliegenden Schrift vereinigten Ausführungen verschiedener Autoren nur wie die von deutschen Wissenschaftlern und Politikern seinerzeit vorgetragenen und zunächst vielfach vom Auslande abgelehnten Auffassungen sich jetzt — nachdem sich das Blättchen gewendet hat — allgemein Anerkennung gefunden haben.

(W. Gerloff.)

25. Städtewesen und Kommunalpolitik.

26. Wohnungsfrage.

27. Unterrichts- und Bildungswesen.

28. Jugendfürsorge, Armenwesen und Wohlfahrtspflege.

29. Kriminologie, Strafrecht.

Bozi, Else: »Gerichtshilfe für Erwachsene«. 9. Heft der »Schriften der deutschen Gesellschaft für soziales Recht«, herausgegeben von A. Bozi und B. Schmittmann. Stuttgart, Ferdinand Enke, 1925.

Die Gerichtshilfe für Erwachsene ist ein im Entstehen begriffenes Rechtsinstitut. Ihr Ziel ist die Rückfallsbekämpfung (S. 42). Durch dieses Ziel ist sie in die Mitte zwischen Rechtspflege und Rechtsbrecher gestellt. Jener bedeutet sie eine Unterstützung und Ergänzung der gerichtlichen Tätigkeit, indem sie neben den generellen Momenten der Straffälligkeit die individuelle Eigenart des Einzelfalles zur Geltung bringt (S. 57). Dem Rechtsbrecher gegenüber ist sie bald Vermittlung, bald Ausübung der Fürsorge (S. 46). Ihre Entstehung verdankt die Gerichtshilfe nicht dem autoritären Akte der Gesetzgebung, sondern dem spontanen Eingreifen der Rechtspflege selbst. Dadurch bietet sie auch besonderes soziologisches Interesse. Die Ge-

burtsstätte der Gerichtshilfe ist vor allem Bielefeld (S. 4 ff.), daneben auch Halle a. d. S. (S. 19 ff.) und Kassel (S. 27 f.). Die Verf. gibt zunächst einige typische Beispiele der heute bestehenden Gerichtshilfestellen und sodann eine Darstellung der Gerichtshilfe im allgemeinen. Sie steht dem Gegenstande ihrer Darstellung offenbar persönlich und sachlich nahe und vermag deshalb eine gute Orientierung über das literarisch noch wenig bearbeitete Rechtsinstitut zu bieten. Die Sachkunde nimmt der Verfasserin aber nicht die Objektivität. Auch die Bedenken gegen das dargestellte Rechtsinstitut finden bei ihr Beachtung (S. 59). Die Schrift verdient gelesen zu werden.

(Fr. Darmstädter.)

Sommer, Dr. Margarete: Die Fürsorge im Strafrecht. Vor der Anklage. — Im Verfahren. — Nach der Entlassung. Berlin, Carl Heymanns Verlag, 1925.

Wie der Untertitel der Abhandlung schon andeutet, liegt der Verfasserin dieser verwaltungswissenschaftlichen Arbeit daran, den Fürsorgegedanken durch alle Stadien des Strafrechts zu verfolgen.

Bei der Auseinandersetzung mit verschiedenen Theorien vom Wesen der Strafe stellt sich Marg. Sommer auf den Standpunkt der Identität von Strafe und Fürsorge. Die Besserungsfunktion der Strafe macht diese zum Erziehungsmittel; damit aber bekommt sie fürsorgerischen Charakter.

Von diesem Standpunkt aus sieht die Verfasserin mit Recht das Wesen der »Gefangenenfürsorge« nicht wie frühere Zeiten in bestimmten Einzelmaßnahmen zum Wohle der Gefangenen, wie z. B. die von John Howard vertretene Gefängnisfürsorge gegen Ende des 18. Jahrh. oder die Gefangenenseelsorge, wie sie zu Anfang des 19. Jahrhunderts Pastor Fliedner, Wichern und Dr. Julius einführten, oder auch die Tätigkeit der Gefangenschutzvereine, die ihre Arbeit lediglich als Fürsorge für die Strafen tlassenen ausüben. Vielmehr ist unter Gefangenenfürsorge zu verstehen: »die Gesamtheit der Maßnahmen in der Strafrechtspflege, die zugunsten des Rechtsbrechers getroffen werden«.

Margarete Sommer untersucht dann, ob und wieweit fürsorgerische Gesichtspunkte im heutigen Strafgesetz, Strafprozeß und Strafvollzug maßgebend sind. Die Untersuchung der bestehenden Verhältnisse zeigt in fast allen Stadien ein ziemlich negatives Ergebnis; der besondere Nachdruck der Abhandlung liegt daher auf den Forderungen, die M. Sommer zur Durchsetzung des Fürsorgeprinzips im Strafrecht stellt.

Fürsorgerischen Gesichtspunkten widerspricht die Tatsache, daß in Deutschland 1. zu oft gestraft wird und im Kriminalprozeß das Interesse des Verfolgten nicht genug gewährt wird (Forderung: keine Erhebung der Anklage bei belanglosen Vergehen und bei unzureichenden Verdachtsgründen; weniger Verhaftungen), 2. das Strafsystem nicht der Eigenart der verschiedenen Verbrecherkategorien gerecht wird und die wirtschaftliche Existenz nicht in genügendem Maße schont (Forderung: Abbau der vielen kurzen Freiheitsstrafen, häufigere Anwendung der Geldstrafen).

Der Schwerpunkt der Kritik liegt bei der Beurteilung des Strafvollzugs. Wie er heute gehandhabt wird, stellt er keine Resozialisierungsmaßnahme dar, sondern wird infolge seiner Unzweckmäßigkeit

zum Rückfallsgrund. Margarete Sommer fordert, daß gerade im Vollzug der Strafe alle Maßnahmen erzieherischen und somit fürsorgerischen Charakter tragen. Schon bei der Bemessung der Freiheitsstrafe spielt dies eine Rolle. »Die Zumessung unserer heutigen Freiheitsstrafen ist gekünstelte Arithmetik unter Außerachtlassung der elementarsten psychologischen und physiologischen Gesetze.« Die Wirkfähigkeit und die tatsächlichen Wirkungen der einzelnen Strafarten und Straflängen müßten unbedingt wissenschaftlich erforscht werden. Strafunterbrechungen sind zwar möglich, aber in der Praxis sehr selten. Sie sind aber oft notwendig mit Rücksicht auf Gesundheit und wirtschaftliche Existenz des Gefangenen oder seiner Angehörigen. Verschwendung an Lebens- und Arbeitskraft ist auch eine Verlängerung der Strafe, wenn der Strafzweck erreicht ist. Weitestgehende Anwendung der »vorläufigen Entlassung« wäre daher am Platze.

Einen breiten Raum nimmt in der Darstellung begreiflicherweise die Behandlung des **A r b e i t s b e t r i e b s** in den Strafanstalten ein. Die Arbeit soll **ö k o n o m i s c h** sein in bezug auf die körperlichen und geistigen Kräfte des Gefangenen (keine gesundheitsschädliche oder zu anstrengende Arbeit, aber auch nicht bloßer Zeitvertreib), ferner **i n s t r u k t i v** (Erhaltung und Weiterbildung von Fähigkeiten und Kenntnissen, eventuell Berufsausbildung), sie soll endlich auch **p r o d u k t i v** sein (Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit, keine rückständigen Arbeitsmethoden). Der **U n t e r r i c h t** in den Strafanstalten soll Erkenntnis und Willen bilden und positive Kenntnisse vermitteln, die dem Bestraften später dienlich sein können.

Alle diese Forderungen zur Ausgestaltung des Strafvollzugs, vor allem aber eine individuelle Behandlung, Erziehung und Ausbildung des Gefangenen kann nur erfüllt werden, wenn die Gefängnisse nicht überfüllt sind, wenn die Strafdauer nicht zu kurz ist und wenn die Anstalten groß genug sind.

Fürsorgerisch wichtig ist stets daran festzuhalten, daß die Freiheitsstrafe eine reine Freiheitsentziehung bleibt und nicht darüber hinaus Schädigungen an Gesundheit und Erwerbsfähigkeit verursacht werden.

Endlich enthält die vorliegende Arbeit noch eine Kritik der heutigen Entlassenenhilfe. Soweit es sich nicht um Gewohnheitsverbrecher oder Minderwertige handelt, die »bewahrt« werden müssen, besteht die Hilfe in der oft sehr schwierigen Arbeits- oder Wohnungsbeschaffung. Dieser Aufgabe sind die privaten Gefangenenenschutzvereine, denen bisher wahllos alle Entlassenen zur Fürsorge überwiesen wurden, nicht mehr gewachsen. Es ist dies heute nach Zentralisierung des Arbeitsnachweiswesens eine Sache des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Als Organe der Fürsorgetätigkeit während des Strafvollzugs verlangt M. Sommer eigene Sozialabteilungen (bzw. Fürsorger) innerhalb des Gefängnisverbandes.

Die ganze Behandlung des Themas durch die Verfasserin ist außerordentlich geeignet, in die Probleme der Gefangenenfürsorge in dem hier gebrauchten umfassenden Sinne einzuführen. M. Sommer geht nicht mit der Absicht an ihre Aufgabe heran, nun an jedem Punkt des Weges von der Einleitung des Verfahrens bis über die Entlassung aus der Strafanstalt hinaus fürsorgerische Momente mehr oder weniger künstlich einzuschalten, sondern sie geht von der Ueberzeugung aus, daß die Strafe selbst eine Erziehungsmaßnahme ist und ihr daher eine

fürsorgerrische Funktion innewohnt, die sich, wenn sie einmal wirklich erkannt ist, eben in jedem Stadium der Behandlung des Rechtsbrechers geltend machen muß.

Bedauerlich und nicht ganz verständlich ist, daß M. Sommer an keiner Stelle auf die doch schon vorhandenen Ansätze zu einer Umgestaltung des Strafrechts in fürsorgerrischem Sinne hinweist, wie sie doch zweifellos im Jugendgerichtsgesetz vom 16. 2. 23 deutlich erkennbar sind. Auch daß die Versuche von Herrmann (Das Hamburgische Jugendgefängnis Hahnöfersand. Ein Bericht über Erziehungsarbeit im Strafvollzug von D. Walter Herrmann. Heft 4 der Hamburgischen Schriften zur gesamten Strafrechtswissenschaft, Mannheim, Berlin, Leipzig 1926) und Bondy (Pädagogische Probleme im Jugendstrafvollzug von Curt Bondy. Hamburgische Schriften, Heft 8, 1925) im Hamburgischen Jugendgefängnis Hahnöfersand, den Strafvollzug ganz auf modernen Erziehungsprinzipien aufzubauen, in dem vorliegenden Werk gar nicht berücksichtigt wurden, ist eine nicht unerhebliche Lücke in der vorliegenden Arbeit, die im übrigen durch ihre anschauliche Darstellungsweise und die ihr zugrunde liegende reiche praktische Erfahrung ein klares Bild gibt, von dem, was zur Zeit gilt, und dem, was sich anbahnt. (Fränkel.)

30. Soziale Hygiene.

31. Frauenfrage, Sexualethik.

32. Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht.

33. Gewerbe-, Vereins- und Privatrecht.

34. Politik.

Berichtigung.

Auf S. 660 des B. 55 (3. Heft) ist Zeile 2 v. o. statt 84% und Zeile 6 v. o. statt 40% richtig zu lesen: 47,8% bzw. 32,4%.

Ernst H. Correll

Das schweizerische Täufermennonitentum

Ein soziologischer Bericht

Mit 4 Tafeln. 1925. X, 145 Seiten. Lex.-Oktav, M. 6.—, in Halbleinen geb. M. 8.—.

Inhalt: Vorwort. — I. Historisch-Soziologische Kennzeichnung. — II. Ausbreitung und ökonomisch-sozialer Charakter des Täufermennonitentums. — III. Die täuferische Art in der Schweiz. — IV. Die schweizerischen Täufer im 17. und 18. Jahrhundert. — Die Täuferemigranten im Elsaß, Baden und Kurpfalz, der »elsässische« und »pfälzische« Mennonit im besonderen. — Vorbemerkung. — V. Die Rechtsverhältnisse und ihre Wirkungen. — VI. Die Mennonitische Musterwirtschaft. — Rückblick.

★

Johannes Gerhardt

Arbeitsrationalisierung und persönliche Abhängigkeit

1925. IV, 107 Seiten. Oktav, M. 4.20.

Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, das Grundverhältnis der Abhängigkeit, d. h. das Gebundensein der Eigeninitiative und das Bestimmtwerden durch persönlichen Arbeitsbefehl und sachliche Unterordnung unter den Betriebsgang aufzuheben und die Beziehungen in die der Arbeitende als Einzelpersönlichkeit eingespant wird, in ihrer seelischen Auswirkung zu verstehen. In acht Kapiteln — Zur Psychologie der Abhängigkeit, Arbeitsrationalisierung, die soziologischen Wirkungen der Arbeitsrationalisierung bei Marx, das Taylor-System, Psychotechnik und Eignungsprüfung, Gruppenfabrikation und Werkstattaussiedlung, Anpassungserscheinungen, Möglichkeiten einer Neugestaltung — wird das Problem in seinen verschiedenen Gestaltungen fesselnd und eingehend beleuchtet und der Weg zur Lösung gewiesen.

Wirtschaftsnachrichten, Berlin Nr. 128. 1925.

★

Georg von Below

Probleme der Wirtschaftsgeschichte

Eine Einführung in das Studium der Wirtschaftsgeschichte

*Zweite, photo-mechanisch gedruckte und durch
ein ausführliches Vorwort ergänzte Auflage.*

1926. XXIV, 711 Seiten. Oktav, M. 18.—, in Halbleinen gebunden M. 21.—.

Inhalt: I. Das kurze Leben einer vielgenannten Theorie (über die Lehre vom Eigentum). — II. Die Haupttatsachen der älteren deutschen Agrargeschichte. — III. Die Fürsorge des Staats für die Landwirtschaft. — IV. Ueber Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung der Völker mit besonderer Rücksicht auf die Stadtwirtschaft des deutschen Mittelalters. — V. Die Motive der Zunftbildung im deutschen Mittelalter. — VI. Großhändler und Kleinhändler im deutschen Mittelalter. — VII. Die Entstehung des modernen Kapitalismus. — VIII. Der Untergang der mittelalterlichen Stadtwirtschaft (über den Begriff der Territorialwirtschaft) — IX. Die älteste deutsche Steuer. — Autorenregister. — Sachregister.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Karl Rothenbücher

Ueber das Wesen des Geschichtlichen und die gesellschaftlichen Gebilde

1926. VIII, 140 Seiten. Oktav. M. 7.20.

★

Inhalt: I. Allgemeine Darlegungen. — II. Darlegung an einzelnen gesellschaftlichen Gebilden: 1. Die Familie. — 2. Die Nation. — 3. Der Staat. — 4. Die Kirche. — 5. Die politische Partei. — *Exkurs*: Die menschliche Persönlichkeit und das Geschichtliche. — 6. Die Kultur. — 7. Das Recht. III. Zusammenfassende Darlegungen.

Das Leben kennt anscheinend nur Gegenwärtiges. Allein wir beziehen sehr viel »Geschichtliches«, das in der Vergangenheit gewesen ist oder sich zugetragen hat, in das Gegenwärtige ein. Jener Zweig der Gesellschaftswissenschaft, der, anders als die Geschichtswissenschaft, die Erscheinungen nur in ihrem jeweiligen Sein untersucht, hat Veranlassung zu fragen: Worin besteht das Wesen des in der Vergangenheit Liegenden? Inwiefern kann es in dem Gegenwärtigen irgendwie wirklich vorhanden sein, trotzdem es doch anscheinend »der Geschichte angehört«? Hierbei führt die Untersuchung darauf, daß Werke, die in der Vergangenheit entstanden sind, Ausstrahlungen vergangener Menschen und Wirkungen vergangener Ereignisse in dem »Heutigen« in verschiedener Weise gegenwärtig sein können, daß anderes aber vergangen ist und lediglich in unserer Vorstellung besteht. — Die vorliegende Schrift sucht die hier gegebenen Zusammenhänge zu klären, indem sie daraufhin das Wesen und den Aufbau der wichtigsten menschlichen Verbandseinheiten, der Familie, Nation, Kirche, politischen Partei, des Staats und die Gebilde »Kultur« und »Recht« untersucht.

★

Verlag von J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

DRUCK VON H. LAUPP JR IN TÜBINGEN

61

ARCHIV FÜR SOZIALWISSENSCHAFT UND SOZIALPOLITIK

BEGRÜNDET VON
WERNER SOMBART, MAX WEBER UND EDGAR JAFFE
IN VERBINDUNG MIT
JOSEPH SCHUMPETER UND ALFRED WEBER

HERAUSGEGEBEN VON

EMIL LEDERER

NOV 23 1926

56. BAND. / 2. HEFT.



TÜBINGEN
VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
1926

Band 56.

INHALT DES ZWEITEN HEFTES

(Oktober 1926.)

	Seite
I. ABHANDLUNGEN.	
Rationalisierung als finanzielles Problem. Von Professor Dr. M. J. BONN, Berlin	289
Der Zahlungsbilanzausgleich bei einseitigen Wertübertragungen. Von Privatdozent Dr. MELCHIOR PALYI, Berlin	302
Gesellschaft und Staat. Studie zur Gesellschaftslehre von Franz Oppenheimer. Von Professor Dr. FRITZ SANDER, Prag	339
Die Phänomenologie des Geldwertbewußtseins. (Unter besonderer Berücksichtigung von Gottls Theorie der »Wirtschaftlichen Dimension«.) Von Privatdozent Dr. FOLKERT WILKEN, Freiburg i. B.	417
Genossenschaftswesen in Sowjetrußland. Von Professor Dr. V. TOTOMIANZ, Berlin	470
II. LITERATUR.	
Uebersicht über die neuere Geldliteratur. Von Professor Dr. WILIBALD MILDSCHUH, Prag	498
Francis Ysidro Edgeworth (1845—1926). Von Professor Dr. CARL BRINKMANN, Heidelberg	524
III. LITERATUR-ANZEIGER	531
IV. BÜCHEREINGÄNGE.	566

Voranzeige.

Das 3. Heft des 56. Bandes wird voraussichtlich enthalten:

I. Abhandlungen: 1. Prof. N. D. Kondratieff, Moskau: Lange Wellen der Konjunktur. 2. Prof. Dr. A. Amonn, Prag: Das theoretische System Franz Oppenheimers. 3. Prof. G. A. Studensky, Moskau: Zur Frage der Bestimmung und Berechnung der Intensität in der Landwirtschaft. 4. Dr. V. Gitermann, Zürich: Ursachen der kulturellen Rückständigkeit Rußlands. 5. Dr. Dr. W. Eliasberg, München: Richtungen und Entwicklungstendenzen in der Arbeitswissenschaft. II. II. Literatur: 1. Dr. Carl Landauer, Berlin: Die Krisentheorie und das statische Axiom. 2. Dr. V. Gitermann, Zürich: Kulischers Russische Wirtschaftsgeschichte und Kljutschewskys Geschichte Rußlands.

Zuschriften und Zusendungen sind an Herrn Dr. A. von Schelting für die Redaktion des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik in Heidelberg, Augustinergasse 15, zu richten. Manuskriptsendungen ist Rückporto beizufügen.

Die Aufnahme eines dieser Zeitschrift zur Veröffentlichung angebotenen Manuskripts steht selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß der Verfasser nicht gleichzeitig in einer anderen Zeitschrift denselben Gegenstand behandelt.

Mit Beilagen der Firmen C. L. Hirschfeld, Leipzig, Girsberger & Co., Zürich, G. Braun, Karlsruhe, »Der Deutsche Volkswirt«, Berlin und der Verlagsbuchhandlung.

Rationalisierung als finanzielles Problem *).

Von

M. J. BONN.

Rationalisierung im allgemeinen Sinne des Wortes ist nichts anderes als die Anwendung zweckmäßiger Methoden auf Zweige des menschlichen Lebens, die bis dahin nicht nach solchen behandelt worden sind. Das bedeutet auf der einen Seite die Ausschaltung des Gefühlsmäßigen, auf der andern die Ersetzung des Gewohnheitsmäßigen durch das Rechnungsmäßige, Zweckbewußte. Wenn die Wirtschaft heute von Rationalisierung spricht, so gibt sie damit zu, daß sie zum mindesten zeitweilig ihrem eigenen inneren Wesen untreu geworden ist. Denn die moderne kapitalistische Wirtschaft ist ohne zweckbewußte Einstellung auf Erzielung eines möglichst großen ökonomischen Erfolges unter Aufwand möglichst geringer Mittel nicht denkbar.

Der ökonomische Erfolg ist in der modernen arbeitsteiligen Wirtschaft in letzter Linie in einer möglichst ausgiebigen, möglichst nachhaltigen und möglichst billigen Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu erblicken. Diese Befriedigung erfolgt durch Sachgüter und Leistungen. Die technische Herstellung dieser Sachgüter und die Bereitstellung dieser Leistungen ist die unabweisbare Voraussetzung der wirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung. Sie ist aber nur ihre *V o r a u s s e t z u n g*, nicht ihr *W e s e n*. Denn die technisch vorzüglichste Leistung ist wirtschaftlich nur als Passivum vorhanden, wenn sie aus irgendwelchen Gründen der Bedürfnisbefriedigung nicht zugeführt werden kann, wenn sie z. B. technisch brauchbar, ökonomisch aber, weil zu kostspielig, nicht verkäuflich ist. Technik und Wirtschaft sind in diesem Sinne durchaus nicht gleichbedeutend. Das Ziel der

*) Die Drucklegung dieses Beitrages mußte in Abwesenheit des Verfassers erfolgen, so daß die Verfasser-Korrektur leider unmöglich war. Redaktion.

Technik, höchste Brauchbarkeit für die Befriedigung des in Frage stehenden Bedürfnisses, kann dem Ziel der Wirtschaft widersprechen: ausgiebigste Befriedigung des Bedürfnisses, wenn die Kosten der Erzielung dieser höchsten Brauchbarkeit zu hoch sind, oder wenn die Befriedigung mit geringerer Brauchbarkeit gewinnbringender ist. Im gegebenen Moment hat die Erfahrung oft genug gezeigt, daß technisch verwerflicher Raubbau wirtschaftlich das Gebotene ist. Es mag dabei das Interesse der Gesamtheit scheinbar zugunsten desjenigen der Einzelnen leiden. Aber ohne diese Einschaltung der Einzelinteressen wäre die Entwicklung der Gesamtheit vielfach nicht möglich. Die rücksichtslose, möglichst schnelle Ausbeutung eines Goldfeldes beraubte das in Frage kommende Land in kurzer Zeit seiner Naturschätze. Die Gewinne, die dabei erzielt und zu Kapitalanlagen umgestellt werden, machen indes seine Entwicklung erst möglich. Ohne die Goldindustrie des Randes z. B., die sicher nicht ewig leben wird, wäre der Eisenbahnbau im Innern Südafrikas noch lange nicht erfolgt und die Intensivierung seiner Landwirtschaft wäre unmöglich gewesen.

Rationalisieren kann ein Dreifaches sein: Erzielung einer bestimmten Wirkung mit geringerem Aufwand, Erzielung einer größeren Wirkung mit gleichbleibendem Aufwand, Erzielung einer progressiv zunehmenden Wirkung mit proportional zunehmendem Aufwand. In den beiden ersten Fällen handelt es sich um ein Sparen, beziehentlich um ein zweckmäßigeres Verwenden gegebener Mittel. Im dritten Fall handelt es sich um den Einsatz neuer Mittel. Sparen kann man im wesentlichen nur an drei Dingen: Stoff, Kraft oder Zeit. In wirtschaftlicher Hinsicht stellen Stoff und Kraft in ihren verschiedenen Erscheinungsformen Geldsummen dar, während die Zeit den Umschlag dieser Geldsummen erfaßt.

In einer sozialistischen Wirtschaft fallen technische und ökonomische Rationalisierung im gewissen Sinne zusammen. Die Menge der Produkte und der Leistungen kann nur durch größere Ergiebigkeit der Arbeit vermehrt werden. Die Herstellung einer gegebenen Produktmenge mit geringerem Aufwand kann nur dann erfolgen, wenn entweder die Herstellungsmethoden verbessert oder die Versorgung der Herstellenden vermindert werden. In der kapitalistischen Wirtschaft klaffen die Dinge auseinander. Der Unternehmer muß sein Kapital zum Erwerb des Naturlements, der hergestellten Produktionsmittel und der Löhne verwenden. Der Ueberschuß über die aufgewendeten Kosten gehört

ihm. Je geringer der Preis für fremdes Kapital, das er entleiht, und für fremde Arbeitsleistung, die er kaufen muß, ist, desto größer ist bei gleichbleibenden Preisen der Ueberschuß. Vom Standpunkt des einzelnen Unternehmers gesehen, ist daher ein billiger Preis des Naturelements, ein niedriger Zinsfuß und ein geringer Lohn ein Vorteil. Jede Methode, die die Kosten dieser einzelnen Produktionselemente herabdrückt, erscheint ihm daher leicht als Rationalisierung. Das ist in Deutschland im vergangenen Jahre häufig in Erscheinung getreten. Man ist nicht müde geworden, ein künstliches Herabdrücken des Zinsfußes durch Diskontermäßigung zu verlangen. Man hat dabei vollkommen vergessen, daß das, was hierbei den einzelnen Unternehmer verlockt, ihm nur unter der Voraussetzung nützt, daß seine Konkurrenten davon keinen Gebrauch machen. Eine Herabsetzung des Zinsfußes bedeutet gewiß eine Verbilligung der Kosten der Kapitalaufnahme. Eine Verbilligung der Kapitalaufnahme führt aber zu einer vermehrten Nachfrage nach Rohstoffen und Arbeitsleistung, also einem Anziehen der Preise dieser Dinge. Sie veranlaßt zu einem Durchhalten von Warenvorräten, da jedermann sein Lager zurückhält, wenn er eine Preissteigerung erwartet. In einer verkehrswirtschaftlichen Wirtschaft bedeutet also eine Herabsetzung des Bankzinsfußes den Beginn einer Preissteigerung, seine Heraufsetzung den Beginn des Preisabbaues. Die Dinge sind gerade umgekehrt, wie es der naive, nur auf das eigene Unternehmen eingestellte Unternehmer und die ihm folgende Bürokratie glaubt, die in der Verbilligung des Zinses ein Mittel zum Preisabbau sieht. Sie verwechselt eine *Bewegung* mit einem *Zustand*, da natürlich eine Wirtschaft mit großem Kapitalreichtum einen verhältnismäßig niedrigen Zins hat und als solche günstiger dasteht als eine arme Wirtschaft.

Ähnliche Widersprüche liegen auf dem Gebiete der Löhne. Wenn ein bestimmtes Unternehmen bei gleichen Leistungen niedrigere Löhne zahlt als seine Wettbewerber, so liegt darin selbstverständlich ein Vorteil. Dieser Vorteil ist auch dann noch gegeben, wenn alle Unternehmungen eines bestimmten Fabrikzweiges niedrigere Löhne zahlen als andere Industrien. In der verkehrswirtschaftlichen Welt sind aber die Löhne nicht nur ein Kostenelement; sie sind gleichzeitig das Einkommen der Arbeiter, das in seiner Masse den Markt darstellt. Eine allgemeine Ermäßigung der Löhne bedeutet bei gleichbleibendem Geldwert

nichts anderes als eine allgemeine Verminderung der Kaufkraft. Eine etwaige Erhöhung der Gewinne ist eine Umlegung der Kaufkraft auf verhältnismäßig wenig Personen, deren erhöhte Nachfrage die verminderte Nachfrage nach Massenartikeln nicht ersetzen wird. Auf der andern Seite bedeutet eine ganz allgemeine Erhöhung der Löhne, wenn sie nicht auf Kosten der Gewinne erfolgt, eine rein rechenmäßige Umwertung aller Einkommen, die für den Absatz als solchen nicht in Frage kommt und nur von Bedeutung sein kann, wenn dadurch das innere Preisniveau (gerechnet in Gold) in ein anderes Verhältnis zum äußeren Preisniveau kommt. Findet die Erhöhung auf Kosten der Gewinne statt, so werden auf der einen Seite Absatzverschiebungen in verhältnismäßig geringem Umfang die Luxusindustrie schädigen, während auf der andern Seite unter Umständen die Kapitalbildung verlangsamt werden kann. Daraus würde dann wieder ein steigender Kapitalzinsfuß folgen.

Diese ganzen Vorgänge vollziehen sich indessen in der Praxis nicht als plötzliche, die gesamte Volkswirtschaft in einem einzigen Augenblick durchlaufende Vorgänge. Zwischen den einzelnen Unternehmungen, zwischen den verschiedenen Fabrikationszweigen, zwischen den verschiedenen Preisen gehen Erhöhungen und Senkungen nicht völlig gleichzeitig vor sich. Die zeitliche Spanne ist von der größten Bedeutung. Vor allem aber befinden sich nicht alle Unternehmungen eines Gewerbezweiges und nicht alle Gewerbezweige in der gleichen finanziell-wirtschaftlichen Lage. Diese Unterschiede sind das Entscheidende. Ein steigender Diskontsatz trifft nicht alle Unternehmungen in der gleichen Weise. Diejenigen, die ausschließlich mit eigenem Kapital arbeiten, leiden überhaupt nicht unter ihm. Sie können vielmehr eine Vorzugsrente ansammeln, wenn diejenigen Unternehmungen, die Geld aufnehmen müssen, für die Versorgung des Marktes noch nötig sind. Ist das nicht der Fall, so schreckt der hohe Zinsfuß diejenigen Unternehmungen vom vollen Betrieb ab, die unter ungünstigeren Verhältnissen arbeiten. Die Diskontpolitik, wo sie ungehemmt angewendet wird, zwingt daher dazu, die Produktion in diejenigen Unternehmungen zu verlegen, die finanziell am günstigsten gestellt sind. Sie ist in dieser Beziehung einer der wichtigsten Hebel der wirtschaftlichen Rationalisierung. Sie reguliert überdies auch den allzu hohen Zinssatz. Sie führt nicht nur dazu, daß Leihgeld vom Ausland hereinkommt, der

Vorrat so vermehrt und der Wechselkurs gebessert wird, sie vermindert gleichzeitig durch Abschreckung die Nachfrage nach Kapital.

Nicht anders wirken hohe Löhne. Wenn in einem Lande die Löhne durch Tarifverträge geregelt werden, so bedeutet die verhältnismäßige Gleichheit aller Löhne in allen Unternehmungen des gleichen Gewerbes eine Auslese bei schlechter Marktlage. Die Produktion konzentriert sich auf diejenigen Unternehmungen, die die hohen Löhne aus den Erlösen zu zahlen vermögen. Sie führt dadurch zu einer gleichbleibenden, ja vielleicht sogar zu einer zunehmenden Ausbeutung ihrer Anlagen und wirkt damit produktionsfördernd, d. h. verbilligend. Selbst wenn die Lohn-gleichheit in den verschiedenen Unternehmungen des gleichen Zweiges eine absolute wäre, würde sich ganz naturgemäß in den besseren Unternehmungen die bessere Arbeiterschaft zusammenfinden, da diese Unternehmungen imstande wären, durch bessere Ausrüstung die Arbeit bequemer und für das Unternehmen ergiebiger zu gestalten. Dazu kommt, daß hohe Löhne, gerade wenn sie als Kosten betrachtet werden, zur Einführung arbeitsparender Maschinen zwingen. Der Uebergang zu diesen Maschinen ist wegen der damit verbundenen Kapitalaufwendung nicht allen Unternehmungen gleichzeitig möglich, sondern nur den bestgestellten. Sie erreichen dadurch, daß sie bei gleichbleibenden Kosten für den einzelnen Arbeiter den Anteil des Lohns durch Streuung über eine zunehmende Menge von Produkten vermindern und dadurch die Produktion als Ganzes verbilligen. Fallende Preise bei gleichbleibenden oder steigenden Gewinnen in einer einzelnen Industrie leiten aber ihrerseits eine weitgehende Rationalisierung aller anderen Industrien ein. Denn wenn die Preise einer bestimmten Warengattung nicht unerheblich sinken, ohne daß eine wesentliche Aenderung der Einkommen der Bevölkerung eingetreten ist, so wird nicht der Absatz dieser Ware in dem gleichen Maß zunehmen, der der Kaufkraft der ursprünglich für seine Beschaffung ausgesetzten Einkommensteils entspricht; es wird vielmehr Einkommen frei. Fielen die Getreidepreise plötzlich um 50%, so würde das nicht besagen, daß doppelt so viel Brot konsumiert wird, weil das gleiche Einkommen doppelt so viel Brot kaufen kann. Vielmehr wird nur eine relative Zunahme stattfinden, während die freigewordenen Einkommensteile sich anderen Waren zuwenden und deren Produktion durch steigende Preise an-

stacheln. Wieweit der Umfang dieser Bewegung geht, ist nicht abzuschätzen, da jede Preisverschiebung wellenförmig Verschiebungen anderer Preise zur Folge hat.

Selbstverständlich muß man sich klar darüber sein, daß die Ersetzung von Arbeitern durch Maschinen die betreffenden Arbeiter in einem gegebenen Moment vielfach überflüssig macht und damit zu einer Lohndrückung führen könnte. Das muß aber nur so sein, wenn der Uebergang in allen Unternehmungen des gleichen Gewerbezweiges gleichzeitig vor sich geht. Selbst wenn das der Fall wäre, so braucht es doch nur eine vorübergehende Verschiebung zu bedeuten. Einmal verlangt die vermehrte Nachfrage bei fallenden Preisen die Ausdehnung der Produktion, die über den ursprünglichen Zuwachs, den die Maschine gebracht hat, hinausgehen kann. Vor allen Dingen aber erzeugen Maschinen sich nicht selbst. Es ist zu ihrer Herstellung eine gewaltige Vorarbeit zu tun, die, einerlei welche Maschinen es auch seien, in die Kohlen- und Eisengruben hineinführt. Zum andern setzt aber der gesteigerte Absatz bei fallenden Preisen gesteigerte Rohstofflieferungen voraus, deren Erzeugung ebenfalls gewaltiger Arbeitsmengen bedarf. Ob ein Ersatz im vollen Umfang stattfinden kann oder nicht, mag vielleicht in letzter Linie von dem Tempo der Bevölkerungszunahme in den betroffenen Gebieten abhängen. Wenn diese Zunahme die maximale Größe erreicht, deren die menschliche Rasse fähig ist, dann mag es vielleicht Schwierigkeiten geben. Da aber diese Zunahme nirgends praktisch wirksam und keinesfalls naturgesetzlich notwendig ist, so wird es sich immer nur um Uebergangserscheinungen handeln. Die Entwicklung der englischen Baumwollindustrie zu Anfang des 19. Jahrhunderts hat den Baumwollanbau als Massenproduktion zur Folge gehabt und damit die Negersklaverei in den Vereinigten Staaten eigentlich erst hervorgerufen. Hätte diese Sklaverei nicht bestanden, so daß die Entwicklung mit europäischen Arbeitskräften hätte vollzogen werden müssen, so wäre das ganze Bevölkerungsbild der Welt vielleicht ein anderes geworden.

In der Vergangenheit hat die Arbeiterschaft zweifelsohne der Ersetzung ihrer Arbeitskraft durch die Maschine mit großem Mißtrauen gegenübergestanden. Es gibt auch heute noch Fälle, wo sie sie verhindert und den Achtstundentag und den tarifmäßigen Zeitlohn (im Gegensatz zum Stücklohn) zur Kontingentierung der Produktion auszunutzen sucht, um bei verhältnismäßig hohen

Preisen die Beschäftigung einer bestimmten Anzahl von Arbeitern zu garantieren. Das ist nach den Erfahrungen der Vergangenheit psychologisch durchaus begreiflich. Diese psychologischen Widerstände werden sich aber nur dadurch überwinden lassen, daß von seiten der Unternehmer nicht der Versuch gemacht wird, die Rationalisierung dem Arbeiter gegenüber als Stundenverlängerung und Lohnkürzung erscheinen zu lassen. Immerhin ist es von großem Interesse, daß heute die Arbeiterschaft, z. B. bei den Erörterungen über den englischen Kohlenbergbau, die Rationalisierung fördert und die Widerstände zum Teil bei den Unternehmern liegen.

In letzter Linie gehen die Befürchtungen der Arbeiterschaft, daß Rationalisierung die Ersetzung der Arbeitskraft durch die Maschine sei und die Arbeitslosigkeit erhöhe, auf ganz bestimmte, beschränkte Erfahrungsreihen zurück. Die Verdrängung des Handspinnners und des Handwebers durch die mechanische Spinnerei und Weberei haben zweifelsohne die moderne Industriekrise zuerst deutlich gemacht, obwohl man demgegenüber betonen könnte, daß die Zahl der heute in den Fabriken beschäftigten Spinnerei- und Webereiarbeiter ein Vielfaches derjenigen ist, die Handweberei und Handspinnerei je beschäftigt haben. Und das gleiche dürfte sicher für die Verdrängung der Fuhrleute durch die Eisenbahn zutreffen. Das ist aber gar nicht das Entscheidende. Ein großer Teil aller Rationalisierungsbestrebungen setzt die Einrichtung ganz neuer Gewerbezweige voraus, selbst wo sich die Erfindungen nicht ausschließlich auf ganz neue Erwerbsarten beziehen. Der Telegraph und das Telephon haben niemanden verdrängt. Und wenn man auch zugeben mag, daß die Filme das Theater schädigen, so ist das Radio doch im wesentlichen keine verdrängende, sondern eine zusätzliche Kunst. In letzter Linie handelt es sich um die Frage, ob die Rationalisierung nur bestehende Kräfte ersetzt oder ob sie durch Erschließung neuer Stoffe bestehenden Kräften und zusätzlichen Kräften neue Arbeitsmöglichkeiten liefert. Wie die Entdeckung der neuen Welt mit ihren unberührten Hilfskräften der menschlichen Arbeit Konsumtiv- und Produktivstoffe zur Verfügung gestellt hat, deren Ergiebigkeit im Verhältnis zu den Kosten sehr viel höher war als früher, so geht die moderne Entwicklung dahin, durch den allgemeinen Rationalisierungsprozeß der Welt entweder Methoden zu liefern, durch die man bekannte Stoffe so ergiebig behandeln

kann, daß sie über die hohen Arbeits- und Kapitalkosten hinaus steigende Erträge geben, oder daß man neue Stoffe und damit neue Produktivitätsmöglichkeiten findet, denen die Arbeit bei gleichbleibenden oder fallenden Kosten größere Ergiebigkeit abzugewinnen vermag. Wenn man durch Züchtung eines Weizens, der in hundert Tagen reift, viele Quadratmeilen brauchbaren Weizenlandes im kanadischen Norden neu gewinnen kann, so ist das das gleiche als wenn es möglich wird, durch Stickstoffgewinnung aus verhältnismäßig wertlosen Stoffen die landwirtschaftliche Produktion Europas zu verbilligen.

Die moderne Entwicklung bedeutet nichts anderes als daß das Naturelement bei gleichbleibender Ergiebigkeit entweder mengenmäßig vergrößert wird, oder daß seine Ergiebigkeit erhöht wird, oder daß bei gleichbleibender Ergiebigkeit seine Ausbeutung mit geringeren Kosten vollzogen wird. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß der Rationalisierungsprozeß, auch wenn er zeitweise Arbeitslosigkeit verursacht, nur als Umstellungsprozeß zu betrachten ist. Aber auch unter diesen Umständen ist er sozial nur möglich, wenn diejenigen, die von den Kosten unmittelbar betroffen werden, sie nicht ausschließlich zahlen müssen.

Die moderne kapitalistische Wirtschaft ist, rein politisch gesehen, nicht imstande, die Arbeitslosigkeit zu ertragen, wenn sie ausschließlich auf die Arbeitslosen fällt. Sie kann es wirtschaftlich nur, wenn die Arbeitslosen in vernünftigen Maße von der Gesamtheit entschädigt werden. Sonst sind nicht nur die psychologischen Widerstände gegen die Rationalisierung viel zu groß: sie wird auch wirtschaftlich unmöglich. Denn die Arbeitslosigkeit, die mit Einkommenslosigkeit verbunden ist, erzeugt, wie eine Schneeballkollekte, ihrerseits wieder Arbeitslosigkeit. Wenn die 1½ Millionen Arbeitsloser in England aus dem Konsum des Landes ausgefallen wären, so wären die Einkommen aller derer, die für ihre Bedürfnisse sorgten, ebenfalls vermindert und deren Kaufkraft fortlaufend unterbunden worden.

Daraus ergibt sich also, daß ein Rationalisierungsprozeß nur dann erfolgreich ist, wenn der Einkommensausfall, der durch ihn entsteht, durch anderweitige Einkommenssteigerung mehr als aufgehoben wird. Diese Rationalisierung hätte als Einkommenssteigerung nur einen bedingten Erfolg, wenn sie nur zur Steigerung der Gewinne führt, weil die Gewinne eine Zuleitung der Kaufkraft zum Massenabsatz nur auf einem Umweg voll-

ziehen. Vielmehr muß sie in der Verbilligung des betreffenden Produkts so zum Ausdruck kommen, daß bei gleichbleibendem Einkommen der übrigen Bevölkerung die Nachfrage nach Produkten ganz im allgemeinen so wächst, daß der ganze oben geschilderte Auftrieb zur Produktionsverstärkung eintritt.

Die europäische Wirtschaft steht hinter der überseeischen, insbesondere der amerikanischen dadurch zurück, daß dort die Ergiebigkeit des Naturelements dem gleichen Quantum aufgewendeter menschlicher Arbeit einen größeren Ertrag zusichert und damit gleichzeitig einen Ansporn darstellt, die Ergiebigkeit dieser Arbeit durch Einschaltung kapitalistischer Produktivmittel zu vermehren. Die westeuropäische Wirtschaft unterliegt, was ihre eigentlichen Grundstoffe betrifft, wenn nicht dem Gesetze des abnehmenden Ertrags, wie etwa vielfach im Kohlenbergbau, so doch dem Gesetz der ungünstigsten Produktionskosten. Die europäische Landwirtschaft sowohl als die europäische schwere Industrie im weitesten Sinne des Wortes produzieren, soweit das Naturelement in Frage kommt, gegenüber den Vereinigten Staaten mit größeren Kosten, ein Nachteil, der durch niedrigere Löhne nur zum Teil ausgeglichen wird. Denn diese niedrigen Löhne stellen einen verengten inneren Markt dar. Ueberseeische Nahrungsmittel und überseeische Rohstoffe kosten indes heute in Europa nur den verhältnismäßig unerheblichen Frachtsatz mehr als in den Vereinigten Staaten, wenn Europa sie sich nicht selbst verteuert. Die europäische, insbesondere die deutsche Wirtschaftspolitik erhöht indes durch Getreidezölle, durch Kontingentierung der Gefrierflescheinfuhr u. a. die Kosten der Arbeit um den Zollbetrag, ohne damit ihre Ergiebigkeit zu steigern. Sie steigert dadurch gleichzeitig in einem kapitalarmen Lande den Wettbewerb um Kapital, indem sie der Landwirtschaft vorspiegelt, der Zweck der hohen Preise sei Intensivierung, d. h. also Steigerung der Erträge durch Anwendung von Kapital. Sie würde dabei, wenn sie wirklich erfolgreich wäre, die Landwirtschaft schädigen. Eine Erhöhung der inneren Produktion würde zum mindesten in einem guten Jahr den der Weltwirtschaft als Ganzes zur Verfügung stehenden Getreidevorrat so vermehren, daß der Weltpreis sinken müßte. Selbst wenn die Zölle die fremde Einfuhr fernhalten könnten, würde zwar die volle Spannung zwischen Inlandpreis und Auslandspreis eintreten, die innere Erhöhung aber auf einen Auslandspreis gesetzt werden, der bereits ent-

sprechend gedrückt ist. Während die Rationalisierung der Landwirtschaft ohne künstliche Maßnahmen in dem richtigen Ausmaß eintreten muß, daß nämlich kapitalkräftige, leistungsfähige Betriebe auf Grund der Weltmarktpreislage die Wirtschaft intensivieren und damit einen größeren Ertrag erzielen, der bei gleichbleibenden Preisen, dem Gesetz der abnehmenden Generalkosten folgend, höhere Gewinne abwirft, wird durch eine nicht durchdachte Wirtschaftspolitik die Rationalisierung falsch geleitet.

Noch stärker tritt das auf dem Gebiete der Industriepolitik zutage. Die Grundstoffe des deutschen Wirtschaftslebens, Kohle und Eisen, sind entweder zollmäßig geschützt oder kartellmäßig gebunden. Der Inlandpreis kann dadurch immer über dem Auslandspreis gehalten werden. Das ist die »umgekehrte Rationalisierung«; es bedeutet die Verteuerung sämtlicher Grundstoffe für das Wirtschaftsleben. Auch wenn den Fertigfabrikaten gelegentlich Rückvergütungen im Ausmaß der Preiserhöhung gegeben werden, so kann diese Rückvergütung ja nur die unmittelbaren, nicht die mittelbaren Preiserhöhungen erfassen. Wo sie dazu führt, daß der fremden Industrie Halbfabrikate billiger geliefert werden als der deutschen, stellt sie überdies eine Rationalisierung der fremden Wirtschaft auf Kosten des deutschen Steuerzahlers oder des deutschen Konsumenten dar.

Dazu kommen aber noch zwei weitere Punkte. Jede einigermaßen weitgehende Kartellierung muß eine Preisfestsetzung erstreben, bei der ein Reinertrag über die sogenannten Selbstkosten auch der ungünstigsten Werke noch erzielt wird. Selbstkosten sind ein sehr elastischer Begriff. Sie pflegen die Kosten der Kapitalbeschaffung der verschuldeten Werke mit zu enthalten und damit auch die Kosten einer übergroßen, rein fiktiven Kapitalisierung. Die Preise müssen dann so hoch gestellt werden, daß der Konsument die Verzinsung und Rückzahlung eines Kapitals mit übernimmt, das nie in das Unternehmen hätte hineingesteckt werden müssen und das längst verloren wäre, wenn der Konsument nicht zu seiner Rückerstattung an diejenigen, die es verloren haben, gezwungen wäre. Die Kartellierung macht dabei die Ausmerzung der wirtschaftlich Untüchtigen unmöglich. In einer freien Wirtschaft vollzieht sich der Rationalisierungsprozeß so, daß in Zeiten der schlechten Konjunktur die finanziell und technisch schlecht gestellten Werke die Produktion aufgeben müssen und damit Raum für die Ausdehnung des Absatzes der besseren Werke

gewähren. Die Vergrößerung des Absatzes erlaubt diesen dann die Ausnutzung der bestehenden Produktionsanlagen, die in normalen Zeiten nur in ganz seltenen Fällen bis zur letzten Grenze ausgenutzt werden. Das führt zu einer Preissenkung, die zur Ueberwindung der Krise dient, ohne die Gewinne der leistungsfähigen Werke, es sei denn auf kurze Zeit, aufzugeben. Die Produktionseinschränkung, die bei den kartellierten Unternehmungen nach einem bestimmten Prozentsatz vorgenommen wird, bedeutet die Rationierung, aber nicht die Rationalisierung der Krise. Sie führt dazu, daß alle Werke nur halb ausgenutzt werden können und daß dadurch selbst die guten Werke mit steigenden Produktionskosten arbeiten. Die Krise wird somit zu einer sinnlosen Krise, sofern der mangelnde Absatz nicht dadurch überwunden wird, daß die Preise der Kaufkraft der Konsumenten entsprechend gesenkt werden. Sie bleiben vielmehr so hoch, wie sie nur irgendwie gehalten werden können, wobei die Spannung zwischen Kosten und Preisen ungünstiger wird. Ueberdies führt die Kartellierung dann nicht nur zu einer Fortdauer der falschen Kapitalisierung, sondern zu ihrer Ausdehnung. Die besseren Werke können ihre Produktionsfähigkeit nur voll ausnutzen, wenn sie die ihnen zugewiesenen Quoten vergrößern. Zu diesem Zweck müssen sie sie kaufen. Statt daß in einer Krisenzeit die schlechten Werke ausfallen — die Kosten der Arbeitslosigkeit müssen sowieso auf die Allgemeinheit genommen werden — und die guten Werke nach der Krise mit sehr viel niedrigeren Produktionskosten zu billigeren Preisen arbeiten können, ohne daß sie ihr Kapital haben vermehren müssen, müssen sie jetzt ihr Kapital vermehren, indem sie den erfolglosen Wettbewerbern das Quotenrecht vergüten. Sie kapitalisieren so den Verlust der erfolglosen Unternehmer und belasten sich und die Volkswirtschaft damit.

Betrachtet man die Rationalisierung von der technischen Seite, so handelt es sich darum, menschliche Bedürfnisse an Sachgütern und Leistungen möglichst reichlich zu befriedigen, d. h. also unter möglichst geringem Verbrauch an solchen. Oekonomisch bedeutet es, daß eine gegebene Menge an Sachgütern zu einem möglichst niedrigen Preise für den Konsum bereitgestellt werden kann, was nur bei möglichst geringen Kosten möglich ist. Es handelt sich also um ein Doppeltes: Um Bereitstellung einer möglichst großen Menge von Sachgütern und um Bewertung dieser Sachgüter mit einem möglichst geringen Preis. Daraus ergibt sich

ohne weiteres, daß das Rationalisierungsproblem letztlich ein Bewertungsproblem ist. Soweit es sich dabei um die letzten in den Konsum eingehenden Güter handelt, liegt keine Schwierigkeit vor. Ganz anders aber ist es bei der Bewertung der Produktionsanlagen. Setzt man für sie die Kosten ein, die ihre Herstellung gekostet hat oder im Augenblick verursachen würde, so hat man sie damit scheinbar richtig bewertet. Diese Bewertung ist aber nur aufrecht zu erhalten, wenn aus dem Produktionsprozeß nach Abzug aller Kosten ein Reinertrag übrig bleibt, der, mit dem üblichen Kapitalisierungsfaktor multipliziert, den angesetzten Wert erreicht. Man hat dann scheinbar die Substanz richtig errechnet. In Wirklichkeit aber kennt das Wirtschaftsleben keine gleichbleibende Substanz, sondern nur wechselnde Wertsummen. Bei gleichem Geldertrage ändert sich die Bewertung mit dem Satze, der der Kapitalisierung zugrunde gelegt wird. Das gleiche Vermögensstück ist, kapitalistisch gesprochen, bei einem Zinsfuß von 5%, wenn man mit 20 kapitalisiert, $66\frac{1}{2}\%$ weniger wert als wenn man zu 3%, Kapitalisierungsfaktor $33\frac{1}{3}\%$ kapitalisiert. Mit der Bewegung der Zinssätze für dauernde Anlagen ändert sich nicht nur die Rentabilität einer gegebenen Geldsumme, also deren Rente, es ändert sich auch mit dieser veränderten Rentabilität der Kapitalwert einer gegebenen Rente. Die Verschiebung der Zinssätze führt also immer wieder zu einer Umwertung der Kapitalien, eine Umwertung, die scheinbar ohne Verdienst des einzelnen ihm bei fallendem Zinsfuß, wenn die Gesellschaft reicher wird, zu Vermögenserhöhungen wird und bei sinkendem Zinsfuß zu Vermögensschwund. Die automatische Zunahme läßt man sich selbstverständlich gefallen und betrachtet sie gern als Zeichen der eigenen Tüchtigkeit. Den automatischen Schwund will man nicht wahrhaben. Man möchte die Kapitalien in ihrer ursprünglichen Höhe forterhalten und sucht den Reinertrag so zu steigern, daß nicht nur die ursprüngliche Rente, sondern eine dem gesteigerten Zinsfuß entsprechend erhöhte Rente erwirtschaftet wird. Da aber Zeiten eines steigenden Zinsfußes Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten sind, so kann man dieses Ziel nur erreichen, wenn man vermehrten Absatz erzielt. Vermehrter Absatz läßt sich aber nur erreichen, wenn man die Kosten vermindert. Diese Kostenverminderung ist zweifelsohne vielfach durch technischen Fortschritt zu bewirken. Technische Fortschritte aber bedingen neue Kapitalaufwendungen. Neue Kapitalaufwendungen sind aber

nicht möglich, wenn die vorhandenen Kapitalanlagen sich nicht verzinsen. D. h. mit andern Worten, daß die Voraussetzung einer weitgehenden Rationalisierung in vielen Fällen die Abschreibung, oder besser gesagt die Abwertung des bereits vorhandenen Kapitals ist. Tut man das, dann hat man einmal nur eine geringere Rente zu erwirtschaften; man erscheint dann infolge der dadurch möglichen hohen Dividende besonders kreditwürdig. Man kann aber auch billiger produzieren und niedrigere Preise verlangen. Wie das Unternehmen, das keine Schuldzinsen bezahlen muß, demjenigen gegenüber im Vorteil ist, das verschuldet ist und daher die Kapitalbeschaffungskosten in seine Preise mit einrechnen muß, so ist das Unternehmen, das unter sonst gleichen Umständen seine Kapitalanlagen niedriger bewerten kann als ein anderes, demselben als Wettbewerber überlegen. Es kann bei niedrigeren Preisen bestehen, ohne einen Verlust aufzuweisen, und unter Umständen sogar nach Deckung der Kosten einen Gewinn abführen. Der Versuch, durch kartellistische Wirtschaftspolitik Preise hochzuhalten, verzögert daher die Rationalisierung nicht bloß, weil er den Preissturz verhindert und damit den Uebergang der Produktion zu den besten Unternehmungen aufhält, er erschwert sie besonders auch dadurch, daß er eine falsche Finanzierung ermöglicht, eine Finanzierung, die die Produktionsanlagen mit Geldsummen bewertet, die nur bei niedrigsten Preisen bei gewaltig gestiegenem Umsatz verzinst werden könnten und damit gleichzeitig zu Preisen zwingt, die die Ausdehnung verhindern.

Wenn das Ziel jeder Rationalisierung die Herstellung der größtmöglichen Menge billiger Ware ist und sein muß, dann muß es durch Steigerung des Absatzes erreicht werden. Dann ergibt sich daraus eine Bewertung der produzierenden Kapitalstücke, die durch die restlose Ausnutzung weit über die Herstellungskosten gesteigert werden kann.

Der Zahlungsbilanzausgleich bei einseitigen Wertübertragungen.

Von

MELCHIOR PALYI.

I.

Das Problem der Uebertragung von Wertsummen aus einer Volkswirtschaft in die andere (die sog. Transferfrage) soll hier nicht in vollem Umfang zur Diskussion gestellt werden. Die Einschränkung der Fragestellung ist freilich nicht rein begrifflich gemeint: alle Arten einseitiger Wertübertragungen sind zu erörtern. Mithin fallen darunter sowohl die sog. internationalen Kapitalwanderungen im Sinne der Kreditgewährung, bzw. der Tilgung und Verzinsung von Krediten, als auch einseitige Wertübertragungen im engeren Sinne, die nicht auf vorheriger Kreditgewährung beruhen und auch in Zukunft nicht zurückgezahlt werden sollen (Auswanderersendungen, Reparationen, Kontributionen, Subventionen usw.). Eine begriffliche Einschränkung ergibt sich dagegen für das folgende insoweit, als die sog. kommerziellen Kredite sinngemäß außer Betracht bleiben. Das sind bekanntlich ihrem Wesen nach mehr oder weniger kurzfristige Kredite, deren Charakteristikum darin besteht, daß sie nicht originäre Kapitalhergabe, sondern im Anschluß an Warengeschäfte erwachsende Finanzierungsvorgänge bedeuten; sie sind von Haus aus nicht an Zins-(Profit-)Unterschieden, sondern eher an Warenpreisdifferenzen orientiert; den Güterumsatz sollen sie fördern oder überhaupt erst ermöglichen. Freilich kann auch dabei ein »Transferproblem« erwachsen, wenn die fragliche Kreditgewährung schlechthin zur Voraussetzung oder zur treibenden Kraft des Warenaustausches wird. Dann hat sie ihre »kommerzielle« Eigenart verloren und stellt eben eine »primäre« Art Kapitalwanderung dar.

Der Unterschied zwischen primären und sekundären Kapitalwanderungen, d. h. zwischen solchen, die dem Güteraustausch vorangehen, und solchen, die diesem nachfolgen, ist gewiß flüssig. Um so flüssiger, je mehr die Kreditgewährung und die Bedingungen derselben wesentliche Voraussetzungen für das Zustandekommen des Warengeschäftes sind. Der Unterschied kann so gut wie verschwinden, wenn z. B. langfristige Kredite — wie es in dem Kapitalverkehr mit China häufig vorkam ¹⁾ und von merkantilistisch orientierter Seite in kapitalgebenden Ländern immer wieder empfohlen wird ²⁾ — an die Bedingung bestimmter Warenabnahme geknüpft ist. Alle Grenzfälle jedoch ändern nichts an der Grundtatsache der begrifflichen Verschiedenheit. Sie läßt sich auch so formulieren, daß bei sekundären Krediten der Weg, auf dem diese übertragen werden, d. h. die Güter nach Art und Quantität, deren Wert kreditiert wird, bereits im voraus bestimmt sind; bei primären Kapitalwanderungen ist das nicht der Fall und folglich muß die Form der Uebertragung erst noch gefunden werden, was ja gerade den Inhalt des Transferproblems bildet.

Die zwischenstaatlichen Kredite interessieren uns hier überhaupt nur soweit, als ihre Uebertragung das jeweils bestehende Gleichgewicht der Zahlungsbilanz zu stören vermag. Das Gleichgewicht ergibt sich aus dem Verhältnis der (sichtbaren und unsichtbaren) Ex- und Importe zueinander, wie es sich in einem gegebenen Zeitpunkt oder für eine Zeitperiode herausgebildet hat. Nur »zusätzliche« Kapitalein- und -ausfuhr, die das bestehende Gleichgewicht verändert, bzw. einen Ausgleich auf der jeweiligen Gegenseite der Bilanz erfordert, kommt hier in Betracht. Daß dabei kleine Posten keine Rolle spielen, bedarf wohl kaum der Begründung. Es kommen aber fernerhin auch diejenigen internationalen Kapitalwanderungen nicht in Frage, die gerade zu dem Zwecke erfolgen, um bestehende Unebenheiten der Zahlungsbilanz zeitweilig auszugleichen. Damit sind zunächst die »auto-

¹⁾ Vgl. I. V. A. M u r r a y, Problems of foreign Capital in China, in »Foreign Affairs« April 1925, S. 411 ff. Besonders haben solche Methoden die Franzosen vor dem Kriege gepflegt: so haben sie z. B. 1910 handelspolitische Vorteile gegen Dänemark mit der Drohung des Zulassungsverbotes für dänische Anleihen durchgesetzt; vgl. J. B. E b l e n, Die Politik des auswärtigen Handels. Stuttgart 1925, S. 90 f.

²⁾ So neuerdings von dem Franzosen René M a s s e, La Production des Richesses, Paris 1925.

matisch einsetzen den Kreditgewährungen gemeint, welche z. B. als »Zinsarbitrage« Zinsfußunterschiede ausnutzen, die aus Störungen des Zahlungsbilanzgleichgewichts kurzfristig erwachsen; ferner gehören auch künstlich, d. h. durch bewußte wirtschaftspolitische Leitung herbeigeführte Kredittransaktionen dazu (Valutakredite, devisenpolitische An- und Verkäufe usw.), die denselben Zweck verfolgen. Denn in allen Fällen dieser Art ist die Wertübertragung die Folge einer bereits bestehenden »Störung« der Zahlungsbilanz, statt die Ursache zu sein, die uns hier ausschließlich beschäftigen soll.

Aus dem gleichen Grunde soll hier auf Kapitalwanderungen bei veränderlichem Währungskurs nicht eingegangen werden. Denn bei sinkendem und steigendem Wechselkurs ergeben sich naturgemäß einseitige Wertübertragungen, die zwar insofern »primär« sind, als sie nicht im Anschluß an den Warenverkehr, sondern zur Ausnutzung von Kursdifferenzen, ferner zwecks »Kapitalflucht« usw. erfolgen, im übrigen aber ebenso wie die Zinsarbitrage eine Folge des bereits gestörten Gleichgewichts darstellen. Ähnlich verhält sich die Sache auch dann, wenn etwa ein Inflationsland zwecks Währungssanierung oder überhaupt zur Deckung eines unelastischen Passivpostens seiner Zahlungsbilanz fremde Kredite in Anspruch nimmt; hier besteht wiederum insofern kein Transferproblem, als die zusätzliche Wertübertragung zwecks Ausgleichs erfolgt, nicht aber ihrerseits einen Ausgleich erforderlich macht. Damit haben wir die Formulierung für unsere Fragestellung: welche Wertbewegungen sind erforderlich oder treten ein, um eine bei bestehendem Zahlungsbilanzgleichgewicht einsetzende Kapitalübertragung auszugleichen? Für diese Fragestellung scheiden labile Währungsverhältnisse aus dem genannten Grunde aus; es wird also, praktisch gesprochen, Gold- oder Goldkernwährung, d. h. ein stabiler, allenfalls innerhalb der Goldpunkte veränderlicher Wechselkurs vorausgesetzt. Die Besonderheiten und Komplikationen, die sich bei schwankendem Kurs zeigen, sollen hier grundsätzlich unberücksichtigt bleiben, was keineswegs eine Unterschätzung ihrer historischen und theoretischen Wichtigkeit bedeutet. Wohl ist es aber naheliegend, daß es für die wirtschaftspolitisch relevante Fragestellung heute und in absehbarer Zukunft auf Goldwährungsverhältnisse ankommt; ferner ist es auch

klar, daß die Komplikationen bei labilem Wechselkurs erst geklärt werden können, wenn der »normale« Lauf der Dinge beleuchtet ist. Schließlich ist die Beschränkung auf Goldwährungsverhältnisse in dieser Darstellung auch deswegen gerechtfertigt, weil die grundsätzliche Frage des Transfers durch die außerordentliche Mannigfaltigkeit der valutarischen Eigenarten einer Zahlungsbilanz bei schwankendem Wechselkurs wesentlich erschwert wird. Es sei nur auf das bereits berührte Problem der Elastizität der Zahlungsbilanz hingewiesen; die bei schwankender Währung zum Ausgleich einsetzenden internationalen Zahlungen haben sehr verschiedenen Charakter und andere Bedeutung, je nachdem das untervalutarische Land durch Aenderungen der Import- oder der Exportseite seiner Zahlungsbilanz und Anpassung derselben an den veränderten Wechselkurs in kürzerer oder längerer Zeit in vollere oder ungenügendem Maße von sich aus den Ausgleich zu schaffen vermag. — Freilich sind es aber gerade schwankende Währungsverhältnisse gewesen, bei denen das Problem des Zahlungsbilanzausgleichs das Interesse erweckte. Verständlicherweise: die gestörte Funktion pflegt jeweils die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken³⁾.

II.

Die Frage nach der Form, in der die Uebertragung stattfindet, braucht hier nicht des näheren diskutiert zu werden. Nur der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, daß primäre Kapitalwanderungen eine der folgenden Formen annehmen müssen, um transferiert werden zu können⁴⁾. 1. Das Schuldner-

³⁾ Die Grundfrage bei jeder Währungssanierung ist ja bekanntlich, ob und wie die Zahlungsbilanz »von sich aus« das Gleichgewicht zu schaffen vermag, durch selbsttätige Anpassung der Einfuhr oder der Ausfuhr, oder ob es der vorangehenden »künstlichen« Stabilisierung bedarf, um das Gleichgewicht herzustellen. Daß das erstere in entwicklungsfähigen Agrarländern, sei es durch Steigerung des Exportes oder durch Beschränkung der Einfuhr möglich ist, zeigen die Untersuchungen von J. H. Williams über »Argentine international Trade under inconvertible paper-money, 1880—1900«, Cambridge, Mass. 1920, sowie die von James W. Angell über den Außenhandel der Vereinigten Staaten im Sezessionskriege (»International Trade under inconvertible paper« in »Quarterly Journal of Economics«, XXXVI, 1922, S. 359 ff.). Daß aber sonst eine entwertete Währung den automatischen Ausgleich keineswegs herbeiführt, darüber ist insbesondere M. J. Bonn, Stabilisierung der Mark, Berlin 1922, zu vergleichen; ferner B. Nogaro, La monnaie, Paris 1924, S. 210 f.

⁴⁾ Vgl. I. A. Cairnes, Some leading Principles of Political Economy, S. 431 ff.; Bogg's, International trade balance in theory and practice, New

land benutzt den neuen Kredit, um bereits vorhandene Schulden — gleichgültig welcher Art — damit auszugleichen. Diese früheren Schulden hätten sonst irgendwie beglichen werden müssen. Dann bedeutet die Kapitalwanderung eine *A b n a h m e* aller *I m p o r t e*, die im Gläubigerlande sonst stattgefunden hätten und nunmehr ausbleiben. 2. Das Schuldnerland läßt sich sein neues Guthaben in »bar« auszahlen. Unter heutigen Verhältnissen kann das nur in Gold und Golddevisen, ferner im beschränkten Umfange in Banknoten und Devisen überhaupt, schließlich im Verkehr mit Ostasien sowie in dem Umlaufgebiet des Maria-Theresien-Talers (insbesondere Abessinien) in Silber erfolgen. 3. Das Schuldnerland benutzt das Guthaben im Gläubigerlande, um von diesem Sachgüter oder Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Die Ausfuhr des Kreditgebers nimmt entsprechend zu, ohne daß seine Einfuhr in der gleichen Periode ebenfalls zunehmen würde. Umgekehrt, aber wesensgleich, verläuft der Vorgang, wie schon angedeutet, bei effektiver Schuldentilgung bzw. -verzinsung. 4. Das Guthaben wird von seiten des Schuldners benutzt, um damit die Schulden in einem dritten Lande zu begleichen oder neue Importe aus demselben zu beziehen. Dann geht das Guthaben auf dieses dritte Land über, welches nun seinerseits entweder direkt auf einem der genannten Wege oder wiederum indirekt durch Vermittlung vierter oder fünfter Länder den Kredit verwertet, der aber letzten Endes beim Gläubigerland in Importbeschränkung oder Exportvermehrung (von Geld, Gütern und Dienstleistungen) mündet. Mit Ausnahme des Falles 5, wenn nämlich das Schuldnerland sein Guthaben in der Form von Forderungen (Wertpapieren) auf dritte Länder bezieht. Der Mechanismus bleibt auch dann derselbe, nur mit dem Unterschied, daß er sich dann in der Zahlungsbilanz zwischen dem Schuldnerland und den dritten Ländern auswirkt. 6. Die Transferierung des Guthabens kann schließlich in der Weise erfolgen, daß der Inhaber desselben oder derjenige, dem er es abtritt, das Guthaben an Ort und Stelle als »Tourist« konsumiert, — eine Inanspruchnahme von Sachgütern und Dienstleistungen, die auch einen »Transfer« des Guthabens, eine Grenz-

York 1922; C. E. Griffin, *Foreign Trade*, New York 1924, Kap. XV—XVI; H. Feis, *The Export of American Capital*, in »Foreign Affairs« III, 1925, S. 675 f. — Das Nächstfolgende ist aus der Schrift des Verfassers »Zur Frage der Kapitalwanderungen nach dem Kriege«, München und Leipzig 1926, S. 73 ff. entnommen.

überschreitung desselben, nämlich durch persönlichen Verkehr, bedeutet, wobei es nicht vom Schuldner zum Gläubiger geht, sondern von diesem bei jenem »abgeholt« wird.

Festzuhalten ist, daß Kapitalwanderung erst endgültig vorliegt, wenn das im Ausland erworbene Guthaben in irgendeiner Form in das Inland übertritt bzw. zugunsten desselben verwendet wird. Wertpapiere und Zahlungsmittel können im ganzen nur ausnahmsweise diese Form bilden. Schätzt man den jährlichen langfristigen Kapitalumsatz der Weltwirtschaft für 1913 auf mindestens 7 Milliarden Mark, nach dem Kriege dagegen, etwa für 1925, auf 12—14 Milliarden, so können die Goldbewegungen im Betrage von höchstens 1—2 Milliarden im Jahre an sich nur einen Bruchteil der Kapitalwanderungen ausmachen; steht doch der amerikanischen Kreditgewährung von mehr als 2 Milliarden Dollars 1925 eine Goldausfuhr von 305 Millionen (Ausfuhrüberschuß sogar nur 158 Millionen) in den 14 Monaten Dezember 1924 bis Januar 1926 gegenüber! Ein großer Teil der internationalen Goldbewegung läuft übrigens gar nicht in der Richtung der Kapitalwanderungen, sondern geht unabhängig davon seinen eigenen, durch Goldan- und -verkauf für monetäre und industrielle Zwecke bestimmten Weg. Man kann also für die Betrachtung der Kapitalwanderungen von dieser Form, bis auf Ausnahmefälle, die namentlich vorübergehend bei Währungskrediten, ferner bei Zinsarbitragen, die durch Diskontpolitik zwecks Regulierung des Wechselkurses hervorgerufen werden, absehen. Von den übrigen Wegen ist unter den heutigen Verhältnissen natürlich derjenige der Warenimportbeschränkung bzw. -exportvermehrung (vom Standpunkt des Guthaben gewährenden Landes) der weitaus wichtigste. Denn der verminderte Import bzw. vermehrte Export an Dienstleistungen kann der Natur der Sache nach nur eine sekundäre, den Warenverkehr ergänzende Rolle spielen, — außer etwa für ein Land, dessen exportable Güter hauptsächlich in Schiffsahrts- und sonstigen Diensten bestehen, wie es etwa für Norwegen der Fall sein könnte. Die Abhebung des Guthabens in der Form von Touristenkonsum desselben an Ort und Stelle kann aus naheliegenden wirtschaftlichen Gründen in großem Umfange und auf die Dauer nur gangbar sein, wenn die Guthaben nicht gewährte Kredite, sondern Verzinsung derselben bedeuten. Im großen ganzen wird also bei Kreditinanspruchnahme dieser entweder direkt oder indirekt in Warenform aus dem Gläubigerlande ab-

gehoben, während bei Zins- und Tributleistungen die Inanspruchnahme derselben durch den »Reiseverkehr« eine wesentliche Rolle spielt. —

III.

Das Problem des Zahlungsbilanzausgleichs lautet also: auf welchem Wege entsteht der »zusätzliche« Aktivposten, der die aus Kapitalhergabe erwachsene Passivität kompensiert? Ob die Kapitalhergabe selbst als Kreditgewährung oder als Zinszahlung, ob sie freiwillig oder erzwungen erfolgt, ist in diesem Zusammenhang völlig gleichgültig ⁵⁾, gleichgültig meist auch der Unterschied zwischen Bar- und »Sachleistungen«, wenn darunter nämlich »zusätzliche« Importe (vom Standpunkt des Kapitalempfängers) zu verstehen sind, die eigens zwecks Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Guthaben erfolgen. Letzten Endes wird es bei umfangreichen Kapitalwanderungen eben stets auf zusätzliche »Sachleistungen« ankommen müssen, — bis auf vier Ausnahmefälle.

1. Ein Ausgleichsproblem besteht jedenfalls nicht, wenn und soweit der Kapitalhergabe auf der anderen Seite Inanspruchnahme von Guthaben durch »Touristen« gegenübersteht. Dieser Posten ist heute so bedeutsam in der Zahlungsbilanz der kapitalgebenden Länder, daß man generell damit rechnen kann, daß Zinsen und Tilgungsquoten im großen ganzen durch die Ausgaben der Touristen kompensiert werden können. Die Möglichkeit besteht jedenfalls für die beiden maßgebenden Kreditgeber der Welt, für England wie für die Vereinigten Staaten. Die amerikanische Zahlungsbilanz zeigt für die Jahre 1922—1925 Ausgabeposten

⁵⁾ Die deutsche Literatur zur Frage des Reparationstransfers leidet vielfach — so insbesondere auch die verdienstliche Schrift von A. v. O. M ü h l e n f e l s, *Transfer*, Jena 1926 — darunter, daß sie sich auf die Reparationsfrage beschränkt und die grundsätzliche Gleichheit des Problems für alle einseitigen Wertübertragungen sowie die darauf bezüglichen Erfahrungen und theoretischen Forschungen übersieht. — Erst recht gilt dies für diejenigen Kritiker des Dawes-Planes, die die Problematik des Zahlungsbilanzausgleichs durch wechselseitige Anpassung der Preisniveaus und mithin die nunmehr hundertjährige Entwicklung der Wechselkursstheorie einfach ignorieren. Dazu gehören z. B. H. v. O. B e c k e r a t h im »Wirtschaftsdienst« X, 1925, Heft 5, S. 157 ff.; W. D. P r e y e r, *Die Dawes-Gesetze*, Berlin 1925. Mit Recht wird das von W. L a u t e n b a c h (Reparation und Volkswirtschaft, in der »Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft« Bd. 79, 1925, S. 258 ff.) als Mangel an theoretischer Orientierung kritisiert.

für Touristen, denen an Zinseinnahmen kleinere, oder jedenfalls nur unwesentlich größere Beträge gegenüberstehen *):

	(in Mill. Dollars)	
	Touristenausgaben	Zinseinnahmen
1922	300	351
1923	400	417
1924	500	464
1925	870	515

2. Es brauchen aber auch alle die vom Ausland übernommenen Beträge nicht im eigentlichen Sinne des Wortes transferiert zu werden, die als Kreditsummen innerhalb des schulnerischen Geldmarktes zirkulieren, indem sie etwa von Tag zu Tag als Börsengelder verwandt werden, ohne in die eigentliche »Wirtschaft«, d. h. in die Konsumgüter- oder Produktionsmittelmärkte einzutreten. Die Uebertragung dieser Beträge erfolgt ebenso wie ihre Rücksendung in »Devisenform« (Finanzwechsel!) und scheidet hier trotz u. U. sehr großen Umfanges aus der theoretischen Erörterung aus. Meist handelt es sich dabei um kurzfristige Kredite; aber auch langfristige können darunter fallen, solange sie als Börsengelder ausgeliehen und »von Hand zu Hand« gegeben werden.

3. Die Transferfrage besteht also nicht, wenn und soweit gewährte Kredite bzw. fällige Schulden nicht in Güterform die Grenzen zu überschreiten brauchen; dasselbe ist aber ferner der Fall, wenn Schulden und Forderungen einander wechselseitig kompensieren. Dieser Schulden»ausgleich« stellt einen beträchtlichen Bruchteil der gesamten internationalen Kapitalbeziehungen dar, indem z. B. ein »tributpflichtiges« Land eben wegen dieser Verpflichtung höheren Zinsfuß aufweist und dadurch fremde Kapitalien anzieht, deren Zustrom die Tributleistungen teilweise oder ganz kompensiert. Aber dieser Ausgleich ist zunächst nur wirksam, wenn die beiden Kapitalströme zeitlich zusammenfallen,

*) »Memorandum sur les Balances des Payments et sur les Balances du Commerce extérieur. 1910—1924.« Genève 1925, S. 29. Für 1925 entnehme ich die Zahlen aus dem Artikel »Die Kapitalausfuhr der Vereinigten Staaten« von Fritz D e c k in der Frankfurter Zeitung Nr. 434 vom 14. Juni 1926, der die Touristenzahlungen in einem Posten mit den Einwandererrücksendungen angibt. Die alljährliche englische Zahlungsbilanzstatistik, die im »Board of Trade Journal« voröfentlicht wird, faßt die »unsichtbaren Posten« der Bilanz summarisch unter »other services« zusammen, so daß die Touristenausgaben nicht gesondert erscheinen. Das obige Memorandum des Völkerbundes übernimmt die Statistik des Board of Trade.

was freilich nur in beschränktem Umfang der Fall ist. Mithin darf hier bei einer etwaigen Berechnung, die den Umfang der zu transferierenden Beträge erfassen will, nicht ohne weiteres auch nur für ein Jahr eine Gegenüberstellung erfolgen, bei der die Forderungen der einen Seite gegen die der anderen rechnerisch kompensiert werden, ohne Rücksicht auf zeitliche Spannungen. Wohl aber ist eine solche Kompensation schlechthin möglich und findet effektiv statt, wenn die Währungsleitung (etwa die Zentralnotenbank) den in solchem Falle sehr leicht möglichen »Ueberblick« auf kürzere oder längere Perioden besitzt und ihre Dispositionen dementsprechend einrichtet. Normalerweise ist mit dieser »Leitung« des Ausgleichs von Debet- und Kreditposten der Kapitalbilanz durchaus zu rechnen, da die Notenbanken das Bestreben haben, die Wechselkurse innerhalb gewisser Grenzen stabil zu halten und dementsprechend für den fraglichen Ausgleich zu sorgen. Daraus folgt, daß eine Transferfrage für Reparationszahlungen wie für die Verzinsung der interalliierten Schulden so lange nicht zu bestehen braucht, als diesen einseitigen Wertübertragungen auf der anderen Seite internationale Kredite gegenüberstehen. Der Streit um den berühmten Reparations-transfer, der bei Gelegenheit der Dawesgesetze die deutsche Geldtheorie — übrigens nach amerikanischem Vorbild — z. T. mobil machte, ist für nächstsehbare Zeit deswegen »nicht aktuell«, weil Reparationszahlungen, die über das Maß eines etwa ohnehin vorhandenen Zahlungsbilanzüberschusses hinausgehen, mehr oder weniger automatisch Zinsfußerhöhung im zahlungspflichtigen Inlande zur Folge haben und mithin notwendig zur Kapitaleinfuhr führen ⁷⁾. Gewiß ist diese Kompensation der Schulden durch neue Kredite nicht beliebig fortsetzbar. Aber

⁷⁾ Dies wird als der Weg des Reparationstransfers angesehen z. B. von G. P. Auld, *The Transfer Problem*, in »The Annalist« vom 8. Juni 1925; A. A. Young, *War Debts, external and internal*, in »Foreign Affairs« vom März 1924; vom Londoner »Economist« u. a. Der Einwand dagegen (z. B. im »Magazin der Wirtschaft«, 1926, S. 331 und 547 f.), Guthaben aus fremden Krediten könnten die Reparationspflicht nicht kompensieren, weil sie ihrerseits in Warenform ins Inland kämen, braucht nur gegenüber einem Bruchteil jener Kredite Geltung zu haben. In den meisten Fällen wird der deutsche Kreditnehmer sein auswärtiges Guthaben keineswegs zum Warenimport, sondern zunächst zur Umwandlung in deutsche Zahlungsmittel verwenden. Im weiteren Verlauf freilich kann und wird ein Teil dieser Zahlungsmittel zur Bezahlung von Importen verwendet: im Durchschnitt aber doch nur derjenige Bruchteil, der dem Anteil fremder Stoffe an der deutschen Produktion (nach Eulenburs Schätzung durchschnittlich 15%) entspricht.

selbst skeptische Beurteiler eines solchen Ausgleichs geben zu, daß er für die nächsten fünfzehn Jahre durchaus denkbar und sogar wahrscheinlich sei ⁸⁾. (Jedenfalls sind alle früheren Prophezeiungen über das baldige Versiegen des amerikanischen Kreditmarktes ⁹⁾ für Auslandszwecke durch die Steigerung des dortigen Kapitalexports — mitten in einer Hausse! — von etwa 1½ Milliarden Dollars 1924 auf etwa 2,3 Milliarden 1925 handgreiflich widerlegt worden.) Wieweit darüber hinaus die deutsche Wirtschaft angesichts der Reparationslast vor schwierige oder sogar »unlösbare« Uebertragungsprobleme gestellt wird: diese Frage ist schon deshalb müßig, weil auf so lange Frist hinaus Ausmaß und Art der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in keiner Weise voraussehbar sind.

Entbehrt somit die Diskussion über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Reparations- und interalliierten Schuldenzahlung zum großen Teil — soweit sie nämlich als notwendige Voraussetzung die dauernde Manipulierung des Preisniveaus durch monetäre oder sonstige Maßnahmen ansieht — unmittelbaren praktischen Interesses, so bleibt die grundsätzliche Frage des Transfers bei Kapitalwanderungen unberührt. In praxi wahrscheinlich nicht für Schuldnerländer, deren Zinszahlungen entweder durch Touristenausgaben der Gläubiger oder durch fortlaufend steigende Kredite derselben überkompensiert zu werden pflegen, — bis das Schuldnerland eben »automatisch« in die Lage gelangt, keiner neuen Kredite zur Abdeckung der Zins- und Tilgungspflichten zu bedürfen. So war es in Deutschland bis zu den 70er Jahren, so in den Vereinigten Staaten bis zum Kriegsbeginn, und denselben Weg gehen neuerdings Aegypten, Spanien usw. Die Erfahrung der Vorkriegszeit hat es zur Genüge bewiesen, daß die gesamte Kapitalbildung der Gläubigerländer stets (von Ausnahmefällen wie der Weltkrieg abgesehen) rascher voranschritt als die Kumulierung ihrer Zinsforderungen im Auslande. Das Gegenteil pflegt nur dann der Fall zu sein, wenn die Kapitalhergabe nicht aus Ueberschüssen der fortlaufenden Kapitalbildung, sondern zwecks »Rettung« des bereits vorhandenen Kapitals erfolgt, wenn sie also

⁸⁾ Vgl. James W. A n g e l l, The Payment of Reparation and interallied Debts, in »Foreign Affairs« IV, Oktober 1925, S. 88, der den Umfang fremder Kredite nach Deutschland wesentlich unterschätzt und auf der anderen Seite die Last ihrer Verzinsung und Tilgung zu hoch annimmt, indem er die Kapitaleinfuhr nach etwa 15 Jahren durch die Zinsausfuhr überkompensiert sein läßt.

⁹⁾ Vgl. darüber M. Palyi, Kapitalabwanderungen, S. 30 ff.

nicht ausschließlich aus den »Spitzenbeträgen« des heimischen Geldmarktes, sondern aus der »Substanz« desselben schöpft.

4. Kapitalwanderungen, die in dem oben gekennzeichneten Sinne als primäre anzusehen sind, können, was ihre Uebertragung in Warenform anbelangt, zweierlei Art sein, je nachdem dieser Warentransfer sich unmittelbar an die Kapitalhergabe als kontraktlich oder sonstwie bedingte, notwendige Folge derselben anknüpft, oder erst noch durch Ausnutzung vorhandener oder Schaffung neuer Preisdifferenzen herbeizuführen ist. Ist z. B. die Abnahme von Waren überhaupt oder bestimmter Gattung die Bedingung der Kreditgewährung, so bedarf die Transferierung des Kredites jedenfalls nicht der nachträglichen Herbeiführung von Preisspannungen. Insofern kann in der Tat auch in der deutschen Reparationspflicht von einer Sonderart der »Sachlieferungen« gesprochen werden, als und soweit sie keiner besonderen Transferierung bedürfen. Ein französischer Brückenbau, der sich der Reparationslieferungen bedient, weil die Bestellung in Deutschland vorteilhaft erscheint, fällt eben, obwohl die Zahlung auf Reparationskonto ertolgt, aus dem Rahmen der Transferfrage; erst recht gilt dasselbe etwa von der englischen Einfuhrabgabe, die dem Konto des Reparationsagenten gutgeschrieben wird. Denn die Frage besteht darin: die Mittel und Wege zu finden, um über ein vorhandenes Guthaben in Güterform zu verfügen. In diesem Falle fällt sie weg, weil die »Form« von vornherein gegeben ist und die scheinbar primäre Kapitalwanderung dem ökonomischen Wesen nach eine sekundäre verdeckt. Daß nicht jede »Sachlieferung« diesen Charakter besitzt, bedarf kaum der Erwähnung; in aller Regel wird sich die Sache (wahrscheinlich) so abspielen, daß der Reparationsgläubiger ein ihm nur als »Sachlieferung« zugängliches Guthaben in irgend passender Weise »einberuft«, indem er die dafür bestgeeignete Bestellung ausfindig macht. — Hier kommt es darauf an, daß mithin selbst von den einseitigen Wertübertragungen, die im eigentlichen Sinne des Wortes, nämlich in Warenform von Land zu Land übertragen werden, ein Teil für die Zahlungsbilanz der betreffenden Länder kein Ausgleichsproblem darstellt, weil der Ausgleichsposten von vornherein feststeht. Wieweit das bei internationalen Krediten der Fall ist, hängt von den Bedingungen derselben ab, von der Art und Weise, wie die internationalen Finanziers ihre Position zur Sicherung von Bestellungen für die

heimische Produktion usw. ausnutzen, — Methoden, die namentlich von Frankreich und von Kreditgebern zweiten Ranges (Rußland, Japan) ausgebildet worden sind, während sie der anglo-amerikanischen Kapitalmarktpraxis bis heute fremd blieben ¹⁰⁾.

IV.

Was an einseitigen Wertübertragungen nach Abzug der anderweitig »erledigten« Posten übrig bleibt, führt die Notwendigkeit einer »Adjustierung« der Zahlungsbilanz herbei. Wird dieser Anpassungsvorgang zur Herstellung des Gleichgewichts »automatisch« erfolgen oder bedarf er des leitenden Eingriffs? Und wie ist der Ablauf des Adjustierungsprozesses vorzustellen?

Die »klassische«, quantitätstheoretische Antwort auf diese Fragen findet sich bei John Stuart Mill und wird heute im wesentlichen als richtig angesehen. Mit verschiedenen Modifikationen hat sich ihr die amerikanische wie neuerdings auch die deutsche Geldtheorie überwiegend angeschlossen ¹¹⁾. Daß die Ausführungen von Mill nicht ganz eindeutig sind, das ist mehr von ideengeschichtlichem, als von wirtschaftspolitischem Interesse. Mill bemerkt nämlich ausdrücklich, daß eine Geldvermehrung fallenden Zinsfuß im Inlande und mithin Export inländischen Kapitals zur Folge haben müsse, so daß es zu Preisniveauänderungen als Mittel des Zahlungsbilanzausgleichs gar nicht kommen würde. Aber »angenommen«, daß diese Kapitalwanderungen nicht eintreten: dann bedarf es eben des Preismechanismus, um die fragliche Wirkung herbeizuführen ¹²⁾. Die

¹⁰⁾ Vgl. W. S. C. Culbertson, *International Economic Policies*, New York 1925, S. 341 ff.

¹¹⁾ Ausführliche Bibliographie (rein chronologisch geordnet) bietet Hermann Curth im »Weltwirtschaftlichen Archiv«, Bd. XXIII, S. 25** ff. (1926).

¹²⁾ John Stuart Mill, *Principles of Political Economy*, 3. Buch, 22. Kap., § 2: »Suppose that England possessed a currency wholly metallic, of twenty millions sterling, and that suddenly twenty millions of bank notes were sent into circulation. If these were issued by bankers, they would be employed in loans or in the purchase of securities and would therefore create a sudden fall in the rate of interest which would probably send a great part of the twenty millions of gold out of the country as capital, to seek a higher rate of interest elsewhere, before there had been time for any action on prices.« Dem Wortlaut nach beschränkt zwar Mill diese Möglichkeit auf den Fall künstlicher Geldvermehrung im Inlande; sinngemäß muß aber alles ebenso zutreffen, wenn die Geldvermehrung durch Kapitalzufluß herbeigeführt wird; dann gäbe es 1. Goldzufluß, 2. Zinssenkung und 3. Goldabfluß, wodurch der Gleichgewichtszustand ohne Preissteigerung wieder erreicht ist.

im Sinne der »formalen« Quantitätstheorie orientierte Forschung pflegt diese Voraussetzung häufig zu übersehen und sich lediglich für den Preismechanismus zu interessieren. Bei Mill ist der Zusammenhang dann — unter Weglassung des Ausgleichs durch Kapitalzu- und -abflüsse — so gedacht, daß steigende Geldmenge steigende Preise, diese wiederum Warenzufluß und Goldabfluß zur Folge haben; diese Bewegungen dauern so lange an, bis sie die Zahlungsbilanz rektifiziert und den Ausgleich selbsttätig herbeigeführt haben. Eine Kapitalwanderung aber ¹³⁾ bewirkt nichts anderes als Geldvermehrung im kreditnehmenden Lande mit den geschilderten und Geldverknappung in dem kapitalgebenden Lande mit entgegengesetzten Folgen.

Ganz im Sinne von Mill wird der Verlauf der Zahlungsbilanzadjustierung zwar von Taussig ¹⁴⁾ und anderen, aber nicht allgemein angenommen. In den meisten Fällen beschränkt man sich auf den einfachen Hinweis darauf, daß im kapitalgebenden Lande die Geldmenge und mit ihr das Preisniveau sinken müssen, ohne auf Einzelheiten einzugehen ¹⁵⁾. Der Mechanismus ist aber auch ohne Dazwischentreten von Wechselkursänderungen denkbar. Ferner — bei Goldkernwährung, aber unter Umständen auch bei offener Goldwährung — bedarf es nicht notwendig des Goldzu- und -abflusses, vielmehr kann an deren Stelle, wie es James W. Angell ¹⁶⁾ konstruiert hat, das Auf und Ab im Devisenportefeuille der Banken treten. Ferner wird

¹³⁾ Ibid. 3. Buch, 21. Kap., § 4: »Commerce being supposed to be in a state of equilibrium when the obligatory remittances begin, the first remittance is necessarily made in money. This lowers prices in the remitting country, and raises them in the receiving. The natural effect is that more commodities are exported than before and fewer imported, and that, on the score of commerce alone, a balance of money will be constantly due from the receiving to the paying country. When the debt thus annually due to the tributary country becomes equal to the annual tribute or other regular payment due from it, no further transmission of money takes place; the equilibrium of exports and imports will no longer exist, but that of payments will; the exchange will be at par, the two debts will be set off against one another, and the tribute or remittance will be virtually paid in goods.« Unter »obligatory remittances« versteht Mill, wie er es vorher ausdrücklich hervorhebt, alle »international payments not originating in commerce, and for which no equivalent in either money or commodities is expected or received.«

¹⁴⁾ Taussig, in der »American Economic Review« X, 1919, Nr. 1 (Supplement), S. 33 ff.

¹⁵⁾ Vgl. z. B. B. M. Anderson, im »Chase Economic Bulletin« (Bd. I, Nr. 4) vom 20. April 1921; Frank D. Graham, in der »American Economic Review«, 1925, XV. Bd., S. 209 ff.

¹⁶⁾ A. a. O. S. 90 ff.

heute, wie in der Quantitätstheorie überhaupt, so auch vielfach in der Theorie des internationalen Handels mehr auf das Volumen des Bankgeldes als einer von der Gold- oder überhaupt der Bargeldmenge relativ unabhängigen Größe denn auf diese selbst Gewicht gelegt ¹⁷⁾. Allen Variationen ist jedoch der Grundgedanke gemeinsam, daß der Ausgleich »automatisch«, und zwar durch Preisniveauänderungen im Gefolge von Geldmengenexpansion und -kontraktion herbeigeführt wird ¹⁸⁾. Das kapitalgebende Land wird danach zum Objekt der Geld- bzw. Kreditmengeneinschränkung und mithin der Preisniveausenkung; umgekehrt der Kapitalempfänger. Der Grundgedanke bleibt auch dann derselbe, wenn der Prozeß nicht als ganz automatisch angesehen wird, sondern die Förderung durch Notenbankpolitik oder gar durch Maßnahmen auf der »Warensseite« wie künstliche Methoden der Preisverbilligung bzw. Kostensenkung (beim Kapitalgeber) als notwendig hingestellt wird ¹⁹⁾.

Die Problemstellung spitzt sich also darauf zu: ob die »zusätzliche« Transferierung erfolgen kann, ohne daß Preisniveauänderungen vorangingen, oder ob vorher die Anpassung der Preise stattfinden muß. Zweifelsohne bedarf die Frage trotz ihres apriorischen Charakters der Lösung durch die Analyse tatsächlicher Vorgänge. Es ist das Verdienst von J. Viner, eine solche Analyse unter Goldwährungsverhältnissen für Kanada vorgenommen zu haben. Die Methode, die er dabei einschlug, bestand darin, für längere oder kürzere Perioden Goldbewegungen, internationale Kredite und Preisniveauänderungen in Kanada miteinander zu vergleichen. Dabei zeigte sich, daß in Jahren starker Kreditinanspruchnahme auch der Goldimport besonders stark war, während in Jahren mit »passiver Kreditbilanz« Kanada z. T. sogar Goldexport aufwies. Es ließ sich ferner darlegen, daß der Umfang der Depositen der kanadischen Banken den Goldex- und -importen folgte, indem alles Gold zu den Banken floß, bzw. von

¹⁷⁾ Vgl. z. B. W. Eucken, in »Jahrb. für Nat. und Stat.« III. Folge, 68. Bd., 1925, S. 145 ff.

¹⁸⁾ Vgl. J. Viner, Economic Problems involved in the payment of international debts, in der »Amer. Econ. Review« 16. Bd., 1926, S. 91 ff.

¹⁹⁾ Die Notwendigkeit solcher künstlicher Eingriffe läßt selbst Tauszig zu: International Trade under Depreciated Paper. A Contribution to Theory, in »Quarterly Journal of Economics« Bd. XXXI, 1917, S. 380 ff. Mühlens, op. cit. S. 64 ff., zählt die auf der Geld-, wie auf der »Warensseite« in Betracht kommenden Faktoren, die der künstlichen Regulierung mehr oder weniger zugänglich sind, auf.

ihnen entnommen wurde, und sie streng darüber wachten, das Verhältnis von 1:9 zwischen ihrer Barreserve und ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten aufrechtzuerhalten. Schließlich zeigte auch die Gegenüberstellung der Kapitaleinfuhr und des Preisniveaus für Importgüter weitgehende Parallelität der beiden ²⁰⁾.

Man dürfte in der Tat schwerlich ein besseres Feld für »theoretisches« Experimentieren finden als diese relativ unkomplizierten kanadischen Verhältnisse der Vorkriegszeit. Unter denselben scheint es also, daß der Millssche Mechanismus in vollem Umfang gilt: Kapitalaufnahme größeren Umfangs (es waren 1913 rund 500 Millionen Dollars bei einem Zahlungsbilanzaktivum von im übrigen etwa 5—600 Millionen Dollars) führt Goldzufluß, dieser entsprechende Vermehrung der Bankgeldmenge und in weiterem Verfolg steigende Preise herbei, so daß scheinbar jeweils eine Preisniveauspannung zwischen Kanada und dem Weltmarkt entstand, durch dessen Ausnutzung mittels Warenimporten die Transferierung vor sich gehen konnte. Damit wäre der Beweis

²⁰⁾ J. Viner, Canada's Balance of International Indebtedness 1900—1913. Cambridge 1924, S. 252:

Kapitaleinfuhr und Spannung zwischen innerem Preisniveau und dem Index der Preise für Importwaren:

Jahr	Prozentuales Verhältnis		Kapitaleinfuhr in Millionen \$	
	des innern	zum Importpreis-niveau	Indirekte	direkte
			Schätzung	
1900		100,0	34	32
1901		110,2	50	37
1902		117,4	31	42
1903		112,9	52	55
1904		119,4	112	62
1905		118,5	99	112
1906		110,1	99	105
1907		109,7	161	95
1908		127,6	224	222
1909		128,3	193	253
1910		129,0	225	313
1911		133,9	358	348
1912		129,4	435	321
1913		131,9	433	547

Die erste Spalte gibt für jedes Jahr die Höhe des inneren Preisniveaus (nach einem gewogenen Index von Viner berechnet) auf 100 des jeweiligen Importpreisindex bezogen; das Steigen der Verhältniszahl zeigt also die relative Preissteigerung in Kanada gegenüber dem Auslande an. Eine gewisse Parallelität dieser Preisentwicklung mit den jahresschwankungen der Kapitaleinfuhr, die in Spalte 2 aus der Zahlungsbilanz, bzw. den Zinsverpflichtungen des Landes und in Spalte 3 aus direkten Schätzungen errechnet ist, ist unverkennbar.

aber immerhin nur für die Möglichkeit, keineswegs aber für die zwingende Notwendigkeit der Zahlungsbilanzadjustierung durch Preisniveauänderungen erbracht. Und selbst für das kanadische Beispiel bleibt trotz der überaus sorgfältigen Analyse Viners manches Bedenken übrig. Zunächst dürfte man sowohl Indexzahlen des Preisniveaus, wie immer sie errechnet sein mögen, als auch allen ziffernmäßigen Angaben über internationalen Kapitalverkehr mit einiger Skepsis gegenüberstehen, wenn solche Statistiken als Grundlage exakter Schlußfolgerungen über Kausalbeziehungen dienen sollen. Ferner besagt ja die Parallelität der Zahlenreihen für Depositen auf der einen und Preisindizes auf der anderen Seite allenfalls nur das Vorhandensein eines funktionellen, keineswegs aber notwendig das eines kausalen Zusammenhanges, wie es übrigens bis heute auch nicht gelungen ist, für die »klassische« Wechselkurs Theorie mehr als Parallelität von Wechselkursbewegung und »Kaufkraftparität« nahezulegen; der Beweis der Kausalbeziehung zwischen beiden im Sinne der herkömmlichen Theorie ist noch keineswegs gelungen ²¹⁾ und die empirische Analyse deutet eher auf das gegenteilige Verhältnis — Abhängigkeit des innern Preisniveaus von den Wechselkursen, statt umgekehrt — hin ²²⁾.

Vor allem aber kann der empirische Nachweis für die Richtigkeit der *Millschen* Hypothese des Zahlungsbilanzausgleichs

²¹⁾ Nachdrücklich weist darauf neuerdings Hugo Müller, Wechselkurs und Güterpreise, Jena 1926, hin (gegen Cassel und Mises). Was Müller selbst als »positive Formulierung« der Theorie der Kaufkraftparitäten (S. 143 ff.) hinstellt, ist nicht ganz verständlich. Was soll die »Bedürfnisrangsordnung« als Faktor des Wechselkurses bedeuten? Auch sein letztes Ergebnis, daß »die Kaufkraftparität, weit entfernt davon, Bestimmungsgrund des Kurses zu sein, im Gegenteil Ergebnis und Folge des Preis- und Kursbildungsprozesses«, und daß sie zwar nicht kausaler Bestimmungsgrund, wohl aber »Erkenntnisgrund« des Kurses sei, ist zum mindesten sehr mißverständlich. — Uebrigens beschränkt Cassel selbst gelegentlich (Money and Foreign Exchange after 1914, London 1922, S. 154) die Geltung des funktionellen Zusammenhanges zwischen Preisniveau und Wechselkurs »strictly« auf den Fall, daß »the rise in prices in the countries concerned has affected all commodities in a like degree«. Mit Recht wird dies als eine Schwäche der Kaufkraftparitätentheorie von B. R. A. Mbedkar, The problem of the Rupee, London 1923, S. 252 ff. hervorgehoben.

²²⁾ Vgl. z. B. Subercaseaux, Le papier monnaie, Paris 1920; A. Aftalion, Les expériences monétaires récentes et la théorie quantitative, in der »Revue d'Economie Politique« 1925, S. 657 ff.; W. Keilhau, The valuation theory of exchange, im »Economic Journal« 1925, S. 221 ff.; Walré de Bordes, The Austrian Crown, London 1924. Weitere Literatur bei M. Palyi, Ungelöste Fragen der Geldtheorie, in der »Festschrift für Brentano«, II, München 1925, S. 503 ff.

so lange nicht für erbracht angesehen werden, als Durchschnittsperioden statt Einzelvorgänge untersucht werden. Selbst Perioden von der Kürze eines Jahres lassen ja die Möglichkeit des Zusammenwirkens verschiedenster Faktoren offen, so daß auch das wiederkehrende Zusammenfallen von Kreditaufnahme und Goldeinfuhr mit Vermehrung der Depositenmenge und Steigerung des Preisniveaus nur dann schlüssigen Beweis darstellen würde, wenn an Hand dieser Zahlen jeweils oder wenigstens im einzelnen Falle der effektive Lauf der Kapitalwanderung von der Geldform bis zur Warenübertragung mit einiger Wahrscheinlichkeit verfolgt werden könnte und alle sonstigen Faktoren, die bei Durchschnittsrechnungen mitspielen, ausgeschaltet wären ²³⁾.

V.

Die Frage also, ob es notwendig des Preismechanismus bedarf, um einen Gütertransfer und mithin den Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeizuführen, ist an Hand der bisherigen Tatsachenanalyse nicht zu beantworten. Auch das Beispiel der französischen Kriegsentschädigung 1871—1873 bietet nicht aus-

²³⁾ Es ist zum mindesten sehr zweifelhaft, wie weit aus der folgenden Tabelle von Viner (S. 161) Schlüsse gezogen werden können:

Jahr	Durchschnittliche monatliche Zu- oder Abnahme des kanadi- schen Goldvorrates	Debetsaldo der kanadischen Zahlungsbilanz (ohne Kredite) im Monatsdurchschnitt (In 1000 Dollars)
1900	432	2 808
1901	64	4 164
1902	449	2 557
1903	923	4 375
1904	654	9 344
1905	26	8 229
1906	423	8 089
1907	350	13 415
1908	1 806	18 682
1909	568	16 121
1910	999	18 728
1911	2 349	29 850
1912	112	36 250
1913	1 622	36 090

Die kursiv gedruckten Ziffern der ersten Spalte zeigen *Abnahme des Goldvorrates* an. Das Debetsaldo der kanadischen Zahlungsbilanz deckt sich nach *Vinerschen* Berechnungen mit der Schätzung des Aktivsaldo im Kapitalverkehr, für den es aber zwei, für einzelne Jahre völlig divergierende Schätzungen gibt (vgl. oben Anm. 20).

reichende Anhaltspunkte ²⁴⁾. Einen interessanten »empirischen Beweis für die Richtigkeit der Lehre Humes und Adams Smiths über die Bewegung der Edelmetalle« (noch dazu für eine Zeit, zu der von Diskontpolitik keine Rede sein konnte!) bieten die englischen Geldwirren von 1696, wie sie durch die Forschungen von Bouniatian klargelegt wurden ²⁵⁾. Trotz des Vorhandenseins von Kreditzahlungsmitteln (Noten der Bank von England, der Goldschmiede usw.) brachte die Einziehung der unterwertigen Silbermünzen bei einem Goldguineenumlauf von nominell 6 Mill. Pfund Sterling (4 Mill. Guineen zu damals je 30 Shilling berechnet) eine außerordentliche Zahlungsmittelknappheit mit sich; die Folge scheint Preisfall, Forcierung des Exportes und Edelmetalleinfuhr gewesen zu sein. Aber auch dies war wesentlich durch das Medium der Wechselkurse vermittelt worden; also kann es nur z. T. als Beleg für die klassische Lehre dienen. Man wird sich mithin vorerst auf theoretische Erwägungen beschränken müssen, wobei der im Sinn des Quantitätstheorems konstruierte Weg jedenfalls eine Möglichkeit darstellt. Kapitalbewegungen können die betreffenden Geldmärkte so beeinflussen, wie es da vorausgesetzt wird: im Sinne der Zinssteigerung bei Kapitalab- und der Zinssenkung bei Kapitalzufluß mit der Folge jeweils konträrer Bewegung des Warenpreinsniveaus. Tritt aber dieser Mechanismus stets in Kraft oder nur unter bestimmten Voraussetzungen? Läßt sich der Zahlungsbilanzausgleich nicht auch auf anderem Wege, d. h. ohne Preisniveauänderungen, herbeiführen?

J. J. Hollander ²⁶⁾ hat gegen den Mill-Taussigschen Transfermechanismus den Einwand erhoben, daß Goldbewegung als Zwischenglied zwischen Kapitalhergabe und Gütertransfer (durch Preisniveauanpassung) nicht möglich sei. Die Voraussetzung sei ja, daß in dem Augenblick der beginnenden

²⁴⁾ Vgl. dazu die vom »National Industrial Conference Board« herausgegebene Schrift: *The interallied Debts and the United States*, New York 1925, in der außer der französischen Indemnitätszahlung auch die englischen Subventionen an den Kontinent (1793—1816) auf ihren Verlauf hin untersucht sind. Die berühmte, nach der finanztechnischen Seite ausgezeichnete Darstellung der französischen Kriegsentschädigung von Léon Say berücksichtigt das Zahlungsbilanzproblem nicht genügend.

²⁵⁾ Mentor Bouniatian, *Geschichte der Handelskrisen in England*, München 1908, II. Kap.

²⁶⁾ *International Trade under depreciated Paper, a Criticism*, in »Quarterly Journal of Economics« Bd. 32, 1918, S. 674 ff.

Kapitalhergabe Gleichgewicht besteht und die beiderseitigen Zahlungsbilanzen ausgeglichen sind; unter diesen Umständen müsse die »equation of international demand«, d. h. die Wertgleichheit von Ex- und Import, zu recht bestehen und der Wert des Geldes in beiden Ländern der gleiche sein, was jeden Anreiz zu einer Geldbewegung ausschließe. Goldexport setze doch relativen Ueberfluß an Gold voraus; wie es bereits *Ricardo* (im »High price of bullion« 1810) formulierte: »Die Münze wird exportiert, wenn sie billig ist; ihre Ausfuhr ist nicht die Folge, sondern der Grund einer ungünstigen (Zahlungs-) Bilanz.« Setzt beim Gleichgewichtszustand ein Kapitalexport ein, so muß die Transferierung desselben so erfolgen, daß Preisunterschiede im Sinne des komparativen Kostengesetzes ausgenutzt werden, um Güter zu exportieren. *Taussig* ²⁷⁾ konnte darauf mit vollem Recht replizieren, daß auch bei Aufrechterhaltung der fraglichen Voraussetzungen Goldwertunterschiede und Goldbewegungen entstehen können: sei es durch Verschiebungen in der »Nachfrageschedule« des einen Landes nach Waren des anderen oder durch Touristenverkehr und auch durch Kapitalhergabe. Die klassische These vom Primat der Goldaus- bzw. -einfuhr gegenüber den Zahlungsbilanzänderungen gelte nur *ceteris paribus*: wenn in der Warenwelt alles unberührt bleibt. — Der richtige Kern der Holländerschen Ausführungen ist jedoch, daß der Ausgleichsmechanismus nicht notwendig der Goldbewegung bedarf; vielmehr kann (im Sinne der Theorie) die Uebertragung der Forderungen auch in der Form von Bankguthaben, Devisen usw. voll wirksam werden, wenn damit die Voraussetzung für die Ausgabe heimischer Zahlungsmittel beim Zahlungsempfänger und für die Einschränkung der Zahlungsmittelmenge beim Kapitalgeber erfüllt ist.

Dieser Streitpunkt berührt offenbar nicht das Fundament der Konstruktion, sondern nur ihre Ausgestaltung. Schwerer wiegt ein anderer, auf den insbesondere z. B. *Moulton* hingewiesen hat ²⁸⁾. Läuft der fragliche Mechanismus notwendig in dem von *Mill* konstruierten oder in einem ähnlichen Sinne, so sind der Transfermöglichkeit keine Grenzen gezogen: man

²⁷⁾ Ebenda S. 690 ff.

²⁸⁾ Vgl. *Moulton* and *McGuire*, *Germany's Capacity to pay*, New York 1923; *Moulton*, *The Reparation Plan*, New York 1924 (beide deutsch von *Kuczyński*).

könnte dann jeden beliebigen Betrag als Kapital von einem Land zum anderen überweisen. Gewiß wird diese Frage bei reinen Kreditbeziehungen kaum je aktuell werden; ein »Uebermaß« an Interesse für fremde Effekten würde sich sehr bald (durch Verteuerung dieser Käufe) selbsttätig korrigieren. Um so schwerer wiegt sie dort, wo es sich um »erzwungene« Leistungen handelt: Zinsendienst, Reparationen und ähnliches. Gilt es da, wie es N o g a r o formulierte, daß »das schönste Land nicht mehr geben könne, als was es hat?« Soll der Ausgleich auf dem Wege der Anpassung des Wechselkurses des reparationspflichtigen Landes erfolgen, so könne er schon deshalb nicht in vollem Umfang wirksam werden, weil die Wechselkursverschlechterung die zum Ausgleich erforderliche Produktionssteigerung vielfach eher hemmt als fördert²⁹⁾. Soll er bei stabilem intervalutarischem Kurs vor sich gehen, so bedürfe es dazu entsprechender Senkung des inneren Preisniveaus. Dann fragt es sich aber: Wird es bei b e l i e b i g e r Kapitalhergabe möglich sein, durch »entsprechendes« Einschnüren der Preise den zusätzlichen Ausfuhrüberschuß in beliebigem Umfang herbeizuführen? Ist es nicht vielmehr die Zahlungsbilanz selbst, von deren Gestaltung es abhängt, ob ein transferierbarer Ueberschuß vorhanden ist oder nicht? Im Jargon der reparationstechnischen Literatur wird das auch so ausgedrückt: Die »Uebertragung« setze nicht nur die »Aufbringung« voraus, die an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gebunden ist; sie sei außerdem durch die jeweilige »Elastizität der Zahlungsbilanz« bedingt.

Es sind einige »Vorfragen« zu klären, bevor auf die materielle Prüfung dieser Argumentation eingegangen werden kann. Zunächst ist die Zahlungsbilanz selbst wesentlich eine Funktion der inländischen Preise (verglichen mit den auswärtigen) und mithin auch des monetären Faktors, soweit dieser die Preise beeinflußt. Ferner kann die Frage unter normalen Verhältnissen, d. h. bei Bestehen der »Solidarität der Geldmärkte« und bei Funktionieren der internationalen Zinsarbitrage in Grunde gar nicht gestellt werden. Sie wäre ja gleichbedeutend mit der anderen: was in einem Goldwährungslande geschähe, wenn durch

²⁹⁾ N o g a r o, a. a. O. S. 210 ff., weist auch darauf hin, daß der durch »dépréciation extérieure de la monnaie« gesteigerte Warenexport vielfach zu einem Preise erfolgt, bei dem der Exporteur einen Teil der »Exportprämie« (der Differenz zwischen äußerer und innerer Geldentwertung) an den ausländischen Käufer abtritt — zum Nachteil der heimischen Zahlungsbilanz.

Kapitalexport dauernder Abfluß des Edelmetalls bis zur »Goldauspowerung« eintreten würde? Wer die Frage so stellt, verkennt Wesen und Sinn der Goldwährung, wie das Kritiker derselben (Ansiaux, Knap) wiederholt getan haben³⁰⁾. Ihr ökonomischer »Sinn« besteht gerade darin: durch die Ermöglichung des regulären, kurzfristigen Kapitalverkehrs und durch Anpassung des Diskontes an die Goldbewegungen der Gefahr der dauernden Wechselkursverschlechterung über die Goldpunkte hinaus vorzubeugen. Bei effektiver Goldwährung, wenn also die Zahlungsmittel kostenlos in exportierbares Gold umgewandelt werden können (und umgekehrt), kann es nicht zu einer »Goldauspowerung« kommen — solange nicht eine Staatskrise die Kreditfähigkeit des betreffenden Landes nach außen erschüttert und Zinsfußsteigerungen die Wirkung der Heranziehung fremder und der Festhaltung heimischer Kapitalien versagen. Mithin müßte (bei Goldwährung!) jeder Betrag transferierbar sein: vorausgesetzt, daß ande Kreapitalgeber da sind, deren Kreditmarkt nötigenfalls abgeschöpft werden kann.

Versagen aber die internationalen Geldmärkte, so ist das gleichbedeutend mit einem ganzen oder partiellen Zusammenbruch des inneren Kreditsystems. Dann wäre wohl der Kredit der Notenbank selbst — mindestens nach außen — erschüttert, was praktisch nur noch im Kriegsfall in Frage kommt. Vor dem Kriege jedenfalls galten die großen Notenbanken als »absolut sicher«³¹⁾, und eine Goldauspowerung konnte durch Zinsfußerhöhung stets hintangehalten werden. Die Goldwährung und die darauf ruhende Kreditexpansion einer modernen Volkswirtschaft stehen und fallen mit dem unbedingten Vertrauen (gerade des Auslandes) an die Notenbank; wo dieses Vertrauen fehlt, wo die Möglichkeit eines runs auf die Notenbank besteht (wegen mangelnder Konsolidierung der betreffenden Volkswirtschaft, wegen der Gefahr politischer Katastrophen oder weil inflationistische Methoden zu befürchten sind), dort kann die »Solidarität

³⁰⁾ Auch Williams, op. cit. S. 15 ff., konstruiert zwar (für Argentinien) die Entstehung einer dauernd unterwertigen Währung in der Weise, daß er von einem Zustand auf »specie basis« ausgeht und bei »passiver« Zahlungsbilanz solange Goldabfluß eintreten läßt, bis alles Gold verschwunden und die Möglichkeit der Kursregulierung durch Goldbewegungen beseitigt ist. Dabei setzt er jedoch voraus, daß vor Beginn der Zahlungsbilanzpassivität neben dem Golde auch uncinlösliches Papiergeld zirkuliert.

³¹⁾ Vgl. F. Somary, Bankpolitik, Tübingen 1915, S. 112 und passim.

der Geldmärkte« eben deshalb ihre durch keine Zinssteigerung restlos überwindbaren Grenzen finden; dort kann und wird ein kontinuierlicher Kapitalexport den Zahlungsbilanzausgleich durch Mehrausfuhr notwendig machen, und folglich auch nur soweit möglich sein, als diese Mehrausfuhr nicht auf unelastische Grenzen stößt. Daß die Dinge sich bei Goldkernwährung im Grunde völlig analog verhalten, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden, wie auch darauf nicht einzugehen ist, daß der Zinsfuß sich keineswegs immer ganz »automatisch« bewegt, sondern — eine seit Bagehot wohlbekannte Tatsache — gerade in kritischen Momenten wesentlich von der Diskontpolitik der Notenbank abhängt. In einer devisenpolitisch regulierten Währung mit gesperrter Münze würde sich bei fortdauernder Passivität der Kapitalbilanz des Landes zwar die »Währungsordnung« (im technischen Sinne) nicht ändern, während bei einer Goldwährung die Einstellung der Barzahlungen folgen müßte; wohl aber würde im ersten Falle die Kursparität gegen das Goldwährungsausland nicht zu halten sein, so daß der Ausgleich der Zahlungsbilanz auf dem Umweg über die Verschlechterung der Wechselkurse mit ihren Konsequenzen (Verminderung der Einfuhr, Vermehrung der Ausfuhr) erfolgen müßte. Bei Gold- wie bei Goldkernwährung bedarf es also des monetären Zusammenbruches, um die Frage nach den Grenzen des Transfers überhaupt aufwerfen zu können; bei »normalem« Geldsystem besteht sie nicht. Erst bei labilem Geldwesen würde es auf die von Moulton so sorgfältig herausgeschälten Faktoren, die für die Export- wie für die Importseite einer Zahlungsbilanz maßgebend sind, ankommen.

Der Fehler der fraglichen Gedankenreihe, die schon angesichts der wissenschaftlichen Bedeutung und dank der Verbreitung der Schriften Moultons repräsentativen Charakter besitzt, besteht einmal darin, daß er das Ausmaß der zwischenstaatlichen Kredite und die internationale Beweglichkeit des Geldkapitals wesentlich unterschätzt ³²⁾, obwohl ihm sehr wohl bekannt ist, daß z. B. Rußland als einer der größten Kreditnehmer ein Vierteljahrhundert lang ununterbrochen mehr Kredit von außen erhielt, als seine Verpflichtungen an Zinsen und Tilgungsquoten jeweils betrugen ³³⁾. Dabei handelte es sich um

³²⁾ Neuerdings wieder für Frankreich in Moulton and Cleoana Lewis, *The French Debt Problem*, New York 1925, S. 277 ff.

³³⁾ Vgl. Pasvol'sky and Moulton, *Russian Debts and Russian Reconstruction*, New York 1924.

Kredite, die größtenteils alles eher denn »produktive« Verwendung fanden ³⁴⁾. Zweitens scheint er die Bedeutung des Unterschiedes zwischen stabiler und schwankender Währung nicht genügend beachtet oder jedenfalls die bei schwankendem Währungskurs geltenden Schwierigkeiten der automatischen Gleichgewichtsherstellung vorbehaltlos auf Goldwährungsverhältnisse übertragen zu haben — obwohl auch er die »Solidarität der Geldmärkte« voraussetzt oder zum mindesten nicht bestreitet. Drittens übersieht er vollständig, daß selbst vorübergehende und kleine Schwankungen der Wechselkurse (innerhalb der Goldpunkte) »automatisch« dahin wirken, ihren eigenen Existenzgrund: die vorangehende Störung des Zahlungsbilanzgleichgewichts zu beseitigen. Das geschieht bekanntlich in der Weise, daß z. B. die steigende Tendenz der Preise für fremde Wechsel sowohl den Kapital- als auch den Güterimport (*ceteris paribus*) fördert, da sie beiden einen zusätzlichen Kursgewinn bietet; umgekehrt wirkt der sinkende Devisenkurs — bei »direkter« Kursnotierung — wie eine Exportprämie.

VI.

Wie aber, wenn die Voraussetzung der freien Kommunikation unter den Geldmärkten sich als irrig erweisen sollte? Ein ausgezeichnete Kenner der internationalen Geldmärkte hat sich darüber neuerdings in der Tat entschieden skeptisch geäußert: Veränderungen der Banksätze hätten heute keineswegs mehr ohne weiteres entsprechende Wanderungen der kurzfristigen Kapitalien zur Folge; die Diskontpolitik habe an »Effektivität« wesentlich eingebüßt; die Schwankungen der Zahlungsbilanz, die früher kaum mehr als 10% betragen konnten, sind viel zu riesenhaft geworden, um durch bankpolitische Maßnahmen beherrscht werden zu können ³⁵⁾. Demgegenüber genügt ein Blick auf die Entwicklung der Geldsätze auf den internationalen Plätzen und der Wechselkurse, um sich zu überzeugen, daß jene berühmte

³⁴⁾ Dieser Hinweis dürfte genügen, um die Behauptung Moultons (in der »American Economic Review« 1925, S. 710), die interalliierten Schulden würden ein von dem üblichen völlig abweichendes Transferproblem darstellen, weil die fraglichen Kredite nicht produktiv verwendet wurden und dementsprechend nicht die Grundlage für einen Exportüberschuß der Kreditnehmer bilden könnten, zu widerlegen.

³⁵⁾ F. S o m a r y, Central Banking since Genova: The Bank rate becomes less effective, im »Manchester Guardian Commercial« vom 29. Juli 1926, S. 7 f. (Beilage).

»Solidarität« noch in vollem Maße gilt. So genügte z. B. eine Diskonterhöhung der New Yorker Federal Reserve Bank um $\frac{1}{2}\%$, um dort die Devisen London von $4,86\frac{1}{4}$ am 4. August 1926 auf $4,85\frac{15}{16}$ am 13. August zu senken; in dem gleichen Zeitraum sank die Devisen Amsterdam von $40,15\frac{1}{2}$ auf $40,12$, Bern von $19,35$ auf $19,32\frac{1}{2}$ usw. Obwohl die Londoner Bankrate noch immer um ein volles Prozent höher blieb als der von $3\frac{1}{2}$ auf 4% hinaufgesetzte New Yorker Satz, hat diese amerikanische Zinsfußerhöhung ausgereicht, um in London den Geldmarkt zu verknappen, die Geldsätze zu »versteifen« und den Satz für »treasury bill allotment« um 3 Shilling zu heben ³⁶⁾. Noch schärfer kam der Zusammenhang der beiden führenden Geldmärkte bei der New Yorker Diskonterhöhung im Februar des vorangehenden Jahres zum Ausdruck. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Der Zweifel an der Geldmarktsolidarität rührt daher, daß man nur zu sehr gewöhnt ist, an zerrüttete Währungen zu denken, obwohl diese gerade in noch erhöhtem Maße den engen funktionellen Zusammenhang der national getrennten Geldmärkte zeigen; aber allerdings spielen dabei Zinsfußunterschiede eine naturgemäß nur untergeordnete Rolle, weil sie neben den Wechselkursdifferenzen in Hintergrund treten. Wäre es aber nicht ebenso falsch, hieraus auf eine Umwälzung der Geldmarktbeziehungen internationaler Art zu schließen, als es offenbar kurzsichtig ist, handelspolitischen Maßnahmen jede Bedeutung für den Warenverkehr abzusprechen, weil Papierzölle bei Inflationswährungen häufig keine Rolle spielen?

Es muß also wiederholt werden: Unter normalen Verhältnissen beruht die Möglichkeit »beliebiger« einseitiger Wertübertragung darauf, daß kurzfristig ein Ausgleich durch gegensätzliche Kreditinanspruchnahme erfolgen kann. Dieser Ausgleich wird noch, wie bereits erwähnt, wesentlich gefördert dadurch, daß der Wechselkursmechanismus eingreift: der Kurs des kapitalaufnehmenden Landes steigt »auf Kosten« des kapitalgebenden, was neuen Anreiz zu Kapital- und auch zu Güterbewegungen mit einer den Zahlungsbilanzausgleich herbeiführenden Tendenz schafft. Allerdings nur in Goldwährungsländern mit freier Kursbildung: wenn die Reichsbank offenbar in der Annahme, daß nach der schweren Inflation selbst geringe Kurschwankungen das eben erst entstandene Vertrauen zur Mark

³⁶⁾ Vgl. »Manchester Guardian Commercial« vom 19. August, S. 214.

erschüttern könnten, die Golddevisenkurse am Paristand festhielt, so verhinderte sie das Spiel jener gerade durch die kleinen Fluktuationen der Wechselkurse auslösbaren Kräfte³⁷⁾. Bei nicht-manipulierter Goldwährung steht diesem Spiel kein Hindernis im Wege. Hier fragt es sich allerdings, wie weit sie ausreichen, um das Gleichgewicht auf die Dauer wiederherzustellen. Meist werden sie als ein »minor factor« angesehen, der nur in geringem Umfang wirksam sein kann³⁸⁾. Nimmt ein Land A Kredit im Lande B in Anspruch und steigt folglich der Wechselkurs in B auf A wegen der neuen Nachfrage nach Zahlungsmitteln zur Ueberweisung dieses Kredites, so würde die Wechselkursverschlechterung des B nur dann entsprechende Mehrnachfrage nach seinen Waren im Lande A zur Folge haben, wenn diese Nachfrage »elastisch« ist, mit sinkendem Preise steigt. Freilich ist nun die Elastizität bei verschiedenen Waren verschieden gelagert; aber die Gesamtnachfrage des einen Landes nach Waren des andern ist eine jedenfalls in hohem Maße elastische Größe; unter Umständen reichen selbst kleinste Preisabweichungen aus, um neue Warenkategorien zum Gegenstand effektiver Nachfrage zu machen³⁹⁾. Man wird also gut daran tun, die im Gefolge kleinster Wechselkursschwankungen (innerhalb der Goldpunkte) eintretenden Preisspannungen als Ausgleichsweg wenn nicht aller, so doch des größten Teils der fraglichen Wertübertragungen anzusehen, die den Wechselkurs beeinflussen haben. Fraglich bleibt nur — und das ist nun allerdings die entscheidende Frage —, ob dieser Ausgleichsweg auf die Dauer funktioniert, ob also sich stetig wiederholende Kapitalübertragungen längere Zeit hindurch mit Hilfe jener kleinen, wechselkursmäßig bedingten Preisspannungen vollziehen lassen.

³⁷⁾ Der »starre« Devisenkurs ist in Deutschland nunmehr (August 1926) aufgegeben.

³⁸⁾ So bereits von Mill (Principles, III. Buch, XX. Kap., § 3); ferner T a u s s i g im »Quarterly Journ. of Ec.« 1918, S. 692. Im gleichen Sinne unterscheidet C a s s e l (Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1919, S. 443 f.) zwischen »definitiven« Verschiebungen und »zufälligen Unregelmäßigkeiten« der Zahlungsbilanz; nur die letzteren könnten durch »zeitliche Verschiebung der Zahlungen und Veränderung der Forderungsbilanz« ausgeglichen werden, während die ersteren Änderungen des allgemeinen Preisniveaus voraussetzen (also darnach gar nicht ausgeglichen werden könnten).

³⁹⁾ Es ist folglich nicht ersichtlich, wie V i n e r (»Canadas Balance«, S. 150 ff.) zu dem Ergebnis kommen kann, der Wechselkurs könne an dem Zustandekommen des Ausgleichs überhaupt nicht beteiligt sein; auch er läßt freilich für den »Beginn« der Kapitalwanderung eine Ausnahme zu.

Sollten internationales Zinsgefälle und Wechselkursspannung nicht ausreichen, um die Transferierung zustande zu bringen, so käme erst dann der von der Theorie postulierte Preismechanismus in Geltung: Kapitalabfluß würde die Geldmenge verknappen, die Preise senken und mithin die Exportgrundlage schaffen, die den Transfer tragen könnte. Auf dem Umweg über Änderungen des allgemeinen Preisniveaus würde sich also der Ausgleich in letzter Instanz vollziehen — wenn alle anderen Stricke reißen. — Gegen diese klassische und heute überwiegend akzeptierte These wenden sich die Argumente einzelner Reparationstheoretiker. Soweit es sich um landläufige Ausdrucksweisen über »Unmöglichkeit« eines umfangreichen Reparationstransfers handelt, oder daß er für den Zahlungsempfänger unter allen Umständen »katastrophal« sei, brauchte man sich damit freilich nicht zu befassen. Auch die Argumentation, die sich nicht darüber schlüssig zu werden vermag, ob eine Geldverknappung Preissteigerung oder Preissenkung herbeiführt ⁴⁰⁾, verdient kein weiteres Interesse. Was an ernsthaften Einwänden grundsätzlicher Art übrig bleibt, läßt sich im wesentlichen auf folgende Punkte bringen.

1. Kann eine Geldverknappung (Krediteinschränkung) sich nicht statt in sinkenden Preisen in abnehmendem Volumen des Umsatzes äußern, so daß die berühmte »Verkehrsgleichung« in dieser Weise zu ihrem Rechte käme? Gewiß ist das möglich; nur darf dabei nicht der Unterschied zwischen kurz- und langfristigen Wirkungen übersehen werden. Für die Transferfrage kommt es zunächst auf die kurzfristige Wirkung an, weil es sich um die Ermöglichung der Uebertragung von Fall zu Fall handelt. Und für kurze Frist kann es nicht zweifelhaft sein, daß Zinsfußerhöhung und Kreditverknappung zur Entleerung der Läger zwingt, also das Umsatzvolumen eher steigert ⁴¹⁾. Soll die Verkehrsgleichung aufrecht erhalten bleiben, so

⁴⁰⁾ So H. v. Beckerath (a. a. O.), der der Theorie in allem Ernst entgegenhält, sie würde sowohl der Inflation, als auch der Deflation die ausgleichende Wirkung zuschreiben: als ob dies ein Widerspruch wäre und es sich nicht um zwei völlig verschiedene Probleme handelte! Die Inflation führt zeitweilig den Zahlungsbilanzausgleich — es muß doch ausgesprochen werden —! z. B. durch Ausfuhrsteigerung herbei, wenn und soweit durch das Zurückbleiben der inländischen Produktionskosten hinter den auswärtigen Verkaufspreisen eine Exportprämie entsteht.

⁴¹⁾ Es ist ein charakteristisches *quid pro quo*, wenn Liefmann (Vom Reichtum der Nationen, Karlsruhe 1925) gerade die langfristigen Wirkungen als

kann ihr Ausgleich in der Regel nur über Senkung der Preise erfolgen.

2. Damit ist auch ein zweiter Einwand beseitigt, wonach der Manipulierung des Zinsfußes oder überhaupt der Geldmenge die ihr von der Theorie zugeschriebene Wirkung deshalb nicht zukommen soll, weil sie über kurz oder lang durch entsprechende Anpassung der »Warensseite« ihren Ausgleich fände. Also würde z. B. die durch Geldpolitik herbeigeführte Preissenkung wegen entsprechender Einschränkung der Produktion und dadurch bedingte Kostenerhöhung bzw. Preisverteuerung in absehbarer Zeit ihr Ende finden. Daß diese Anpassung der »Warensseite« in der kapitalistischen Wirtschaft ein höchst komplizierter, vielfach überhaupt nicht gangbarer oder nur in sehr langer Frist vollziehbarer Vorgang ist, weil die konstanten Kosten nicht entsprechend »elastisch« sind, sei nur nebenbei erwähnt; wie es ja meist unterlassen bleibt, diesen angeblichen Anpassungsvorgang zu analysieren oder gar empirisch zu belegen. Hier genügt es, zu wissen, daß die *t e m p o r ä r e* Wirkung für die Fragestellung ausschlaggebend ist: es genügt festzustellen — der Beweis dürfte sich erübrigen —, daß von der Geldseite her jedenfalls *t e m p o r ä r* derjenige preisbildende Effekt erzielt werden *k a n n*, der den Zahlungsbilanzausgleich fördert oder ermöglicht.

3. Wird die der »Uebertragung« vorangehende »Aufbringung« der zu transferierenden Summe nicht durch Steuerbelastung usw. eine Verteuerung herbeiführen, die die etwa preissenkende Wirkung der Geldverknappung von vornherein aufhebt? Diese Frage ist theoretisch nicht ohne weiteres eindeutig zu beantworten, da die steuerlichen Abwälzungsvorgänge und ihr Einfluß auf die Größe der Produktion und mithin auf die marginalen Produktionskosten nicht generell und von vornherein feststehen. Zweifels- ohne gibt es eine, *a priori* nicht angebbare Obergrenze steuerlicher Belastung; jede Transferkonstruktion muß stillschweigend voraussetzen, daß diese Grenze nicht überschritten wird. Wesentlich ist jedenfalls, daß die einmal eingeführte steuerliche Belastung trotz weiterer Fortdauer nicht jedesmal von neuem

die für die Reparationsübertragung relevanten ansieht. Vgl. die treffende Kritik des Liefmannschen Buches von *L a u t e n b a c h* im »Magazin der Wirtschaft« 1926, S. 513 f. — Vollends müssen die Einwände von *M ü h l e n f e l s* (S. 95 f.) gegen die sog. »in-the-long-run«-Argumentation ins Leere treffen, da es sich vor allem um *k u r z f r i s t i g e* Ausbalancierungsprozesse handelt. Vgl. *A. C. P i g o u*, Essays in applied economics, London 1923, S. 149 ff.

kostenerhöhend wirken kann, wenn die Ueberwälzungsvorgänge sich einmal eingespielt haben, während die »Abschöpfung« der Geldmenge zwecks Transfers jedesmal von neuem den »Deflationsdruck« (gleichgültig zunächst mit welchem Erfolg) ausübt. Ferner ist es wesentlich vom Standpunkt des Zahlungsbilanzausgleichs, in welchem Verhältnis die beiden zueinander konträren Faktoren (Kostensteigerung durch Steuerdruck und Preissenkung durch Geldverknappung) zu internationalen Vorgängen analoger Art stehen. Wird die steuerliche Belastung des kapitalgebenden Inlandes diejenige des Auslandes wesentlich übertreffen? Oder umgekehrt: wird die inländische Kreditverteuerung die ausländische Geldmarktentwicklung wesentlich überholen? Praktisch, von der Reparationsfrage aus gesehen, müßte zweifellos das Letzte überwiegend der Fall sein. Die deutsche steuerliche Belastung dürfte heute die englische oder französische kaum wesentlich übertreffen ⁴²⁾ — wobei in Deutschland die mannigfaltige Schutz- und Subventionspolitik vom Standpunkt des internationalen Konkurrenzkampfes eine gewisse Lastenverminderung bedeutet —, während mit einem mindestens periodisch, wenn nicht ständig höheren Zinssatz im Vergleich zum Kreditweltmarkt zu rechnen ist. Ganz allgemein ist der Einwand gegen die Anwendung des Quantitätstheorems dahin zu beantworten, daß die Hemmungen wegen Kostenerhöhung (Steuerdruck) eben durch ein entsprechendes Mehr an zusätzlichem »Zinsdruck« überkompensiert werden.

4. Der Haupteinwand wie gegen die Quantitätstheorie überhaupt, so gegen ihre Interpretation des internationalen Zahlungsbilanzausgleichs ist aber: daß Zinssteigerung *à la longue* doch (»according to good economic doctrine« wie es Moulton meint) die Preise steigert, statt sie zu senken. Gehört doch der Zins (auch auf das eigene Kapital) selbstredend zu den Kosten! — Das alte Problem des Verhältnisses zwischen »Produktionszins« und »Leihzins« soll hier nicht aufgerollt werden. Soviel steht zunächst unzweifelhaft fest, daß für »kürzere« Perioden — die recht lang sein können — es auf den Geldzins ankommt; der Rentabilitätssatz wirkt sich nur langsam aus gegenüber den beweglichen Sätzen des Geldmarktes. Auch darüber kann kein Zweifel bestehen, daß dem Preis für kurzfristiges Leihgeld ein beträcht-

⁴²⁾ Vgl. z. B. G. F. Shirras, Volkseinkommen und Besteuerung, Jena 1926, der die deutsche Steuerbelastung als die höchste hinstellt, dabei aber die »freiwillige« Belastung des englischen Steuerzahlers außer Rechnung läßt.

licher Einfluß auf die Größe der Produktion, auf die Möglichkeit, Vorräte anzusammeln, Läger zu verwerten usw., zukommt; wenn auch das Ausmaß und die Bedeutung dieses Einflusses strittig sind. So hat kürzlich S n y d e r nachzuweisen versucht, daß die amerikanischen Konjunkturen der letzten Jahrzehnte sich ziemlich unabhängig von den Geldmarktsätzen entwickelten und daß überhaupt nur ein Bruchteil aller Kredite (nämlich vor allem diejenigen des »offenen« kurzfristigen Marktes) von den zyklischen Schwankungen berührt wird ⁴³⁾; während es sonst wenigstens für die Börsenkonjunkturen unbestritten ist, daß sie nach Richtung und Ausmaß wesentlich durch die Kreditpolitik der Banken bedingt sind ⁴⁴⁾. Man pflegt ferner gerade die englische auf den internationalen Handel eingestellte Wirtschaft als spezifisch »diskontempfindlich« anzusehen ⁴⁵⁾; von anderer Seite ⁴⁶⁾ wird gerade die Einstellung auf den Weltmarkt als die Erklärung dafür angesehen, daß in England Schwankungen des Diskonts auf die Produktion, die sehr stark von internationalen Konkurrenz- und Absatzverhältnissen abhängt, verhältnismäßig wenig Einfluß haben. In Wirklichkeit hängt das damit zusammen, daß die mittleren und kleineren Industrien Englands ihren Anlagekreditbedarf wieder (wie vor dem Kriege) überwiegend auf dem unorganisierten Kapitalmarkte decken, während der organisierte Markt in erster Reihe den öffentlichen und den auswärtigen Bedarf alimentiert ⁴⁷⁾. Wie dem auch sei: ein gewisses Maß zeitlich begrenzten Einflusses kann nicht bestritten werden. Darüber hinaus ist freilich alles problematisch;

⁴³⁾ Carl S n y d e r, The influence of the interest rate on the business cycle, in der »American Economic Review« XV, 1925, S. 684 ff.

⁴⁴⁾ Selbst der nachmalige Hauptgegner der Currency-Schule, Thomas T o o k e, schrieb 1826 (»Considerations on the state of the currency«, London, 2. Aufl., S. 22): »It must be evident that the same reduction of interest, which leads the possessors of floating capital to incur an extra risk in their investments is likely to induce persons who have credit, and who are in the active employment of capital, to extend their engagements, if there is any speculative ground for anticipating an advance of prices.« Danach wäre also die Hausse (in der Produktion selbst) zwar nicht durch die Kreditexpansion hervorgerufen, aber wesentlich durch diese bedingt.

⁴⁵⁾ So R. G. H a w t r e y, Monetary Reconstruction, London 1923, passim.

⁴⁶⁾ E. C. S n o w führte dies am 15. Juni 1926 in der Royal Statistical Society (nach dem Bericht des »Economist« vom 19. Juni 1926, S. 1186) aus; er warnte insbesondere vor Ueberschätzung des »monetary factor ... in producing fluctuations in industrial activity«.

⁴⁷⁾ Vgl. N a s h, Investment Banking in England, Chicago 1924.

aber auch das steht fest, daß von der Geldmarktseite her Einflüsse ausgehen k ö n n e n , die nicht nur zeitlich und produktionsmäßig begrenzten Charakter haben. Es kommt auf die Art der Produktion und auf ihre Anpassung an Veränderungen des Kreditsatzes an; wenn die zusätzlichen Kreditkosten nicht auf Konsumenten oder Lohnempfänger überwältzt werden können, so führt die Geldmarktverknappung unter Umständen nicht nur zu vorübergehender Abstoßung von Lägern, sondern darüber hinaus zu produktionstechnischen Maßnahmen, zu »Rationalisierung«, zur Umstellung der Produktion von arbeitsintensiver zu kapitalintensiver Technik und mithin möglicherweise zu dauernder Kostenverbilligung. Das sind freilich M ö g l i c h k e i t e n , die nicht generell gegeben sind. Aber ein g e w i s s e s Maß von Wirkung in dieser Richtung ist s t e t s , bei jeder wirksamen Beeinflussung des Geldmarktes, die Folge und wird schwerlich auch nur von radikalen Anhängern der Bankinglehre bezweifelt.

5. Schließlich noch die Frage vom Standpunkt des kapitalaufnehmenden Landes! An sich bietet diese gegenüber dem kapitalgebenden kein neues Problem: derselbe Mechanismus muß hier mit umgekehrtem Vorzeichen gelten. Bewirkt der Geldabfluß Kreditverteuerung und Preisverbilligung im kapitalgebenden Lande, so muß der Geldzufluß im kapitalnehmenden entweder das Umgekehrte bewirken, oder es wird hier mindestens gleichbleibendes Preisniveau vorausgesetzt, um die Transferierung zu ermöglichen; ein »Aufnahmeproblem« besteht in dem Augenblick nicht mehr, in dem das Problem der »Hergabe« gelöst ist. Zollschranken oder sonstige Hemmungen (preismäßiger Art) bedeuten kein neues Problem, sondern nur eine quantitative Verschiebung des bisherigen: um sie zu überwinden und die »Hergabe« zu ermöglichen, müssen die Transferwege noch schärfer, als es ohnehin der Fall wäre, angespannt werden. Es ist folglich unverständlich, wie ein Scheinproblem von der Art erfunden werden konnte ⁴⁸⁾: daß es fraglich sei, wie die Aufnahme der zur Begleichung der Reparationsschuld gesandten Waren bei den Zahlungsempfängern erfolgen soll, wenn diese die Waren erhalten sollen, bevor ihr monetärer Apparat die zusätzliche Vergrößerung erfahren hat. Ein Problem dieser Art bestünde nur, wenn a) das Preisniveau des Empfängerlandes nicht minde-

⁴⁸⁾ Von M ü h l e n f e l s , a. a. O. S. 58 f., 72 f.

stens gleich bliebe oder nicht bei (etwaiger Senkung) weniger sinken würde als dasjenige des Geberlandes; eine logisch unzulässige Voraussetzung, denn es käme dann wiederum nur auf eine stärkere Senkung der Preise, als es ohnehin der Fall ist, beim Kapitalgeber an. Wenn ferner b) der Mehrbezug von Waren des Kapitalgebers bei gleichbleibender Kaufkraftsumme des Empfängers erfolgen würde. Dazu ist aber zu sagen, daß die Kaufkraft des Empfängers bei jeder Uebertragung vergrößert wird: sei es, daß (direkt) Gold bzw. Devisen ins Land kommen, oder daß unbeschadet der bisherigen Kaufkraftsumme über Waren verfügt werden kann (»Sachlieferungen« im engeren Sinne); sei es, daß die bloße Preissenkung (indirekt) bisher gebundene Kaufkraft freisetzt. — Vollends undiskutabel ist es, wenn die Unmöglichkeit der Reparationszahlung damit begründet wird, daß sie zu einer »Ueberflutung« des zahlungsempfangenden Auslandes mit Waren führe: als ob der Mehreinfuhr von Gütern nicht eine Vermehrung der Zahlungsmittel (im weitesten Sinne) gegenüber stünde! Wohlverständlich ist es aber, wenn englische Industrien den Schutz des »Safeguarding Act« mit diesem Argument fordern; und es ist allenfalls erstaunlich, daß dies nicht schon längst geschah, sondern erst jüngst von der britischen Elektromaschinenindustrie versucht wurde, obwohl M c K e n n a den fraglichen Gesichtspunkt bereits 1921 in die Debatte geworfen hatte.

6. Es ist eine nachgerade typisch gewordene Problemverquickung: die Frage des quantitätstheoretischen Preismechanismus und seiner ausgleichenden Bedeutung für die Zahlungsbilanz mit der davon völlig verschiedenen Frage nach den »Grenzen« des diskontpolitischen Willens zu identifizieren. Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der klassischen Lehre vom Zahlungsbilanzausgleich ist völlig unabhängig davon, ob es in der Macht der Notenbank oder einer anderen Instanz steht, diesem Mechanismus durch gewollte Maßnahmen zum Siege zu verhelfen, ob dieser also »automatisch« wirksam wird oder der diskontpolitischen Nachhilfe bedarf. Mill selbst war zur Genüge an der Bankingkritik geschult, um der Notenbank nur sehr beschränkten Einfluß zuzuschreiben. In der Tat ist es für die Auswirkung der internationalen Kapitalbewegungen grundsätzlich gleichgültig, ob sie von entsprechend eingestelltem bankpolitischen Willen begleitet sind. Es handelt sich ja um ein ökonomisches »Gesetz«, dessen Auswirkung unvermeidlich ist. (Sofern an der Goldwährung fest-

gehalten wird, kann die Dauer, auf die es ankommt, nicht einmal lang sein.) Umgekehrt würde eine zu den Geldbewegungen etwa gegensätzlich orientierte Diskontpolitik gegenüber den Tatsachen der Kapitalein- bzw. -ausfuhr herzlich wenig auszurichten vermögen. Es ist mithin auch entschieden als Vermischung zweier völlig getrennter Fragen anzusehen, wenn die Solidarität der Geldmärkte für die Nachkriegszeit deshalb bestritten wird⁴⁹⁾ 50), weil die Diskontpolitik der Notenbanken nicht mehr den alten Einfluß besitzen soll. Ob es der Diskontsatz, der von einer Zentrale diktiert wird, oder der marktmäßige Geldsatz ist, durch dessen Vermittlung die Kapitalverknappung bzw. -vermehrung zuerst oder überhaupt ihren Ausdruck erlangt: das ändert naturgemäß nichts an dem funktionellen Zusammenhang der Dinge.

VII.

Mithin haben wir es hier nicht mit der überaus schwierigen Frage nach den Grenzen der Diskontpolitik zu tun, sondern nach den Grenzen des Zahlungsbilanzausgleichs durch Preisniveauänderungen. Die quantitätstheoretische Auffassung ist logisch unanfechtbar, sofern man nur nicht zwischen Geldmenge (Zinsfuß) und Preisniveau eine funktionelle Beziehung, algebraisch ausgedrückt, ersten Grades annimmt. Wohl wird man aber nicht umhin können, der Geldmenge irgendeinen, wenn auch nur beschränkten Einfluß auf die Preisbildung zuzugestehen⁵¹⁾. Diese Voraussetzung genügt, um die klassische Konstruktion, die also keineswegs auf der Grundlage einer »naiven« Quantitätstheorie oder einer »Verkehrsgleichung« zu stehen und gar an den instantanen, reibungs- und zeitlosen Ablauf des Zahlungsbilanz-

⁴⁹⁾ Vgl. »The electrical industry in Germany: by the economic and statistical department, British Electrical and allied Manufacturers' Association«, London 1926.

⁵⁰⁾ Von S o m a r y, a. a. O., der in anderem Zusammenhange (in »Europas Volkswirtschaft in Wort und Bild« 1925/26, S. XXXIII) gerade den gestiegenen Einfluß der Notenbanken betont.

⁵¹⁾ Vgl. T a u s s i g im »Quarterly Journal of Economics«, Bd. XXXI, 1916—1917, S. 400: »It is not indeed material for the argument whether one holds the quantity doctrine in uncompromising form, or holds a carefully qualified version of it, or rejects it altogether. There is agreement on all hands, I believe, that an increase in the money supply is accompanied, other things equal, by a higher range of prices, and an increase in »transactions«, similarly standing by itself, by lower prices. No more need be assumed for the present purpose; the nature of the causal connection need not be discussed.«

ausgleichs zu glauben braucht ⁵²⁾, logisch unanfechtbar zu machen. Es bedarf freilich der weiteren Voraussetzung, die in der berühmten Klausel von »sonst gleich bleibenden Umständen« zum Ausdruck kommt: daß, wie jedes ökonomische Gesetz, so auch dieses unter der Voraussetzung der — hier nicht näher definierbaren — »freien Konkurrenz« formuliert ist und mit dieser Voraussetzung steht und fällt. Monopolistisch beherrschte Marktverhältnisse vermögen die Wirkungen radikalster Diskontmaßnahmen aufzuheben oder wenigstens aufzuschieben; es ist folglich irreführend, aus den deutschen Erfahrungen mit Reparationszahlungen bei zeitweilig steigendem, jedenfalls aber nicht wesentlich sinkendem Preisniveau Argumente gegen die Theorie ableiten zu wollen ⁵³⁾.

Ganz abgesehen davon, daß, wie bereits hervorgehoben, die deutschen Leistungen bisher, zahlungsbilanzmäßig gesehen, im wesentlichen kompensiert waren durch auswärtige Kredite. Damit sei die entscheidende Frage nach der *e f f e k t i v e n* *G e l t u n g* der klassischen Lehre vom Ausgleichsmechanismus aufgerollt. Ihre *l o g i s c h e* *G e l t u n g* zugegeben, dürfte es dennoch sehr schwer fallen, ihr mehr als in äußersten Grenzfällen wirksame Bedeutung zuzuerkennen. Zunächst ist noch einmal zu wiederholen, daß ein Transferproblem überhaupt nur soweit besteht, als die zu transferierende Summe nicht durch gegensätzliche Wertbewegungen (Kreditaufnahme, Touristengelder usw.) »kompensiert« wird. Ferner ergibt sich bei darüber hinausgehender Transfernotwendigkeit der Zahlungsbilanzausgleich weitgehend daraus, daß a) die Kapitalausfuhr selbst Zinsfußerhöhung und mithin verstärkte Kapitaleinfuhr bzw. verminderte Kapitalausfuhr zur Folge hat, und daß außerdem b) der Wechselkursmechanismus im gleichen Sinne und obendrein im Sinne der Förderung des Güterexportes bzw. der Hemmung des Importes wirkt. Nur wenn und soweit der Transfer auf diesen Wegen nicht möglich ist, bedarf es für die Dauer anderer Mittel und steht der Weg dafür über die Manipulierung des gesamten Preisniveaus theoretisch offen — wie das zur Genüge dargelegt wurde. Da

⁵²⁾ Wie das z. B. bei E. H e i m a n n der Fall ist (im »Wirtschaftsdienst« Nr. 44 vom 31. Oktober 1924, S. 1489): »Grundsätzlich ist die Zahlungsbilanz immer (!) ausgeglichen, etwas anderes ist gar nicht denkbar. Denn jede auffällige Bewegung des Kurses ruft theoretisch (!) sofort (!) die ausgleichende Gegenbewegung im Warenverkehr hervor.«

⁵³⁾ Wie es M o u l t o n im »Neuen Reparationsplan«, S. 68 f. getan hat.

die beiden erstgenannten Wege: Ausgleich durch kurzfristige Kreditinanspruchnahme und durch Wechselkurschwankungen innerhalb der Goldpunkte, zwar praktisch sehr lange ausreichen können, theoretisch jedoch insofern zu den kurzfristigen Mitteln gehören, als für ihre Geltung vorausgesetzt wird, daß sie »von Fall zu Fall« in Anwendung gelangen, daß also Perioden solchen Ausgleichs durch andere abgelöst werden, in denen die Zahlungsbilanz das für Kapitalausfuhr benötigte Aktivum ohnehin aufweist — so müßte der dritte Weg bei einem kontinuierlichen Kapitalexport großen Umfangs und »lange Zeit« hindurch unvermeidlich sein. In Wirklichkeit wird er höchstwahrscheinlich, bis auf ganz seltene Ausnahmen, vermeidlich bleiben. Nicht deshalb, weil das Beschreiten dieses Ausgleichsverfahrens durch Preisniveaumanipulierung naturgemäß mit großen Härten verbunden ist: so schmerzhaft der Prozeß auch sein mag, er ist theoretisch durchführbar, und praktisch gibt es zahlreiche Möglichkeiten, um die Anpassung der Volkswirtschaft an einen solchen »Aderlaß« schrittweise herbeizuführen, die »Reibungskosten« der »Umstellung« möglichst zu reduzieren ⁵⁴⁾; das wichtigste Mittel dürfte dazu gerade die Zinspolitik bieten, die, planmäßig geübt — was im reparationspflichtigen Deutschland allem Anschein nach nicht der Fall ist —, den Ausgleich im Sinne »der alten klassischen Theorie von der automatischen Regelung der Wechselkurse zwischen barzahlenden Ländern ... nicht mit großen Härten am Warenmarkt, sondern einfacher am Wertpapiermarkt« ermöglicht, wie es L o t z bereits 1906 formulierte (Schmollers Jahrbuch XXX S. 1243). Auch sollen die Schranken quantitätstheoretischer Kausalzusammenhänge nicht wieder aufgezählt werden: gewiß ist es möglich, daß die Geldpolitik ihre preisbildende Wirkung unter nicht gleichbleibenden Umständen („ceteris non paribus“) verfehlt, und daß insbesondere die Wirkung konjunkturweise verschieden ausfällt, sich etwa in der Hochkonjunktur wirksam erweisen kann, während sie sich in einer akuten Krise angesichts der allgemeinen Schwierigkeiten, unter denen man jeden Zins zu bezahlen bereit ist, völlig unwirksam erweist ⁵⁵⁾. Mitten in einer Depression ferner genügt

⁵⁴⁾ Vgl. L a u t e n b a c h a. a. O., S. 262 ff.; V i n e r in »American Economic Review« 1925, S. 94.

⁵⁵⁾ H. W i t h e r s (»Bankers and Credit«, London 1924, S. 155 ff.) weist darauf hin, daß u. U. eine Erhöhung der Bankrate um zwei Punkte ausreicht,

eine beschränkte, wenn auch fortlaufende Geldvermehrung noch keineswegs, um jene »Stimmung« zu erzeugen, die erforderlich ist, um das psychologisch wirksame Moment zum Konjunktumschlag auszulösen. Diese Wirkung einer selbst 5—10%igen oder gar noch geringeren Geldvermehrung verteilt sich ja auf einen längeren Zeitraum und auf viele Märkte und kann in ihrer Gesamtheit einen zu schwachen Impuls bedeuten, während der Konjunkturwechsel entweder von einem allgemeinen »Stimmungsumschwung« im Sinne großer Zukunftserwartungen oder von einem speziellen Märkte her durch wesentlich steigende Preise und Profite an demselben herbeigeführt zu werden pflegt. Wenn ferner etwa die Geldvermehrung dank des Vorhandenseins großer Vorräte keine oder keine wesentliche Nachfrage nach Produktionsmitteln hervorruft, oder wenn die Produktionssteigerung zwar eintritt, aber bei bis dahin nichtoptimaler Ausnutzung der vorhandenen Anlagen, so kann unter Umständen sogar eine der von der Quantitätstheorie supponierten gerade entgegengesetzte Wirkung: Preissenkung auf einzelnen oder auch allen Märkten, die Folge sein. Gewiß kann eine große oder fortlaufende Kapitaleinfuhr, namentlich wenn sie als dauernd angesehen wird, eine beginnende oder in Gang befindliche Hausse marktpsychologisch fördern — aber auch da kommt alles darauf an, ob und wie weit der Geldbedarf des Landes sich elastisch dem vermehrten Angebot oder der Erwartung einer solchen Vermehrung anpaßt. Innerhalb beschränkter Grenzen, d. h. wenn die Geldvermehrung im Vergleich zum Gesamtumsatz nur einen kleinen Bruchteil ausmacht und man mit ihr nicht schlechthin weiter rechnen kann, ist diese Elastizität zweifellos vorhanden.

Ferner kommt es u. U. auch auf den kreditpolitisch leitenden Willen in dem Schuldner- wie im Gläubigerlande an, praktisch also insbesondere auf die Notenbank und ihre Einstellung zur diskontpolitischen Grundfrage. Beschränkt sie sich auf das »Konstatieren« der Geldmarktvorgänge oder treibt sie bewußte Diskontpolitik im Sinne etwa der tunlichsten Festhaltung des Satzes? In allen führenden Ländern des heutigen Kapitalismus ist die Notenbankpolitik mehr oder weniger »aktiv« geworden und hat vielfach die Tendenz, der Geldmarktentwick-

um Panik hervorzurufen, ohne daß der Kreditbedarf eine Einschränkung erführe. Namentlich sei dies Anfang 1921, als die Preise in England rapid stiegen, der Fall gewesen.

lung präventiv vorzugreifen. Soweit ihr zu diesem Zwecke eine Golddeckungsmarge über das gesetzliche Minimum hinaus zur Verfügung steht, braucht schon deshalb eine etwaige Verschlechterung der Deckung nicht notwendig und immer zur Geldmengenverknappung zu führen. Umgekehrt braucht eine Verbesserung der Golddecke wegen Goldimportes ebensowenig notwendig zur Senkung des Zinsfußes zu führen: wenigstens innerhalb gewisser Grenzen. — Das sind einige von den vielen Einschränkungen gewiß nicht unwesentlicher Art, mit denen die quantitätstheoretische These zu versehen ist. Aber man sieht: sie besagen im Grunde nur, daß nicht beliebige, sondern nur sehr bedeutende Geldmengenänderungen das Preisniveau zu beeinflussen vermögen. Daß die Einschränkungen z. T. von den »Klassikern« selbst, vor allem aber von ihren radikalen Anhängern in der Nachkriegszeit häufig übersehen wurden, und man geradezu von einer Parallelität zwischen Geldmengen- und Preisniveauänderungen sprach, ja sogar Pläne währungspolitischer Konjunkturregulierung darauf baute: das ändert an der Richtigkeit der Grundtendenz naturgemäß ebensowenig, wie ihr die vor dem Krieg herrschende banktheoretische Opposition, der normale Geldmarktverhältnisse mit relativ geringfügigen internationalen Bewegungen vorschwebten, Abbruch tat.

Neben diesen quantitativen Schranken stößt der Zahlungsbilanzausgleich durch Vermittlung der wechselseitigen Preisniveaus noch auf solche qualitativer Art, auf die hier ebenfalls nur hingewiesen werden kann. So z. B. braucht der monetäre »Zinsdruck« keineswegs preisbildende Wirkung auszuüben, um den Export zu fördern und den Import zu hemmen. Er bedeutet dann eine Schmälerung der Rente des Unternehmers und zwingt ihn folglich, sich (bei freier Konkurrenz) nach Mitteln und Wegen zum »Sparen« umzusehen. Wie jeder »Druck«, so wirkt auch dieser *ceteris paribus* in der Richtung der »Rationalisierung«, die nach der kommerziellen Seite hin, im Gegensatz zur technischen, viel zu wenig beachtet wird. Kommerzielle Rationalisierung bedeutet aber in diesem Falle insbesondere: Ausnutzung bereits vorhandener individueller Preisdifferenzen zwischen In- und Ausland. Die Herstellung des Gleichgewichts in der Zahlungsbilanz kann und wird also weitgehend durch Ausnutzung von Preisspannungen einzelner Warenkategorien, die bisher nicht oder nicht genügend ausgewertet wurden, erreicht oder wenigstens gefördert.

Schließlich aber bietet zwar die quantitätstheoretische Vorstellung den großen Vorzug der gedanklichen »Vereinfachung«: man braucht sich den Mechanismus nur klar zu machen, und alle Probleme scheinen ein für allemal »gelöst« zu sein. Ein großer Vorzug, der aber gewiß mit Nachteilen verbunden ist, die obendrein nicht nur in der Sphäre des Intellektuellen liegen, sondern auch praktische Bedeutung erlangen können. Die phantastischen Vorstellungen über die kommende deutsche Reparationsleistung, die nach dem Kriege so verhängnisvoll wirkten, haben hier zweifellos eine starke Stütze gefunden. Wie einfach in der Tat: man braucht bloß die Zinsschraube nachzuziehen, um anscheinend jeden beliebigen Betrag aus einer Volkswirtschaft abschöpfen und anderen zur Verfügung stellen zu können! Die Problematik der inneren »Aufbringung« eines zu transferierenden Kapitals fällt aus diesem Rahmen. Wohl muß es aber hervorgehoben werden, daß eine Transferierung, die zu ihrer Verwirklichung wiederholt und in größerem Umfang einer solchen Senkung des allgemeinen Preisniveaus im kapitalgebenden Lande bedarf, um dieses wesentlich unter den Stand der Weltmarktpreise zu bringen, zwar theoretisch ohne Schwierigkeit denkbar und praktisch unter Umständen, die hier nicht erörtert werden können, auch ausführbar ist; sie könnte aber von konjunkturmäßigen Folgen im Inland wie u. U. auch im Auslande begleitet sein, die geeignet sein würden, die anderen Transferwege (insbesondere internationale Kredite) zu gefährden, wenn nicht völlig ungangbar zu machen.

Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, daß die klassische Lehre für »normale« Wirtschaftsverhältnisse und allenfalls auf Grund von Erfahrungen mit relativ geringen Kapitalwanderungen außerökonomischer Art entstanden ist; »den besten Darstellungen der klassischen Doktrin lag immer die Voraussetzung zugrunde, daß die zu leistenden Zahlungen nicht so groß oder die dem normalen Transferprozeß entgegenwirkenden Kräfte nicht so ausgeprägt sind, um eine Kreditkrise heraufbeschwören zu können: die deutsche Reparationsschuld kann jedoch Zahlungen erforderlich machen, die so umfangreich sind, daß diese Maschinerie sie nicht bewältigen kann« ⁵⁶⁾.

⁵⁶⁾ Viner in der »American Economic Review«, Bd. 16, S. 94.

Gesellschaft und Staat¹⁾.

Studie zur Gesellschaftslehre von Franz Oppenheimer.

Von

FRITZ SANDER.

Vor b e m e r k u n g.

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit der Soziologie Franz Oppenheimers fast ausschließlich vom Standpunkte der beiden Fragen: ob jene Lehre von richtigen methodologischen und ontologischen Axiomen ausgeht und ob sie als ein wahres System anzusehen ist? Durch die Beschränkung der Betrachtung auf jene Probleme muß unvermeidlich eine bloß einseitige Würdigung des großen Werkes Oppenheimers zustande kommen. Es sei, wiewohl selbstverständlich, ausdrücklich bemerkt, daß zahlreiche Einzelergebnisse der Untersuchungen Oppenheimers ungeachtet grundsätzlicher kritischer Bedenken ihren Wert behalten und seine Soziologie zu einem Werke gestalten, an welchem die gesellschaftswissenschaftliche Forschung noch lange das stärkste Interesse wird nehmen müssen.

I. Abgrenzung der Gesellschaftslehre.

»Dieses Buch läßt sich der Karte Afrikas vergleichen, wie sie die Atlanten meiner Jugendzeit darstellten: ein verlässlicher Umriss, einige gut bekannte und kartographisch völlig ausgeführte Gebiete, viele zweifelhafte Einzelheiten — u n d e i n e g r o ß e

¹⁾ Vgl. durchgängig meine Abhandlungen: »Othmar Spann's „Ueberwindung“ der individualistischen Gesellschaftsauffassung«, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. Bd. 53, S. 11—80, »Der Gegenstand der reinen Gesellschaftslehre«, ebenda Bd. 54, S. 329—423; »Zum Problem der Soziologie des Rechtes«, ebenda Bd. 55, S. 800—818; »Das Verhältnis von Staat und Recht. Eine Grenzausseinandersetzung zwischen allgemeiner Staatslehre, theoretischer Rechtswissenschaft und interpretativer Rechtsdogmatik«, Archiv des öffentlichen Rechts, 10. Bd., S. 153 bis 227; »Das Wesen der „Völkerrecht“ genannten gesellschaftlichen Gebilde«, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 81. Jahrgang, S. 80—127, und »Das Rechtserlebnis«, Internationale Zeitschrift für Theorie des Rechts, I, Heft 2.

Menge weißer Flecken!« Mit diesen Worten leitet Franz Oppenheimer sein großangelegtes »System der Soziologie«²⁾ ein. Oppenheimers Vorwort gibt uns wenig Vertrauen zur Wissenschaft der Soziologie. Zugegeben, daß ein praktisches Bedürfnis nach einer kartographischen Darstellung Afrikas bestand, zu einer Zeit, da diese Darstellung nur Umrisse, nicht Einzelheiten zu geben vermochte: aber besteht das gleiche Bedürfnis hinsichtlich des dunklen Wissenschaftsgebietes »Gesellschaft«, das Bedürfnis, weitgespannte Umrisse zu geben, in welche keine oder nur mangelhafte Einzelheiten eingetragen werden können? Die Umrisse eines Erdteiles können richtig dargestellt werden, obwohl eine Kenntnis dessen, was den Umriß ausfüllt, nicht vorhanden ist. Die Umrisse eines wissenschaftlichen Gegenstandsgebietes hingegen zeigen keineswegs jene Unabhängigkeit gegenüber den füllenden Einzelheiten, wofern es sich um eine empirische, nicht etwa spekulative Wissenschaft handelt. Für die theoretische Gesellschaftslehre insbesondere besteht gegenwärtig vor allem die Aufgabe schlichter und geduldiger Arbeit an ihren methodischen und gegenständlichen Einzelproblemen, nicht aber das Bedürfnis und noch weniger die Möglichkeit weitmaschiger Systembildungen, welche lediglich aus den Fäden irgendeiner konstruktiven »Weltanschauung« gesponnen sind. Oppenheimers konstruktive Weltanschauung, seine »persönliche Gleichung« ist zu bekannt, als daß es nötig wäre, ihre Bedeutung für seine »Theorie« zu zergliedern. Ueberdies hat Oppenheimer im Vorworte zum zweiten Bande seines Werkes ein strenges Verbot aller Kritik seiner Utopie erlassen: »Ich weiß, daß ich mich wieder eines schlimmen Verbrechens schuldig gemacht habe und, horrible dictu! ich empfinde keine Reue. Ich werde im Gegenteil mit Vergnügen bei meinen Kritikern lesen, wie jammerschade es ist, daß ein sonst leidlicher Gelehrter sich durch Träume und Phantasmen vom Wege der echten und alleinseigmachenden Wissenschaft abdrängen läßt! — jener sozialen Wissenschaft, die uns doch zu so herrlichen Menschheitshöhen emporgeführt hat! Man wird mir wieder oberlehrerhafte Zensuren ausstellen, anstatt nach Gelehrtenart meine Gründe zu diskutieren: man wird mir keine Behauptung nach-

²⁾ »System der Soziologie«, Verlag Gustav Fischer, Jena, 3 Bände, 1922 bis 1926. Für die folgenden Ausführungen kommen nur in Betracht die Bände I (»Allgemeine Soziologie«) und II (»Der Staat«).

weisen können, für die ich mich nicht bemüht hätte, Beweise zu erbringen. Es scheint eine verschollene Sage zu sein, daß der Kritiker ein begründetes richterliches Urteil schuldet: Akzeptieren oder Widerlegen, befiehlt das Staatsrecht unserer Gelehrtenrepublik: die Logik! Wir wollen es nun den »Oberlehrern« überlassen, Oppenheimer das von ihm angeregte Vergnügen zu bereiten, und wollen uns bemühen, »Richter« zu sein hinsichtlich jener Teile seines Werkes, welche nicht als »Utopie«, sondern als »Wissenschaft« auftreten. Allerdings werden auch Streiflichter auf Oppenheimers »Utopie« fallen, da ja nicht, wie er meint, seine Utopie von seiner Theorie, sondern umgekehrt seine Theorie von seiner Utopie gestützt wird.

Obwohl Oppenheimer jede Kritik seiner »Utopie« rügt, sagt er doch in merkwürdiger Verkennung eines geradezu paradoxen Widerspruches: »Vor allem ist eines wichtig: Wissenschaft soll vorurteilsfrei sein! Nirgends aber ist Vorurteilslosigkeit eine so schwere Aufgabe, wie in den Gesellschaftswissenschaften. Darum muß der Forscher auf diesem Gebiete dasjenige genau kennen, was Spencer die »persönliche Gleichung« nennt, er muß wissen, wie stark der Mensch überhaupt und daher er, der Forscher, selbst, durch die Lagerung seiner Gruppe, sozialpsychologisch determiniert, d. h. inwieferne seine Vorstellungen und Wertungen nicht Urteile, sondern Vorurteile sind. Von solcher Selbstbesinnung ist aber fast nirgends die Rede« (I S. 139). Wenn jedoch dieser Gedankengang richtig ist, wenn die soziologischen Forscher selbst es an Selbstbesinnung auf ihre »persönliche Gleichung« fehlen lassen, warum sollte es dann gerade Oppenheimer gegenüber eine »oberlehrerhafte Zensur« bedeuten, die »persönliche Gleichung« in helles Licht zu setzen? Dies sei aber eine bloße Zwischenbemerkung, die sich aufdrängt. Wesentlich ist jedoch, daß Oppenheimer der Selbstbesinnung auf die »persönliche Gleichung« nur deshalb eine so große Bedeutung zumißt, weil er keine Methode aufzeigen kann, welche die Ausschaltung der »persönlichen Gleichung« gestattet und die Gesellschaftslehre allererst zu einer wahren Wissenschaft macht, indem sie den Forscher zwingt, sich unmittelbar vor seinen Gegenstand, die Gesellschaft, zu stellen und das Gegebene dieses Gegenstandes in reiner Beschreibung zu erfassen. Wenn Oppenheimer die Vermengung von Sozialphilosophie und Soziologie bekämpft

(I S. 69, 141, 153), wenn er die »rein rationalistische, kausal erklärende Soziologie« von der »Sozialphilosophie« scheidet (I S. 891), wenn er die »soziologische Tatsache« dem »absoluten Wert« (I S. 398) entgegensetzt, wenn er von der »theoretischen Aufgabe« der Soziologie spricht (I S. 164), so drängt sich überall die Erwägung auf, daß eine Selbstbesinnung auf die persönliche Gleichung doch wohl nur ein vorläufiges und unzureichendes Mittel ist, um Grenzüberschreitungen aus der Theorie in die Utopie zu vermeiden, vielmehr eine gesellschaftswissenschaftliche Methode gesucht werden muß, welche sozusagen automatisch die »persönliche Gleichung« ausschaltet.

Zunächst indes fragen wir, wie Oppenheimer die Gesellschaftslehre abgrenzt. Er verwendet für diese Abgrenzung zwei Kriterien, nämlich ein methodologisches, indem er der Soziologie eine charakteristische Methode zuschreibt, und ein gegenständliches, indem er der Soziologie einen besonderen Gegenstand zuteilt. »Was sie dem Sonderforscher zu geben hat, wenn er es nicht schon besitzt, ist vor allem die Methode: die Auffindung und gesonderte Betrachtung der geschichtlich gegebenen »Gruppen« innerhalb der großen Rahmenorganisationen und soweit wie möglich, die kausale Ableitung des Geistes und der daraus entstehenden Handlungsweise aus den besonderen, mit größter Genauigkeit festzustellenden Bedingungen der »Lagerung« jeder Gruppe ...« (I S. 697). Ferner sagt Oppenheimer, daß es die theoretische Aufgabe der Soziologie ist, »die Gesetze der geschichtlichen Handlung zu finden«, daß die Soziologie eine »rein rationalistische, kausal erklärende Seinswissenschaft« (I S. 441, 891), eine »ganz neue Wissenschaft von der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Handlung« (I S. 742) ist, die zur Aufgabe hat »die mathematische Deduktion des typischen Verhaltens« (I S. 677, 725). Die Abgrenzung der Gesellschaftslehre ergibt sich also für Oppenheimer dadurch, daß er eine bestimmte Methode auf einen bestimmten Gegenstand bezieht. Dieser Gegenstand tritt aber an betonter Bedeutung zurück hinter der Methode, welche Oppenheimer als eine Methode »kausaler Erklärung« kennzeichnet, die er allerdings manchmal merkwürdigerweise der Methode »mathematischer Ableitung« gleichsetzt. Noch bedenklicher wird der Widerspruch, wenn Oppenheimer wieder an anderen Stellen die Soziologie gleichsetzt einer »Theorie des sozialen Prozesses« (I S. 681) und einer »Wesenslehre von

der Gesellschaft« (I S. 158). Lassen sich diese letzteren Definitionen nicht vereinbaren mit der Definition der Gesellschaftslehre als »kausal erklärender« Wissenschaft, so noch weniger mit Oppenheimers Ablehnung der »reinen Deskription«. Er spricht von den Versuchen, die Soziologie auf das »rein Zuständliche, also auf die reine Deskription« zu beschränken (I S. 78), er weist ab den Irrtum, dem »statischen« Teil der Soziologie »eine übertriebene Wichtigkeit beizumessen« (I S. 457), er behauptet, daß mit der Deskription »nicht der letzte, sondern der erste Schritt der Wissenschaft geschehen ist«. »Dann beginnt erst die eigentlich wissenschaftliche Aufgabe, Zug um Zug jenes Bild auf greifbare Ursachen zurückzuführen« (I S. 635). Indes birgt diese Hintansetzung der deskriptiven hinter der kausal erklärenden Methode eine höchst folgenschwere Unklarheit in sich. Denn der Gegenstand einer Beschreibung ist auch dann ein anderer als der Gegenstand einer kausalen Erklärung, wenn die gebräuchliche Terminologie »Beschreibung« und »kausale Erklärung« auf einen Gegenstand bezieht. Denn nur die Beschreibung eines Gegenstandes, z. B. eines Tisches, bezieht sich auf diesen Gegenstand, während sich die sog. kausale Erklärung des gleichen Gegenstandes, z. B. jenes Tisches, gar nicht unmittelbar und nicht allein auf jenen Tisch bezieht, sondern auf die Wirkenszusammenhänge, in welchen jener Gegenstand mit anderen Gegenständen, seinen wirkenden Bedingungen, steht. Die Urteile der sog. kausalen Erklärung »eines« Gegenstandes beschäftigen sich also stets mit einem Kollektivum von in einem Wirkenszusammenhange stehenden Gegenständen, zu welchen auch der »kausal erklärte« Gegenstand als gewirkter Gegenstand gehört. Was aber dieser Gegenstand an sich, seinem Wesen nach ist, wird in den Urteilen der kausalen Erklärung gar nicht ausgesagt, da sie ja unmittelbar nur den Wirkenszusammenhang, mittelbar nur die Glieder des Wirkenszusammenhanges betreffen. Die Lehre vom Wesen eines Gegenstandes kann daher niemals die Lehre von den wirkenden Bedingungen dieses Gegenstandes sein. So muß auch eine Wesenslehre von der Gesellschaft, die wir auch reine Gesellschaftslehre nennen können, weil sie sich in Reinheit auf diesen Gegenstand und auf sonst nichts bezieht, im Gebiete der Deskription, der reinen Beschreibung verharren. Die »kausal erklärende« Gesellschaftslehre hingegen

bezieht sich gar nicht unmittelbar auf den Gegenstand »Gesellschaft«, und überhaupt nicht auf dessen Wesen, sondern auf die Wirkenszusammenhänge, in welchen »Gesellschaft« als Wirkung mit zahlreichen, auch nicht-gesellschaftlichen, Gegenständen als seinen wirkenden Bedingungen steht.

Aus den Verhältnissen, in welchen »Gesellschaft« steht, kann aber keineswegs das Wesen, das »An sich« der Gesellschaft erklärt werden. Und diese Erwägung gilt auch dann, wenn »Gesellschaft« selbst nicht etwas »Statisches«, sondern etwas »Dynamisches«, ein Vorgang, ein »Prozeß« ist. Denn dann bildet eben dieser »Prozeß« den rein zu beschreibenden Gegenstand, welcher sich von jenen Prozessen, die seine wirkenden Bedingungen sind, scharf abhebt. Die reine Beschreibung eines Prozesses, die reine Erfassung seines Wesens ist etwas ganz anderes als die »kausale Erklärung« dieses Prozesses, die Aufdeckung jener Wirkenszusammenhänge, in welchen der »kausal erklärte« Prozeß entsteht und vergeht. Die »Statik« oder »Dynamik« des Gegenstandes determiniert also in keiner Weise die Beantwortung der Frage, ob deskriptive oder kausal erklärende Methode anzuwenden ist.

Das fast ausschließliche Interesse, welches Oppenheimer und die meisten anderen Soziologen der »kausal erklärenden« Gesellschaftslehre zuwenden, erklärt sich einerseits aus ihrem naturalistischen Vorurteil, welches ihnen als Ideal der Geisteswissenschaften kausal erklärende Naturwissenschaften erscheinen läßt, andererseits aber aus einer Einstellung, die sich in den folgenden Worten Oppenheimers kundgibt: »Denn auch die Soziologie hat, wie alle Wissenschaft, als letzte Aufgabe die zugewiesen erhalten, dem Leben zu dienen. Wir wollen den gewaltigen Elementarprozeß des gesellschaftlichen Seins und Werdens verstehen, nicht nur um der theoretischen Freude willen, so groß sie auch ist, sondern auch, und vor allem, um ihn beherrschen und lenken zu können und zu verhindern, daß er noch einmal in so furchtbarer Gewalt losbreche und die Kultur der Welt zerstöre« (I, Vorwort). Ist derart der Wunsch des Soziologen auf eine bestimmte Gesellschaft als Mittel zu bestimmten Zwecken eingestellt, so müssen begreiflicherweise die Wirkenszusammenhänge, in welche »Gesellschaft« verknüpft ist, in den Vordergrund des Interesses rücken. Indes birgt auch dieser ganze Gedankenzusammenhang der Soziologen einen Irr-

tum in sich, da ja offenbar ohne genaue Kenntnis des Gegenstandes »Gesellschaft« auch die Wirkenszusammenhänge, in welche »Gesellschaft« eingeschlossen ist, nicht genau erforscht werden können.

Wie grenzt nun Oppenheimer die Soziologie von anderen Wissenschaften ab? Er sagt, daß Soziologie ist »das gemeinsame Grenzgebiet aller Wissenschaften vom Geiste oder von der Gesellschaft, also auch der Psychologie« (I S. 110), die »Universalität der Geisteswissenschaften« (I S. 164), die »Synthese der Geisteswissenschaften« (I S. 677). Indes kann jedenfalls diese »universale«, »synthetische« Aufgabe der Gesellschaftslehre lediglich in bezug auf jene Geisteswissenschaften zutreffen, welche sich mit dem gesellschaftlichen Seelenleben beschäftigen, keineswegs aber hinsichtlich jener Geisteswissenschaften, welche das einsame Seelenleben betreffen. Allerdings wird behauptet, daß auch alles einsame Seelenleben durch gesellschaftliches Seelenleben bedingt ist, so daß Oppenheimers Charakterisierung wenigstens in genetischer Beziehung einen Halt hätte. Jedenfalls aber sieht Oppenheimer die Gesellschaftslehre als Geisteswissenschaft an, was im Hinblick auf seine später zu prüfende Abgrenzung von Soziologie und Psychologie festzuhalten ist.

Besonderes Interesse gewinnt für uns Oppenheimers Ansicht vom Verhältnisse der Soziologie einerseits zur Historik, andererseits zur Psychologie. Er bezeichnet die Soziologie als jenes Gebiet, wo Historik und Oekonomie »auf Kooperation angewiesen sind«, welches ihre »Grundvoraussetzungen« umfaßt, ihren »Ausgangspunkt« und ihr »Zentralgebiet« bildet (I, Vorwort), er sagt, daß der »Hauptgegenstand der Soziologie die Geschichte ist« (I S. 30), daß schon die Betrachtung der Gemeinschaft als Gesamtprozeß ein »historisches Moment« in die Betrachtung hineinbringt (I S. 99), daß das Erfahrungsobjekt der Geschichte die »Klasse«, jenes der Soziologie die »Art« sei (I S. 173). Indes sind nach Oppenheimer Historik und Soziologie methodisch verschieden, denn »die Soziologie ist kollektivistisch gerichtet, d. h. schreibt der Masse die eigentliche geschichtliche Bedeutung zu, während die Historik bis auf den heutigen Tag das führende Individuum, den »Heros« in den Vordergrund stellt, ja fast allein betrachtet« (I S. 127).

Was nun diesen Gedankengang Oppenheimers an-

langt, so muß gesagt werden, daß offenbar die Frage, ob die »Masse« oder der »Heros« die ausschlaggebende geschichtliche Bedeutung haben, an sich in gar keiner Beziehung zur Soziologie steht. Nur weil Oppenheimer »Masse« und »Gesellschaft« verwechselt, vermeint er, daß es zum Wesen der Soziologie gehöre, die Masse in den Vordergrund zu rücken. Im übrigen aber ist auch gar nicht einzusehen, wie der Gegensatz kollektivistischer und individualistischer Geschichtsbetrachtung eine Abgrenzung zwischen Historik und Soziologie ergeben soll: denn sowohl die kollektivistische als auch die individualistische Geschichtsbetrachtung ist eben Geschichtsbetrachtung, ist Historik. Im Sinne dieser Abgrenzung wäre »Soziologie« lediglich eine besondere Methode der Historik, wie ja auch Oppenheimer von einer »soziologischen Geschichtserklärung« (I S. 624) spricht. Indes Oppenheimer läßt es bei dieser Abgrenzung nicht bewenden, sondern führt weitere Kriterien ein, die allerdings mit dem eben betrachteten Kriterium in keinem Zusammenhange stehen. Er sagt nämlich, daß der historische Blickpunkt ein ganz anderer als der soziologische sei, da »er auch auf das Werden, und nicht mehr nur auf das Sein der Gemeinschaft eingestellt« ist (I S. 99). An anderer Stelle wird gesagt, daß zwar sowohl die Historik als auch die Soziologie Massenbetätigungen in ihrer »Kinetik« zu untersuchen haben, die Soziologie aber auch »die Statik des sozialen Prozesses« zu behandeln habe, während der Historik die Statik nur als »Durchgangspunkt der Kinetik« interessant sei. »Auf der anderen Seite aber bleibt der Historik dasjenige, was die Soziologie als Gesetzeswissenschaft weder erreichen will noch kann: das Individuelle, das Idiographische« (I S. 176). Wir haben also nicht weniger als drei Kriterien für die Unterscheidung von Historik und Soziologie zur Verfügung, denn Historik soll nach Oppenheimer sein a) eine individualistische Geschichtsbetrachtung, d. h. eine Betrachtung, welche das Individuum in den Vordergrund rückt, b) eine individualisierende Geschichtsbetrachtung, d. h. eine Betrachtung, welcher es auf das Individuelle überhaupt in der Geschichte ankommt, c) eine Wissenschaft von der bloßen »Kinetik« der Geschichte, während Soziologie sein soll a) eine kollektivistische Geschichtsbetrachtung, d. h. eine Betrachtung, welche die »Masse« in den Vordergrund rückt, b) eine generalisierende Geschichts-

betrachtung, d. h. eine Betrachtung, welche die Gesetze der Geschichte erkennt und c) eine Wissenschaft auch von der »Statik« der Geschichte. Offenbar ist nämlich, was Oppenheimer zu übersehen scheint, »individualistische« Betrachtung etwas anderes als »individualisierende« Betrachtung, und »kollektivistische« Betrachtung etwas anderes als »generalisierende« Betrachtung. Denn selbstverständlich kann eine generalisierende Geschichtsbetrachtung individualistisch sein, indem sie die Gesetze der Determinierung der Geschichte durch das »Individuum«, den »Heros« herausarbeitet, und es kann eine individualisierende Geschichtsbetrachtung kollektivistisch sein, indem sie »individuelle«, d. h. hier einzige, einzelne Massenbetätigungen darstellt. Und diese disparaten Kriterien sind wieder disparat zum Unterschiede von »Kinetik« und »Statik«, wobei überdies zu bemerken ist, daß die »Statik des sozialen Prozesses« ein immerhin etwas unklarer Begriff ist, von dem Oppenheimer selbst sagt, »daß es sich um eine Fiktion im Sinne der Philosophie des Als ob, also um eine Konstruktion handelt, die keine Realität besitzt, noch besitzen kann, wenn auch freilich die Realität ihr unter Umständen sehr ähnlich sein mag« (I S. 604).

Jedenfalls aber sind Historik und Soziologie nach Oppenheimer Wissenschaften, die im wesentlichen sich mit dem gleichen Gegenstande, aber nach verschiedenen Methoden beschäftigen. Diese Behauptung aber ist haltlos! »Geschichte« als menschliche Geschichte bedeutet nichts anderes als jenes Geschehen, dessen Träger Menschen sind. Zu diesem gehören aber auch einsame menschliche Handlungen, d. h. Handlungen, welche mit einsamem Seelenleben verbunden sind, welche Gegenstände von vornherein aus dem Gebiete der Gesellschaftslehre ausscheiden. Wenn wir nun aber lediglich an die gesellschaftliche Geschichte denken, so ist die ihr zugewendete Historik mit einem anderen Gegenstande beschäftigt, als die Soziologie, indem nämlich diese Historik die Wirkenszusammenhänge aufzeigt, in welche jenes gesellschaftliche Geschehen mit anderm gesellschaftlichem und nicht-gesellschaftlichem, ja nicht einmal menschlichem Geschehen verflochten ist, während die Soziologie jene Wissenschaft ist, die es mit dem Gegenstande »Gesellschaft« und sonst mit keinem Gegenstande zu tun hat. Wenn man allerdings an eine »kausal erklärende«

Soziologie denkt, dann fällt zweifellos deren Gegenstand mit jenem der gesellschaftlichen Historik zusammen. Dann führt aber auch eine methodische Unterscheidung nicht zum Ziele, da sowohl eine sog. Soziologie als generalisierende Geschichtsbetrachtung als auch eine Historik als individualisierende Geschichtsbetrachtung *Geschichtsbetrachtung*, also letzten Endes *Historik*, Wissenschaft vom Gegenstande »Geschichte« ist. Hingegen ist die deskriptive, d. h. die wahre Soziologie völlig indifferent gegenüber der Unterscheidung generalisierender und individualisierender Wissenschaften, da sie in ihren verschiedenen Zweigen sowohl das Wesen der Gesellschaft, das »Gesellschaftliche« überhaupt als auch die einzelnen »Gesellschaften« als auch die Einzelheiten dieser Gesellschaften beschreibt.

Noch weniger glücklich, als Oppenheimers Abgrenzung der Historik von der Soziologie, ist seine Abgrenzung der Psychologie von der Soziologie. Wir erinnern uns, daß Oppheimer die Soziologie als Geisteswissenschaft bezeichnet hat. Nun umfaßt aber der Gegenstand der Gesellschaftslehre, die »Gesellschaft«, *gesehen vom Standpunkte des Betrachters*, ihrem Wesen nach nicht bloß Geistiges, sondern auch Körperliches, da jede gesellschaftliche Tatsache aus einer Handlung und aus einem mit dieser Handlung verbundenen »Sinn« besteht. Wenn wir also unter »Wesen der Gesellschaft« jene ihrer Merkmale verstehen, welche uns zu entscheiden gestatten, ob Gesellschaft dem Gebiete des Seelischen oder dem Gebiete des Körperlichen zuzurechnen ist, so muß gesagt werden, daß die Tatsache »Gesellschaft« ihrem Wesen nach *beiden* Gebieten zugehört, eine geistig-körperliche Tatsache oder, wie man sagen kann, eine Tatsache des *Lebens* ist. So sagt ja auch Oppheimer, daß sich »die soziologische Betrachtung als eine denknotwendige Kombination der biologischen und der psychologischen Betrachtungsweise« darstellt (II S. 320), mit welcher Bemerkung er allerdings in Widerspruch gerät zu seiner Behauptung, daß Soziologie eine Geisteswissenschaft sei.

Eine andere Einstellung — *immer vom Standpunkte des Betrachters* — ergibt sich jedoch, wenn man unter »Wesen der Gesellschaft« jene ihrer Merkmale versteht, durch welche sie von anderen geistig-körperlichen Tatsachen, von anderen sinnvollen Hand-

lungen unterschieden ist. Denn wenn wir den Blick auf dieses Wesen der Gesellschaft einstellen, ergibt sich, daß die unterscheidenden Merkmale der Tatsache »Gesellschaft« überhaupt und der einzelnen gesellschaftlichen Tatsachen untereinander nicht in der körperlichen, sondern lediglich in der geistigen Komponente dieser Tatsachen gefunden werden können, weil nicht nur ein s a m e s Seelenleben mit Handlungen verbunden sein kann, welche in ihrer unveränderten Wesenheit auch dem Ausdrucke gesellschaftlichen Seelenlebens dienen können, sondern auch die gleiche Handlung mit verschiedenem gesellschaftlichem Sinne verbunden sein kann. Eine solche Wesenslehre von der Gesellschaft wird also als reine Geisteswissenschaft anzusprechen sein, da sie sich ausschließlich mit geistigen Momenten beschäftigt, welche mit gesellschaftlichen Handlungen verbunden sind.

Wenn also nach dem Verhältnis der Soziologie zur Psychologie gefragt wird, muß zunächst festgestellt werden, in welcher Bedeutung das Wort »Soziologie« gebraucht wird. Meint man eine »kausal erklärende« Soziologie, dann ist Soziologie keine reine Geisteswissenschaft, keine reine Psychologie, da ja zu den wirkenden Bedingungen der »Gesellschaft« auch Körperliches gehört. Meint man ferner unter »Soziologie« eine Beschreibung des Gegenstandes »Gesellschaft« hinsichtlich aller seiner Merkmale, dann ist Soziologie ebenfalls keine reine Geisteswissenschaft, keine reine Psychologie, da der Gegenstand »Gesellschaft« immer auch Körperliches, nämlich ausdrückende Handlungen umfaßt. Unrichtig wäre es jedoch auch in diesen beiden Fällen, die Soziologie der Psychologie entgegenzusetzen, da sie ja jedenfalls auch die Psychologie mit umfaßt. Versteht man jedoch unter »Soziologie« die Lehre von jenen Wesensmerkmalen der »Gesellschaft«, welche sie von anderen geistig-körperlichen Tatsachen scheiden, dann ist Soziologie nichts anderes als Psychologie, reine Geisteswissenschaft.

Alle diese bisher erörterten Bestimmungen des Gegenstandes »Gesellschaft« hinsichtlich seiner geistigen und (oder) körperlichen Wesenheit ergeben sich jedoch, wie schon betont, lediglich vom Standpunkte des Betrachters, der fragt, wie sich ihm »Gesellschaft« darstelle, wie »Gesellschaft« ihm erscheint, also von jenem Standpunkte aus, welchen jemand einnimmt, der fremde gesellschaftliche Handlungen zu verstehen bemüht ist. Von diesem Standpunkte geht zunächst auch O p p e n h e i m e r

aus: »Eine menschliche Masse ist also ein Ganzes, ein Inbegriff von »Beziehungen«, und zwar selbstverständlich von psychischen, durch »Symbole« (Ausdrucksbewegungen, Sprache, Schrift, Bilder usw.) vermittelten Beziehungen zwischen mehreren einzelnen Menschen oder vielmehr ihren »Geistern« oder noch weniger dem Geist der deutschen Sprache angemessene »Bewußtseinen«! Hier handelt es sich also um einen Gegenstand, der seinem Begriffe nach offenbar irgendwie der Psychologie angehört, und so entsteht die erste Frage der Grenzbestimmung, wie sich die Soziologie zur Psychologie verhält« (I S. 81). »Wir haben es hier überall durchaus mit Tatsachen des Bewußtseins, mit seelischen Inhalten zu tun. Und da entsteht denn die Frage, ob denn unter diesen Umständen nicht das ganze Gebiet der Psychologie, und nicht der Soziologie zuzufallen habe« (I S. 107). »Zwei Quellen der Erkenntnis fließen uns: in unserer „äußeren Sinnlichkeit“ und in unserer Selbstbeobachtung. Wir können sie kurz dadurch kennzeichnen, daß wir sagen, jene fragt nach Ursache und Wirkung, diese nach Motiv und Handlung. Wir wollen sie als die »mechanische« und die »psychologische Betrachtungsweise« voneinander unterscheiden. Die generalisierende Kulturwissenschaft der Soziologie hat sich vorwiegend der zweiten Betrachtungsweise zu bedienen. Aber sie braucht gelegentlich auch die mechanische als Mittel der Orientierung und Kontrolle« (I S. 191). »Wenn wir als Soziologen diese Betrachtungsart anwenden wollen, müssen wir zu vergessen verstehen, daß uns außer der Erfahrung der Außenwelt durch den äußeren Sinn noch jene zweite Quelle der Erfahrung fließt in der Introspektion, die uns ein unmittelbares Wissen von den wichtigsten Tatsachen des Lebens, des Bewußtseins und des Handelns zu Zwecken gibt« (I S. 192). »Es ist für uns eine gleichfalls unentrinnbare Denknöwendigkeit, die beiden Betrachtungsweisen, mechanische und psychologische, in bestimmter Art zu kombinieren« (I S. 196). »Diese kombinierte Betrachtungsweise ist diejenige, deren sich die „verstehende Soziologie“, wie M a x W e b e r sie betreibt, allein bedient. Wir halten sie zwar nicht für die einzige, stimmen ihm aber insofern zu, als auch wir sie für die weitaus wichtigste halten. . . . Dieses „Verstehen“ ist also die erste . . . Art der Kombination der mechanischen und der psychologischen Betrachtungsweise und für die Soziologie, wie wir wiederholen, die weitaus wichtigste« (I S. 199). Unbegreiflich aber ist es, wie behauptet werden

kann, daß die »äußere Sinnlichkeit« nach Ursache und Wirkung, die Selbstbeobachtung nach Motiv und Handlung fragt. Die »äußere Sinnlichkeit«, das heißt wohl unsere Erkenntnis von Körpern, kann nach Ursache und Wirkung, sie kann aber auch nach Merkmalen fragen. Und ebenso kann natürlich die »Selbstbeobachtung« in beiden Richtungen fragen. Wenn allerdings unsere Selbstbeobachtung Beobachtung unseres Geistes ist, ist es kaum möglich, daß sie nach einer Handlung, einer körperlichen Gegebenheit fragt! Wenn aber Selbstbeobachtung auch Beobachtung unseres Körpers sein soll, dann ist sie ja in dieser Hinsicht — »äußere Sinnlichkeit«. Die gedankliche Unklarheit erreicht hier scheinbar ihren Höhepunkt, aber nur scheinbar, denn sie steigert sich weiter, wenn dann die »äußere Sinnlichkeit« als »mechanische« Betrachtungsweise, also als eine bestimmte Methode, der Selbstbeobachtung als einer »psychologischen« Betrachtungsweise, also als irgendeiner Methode, die sich mit einem bestimmten Gegenstande beschäftigt, entgegengesetzt wird! Und die Unklarheit steigert sich weiter, wenn Oppenheimer sagt, daß die Soziologie sich »vorwiegend der psychologischen Betrachtungsweise zu bedienen habe«, während er im übrigen, wie gleich gezeigt werden soll, mit größtem Nachdruck hervorhebt, daß die Psychologie nicht zur Soziologie im eigentlichen Sinne gehört!

Aber ganz abgesehen von diesen Erwägungen ergibt sich die Frage, ob die soziologische Anwendung der Methode des »Verstehens«, die allen Geisteswissenschaften gemeinsam ist, einen Schluß auf das Wesen des Gegenstandes der Soziologie gestattet. Das »Verstehen« fremden Seelenlebens umfaßt nämlich wesentlich die folgenden Urteile: 1. das Urteil, daß eine fremde Ausdrucks handlung gegeben sei, also ein Urteil über Körperliches, 2. das Urteil, daß eine solche Handlung erfahrungsgemäß mit einem bestimmten Ausdrucks s i n n verbunden sei, also ein Urteil über eine Beziehung zwischen Körperlichem und Seelischem, 3. das Urteil, daß ein fremder psychischer Akt, der Ausdruckssinn, gegeben sei, also ein Urteil über Seelisches. Man kann nun zum »Verstehen« auch die beiden ersten Urteile rechnen und dann ist »Verstehen« eine Methode, sich eines Gegenstandes zu bemächtigen, nicht aber eine Methode, einen Gegenstand zu bestimmen. Das eigentliche »Verstehen« aber umfaßt lediglich jenes dritte Urteil, welches ein Fremdseelisches be-

stimmt, während die beiden anderen Urteile nur der Weg sind, um zu dem Gegenstande des eigentlichen Verstehens zu gelangen, ihn zur »Erscheinung« zu bringen. Daraus aber, daß Urteile über Körperliches, fremde Ausdrucksbewegungen, notwendig sind, um zur Bestimmung des Fremdseelischen zu gelangen, kann noch gar nicht geschlossen werden, daß jenes Körperliche zum eigentlichen Gegenstande der Geisteswissenschaften, hier der Soziologie gehört. Denn wäre ein solcher Schluß aus jenen Urteilen zulässig, gäbe es keine reine Psychologie, keine bloße Seelenlehre, da ja der Weg zur Bestimmung alles Fremdseelischen stets über die Bestimmung fremdes Körperlichen führt. Im umgekehrten Verhältnisse wieder kann auch aus der Tatsache, daß eine Körperwissenschaft, um zu ihrem Gegenstande zu gelangen, einen Umweg über Geistiges einschlagen muß, nicht geschlossen werden, daß sie Seelisches zu ihrem Gegenstande habe: denn ist eine geographische Darstellung, welche sich auf einen fremden Bericht stützt, ist eine astronomische Untersuchung, die fremde Beobachtungen verwertet, eine Kombination »psychologischer« und »mechanischer« Methode, sind Geographie und Astronomie auch Geisteswissenschaften?

Ob aber überhaupt oder in welcher Weise Körperliches zum Gegenstande der reinen Gesellschaftslehre gehört, kann letzten Endes gar nicht vom Standpunkte des Betrachters der gesellschaftlichen Handlungen, sondern lediglich vom Standpunkte des gesellschaftlich Handelnden entschieden werden. Allein die Zergliederung des gesellschaftlichen Erlebnisses entscheidet über das Wesen der Gesellschaft und das »Verstehen« des Betrachters muß, um vollständig zu sein, jene Rolle, welche das Körperliche, die Handlung, gespielt hat, um ihn, den Betrachter, zum eigentlichen Verstehen gelangen zu lassen, ausschalten und lediglich bestimmen, wie sich das Erlebnis des gesellschaftlich Handelnden auf die Handlung bezieht. Oppenheimer sagt nun, daß Ausgangspunkt der Soziologie die »individuelle Psychologie« sein müsse, denn Handlung sei Tun aus Motiven zu Zwecken, sei psychisch bedingt (I S. 207 ff.). Sobald man aber aufhöre, das Hauptaugenmerk nicht auf das Individuum, sondern auf die Beziehungen der Individuen untereinander zu richten, sei das strittige Grenzgebiet zwischen Soziologie und »Sozialpsychologie« besritten

(I S. 337). Die Individualpsychologie ist aber nach Oppenheimer überhaupt nur eine »Fiktion« (I S. 337), weil es das Individuum »im strengen Sinne« gar nicht gebe. Die einzige Realität sei physiologisch die Art, psychologisch die Gesellschaft, welchen »Ganzen« das Individuum nur als »Teil«, als »Eigenschaft« angehöre. Die individuelle Seele sei ein »Geschöpf« der Gesellschaft, d. h. »das Geschöpf der geistigen Tradition und der Erziehung« (I S. 337). Daß Oppenheimer in Behandlung der Antithese »Gesellschaft-Individuum« ständig genetische mit deskriptiven Gesichtspunkten verwechselt, soll später gezeigt werden. Hier interessiert uns lediglich die Folgerung aus jener Verwechslung, welche zur Leugnung des Individuums und damit der Individualpsychologie führt. Das Wort »individuelles Seelenleben« wird nämlich allgemein unbemerkt in nicht weniger als vier verschiedenen Bedeutungen gebraucht, und zwar: 1. »Individuelles Seelenleben« als gesamtes Seelenleben eines Individuums, d. h. als jenes Seelenleben, welches das meinende Moment des Bezuges auf ein »Ich« in sich schließt. Dies ist allein jener Begriff »individuelles Seelenleben«, welcher vom deskriptiven Gesichtspunkte in Betracht kommt, und in diesem Sinne gibt es natürlich lediglich individuelles Seelenleben, wenn auch mannigfaltiges individuelles Seelenleben; 2. »individuelles Seelenleben« als einsames individuelles Seelenleben, d. h. als Seelenleben, welches im Gegensatze zum gesellschaftlichen individuellen Seelenleben nicht mit einem Ausdrucke gegenüber einem »Du« verbunden ist; 3. »individuelles Seelenleben« als durch kein fremdes individuelles Seelenleben bedingtes Seelenleben. Dieses vom genetischen Gesichtspunkte aus »individuelle« Seelenleben ist nun gewiß eine Fiktion, da zu den wirkenden Bedingungen jedes individuellen Seelenlebens auch fremdes individuelles Seelenleben gehört. Dieses als »Fiktion« bezeichnete Seelenleben erfreut sich dennoch in der Gesellschaftslehre großer Beliebtheit, weil aus der genetischen Abhängigkeit des Individuums von der »Gesellschaft« — die allerdings auch nur eine interindividuelle Abhängigkeit ist — beliebte ethisch-politische Postulate und Wertungen abgeleitet werden können. So kommt es dann zu einer weiteren Bedeutung, nämlich 4. »individuelles Seelenleben« als »individualistisches Seelenleben«, d. h. ein Seelenleben, welches im Gegensatze zum »kollektivistischen« Seelenleben auf besondere Zwecke gerichtet

ist. In entsprechender Weise gibt es dann auch vier Bedeutungen des Wortes »gesellschaftliches Seelenleben«, wobei der erstangeführten Bedeutung des Wortes »individuelles Seelenleben« die Bedeutung »gesellschaftliches Seelenleben« als Seelenleben eines übermenschlichen Individuums entspricht.

Steht man nun auf dem Standpunkte genetischer Erklärung des Seelenlebens, will man Seelenleben »kausal erklären«, dann gilt der Satz: »Individuelles Seelenleben gibt es nicht«, welcher Satz gleichbedeutend ist mit dem Satze: »menschliches Seelenleben, zu dessen wirkenden Bedingungen kein fremdes menschliches Seelenleben gehört, gibt es nicht«, und mit dem Satze »Individualpsychologie gibt es nicht«. Indes sind alle diese Sätze falsch, weil auf die Annahme gestützt, daß kausal erklärende Psychologie reine Psychologie sei, da ja vielmehr die kausal erklärende Psychologie immer auch Körperliches unter die wirkenden Bedingungen des Seelenlebens aufnehmen muß. Hingegen gelten für die Beschreibung des Seelenlebens, für die reine Psychologie die Sätze: »Nichtindividuelles Seelenleben gibt es nicht« und »Andere als Individualpsychologie gibt es nicht«. Wenn nun aber auch nach Ablehnung des genetischen Gesichtspunktes eine Sozialpsychologie der Individualpsychologie entgegengesetzt wird, so beruht dies auf weiteren Unklarheiten. Zunächst nämlich meint man unter »Individualpsychologie« eine Lehre vom **e i n s a m e n** individuellen Seelenleben, unter »Sozialpsychologie« eine Lehre vom **g e s e l l s c h a f t l i c h e n** individuellen Seelenleben. Dies letztere Wort, nämlich »gesellschaftliches individuelles Seelenleben« wird allerdings den meisten Soziologen nicht besser klingen als etwa »hölzernes Eisen« — aber nur deshalb, weil sie übersehen, daß das Wort »gesellschaftlich«, wo immer wir es finden, niemals ein **b e s o n d e r e s**, **ü b e r m e n s c h l i c h e s** Subjekt einer Tätigkeit, sondern immer nur ein **b e s o n d e r e s** Moment, eine **b e s o n d e r e** Eigenschaft einer menschlichen Tätigkeit bezeichnet. »Gesellschaft« ist — und mit dieser Erkenntnis beginnt erst die wahre Gesellschaftslehre — kein Subjektwort, sondern ein Tätigkeitswort! Ist dieser Sachverhalt eingesehen, dann wissen wir auch sofort, daß Oppenheimer irrt, wenn er mit dem Schritte von den Individuen zu ihren Beziehungen den Schritt von der Individual- zur Sozialpsychologie

tun will. Vielmehr hat Oppenheimer, wenn er den Schritt richtig tut, nur den Schritt von der »Einsamkeitslehre« zur »Geselligkeitslehre«, die beide zur Individualpsychologie gehören, vollzogen. Denn wo will Oppenheimer die Beziehungen »zwischen« den Individuen finden, wenn nicht in Erlebnissen dieser Individuen, in ihren gesellschaftlichen Erlebnissen?!

Aber auch nachdem festgestellt ist, daß »Sozialpsychologie« nicht die Lehre vom Seelenleben eines übermenschlichen Subjektes »Gesellschaft«, sondern die Lehre von besonderem menschlichem Seelenleben ist, scheint den Anhängern der Antithese »Individualpsychologie — Sozialpsychologie« noch immer ein Halt zu bleiben, indem sie etwa sagen, daß »individuelles Seelenleben« — eine fünfte Bedeutung! — nur das Seelenleben eines Menschen, »Individualpsychologie« nur die Betrachtung des Seelenlebens eines Menschen bedeute, »Gesellschaft« aber, wenn auch kein besonderes übermenschliches Einzelwesen, so doch niemals ein menschliches Einzelwesen bedeute, so daß dennoch eine »Sozialpsychologie« im Gegensatze zur »Individualpsychologie« berechtigt sei. Indes schwindet auch dieser letzte Halt, wenn wir einsehen, daß Psychologie die Lehre vom Seelischen, nicht aber die Lehre von der Seele eines Menschen ist. Ob die Psychologie Seelisches eines Menschen oder Seelisches mehrerer Menschen mit einem Blicke erfaßt, sie bleibt doch immer Psychologie, bleibt Individualpsychologie insoferne, als sie nur individuelles Seelisches, wenn auch mannigfaltig-individuell Seelisches erfaßt. Das Wesen des Gegenstandsgebietes einer Wissenschaft ändert sich nicht, mag sie einmal einen Gegenstand dieses Gebietes, das andere Mal eine Mannigfaltigkeit (ein Kollektivum) von Gegenständen dieses Gebietes mit einem Blicke umfassen, es ändert sich insoferne nicht, als ein Mannigfaltiges Körperliches doch immer ein Körperliches, ein Mannigfaltiges Seelisches doch immer ein Seelisches bleibt. Gewiß aber gibt es Gegenstandsgebiete, denen es wesentlich ist, nur körperliche oder seelische Mannigfaltigkeiten zu umfassen und zu diesen Gegenstandsgebieten gehört auch jenes der Gesellschaftslehre, da »Gesellschaft« zwar nie ein übermenschliches Einzelwesen, aber auch niemals ein menschliches Einzelwesen und dessen besondere Tätigkeit, sondern immer mehrere menschliche Einzelwesen und deren besondere Tätigkeiten be-

deutet. Der Unterscheidung von »Individualpsychologie«, »Sozialpsychologie« und »Soziologie« liegt also, wenn man alle Irrtümer und Unklarheiten beseitigt und insbesondere festhält, daß alle drei Lehren sich auf Seelenleben, das nur individuelles Seelenleben sein kann, beziehen, die folgende richtige Unterscheidung zugrunde: 1. »Einsamkeitslehre« (statt »Individualpsychologie«) ist die Lehre vom einsamen Seelenleben; 2. »Geselligkeitslehre« (statt »Sozialpsychologie«) ist die Lehre vom gesellschaftlichen Seelenleben der als Einzelne betrachteten Menschen, ist also die Lehre von den gesellschaftlichen Akten dieser als Einzelne betrachteten Menschen; 3. »Gesellschaftslehre« ist die Lehre von den als Ansprüche und Gegenansprüche aufeinander bezogenen gesellschaftlichen Akten mehrerer Menschen, also die Lehre von den gesellschaftlichen Gebilden.

In ganz anderer Weise jedoch vollzieht Oppenheimer »den Schritt von der Sozialpsychologie zur Soziologie« (I S. 445). Nach seinen Ausführungen betrachtet die Sozialpsychologie die Beziehungen zwischen den Menschen »von innen her, als wären wir selbst beteiligt«, die menschlichen Handlungen hinsichtlich der »Ursache des Geschehens, der Motivation«, sie betrachtet die Gesellschaft »in bezug auf ihre seelischen Wurzeln im Individuum«, als »subjektive Bewußtseinsinhalte, die auf Verwirklichung in Betätigung drängen« (I S. 445). Nur die psychologische Betrachtungsweise könne von Bewußtsein und Leben sprechen, da sie »geboren ist aus unserer, uns unmittelbar, ohne Vermittlung unserer Sinne gegebenen Selbstbeobachtung...« (I S. 175). Hingegen lösche die Soziologie »das Psychologische« sozusagen aus, richte ihre Aufmerksamkeit auf das Geschehen selbst, das Handeln und seine Wirkungen, betrachte die Beziehungen zwischen den Menschen »von außen hin, als uns gegebene objektive Dinge«, als »objektive Strukturen und Funktionen der lebendigen Einheit „Gesellschaft“« (I S. 445). Die Soziologie »transformiere das Psychologische und Interpsychologische, das Subjektive in ein Objektives«, weil »das Objektive dem Subjektiven vorausgehe« (I S. 450). Die geistig-gesellschaftlichen Erscheinungen seien nichts als »unter Naturgesetzen stehende Erscheinungen«, das Gesellschaftsleben, das uns ja unmittelbar nur durch unsere Sinne gegeben sei, könne als »äußere Phänomene, d. h. mit der mechanischen Betrachtungsweise angeschaut werden« (I S. 175).

Im wesentlichen geht also Oppenheimers Entgegensetzung von »Sozialpsychologie« und »Soziologie« auf die Unterscheidung von »subjektiven Bewußtseinsinhalten« und »objektivem Geschehen«, von »Motiv« und »Handlung«, von »Seelischem« und »Körperlichem« zurück. Indes scheint Oppenheimer die Mehrdeutigkeit der Antithese »Subjektiv — Objektiv« nicht zu beachten. »Subjektiv« bedeutet zunächst einfach »Seelisch« (Psychisch) und »Objektiv« bedeutet dann nichts anderes als »Körperlich« (Physisch). Bedeutet »Subjektiv« soviel wie »Psychisch«, so bedeutet es dann auch »der inneren Wahrnehmung gegeben«, während »Objektiv« als »Körperlich« dann auch »der äußeren Wahrnehmung gegeben« bedeutet. Zweitens aber bedeutet »Subjektiv« soviel wie »Seelisches nur eines Menschen«, »Objektiv« soviel wie »gleichartiges Seelisches mehrerer Menschen«, oder überhaupt »Seelisches mehrerer Menschen«. In dieser letzteren Bedeutung hätte es dann die Geselligkeitslehre mit »subjektivem Seelischem«, die Gesellschaftslehre mit »objektivem Seelischem« zu tun. Außer diesen beiden ontologischen Bedeutungen der Antithese »Subjektiv-Objektiv« gibt es aber — drittens — noch eine erkenntnistheoretische Bedeutung. »Subjektiv« bedeutet dann soviel wie »keiner exakten kausalen Ableitung fähig«, »objektiv« soviel wie »exakter kausaler Ableitung fähig«. Wenn man nun, wie Oppenheimer in massiven naturalistischen Vorurteilen seinen Halt sucht, wenn man meint, nur die »kausale Ableitung« sei exakte Wissenschaft und nur das »Körperliche« sei exakter kausaler Ableitung fähig, so muß sich die ontologische Bedeutung der Antithese »Subjektiv-Objektiv« mit ihrer erkenntnistheoretischen Bedeutung vermengen, indem angenommen wird, daß das »Subjektive« in ontologischer Bedeutung, das »Psychische«, auch »subjektiv« in erkenntnistheoretischer Bedeutung, nämlich exakter Wissenschaft unzugänglich sei, und deshalb irgendwie »sozusagen ausgelöscht«, in »Objektives« im ontologischen Sinne, in Körperliches, »in die Sinne Fallendes« transformiert werden müsse, um »Objektives« im erkenntnistheoretischen Sinne, nämlich »exakt kausal Ableitbares« zu werden. Aber gehen die Geisteswissenschaften, deren Synthese nach Oppenheimer die Soziologie sein soll, auf »Auslöschung« des Geistigen aus?! Und ändern zu irgendeinem Zwecke vorgenommene geistige Operationen, Abstraktionen und Substitutionen irgend etwas an dem wirklichen Gegen-

stande, den es in seinem Wesen zu erkennen gilt?! Der Zweck aber, den Oppenheimers geistige Operationen verfolgen, ist jener, die »Massenhandlung, das Objekt der Soziologie mit vollkommener Sicherheit aus der Lagerung oder Verumständung oder Konstellation der Gruppe abzuleiten« (I S. 199), ist also die Aufdeckung von Wirkenszusammenhängen, in welche »Gesellschaft« verknüpft ist. Wenn nun A Ursache der Wirkung B, B Ursache der Wirkung C, und C Ursache der Wirkung D und der Wirkenszusammenhang zwischen B und C eine Konstante ist, kann allerdings zur Bestimmung des variablen Wirkenszusammenhangs zwischen A, C und D die Größe B überhaupt »ausgelöscht«, vernachlässigt werden. Aber diese Vernachlässigung ist kein negatives Existentialurteil über B oder über den Wirkenszusammenhang von B und C. Von diesen Einwendungen wird vor allem Oppenheimers »Hauptgesetz aller Soziologie« betroffen, welches lautet: »Einer bestimmten Lagerung der Gruppe entspricht eine bestimmte Motivation und dieser eine bestimmte Betätigung der Mitglieder. . . . Wenn wir das Grundgesetz betrachten, so wird es klar, daß die psychologische Motivation als das fest determinierte Mittelglied des Zusammenhanges jede selbständige Bedeutung verloren hat. Wir können das Grundgesetz etwas ausführlicher auch folgendermaßen formulieren: Eine bestimmte Lagerung der Gruppe verlangt eine bestimmte gleichartige und gleichzeitige Betätigung ihrer Mitglieder. Zu dem Zwecke hat die Gruppe ihre Mitglieder sozialpsychologisch derart determiniert, daß sie diese Betätigung spontan wollen, weil sie ihnen als durch Verstand und Sittlichkeit geboten erscheint. . . . In dieser Fassung erscheint die Motivation des Einzelnen lediglich als ein den Ablauf der naturgesetzlich verursachten Betätigung oder „Strömung“ begleitendes subjektives Phänomen, als Spiegelung des Ablaufs im Einzelbewußtsein, aber nicht mehr als selbständige Ursache oder auch nur als Mitursache des Geschehens. Man kann das Grundgesetz daher ohne Fehler auch folgendermaßen formulieren: Einer bestimmten Lagerung entspricht eine bestimmte Betätigung der Gruppe, hier sind zwei „Objektivitäten“, zwei „faits sociaux“ verknüpft. Diese Verknüpfung kann daher keine andere als die rein kausale der Mechanik sein. Die „psychologische Verursachung“, die viel gefürchtete, die eine andere ist als die mechanische Kausalität, ist aus unserer Formel eliminiert« (I S. 600, 601). Hier sind alle Irr-

tümer Oppenheims hinsichtlich der Wesensbestimmung der Gesellschaft beisammen, nämlich 1. der Aberglaube, daß »exakte«, d. h. wohl begrifflich klare Wissenschaft gleichbedeutend sei mit »bewußtseinsfreie Tatsachen kausal verknüpfende« Wissenschaft; 2. die Irrmeinung, daß hinsichtlich des Wirkenszusammenhangs zwischen Motiv und Handlung keine klaren Aussagen möglich seien; 3. die Verwechslung von »Objektivität« im ontologischen Sinne mit »Objektivität« im erkenntnistheoretischen Sinne; 4. die Irrmeinung, daß sich durch gedankliche Operationen etwas an dem wirklichen Objekte jener Operationen ändern lasse und somit 5. die Verwechslung einer Formel zur Berechnung des Eintrittes eines Ereignisses welche die Konstanten des Wirkenszusammenhangs nicht explizite enthält, mit einer Aussage über den Wirkenszusammenhang und über das Wesen der Glieder jenes Wirkenszusammenhangs selbst.

Nunmehr wenden wir uns jenen Gedankengängen Oppenheims zu, welche das Verhältnis von Motiv und Handlung zur Abgrenzung der Sozialpsychologie von der Soziologie verwenden. Oppenheimer sagt, daß die »psychologische Grundlegung« der Soziologie, welche nur eine Vor-Aufgabe sei, sich für den »Bestand an Motiven oder Handlungsantrieben« interessiere (I S. 207, 208). Diese Motive werden definiert als »Wille« (I S. 329), als »subjektive Spiegelung« der die Soziologie allein interessierenden Handlung, die »im Bewußtsein nebenhergeht« (I S. 776), als »Interesse«, als ein »die Handlung begleitendes subjektives Spiegelbild« (I S. 779), als »Emotionales« (I S. 1093). Indes, nicht die Motive der Handlung sind deren subjektives Spiegelbild und nicht die Motive der Handlung begleiten die Handlung, da ja vielmehr die Motive ihrem Wesen nach der Handlung vorangehen und die Handlung als ein Zukünftiges vor sich sehen, sondern jenes Erlebnis, welches die Handlung als »subjektives Spiegelbild« begleitet, den mit ihr verbundenen Sinn darstellt, ist ein von den motivierenden emotionalen Erlebnissen verschiedenes, und zwar seinem Wesen nach urteilendes Erlebnis, nämlich jenes der aktuell vor sich gehenden Handlung. Dieses Erlebnis ist, wenn es eine Handlung gegenüber einem »Du« betrifft, das eigentliche gesellschaftliche Erlebnis, das Erlebnis der aktuell vor sich gehenden Vergesellschaftung, und von diesem Erleben heben sich die emotionalen Motive als »Gesellschaft bedin-

gendes« Erleben, als »Gesellschaft bedingendes« Akte ab. Da nun aber die Soziologie bei ihren psychologischen Betrachtungen nur die Motive der gesellschaftlichen Handlung, als das »Gesellschaft bedingende« Seelenleben im Auge hatte und jenes Seelenleben ausschließlich dem einsamen, weil nicht aktuell auf gesellschaftlichen Ausdruck bezogenem Seelenleben zugehört, mußte die Soziologie zu der Folgerung gelangen, daß sie, da Psychisches kein Gesellschaftliches enthalte, sich von der Psychologie durch Betrachtung der Handlung als körperlicher Gegebenheit scheiden müsse. In Wahrheit aber gehören allerdings die emotionalen Motive der Handlung völlig dem Gebiete der Einsamkeitslehre, als Lehre vom einsamen Seelenleben an, während hingegen das eigentliche gesellschaftliche Erlebnis, die mit der Handlung verbundenen, ihr den Sinn verleihenden Akte dem Gebiete der Geselligkeitslehre, als Lehre vom gesellschaftlichen Seelenleben, und als Glieder einer Mannigfaltigkeit von gesellschaftlichen Erlebnissen, als Glieder eines gesellschaftlichen Gebildes, dem Gebiete der Gesellschaftslehre angehören. Denn — um es nochmals zu sagen — der Gegenstand der Gesellschaftslehre besteht aus mannigfaltigem, d. h. mehreren Individuen zugehörigem Seelenleben, aber doch nur aus individuellem (gesellschaftlichem) Seelenleben.

Es ist ja überhaupt unmöglich, eine »Handlung« als bloße körperliche Gegebenheit erfassen zu wollen! Jeder wirkliche, konkrete Versuch, »Gesellschaft« als bloß »äußeres« Handlungsgeschehen, unter Absehung von allem Seelischen beschreiben zu wollen, erweist sich sogleich als ein ungangbarer Weg. Beschreibe ich z. B. die einfache gesellschaftliche Tatsache, daß A den B anspricht, so komme ich in keiner Weise zum Ziele, wenn ich Mundbewegungen des A exakt beschreibe, d. h. wenn ich sage, welche Ortsveränderungen die Sprechwerkzeuge des A erleiden, sondern lediglich dann, wenn ich diese Bewegungen einem »Sinne« zuordne, welchen A mit diesen Bewegungen verbunden hat, einem Erlebnis des A, welches auf die Bewegungen gerichtet sie begleitet hat. Denn gegenüber Oppenheimers Gesetzen der »Lagerung«, der »Strömung« und ähnlichen pseudo-soziologischen Gesetzen muß der einfache Sachverhalt ins Licht gestellt werden, daß Ortsveränderungen von Körpern nicht »Gesellschaft« sind!

Mit dem Begriffe der »Handlung« wird weder Geistiges allein,

noch Körperliches allein, noch Geistiges und Körperliches in unvermitteltem Nebeneinander, sondern stets eine Beziehung zwischen Geistigem und Körperlichem erfaßt, und zwar eine aktuelle Ausdrucksbeziehung, weshalb wir die ganze Gegebenheit, welche gewöhnlich als »Handlung« bezeichnet und somit der auch als »Handlung« bezeichneten körperlichen Komponente dieser Gegebenheit gleichgesetzt wird, als »Ausdruck« — im Sinne von »aktuell ausdrücken« —, ihre geistige Komponente als »Ausdruckssinn« und ihre körperliche Komponente als »Ausdruckshandlung« bezeichnen wollen.

Es fragt sich nun, wie diese Ausdrucksbeziehung beschaffen ist. Jener, welcher den fremden Ausdruck verstehen will, schließt aus dem Vorhandensein einer körperlichen Gegebenheit auf das Vorhandensein einer geistigen Gegebenheit, weil er annimmt, daß der fremde Ausdrückende jene körperliche Gegebenheit auf jene geistige Gegebenheit als Zeichen bezogen habe. Für jenen also, der, wie dies Oppenheimer von der Soziologie verlangt, »Gesellschaft« »von außen« erfaßt, besteht »Gesellschaft« (im Sinne der einzelnen gesellschaftlichen Akte) aus etwas Körperlichem und aus etwas Geistigem, welches er, der Erfassende, zu verschiedenem Zeitpunkte — erst das Körperliche, dann das Geistige — erfaßt und welches er durch eine Reihe von Schlüssen gewissermaßen erst zur Einheit der Ausdrucksbeziehung zusammensetzen muß. Dadurch, daß der »von außen« Erfassende zunächst nur, und unmittelbar überhaupt nur, das körperliche Glied der fremden Ausdrucksbeziehung erfaßt, sich ihm lediglich der Außenaspekt der fremden Ausdrucksbeziehung darbietet, während das geistige »Innen«glied dann mittelbar erfaßt, also erschlossen werden muß, kann leicht der Irrtum entstehen, daß »Gesellschaft« im wesentlichen körperliche Handlung, alles Geistige nur zu vernachlässigendes Motiv der Handlung, und eine reine Beschreibung der gesellschaftlichen Gegebenheiten als körperlicher Gegebenheiten möglich sei.

Indes kann diese Art des Erfassens »von außen« noch keineswegs als volles Verstehen bezeichnet werden, welches vielmehr erst vorhanden ist, wenn der Verstehende unter Einklammerung seines eigenen »Außen«standpunktes bis zum Erlebnisstandpunkte des gesellschaftlich Handelnden vorgedrungen und nunmehr fähig ist, »Gesellschaft« »von innen heraus«, als

ob er selbst beteiligt wäre« zu erkennen. Denn der gesellschaftlich Handelnde erfaßt nicht die Ausdrucksbeziehung als Gegenstand, sondern er lebt in dieser Ausdrucksbeziehung und, indem er aktuell ausdrückt, erlebt er nicht ein Geistiges und ein Körperliches, sondern erlebt seine eigene aktuell vor sich gehende Handlung, welcher er durch dieses sein Erleben den Sinn verleiht. Vom Standpunkte des gesellschaftlich Handelnden ist daher seine Handlung ein Gegenstand seines Erlebens, von welchem aus kein Schluß auf deren Sinn notwendig ist, sondern welche ihren Sinn in und mit den Ausdruckserlebnissen selbst empfängt.

Besteht also Gesellschaft in Erlebnissen, in welchen eigene, aktuell vor sich gehende Handlungen des Erlebenden Gegenstand des Erlebnisses sind, so wird nun in einem neuen und ganz grundlegenden Sinne klar, daß Gesellschaftslehre eine reine Geisteswissenschaft ist. Denn ihr unmittelbarer Gegenstand sind die gesellschaftlichen Erlebnisse, sind aktuelle intentionale Ausdrucksbeziehungen, während die Ausdruckshandlungen, auf welche sie beim Versuche des Verstehens zuerst stößt, für sie nur mittelbare Gegenstände sind, nur als solche in Betracht kommen, wie sie in den gesellschaftlichen Erlebnissen gemeint werden. Jene drei Möglichkeiten, Gesellschaftslehre als Körper- oder (und) Geisteswissenschaft aufzufassen, welche eben entwickelt wurden, beziehen sich also, wie nun klar wird, gar nicht auf das »An-Sich« der Gesellschaft, auf die Gesellschaft, wie sie ist, sondern auf die »Erscheinung«, welche »Gesellschaft« ihrem Betrachter bietet, jenem Betrachter, dessen Verstehen nicht so weit dringt, um die körperliche Gegebenheit der Handlung nicht bloß als Hilfsmittel seines Verstehens, sondern als mittelbaren Gegenstand seines Verstehens, nämlich als gemeinten Gegenstand des zu verstehenden gesellschaftlichen Erlebnisses zu erfassen. Die Verwechslung des gesellschaftswissenschaftlichen Meinens einer Handlung als Hilfsmittel des gesellschaftswissenschaftlichen Verstehens und des aktuellen gesellschaftlichen Meinens dieser Handlung, ihres aktuellen Erlebens durch den gesellschaftlich Handelnden, ist ein wichtiges Hindernis für die richtige Beantwortung der Frage, ob Gesellschaft etwas Körperliches oder (und) etwas Geistiges, und ob Gesellschaftslehre eine Körper- oder (und) eine Geisteswissenschaft sei, eine Frage, deren Beantwortung, wie wir nun gesehen haben, nur dahin lauten kann, daß »Gesell-

schaft« etwas nur Geistiges, und Gesellschaftslehre eine reine Geisteswissenschaft ist. Und die Richtigkeit dieser Antwort wird erst dann evident, wenn man sich vollkommen klar macht, daß »Gesellschaft« nicht darin besteht, daß Menschen wie immer körperliche Bewegungen machen oder in irgendeiner Weise sich geistig mit anderen Menschen beschäftigen, oder geistig erleben und handeln, sondern lediglich besteht in einer besonderen aktuell erlebten meinenden Beziehung zu einer aktuell vor sich gehenden eigenen körperlichen Bewegung. Wenn aber jemand die Einwendung erhebt, daß doch der gesellschaftlich Handelnde eben auch »handle«, d. h. körperliche Bewegungen mache, Körperliches also doch zu »Gesellschaft« gehören müsse, so kann ihm, wenn der hier allein richtige Sinn des Wortes »zugehören« gemeint ist, insoferne Recht gegeben werden, als es zum Wesen des gesellschaftlichen Erlebnisses gehört, Körperliches, nämlich eigene Ausdruckshandlung als sich aktuell verwirklichende zu meinen. Also nicht Körperliches, sondern ein »Meinen von Körperlichem« gehört zu »Gesellschaft«. Kommt aber schließlich jemand mit der Einwendung, daß ohne wirkliche körperliche Handlung kein Anspruch vom Angesprochenen verstanden werden könne, also ohne wirkliche körperliche Handlung kein Gegensatz zu einem Anspruche, also auch kein Gebilde, keine wahre (zweiseitige) Gesellschaft möglich sei, so ist ein Zweifaches zu erwidern. Erstens nämlich ist zu betonen, daß der Ansprechende seine aktuell vor sich gehende Handlung als eine »wirkliche« meint, nämlich als solche, die von seinen Motiven gewirkt wurde und den Gegensatz eines anderen Menschen wirken wird. Also gehört allerdings die Meinung einer wirklichen eigenen Handlung zum Gegenstande »Gesellschaft«, weshalb auch die gesellschaftlichen Akte als Urteile zu bezeichnen sind. Nicht aber gehört die wirkliche Handlung selbst, die ein Körperliches ist, zum Gegenstande »Gesellschaft«. Denn zweitens ist zu bemerken, daß zum Gegensatz wieder nur die Meinung gehört, daß ein Anspruch durch körperliche Handlung gegenüber dem Angesprochenen zum Ausdruck gekommen sei. Diese Meinung kann irrtümlich sein, ohne daß das Wesen des Gegensatzes als gesellschaftlichen Aktes dadurch berührt ist. Sehen wir aber auch vom Irrtumsfalle ab, so ist dennoch die Einwendung, daß körperliche Handlung zu »Gesellschaft« gehöre, unhaltbar. Denn diese Einwendung meint nichts anderes als: kein Mensch kann auf einen anderen

Menschen anders als durch Vermittlung von Körperlichem wirken, also ist Gesellschaft ohne Körperliches nicht möglich. Dieses »Möglich« bezieht sich aber auf den Wirkenszusammenhang, in welchem Gesellschaft entsteht, und zwar im besonderen auf den Wirkenszusammenhang zwischen Anspruch und Gegensatz, indem der letztere gesellschaftliche Akt vom ersten gesellschaftlichen Akte nur durch Vermittlung von Körperlichem (Ausdrucksbewegungen) gewirkt werden kann. Aber wenn wir den Gegenstand »gesellschaftliches Gebilde« (= »Gesellschaft«) beschreiben, so beschreiben wir nicht den Wirkenszusammenhang zwischen den Gliedern des Gebildes, zwischen dem Anspruche und dem Gegensatz, sondern nur den Anspruch selbst und den Gegensatz selbst in ihrer m e i n e n d e n Beziehung aufeinander. Wäre nämlich der Wirkenszusammenhang zwischen den Gliedern des gesellschaftlichen Gebildes für die Beschreibung dieses Gebildes selbst wesentlich, so würde nicht nur das Körperliche der den Anspruch ausdrückenden Handlung zum Gebilde selbst gehören, sondern das gesellschaftliche Gebilde würde auch als seine Glieder alle übrigen Glieder des Wirkenszusammenhanges zwischen Anspruch und Gegensatz umfassen, wie etwa die gesamte Bewegung des Bahnwaggons, in welchem der schriftlich ausgedrückte Anspruch übermittelt wird, die Handlungen des Briefträgers, das Öffnen des Briefes durch den Angesprochenen, die Veränderungen seines Körpers, durch welche er die Schriftzeichen im Briefe sieht, die einsamen seelischen Erwägungen, ob er dem brieflichen Anspruche gemäß handeln solle und manches andere. Wenn man etwa einwendet, daß man nicht alle Glieder dieses Wirkenszusammenhanges zum gesellschaftlichen Gebilde rechnen wolle, sondern nur jene, welche Handlungen der in Gesellschaft stehenden Menschen sind, so fragen wir, ob auch die Handlung des Öffnens des Briefes durch den Angesprochenen zum gesellschaftlichen Gebilde gehört? Offenbar nicht, denn wenn sie auch notwendige Bedingung des Zustandekommens des Gebildes ist, so gehört sie offenbar doch nicht zum Gebilde, da sie ja nicht einmal hinreichende Bedingung des Gegensatzes ist, welcher, und somit auch das Gebilde selbst, unterbleiben kann. Und wir fragen ferner, ob auch die körperliche Veränderung des Angesprochenen, sein Sehen der Briefbuchstaben, das ja keine Handlung, kein Tun, sondern ein Erleiden, eine passive körperliche Veränderung ist,

zum Gebilde gehört? Offenbar auch nicht, weil es sich wieder um eine notwendige, aber nicht einmal hinreichende Bedingung für die Wirkung »Gegenspruch« und somit »Gebilde« handelt. Und wir fragen schließlich, ob auch die einsamen Erwägungen des Angesprochenen, ob er eine dem Anspruche entsprechende Handlung vornehmen soll, Erwägungen, die sich auf weit abliegende Gegenstände richten können, zum »Gebilde« zu rechnen sind? Offenbar auch nicht — aus gleichen Gründen, wie in den früheren Fällen. Wenn aber das Körperliche der Handlung des den Anspruch Ausdrückenden zur »Gesellschaft« gerechnet wird, weil es notwendige Bedingung der Wirkung »Gegenspruch« (und damit »Gebilde«) ist, so müßten auch alle sonstigen notwendigen Bedingungen, durch deren Vermittlung der Anspruch einen Gegensatz wirkt, zu »Gesellschaft« gerechnet werden, womit man ins Uferlose käme. Man verwechselt eben die Darstellung des Wirkenszusammenhanges zwischen den Gliedern eines Kollektivums mit der Darstellung des Kollektivums selbst, d. h. mit der Beschreibung der Glieder in ihrem Beisammen (körperliches Kollektivum) oder in ihrer intentionalen Bezogenheit (geistiges Kollektivum), man vermeint, den Gegenstand »Gesellschaft« zu beschreiben, indem man erklärt, wie Menschen aufeinander wirken (Lehre von der Wechselwirkung!), man verwechselt also kausale Erklärung eines Gegenstandes mit Beschreibung eines Gegenstandes. Wenn wir aber nicht die Frage nach der Entstehung des Gegenstandes »Gesellschaft«, sondern nach seinem Bestande stellen, wenn wir den Bestand dessen, was wir »Gesellschaft« nennen, nicht so beschreiben wollen, wie es sich zunächst dem Betrachter darstellt, sondern so wie es vor dem geistigen Auge des gesellschaftlich Handelnden selbst besteht, dann stoßen wir nicht auf »Körperliches«, sondern lediglich auf das »Meinen von Körperlichem« im gesellschaftlichen Erlebnisse, auf das Meinen eigener aktueller Handlung, welche in diesem Meinen ihren »Sinn« empfängt. Es zeigt sich dann als das eine Glied des gesellschaftlichen Gebildes der Anspruch, ein Urteil, daß der Urteilende »jetzt« in Setzung einer Handlung begriffen sei, welche der Ausdruck eigenen Seelenlebens, immer aber eines eigenen Wunsches sei und in einem anderen Menschen ein Verstehen des Ausgedrückten und den Gegensatz hervorrufen werde, nämlich das Urteil, er, der andere, sei wegen des verstandenen Ausgedrückten in der Setzung der dem ausge-

drückten Wunsche entsprechenden Handlung begriffen. Erweist sich der Anspruch als richtig, wird also ein Gegensatz gefällt, so ist ein gesellschaftliches Gebilde als einfachste Form der »Gesellschaft« vorhanden. Es muß hervorgehoben werden, daß »Gesellschaft« also nicht der Gegenstand der gesellschaftlichen Akte ist, vielmehr das vorhandene gesellschaftliche Gebilde stets nur Gegenstand eines betrachtenden Aktes ist, der einen Anspruch und einen Gegensatz als Mannigfaltigkeit (Kollektivum) mit einem Blicke erfaßt. Wir können also auch sagen: Die gesellschaftlichen Akte beziehen sich nicht auf Gesellschaft, sondern sind (ein Anspruch samt seinem Gegenspruche) »Gesellschaft«, die auf Gesellschaft bezogenen Akte sind nicht Gesellschaft, sondern beziehen sich auf Gesellschaft als ihren Gegenstand³⁾.

II. Wesen und Arten der Gesellschaft.

Da Oppenheimer aus Irrtümern heraus, deren Wurzeln nunmehr bloßgelegt sind, den Gegenstand »Gesellschaft« im Gebiete des Körperlichen sucht, ist es von vornherein klar, daß er bei Bestimmung des Wesens der Gesellschaft in seinem Verhältnisse zum Wesen des Individuums in Schwierigkeiten gerät, welche er nur durch Annahme eines gesellschaftlichen »Ueber«körpers umgehen kann. Oppenheimer sagt: »Freilich, die Gestalt eines Kies- oder Kugelhauens folgt mit Notwendigkeit aus den Eigenschaften der Elemente: daß aber aus einem Polypenstumpf ein ganzer Polyp und aus einem Stück Begonienblatt eine ganze Begonienpflanze hervorgeht, läßt sich wirklich nicht anders als auf die umgekehrte Weise verstehen, daß das Ganze vor den Teilen ist: denn sonst könnte irgend etwas

³⁾ Vgl. meine oben zitierte Abhandlung »Das Rechtserlebnis«, in welcher eine genaue Zergliederung der emotionalen Motive der gesellschaftlichen Handlung enthalten ist. In meiner Abhandlung »Der Gegenstand der reinen Gesellschaftslehre« war zwar bereits der gesellschaftliche Akt als auf Ausdruck bezogener Akt von seinen emotionalen Motiven, also das kundgegebene vom kundgebenden Seelenleben klar geschieden. Aber diese Unterscheidungen waren doch noch nicht vollständig durchgeführt, da das im den gesellschaftlichen Akt motivierenden Willensakte enthaltene Machturteil, welches auch zu den Motiven des gesellschaftlichen Aktes gehört, mit dem eigentlichen urteilenden Ausdruckserlebnisse vermengt und zum kundgebenden Akte gestempelt wurde. Vgl. nunmehr meine scharfe Sonderung von »Machtmeinung« und »Machtausübungsmeinung« einerseits, von »gesellschaftlicher Akt« (Anspruch) anderseits in der oben zitierten Abhandlung »Das Wesen der „Völkerrecht“ genannten gesellschaftlichen Gebilde«.

anderes aus diesen noch lebensfähigen Elementen hervorgehen, die ja nicht die Eigenschaften des Ganzen haben. Und, was die Gesellschaft anbetrifft, so ist schon richtig, daß wir von einem Individuum ausgehen müssen, aber nicht von einem verabsolutierten, rein rationalistischen, sondern von einem durch seine Gesellschaft »determinierten« Individuum« (I S. 32). »Wir müssen von dem lebendigen Ganzen, und nicht von seinen Teilen ausgehen. Zuerst war das lebendige Wesen, das sich bewegte: und das erschuf sich allmählich die Funktionselemente der Bewegung, das Skelett, die Muskulatur, das Nervensystem und den spezifischen Chemismus der Zellen. Zuerst war die gesellschaftlich lebende Art: und sie erschuf sich ihre Funktionselemente, z. B. den Markt, und den „Psychomechanismus“ in den einzelnen Zellen, den Individuen« (I S. 450). Dieses »Ganze als Ganzes« wird in seinem Gegensatze zu den »Funktionen«, den »beseelten Teilen« von Oppenheimer definiert als »ungeheures Seelenwesen« (der soziale Prozeß) und im gleichen Zusammenhange auch als »Urelement«, als »Urfunktion« (I S. 133), obwohl es immerhin nicht ganz leicht sein dürfte, sich so etwas vorzustellen, wie ein »lebendiges Ganzes, das sich bewegt«, sich »die Funktionselemente seiner Bewegung schafft«, die überdies »beseelte Teile« sein sollen, wie dann plötzlich dieses Ganze sich als ein »ungeheures Seelenwesen« und schließlich gar als ein »Urelement« und als »Urfunktion« darstellt. Aber nicht genug daran, ist dieses Ganze auch noch eine »gesellschaftlich lebende Art«, ein »kollektives Dauerwesen«, »dem Begriffe nach unsterblich in dem Sinne, daß es ewig leben würde, wenn sich in seiner Umgebung« — in der Umgebung eines »ungeheuren Seelenwesens«, einer »Urfunktion«, eines »Urelementes«?! — »nichts ändern würde« (I S. 84 ff.). Aber außerdem — Wunder über Wunder! — verhält sich das Ganze der Gesellschaft zum Individuum wie die biologische »Art« zu einem ihrer »Exemplare« (I S. 88), wie die »Substanz« zum »Modus«, wie die »Idee« zur »Erscheinung« — eine Idee, welche eine Umgebung hat und sich ihr anpaßt! — wie das »Ganze« zu seinen »Eigenschaften« (I S. 443). Das Individuum ist aber nicht nur »Eigenschaft«, »Modus«, »Erscheinung«, »Funktionselement«, »lebendiger Teil« und »Exemplar«, sondern auch im Verhältnisse zur Gesellschaft ein bloßer »Grad«, ein »Individuum in sehr geringem Grade« (I S. 84 ff.), denn das eigentliche Individuum ist der »soziale Prozeß«, und zwar als ein »ungeheures, über Raum

und Zeit erstrecktes Individuum«, als ein »Proteus«, der uns in verschiedenen Gestalten erscheint, nämlich in verschiedenen »beseelten Teilen« dieses »ungeheuren Seelenwesens« (I S. 133). Nachdem also Oppenheimer uns ganz klar, genau und eindeutig gesagt, was Gesellschaft ist, kann er das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum konkret bestimmen: »Auf diese Weise« — siehe oben! — »wird der junge Mensch, und demzufolge ist der erwachsene Mensch geradeso ein Exemplar seiner Gesellschaft, psychisch gesehen, wie das Tier oder die Pflanze ein Exemplar ihrer Art ist, physisch gesehen . . .« (I S. 88). »So ist auch der Einzelne nur in seiner Gesellschaft »Mensch«, wird erst durch seine Gesellschaft aus dem Tiere zum Menschen« (I S. 443). Zwei grundlegende Irrtümer haben Oppenheimer in diesen wahren Abgrund von Unklarheit geführt: der erste ist die gesellschaftswissenschaftliche Subjekttheorie, welche annimmt, daß das Wort »Gesellschaft« sich auf ein besonderes Subjekt, ein bewußtes Einzelwesen beziehe, von welchem Tätigkeiten ausgesagt werden können, während in Wahrheit sich das Wort »Gesellschaft« stets auf besondere Tätigkeiten von menschlichen Einzelwesen bezieht. Der zweite Irrtum ist die Annahme, daß die kausale Erklärung eines Gegenstandes Aussagen über das Wesen dieses Gegenstandes gestatte. Diese beiden Irrtümer stehen aber in innigem Zusammenhange. Wird nämlich angenommen, daß »Gesellschaft« ein übermenschliches Einzelwesen ist, so muß die Beschreibung dieses Wesens mit einigen bildhaften Worten sich begnügen und, da es offenbar schwer ist, ein übermenschliches Einzelwesen zu beschreiben, alsogleich mit Vergnügen zur kausalen Erklärung übergehen, wo man dann doch wieder von Gegenständen sprechen kann, von denen wir mehr wissen als von übermenschlichen Einzelwesen. Es ergibt sich dann sozusagen die kausale Erklärung eines Gegenstandes, von dessen Existenz und Merkmalen zu sprechen, Verlegenheit ist.

Wie soll nun gar das Verhältnis von »Gesellschaft« und »Individuum« bestimmt werden, wenn das eine Glied dieser Relation — die »Gesellschaft« — im Reiche großartiger Worte, aber nicht im Reiche von Worten bezeichneter Wirklichkeit liegt, dieses Verhältnis dadurch beschrieben wird, daß man von der Entstehung des Individuums aus der »Gesellschaft« spricht und noch überdies behauptet, daß die Wirkung gegenüber der

Ursache keine Selbständigkeit besitze, weil sie eben von ihr gewirkt sei! Mag es immerhin irgendwie richtig sein, daß jedes Individuum durch seine Gesellschaft determiniert ist, daß das Individuum durch und aus der Gesellschaft wird, daß jedes Individuum nur einen Teil der ganzen Lebenskette und insbesondere seiner Art darstellt, so ermöglichen doch alle diese Feststellungen über die Entstehung des Individuums keine einzige Feststellung über den Bestand des Individuums. Würde etwa Oppenheimer im Ernste behaupten, es gebe in der Welt keine individuellen Dinge, keine Einzelwesen, es gebe etwa nicht diesen Tisch, diesen Baum, diesen unseren Planeten »Erde«, weil alle diese Gegenstände aus anderen Gegenständen der Welt entstanden, von anderen Gegenständen der Welt determiniert sind?! Und nun gar das »Individuum« im psychischen Sinne! Wir fragen Oppenheimer, ob es sich in Wahrheit um ein Verstehen des Individuums im psychischen Sinne, um ein Verstehen von Seelenleben handelt, wenn das Individuum zu einem »Grade«, zu etwas »Relativem« oder gar zu einer »Eigenschaft« (!) herabgedrückt wird? »Verstehen« von Seelenleben heißt: Sich in dieses Seelenleben hineinversetzen, sich in dieses Seelenleben einfühlen, den »subjektiv gemeinten« Sinn erfassen. Wer aber — fragen wir Oppenheimer — könnte ernstlich behaupten, daß es zum subjektiv gemeinten Sinne gesellschaftlicher Handlungen gehört, sich als von der Gesellschaft determiniert, sich als Teil der ganzen Lebenskette und der ganzen Art, sich als etwas »Relatives«, als einen »Grad«, als einen »Modus«, als eine »Erscheinung«, als eine »Eigenschaft« zu betrachten? Wer derartige Thesen und Hypothesen, die teils leere Spekulation sind, teils wirkende Bedingungen eines Gegenstandes mit dem Gegenstande selbst verwechseln, aufstellt, wer derartige Reflexionen über die »Gesellschaft« dem subjektiv gemeinten Sinne der gesellschaftlich Handelnden unterschiebt, wird niemals zu einer wahren Lehre vom Wesen der Gesellschaft gelangen. Jeglicher »Sinn«, jegliches »Erlebnis«, jeglicher seelische Akt enthält als eines seiner Wesensmomente jenes des »Subjektes«, des »Ich-Bezuges«, enthält die »Individuum-Meinung«, und diese Meinung bezieht sich ihrem Sinne nach auf nichts »Relatives«, auf keinen »Grad«, auf keinen »Modus«, auf keine »Erscheinung«, auf keine »Eigenschaft«, sondern auf etwas Absolutes, auf das einzige Absolute, das uns unmittelbar gegeben ist, weil sie das

Selbstbewußtsein ist, als Grundlage alles unseres sonstigen Bewußtseins, auch des Bewußtseins von »Relativem«. Wer also behauptet, daß das Individuum etwas »Relatives«, ein »Grad« sei, der bezieht sich nicht auf das Individuum im psychischen Sinne, nicht auf das Erlebnis des gesellschaftlich Handelnden, der immer sich selbst und nur sich selbst als diesen Handelnden erlebt, sondern auf die wirkenden geistigen und körperlichen Bedingungen des Individuums im psychischen Sinne.

Diese wirkenden Bedingungen nennt Oppenheimer das »Ganze« der Gesellschaft und bringt sie unter diesem Namen in Gegensatz zum »Individuum«, wobei er merkwürdigerweise das Wesen von Gesellschaft und Individuum aus ihrem Wirkenszusammenhange erschließen und das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum als ein Wirkensverhältnis bestimmen will. Indes, was sollen wir uns überhaupt unter dem »Ganzen der Gesellschaft« als wirkender Bedingung des Individuums vorstellen? Wenn gesagt wird, daß das Seelenleben des Individuums gesellschaftlich bedingt ist, so kann ja nichts anderes gemeint sein als die unbezweifelbare Tatsache, daß zu den wirkenden Bedingungen des Seelenlebens eines Menschen auch das Seelenleben zahlreicher anderer verstorbener und lebender Menschen gehört, welches durch das Medium gesellschaftlichen Ausdrucks — unmittelbar durch Handlungen oder mittelbar durch Artefakte — auf das Seelenleben eines Menschen wirkt. Aber diese Bedingtheit des Seelenlebens eines Menschen durch das Seelenleben eines anderen Menschen wäre auch dann, wenn die Gesellschaftslehre es mit Wirkenszusammenhängen zu tun hätte, keineswegs in ihrem vollen Umfange Gegenstand der Gesellschaftslehre, weil es sich gar nicht durchwegs um gesellschaftliches Seelenleben handelt, das hier in Betracht kommt. Es sind nämlich die folgenden Verhältnisse möglich: 1. einsames Seelenleben, das einsam, d. h. nicht gegenüber einem »Du« ausgedrückt wurde, bewirkt ein bestimmtes entweder a) einsames oder b) gesellschaftliches Seelenleben eines anderen Menschen. 2. Ein Anspruch, also ein gesellschaftlicher Akt, welcher auf einen anderen Menschen gerichtet war, bewirkt ein bestimmtes entweder a) einsames oder b) gesellschaftliches Seelenleben eines dritten Menschen, auf welchen jener Anspruch nicht gerichtet war. 3. Ein gesellschaftlicher Gegensatz bewirkt ein bestimmtes entweder a) einsames oder b) gesellschaftliches Seelenleben eines Menschen, welcher nicht

der Ansprechende zu jenem Gegenspruche war. 4. Ein gesellschaftliches Gebilde, d. h. der Sachverhalt, daß ein bestimmtes gesellschaftliches Gebilde besteht, bewirkt ein bestimmtes entweder a) einsames oder b) gesellschaftliches Seelenleben eines Menschen, an welchen der Anspruch jenes Gebildes nicht gerichtet war. 5. Ein Anspruch bewirkt den Gegenspruch des Angesprochenen.

Nun handelt es sich eigentlich lediglich im fünften Falle um ein gesellschaftliches Verhältnis, um die Entstehung eines gesellschaftlichen Gebildes. In allen anderen Fällen jedoch liegt lediglich der Tatbestand vor, daß durch gesellschaftliche Akte oder durch gesellschaftliche Gebilde auch fremdes Seelenleben, und zwar entweder einsames oder gesellschaftliches Seelenleben bedingt wird. Einsames, wenn auch durch gesellschaftliches Seelenleben bedingtes Seelenleben, ist aber eben kein gesellschaftliches Seelenleben, also kein Gegenstand der reinen Gesellschaftslehre, sondern gehört zu den »gesellschaftlich bedingten« Tatbeständen, die ebenso wie die »Gesellschaft-bedingenden« Tatbestände von den gesellschaftlichen Tatbeständen strenge zu sondern sind. Niemals aber ist irgendein Seelenleben durch ein von Menschen verschiedenes »Ganzes« »Gesellschaft« bedingt und dieses großartige Wort »Ganzes« kann bestenfalls als Bild für sehr viele oder einzelne andere Menschen bzw. deren gesellschaftliche Akte verwendet werden oder für den Tatbestand eines gesellschaftlichen Gebildes, d. h. den Tatbestand, daß sich auf einen menschlichen Anspruch der Gegenspruch eines anderen Menschen bezieht. Da jedoch Oppenheimer jede Zergliederung des eigentlich »Gesellschaftlichen« unterläßt, unterliegt er der Versuchung, das Beiwort »gesellschaftlich« als Ausdruck einer Art von »Subjekt« und »Individuum« mißzuverstehen, so daß dann die Gesellschaft ein mystisches »Ganzes« wird, das selbst wirkende Bedingung seiner Teile — der menschlichen Individuen — ist. Indes ist das ganze Problem des Verhältnisses von Gesellschaft und Individuum lediglich eine Ausgeburt der unseligen gesellschaftswissenschaftlichen Subjekttheorie, ein Problem, das verschwindet, wenn man erkannt hat, daß »Gesellschaft« nicht ein besonderes übermenschliches Einzelwesen, sondern besondere Tätigkeiten menschlicher Einzelwesen bezeichnet. An Stelle des Problems des Verhältnisses von Gesellschaft und Individuum finden wir dann das lediglich empirische

Problem des gesellschaftlichen Verhältnisses von menschlichen Individuen zu menschlichen Individuen und das ebenfalls lediglich empirische Problem des Verhältnisses von gesellschaftlicher und einsamer Tätigkeit eines menschlichen Individuums.

O p p e n h e i m e r geht aber, ganz im Banne der gesellschaftswissenschaftlichen Subjekttheorie, in der Auslöschung des menschlichen Individuums noch viel weiter, als es die scheinbare Antithese »Gesellschaft-Individuum« (Ganzes-Teil) fordern würde, indem er eigentlich als Glied der Gesellschaft nicht das menschliche Individuum, sondern die »Gruppe« betrachtet. »Was ist also, das ist unser erstes Problem, das E l e m e n t d e r G e s e l l s c h a f t? Die Antwort lautet verschieden, je nach der Betrachtungsart, deren wir uns bedienen. Für die mechanische Auffassung der Gesellschaft ist ihr Element das I n d i v i d u u m , für die organische die F a m i l i e , für die psychologische und das ist die spezifisch soziologische, die »Gruppe«. Diese Auffassung ist nicht unbestritten. Es gibt noch heute Vertreter der (aufklärerischen) individualpsychologischen Methode, die das Individuum als Element der Gesellschaft betrachten... Die Familie... ist ein Grenz- und Uebergangsgebilde, noch biologisch und schon soziologisch..., ihre subsoziale, bio-psychologische Wurzel ist der Geschlechtstrieb... Was u n s für jetzt zu beschäftigen hat, ist nicht e i n e , und sei es die interessanteste, sondern d i e Gruppe, das Element aller Gesellschaft. Begriff und Bezeichnung haben sich in den letzten Jahren fast allgemein eingebürgert. Die meisten Soziologen der Gegenwart bezeichnen wie wir mit dem Worte »Gruppe« irgendeinen gesellschaftlich verbundenen Personenkreis. Es ist ein absichtlich farbloser neutraler Begriff, der jede Form der Vergesellschaftung bedeuten kann. ... Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß auch uns die großen nationalen Verbände oder Gruppen weitaus am meisten interessieren. Trotzdem müssen wir es ablehnen, uns den engen Begriff zu eigen zu machen, den Worms mit der »Gesellschaft« verbindet. Wir können unmöglich auf die Aufklärung verzichten, die uns das Studium der Gruppenpsychologie und der Gruppenhandlung in ihrem weitesten Verstande zu geben imstande ist. Die auf diese Weise gewonnene Belehrung wird dann freilich vor allem der Untersuchung der großen »nationalen Gesellschaften«, der »Rahmengruppen«, der »Supraorganismen« im eigentlichen Sinne zu dienen haben, die namentlich aus Staat

und Wirtschaftsgesellschaft zusammengewirkt sind, aber der Regel nach auch Sprach-, Rechts- und Religionsgesellschaft bilden. Eine »Gruppe« ist also irgendein (kleiner oder großer, flüchtiger oder dauernder, fest organisierter oder lose zusammengewerter) **Kreis von Personen**, die auf gleiche Einwirkungen, aus gemeinsamer Bewußtseinslage heraus, gleichartig und gleichzeitig handeln. Wir erinnern: aus **gemeinsamer**, nicht etwa aus **gleichartiger** Bewußtseinslage. Eine Anzahl von Personen, die bei Beginn eines Regens gleichzeitig den Schirm aufspannen, stellen noch keine Gruppe dar, obgleich sie auf die gleiche Einwirkung hin gleichartig handeln. Es kommt nur auf die sozialpsychologische Kraft an, die die Gruppe zusammenführt und zusammenhält. Sie gehört zu den essentiellen Kennzeichen des Begriffes. Darum ist auch begrifflich nicht erforderlich, daß der Personenkreis sich in Kontinuität des Raumes befinde, um als Gruppe zu existieren und zu reagieren. Die Leser einer Zeitung, jeder allein in seinem Frühstückszimmer, bilden dennoch allein bei der Lektüre erregender Nachrichten eine charakteristische Gruppe. . . . Die »Gruppe« ist das Element der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist ein Inbegriff von Gruppen, die zueinander in Wechselbeziehung stehen (I S. 461, 462). Es ist gewiß nicht unrichtig, zu sagen, daß für verschiedene Betrachtungsweisen eines Gegenstandes verschiedene Elemente dieses Gegenstandes ins Auge springen. Allerdings sind sie deshalb doch immer nur »Elemente dieses Gegenstandes«, und ist es vor allem notwendig, jenen Gegenstand, dessen Elemente bestimmt werden sollen, klar ins Auge zu fassen. Das ist aber nun jener höchst sonderbare Sachverhalt, den man nicht gerne zum Ausdrucke bringen will und doch bringen muß, — daß uns nämlich **O p p e n h e i m e r** sein »System der Soziologie«, ein Werk von schier übermäßigem Umfange, vom Anfange bis zum Ende lesen läßt, ohne uns zu verraten, was »Gesellschaft« ihrem Wesen nach ist. Und daß **O p p e n h e i m e r** nicht einmal das Bedürfnis nach einer Wesensbestimmung des Gegenstandes »Gesellschaft« zu haben scheint, erklärt sich wieder daraus, daß er, von dem Grundgedanken ausgehend, die Möglichkeit und Notwendigkeit einer künftigen Gesellschaft, der »klassenlosen« Gesellschaft, zu beweisen, seinen Blick ausschließlich auf eine kausale Erklärung der »Gesellschaft«, auf jene Ursachen und Wirkungen, in welche »Gesellschaft« verstrickt ist, einstellt, wobei angenommen wird,

daß der Gegenstand »Gesellschaft« selbst doch schon irgendwie bekannt sei. Machen wir uns aber klar, daß »Gesellschaft« eine Mannigfaltigkeit von als Ansprüche und Gegensprüche aufeinander bezogenen Akten darstellt, so wird auch sofort klar, daß »Element«, d. h. Glied dieser Mannigfaltigkeit, nur die gesellschaftlichen Akte sein können. Da »Gesellschaft« kein Subjekt ist, sondern vergesellschaftende Tätigkeit von Menschen, so kann man dann auch, da jede vergesellschaftende Tätigkeit einem Menschen zugehört, als »Gesellschaft« jene Menschen bezeichnen, welche in Beziehung aufeinander vergesellschaftende Tätigkeiten ausüben, so daß dann eben der Mensch als vergesellschaftend Tätiger das Element der Gesellschaft bildet. Dies aber ist ein Tatbestand, der jenseits aller isolierenden Abstraktionen, aller besonderen Betrachtungsweisen liegt, weil er dem »An-Sich« des Gegenstandes zugehört. Es ist gar nicht einzusehen, was diese Bestimmung des Wesens der Gesellschaft mit einer »mechanischen«, »aufklärerischen« Methode zu tun haben soll, da sie ja vielmehr der rein psychologischen Methode entspringt. Wenn Oppenheimer behauptet, daß für die psychologische Auffassung — die nun plötzlich die spezifisch soziologische Auffassung sein soll! — die »Gruppe« das Element der Gesellschaft sei, dann beweist er nur, daß er den psychologischen Begriff der »Individualität«, das absolute Ich-Erlebnis des Selbstbewußtseins nicht kennt, und daß er unter »psychologischer Betrachtung« nicht die Betrachtung des Seelenlebens, des »Sinnes« versteht, sondern der wirkenden Bedingungen irgendeines Seelenlebens, zu welchen nach Oppenheimer auch die »gruppenmäßige Determinierung« gehört. Weil Oppenheimer annimmt, daß die gruppenmäßig determinierten menschlichen Individuen wie »Automaten« (I S. 617) handeln, betrachtet er als Element der Gesellschaft nur das, was die Automaten in Bewegung setzt, die »Gruppe«, die dann als wirkendes »Ganzes« über den Individuen schwebt. Und was soll eine Behauptung, wie jene, daß die Familie ein »Grenz- und Uebergangsbegriff« vom Biologischen zum Soziologischen sei, bedeuten? Der Geschlechtstrieb, der ja nur jedem Gliede der Familie, nicht aber der »Familie« eigen ist, stellt einsames, Gesellschaft-bedingendes Seelenleben dar, bedingt gewisse familienhaft-gesellschaftliche Akte der Angehörigen der Familie, ist aber doch auch jedem Angehörigen der »Gruppe« eigen!

Aus Oppenheimers Definition der »Gruppe« ergibt sich keineswegs, daß es sich um einen gesellschaftlichen Gegenstand handelt. Ein Personenkreis, der auf gleiche Einwirkungen gleichartig und gleichzeitig handelt, ist gewiß keine »Gesellschaft« oder genauer gesprochen: er ist jedenfalls nicht wegen dieser Merkmale »Gesellschaft«, wie ja Oppenheimer durch sein Beispiel von den vielen Menschen, welche bei Eintritt eines Regens die Regenschirme aufspannen, selbst zugibt. Oppenheimer fügt aber noch als wesentliches Merkmal jenes des Handelns aus »gemeinsamem«, nicht gleichartigem, Bewußtsein hinzu. Was ist nun aber dieses sog. »gemeinsame« Bewußtsein? Das sagt uns Oppenheimer nicht, sondern verweist nur auf die »sozialpsychologische Kraft«, die die Gruppe zusammenführt und zusammenhält, an anderer Stelle auf die »die Einzelnen zu einer Einheit verbindende sozialpsychologische Kraft«, bei welcher Verweisung aber Oppenheimer offenbar vergißt, daß er sagte, die Soziologie als Methode »verwirft ... jedes Spiel der Worte mit geheimen Qualitäten und Entitäten« (I S. 697). Daß also die Menschen, welche bei Eintritt eines Regens die Regenschirme aufspannen, keine Gruppe, hingegen jene Menschen, welche bei Lektüre einer gewissen Zeitungsnachricht in Erregung geraten, eine Gruppe bilden, kann uns Oppenheimer in keiner Weise verständlich machen, weil er eben das Wesen der Gesellschaft nicht klar definiert, aus welcher Definition sich freilich ergeben würde, daß auch die Zeitungsleser im Beispiele Oppenheimers keine Gesellschaft ausmachen. Trotz seiner Verwahrung gegen einen zu engen Begriff »Gesellschaft«, ist Oppenheimers Gesellschaftslehre nicht auf das Gesellschaftliche schlechthin, sondern auf eine ganz bestimmte Art des Gesellschaftlichen, die politischen »Rahmengruppen« gerichtet, und diese am Wesen der Gesellschaft vorübergehende Einengung der Betrachtung wurzelt wieder in der ganzen Tendenz seines Werkes, welche darauf gerichtet ist, die Hölle des Staates zu beseitigen und das Paradies der klassenlosen Gesellschaft heraufzuführen.

Da Oppenheimer eine klare Definition des Begriffes von der »Gesellschaft« unterläßt, behandelt sein Werk hauptsächlich Tatbestände, welche dem Gegenstande »Gesellschaft« zwar benachbart, aber von diesem Gegenstande verschieden sind. Zwei dieser Nachbargegenstände haben wir bereits kennege-

lernt: die »Gesellschaft-bedingenden« und die »gesellschaftlich bedingten« Gegenstände. Als dritter Gegenstand tritt aber noch hinzu das gleichartige und gleichzeitige Handeln vieler Menschen auf eine gleiche Einwirkung, also der Tatbestand des »massenhaften Handelns«, welcher umfaßt das Handeln vieler Menschen, die entweder ohne Bewußtsein davon handeln, daß andere gleichartig handeln oder mit dem Bewußtsein handeln, daß andere gleichartig handeln. Das massenhafte Handeln ist aber in beiden Formen verschieden vom gesellschaftlichen Handeln. Wir nennen die Tatbestände der »Gesellschaft-bedingenden Tätigkeit«, der »gesellschaftlich-bedingten Tätigkeit« und der »massenhaften Tätigkeit«, welche Gegenstände meist an Stelle des Gegenstandes »Gesellschaft« betrachtet werden, die »konkurrierenden Nachbargegenstände« des Gegenstandes »Gesellschaft«.

Oppenheimer sagt über den Gegenstand »Masse«: »Wir glauben, keinen Widerspruch fürchten zu müssen, wenn wir den sozialen Prozeß in zunächst noch überaus weiter, fast noch tautologischer Formel bestimmen als die Betätigung menschlicher Massen. Die Bestimmung besteht aus zwei Teilen. Fassen wir sie einzeln ins Auge. Zunächst: Eine menschliche Masse ist etwas anderes als eine Masse von Menschen. Wenn wir von einer Masse von Menschen sprechen, so denken wir an die einzelnen als solche, die zufällig in großer Zahl auftreten. So sehen wir z. B. an schönen Sonntagnachmittagen eine Masse von Menschen, d. h. viele Menschen, auf den Rasenplätzen eines englischen Parks herumliegen und -gehen. Hier besteht keine Verbindung zwischen ihnen: jeder ist für sich, und sie bilden keine »Masse«. Von einer Masse sprechen wir nur dort, wo eine Vielheit von Menschen durch irgendein gemeinsames Interesse verbunden, sich irgendwie gemeinsam, d. h. eben als Masse betätigt« (I S. 97). »Irgendwie«, sagt Oppenheimer — aber an ein bisher dreibändiges »System der Soziologie« dürfte man doch die Forderung stellen, uns eben das »Wie?« zu erklären, nicht in einer handgreiflichen Zirkeldefinition die »gemeinsame Betätigung« als »Massenbetätigung« und die »Massenbetätigung« als »gemeinsame Betätigung« zu bestimmen. Offenbar sollen für Oppenheimer »Masse« und »Gruppe« äquivalente Begriffe sein. Also gleichen die »über gleiche Einwirkung«, nämlich Regen, den Schirm aufspannenden Menschen jenen Menschen, welche »über gleiche Einwirkung«, nämlich Schönwetter, an Sonntagen in den eng-

lischen Parks herumliegen. »Zufällig« ist also das massenhafte Handeln keineswegs an sich, sondern nur in Beziehung auf die gesellschaftliche Verbindung zwischen Menschen. Diese Verbindung soll nur durch ein »gemeinsames Interesse« gestiftet werden. Indes, wenn man die von Oppenheimer gegebenen Beispiele prüft, vermag man nicht einzusehen, worin das »gemeinsame« Interesse der beim Frühstück erregende Nachrichten lesenden Menschen im Gegensatze zu den bloß »gleichartigen« Interessen jener Menschen, die bei Regenwetter ihre Schirme aufspannen oder bei Schönwetter im Park herumliegen, bestehen soll? Doch halt!, vielleicht geschieht Oppenheimer Unrecht und wir finden die gesuchte Definition nur in einem anderen Zusammenhange seines Werkes, nämlich in den Ausführungen über das »Wir-Interesse und Wir-Bewußtsein«: »Während sich im Ich-Bewußtsein das Individuum der Gruppe, der es angehört, entgegenstellt, als ein Gesondertes einem Gesonderten, ist die Einstellung des W i r - Bewußtseins eine ganz andere. Es ist nicht das Bewußtsein meiner Abhängigkeit von der Gruppe, vielmehr meiner Zugehörigkeit zu ihr. Aber selbst das ist noch viel zu individualistisch ausgedrückt. Das Wir-Bewußtsein bezieht sich überhaupt nicht auf mich und meine Interessen, sondern dezidiert auf »uns« und »unsere« Interessen. Besteht beim Ich-Interesse eine Parallelität der Interessen von Individuum und Gruppe, so besteht beim Wir-Interesse eine E i n h e i t ganz anderer Art: das Individuum fühlt sich geradezu als Gruppe, als Gemeinschaft, sein Ich-Interesse ist ausgelöscht oder doch als deutlich minderwertig zurückgedrängt. . . . Wir wiederholen, daß dieses Wir-Interesse und sein vorstellungsmäßiger Ausdruck, das Wir-Bewußtsein, uns in unserer Selbstbesinnung unmittelbar gegeben ist, wenn wir nur scharf genug beobachten. In der Regel hält es sich im Hintergrunde unserer Aufmerksamkeit, wird nicht bemerkt. . . . Unsere Unterscheidung, die wir auf dem Wege der Phänomenologie gewonnen, wird bestätigt durch die Entwicklungspsychologie. Das Ich- und das Wir-Interesse stammen aus verschiedenen Wurzeln und sind von verschiedenem Alter. Man kann ohne Fehler sagen, daß die Gesellschaft aus dem Wir-Interesse, und das Ich-Interesse aus der Gesellschaft hervorgegangen ist« (I S. 101, 102). Nun ist es gewiß unbezweifelbar, daß ein Bewußtsein sich häufig auf »uns« und »unsere« Interessen bezieht. Indes dieser klare seelische Sachverhalt wird sogleich

dahin entstellt, daß ein Bewußtsein sich dann geradezu »als Gruppe«, als »Gemeinschaft« fühlt. Diese Darstellung ist sogar falsch vom Standpunkte der gesellschaftswissenschaftlichen Subjekttheorie. Ist nämlich, wie die Subjekttheorie behauptet, »Gruppe« ein »Ganzes«, welches die Individuen als seine »Teile« umfaßt, ist also »Gruppe« etwas anderes als die menschlichen Individuen, so ist es kaum möglich, diese These dadurch beweisen zu wollen, daß man behauptet, in gewissen Fällen fühle sich das menschliche Individuum als »Gruppe«. Denn das würde bedeuten, daß das Individuum sich der »Gruppe« gleichsetzt, die »Gruppe« als nicht etwas außerhalb der menschlichen Individuen Liegendes fühlt. Indes bedeutet dieses »Sich als Gruppe fühlen« wohl nichts anderes als: »Sich der Gruppe zugehörig (nicht der Gruppe gleich) fühlen«, und das bedeutet schließlich nichts anderes als: fühlen, daß man einer aus einer Mehrzahl von Menschen sei, welche gleichartige Interessen haben, und von denen jeder das gleichartige Interesse des anderen Gruppengliedes insofern zu seinem eigenen Interesse macht, als er nicht bloß um die Gleichartigkeit des anderen Interesses weiß, sondern auch so handeln will, daß nicht nur sein Interesse, sondern auch die gleichartigen Interessen der anderen Gruppenglieder berücksichtigt und befriedigt werden. Das Kriterium zwischen »gleichartigem« und zwischen »gemeinsamem« Interesse liegt also in einer Mitmeinung des gleichartigen Interesses, welche über das bloße Wissen um die Gleichartigkeit der anderen Interessen hinausgeht, indem sie den Willen umschließt, in Berücksichtigung dieser Gleichartigkeit zu handeln. Deshalb also sind — im Sinne Oppenheimers, den er selbst allerdings nicht zum Ausdrucke gebracht hat — die wegen Regenwetter oder Schönwetter gleichartig Handelnden keine »Gruppe«, weil zwar jeder von ihnen um die Gleichartigkeit ihrer Interessen weiß (oder doch wissen kann), hingegen keiner von ihnen den Willen hat, so zu handeln, daß auch die gleichartigen Interessen der anderen befriedigt werden. Hingegen wären die Zeitungsleser eine »Gruppe«, wenn etwa die aufregende Nachricht darin bestände, daß ein fremdes Volk das eigene Volk, dem die Zeitungsleser angehören, angegriffen hat und nun jeder der Zeitungsleser entschlossen ist, so zu handeln, daß die gleichartigen Interessen aller seiner Volksgenossen befriedigt werden. Aber — und das ist von großer Wichtigkeit — ein »gemeinsames Interesse«,

d. h. ein Interesse vieler Menschen liegt, wenn man sich nicht durch sprachliche Fiktionen täuschen läßt, auch in diesem Falle nicht vor, sondern was vorliegt sind besondere gleichartige Interessen, deren jedes dem Erleben eines anderen Menschen zugehört. Denn »Interesse« ist eine Gemütsbewegung, und Gemütsbewegungen finden sich nur im Selbstbewußtsein von Menschen derart, daß die Gemütsbewegungen eines Menschen sich durch den meinenden Bezug auf dieses »Ich« von den Gemütsbewegungen jedes anderen Menschen unterscheiden. Eine »Gruppe« als »gemeinsames Interesse«, das als ein Interesse allen Gliedern der Gruppe zugehört, gibt es nicht, ist vielmehr nur eine Spielart der »Subjekttheorie«.

Wenn wir nun aber, allerdings nicht auf Grund der Ausführungen Oppenheimers, verstehen, was ein »gemeinsames Interesse« als Vielheit besonderer gleichartiger Interessen ist, so wissen wir aber damit noch durchaus nicht, was »Gesellschaft« ist. Oppenheimer sagt ja selbst, daß die Gesellschaft aus dem Wir-Interesse hervorgegangen ist, nicht aber daß die »Gesellschaft« das »Wir-Interesse« ist. Allerdings stimmt auch diese Behauptung nicht, da »Gesellschaft« auch aus anderen Interessen, z. B. Kampf-Interessen hervorgehen kann. Jedenfalls aber kann »Gesellschaft« auch nicht definiert werden als das »aus Wir-Interesse hervorgehende Handeln«. Denn diese genetische Definition wäre, abgesehen davon, daß sie überhaupt zu enge wäre, schon deshalb unzutreffend, weil aus dem Wir-Interesse auch zahlreiches einsames Handeln entspringen kann. Z. B. holt der früher betrachtete Zeitungsleser, motiviert von seinem »Wir-Bewußtsein«, seinen Armeeevolver, seinen Feldstecher und anderes aus dem Schranke hervor, weil er sich sogleich als Kriegsfreiwilliger melden will. Die genetische Beziehung auf das »Wir-Interesse« und das »Wir-Bewußtsein«, d. h. die Beziehung auf einsames Seelenleben, welches Motiv gesellschaftlichen Handelns sein kann, gibt uns also keinerlei Aufklärung über das »Gesellschaftliche«, und es bleibt dabei, daß Oppenheimer uns eine Definition der »Gesellschaft« nicht gibt. Er sagt zwar, daß »eine menschliche Masse« ein Inbegriff ausgedrückter psychischer Beziehungen sei (I S. 81), aber wenn er daran geht, zu bestimmen, welche psychischen Beziehungen denn gesellschaftliche Beziehungen sind, bewegt er sich durchwegs im Gebiete einsamen Seelen-

lebens. Und da also Oppenheimer für das »Gesellschaftliche« keine Heimat im Erleben der menschlichen Individuen findet, muß er der Subjekttheorie verfallen und die »Masse«, die »Gruppe«, die »Klasse« nicht als Inbegriff seelischer Beziehungen, sondern als Einzelwesen neben und über den menschlichen Individuen betrachten. So lesen wir denn, daß Objekt der Soziologie die »Massenhandlung« sei (I S. 200), wir lesen von einem »typischen Verhalten bestimmter Menschengruppen« (I S. 677), von einer »typischen Handlung einer Gesellschaft« und von einer »Massenhandlung der Interessenbefriedigung« (I S. 790), wir lesen, daß »die Gruppe genau so wie ein Individuum handelt« (I S. 594), daß »die Gruppe sich als Dauerwesen empfindet« (I S. 595, 722). Eine besondere Bedeutung spielen natürlich die Begriffe »Klasse«, »Klasseninteresse« und »Klassenbewußtsein«, obwohl diese Begriffe sich lediglich auf besondere Arten des »Wir-Interesses« und »Wir-Bewußtseins«, also auf ein sames Seelenleben, das gesellschaftliches Seelenleben determinieren kann, beziehen. Wer immer uns also, wie Oppenheimer, mit dröhnender Stimme zuruft, daß Klassenkämpfe den Inhalt der Geschichte, den Gegenstand der Gesellschaftslehre bilden, der beweist nur, daß er Ursachen und Wirkungen gesellschaftlichen Handelns mit dem gesellschaftlichen Handeln selbst verwechselt, daß ihm die konkurrierenden Nachbargegenstände der Gesellschaftslehre den Blick auf den wahren Gegenstand der Gesellschaftslehre verdecken.

Eine reine Gesellschaftslehre wird sich vor allem für jene Ausführungen Oppenheimers interessieren, welche die »Verfahrungsweisen der Gruppenhandlung« (I S. 979) betreffen. Hätte allerdings Oppenheimer die Subjekttheorie verlassen, hätte er erkannt, daß »Gesellschaft« überhaupt nichts anderes ist, als ein bestimmtes menschliches Verfahren, eine bestimmte menschliche Tätigkeit, so hätten diese seine Ausführungen den eigentlichen Kerngegenstand seiner Gesellschaftslehre bilden müssen. Vor allem kommt in Betracht Oppenheimers Unterscheidung des »ökonomischen Mittels« vom »politischen Mittel«, welche Unterscheidung kraft ihrer wertenden Betonung allerdings eine der Grundlagen seines Systems bildet. »Das Problem der Mittel, der Arten oder Methoden der Bedürfnisbefriedigung, war bisher nicht aufgeworfen worden. Jetzt zeigt es sich, daß von Anfang der Kultur an

zwei polar entgegengesetzte Mittel der Bedürfnisbefriedigung nebeneinander angewendet wurden, das ökonomische und das politische, wie ich sie genannt habe, ein Dualismus, aus dem in allen Gebieten des sozialen Lebens abgeleitete Dualismen entspringen: die Gegensätze von rein gedachtem Staat und der rein gedachten Gesellschaft, in specie der Wirtschaftsgesellschaft; — von *jus strictum* und *jus aequum* oder *gentium*, das dem *jus naturae* nahe verwandt ist, ja sich vielleicht in seiner reinen Gestalt als das so viel gesuchte »richtige Recht über allen positiven Rechten« herausstellen wird; — der gleiche Dualismus enthüllt sich in der Oekonomik als Gegensatz desjenigen Eigentums, das, weil es auf eigenem Tun beruht, von vielen als die Bedingung aller höherer Menschlichkeit gepriesen wird, und jenem vom Recht ebenso geschützten Eigentum, das, weil es auf gewaltsam angeeignetem fremden Tun beruht, von den Sozialisten als »Diebstahl« verurteilt wird — und es zeigte sich weiterhin, daß diese historische und rechtliche Kategorie nahezu identisch — und in allen bedeutsamen Fällen völlig identisch — ist mit der lange eingebürgerten ökonomischen Kategorie des Monopols« (I S. XIII). Was ist nun im Sinne Oppenheims das »politische« Mittel und was ist das »ökonomische« Mittel? »Ich zeigte soeben, daß es mir gelungen war, das früher als einheitlich betrachtete Phänomen der „wirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung“ in zwei Arten zu zerlegen: die wirtschaftliche Befriedigung durch das politische und das ökonomische Mittel. Aber, wenn auch die Entdeckung der *differentia specifica* das Genus in zwei Arten spaltet, so bleibt es doch als Genus ein einheitlicher Begriff, der Grundbegriff, auf den alle soeben kurz skizzierten Antinomien zurückführen, und daher ein Grundbegriff nicht nur der Oekonomik, sondern auch der Politik, Jurisprudenz und der Historik, m. a. W. der Soziologie! — der Begriff der „wirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung“ mußte neu untersucht werden. Er war bisher regelmäßig verstanden worden als Befriedigung des wirtschaftlichen Bedürfnisses, das dann in der Regel näher bestimmt wurde als das „Bedürfnis nach Sachgütern“ — ... bedeutet der Begriff „wirtschaftliche Bedürfnisbefriedigung“ nicht, wie man bisher annahm, Befriedigung des wirtschaftlichen Bedürfnisses, sondern Befriedigung von Bedürfnissen auf wirtschaftliche Weise, d. h. nach dem Prinzip des kleinsten Mittels. Das normale Individuum

hat als rationelles Wesen den eingeborenen Trieb, seine sämtlichen echten Bedürfnisse auf die sparsamste, sicherste Art zum Zustand ihrer Sättigung zu bringen, und dieser Trieb erscheint ihm psychologisch, auto-introspektiv, als ein „Soll“: Ostwalds energetischer Imperativ: Vergeude keine Energie!« (I S. XVI, ähnlich S. 281 ff.). »Nun steht aber der Begriff der wirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung an der Schwelle nicht nur der Oekonomik und damit auch der Historik, die ja auch, und täglich mehr, Wirtschaftshistorik sein muß und will, sondern auch der Staats- und Rechtswissenschaft. Denn auch das politische Mittel wird dort, wo es gewählt wird, nur als das „kleinste Mittel“ der Bedürfnisbefriedigung gewählt« (I S. XVII).

Zunächst ergibt sich, daß Oppenheimer alle gesellschaftlichen Verfahrensweisen als Arten der wirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung ansieht. Ob Oppenheimers Begriff der »Wirtschaft«, welcher sie als bestimmten Modus, als bestimmtes Mittel der Bedürfnisbefriedigung ansieht, richtig ist, mag in diesem Zusammenhange ebenso dahingestellt bleiben, wie die Richtigkeit der Behauptung, daß es nur ein rationales Wirtschaften gebe, da der Imperativ des »kleinsten Mittels« in jedem Menschen stets aktuell sei. Vielmehr fragen wir zunächst, ob nicht Oppenheimer eine verwirrende Terminologie gebraucht, wenn er als eine Art der »wirtschaftlichen« Bedürfnisbefriedigung das »ökonomische«, also das »wirtschaftliche« Mittel bezeichnet, während dann offenbar die andere Art der »wirtschaftlichen« Bedürfnisbefriedigung eine »nicht-ökonomische«, also eine »nicht-wirtschaftliche« ist? Wenn nämlich, wie Oppenheimer sagt, auch das »politische« Mittel nur als das »kleinste Mittel der Bedürfnisbefriedigung«, also als wirtschaftliches Mittel gewählt wird, dann ist es vollkommen klar, daß die Worte »Wirtschaft« und »wirtschaftlich« in zwei voneinander durchaus verschiedenen Bedeutungen von Oppenheimer gebraucht werden.

Oppenheimer sagt ferner: »Denn bislang hatte man darunter stillschweigend verstanden eine Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse durch wirtschaftliche Mittel, d. h. durch Tausch oder Arbeit, jetzt zeigte es sich, daß die Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse auch durch nicht-wirtschaftliche Mittel, durch Gewalt und Unterwerfung nicht nur vorkommt, sondern historisch eine außerordentlich große Rolle spielt« (I S. XIII). Aber

werden nicht zwei Begriffe des »Wirtschaftlichen« einander entgegengesetzt, nämlich der Begriff der Wirtschaft als Befriedigung eines besonderen, nämlich des wirtschaftlichen Bedürfnisses und der Begriff der Wirtschaft als eines besonderen, nämlich des wirtschaftlichen Mittels der Befriedigung irgendeines Bedürfnisses? Wir lesen weiter, daß in der »reinen Oekonomie«, in der keine Monopole bestehen, also das politische Mittel nicht angewendet wird, »friedlicher Wettbewerb«, »äquivalenter Tausch« besteht (I S. 372), daß der Begriff der Wirtschaft »im allgemeinen« die Sphäre der friedlichen Beschaffung von Gütern und Diensten und ihres Austausches durch Vermittlung des Marktes bezeichnet, und die Gewalt in jeder ihrer Formen »im allgemeinen« als »außerwirtschaftlich« betrachtet wird« (I S. 917), daß die »reine wirtschaftlichen« Beziehungen von Mensch zu Mensch jene »ohne Eingriff außerökonomischer Gewalt« sind (I S. 995), andererseits aber wieder »ökonomische Machtmittel« bestehen (II S. 506) — und da Oppenheimer keineswegs behauptet, daß nur das »friedliche Mittel« das »kleinste Mittel« sei, treten zwei Begriffe von »Wirtschaft« miteinander in Konkurrenz. Der eigentliche Grund dieser Antinomie ist der, daß Oppenheimer unter »Wirtschaft« ein rationales Soll-Ideal meint, welches aber in Wahrheit zwei rationale Soll-Ideale in sich schließt, nämlich einmal jenes Mittel der Bedürfnisbefriedigung, welches die gesellschaftlich Handelnden für das kleinste halten — das subjektiv kleinste Mittel —, und ein anderes Mal jenes Mittel der Bedürfnisbefriedigung, welches der Betrachter der gesellschaftlich Handelnden, Oppenheimer, für das kleinste Mittel hält — das objektiv kleinste Mittel. Nur in einer fernen Vergangenheit und in einer fernen Zukunft stimmt nach Oppenheimer das subjektiv kleinste Mittel mit dem objektiv kleinsten Mittel überein, während innerhalb der eigentlichen Geschichte die gesellschaftlich Handelnden zwar das subjektiv kleinste Mittel anwenden, nicht aber bloß das objektiv kleinste Mittel, welches lediglich »friedlicher Tausch« ist, während die Gewalt — immer nach Oppenheimer — ein irrationales Mittel der Bedürfnisbefriedigung darstellt, da sie schließlich zu »sozialer Krankheit« und zu Untergang führt. In entsprechender Weise wird aber offenbar auch das Wort »politisch« von Oppenheimer in einer doppelten Bedeutung gebraucht, nämlich einmal als Anwendung von Ge-

walt schlechthin, und einmal als Anwendung von Gewalt mit der Meinung, daß es sich um das »kleinste Mittel« handle.

Im einzelnen werden nun das »ökonomische« und das »politische Mittel« von Oppenheimer in folgender Weise bestimmt: das »ökonomische« Mittel wird gleichgesetzt der »Äquivalenz«, der »Gerechtigkeit«, dem »Consensus«, der »Reziprozität«. »Reziprozität« ist nach Oppenheimer die »Gerechtigkeit« als »subjektive Ueberzeugung der Gesellschaftsglieder, daß in ihren Beziehungen Gerechtigkeit bestehe« (I S. 396), sie ist als »Reziprozität von Leistung und Gegenleistung das stärkste aller Gruppeninteressen« (I S. 905), sie ist ein »ethischer Imperativ«, der »einen immer größeren Herrschaftsbereich gewinnt« (I S. 1106). Die Reziprozität ist wieder gleichzusetzen dem »Consensus«, welcher sich darstellt als »der genossenschaftliche Geist der Eintracht, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit« (I S. 675), als Gleichgewichtsgrundlage alles Lebens, Kitt der Gesellschaft und Kraft ihrer Kohäsion« (I S. 892), als die »klassenlose politische Gesellschaft«, als »ausbeutungsfreie Wirtschaftsgesellschaft« (II S. 731), während vom »Dissensus« der kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft gesprochen wird (II S. 738). Das »ökonomische Mittel« wird ferner bezeichnet als »das Recht der Gleichheit, der Gerechtigkeit« (I S. 429), als »äquivalenter Tausch« (II S. 367), als »produktive Arbeit« (I S. 437), und es entfaltet sich zur »Gewerbsstadt« (II S. 807), zum »mobilen Kapital« (I S. 808).

Das »politische Mittel« hingegen wird gleichgesetzt der »Gewalt und Eroberung« (I S. 709), der »erobernden außerökonomischen Gewalt« (I S. 1098), mit »Eroberung, Unterwerfung, Gewalt und Verbrechen aller Art« (II S. 113), mit »von außen eingreifenden Kräften« (II S. 113), mit »List, Raub und Gewalt« und mit dem »Staate« (II S. 158), mit »Priesterbetrug und Mißbrauch der Geisterfurcht zu eigenen, selbstsüchtigen Zwecken« (II S. 241), mit der »Sklaverei« (II S. 418), mit dem »Faust- und Fehderecht« (II S. 555), mit der »Klassenordnung« (II S. 600), mit dem »Feudalstaat« (II S. 807), mit dem »Grundeigentum« (II S. 808).

Schöpfung des politischen Mittels ist nach Oppenheimer das »Monopol«, eine »gesellschaftliche Machtposition« (I S. 372), deren wichtigste Form der Staat ist, die »Mehrwert« und insbesondere die Grundrente schafft (II S. 507), und den strikten Gegensatz zur »freien Konkurrenz« bildet (I S. 813).

In wertender Abwägung der beiden Mittel sagt Oppenheimer: »Und so erscheint uns dann als das Wertergebnis des sozialen oder historischen Prozesses zweitens die allmähliche Ausscheidung aller der Institutionen, die das politische Mittel geschaffen hat. . . . Das heißt aber nichts anderes als die Herstellung der vollen Gerechtigkeit innerhalb der durch Gewalt geeinten Gesellschaften. . . .« (I S. 1112). Ferner spricht Oppenheimer vom »Siegesgang des ökonomischen gegen das politische Mittel« (II S. 670) und sagt: »Und so darf man, muß man schließen, daß die Tendenz sich bis zur vollen Ausscheidung des politischen Mittels und seiner Schöpfungen, bis zum vollen Siege des ökonomischen Mittels durchsetzen wird« (II S. 808).

Oppenheimers Unterscheidung des »ökonomischen« vom »politischen« Mittel zielt, wie wenig klar und widerspruchsfrei sie auch sein mag, doch zweifellos auf einen ganz grundlegenden Unterschied ab, der innerhalb der gesellschaftlichen Beziehungen obwaltet. Der Begriff des »ökonomischen Mittels« meint eine Art der Klasse »Anspruch«, welche wir »Einverständnisanpruch« oder »Antrag« nennen. Und zwar ist der Antrag jener Anspruch, welcher den Gegensatz bloß durch Ausdruck eines Wunsches, nicht durch eine Androhung, hervorzurufen meint. Den Gegensatz zu einem Antrage bildet die »Annahme«, und ein aus Antrag und Annahme bestehendes gesellschaftliches Gebilde nennen wir Einverständnisgebilde. Hingegen meint der Begriff des »politischen Mittels« eine andere Art der Klasse »Anspruch«, nämlich jene, welche wir Herrschaftsanspruch nennen. Der Herrschaftsanspruch meint, den Gegensatz nicht bloß durch Ausdruck eines Wunsches, sondern auch durch Ausdruck eines Urteiles, daß der Ansprechende bei Nicht-Erfüllung des Wunsches gegen den Angesprochenen Zwang ausüben werde, hervorzurufen. Dieser gemeinte Zwang kann wieder entweder Gewaltzwang sein, d. h. eine körperliche Einwirkung auf den vergeblich Angesprochenen, welche dessen Körper vernichtet oder in einer vom Angesprochenen nicht gewünschten Weise verändert, in welchem Falle der Herrschaftsanspruch ein »Befehl« ist, oder Konventionalzwang, d. h. die Setzung einer Tatsache, welche »Unlust« des vergeblich Angesprochenen bewirkt, in welchem Falle der Herrschaftsanspruch eine »Forderung« ist. Den Gegensatz zu einem Herr-

schaftsansprüche bildet die »Botmäßigkeit«, die wieder entweder »Gehorsam« oder »Fügsamkeit« ist, und ein aus einer Androhung und einer Botmäßigkeit bestehendes Gebilde nennen wir Herrschaftsgebilde. Daß Oppenheimer den eigentlichen gesellschaftswissenschaftlich bedeutsamen Sinn seiner Unterscheidung von »ökonomischem« und »politischem Mittel« nicht getroffen hat, liegt daran, daß er a) seinen Blick auf behauptete Motive der gesellschaftlichen Akte, nämlich auf das »Prinzip des kleinsten Mittels«, statt auf die gesellschaftlichen Akte selbst — Ausdruckserlebnisse — und b) auf behauptete eindeutig determinierte Wirkungen der gesellschaftlichen Akte, nämlich einerseits »freie Konkurrenz«, andererseits »Monopol« statt auf die gesellschaftlichen Akte selbst eingestellt hat und daß er c) mit Wertungen an die Unterscheidung des »ökonomischen« vom »politischen Mittel« herantritt. Die Verwechslung der Motive der gesellschaftlichen Akte mit den gesellschaftlichen Akten selbst, wurde bereits dargestellt. Unrichtig ist aber ferner auch, daß das »ökonomische« Mittel und das »politische« Mittel je besondere gesellschaftliche Lagen, das eine die »freie Konkurrenz«, das andere das »Monopol« eindeutig determinieren. Denn offenbar können einerseits auch durch Einverständnis »Monopole« geschaffen werden, wie wenn z. B. eine Gruppe von Produzenten mit einer Gruppe von Konsumenten das Einverständnis trifft, daß jene Konsumenten ihren Bedarf nur bei jenen Produzenten decken werden, und andererseits kann gerade durch Herrschaft freie Konkurrenz geschaffen werden, wie wenn z. B. der Staat durch gesetzlichen Befehl bestehende Monopolrechte aufhebt.

Was aber Oppenheimers Begriffsbildung vollkommen verwirrt, ist der hier geradezu peinlich hervortretende Umstand, daß er »Einverständnis« und »Herrschaft« aus einer ganz bestimmten ethisch-politischen Einstellung heraus charakterisiert. Daß diese liberal-sozialistischen Wertungen überhaupt mit der theoretischen Gesellschaftslehre, die auf eine Beschreibung des subjektiv gemeinten Sinnes gesellschaftlicher Handlungen gerichtet ist, nichts zu tun haben, braucht nicht weiter ausgeführt werden. Hätte Oppenheimer nicht die emotionalen Motive der gesellschaftlichen Akte, die allein Gegenstand von Wertungen sein können, mit den urteilenden gesellschaftlichen Ausdruckserlebnissen selbst, die als Urteile keinerlei Wertungen ver-

tragen, verwechselt, so hätte er aus seiner eigenen Terminologie, die ja von »ökonomischem« und »politischem« Mittel spricht, die Einsicht schöpfen müssen, daß diese Mittel eine mittelbare sittliche Wertung nur aus ihrem Eingespantsein in eine bestimmte Relation »Motiv-Zweck«, welche der unmittelbare, eigentliche Gegenstand der Wertung ist, empfangen können.

Die Verkenntung dieses Sachverhalts spielt eine verhängnisvolle Rolle im Streite zwischen »Universalismus« und »Individualismus«, der allerdings nur scheinbar ein gesellschaftswissenschaftlich bedeutsamer Streit, vielmehr in Wahrheit ein ethisch-politischer Streit ist. Die Universalisten nehmen überall ein überindividuelles Wesen »Gesellschaft« an, und wollen sich durch diese Annahme von den »Individualisten«, die überall nur menschliche Individuen sehen, unterscheiden. Dieser scheinbar theoretische Streit entspringt jedoch lediglich dem Gegensatze ethisch-politischer Motive, »Weltanschauungen«, wie man feierlich zu sagen pflegt. Sehen wir nämlich näher zu, so sind es immer nur verschiedene ethisch-politische Forderungen, welche im Gewande des »Universalismus« und des »Individualismus« an die menschlichen Individuen gerichtet werden, indem der Universalist einer autoritär-herrschaftlichen, der Individualist hingegen einer freiheitlich-einverständnismäßigen Gestaltung der Gesellschaft das Wort spricht. Der Gegensatz von »Universalismus« und »Individualismus« ist also letzten Endes nichts anderes als ein Streit um die Frage, ob das »politische« oder das »ökonomische« Mittel, richtiger ob Herrschaftsansprüche oder Einverständnisanprüche zur Befriedigung von Bedürfnissen gebraucht werden sollen, ist, wenn wir die beiden ethisch-politischen Einstellungen in ihrer reinsten Form nehmen, nichts anderes als der Streit, ob reine »Archie« (Diktatur) oder reine »Anarchie« (Consensus) der Gerechtigkeit oder Nützlichkeit entsprechen. Obwohl nun bei klarer Besinnung sowohl die Universalisten als »Archisten« als auch die Individualisten als »Anarchisten« zugeben müßten, daß sowohl »Herrschaft« als auch »Einverständnis« nur zwischen menschlichen Individuen bestehen können, ist es doch kein Zufall, daß gerade die Universalisten als Träger der Verwirklichung ihrer ethisch-politischen Forderungen ein überindividuelles Wesen »Gesellschaft« annehmen: denn das menschliche Individuum haßt im allgemeinen

jede einseitige Bestimmung seines Willens durch Seinesgleichen, durch andere menschliche Individuen, liebt vielmehr, daß alle es betreffenden Veränderungen lediglich mit seinem *Einverständnis* vor sich gehen. Wer also »Herrschaft« postuliert, tut gut daran, als Träger dieser Herrschaft ein übermenschliches Wesen darzustellen. Die Rücksichtnahme auf die allgemeine Abneigung gegen »Herrschaft« ist auch die Wurzel des von Oppenheimer immer wieder als »Kinderfibel«, als »soziologisches Grundübel« gebrandmarkten »Gesetzes der ursprünglichen Akkumulation«, d. h. der Behauptung, daß die gesellschaftlichen Institutionen ohne Eingriff außerökonomischer Gewalt, bloß durch Gebrauch des ökonomischen Mittels entstanden sind, und der damit im engsten Zusammenhange stehenden (liberal-)naturrechtlichen Gesellschaftsauffassung, welche postuliert, daß alle gesellschaftlich bedingten Veränderungen nur mit *Einverständnis* der betroffenen Individuen vor sich gehen sollen, und deshalb auch in der Geschichte überall nur »Einverständnis« (»Verträge«) sieht. Indes bekämpft Oppenheimer jenes naturrechtliche Grundgesetz nur dadurch, daß er auf die Bedeutung des politischen Mittels in der eigentlichen Geschichte hinweist, unterliegt aber doch wieder dem Zauber jenes Grundgesetzes, indem er das naturrechtliche *Postulat* des allseitigen Einverständnisses aufrecht erhält, seine Verwirklichung in das Paradies einer sagenhaften Vor- und Nachgeschichte verlegt, und uns somit jene »Kinderfibel« nur in etwas veränderter Auflage vorlegt. Die richtige Würdigung von »Herrschaft« und »Einverständnis« ergibt sich jedoch erst mit der Erkenntnis, daß »Herrschaft« und »Einverständnis« »an sich«, d. h. ohne Rücksicht auf die Wirkenszusammenhänge von Motiv und Zweck, in welche sie verstrickt sind, »wertfreie« Gegenstände darstellen, mit welchen es ausschließlich die theoretische Gesellschaftslehre zu tun hat, während den Gegenstand der ethisch-politischen Wertungen des Universalismus und des Individualismus jene Wirkenszusammenhänge von Motiv und Zweck der Herrschaft und des Einverständnisses bilden.

III. Herrschaft und Staat.

In Beschreibung des gesellschaftlichen Tatbestandes der »Herrschaft« unterscheidet Oppenheimer zunächst die

»Gewalt« von der »Macht« und der »Herrschaft«. »Gewalt« sei »im zwischengesellschaftlichen Leben der rücksichtslose Kampf vor allem der Waffen, aber auch der List, und die Handelspolitik, und im innergesellschaftlichen Leben das Verbrechen im Sinne nicht des Strafgesetzbuches, sondern der wahren Gerechtigkeit« (I S. 375). In diesem Sinne sei »Gewalt« wohl eine der wichtigsten »Gesellschaft-bildenden«, aber noch keine gesellschaftliche Beziehung« (I S. 375). Die »Gewalt« werde aber zur »Macht« a) indem sich zwischen den betreffenden Menschen »ein neues Wir-Bewußtsein und Wir-Interesse ausbilde« (I S. 375), b) indem sich die Gewalt »mit einem Tropfen demokratischen Oels salbe, aus dem Verhältnis der Gleichheit und der Anerkennung die unerläßlichsten Elemente in sich aufnehme« (I S. 375), c) indem sie geregelt werde und nun »in ein höheres Niveau rückt, als Recht und Sitte objektiviert wird, institutionellen und damit kollektiven Charakter erhält und eben dadurch gemildert wird« (I S. 381).

Nach Oppenheimer unterscheidet sich ferner die »soziologische« Auffassung der Gewalt von der »marxistischen« Auffassung, durch den ihr beigelegten »Wertakzent«. Sie hebt mit Nachdruck hervor, . . . daß es sich um Gewalt, d. h. um eine Verfahrensweise handelt, die dem Rechts- und Sittengesetz zuwiderläuft« (I S. 171). Aber auch »alle Macht ist böse« (I S. 613). »Macht« stammt von »Mögen«, »Vermögen«, . . . nicht von »machen« (I S. 375). »Macht« ist ein »spezifisch menschliches Verhältnis«, denn »nicht die Gewalt, sondern die Furcht vor Gewalt ist das eigentliche Zwangsmittel, und zwar durch Suggestion zu einer Höhe gesteigert, wie sie in der Tierwelt nicht vorkommt« (I S. 381). »... ist das entscheidend Wichtige nicht der Zwang, sondern die innere Bereitschaft, dem Gesetze zu gehorchen und es im Notfalle einem Widerpenstigen aufzuzwingen« (I S. 511). »Das Wesen der Macht besteht also in der Herrschaft einer fremden Seele in der eigenen Seele« (I S. 381). »Macht über Menschen« heißt »Geltung« (I S. 898). Andererseits aber ist »Herrschaft« doch nur eine Art der »Macht«: »Die im Begriffe der Herrschaft enthaltene Synthese der Antithese: Herren und Untertanen, kennzeichnet nach dem Sprachgebrauch eine Dauerbeziehung. — Sonst wäre jeder Straßenräuber der Herrscher seiner Opfer, und zwischen Gewalt und Herrschaft wäre kein Unterschied. Aber pure Gewalt begrün-

det überhaupt keine gesellschaftliche Beziehung, als etwa, um mit Simmel zu sprechen, jene zwischen dem Tischler und seiner Hobelbank« (I S. 373). Trotz Heranziehung verschiedener Kriterien, welche sich teilweise nicht vereinen zu lassen scheinen, ist es Oppenheimer nicht gelungen, die Tatbestände »Gewalt«, »Zwang«, »Macht«, Geltung«, »Herrschaft« zu einer klaren Unterscheidung zu bringen. Beginnen wir mit dem Begriffe der »Macht«⁴⁾. Ob »Macht« von »Mögen«, »Vermögen« stammt, wagen wir nicht zu entscheiden. Jedenfalls aber bedeutet »Macht« immer ein »Mögen«, ein »Vermögen«, ein »Können«. »Macht« ist jede Konstellation von Weltmomenten, innerhalb welcher ein Mensch irgendeine von ihm gewünschte Veränderung bewirken kann. »Macht« ist also bloß insofern ein »spezifisch menschliches Verhältnis«, als dies in der Macht liegende »Können« immer von einem Menschen ausgesagt wird. Nicht aber ist »Macht« in dem Sinne ein »spezifisch menschliches Verhältnis«, daß das Können jenes Menschen sich stets auf die Veränderung eines anderen Menschen bezieht. Denn die Menschen haben auch »Macht« über bewußtseinsfreie Dinge — die »Natur« — und über jene außermenschlichen Bewußtseinswesen, die uns bekannt sind — die Tiere. Ein spezifisch zwischen menschliches Verhältnis ist lediglich eine besondere Art der Macht, nämlich die »gesellschaftliche Macht«, jene Konstellation von Weltmomenten, innerhalb welchen ein Mensch durch Ausdruck seines Seelenlebens eine fremdseelische Veränderung zu bewirken vermag. Indes ist auch die gesellschaftliche Macht lediglich eine Voraussetzung der Gesellschaft, ein »Gesellschaft-bedingender« Tatbestand, nicht ein gesellschaftlicher Tatbestand, da ja auch die gesellschaftliche Macht erst von Menschen erkannt und zur Grundlage ihres Handelns gemacht sein muß, damit »Gesellschaft« entstehe.

Das Wort »Gewalt« ferner wird in sechs Bedeutungen gebraucht, welche stets durcheinandergemengt werden, da sie sich in verschiedener Weise auf den gleichen Tatbestand beziehen, nämlich jene menschliche Tätigkeit, welche mit dem Sinne verbunden ist, einen fremden menschlichen Körper zu vernichten oder ohne Rücksicht auf die mit jenem Körper verbundene Seele zu verändern. Das Wort »Gewalt« bezeichnet aber im vorwissen-

⁴⁾ Vgl. meine oben zitierte Abhandlung »Das Wesen der „Völkerrecht“ genannten gesellschaftlichen Gebilde«.

schaftlichen und leider auch wissenschaftlichen Sprachgebrauche a) »Gewalt« als Gewaltmachtlage, als besondere Art der Macht, nämlich jene, gegen einen Menschen Gewalt auszuüben, b) »Gewalt« als gesellschaftliche Gewaltmachtlage, als andere besondere Art der Macht, nämlich jene, durch Androhung von Gewalt, eine fremde Seele zu verändern, c) »Gewalt« als aktuelle Androhung von Gewalt, also als gesellschaftlicher Akt, und zwar als Befehl, d) »Gewalt« als gesellschaftliches Gewaltgebilde, bestehend aus einer Gewaltandrohung (Befehl) und aus Botmäßigkeit wegen Gewaltandrohung (Gehorsam), e) »Gewalt« als aktuelle Ausübung vergeblich angedrohter Gewalt, f) »Gewalt« als aktuelle Ausübung nicht angedrohter Gewalt. Um aber die Verwechslungen zwischen diesen sechs verschiedenen Tatbeständen zu vermeiden, empfiehlt es sich, das Wort »Gewalt« lediglich auf die Gewalttätigkeit, die Ausübung von Gewalt, unsere Fälle e) und f) zu beschränken. Hingegen sind die Fälle a) und b) als besondere Fälle der »Macht«, als »Gewaltmachtlage« und als »Gewaltandrohungslage«, von denen nur die letztere eine gesellschaftliche Machtlage ist, zu bezeichnen, während der Fall c) als Gewaltandrohung (»Befehl«), der Fall d) als Gewaltgebilde zu bezeichnen ist. Nach Aufhellung der Aequivokationen des Wortes »Gewalt« ist es nun klar, daß »Gewalt« im eigentlichen Sinne des Wortes von »Macht« verschieden ist, weil »Macht« eine Konstellation, eine Lage von Weltmomenten, hingegen »Gewalt« eine menschliche Tätigkeit innerhalb einer besonderen Machtlage bedeutet. Nicht aber kommen für die Unterscheidung von »Gewalt« und »Macht« in Betracht die von Oppenheimer angeführten Momente, welche nicht nur Wertungen einführen, sondern auch die verschiedenen Bedeutungen des Wortes »Gewalt« — Gewalt als Verfahren einerseits — Furcht vor Gewalt andererseits — in Vermengung enthalten. Wenn insbesondere Oppenheimer das »Wir-Bewußtsein«, das »Verhältnis der Gleichheit und Anerkennung« als Kriterium heranzieht, bezeichnet er in höchst unklarer und durch Wertungen getrübler Weise den Sachverhalt, daß Gewaltausübung kein gesellschaftliches Verhältnis ist, weil es dem Gewaltausübenden nicht auf die Veränderung der fremden Seele ankommt, daß also auch die Gewaltmachtlage keine gesellschaftliche Machtlage ist, wenn ferner

Oppenheimer die Objektivierung der Gewalt in Recht und Sitte als Kriterium gegenüber der Macht anführt, verwechselt er die Gewalt als Ausübung von Gewalt, als Gewalttätigkeit, mit der Androhung der Gewalt in Recht und Sitte, oder die Ausübung vergeblich rechtlich oder sittlich angedrohter Gewalt mit der Ausübung nicht angedrohter Gewalt, und wenn schließlich Oppenheimer sagt, daß Gewalt eine der wichtigsten Gesellschaft-bildenden, aber keine gesellschaftliche Beziehung sei, so vermengt er offenbar wieder die Gewaltmachtlage oder die Gewaltandrohungslage, also besondere Arten der »Macht«, mit »Gewalt« im eigentlichen Sinne, nämlich mit dem gewalttätigen Verfahren und mit dem gesellschaftlichen Akte der Gewaltandrohung.

Die gleichen Aequivokationen ergeben sich im Gebrauche des Wortes »Zwang«, da »Zwang« die Gattung zu der Art »Gewalt« ist, während deren andere Art durch das Wort »Konventionalzwang« bezeichnet wird, welches Wort ebenfalls in sechsfacher Aequivokation gebraucht wird. Infolgedessen ist es wieder eine unklare Wendung, wenn Oppenheimer sagt, daß nicht die »Gewalt«, sondern die »Furcht vor Gewalt« das eigentliche Zwangsmittel sei, da ja in Wahrheit die »Furcht vor Gewalt« nur das Mittel dafür ist, daß Zwangsandrohungen wirksam sind, nicht aber das Mittel des eigentlichen Zwanges, der Zwangsausübung. Wenn schließlich Oppenheimer die »Dauerbeziehung« als Kriterium zwischen »purer Gewalt« und »Herrschaft« einführt, ist nicht nur nicht einzusehen, wie sich dieses Kriterium mit den anderen Kriterien vereinbaren soll, sondern jenes Kriterium ist auch vollkommen nichtig, da ja auch das »pure Gewaltverhältnis« zwischen dem Tischler und seiner Hobelbank eine Dauerbeziehung sein kann und sogar gewöhnlich ist.

Bei Berücksichtigung der von Oppenheimer gegebenen Bestimmungen wird man an seine Darlegungen über die Tatsache der »Herrschaft« wohl mit nur geringen Erwartungen herantreten können. Behufs klarer Erörterung des Begriffes »Herrschaft« ist zunächst daran zu erinnern, daß das Wort »Herrschaft« gleichbedeutend mit dem Worte »Zwang« in sechsfacher Bedeutung gebraucht wird, nämlich a) »Herrschaft« als Macht, gegen Menschen Zwang auszuüben, b) »Herrschaft« als Macht, durch Zwangsandrohungen fremde Seelen zu verändern, c) »Herr-

schaft« als aktuelle Zwangsandrohung, d) »Herrschaft« als Herrschaftsgebilde, bestehend aus Androhung und Botmäßigkeit, e) »Herrschaft« als Ausübung angedrohten Zwanges, f) »Herrschaft« als Ausübung nicht angedrohten Zwanges. Wenn man ferner bedenkt, daß zwischen »Gewaltzwang« und »Konventionalzwang« meist keine oder keine klare Sonderung vollzogen wird, so kann man sagen, daß das Wort »Herrschaft« in z w ö l f f a c h e r Weise äquivok ist.

Ein »System der Soziologie« hätte also als wichtigste Aufgabe, diese Äquivokationen festzustellen und durch Schaffung einer klar sondernden Terminologie für die Gesellschaftslehre unschädlich zu machen. Oppenheimer indes läßt sich bei seiner Untersuchung des Tatbestandes der »Herrschaft« von einem durchaus anderen Interesse leiten, nämlich jenem, zu beweisen, daß es im Paradies der Vorgeschichte keine Herrschaft gegeben habe, daß »Herrschaft« böse sei und es deshalb auch in Zukunft Herrschaft weder geben solle noch werde. Er sagt: »Das ist aber nur möglich, weil sich durch die Unterwerfung von Mensch durch Mensch eine ganz neue Art der Gesellschaft gebildet hat: die K l a s s e n g e s e l l s c h a f t. Zum ersten Male tritt das große Phänomen der Herrschaft in die Geschichte ein. Und fortan ist die Geschichte der Kampf zwischen ihr und der Genossenschaft oder, anders ausgedrückt, zwischen dem Wir- und dem Ich-Bewußtsein« (I S. 366). »Wir sagten soeben, die Geschichte sei von der Entstehung der „politischen Gesellschaft“ oder des „Staates“ im soziologischen Sinne an der Kampf zwischen der Genossenschaft und der Herrschaft. . . . Wenn man diesen, alle eigentliche Geschichte beherrschenden Gegensatz — denn, wir sagten es schon, alle eigentliche Geschichte ist Staatengeschichte, was vor der Wanderung und Eroberung und der durch sie begründeten „politischen Gesellschaft“ liegt, ist „Vorgeschichte“ —, wenn man diesem ungeheuren Gegensatz gerecht werden will, so muß man die Herrschaft erkennen als die Schöpfung des K a m p f e s, des „Nicht-Wir-Verhältnisses“« (I S. 367). » . . . gibt es in den Anfängen der Gesellschaft überhaupt keine Herrschaft, auch keine militärische« (I S. 502). Ob alle diese Behauptungen richtig sind, ob es herrschaftslose Gesellschaften gegeben hat und ob Herrschaft wirklich nur aus Kampf entstehen könne, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls aber ist nicht einzusehen, wie sich aus einer behaupteten E n t s t e h u n g der »Herrschaft«

ein Schluß auf ihren Wesensbestand ergeben soll. Oppenheimer unterscheidet zunächst die »Führerschaft« von der »Herrschaft«. »Um Herrschaft in ihrem geschichtlichen Begriff und in ihrer ganzen, unermesslichen geschichtlichen Bedeutung zu erfassen, muß man sie aufs klarste von einem anderen Begriff unterscheiden, mit dem sie fortwährend zusammengeworfen wird: von dem der F ü h r e r s c h a f t. Herrschaft ist oft, nicht immer, mit Führerschaft verknüpft: aber Führerschaft kann auch ohne Herrschaft bestehen. Sie ist ein neutraler Begriff, sie kann sich ebensogut mit Genossenschaft wie mit Herrschaft verbinden. . . . Was Weber . . . bestimmt hat, ist nicht Herrschaft, sondern Führerschaft, sie besteht in der Tat, in der „Chance“, für einen Befehl . . . bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden. Die erwählten Leiter echter „Gemeinschaften“ im Sinne von Tönnies: der Sachem oder der Chef eines Indianerstammes, der Hetmann der freien Kosaken, der Aelteste eines Dorfes, auch der Hausvater und der Schullehrer haben die Chance, für Befehle bestimmten Inhaltes bei einem angebbaren Personenkreis Gehorsam zu finden, aber sie herrschen nicht, sie führen! . . . Bekanntlich ist das Kriterium eines zu voller wissenschaftlicher Klarheit gediehenen Begriffes, daß man sich des dazugehörigen Gegensatzes bewußt sei: Nun, der Gegensatz von Führerschaft ist: Gefolgschaft, und von Herrschaft: Untertanschaft oder Dienerschaft. So wenig diese ihre Gegensätze, so wenig sind die Begriffe selbst identisch. Was ist also der Gegensatz, den wir suchen?« (I S. 369). Bevor wir nun zusehen, wie Oppenheimers Antithese zu voller wissenschaftlicher Klarheit gedeiht, sei bemerkt, daß Oppenheimers »Suche« nach einer Unterscheidung zwischen »Führerschaft« und »Herrschaft« durchaus nicht auf einem Zufalle beruht. Denn da auch in der »Vorgeschichte« zweifellos gesellschaftliche Beziehungen, die man gewöhnlich »Herrschaft« nennt, vorhanden und von der größten Bedeutung waren, muß Oppenheimer, um seine ganze utopische Einstellung gegenüber der Tatsache »Herrschaft« behaupten zu können, den Beweis führen, daß jene vorgeschichtlichen gesellschaftlichen Beziehungen gar nicht »Herrschaft«, sondern etwas ganz anderes, nämlich »Führerschaft« waren. Offenbar aber sind für Oppenheimer freigewählte Häuptlinge nur deshalb nicht »Herren«, sondern »Führer«, weil ihre Chance, für Befehle Gehorsam zu finden, nicht im Wege des Kampfes, sondern

im Wege wählenden Einverständnisses der Gefolgschaft entstanden ist. Man sieht sogleich, wo Oppenheimer hinaus will: In der wahren Gleichheit und Brüderlichkeit, in der wahren Demokratie, wo alles mit Einverständnis aller vor sich geht, gibt es keine »Herrschaft«! Indes, man muß zunächst fragen: Ist der freigewählte Häuptling »Führer« jener Mehrheit von Genossen, die ihn gewählt haben, aber »Herr« jener Minderheit von Genossen, die bei der Wahl gegen ihn gestimmt haben, und jener Angehörigen der Genossenschaft, die nicht wahlberechtigt sind, wie der Frauen und Kinder? Man könnte allerdings sagen, daß jene Genossen, welche gegen den erwählten Häuptling gestimmt haben, doch ihr wenigstens mittelbares Einverständnis gegeben haben, indem sie damit einverstanden sind, daß der von der Mehrheit gewählte Häuptling sie »führe«. Aber wer will den Beweis führen, daß nicht in zahlreichen Fällen die Furcht vor dem Zwange der Mehrheit, keineswegs aber Einverständnis den Ausschlag gibt? Ueberdies aber ergibt sich die Frage, ob Momente der Entstehung eines Gegenstandes Momenten seines Wesensbestandes gleichzusetzen sind? Die Frage ist, soweit es sich um körperliche Gegenstände handelt, ohne weiteres zu verneinen. Denn für die Beschreibung dieses Tisches ist es ganz gleichgültig, ob er in Handarbeit oder in maschineller Arbeit entstanden ist, wir brauchen, um den Tisch in seinem Bestande vollkommen beschreiben zu können, rein gar nichts von seiner Entstehung zu wissen. Insoweit aber unsere Frage Seelisches betrifft, scheint es vielleicht, als ob die Antwort anders lauten könnte. Denn man könnte sagen, daß die Entstehung der »Führerschaft« durch freie Wahl, durch Einverständnis, doch für ihr Wesen von Bedeutung sei, da die Akte der Führerschaft als wesentliches Merkmal die Meinung enthalten, daß sie durch Einverständnis entstanden sei. Wenn wir jedoch näher zusehen, ergibt sich sogleich, daß dann nur die in den Führerakten (und in den Gefolgsakten) enthaltene Meinung von einer bestimmten Entstehung, nicht aber die wirkliche Entstehung selbst von Bedeutung ist, da ja z. B. die Meinung vorhanden sein kann, ein politisches Gesellschaftsgebilde sei durch einen Unterwerfungsvertrag entstanden, also nur »Genossenschaft«, während es in Wirklichkeit durch Kampf zur Entstehung gelangte. Die Momente der wirklichen Entstehung seelischer Akte sind also ebenfalls für das Wesen dieser Akte ohne Bedeutung. Selbst

wenn wir aber, wenn auch im Widerspruche zur vollen Wahrheit, annehmen wollten, daß die wirkliche Entstehung eines psychischen Aktes stets mit der Meinung dieses Aktes über seine Entstehung übereinstimmt, wäre doch keine Stütze für Oppenheimers Ansicht gefunden. Denn die Meinung eines gesellschaftlichen Aktes über seine Entstehung ist ja überhaupt keine selbständige Meinung und an sich auch keine gesellschaftliche Meinung, kann also als Mitmeinung niemals an sich, sondern immer als Moment jenes Aktes, dessen Mitmeinung sie ist, des Befehles (oder der Forderung), Gegenstand der Gesellschaftslehre sein. Somit ergibt sich, daß Gegenstand der Gesellschaftslehre immer der Befehl (oder die Forderung) ist, während die Mitmeinungen über die Entstehung des Herrschaftsaktes nach ihrer Verschiedenheit besondere Arten der Gattung »Herrschaftsakt« determinieren. Was Oppenheimer »Führerschaft« nennt, ist also keineswegs ein Gegensatz zur »Herrschaft«, sondern eine Art der Herrschaft, da ja sowohl »Führerschaft« im Sinne Oppenheimers als auch »Herrschaft« im Sinne Oppenheimers den gleichen gesellschaftlichen Akt — Befehl oder Forderung — umfassen.

Für Oppenheimer ist übrigens die »Entstehung durch Wahl« nur ein Indiz für jenen Sachverhalt, der nach ihm eigentlich »Herrschaft« von »Führerschaft« scheidet, nämlich die »Dauer«: »Die im Begriffe der Herrschaft enthaltene Synthese der Antithese, Herren und Untertanen, kennzeichnet nach dem Sprachgebrauch eine Dauerbeziehung. Das, vor allem, hat Max Weber verkannt. Der Hausvater führt, herrscht aber nicht, weil er seine Kinder zur Selbständigkeit zu erziehen sittlich verpflichtet und tatsächlich in der Regel willens und gezwungen ist; der Schullehrer führt, herrscht aber nicht, weil seine Schüler ihm entwachsen. Der Beduinenhäuptling, welcher Kontributionen von Karawanen, Personen und Gütern erhebt — herrscht nicht über alle jene wechselnden und unbestimmten Personen, eben weil sie wechseln und unbestimmt sind. Man kann wohl sagen, daß diese Personen in seinen »Herrschaftsbereich« gelangen, daß sie daher gezwungen sind, seinen Befehlen Gehorsam zu leisten; aber damit wird er noch lange nicht ihr »Herrscher«. Sonst wäre jeder Straßenräuber der Herrscher seiner Opfer, und zwischen Gewalt und Herrschaft wäre kein

Unterschied. . . . Es muß also ein auf die Dauer »gemeintes« Verhältnis der Befehlsgewalt und des Gehorsams sein, das als Herrschaft bezeichnet werden darf« (I S. 373). Hier kommt es also nicht auf die Entstehung der Befehlsgewalt durch freie Wahl, sondern auf die Meinung des Ephemereren an, damit keine Herrschaft vorliege. Indes ordnet sich das erstere Kriterium nur scheinbar dem letzteren Kriterium als besonderer Fall unter. Denn offenbar kann durch freie Wahl auch ein auf Dauer gemeintes Befehlsverhältnis, und andererseits kann durch Kampf auch ein nicht auf die Dauer gemeintes Befehlsverhältnis begründet werden. Das Moment der »freien Wahl« ist also jedenfalls auszuschließen, da es nur eine demokratische Wertung darstellt. Ferner bildet ja die Befehlsgewalt des Beduinenhäuptlings gegenüber Karawanen gewiß nicht den Gegensatz der »Führerschaft« zur Herrschaft, vielmehr, wie Oppenheimer meint, den Gegensatz der »Gewalt«, wobei aber sowohl im Hinblick auf den Beduinenhäuptling als auch auf den Straßenräuber »Gewalt« als gewalttätiges Handeln und »Gewalt« als aktuelle Gewaltandrohungen (Befehle) ungeschieden behandelt werden. Und schließlich, die Meinung welcher Dauer soll »Herrschaft« charakterisieren? Im Sinne Oppenheimers würde der Hausvater »führen«, wenn und solange er sein Kind zur Selbständigkeit erzieht, er würde hingegen »herrschen«, wenn, wegen dauernden Schwachsinn eines seiner Kinder, die Befehlsgewalt über dieses Kind »auf die Dauer« gemeint wäre. Oder es würde im Sinne Oppenheimers der Beduinenhäuptling dann zum »Herrscher« der Karawane werden, wenn er wüßte, daß die gleiche Karawane regelmäßig vorüberzieht, also regelmäßig beraubt werden kann. Wenn Oppenheimer dies leugnet, müßte er sagen, wie diese Befehlsgewalt, die dann weder »Herrschaft« noch »Führerschaft« wäre, zu charakterisieren ist? Schon aus diesen exemplarischen Erwägungen, denen zahlreiche ähnliche Erwägungen angeschlossen werden könnten, ergibt sich, daß Oppenheimers Kriterium der »Dauer«, wenn es nicht bloß als Kriterium einer Art der »Herrschaft« gemeint ist, in willkürlicher Weise wesensgleiche gesellschaftliche Tatbestände — Befehlsgebilde — auseinanderreißt. Schließlich stellt sich aber heraus, daß das an sich wenig scharfe Kriterium der »Dauermeinung« gar nicht auf das Verhältnis sterblicher Menschen, sondern auf das Verhältnis (relativ) unsterblicher »Klassen« ab-

gestellt ist. »Herrschaft« soll heißen eine Beziehung sozialer Klassen, d. h. eine auf die Dauer gemeinte Beziehung zwischen Rechtsungleichen, einer Herrenklasse oben und einer Unterklasse unten. Sie ist eine »legitime Ordnung«, die »Geltung« besitzt. Diese Ordnung ist im positiven Recht und der Verfassung gesetzt und durch die Machtmittel der Herrenklasse (weltliche und sehr mächtige geistliche) »garantiert«. Diese Ordnung enthält außer den notwendigen Sicherungen: Heer, Polizei, Strafjustiz usw. folgendes: 1. Die Herrenklasse ist gegen die Untertanenklasse, also nach außen »geschlossen«, insofern sie die »Zulassung ausschließt oder beschränkt oder an Bedingungen knüpft«. ... Mit anderen Worten: Zum Begriffe der Herrschaft gehört nicht nur die Rechtsungleichheit, sondern auch die wirtschaftliche Ausbeutung auf Grund der »monopolisierten« Eigentumsrechte.... 2. Aber das Verhältnis ist auf die Dauer berechnet und dauert in Wirklichkeit. Als Dauerverhältnis muß es die Rechte der Herren soweit begrenzen, wie es mit der Existenzmöglichkeit der Untertanen vereinbar ist, d. h. ihnen Pflichten der Enthaltung (Rechtsschutz) und weiter die Verteidigung der ganzen Gesellschaft (Grenzschutz) auferlegen, die, wie alle Pflichten, zu Rechten derjenigen werden, deren Interessen geschützt werden sollen, hier also der Untertanenklasse. Auch diese Rechte und Pflichten werden Bestandteile der »Ordnung«, d. h. des positiven Rechtes samt der Verfassung...« (I S. 374 ff.). Nunmehr also wird »Herrschaft« einer bestimmten Art der Herrschaft, nämlich der Staatsherrschaft, und zwar wieder einer besonderen Art der Staatsherrschaft, nämlich der Rechtsstaatherrschaft gleichgesetzt. Oppenheimer bekämpft durchgängig die Vermengung »juristischer« und »soziologischer« Betrachtungsweise, aber nur, um in einer ganz grundlegenden Beziehung selbst diese Vermengung vorzunehmen! Der »Staat« ist nach Oppenheimer eine »Rahmengruppe« (II S. 18), und »zum Bestand einer Rahmengruppe gehört der Bestand im Geschlechterwechsel« (II S. 20), also ist das Kriterium der »Herrschaft«, die Dauermeinung, nichts anderes als die Meinung ihres Bestandes im Geschlechterwechsel. Ganz abgesehen nun von der Frage, ob diese Dauermeinung in Wahrheit ein Wesensmerkmal des »Staa-tes« ist, ob also z. B. nicht eine lediglich auf die Lebenszeit der Teilnehmer berechnete politische Organisation auch als »Staat«

zu bezeichnen wäre, erhebt sich vor allem die Frage, was denn »Bestand« der Herrschaft in der Geschlechterfolge bedeuten soll? Offenbar doch nichts anderes, als daß andere Geschlechter als Herren und Untertanen in irgendwie gleichen Herrschaftsbeziehungen stehen werden, wie die jetzt im Lichte der Sonne wandelnden Geschlechter. »Gleichheit« von Herrschaftsbeziehungen in der Geschlechterfolge ist aber nicht »Bestand der Herrschaft«, d. h. Identität der Herrschaft, sondern ist lediglich »Bestand«, »Identität« gewisser allgemeiner Merkmale einer besonderen Herrschaft. Diese Gleichheit der künftigen mit den gegenwärtigen Herrschaftsbeziehungen kann aber nur deshalb »gemeint« sein, weil die künftigen Herrschaftsbeziehungen mit den gegenwärtigen Herrschaftsbeziehungen vorgreifend verglichen werden, und dies ist wieder nur möglich, weil eben die Meinung besteht, daß die gegenwärtigen, zum Vergleiche herangezogenen Beziehungen »an sich«, d. h. ohne den Vorblick auf die künftigen Beziehungen, d. h. ohne Dauermeinung »Herrschaft« sind! Diese Erwägung aber, aus welcher sich ergibt, daß vom Standpunkte der Menschen keine Herrschaft wirklich auf Dauer, weil jede nur höchstens auf »Lebenszeit« berechnet ist, mußte Oppenheimer entgehen, weil er auf dem Standpunkte der gesellschaftswissenschaftlichen Subjekttheorie steht, als Subjekte der Herrschaft unsterbliche Klassen annimmt und derart die in einigen Merkmalen gleichen Herrschaftsbeziehungen in eine identische Herrschaft umwandelt! Doch was soll überhaupt die übliche Redensart, daß »eine Klasse herrscht«, bedeuten? Doch wohl nur, daß gewisse Menschen über gewisse andere Menschen herrschen, wobei ihre Herrschaftsakte etwa die folgenden Mitmeinungen enthalten: a) daß er, der Herrschende, hinsichtlich seiner Herrschaftsakte, mit gewissen anderen Menschen, jenen seiner Klasse, im Einverständnis sei, b) daß jene anderen Menschen sich innerhalb ähnlicher Herrschaftslagen befinden, hinsichtlich deren Ausübung sie mit ihm selbst im Einverständnisse stehen, c) daß die Nachkommen der Angehörigen jener Klasse, sich in ähnlichen Herrschaftslagen befinden werden, wie ihre jetzt lebenden Vorfahren, und daß diese

Nachkommen ebenfalls im Einverständnisse diese ähnlichen Herrschaftslagen ausüben werden.

Warum aber Oppenheimer diese Mitmeinungen gewisser Herrschaftsakte als Wesen der Herrschaftsakte bezeichnet, ist nur aus seiner »persönlichen Gleichung« verständlich, die seine Begriffsbildung determiniert. Das gleiche gilt vom Kriterium der »wirtschaftlichen Ausbeutung«. Hier wird — vorausgesetzt, daß »wirtschaftliche Ausbeutung« nicht ein bloßes Schlagwort ist — ein Zweck, welcher gewissen Herrschaftsakten vorschweben kann — nicht allen, da Oppenheimer selbst häufig betont, daß »gutgläubig« »ausgebeutet« werde! — zum notwendigen Motiv aller Herrschaftsakte umgestempelt, also auf Grund der »persönlichen Gleichung« ein doppelter Fehler begangen.

Mit der Erörterung von Oppenheimers Begriff der »Herrschaft« ist im wesentlichen auch sein Begriff des »Staates« erörtert, da ja nach Oppenheimer eigentlich »Herrschaft« und »Staat« identische Tatbestände sind. Oppenheimer will den »soziologischen Begriff des Staates« entwickeln. Dies scheint ja, da »Staat« eine Art der Gesellschaft ist, überhaupt und jedenfalls aber im Rahmen einer Gesellschaftslehre ganz selbstverständlich zu sein. Indes besteht diese Selbstverständlichkeit nicht für Oppenheimer, da er einen Gegensatz von »Staat« und »Gesellschaft« behauptet. Er wirft Aristoteles vor, daß »er ebenso wenig wie seine ganze Zeit zwischen Staat und Gesellschaft oder Gemeinschaft zu unterscheiden weiß« (II S. 87), er spricht vom »klaffenden Gegensatze von Staat und Gesellschaft« (II S. 90), von »Leuten, die nicht zwischen Staat und Gesellschaft zu unterscheiden wußten« (II S. 95), er sagt, »daß es neben dem Staate noch etwas anderes geben müsse, und das kann ja nichts anderes sein als die Gesellschaft« (II S. 106), daß »die bürgerliche Romantik Staat und Gesellschaft gleichsetzt« und »die Ansätze zu einer reinlichen Scheidung der beiden Begriffe, die schon das Mittelalter und später das Naturrecht geschaffen hatten, verschüttet werden« (II S. 113), daß die »sozialistische Romantik im Gegensatze zur bürgerlichen Romantik Staat und Gesellschaft unterscheidet« (II S. 115), daß Rousseau »Unterscheidung zwischen dem allgemeinen und dem partikulären Willen« den »Inbegriff des Staates dem Inbegriff der Gesellschaft entgegensetze« (II S. 141),

daß der Staat »kein Produkt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sei« (II S. 145), daß die Romantik die Gemeinschaft als »Staat« »mißverstehe« (II S. 148), daß die »verstaatlichten Gruppen die Gemeinschaften im Sinne von Tönnies sind« (II S. 193). Während also Oppenheimer einen soziologischen, somit gesellschaftswissenschaftlichen Staatsbegriff sucht, während er im allgemeinen »das politische Mittel«, die »Herrschaft« als gesellschaftliche Tatbestände betrachtet, ergibt sich nun plötzlich ein Gegensatz von »Staat« und »Gesellschaft«. Offenbar aber befinden wir uns hier im Bereiche verwirrender Aequivokationen, da Oppenheimer bei Untersuchung des Verhältnisses von »Staat« und »Gesellschaft« das Wort »Gesellschaft« im Sinne einer besonderen Art von »Gesellschaft«, nämlich im Sinne von »Gemeinschaft«, »Genossenschaft« gebraucht, nicht aber in jenem weiteren allgemeinen Sinne, welcher seinen sonstigen Gebrauch des Wortes »Gesellschaft« bestimmt. Wie aber könnte Oppenheimer seine Wissenschaft »Gesellschaftslehre« nennen, wenn er durchgängig nur die »Gemeinschaft« als »Gesellschaft« betrachten würde, und wie könnte der »Staat« ein Hauptgegenstand jener Lehre sein, wenn er keine gesellschaftliche Tatsache wäre? Oppenheimer ist sich übrigens der Mehrdeutigkeit der Antithese von »Staat« und »Gesellschaft«⁵⁾ bewußt, da er sagt: »Es sind drei verschiedene Aussagen über das Verhältnis der beiden Begriffe möglich, die sorgfältig geschieden sein wollen: zwei »theoretische« und eine »praktische«. Von den theoretischen wollen wir die erste die »klassifikatorische« nennen. Man kann den Staat als eine bestimmte Form der Gesellschaft auffassen, als Unterbegriff, der der Gesellschaft als seinem Oberbegriff untergeordnet ist. Wenn wir z. B. die Reihe der »Rahmengruppen« aufstellen, so erhalten wir die Unterarten, die zugleich als der geschichtliche Stammbaum erscheinen: Herde, Herdenverband, Stamm, Stammesverband, Staat ... die Konstatierung dieses Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft ist noch nicht Wissenschaft, sondern nur Vorstufe zu einer solchen; ist eigentlich nur eine Terminologie, bestenfalls Beginn einer Deskription« (II S. 115). Aber hat Oppenheimer nicht stets von der »theoretischen«

⁵⁾ Vgl. mein »Staat und Recht. Prolegomena zu einer Theorie der Rechts- erfahrung«, Wien 1922, S. 521 ff.

Aufgabe der Soziologie gesprochen, eine »Wesenslehre« von der Gesellschaft in Aussicht gestellt? Die wahre, von der »persönlichen Gleichung« unabhängige Wesenslehre vom Staate hätte aber zu der Einsicht geführt, daß man den Staat nicht bloß als eine bestimmte Form der Gesellschaft »auffassen kann«, sondern daß der Staat eine bestimmte Form der Gesellschaft ist und bleibt, gleichgültig, wie wir unsere Auffassung gestalten wollen und können.

Oppenheimer fährt fort: »Wirklich wissenschaftlich ist erst die zweite, theoretische Unterscheidung, die wir die »methodologische« nennen wollen. Wenn wir den Staat als Erfahrungsbegriff betrachten und nach seinen verschiedenen Kennzeichen verschiedene Erkenntnisobjekte daraus bilden, so erhalten wir ... den juristischen und den soziologischen Staatsbegriff, indem wir einmal die Rechtsform, und das andere Mal den geschichtlichen Inhalt des Staates herausheben und zum System ordnen« (II S. 117). Dieser Unterscheidung liegt — in gleicher Weise wie der ersten Unterscheidung! — die Annahme zugrunde, daß das Wesen des Staates von unserer »Auffassung« abhängt, daß also methodologische Unterscheidungen über das Sein, das »An-Sich« eines Gegenstandes entscheiden können. Bevor wir aber auf diese Unterscheidung des näheren eingehen, wollen wir zunächst Oppenheimers dritte Unterscheidung betrachten. »Mit dieser Wendung ins Historische ist nun notwendig der Uebergang zu der dritten, der praktischen Reihe von Aussagen verknüpft, die über den Staat gemacht werden können. Denn sobald er nicht mehr als juristisches System, sondern als geschichtliche Tatsache beobachtet wird, entsteht notwendig die Frage, ob dieser und in diesem Momente gegebene Staat, dieses government, und weitergreifend die allgemeinere Frage, ob »der« Staat überhaupt das ist, was er sein sollte. Er wird an irgend einem Ideal gemessen. Nur von dieser Unterscheidung zwischen dem Staate, wie er ist, und dem Staate, wie er sein sollte, kann in einer soziologischen Untersuchung des Staates die Rede sein. Die klassifikatorische Unterscheidung gehört in einen kurzen Satz der Grundlegung der »Allgemeinen Soziologie« und die methodologische Unterscheidung in die Begriffsbestimmung der Soziologie des Staates, wo wir sie denn auch vorgenommen haben« (I S. 119). Die »soziologische« Untersuchung ist also eine »praktische«, ihren Gegen-

stand an einem Ideal messende Untersuchung?! So lesen wir doch an der vorangeführten Stelle des im Jahre 1925 erschienenen zweiten Bandes des »Systems der Soziologie«, betitelt »Der Staat«. Auf Seite 2 dieses Bandes lesen wir aber: »Da wir unserer Definition zufolge die »theoretische« Wissenschaft von dem Staate zu treiben haben, fallen sowohl die »historischen« wie auch die »praktischen« Aussagen über unseren Stoff außerhalb unseres Gebietes.« Warum sollen also gerade hinsichtlich des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft die »praktischen« Aussagen die »soziologischen« Aussagen sein? Um so berechtigter ist diese Frage, als wir im ersten Bande des Systems der »Soziologie«, erschienen im Jahre 1922, lesen, daß die Soziologie die theoretische Aufgabe habe, die »Gesetze der geschichtlichen Handlung zu finden« (I S. 158), daß Soziologie »eine Wesenslehre von der Gesellschaft sei« (S. 158). Damals lasen wir ferner: »Was nun die Aufgabe anlangt, so ist die Soziologie durch nichts gezwungen, sich Probleme von solcher Größe zu stellen, wie Comte und seine Schule das getan haben. Sie grenzt zunächst einmal die ganze »praktische« Aufgabe aus sich aus, die sie der Sozialphilosophie überläßt, und ebenso die »historische«, das Individuale und Singuläre, und behält sich nichts als die »theoretische« Aufgabe vor. Sie hat also in ihrem eigenen Betriebe mit der Welt der Werte und dem Sinn der Geschichte nichts zu tun« (I S. 154). Ist etwa Oppenheimer inzwischen zu größerer Klarheit über die Bedeutung seiner eigenen »persönlichen Gleichung« gelangt?

Nunmehr wenden wir uns aber Oppenheimers Bestimmung des soziologischen Staatsbegriffes zu. Allerdings nimmt es Wunder, daß Oppenheimer, der die Auffassung des Staates als Gesellschaft als vorwissenschaftliche Aufgabe bezeichnet und von seinem »praktischen« Gesichtspunkte aus »Staat« und »Gesellschaft« scheidet, gerade einen »soziologischen«, d. h. doch wohl gesellschaftswissenschaftlichen Staatsbegriff finden will. Der »soziologische« Staatsbegriff wird vor allem dem »juristischen« Staatsbegriffe entgegengesetzt: »Somit scheiden wir auch diese Lehre vom sozusagen »überhistorischen« Staat aus unserem Arbeitsgebiet aus. Das entspricht der allgemeinen Stellung, die wir in der Grundlegung der allgemeinen Soziologie eingenommen haben: Die Soziologie, als eine rein rationalistische, rein kausal erklärende Seinswissenschaft von

der Sozialphilosophie als einer an Werten orientierten Sollwissenschaft scharf zu trennen. Was jetzt von dem gewaltigen Stoff der »gesellschaftlich-geschichtlichen Wirklichkeit« der Staaten noch übrig bleibt, ist das gemeinsame Erfahrungsobjekt zweier theoretischer Wissenschaften, die sich, durch Auswahl der sie je interessierenden Kennzeichen, je ihr besonderes Erkenntnisobjekt bilden. Die erste ist die der Jurisprudenz angehörige *S t a a t s r e c h t s l e h r e*, insofern sie nicht Normwissenschaft, sondern eben theoretische Wissenschaft ist, also dasjenige, was Jellinek als »Allgemeines Staatsrecht« bezeichnet. Sie interessiert sich ausschließlich für die rechtliche *F o r m* des Staates. Da diese Disziplin zwar von dem historischen Staate ausgeht, aber nur, um alles im eigentlichen Sinne Historische, Geschehene abzustreifen, und lediglich das Zeitlose, nämlich die Rechtsform, zum Objekt ihrer Untersuchungen zu machen, könnte man sie als die Lehre von dem »n i c h t - h i s t o r i s c h e n« Staat bezeichnen. Was nun noch übrig bleibt, »die Erfassung des realen Wesens des Staates«, ist der Gegenstand der *s o z i o l o g i s c h e n S t a a t s l e h r e*, ist der »historische« Staat, betrachtet gerade in bezug auf das, was an ihm geschichtlich ist: seine Entstehung, sein Wachstum, die Stufen seiner Entwicklung, und soweit Wissenschaft Voraussagen wagen darf, seine Zukunft« (II S. 511). »... eine in der Tat überaus naive Vorstellung ... die klarer als alles andere zeigt, wie hilflos die rein juristische Staatslehre allen Erscheinungen gegenübersteht, die die *E n t s t e h u n g* des Rechtes und der Rechte betreffen (II S. 65). »... interessiert uns am meisten die Ableitung des Staates aus der *E r o b e r u n g*, die »soziologische Staatsidee« ...« (II S. 82). »Während die beiden Staatstheorien des heutigen Bürgertums und des Marxismus darin übereinstimmen, daß die Staaten durch rein innere Kräfte auf friedliche Weise entstanden sind, vertritt die, wesentlich aus dem Positivismus, der Synthese von Aufklärung und Romantik, stammende soziologische Auffassung die Behauptung, daß der Staat immer nur aus außerökonomischer Gewalt und b e i n a h e immer aus äußerer Gewalt entstanden ist ...« (II S. 170). »... sie (die soziologische Staatsidee) behauptet nur, daß »der« Staat immer durch Unterwerfung einer Gruppe unter eine andere entsteht. ... die soziologische Staatsidee unterscheidet sich ... entschieden von der marxistischen durch den dem Vorgang beigelegten Wertakzent.

Sie hebt mit Nachdruck hervor, was der Marxismus verschleiern muß, daß es sich . . . um G e w a l t , d. h. um eine Verfahrensweise handelt, die dem Rechts- und Sittengesetze zuwiderläuft . . .« (II S. 171). »... nach unserer immer wieder ausgesprochenen festen Ueberzeugung besteht die Hauptaufgabe der Soziologie darin, diese (soziologische) Staatsidee nicht nur zu beweisen, sondern in ihren gesamten Konsequenzen auszuführen. Und d. h. nichts anderes als ihren kontradiktorischen Gegensatz, das »Gesetz der ursprünglichen Akkumulation«, die soziologische Wurzel aller Uebel, aus den Grundlagen aller, buchstäblich aller Gesellschaftswissenschaften auszurotten . . .« (II S. 175). »Die normlogische Konstruktion kann und will nicht weiter kommen als bis zu der oder den Ur- und Grundnormen, auf die jeder einzelne Rechtssatz zurückgeführt werden kann. Sie will und kann nichts anderes als von der F o r m des Rechtes sprechen. Aber nichts kann verbieten, daß andere Wissenschaften nach dem Grunde der Grundnorm fragen und sich für den I n h a l t des Rechtes interessieren. Auf Grund dieser Erwägungen sind wir berechtigt, mit K e l s e n s methodologischer Grundauffassung auch die daraus gezogenen Schlüsse abzulehnen. Es gibt in der Tat ein »Erfahrungsobjekt«, den historischen Staat, und es gibt in der Tat von ihm zwei theoretische Wissenschaften, von denen die eine, die Staatsrechtslehre, sich mit der zeitlosen Form, die andere, die soziologische Staatslehre, mit dem geschichtlichen Inhalt des Staates beschäftigt« (II. S. 313). »Wir verfolgten die Entstehung des Staates vom zweiten Stadium in seinem objektiven Wachstum als politisch-rechtliche Form und ökonomischer Inhalt« (II S. 329). Die Entgegensetzung »juristischer« und »soziologischer« Staatslehre ist ein Problem, welches in letzter Zeit viel erörtert wurde. Es kann O p p e n h e i m e r zugestimmt werden, daß es sich um ein m e t h o d o l o g i s c h e s Problem handelt in dem Sinne, daß dieses ganze Problem nur auf Grund methodologischer Erörterungen entstanden ist. Die Unterscheidung beruht, wie O p p e n h e i m e r sagt, auf dem Axiome, daß wir Erfahrungsobjekte vorfinden und daß wir uns dann durch isolierende Beleuchtung verschiedener Klassen von Merkmalen jenes Erfahrungsobjektes, also, wie man sagt, durch Anwendung verschiedener Erkenntnismethoden, verschiedene Erkenntnisobjekte aus dem einen Erfahrungsobjekte herausarbeiten, daß also in diesem Sinne die Methode ihren

Gegenstand hervorbringe. Indes tritt die Unklarheit dieser Gedanken hervor, wenn wir uns dem Wesen der Gegenstände dieser verschiedenen Methoden zuwenden. Betrachten wir irgendein Ding, z. B. diesen Tisch, der vor uns steht! Dieser Tisch ist ein Erfahrungsobjekt, wie entstehen nun aus diesem einen Erfahrungsobjekte mehrere Erkenntnisobjekte? Wir können erstens den Tisch mit einer »kausalen« Methode betrachten. Aber betrachten wir dann wirklich den Tisch? Gewiß nicht, sondern unser Gegenstand ist dann der Wirkenszusammenhang, in welchem der Tisch mit seinen wirkenden Bedingungen steht. Zwischen »kausaler« und »deskriptiver« Betrachtung besteht also jedenfalls keine Konkurrenz um ein Erfahrungsobjekt, da jede dieser beiden Methoden sich mit einem anderen Erfahrungsobjekte beschäftigt. Gibt es nun also eine Konkurrenz verschiedener deskriptiver Methoden um einen Gegenstand? Den Tisch kann ich hinsichtlich verschiedener Klassen seiner Merkmale beschreiben. Ich kann z. B. nur seine Gestaltmerkmale im Auge haben und dann sagen »dieser Tisch ist rund«, oder ich kann z. B. nur seine Größenmerkmale im Auge haben und dann sagen: »dieser Tisch ist groß«. Aber zwischen der »Gestalt«methode und zwischen der »Größen«methode besteht keine Konkurrenz um einen Gegenstand: denn die Gestaltmethode hat ihren Gegenstand, nämlich »Gestalt dieses Tisches« und die Größenmethode hat ihren Gegenstand, nämlich »Größe dieses Tisches«. Keine der beiden Methoden bezieht sich also unmittelbar auf diesen Tisch, sondern jede von beiden bezieht sich nur auf eine »Bestimmtheit des Tisches«. Die Erkenntnisobjekte, welche aus dem Erfahrungsobjekte »herausgearbeitet« werden, sind also nicht wiederum Tische, sondern Merkmale dieses einen Tisches, der sich ja nicht durch Erkenntnismethoden vervielfältigen kann. Die Herausarbeitung verschiedener Erkenntnisobjekte aus einem Erfahrungsobjekte bedeutet also nichts anderes als die Möglichkeit, an einem selbständigen Objekte, dem sog. Erfahrungsobjekte, verschiedene unselbständige Objekte, die sog. Erkenntnisobjekte, isolierend zu beleuchten. Aber — und dies wird übersehen — dieser selbständige Gegenstand selbst, das sog. Erfahrungsobjekt, z. B. dieser Tisch, verlangt, erkannt, beschrieben zu werden, ist ein Erkenntnisobjekt, und gegenüber dieser Erkenntnisaufgabe sind die anderen

Erkenntnisaufgaben lediglich Vor-Aufgaben. Allerdings kann man durch Erkenntnis *a l l e r* Bestimmtheiten eines selbständigen Objektes schließlich zur Erkenntnis des selbständigen Objektes selbst gelangen, aber lediglich dann, wenn man nie übersieht, daß man mit der isolierenden Bestimmung *e i n z e l n e r* Merkmale eines Objektes keinen Gegenstand vor sich hat, welcher mit dem Objekte identisch ist und den gleichen Namen tragen kann, sondern immer nur »Merkmale dieses Objektes«, die gar nicht selbständig behandelt werden können, und deren schließliche Vollständigkeit immer nur durch einen Blick auf das Objekt selbst geprüft werden kann.

Dies alles gilt auch hinsichtlich des Erfahrungsobjektes »Staat«. Wenn behauptet wird, daß die soziologische Methode eine kausale Methode sei, so wissen wir jedenfalls, daß sich diese Methode nicht mit dem »Staate«, sondern mit jenen Wirkenszusammenhängen beschäftigt, in welche der »Staat« verstrickt ist, so daß also diese Methode niemals in Konkurrenz treten kann mit einer Methode, welche den Staat selbst, und dessen Wesen betrachtet. Allerdings haben wir bereits festgestellt, daß die eigentliche Soziologie eine deskriptive Lehre ist. Ist also die Entgegensetzung von soziologischer und juristischer Staatslehre als kausaler und deskriptiver (Wesens-)Lehre vom Staate in *d o p p e l t e r* Hinsicht ein Irrtum, so müßte dieser Gegensatz als Gegensatz zweier deskriptiver Staatslehren begründet werden können, etwa derart, daß die soziologische Staatslehre das Gesellschaftliche am Staate, hingegen die juristische Staatslehre das Rechtliche am Staate beleuchtet. In diesem Falle wäre aber keine der beiden Lehren eine Lehre vom Staate selbst, also eine eigentliche Staatslehre, sondern die soziologische Staatslehre wäre eine Lehre von der »Staatsgesellschaft«, d. h. vom »Gesellschaftlichen am Staate«, und die juristische Staatslehre wäre eine Lehre vom »Staatsrechte«, d. h. vom »Rechtlichen am Staate«. Verschieden von diesen beiden Lehren wäre dann die Lehre vom Staate selbst, die »*A l l g e m e i n e S t a a t s l e h r e*«, welche sich mit allen Bestimmtheiten des Staates, d. h. mit dem Gegenstande »Staat« selbst, nicht mit unselbständigen Gegenständen am selbständigen Gegenstande »Staat« beschäftigt ⁶⁾. Die herrschende Staatslehre hat dieses Problem, den Staat

⁶⁾ Vgl. meine Abhandlung »Staat und Recht als Probleme der Phänomenologie und Ontologie«, Zeitschrift für öffentliches Recht, IV. Bd., S. 167—191.

selbst zu beschreiben, vom Boden der gesellschaftswissenschaftlichen Subjekttheorie aus gelöst, indem sie alle einzelnen Bestimmtheiten des Staates als »Handlungen«, als »Tätigkeiten« auffaßte, welche Handlungen, Tätigkeiten eines übermenschlichen Subjektes, Einzelwesens »Staat« sind, dessen Beschreibung sie der »Allgemeinen Staatslehre« zuwies. Stellt man sich jedoch auf den Boden der gesellschaftswissenschaftlichen Tätigkeits-theorie, so zeigt sich, daß »Staat« niemals ein Subjektwort, sondern immer nur ein Tätigkeitswort ist, daß also »Staatlich« stets nur besondere menschliche Tätigkeiten im Gegensatz zu anderen menschlichen Tätigkeiten bedeutet. Dann aber verliert die »Allgemeine Staatslehre« ihre Aufgabe, das »Subjekt« »hinter« den einzelnen staatlichen Tätigkeiten zu suchen, gewinnt aber die Aufgabe, das Wesensallgemeine jener menschlichen Tätigkeit zu finden, welche die staatliche Tätigkeit ist und als deren Besonderungen sich wieder die einzelnen Arten der staatlichen Tätigkeit darstellen. Dann zeigt sich aber auch, daß der methodische Weg, durch isolierende Beleuchtung der einzelnen Arten staatlicher Tätigkeit schließlich den »Staat« selbst zu erfassen, ein unsicherer Umweg ist, vielmehr dem Primat der Allgemeinen Staatslehre zu weichen hat, jenem Wege, der zunächst und unmittelbar das Wesensallgemeine der staatlichen menschlichen Tätigkeit, des staatlichen Tätigkeitsverfahrens bestimmt und diese Bestimmung dann als Grundlage den Lehren von den besonderen staatlichen Tätigkeiten bietet.

Dann verliert aber auch die Entgegensetzung »juristischer« und »soziologischer« Staatslehre ihren Halt und als ihr richtiger Kern enthüllt sich die Entgegensetzung deskriptiver und kausal erklärender Methode, also, wie wir gesehen hatten, eigentlich die Entgegensetzung zweier verschiedener Gegenstände, nämlich des Gegenstandes »Staat« und der Wirkenszusammenhänge, in welche der Gegenstand »Staat« verstrickt ist. Für die Betrachtung des »Staates selbst« ergibt sich aber, daß er ein gesellschaftlicher Tatbestand ist, d. h. es ergibt sich, daß die staatliche menschliche Tätigkeit eine besondere Art der gesellschaftlichen menschlichen Tätigkeit ist, daß also der »Staat« nicht als ein etwa »rechtlich organisiertes Subjekt«, nenne man es auch »Rechtsordnung«, »ideale, überindividuelle Ordnung«, der »Gesellschaft« entgegen-

gesetzt werden kann. Denn auch das »Recht« ist nichts anderes als eine besondere menschliche, und zwar gesellschaftliche Tätigkeit, so daß »Staatsrecht« nichts anderes bedeutet als »menschliche Tätigkeit, welche zugleich staatliche und rechtliche Tätigkeit ist«. Beide Tatbestände also, sowohl der »Staat« als auch das »Recht« gehören ausschließlich zum Gegenstande der Gesellschaftslehre, d. h. der echten soziologischen Methode.

Abgesehen aber von dem Umstande, daß die Entgegensetzung »juristischer« und »soziologischer« Staatslehre unter einer irreführenden Terminologie den wahren Gegensatz von »deskriptiver« und »kausal erklärender« Staatslehre verbirgt, stützt noch ein weiterer, verhängnisvoll weittragender Irrtum diese Antithese. Unter »juristischer« Methode wird nämlich üblicherweise nicht die Beschreibung der rechtlichen menschlichen Tätigkeiten nach ihrem subjektiv gemeinten Sinne, nicht die Beschreibung des Rechtes, welches ein Kollektivum von rechtlichen Ansprüchen und rechtlichen Gegensprüchen darstellt, sondern die rechtsdogmatische Interpretation von Rechtsansprüchen verstanden, d. h. die Entwicklung jener Maximen, nach welchen Gegensprüche zu jenen Ansprüchen erzeugt werden können, die dem Sinne jener Ansprüche entsprechen, d. h. Aussicht haben, geltende Rechtsgegensprüche zu werden. Unter »juristischer Methode« versteht man also eine praktische Kunstlehre, die uns sagt, wie »Recht«, d. h. Rechtsgebilde gemacht werden können, wie Recht entsteht, nicht aber eine Lehre, welche die bestehenden Rechtsgebilde beschreibt. Die »juristische« Staatslehre ist dann also nichts anderes als die Lehre, wie die Rechtsansprüche des Staates, d. h. die Verfassungsansprüche derart mit Gegensprüchen beantwortet werden können, daß sie jenen Verfassungsansprüchen entsprechen und daß insbesondere die mit den Verfassungsansprüchen zugleich gegebenen Versprechen des »Staates« nicht verletzt werden. Es ist nun klar, daß für diese sog. juristische Staatslehre gar nicht der Staat selbst in Frage kommt und gar nicht einmal das staatliche Recht selbst, sondern lediglich die rechtlichen Verfassungsansprüche des Staates, und auch diese nicht einmal an sich selbst, d. h. ihrem subjektiv gemeinten Sinne nach, sondern ihrem »objektivem« Sinne nach, d. h. nach jenem Sinne, welchen die Interpretation annehmen darf, um »geltende« Gegensprüche

hervorzubringen. Diese »juristische Staatslehre« ist also weder Lehre vom Staate noch Lehre von den staatlichen Rechtsgebilden, sondern eine Lehre von der Interpretation staatlicher Rechtsansprüche. Da nun aber diese »juristische« Lehre ihre Interpretationsansichten von den Verfassungsansprüchen mit den Verfassungsansprüchen selbst, und die Verfassungsrechtsansprüche mit dem Staate selbst, d. h. mit der Gesamtheit der staatlichen Ansprüche verwechselt, gelangt sie mit Folgerichtigkeit zunächst zur Gleichung Verfassungsrechtsansprüche = Staatsrecht, und schließlich Staat = Staatsrecht. Daß diese Gleichung aber nichts anderes ist, als eine *axiomatische Gleichsetzung* zur Begründung einer bestimmten praktischen Einstellung, nämlich der Auslegung von Verfassungsansprüchen, wird übersehen, und ferner wird übersehen, daß diese Einstellung keineswegs, wie man sagt, die »spezifisch juristische« ist, woferne man unter »juristisch« soviel versteht wie »theoretisch-rechtswissenschaftlich«, sondern nur dann, »wenn man eben unter »juristisch« eine bestimmte praktische Tätigkeit, nämlich die Auslegung von Rechtsansprüchen zur Erzeugung gültiger Rechtsgegensprüche versteht, welche Auslegung positiven Rechtes, d. h. hier wirklicher Rechtsansprüche aber niemals theoretisch-empirische Aussagen über den »Staat« und nicht einmal über das »Recht« gestattet. Immerhin geben auch die interpretativen Rechtsdogmatiker zu, daß Rechtsansprüche etwas »Gesellschaftliches« sind, ja die interpretativen Rechtsdogmatiker neigen zu der Ansicht, alle gesellschaftlichen Ansprüche irgendwie als Rechtsansprüche zu kennzeichnen. Ist dem aber so, dann kann auch die eben gekennzeichnete »spezifisch juristische« Methode nur dann in Gegensatz zu einer »soziologischen« Methode treten, wenn sie als »soziologische« Methode eine »kausale« Methode ansieht, und wenn, was allerdings fast niemals der Fall ist, Klarheit darüber herrscht, daß die rechtsdogmatische Methode von der theoretisch-rechtswissenschaftlichen Methode, der Deskription des gesellschaftlichen Wesens des Rechtes durchaus verschieden ist, weil sie lediglich die Rechtsansprüche im Blicke hat, und diese auch wieder nur als zu interpretierende »Norm« für die Erzeugung von Gegensprüchen, nicht aber als Glied eines bestehenden Rechtsgebildes.

Nimmt man aber die »juristische« und die »soziologische« Methode beim Worte, das sie bezeichnet, d. h. nimmt man die

»juristische« Methode als »rechtswissenschaftliche«, nicht als »rechtsdogmatische« Methode, und nimmt man die »soziologische« Methode als »gesellschaftswissenschaftliche«, nicht als »kausale« Methode, so wird sofort klar, daß die **E n t g e g e n s e t z u n g** dieser beiden Methoden unhaltbar ist, weil die rechtswissenschaftliche Methode immer nur eine gesellschaftswissenschaftliche Methode, weil »Recht« ebenso wie »Staat« nur eine Art der »Gesellschaft« ist. Insoweit es sich um theoretisch-empirische Wissenschaften handelt, gibt es also auch keine Entgegensetzung von »soziologischer« und »juristischer« (als nicht-soziologischer) Staatslehre.

O p p e n h e i m e r meint zunächst, daß die Soziologie des Staates und die Staatsrechtslehre sich aus dem Erfahrungsobjekte »Staat« durch Auswahl der sie je interessierenden Kennzeichen je ihr besonderes Erkenntnisobjekt bilden. Indes, wenn dem so ist, dann hätte es die Soziologie des Staates allenfalls mit dem Allgemein-Gesellschaftlichen am Gegenstande »Staat«, hingegen die Staatsrechtslehre mit dem Rechtlich-Gesellschaftlichen am Gegenstande »Staat« zu tun, wäre also die Staatsrechtslehre lediglich eine **b e s o n d e r e** Soziologie des Staates, keineswegs aber ein Gegensatz zur Soziologie des Staates. Nach dieser Abgrenzung von »juristischer« und »soziologischer« Staatslehre behauptet aber dann O p p e n h e i m e r, daß die soziologische Staatslehre es mit der »Entstehung« des Staates zu tun habe. Aber die »Entstehung« des Staates ist doch kein »Kennzeichen« des Staates, welches aus dem Gegenstande »Staat« selbst »ausgewählt« werden kann, sondern »Entstehung« des Staates ist ein **V e r h ä l t n i s** des Gegenstandes »Staat« zu etwas anderem, als er selbst ist, nämlich der Wirkenszusammenhang, in welchem er mit anderen Gegenständen steht! Ist also das erste Kriterium mit dem zweiten Kriterium keineswegs vereinbar, so ist das zweite Kriterium noch weniger vereinbar mit einem dritten, von O p p e n h e i m e r angeführten Kriterium: die Staatsrechtslehre soll es nämlich mit der »rechtlichen F o r m des Staates« zu tun haben, die Staatssoziologie hingegen mit dem »realen Wesen des Staates«. Aber als »reales W e s e n« des Staates wird eben merkwürdigerweise seine »Entstehung« bezeichnet. Diese Entstehung des Staates ist aber nun nach O p p e n h e i m e r »Kampf«, so daß wahrlich nicht eingesehen werden kann, was die Staatsrechtslehre zu tun hat, da ja »Kampf«, »Eroberung«, »Ge-

walt« gewöhnlich keine »rechtliche Form« haben. Andererseits aber wird wieder die »rechtliche Form des Staates« als »zeitlose Form« dem »Historischen«, »Geschehenen« am Staate entgegengesetzt, wobei übersehen wird, daß nicht alle Staaten und kein Staat durchwegs eine »rechtliche Form« haben, und daß ja das »Recht« selbst etwas »Historisches«, »Geschehenes« ist. Den letzteren Sachverhalt anerkennt Oppenheimer selbst, da er sagt, daß »mit der soziologischen Fundierung des nichthistorischen Juristenstaates das gegeben wird, was die rein juristische Betrachtung niemals auffinden kann: die Entstehung wenigstens großer Teile des im Staate waltenden Rechtes« (II, S. 179). »Entsteht« aber eine »zeitlose Form«?! Oppenheimer spricht dann aber plötzlich nicht von der zeitlosen Rechtsform des Staates, sondern von der »Form des Rechtes«, welche die Jurisprudenz interessiert, und dem »Inhalte des Rechtes«, welches die Soziologie angeht. Diese zeitlose Form des Rechtes, (die auch — entweder allein oder zusammen mit dem Inhalte des Rechtes? — die Rechtsform des Staates bildet?), ist aber für Oppenheimer etwas Sittliches, nämlich »Interessen a priori, deren soziologisch wichtigstes das sittliche Interesse, das Bewußtsein der Pflicht ist«. »Nur dann ist es möglich, zu verstehen, was Recht ist, und weshalb es als »Recht«, d. h. als ein Seinsollendes, sittlich Verpflichtendes empfunden und durchgesetzt wird. Nur dann ist zu verstehen, warum über allen Gesellschaften, mit jeder Technik der »Produktion«, auf jeder Stufe der Zivilisation, im Ueberbau sich gewisse, niemals veränderte, niemals außer in Zeiten schwerster sozialer Zersetzung, auch nur schwankende Normen finden, Jellineks »konstante Elemente« (II, S. 166). Aber die Staatsrechtslehre hat es doch nach gewöhnlicher Ansicht nicht mit »Interessen a priori«, mit »konstanten Elementen«, sondern mit dem historisch gewordenen Staatsrechte zu tun, was auch Oppenheimer's Ansicht zu sein scheint, da er ja der soziologischen Staatslehre als Gegenstand auch die »Entstehung« des Staatsrechtes zuweist! Der Grund aller dieser schier unentwirrbaren Widersprüche und Unklarheiten ist ein doppelter: Oppenheimer versteht nämlich unter »Soziologie des Staates« »kausale Erklärung« des Staates und er versteht unter »Staatsrechtslehre« die Auslegung von Verfassungsrechtsansprüchen, welche Auslegung freilich niemals ohne Zuhilfenahme eines »Sollens«, d. h. von ethisch-politischen

Postulaten vor sich gehen kann. Für die Rechtsdogmatik ist tatsächlich jeder Rechtsanspruch ein »Dogma«, eine »zeitlose Sollensform«, welche einen »objektiven«, von allen Menschen unabhängigen »Sinn« in sich birgt, der aber in Wahrheit nichts anderes ist, als jener durchaus »subjektive« Sinn, welchen der Interpret auf Grund der gerade herrschenden Auslegungspostulate dem Rechtsanspruche zuschreibt. Daß aber diese »juristische Lehre«, welche nur eine praktische Kunstlehre ist, in keinen theoretischen Gegensatz gebracht werden kann zu einer wahren, d. h. deskriptiven soziologischen Methode, wurde bereits ausgeführt.

O p p e n h e i m e r aber verbaut sich überhaupt vollkommen den Erkenntnisweg zum Wesen des Staates, da er statt des Gegenstandes »Staat« durchwegs behauptete Wirkenszusammenhänge, in welche dieser Gegenstand verstrickt ist, beleuchtet. Er sagt allerdings: »Was wir zu finden haben, ist die Essenz des Staates, das, was a l l e n Staaten gemeinsam ist« (II, S. 15) und er will »darüber klar werden, worin a l l e Staaten der Geschichte bei ihren sonstigen Verschiedenheiten übereinstimmen, d. h. jenes Minimum von Prädikaten auffinden, das ein Oberbegriff haben muß« (II, S. 16). Das aber, was allen Staaten als Prädikat gemeinsam ist, ihr W e s e n, kann doch nur etwas sein, was jedem einzelnen Staate als »Prädikat«, als Bestimmtheit z u g e h ö r t, nicht aber etwas, was etwa behauptetermaßen mit allen Staaten z u s a m m e n g e h ö r t, wie bestimmte wirkende Bedingungen aller Staaten, die ja niemals den Staaten selbst zugehören. Dies übersieht jedoch O p p e n h e i m e r, indem er sagt, daß »der empirische historische Staat in der Regel aus Eroberung und Unterwerfung e n t s t a n d e n ist« (II S. 100), daß »alle Staatstheorien Klassentheorien waren« (II S. 112) und daß »Gewalt die G r u n d l a g e der heutigen Klassenordnung ist« (II S. 113), daß »der Klassenstaat sich nicht ohne Einwirkung äußerer Gewalt e n t w i c k e l t habe« (II S. 155), daß der Staat das »e n t f a l t e t e« politische Mittel ist« (II S. 158), und daß »die soziologische Staatsidee behauptet, daß der Staat immer durch Entwerfung eine Gruppe unter die andere e n t s t e h t« (II S. 171). Ob diese Behauptungen über die Entstehung des Staates den Tatsachen entsprechen, soll hier nicht untersucht werden, weil es sich ausschließlich um eine Angelegenheit der H i s t o r i k handelt. Die S o z i o l o g i e aber, welche es mit

dem Wesensbestande des gesellschaftlichen Gegenstandes »Staat« zu tun hat, kann lediglich sagen, daß Oppenheimer keine wahre Definition des Wesens des Staates bietet. Er gibt zwei Definitionen, von welchen die erste als »soziologischer Staatsbegriff« den »Inhalt des Staates«, die zweite als »juristischer Staatsbegriff« die »Form des Staates« darstellt. Die erste Definition lautet: »Der Staat ist eine in Klassen gegliederte Rahmengruppe, die eine mit Machtmitteln versehene Anstalt für den Grenz- und Rechtsschutz besitzt«. Die zweite Definition lautet: »Der Staat ist eine Rechtsinstitution, einer besiegten Gruppe durch eine siegreiche Gruppe einseitig auferlegt mit dem ursprünglich einzigen Zwecke, die Besiegten zugunsten der Sieger so hoch und so dauernd wie möglich zu besteuern« (II S. 308). Zunächst kann sich die zweite Definition, welche die Form des Staates geben soll, unmöglich auf den gleichen Gegenstand beziehen, wie die erste Definition, welche den Inhalt des Staates geben soll. In der ersten Definition heißt es, daß der »Staat« eine »Rahmengruppe« ist, in der zweiten Definition, daß der »Staat« eine »Rechtsinstitution« ist, woraus sich ergeben würde, daß eine »Rahmengruppe« eine »Rechtsinstitution« ist. Wenn dem aber so wäre, ist es natürlich unverständlich, daß die »Rechtsinstitution« die Form des Inhaltes »Rahmengruppe sein soll« und ist es noch unverständlicher, worin sich die beiden Definitionen unterscheiden sollen. In Wahrheit gibt eben Oppenheimer gar nicht zwei Definitionen vom »Staate«, sondern eine Definition von der behaupteten Form des Staates, und eine Definition vom behaupteten Inhalte des Staates. Aus diesen beiden Definitionen wäre dann erst die Definition des Staates selbst zu bilden, etwa als Rahmengruppe, welche rechtlich organisiert ist. Nun ist aber ferner gar nicht die »Rahmengruppe« der Staat, sondern »Staat« ist die »mit Machtmitteln versehene Anstalt für den Grenz- und Rechtsschutz«, welche die Rahmengruppe »besitzt«, da ja unter »Rahmengruppe« — Stamm, Volk — auch wohl von Oppenheimer noch zahlreiche andere als staatliche Beziehungen gemeint werden und es ja gerade nach Oppenheimer auch staatslose Rahmengruppen geben kann. Ist aber der »Staat« eine innerhalb einer Rahmengruppe bestehende Anstalt zum Grenz- und Rechtsschutz, dann ist das »Recht« ein Gegenstand der Tätigkeit dieser Anstalt, also etwas außerhalb dieser An-

stalt Liegendes, nicht aber seine »Form«, ebenso wie die Grenze, welche ein Gegenstand der Tätigkeit dieser Anstalt, nicht aber ihre »Form« ist, die eine besondere »Staatsdefinition« erfordert! »Der Staat ist eine Rechtsinstitution« würde also heißen: »Der Staat ist eine Institution zum Schutze des Rechtes«, nicht aber: »Der Staat ist eine rechtliche Institution«. Soll aber mit der Definition »der Staat ist eine Rechtsinstitution« gemeint sein, daß die staatliche Anstalt selbst rechtlich organisiert ist, eine »Rechtsordnung« darstellt, würde wieder die Behauptung, daß die staatliche Anstalt für den Rechtsschutz da ist, bedeuten; daß die staatliche Anstalt zum S e l b s t schutze da ist, und eine juristische Staatsdefinition wäre als besondere Definition unmöglich. Andererseits aber ist es schwer verständlich, wie die »Rechtsinstitution« — eine F o r m des Inhaltes »Anstalt« — einen »Zweck« haben soll, welcher nicht auch der Zweck des Inhaltes »Anstalt« selbst ist, so daß dann der Zweck der Rechtsinstitution »Besteuerung« ebenso in die ersten Definition gehört und das unterscheidende Wesen der zweiten Definition völlig im Dunkel bleibt. Denn hat die Anstalt den Zweck »Rechtsschutz« und ist der Zweck des Rechtes »Besteuerung«, so hat auch die Anstalt — der »Inhalt« des Staates — den Zweck »Besteuerung«. Und ebenso gehört offenbar auch die »einseitige Auferlegung« zu der Entstehung der »Anstalt«, des »Inhaltes« des Staates, so daß also schließlich O p p e n h e i m e r s »zweifacher Staatsbegriff« nur zwei W o r t e, nämlich einmal »Anstalt« und einmal »Rechtsinstitution« umfaßt. In der Tat bedeutet ja das Wort »in Klassen gegliedert« in der ersten Definition nichts anderes als »die einseitige Auferlegung durch eine siegreiche Gruppe« und der »Zweck möglichst hoher Besteuerung« in der zweiten Definition.

Diese E n t s t e h u n g des Staates und dieser Z w e c k des Staates gehören aber überhaupt nicht in eine Definition des Staates, weil sie gar nicht Prädikate des Staates selbst, d. h. aber mit der staatlichen Tätigkeit wesentlich verbundene meinende Momente sind. Denn O p p e n h e i m e r selbst, der oft die »Gutgläubigkeit« der »Ausbeutenden« betont, wird kaum behaupten wollen, daß es zum Wesen der staatlichen Akte gehöre, daß die staatlichen Herrscher oder ihre Organe stets an die gewaltsame Entstehung ihrer Herrschaft und an möglichst hohe Besteuerung denken. Eine mögliche Mitmeinung der staatlichen Akte, die gar nicht häufig wirklich ist und sein kann, weil wir ja

nach Oppenheimer an der These von der friedlichen Entstehung des Staates hängen, wird also in Oppenheimers Definitionen zu einem subjektiv gemeinten Wesensmomente der staatlichen Akte umgewandelt. In Wahrheit aber handelt es sich bei Oppenheimers Entstehungs- und Zweckmerkmalen, handelt es sich bei dieser ganzen »Klassen«-theorie vom Staate lediglich um den »objektiven Sinn« des Staates, d. h. um eine auf behauptete geschichtliche Tatsachen gestützte Wertung, die Oppenheimer gegenüber dem Staate vollzieht und zu einem Momente des Staates selbst umwandelt. Die soziologische Betrachtung jedoch kann im Staate nichts anderes finden, als Herrschaftsgebilde, deren Ansprüche sich auf die politischen Gegenstände, d. h. auf politische Gegensprüche beziehen. Der »Zweck« des staatlichen Anspruches — Zweck vom Standpunkte des Motivs des Anspruches — ist der Gegensatz, der von mannigfaltiger Art sein kann. Hingegen ist der Zweck des Herrschaftsgebildes, d. h. jener Zweck, welchen der Anspruch durch den Gegensatz verwirklichen will, für das Wesen des Herrschaftsgebildes bedeutungslos, also auch der eventuell vorhandene Zweck der klassenmäßigen »wirtschaftlichen Ausbeutung« ebenso wie die eventuell vorhandene Mitmeinung, daß die zugrunde liegende Herrschaftslage auf bestimmte Weise entstanden sei, da ja sonst der liberal gesinnte staatliche Herrscher, der an den Gesellschaftsvertrag und die ausschließlichen Wohlfahrtszwecke des Staates glaubt, wegen dieser seiner Meinung kein staatlicher Herrscher wäre! Und Oppenheimer selbst erweist die Nichtigkeit seiner Klassentheorie vom Staate, da er inmitten seiner klassenlosen »föderalistischen Freibürgerschaft«, wo es keine Ausbeutung gibt, doch wieder den »Staat« auftauchen läßt, allerdings einen »unendlich machtlosen« Staat (II S. 800), was aber, da »machtloser Staat« für Oppenheimer so viel bedeutet, wie »Staat« der nicht »böse« ist, der nicht »ausbeutet«, nur bedeuten kann, daß der »Staat« an sich, seinem Wesen nach jenseits von Gut und Böse liegt.

Die Phänomenologie des Geldwertbewußtseins.
(Unter besonderer Berücksichtigung von Gottls Theorie der
»Wirtschaftlichen Dimension«.)

von

FOLKERT WILKEN.

- I. Der materielle Inhalt des Geldwertbewußtseins.
- II. Die formalen Inhalte des Geldwertbewußtseins,
 - 1. Die Abstraktheit, Allgemeinheit und Unpersönlichkeit des Geldwertbewußtseins.
 - 2. Die konkrete oder objektive Allgemeinheit des Geldwertbewußtseins. Der Tauschkomplex.
 - 3. Die Stufen der Abstraktheit im Geldbewußtsein. Kritik des Nominalismus und der Zeichengeldtheorien.
- III. Die Vergegenständlichung des Geldwertbewußtseins in Objekten.
 - 1. Das Geld als Tauschmittel und als Tauschträger.
 - 2. Die Aenderungen des Geldwertbewußtseins, soweit sie statisch bedingt sind.
 - 3. Die Ambivalenz von Geld und Geldwertbewußtsein. Kritik der »wirtschaftlichen Dimension« im besonderen.

Die folgenden Untersuchungen bilden den ersten, in sich geschlossenen — in der Grundlegung und Problemstellung noch wesentlich zusammengezogenen — Teil einer umfassenden Behandlung des Geldproblems. Die in diesem ersten Teile erörterten Fragen werden zu lösen versucht unter Anknüpfung an die Hauptschriften von Gottl ¹⁾, an die werttheoretischen Untersuchungen des Verfassers ²⁾, und an die philosophischen Arbeiten E. Hus-

¹⁾ Gottl-Ottlilienfeld, »Die wirtschaftliche Dimension«. Jena 1923. Außerdem »Wirtschaft als Leben«. Jena 1925, enthaltend »Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie« (1897).

²⁾ Folkert Wilken, Grundzüge einer personalistischen Werttheorie. Jena 1924.

serls³⁾. Sie sind im Geiste der »Grundzüge einer personalistischen Werttheorie« gehalten und bedeuten gleichsam eine Verifikation derselben an dem im Mittelpunkte stehenden wirtschaftlichen Wertproblem, welches seine höchste Stufe im Geldwertbewußtsein erlangt hat. Wie beim Bewußtsein von Gegenständen überhaupt, läßt sich auch beim Wertbewußtsein die grundlegende Unterscheidung nach »Form« und »Inhalt«, oder wenn man will, nach dem »materiellen« und »formellen« Inhalte desselben treffen. Die »Materie« oder »Substanz« bildet ein Material, welches durch die Formen des Bewußtseins bearbeitet wird. Beim Geldwert gehört das Material der Wertregion an.

I. Der materielle Inhalt des Geldwertbewußtseins.

Der »Inhalt« von Werten bildet jenes schlechthin Letzte, welches den Wert als solchen charakterisiert: im allgemeinen also das Wesen des Wertes überhaupt. Dieses erscheint jedoch in verschiedenen Arten, die sich durchaus grundsätzlich voneinander abheben, und von denen jede eine in sich geschlossene inhaltliche Wertsphäre darstellt. Eine solche in sich geschlossene Wertsphäre bildet z. B. der Wert des Wahren und der Wert des Guten. Das Wahre und Gute bilden jedoch nicht den speziellen Inhalt des Geldwertbewußtseins, sondern dieses hat zum Gegenstande die ganz anders geartete Wertsphäre des sogenannten Nutzwertes oder wie man auch sagen kann: materiellen Wirkungswertes. Denn hier liegt die ursprüngliche Wertsphäre der Wirtschaft überhaupt. Im Geldwertbewußtsein kommt fernerhin nicht die materielle Wertsphäre als Ganzes: — die Güterversorgung überhaupt und alle mittelbaren Verwirklichungswerte derselben zum Bewußtsein, sondern nur diejenige spezifische Sondererscheinung der mittelbaren Wirkungswerte innerhalb derselben, die als Tauschfunktion den Mittelpunkt der Verkehrswirtschaft bildet. Es ist jene besondere Wertwirkung, die als rätselhafte, durchaus unkausale Dynamik von Gütern und Leistungen als Objekten des Tauschverkehrs ausgeht; es ist deren wechselvolle Fähigkeit, austauschbar zu sein gegen andere Güter und Leistungen, diese aus fremden Eigen-

³⁾ Edmund Husserl, »Logische Untersuchungen«. Halle 1913 ff. Ferner die Arbeiten von Bernhard Bolzano und Franz Brentano. Von Husserl noch: »Ideen zu einer reinen Phänomenologie«. Halle 1913.

tumsbeziehungen freiwillig zu lösen und in Tauschentsprechung zu sich treten zu lassen. Die im Austauschakte den Eigentümer wechselnden Güter stehen im Zeichen einer besonderen Wertfähigkeit, für einander gegenseitig die bewegende Wertursache zu sein; im Sinne einer werthaften Bedingungsleichung. Sie stehen in einem Mengengleichgewicht nicht-materieller Art; und eben diese Wertfunktion der in sich fest bestimmten Tauschentsprechung bildet das inhaltliche Material des Geldwertbewußtseins. An diesem Rohmaterial betätigt es dann eine verwickelte formbildende bewußtheitliche Ausgestaltung, deren nähere Darlegung den Gegenstand der späteren Untersuchungen bilden wird. Also der »Inhalt« oder die »substanzielle« Unterlage des Geldwertbewußtseins nimmt zum Gegenstande die Tauschentsprechung oder nach altbewährter Ausdrucksweise die wertbegriffliche Beziehung auf das einzelne Tauschgut: den Tauschwert.

Gottl, der das Wort Wert und folglich auch Tauschwert vermeiden möchte, arbeitet an deren Stelle mit dem Ausdruck Tauschverfügungsmacht, »vulgo Kaufkraft«. Die »wirtschaftliche Dimension« ist eine charakteristische Zahl von einem bestimmten Ausmaß an solcher Tauschverfügungsmacht, als einer Fähigkeit der Objekte, über andere Objekte zu verfügen. Die rationale Ausbildung dieses Denkens in Tauschgrößen und Tauschverfügungsmacht drängt dahin, jedes Objekt mit einer charakteristischen Zahl zu kennzeichnen, welche das A u s m a ß an ihm zukommender Tauschverfügungsmacht zu benennen gestattet. Die wirtschaftliche Dimension ist ein Zählbegriff; ihr Nenner (Inhalt) ist die Tauschverfügungsmacht, d. i. die Fähigkeit eines Gutes, als Tauschgabe die motivische Kraft zu entfalten, fremdes Wollen zu bestimmen, sich eines Eigentums von bestimmter Höhe (Ausmaß) zu entäußern. Tauschwert, Tauschkraft, Kaufkraft, Preis bezeichnen in gewissen Abwandlungen des Blickpunktes jeder denselben Tatbestand, welcher die inhaltliche Seite oder Materie des Geldwertbewußtseins bildet. Doch bildet es gerade das Charakteristische desselben, daß es nicht stehen bleibt bei einer bloßen Abbildung oder Registrierung dieser Materie, etwa eines einzelnen Tauschfalles, sondern daß es das Individuelle desselben zu einem Allgemeinen weiterbildet. An dieser Stelle beginnen die Formprobleme des Geldwertbewußtseins. Das empirisch-individuelle Dasein der einzelnen Tauschwerte erscheint im Geldwertbewußtsein beseitigt, so daß nur noch

ein »Tauschwerthaftes an sich« als eigentlich Inhaltliches, in diesem Falle aber schon als gestaltetes Inhaltliches übrig bleibt. Die formbildenden Prozesse, welche in diesem Falle das Material der individuell existierenden Tauschwerterfahrungen zu der Allgemeinheit des eigentlichen Geldwertbewußtseins weiterentwickeln, entspringen der Tätigkeit typischer Bewußtseinsakte.

II. Die formalen Inhalte des Geldwertbewußtseins.

Gottl sagt von der wirtschaftlichen Dimension, daß sie eine geltende Größe sei, welche über den einzelnen Preisfall hinausweise. Sie bilde eine Erweiterung und Verallgemeinerung desselben. In der wirtschaftlichen Dimension wird die Tauschverfügungsmacht des Objektes in einer unpersönlichen und allgemeinen Weise gedacht. Mit diesem Problem der auch im Gelde vorliegenden Abstraktheit und Allgemeinheit der Tauschwertvorstellungen haben sich alle Geldtheoretiker von Rang beschäftigt und die verschiedensten Benennungen gewählt, um diesen Tatbestand begrifflich zu klären. So stellt Amonn der technischen Tauschmittelfunktion des Geldes den Tatbestand des ideellen Tauschmittels und sozialen Preisausdrucksmittels gegenüber, der von allen miteinander in Verkehr stehenden Subjekten gedanklich erfaßt wird, im allgemeinen Bewußtsein lebt und als solcher erst eine Tauschvergleichung und den Begriff des hohen und niedrigen Preises ermöglicht ⁴⁾. Diese mit der Gottlschen übereinstimmende Auffassungsweise gelangt an anderer Stelle sogar zu einer fast wörtlichen, wenn das Geld in Ansehung seiner realen Tauschvermittlungsfunktion charakterisiert wird als spezifischer Träger konzentrierter und abstrakter individueller Verfügungsmacht im sozialen Verkehr (l. c. S. 418). Es ist von Interesse, zu beobachten, wie diese beiden Autoren, indem sie den Ausdruck Wert vermeiden wollen, auf den Ausdruck Verfügungsmacht verfallen.

Die Charakterisierung der Geldvorstellung durch den Begriff der Abstraktheit findet sich immer wieder in der neueren und zum Teil auch älteren Geldliteratur. Liefmann stellt den Begriff der abstrakten Rechnungseinheit in den Mittelpunkt seiner Geldtheorie. In ähnlicher Weise bildet Cassel einen Be-

⁴⁾ Alfred Amonn, »Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie«. Wien und Leipzig 1911, S. 336 ff., 418 ff.

griff der abstrakten Rechnungsskala; für Schumpeter wird die abstrakte Einkommenseinheit im Sinne von Geldwert als reziproker Wert der Geldpreise der Waren zum Kardinalbegriff der Geldlehre; Bendixen spricht von der abstrakten Vorstellung, mit der wir rechnen; Elster endlich entwickelt den Geldwert als Begriff der abstrakten und generischen Beteiligungsmöglichkeit am Sozialprodukt. Aeltere Autoren, wie Lexis, sprechen schlicht von abstraktem Tauschwert. Im Grunde meinen alle diese Ausdrucksweisen irgendwie dasselbe. Sie wollen jenem eigentümlichen Vorgange eine begriffliche Erfassung zuteil werden lassen, den A. R. J. Turgot bereits im Jahre 1766 in einem feinen Beispiel mit unübertrefflicher Klarheit dargestellt hat. Im § 36 seiner »Betrachtungen über die Bildung und die Verteilung des Reichtums« heißt es: »In einem Lande, in welchem es nur eine Schafrasse gibt, kann man leicht den Wert eines Schaffelles oder eines Schafes als allgemeines Wertmaß annehmen und man wird sagen, daß ein Faß Wein oder ein Stück Stoff so und soviel Schaffelle oder Schafe wert sind. . . — Auf diese Weise wird die Bezeichnung der Werte in Schafen zum konventionellen Ausdruck und das Wort »ein Schaf« bezeichnet nunmehr einen gewissen Wert, der im Geiste der Hörer nicht allein die Vorstellung eines Schafes hervorruft, sondern die einer bestimmten Menge jedes der gewöhnlichen Güter, die als Aequivalent dieses Wertes betrachtet werden; und dieser Ausdruck wird sich schließlich soviel mehr auf einen fiktiven und abstrakten Wert als auf ein wirkliches Schaf beziehen, daß wenn zufälligerweise ein Sterben unter den Schafen ausbrechen sollte, und wenn man für eines die doppelte Menge an Korn oder Wein im Vergleiche zu früher geben müßte, man eher sagen wird, ein Schaf ist zwei Schafe wert, als den Ausdruck, an den man für alle anderen Werte gewöhnt ist, darum zu wechseln.«

Das Wesen des hier vorliegenden Tatbestandes der Abstraktion wird nicht davon berührt, ob man die substantielle Eigenart der Tauschfunktion in verschiedenen Perspektiven »begrifflich« abwandelt, ob man von Verfügungsmacht, wirtschaftlicher Dimension, Preisausdruck, Rechnungseinheit, Einkommenseinheit, Beteiligungsmöglichkeit am Sozialprodukt, Marktanwirtschaft usw. spricht. Zweifellos stammen alle diese Ausdrücke aus verschiedenen Gesichtspunkten, aus denen sie den Tatbestand des Tausches beleuchten und ihm eine besondere Seite abgewinnen,

die dann jeweils als die hervorstechende auftritt. Eine solch vielseitige Charakterisierung bietet eine wertvolle Bereicherung für die Wissenschaft, doch sollte vor den Bäumen und ihrer individuellen Herrlichkeit der Wald nicht aus dem Sinn verloren werden, es sollte eingesehen werden, daß alle die eben genannten Bezeichnungen doch schließlich wie Strahlen auf einen Brennpunkt hinzielen: auf die Erkenntnis des Tauschwertes. Sie führen ein in das Wesen desselben, indem sie dasselbe bald in unmittelbarer Weise in seinem dynamischen Charakter als Verfügungsmacht, bald durch gewisse subjektive Bewußtseinsformen als Preisausdruck und Rechnungseinheit, bald durch seine sozialwirtschaftlich-genetischen Hintergründe als Einkommenseinheit, bald durch seine teleologische Initiative gegenüber der Gesamtwirtschaft als Marktanwartschaft oder Beteiligungsmittel am Sozialprodukt charakterisieren. Durch solche Charakteristiken wird das Wesen des Tauschwertes in wertvoller Weise zur weiteren Klärung gebracht, jedoch nicht der durch ihn gemeinte und zu begreifende Sachverhalt überwunden.

1. Die Abstraktheit, Allgemeinheit und Unpersönlichkeit des Geldwertbewußtseins.

Die Abstraktion erfüllt im menschlichen Denken eine ganz besondere und unersetzliche Aufgabe. Sie bildet die *via regia*, auf welcher die Denktätigkeit in die Welt des Seienden eindringt und sie begreift. Sie bildet diese Welt zu »Gegenständen«, indem sie sie in Einheiten gliedert oder aus Einheiten zusammenfügt. Immer aber muß bei der rational-logischen Auflösung der Welt in »Gegenstände« die logische Funktionstätigkeit der Abstraktion eingesetzt werden, es muß, damit eine besondere Seinstatsache ein begrifflich in sich abgeschlossenes gegenständliches Dasein gewinnt, abstrahiert werden von allen denjenigen Seinstatsachen, die zu ihr in irgendeiner Beziehung stehen. Man muß vom Tische die Beine abstrahieren, um den Tatbestand der Tischplatte herauszuisolieren; und um den Begriff des Tisches zu bilden, muß man ihm buchstäblich den Boden unter den Füßen wegziehen, und so weiter.

Nun aber gibt es eine ganz besondere Art von Abstraktion. Ihr Wesen besteht darin, daß von der »Wirklichkeit«, von dem Dasein eines Gegenstandes abgesehen wird. Um den inneren, den »wesenhaften« Tatbestand eines Tisches, das Tisch-Sein eines

konkret wahrgenommenen Tisches zu erfassen, bedarf ich nicht mehr der Konkretheit des in der Wahrnehmung auftretenden Gegebenseins, sondern ich habe abzusehen, zu abstrahieren von dem, was eben die Konkretheit des Tisches ausmacht, von seiner sogenannten Existenz. Was dann übrig bleibt, ist ein *Allgemeines*: Tisch überhaupt. Diese Verselbständigung des Tisches in sich selbst, in seinem eigenen Wesen, hebt das Bewußtsein von ihm auf eine höhere Stufe, welche gegen die individuell abbildende Vorstellung sich in charakteristischer Weise abhebt. Es ist ein *gedankliches Sein*, eine *ideale Gegebenheit*, zu welcher die Wahrnehmung des konkreten, individuell existierenden Tisches nunmehr aufgestiegen ist. Er hat seine konkrete dreidimensionale körperliche Existenz damit verloren und dafür die gedankliche Eigenexistenz empfangen. Dieses allgemeine Tischwesen existiert nicht mehr konkret, sondern nur noch im Bewußtsein als *Gedanke*.

Eine in diesem Sinne verstandene ideale Eigenexistenz trägt den Charakter einer *Geltung* an sich. Es ist die Geltung, welche jedem geistigen Sein aus sich heraus innewohnt und in ihm erlebt wird. Ueber alle individuellen und konkreten Existenzbedingungen hinaus besitzt das Gedankenwesen eines Dinges eine in sich selbst begründete gültige Existenz, dasjenige, was die Scholastik intentionale Inexistenz nannte. Diese Art Geltung hat nichts mit empirischer Verallgemeinerung zu tun, sondern es spricht sich in ihr aus eine dem Gegenstande aus sich selbst zukommende *Bedeutung*. In diesem Sinne einerseits und andererseits im Sinne des Herausgehobenseins aus der Sphäre individuell konkreter Begrenzungen ist die Verwendung des Begriffes der Allgemeinheit in diesem Zusammenhang zu verstehen. In den »logischen Untersuchungen« von Husserl sind diese Arten abstrakten Wissens und Denkens von Gegenständen: die ideierende Abstraktion, die intentionale Allgemeinheit, die idealen Gegenstände, in umfassender Weise erörtert und geklärt worden. Auf diese logischen Erkenntnisse und insbesondere auf die Methoden ihrer Gewinnung darf verwiesen werden, da sie viel Licht verbreiten können über das Wesen eines so außerordentlich verwickelten Bewußtseinsgebildes, wie es im Geldwertbewußtsein zutage tritt. —

Versuchen wir nunmehr, von der Grundlage, die wir uns geschaffen haben, eine Analyse des Geldwertbewußtseins. In dem

Augenblick, in dem von den konkreten Umständen der Tauschleistung eines Gutes abstrahiert wird, also davon abgesehen wird, daß zu jener Zeit, daß an jenem Orte und daß unter Beteiligung dieser oder jener Personen der Tauschakt sich vollzog, so bleibt nur der nackte Tatbestand einer Tauschleistung zweier Güter in Verbindung mit diesen übrig. In diesem Idealbewußtsein von einer Tauschentsprechung zweier Güter ist weder ein Hinweis enthalten auf die Tatsache, daß ein solcher Austausch nur ein einzigesmal stattfand, noch wird durch das Ideal-Allgemeinbewußtsein von dem einmaligen Tauschakt eine Vorwegnahme zukünftiger Tauschmöglichkeiten des Gutes, also eine konkrete Verallgemeinerung der Tauschfunktion begründet, als ob das Gut im allgemeinen die Fähigkeit besäße, auch in Zukunft dieselbe Tauschwirkung wieder zu erzeugen. Der auf Grund eines konkreten Einzelfalles gebildete Begriff einer idealen abstrakten Tauschwertgröße ist ein *i d e a l e r* Allgemeinbegriff, also kein solcher, der eine konkrete Allgemeinheit aussagte oder gar eine konkrete Verallgemeinerung a priori vollzöge, sondern einen Wesensbegriff vermittelt, in welchem sich die konkrete Tauschatsache als eine in sich gültige geistige Tatsache im Sinne einer selbständigen *g e i s t i g e n* Existenz wiederfindet. Diese gedankliche Verselbständigung einer Tauschatsache stellt sich dann bewußtheitlich dar als eine Entwirklichung, eine Entindividualisierung, eine Entpersönlichung, so wie es der Existenzform eines spezifisch ideal allgemeinen Wesens grundsätzlich entspricht.

Das einem Objekt einmalig oder auch nach mehrmaliger Erfahrung anhaftende Ausmaß von Tauschverfügungsmacht kann nun weiterhin noch in solcher Weise im Bewußtsein als ideale Allgemeinheit — als reiner Gedanke — verselbständigt werden, daß das Objekt, welches der anschaulich bewußte *k o n k r e t e* *T r ä g e r* dieser Tauschleistungsfunktion gewesen ist, außer in seinem anschaulichen Gehalt auch in seiner Existenz überhaupt ebenso vollkommen aus dem Bewußtsein gestrichen wird, wie die Tatsache, daß diese Tauschleistungsfunktion in Raum und Zeit konkret stattgefunden hat. Was damit übrigbleibt, ist der reine, absolute Gedanke einer Funktion, der Funktion einer Tauschkraft und ihrer Größe, also das, was im Rahmen der wirtschaftlichen Wertverwirklichung unter dem Begriff des Tauschwertes als eines typischen wirtschaftlichen Wirkungswertes unzweideutig verstanden wird. In diesem ideal allgemeinen Be-

wußtsein vom Tauschwert an sich erkennen wir das erste charakteristische Bestandteil des Geldwertbewußtseins. Dieses Ergebnis einer phänomenologischen Analyse ist nicht neu, aber sie trägt bei zur vertieften Auffassung dieser Erkenntnis. »Geld ist Denken von wirtschaftlicher Dimension in abstracto«, wie Gottl sagt, und das bedeutet: losgelöst vom Einzeltauschfall und vom konkreten Tauschobjekt und darüber hinaus verselbständigt zu einer geistigen Tatsache von eigenem Sein, als »beharrende Größe«. Genetisch betrachtet aber bildet der Vollzug dieses geistigen Aktes die Voraussetzung für die Entstehung des Geldes⁵⁾.

Indem die ideale Allgemeinheit als Denkform von Gegenständen und Beziehungen eine in sich selbst existente Geltung besitzt, ist sie geschützt gegen ihr Vergehen, wenn ihre konkreten Erfahrungsgrundlagen bereits vergangen sind. Sie führt diesen gegenüber eine absolute Eigenexistenz. Diese ermöglicht es, daß sie beharrt und über alle Wechselfälle des zeitlichen Geschehens weitergetragen wird. Was in dem Turgotschen Zitat von den Schafen als Ursprung für die Bildung einer dem konkreten Objekt gegenüber selbständig beharrenden Denkvorstellung anschaulich dargelegt wurde, gilt allgemein für das Geldwertbewußtsein. Dieses liegt wie ein geistiger Komplex, wie ein unumstößlich scheinender Block über dem Wirtschaftsgetriebe und leitet mit der Kraft einer übergeordneten disponierenden Instanz den Gang der Tauschereignisse. Es verbindet sich, ohne seine geistige Selbständigkeit aufzugeben, mit den konkreten Tauschvorgängen und zieht sich von diesen, speziell den die Tauschwerte realisierenden Objekten, wieder zurück, wenn der Tausch vollzogen worden ist. Die Leistung der ideal allgemeinen Existenz des Tauschwertes im Geldwertbewußtsein trägt in dieser Weise die ganze Tauschwirtschaft. Diese umfassende Funktion des Geldwertbewußtseins wird durch das Charakteristikum der idealen Allgemeinheit jedoch nur erst von der be-

⁵⁾ In dieser Form bildet das Bewußtsein vom Gelde nur eine Erscheinungsweise des säkularen Zuges innerhalb des von der rationalen Wissenschaft übersehenen Kulturzeitraumes, dessen oberstes Gesetz wohl als das der Verselbständigung der Personen und des Denkens der Dinge bezeichnet werden kann. Der Schritt von den instinktiven Vorgängen zur abstrakten Vorstellung des Tauschwertes ist in Wahrheit ein großer, um mit Cournot zu sprechen. Er bedeutet eine wirtschaftliche Kraftentfaltung, ohne welche das mikrokosmische Gebilde des allseitig in sich abgestimmten Tauschverkehrs nicht hätte verwirklicht werden können.

sonderen Seite ihrer geistigen Stärke und ihrer Eigenexistenz gegenüber dem zeitlichen Geschehen erklärt. Das Geldwertbewußtsein besitzt noch weitere formale Bestimmungen, welche die soeben angedeutete Funktion desselben als führender Kraft der wirtschaftlichen Tauschverhältnisse noch genauer bestimmen.

2. Die konkrete oder objektive Allgemeinheit des Geldwertbewußtseins. Der Tauschkomplex.

Die Ablösung der mit den Objekten verbundenen Tauschwertleistungen von diesen Objekten führt zum Bewußtsein einer abstrakten Wertgröße. Dieses Bewußtsein denkt eine nur funktionelle Eigenschaft des Objektes ohne Bezug auf das Objekt. Da es nun aber der praktische Sinn des Geldwertbewußtseins nur sein kann, die laufende Gestaltung der konkreten Tauschverhältnisse zu bewerkstelligen, wird eine besondere Wirklichkeitstreue zu einem weiteren wesentlichen Erfordernis des Inhaltes des abstrakten Tauschwertbewußtseins. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Wirklichkeit aus der Sphäre des abstrakten Tauschwertbewußtseins heraus erfordert deshalb eine innige und dauernde Berührung mit den konkreten Tatsachen, anderenfalls sich weltfremde Konstruktionen oder unzeitgemäße Vorstellungen herausbilden würden, welche durch die wirtschaftliche Wirklichkeit widerlegt werden würden, ohne sie gestalten zu können. Für die Erreichung der Wirklichkeitsnähe wird es zu einer materiellen Notwendigkeit, daß sich mit der idealen Allgemeinheit des Tauschwertbewußtseins die konkrete Anpassung und daran anschließend auch die konkrete Allgemeinheit ihres Inhaltes verbindet.

Die konkrete Anpassung und Allgemeinheit betrifft den Inhalt des in der Form der »idealen« Allgemeinheit auftretenden abstrakten Tauschwertbewußtseins. Das Problem besteht jetzt darin, welche empirischen Grundlagen, welche Tauscherfahrungen als gegenständliche Unterlage des ideal allgemeinen Geldwertbewußtseins in Anspruch genommen werden. Nicht die Abstrahierung des einzelnen Preisfalles, sondern die Berücksichtigung aller Tauscherfahrungen, aller Tauschwertrealisierungen bildet in diesem Falle das Ideal und dementsprechend auch das konkrete Material, welches in die Sphäre der Gedanklichkeit gehoben werden soll. Für diesen Vorgang können wir einige

Merkmale in Anspruch nehmen, welche Gottl für die Beschreibung der wirtschaftlichen Dimension verwendet, wenn er sie bezeichnet als eine sich verdichtende Preiserinnerung, als die gegenständlich gewordene Tradition der Preise, als Preisdurchschnitt, als üblichen Preisstand, fällige Preishöhe usw.⁶⁾ Es ist der dauernde Kontakt mit den Tauschleistungen der Objekte, die unaufhörliche Föhlung mit der Empirie aller Tauschverhältnisse, welche das Material bietet und bieten soll für eine wirklichkeitsgemäße gedankliche Vorstellung der gesamten Tauschwirklichkeit in abstrakten Tauschwertgrößen. In diesen ist eine Unmenge empirischen Erfahrungsmaterials in der Weise zusammengezogen, daß die verschiedenen konkreten Tauschleistungen eines bestimmten Objektes sich verdichten und vereinheitlichen in einer Allgemeinvorstellung von der Tauschleistungsfähigkeit des »betreffenden Objektes«. Es wird sozusagen eine tauschwertige Identitätsbeziehung zwischen allen jenen Gegenständen gestiftet, welche wechselweise eingetauscht werden können durch ein bestimmtes Objekt. Wenn für ein Schaf ein Kalb oder ein Faß Wein oder ein Zentner Korn erhandelt werden kann, so besteht zwischen dem Kalb und dem Wein und dem Korn eine bestimmte Gleichheit, die nicht an ihren äußeren Eigenschaften haftet, sondern einen dynamischen Charakter betrifft, welcher sich im Rahmen der Tauschbeziehungen zu den Schafen entfaltet. Auf Grund dieser Identität der Tauschleistungsfunktion können die genannten Objekte in einem Allgemeinbegriff vereinheitlicht und gedacht werden, welcher ausdrückt eine bestimmte Tauschgröße (das was Gottl mit wirtschaftlicher Dimension meint). Das Größenelement wird in diesem Falle gebildet durch die Objekte, die sich im Tausche vertreten können, wobei es ganz gleichgültig ist, ob unter diesen Objekten speziell Gebrauchswertgrößen vorgestellt werden oder nicht. Es handelt sich an dieser Stelle um nichts weiter als um den konkreten Allgemeinbegriff identischer Tauscherfahrungen. Die weitere Rationalisierung derselben zur reinen Zahl soll später erörtert werden. Jetzt beschäftigt uns nur das Gattungsbewußtsein einer konkreten Objektmenge, die sich in bezug auf Tauschleistungen identisch verhält.

⁶⁾ Ähnlich spricht Bendixen in seinem Buche: »Währungspolitik und Geldtheorie im Lichte des Weltkrieges«, 2. Aufl. München und Leipzig 1919, S. 123, vom Gelde als einer Wertvorstellung als Derivat aller dem Einzelnen bekannten Preise.

Bestimmte Mengen von Gegenständen, welche sich in Tauschentsprechung vertreten können, bilden einen tauschwertig identischen Tauschkomplex. Das oben gebildete Beispiel eines Tauschkomplexes umfaßt die Identität der dort aufgestellten sich in Tauschentsprechung befindlichen gegenständlichen Einheiten: Schaf, Kalb usw. Solcher Tauschkomplexe können die verschiedensten nebeneinander bestehen. In wirtschaftlich primitiven Zeiten bestehen sicherlich auf Grund konventioneller Wertskalen eine Reihe solcher Tauschkomplexe qualitativ selbständig nebeneinander, d. h. ohne tauschwertige Beziehung zueinander ⁷⁾. Je entwickelter die Wirtschaft ist, je länger die Kraft der Rationalisierung an der wirtschaftlichen Gestaltung gearbeitet hat, um so mehr vereinheitlichen sich die qualitativ unterschiedenen und in sich verselbständigten Tauschkomplexe nach dem Prinzip einer bloß quantitativen Abstufung gegeneinander. Zwischen zwei qualitativ unterschiedenen Tauschkomplexen wird dann in der Weise eine Verbindung hergestellt, daß das Vielfache oder Teile der Mengeneinheit des einen Tauschkomplexes die Tauschkraftstärke der anderen vertreten. Der ganze Denkvorgang, der hier zugrunde liegt, ist fundiert durch ein gedanklich wie empirisch weit ausgreifendes Spiel von Permutationen, in Gestalt von immer neuen tauschförmigen Gegenüberstellungen der Gegenstände. Es muß viel geschehen, damit schließlich ein rein quantitativ abgestuftes System von Tauschproportionen das ideal allgemeine Tauschwertbewußtsein erfüllt.

Es kann nicht tief genug verstanden werden, daß der Inhalt des ideal allgemeinen Geldwertbewußtseins in langer Entwicklung aus der Empirie der Tauscherfahrungen erarbeitet werden muß. Die rationale Tendenz, die sich bei der Verarbeitung gerade dieser Art von Erfahrungsmaterial durchsetzt, zielt ab auf die Bildung von quantitativ abgestuften Tauschkomplexen. Für die Erreichung dieses Zieles stehen zwei Wege offen. Es handelt sich allgemein um die tauschförmige Konfrontation aller Objekte, die entweder in der Weise geleistet werden kann, daß jedes Objekt mit jedem konfrontiert wird, oder aber alle mit einem. Im letzteren Falle findet eine Zentralisierung des Tauschwertdenkens statt; sie ist die Erscheinungsform der entwickelten

⁷⁾ Bernhard Laum, *Heiliges Geld*. Tübingen 1924; W. Ridgeway, *The origin of metallic currency and weight standards*. Cambridge 1892.

Verkehrswirtschaft. Die tauschförmige Inbeziehungsetzung aller Tauschobjekte zueinander könnte jedoch auch in durchaus möglicher Weise durch den Umweg endloser Tauschpermutationen aller Objekte mit allen erreicht werden. Diese allseitige tauschmäßige Verbindung wird jedoch technisch leichter hergestellt durch die Tauschkonfrontation aller Objekte mit einem. Erst bei dieser Methode können die Unterschiede in den Austauschverhältnissen aus qualitativ abgestuften Tauschreihen in quantitativ abgestufte systematisiert werden. Ein durch ein bestimmtes zentralisiertes Austauschobjekt, etwa ein Schaf bestimmter Austauschkomplex wird als gattungsbegrifflich zusammengefaßte Tauschwerteinheit gedacht. Das Schaf bildet den Ausdruck eines Wertnenners von bestimmter Höhe, welcher durch den ganzen hinter ihm stehenden Tauschkomplex, d. i. den Inbegriff der verschiedenen gegenständlichen Austauschverhältnisse, definiert ist. Der weitere Schritt besteht dann darin, daß ein solcher Tauschkomplex als Einheit gesetzt wird im Hinblick auf eine zahlenmäßige Verwertung derselben durch Division und Multiplikation. Indem das wirtschaftliche Denken sich in der Richtung des geringsten Widerstands bewegt, steht es unter dem Antrieb, die im Zahlensystem ruhende Kraft der geistigen Ordnung zu benutzen und die qualitativen Unterschiede der Austauschverhältnisse in Variationen von einer feststehenden Einheitsmenge zu denken und durch ein rein zahlenmäßig abgestuftes System verschiedener Tauschkomplexe die Gesamtheit der wirtschaftlichen Tauschvorgänge zu erfassen und zu vollziehen. Mehrzählige Mengeneinheiten oder Teilmengeneinheiten von Schafen vermögen nunmehr alle Stufen von Austauschunterschieden wiederzugeben. Als Problem tritt nun auf die Frage nach der *K o n s t a n z* der zugrunde gelegten fundierenden Einheit, im Falle unseres Beispiels: »eines« Schafes. Die Lösung dieses Problems gehört einem anderen Zusammenhange an. An dieser Stelle gilt es nur zu verstehen, wie die materiale Mengeneinheit eines bestimmten Gegenstandes als sachlicher Repräsentant einer Tauschwerteinheit auftritt, welche in der konkreten Allgemeinheit eines identischen Tauschkomplexes von allerverschiedensten Gegenständen und deren Mengen gedacht wird. Der Begriff des Tauschkomplexes ist ein unvermeidlicher, wenn man das gleichzeitige Ineinsdenken von Sachgrößen und Wertgrößen im Geldwertbewußtsein verstehen will, welches in der Repräsentation

von Wertgrößen durch sachliche Größenmaße einen wahrhaftigen Januskopf zeigt. Man kann die Werteinheiten eben zählen und benennen in den Objekten, welche den Wert tragen, in den sachlichen und mengenhaften Eigenschaften der Wertobjekte, jedoch nicht den Wert aus ihnen apriori ableiten, da er keine immanente gegenständliche Eigenschaft der Wertobjekte bildet.

Erst das gattungsbegriffliche Denken einer Hierarchie von unterschiedlich über- und untergeordneten Tauschkomplexen und die Auflösung der Differenzen der Werthöhe zwischen denselben durch rein quantitative Unterschiede bringt aus dem Gesetz der Denkökonomie heraus die Vorstellung einer in sich geschlossenen Tauschwerteinheit zur Entwicklung, in deren Vielfachen oder Teilen sich alle Tauschverhältnisse darstellen lassen. Diese Tauschwerteinheit bildet das »Element« des konkreten Allgemeinbewußtseins von Tauschwertgrößen. Alles konkrete Allgemeindenken von Tauschverhältnissen ist aus diesem Element als seinen Teilen gebaut. Die individuellen Differenzierungen der Tauschkomplexe werden durch »Mengen«differenzen in der Zahl der elementaren Tauschwerteinheiten ausgedrückt. Ein besonderes Problem bietet in diesem Falle die logische Entwicklung, die das »Element« durchmacht. In den früheren Beispielen wurde mit der elementaren Einheit eines Viehwerthes »Schaf« gearbeitet. Schon Turgot hat in dem angeführten Zitat darauf aufmerksam gemacht, wie das Schaf als Tauschwerteinheit einen Verselbständigungsprozeß durchmacht, der das mit ihm verbundene Tauschwertbewußtsein schließlich vollkommen der realen Tauschkraft eines konkreten Schafes von durchschnittlicher Güte entfremdet. Es ist bezeichnend für das Wesen des Geldwertbewußtseins und ein besonders für metallistische Auffassungen zu beachtender Tatbestand, daß zwar genetisch die Ausbildung der objektiven Allgemeinvorstellung von einer elementaren Tauschwerteinheit sich der konkreten Tauscherfahrungen mit bestimmten Objekten, wie Vieh, bedient und sich an diesen Erfahrungen inhaltlich erfüllt; im weiteren Verlaufe aber verselbständigt sich das Denken eines ursprünglich durch einen konkreten individuellen Tauschkomplex repräsentierten allgemeinen Tauschwertes von bestimmter Größe. Selbst wenn dieser konkrete Tauschkomplex sich bereits in allen seinen Relationen gewandelt haben mag, wenn ein Schaf inzwischen in seiner Tauschkraft anders eingeschätzt wird, oder wenn die Güter,¹ die es

anfänglich ertauschen konnte, mittlerweile an Tauschkraft gewonnen oder verloren haben, also sich nicht mehr gegen ein Schaf tauschen lassen, in diesem Falle lebt die ursprüngliche Tauscherfahrung selbständig weiter als das Bewußtsein einer bestimmten Tauschgröße oder Tauschintensität, wenigstens kann sie vermöge ihrer Selbständigkeit als ideal allgemeiner Gedanke so weiter leben.

Es zeigt sich, daß auch dem konkreten Allgemeinendenken eine Fähigkeit zur A b s t r a k t i o n innewohnt, welche aber nicht, wie bei dem idealen Allgemeinendenken eine Abstraktion von der konkreten Wirklichkeit betrifft, sondern eine Abstraktion von den individuellen Eigenschaften der Gegenstände. Der konkrete Allgemeinbegriff vom Tisch als Gattungsexemplar, dem alle Tische untergeordnet werden können, enthält ein Gemeinsames, in dem sich alle Tische gleichen, so sehr sie sich im einzelnen unterscheiden mögen. In dieser Weise kann durch Abstraktion von den individuellen Differenzen ein Gattungsbegriff vom Tische gebildet werden, der außer Betracht läßt, wodurch die konkrete Erscheinung des Tisches im Einzelfalle bestimmt wird, und der ein offenes Gefäß ist, welches alles, was jemals an konkreten Tischen vorkommt, aufzunehmen, d. h. zu begreifen vermag. In diesem Gattungsbegriff ist der Tisch rationalisiert worden zu einer festen Größe mit bestimmten Merkmalen. Es handelt sich um die begriffliche Festlegung eines minimal zu reichenden Merkmalskomplexes in einer begrifflichen Einheit. Der Gattungsbegriff als Träger der gemeinsamen Merkmale einer konkreten Wirklichkeit ist eine Funktion des Einheitsdenkens. Und diese Funktion des Einheitsdenkens wirkt sich auch im Geldwertbewußtsein aus. Im Beispiele der Schafwährung handelt es sich nun nicht um den Gattungsbegriff vom Schafe, sondern um den minimal zureichenden Gattungsbegriff einer bestimmten Tauschwertgröße alias Tauschkomplex. Ein Komplex konkreter Tauschwertgrößen ist in ihm verselbständigt und führt ein ideales Eigenleben in Gestalt einer gattungsbegrifflichen Vorstellung, welche ein offenes Gefäß darstellt für alle gewesenen und kommenden empirischen Tauschrelationen, für immer neue und wechselnde konkrete Objektqualitäten und -quantitäten, deren Gemeinsames darin besteht, daß sie eine bestimmte Tauschgröße repräsentieren. Es gibt jedoch kein anderes Kriterium für die Bestimmtheit dieser Tauschgröße, für die Erfassung ihrer eigentüm-

lichen Höhe, als den autonomen Gattungsbegriff von verschiedenen Gütern und Güterquantitäten, die sich identisch vertauschen. Keinerlei empirische Maßstäbe lassen sich finden, um im ewigen Wechsel der Tauschrelationen, in anderer als der genannten Weise den Beweis und die Anzeichen für das Bewußtsein von einer bestimmten Höhe derselben zu liefern.

Die den Tauschverkehr regulierende Wertvorstellung und ihr Element, die Geldwerteinheit, existiert nur im Geldwertbewußtsein und ist seine Schöpfung. Die individuellen Tauschkomplexe haben dazu gedient, das Erfahrungsmaterial für die bestimmten gattungsbegrifflich vereinheitlichten Größenvorstellungen von Tauschwerten zu liefern; und nachdem diese Größen und ihr Element Autonomie d. i. Abstraktheit und Selbständigkeit im idealen Denken erlangt haben, können sie weiterbestehen ohne individuelle Beziehung zu bestimmten realen Tauschkomplexen. Ein solch autonomes Bewußtsein einer bestimmten Tauschwertgröße kann nunmehr auch einen selbständigen Namen erhalten; es kann Mark oder Franc oder Lire genannt werden. Es wird damit auch sprachlich als abstrakte autonome Gedankengröße symbolisiert, deren hervorstechendster Wesenszug in der Unabhängigkeit von der konkreten Wirklichkeit der Tauschkomplexe besteht, welche nun mittels dieser abstrakten Tauschwertgrößengedanken gestaltet werden können.

Auch Gottl hat diesen Charakter der Autonomie des Wertdenkens im Sinne seiner Ablösung von der Objektbasis vielseitig herausgearbeitet. Die speziell dem Geld anhaftende Tauschverfügbarmacht stellt er als ein »bloßes« Ausmaß von Tauschverfügbarmacht der wirtschaftlichen Dimension gegenüber (l. c. S. 156/57). Dem Gelde haftet nicht, wie den Objekten, »eine« bestimmte charakteristische Zahl an, sondern gleich ein ganzer Zahlenfächer, der nach allen Objekten zugleich ausstrahlt. Das Geld hat nicht wirtschaftliche Dimension, sondern wirtschaftliche Dimensionalität. Der Ausdruck Dimensionalität drückt nichts weiter aus, als einen höheren Grad von Allgemeinheit gegenüber der individuellen objektiven Begrenzung des in der wirtschaftlichen Dimension sich darstellenden Denkens von Tauschwerten in bezug auf ein bestimmtes Objekt. Doch verweilt Gottl gerade bei diesem für das Geldwertbewußtsein entscheidend wichtigen Tatbestande einer äußersten gattungsbegrifflichen

Verallgemeinerung nicht lange. Für ihn ist der Ausgangspunkt nicht das Geldwertbewußtsein, sondern das sich auf die einzelne Ware erstreckende Tauschwertbewußtsein (wirtschaftliche Dimension). Durchaus atomistisch denkt Gottl das wirtschaftliche Tauschwertbewußtsein. Er überträgt sozusagen das isolierte Tauschwertdenken früherer Zeiten analogisch in die Verkehrswirtschaft. In dieser herrscht aber nicht autonom die wirtschaftliche Dimension, sondern diese ist hier zu verstehen als eine heteronome Manifestation des umfassenden Geldwertbewußtseins, des systematischen Denkens in »Tauschkomplexen« und ihrer hierarchischen Einheit. Nicht stellt es, wie Gottls Begriff der Dimensionalität des Geldes es verstehen möchte, eine Summation von wirtschaftlichen Dimensionen, d. h. atomisierten Tauschwertbewußtseinsakten in Gestalt verselbständigter und generalisierter Tauschschicksalserfassungen der Einzelwaren dar. Von dem Verständnis des Begriffs vom »Tauschkomplexe« als der logischen und faktischen Voraussetzung dessen, was Gottl wirtschaftliche Dimension nennt, hängt in diesem Falle vieles ab. Der fragliche Tatbestand soll deshalb im folgenden einer weiteren Analyse unterzogen werden.

3. Die Stufen der Abstraktheit des Geldwertbewußtseins. Kritik des Nominalismus und der Zeichengeldtheorien.

Die Gattungsbegriffsbildung ist das Ergebnis eines Abstraktionsvorganges. Der abstrahierenden Tätigkeit sind im Grunde keinerlei Schranken gezogen. Sie läßt sich stufenweise verwirklichen, bis zu dem Punkte, wo nur noch das Nichts übrig bleibt. Sie kann das Bewußtsein vollkommen entleeren. Auch der Tatbestand des Geldes im Sinne von Geldwertbewußtsein erscheint in sehr verschiedenen Formen des Abstraktionsgrades. Wir wollen jetzt dieser Stufenleiter gradweise vorgetriebener Abstraktionen im Geldwertbewußtsein nachgehen.

Alle Abstraktion trennt und beseitigt. Indem sie in der richtigen Weise dieser ihrer Funktion obliegt, erfüllt sie die entscheidenden Bedingungen für das Bewußtsein und Bewußthaben »allgemeiner« Begriffe. Wir haben erörtert, wie die Abstraktion einerseits durch die Ausschaltung der Konkretheit, d. i. Wirklichkeit des »Daseins in der sinnlichen Wahrnehmung«, die Gegenstände hinaufhebt und freimacht zur Autonomie einer idealen Allgemeinheit

und Geltung. — In anderer Weise ermöglicht sodann die abstrahierende Tätigkeit das Zustandekommen konkreter Allgemein- oder Gattungsbegriffe. Indem sie eine Gruppe von Gegenständen, Beziehungen oder auch Wertgrößen in einem einzigen Begriffe vereinigt, muß sie abstrahieren und absehen von allen denjenigen Merkmalen, in denen sich diese Gegenstände unterscheiden. Was übrig bleibt, sind nur noch die »gemeinsamen« Eigenschaften oder Merkmale. So wird z. B. im Begriff des Säugetiers ein Stück Tierwelt zusammengefaßt, ohne daß dabei der speziellen Unterschiede zwischen den einzelnen in Frage kommenden Tieren, den Walfischen, Affen usw., gedacht würde. Der mit dem Säugen verbundene Fortpflanzungsvorgang von Lebewesen bildet hier das gemeinsame Merkmal. Man kann es verbinden mit den verschiedensten Tierarten, auch mit einem ganz bestimmten individuellen Tiere. Genau der gleiche logische Vorgang spielt sich ab bei der gattungsbegrifflichen Vereinheitlichung des Inhaltes vom Geldwertbewußtsein. Dieser umfaßt eine Tauschwert-Größe von bestimmter Höhe, wie sie an einem Komplex von sich gleichwertig, gleich hoch austauschenden Objekten wahrgenommen wird. Dieser Wahrnehmungskomplex wird also in dem, was ihm gemeinsam ist, nämlich in der gleichen Tauschkraft, die übereinstimmend den verschiedensten Gegenständen anhaftet, begrifflich in eins gedacht. Die Bestimmtheit der Höhe dieser Austauschverhältnisse ist gegeben in einem System oder Komplex tauschwertig vertretbarer Güterquantitäten. Ihrer technischen Quantität nach sind diese Güter nicht identisch — ein Schaf ist nicht gleich 10 Sack Korn —, wohl aber der Tauschentsprechung nach. Das Gemeinsame ist die Tauschkraft oder Tauschkraftgröße. Diese begründet eine logische Wertäquivalenz, die geeignet ist, den Inhalt des Gattungsbegriffes einer bestimmten Austauschgröße zu bilden. Die ganze Skala der verschiedenen Austauschgrößen in der wirtschaftlichen Wirklichkeit wird durch das Geldwertbewußtsein auf jeder Stufe in einem die spezielle Austauschgröße der einzelnen Stufen umfassenden Gattungsbegriff erkannt. Das Geldwertbewußtsein setzt sich infolgedessen aus einem System von Gattungsbegriffen zusammen, von denen jeder eine bestimmte Stufenhöhe darstellt. Diese Vielheit von Gattungsbegriffen der verschiedenen Austauschhöhen wird wiederum durch das Medium des auf bloße Zahlenförmigkeit

reduzierten Ausdrucks von den Stufenunterschieden untereinander verbunden. Das Prinzip des Aufbaues der Zahlenreihe aus der Einheit wird zu dem tragenden Band, welches die gattungsbegrifflich erfaßten Sphären verschiedener Austauschverhältnisse zueinander in vergleichbare Beziehungen setzt, und den Sinn der Rangordnung der Austauschverhältnisse festlegt in einer Ueber- und Unterordnung, deren hierarchisches Prinzip in einem »Mehr-Weniger« sich darstellt. Damit ist die einfachste Form der Wertvergleiche gefunden worden. Es gibt eine Tauschwertseinheit, Mehrfache oder Teile derselben.

Der einen Komplex korrespondierender Güterquantitäten oder Leistungsquantitäten umfassende Gattungsbegriff einer »bestimmten« Tauschwertgröße (etwa 3 Mark) präsentiert einen begrifflichen Inhalt vermöge einer Art Durchschnittsbewußtsein von einer in einer bestimmten Hinsicht übereinstimmenden gegenständlichen Mannigfaltigkeit. Es registriert nicht in anschaulicher Weise die einzelnen gleichwertigen Tauschereignisse, sondern stellt eine Art Verschmelzung dieser her, einen Extrakt, der nur das Identische hervortreten läßt, zugleich aber doch die verschiedenen tatsächlichen oder möglichen Austauschakte, in denen es sich realisiert, in der Intention mitumfaßt, d. h. sie nicht anschaulich darbietet, sondern nur als ein schwer zu beschreibendes Durchschnittserlebnis ohne anschaulichen Gehalt bewußt hat. »Bewußtheit« (N. Ach) oder »Bewußtseinslage« (Marbe) sind Ausdrücke, welche die moderne Psychologie zur Beschreibung solcher unanschaulichen Bewußtseinserlebnisse von anschaulichen Gegenständen anwendet. Man würde den Begriff der Tauschwertgröße nicht recht verstehen, wenn man in ihm die Intention auf die das Größenverhältnis darstellenden Gegenstandsbestimmtheiten qualitativer oder quantitativer Art über sähe. Die Tauschwertgröße schwebt nicht über den Gegenständen, sie ist vielmehr nicht von ihnen zu trennen, obschon das Bewußtsein von diesen Gegenständen kein anschauliches, sondern nur ein intentionales ist.

Die Unmöglichkeit oder vielleicht die vorläufige Unmöglichkeit, einen Komplex von unbestimmt vielen gegenständlichen Verschiedenheiten und von wahllos verschiedenen Gegenständen gattungsbegrifflich als Identität zu denken in Beziehung auf die

Identität und Vertretbarkeit im Austausch, sehen wir als die persönlich-psychologische Grundlage des Entstehens der sog. nominalistischen und z. T. auch Zeichengeldtheorien an. In diesen Geldauffassungen wird die Abstraktion in einer unstatthaften Weise fortgesetzt über die Notwendigkeiten der gattungsbegrifflichen Erfassung hinaus. Damit wird eine Entleerung des Geldbegriffes erreicht, welche zu einem Widerspruch führt, der zwar nicht in der logischen Unmöglichkeit der Denkoperation besteht, wohl aber in Gegensätzen zur Wirklichkeitsgemäßheit. Die logische Struktur der nominalistischen Wertauffassung ist die der Fiktion, der prinzipiellen Wirklichkeitsfälschung. Eine solche kann und muß oft vollzogen werden. Sie stellt einen logischen Akt dar, welcher einwandfrei ist. Der Fehler entsteht erst in dem Augenblicke, wo dieses Denkgebilde nicht als Fiktion erkannt und als solche ausgegeben wird, sondern wo sie als Realität verwendet wird, sei es in der Theorie, sei es in der Praxis. Es muß durchaus verstanden werden — gleichsam im Sinne von negativen Grenzbegriffen für das wahrhaftige Geldwertbewußtsein —, daß der juristisch-chartale Geldbegriff sowie auch die äußere schematische alltägliche Geldrechnung und Kalkulation, reine Fiktionen darstellen, d. h. Wirklichkeitsfälschungen, die sofort zutage treten, wenn das Geldwertbewußtsein im wahrhaftigen Sinne Wandlungen durchmacht. Dann gibt es Konflikte zwischen Gläubigern und Schuldern, sowie Unterbilanzen infolge wirklichkeitsungemäßer Kalkulationen. Und alle diejenigen Geldtheorien, welche sich die Sache dadurch leicht gemacht haben, daß sie die fiktiven Geldvorstellungen des staatlichen und teilweise auch wirtschaftlichen Alltags zum Gegenstande der Erkenntnis zwecks Gewinnung eines Geldbegriffes nehmen, müssen den Einwand gegen sich gelten lassen, daß sie eine Fiktion als Realität ausgeben.

Die große Schwierigkeit des gattungsbegrifflichen Wertdenkens im Geldwertbewußtsein hat sich uns ergeben in der logischen Notwendigkeit, die heterogensten Gegenständlichkeiten einheitlich miteinander zu verschmelzen, ein Bewußtsein von ihnen zu haben, welches nur von der anschaulichen Gegebenheit dieser Verschiedenheiten abstrahiert, sie sonst aber in der Intention unanschaulich implicite bewußt zu haben. Es gilt nicht, diese Verschiedenheiten auszulöschen, sondern sie als Einheiten zu denken, und zwar als einen Komplex, als einen Inbegriff von

Identischem. Wie die Sonnenstrahlen die verschiedensten Gegenstände beleuchten und sie dadurch in bezug auf Helligkeit identisch machen, so durchleuchtet auch die Identität der Austauschmöglichkeit die sachlichen Verschiedenheiten der identisch austauschbaren Gegenstände. In diesem Identitätsbewußtsein, welches aber nicht in derselben Weise wie bei der Sonne auf eine außerhalb liegende identische Größe, einen Sonnenmittelpunkt, bezogen werden kann, liegt die besondere Schwierigkeit des logischen Vollzugs des Geldwertdenkens. Das Identische ist hier von anderer Strukturbeschaffenheit, als die materiellen Gegenstände es sind, die es auf die Stufe der Vertretbarkeit erhebt. Gerade hierdurch entsteht die Gefahr, die Abstraktion im Geldwertbewußtsein zu übertreiben und die intentionale Bewußtseinsbeziehung zu den fundierenden Gegenständen und Trägern des Tauschwertes ganz auszumerzen. Man kann diese Abstraktion wie gesagt logisch einwandfrei vollziehen, aber was erhält man dadurch?

Wenn gerade die »Größe« der Austauschverhältnisse sich in den Gegenstandsmengen (objektiv technischen oder subjektiven Gebrauchswertmengen, das ist praktisch völlig einerlei) darstellt, so bleibt nach Abstraktion von der Bewußtseinsintention auf diese realen Grundlagen nur das Bewußtsein einer Größe an sich (Zahl) übrig, einer Größe, bei welcher der Nenner abstrahiert wurde. Wenn ich ein Schaf und einen halben Sack Korn auf zwei Wagschalen lege und finde, daß sie gleich schwer sind, so kann ich an dieser Beobachtung den Begriff einer bestimmten Gewichtsgröße bilden. Ich kann aber diese Gewichtsgröße nur durch das Schaf und durch den halben Sack Korn denken und darstellen. Abstrahiere ich von dem Schaf und dem Korn, so bleibt mir die reine Identität übrig, d. h. nichts, wodurch ich die Gewichtshöhe definieren könnte. Genau so liegt es beim Geldwert, wenn man von den sachlichen Grundlagen, den konkreten Austauschverhältnissen absieht. Was bleibt, ist die Identität einer Zahl mit sich selbst. Mit dieser allein gerechtfertigten krasen Konsequenz pflegen nun die Geldbegriffe der nominalistischen Geldpraxis und Geldtheorie nicht aufzutreten. Sie verschleiern sich den wahren Sachverhalt dadurch, daß sie den entleerten Begriff bereits wieder anfüllen mit etwas anderem. Die staatlich proklamierte Geltung als Schuldentilgungsmittel bildet einen solchen Ersatzinhalt, dessen Ersatzcharakter sofort hervortritt, wenn man bedenkt, daß diese Art Geltung nur dann wirk-

lich wird, wenn sie mit einem allgemein tauschfähigen Gelde verbunden wird. Sie kann zu der eigentlichen Geldleistungsfunktion, wie sie sich im Tauschwert darstellt, hinzukommen, aber nicht diesen ersetzen. Sie kann so tun, als ob der Tauschwert als solcher nicht bestände; an der Tatsache, daß er die Funktionsvoraussetzung für die proklamierte Geltung bildet, kann die wirtschaftsfremde Vogel-Strauß-Politik nichts ändern.

Eine solche unwirkliche Abstrahierung von den wesentlichen Bewußtseinstatsachen des Geldwertbewußtseins könnte nicht entstehen und in verschiedenen Formen durchgeführt werden, wenn nicht dem Geldwertbewußtsein ein realer Träger entspräche, ein objektives Tauschmittel, das unter dem Namen Geld zirkuliert und die Austauschvorgänge vollzieht. Davon wird noch ausführlich zu sprechen sein. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, wie es in der Regel das konkrete Geldtauschmittel ist, welches zu den unzureichenden Analysen und übersteigerten Abstraktionen bei der Darlegung des Geldwertbewußtseins den Anlaß bietet. Das Geldwertbewußtsein, so wie es geschildert wurde, verbindet sich naturgemäß mit dem objektiven Tauschmittel, als dem Realisierungsmittel seiner Erfahrungsgrundlagen (Ziffer III), welches die Austauschakte vollzieht und die Austauschgrößen anschaulich zur Darstellung bringt. Wenn nun also eine absolute Abstraktion von den konkreten Austauschverhältnissen vollzogen wird, so kann man dieselben noch kurz vor dem Nichts der zahlenförmigen Identität, zu der sie führt, zum Stillstand bringen, indem man genau noch den sich allgemein vertauschenden realen Geldgegenstand ins Bewußtsein hereinläßt. Die Theorie und vor allem auch die Praxis machen von dieser Abstraktion häufig Gebrauch. Aber es besteht in diesem Falle kein Geldwertbewußtsein mehr, sondern nur noch ein Bewußtsein vom konkreten Tauschmittel und seiner Stückelung. Dabei ist die intentionale Beziehung zu der Tauschkraft desselben, also zu den Komplexen eintauschbarer Gegenstände aufgehoben, eine zwar unwirkliche, aber logisch mögliche Geisteshaltung. In sehr interessanter Weise wird nun eine Korrektur eines solch grundlegenden Verzichts wieder angebracht und damit der Schein einer gewissen Wirklichkeitsnähe erreicht. Das unmittelbare Tauschgrößenbewußtsein hat man aufgegeben, aber bei der nackten Realität der Münze will man auch nicht stehen bleiben. Diese

wird nun zum Zeichen für etwas, was nicht sie selbst ist, sondern für etwas außer ihr Befindliches, mit welchem sie in irgendeinen Zusammenhang gebracht werden kann. Das ist in der verschiedensten Weise möglich. Die reale Geldgestalt kann zum Zeichen von konkreten Leistungen werden, oder auch zum Zeichen gesetzmäßiger Zusammenhänge, für welche eine unmittelbare genetische Beziehung zum Gelde nicht nachweisbar ist. So ist das Geld beispielsweise ein Zeichen und eine Anweisung für eine vorleistende und empfangende Beteiligung am Sozialprodukt, nach Möglichkeit, Form und Ausmaß. In solcher Betrachtung ist der phänomenologische Tatbestand des Geldwertbewußtseins und die ganze phänomenologische Problemstellung verlassen worden. Es handelt sich nicht mehr um das Geldwertbewußtsein, sondern um eine von außen herantretende Fremdbeobachtung der Geldfunktionen, wie sie dem Unbeteiligten erscheinen, der das Ganze der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu erkennen strebt. An einer solchen interpretativen Geldtheorie kann von seiten der Phänomenologie des Geldwertbewußtseins keine Kritik geübt werden, da es sich hier nicht um Tatbestände handelt, die im Bewußtsein der Beteiligten angetroffen werden⁸⁾.

Von dieser Art einer Zeichengeldtheorie ist zu scheiden jene Theorie und Praxis, welche im Gelde nur eine Rechenmarke erblickt. Hier kommt im Grunde die verflachte Vorstellung des alltäglichen Geldrechnens zum Vorschein. In der Münzziffer liegt das Zeichen, der symbolische Ausdruck einer bestimmten Geldwertgröße von echtem Gehalt vor. Für denjenigen, der mit diesen Größen rechnet, wäre es eine überflüssige Kraftanstrengung, wenn er jedesmal die einzelne Ziffer in ihrer vollen Bedeutung

⁸⁾ Diese Theorien gelangen in dem Augenblicke wieder in den Bereich der phänomenologischen Tatbestände, wenn sie die Fragen des Geldwertes aufwerfen und diese Fragen in der Regel mit Hilfe des Begriffes der Kaufkraft der Einkommenseinheit zu lösen versuchen (Liefmann, Schumpeter). Im Verhältnis zu den Ausführungen im Texte muß hier darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Problem der Entstehung und des Inhaltes des Geldbewußtseins zu scheiden ist von dem Problem seiner aktuellen Verwendung und Funktion in der Tauschpraxis. Die Einkommensverwendung setzt das Geldwertbewußtsein voraus, bildet es nicht. Nur Antriebe zur Aenderung der Austauschrelationen und damit indirekt zu einer möglichen Aenderung des rein abbildend verfahrenen Geldwertbewußtseins lassen sich aus der Dynamik der Einkommensverwendung herleiten. Auf diese Probleme wird in einem späteren Abschnitte, der von den aktuellen Momenten des Tauschwertbewußtseins handelt, eingegangen werden.

als reale Tauschgröße denken wollte. Er abstrahiert von der eigentlichen Tauschwertbedeutung und zählt nur Zahlen zusammen. Bestimmte Funktionsverwendungen des Geldes erlauben eben, daß man, indem man sie vollzieht, nicht das volle Wesen derselben erfaßt, wie der Buchhalter nicht notwendig die Gründe und Tragweite der Geschäfte, die er bucht, zu kennen braucht. Nur ist es nicht angängig, auf einem solchen zeitweilig verflachten Geldbewußtsein des Alltagslebens einen vollgültigen Begriff vom Gelde aufzubauen.

In anderer Weise kann man nun schließlich nochmals die Abstraktion in Sachen des Geldtatbestandes übersteigern, indem man auch noch von der Konkretheit der Münze absieht und nur deren *N a m e n* bestehen läßt. In diesem Stadium der Abstraktion befindet sich in der Regel wohl auch der eben beschriebene reine Geldrechner. Der Name Mark oder Franc ist der notwendige sprachliche Ausdruck, wie ihn jeder selbständige Gedanke verlangt. Von dem Bewußtsein eines solchen Namens spinnen sich dann die Gedankenfäden zu der Bedeutung als Tauschwertgröße. Der Name kann als sprachliches Anzeichen für die Bedeutung, auf die er in Gestalt eines Lautzeichens hineinweist, verstanden werden. Man kann jedoch auch den Lautkomplex des Namens gegen die Bedeutung isolieren. Das wäre dann der äußerste Nominalismus, der reine Name ohne Begriff. Auch diese Form kann praktisch werden und Bestandteil einer Theorie, die das Wesen des Geldes nach den Formen erklärt, in denen es sich der Staat leicht macht, wenn er Vergangenheit und Zukunft der Schuldverhältnisse regelt oder wenn er als Währungsemissionsstelle das am Gelde regelt, was seinem Einflusse zugänglich ist, insbesondere dem Kinde einen Namen gibt, wobei er nur den Namen, aber nicht das Kind in die Welt setzt. Alles dieses liegt an der Peripherie des eigentlichen Geldtatbestandes, sei es des phänomenologischen, sei es des sozialökonomisch interpretierten, und kann deshalb nur zu einer »akzessorischen«, nicht aber »valutarischen« Definition des Geldes ausgewertet werden.

So ergibt sich denn, daß es eine *e c h t e A b s t r a k t i o n s t ä t i g k e i t* in der Entwicklung des Geldwertbewußtseins gibt, welche eine Erfassung von Tauschwertgrößen in idealer und konkreter Allgemeinheit ermöglicht, neben einer Reihe *u n e c h t e r A b s t r a k t i o n e n*, welche zur Entleerung des Geldbegriffes und des wahren Geldwertbewußtseins führen, einer Entleerung,

welche die Wahl hat zwischen der Identität der reinen Zahl und einem Wirklichkeitswiderspruch, weil von der Hauptsache abstrahiert wird, ohne daß diese aufhört, den eigentlichen Hintergrund der abstrakten Verwendung zu bilden. Allein die »sozial-ökonomische Interpretation« mit ihrer Perspektive der Gesamtausgleichäquivalenz von Sozialprodukt und Einkommen kann den entleerten Geldbegriff mit Inhalten erfüllen, welche den Tatsachen der phänomenologischen Analyse gleichwertig sind, ohne sie ersetzen zu können.

Ehe wir uns zu den anderen Seiten des Geldwertbewußtseins wenden, mögen im Interesse der logischen Klarheit die zwei ganz verschiedenen Arten von echter Abstraktheit, welche im Geldwertbewußtsein sich vorfinden, einander gegenübergestellt werden. Abstraktheit im Sinne der Identität und Autonomie des Geldwertbewußtseins bedeutet Freiheit von der konkreten Existenz der Erscheinungen; Abstraktheit im Sinne der gattungsbegrifflichen Form des Inhalts des Geldwertbewußtseins bedeutet Freiheit von den individuellen Erscheinungen, in denen eine bestimmte Tauschwertgröße konkret nach Objekten differenziert auftreten kann. Erstere betrifft die Form der Existenz, letztere die Form des Inhalts des Tauschwertbewußtseins. Erstere begründet eine Autonomie des geistigen Seins einer konkreten Wirklichkeit, letztere begründet das rationale Sein einer Gattungsgröße. In idealer Allgemeinheit können konkrete Einzelercheinungen auftreten, in konkreter Allgemeinheit nur gattungsmäßig zusammengefaßte Vielheiten von Einzelercheinungen. Das Gemeinsame der letzteren wird gewonnen durch Abstraktion von den individuellen Differenzen, welche innerhalb des realen Tauschkomplexes in den konkreten Objekten und konkreten Objektmengen das Bild seiner konkreten Mannigfaltigkeit begründen, trotzdem sie im Austausch jeder dieselbe bestimmte Tauschgröße verwirklichen, indem sie zu ihr ausgetauscht werden. Es muß nun verstanden werden, daß die ideale und konkrete Allgemeinheit in untrennbarer Weise zusammenwirken, daß die letztere sogar durch die erstere bedingt und möglich gemacht wird. Im tiefsten Sinne sind beide sogar identisch; sie stellen dasselbe Phänomen auf verschiedenen Seinsstufen dar. Bei der konkreten Allgemeinheit handelt es sich letzten Endes um eine rationale Bearbeitung dessen, was in der idealen Allgemeinheit geistig gegeben ist, eine

Bearbeitung, die aber in diesem Falle grundsätzlich nicht an das geistige Sein anknüpft, sondern induktiv aus den Erscheinungen der Wirklichkeit das Gemeinsame derselben abstrahiert.

Der hier angedeutete Gegensatz kann vielleicht am besten durch die Gegenüberstellung von zwei Philosophenschulen erläutert werden. Sowohl die von Franz Brentano und Husserl betriebene Philosophie wie die von Rickert und Windelband ausgebildete Methodologie haben in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen das Phänomen des Allgemeinbegriffes gestellt. Unschwer läßt sich erkennen, daß wir im ersten Teile unserer Betrachtungen im Geiste der Husserlschen Phänomenologie verfahren sind, während wir bei Erörterungen der konkreten Allgemeinheit die Untersuchungen größtenteils auf der Ebene der Windelband-Rickertschen Methodenlehre betrieben haben. Es handelt sich in diesem Falle um zwei durchaus verschiedene Denkhaltungen, was schon aus der Verschiedenheit der Ergebnisse hervorgeht. Wir führten schon aus, daß selbst für die Herausbildung des idealen Allgemeinbewußtseins und seiner Autonomie gegenüber aller Konkretheit die Kraft der Rationalität eine wichtige Hilfe darstellt, daß aber das ideale Bewußtsein jenseits aller Rationalität liege, ja dieser gegenüber sich auf gehobener Stufe befinde, eine rein geistige Seinsart darstelle, welche im Sinne eines rationalisierten Gedankeninhaltes dem rationalen Gedanken nicht als Begriffsmaterial zugesprochen werden kann. Während die allgemeine Idee eines Gegenstandes, z. B. des Tisches, aus dem Bewußtsein eines einzelnen solchen Gegenstandes entwickelt werden kann und auch normalerweise nur aus ihm entwickelt wird, kann die begrifflich-rationale Durchdringung dieser Idee und ihrer Erfassung in einem Gattungsbegriff nicht der Beschäftigung mit den mannigfaltigen konkreten Erscheinungen derselben (d. i. den verschiedenen Tischen) entraten. Das rationale Denken kommt auf anderem Wege zu demselben Resultat, indem es den Inhalt der Idee sozusagen stückweise zusammensetzt, aus den konkreten Objekten als das ihnen allen Gemeinsame. Das begriffliche Denken baut sich das Bewußtsein vom Gegenstande in allen seinen Einzelheiten erst auf. Nur so kommt es zu einer Erfassung derselben. Die konkrete Allgemeinbewußtheit ist die »begriffene« ideale Allgemeinbewußtheit. Dieses Begreifen erstreckt sich jedoch nur auf den Inhalt, die Form bleibt die geistige der idealen Allgemeinheit. Nur sie

verhilft dem begriffenen, rationalen Tauschwertinhalt und seiner Größenvorstellung zur Autonomie.

Beim idealen Allgemeinbewußtsein »eines« Tauschwertvorganges kann sich das Bewußtsein einer bestimmten, selbständigen Tauschwertgröße natürlich auch bilden. Es zeigt sich jedoch, daß die Wirtschaft darüber hinaus einer Rationalisierung derselben bedarf, indem sie sich aus Gründen der Wirklichkeitsgemäßheit die Vorstellung einer bestimmten Tauschgröße aus der konkreten Wirklichkeit erarbeiten muß als eine Durchschnittsgröße, in welcher das Gemeinsame der fortlaufend konkreten Einzelerfahrungen verarbeitet ist. Das macht die Aufrechterhaltung eines dauernden Kontaktes mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit notwendig. Dieser Kontakt brauchte nicht aufrechterhalten zu werden, wenn das Geldwertbewußtsein nur die Aufgabe hätte, Tauschwertgrößen und Tauschwertunterschiede an sich und überhaupt zu denken und festzuhalten. Für die Wirtschaft aber ist es nicht ausreichend, daß die Menschen die Fähigkeit haben, überhaupt Wertunterschiede und Wertinhalte denken zu können, sondern es ist von entscheidender Bedeutung die Wahl der Einheit, d. h. ihre Festlegung in einer »konkreten« Größe. Nicht Tauschwerteinheiten überhaupt, sondern Tauschwerteinheiten von bestimmter wirklichkeitsgemäßer Größe zu denken, das ist die spezielle Leistung der konkreten Allgemeinfunktion im Rahmen des wirtschaftlich funktionierenden Geldwertbewußtseins, und hierin liegt auch begründet, daß das Geldwertbewußtsein der freien Verkehrswirtschaft niemals von einem realen Tauschträger, von einem konkret zirkulierenden Tauschobjekt praktisch sich loslösen kann, wenn es nicht das Opfer seiner Wirklichkeitsgemäßheit bringen will.

III. Die Vergegenständlichung des Geldwertbewußtseins in Objekten.

1. Das Geld als Tauschmittel und als Tauschträger.

Mit dem Worte Geld pflegt man unmittelbar meistens nicht das Geldwertbewußtsein zu bezeichnen, sondern das zirkulierende reale Tauschmittel, welches mit der staatlichen Sanktion umkleidet, auch noch in der erweiterten Funktion als »rechtsgültiges

Zahlungsmittel« für eine wirtschaftliche Wertübertragung im allgemeinsten Sinne legitimiert wird. Dieser Begriff der wirtschaftlichen Wertübertragung bedeutet nicht, daß es sich um eine Wertübertragung zu wirtschaftlichen Zwecken allein handelt, sondern daß wirtschaftliche Werte übertragen werden, was zu wirtschaftlichen Zwecken, wie auch außerwirtschaftlichen Zwecken geschehen kann. Zu letzteren gehören beispielsweise Kriegskontributionen, Steuerleistungen, welche nicht der Erreichung wirtschaftlicher, sondern staatssoziologischer Aufgaben dienen. Alle diese über die Tauschwertosphäre hinausliegenden Uebertragungen wirtschaftlicher Werte sowie die ebenfalls akatallaktischen, außertauschmäßigen »wirtschaftlichen« Wertübertragungen in Gestalt von Darlehen und ihrer Zurückzahlung bilden keinen Bestimmungsgrund des Geldwertbewußtseins. Wenn man sich das klar macht, wird man sich über die Rangordnung der vom konkreten Gelde erfüllten bzw. ihm durch den juristischen Begriff des »Zahlungsmittels überhaupt« zugemuteten Funktionsleistungen nicht im Zweifel befinden. Soweit man den Begriff des Geldes auf das Geldwertbewußtsein aufzubauen sich entschließt, kommt von den konkreten Geldfunktionen nur die zirkulatorische Funktion als allgemeines Tauschmittel in Betracht. Die übrigen Funktionen gründen sich z. T. unmittelbar auf dieser, z. T. bestehen sie neben ihr und leiten selbst da ihren Funktionsgrund schließlich von der Tauschmittelfunktion ab. Selbst bei der vom Staate proklamierten allgemeinen Zahlungsmittelfunktion zeigt es sich auch, daß einseitige Zahlungen immer ihren »Wert« empfangen durch die Vermittlungsmöglichkeit des Zahlungsmittels im Gegenseitigkeitsverkehr, im Tausche. Für das Geldwertbewußtsein ist das Geld nur als reales Tauschmittel von Bedeutung. Das ist schon fast eine Begriffsnotwendigkeit, da das Inhaltliche des Geldwertbewußtseins durch ein Tauschwertiges bestimmt ist.

In zwei Formen hängt das Geldwertbewußtsein mit dem konkreten Gelde zusammen. Es verbindet sich mit einem Gute, um aktuell einzugreifen in die Gestaltung des wirtschaftlichen Tauschverkehrs, es entfaltet mittels dieses Gutes eine preisbildende Macht und haucht demselben damit jenen Geist ein, der es erst zum Gelde stempelt. In dieser aktuellen preisbildenden Leistung, welche sich zu ihrer Verwirklichung eines materiell vertauschbaren Gutes (im Minimalfalle: des Giroeintrages) bedient,

haben wir die Hauptfunktion des Geldwertbewußtseins zu erblicken. Ihre wesentliche Funktionsbedingung besteht dann in der Wirklichkeitsgemäßheit, d. h. in der getreu sich anpassenden Widerspiegelung der jeweiligen Tauschkomplexe. Um seine aktuelle Funktion verwirklichen zu können, muß es in Verbindung bleiben mit den laufenden Tauschgrößen möglichst vieler und der Idee nach aller Objekte.

Das zirkulierende Geld ist die materielle Erscheinungsform des Geldwertbewußtseins. Wir wollen im folgenden in Anpassung an den Sprachgebrauch das Wort »Geld« der Bezeichnung des materiellen Zirkulationsmittels vorbehalten, und zwar im weitesten auch das Giralgeld umfassenden Sinne. Die durch das Geld geleisteten Tauschfunktionen kehren im Geldwertbewußtsein in einer veränderten Seinsgestaltung: in geistiger Autonomie, wieder. Inwiefern entspricht nun das Geld dem Geldwertbewußtsein, welche Seite desselben vergegenständlicht sich im Gelde? Unschwer läßt sich erkennen, daß das Geld, wenn überhaupt, nur die für das Geldwertbewußtsein charakteristische gattungsmäßige Verallgemeinerung der Tauschwirklichkeit zu vergegenständlichen, d. h. zu materiellem Ausdruck zu bringen vermag, und das geschieht in der Tat, einschließlich der numerischen Reduzierung der Tauschwertunterschiede. Die im Geldwertbewußtsein auftretende konzentrische Einheit einer Tauschmannigfaltigkeit wird im Gelde sozusagen praktisch gelebt. Jedes Geldstück ist der tatsächliche Repräsentant eines Tauschkomplexes, d. i. aller zu dem individuellen Betrage seiner Höhe vollziehbaren Austauschmöglichkeiten. So sehr es im Wesen des Geldwertbewußtseins liegt, eine autonome geistige Einheit und Größe darzustellen, ebenso sehr liegt in ihrem Wesen eine permanente genetische Beziehung auf ein Objekt, das praktisch jene allseitig sich erstreckende konkrete Allgemeinheit der Tauschverwendung verwirklicht, welche ihr geistiges Abbild im Geldwertbewußtsein findet. Das praktisch als allgemeines Tauschmittel auftretende Objekt, das Geld, bildet die notwendige Grundlage für eine dauernde Anpassung der im Geldwertbewußtsein gedachten Werteinheit an diejenigen Wertseinheiten und Wertgrößen, in denen sich der reale Tauschverkehr vollzieht. Indem das Geldwertbewußtsein den tatsächlichen Tauschverkehr selber gestal-

ten hilft, »muß« und »kann« es auch anknüpfen an die vorangegangenen Gestalten desselben, in denen es sich eben bereits aktualisierth hat. Von dieser vorhergehenden Aktualisierung seiner selbst bringt es ein Abbild mit, sozusagen als den neuesten Kurszettel, auf dessen Grundlage dann jede weitere Neugestaltung der Preisverhältnisse sich aufbaut im »historisch rekurrenten Anschluß«. Aktuelle Preisgestaltung und Wirklichkeitsgemäßheit bilden die beiden polaren Funktionen des Geldwertbewußtseins. Die erste erhebt das Geld zum Tauschträger, während die letztere den Charakter der Allgemeinheit desselben — als ihre minimalste Ausdrucksmöglichkeit — hervorruft. Der Begriff des Tauschträgers führt über denjenigen des Tauschmittels hinaus. Es ist mit Rücksicht auf diesen Unterschied noch eingehender zu untersuchen, wie sich das generelle Wesen des Geldwertbewußtseins im praktischen Geldgebrauch ausprägt.

Es wurde die entscheidende praktische Funktion des Geldes oben mit dem dafür üblichen Ausdruck als allgemeines Tauschmittel bezeichnet. Bei dem Worte Tauschmittel denkt man an den sog. Zwischentausch. Bei diesem handelt es sich darum, daß A., der von B. einen Sack Korn eintauschen möchte, die erforderlichen Schafe, die B. allein im Tausche annehmen würde, nicht besitzt. Er beschafft sie sich von C., dem er dafür vielleicht Kartoffeln liefert. Das Schaf wird dadurch zum Vermittler des Austausches, wenn man den Standpunkt des A. einnimmt. Für diesen haben die Schafe nur die Bedeutung, daß sie den Austausch mit B. ermöglichen; nur zu diesem Zweck verschafft er sich Schafe. Mit Recht macht Gottl darauf aufmerksam, daß in diesem Falle schon Austauschverhältnisse gegeben sein müssen, damit A. zum Zwischentausch mit C. kommen kann (l. c. S. 36). Aber noch ein Weiteres liegt in diesem Zwischentausch, wodurch er speziell in elementarer Weise schon das typische Bild des Geldgebrauches in einer »modern« entwickelten Tauschwirtschaft bietet. Es ist die Vorleistung nebst der ihr korrespondierenden Leistung des Geldes als Tauschpfand am Markte. Wie man sich das Geld dadurch verschafft, daß man wirtschaftliche Arbeit verrichtet oder wirtschaftliche Güter herstellt, die man vertauscht, so leistet A. Kartoffeln an C., um das Schaf zu erhalten, das er zum Tausche benötigt. In dieser Weise spielt das Geld auch heute in der Verkehrswirtschaft seine zirkulatorische Rolle,

nur mit dem Unterschiede, daß es sich dem Prinzip nach in ewiger Zirkulation befindet, während das genannte Schaf nur für einen einzigen Tauschakt einmal in die Funktionsform des reinen verselbständigten Tauschmittels versetzt wurde. Darum ist es notwendig, wenn man das »moderne Geld« durch den Begriff des Tauschmittels definiert, die Eigenschaft der Allgemeinheit mit der Tauschmittelfunktion zu verbinden. »Allgemeinheit« hat hier einen doppelten Sinn, der in dieser Doppelheit auch wieder in sich zusammenhängt. Sie bedeutet einmal, daß alle Personen, die am Tauschverkehr beteiligt sind, sich des Tauschmittels bedienen, andererseits, daß dieses Tauschmittel sich mit allen »gleichzählig dimensional« (Gottl) Gütertauschwerten vertauscht; oder jeder Tausch wird durch Geld vollzogen, sowohl vom Standpunkte der Sachen wie vom Standpunkte der Personen. Durch diese sachlich-persönliche Allgemeinheit der Funktionsweise verwirklicht der praktische Geldgebrauch dasjenige, was das Geldwertbewußtsein in der konkreten Allgemeinheit des Tauschkomplexes denkt.

Von den genannten beiden Funktionscharakteren des Geldes, dem »Tauschmitteldienst« einerseits und demjenigen, was andererseits durch den Zusatz der sachlich-persönlichen »Allgemeinheit« ausgedrückt wird, ist deshalb die erstere Funktion für das aufgeworfene Problem der wirklichkeitsabbildenden Gestaltung des Geldwertbewußtseins unmittelbar wiederum unwesentlich; dagegen enthält der mit dem Begriff der sachlich-persönlich allgemeinen Verwendung umschriebene Sachverhalt einer höheren Funktionsstufe des Tauschmitteldienstes die entscheidenden Momente für einen wirklichkeitsgemäßen generellen Inhalt des Geldwertbewußtseins. Es besteht deshalb in unserem Falle durchaus ein logisches Bedürfnis, diesen Sachverhalt begrifflich von dem des Tauschmitteldienstes als solchen völlig zu trennen. Er bereichert den Begriff des Tauschmittels in keiner Weise, sondern verbindet ihn mit einem Funktionszustande von höherer Vollkommenheit des Funktionszweckes, welcher zwar durch die Tauschmittelfunktion realisiert, aber durch sie als »Mittel« in keinem seiner Züge näher bestimmt oder gar erklärt wird.

Die Tauschmittelfunktion beschreibt das Geld von seiner dynamischen Seite her. Die Aktivität des Geldgebrauchs, das preisbildende Element dieses Gebrauchs stellen das Funktions-

wesen des Geldes von einer Seite dar, die für das abbildende Geldwertbewußtsein nur in ihren Ergebnissen, den fertigen Preisen oder Preisbereitschaften von Bedeutung ist. Für das »statische« Wesen dieses Geldwertbewußtseins engt sich daher der Funktionsbegriff des Geldes in eigenartiger Weise ein. Er kann befreit werden von der verwickelten Dynamik des Zwischentausches: von der Vorleistung und dem Tauschpfandcharakter. An dem genetischen Problem der Vorleistung als Mittel zum Gelderwerb, wie an dem teleologischen Problem der Vertauschbarkeit als Bedingung der Geldverwendung hängen die dynamischen Fragen der Preisbildung. Für die statische Frage des Inhaltes eines abbildenden, »reflexiven« Geldwertbewußtseins ist jedoch allein wesentlich, daß das Geld in materieller Form den Wertinhalt des Tauschaktes verkörpert. In dem oben konstruierten Beispiele eines Zwischentausches sind es weder der Sack Getreide, noch die Kartoffeln, an welchen sich das Bewußtsein eines Tauschwertes heranbildet, sondern die Tauschhandlung wird in diesem Betrachte von dem Schafe getragen. Wir stellen deshalb dem Begriff des Tauschmittels den Begriff des Tauschträgers gegenüber. In diesem Begriff wird nicht angespielt auf das organisatorische Wesen der Vermittlung und des sie leitenden Grundsatzes der Vorleistung und des Tauschpfandes, sondern es wird lediglich die Tatsache oder die Funktion begrifflich herausgehoben, welche die Konzentrierung des den Tausch leitenden Geldwertbewußtseins auf ein bestimmtes — dadurch als Geld qualifiziertes — Objekt beschränkt. Das Geldwertbewußtsein ist mit dem Gelde verknüpft und Geld und Ware nehmen, von diesem Begriff aus gesehen, im Tauschakte nicht dieselbe Stellung ein. Das Austauschverhältnis, der Tauschwert wird immer und nur durch das Geld ausgedrückt. Zwar kann man den Spieß umdrehen und den Geldwert von der Ware her denken, aber diese Perspektive, welche durchaus richtig im Sinne von Wirklichkeitsgemäßheit sein »könnte«, ist nicht die wirtschaftlich wesentliche. In der Wirtschaftspraxis wird eben einseitig immer von der Geldseite her das Austauschverhältnis gedacht und in seiner Wertqualität bestimmt. Das Geld besitzt den Charakter einer der Idee nach zeitlos identisch und stabil bewerteten Ware, welche gegenüber den schwankenden Warenpreisen beharrt und den Waren gegenüber selber als Austauschobjekt in jedem

Tauschfalle tatsächlich funktioniert. Insofern trägt das Geld den Tausch. Gleichgültig ist dabei, daß es diese Mission des Tauschträgers nur durch die Form einer auf Vorleistung basierten Funktion als Tausch- oder Zirkulationsmittel rationell bewerkstelligen kann.

Für die Gestaltung der konkreten Allgemeinheit im Geldwertbewußtsein durch das materielle Äquivalent eines Tauschträgers ist jedoch, wie nunmehr leicht einzusehen ist, die persönliche und sachliche Allgemeinheit der Funktion als Tauschträger von wesentlicher Wichtigkeit. Die Tatsache, daß das Geld jeden Tauschakt trägt, daß jede Person, die tauscht, ihr Tauschdenken und ihren Tauschvollzug mittels des Geldwertbewußtseins durch Gebrauch eines konkreten Geldes vergegenständlicht, so daß es keinen Tausch gibt, der nicht vom Gelde getragen wird, besitzt für das Zustandekommen des Geldwertbewußtseins die entscheidende Bedeutung. Das »Geld« trägt das Geldwertbewußtsein, indem es dasselbe verwirklicht, und das Geldwertbewußtsein trägt wiederum das Geld, indem es die tote Materie desselben mit einem Werte verbindet. Insofern wird das vom Geldwertbewußtsein getragene Geld zum allgemeinen Träger des Tausches. Das Geld in der modernen Verkehrswirtschaft erfüllt demnach zwei Funktionen, erstens die des Tauschmittels, zweitens die des allgemeinen Tauschträgers, welche durch die Tauschmittelfunktion realisiert wird. Mittels der zweiten Funktion wird erreicht, daß jedes in den Austausch gegebene Gut von einer einzigen Stelle her bewertet wird, praktisch mit einer einzigen zirkulatorisch hervorragenden Gattung von Tauschgütern konfrontiert wird. Das Vorkommen des Geldes in vielen Ausprägungen ermöglicht es einer sozialen Gesamtheit in jedem ihrer Glieder, gleichzeitig und dauernd sich des allgemeinen Tauschträgers zu bedienen. Wie man einen Handelswechsel in mehreren Exemplaren, in Prima, Sekunda usw. ausfertigt, damit er gleichzeitig durch mehrere Hände laufen kann, so ähnlich ist es zu verstehen, daß das Geld in mehreren Exemplaren derselben Einheit ausgeprägt wird, obschon hier nicht, wie im Falle des Wechsels, verschiedene Funktionen (Akzepteingholung und Weiterbegebung) gleichzeitig realisiert werden sollen, sondern dieselbe Funktion verschiedenen Personen gleichzeitig ermöglicht werden soll. Diese soziale Differenzierung des

Geldgebrauchs durch Vervielfältigung der Geldzeichen in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft berührt also das Wesen des allgemeinen Funktionsträgers nicht, sondern bildet ein Problem seiner technischen Organisation, welche speziell der »sozialen Allgemeinheit« des Gebrauches sich anpassen soll, welche wiederum die Probleme des Konkurrenzpreises in sich schließt.

Nach diesen Bemerkungen wird es kaum noch mißverstanden werden, wenn das Wesen des Geldes als allgemeinen Tauschträgers dahin definiert wird, daß es die Funktionsleitung erfüllt, alle zum Austausch kommenden Objekte mit einer das Geldwertbewußtsein der Idee nach zeitlos und stabil repräsentierenden und verobjektivierenden fiktiven Wareneinheit auszutauschen. Fiktiv, d. h. sie wird nach jedem Tauschakt wieder ausgeschaltet und nicht wie eine echte Ware verbraucht. Sie ist Tauschträger, nicht Tauschgut. Das Geldwertbewußtsein realisiert durch das Geld als Tauschträger seine preisgestaltende Tätigkeit und empfängt dadurch die Wirklichkeitsgemäßheit seines Inhaltes zurück. Dieses »eine« Objekt, in welchem sich die geistige Durchdringung der wirtschaftlichen Wirklichkeit mit Allgemeinheit sozusagen konkretisiert und verobjektiviert, bildet nur insofern einen variablen Gegenstand, als ihm eine *i n n e r e* *D i f f e r e n z i e r u n g* *q u a n t i t a t i v e r* *A b s t u f u n g e n* zukommt. Man könnte schließlich auch nur die Geldwerteinheit als das »eine« Objekt ansprechen und von den Variationen derselben durch Division und Multiplikation sprechen. Es ist jedoch nicht allzu schwierig, die ganze Skala der quantitativ abgestuften Reihe der Geldstücke als »ein« in sich quantitativ differenziertes Objekt vorzustellen, welches die Mission des allgemeinen Tauschträgers erfüllt, indem es die konzentrische Orientierung allen Tauschverkehrs aus *e i n e m* identischen Tauschkraftträger ermöglicht. Obschon man es so denken kann, daß *j e d e* *W a r e*, wie es oft ausgedrückt wurde, allgemeines Maß und stellvertretendes Pfand für alle Waren gleichen Wertes sei und insofern Geld ist, so muß einer solchen Rede gegenüber mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß sie nicht wirklichkeitsgemäß ist, daß sie vielleicht für gewisse pädagogische Erläuterungen zwecks Begreiflichmachung der Entstehung des allgemeinen Tauschträgers dienlich sein kann, daß aber in der wirtschaftlichen Wirklichkeit nur das Geld die Rolle des Geldes spielt und diese Rolle nicht willkürlich abgeben kann. Wenn die Wirtschaft wollte, könnte

sie jede Ware als Tauschträger denken und anwenden. Sie tut es aber nicht, denn es hat keinen Zweck und wäre unrationell.

In diesem Zusammenhange wird häufig das Geld als »Wertmesser« bezeichnet. Ohne an diesem physikalischen Bilde jetzt deuteln zu wollen, kann man nur sagen, daß allein das Geldwertbewußtsein eine Art Wertmaßfunktion ausübt, nicht aber das Geld. Die Bewertung der Waren nach dem Geldwertbewußtsein wird nicht erst dadurch möglich, daß ein das Geldwertbewußtsein tragendes konkretes Geld sich mit ihnen vertauscht, sondern sie kann unmittelbar geschehen. Indem das Geld nach Warenart konstruiert ist, jedoch einen der Idee nach zeitlos fixierten Tauschwert trägt und sich als fiktive Ware gegen jede andere Ware nach den Maßstäben des Geldwertbewußtseins vertauscht, ist es allgemeiner Preisträger. Sein Sinn als solcher besteht darin, die geistige Autonomie des Geldwertbewußtseins in einem autonomen Objekte (Tauschwertträger) zu vergegenständlichen und zu veranschaulichen. Um diese vom Standpunkt der Denkökonomie unerläßliche Verobjektivierung leisten zu können, muß das Geld als Austauschobjekt an jedem Tauschakt aktuell beteiligt sein. Mit vollem Rechte kann man deshalb sagen, daß in der aktuellen Wirksamkeit des Geldes als allgemeinen Tauschträgers das Geldwertbewußtsein vergegenständlicht ist: sowohl »sich« dynamisch vergegenständlicht, indem es als Ausgangsgrundlage für alle kommenden Preisurteile dient, als auch statisch vergegenständlicht oder fundiert ist, indem es — rezeptiv oder reflexiv — die Inhalte seines Bewußtseins aus dieser gegenständlichen Sphäre schöpft. In dieser letzteren Hinsicht ist es gebunden an das Geld und seine Schicksale; wie sein Schatten zeichnet es alle Aenderungen desselben nach. Von den Problemen der aktuellen (dynamischen) Gestaltung der Geldfunktion durch das Geldwertbewußtsein sehen wir, wie gesagt, noch ab. Zunächst harrt noch eine besondere, mit dem Geldwertbewußtsein als passivem Reflex der Preiswirklichkeit verknüpfte Problematik der Lösung. Es ist die Frage, in welcher Weise das Geldwertbewußtsein die in den Austauschverhältnissen statthabenden dauernden Aenderungen verarbeitet und zum Ausdruck bringt, so daß der idealen Forderung der Wirklichkeitsgemäßheit entsprochen wird.

2. Die Aenderungen des Geldwertbewußtseins, soweit sie statisch bedingt sind.

Es ist ohne weiteres einzusehen, daß man diejenigen Aenderungen des Geldwertbewußtseins, welche aus der subjektiven Willkür stammen und welche auftreten bei der willentlich-planmäßigen Gestaltung der Preiswirklichkeit durch die aktuelle Verwendung des Geldwertbewußtseins, unterscheiden muß von denjenigen Aenderungen, welche bei dem rein statisch-rezeptiven Verhalten des Geldwertbewußtseins gegenüber der Tauschwirklichkeit zur Geltung kommen. Wenn bekannt wird, daß der Staat inflationistische Währungspolitik treibt, so ändert sich oftmals aus der spekulativen Initiative der Wirtschaftssubjekte heraus das mit der konkreten Geldeinheit sich verbindende Geldwertbewußtsein schon eher, als bis das Preisniveau die entsprechende Wandlung durchgemacht hat. Mit diesen »aktuellen« Aenderungsvorgängen beim Geldwertbewußtsein beschäftigen wir uns im Augenblicke nicht. Wir stellen uns vielmehr ein einzelnes wirtschaftendes Subjekt vor, welches die Preise in der Volkswirtschaft verfolgt und sieht, wie dieselben sich ändern. Wir fragen, wie es diesen wahrgenommenen Aenderungen sein Geldwertbewußtsein anpaßt. Soweit es selber zur Aenderung der Preise beiträgt, etwa durch Unterbietung oder Ueberzahlung, handelt es sich bereits um ein »aktuelles« Problem der Geldwertänderung, denn in diesem Falle wird bereits vor der Realisierung des veränderten Preises das Austauschverhältnis spontan neu gedacht. Andererseits kann jedoch eine preisverändernd wirkende Persönlichkeit sich hinterher zu den durch sie selber bewirkten Preisänderungen auch rezeptiv verhalten. In diesem Falle geht das »Ergebnis« des aktuellen Vorganges auch in die gegenwärtige Problemstellung mit ein. Ueberhaupt werden alle Preisänderungen schließlich aktuell bewirkt und wirken immer nur in ihren Ergebnissen, den Preisen, auf das rezeptive Geldwertbewußtsein ein. Um die Verarbeitung der vollendeten Preiswirklichkeit durch das rezeptive Geldwertbewußtsein soll es sich also im folgenden handeln.

Das Geldwertbewußtsein konnten wir erklären als ein Denken in Tauschkomplexen. Jede Preisänderung bedeutet eine Verschiebung zwischen den einzelnen Tauschkomplexen angehörenden Gegenständen und Gegenstandsmengen. Durch den neuen Preis geht ein bestimmtes Warenquantum oder Waren-

einheit in einen anderen Tauschkomplex über. Die Preisänderung hebt sich dabei von dem festen Hintergrunde der durch das autonome Geldwertbewußtsein fixierten früheren Tauschkomplexe ab. Das Geldwertbewußtsein bringt den Wandel der Tauschwertgrößen als eine Aenderung in der Zugehörigkeit zu den bestehenden Tauschkomplexen, als Unzugehörigkeit bzw. Neuzugehörigkeit zum Ausdruck. Erreichen diese Aenderungen in den Elementen der Tauschkomplexe das Geldwertbewußtsein?

Man könnte versucht sein, auf diese Frage in folgender Weise zu antworten, indem man aus dem Wesen des Gattungsbegriffes heraus etwa am Beispiele des Begriffes vom Säugetier einen ähnlichen Fall aufrollte. Man nehme an, daß von den zur Gattung der Säugetiere gehörigen Tierarten die eine derselben plötzlich in der Weise variierte, daß sie die Aufzucht der Brut nicht mehr in Form der Säugung ausführte. Damit würde diese ganze Tierart aus dem Begriffe der Säugetiere ausschalten. Aber niemand könnte infolgedessen behaupten, daß sich dadurch etwas vom Inhalte des Begriffs Säugetier geändert habe, weil eine bestimmte Tierart nicht mehr unter diesen Begriff gebracht werden kann. Auf das Geldwertbewußtsein, d. i. auf das gattungsbegriffliche Denken eines bestimmten Tauschkomplexes übertragen, würde dieser Gedanke dann zu dem Schlusse berechtigen, daß das Bewußtsein der in einem Tauschkomplex realisierten Austauschgröße inhaltlich-qualitativ nicht berührt wird, wenn ein Gut aus diesem Komplex ausscheidet, weil es sich fortan in einer anderen Größe austauscht. Der Begriff der Kaufkraft von einer Mark ändert sich nicht, wenn plötzlich der Preis für ein Pfund Margarine von einer Mark auf 90 Pfennig gesenkt wird. Kein Zweifel, daß es sich so verhält. Und doch ist die Begründung durch die obige Argumentation unzutreffend. Das leuchtet sofort ein, wenn man sie einmal in extremer Weise zu Ende denkt. Wenn nach und nach alle Säugetiere ihre Säugungseigenschaft verlieren und nur noch eines sie behält, so repräsentiert der wirklichkeitsgemäße Begriff vom Säugetier noch immer denselben Inhalt wie früher, nur ist der Umfang seiner Anwendung auf einen einzigen Fall beschränkt worden. Nehmen wir nun das Analoge in den Austauschverhältnissen an, daß also alle Gegenstände, die früher für eine Mark zu haben waren, auf 90 Pfennig im Preise herabgehen. Niemand wird jetzt noch behaupten wollen, daß das Bewußtsein von der Kaufkraft der Mark dasselbe ge-

blieben sei, wie früher; es wird zweifellos an Stärke gewonnen haben, bei dem einseitig konstruierten Falle: um 10%. An dieser Stelle zeigt sich schlagend, daß der »Inhalt« des Geldwertbewußtseins so beschaffen ist, wie es früher ausgeführt wurde. Im Sinne einer komplexen Größenvorstellung ist er durch jeden einzelnen Austauschakt bestimmt, besser mitbestimmt. Es handelt sich um ein *Komplexbewußtsein*, welches »tendenziell« sofort gestört wird, wenn eines seiner Elemente ausschaltet. Um die hier vorliegende logische Situation vollkommen zu klären, sei kurz am Begriffe des Säugetiers die entsprechende zu einem Umdenken veranlassende Veränderung vorgenommen. Der formale abstrakte Gattungsbegriff kann auch hier in einen komplexen Begriff verwandelt werden. Als ein solcher würde er auf alle zu ihm gehörenden wirklichen Tierarten bezogen sein, sie inhaltlich mitmeinen z. B. im Ausdrucke: »die Säugetiere der Erde« ist ein solcher Komplex gemeint. Wenn eine Säugetiergattung aussterben würde, so würde dieser Komplexbegriff um ein Element verarmt werden. Man erkennt unschwer, daß in der Komplexform das Wesen der Wirklichkeitsgemäßheit begrifflich zum Ausdruck kommt. In der Komplexheit liegt ein genereller Bezug auf die dem allgemeinen Inhalte des Begriffs zuordbaren verschiedenartigen Erscheinungen der Wirklichkeit. Im Falle des Geldwertbewußtseins besitzt diese Realintention nicht nur die Bedeutung, daß sie dem Erfordernis der Wirklichkeitsgemäßheit Genüge verschafft, sondern hier bedeutet sie außerdem ein Stück konkreter Inhaltlichkeit, indem die einzelnen Austauschverhältnisse die konstitutiven Größen des Geldwertes bilden, und dadurch gerade das Wesen der Austauschhöhe sachlich selbst repräsentieren. Aus diesem Grunde ist es auch unmöglich, das Geldwertbewußtsein in der Weise als einen formalen Gattungsbegriff zu denken, wie das beim gewöhnlichen Begriffe vom Säugetier geschieht. Darüber wurde auch bereits gesprochen, als von den fiktiven Abstraktionen die Rede war.

Wir stehen nach alledem vor dem Ergebnis, daß die geringste Preisänderung eine Erschütterung des Geldwertes bedeuten muß. Immer noch aber ist die Frage offen, ob und in welcher Weise sie das Geldwertbewußtsein berührt. Konnte doch schon bei den soeben gemachten Ausführungen auf den bekannten Erfahrungstatbestand aufmerksam gemacht werden, daß ein einzerner

Preis, der sich nach oben oder unten verändert, das Geldwertbewußtsein, d. i. das Bewußtsein von der generellen Kaufkraft der Geldeinheit und ihrer numerischen Variabeln nicht ändert, obgleich eine solche Aenderung konsequent wäre im Sinne der Entstehung des rezeptiven Geldwertbewußtseins.

Es ist also eine Frage, welcher Art die Veränderung der einzelnen Austauschrelationen alias Preise sein muß, damit sich das Bewußtsein von der bestehenden individuellen Dimension der Geldwerteinheit ändere. Die Lösung dieser Frage ist nicht objektiv und in äußerlich exakten Bedingungen zu geben. Es liegt hier vielmehr ein ähnliches Problem vor, wie das sophistische: wieviel Steine man von einem Haufen wegnehmen dürfe, damit er noch gerade ein Haufen bleibt. Aehnlich ist die Situation für die Beharrung des Geldwertbewußtseins gelagert. Es ist nicht exakt anzugeben, wie groß das Maß der Tauschveränderungen sein darf, ohne daß das Bewußtsein von der historischen Dimension der Geldwerteinheit gestört wird. Aendert sich ein einzelner Preis, so bleibt die generelle Dimension des Tauschkomplexes, dem er bis dahin angehörte, in der Regel unberührt. Der Begriff der Kaufkraft von »einer Mark« oder »eineinhalb Mark« wird meistens nicht erschüttert, wenn ein einzelner Gegenstand dieser beiden Tauschkomplexe eines Tages teurer oder billiger wird. Es wird ja auch der Begriff und die Vorstellung einer individuellen Gesellschaft nicht dadurch beeinflußt, daß ein Mitglied hinzukommt oder eines stirbt oder austritt. Die Gesellschaft besteht weiter, unabhängig von einem peripheren Wechsel in ihren einzelnen Gliedern. Ebenso besteht das generelle Bewußtsein einer historischen Tauschwerteinheit weiter, wenn innerhalb des ihr zugrundeliegenden empirischen Tauschkomplexes einzelne Gegenstände oder Tauschgegenstandsmengen aus seiner speziellen Dimension ausfallen oder in sie neu eintreten. Es ist jedenfalls nicht genau zu entscheiden, wie weit das Maß der Aenderungen innerhalb eines individuellen Tauschkomplexes gedeihen muß, damit es zur Konstituierung einer neuen Dimension der Geldwerteinheit kommt. Die Logik des differenzierenden wirklichkeitsgemäßen Allgemeinendens ordnet die neuen Preise aus dem bisherigen Tauschkomplex aus und denkt sie nach der Dimension eines anderen. Das Bewußtsein von der Höhe der komplexen Tauschwertgrößen beharrt dabei trotzdem. Dies ist der normale Vorgang der Preisbildung. Preisfestsetzungen sind

Zuordnungen zu bestimmten Tauschkomplexen, die als beharrende identische Tauschwertgrößen bestehen bleiben. Es handelt sich dabei aber auch nur um den Vollzug der quantitativen Abstufungen der Warentauschwerte, indem man sie nach den festen, in Tauschkomplexen quantitativ differenzierten Vorstellungen des Geldwertbewußtseins beurteilt und bewertet, noch nicht um die eigene Reaktion des Geldwertbewußtseins als beharrender inhaltlicher Verkörperung einer bestimmten Tauschwertgröße auf diese vollzogenen Aenderungen, so daß eine Aenderung der inhaltlich bestimmten, identisch beharrenden, komplexen Tauschwertgrößen eintreten würde.

Um nun doch ein gewisses Verständnis für den Eintritt einer eigenen Reaktion des autonom beharrenden Geldwertbewußtseins auf Preisveränderungen zu gewinnen, muß das psychologische Gesetz der Schwelle herangezogen werden. Dieses Gesetz der Schwellenwerte betrifft die Unterschiedsempfindlichkeit der menschlichen Seele. Es versucht die Stärke eines Reizes und seiner Veränderungen in gesetzmäßige Beziehung zum Bewußtsein von eben merklichen Unterschieden zu setzen. Zunächst muß ein Reiz, etwa eine Farbwahrnehmung, hinsichtlich seiner Ausdehnung, Dauer und Intensität, einen bestimmten Minimalwert überschreiten, um überhaupt zum Bewußtsein zu kommen. Wenn diese sog. Reizschwelle überschritten ist, so entstehen die weiteren Fragen, wie das Bewußtsein auf neu auftretende Variationen des Reizes reagiert. Und damit ist der Problemkreis des bekannten Weberschen Gesetzes erreicht, welches Antwort auf die Frage gibt, in welchem Maße ein bereits bestehender Reiz geändert werden muß, damit ein eben merkliches Bewußtsein von dieser Aenderung auftritt. Die experimentellen Untersuchungen haben dann gezeigt, daß nicht die absolute Aenderungsgröße des Reizes von Bedeutung ist, sondern, daß das Bewußtsein der Aenderung abhängt von der Reizgrundlage, von der Stärke des bestehenden Reizes. Wo ein starker Reiz besteht, bedarf es auch einer entsprechend starken Aenderung (Verstärkung oder Verminderung), damit das Bewußtsein eines Unterschiedes aufkommen kann. Die streng mathematischen Formulierungen, die diesem Gesetze gegeben worden sind, haben für uns keine Bedeutung. Aber das Prinzipielle des Gesetzes scheint uns von entscheidender Wichtigkeit zu sein für die Bewußtwerdung von Preisunterschieden im allgemeinen Geldwert-

bewußtsein. Greifen wir einen einzelnen Tauschkomplex heraus, etwa denjenigen der Geldwerteinheit, der Mark, so ist er im Sinne des Weberschen Gesetzes als die Reizgrundlage anzusprechen. Damit nun das Bewußtsein von einer Aenderung dieses Tauschkomplexes entstehen kann, ist ein bestimmtes Maß von Preisänderungen, Zugängen oder Abgängen zu bzw. aus diesem Tauschkomplex erforderlich, für deren Menge und Gewicht es keinen feststehenden Maßstab gibt. Das Bewußtsein der Kaufkraft der Mark ruht in dem konkreten Allgemeindenken des großen Tauschkomplexes, der alle Tauschmöglichkeiten der Mark-einheit nach Gegenständen und Gegenstandsmengen umfaßt. Damit es innerhalb des komplexen Gesamtbewußtseins der Kaufkraftgröße der Markeinheit zu einem speziellen Bewußtsein einer eben merklichen Entleerung oder Bereicherung desselben kommt, ist ein bestimmter Grad von Preisänderungen erforderlich, der abhängt von dem Eigengewicht des Tauschkomplexes selber.

Worin besteht das Eigengewicht des Tauschkomplexes? Verschiedene Faktoren bestimmen dieses Gewicht. Auch auf sie wurde schon in anderem Zusammenhang hingewiesen. Einmal sind es die technischen Mengen von bestimmten Gegenständen, oder wo es nicht angeht, Mengenvorstellungen zu bilden, sind es die qualitativen Eigenschaften von Gegenständen oder auch Gegenstände als Ganzes, ohne daß man qualitative oder quantitative Zerlegungen vornähme; zum andern sind es vor allem die im Begriff des Gebrauchswertes von den Gegenständen ausgesagten »Schwergewichte«. Diese stehen zwar im engsten Zusammenhange mit den technisch-quantitativen und qualitativen Eigenschaften, aber keineswegs überall in gesetzmäßigen Aequivalenzbeziehungen zu solchen. Im Grunde bilden die Gebrauchswerte vom Standpunkt des wirtschaftlichen Endwertes aus das eigentliche Schwergewicht der Tauschkomplexe, sonst keineswegs das einzige. Auch andere wirtschaftliche Werthaltungen können das Bewußtsein von den Tauschkomplexen mit besonderen Gewichten auszeichnen. So kann für manchen die Dringlichkeit des Bedarfs durch die Vorstellung beeinflußt werden, wie groß die selbst aufzuwendende Arbeitsmühe sein müßte, wenn man auf den Tausch verzichten würde. Für alle Hersteller von Waren bilden überhaupt die Herstellungskosten ein besonderes Schwergewicht. Wenn der Hersteller die Preise seiner Waren in Erwägung zieht, so haben diese Waren für ihn eine

wirtschaftliche Bedeutung durch ihre Kosten. Das ökonomische Gewicht der Waren entspringt also entweder in der Sphäre der Aufwandswerte oder in der Sphäre der Gebrauchswerte oder, objektiv ausgedrückt, es liegt auf der Nutzenseite oder Kosten-seite. Im allgemeinen bevorzugt der Käufer oder Nachfragende die Gebrauchswertorientierung, kann jedoch auch die eventuelle eigene Arbeitsmühe bei Selbstherstellung in Anschlag bringen; beim Verkäufer oder Anbietenden dagegen dominiert heute vollständig die Orientierung am Aufwandswerte. Nun aber sind Käufer und Verkäufer nur zeitweise getrennte Persönlichkeiten. Jedes Wirtschaftssubjekt spielt beide Rollen und sein Geldwertbewußtsein, speziell sein Bewußtsein von der Wichtigkeit der Tauschkomplexe, wird von den beiden genannten Wertperspektiven bestimmt.

Die Phänomenologie der Wertigkeitserlebnisse der Tauschkomplexe läßt hier etwa den folgenden Orientierungsablauf erkennen. Die unmittelbare Erfassung des Inhaltes eines Tauschkomplexes geschieht in der anschaulichen Form einer Vorstellung der konkreten technischen Größen, der Gegenstandsquantitäten und der Gegenstandsqualitäten. In dieses technische Mengenbewußtsein differenzieren sich sozusagen hinein die Erlebnisse von Aufwandswerten und Gebrauchswerten. Die Aufwandswerte besitzen in der entwickelten Tauschwirtschaft den »ausgerechneten« Charakter einer Preisgröße und insofern ein Gewicht, welches mit den Verkaufspreisen in einem gewissen Entsprechungsverhältnis steht, insofern eben letztere auf die Dauer nicht unter den Kostenwerten sich bewegen können. Die Gebrauchswerte dagegen lassen sich nicht in so eindeutiger Weise in größenhaften Einklang bringen mit den Tauschkomplexen, da sie eine eigene selbständige Wertbewegung vollziehen und nur eine Voraussetzung der Tauschmöglichkeit überhaupt, aber nicht eine Richtlinie für die Austauschgröße bilden. Während die Kostenwerte eingeordnet sind in die wirtschaftliche Zweckreihe der Produktion und ihrer marktmäßigen Verwertung, stehen die Konsumwerte unmittelbar im Dienste des wirtschaftlichen Endzweckes der materiellen Güterversorgung und werden unmittelbar von der im Rahmen des Gesamtbedarfs sich bildenden Gebrauchswertschätzung betroffen. Das Bewußtsein der Gebrauchswerte besitzt weiterhin auch nicht den atomistischen Charakter wie der Kostenwert, sondern entstammt einem Kom-

plexbewußtsein des Gesamtbedarfs. Innerhalb dieses komplexen Bewußtseins vom Gesamtbedarf spielt sich wieder jene innere Differenzierung nach Dringlichkeitsgraden ab, deren Gesetze durch die Grenznutzenlehren herausgearbeitet worden sind. Und diese Gebrauchswertunterschiede, welche sich nicht nach den Austauschgrößen richten, noch diese bestimmen, sind es in erster Linie, welche den identischen Elementen des einzelnen Tauschkomplexes ein verschiedenes Gewicht verleihen. Ein einzelner Tauschkomplex umfaßt Gegenstände aller Gebrauchsnotwendigkeiten und Dringlichkeitsgrade, das Lebensnotwendige und den entbehrlichen Luxusartikel. Und so zeigt es sich denn auch, daß für das Geldwertbewußtsein die Unterschiedsschwelle bei Preisänderungen wesentlich abhängt von dem Gebrauchswertgewicht der von der Aenderung betroffenen Ware. Wird der Kaviar teurer, so liegt diese Preisänderung unter der Schwelle. Verteuert sich dagegen das Brot, so erschallt sofort der Ruf der »Teuerung«. Das Erlebnis der Teuerung spiegelt den unmittelbaren dynamischen Vorgang einer Aenderung des Geldwertbewußtseins wieder. In diesem Falle wird die Entleerung des Tauschkomplexes voll empfunden und als Kaufkrafteinbuße, als Senkung des Geldwertes im Geldwertbewußtsein rezipiert. Es darf also gesagt werden, daß Aenderungen des Geldwertbewußtseins dem psychologischen Gesetz der Unterschiedsschwelle unterliegen.

Die Wirklichkeit der Preisänderungen läßt erkennen, daß solche nicht ein gelegentliches Vorkommnis bilden, sondern dauernd vor sich gehen. Fortwährend finden Verschiebungen zwischen den Tauschkomplexen statt, und die Frage entsteht, ob nicht die Zahl der die Bewußtseinschwelle überschreitenden Aenderungen zu einer unaufhörlichen Veränderung des Geldwertbewußtseins führt, so daß dieses förmlich irritiert wird und nicht mehr zur Ruhe kommt. Das geschieht in Wirklichkeit unter normalen Verhältnissen bekanntlich nicht, was sich aus zwei Gründen verstehen läßt. Einmal erreichen in normalen Zeiten die meisten Preisänderungen deshalb nicht die Unterschiedsschwelle, weil nicht die Tendenzen bestehen zu einer gleichsinnigen Aenderung aller Preise, die Preissteigerung oder Preissenkung nicht allseitig stattfindet, sondern die einzelnen Steigerungen und Senkungen z. T. unbeachtlich klein sind und sich zu einem größten Teile überhaupt ausgleichen. Diese Kompensation besitzt aus

einem zweiten Grunde eine besondere Wahrscheinlichkeit. Es ist das Gesetz der großen Zahl, welches auf die Ausmaße der modernen Tauschwirtschaft ohne weiteres angewendet werden kann. Nach diesem Gesetze werden sich, solange es sich nicht um Agrar- und Industriewirtschaft ergreifende Gesamtkonjunkturen handelt, die Zu- und Abgänge der einzelnen Tauschkomplexe normalerweise in der Mehrzahl die Wage halten. Preiserhöhungen und Preissenkungen werden sich die Wage halten. — Nur wenn das nicht geschieht, wenn einsinnige Preisänderungen zum langsamen oder schnellen Durchbruch kommen, ändert sich das Geldwertbewußtsein auch notwendig. Vor dem Kriege breitete sich innerhalb zweier Jahrzehnte eine langsame Preissteigerung aller Waren um etwa 60% in Deutschland aus, nach dem Kriege eine schnelle Preissteigerung um beinahe 100 Billionen Prozent. Dieser letztere Fall bietet für die Theorie der Störungen des Geldwertbewußtseins einiges Interesse. Der Tauschkomplex von einer Mark war bald völlig entleert worden, und das Geldwertbewußtsein hat sich hier in eigenartiger Weise geholfen, in einer Weise, die es allerdings nur bei völlig gleichartigen Preisänderungen aller Waren verwirklichen kann. Es hat eine Umstellung in der Weise vollzogen, daß es die Preisänderungen nicht mehr als Veränderungen der Tauschkomplexe dachte, sondern dieselben Tauschkomplexe beibehielt und nur die vielfachen der Geldeinheiten variierte. Damit vergegenständlichte sich das Geldwertbewußtsein nicht mehr in einem fixen, sondern variierten Tauschträger. Wegen der völligen Gleichsinnigkeit der Preissteigerungen konnten die ursprünglichen Tauschkomplexe im großen und ganzen beibehalten werden und die Preisbewegung selber in Generalmultiplikationen der ursprünglichen Geldeinheit zum Ausdruck gebracht werden. Die Devaluation vollzog sich währungstechnisch deshalb mittelst der Division durch den Multiplikator von 1 Billion. Dadurch bot sie äußerlich das Bild einer vollkommenen Restitution.

Die bis jetzt besprochenen Änderungen des Geldwertbewußtseins stimmen darin überein, daß sie von der Wirtschaftspraxis, von den geldgebrauchenden Wirtschaftssubjekten, in offener Weise durch Preisänderungen vollzogen werden, indem die für eine Warenmenge zu leistende reale Geldmenge vermehrt oder vermindert wird. Die den Preis darstellenden Geldmengen sind jeweils Träger und Namengeber eines bestimmten Tausch-

komplexes, in welchen sie in dem Augenblick die Ware einordnen, in dem sie deren Preis bilden. Es gibt jedoch auch die andere Möglichkeit, daß Entleerungen oder Bereicherungen der Tauschkomplexe unmittelbar auf der Warensseite vorgenommen werden. In diesem Falle bleibt der Geldpreis nominell der gleiche, und die Austauschveränderungen werden in qualitativen oder quantitativen Aenderungen der Waren dargestellt. In dieser Form pflegen sich schleichende Teuerungen durchzusetzen. Bei diesen macht sich der Händler das Gesetz der Unterschiedsschwelle zunutze, indem er noch nicht eben merkliche Qualitäts- oder Quantitätsminderungen vornimmt. Aber diese Art psychologisch widerstandsloser Entleerung der Tauschkomplexe ist nicht nur im wirtschaftspsychologischen Arsenal geschäftsgewandter Händler anzutreffen. Das allgemeine Prinzip derselben findet sich auch als sanktionierte Methode der Preisnormierung an der englischen Börse verwirklicht, wo im Gegensatz zu den kontinentalen Börsen die Preise und Preisbewegungen für ausländisches Geld und ausländische Wechsel in Form von Mengenvariationen der ausländischen Werte gegenüber dem Pfund Sterling ausgedrückt werden. Hier wird die dauernd sich gegenüber den ausländischen Währungen verändernde Kaufkraft des Pfundes unmittelbar durch Entleerung oder Bereicherung des Tauschkomplexes von einem Pfund in bezug auf einige wenige seiner Elemente (ausländische Werte) gedacht. Ein solches Verfahren läßt sich wohl durchführen, weil die Kaufkraft des Pfundes anderweitig als feste und beharrende Größe in der Kapazität seines Tauschkomplexes festgelegt ist. Weil dem so ist, bildet die genannte Art der Notierung nur ein Rechnungsverfahren. Im Prinzip angewandt, könnte sie niemals zu einem Geldwertbewußtsein führen, sondern nur zu dem Chaos endloser Warendifferenzierungen gegenüber einer einzigen Werteinheit.

Im Extrem bedeutet die Variation der Ware gegenüber einer bestimmten Geldwerteinheit den Verzicht auf Quantifizierung und Generalisierung; es bestände keine Möglichkeit, durch quantitative Variation das Schema aller Tauschmöglichkeiten zu bilden und mit ihm die Wirklichkeit zu meistern, sondern die Variationen müssen jetzt individuell in für jede Ware verschiedenen Quantitäten, welche einer einzigen Werteinheit entsprechen, ausgedrückt werden. Für jede Ware würde der Wertausdruck gebildet werden nach dem Schema: was bekommt man für eine

Mark? Diese Methode versagt aber schon bei unteilbaren Gegenständen, deren Einheit ein Vielfaches von Mark kosten würde. Trotz seiner offenbaren Irrationalität besitzt aber diese Art Preisbildung im praktischen Wirtschaftsleben eine große Bedeutung, wie bereits durch den Hinweis auf die schleichenden Teurungen gezeigt wurde. In solchen Fällen wird der der Geldeinheit zurechenbare Tauschkomplex langsam entleert, indem nicht die Preise, sondern die Warenmengen und Qualitäten variiert werden. In dem Augenblick, in dem diese Entleerung zum Bewußtsein kommt, erschallt auch hier der Ruf: »Teurung!« Dieses Wort drückt ein Urteil über die Relation des letztvergangenen zu dem gegenwärtigen Geldwertbewußtsein aus; es ist der sprachliche Ausdruck für die Dynamik der inneren Bewegung im Geldwertbewußtsein. Das Geldwertbewußtsein ist eine beharrende Größe, wie es Gottl von der wirtschaftlichen Dimension sagt. Aenderungen revolutionieren dieses Bewußtsein, denn das Geldwertbewußtsein ist nicht eine in der Luft schwebende, beliebige Tauschwertgrößeneinheit, kein nominaler Wertschatten, sondern es ist fundiert durch die generelle Apperzeption der durch das Geld sich realisierenden konkreten Tauschwirklichkeit, welche dann mit der idealen Kraft der geistigen Autonomie ausgestattet wird. Es ist ihre grundsätzliche Eigenschaft, daß das Inhaltliche der Tauschwerteneinheit wirklichkeitsgemäß sei, und wenn die Wirklichkeit den fundierenden Tauschkomplex der Geldeinheit (also die Kaufkraft des Geldes) verändert, sei es, daß sie ihn entleert, sei es, daß sie ihn stärker anfüllt, so muß das Geldwertbewußtsein der Bewegung der Wirklichkeit folgen, andernfalls es untauglich wird, seine aktuelle wirtschaftliche Funktion zu erfüllen, nämlich die Preise zu bilden, nicht nur auszudrücken. Das Geldwertbewußtsein ist nicht nur Preisdrucksmittel, sondern darüber hinaus Preisbildungsmittel und als solches unabtrennbar von der realen Kaufkraft eines allgemeinen Tauschträgers, eines als Geld zirkulierenden Objektes, welches in der Wirklichkeit dasjenige vollzieht, was nachträglich im Geldwertbewußtsein rezeptiv nach Form und Inhalt gedacht wird.

3. Die Ambivalenz von Geld und Geldwertbewußtsein. Kritik der »wirtschaftlichen Dimension« im besonderen.

Geld und Geldwertbewußtsein stehen in Abhängigkeit voneinander. Aber es handelt sich hier um ein Gebiet von Gegen-

seitigkeitsbeziehungen, deren Erfassung die ungewöhnlichsten Schwierigkeiten bietet. Denn es treten hier Dinge in Abhängigkeit voneinander, welche nicht denselben Seinsgebieten angehören und folglich auch nicht aus den einseitigen Gesetzen eines derselben verstanden werden können. Die in der Natur überall begrenzenden Abhängigkeitsverhältnisse können ohne weiteres mit Hilfe der Naturkausalität begriffen werden. Wo dagegen Abhängigkeiten sich zwischen zwei verschiedenen Seinsgebieten, zwischen dem materiellen und irgendeinem immateriellen herausbilden, da kann das Gesetz dieser Verbindung nicht mehr aus dem Wesen des materiellen Seins, d. h. nach einer strengen Naturkausalität, erfaßt werden. Das Geld als Tauschmittel und allgemeiner Tauschträger gehört der materiellen Welt an, es funktioniert in dieser, aber damit erschöpft sich seine Funktionsleistung nicht. Es tritt gleichzeitig auf als Funktionär des Geldwertbewußtseins. Und das Geldwertbewußtsein wieder erfüllt seine Funktion als Funktionär der Verwirklichung der Tauschmittelfunktion des Geldes, indem es sich in ihm vergegenständlicht und es dadurch zum allgemeinen Tauschträger erhebt. Ein Kreislauf spielt sich ab, dessen Bewegung z. T. durch materielle, z. T. durch immaterielle Sphären führt. Der immaterielle Teil verkörpert sich aber in dem, was unter dem Namen des Geldwertbewußtseins beschrieben wurde, und in manchen Punkten noch weiter zu beschreiben ist; der materielle Teil jenes Kreislaufes umfaßt alles das, was unter dem Namen des Geldes zu begreifen ist. Das wissenschaftliche Geldproblem kann deshalb darin erblickt werden, die Gesetze der *A b h ä n g i g k e i t e n* zwischen dem Geld und Geldwertbewußtsein wechselseitig zu erfassen, denn in diesen Abhängigkeiten walten diejenigen Gesetze, welche allein das Inhaltliche sowohl des Geldes wie des Geldwertbewußtseins zum Verständnis bringen können. Dieses Inhaltliche besitzt dynamischen Charakter und die Dynamik des Geldwesens ist so beschaffen, daß sie sich stets zusammensetzt aus einer immateriellen Komponente, die aus dem Geldwertbewußtsein heraus wirkt, und einer materiellen Komponente, die vom Gelde kommt.

So bildet das Geldwertbewußtsein ein Ergebnis von geistiger Autonomie einerseits und einer rein rezeptiven Abbildung von konkreten Geldbewegungen andererseits. Das Geld dagegen besteht einesteils als selbständige materielle Größe aus sich selbst und ihre materielle Gegenständlichkeit ermöglicht es, daß es über-

haupt zirkulieren kann; selbst das Giralgeld besitzt einen solchen, wenn auch auf ein Minimum eingeschränkten Charakter einer materiellen Veranschaulichung und Vergegenständlichung eines Stückes Kaufkraft. Andererseits bedarf das Geld als unerläßlicher Voraussetzung seiner Funktionsfähigkeit des Geldwertbewußtseins. Erst dieses kann dem toten Stück Materie einen Wertgehalt einhauchen, es zum Träger einer Tauschwertbeziehung erheben. In dieser Weise stehen das Geld und das Geldwertbewußtsein in einer Art Zusammenhang, der jeweils den Rang einer Existenzbedingung des einen für das andere begründet. Das Geld ist die Existenzbedingung des Geldwertbewußtseins und letzteres wieder enthält die Grundlagen der Existenzmöglichkeit der materiellen Geldfunktion. Damit ist ausgesprochen, daß das Verhältnis von Geld und Geldwertbewußtsein bei beiden einen doppelten Charakter besitzt, daß es einesteils als ein ausgesprochen passives auftritt, andererseits aber als ein aktiv gestaltendes. Es ist, um bereits verwendete Ausdrücke zu benutzen, entweder rezeptiv oder empfangend, oder es ist aktuell d. h. gestaltend und gebend. Sehr treffend charakterisiert Gottl das Wesen der wirtschaftlichen Dimension dementsprechend als »das preisbestimmt Preisbestimmende«, wodurch die »amphitropische« (Knapp) sich nach zwei Seiten wendende Stellung sprachlich einwandfrei ausgedrückt wird. Diese amphitropische — noch besser ausgedrückt: *a m b i v a l e n t e*, d. h. zwangsmäßig doppelwertige, sowohl passiv in die Vergangenheit wie aktiv in die Zukunft gerichtete — Dynamik wird von Gottl, abgesehen davon, daß prinzipielle Ausführungen über sie fehlen, jedoch nur einseitig in Anwendung gebracht, nämlich nur für die wirtschaftliche Dimension, mit der ein Tatbestand, von einer Art Geldwertbewußtsein für den Einzelpreisstand einer Ware gemeint ist. Diesen Tatbestand benennt Gottl auch mit dem Namen »Zählgeld« und stellt ihn dem »Zahlgeld« gegenüber. Zahlgeld ist der Ausdruck für das konkrete Geld als Tauschmittel. Alles Geld ist nach Gottl ursprünglich Zählgeld. Als solches wird es später zum Tauschmittel; und als Tauschmittel wird es zum meistgehandelten Objekt.

In der Weise, wie Gottl das Verhältnis von Zählgeld und Zahlgeld auffaßt, wie er dazu geführt wird, einen logischen Primat des ersteren vor dem letzteren zu behaupten, scheint mir der Hauptpunkt gelegen zu sein, an dem seine Gedankengänge von

gewissen Einseitigkeiten befreit werden müssen. Es wäre darauf hinzuweisen, daß nicht nur das Zählgeld alias das zu einem Einzeltauswertung atomisierte Geldwertbewußtsein Autonomie besitzt, sondern auch das Zahlgeld alias Geld. Während das Zählgeld ein geistig autonomer Tauschwertträger ist, ist das Zahlgeld ein materiell autonomer Tauschträger. Da es außerdem mehr als bloß die meistgehandelte Ware darstellt, nämlich das universelle, ewige Zirkulationsmittel, kann man auch nicht, wie es Gottl in unermüdlicher Polemik tut, das Suchen nach dem »Allpreisgrunde«, nach einer generellen Preiserklärung ablehnen. Nach Gottl erscheint die charakteristische Höhe der wirtschaftlichen Dimension wie ein Zufallsgebilde, welches sich innerhalb der durch Bedarf und Deckung gezogenen notwendigen Umrahmung nach Belieben tummelt. Das aktuelle Problem der Preisbestimmung durch die wirtschaftliche Dimension ist bei Gottl nicht soweit in den Einzelheiten durchanalysiert worden, daß er erkannt hätte, daß sie nur das Medium darstellt, durch welches die Preisgesetze hindurchwirken. Doch sehen wir von diesen Problemen jetzt ab und beschränken wir uns auf die Fragen von Gleichordnung oder Nachordnung von Zählgeld und Zahlgeld. Wenn man nämlich diese letztere Frage historisch aufrollt — und Gottl tut das —, so zeigen sich in der Tat die Verhältnisse hier so gelagert, daß man von einem historischen Primat des Zählgeldes vor dem Zahlgeld sprechen kann. Solange sich nämlich der Austausch in traditionellen Wertskalen bewegt, deren Größenverhältnisse nach den neuesten historischen Forschungen niemals innerhalb der Wirtschaft entstanden sind, sondern von sakralen Instanzen normiert wurden: nämlich für sakrale Opferablösungen, solange wurden diese Wertgrößen auch dem wirtschaftlichen Tausch zugrunde gelegt, weil man andere Maßstäbe nicht hatte. In solchen prämonetären Wirtschaftsverhältnissen besteht nicht jene wechselseitige Bedingtheit von Geld und Geldwertbewußtsein. Hier wird ein Tauschwertbewußtsein, welches mit bestimmten sakralen Objekten verbunden ist, und die Normen für materielle Opferentgelte enthält, in die Wirtschaft übertragen. Die Bestimmtheit der Tauschwerthöhe entspringt in diesem Falle nicht wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern den Notwendigkeiten einer außerwirtschaftlichen Sphäre. Gewiß handelt es sich hier um einen Tatbestand von Tauschwert, aber um einen solchen, dessen Größenproblem noch nicht auf wirtschaftliche Weise gelöst ist.

Die wirtschaftliche Lösung des Größenproblems des Tauschwertes dagegen rollt aber alle Fragen nach den Preisgründen auf. Das Preisproblem ist in den prämonetären Zeiten, in denen nach sakralen Wertskalen getauscht wird, nach Art von freiwillig angewandten Preistaxen gelöst worden. In der entwickelten Tauschwirtschaft dagegen wandelt sich die außerwirtschaftliche Größenvorstellung von Austauschverhältnissen zu der rein wirtschaftlichen Vorstellung eines zirkulatorischen Wertgehaltes. Diesem liegt eine vollkommen andere und völlig selbständige Wertgesetzlichkeit zugrunde, im Gegensatz zu den fest normierten Wertskalen kultischer oder staatlicher Instanzen.

Dieses Problem konnte bei Gottl nicht in seiner vollen Tragweite hervortreten, da die atomistische Vorstellung des Geldwertproblems mittels des Begriffs der »wirtschaftlichen Dimension« in Verbindung mit der Ablehnung des Wertbegriffes eine Verdunkelung der Problematik der geänderten Wertlage der Verkehrswirtschaft und ihrer Tauschwertgrößenbestimmungen nach sich ziehen mußte. Es ist nicht möglich, die Austauschverhältnisse und ihre Größenbestimmungen, wie sie sich in der modernen Verkehrswirtschaft vollziehen, aus einem künstlich atomisierten Geldwertbewußtsein heraus zu denken, welches jedem Gute als seine selbständige wirtschaftliche Dimension zugesprochen wird. Ganz unmöglich aber ist es, das Geldwertbewußtsein in seiner Allgemeinheit atomistisch aus den einzelnen wirtschaftlichen Dimensionen der Güter als eine nur von diesen abgeleitete, aber nicht diese entscheidend bestimmende Größe zu erklären. Ein solchermaßen atomisiertes Tauschwertdenken hat in prämonetären Zeiten, die auf einzelnen Austauschnormierungen festgelegt waren, zweifellos stattgefunden. In der zirkulatorisch vermittelten allgemeinen Tauschwirtschaft dagegen baut sich die wirtschaftliche Dimension eines generellen und geltenden Einzelpreisbewußtseins in seiner Eigenschaft als autonome und beharrende Preisnorm nicht mehr autonom aus den Einzelpreiserfahrungen auf, sondern aus dem generellen Geldwertbewußtsein als komplexem Inbegriff von tendenziell sämtlichen Tauschvorgängen, welche in Gestalt von numerisch gegeneinander individuierten Tauschkomplexen zu einem einzigen Ordnungsgefüge vereinheitlicht erscheinen. Indem Gottl die »wirtschaftliche Dimension« (in Wirklichkeit eine Partiale des Geldwertbewußtseins) zu einem genetisch selbständigen Atom des letz-

teren (Begriff der wirtschaftlichen Dimensionalität!) stempelt, entgleiten ihm notwendig wesentliche Teile der Problematik der Preisbildung, wie sie sich aus dem Wechselspiel der Funktionscharaktere des Geldes als Tauschmittels und als Tauschträgers und des Geldwertbewußtseins als Trägers der »wirtschaftlichen Dimensionen« ergibt. Vor allem aber verschließt sich einer so sich selber isolierenden Denkhaltung der Tatbestand der »gegenseitigen« Bedingtheit von Geld und Geldwertbewußtsein, oder, um die — nicht voll entsprechenden — Gottschen Ausdrücke zu gebrauchen, von Zahlgeld und Zählgeld.

Laum hat in seinem Buche: »Heiliges Geld« (Tübingen 1924) gezeigt, wie im europäischen und indischen Kulturkreis die Wertvorstellungen, welche später dem wirtschaftlichen Austausch zugrundegelegt wurden, ihren Ursprung im Verkehr der Priesterschaft mit den Göttern hatten. Auch das deutsche Wort »Geld« besaß ursprünglich die einzige Bedeutung von »Opfer« (nach Grimm), und wurde erst später profaniert zur Bezeichnung wirtschaftlicher Entgeltungs- und Austauschverhältnisse. In dieser Weise wurden in frühen Zeiten regelmäßige Wertgrößenvorstellungen aus außerwirtschaftlichen Wertsphären in die Wirtschaft hineingetragen, und man kann mit vollem Recht behaupten, daß die Wertnorm der wirtschaftlichen Austauschverhältnisse der historischen Entstehung nach dem praktischen Austausch vorangegangen ist. Aber es ist doch wohl nicht richtig, wenn man diese aus der Kultsphäre stammenden Wertvorstellungen von den Austauschnormen nach modernem Gelde anders unterscheidet, als nach dem Charakter der *G r ö ß e n b e s t i m m t h e i t*. Abgesehen davon erfüllt die sakrale Wertnorm und ihr konkretes Symbol genau so die Funktionen als Tauschmittel und Tauschträger. Diesen kultischen Austauschzuständen gegenüber setzt nun ein Rationalisierungsprozeß ein, durch welchen die »wirtschaftlichen« Momente zur Geltung gebracht werden. Gottl bezeichnet als Träger, als Ferment dieser neuen Entwicklung den Händler, welcher sich rechnend zwischen den einzelnen Tauschwirtschaften hin- und herbewegt und sich Differenzgewinne zu verschaffen sucht, indem er im Nationaltausch zwischen den traditionellen Preisebenen der verschiedenen Länder arbitragiert, billig kaufend und teuer verkaufend. Der arbitragierende Händler rechnet nur, er verfügt nicht über ein internationales Tauschmittel. Und doch benutzt

er in jedem einzelnen naturalen Tauschakt den hinzugebenden Gegenstand in der einmaligen Rolle als Tauschmittel und Tauschträger in der Weise, wie wir es oben anlässlich der Gegenüberstellung der Tauschmittelfunktion und der Tauschträgerfunktion genau ausgeführt haben. Indem Gottl gerade dieser Vorgang einer einmaligen konkreten Tauschmittelfunktion nicht deutlich wird, welche die ganz unerläßliche Grundlage für die Tauschwertvorstellungen des Händlers bildet, gelangt er dazu, das Zählgeld, das Geldrechnen, völlig zu verselbständigen und es historisch und genetisch dem Zahlgelde vorzuordnen. So heißt es S. 82, daß am Beginne nicht der Geldgebrauch steht, sondern die Geldrechnung, das Zählen. Ähnlich sagt einmal Cassel (Theoretische Sozialökonomie, 1921, S. 334): »Sicher ist, daß die Einführung allgemeiner Tauschmittel nie der Preisrechnung vorgegangen sein kann, weil eben der Gebrauch eines allgemeinen Tauschmittels eine Preisrechnung in diesem Tauschmittel voraussetzt . . .« Diesem Satze läßt sich die Logik nicht abstreiten; wenn man aber sich dessen erinnert, was oben ausgeführt wurde, über die doppelte ambivalente Dynamik sowohl des Geldes, wie des Geldwertbewußtseins, so wird man einem Satze, der das diametrale Gegenteil des soeben zitierten ausspricht, die Anerkennung seiner vollkommenen Logik ebensowenig vorenthalten dürfen. Auch die Preisrechnung setzt begriffsnotwendig einen konkreten Tauschträger voraus. Er braucht kein »allgemeines« Tauschmittel zu sein, ja, er braucht nicht einmal dem Mechanismus des Zwischentausches zu entspringen, es genügt die Tatsache, daß er im Tauschakte die zentrale, wertnormierende Stellung einnimmt, daß also, wenn ein Schaf gegen einen Sack Korn naturaliter getauscht werden, das Schaf die Wertvorstellung dieses Tausches begründet und nicht der Sack Korn (der es auch sein könnte). Am Begriffe des Tauschträgers hängt das ganze Verständnis des Geldes. Für die Erkenntnis und die Bestimmung seines Wesens bedarf es nicht des Rückgriffes auf die höchstgesteigerten Formen von Allgemeinheit, die er in der modernen Tauschwirtschaft besitzt. Ein solch einzelnes Naturgut, welches das Wertdenken des Tausches zentralisiert, bildet die Zelle, aus der sich der Tatbestand des allgemeinen Tauschträgers entwickelt. Soviel ist an dem Casselschen Zitate richtig, daß ein »allgemeines« Tauschmittel nicht am Anfange der Entwicklung gestanden haben kann. Aber ihm die Preisrechnung als das Pri-

märe gegenüberzustellen, trifft am Wesen der Sache vorbei. Es stehen sich gegenüber Preisrechnung und Tauschträger, sowie allgemeines Tauschmittel und einmaliges Tauschmittel. Erstere sind wechselbedingt, nur letztere stehen im Folgeverhältnis.

Eine verselbständigte Geldrechnung, ein Geldwertbewußtsein sui generis kann es weder logisch noch historisch geben. Die Wechselbedingtheit von Geldwertbewußtsein und Geld, in primitiven Verhältnissen: von Tauschwertbewußtsein und einmaligem Tauschträger, hat einen konstitutiven Charakter, d. h. sie begründet nicht nur ein Merkmal, sondern das Sein als solches, die Existenz. Und man könnte hier höchstens die sophistische Frage aufwerfen: wer war eher, der Tauschträger oder das Tauschwertbewußtsein? Diese Frage wird sich vermutlich ähnlich entscheiden wie diejenige, ob das Huhn eher war als das Ei. Unabhängig von der Entscheidung dieser Frage bleibt der Tatbestand der genetischen Wechselbeziehung selber. Auf der Grundlage einer dynamischen Ambivalenz besteht zwischen dem Gelde und dem Geldwertbewußtsein ein Verhältnis der Gegenseitigkeit vom Range des konstitutiven Seinsgrundes des einen für das andere. Zieht man die Folgerungen aus dieser Erkenntnis, so löst sich der ganze Streit um den Primat oder das logische Prius von Zählgeld und Zahlgeld, bzw. Geldwertbewußtsein und Geld in einfacher Weise. Wenn es sich um die Herausbildung des Geldwertbewußtseins nach dem Ideal der Wirklichkeitsgemäßheit handelt, so besitzt der praktische Geldgebrauch in Gestalt von Tauschträgern den logischen und ontologischen Primat; handelt es sich dagegen um die Anwendung des Geldwertbewußtseins in der praktischen Preisbildung, so besitzt nunmehr dieses selbst den logischen und ontologischen Primat gegenüber der preisrealisierenden Funktion des Tauschträgers, da es diesem die Wertvorstellungen leiht. Beide Prozesse hängen untrennbar nach dem Prinzip der Ambivalenz zusammen, d. h. nach dem Prinzip einer fundamentalen Doppelwertigkeit vom Range eines zureichenden wechselseitigen Seinsgrundes. — Es ist somit ein dynamischer Tatbestand höchster Ordnung, zu dem der hier unternommene Versuch einer Lösung des statischen Geldproblems geführt hat.

Genossenschaftswesen in Sowjetrußland.

Von

V. TOTOMIANZ.

I. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen.

In der Entwicklung des russischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens lassen sich zwei Epochen unterscheiden, und man könnte von zwei geschichtlichen Daten sprechen, nach denen es seine Zeitrechnung führt. Außer dem Datum seiner Genesis — seiner geschichtlichen Entstehung — kommt für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen noch das Datum seiner zweiten Geburt in Betracht, d. h. es tritt in ihm mit vollkommener Deutlichkeit eine neue Lebensperiode in Erscheinung, die mit der vorhergehenden Periode zusammenhängt; sie wird als die Wiedererstellungs- oder besser als die Renaissance-Aera bezeichnet.

Das heutige landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Sowjetrußlands gehört vollständig zu dieser zweiten Periode. Es datiert vom 17. Mai 1921 — Beschluß des Rats der Volkskommissäre — und vom 16. August 1921 — Dekret des Allrussischen Zentralexekutiv Ausschusses und des Rats der Volkskommissäre über die Wiederherstellung der Rechte des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, die ihm am 27. Januar 1920 genommen worden waren. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen blickt also auf bloß fünf volle Jahre seines Bestehens zurück. Während dieser Periode hat es alle Wachstumsstadien durchlaufen. Diese zweite Periode ist dadurch gekennzeichnet, daß das Wachstum nicht von unten, wie in der ersten Periode, sondern von oben begann, das heißt, es wurde zuerst der Mittelpunkt des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens wiederhergestellt; erst später lebten wieder auf und wurden wieder aufgebaut die primären Genossenschaften. Von einer Beschreibung des Wiederaufbauprozesses sehen wir natürlich ab, wir wollen nur bemerken, daß er in sehr stürmischer Weise verlief. Besonders auffallend war die Entwicklung der primären genossenschaftlichen Organisationen. Zurzeit stellt sich der Apparat des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens folgendermaßen dar.

Nach den von P. Sadyrin, einem der Führer der landwirtschaftlichen Genossenschaften, in seinem Bericht auf der XVIII. Session des Aufsichtsrates des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften angeführten Angaben gab es in Sowjetrußland im ganzen

38 000 Genossenschaften mit 420 genossenschaftlichen Verbänden, die bis 5 Millionen Bauernwirtschaften umfassen.

Am 1. Juli 1925 gab es bereits mehrere tausend Fachgenossenschaften, namentlich 4200 Molkerei-, 3688 Meliorationsgenossenschaften, 800 Genossenschaften für Obst und Gemüsekultur, 300 für Samenkultur, 300 für Kartoffelbau, Pferde-, Rinder- und Schafzucht, über 1000 für Baumwolle-, Tabak-, Rübenbau usw. Es gab auch 92 Fachverbände und 7 Zentralstellen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ¹⁾).

Etwas abweichende Angaben macht A. Minin. Nach seiner Berechnung kann die Zahl der Genossenschaften Sowjetrußlands mit Einschluß der »wilden« am 1. Januar 1925 annäherungsweise auf 45 000 geschätzt werden, die nicht weniger als 4 Millionen Bauernwirtschaften oder ca. 20% deren Gesamtzahl umfassen ²⁾).

Die Angaben über die Genossenschaften Sowjetrußlands mit Ausschluß der Ukraine zum 1. Januar 1925 fallen bei den beiden genannten Autoren zusammen und wird die Zahl der Genossenschaften auf 25 000 geschätzt, die Zahl der Verbände auf 339 und diejenige der Mitglieder auf 2 650 000.

Die Genossenschaften gliedern sich in einzelne Genossenschaftsarten wie folgt:

Am 1. Januar 1925

Genossenschaftsarten	Zahl der Genossenschaften	Zahl der Mitglieder
1. Landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaften	5 800	426 650
2. Landwirtschaftliche Genossenschaften mit Kreditfunktionen und Kreditgenossenschaften	7 150	1 513 150
3. Kollektivwirtschaften (Gemeinsame Bebauung des Bodens)	4 925	113 950
4. Molkerei- und Buttergenossenschaften und genossenschaftliche Käsereien .	3 300	291 500
5. Andere landwirtschaftliche Genossenschaften	2 350	238 500
6. Genossenschaften für Hausindustrie und Genossenschaften für Waldwirtschaft	1 475	66 250
Zusammen	25 000	2 650 000

Territorial gliedern sich die Verbände wie folgt:

Kleindistriktsverbände	57
Kreisverbände	169
Großdistriktsverbände	53
Gouvernementsverbände	35
Verbände autonomer Republiken und Gebiete .	21
Gebietsverbände	4
Zusammen	339

¹⁾ Westnik (Bote) des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Nr. 19 bis 20, 1925, Moskau.

²⁾ Ibidem Nr. 11, 1925.

Nachdem wir eine Vorstellung vom Netze der landwirtschaftlichen Genossenschaften erlangt haben, wenden wir uns zur Betrachtung ihrer Tätigkeit. Wir wollen dabei sämtliche genossenschaftliche Organisationen in drei Kategorien einteilen: die einzelnen Genossenschaften, die Verbände und die Zentralverbände, und jede Kategorie einzeln betrachten.

Zunächst besprechen wir die Finanzen der einzelnen Genossenschaften.

Die Gesamtsumme der bei den durch die Verbände zusammengeschlossenen Genossenschaften befindlichen Mittel wird von A. Minin am 1. Oktober 1924 auf 240 Millionen Rubel annäherungsweise geschätzt gegenüber 33 Millionen Rubel zum 1. Januar 1923.

Die Gesamtsumme ihrer Kapitalien und ihrer Schulden wird auf Grund der Abschlußbilanzen der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften zu diesem Zeitpunkt auf ungefähr 70 Mill. Rubel Kapitalien und 120 Mill. Rubel Verschuldung geschätzt.

Die Durchschnittsbilanz einer landwirtschaftlichen Genossenschaft schwankt je nach Genossenschaftsart und Sitz der Genossenschaft.

Die Durchschnittsbilanz einer landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft am 1. Juli 1924 beträgt 12 000 Goldrubel. Die Höhe der Bilanz ist, wie wir eben bemerkt haben, verschieden je nach der Genossenschaftsart, den wirtschaftlichen Rayons und der Zahl der Mitglieder. Landwirtschaftliche Genossenschaften mit Kreditfunktionen haben höhere Bilanzen, als reine landwirtschaftliche Genossenschaften. Zur Illustration führen wir ein Beispiel an: im Rayon des Rschewschen Verbandes des Gouvernements Moskau beträgt die durchschnittliche Bilanz einer landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft 11 977 Rubel und diejenige einer rein landwirtschaftlichen Genossenschaft 4193 Rubel.

Größere Schwankungen der Bilanzhöhe bemerkt man in verschiedenen Rayons Sowjetrußlands.

Bei einer Durchschnittsbilanz von 17 454 Rubel für das gesamte Sowjetrußland (eine von der Zentralen Landwirtschaftlichen Bank ermittelte Zahl) haben wir für die Russische Sozialistische Förderative Sowjetrepublik eine Durchschnittsbilanz von 17 633, für die Ukrainische Sowjetrepublik 18 145, für die transkaukasischen Sowjetrepubliken 11 555, und für die Baschkirsche autonome Sowjetrepublik 7328 Rubel.

Großes Interesse verdienen die Quellen, aus denen sich die Mittel der primären Genossenschaften bilden.

Den Anteilscheinkapitalien kommt eine sehr geringe Bedeutung zu; denn sie betragen nur 1,9—3,7% des Passivums im Einklang mit der Geringfügigkeit der Anteilsmitgliedereinlagen. So entfiel z. B. im Gouvernement Moskau am 1. Januar 1924 auf je ein Mitglied nur 1 Rubel 51 Kopecken des Anteilscheinkapitals der Genossenschaften, für den Kuban-Schwarzmeerverband erhöht sich diese Ziffer auf 2 Rubel 38 Kopecken (am 1. Juli 1924).

Auch die Einlagen in die Genossenschaftskassen sind unbedeu-

tend. Nach der Abschlußbilanz von 4197 Primärgenossenschaften mit Kreditfunktionen am 1. August 1924 betrugen die Einlagen bloß 822 252 Rubel oder 2% der gesamten Bilanzsumme.

Die Hauptquelle der Betriebsmittel stellten im Jahre 1924 aufgenommene Darlehen dar, die bis zu 42,9—51,8% der Passiva bilden.

Zusammenfassende Angaben über die aktiven, d. h. die wichtigsten Operationen fehlen für die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit Kreditfunktionen; zur Illustration kann man die Ergebnisse der von der Südöstlichen landwirtschaftlichen Bank in Rostow am Don am 1. September 1924 unternommenen Enquete über die Arbeit von 87 landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften und von 38 integralen genossenschaftlichen Vereinigungen anführen (Gouvernement Stawropol).

Der Gesamtbetrag der von 123 Genossenschaften von der Südöstlichen landwirtschaftlichen Bank erhaltenen Darlehen beträgt 428 607 Rubel, was im Durchschnitt ergibt: für eine Organisation 3485 Rubel und für ein Mitglied 11,4 Rubel.

Der durchschnittliche Darlehensbetrag für einen Darlehensnehmer beträgt für eine kleine Genossenschaft 57,8, für eine mittlere 41 und für eine große 70,8 Rubel.

Was die genossenschaftliche Arbeit betrifft, so kann man eine allgemeine Charakteristik nur für die Tätigkeit der landwirtschaftlichen und der kreditlandwirtschaftlichen Genossenschaften geben, ohne zu versuchen, die ganze Mannigfaltigkeit der Genossenschaftsarten ins Auge zu fassen.

Die Umsatzhöhe einer mittleren Genossenschaft beträgt für den Warenabsatz im Jahre 1923/24 annäherungsweise 16 500 Rubel. In den verschiedenen Rayons schwankt die Umsatzhöhe von 4—500 bis 40—50 000 Rubel pro Jahr.

Da es nicht möglich ist, in dieser Hinsicht eine erschöpfende Charakteristik für das Gesamtgebiet der Republik zu erhalten, kann man wieder als Illustration das Ergebnis einer Enquete über die landwirtschaftlichen Genossenschaften des Südostens anführen, das von der landwirtschaftlichen Bank des Südostens in Form eines Berichtes für das Jahr 1923/24 veröffentlicht wurde. Aus diesem Bericht ersieht man, daß die Genossenschaften mehr kauften, als verkauften, das heißt, die Schulden stiegen.

Die Waren, mit denen die Genossenschaften zu tun haben, sind teils für die Produktion, teils für den Konsum bestimmt. Die Angaben der landwirtschaftlichen Bank des Südostens ergeben das folgende Bild:

Rayons des Südostens	Gekaufte Waren in Prozent		
	Konsumwaren	Produktionswaren	Zusammen
Morosow	94,0	6,0	100
Rostow	80,3	19,7	100
Terek	51,6	48,4	100
Eisk	86,6	13,4	100
Krasnodar	68,3	31,7	100

Diese Tabelle zeigt, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften in weitem Umfange mit zum Konsum bestimmten Waren operieren und daß einige Genossenschaften, wie z. B. diejenigen des Morosowschen Rayons für diese eine übergroße Vorliebe bekunden, indem sie für Produktionswaren nur 6% übrig lassen. Diese Tendenz ist nicht nur dem Südosten eigen, sondern ist fast überall vorhanden.

Die Konsumwaren werden gekauft vorwiegend beim Verbands- und bei den Staatsorganen (bis 50—75%), bei Privatpersonen und Privatfirmen in größerem Maßstabe (bis 22—27%), nur von jenen Genossenschaften, die sich unweit von Städten befinden. Die Produktionswaren werden fast ausschließlich von den Verbänden (bis $\frac{2}{3}$) und den Staatsorganen (bis $\frac{1}{3}$) gekauft.

Die Absatzoperationen des Südostens erfolgen auf dem Gebiete der Getreideprodukte. Ihre mittlere Höhe schwankt für die Genossenschaften verschiedener Rayons von 740—2715 Rubel. Aus dem Gesamtbetrag der eingesammelten Getreideprodukte wurde an genossenschaftliche Vereinigungen 57,93% verkauft, an andere genossenschaftliche Organisationen 3,2%, an Staatsorgane 29,4% und an Private 10,9%. In den untersuchten Genossenschaften erfolgt der Verkauf von Getreide in der Regel gegen bar.

Die Gesamtumsatzziffern der einzelnen landwirtschaftlichen Genossenschaften stellen sich annäherungsweise folgendermaßen dar: landwirtschaftliche, kreditlandwirtschaftliche und Kreditgenossenschaften 207 Mill. Rubel, kollektive Wirtschaften mit gemeinsamer Organisation des Verkaufs und der Versorgung mindestens 20 Mill. Rubel, Molkerei- und Buttergenossenschaften ca. 25 Mill. Rubel und andere landwirtschaftliche Genossenschaften ca. 20 Mill. Rubel.

Der Gesamtumsatz der einzelnen Genossenschaften kann für die gesamte Sowjetunion auf ca. 325 Mill. Rubel beziffert werden, wenn man den Umsatz der ukrainischen Genossenschaften mit ca. 20% des Umsatzes Sowjetrußlands ohne die Ukraine annimmt. Der Gesamtumsatz verteilt sich etwa zu gleichen Teilen zwischen Verkaufs- und Versorgungsoperationen.

Nach späteren Daten vom 1. Juli 1925 für Sowjetrußland (ohne die Ukraine) betragen die zur Verfügung der Genossenschaften stehenden Mittel annäherungsweise 410 Mill. Rubel. Nimmt man die Zahl der Genossenschaftsmitglieder mit 3,9 Mill. an, so entfallen auf eine genossenschaftliche Bauernwirtschaft ca. 105 Rubel.

Der Betrag der eigenen Mittel hat sich auf 100 Mill. Rubel erhöht.

Der Umsatz in den 6 Monaten des laufenden Jahres (1925) wird ebenfalls auf Grund einer annähernden Berechnung auf ca. 330 Mill. Rubel geschätzt ³⁾.

Wir gehen jetzt zur Charakteristik des zweiten Teils des Gesamtbaues der landwirtschaftlichen Genossenschaft, namentlich der

³⁾ S. Bogolepow, Die Finanzen der landwirtschaftlichen Genossenschaft. Anzeiger der landwirtsch. Genossenschaften, Nr. 21, 1. November 1925.

örtlichen Verbände, über und lassen vorläufig die Zentralverbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften unberücksichtigt.

Wir betrachten zunächst die finanzielle und dann die operative Seite.

Die Durchschnittsbilanzen der Verbände der verschiedenen Rayons waren am 1. Oktober 1924 wie folgt:

Gouvernementsverbände	2 012 000
Großrayonsverbände	606 000
Kreisverbände (Mitglieder des Verbandes der landwirtsch. Genossenschaften)	281 000
Kreisverbände (Nichtmitglieder des Verbandes der landwirt- schaftlichen Genossenschaften)	147 000
Kleindistriktsverbände	176 000
Durchschnittsbilanz für sämtliche Verbände	<u>479 000</u>

Daß bedeutende, zum Teil sehr bedeutende Abweichungen von diesen Durchschnittsbilanzen vorkommen, ist klar. Es genügt darauf hinzuweisen, daß bei einer Durchschnittsbilanz der Gouvernementsverbände vom 1. Juli 1924 von 1,5 Mill. Rubel in einzelnen Verbänden Schwankungen von 237 000 Rubel bis 10,5 Mill. Rubel vorkommen.

Eine Vorstellung über die finanzielle Lage der Verbände gibt das Bild des Bilanzbaues. In den Durchschnittsbilanzen der Verbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften ziehen folgende Posten besondere Aufmerksamkeit auf sich und sind am lehrreichsten. So nehmen auf der Aktivseite der Bilanz am 1. Oktober 1924 die Hälfte der Bilanz drei Posten ein: Schulden 24,4% der gesamten Bilanz, aufgenommene Wechsel 11,6% und Waren 23,5%.

Auf der Passivseite machen zwei Konten zwei Drittel der Bilanz aus: das Schuldenkonto 47,8 und das Konto der ausgegebenen Wechsel 21,4%, im ganzen 69,2%.

Ohne uns eine Analyse der gesamten Bilanz und eine erschöpfende Charakteristik der Lage der Verbände zur Aufgabe zu machen, wollen wir nur die wesentlichsten Seiten davon berühren. Im Passivum ist es nötig, die Posten zu betrachten, aus denen die Einnahmequellen erhellen. Es fallen die Schulden der Verbände als Einnahmequelle auf; nach den Rayons verhält es sich damit so: sie wachsen mit der Vergrößerung der Rayons, indem sie bei den Verbänden der Kleinrayons bis 40,2 und 44,7%, und bei denen der Gouvernementsrayons bis zu 64,8 und 73,7% der Bilanz erreichen.

Die Tatsache, daß das Konto der ausgegebenen Wechsel eine beträchtliche Höhe aufweist, zeigt, daß die Verbände, ohne sich mit normalen und zulässigen Darlehen zu begnügen, zu allen Mitteln greifen, um sich Geld, an demselben akuten Mangel sie leiden, zu beschaffen, ohne auch vor Ausstellung solcher Schuldscheine zurückzuschrecken, von denen sie mit Sicherheit wissen, daß sie nicht rechtzeitig eingelöst werden können.

Nur durch einen akuten Mangel kann man erklären, daß der Gesamtbetrag der ausgegebenen Wechsel im Passivum ein Fünftel der

Bilanz ausmacht (21%), während dieses Konto vor drei Monaten nur 17,8% und vor neun Monaten, d. h. am 1. Januar 1924, nur 10% ausmachte ⁴⁾.

So wurde vom Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Jahre 1924 (Januar—Dezember) aus der Gesamtsumme der von ihm von den Verbänden erhaltenen Wechsel — 21 224 000 Rubel —

rechtzeitig eingelöst	11 181 000 oder 53%
prolongiert	6 607 000
nicht rechtzeitig eingelöst	1 658 000
protestiert	1 783 400
im ganzen	10 043 000 oder 47%
zusammen	21 224 000 oder 100%

Die Kreditoren der Verbände verteilen sich wie folgt am 1. Oktober 1924

Staatsorgane	20,1% der gesamt. Bilanz
Genossenschaftliche Zentralstellen . .	16,5%
Eigene Mitglieder	4,8%
Andere Personen und Anstalten . . .	6,4%

So verhält es sich mit den Darlehensmitteln der Verbände. Die Kapitalkonten weisen ebenfalls ein wenig erfreuliches Bild auf, sie bilden nur 13,1% der Bilanz; zieht man aber in Erwägung, daß die betreffenden Vermögens- und Unternehmungskonten im Aktivum hoch sind, so bleibt von den Kapitalien für Operationen nur ca. 6% der Bilanz übrig. Die Rolle der Anteilsscheinkapitalien und Einlagen ist gering: erstere schwanken von 1% bei den Gouvernements- bis 2,5% bei den Kleindistriktverbänden (am 1. Juli 1924), während letztere eine noch geringere Rolle spielen. Im Aktivum bedürfen einer Erklärung die Waren- und Schuldnerkonti. Das Warenkonto, das 23% der Bilanz ausmacht, spricht nicht zugunsten der Bilanz, es folgt aus ihm, daß der Warenabsatz stockt. Eine Verminderung des Warenkontos würde von einer Gesundung der Bilanz sprechen; ein Vergleich mit der vorhergehenden Periode ergibt tatsächlich eine derartige Verminderung, aber es wächst parallel auch das Schuldnerkonto, d. h. die Waren schwinden aus den Verbänden, aber an ihre Stelle treten Schuldner. Die Schulden des Aktivums betragen: an Staatsorgane 5,5%, an genossenschaftliche Zentralstellen 1,5%, an Verbandsmitglieder 12% und an andere Personen und Anstalten 4,7%.

Ein großes Hindernis für die Finanzarbeit der Verbände ist die starke Entwicklung des kurzfristigen Wechselkredits sowohl auf den oberen wie den unteren Stufen der genossenschaftlichen Leiter neben einer mangelhaften Koordinierung der genossenschaftlichen Arbeit überhaupt.

⁴⁾ Im Jahre 1924 hat das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen eine höchst ernste Kreditkrise durchgemacht. Von dieser Krise zeugt die Summe der protestierten Wechsel.

Die Gesamtsumme der zur Verfügung der örtlichen Verbände stehenden Mittel betrug am 1. Oktober 1924 154 Mill. Rubel. Eine annähernde Schätzung der Gesamtsumme der Kapitalien und Schulden der Verbände auf Grund einer durchschnittlichen Verbandsbilanz ergibt ca. 21 Mill. Rubel für die Kapitalien und ca. 105 Mill. Rubel für die Schulden.

Am 1. Juli 1925 wird die Summe der zur Verfügung der örtlichen Verbände stehenden Mittel annäherungsweise auf 223 Mill. Rubel geschätzt. Aus dieser Summe betragen die eigenen Mittel der Verbände mit Einschluß der Anteilkapitalien etwa 30 Mill. Rubel.

Was die Arbeit der örtlichen Verbände auf dem Gebiete der Versorgung und des Absatzes betrifft, so muß man sie sich als eine universelle Arbeit vorstellen, da die Verbände selbst in ihrer überwiegenden Mehrzahl — sogar fast ausschließlich (beinahe $\frac{9}{10}$) — einen universellen Charakter besitzen. Spezialverbände treten eigentlich erst in der allerletzten Zeit auf, und man kann, was sie betrifft, eine allgemeine Charakteristik der operativen Arbeit nicht geben.

Die Operationen der Verbände haben in kurzer Zeit einen kräftigen Aufschwung genommen, und weisen die Tendenz zur weiteren Steigerung auf. Die Umsatzsumme beläuft sich für das Wirtschaftsjahr 1923—24 auf 180 Mill. Rubel; die Einteilung nach Quartalen zeigt ein rasches Wachstum: I. Quartal 34 Mill. Rubel, II. Quartal 40 Mill. Rubel, III. Quartal 51 Mill. Rubel, IV. Quartal 55 Mill. Rubel.

Von der Gesamtmasse der Waren und Produkte, die durch die Verbände gegangen sind, entfallen für die ersten 6 Monate des Jahres 1924 auf die Versorgung 46,7% und auf den Absatz 53,3%; für die Monate Januar bis September 1924 erhält die Versorgung mit 54,6% das Uebergewicht über den Absatz, der erst 45,4% beträgt.

Diese Abweichung von normaler Arbeit zugunsten der Versorgungstätigkeit erklärt sich z. T. durch die Teilnahme der Genossenschaften an der Versorgung der Mißerntegebiete mit Samenmaterial und Nahrungsmitteln, teils durch die Heranziehung der Genossenschaften zur Ansammlung von Warenvorräten nach den Anweisungen des Staates. Bei der Versorgung wird die Mehrzahl der Waren (bis 83,9%) den Verbandsmitgliedern verabfolgt, beim Absatz von Produkten der Landwirtschaft wird beinahe ein Fünftel sämtlicher Produkte vorwiegend an die höheren Verbände und an die Zentralstellen der landwirtschaftlichen Genossenschaften abgegeben.

Die Gesamtsumme des Absatzes sämtlicher Verbände kann für das erste Halbjahr auf 159 Mill. Rubel geschätzt werden.

Indem wir jetzt zur Charakteristik des heutigen Zustandes der Zentralverbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften übergehen, werden wir diesmal nur die Tätigkeit desjenigen Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften besprechen, der einen universellen Zentralverband und zusammenfassendes Zentrum darstellt. Ueber die besonderen Zentren kommen wir etwas weiter zu sprechen, im Zusammenhang mit der von ihnen verrichteten speziellen Arbeit.

Die vollständige Bezeichnung des genannten Verbandes ist der Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Mittel des Verbandes sind in ständigem Wachstum begriffen; es ist hier noch an die eingangs gemachte Bemerkung zu erinnern, daß der Verband erst seit kurzer Zeit zu existieren begann, nämlich seit dem Wiederaufleben der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Am 1. Dezember 1924 betrug die Bilanzsumme des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften 55 090 212 Rubel, am 1. Januar 1924 26 776 592 und am 1. Juli 36 520 876 Rubel — im Laufe von elf Monaten ist sie also um 106% gestiegen.

In der Bilanz des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften (Gesamthöhe am 1. Dezember 1924 55 090 212 Rubel) fallen im Passivum dieselben Posten auf, die wir auch bei den örtlichen Verbänden betrachtet haben. Die Schulden des Verbandes (Konti Darlehen und Kredite, Akkreditive, Wechseldiskontierungen und Kreditoren) betragen 42 Mill. oder 75,86%.

Die Kapitalien betragen im ganzen nur 783 738 Rubel oder 1,42%.

Die Export- und Importoperationen ermöglichen es dem Verbande der landwirtschaftlichen Genossenschaften beträchtliche Summen an ausländischen Krediten hereinzunehmen. Nach A. Minin hat der Verband im Jahre 1924 im ganzen über 11,2 Mill. an solchen Krediten hereingenommen, davon 9 800 000 für den Export und 1 328 000 für den Import.

Der bedeutendste Posten des Aktivums — Debitoren — beträgt 27 197 042 Rubel oder 49,37%.

Ein Vergleich der Aktiv- und Passivschulden des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften zeigt, daß er eine Vermittlungs- und Verteilungsstelle ist zur Weiterleitung von in der Hauptsache staatlichen Krediten an das Netz der Genossenschaften. Von 25,5 Mill. Rubel, die dem Verband aus Darlehen, Krediten und aus der Wechseldiskontierung zuflossen, wurden über 80% = 20,8 Mill. Rubel in Form von Geldmitteln oder Waren an genossenschaftliche Organisationen weitergegeben.

Bei der Beschreibung der Finanzlage des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften sagt A. Minin in seinem neuen Buche über das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen: »Vergegenwärtigt man sich, daß es noch nicht drei Jahre her sind, als der Verband seine Arbeit begann und daß seine Bilanz am 1. September 1921 auf bloß 32 000 Goldrubel geschätzt werden mußte, so ist anzuerkennen, daß der Verband eine große Arbeit zu leisten und für sie Interesse und Vertrauen zu erwecken gewußt hat, die ihm nach 3 Jahren eine auf genügend festen Grundlagen aufgebaute Bilanz von 55 Mill. Rubel verschafft haben«⁵⁾.

Am 1. Juli 1925 stieg die Bilanzhöhe auf 63 717 000 und am 1. September auf 79 877 669 Rubel.

Die operative Arbeit des Verbandes besteht in jenen Versor-

⁵⁾ A. Minin, Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Sowjetrußlands, 1925, S. 115.

gungs- und Absatzoperationen, die nicht in den Tätigkeitsbereich der besonderen Zentren gehören.

Der Umsatz des Verbandes verteilt sich für 9 Monate 1925 nach Abteilungen wie folgt:

Abteilungen	Eingegangene Waren	Verkaufte Waren
	In Tausenden	Rubeln
Landwirtschaftliche Maschinen u. Geräte	4 123,2	6 116,1
Versorgung	4 817,0	5 747,9
Sämereien	3 163,3*	3 304,6*
Versorgungsabteilungen	12 103,5*	15 168,6*
Getreide und Futter	9 505,7	9 257,2
Tierzucht	3 586,4	6 583,2
Geflügelzucht	2 494,1	2 809,1
Besondere Kulturen	302,5	2 564,0
Rohstoffe	9 201,5	4 811,6
Umsatzabteilungen	25 090,2	26 025,1
Sämtliche Abteilungen	37 173,7	41 193,7

An drei Abteilungen des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Rohstoff-, die Geflügel- und die Samenabteilung wurden innerhalb neun Monate Exportwaren für etwas über 10,2 Mill. Rubel gesandt. Es liegen Angaben vor, daß der von diesen Waren im Auslande bis zum 1. Oktober d. J. realisierte Teil im ganzen eine Summe von 3 958 000 Rubel darstellt.

Während wir auf eine Charakteristik der besonderen Zentren vorläufig verzichten, wollen wir doch die Gesamtbeträge ihrer Bilanzen und ihres Warenabsatzes anführen, um danach ein allgemeines Bild für das Gesamtsystem der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu geben ⁶⁾ 7).

Die Bilanzen der Zentren der landwirtschaftlichen Genossenschaften stellen sich am 1. Juli 1924 folgendermaßen dar:

Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften	63 717 000 Rubel
Flachsverband	13 513 000 *
Verband der Kartoffelgenossenschaften	2 647 000 *
Verband der Buttergenossenschaften	28 739 000 *
Verband der Obst- und Winzergenossenschaften	5 829 000 *
Gesamtsumme	114 445 000 *

Handelsumsätze der Zentren für Warenabsatz für das erste Halbjahr d. J.:

Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften	21 153 000 Rubel
Verband der Buttergenossenschaften	18 464 000 *
Flachsverband	13 199 000 *
Verband der Obst- und Winzergenossenschaften	3 180 000 *
Verband der Buttergenossenschaften	2 421 000 *
Für sämtliche Zentren	58 417 000 Rubel

⁶⁾ Vollständige Bezeichnungen der zentralen Verbände werden weiter unten bei der Beschreibung derselben angegeben.

⁷⁾ S. Bogolepow, Die finanzielle Lage und die finanzielle Arbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Anzeiger der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Nr. 21, 1. November 1925.

Zum Schlusse ist es von Interesse auf die zusammenfassenden Angaben über die dem ganzen System der landwirtschaftlichen Genossenschaften in ihren verschiedenen Stufen zur Verfügung stehenden Mittel einen Blick zu werfen.

Diese Angaben stellen sich für die USSR. ohne die Ukraine folgendermaßen dar:

	Zum 1. 1. 25	Zum 1. 7. 25
Die Zentren der landwirtschaftlichen Genossenschaften	90 000 000	114 000 000 Rubel
Die Verbände	180 000 000	223 000 000 „
Die Genossenschaften	242 000 000	410 000 000 „
Für die gesamten landw. Genossenschaften	512 000 000	747 000 000 Rubel

Rechnet man hinzu die Mittel der ukrainischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, so erhält man für die Gesamtmittel der landwirtschaftlichen Genossenschaften der ganzen Sowjetunion ca. 900 Mill. Rubel, davon 170 Mill. eigene und Anteilscheinsmittel.

Die Umsätze der gesamten landwirtschaftlichen Genossenschaften Sowjetsrußlands ohne die Ukraine für das erste Halbjahr 1925 sind:

Der Umsatz der Genossenschaften erster Stufe	330 000 000 Rubel
Der Umsatz der örtlichen Verbände	159 000 000 „
Der Umsatz der Zentralverbände	59 000 000 „
Zusammen	548 000 000 Rubel

Nehmen wir den Umsatz der ukrainischen landwirtschaftlichen Genossenschaften sämtlicher Stufen während derselben Periode mit etwas über 100 Mill. Rubel an, so erhalten wir für den Gesamtumsatz der landwirtschaftlichen Genossenschaften Sowjetrußlands für das erste Halbjahr 1925 etwa 650 Mill. Rubel.

Diese Ziffer bedarf einer Berichtigung aus dem Grunde, weil ein gewisser Teil dieser Umsatzsumme sich in dem Umsatz verschiedener Stufen wiederholt. Nach einigen indirekten Erwägungen kann man nur zwei Drittel des gesamten errechneten Umsatzes als einen reinen, sich nicht wiederholenden Betrag betrachten, für das erste Halbjahr 1925 kann man also als die entsprechende Ziffer die Summe von 435 Mill. Rubel annehmen.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß es im System der landwirtschaftlichen Genossenschaften besondere Zentren gibt; sie sollen die Bedürfnisse besonderer Zweige der Landwirtschaft, denen besondere Arten von Genossenschaften gewidmet sind, befriedigen.

Zuerst, gegen Mitte August 1922, sonderte sich die Flachsabteilung des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften ab, indem sie einen selbständigen Flachsverband bildete. Später wurden gebildet die Verbände der Kartoffel-, Butter-, sowie der Obst- und Winzergenossenschaften.

Am mächtigsten hat sich der Verband der Buttergenossenschaften — der sog. Allrussische Verband der Molkereigenossenschaften — entwickelt, trotzdem er erst vor zwei Jahren, nämlich Ende Juli 1924,

gegründet wurde. Indem er das weite Gebiet der Molkereigenossenschaften umfaßt, erlangt er eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben Sowjetrußlands. Für die Bedürfnisse seiner Mitglieder gibt der Verband eine Zeitschrift heraus: »Die Milchwirtschaft«.

Wir wollen etwas bei den Molkereigenossenschaften, diesem wichtigen Zweig der landwirtschaftlichen Genossenschaften verweilen. Nach den Angaben der eben erwähnten Zeitschrift »Die Milchwirtschaft« vereinigte am 1. August 1925 der Verband der Buttergenossenschaften rechtlich 56 Verbände und 4841 Genossenschaften mit 654 805 Wirtschaften und 1 320 000 Kühen^{*)}. Die wirtschaftliche Absatzarbeit verrichtet der Verband der Buttergenossenschaften mit 86 Verbänden der besonderen Milch- und der universellen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die fast das gesamte Netz der Molkereigenossenschaften umschließen.

Der organisierte genossenschaftliche Absatz von Milchprodukten übertraf 1924 und 1925 60% der gesamten genossenschaftlichen Produktion. So gingen im Jahre 1925 nur durch den Verband der Buttergenossenschaften als Zentralabsatzstelle 1 165 417 Pud Butter und 209 000 Pud Käse. Der Anteil der Genossenschaften am Butterexport betrug 1924 42 %, 1925 48%. Im Laufe des Jahres 1924 schlossen die genossenschaftlichen Zentren mit ausländischen Firmen eine Reihe von Verträgen auf Lieferung von im ganzen 132 000 Faß Butter (tatsächlich wurden im Jahre 480 000 Pud exportiert, davon entfallen auf die landwirtschaftliche 310 000 und auf die Konsumproduktion 170 000 Pud. (A. Minin, »die landwirtschaftlichen Genossenschaften der USSR.«). Der Butterexport beträgt zur Zeit ein Drittel des Exportes von 1913.

Der Verband der Buttergenossenschaften unterstützt die Versorgung der Industrie: durch seine Vermittlung haben die Fabriken im Laufe eines Jahres für 2 Mill. Rubel neue Maschinen und Geräte erhalten. Ueberhaupt sind im Laufe eines Jahres nur in den Exportrayons 351 neue Butterfabriken gebaut worden, davon 8 muster-gültige; 595 Fabriken wurden repariert.

Ueber die Umsätze und Mittel ist schon oben einiges gesagt worden.

Wir besprechen noch in Kürze die Arbeit der übrigen Zentren. Dem Verbands der Obst- und Winzergenossenschaften gehörten am 15. Juli 1925 25 Genossenschaftsverbände an mit insgesamt 4 082 Genossenschaften, Artelen und Kommunen und 381 345 Mitgliedern.

In dieser Zahl sind enthalten 343 spezielle Genossenschaften mit 25 048 Mitgliedern: 66 Gemüse-, 206 Garten-, 21 Gemüse und Gartenbau- und 50 Winzergenossenschaften.

Auf eine besondere Genossenschaft entfallen 73 und auf eine universelle Genossenschaft 93 Mitglieder.

Im Laufe von 8 Monaten vom November 1924 bis Juli 1925 sammelte der Verband der Obst- und Winzergenossenschaften Obst und Gemüse für 4 041 650 Rubel ein, was 74,8% des Gesamtumsatzes

^{*)} Die Milchwirtschaft, Nr. 20, 10. November 1925.

(5 404 200 Rubel) ausmacht; Waren des Verbandes und Weinprodukte für 1 362 637 Rubel, was 25,2% des Wertes der gesammelten Waren ausmacht⁹⁾.

Dem Verbands der Kartoffelgenossenschaften gehörten am 1. Januar 1925 64 landwirtschaftliche Genossenschaften an mit 24 266 Mitgliedern (Bauernwirtschaften), 4 spezielle Verbände für die Verarbeitung mit 1225 Mitgliedern (Bauernwirtschaften) und 10 gemischte landwirtschaftliche Verbände mit 2625 Mitgliedern (Bauernwirtschaften), im ganzen 78 Genossenschaften mit 28 106 Mitgliedern (Bauernwirtschaften).

Für das erste Halbjahr 1924/25 betrug die wirtschaftliche Arbeit in den Absatzabteilungen 2 318 547 Rubel. Die Operationen mit den Versorgungswaren erreichten 891 717 Rubel, wovon 541 880 Rubel auf das Fabrikinventar und die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte entfallen und 349 837 Rubel auf die Nahrungsmittel und die Gegenstände des Massenkonsums¹⁰⁾.

Dem Flachsverband — dem Allrussischen Verband der flachsbauenden Genossenschaften — gehörten am 1. Januar 1925 47 Verbände an, die über 6000 Genossenschaften mit 400 000 Mitgliedern umfaßten.

Vom Juni 1924 bis April 1925 erreichte der Umsatz an Leinenfasern 1 Mill. Pud. Der Umsatz des Samenmaterials betrug über 500 000 Pud. Der Flachsverband exportierte einen Posten Leinenfasern, der 21,3% des Gesamtexportes ausmachte.

Um nicht mehr zu den Zentralverbänden zurückzukehren, wollen wir eine sich im Verbands der landwirtschaftlichen Genossenschaften geltend machende Strömung zugunsten einer weiteren Absonderung besonderer Zentren hervorheben. So steht in kurzer Zeit die Bildung einer Zentralstelle für Eier und Geflügel bevor. Weiter wird die Gründung einer Zentralstelle für Rohstoffe erwogen, und ebenso von Zentralstellen für Tabakbau und für Viehzucht.

Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften scheint zu einem zusammenfassenden, leitenden Organ des gesamten Genossenschaftswesens, zu einem Organisations- und Versorgungszentrum werden zu sollen.

Außer der Versorgungs- und Absatzarbeit verrichten die landwirtschaftlichen Genossenschaften auch Produktionsarbeit. Diese Arbeit wird gewöhnlich besonders betrachtet.

Die Produktionstätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in eigener genossenschaftlicher Produktion mittels der genossenschaftlichen Organisationen gehörenden Unternehmungen ihren Ausdruck findet, hat sich in Rayons mit fortgeschrittener Warenwirtschaft entwickelt, da, wo die Bedingungen auch für die besonderen landwirtschaftlichen Genossenschaften gegeben sind.

⁹⁾ Westnik (Bote) der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Nr. 18 15. September 1925.

¹⁰⁾ Anzeiger der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Nr. 13, 1. Juli 1925.

Ein bedeutender Teil der Unternehmungen gehört zu den Industriebetrieben, ein kleinerer Teil zu landwirtschaftlichen Produktionsunternehmungen. Unter letzteren verstehen wir Unternehmungen, die mit der Produktivität des Bodens zusammenhängen, wie z. B. Feld- und Viehzuchtwirtschaften, Obst- und Gemüsegärten, usw. Da es uns völlig unmöglich ist, diese Frage auch nur etwas eingehender zu besprechen, wollen wir uns auf einige summarische Angaben beschränken.

Man kann sagen, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften Sowjetrußlands, ohne die Ukraine, am Anfang 1925 nicht weniger als 15—16 000 Industrieunternehmungen besaßen, mit 50 000 Arbeitern und Angestellten und einer Gesamtproduktion von 4—5 000 000 Rubeln; außerdem besaßen sie 900—1000 landwirtschaftliche Produktionsunternehmungen mit 40—45 000 Desiatinen Boden, 3—3½ Tausend Arbeitern und Angestellten und einer jährlichen Gesamtproduktion von ca. 2 Mill. Rubel¹¹⁾. Es werden hierin nicht eingerechnet die Unternehmungen, die für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen agrikulturelle Bedeutung haben.

Es bleibt noch ein Gebiet des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens übrig, das eine besondere Aufmerksamkeit erheischt, da es im System des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einen besonderen Platz beansprucht. Es ist das Gebiet des kollektiven Ackerbaues. Es ist überflüssig zu erwähnen, daß dieser Zweig des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens im System des Sowjetstaates die größte Aufmerksamkeit und das wohlwollendste Entgegenkommen der kommunistischen Regierung findet.

Es gibt drei Arten von Kollektivwirtschaften: die Kommunen, die sog. Artele und die Genossenschaften. Diese Einteilung beruht auf dem Grade, in dem die einzelnen Wirtschaften der Mitglieder im Kollektiv aufgehen. Die landwirtschaftlichen Kommunen verwirklichen die maximale Kollektivisierung nicht nur aller Elemente und Prozesse der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch der Hauswirtschaften ihrer Mitglieder.

Die landwirtschaftlichen Artele führen ihren landwirtschaftlichen Betrieb auf kollektiven Grundlagen. Was das Inventar betrifft, so übergeben die Mitglieder bisweilen ihr gesamtes wirtschaftliches Inventar zur gemeinsamen Benutzung, bisweilen nur einen Teil davon. Sehr mannigfaltig ist auch die Art, wie die Einkünfte der Artel verteilt werden.

Die Genossenschaften für kollektiven Ackerbau beschränken sich auf die kollektive Bebauung des Bodens und das Besäen ihrer Felder.

In einigen Fällen bebauen die Bauern ihre Grundstücke individuell, erhalten aber zur genossenschaftlichen Bebauung irgendwelche brachliegende Grundstücke.

¹¹⁾ I. Birusow, Die Produktionsarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften am Anfang des Jahres 1925. Anzeiger der landwirtsch. Genossenschaften Nr. 14, 15. Juli 1925.

Im Jahre 1924 gab es

Kommunen	1729
Artele	8112
Genossenschaften	4217

Zur Beurteilung sämtlicher Arten dieser Organisationen ist es wichtig, ihre Entwicklung seit dem Jahre 1918 ins Auge zu fassen.

Aus der entsprechenden Tabelle ersieht man, daß die Artele seit 1919 die vorherrschende Art der Kollektivwirtschaften sind. In den letzten Jahren zeigt sich indessen ein Wachstum der Genossenschaften für gemeinsame Bodenbebauung, die 1924 bereits 30% der Gesamtzahl der Kollektivwirtschaften erreichten. Auf der letzten Stelle nach ihrem spezifischen Gewicht stehen die Kommunen, die nur noch 12% der gesamten Kollektive ausmachen und in den letzten Jahren eine nach unten gerichtete Tendenz aufweisen.

Die gesamte kollektiv bewirtschaftete Bodenfläche wird gegenwärtig auf 1 249 527 Desiatinen geschätzt.

Nach den steuerlichen Materialien wird die gesamte in der Benützung der Kollektivwirtschaften stehende Ackerfläche auf 462 495 Desiatinen geschätzt.

Die Rolle der Kollektivwirtschaft in der Landwirtschaft Sowjetrußlands ist sehr geringfügig, indem sie im Durchschnitt 0,7% ausmacht.

Dies ist die Lage der kollektiven Landwirtschaft nach den spärlichen uns zur Verfügung stehenden Angaben. Einen besonderen und überhaupt einen Aufschwung hat sie nicht genommen, indessen werden in der allerjüngsten Zeit energische Maßnahmen zur Belebung dieser Bewegung getroffen.

Auf der letzten Versammlung der Delegierten des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften wurde beschlossen, dem kollektiven Ackerbau besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Seit dem 1. Juni 1925 begann zu erscheinen eine Monatszeitschrift der landwirtschaftlichen Kollektive: »Der Kollektivist«.

Es werden Entwürfe ausgearbeitet betreffend die Bildung eines besonderen Staatsfonds zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Kollektive.

II. Der gegenwärtige Zustand des Konsumgenossenschaftswesens.

Das beste Mittel, die Eigenschaften, die Größe usw. irgendeines Gegenstandes oder einer Erscheinung zu bestimmen, ist die Vergleichung. Bei der Uebersicht des Konsumgenossenschaftswesens Sowjetrußlands werden wir diese Methode anwenden und bevor wir zur Darstellung dieser Frage übergehen, einige Angaben über die vorhergehende Periode anführen. Wir wollen die Jahre 1913 und 1917 ins Auge fassen. Das Jahr 1913 ist interessant als Vorkriegsjahr, d. h. als eine Etappe in der friedlichen Entwicklung des Konsumgenossen-

schaftswesens. Das Jahr 1917 wird 1. gekennzeichnet: durch eine außerordentliche Entwicklung des Konsumgenossenschaftswesens infolge a) der Teuerung, b) eines Gesetzes der Provisorischen Regierung, das die Organisationsfragen erleichterte, und ist 2. die letzte Etappe des vorkommunistischen Genossenschaftswesens.

Zum 1. Januar 1914 gab es auf dem Gesamtterritorium des ehemaligen russischen Reiches 10030 Konsumgenossenschaften, mit etwas über 1 300 000 Mitgliedern. Verbände gab es 17. Der Jahresumsatz der Konsumgenossenschaften betrug 250 Mill. Rubel. Der Moskauer Verband der Konsumgenossenschaften (Zentrosojus) machte einen Umsatz von 7 985 234 Rubel bei einem Eigenkapital von 663 458 Rubel. Der künftige Zentrosojus besaß bereits damals Industrieunternehmen, deren Produktion im Jahre 1913 einen Wert von 39 771 Rubel erreichte. Die Verlagstätigkeit des Zentrosojus im Jahre 1914 (Angaben für das Jahr 1913 fehlen) betrug 1 020 000 Exemplare verschiedener Werke über genossenschaftliche Fragen.

Das Jahr 1917 weist ein enormes Wachstum sämtlicher Posten auf, namentlich die Zahl der Konsumgenossenschaften beträgt 2 Mill. und die Mitgliederzahl 11 550 000. An Verbänden gab es 400; der Jahresumsatz betrug über 500 Mill. Rubel, doch erfordert diese Ziffer eine Korrektur wegen der gesunkenen Kaufkraft des Rubels (der Umsatz des Jahres 1916 betrug 726 Mill. Rubel).

Der Zentrosojus, der bereits vor 1917 seine jetzige Bezeichnung erhalten hatte, machte einen Umsatz von 200 Mill. Rubel. (L. Hintschuk gibt an die Ziffer von nur 87 Mill. Rubel.) Die Unternehmen des Zentrosojus erzeugten für 4 847 070 Rubel Produkte.

Die Verlagstätigkeit blieb nicht hinter der wirtschaftlichen zurück und machte im Jahre 1917 11 619 000 Exemplare aus. Das eigene Kapital des Zentrosojus betrug 4 847 069 Rubel. Eine offenbar kolossale Entwicklung, selbst wenn man die gesunkene Valuta in Betracht zieht. Zu erwähnen ist auch die Bedeutung der Konsumgenossenschaften im Gesamtumsatz des Landes: im Jahre 1914 betrug sie 6%, im Jahre 1917 32%.

Aus diesen Gegenüberstellungen kann man das ungeheure Wachstum der Konsumgenossenschaften ersehen, besonders in der Zeit nach der Revolution. Im Laufe der Jahre 1918 und 1919 schlug die Sowjetregierung in ihrer Politik gegenüber den Genossenschaften den Weg der Verstaatlichung ein und von einer autonomen genossenschaftlichen Bewegung konnte nicht mehr die Rede sein. Aber diese Unterbrechung der genossenschaftlichen Tätigkeit konnte dieselbe natürlich nicht günstig beeinflussen und die Sowjetregierung gab den Genossenschaften durch das Dekret vom 7. April 1921 die Freiheit zurück, allerdings nur grundsätzlich.

Seit diesem Zeitpunkte beginnen die Genossenschaften allmählich wiederaufzuleben, sich von den ihnen durch Gesetz aufgedrängten Mitgliedern zu befreien und intellektuelle und materielle Kräfte allmählich zu sammeln.

Die von ihnen bis zur letzten Zeit erreichten Resultate werden Gegenstand dieser Betrachtung sein.

In einem Halbjahr — vom 1. Oktober 1924 bis 1. Mai 1925 erhöhte sich die Gesamtzahl der zum System der Konsumvereine gehörenden Gesellschaften im Vergleich mit dem Jahre 1923/24 um 2 636, d. h. um 11,7% und die Zahl der Läden um 10 033, d. h. um 22,8%.

Datum	Arbeiter- u. städtische Konsumvereine		Ländliche Konsumvereine		Zusammen		Transport- (Eisenbahn usw.) Konsumvereine
	Gesellschaft	Läden	Gesellschaft	Läden	Gesellschaft	Läden	Gesellschaft
1. 10. 24	1560	7 010	20 129	27 853	21 689	34 863	58
1. 1. 25	1608	9 280	21 395	30 592	23 003	39 872	39
1. 5. 25	1577	11 127	22 244	32 558	23 821	43 685	39

Man beobachtet hier eine Fortsetzung des im Wirtschaftsjahre 1923/24 stattgefundenen Prozesses der Konzentration und der breiten Verzweigung des Handelsnetzes.

Am 1. Oktober 1923 kamen auf eine Gesellschaft 1,7 Läden am 1. Oktober 1924 4,3, am 1. Januar 1925 5,6 und am 1. Mai 1925 6,8; eine Steigerung um 400%.

In den Genossenschaften der Transportarbeiter und Angestellten verminderte sich die Zahl der Gesellschaften auf beinahe eine Hälfte infolge der Liquidation des selbständigen Netzes der Genossenschaften der Wassertransportarbeiter und -angestellten.

Die ländlichen Genossenschaften weisen im verflossenen Halbjahr ein ununterbrochenes Wachstum auf, sowohl was die Zahl der Läden als auch was die Zahl der Gesellschaften betrifft. Im Jahre 1923/24 erhöhte sich die Zahl der Gesellschaften um 24%, und die Zahl der Läden um 22%. In der ersten Hälfte des Jahres 1925 erhöhte sich die Zahl der Gesellschaften um 12,6% und die Zahl der Läden um 21,2%. Die angeführten Ziffern berechtigen zu der Behauptung, daß die Konsumgenossenschaften auf dem Lande, im Zusammenhang mit der wachsenden Warenwirtschaft, von der primitiven Einladen- zu der ökonomisch vorteilhafteren Vielladenform übergehen.

Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich wie folgt:

Mitglieder	1. 10. 24	1. 1. 25	1. 5. 25
Arbeiter- und städtische Konsumvereine	3 027 182	3 199 288	3 561 908
Transportkonsumvereine	548 547	571 000	608 465
Ländliche Konsumvereine	3 529 102	4 055 076	4 551 761
Zusammen	7 104 831	7 825 964	8 772 154
In % im Verhältnis zum 1. 10. 24	100%	110,1%	122,8%

Das intensivste Wachstum der Mitgliederzahl weisen die ländlichen Genossenschaften auf. Im verflossenen Halbjahr fand die Streichung der Mitglieder, die nichts kauften, statt, besonders im ersten Quartal. Ziehen wir diesen Umstand in Betracht, so können wir den tatsächlichen Zuwachs für das Stadtnetz auf 22,9% und für das Dorfnetz auf 29,8 bestimmen.

Wir wollen jetzt zu der Frage über den Anteil, den die Bevölkerung an den Genossenschaften nimmt, übergehen und auch betrachten, wieviele Läden und Mitglieder auf je einen Verein kommen und wie groß die Gesellschaftsrayons sind, d. h. wie groß die Bevölkerungszahl ist, die auf einen von einer Gesellschaft eingenommenen Rayon kommt.

In den Städten und Ansiedlungen städtischer Art kommen im gesamten Sowjetrußland im Durchschnitt auf je eine Gesellschaft 14 571 Einwohner, 7,1 Läden, 2259 Mitglieder und 5647 von der Gesellschaft bediente Personen. Der mittlere Prozent der Genossenschaftlichkeit ist 38,75% (wenn man in Betracht zieht, daß auf ein Mitglied der Genossenschaft im Durchschnitt 2,5 Familienmitglieder entfallen) oder 8 904 770 Personen.

In den ländlichen Distrikten Sowjetrußlands kamen auf je 1 Laden 3,452 Einwohner, auf je 1 Gesellschaft 1,43 Läden, auf je 1 Laden 134 Mitglieder bzw. 706 bediente Einwohner; indem man in ländlichen Distrikten auf ein Mitglied 5,25 Personen rechnet, beträgt der mittlere Prozentsatz der Genossenschaftlichkeit 20,05% oder 28 896 745 Personen.

Den höchsten Prozentsatz ergibt unter den Stadtrayons der Rayon Wjatka Wetluga (66,4%) und der Zentralindustrierayon (62,6%), den niedrigsten der Turkestan (9,8%) und der ferne Osten (14,6%).

Für die Dorfrayons weist den höchsten Prozentsatz der Teilnahme der Bevölkerung an den Genossenschaften die Krim auf (53%), dann folgt der nordöstliche Rayon mit 45,4% und Sibirien mit 31%; den niedrigsten verzeichnet Turkestan mit 3,7% und Baschkirien mit 3,8%.

Zusammenfassend gab es im gesamten Sowjetrußland am 1. April 1925 an Konsumvereinen

ländliche	22 244
städtische	1 557
zusammen	23 021

Diese Gesellschaften besitzen 43 724 Läden und weisen zum 1. Mai 1925 8 772 154 Mitglieder auf. Die Zahl der gesamten bedienten Einwohner beträgt 32 801 515 Mann. Nach den Angaben L. Hintschuks in der Tageszeitung »Der genossenschaftliche Weg« erreichte die Zahl der Mitglieder am 8. Februar 1925 10 Mill. und es nahmen 40 Mill. Personen an den Genossenschaften teil.

Was das Verbandsnetz der Konsumgenossenschaften betrifft, so hat es nach der radikalen Abtragung und dem Umbau im Wirtschaftsjahre 1923/24 (als deren Ergebnis die Zahl der Verbände von 134 am 1. Oktober 1923 auf 248 am 1. Oktober 1924 stieg) im Halbjahr 1924/25 nur verhältnismäßig geringfügige Veränderungen erfahren, indem es am 1. Mai 1925 257 erreichte.

Es gab 10 Gebietsverbände, 22 autonome Gebiets- und Nationalminoritäts-, 13 Gouvernements- und 212 Rayonsverbände, im ganzen 257.

Die verhältnismäßig geringe Erhöhung während der betrachteten Periode birgt hinter sich den Prozeß der Entstehung von neuen und

der Liquidation der früher existierenden Verbände, der faktisch 52 Organisationen berührte.

Etwa zwei Drittel der Verbände vereinigen je bis 100 Gesellschaften, wobei auf diese Verbände 37,37% der Gesamtzahl der Gesellschaften und 33,51% der Gesamtzahl der Anteilshaber entfallen.

Die Umsätze der ländlichen Konsumgenossenschaften. Bei einem Gesamtwarenabsatz für eine Summe von 215 787 900 Rubel im ersten Quartal 1925 entfallen auf je 1 Gesellschaft im Durchschnitt 9419 Rubel und auf je einen Einwohner 1 Rubel 86 Kopecken. Das zweite Quartal ergibt einen Rückgang und es entfallen auf einen Einwohner 1 Rubel 76 Kopecken. Den größten Umsatz auf 1 Gesellschaft weisen auf der Nordkaukasus (Don, Kuban) mit 37 944 Rubel, die Krim mit 23 100 Rubel, Transkaukasien mit 21 720 Rubel und der Moskauer Verband der Konsumgenossenschaften mit 20 397 Rubel. Die genannten Umsätze übertreffen bei weitem die entsprechenden Ziffern für das Jahr 1923/24, als der Jahresumsatz im gesamten Sowjetrußland auf 3 Rubel 48 Kopeken pro Einwohner geschätzt wurde, während nur die beiden ersten Quartale des Jahres 1924/25 einen Umsatz von 3 Rubel 62 Kopeken pro Kopf aufweisen.

Die Gegenkontrahenten der ländlichen Konsumgenossenschaften. Der erste Kontrahent ist natürlich der eigene Verband, dessen Rolle die Tendenz hat zu wachsen, indem im zweiten Quartal 49,2% der gesamten Eingänge auf ihn entfallen, gegenüber 46,3% im ersten Quartal. Entsprechenderweise sinkt die Beteiligung der Staatsorgane von 25,9% im ersten auf 24,6% im zweiten Quartal. Die Beteiligung von Privatpersonen und Privatfirmen wird für das erste Quartal auf 8,9% geschätzt und für das zweite auf 8,3%, d. h. sie ist verhältnismäßig gesunken. Ueberhaupt haben die ländlichen Genossenschaften im ersten Quartal 63,7% der gesamten Eingänge erhalten und im zweiten 65,7%. Was den Absatz betrifft, so haben die ländlichen Genossenschaften bis 34% des gesamten auf die Versorgung der Anteilsinhaber gerichteten Umsatzes erreicht.

Die Umsätze der städtischen und Arbeiterkonsumvereine. Im ersten Quartal wurden Waren für eine Summe von 271 517 000 Rubel bezogen und im zweiten Quartal für 226 971 000 Rubel, zusammen in einem Halbjahre für 498 488 000 Rubel. Der Absatz beträgt für ein halbes Jahr 537 488 000 Rubel. Im Jahre 1923/24 betrug der Umsatz pro Kopf 28 Rubel 92 Kopeken, für das Halbjahr 1924/25 24 Rubel 22 Kopeken, d. h. der halbjährige Umsatz erreichte 1924/25 beinahe den gesamten Umsatz des vorhergehenden Jahres.

Die Höhe der getätigten Käufe betrug pro Anteilshaber im Oktober 17 Rubel 30 Kopeken, im November 17 Rubel 80 Kopeken und im Dezember 18 Rubel 44 Kopeken.

Die Kontragentur der Arbeiter- und städtischen Genossenschaften. Von ihrem Verbands erhielten die Arbeiter- und städtischen Genossenschaften 8,4% der gesamten im Halbjahre von ihnen bezogenen Waren, von den Gebiets- und Rayons-

zentren 1,2%, vom Zentrosojus und dessen Organen 9,3%, von anderen genossenschaftlichen Organisationen 8,7%, von Staatsorganen 61,7% und von Privatpersonen und Privatfirmen 10,7%. Auf diese Weise sind als Hauptlieferant der Arbeiter- und städtischen Genossenschaften die Staatsorgane zu bezeichnen. Dies erklärt sich dadurch, daß die Staatsorgane die Versorgung der größten an ihren Sitzen befindlichen Trusts und Syndikate übernehmen und den Verbänden die mühsamere Arbeit der Versorgung der weniger kreditfähigen kleineren Genossenschaften überlassen.

94,2% des gesamten Absatzes macht der Detail- und 5,8% der Großabsatz aus. Hinter diesen 5,8% des Großabsatzes birgt sich entweder die Abstoßung der Reste des Zwangsassortiments oder die ungesunde Erscheinung eines Kaufes von Posten dieser oder jener Waren zwecks Weiterverkaufs.

Die Beteiligung sämtlicher genossenschaftlichen Lieferanten betrug im ersten Quartal 19,1% und im zweiten Quartal 18,8%, während die Staatsorgane im ersten Quartal 42,8% aller Eingänge des Verbandes lieferten und im zweiten Quartal 45,5%. Die Bedeutung des Privatkapitals in der Versorgung der Verbände erscheint als sehr unbedeutend und dabei sinkt sie allmählich von 6,9% im ersten Quartal auf 5,9% im zweiten Quartal. Die genossenschaftliche Versorgung der Verbandsvereinigungen erscheint am vollkommensten durchgeführt im nordwestlichen Rayon (43,4%), im Ural (31,8%) und in der Ukraine (33,9%).

Die Beteiligung des Zentrosojus bestimmt sich allerdings nach einer verhältnismäßig geringen Anzahl Beobachtungen auf 7,7% für das erste Quartal 1925 und auf 7,1% für das zweite Quartal. Am bedeutendsten ist die Rolle des Zentrosojus in der Bedienung der Rayons West (17,5%), Ural (18,4%) und Zentralschwarzerde (14,7%).

Eine wesentliche Bedeutung kommt trotz des dagegen geführten Kampfes dem Detailabsatz der Verbände, d. h. dem Kleinverkauf der Waren aus den Warenlagern der Verbände. Für das erste Quartal wurden auf diesem Wege Waren für eine Summe von 44 771 000 Rubel verabfolgt, was 17,8% des gesamten Umsatzes der Verbände ausmacht, und im zweiten Quartal für 36 235 000 Rubel, d. h. 16,3%. Eine solche Erscheinung ist unbedingt zu begrüßen, denn sie schafft Konkurrenz den an demselben Orte befindlichen Genossenschaften.

Trotz des bedeutenden Wachstums der konsumgenossenschaftlichen Bewegung sind die Versorgungsorgane doch ziemlich bunt zusammengesetzt. So z. B. nehmen im Kreise Rybinsk die Genossenschaften 31,7% des Handelsumsatzes ein, der Staatshandel 34,64% und der Privathandel 33,61%; im Kreise Myschkin: die Genossenschaften 84,4%, der Privathandel 13,7% und der staatliche Handel 1,9%. Im Rayon Uglitsch: die Genossenschaften 67,8%, der Privathandel 29,8 und der staatliche Handel 2,4%. Diese Daten illustrieren mit genügender Anschaulichkeit, daß der staatliche Handel, da wo die Bedingungen günstig sind, parallel mit den Genossenschaften arbeitet. An kleinen fernen Orten überläßt er es den Genossen-

schaften, den Kampf gegen den Privathandel allein zu führen, was die Genossenschaften in einer Reihe Rayons mit Erfolg ausführen.

Die Umsätze der einzelnen Abteilungen sind sehr ungleich, was sich besonders auf die Sektionen und das Hauptbüro des Zentrosojus bezieht. Das Hauptbüro des Zentrosojus weist bei einer allgemeinen Erhöhung der Umsätze um 39% im Eingang und um 12% im Ausgang in den einzelnen Vierteljahren eine Stabilisation durchschnittlich auf dem Niveau des IV. Vierteljahres des Jahres 1924, der reine Umsatz erhöhte sich bis auf 96,6% gegen 87,3% im vergangenen Jahr.

1. Das Netz der Filialen und Provinzabteilungen, deren Zahl im Zusammenhang mit der Bildung der Gebiets- und Rayonsverbände auf die Hälfte gesunken ist, zeigt eine wesentliche Verminderung der Umsätze bis auf 39% derjenigen des letzten Jahres, mit einer Tendenz zur weiteren Verminderung.

2. Die Industrieunternehmungen, deren Zahl sich etwas verminderte, erhöhten ihren Produktionsabsatz auf das doppelte, die Vierteljahrsindizes zeigen eine nach oben gerichtete Tendenz.

Auf diese Weise haben wir im Rahmen des eigentlichen Zentrosojus eine Verminderung des Absatzes von 245 316 000 Rubel auf 214 210 000 Rubel, d. h. um 15,1% unter gleichzeitiger Erhöhung des Anteils des reinen Umsatzes von 178 820 000 Rubel auf 188 026 000 Rubel, d. h. um 5,1%.

3. Die Arbeiter- und Transportabteilungen zeigen ein scharfes, sich über den gesamten Zeitraum erstreckendes Wachstum; dasselbe war teilweise eine Folge der Weigerung des Zentrosojus, die Arbeiter-, städtische und Transportorganisationen unmittelbar zu bedienen unter Beschränkung lediglich auf die Zentren derselben. Im allgemeinen kann man sagen, daß bei dem gegebenen Wachstum der Umsätze der Peripherie und besonders deren Verbandsnetzes, die Stabilisation der Umsätze des Zentrosojus dem Zurückgehen seiner Bedeutung gleichkommt.

Es verdient Beachtung die Verringerung des Anteils der Staatsorgane an den Lieferungen für drei Vierteljahre d. J. auf 40,6% gegen 45% im vorigen Jahre. Andererseits erreichte der Anteil der Genossenschaften als Käufer für drei Vierteljahre 69,4%, während sie im vorigen Jahre am allgemeinen Absatz mit 54,6% beteiligt waren. Die Quartalsindizes zeugen von einem ständigen Wachstum des Anteils der genossenschaftlichen Käufe von 15,5% im ersten Quartal auf 78% im dritten. Zugleich konstatiert man als Folge einer zuerst breit angelegten Plankreditierung ein scharfes Wachstum der von den Mitgliedern des Zentrosojus getätigten Einkäufe, besonders seit dem dritten Quartal d. J. Es steht außer Zweifel, daß dieser Umstand durch stärkere Heranziehung seiner Sektionen und der Gebietsverbände zu der Arbeit des Zentrosojus bedingt wird.

Die USSR. nimmt in Anspruch über vier Fünftel der gesamten Arbeit des Zentrosojus. Der gesamte Export der Konsumgenossen-

schaften, der durch den Apparat des Zentrosojus gegangen ist, betrug 29 500 000 Rubel; davon entfallen 35,4% auf Flachs, 25,8% auf Rauchwaren, 12,3% auf Getreideprodukte, 9,1% auf Geflügel, 5,4% auf Seidenkokons, 2,4% auf Spinn garn.

Im Vergleich mit dem Export vom Jahre 1923/24 beträgt die Verringerung 38,4%.

Der Gesamtimport erreicht während der genannten Periode 16 400 000 Rubel, 82% mehr als im vorhergehenden Jahre.

Die Zahlungsbilanz ist durchaus günstig, und es zeigt sich hier eine gesunde Tendenz zum Ausgleich.

Die Arbeit auf den Auslandsmärkten wird mittels besonderer Aktiengesellschaften durchgeführt, wo der Hauptaktionär der Zentrosojus ist.

Nach dem Plane für das Jahr 1925—26 ist ein Import von 150 Mill. vorgesehen; der Import übersteigt bedeutend den Export, was indessen natürlich ist, da die Hauptaufgabe des Zentrosojus die Versorgung ist, während der Absatz nur eine Nebenrolle spielt.

Fast drei Viertel des Umsatzes des Zentrosojus sind durch die Konsumgenossenschaften durchgeführt; ein bedeutender Teil des Absatzes an Privatpersonen entfällt auf die Fischwarenbüros, für die er 50% ihres Umsatzes ausmacht.

Im vergangenen Halbjahr betrieb der Zentrosojus 17 Unternehmen; in drei Vierteljahren stellten sämtliche Unternehmen an Fabrikaten und Halbfabrikaten für 36,2 Mill. Rubel nach den Großabsatzpreisen her. Die Mühlen lieferten 39,7% der Gesamtproduktion, die chemischen Fabriken 19,7%, die Seifenfabrik 9,2%, die Fabrik für Konditoreiwaren, Stärke und Melasse 6,1%, die Fabrik für Schuhwaren und Lederfabrikation 6,7%, die Butterfabrik 10,8%, das Draht- und Nagelwerk 3,1% und die übrigen Unternehmungen 4,7%. Die Realisation der hergestellten Waren erfolgte in der Hauptsache durch das Hauptbüro des Zentrosojus. Trotz der Rentabilität der meistens sehr großen Unternehmen, wird zur Zeit im Zusammenhang mit der Ansammlung von Betriebsmitteln die Frage erwogen, ob es noch zweckmäßig ist, dieselben weiter in Betrieb zu lassen.

Im Vergleich mit dem vorhergehenden Jahr ermäßigte sich das prozentuale Verhältnis von 14,38% auf 6,41%, was zeigt, daß der Zentrosojus allmählich die Rolle eines Kommissionsapparates annimmt. Die Spesen ermäßigen sich von 4,80% auf 3,39% im ersten Halbjahr 1924/25. Die Zahl der Angestellten verringerte sich von 1882 Mann auf 1610, doch die Belastung je eines Angestellten erhöhte sich von 23 500 auf 30 000 Rubel.

Die Handelsarbeit der Zentralarbeitssektion verlief in Kommissions- und Vermittlungsbahnen und bediente in der Hauptsache die wichtigsten Industriegebiete. Die führende Rolle in den Umsätzen der Sektion spielten die Getreideprodukte und Manufakturen. Die Aufschläge der Sektion gehen nicht über 1%. Die wichtigste Stelle in den Umsätzen der Sektion nahm der Zentralindustrierayon ein

mit 47,31%, dann folgen der Ural 12,49% und die Ukraine mit 9,55%.

Die auf die Organisation des Handels gerichtete Arbeit erfuhr eine durchgreifende Veränderung, in deren Folge das Zentrum der Transportgenossenschaften die Rolle des Vermittlers zwischen seiner Peripherie und der Staatsindustrie übernahm. Hauptablieferanten der Transportabteilung waren: die Staatsorgane 84,64% und der Zentrosojus 11,68%. Der Anteil der Privatpersonen betrug 0,58%. Ueber 95% der Käufer bilden die Transportkonsumgenossenschaften.

1. Der Zentrosojus. Die eigenen Mittel des Zentrosojus betrugen zum 1. Mai 1925 35 525 000 Rubel oder 31,1% und die herangezogenen fremden Mittel etwas über zwei Drittel des gesamten Passivs 78 628 000 Rubel oder 68,9%. Die eigenen Mittel erhöhten sich um 3,5 Mill. Rubel und die fremden sanken um beinahe 4 Mill. Rubel. Das Verhältnis zwischen den eigenen und den fremden Mitteln zeugt im ganzen von der stabilen Lage des Zentrosojus. Das Betriebskapital beträgt 100,7 Mill. Rubel oder 88,2% des Aktivums, die unbeweglichen Werte 13,4 Mill. Rubel oder 11,8%. Diese letzte Ziffer ist nicht groß, wenn man in Betracht zieht, daß der Zentrosojus sehr große Industrieunternehmungen besitzt. In 6 Monaten des Jahres 1925 wurde das Betriebskapital des Zentrosojus 1132mal umgesetzt, was im Jahre 2264mal ausmacht.

Die Anteilskapitalien der Konsumgenossenschaften betragen:

Zum 1. 10. 24	7 104 000 Rubel
Zum 1. 5. 25	8 722 000
Zum 1. 10. 25	9 530 000

Für 12 wichtigste Warengattungen (Roggenmehl, Weizenmehl, Sonnenblumenöl, Astrachanheringe, schottische Heringe, Fleisch, Tee, Butter, Reis, Kuraga, Tabak, Seife und Nägel) betrugen die Preise des Zentrosojus im Durchschnitt 97% der betreffenden Preise des größten Staatshandels. Ungefähr dasselbe Verhältnis bestand auch im Jahre 1923/24. Das Verhältnis der Preise des genossenschaftlichen und des Privathandels weist für sämtliche Genossenschaftsstufen und für sämtliche Waren in drei Vierteljahren des laufenden Wirtschaftsjahres eine gewisse Verschlechterung für die Genossenschaften auf. So betrugen z. B. die mittleren Preise der Genossenschaften im Jahre 1923/24 88,5% der Preise des freien Marktes, in den 5 Monaten des Jahres 1925 war dieses Verhältnis im Durchschnitt 91%, was einer Verschlechterung von 2,5 entspricht. Charakteristisch ist dabei die Verringerung des Unterschiedes in den Preisen in den Städten und auf dem Lande, namentlich betrug dieser Unterschied im vergangenen Jahr im Durchschnitt 25%, in diesem Jahre bloß 12%.

Das Verhältnis der Aufschläge der Verbände im Großhandel ist ungefähr stabil (7,5%) im vorhergehenden sowohl als im laufenden Jahre.

Die Handeloperationen stellen sich, was den Kauf betrifft, auf der Moskauer und den Provinzialbörsen folgendermaßen dar: Staatsorgane 2 287 800 000, Genossenschaften 218 400 000 und Privathandel 123 500 000 Rubel. Die Genossenschaften nehmen folglich die zweite

Stelle ein. Nach der Zahl der Handelsanstalten nimmt der Privathandel die erste Stelle ein mit 190 359 Anstalten, dann kommen die Genossenschaften mit 44,547 und der Staatshandel 12 795. Die Zahl der Handelsanstalten des genossenschaftlichen Netzes erfuhr eine geringere Steigerung als dessen Umsätze.

Infolge einer großen Verminderung der großen Privathandelsunternehmungen und der Vergrößerung derselben bei den Genossenschaften, nähern sich die relativen Bedeutungen der Genossenschaften und des Privathandels. Dem Staatshandel gehören die größeren wenn auch weniger zahlreiche Unternehmungen.

Im Jahre 1923/24 betrug der gesamte Handelsumsatz 13 832 000 000 Rubel. Die Umsätze der Konsumgenossenschaften betrugen im Jahre 1922/23 1 123 300 000 Rubel, im Jahre 1923/24 2 029 000 000 Rubel. Im Jahre 1924/25 betrug der Umsatz nach den Schätzungen L. Hintschuks (»Der genossenschaftliche Weg«) 3 500 000 000 Rubel.

Infolge des verhältnismäßig geringen Anwachsens der Umsätze des Privathandels sank im Jahre 1923/24 dessen Anteil an dem gesamten Umsatz von 43,9% auf 35,9%, dafür aber erhöhte sich die Bedeutung der Genossenschaften von 14,6 auf 20% und zum Teil diejenige des Staatshandels von 36,4 auf 38%. Nach späteren Daten betrug am Anfang des Jahres 1925/26 die Bedeutung der Genossenschaften 23%.

Im Großwarenumsatz nimmt die erste Stelle der Staatshandel ein (61,4%), dann folgen der Privathandel (21,9%) und die Genossenschaften (16,7%). Im Detailhandel nimmt die erste Stelle der Privathandel ein (57,7%), dann kommen die Genossenschaften (26,6%) und der Staatshandel (15,7 des gesamten Detailumsatzes).

In den letzten Jahren haben die genossenschaftlichen Vereinigungen ein dichtes Netz von verschiedenartigen Kursen geschaffen, bestimmt zum Teil für die Genossenschaftsangestellten und zum Teil für die Genossenschaftsladenkommissare, Delegierte, Praktikanten usw. Es werden Sammelwerke »Die genossenschaftliche Bühne«, »Die lebende Zeitung« usw. herausgegeben.

Der Zentrosojus nimmt, was die genossenschaftliche Bildung betrifft, die erste Stelle ein. Ueber den Umfang seiner Tätigkeit in dieser Richtung kann man schon daraus schließen, daß er zuerst in der ganzen Welt eine täglich erscheinende Zeitung »Der genossenschaftliche Weg« herauszugeben begann.

Eine große Bedeutung kommt den Bildungsanstalten des Zentrosojus zu. Es sind derer vier: die höheren praktischen Kurse, das Lenin-grader genossenschaftliche Technikum, die Abendkurse für die Angestellten des Zentrosojus und die brieflichen Kurse des Genossenschaftswesens.

Bis zu diesem Augenblick nehmen an den Genossenschaften 1 362 000 Frauen teil, was 15,6% der Gesamtzahl der Mitglieder ausmacht. An den Verwaltungs- und Kontrollorganen der Konsumgenossenschaften nehmen bloß 2,7% der Frauen teil. Im allgemeinen gibt es zur Zeit 33 000 weibliche Verwaltungsmitglieder und -kandida-

ten. Im Laufe dieses Jahres wurden eröffnet 160 Kindergärten, und organisiert 47 Beratungsstellen und eine große Anzahl von Kinderheimen. Zur Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Mutter und des Kindes wurden 215 Asyle »Mutter und Kind« gegründet gegen acht im Jahre 1924. Zur Erleichterung der häuslichen Arbeit wurden 1950 Speisesäle und 260 Bäckereien eröffnet.

Indem wir hiermit diese Uebersicht der Konsumgenossenschaften Sowjetrußlands beschließen, halten wir es für nötig, die hauptsächlichsten Resultate der 39. Versammlung der Delegierten des Zentrosojus anzuführen, die auf das innere Leben und auf einige künftige Perspektiven ein Licht werfen werden.

Die Versammlung, die die erreichten Resultate schätzt, beschließt, die vorhandenen Errungenschaften zu befestigen. Das üppige Wachstum der Genossenschaften war mit Opfern verbunden. Als solche ist der Widerspruch zu betrachten, der zwischen dem ungeheuren äußeren Wachstum und der inneren Kraft der Genossenschaften entstanden ist. Mit Rücksicht darauf wurde die Losung aufgestellt: »besser weniger, aber besser«.

Die zweite Losung war: »den Blick dem Dorfe zu«, denn in den Städten wird die Frage nach einer 100 proz. Teilnahme an den Genossenschaften und nach wiederholten Anteilszahlungen gestellt, während auf dem Lande die organisatorische und Wirtschaftsrolle der Konsumgenossenschaften in hohem Grade eine Frage der Zukunft ist.

Ueber die Beziehungen zur Staatsindustrie wurden folgende Resolutionen angenommen:

1. Nieder mit dem Zwangsassortiment.
2. Es ist notwendig, mit der Staatsindustrie generelle Verträge zu schließen, um zu verhindern, daß sie die Konjunktur zum Schaden der Genossenschaften auszunützen versucht.
3. Das Recht der Genossenschaften, an den Plan- und Regulierungsinstanzen teilzunehmen, soll sichergestellt werden.
4. Es soll vom Staat die Gewährung von Krediten entsprechend der Höhe der realen Bedürfnisse und der Fristen des Warenumsatzes verlangt werden.
5. Die Konsumgenossenschaften sollen als der Hauptkanal des Warenumsatzes anerkannt werden.
6. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Vertreter und Leiter der Staatsindustrie und der den Umsatz regulierenden Organe den Leitern der Genossenschaften, d. h. auf den genossenschaftlichen Versammlungen und Kongressen Rechenschaft ablegen.

Die Versammlung der Delegierten sprach sich für die Reorganisation des Zentrosojus in ein Allrussisches Zentrum der Konsumgenossenschaften aus.

Es wurde die Frage gestellt nach normalen Ansammlungen zur Bildung von unteilbaren Gesellschaftskapitalien. Um das Arbeitsgebiet auf die einzelnen Republiken und Nationalitätsminoritäten zu

strecken, wurde »Das Büro der Verbände der Republiken und der Gebiete mit Nationalitätsminoritäten« beim Zentrosojus organisiert.

Die Versammlung wies auf eine Reihe von anormalen Erscheinungen in den gegenseitigen Verhältnissen der Genossenschaften hin und sprach sich für die Gründung von zwischengenossenschaftlichen Organisationen aus.

Es wurde eindeutig bestimmt, daß die Arbeit sich auf die Produkte des Massenkonsums konzentrieren muß, die Fragen nach einer Organisation des Absatzes im Auslande können die Genossenschaften nur beim Vorhandensein von Ueberschüssen beschäftigen. Ziehen wir alles Gesagte in Betracht, so müssen wir anerkennen, daß diese Versammlung unzweifelhaft großen Wert besitzt, und ist besonders in der Beziehung wichtig, daß sie die Frage nach den Konsumgenossenschaften, als einem System aufgestellt und gelöst hat, indem sie ihnen eine bestimmte Gestalt unter der Führung des Zentrosojus verlieh.

Wir wollen jetzt zu allgemeinen Betrachtungen und Schlußfolgerungen übergehen.

Vor allem ist es notwendig, den ungeheuren Umfang der Tätigkeit der Genossenschaften hervorzuheben, sowie die Verwandlung des Zentrosojus in das Haupt der allrussischen Genossenschaften und die Anerkennung der letzteren als eines Systems. Der ungeheure Umfang der Tätigkeit drückt sich aus in 10 Mill. Anteilhabern, 40 Mill. bedienten Einlagen und 3,5 Mill. Rubel Umsatz.

Hervorzuheben ist ebenfalls eine hohe Entwicklung der genossenschaftlichen Bildung bis zur Organisation von, wenn man nach deren Programm urteilt, erst zu nehmenden, Bildungsanstalten des Zentrosojus.

Besondere Beachtung verdient die zwar langsame, aber doch vor sich gehende Verdrängung des Privathandels vom Markte; der gegenwärtige Privathandel läßt sich, was seine Lebens- und Anpassungsfähigkeit betrifft, nicht mit dem vorrevolutionären vergleichen, weshalb der Kampf gegen ihn besonders schwer sein muß.

Eine zu begrüßende Erscheinung ist es, daß der Staatsindustrie, die auf eine vollständige Unterwerfung der Konsumgenossenschaften hinarbeitet, Widerstand geleistet wird, und daß überhaupt besonderes System darstellen und nicht Dienerinnen der Staatsgewalt sind.

Ernste Aufmerksamkeit und Beifall verdient, daß zum Genossenschaftswesen die Frau herangezogen ist, die unzweifelhaft auf die genossenschaftlichen Organisationen den günstigsten Einfluß ausübt, im Sinne größerer Ordnung und Sparsamkeit, da diese Eigenschaften den Frauen in besonderem Maße zukommen.

Leider gibt es im heutigen Genossenschaftswesen auch nicht Schattenseiten. Die erste und vielleicht wichtigste davon ist die Freiheit der Wahlen und das System der Besetzung der verschiedenen Ämter mit Parteimännern, die bisweilen vom Genossenschaftswesen die geringste Ahnung haben. Eine traurige

im Leben der Genossenschaften ist deren große Verschuldung und die Nichtzahlungen seitens der Mitglieder. Wie ernst diese Frage ist, kann man daraus schließen, daß speziell zur Liquidation der Verschuldung am 22. Oktober 1925 ein Beschluß gefaßt wurde, daß das Institut der »unbeschränkten Haftung«, das vor der Revolution für die Kreditgenossenschaften existierte, für den Warenkredit wiederhergestellt werde. Eine förmliche Plage sind die massenhaften Unterschlagungen, Aneignungen und allerlei Mißbräuche. Der Volkskommissar für Justiz Kurski führt in der »Prawda« eine Zusammenstellung für 32 Gouvernements für das erste Halbjahr an. Es wurden 11 526 Genossenschaftler zur Verantwortlichkeit gezogen wegen Teilnahme an Unterschlagungen, die 7 Mill. Rubel erreichen, d. h. über 75% des gesamten Anteilskapitals der Konsumgenossenschaften; 82% aller Unterschlagungen entfallen auf das ländliche Netz, dessen Lage überhaupt noch nicht ganz konsolidiert ist. In der letzten Zeit trat ein neues Uebel auf, namentlich die Spekulation mit Waren, an denen es mangelt und für die die Nachfrage größer wird, in Zusammenhang mit der Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung. Eine erste Art solcher Spekulation sind die übergroßen Aufschläge der genossenschaftlichen Organisationen, eine zweite der Weiterverkauf von Waren durch die Genossenschaften an Privathändler. Aus Rostow am Don gibt es darüber folgendes zu berichten: die Genossenschaften verkaufen ihre Waren an Privathändler, ohne sie aus dem Warenlager herauszugeben. Viele Genossenschaften zwingen die Abnehmer von Manufakturwaren noch dazu, Zigaretten zu kaufen. Diese Erscheinung ist sehr ernst zu nehmen und die Zeitung »Der genossenschaftliche Weg« strotzt von Enthüllungen oder Rehabilitationen in dieser Frage. Zur Bekämpfung dieses Uebels wurde Dserschinski gerufen. Der Zwangsassortiment behält noch immer seine Bedeutung, z. B. kaufte in Bogorodsk die Zentrale Arbeitergenossenschaft einen Posten Gummischuhe und verkauft sie jetzt nur an solche Mitglieder, die zugleich Schuhwerk kaufen, oder es erhält eine ländliche Genossenschaft Spirituslaternen nur zusammen mit Manufaktur. Eine Erscheinung negativer Art ist der ungenügende Ernst der Leiter bei der Beleuchtung der Lage und der Errungenschaften des Genossenschaftswesens in der Presse, was den Leser in höchstem Grade verlegen und die ganze Bewegung lächerlich macht. So hat z. B. in der Frage der Anteilsraten die 39. Delegiertenversammlung den Beschluß gefaßt über die Einführung von wiederholten Ratenzahlungen in den Städten und über die Erhöhung derselben in den ländlichen Rayons auf 5 Rubel. Im Artikel O. Omelkos (»Der genossenschaftliche Weg« Nr. 257 vom Jahre 1925) wird von wiederholten Ratenzahlungen und auch davon, daß auf dem Lande zu je 5 Rubel 1,5–2 Rubel fehlen; zwei Tage vorher in Nr. 255 führte Chintschuk die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften mit 10 Mill. an, und die Anteilshöhe mit 9530000 Rubel an. Die Daten L. Chintschuks entsprechen der Wirklichkeit und es fehlen im Durchschnitt zu je 5 Rubel 4,067 Kopeken.

Wo O. Omelko seine Daten geschöpft hat, ist unbekannt.

Eine besondere Entwicklung erreichte diese Art der Information auf der Genter Ausstellung, wo z. B. die Summe der Buchhaltereintragungen Debet-Kredit als das Umsatzkapital der genossenschaftlichen Bank angegeben wurde. Auf derselben Ausstellung wurde die Zahl der Mitglieder für das Jahr 1923 mit 14 Mill. angegeben; doch sind wir jetzt schon im Jahr 1926 und diese Zahl der Mitglieder ist noch nicht erreicht. Solcher Angaben gibt es ziemlich viel, aber wir können sie wegen Raummangels nicht anführen.

Dies ist im wesentlichen alles, was die unzweifelhaft nützliche Wiederaufbauarbeit der Konsumgenossenschaften beeinträchtigt und manchmal vollständig entstellt.

Zum Schluß wollen wir einige vergleichende Daten aus dem westeuropäischen Genossenschaftswesen anführen: im Jahre 1923 bis 1924 betrug der Umsatz des Zentrosojus 274 653 000 Rubel. Die englischen (großbritischen) und die schottischen Großeinkaufsgesellschaften wiesen im Laufe desselben Zeitabschnitts einen Umsatz von 496 Mill. Rubel auf. Der Zentrosojus nimmt unter allen existierenden Großeinkaufsgesellschaften die zweite Stelle ein, aber seine Produktion ist schlecht.

Der Prozentsatz der von den Genossenschaften versorgten Einwohner, ist am größten in Ungarn (51,4%) und in Finnland. In Sowjetrußland beträgt er 23%. Der Unterschied ist gewaltig, aber gewaltig groß ist auch der Unterschied der Maßstäbe zwischen Sowjetrußland und Ungarn mit seiner dichten Bevölkerung und entwickelten Verbindungsstraßen.

Nach der Mitglieder- und der Gesellschaftenzahl steht heute Sowjetrußland an erster Stelle, den anderen Ländern weit voran.

Uebersicht über die neuere Geldliteratur.

Von

WILIBALD MILDSCHUH.

Der große Weltkrieg hat in seinem Gefolge eine ganze Reihe höchst wichtiger Umwälzungen sowohl im Geldwesen einzelner Staaten als auch im internationalen Weltpreisniveau und dem Goldwerte gebracht. Die da gemachten Erfahrungen sind eigentlich in ihrem Wesen nicht ganz neu, denn wenn wir aufmerksam zusehen, finden wir, daß auch bei den früheren großen Kriegen ähnliche Wirkungen eingetreten sind; aber ihrer Intensität nach waren sie viel schwächer, so daß sie vielfach gar nicht beachtet worden sind. Diesmal waren sie nur viel stärker und konnten daher bei dem verfeinerten statistischen Beobachtungsapparat (die diesbezüglichen statistischen Reihen werden alljährlich von der Völkerbundliga in ihren vorzüglichen Memoranden veröffentlicht) der Beachtung nicht entgehen. So ist denn ein großer Teil der neueren Geldliteratur damit befaßt, diese »neuen« Erscheinungen auf Grund der bisherigen Theorien zu deuten bzw. die bisherigen Theorien auf Grund dieser Erfahrungen abzuändern. Ein anderer Teil der neueren Literatur befaßt sich mehr mit den Fragen der Geldpolitik, indem man die Wege sucht, auf welchen das Geldwesen einzelner Länder mit zerrütteter Währung am besten verbessert bzw. wie auch die internationalen Geldbeziehungen am besten geregelt werden könnten. Wir wollen uns jedoch im folgenden hauptsächlich mit der Literatur der ersteren Art bekannt machen.

In erster Reihe kommen da die orthodoxen Anhänger der Quantitätstheorie in Betracht. Nach ihrer ursprünglichen Fassung hängt der Wert des Geldes einerseits von der Anzahl der Tauschakte, die mittels Geld bewerkstelligt werden, andererseits von der Menge des Geldes ab. Zum Gelde (currency) werden hiebei jedoch bloß die »definitiven« Zahlungsmittel gerechnet, wie Metall- oder uneinlösbares Papiergeld, nicht jedoch auch die »provisorischen« Zahlungsmittel wie einlösbare Banknoten oder die dem Scheckverkehr unterworfenen Bankdepositen; dies geschieht deswegen, weil die »provisorischen« Zahlungsmittel, wenn ihre Menge den Bedarf übersteigt, in die »definitiven« umgewandelt werden und

daher das Preisniveau nicht beeinflussen können. Als Repräsentant dieser Gruppe kann Edwin Cannan und sein Buch „Money. Its connexion with rising and falling prices“, Westminster 1921 gelten. Cannan untersucht in diesem Büchlein die Ursachen der Geldwertveränderungen, wobei er drei Möglichkeiten unterscheidet. Der erste Fall ist jener, wo die Rechnungseinheit eine bestimmte Menge von Edelmetall, entweder in gemünztem oder ungemünztem Zustand, bildet. Der Wert der Geldeinheit muß da bei freier Währung mit dem Metallwerte übereinstimmen. Dieser wird in der gleichen Art bestimmt wie jener anderer Güter, durch die gleichen Einflüsse auf Nachfrage und Angebot. Auf Seite der Nachfrage wirkt da einerseits der Bedarf des Metalles zu Industriezwecken, andererseits der Bedarf zu Geldzwecken ein. Das zu verstehen, macht nach Cannan keine Schwierigkeiten, soweit es sich um die Nachfrage zu anderen als Geldzwecken handelt. Viel schwieriger sei es jedoch, die Nachfrage nach Gold zu Geldzwecken zu verstehen, da wir ja gewohnt sind, an die Nachfrage nach anderen Gütern im Umtausch fürs Geld zu denken und nicht umgekehrt. Wenn mehr Gold für Zahnplomben benötigt wird, so scheint es selbstverständlich zu sein, daß man dafür wird mehr bezahlen müssen, aber die Zahlung erfolgt in Goldsovereigns und kann daher nicht größer sein als früher, denn die beiden sind dasselbe Ding; ebenso wenn mehr Metall zu Geldzwecken benötigt wird, ist es nur natürlich, zu erwarten, daß es im Werte steigen wird, aber wie kann es dies, wenn man bloß anderes Geld dafür gibt, dieses Geld jedoch mit ihm gleichwertig ist? Die Antwort ist nach Cannan darin zu suchen, daß wir in Wirklichkeit nicht Gold mittels Gold, oder die Münze mittels Münze oder auch mittels Geld kaufen. Wir erhalten das Gold oder die Münze, welche wir brauchen, indem wir andere Güter oder Dienste im Umtausche für sie geben. Will jemand seinen durchschnittlichen Geldbesitz (d. i. also seine Kassa) vermehren, so kann er dies nur, indem er etwas anderes dafür aufgibt, nicht Geld, aber andere Güter oder Leistungen: er muß anstrengender arbeiten und mehr verdienen oder er muß seine Ausgaben verringern. Auf der Angebotseite wirken dieselben Kräfte ein wie bei anderen Gütern. Vor allem die Produktionskosten; der Umstand, daß der Vorrat von Gold sehr groß ist im Verhältnisse zur jährlichen Produktion, kann daran nichts ändern, ebenso wie er z. B. bei Häusern nichts daran ändert. Des weiteren wirkt auf den Wert auch die Voraussicht (Antizipierung) künftiger Wertänderungen ein. Freilich denkt man gewöhnlich nicht direkt über den künftigen Wert des Goldes nach; aber Schätzungen des künftigen Wertes des Goldes bilden sich doch unbewußt in den Schätzungen, welche über die Wahrscheinlichkeit eines allgemeinen Preissteigens oder eines Preisfalles aufgestellt werden. Wenn die Leute glauben, daß es zu einem allgemeinen Steigen der Preise kommen wird, dann erwarten sie — ohne sich dessen bewußt zu sein — daß das Gold im Werte sinken wird, und handeln darnach.

Den zweiten Fall bildet jener, wo die Rechnungseinheit

eine Münze bildet, die nur in beschränkter Menge ausgegeben wird. Durch die Beschränkung des betreffenden Geldangebotes kann erzielt werden, daß sich der Wert der Münze über den Wert des betreffenden Metalles erhöht und eventuell auch durch das Verhältnis zum Gelde aus einem anderen Metall bestimmt werden kann (Gold-exchange standard).

Den dritten Fall bildet jener, wo die Rechnungseinheit eine Banknote oder eine Staatsnote (currency-note) bildet. Es ist da zu unterscheiden, ob diese Noten in Metall einlösbar oder uneinlösbar sind. Die Ausgabe von einlösbaren Banknoten könnte zwar auch den Wert der Geldeinheit drücken, wo jedoch das betreffende Metall auf dem Weltmarkte gehandelt wird, da kann dies nicht geschehen, indem die überflüssige Menge abfließt. Dagegen bewirkt die Ausgabe von uneinlösbarem Geld ein entsprechendes Steigen des Preisniveaus in dem betreffenden Lande. Eine ähnliche Wirkung tritt jedoch auch dann ein, wenn die betreffenden Noten zwar im Metall eingelöst werden können, aber durch gesetzliche Anordnungen das Schmelzen und die Ausfuhr von Münze verboten ist. Hier hängt demnach der Geldwert und das allgemeine Preisniveau von dem Willen der Herausgeber ab.

Auf Grund dieser allgemeinen Erwägungen sucht dann Cannan die Frage zu beantworten, worauf das Steigen der Preise in England in den Jahren 1914—1920 zurückzuführen ist. Er verwirft zuerst einige der Antworten, die man da gibt: a) die Produktionsabnahme während des Krieges und nach ihm genügt nach Cannan bei weitem nicht, um das ganze Steigen der Preise zu erklären, b) das Steigen der Löhne ist nicht die Ursache des Steigens des Preisniveaus, sondern bloß eine Teilerscheinung desselben, c) das Anwachsen der Depositen ist nicht Ursache der Preissteigerung, sondern ihre Folge. Sodann gibt er seine eigene Erklärung. Er unterscheidet hiebei einerseits das allgemeine Steigen der Weltpreise in den Jahren 1914—1920, wie es sich in den Preisen der Goldländer (Vereinigte Staaten und neutrale Länder) offenbart, andererseits die Preisbewegung der übrigen Länder. Das erstere hatte nach Cannan darin seine Ursache, daß die ganze jährliche Goldherzeugung, die sich früher auf die ganze Welt verteilt hat, nunmehr bloß der Bevölkerung der neutralen Länder zufließt, und dazu noch ein bedeutender Teil der alten Vorräte der kriegführenden Länder; natürlich erhielt sie es billig, d. h. sie gab für eine Unze nicht soviel Güter und Dienste als vor dem Kriege. Was jedoch die Preise in den Ländern mit Papiergeld anbelangt, so hängt ihre Höhe hauptsächlich von der Menge des ausgegebenen Papiergeldes (in England der currency-notes) ab.

Wenn man die allgemeinen Ausführungen Cannans über den Geldwert kritisch prüft, so findet man, daß er da etwas, was über den Güterwert gilt, einfach auch auf den Geldwert überträgt. Er unterscheidet demnach auch beim Gelde zwischen Angebot und Nachfrage und meint, daß sich aus

dem Verhältnis beider sein Wert ergibt. In Wirklichkeit kann man jedoch von einer Nachfrage nach Geld und einem Angebote von Geld im gewöhnlichen Leben nicht gut sprechen (wir finden denn auch in den Ausführungen Cannans, daß er überall da, wo er z. B. von der Nachfrage nach Geld spricht, die Sache umkehren muß und von dem Angebot der Waren spricht). Der Geldwert bildet sich nicht selbstständig, sondern ist bloß das Reziproke der Warenpreise. Und will man daher die Ursachen der Aenderungen des Geldwertes finden, so muß man von den Warenpreisen ausgehen und sich fragen, aus welchen Gründen denn die Warenpreise im allgemeinen Durchschnitt sich erhöhen oder vermindern können, bzw. wann sich das Verhältnis zwischen der Nachfrage nach Waren (diese wird von den Einkommen gebildet, ohne Rücksicht darauf, in welcher Form sie auftreten) und dem Angebote derselben ändert. Die Menge des definitiven Geldes entscheidet hierbei nicht, da das provisorische Geld nach Bedarf geschaffen werden kann. Dabei ist insbesondere eins zu beachten. Nach Cannan bzw. der üblichen Quantitätstheorie besteht kein Zusammenhang zwischen Waren und Geld, jedes von beiden kann sich selbständig verändern und von dem Maße dieser gegenseitigen Veränderung hängt die Geldwertänderung ab. In Wirklichkeit ist jedoch daran festzuhalten, daß mit jeder Warenerzeugung auch Geldeinkommen entsteht und daß daher das Verhältnis beider und damit auch der Geldwert eine Tendenz zur Konstanz hat; es ist dann zu prüfen, wann sich dieses Verhältnis trotzdem ändert. Dies alles sieht Cannan nicht und deswegen kann man seine Theorie nicht für richtig halten.

Infolgedessen ist auch seine Erklärung der Preisänderungen nach dem Kriege ungenügend. Daß es nicht richtig sein kann, das Sinken des Goldwertes in den Jahren 1914 bis 1920 durch die Verkleinerung des Bereiches, in welchem das Gold noch Währungsmetall ist, zu erklären, folgt daraus, daß seit dem Jahr 1920 der Goldwert im Steigen begriffen ist, trotzdem der Bereich des Goldgeldes im ganzen unverändert geblieben ist. Ebenso wenig kann die Entwicklung des englischen Preisniveaus durch die Bewegung der Currencynotes erklärt werden, da die Currencynotes zum großen Teile bloß an Stelle des früher zirkulierenden Goldgeldes traten und der Rest viel zu gering ist, um das gewaltige Steigen und sodann Sinken der Preise erklären zu können.

So ist denn neben dieser »orthodoxen« Fassung der Quantitätstheorie eine andere entstanden, die sich von ihr hauptsächlich dadurch unterscheidet, daß ihr zufolge das Steigen der Preise während des Krieges, sowie nach ihm durch die Entleihungen des Staates bei den Banken und durch das auf diese Weise erfolgte Ansteigen der Bankdepósitos, die ebenso Kaufkraft bilden wie das eigentliche Geld, entstanden ist. Zu dieser Gruppe gehört eine Reihe höchst angesehener Schriftsteller (»wenn nicht die Majorität«, sagt Cannan, so doch jedenfalls eine einflußreiche und eine höchst vernehm-

liche Minorität“) wie Mises ¹⁾, Keynes ²⁾, Hawtrey, Robertson u. a. ³⁾. Da über die Bücher von Mises, Keynes in dieser Zeitschrift bereits berichtet wurde ⁴⁾, wollen wir hier insbesondere das bedeutendste von den übrigen betreffenden Werken, *Hawtreys Currency and credit*, London 1923 II. Aufl. (die erste ist 1919 erschienen) besprechen. Hawtrey setzt zuerst eine zivilisierte Gemeinschaft voraus, in welcher es kein Geld gibt. Dies bedeutet noch nicht, daß die Güter unmittelbar gegeneinander getauscht werden müssen, sondern sie können auch gegen gegenseitige Forderungen und Schulden veräußert werden. Die Handelsleute auf dem Markte können dann zusammenkommen und ihre Schulden und Forderungen gegenseitig abrechnen. Zu diesem Zwecke müssen freilich die gegenseitigen Schulden und Forderungen auf ein gemeinsames Maß gebracht werden und es ist daher eine Einheit für die Messung der Forderungen und Schulden unerlässlich. Diese Einheit muß etwas rein Vertragsmäßiges und Willkürliches sein, wir können von einer »Rechnungseinheit« sprechen. Ein solches Kreditsystem ohne Geld ist gewiß denkbar, aber sein Hauptmangel wäre seine gänzliche Unbeständigkeit. Solange die neugeborgten Beträge im ganzen genügen und nichts mehr als genügen, um die bezahlten Schulden zu ersetzen, solange also der neugeschaffene Kredit dem getilgten gleicht, so lange funktioniert die Maschine gut und ihre Stabilität ist verbürgt. Aber der gewohnheitsmäßige Gang der Maschine kann sehr leicht unterbrochen werden. Einmal können die Borgungen abnehmen, indem z. B. die Entlehner einen Teil ihrer Kredite zur Abtragung ihrer Schulden verwenden und nicht zum Verbrauch. Die Folge ist dann, daß die Verkäufe abnehmen, daß die Händler geringere Aufträge den Handwerkern erteilen, daß ein Teil der Arbeitskräfte und Betriebsanlagen unbeschäftigt bleibt, die Ausgaben der Bevölkerung abnehmen, mit ihnen auch die Preise der Güter in den Rechnungseinheiten sinken und die ursprünglichen Wirkungen sich dann noch verstärken und wiederholen. Viel größer ist noch die Wahrscheinlichkeit einer entgegengesetzten Veränderung, einer Ausdehnung der Kredite und einer Verminderung der Kaufkraft der Werteinheit. Und diese Bewegung ist sogar noch unbegrenzter in ihrer Ausdehnung. Das Selbstinteresse treibt beide an, den Unternehmer-Händler immer mehr zu entleihen und den Unternehmer-Bankier immer mehr zu leihen, denn für jeden der beiden bedeutet die Zunahme seiner Kreditoperationen auch eine Zunahme seiner Geschäfte. So kann denn die Ausdehnung der Kredite ohne irgendwelche Grenzen weiterschreiten und auch das entsprechende Sinken des Wertes

¹⁾ Ludwig Mises, *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, II. Aufl., München und Leipzig, Duncker u. Humblot, 1924.

²⁾ I. M. Keynes, *A tract on monetary reform*, London, Macmillan, 1923.

³⁾ Auch Cassel und Fisher gehören hieher größtenteils.

⁴⁾ Im 52. Band Dr. James Steinberg, Zürich: J. M. Keynes »Traktat über Währungsreform«, im 53. Band Albert Hahn: Mises »Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel«.

der Rechnungseinheit kann sich unbegrenzt fortsetzen. Das ändert sich nun durch Einführung des Metallgeldes. Das Metallgeld ist teils in den Händen der Bankiers, teils in den Händen des Publikums, insbesondere der Arbeiter. Ist nun die Beschäftigung gut und steigen die Löhne, so bleibt ein bestimmter Teil des Geldes, welches allwöchentlich den Arbeitern ausbezahlt wird, in ihrer Kassa und kehrt die nächste Woche zu den Banken nicht zurück. Dieser »Abfluß« (drain) des Metallgeldes ist für die Geldtheorie sehr wichtig. Der Betrag von Metallgeld in den Händen der Bankiers ist beschränkt; ist er einmal erschöpft, so kann die Bank ihrer Verpflichtung Geld auf Verlangen auszugeben nicht nachkommen, wenn sie auch solvent ist. Um dies zu vermeiden, müssen die Banken rechtzeitig Schritte unternehmen, um diesen Abfluß von Metallgeld zu verhindern und müssen zu diesem Zwecke hauptsächlich ihre Kredite vermindern. So ist denn die Gefahr einer unbeschränkten Entwertung der Geldeinheit in diesem Falle beseitigt, aber dafür entsteht hier eine andere Gefahr, die der Entblößung von Geldreserven. Mit Rücksicht auf die Regsamkeit der Handelstätigkeit in der Zeit der Kreditspannung und die Anhäufung von unausgeführten Aufträgen, die finanziert werden müssen, entsteht da eine latente Kreditnachfrage, von welcher die Banken keine Kenntnis haben. In derselben Zeit bewirkt der bereits geschaffene Kredit einen allmählichen Abfluß von Geld in den Umlauf, es muß jedoch ein verhältnismäßig langer Zeitraum verstreichen, bevor sein voller Umfang gefüllt wird. Es gibt hier demnach sowohl eine latente Nachfrage nach Geld als auch nach Kredit und beide würden Verlegenheiten bei den Banken verursachen — wenn diese nicht das Papiergeld hätten, welches nach Belieben vermehrt oder vermindert werden kann. Das Papiergeld hat keinen inneren Wert und es entsteht daher das Problem, wodurch sein Wert bestimmt wird. Die Antwort findet Hawtrey in der Quantitätstheorie. Die Quantität der Gewalt über Güter, welche von dem Volke im Vorrat gehalten werden, wird durch die wirtschaftlichen Umstände bestimmt. Auf der anderen Seite steht der Inbegriff der Geldeinheiten, d. i. der Inbegriff von Bankkrediten und Geld in den Händen des Volkes zu gleicher Zeit (Hawtrey spricht da vom unausgegebenen Rest, unspent margin). Diese beiden Größen müssen gleich sein und durch diese Gleichung ist der Wert der Geldeinheit in Gütern bestimmt bzw. die Preise der verschiedenen Güterarten in Geldeinheiten.

Eine Aenderung in dem Inbegriff der verfügbaren Geldeinheiten bewirken insbesondere Aenderungen in dem Umfange des durch die Banken geschaffenen Kredits. Eine Vergrößerung oder Verminderung dieses Umfanges bedeutet eine annähernd gleiche Erhöhung oder Ermäßigung der Konsumenteneinkommen und demnach auch der Konsumentenausgaben. Die Konsumentenauslagen bilden die wirksame Nachfrage nach Gütern und Diensten und von ihnen hängt demnach auch das Preisniveau ab. So bewirkt denn eine Beschleunigung oder Verlangsamung in der Schaffung von Krediten ein

Steigen oder Fallen der Preise oder in anderen Worten ein Fallen oder Steigen des Wertes der Geldeinheit.

Das ist insbesondere in den großen Kriegen von Wichtigkeit. Im Anfange ist die Finanzierung eines großen Krieges meistens von einem beträchtlichen Betrag vorübergehender Staatsanlehen begleitet, dem wahrscheinlich keine Gegenpost in der Form einer Verminderung privater Schulden gegenübersteht. Ein solches vorübergehendes, zeitweiliges Anlehen besitzt den Vorzug — oder die Gefahr — daß das zu entleihende Geld nicht da sein muß. Direkt oder indirekt ist der Borger ein Bankier. Was er leiht, ist seine eigene Obligation. Diese Obligation kann er jedoch selbst schaffen. Der Kredit, der auf diese Weise, direkt oder indirekt, zugunsten der Regierung geschaffen wird, verbleibt natürlich vorderhand im Umlauf und schwellt die Kaufkraft der Bevölkerung an, so daß das Preisniveau steigt. Zugleich muß dieses Eindringen des Staates in den Markt der kurzfristigen Anlehen auch zum Steigen des Zinsfußes führen. Diese Wirkungen bestehen so lange — bzw. vergrößern sich durch spätere Anlehen — bis die Regierung imstande ist, die nötigen Beträge durch dauernde Anlehen oder durch Extrabesteuerung zu beschaffen.

Im sonstigen sei noch die Meinung Hawtreys über die auswärtigen Wechselkurse kurz wiedergegeben. Sie streben nach ihm stets zu jener Höhe, bei welcher das Gleichgewicht zwischen Ausfuhr und Einfuhr (oder genauer zwischen den gesamten Forderungen und Verpflichtungen des Landes) erreicht ist. Die Austauschrate, welche gerade genügt, um dieses Gleichgewicht festzuhalten, ist jener Multiplikant, bei welchem die Kaufkraft der Konsumentenausgaben genau dem Werte der ins Ausland ausgeführten Landeserzeugnisse gleicht. Sind die Kurse günstiger, als es den Umständen entspricht, entsteht eine Disparität zwischen den Verkäufen und Käufen des Landes in ausländischen Märkten und es ergibt sich eine Schuldbilanz, welche das Land zu begleichen hat. Und auf die gleiche Weise ergibt sich, wenn die Wechselkurse unberechtigt ungünstig sind, eine Schuldbilanz fürs Ausland. Dies muß dann zu einer Korrektur der Wechselkurse führen.

Damit ist in Kürze der Hauptinhalt der Geldtheorie Hawtreys wiedergegeben, wobei es allerdings unmöglich war, all die scharfsinnigen und feinen Beobachtungen Hawtreys auch nur anzudeuten. In den Schlußkapiteln des Buches sucht er sodann, auf Grund dieser Theorie die wichtigsten Tatsachen aus der Geldgeschichte des vorigen und des jetzigen Jahrhunderts, insbesondere auch die Ereignisse, welche der Weltkrieg gebracht hat, zu deuten.

Von der früher dargestellten »orthodoxen« Quantitätstheorie unterscheidet sich die Theorie Hawtreys — und auch der übrigen vorgenannten Schriftsteller — hauptsächlich in zwei Punkten. Vor allem ist die Fragestellung eine andere. Dort — bei Cannan — wird von einer Nachfrage nach Geld (darunter werden da die Zahlungsmittel verstanden) gesprochen, hier hingegen bildet den Ausgangspunkt der Besitz von Geld (und zwar nicht bloß von

Zahlungsmitteln, sondern auch von Forderungen, der »unspent margin« bedeutet also das noch freie Geldeinkommen) und dieses Geld (Geldeinkommen) wird den Gütern gegenübergestellt. Dadurch verläßt Hawtrey eigentlich das Gebiet der ursprünglichen Quantitätstheorie (die besser Zahlungsmitteltheorie heißen sollte) und nähert sich der Einkommenstheorie. Aber noch nicht genügend ⁵⁾, denn sonst müßte er sehen, daß in der Regel mit der Güterschaffung in gleichem Maße auch das Geldeinkommen der Bevölkerung wächst und daß daher in der Regel der Geldwert, der von dem Verhältnisse zwischen Geldeinkommen und Gütern abhängt, stabil bleibt, und er müßte sich weiter fragen, wann dies nicht der Fall ist und es trotzdem zur Aenderung des Geldwertes kommt.

Hawtrey selbst sucht die Ursache der Aenderungen des Geldwertes hauptsächlich in der Gebarung der Banken. Die Banken können nämlich nach ihm — und nach vielen anderen — selbst neue Kaufkraft schaffen, indem sie Obligationen gegen sich selbst ausgeben. Sie können dies um so eher tun — so heißt es — als die Beträge, welche an Darlehen erteilt werden, größtenteils wieder als Depositen zu den Banken zurückkehren (bei Hartley Withers, *The meaning of money*, 1909, von dem der Gedanke der kaufkraftschaffenden Macht der Banken hauptsächlich ausgegangen ist, heißt es auf S. 66 ausdrücklich: *the loans of one bank make the deposits of others*). Ist nun diese Lehre von der kaufkraftschaffenden Macht der Banken, auf der die ganze Theorie Hawtreys aufgebaut ist, richtig? Sie wäre meiner Ansicht nur dann richtig, wenn die Obligationen, welche die Banken gegen sich ausgeben (Banknoten, Scheckdepositen) definitives Geld darstellen würden; dann könnten sie in der Tat nach Belieben neue Kaufkraft schaffen. In Wirklichkeit bilden jedoch die angeführten Obligationen der Banken bloß »provisorisches« Geld, d. h. es kann jederzeit ihr Umtausch in definitives Geld verlangt werden. Darauf müssen die Banken gefaßt sein und müssen daher nicht bloß eine gewisse Menge von definitivem Geld für den Umtausch bereithalten, sondern sie müssen auch sonst gegenüber den erwähnten Bankgeldern leicht realisierbare, »bankmäßige« Forderungen stehen haben. Mit anderen Worten, es wird keine neue Kaufkraft geschaffen, sondern die schon früher geschaffene Kaufkraft ändert bloß ihre Form.

Aus dem Dargelegten ergibt sich auch die Unrichtigkeit anderer Behauptungen Hawtreys: a) Auch im Kriege können die Banken an den Staat nicht mehr Kaufkraft übertragen, als an sie selbst übertragen worden ist (natürlich mit Ausnahme der Zettelbanken und der von ihnen ausgegebenen uneinlösbaren Banknoten). Infolgedessen kann die Steigerung des Preisniveaus in jenen Ländern, welche kein Papiergeld oder nur in sehr geringem Maße aus-

⁵⁾ Er bringt noch eine andere Version der Quantitätstheorie, wonach neben der Quantität der umlaufenden Kaufkraft auch noch weitere Faktoren, die durchschnittliche Umlaufgeschwindigkeit von Geld und Kredit und der Umfang der Warenumsätze, in Betracht kommen. Da befindet sich Hawtrey wieder ganz im Fahrwasser der alten Quantitäts- (Zahlungsmittel-) Theorie.

gegeben haben (wie z. B. in England), nicht durch die Zunahme der Bankgelder erklärt werden, sondern die Ursache muß anderswo gesucht werden (in meinem Artikel »Kreditinflation und Geldtheorie« im 51. und 52. Band d. Z. habe ich gezeigt, daß die eigentliche Ursache darin zu suchen ist, daß diese Staaten auch die Zinsen von ihren früher aufgenommenen Schulden mittels neuer Darlehen deckten). b) Ebensowenig ist die Behauptung Hawtreys richtig, daß die temporären Bankobligationen solange preisteigernd wirken, als sie nicht getilgt oder in langfristige Anlehen umgewandelt werden. Demgegenüber können wir dem Obengesagten zufolge sagen, daß diese älteren Schulden nur solange preisteigernd wirken, als ihre Zinsen mittels neuer Schulden beglichen werden; gelingt es dem Staate einmal, diese Zinsen mittels Steuern zu decken, dann ist es mit der Inflationswirkung aus. Das Gesagte wird auch von der Erfahrung bestätigt. Das Steigen des Preisniveaus in England hat, wie bekannt, im Jahre 1920 sein Ende gehabt. Man kann jedoch nicht sagen, daß in diesem Jahre die englischen Kriegsschulden getilgt oder konsolidiert worden sind. Wohl ist es jedoch dem englischen Schatzamte in diesem Jahre gelungen, das Gleichgewicht in der Staatshaushaltsgebarung zu erreichen. Daß übrigens die Umwandlung der flottanten Staatsschuld in eine dauernde Schuld keinen Einfluß auf den Geldwert haben kann, zeigt richtig auch Cannan ⁹⁾.

Das Büchlein Robertsons »Money« (erschienen 1922 als II. Band der Cambridger ökonomischen Handbüchlein, deutsch bei Springer, Berlin 1923) macht keinen Anspruch auf Originalität der Gedanken; der Autor bemerkt im Vorworte ausdrücklich, daß er sich an die Werke Pigous, Cassels, Irving Fishers, Hawtreys, Hartley Withers gehalten hat. So finden wir denn, daß er sich in bezug auf die Frage, wovon der Geldwert bestimmt wird, an die früher dargestellte »orthodoxe« Theorie hält. Der Geldwert hängt darnach von Nachfrage und Angebot ab. Die Nachfrage nach Geld (scil. Zahlungsmitteln) hängt von der Gesamtmenge der Tauschhandlungen ab, die in einer bestimmten Zeit mittels Geld abgewickelt werden. Das Angebot von Geld wird, wenn das Währungsgeld unterwertig ist, von dem Entschlusse der Regierung bestimmt, wenn es vollwertig ist, hängt es von dem Werte ab, welchen das Metall für andere als Geldzwecke besitzt. Insoweit sind demnach die Ausführungen mit jenen Cannans gleichlautend. Das Geldangebot kann jedoch auch durch die Bankgelder ergänzt werden — da lehnt sich Robertson wieder an Hawtrey und die früher genannten Schriftsteller an. Die Bankgelder entstehen durch Darlehen, welche die Banken hauptsächlich den produktiven Unternehmungen gewähren. Ihre Menge könnte im ganzen unverändert sein, falls die Wirtschaft stagnieren würde. Freilich in einem Staate, wo das Güterangebot von Jahr zu Jahr wächst, müßten die Preise nach Robertson sinken, falls die Menge der Kaufkraft in den

⁹⁾ Im Economic Journal 1924.

Händen der Käufer unverändert bliebe. Um dies zu vermeiden, bedarf es noch weiterer (»additional«) Bankdarlehen. Es entsteht da jedoch die Gefahr, daß die Bankdarlehen in stärkerem Maße erhöht werden, als es nötig ist, und daß infolgedessen das Preisniveau steigt; dagegen schützen die Banken einigermäßen die Regeln über die Höhe der Geldreserven und die Sicherheiten. Im Kriege mit seiner großen Geldnachfrage sind freilich diese Mittel unwirksam und das Preisniveau kann bei weiterer Ausgabe von Bankgeldern immer mehr anwachsen.

Eine ins einzelne gehende Kritik erübrigt sich, da Robertson bloß ähnliche Ansichten ausspricht wie vordem Cannan und Hawtrey (es scheint mir hiebei fast, daß er immer die weniger begründete Ansicht wählt). Es sei daher bloß darauf aufmerksam gemacht, daß auch er von dem Zusammenhange, der zwischen Güterschaffung und Entstehung von Geldansprüchen besteht, nichts ahnt ⁷⁾.

Das Buch Charles Rists »La déflation en pratique«, Paris 1924 befaßt sich bloß mit dem absteigenden Aste der Preisbewegung, der Deflation. Zuerst gibt er die Begriffsbestimmung. So wie das Ansteigen der Preise entweder durch Vermehrung der Zahlungsmittel — Geldinflation — oder durch Vermehrung der Gelddarlehen — Kreditinflation — entstehen kann, so kann es auch zum Sinken der Preise auf zweierlei Art kommen: entweder durch eine Reduktion der Zahlungsmittel (und zwar kann sie entweder definitiv sein oder es kann sich bloß um Umwandlung von Papiergeld, welches für den Staat ausgegeben worden ist, in geschäftsmäßig gedeckte Banknoten handeln, in beiden Fällen kann man von Gelddeflation sprechen) oder durch Erhöhung des Diskontsatzes (Kreditdeflation). In beiden Fällen vermindert sich, wie die Theorie gewöhnlich annimmt, die Menge der Zahlungsmittel, dadurch muß das inländische Preisniveau sinken und infolgedessen müssen wieder die

⁷⁾ Das sieht man insbesondere deutlich an den Beispielen, welche Robertson anführt. Er nimmt an, daß zwei Flieger, Herr Eiermann und Herr Orangenmann, ins Land geflogen kamen, der eine mit zwei Eiern, der zweite mit zwei Orangen. Jeder von ihnen verbraucht selbst bloß die Hälfte seines Vorrates, die andere Hälfte verkauft er dem anderen um 10 Cents; aber nicht direkt, sondern indem er sich ein Bankkonto eröffnen läßt und auf sich resp. seine Bank einen Scheck auf den erwähnten Betrag ziehen läßt. Es ist klar, daß sich in diesem Falle an dem Geldwert nichts ändert, da Waren und Geld in gleichem Maße zugenommen haben. Nun können wir uns jedoch denken, daß Herr Orangenmann kein Flieger, sondern ein heimischer Hausierer ist und daß daher seine Orange keinen Zuwachs des Gütervorrates im Lande bedeutet. Wenn jedoch Herr Orangenmann trotzdem einen Scheck für den gleichen Betrag zieht, um mit ihm Herrn Eiermanns Ei zu bezahlen, und Herr Eiermann ebenfalls, so ändert sich nun das Verhältnis zwischen Geld und Gütern (die Gütermenge hat sich um 10 Cents vergrößert, die Menge des verfügbaren Geldes jedoch um 20 Cents). Der Preis der Orangen muß daher steigen. — Mit diesem Beispiel will Robertson die Gefährlichkeit der weiteren Darlehen (additional) für die Stabilität der Preise vorzeigen. Aber sein Beispiel ist nichts weniger als überzeugend, denn die mehrgeliehene Summe muß jemand von den Einlegern durch Minderverbrauch erspart haben, der Gesamtverbrauch hat sich nicht geändert und die Preise daher auch nicht.

Wechselkurse steigen. Rist prüft an der Entwicklung der Geldverhältnisse in England, den Vereinigten Staaten, Frankreich, der Tschechoslowakei, ob der Verlauf tatsächlich ein solcher war und findet, daß die tatsächliche Entwicklung die entgegengesetzte war, indem die Preise überall früher sanken als die Menge der Zahlungsmittel. Daß die Deflation in der Regel anders verläuft als die Inflation, kann uns nach Rist nicht wundernehmen, weil das Sinken der Preise und der Löhne einem viel größeren Widerstande begegnet als umgekehrt das Steigen infolge der Inflation. Zwischen der Entwicklung der einschlägigen Verhältnisse während der Inflation und der Deflation besteht dennoch eine gewisse Symmetrie, nur muß diese Symmetrie anders ausgedrückt werden. Zum Steigen der Preise kommt es, wenn die **G e l d e i n k o m m e n** rasch anwachsen, dagegen das Angebot der Güter stationär bleibt; bei der Inflation handelt es sich um nichts anderes. Umgekehrt, um die Baisse hervorzurufen, ist es notwendig, eine bedeutende **V e r m e h r u n g d e s G ü t e r a n g e b o t e s** ins Leben zu rufen, ohne ein entsprechendes Wachstum der Geldeinkommen. Eine solche Vermehrung des Güterangebotes kann vor allem infolge Erhöhung des Diskontsatzes entstehen; freilich ist dies eine außerordentliche Maßnahme, welche bloß in Krisenzeiten gerechtfertigt ist. Aber auch ohne Deflation, durch bloßes Anwachsen des Angebotes der Güter und Dienste muß das Preisniveau allmählich sinken. Diese Wirkung wird noch empfindlicher sein, wenn sich in gleicher Zeit die **W e c h s e l k u r s e** bessern. Ja, es ist hierzu gar nicht notwendig, daß sich das Preisniveau im vorhinein senkt. Prüft man weiter, wodurch eine solche Besserung der Wechselkurse verursacht wird, so findet man, daß es insbesondere das **G l e i c h g e w i c h t d e r S t a a t s h a u s h a l t s g e b a r u n g** ist. Denn dieses Gleichgewicht bildet den wirksamsten Schutz gegen jede Gefahr einer Inflation durch neue Papiergeldausgabe. Wenn man einmal die Sicherheit gewonnen hat, daß das Geld eines Landes nicht durch weitere Emissionen künstlich verschlechtert werden wird, dann fließt das Kapital ins Land ein und es bessert sich auch die Zahlungsbilanz. Ein solches Gleichgewicht ist demnach die wichtigste Voraussetzung der Deflation. Auch wenn man die historischen Beispiele von Deflation prüft (Frankreich nach 1871, Italien 1883 und 1900, Vereinigte Staaten 1864—1873, England 1821), so findet man, daß ihre Voraussetzung in den meisten Fällen das Gleichgewicht in der Haushaltsgebarung und nur in einem Falle die Verminderung der Banknotenmenge (England) war.

Folgt aus dem Gesagten die Unrichtigkeit der **Q u a n t i t ä t s t h e o r i e**? Rist verneint diese Frage gänzlich. Die Quantitätstheorie besagt, daß der Geldwert von dem Verhältnisse zwischen der Menge der Güter und der Menge des Geldes abhängt. Eine Aenderung des Wertes kann demnach sowohl auf seiten des Geldes als auch auf seiten der Güter entspringen. Bei der Deflation pflegt nach Rist die Ursache eher auf seiten der Waren vorzuliegen.

Die Ausführungen Prof. Rists zeigen an dem sorgsam beobachteten Material aus verschiedenen Ländern sehr deutlich, daß die **D e**-

flation in der Wirklichkeit zumeist einen anderen Verlauf genommen hat, als man es nach der bisherigen Theorie erwartet hätte. Es wird auch richtig auf die Hauptursache hingewiesen: es ist das Maß des Vertrauens in die Gebahrung des betreffenden Staates, von ihm hängt dann die Bewertung des betreffenden Geldes im Auslande ab und des weiteren auch die Höhe des Preisniveaus. Ein schlagendes Beispiel hierfür bietet die Währung der Tschechoslowakei. Es hat sich da im Jahre 1922 an der Gebahrung der Regierung und den äußeren Umständen nichts geändert, bloß das Vertrauen des Auslandes hat sich gehoben, infolgedessen sind jedoch die Wechselkurse gestiegen, das Preisniveau gesunken usw.

Es wäre jedoch ein Irrtum, wenn man neben dem erwähnten psychologischen Faktor die übrigen objektiven Umstände übersehen würde, die auf den Wert des Geldes Einfluß haben. Prof. Rist übersieht sie durchaus nicht, aber er ist meiner Meinung nach zu sehr in den herrschenden Anschauungen befangen. Das gilt schon von dem Begriffe der Inflation. Nach der herrschenden Meinung ist die Ursache der Inflation entweder in einer Vermehrung der Zahlungsmittel (Geldinflation) oder in einer Vermehrung der Kredite zu suchen (Kreditinflation). Ich bin jedoch der Meinung, daß die bloße Vermehrung der Kredite noch keine Inflation bedeutet, sondern bloß in dem Falle, wenn man mittels der neuen Schulden die Zinsen von älteren Schulden begleicht. Schließt die Staatsgebahrung mit einem Defizit ab, so gibt es bloß zwei Möglichkeiten: entweder man gibt Papiergeld aus oder man leiht das nötige Geld aus. In beiden Fällen ist die Folge ein Steigen der Preise, im ersteren allerdings ein viel stärkeres. Das ist der eigentliche Grund, warum die Herstellung des Gleichgewichtes in der Staatsgebahrung die erste und wichtigste Voraussetzung für eine dauernde Valutareform bildet, es genügt daher nicht, bloß auf die Möglichkeit der Papiergeldausgabe hinzuweisen, wie Rist es tut. Von diesem Standpunkte aus verstehen wir auch viel besser, warum mit der Herstellung des Gleichgewichtes im englischen Staatshaushalte oder durch Einstellung weiterer unproduktiver Darlehen in den Vereinigten Staaten das weitere Steigen der Preise aufgehalten war (und umgekehrt die Preise zuerst sinken mußten, da nun jener Teil derselben, welcher der Eskomptierung der erwarteten Preissteigerung entsprach, entfiel). In Frankreich hingegen gelang es jedoch bisher nicht, das Gleichgewicht herzustellen, infolgedessen gab es noch weiter eine Kreditinflation und die Preise stiegen weiter.

Auch den Begriff der Kreditdeflation schränkt Rist bloß auf den Fall der Diskonterhöhung ein. In Wirklichkeit kommt es jedoch zu einer Kreditdeflation, insbesondere auch dann, wenn der Staat mittels seiner Budgetüberschüsse seine früher aufgenommenen unproduktiven Schulden rückzahlt und in den späteren Jahren die an Zinsen ersparten Beträge wieder zu weiteren Rückzahlungen verwendet. Da dies Rist nicht sieht, so kommt er zu man-

chen unrichtigen Schlußfolgerungen. Er vermeint z. B., daß durch bloßes Anwachsen der Güter und Dienste das Preisniveau sinken muß. Demgegenüber kann eingewendet werden, daß infolge des Anwachsens der Güter und Dienste auch die Geldansprüche (der Erzeuger der Güter und der die Dienste Leistenden) zunehmen und daß darin kein Grund zur Geldwertänderung erblickt werden kann. Sinkt in solchen Ländern das Preisniveau vielfach (nicht immer), so kann man die Ursache leicht finden, wenn man näher zusieht. Man findet da, daß das Land aus seinen Budgetüberschüssen unproduktive Schulden rückgezahlt hat; das gilt z. B. von den Vereinigten Staaten in den Jahren 1866—1896, von England in den Jahren 1819—1849, von Frankreich 1873—1896 usw.

Da, wie wir sehen, die bloße Gütervermehrung nicht das Sinken des Preisniveaus verursachen kann, so erweist sich auch die Art, auf welche Rist die Quantitäts- (Zahlungsmittel-)theorie retten will, als unzureichend. Umgekehrt, beweist gerade sein Buch schlagend, daß es zum Sinken des Preisniveaus auch ohne vorangegangene Reduktion der Zahlungsmittel kommen kann. Mit anderen Worten, die übliche Quantitätstheorie versagt in solchen Fällen gänzlich.

Hält demnach Rist an der Quantitätstheorie uneingeschränkt fest, so schränkt Nogaro in seinem Buche *«La monnaie et les phénomènes monétaires contemporains»* Paris 1924 ihren Bereich wesentlich ein. Eine gewisse Anzahl von historischen Tatsachen scheine allerdings die Theorie, daß das Preisniveau von der Menge der umlaufenden Zahlungsmittel abhängt, zu rechtfertigen, so z. B. das Steigen der Preise während des XVI. Jahrhunderts (Zufluß der Metalle nach Europa), in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und dann zum Schlusse desselben, des weiteren die Wirkungen der Assignatenausgabe in der französischen Revolution u. a. In anderen Fällen jedoch wurde das gewaltige Ansteigen der Preise durch die Entwicklung der Wechselkurse verursacht (z. B. in Deutschland nach dem Weltkriege) und die Zunahme der Zahlungsmittel war eher die Folge, als die Ursache. Auch zwei andere Erfahrungen aus der neuesten Zeit bringen keine Bestätigung der Quantitätstheorie, sondern lassen uns eher an ihr zweifeln, es ist die tschechoslowakische und die österreichische Geldreform. Aber nicht bloß induktives Material bestätigt die Quantitätstheorie durchaus nicht in allen Fällen, insbesondere auch nicht in solchen, wo es sich um kleinere Oszillationen des Preisniveaus handelt, sondern auch deduktive Erwägungen lassen manche Zweifel übrig. So wendet sich Nogaro insbesondere gegen die Vorstellung, als ob die Tauschakte, wenn man sich zu ihnen entschlossen hat, eine Nachfrage nach Geld verursachen würden; in Wirklichkeit werde das Tauschmittel nicht nachgefragt, mit Ausnahme der Ankäufe einer Geldsorte mittels einer anderen (Wechselkurse), es entstünden demnach bloß Tauschrelationen zwischen den Waren und dem Gelde, waraus sich dann auch die Tauschrelationen zwischen den Waren ergeben. Wenn man das

Problem auf diese richtigere Weise stellt, dann erscheinen die Wirkungen der Aenderungen der Geldmenge viel weniger strenge. Insbesondere gelte dies von der Deflation. Die Verminderung der umlaufenden Zahlungsmittel führe da zuerst zur Krediteinschränkung. Die Konsumenteneinkommen würden erst hintennach getroffen, infolge der Krise oder wenigstens der Verlangsamung des Verkehrs, welche sich da ergebe. Schließlich betrachte die Quantitätstheorie die Wirkungen, die vom Geldvorrat ausgehen, bloß insoferne, als sie sich durch Vermittlung der Konsumenten in bezug auf die bereits erzeugten Waren betätigen. Sie achte nicht auf den Einfluß, welchen die Vermehrung oder die Verminderung der umlaufenden Geldmenge auf die Erzeugung, und demnach auf das Angebot neuer Waren ausüben kann. Im ganzen, schließt Nogaro, beruhe die Quantitätstheorie auf einer richtigen Beobachtung, aber ihre Tragweite werde viel zu weit ausgedehnt. Es scheine ihm gerechtfertigt, sich auf sie zu berufen, wenn man sich vor einer bedeutenden und raschen Zunahme des Geldvorrates befinde; sie scheine übrigens in diesem Falle meistens auch mit den Tatsachen übereinzustimmen. Im Gegenteil erscheine es schwer, sie theoretisch aufzustellen und mittels Isolierung der beobachteten Faktoren zu beweisen, falls es sich um sehr geringe und langsame Aenderungen des Geldvorrates handle.

Die Theorie der Wechselkurse erscheine vielen als bloße Anwendung der Quantitätstheorie. Man befasse sich mit ihr insbesondere in Fällen einer Geldentwertung und man nehme da an, daß der Verschlimmerung der Wechselkurse stets eine innere Geldentwertung vorangehe, welche durch Inflation verursacht worden ist; das inländische Geld, dessen Kaufkraft sich auf diese Weise vermindert, werde von den Ausländern höchstens um einen Preis begehrt, welcher im Vergleiche zur Parität nun um einen Betrag herabgesetzt ist, welcher der Verminderung der inländischen Kaufkraft des Geldes entspricht. Aber die Wirklichkeit entspreche dieser vorgetragenen Meinung keineswegs. In der Mehrzahl der gegenwärtigen Fälle entstehe die Verschlechterung der Wechselkurse nicht infolge einer inländischen Inflation, sondern infolge einer radikalen Aenderung in den Marktverhältnissen der Wechselkurse. Und sucht man die Ursachen derselben, so findet man, daß es insbesondere der Stand der Zahlungsbilanz sei, der aber nicht bloß von den bereits früher erfolgten Verkehrsakten, sondern auch von der Voraussetzung der künftigen Entwicklung abhängt. So kann es denn vorkommen, daß sich die Wechselkurse bedeutend verschlechtern, obzwar eine Inflation im Innern entweder gar nicht oder in viel geringerem Maße vorangegangen sei. Des weiteren nimmt Nogaro auch zur Theorie der Kaufkraftparitäten Stellung. Er nennt diese Theorie inexakt, da sie implicite voraussetzt, daß derjenige, der eine fremde Ware erwirbt, zwischen dem fremden und dem heimischen Markte nach Belieben wählen kann, was jedoch durchaus nicht immer

der Wirklichkeit entspricht. Auch dürfe man, wenn man von der Bedingtheit der Wechselkurse, von den Kaufkraftparitäten spricht, nicht vergessen, daß die Kaufkraftparitäten selbst eine Funktion der Wechselkurse seien. Es handle sich um gegenseitige Einwirkung. Auf diese Weise sieht man, daß es keinen Faktor gibt, der automatisch das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz wieder herstellt und auch keine Grenze für die Fluktuationen der Wechselkurse.

Was zuerst die Ausführungen Nogaros über die Preisentwicklung im Innern des Landes anbelangt, so beruhen sie wohl auf richtiger Beobachtung. Es ist zweifellos, daß dem Steigen der Preise nicht immer auch eine Zunahme der Zahlungsmittel und ähnlich auch dem Sinken der Preise nicht immer eine Abnahme derselben vorangeht, sondern daß vielfach sogar die Preissteigerungen oder die Preisminderungen vorangehen und die Aenderungen in der Menge der Zahlungsmittel sich als Folge ergeben. Diese Tatsachen sprechen gewiß gegen die übliche Quantitätstheorie. Aber die Schlußfolgerung, die Nogaro aus diesen Tatsachen zieht, daß sich die Quantitätstheorie bloß bei großen Aenderungen der Zahlungsmittelmenge bewahrheite, nicht bei kleinen, bleibt an der Oberfläche haften. Entweder haben die Aenderungen der Zahlungsmittelmenge Einfluß auf den Preisstand, dann besteht diese Aenderung in jedem Falle, ohne Rücksicht, ob die Aenderung groß oder klein ist, oder aber, es bleiben die Aenderungen der Zahlungsmittelmenge ohne Einfluß auf den Preisstand — dann gilt dies wieder von allen Aenderungen. Ich bin nun der Meinung, daß die dem Bedarfe nicht entsprechenden Aenderungen der Zahlungsmittelmenge auf den allgemeinen Preisstand in jedem Falle einwirken. Aber freilich kann es neben den Aenderungen der Zahlungsmittelmenge noch andere Faktoren geben, die auf den Preisstand Einfluß haben und deren Wirkung den Einfluß, der von den Aenderungen der Zahlungsmittelmenge ausgeht, paralysieren oder wenigstens verdunkeln kann. Darin liegt die Erklärung der von Nogaro beobachteten Tatsachen. Es wäre Sache der Theorie, diese anderen Faktoren auszufinden und ihre Wirkungen festzustellen. Jedenfalls ergibt die Existenz solcher anderer Ursachen (zu ihnen gehört insbesondere die unproportionale Vermehrung der Kredite oder die unproportionale Vermehrung realer Kapitalgüter) die Unrichtigkeit der üblichen Quantitätstheorie, da diese die Aenderungen in der Menge der Zahlungsmittel als alleinige Ursache des Steigens oder des Sinkens des Preisniveaus auffaßt.

Ein ähnlicher Standpunkt ist auch in bezug auf die Entwicklung der Wechselkurse einzunehmen. Ihre Höhe wird vor allem durch das Verhältnis der Kaufkraft der Geldeinheiten der betreffenden Länder in bezug auf die international gehandelten Waren bestimmt; weichen die Wechselkurse von diesem Verhältnis (Kaufkraftparität) nach oben (oder nach unten) ab, so ist der Export (oder der Import) begünstigt, die Nachfrage nach den Wechseln des betreffenden Landes vergrößert (vermindert) sich und die Wechselkurse

sinken (steigen) wieder zu der durch die Kaufkraftparität gegebenen Höhe. Aber die von da ausgehenden Kräfte sind nicht die alleinigen, welche die Höhe der Wechselkurse bestimmen, sondern es können sich neben ihnen auch noch andere Kräfte geltend machen, insbesondere solche, die von der Voraussicht der künftigen Entwicklung beeinflusst werden. Auf die betreffende Bewertung können hiebei verschiedene »objektive« Umstände von Einfluß sein (die Art der gegenwärtigen Haushaltsgebarung des Landes, die dem Lande auferlegten Verpflichtungen, der Kredit, den das Land genießt usw.), freilich immer in jener Beleuchtung, welche sie annehmen, indem sie durch die Linse der subjektiven Wertschätzung hindurchgegangen sind (dies ersieht man am besten an dem Beispiel der Tschechoslowakei, deren Valuta noch im Laufe des Jahres 1921 immer mehr hinabsank, dann jedoch stehen blieb und in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 sogar mächtig anstieg, obzwar sich im Laufe dieser ganzen Zeit an den objektiven Verhältnissen nichts geändert hat). Es ist ein Verdienst Nogaros, wenn er auf diese Kräfte mit Nachdruck hinweist. Aber andererseits irrt er meines Ermessens, indem er die Tragweite und die Häufigkeit des Eintrittes dieser Kräfte überschätzt. Es ist dann daran festzuhalten, daß sie nur in abnormalen Zeiten in Erscheinung treten und auf die Wechselkurse bestimmend einwirken. Bei normaler Entwicklung kommt der Einfluß der Kaufkraftparität voll zur Geltung und zu einer Aenderung der Wechselkurse kommt es daher in der Regel bloß, soweit als sich in dem einen oder anderen Lande die Kaufkraft der Geldeinheit ändert. Die Aenderungen der Kaufkraft des einheimischen Geldes sind daher bei normaler Entwicklung das Primäre, die Aenderungen der Wechselkurse die Folge.

Das ersieht man deutlich aus dem Buche von Theodor Boggs, *The international trade balance in theory and practice*, New York 1922. Boggs betrachtet da die Entwicklung der auswärtigen Handelsbilanz in einer Reihe von Ländern (Vereinigte Staaten, England, Kanada, Indien, Australien, Neu Zealand, Südafrika) während einer längeren Zeitperiode und findet, daß etwaige Aenderungen der Handelsbilanz insbesondere von der internationalen Kapitalbewegung abhängen. Im allgemeinen kann man nach Boggs sagen, daß die Handelsbilanz eines Landes die Lage des Landes als eines Darleihers von Kapital für überseeische Geldanlagen oder als eines Entleihers von ausländischem Kapital für heimische Anlagen widerspiegelt. Dieses Prinzip gilt in gleicher Weise von Ländern mit einem Ueberschuß von Einfuhr wie von solchen mit einem Ueberschuß von Ausfuhr. Ja noch mehr, die Handelsbilanz eines Landes kann mitunter infolge der Aenderungen, welche in ihrer Stellung als Darleiher oder Entleiher von Kapital entstehen können, eine vollständige Aenderung erfahren. Man kann die Länder auf Grund ihrer Kapitalsanlagen und Handelsbilanzen nach Boggs in vier Gruppen teilen: 1. Länder, welche begonnen haben, Kapital in anderen Ländern

zu investieren. Man kann sie unreife Gläubigerländer nennen. Ihre Handelsbilanz wird sich normalerweise durch einen Ueberschuß der Ausfuhr auszeichnen, 2. Länder, welche in der Vergangenheit draußen eine so große Menge von Kapital angelegt haben, daß die jährlichen Zinsen, die man ihnen schuldet, das neue Kapital, welches sie jedes Jahr weiter verleihen, übersteigen. Man kann sie als reife Gläubigerländer bezeichnen. Ihre Handelsbilanz wird normalerweise durch einen Einfuhrüberschuß zu kennzeichnen sein, 3. Länder, welche Kapital von auswärts zu entleihen pflegen, jedoch in einem geringeren Betrage, als die Zinsen des bereits geschuldeten Kapitals ausmachen. Diese Länder, die man unreife Schuldner nennen könnte, habe normalerweise eine passive Handelsbilanz, 4. Länder, welche von auswärts eine so große Menge von Kapital entleihen haben, daß die jährlichen Zinsen das neu entlehene Kapital übersteigen. Diese Länder (z. B. Indien) können wir als reife Schuldner bezeichnen. Ihre Handelsbilanz wird einen Ausfuhrüberschuß aufweisen. Nach dieser Einteilung können wir die Handelsbilanzen einzelner Länder resp. auch ihre Entwicklung charakterisieren. Auf England paßt z. B. zu Beginn des vorigen Jahrhunderts Typus 1, später Typus 2. Kanada war bis zum Jahre 1874 ein unreifer Schuldner (Typus 3), nun geht es zum Typus 4 über. Die Vereinigten Staaten waren vor dem Jahre 1874 ein unreifer Schuldner (Typus 3), seit 1874 ein reifer Schuldner (Typus 4) und sind seit dem Weltkriege zum unreifen Gläubigerland (Typus 1) emporgerückt. Es läßt sich jedoch annehmen, daß sie sich in kurzer Zeit — sobald die europäischen Staaten die Zinsen von ihren Schulden entrichten werden — in ein reifes Gläubigerland mit Einfuhrüberschuß umwandeln werden. Der Faktor, der dies in Uebereinstimmung bringen wird, müssen natürlich die relativen Preisstände (in Gold) der bezüglichen Länder sein. Die europäischen Preise müssen im Verhältnisse zu den Preisen der Vereinigten Staaten sinken, so daß die Ausfuhr Europas nach den Vereinigten Staaten einen Anreiz erhalten, hingegen die Einfuhr Europas erschwert werden wird. — Hier hätte Boggs noch hinzufügen sollen, wodurch es zu dieser Aenderung des Preisniveaus kommen wird. Die Antwort hat da meiner Ansicht nach dahin zu lauten, daß die europäischen Länder, um die Zinsen, wie auch ihre Schulden berichtigen zu können, einen bedeutenden Teil der Einkommen der einheimischen Bevölkerung werden an Steuern abschöpfen müssen, wodurch sich das zum Konsum zu benützende Einkommen vermindern und das Preisniveau sinken wird (Kreditdeflation). Im sonstigen sind die Ausführungen von Boggs klar und lehrreich. Es geht aus ihnen insbesondere klar hervor, daß die Aenderungen der Zahlungsbilanz bei normaler Entwicklung von der — durch die Verhältnisse mitunter diktierten — Finanzpolitik des Staates abhängen und darnach im Innern ihren Ursprung haben.

Mit dem Thema des Zusammenhanges zwischen Geldwesen und auswärtigem Handel befaßt sich im wesentlichen auch das Buch Wilhelm Röpkes, »Geld und Außenhandel«, Jena 1925, freilich nicht vom induktiven Standpunkte, sondern rein de-

duktiv. Nachdem Röpke zuerst einige Sophismen, die das Verständnis erschweren, zurückgewiesen und die grundlegenden Begriffe, die beim auswärtigen Handel in Betracht kommen, erläutert hat, wendet er sich den Zusammenhängen zwischen Geldwesen und auswärtigem Handel zu.

Er prüft da zuerst die Wirkung der Währungsverhältnisse auf den auswärtigen Handel und findet, daß sich im Falle einer Störung der Wechselkurse infolge ungünstiger Zahlungsbilanz sofort Kräfte geltend machen, welche die Wechselkurse wieder in die Gleichgewichtslage bringen. Das ist nicht nur bei Goldwährungs-, sondern auch bei Papierwährungsländern der Fall, nur ist der Mechanismus hie und da ein verschiedener. Anders liegen jedoch die Verhältnisse, wenn das Geldwesen auf irgendeine Weise (die Zahlungsbilanz kann nach Röpke nicht schuld sein) in Unordnung geraten ist. Röpke wendet sich da der Frage nach den Wirkungen von Inflation und Deflation auf den Außenhandel zu. Die Wirkungen sind zweifach: a) infolge der Inflation wird das Exportgeschäft erleichtert, b) steigen Einfuhr- und sinken Ausfuhrwerte; bei der Deflation sind die Wirkungen umgekehrt. Aber freilich ist die Begünstigung der Ausfuhr infolge der Inflation nur vorübergehend (die Lebenshaltungskosten und damit die Arbeiterlöhne folgen der Steigerung der Devisen langsam nach) und es ergibt sich daraus, daß eine immer schnellere Fortsetzung der Inflation die Exportprämierung gewährleisten muß und schließlich dennoch ein Ende findet. Im ganzen folgt aus dem Gesagten auch die Beantwortung der Frage nach den Wirkungen der Außenhandelsbewegung auf die Währungsverhältnisse. Diese Wirkungen sind nach Röpke minimal, denn es gehören hieher eigentlich bloß jene vorübergehenden Folgen einer günstigen oder ungünstigen Zahlungsbilanz, die aus sich selbst ihr Korrektiv entwickeln. Sodann wendet sich Röpke der Analyse der Begriffe »Handels- und Zahlungsbilanz« zu. Er zeigt, daß diese Bilanz bloß das Ergebnis von individuellen Wirtschaftsakten diesseits und jenseits der Grenzen ist. Die Einfuhr wird mit der Ausfuhr bezahlt; wer nicht kaufen will, kann auch nicht verkaufen. Es fragt sich dann freilich, warum die sichtbaren und unsichtbaren Posten der Zahlungsbilanz dennoch nicht immer balancieren? Die Erklärung ist nach Röpke insbesondere in den internationalen Verschuldungsverhältnissen zu suchen. Diese von den übrigen Posten der Zahlungsbilanz zu unterscheiden sei viel wichtiger als die Unterscheidung zwischen Handels- und Zahlungsbilanz. Von den Verschuldungsverhältnissen hänge ja die Art der Handelsbilanz ab. Kreditiert ein Land durch Jahre hindurch einen Teil der Ausfuhrwerte, wird es zum Gläubigerlande und bezieht sodann die Zinsen in Waren, die Handelsbilanz wird passiv. Umgekehrt, wenn ein Land durch Jahre hindurch einen Teil der Einfuhrwerte schuldig bleibt, wird es zum Schuldnerlande und seine Handelsbilanz wird aktiv. Auch hier sei demnach die Ursache der Aenderungen der Handelsbilanz in den inneren Verhältnissen zu suchen und

nicht umgekehrt. Das gleiche gilt auch von dem Problem der Auslandsschulden und der Reparationen. Man suche vielfach die Schwierigkeiten der Erfüllung dieser Verbindlichkeiten in der Art der »Uebertragung«, das sei jedoch falsch, denn gelingt es dem Staate, im Innern die finanzpolitische Seite des Problems auf die Dauer zu lösen, sei damit auch das Uebertragungsproblem bereits automatisch gelöst. Zum Schlusse zieht Röpke noch die handelspolitischen Konsequenzen aus seinen Ausführungen, indem er die vollständige Freilassung des auswärtigen Handels fordert und begründet.

Die Ausführungen Röpkes sind scharfsinnig, jedoch einseitig. Es wurde früher darauf hingewiesen, daß neben den von dem Verhältnis der Kaufkraft ausgehenden Kräften auf die Höhe der Wechselkurse noch andere Kräfte einwirken, insbesondere solche, die von der Voraussicht der künftigen Entwicklung beeinflusst werden. Während Nogaro diese Kräfte überschätzt, beachtet sie Röpke überhaupt nicht. Beides ist ein Fehler. Röpke meint z. B., daß die ungünstigen Wechselkurse stets eine Folge der inländischen Inflation sein müssen, und daß das Land daher behufs Genesung zuerst die Inflation abschaffen müsse. Wie jedoch dann, wenn das betreffende Land keine Inflation hat (ein Beispiel liefert die Tschechoslowakei in den Jahren 1920 und 1921)? Die psychologische Wertschätzung des Auslandes ist eine selbständige Kraft, wenn sie auch objektiv nicht begründet ist. Sehr richtig weist auch Röpke auf die Wichtigkeit der Verschuldungsverhältnisse für die Gestaltung der Handelsbilanz hin, er hätte jedoch noch zeigen sollen, wie die Verschuldungsverhältnisse auf den inneren Geldwert wirken. Das merkt man insbesondere bei seiner Besprechung der Reparationspflichten. Richtig weist er darauf hin, daß es bei der Erfüllung der Reparationspflichten nicht auf die Transferetechnik, sondern auf die Schaffung der Möglichkeiten der Uebertragung durch Preisrückgang im Innern ankommt; gelingt es dem Staate die finanzpolitische Seite des Problems auf die Dauer zu lösen, so sei das Uebertragungsproblem bereits automatisch gelöst. Was jedoch den dabei wirksamen Mechanismus anbelangt, meint Röpke, daß der Preisrückgang durch Kontraktion des Geldumlaufes infolge der steuerlichen Aufbringung erfolge und die Wechselkurse später bei der Umwandlung der Papiermark in Devisen steigen müssen; meiner Ansicht nach wird der Preisrückgang durch Verminderung des Einkommens infolge der Steuern bewirkt und erst infolge der nachfolgenden Ausfuhr von Waren, stellt sich wieder das frühere Verhältnis zwischen dem zum Verbräuche bestimmten Einkommen und den Verbrauchsgütern ein. Stark einseitig ist schließlich auch Röpkes unbedingte Stellungnahme für den Freihandel.

Ueerblicken wir noch die verschiedenen Ansichten über die Ursachen und die Bestimmungsgründe des intervalutarischen Geldwertes, so finden wir, daß sie voneinander nicht so diametral verschieden sind, daß man da keine Resultante ziehen könnte. Die Meinungsverschieden-

heiten beziehen sich hauptsächlich auf die Abweichungen, die von der psychologischen Schätzung der künftigen Entwicklungsmöglichkeiten ausgehen. Von den einen werden sie gewaltig überschätzt, von den anderen fast gar nicht beachtet. Die Resultante liegt wohl in der Mitte. Viel größer ist jedoch der Widerstreit der Meinungen in der Frage der Bestimmungsgründe des inländischen Geldwertes. Das ersieht man schon zum Teile aus den obigen Besprechungen, noch besser jedoch aus dem Buche Ernst Wagemanns »Allgemeine Geldlehre«, I. Band: Theorie des Geldwerts und der Währung, Berlin, Engelmann, 1923, S. 367, in welchem Wagemann eine sehr eingehende Uebersicht der bisherigen Meinungen über Geldwert und Währung, sowie zum Schlusse seine eigene Meinung bringt.

Zunächst schildert er die Entwicklung der Grundanschauungen vom Gelde in großen Umrissen. Diese Entwicklung beginnt mit der merkantilistischen Anschauung, daß Geld und auch Edelmetall ein bloßes Zeichen seien, ein Wertsymbol, geht dann über zum Metallismus bei Smith und den Klassikern (hierher rechnet Wagemann alle Geldtheorien, die das Geld mit den Metallen insofern identifizieren, als sie die Geldfunktion unmittelbar auf ihren Stoffwert zurückführen oder die doch das Geld den Metallen hinsichtlich der Wareneigenschaft gleichstellen) und mündet dann in den Nominalismus ein, der bereits vor Knapp auf zwei Wegen vorzudringen im Begriffe war, in den Gedankengängen der subjektiven Wertlehre sowie in denen der Quantitätstheorie, und der dann bei Knapp begrifflich begründet und von seinen Anhängern weiter zu einer Wirtschaftstheorie ausgebaut wird. Er zeigt dann weiter, daß der Nominalismus, für den der Geldstoff Ware, das Geld aber Wertzeichen ist, drei weitere Grundvorstellungen umschließt, indem er den Geldwert seinem Inhalte nach als Reflexwert, seiner Grundlage nach als proklamatorische oder fiduziäre Geltung und in seiner Wirkungsform als Passivwert auffaßt.

Die theoretisch und praktisch wichtigste Seite der Geldtheorie bildet die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Geld und Preis, insbesondere zwischen Geldmenge und Preisstand, also das quantitative Geldproblem. Die Produktionskostentheorie lehrt, daß für den Wert des Metallgeldes die gleichen Gesetze bestimmend sein müssen wie für alle anderen Güter, die unter ähnlichen Bedingungen hergestellt werden, vor allem also ihre Produktionskosten, und zwar sie allein und kein anderer Faktor, weder die Geldmenge noch die Umlaufgeschwindigkeit noch was anderes. Wagemann meint hiezu, daß die Produktionskostentheorie einen guten Sinn gebe, wenn man nach den Preisrelationen fragt. Wenn wir aber fragen, wie groß die Gesamtheit der Geldbeträge sei, die für sämtliche Waren ausgegeben werden — das ist die Frage nach dem absoluten Preisstande oder nach dem Geldwert —, so könne die Produktionskostentheorie keine Antwort darauf erteilen. Daß zwischen

den Produktionskosten der Edelmetalle und dem allgemeinen Preisstande bei Edelmetallwährung ein gewisser Zusammenhang besteht, unterliege keinem Zweifel, dieser Zusammenhang sei aber ganz anderer Art, als die Produktionskosten lehrt, indem die Produktionskosten bloß über die Geldmenge hinwegwirken. Das hat schon Ricardo erkannt, indem er lehrte, daß die Höhe der Produktionskosten nicht unmittelbar wirksam wird, sondern über den Mechanismus von Angebot und Nachfrage hinweg. Das Geldangebot ist nämlich von der Geldmenge, von den Geldvorräten abhängig. Man kann daher auch sagen, daß bei gleichbleibender Nachfrage nach Geld der Geldwert genau entsprechend der Geldmenge sich ändert. Daraus folgert nun Ricardo, daß der Durchschnitt der Warenpreise sich parallel der Geldmenge bewege. Das ist der Hauptsatz der Ricardoschen Geldtheorie, die Wagemann als *u n e i g e n t l i c h e Q u a n t i t ä t s t h e o r i e* bezeichnet und zwar deshalb, weil es sich hier, wie er sagt, um nichts anderes handelt als um eine Warentheorie des Geldes, und zwar um die Funktionswerttheorie, angewendet auf die Frage nach der Höhe des Geldwertes. Gegen diese Theorie kann jedoch nach Wagemann eingewendet werden, daß Geldnachfrage und -angebot nicht bestimmt werden könne, da die Geldnachfrage stets unbegrenzt ist und da das Geldangebot nicht mit der vorhandenen Geldmenge zusammenfällt. Der eigentliche Fehler liege aber schon in einem falschen Begriff von Angebot und Nachfrage. Angebot bedeutet immer Bereitstellung von Ware bei Begehr eines Gegenwertes (in der Geldwirtschaft ist dieser Gegenwert das Geld), das Umgekehrte gilt von der Nachfrage. Ricardo aber reißt die Begriffspaare »Bereitstellung von Geld und Warenbegehr« bei der Nachfrage und »Geldbegehr und Bereitstellung von Ware« beim Angebot auseinander und fügt sie wieder zu dem unnatürlichen, unwirklichen Begriffspaar »Bereitstellen und Begehren von Geld« und »Bereitstellen und Begehren von Ware« zusammen. Von der eben beschriebenen unechten Quantitätstheorie unterscheidet sich die *e i g e n t l i c h e* (Wagner, Cassel, Fisher) dadurch, daß sie das Geld den Waren gegenüberstellt und es nicht als eine besondere Warenart, sondern vielmehr als einen Gegensatz dazu zeigt. Dadurch verrät sie schon formal ihre Verwandtschaft zum Symbolismus und vor allem zum Nominalismus. Sie ergibt sich, fast kann man sagen als analytisches Urteil, aus der Definition des Preises. Wenn wir nämlich den Preis definieren als den Geldbetrag, der für eine bestimmte Leistung gewährt wird, so folgt daraus — tautologisch — der Satz, daß der Preis gleich der für eine Ware verausgabten Geldmenge sei, dividiert durch die dafür eingetauschte Warenmenge. Durch Integration sozusagen läßt sich diese Gleichung erweitern. Zur eigentlichen Quantitätstheorie wird freilich dieser Satz erst, wenn die Aenderungen der Geldmenge für das Primäre erklärt werden. Dieser Satz erhielt sich im Wesen bis zum heutigen Tage, nur mit dem Unterschiede, daß der Begriff der Geldmenge zufolge der nominalistischen Lehre über die Gleichberechtigung aller Geldarten für die preistheoretische Betrachtung immer mehr erweitert wurde. Freilich ist die Realisierung

dieser Theorie von jeher auf die größten Schwierigkeiten gestoßen, Schwierigkeiten, die sich aus dem Problem ergeben, die einzelnen Elemente der quantitätstheoretischen Gleichung begrifflich und überdies zahlenmäßig zu erfassen. So mußte allmählich die Vorstellung reifen, daß zwar der in der Quantitätstheorie verwirklichte Bilanzgedanke festzuhalten, daß aber die volkswirtschaftliche Bilanz aus anderen Posten zu bilden sei, als es in der quantitätstheoretischen Buchführung üblich ist.

Die in diesem Sinne umgestaltete Quantitätstheorie bezeichnet Wagemann als *Bilanztheorie des Preises*. Der erste entscheidende Schritt zum Aufbau einer solchen Theorie geschah nach Wagemann, als man die umstrittenen Begriffe der Geldmenge und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zunächst beiseite schob und statt dessen eine andere Größe als Preisbestimmungsgrund einführte, nämlich das *Einkommen*, welches eine Art Synthese von Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes darstellt. In einer Wirtschaftsperiode wird innerhalb der volkswirtschaftlichen Produktionsgemeinschaft eine bestimmte Menge von Nutzeffekten in Form von Gütern oder persönlichen Dienstleistungen produziert. Diese Nutzeffekte, dieser Nutzertrag wird über den Markt hinweg seiner Bestimmung — der Einkommensbildung — zugeführt. Das Einkommen wird in der Regel wieder verausgabt. Der größte Teil dient zum Ankauf von Verbrauchsgütern oder zur Bezahlung direkter persönlicher Dienstleistungen. Der Rest des Einkommens wird erspart und das ersparte Einkommen dient wieder, vom Fall der Geldhortung abgesehen, in der Regel zum Ankauf von Produktivgütern. Versuchen wir das Bild des volkswirtschaftlichen Kreislaufes in eine Formel zu bannen, so erhalten wir nach Wagemann folgende Gleichungen: Preis mal produzierter Nutzertrag = Einkommen = verbrauchter oder kapitalisierter Nutzertrag mal Preis. Aus dieser Gleichung ergeben sich dann folgende *Deduktionen*: 1. Wird im Verlaufe einer Wirtschaftsperiode dem Markt weniger Geld zugeführt als in der vorhergehenden gleich langen Periode, so ermäßigt sich der Preisstand. Das kann insbesondere in folgenden Fällen eintreten: a) Die als Einkommen zugeflossenen Geldbeträge werden gehortet oder exportiert, b) oder das Einkommen wird den Passivanlagen der Volkswirtschaft, etwa dem Effektenmarkte, zugeführt; solange es im Effektenmarkte verbleibt, ist es für den Warenmarkt nicht verfügbar. 2. Aber auch das Umgekehrte kann stattfinden und der Preisstand sich erhöhen, wenn a) gehortete oder exportierte Geldbeträge plötzlich wieder zum Vorschein kommen, b) oder wenn aus den Passivanlagen der Volkswirtschaft, etwa dem Effektenmarkt Vermögensmacht hervorströmt, 3. eine dritte Durchbrechung der Bilanzgleichung von der Einkommensseite her findet statt, wenn Kaufkraft aus dem Nichts geschaffen wird, d. i. im Falle der ausgesprochen inflationistischen Einkommensbildung.

In der zweiten Hälfte seines Buches »Theorie der Währung« widmet er einen Abschnitt der »Geldverfassung«, einen der »Währung« und einen der »Valuta«. Wegen Raummangel ist es uns jedoch nicht

möglich, die bezüglichen, gehaltvollen Ausführungen Wagemanns wiederzugeben, vielmehr wollen wir uns im folgenden bloß auf eine kurze Kritik der in der ersten Hälfte enthaltenen grundlegenden Ansichten Wagemanns, beschränken.

Da ist vor allem die Darstellung der Entwicklung der Grundanschauungen vom Gelde, sowie der einzelnen Geldwerttheorien. Die erstere ist sehr zutreffend und ich habe da nichts einzuwenden. Was jedoch die Darstellung der einzelnen Geldwerttheorien (Produktionskostentheorie, uneigentliche und eigentliche oder symbolistische Quantitätstheorie sowie Bilanztheorie) anbelangt, glaube ich, daß während bei Wagemann diese Theorien gewissermaßen als gleichwertige Entwicklungsstufen dargestellt sind, in Wirklichkeit zwischen der uneigentlichen und der eigentlichen Quantitätstheorie ein sehr geringer, dagegen zwischen diesen beiden Theorien und der »Bilanztheorie« ein diametraler Unterschied besteht. Die beiden ersten Theorien fassen nämlich Geld im Sinne von Zahlungsmitteln auf und die Menge der Zahlungsmittel ist das α und ω ihrer Lehre. Die vorhandenen Zahlungsmittel kann man nach Fisher zu nichts anderem verwenden als zum Austausch von Gütern, je mehr daher vorhanden sind, um so mehr werden zum Austausch angeboten und die eingetauschte Gütermenge sinkt. So ergibt sich denn der Geldwert aus der Menge der Zahlungsmittel (daneben freilich auch aus der Menge der getauschten Güter, zwischen dieser Menge und der Menge der Zahlungsmittel besteht jedoch nach den erwähnten Theorien kein Zusammenhang). Aber auch sämtliche Aenderungen des internationalen Preisniveaus werden aus den Aenderungen der Menge der Zahlungsmittel (und da insbesondere aus den Produktionsmengen der Edelmetalle) erklärt und auch die Geld- und Währungspolitik sucht hauptsächlich auf die Menge der Zahlungsmittel einzuwirken. Das Gesagte gilt jedoch nicht bloß von der uneigentlichen, sondern in gleichem Maße auch von der eigentlichen, der symbolistischen Quantitätstheorie. Man erinnere sich z. B. bloß der Versuche Wicksells und Helfferichs, die beide Wagemann zu den »eigentlichen« Quantitätstheoretikern zählt, die Aenderungen im allgemeinen Preisstande aus der Höhe der Kassabarschaften (das sind Zahlungsmittel) resp. aus ihren Veränderungen zu erklären. Oder man erinnere sich bloß der Versuche Fishers und anderer eigentlicher Quantitätstheoretiker, die zur Stabilität des Geldwertes durch Einwirkung auf die Menge der Zahlungsmittel gelangen wollen, und man wird sehen, wie sehr die Gedanken sowohl der uneigentlichen als auch der eigentlichen Quantitätstheoretiker (vielleicht auch mancher »Bilanztheoretiker« z. B. Wagemanns selbst) noch immer von der Menge des Geldes = Zahlungsmittel hypnotisiert sind. Und doch kann man gegen alle diese weitverbreiteten Ansichten einwenden, daß die Zahlungsmittel bloß ein Instrument sind, welches sich dem Bedarfe anpaßt, daß zwar durch ihre unverhältnismäßige Vermehrungen große Störungen im Geldwert und im Geldmechanismus entstehen

können, daß es jedoch nicht angeht, sämtliche Aenderungen im Geldwert auf diese Weise erklären und auch sämtliche Uebel im Geldwesen durch Einwirkung auf die Menge des Geldes heilen zu wollen.

So kommt man denn dazu über, statt des Begriffes: Geld = Zahlungsmittel den Begriff: Geld = Geldanspruch (d. i. in Geld ausgedrückter Anspruch auf Güter) zur Grundlage der Geldtheorie zu wählen. Die Summe der neu entstehenden Geldansprüche bildet das Geldeinkommen, dieses stellt nach Wagemann eine Art Synthese von Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes dar. Es wäre jedoch ein großer Irrtum, wenn man glauben würde, daß es sich da bloß um eine praktischere Formulierung der alten Quantitätstheorie handelt, sondern es handelt sich da in Wirklichkeit um eine ganz andere Auffassung. Das Geld wird da nämlich nicht mehr als eine Art von Gut aufgefaßt, welches angeboten und nachgefragt wird, sondern es ist ein Mittel, um den wirtschaftlichen Mechanismus, den Güterverkauf und -kauf zu bewerkstelligen und sein Wert ergibt sich nicht direkt durch Angebot und Nachfrage, sondern aus dem wirtschaftlichen Mechanismus selbst als Revers der Warenpreise. Die Höhe der Warenpreise ergibt sich jedoch aus dem Verhältnisse zwischen Geldeinkommen und Gütern (oder richtiger, wie weiter gezeigt wird, zwischen dem zum Verbräuche bestimmten Teile der Geldeinkommen und den Verbrauchsgütern) und es entsteht die Frage, welche wirtschaftlichen Verhältnisse eine Verschiebung dieses Verhältnisses bewirken können. Man kann diese Theorie als »Einkommenstheorie des Geldes« bezeichnen, Wagemann nennt sie, wie wir gesehen haben, Bilanztheorie des Geldes und faßt sie als eine Abart der Quantitätstheorie auf. Er hat wörtlich recht, da es auch bei dieser Theorie auf das Verhältnis der Quantitäten (freilich nicht der Zahlungsmittel, sondern) der Geldansprüche und der Güter ankommt. In Wirklichkeit ist jedoch der Unterschied so groß, daß man diese »Bilanz«- oder »Einkommenstheorie« geradezu als Gegensatz zur »Quantitätstheorie« anführt wie es z. B. Wieser und andere tun, die Wagemann selbst zu den Quantitätstheoretikern rechnet. Um Mißverständnisse zu vermeiden, würde es sich wohl empfehlen, von einer Zahlungsmittel- — und einer Geldanspruchstheorie zu reden.

Aus dieser verschiedenen Auffassung ergibt sich eine Reihe weiterer Folgerungen (Wagemann selbst zieht sie nicht, wenigstens nicht in dem bisher erschienenen I. Bande, die neue Auffassung scheint ihm noch nicht ins Blut übergangen zu sein). Vor allem ist der Geldwert nach dieser Theorie nicht von der Menge der Zahlungsmittel abhängig, er kann sich demnach auch bei gleichgebliebener Menge der Zahlungsmittel verändern. Ähnlich müssen auch die geschichtlichen Aenderungen des Preisniveaus nicht in den Aenderungen der Zahlungsmittelmenge (hauptsächlich infolge Veränderungen in der Produktion der Edelmetalle) ihre Ursache haben, sondern in anderweitigen Verschiebungen des Einkommens und der Güter (siehe meinen Artikel »Kreditinflation und Geldtheorie« im 52. Bande dieser

Zeitschrift). Und auch die Geldpolitik wird sich nach dieser Auffassung nicht auf die planmäßige Beherrschung der Zahlungsmittelmenge, sondern hauptsächlich auf die Art der Haushaltsgebarung des Staates stützen.

Von diesem Gesichtspunkte aus können wir auch die weiteren Ausführungen Wagemanns richtig würdigen. Vor allem seine Bilanzgleichung: Einkommen = verbrauchter oder kapitalisierter Nutzertrag mal Preis. Es sei erinnert, daß Wieser das Geldeinkommen bloß der Menge der Konsumgüter mal Preis gegenüberstellt. Das kann nicht richtig sein, da das Einkommen zum Teile auch zur Kapitalisierung verwendet wird und ein — wenn auch geringer — Teil als Kassa dient. Wagemann bezieht in seiner Gleichung schon richtiger auch die Kapitalgüter ein. Aber auch das ist noch nicht ganz richtig, da die Kapitalgüterwerte mit den Werten der Konsumgüter durchaus nicht parallel gehen müssen und auf sie andere Ursachen einwirken. Man kann daher diese heterogenen Größen nicht addieren, sondern man muß eigentlich die Gleichung in zwei resp. drei Teile zerlegen. Die eine Gleichung wird sich dann auf jenen Teil der Einkommen, welcher zum Verbrauch bestimmt wird, und die Menge der Verbrauchsgüter, die zweite auf jenen Teil der Einkommen, welcher zur Kapitalisierung bestimmt wird, und die Menge der Kapitalgüter, die dritte endlich auf jenen Teil der Einkommen, welcher als »Kassa« zurückbehalten wird, und die kurzfristigen Geldansprüche beziehen; aus der ersten Gleichung ergibt sich die Höhe der Warenpreise, aus der zweiten die Höhe der Preise der Kapitalgüter oder der langfristige Zinsfuß, aus der dritten die Höhe des Diskonts.

Auch wenn wir die von Wagemann aufgezählten Ursachen der Geldwertänderungen überblicken, so finden wir leicht, daß sie in der Regel von wenig Bedeutung sind (so insbesondere der Einfluß der gehorteten oder exportierten Geldmengen) oder höchstens durch ganz kurze Zeit wirksam sind (wenn das Einkommen zum Ankauf von Effekten verwendet wird, so geht die Kaufkraft auf den Verkäufer über und wird wieder in kurzer Zeit von diesem zum Ankauf von Gütern verwendet). Aber die wichtigste Ursache der Geldwertänderungen sieht Wagemann nicht. Sie besteht in der unproportionalen Vermehrung der einzelnen Güterarten (Verbrauchs-, Kapitalgüter, Zahlungsmittel). Normalerweise produziert man von den einzelnen Güterarten soviel als nachgefragt werden und es ändert sich daher das Verhältnis zwischen den einzelnen Güterarten und den auf sie verwendeten Einkommen und demnach auch der Geldwert nicht. Dagegen gibt es jedoch oft Fälle (Kriege, Konjunkturen), wo einzelne dieser Güterarten in viel stärkerem Verhältnis ins Leben gerufen werden, als es der Nachfrage entspricht (Geld-, Kredit-, Konjunkturinflation). Geschieht dies, so entspricht die Nachfrage nach den betreffenden Güterarten nicht dem Angebote, dafür vergrößert sich die Nachfrage nach den Konsumgütern und ihre Preise steigen oder der Geldwert sinkt. Gehören die betreffenden Güter, die unverhältnismäßig vermehrt werden, den Kapitalgütern an, so ist es natürlich,

daß ihre Preise sinken (oder der Zinsfuß steigt) in der gleichen Zeit, wo die Preise der Konsumgüter steigen. Damit ist diese Tatsache, die den Quantitätstheoretikern (insbesondere Wicksell!) soviel Kopfzerbrechen verursachte, leicht gelöst. Wagemann sieht dies alles nicht und so gelangt er bei seiner Erklärung der geschichtlichen Preisänderungen wieder zu ähnlichen Erklärungen wie die ältere Quantitätstheorie, indem er diese Aenderungen hauptsächlich auf Aenderungen der Zahlungsmittelmengen zurückführt.

Ueberblicken wir noch zum Schlusse die Ergebnisse unserer Uebersicht, so finden wir, daß man von der endgültigen Lösung des Geldproblems noch ziemlich weit entfernt ist, daß man sich ihr jedoch immer mehr nähert. Man kann Keynes vollauf beistimmen, wenn er sagt, daß die neueren Aenderungen in der Auffassung des Geldmechanismus, wenn sie auch noch nicht zum klaren Ausdruck gelangt sind, dennoch zu den wichtigsten Errungenschaften des wirtschaftlichen Denkens gehören.

Francis Ysidro Edgeworth (1845—1926).

Von

CARL BRINKMANN.

Die augenblickliche Lage der nationalökonomischen Theorie steht im Zeichen der Wiederaufnahme des »Methodenstreits«, den einst Carl Menger und Gustav Schmoller um das vergleichsweise Recht der neuklassischen und der historischen Wirtschaftsbetrachtung führten. Auch hier bestätigt sich, was Joseph Schumpeter (Weltwirtsch. Arch. 22, 183) jüngst glücklich formulierte: »Fast unbekümmert um methodische Moden geht sozusagen subkutan die positive Arbeit der Wissenschaft ihren Weg.« Während es in Deutschland (in bemerkenswertem Unterschied von andern Ländern) noch eben die methodische Mode schien, den vermeintlichen Schmollerschen »Historismus« von entgegengesetzten Seiten totzusagen und dazu noch mit Eselstritten zu bedenken, ist unter Führung der amerikanischen Nationalökonomie eine sehr bewußte theoretische Richtung herangewachsen, die eine Ueberprüfung der klassischen Grundlagen unserer Theorie auf der ganzen Linie fordert und (was mehr ist) begonnen hat, ohne im Geringsten auf die »historische« Betrachtung beschränkt zu bleiben, und um unsere Schlagwörter vollends ad absurdum zu führen: Gerade diese neue, empirische Richtung hat zum erstenmal Ernst mit der Forderung gemacht, von der eben Carl Mengers Grundsätze (2. Aufl. S. XIX) ausgegangen waren, und Induktion und Deduktion im Dienste des praktischen nationalen und internationalen Wirtschaftslebens vereinigt ¹⁾. So daß wir heute schon der Loyalität Schumpeters (Schmollers Jahrbuch 50, 337 ff.) die Feststellung verdanken, der angebliche Historismus Schmollers sei der vollberechtigte theoretische Vorläufer Wesley Clare Mitchells und der andern Empiriker des modernen Amerika.

Damit ist nun freilich für die gegenwärtig drängende Fortbildung der Wirtschaftstheorie noch wenig genug gewonnen. Vielmehr scheint die Erweiterung des theoretischen Blicks uns nur desto unsicherer zu machen, wo denn also der entscheidende Angstpunkt für eine stetige Fortentwicklung über die klassischen Elemente hinaus zu suchen sei.

¹⁾ Vgl. auch meinen Aufsatz in der Tönnies-Festschr. der Kölner Vierteljahrshefte 5, 91 ff.

Während sich in Amerika offenbar zunächst die Situation des alten deutschen Methodenstreits völlig wiederholt, daß deduktive und induktive Forschergruppen einander ohne viel Neigung zur wechselseitigen Verständigung gegenübertreten, hat bezeichnenderweise deutsche Theorie bereits, vielleicht etwas verfrüht, angefangen, den Weg der Fortentwicklung nach umfassenden begrifflichen Kategorien vorzuschreiben. Aus dem Kreise der am amerikanischen Vorbild (wenn auch höchst selbständig) geschulten jungen deutschen Konjunkturforschung wird versucht, den Fortschritt als Uebergang von den »quantitativen Funktionen« der klassischen Theorie zu »unauflöslchen Qualitäten«, den »Gestalten« und »Strukturen« einer neuen Welt- und Gesellschaftsanschauung zu konstruieren (A. Löwe, *Weltwirtschaft* 14, 169)²⁾. Und man übersieht nicht sogleich, ob es wesentlich die gleiche Bedeutung haben soll, wenn Emil Lederer (dies *Archiv* 56, 1 ff.) alle über die elementare Preistheorie hinausgehenden wirtschaftstheoretischen Probleme nicht mehr durch die »statische« Untersuchung der Einzelunternehmung, sondern nur noch durch die »dynamische« des gesellschaftlichen Gesamtprozesses der Wirtschaft für lösbar erklärt.

Bei dieser für ein wirklich stetiges Fortarbeiten der Theorie nicht unbedenklichen Sachlage dürfte es nicht überflüssig sein, noch einmal auf die lange Vorgeschichte unseres klassischen Erbes zurückzublicken und nicht nur wie Schumpeter für ihren »historischen« Zweig, sondern jetzt umgekehrt auch für ihren »theoretischen« Zweig die Frage aufzuwerfen, ob wir ihn in seiner vermeintlichen Einseitigkeit und Beschränktheit, werde sie als »quantitativ« oder »statisch« oder wie immer bestimmt, überhaupt richtig gesehen haben. Dazu bietet der im Februar dieses Jahres erfolgte Heimgang des großen Oxforder Nationalökonom F. Y. Edgeworth und die dreibändige Ausgabe seiner »Papers relating to Political Economy« (London, Macmillan, 1925), an der er sich noch kurz zuvor freuen durfte, erwünschten Anlaß.

Edgeworths äußerlicher Ruhm in der *Communis Opinio* des »Fachs« ist bisher im Verhältnis zu seiner wahrhaft überragenden Bedeutung für die Wirtschaftstheorie erstaunlich unscheinbar gewesen. Die jüngste Uebersicht über die sozialökonomische Forschung im zeitgenössischen England (von H. Clay, *Brentano-Festgabe* 2, 97 ff.) erwähnt überhaupt nicht seinen Namen. Die Erklärung dafür liegt einmal darin, daß Edgeworth hauptsächlich von den beiden angelsächsischen Führern Alfred Marshall und John Bates Clark verdunkelt wurde, deren verbreitete Lehrbücher die subjektive Wertlehre der nachklassischen Zeit zuerst in den klassischen Objektivismus gewissermaßen einbauten und so, ähnlich der österreichischen Grenznutzungslehre, einen bequemen apologetischen Widerstand gegen den vordringenden Sozialismus zu bieten schienen. Sodann aber handelt es sich bei Edgeworths wissenschaftlicher Persönlichkeit in der Tat

²⁾ Das Gegenteil hatte einst A. Marshall in seiner Cambridger Vorlesung von 1896 »The old generation of economists and the new« (jetzt bei Pigou, *Mem.* 295 ff.) prophezeit.

um eine höchst eigenartige und bis zu einem bestimmten Grade schwer faßbare, weil von der Heerstraße fachgenössischer Verbindungen und Gegensätze ziemlich weit abliegende Vereinigung von Eigenschaften. Auf der einen Seite ein ganz klassisch-altenglischer geistiger Habitus, dessen Neigung zu humanistischer literarischer Gepflegtheit zwar viel mehr und Innerlicheres ist als ein überlieferter Schmuck, der aber doch wiederum nicht dazu verführen darf, nun gerade theoretisch Edgeworth den Klassikern näherzustellen als Marshall. Denn mit diesem Habitus verbindet sich auf der andern Seite eine Andacht auch zum Unbedeutendsten der wirtschaftlichen Tatsächlichkeit, eine Nüchternheit der Skepsis gegen zu stolze Verallgemeinerungen und hauptsächlich ein Glaube an die Vereinbarkeit rein theoretischer Forschung mit empirischer und dynamischer Vielfältigkeit, die ihn in vielen Beziehungen, besonders von der eben erwähnten Erneuerung des Methodenstreits aus, zum Modernsten der Modernen machen und nur deshalb so gern übersehen wurden, weil der nachklassische und anticlassische Skeptizismus und Empirismus hier nicht in dem gewöhnlichen Gewande der theoriefremden Praktiker und Statistiker auftrat, sondern viel edler aus der Verfeinerung der Theorie selbst geboren wurde.

Dieser ganze Komplex von Eigenschaften verkörpert sich jetzt erst recht sichtbar in der neuen Sammelausgabe von Edgeworths Werken, die in für ihn höchst bezeichnender Weise fast ausnahmslos in der literarischen Form von Aufsätzen für sein geliebtes »Economic Journal« vorlagen. Im Mittelpunkt steht seine zuerst im *Giornale degli Economisti* 1897 vorgetragene Neuschöpfung der Monopoltheorie, nicht nur »die erste große Bresche, die von der Seite der ökonomischen Theorie her in das *laissez-faire*-System geschossen wurde« (Schumpeter, *Weltw. Arch.* 22, 194), sondern m. E. darüber hinaus die erste Stelle, an der in positiv fruchtbarer Weise die klassische Preistheorie für die entscheidenden Realitäten der hochkapitalistischen Wirtschaftsordnung durchlässig geworden ist (der Abdruck I, III ff. ist eine nach Verlust der englischen Urschrift [!] aus dem Italienischen gemachte Rückübersetzung). Mitten in dem Kernstück unserer gesamten Theorie, der Lehre von den Gleichgewichten der Tauschvorgänge, wurde hier zunächst der Ausblick nicht mehr (wie in der klassischen Theorie Cournots) auf ein Gegenüber e i n e s Monopols und des »freien Marktes«, sondern auf den funktionalen Zusammenhang mehrerer Monopole und damit die tatsächliche, aus freien und monopolistischen Elementen gemischte Natur des modernen Markts eröffnet. Und es war nur ein besonders pikanter, wenn auch in seiner Vertretung durch bekannte Verhältnisse staatlicher und staatlich privilegierter Monopolwirtschaft praktisch höchst wichtiger Anwendungsfall der neuen Einsicht, daß ein großer angelsächsischer Nationalökonom dadurch zu dem ketzerischen Zugeständnis der möglichen Ueberlegenheit gebundener über freie Marktbildung auch im Verbraucherinteresse geführt wurde. Es ist klar, welche unabsehbaren Folgerungen von diesem Punkte aus für die eigentliche Preistheorie wie für eine, sei es auch über diese hinausgehende, Verteilungstheorie (von Edge-

worth selbst behandelt in berühmten Vorlesungen in Harvard 1902, veröffentlicht *Quarterly Journal of Economics* 1904, Papers 1, 13 ff.), für die Berichtigung alter liberalistischer Harmoniegedanken wie neuer sozialistischer Ausbeutungsgedanken möglich waren und sind. Ebenso klar aber ist, wie wenig volkstümlich eine solche theoretische Position sein konnte; auch »dem wahren Jünger des Sozialismus ist jede Kritik und jeder Versuch zur Verfeinerung der alten Lehre ein Greuel. Denn das Resultat ist notwendig ein Verlust an Einfachheit, Schlagkraft, Temperatur, Farbe, besteht notwendig in Qualifikationen, Einschränkungen des Inhalts und Komplikationen der Form« (Schumpeter a. a. O. 201) ³⁾.

Die erzieherische Fruchtbarkeit von Edgeworths Methode bewährt sich am schönsten an den bekannten Stellen, wo die Theorie der wirtschaftlichen Statik oder Dynamik den praktisch brennendsten Fragen der Handelspolitik und Finanzwissenschaft, dem Freihandelsproblem und der Lehre von den Steuerprinzipien und Steuerwirkungen, zu Hilfe kommt oder doch kommen sollte. Hier gibt erst die gewissenhafte Erwägung aller möglichen Kombinationen und Variationen der beteiligten Wirtschaftsfaktoren einen Begriff von der Laienhaftigkeit der noch heute herrschenden Vorstellung, als sei Schutzzoll oder irgendeine andere Form der steuerlichen Staatsintervention grundsätzlich ein (je nachdem zu begrüßender oder zu verdammender, aber jedenfalls theoretisch nicht zu rechtfertigender) Abfall von dem theoretischen Ideal des wirtschaftlichen Automatismus. Wird dann wie von Edgeworth gerade theoretisch, entsprechend der monopoltheoretischen Korrektur der Preis- und Verteilungslehre, die strenge Folgerichtigkeit und sogar Gemeinwirtschaftlichkeit möglicher schutzzöllnerischer und anderer Eingriffe aufgewiesen, so ist die Rückzugslinie der klassizistischen Dogmatik gewöhnlich eine Verschiebung ins Empirische: Diese möglichen Ausnahmefälle seien praktisch von keiner oder geringer Bedeutung. Das klingt noch in dem Urteil eines so hervorragenden Theoretikers wie Irving Fisher, des geldtheoretischen Schülers von Edgeworth, in seiner Anzeige der »Papers« (*Quarterly Journal of Economics* 1926, 168) an: »He has devoted a large share of his attention to what is relatively unimportant and unlikely to have practical application.« Wie wenig das zutrifft, beweist die Tatsache, daß neben den beiden großen Abhandlungen des *Economic Journal* über »The pure theory of international values« (1894: 2, 3 ff.) und »The pure theory of taxation« (1897: 2, 63 ff.) unmittelbar praktische Anwendungen stehen wie die für wissenschaftliche Enqueten

³⁾ Eine liberalistische Entsprechung etwa das »Bedauern« M. Palyis (Schriften des Vereins für Sozialpol. 171, 3, 2, 83 ff.) über meine Erweiterung der »ökonomischen Kategorien« in der Imperialismusdebatte; ist mit solchen Kategorien allein z. B. der sowjetrussische Imperialismus in Mittel- und Fernasien zu begreifen? Vgl. die souveräne Ironie, mit der Edgeworth selbst (3, 213) in einer Rezension einen ähnlich beschränkten rationalistischen Dogmatismus abweist: »May it not be true, though said by a German, that there is something mystical in the relation between a person and his country?«

vorbildlichen Bescheide und Kritiken aus Anlaß der Königlichen Kommission für Gemeindebesteuerung Anfang dieses Jahrhunderts (darunter die pädagogische Zusammenfassung für die Studenten der London School of Economics 1906: 2, 226 ff.), wo bereits die (neuerdings von Gustaf Cassel formulierte) prinzipielle Analogie zwischen interventionistischer Handelspolitik, Steuerpolitik und Sozialpolitik ausgesprochen ist; oder noch letztens die Äußerungen zur Einkommensteuernquete der Nachkriegszeit mit der scharfen Stellungnahme für unbegrenzte Progression (2, 260 ff.); oder endlich die prächtigen Jugendarbeiten von 1887—89 über den Geldwert, die in der Gestalt von Gutachten für die British Association for the Advancement of Science den geschichtlichen Ursprung aller späteren Indextheorie enthalten (1, 195 ff.).

Wie Edgeworths Forschung ihre Gewichte mit seltener und daher die meisten befremdender Weisheit zwischen Deduktion und Empirie, Theorie und Praxis verteilt, so auch zwischen den beiden Grenzbezirken, durch die sich die Nationalökonomie nach entgegengesetzten Seiten sozusagen in das Ganze der Naturwissenschaften hüben und der Kulturwissenschaften drüben verliert: Mathematik und Soziologie. Schon die ausführlichen Besprechungen, die der Meister über soziologische und sozialhistorische Bücher grundsätzlicheren Gehalts geschrieben und in der Sammlung wieder abgedruckt hat (die von Wesley Mitchells Dissertation über die Inflation des amerikanischen Bürgerkrieges 3, 158 ff. erinnert uns daran, daß auch die amerikanischen Empiristen großenteils von der Wirtschaftsgeschichte hergekommen sind), tun dar, daß jene humanistische Feinheit seiner darstellerischen Form vor allem auch in einer tiefen und weiten Teilnahme an allem menschlich Geistigen und Sittlichen ruhte. Von den beiden verbreiteten Auffassungen des Verhältnisses der Nationalökonomie zur Soziologie, als bloßes ziemlich kühles Nebeneinander oder aber als Ueberordnung der allgemeinen Wissenschaft von der Gesellschaft über die besondere von der Gesellschaftswirtschaft, hätte er sich gewiß dieser zweiten, der Franz Oppenheimers und Othmar Spann's, angeschlossen. Und hierin, nicht (oder wenigstens nicht ausschließlich) in einem bloßen Haften an altenglischer Tradition, möchte ich auch Edgeworths Hinneigung zu dem (ursprünglichen und ethischen, nicht vulgarisierten und hedonistischen) Utilitarismus Bentham's und der Mills begründet glauben und entgegen Schumpeters Meinung (Weltw. Arch. 22, 188), »daß kein einziges der Resultate dieser Abhandlungen von utilitarischen Obersätzen abhängt«, z. B. dafür halten, daß Edgeworths berühmtes Eintreten für das Steuerprinzip des kleinsten Opfers schon mindestens eine Ausnahme davon bildet. Sicherlich war selbst die ethische Grundform des Utilitarismus mit einer rudimentären Psychologie umgeben, die durchaus auf einer Stufe mit der gleichzeitigen Wirtschaftspsychologie des Homo Oeconomicus stand. Aber das kann doch nicht besagen, daß, wenn sich seitdem die Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie vor allem im Sinne des Objektivismus und »Behaviorismus« von dieser primitiven Psy-

chologie gelöst hat, nicht auch die Vervollkommnung der psychologischen und subjektivistischen Wirtschafts- und Gesellschaftserkenntnis selber ein erreichbares und bedeutungsvolles Ziel bilde. Gerade die bezeichnendsten Erlebnisse politischen und wirtschaftlichen Handelns in den Parteisystemen und Kartellsystemen der modernen kapitalistischen Demokratien haben überraschenderweise auch theoretisch auf dem Umweg der Verfeinerung in manchen Beziehungen wieder zu der Sozialpsychologie der Klassiker zurückgeführt, wenn nunmehr soziales Handeln nicht mehr bloß als unbeabsichtigtes Ergebnis egoistischer Zwecksetzungen, sondern vielfach bereits in diesen individuellen Zwecksetzungen mit angelegt und beabsichtigt erscheint (vgl. J. Marschak in diesem Archiv 51, 501 ff., B. Ohlin in der Festgabe für Brentano 2, 94 und jetzt auch Schumpeter in Schmollers Jahrbuch 50, 344 ff.). Auch an diesem Punkte tritt wieder die höhere Einheit zwischen Edgeworths traditionellem Utilitarismus und seiner revolutionären Theorie von den gemeinwirtschaftlichen Monopolwirkungen und Interventionen heraus.

Als Mathematiker und Statistiker, d. h. auf den Gebieten, die in der Oekonomie nur als Methoden dienen und nach allen Seiten über den ökonomischen Stoff weit hinaus ins Grenzenlose der Gesellschafts- und Naturerkenntnis, ja der allgemeinen Erkenntnistheorie hinüberreichen, ist Edgeworth wegen der äußeren Prominenz dieser Methoden in seinen Schriften am meisten bekannt und gefeiert worden, und schlagwortartig scheint die warnende Kennzeichnung A. Marshalls in der Kritik (mit noch einer Ausnahme der einzigen, die dieser im Unterschied von Edgeworth so sparsame Rezensent veröffentlicht haben soll), die er Edgeworths Erstlingswerk, den *Mathematical Psychics* von 1881 widmete, weitergegeben worden zu sein (Pigou, *Memorials of Marshall* 26): »It will be interesting to see how far he succeeds in preventing his mathematics from running away with him, and carrying him out of sight of the actual facts of economics.« Die »Papers« überraschen auch durch den Eindruck, wie wenig Marshalls Befürchtung später eintraf. Unter diesem Eindruck möchte man auf den Mathematiker Edgeworth eher das schönere und höflichere Bild anwenden, mit dem er genau zur gleichen Zeit und als fast Gleichalteriger Marshall huldigte, der »unter dem Gewand des Literarischen die Rüstung des Mathematischen trage« (a. a. O. 66). Wohl aber gibt gerade der durchaus ökonomische und sogar praktisch ökonomische Charakter von Edgeworths mathematischer Reflexion Gelegenheit, an der Hand seiner einschlägigen Schriften den heute, namentlich in unserer mathematikarmen deutschen Nationalökonomie, immer noch so häufig mißverstandenen Platz der mathematischen Darstellung und Untersuchung in unserer Wissenschaft in Erinnerung zu bringen.

Da ist zunächst die klassisch gemeinverständliche und geistreiche Präsidentenrede von 1889 zu der British Association über die Anwendung der Mathematik auf die Nationalökonomie (2, 273 ff.). Sie lehrt, wie wesentlich gerade für solche Fragen, zu denen dem durchschnittlichen Facharbeiter die Gefühlsbeziehung zu fehlen pflegt, Edgeworths

Lieblingsvorgehen vom Sonderfall und von der Korrektur an Vorgängern aus werden kann. Der Inhalt läßt sich, wie der Verfasser selbst es bevorwortend getan hat (und wie es z. B. A. Amonn in der Brentano-Festgabe 2, 327 f. auf knappstem Raume wieder tut) mit zwei Worten dahin angeben, daß mathematisch in der Wirtschaftstheorie vor allem nicht nur die Wiedergabe, sondern praktisch auch die Erkenntnis aller funktionaler Beziehungen zwischen wechselseitig abhängigen Variablen (und also, wie Edgeworth treffend hinzufügt, besonders auch von Maximumproblemen) zu sein hat. Aber wie das an den einfachsten Bedürfnissen auch der praktischen Wirtschaftslogik, an den elementarsten Irrtümern bekanntester wirtschaftlicher Schriftsteller ohne spezialistische Hybris, mit dem Takt und der Bescheidenheit sichersten Kulturbewußtseins ausgeführt wird, das ist nicht anders denn als meisterlich zu bezeichnen und müßte (etwa auch in Uebersetzung) heute noch zu den willkommensten Hilfsmitteln des nationalökonomischen Studiums gehören. Unentbehrliche Ergänzungen dazu wären dann freilich das etwas schwierigere Fragment aus der »Scientia« von 1909 über die Anwendung der Differentialrechnung und die Kontroverse mit Edwin R. Seligman aus dem *Economic Journal* von 1910 über die Anwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung auf die Wirtschaftstheorie (2, 367 ff., 387 ff.). Hier wird mit einer dem deutschen Nationalökonom (gegenüber dem angelsächsischen) oft noch sehr fernliegenden und deshalb heilsamen Deutlichkeit die (auch z. B. von Amonn a. a. O. übergegangene) Tatsache behandelt, daß die wirtschaftlichen Vorgänge mit den übrigen der gesellschaftlichen und physischen »Natur« die Eigenschaft der Stetigkeit teilen, der, wenn quantitative Erfassung überhaupt angestrebt wird, nur die Integralrechnung gerecht werden kann. Nichts bleibt aber schließlich überhaupt von Edgeworths Forschungsweise stärker haften und nichts darin ist für uns heute ein wertvolleres Vermächtnis als diese dem Mathematiker eingeborene gesunde Gewohnheit, in stetigen Verhältnissen und Veränderungen zu denken, ehe sich die Wunschbilder wirtschaftlicher Interessenpolitik mit ihrer »Dezision« eindrängen. Gewiß (und auch das mag nicht überflüssig sein zu sagen) ist das praktische Denken in un stetigen Entscheidungen und Entscheidungen zwischen Schwarz und Weiß, Nein und Ja (oder marxistisch gesprochen: Vorgeschichte und Geschichte) nicht nur peinlicher Erdenrest, sondern höchstes Glück und höchste Pflicht des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Menschen. Allein eben das Theoretische unserer wirtschaftswissenschaftlichen Aufgabe muß zu allererst darin bestehen, mit der Sparsamkeit exakter Forschung dieses Höchste, statt es schnellfertig vorwegzunehmen, durch die größte Vorsicht und Zurückhaltung so gründlich wie möglich vorzubereiten.

LITERATUR-ANZEIGER.

Inhaltsübersicht: 1. Enzyklopädien, Sammelwerke, Lehrbücher S. 531; 2. Sozial- und Rechtsphilosophie S. 531; 3. Soziologie, Sozialpsychologie, Rassenfrage S. 537; 4. Sozialismus S. 539; 5. Sozialökonomische Theorie und Dogmengeschichte S. 541; 6. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie S. 542; 7. Bevölkerungswesen S. 542; 8. Statistik S. 542; 9. Soziale Zustandsschilderungen S. 542; 10. Agrarwesen, Landarbeiterfrage S. 545; 11. Gewerbliche Technik und Gewerbepolitik S. 549; 12. Kartellwesen, Unternehmerorganisation S. 549; 13. Gewerbliche Arbeiterfrage, Arbeitsmarkt S. 549; 14. Arbeiterschutz S. 549; 15. Versicherungswesen (bes. Arbeiterversicherung) S. 549; 16. Gewerkvereine und Tarifwesen S. 549; 17. Allgemeine Sozialpolitik und Mittelstandsfrage S. 550; 18. Privatbeamten- und Gehilfenfrage S. 550; 19. Handel und Verkehr S. 550; 20. Privatwirtschaftslehre (Handelwissenschaft) S. 550; 21. Handels- und Kolonialpolitik S. 550; 22. Geld-, Bank- und Börsenwesen S. 550; 23. Genossenschaftswesen S. 554; 24. Finanz- und Steuerwesen S. 555; 25. Städtewesen und Kommunalpolitik S. 555; 26. Wohnungsfrage S. 555; 27. Unterrichts- und Bildungswesen S. 555; 28. Jugendfürsorge, Armenwesen und Wohlfahrtspflege S. 556; 29. Kriminologie; Strafrecht S. 556; 30. Soziale Hygiene S. 556; 31. Frauenfrage, Sexualethik S. 559; 32. Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht S. 559; 33. Gewerbe-, Vereins- und Privatrecht S. 559; 34. Politik S. 559.

1. Enzyklopädien, Sammelwerke, Lehrbücher.

2. Sozial- und Rechtsphilosophie.

Darmstaedter, Friedrich: Recht und Rechtsordnung. Ein Beitrag zur Lehre vom Willen des Gesetzgebers. Berlin, Dr. W. Rothschild, 1925.

Die Grundgedanken seiner Schrift bestimmt der Verfasser selbst in folgender Weise: »Die Gesetze werden gemacht, das Recht dagegen nicht. Das Recht wird nicht gemacht, sondern gefunden. Das Finden des Rechtes ist eine sittliche Aufgabe, die eine sittliche Geltung des menschlichen Willens fordert, deshalb wird eine Rechtsordnung nur gegeben aus rechtlicher, sittlicher Gesinnung heraus. Sollen die Gesetze eine Ordnung sein, dann muß der Gesetzgeber sie aus dieser Gesinnung heraus gestalten. Die rechtliche Gesinnung ist auch erforderlich, um die Rechtsordnung zu verstehen und anzuwenden.«

Man wird diese Ansicht des Verfassers, die den ethischen Charakter des Rechts betont, und die sittliche Geltung des rechtsanwendenden Subjekts fordert, so grundsätzlich ausgesprochen nur begrüßen können. Dagegen erheben sich m. E. gegen die logische Grundlage der weiteren

Ausführungen erhebliche Bedenken. Insbesondere sind die Schichten des Logischen, Ethischen, Psychologischen usw. hier nicht genügend in ihrer Besonderheit herausgearbeitet, um die Ganzheit einer systematisch gegründeten Rechtsauffassung hinter den behandelten Einzelfragen als sinngebendes Prinzip erkennen zu lassen.

(E. v. Hippel.)

Kraus, Herbert: Gedanken über Staatsethos im internationalen Verkehr. Schriften der Königsberger gelehrten Gesellschaft, Geisteswissenschaftl. Klasse H. 3. Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.

Impuls und Zweck dieses Buches werden schon aus der Vorbemerkung klar. Der Wille zur überstaatlichen Rechtsordnung hat es erzeugt und die wissenschaftliche Durchdringung soll die konstituierende Idee dieser Rechtsordnung aufzeigen. Folgerichtig erhebt sich aus dieser Fragestellung das der Rechtsidee immanente Problem ihres sittlichen Gehaltes, aber in einem neuen und besonderen Sinn: dem des Staatsethos. Dieses begrifflich zu bestimmen und die Tatbestände des internationalen Rechtsverkehrs auf ihren staatsethischen Charakter hin zu untersuchen ist die Aufgabe, welche sich der Verfasser gestellt hat. Einem so neuartigen, schwierigen und mutigen Unternehmen gegenüber gibt es nur zwei Wege erlaubter Kritik: Prüfung der methodischen Richtigkeit in der Durchführung der Gedanken und objektive Mitteilung des tatsächlich gebotenen Materials wie der Ergebnisse in gedrängter Form. Beide Aufgaben kritischer Betrachtung lassen sich hier nicht trennen. Wir verfolgen demnach den Pfad, den der Verfasser selbst uns weist und fügen unsere Bedenken und unseren Beifall jeweils an dem Orte ein, wo diese Äußerungen unserer Teilnahme an des Verfassers Werk spontan laut werden.

1. Der Begriff des Staatsethos soll induktiv gefunden werden. Nicht, indem ein Moralkodex oder ein »sittliches Grundgesetz für Staaten« aufgestellt wird, und auch nicht in der Weise, daß die Moralität bestehender Staaten an einem bestimmten Begriff des Sittlichen gemessen werden soll, sondern so, daß die »in unserer Zeit gegenwärtigen Vorstellungen und Auffassungen über die Existenz und den Inhalt sittlicher Pflichten des Staates« (S. 29) erkannt werden. Die Methode der Untersuchungen ist also weder historisch noch erkenntniskritisch, sondern soziologisch: es sollen diejenigen Tatsachen zwischenstaatlichen Lebens aufgesucht und beschrieben werden, welche ihrem »gemeinten Sinne« nach »Vorstellungen und Auffassungen« staatsethischer Art enthalten. Die hieraus entwickelte Definition: Staatsethos (im eigentlichen Sinne) ist der Inbegriff der nicht nur vorübergehenden staatlichen Vorstellungen und Auffassungen von dem Staate obliegenden sittlichen Pflichten und Rechten (S. 29) ist aber tautologisch und besagt nichts anderes, als daß Staatsethos eben die ethischen Vorstellungen staatlichen Handelns bedeute. Hier zeigt sich bereits der grundlegende methodische Fehler allen »induktiven« Vorgehens auf normativem Gebiet: die ethischen Inhalte, welche gefunden werden sollen, werden bereits von der Definition vorausgesetzt. Es kann sich also im streng methodischen Sinn nicht um die Herausarbeitung des Begriffs Staatsethos — eine spezifisch erkenntnistheoretische

Aufgabe — handeln, sondern nur um die Beschreibung von Tatsachen des internationalen Verkehrs unter dem besonderen Aspekt ihres ethisch gemeinten Sinnes. Daß dies ohne vorherige Festlegung dessen, was unter Staatsethos verstanden werden soll, nicht geht, zeigt die vorangestellte Definition. Es wird also ohne ideelle Bestimmung des ethischen Inhalts die Untersuchung immer sich im Kreis bewegen und nur das aus dem Begriff Staatsethos entwickeln, was vorher ihm gedanklich unterstellt worden ist. Bevor der Verf. unter diesen Voraussetzungen zum Tatsachenmaterial herniedersteigt, werden noch aus dem definierten Begriff des Staatsethos vier Hilfsbegriffe deduziert: *Eigenethos*, soweit es sich auf die eigenen sittlichen Pflichten des Staates, *Fremdethos*, soweit es sich auf die Pflichten der anderen Staaten bezieht (S. 30); *ursprüngliches Staatsethos*, soweit es aus dem Staatskörper selbst herauswächst und *abgeleitetes*, soweit es aus den ethischen Vorstellungen anderer Vorstellungssubjekte übernommen ist.

2. Um die Herrschaft ethischer Vorstellungen im internationalen Verkehr nachzuweisen, prüft Kraus zunächst die Schlagwörter der internationalen Politik und erkennt in ihnen vielfach eine Phraseologie, deren Sinn ein anderer als der im Wortlaut zum Ausdruck kommende ist. Dieser Entsittlichung sittlicher Vorstellungen steht andererseits eine Tendenz zur Versittlichung solcher entgegen, die ursprünglich keinerlei ethischen Gehalt besitzen. Insbesondere in der Theorie und Praxis des Völkerrechts gelingt es dem Verf. ethische Vorstellungen nachzuweisen, ferner in der Völkersitte und Völkerrechtspolitik und auch die Staatsraison, d. h. jenes »interessante Mischgebilde aus rechtlichen, sittlichen, konventionellen Klugheitsregeln« zeigt sich unter der Herrschaft ethischer Gedanken. Dieser Gang seiner Untersuchung bestätigt Kraus die vorweggenommene Definition des Staatsethos in folgender Form: »Staatsethos ist ein (?) Inbegriff dessen, was ein Staat im Verkehr mit ganz bestimmten anderen Staaten zu tun oder zu lassen sittlich sich verpflichtet hält« (S. 50).
3. Dieses Staatsethos nun stellt sich als die vom Beobachter vollzogene »Synthese aus den verschiedenen sittlichen Vorstellungen der für die Bildung staatlicher Bewußtseinsinhalte maßgebenden Elemente« dar (S. 53), d. h. nun werden wir über die möglichen Subjekte des Staatsethos aufgeklärt. Als solche figurieren: Oeffentliche Meinung, Presse, Volk, Parteien, Staatshäupter und Parlamente, Staatsbehörden und Beamte — also teils den Begriff des Staates konstituierende, teils ihn bloß manifestierende Gebilde historischer, juristischer, soziologischer Art; teils empirische Tatsachen, teils Wertbegriffe. Man sieht, was alle diese heterogenen Dinge zusammenhält, ist die »Einstellung« des Autors, der sie in einem ganz bestimmten Lebenszusammenhang sieht, nicht aber eine wissenschaftliche Methode und ein aus ihr folgender exakter Staatsbegriff. »Die ethischen Vorstellungen dieser Elemente des Staates sind nun von denen des Staates selbst wohl zu unterscheiden« (S. 53). Hier werden insbesondere das Diplomaten- und Parlamentsethos und das Staatsethos unterschieden und einander gegenübergestellt, wobei auch hier unter »Ethos« nur eine spezifische Argumentationsweise, nämlich die sittlich gemeinte, verstanden wird. Das so umschriebene Staatsethos unterliegt Wand-

lungen und Ungleichheiten (S. 65). Insbesondere letztere differenzieren es vielfach und die Schärfe staatsethischer Vorstellungen vermindert oder erhöht sich nach K r a u s je nachdem die Staatshandlung etwa auf einen Alliierten, auf ein Mitglied des Völkerbundes, auf einen halbzivilisierten Staat oder gar auf eine völkische Minderheit bezogen ist (S. 69).

4. Das Staatsethos kann nun, je nachdem das Machtideal (*salus publica suprema lex*) oder das Liebesideal («es muß jedes Volk zu einem andern eine Zuneigung haben und es lieben als sich selbst» Chr. Wolff) die Richtung im internationalen Verkehr abgibt, zum Staatsegoismus oder zum Staatsaltruismus werden (S. 77 f.). Dieses ist wiederum, methodologisch betrachtet, keine »Feststellung«, wie der Verf. sagt, sondern eine Deduktion aus dem Begriff des Staatsethos. Denn nun wird dieses Begriffspaar auf die Gegenwart angewendet und behauptet, daß »im Staatsethos von heute der Staatsegoismus fast völlig dominiert« (S. 81). Allerdings lesen wir dann auf S. 90: »... nichts wäre falscher als den Staaten von heute allgemein und uneingeschränkt Staatsegoismus zuzuschreiben«. Der zwischen diesen Sätzen übrigbleibende Bereich des altruistischen Staatsethos kann demnach nicht mehr groß sein. Beispiel: In gewissen modernen Völkerrechtsgedanken, wie dem Minderheitenschutz, hat sich Staatsaltruismus entwickelt (S. 91).
5. Wieder eine andere Deduktion aus dem Begriff des Staatsethos, die der Verf. für möglich hält, ist die Unterscheidung von *nationalistischem*, *internationalistischem* und *universalistischem* Staatsethos. (S. 96 f.) »Nationalistisches Staatsethos liegt vor, wenn ein Staat den Gedanken der Schiedsprechung oder den der Rechtsverbindlichkeit eines internationalen Vertrages, weil mit seinen Interessen im Widerspruch, als unsittlich ablehnt. Internationalistisches Staatsethos ist es, wenn dieser Staat im sittlich erfaßten Eigeninteresse oder im Interesse »aller« eine Politik der Schiedsverträge einleitet bzw. mitmacht, oder wenn er sich sittlich für verpflichtet erachtet, einen einmal geschlossenen internationalen Vertrag zu halten. Universalistisches Staatsethos manifestiert sich z. B. wenn Mitleid und Humanität sich in der staatlichen Ausgestaltung der Kriegführung bemerkbar machen.« Dabei bedeutet Nationalismus das Prinzip des Sichabsperrns der Staaten, Internationalismus den Grundsatz des Für- und Miteinanderseins der Staaten und das Prinzip des Universalismus endlich bedeutet den Gedanken, Mittel und Diener der Menschheit zu sein.
6. Das nunmehr schon in prinzipiell vielfacher Verschiedenheit aufgedeckte Staatsethos differenziert sich im einzelnen durch die nationale Eigenart des betreffenden Staates und die besondere Gruppierung der einzelnen ethischen Vorstellungssubjekte innerhalb des Staates (S. 100). Wo aber eine Uebereinstimmung staatsethischer Grundhaltungen der verschiedenen Staaten stattgefunden hat, entsteht *Staatenethos* (S. 103). Dieses wird definiert als der Inbegriff der einer dauernden Internationalgemeinschaft eigenen Vorstellungen und Auffassungen von den sittlichen Pflichten und Rechten der Staaten gegeneinander, gegen die Gemeinschaft selbst und gegen Außenstehende (S. 107).

Hierbei handelt es sich um Fremdethos im K r a u s s c h e n Sinne, im Bereiche des Völkerbundes können Ansätze zu solchem internationalen Staatenethos wahrgenommen werden.

7. In noch weiterem Umfang als das Staatenethos wirkt aber eine sittliche Macht im internationalen Verkehr, welche K r a u s mit dem Namen des W e l t g e w i s s e n s bezeichnet, es entspringt und entspricht dem Prinzip des Universalismus, der Menschheitsidee und »hier ist auch vor allem der Punkt, wo die ihrem Wesen nach universalistischen Lehren des Christentums ihre praktischen Ansprüche in bezug auf das internationale Leben der Gegenwart anzumelden in der Lage sind«; ein Beispiel dafür bildet die kürzlich stattgefundene Stockholmer Weltkirchenkonferenz (S 119).
8. Das so entfaltete Staatsethos wird nun auf sein Verhältnis zum bürgerlichen Ethos hin untersucht und dabei eine Uebereinstimmung in den grundlegenden Prinzipien a) des äquivalenten Interessenausgleichs und b) der Interessensolidarität gefunden. Hier treten die Abgrenzungsschwierigkeiten und die theoretisch trotz aller Definitionen bestehende Unklarheit der Begriffe: Staatsethos, Sozialethos, bürgerliches Ethos besonders drastisch hervor. Die Unmöglichkeit, in ethischen Fragen von der Vorstellung, also dem psychischen Substrat des Wertes auszugehen, um die n o r m a t i v e n Bereiche unterscheiden zu können, kann soziologisch eben nicht überwunden werden und tritt sofort hervor, wenn über die rein phänomenologische Beschreibung und Wahrnehmung hinaus nach dem Sinn und theoretischen Inhalt des Ethos gefragt wird. Sehr richtig wird allerdings von K r a u s beobachtet, daß es eine große Anzahl staatsethischer Vorstellungen gibt, die dem Individualethos entlehnt sind und daß überall dort, w o s p e z i f i s c h e s Staatsethos auftritt, eine besondere Rechtfertigung verlangt wird. Dieser über den individualethischen Teil des Staatsethos hinausragende stellt sich als ein »Inbegriff ethisierter staats-egoistischer Klugheitsregeln« dar und so gilt für den Staat der Gegenwart »das ethische Prinzip eines doppelten Registers« (S. 126). Aber auch dies ist nur eine Beobachtung, kein theoretischer Sachverhalt.
9. Abschließend prüft dann der Verf. noch die Evolution des staats-ethischen Gedankens und stellt eine Tendenz zur Vertiefung und Erweiterung des Rechtsgedankens über die Welt auch gegenüber der Politik fest, womit zugleich der Entwicklung eines inhaltlichen Staatsethos im Sinne der Gerechtigkeit die Wege gewiesen sind.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Schrift von K r a u s ihrer Tendenz und Einstellung nach eines der erfreulichen Symptome der Erstarkung der Rechts i d e e als des Richtmaßes auch der wissenschaftlichen Jurisprudenz ist, und daß eine Fülle von Gedanken dem Leser gereicht und in ihm wachgerufen werden. Bei der methodisch in aphoristischer Form gehaltenen und in soziologische Begriffe gefaßten Lehre vermißt der theoretisch interessierte Leser aber dennoch eine scharfe Abgrenzung der Begriffe Staatsethos und Individualethos, Ethos und Staatsraison, Staatenethos und Weltgewissen usw., vor allem aber eine i n h a l t l i c h e Bestimmung des Staatsethos. Das vom Verf. formal überall abgelehnte Naturrecht hat eben hier in der Tat seine Ur- und Heimstätte und kann nicht entbehrt werden. M e t h o d o l o g i s c h muß auf folgendes hingewiesen werden: Die Idee des

Rechts wirkt sich wohl in sozialen Tatsachen aus, kann aber inhaltlich aus diesen Tatsachen nicht theoretisch abgeleitet und erkannt werden.

So wird zwar eine Fülle von Material zum Problem des Staatsethos von Kraus dargeboten, aber die theoretische Formulierung des Problems steht auch nach diesem Buch noch aus. Es stellt aber einen wesentlichen und wertvollen Beitrag zu seiner künftigen Lösung dar. —
(Erik Wolf.)

Philosophischer Anzeiger. Herausgegeben von Helmuth Plessner. 1. Jahrgang, 1. Halbband. 1925. Verlag von Friedrich Cohen in Bonn. Preis 10 Mk.

Der »Philosophische Anzeiger« will nicht das Organ einer bestimmten philosophischen Schule oder Richtung sein. Er setzt sich vor allem die Aufgabe, zwischen der Forschungsarbeit der Einzelwissenschaften und der Philosophie einen engeren Kontakt herzustellen. Sein allgemeiner Charakter wird von dem Herausgeber in den einführenden Worten also gekennzeichnet: »Eine philosophische Zeitschrift, aber nicht nur für Philosophen, ein Organ der Kritik, aber nicht nur für Kritizisten . . . , ein Hilfsmittel der Forschung, die stets Auseinandersetzung mit Bestehendem und Ueberbietung des Geleisteten ist«.

Das vorliegende Heft enthält eine Reihe gediegener Aufsätze, von denen in dieser Besprechung freilich nur diejenigen berücksichtigt werden können, die zu dem Problemgebiet der Sozialwissenschaften eine gewisse Beziehung haben. In dieser Hinsicht kommt für uns vor allem der interessante Aufsatz von Buijtendijk und Plessner: Die Deutung des mimischen Ausdrucks (Ein Beitrag zur Lehre vom Bewußtsein des anderen Ichs) in Betracht. Es handelt sich in diesem Aufsatz um das neuerdings viel umstrittene Problem des Verstehens, und zwar um einen Spezialfall dieses Problems: das Verstehen der Ausdrucksbewegungen. Der Aufsatz setzt sich mit den mechanistischen (Darwin, Wundt u. a.) und symbolistischen (Klages) Ausdruckstheorien auseinander; beide Lehren werden von den Verfassern auf den gemeinsamen Nenner einer »Bildtheorie des Ausdrucksverstehens« gebracht und abgelehnt. Die hier unternommene neue Lösung des Problems erfolgt durch den Versuch, eine besondere »Schicht des Verhaltens« phänomenologisch aufzuzeigen, »worin streng genommen zugleich Anschaulichkeit und Verständlichkeit untrennbar gegeben sind, so daß das Verhalten nicht wahrgenommen werden kann, ohne im Ansatz wenigstens . . . gedeutet zu werden.« Um die Schicht des Verhaltens zu entdecken, müssen wir uns von gewissen eingewurzelten Denkgewohnheiten losmachen, hinter gewisse Gegensätze, die unser Denken beherrschen, zurückgehen. »Was sich in der Schicht des Verhaltens abspielt, ist gegen die sphärentheoretischen Begriffspaare Sinnlichkeit und Geistigkeit, Physis und Psyche, Objektivität und Subjektivität indifferent«. Erst durch Ausschaltung dieser Begriffspaare gewinnen wir den Standpunkt, von dem aus das Problem richtig formuliert und die Richtung für seine Lösung gewiesen werden kann. Man gelangt dabei zu der zunächst sonderbar anmutenden Einsicht, »daß Psychisches im Akt des Verständnisses überhaupt nicht getroffen, ja nicht einmal intendiert« wird, daß »zur Voraussetzungslehre der Verständlichkeit des mimischen Bildes des anderen Menschen die Brücke zum Psychischen als dem nur im Erlebnis bei sich selbst Faßbaren entbehrlich« ist. Die von den

Verfassern im Zusammenhang ihrer Ausführungen als unerläßliche Voraussetzung für eine einwandfreie Erklärung des Ausdrucksverstehens geltend gemachte Forderung, daß »die Realitätsfrage fremder Subjekte scharf von der Frage nach der Sinndeutung des Gebarens dieser fremden Subjekte geschieden werde«, ist zweifellos richtig und ungemein wichtig. Die in diesem Aufsatz entwickelte und in manchen Einzelheiten sehr fein ausgeführte Theorie des Ausdrucksverstehens knüpft zwar ausdrücklich an gewisse von Max Scheler gegebene Anregungen an, trennt sich dann aber von seiner Auffassung, um ganz andere Wege zu gehen, lehnt namentlich — und mit Recht — seine Lehre von einer »direkten Wahrnehmbarkeit des Psychischen« entschieden ab und stellt sich in dieser Hinsicht auf den Boden eines »kritischen Sensualismus«.

Hier sei ferner auf den Aufsatz *Arthur Baumgartens*: *Belings Methodik der Gesetzgebung* hingewiesen. Dieser Aufsatz ist eine kritische Würdigung einer Abhandlung dieses Rechtsgelehrten, die sich namentlich auf die Methodik der Strafgesetzgebung bezieht. In Anlehnung an diese Abhandlung, die ihrerseits eine Würdigung des Strafgesetzentwurfs von 1919 gibt, erörtert der Verf. wichtige Probleme der Strafgesetzgebung: das Verhältnis von Norm und Strafgesetz; die Lehre, »daß die Strafbarkeit logisch die Rechtswidrigkeit involviere«; die Rolle der Gesichtspunkte der »Vergeltung«, »Sicherung« und »Besserung« in der Strafgesetzgebung; Belings Typizitätstheorie und seinen Begriff der »Tatbestandsmäßigkeit«; das Prinzip der »Erfolgshaftung« und anschließend an dieses die Frage, ob der verbrecherische Versuch mit untauglichen Mitteln anders zu behandeln sei als der erfolgreiche; endlich das Problem der Teilnahme am Verbrechen (Anstiftung, Mithilfe). Der im einzelnen anregende Aufsatz hat als Ganzes einen allzu fragmentarischen Charakter und kann daher den Leser nicht restlos befriedigen.

Auf den umfangreichen, seinem Thema nach reizvollen, manche kulturgeschichtliche Zusammenhänge richtig erfassenden, aber präntiös und teilweise unklar geschriebenen Schlußaufsatz dieses Halbbandes (von *Helmuth Stadié*), der »die Stellung des Briefwechsels zwischen Dilthey und dem Grafen York in der Geistesgeschichte« untersucht, brauche ich hier nicht näher einzugehen, weil ich der Ueberzeugung bin, daß für sein Verständnis eine Kenntnis des Briefwechsels selbst erforderlich ist und eine sich zugleich auf diesen beziehende Besprechung unvermeidlich zu einem Aufsatz anwachsen müßte.

(N. v. Bubnoff.)

3. Soziologie, Sozialpsychologie, Rassenfrage.

Lütken, Charlotte: Die deutsche Jugendbewegung. Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei, 1925. 190 S.

Die vorliegende Schrift ist ein wertvoller Versuch, die deutsche Jugendbewegung soziologisch zu deuten und speziell die Frage zu beantworten, warum die Jugendbewegung gerade in Deutschland aufgekomen sei. Getragen von einer heißen Liebe zur Jugendbewegung, wissenschaftlich geschult — hierbei sehr stark von Max Weber beeinflusst — sowie in ihrer Einstellung durch und durch politisch, bringt es die Verfasserin zustande, aus der scheinbaren Zerrissenheit heraus den Sinn der Jugendbewegung zu erfassen und klar zu formulieren und die Entwicklung aufzuzeigen.

Fein und verständnisvoll ist die Schilderung der deutschen Jugend um die Jahrhundertwende: Das Gefühl des Ausgestoßenseins, der Einsamkeit, der Zweifel an der Autorität, die zuerst nur instinktiv vorhandene aber im Laufe der Zeit immer deutlicher werdende Ablehnung des preußischen Staates, dessen Leere die nach einer Volkseinheit lechzende Jugend nicht befriedigen kann, dessen Organe, wie vor allem die Schule, die Entfaltung des jugendlichen Lebensgefühls hindern, die Ablehnung des Geistes des Aktenmenschen, aber auch des Geistes der Erwerbsgier, das Fehlen eines gesellschaftlichen Zieles und Vorbildes, das Suchen nach einem neuen Stil, nach einem neuen alle verbindenden Volksgefühl. Nach einem neuen Leben suchend, forderte die zur Jugendbewegung gehörende Jugend von sich selbst Wahrhaftigkeit und Selbstbestimmung, versuchte, ein neues Leben zu gestalten, ein neues Land und einen neuen Lebensstil zu erwandern, stellte einen neuen Maßstab des Lebens auf: Leistung, Menschlichkeit, Dienstbereitschaft, schuf aus Jugendnot Jugendkultur und wurde dadurch, daß sie aus der nationalen Not herausstrebte und eine neue politisch-gesellschaftliche Gestaltung forderte, politisch, wenn auch zuerst der Ehrgeiz bestand, sich der Politik fernzuhalten. Nach der Revolution war politische Stellungnahme erforderlich. Das deutsche Staatsbewußtsein klar zum Ausdruck zu bringen, das wurde die politische Stellungnahme und die Aufgabe der deutschen Jugendbewegung. Dieser Wille zum deutschen Staat ist kennzeichnend für die gesamte deutsche Jugendbewegung, wobei parteipolitische Schattierungen in den Hintergrund treten. Die Jugend setzt ihre Bemühungen um einen neuen Lebensstil fort, um so eine notwendige Grundlage des neuen Staates zu schaffen, arbeitet an der Neugestaltung aller Parteien, sucht nach Lösungen, die nicht nur für die Jugend, sondern auch für die Zeit des Mannesalters gültig sind, arbeitet immer deutlicher die nationale und soziale Aufgabe der Jugendbewegung heraus, wendet sich gegen die Vergewaltigung der Menschen durch Klassenherrschaft und Maschine und sucht nach einem Zukunftsstaat in sozialistischer Form.

Diese politische Wendung, den politischen Sinn der deutschen Jugendbewegung klar herausgearbeitet zu haben, das ist der Verfasserin dank ihrer eigenen politischen Einstellung glänzend geglückt. Wenn auch die politische Seite der Jugendbewegung im Vordergrund der Schrift steht, so werden doch auch die anderen Probleme der Bewegung, wenn auch manchmal etwas stiefmütterlich, so das religiöse und das sexuelle, behandelt, so daß ein durchaus zutreffendes Gesamtbild der deutschen Jugendbewegung gegeben wird, ohne daß allerdings wesentlich Neues gesagt würde.

Diese Art des Versuches, die deutsche Jugendbewegung der Vor- und Nachkriegszeit zu deuten, gibt denn auch die Möglichkeit zur Beantwortung der Frage, ob in anderen Ländern ebenfalls eine Jugendbewegung vorhanden sei. Die Schwierigkeit der Beantwortung dieser Frage liegt angesichts des Mangels an Voruntersuchungen auf der Hand. Man hätte es deswegen verstanden, wenn die Verfasserin nur über die Stellung der Jugend in einigen größeren Ländern Wesentliches gesagt hätte. Ein kleines Minus der Schrift besteht indessen darin, daß sie über alle größeren Länder etwas sagen wollte. Die zwölf Zeilen über Italien können niemanden überzeugen und hätten fehlen sollen, dasselbe gilt für die fünf Zeilen über Sowjetrußland. Aber das hindert nicht, anzuerkennen, daß die Verfasserin bei den anderen Länderbeispielen stets fein herausgearbeitet hat, warum in diesen Ländern keine Jugend-

bewegung entstanden ist: Die Jugend Skandinaviens ist zu satt, zu bequem und stößt im Leben auf keine Widerstände, die der Schweiz erlebte nicht mit gleicher Intensität das Chaos der letzten Jahre, die Frankreichs stand stets unter dem Einfluß Erwachsener, fühlte sich nie einsam und kam nie auf die eigentlichen Jugendfragen, die der angelsächsischen Ländern findet einen gemeinsamen Lebensstil vor, hat alles, bekommt alles, braucht nicht zu suchen und nicht zu kämpfen, kennt wohl eine Not der Jugendlichen, nicht aber eine Not der Jugend.

(Wilhelm Grotkopp.)

4. Sozialismus.

Chojnacki, P.: Die Ethik Kants und die Ethik des Sozialismus. Ein Vermittlungsversuch der Marburger Schule. Darstellung und Kritik. Freiburg i. Schweiz, Paderborn, Paris. VIII und 157 Seiten.

Es ist erfreulich, daß sich die Katholische Philosophie in neuester Zeit weit gründlicher als bisher mit den von uns bereits seit mehr als einem Vierteljahrhundert verfolgten Bestrebungen beschäftigt, dem Sozialismus durch die Benutzung Kants eine bessere *e r k e n n t n i s - k r i t i s c h e* wie *e t h i s c h e* Unterlage zu geben. Die von uns in Bd. 51, S. 782—790 des *A r c h i v s* und kürzer in der neubearbeiteten Auflage von *K a n t* und *M a r x* (S. 265 f.) geschilderten Bücher von Steinbüchel (1921) und Schlund (1922) haben eine Erweiterung erfahren durch die oben zitierte bedeutungsvolle Studie des P. Chojnacki zu Freiburg (Schweiz), einen Teil der *S t u d i a F r i b u r g e n s i a*, die unter der Leitung der Dominikaner-Professoren dort herausgegeben werden. Leider ist mir die Schrift erst nach der Fertigstellung der neuen Auflage meines Buches bekannt geworden, so daß ich erst heute und an dieser Stelle darauf zurückkommen kann.

Chojnackis Schrift zeichnet sich fast von Anfang bis zu Ende durch eine wohlthuende Objektivität und gleichzeitig fleißige Sorgfalt aus wie sie auch Steinbüchel und Schlund nachzurühmen waren. An der *D a r s t e l l u n g* des »Marburger Vermittlungsversuches«, die den größeren Teil des Heftes (S. 1—85) einnimmt, ist von unserer Seite kaum etwas auszusetzen. Sowohl 1. die Grundlagen der Kantischen Ethik wie 2. diese in ihrem Verhältnis zu den ethischen Forderungen des Sozialismus, wie 3. die materialistische Geschichtsauffassung in der kritischen Beleuchtung des Neukantianismus oder, wie Ch. im Anschluß an meine Terminologie sagt, des Neukritizismus, werden im unmittelbaren Anschluß an, häufig mit den Worten der »Marburger« Cohen, Natorp, R. Stammler, Staudinger und K. Vorländer wiedergegeben. Sie enthalten eine so klare und übersichtliche Darstellung der Grundzüge dessen, was wir wollen, ich jetzt von den Marburgern fast allein will¹⁾, daß diese getreue Wiedergabe manchem anderen als Muster empfohlen werden könnte.

Auch der zweite Teil, die *K r i t i k* unseres »Vermittlungsversuchs«, ist, vom neu-thomistischen Standpunkt Chojnackis und seines Professors T. A. Rohner aus gesehen, wohl kaum angreifbar. Der Ver-

¹⁾ Denn von den S. 14 Anm. angegebenen »Anhängern Cohens« ist nicht bloß Staudinger schon 1921, sondern auch Natorp 1926 gestorben, und befinde ich mich seit 1919 nicht mehr in Solingen, sondern in Münster (was zur Berichtigung dienen möge).

fasser glaubt, was man ihm nicht übel nehmen kann, die Kantische Philosophie und die sozialistisch-marxistische Ethik durchaus unter zwei alt- bzw. neuscholastischen Rubriken unterbringen zu müssen: die erstere unter der des »Konzeptualismus«, die zweite unter der bekannteren des Nominalismus. Wie er das im einzelnen motiviert — er tut es nicht ohne Geschick —, das zu wissen, wird die Leser dieser nicht-philosophischen Zeitschrift weniger interessieren. Mit den in Teil II, Kapitel 3 gezogenen Resultaten können wir ganz zufrieden sein: »Die Grundvoraussetzung des Kantischen Idealismus und der sozialistischen Ethik ist die nämliche« (S. 138), »Die Marburger Schule hat die Möglichkeit eines Anschlusses des Sozialismus an Kant nicht nur vom rein erkenntnistheoretischen, sondern auch vom ethischen Standpunkte aus nachgewiesen« (S. 143), »die Ethik Kants kann zur Ethik des Sozialismus werden, denn die vom formalen Sittengesetz proklamierten Ideen, die sozialetischen Ideale der Menschheit und der Gemeinschaft enthalten die Kerngedanken eines ethischen Sozialismus« (ebd.), ja (was für den Marxismus nicht zutrifft) »Kantianismus und Sozialismus teilen die gleiche metaphysische Voraussetzung« und »die Ethik Kants kann logisch und geschichtlich zum Ausgangspunkt des Sozialismus dienen« (S. 145). Das genügt uns vollauf. Wenn dann zum Schluß betont wird, daß auch die Ethik Kants und des Sozialismus »der Gesellschaft kein Heil bringen«, daß den »Arzt der Gesellschaft« vielmehr nur die »reale Natur« des Menschen spielen könne, wie ihn der »gemäßigte Realismus« eines Aristoteles und Thomas von Aquino vertrete, so ist das bei einem Jünger des hl. Thomas nur zu begreiflich und tut der sonstigen von uns hervorgehobenen Leistung seines Buches keinen Eintrag. (K. Vorländer.)

Wilbrandt, Prof. Dr. R.: Die Entwicklungslinie des Sozialismus. Leipzig, Verlag Quelle & Meyer, 1925.

Die Frucht unermüdlichen Schaffens, die neue Schrift von Wilbrandt, »Die Entwicklungslinie des Sozialismus«, behandelt verschiedene Arten von Sozialismus: den Marxismus, den Staatssozialismus, den Kommunalsozialismus und den Genossenschaftssozialismus. Trotz dieser Mannigfaltigkeit deutet Wilbrandt den Sozialismus nicht so breit, wie manche andere Autoren, z. B. P. Krapotkin, der auch den Anarchismus oft Sozialismus im weiteren Sinne des Wortes nennt. Auch der Syndikalismus, besonders der revolutionäre, ist in der kleinen Schrift Wilbrandts nicht erwähnt.

Wenn man die Terminologie Krapotkins benutzt, oder wenn man sich an die Worte Napoleons III. erinnert, der einmal sagte: »Wir sind jetzt alle Sozialisten«, so kann man jede fortschrittliche Bewegung Sozialismus nennen. In diesem Falle aber verliert der Sozialismus seinen heutigen Sinn. Denn in der Gegenwart versteht man unter ihm fast ausschließlich nur das, was im Tätigkeitsbereich der Sozialdemokratie liegt und theoretisch von Marx beeinflußt wird. Sogar die Bolschewisten nennen sich selten Sozialisten, sondern fast immer Kommunisten.

Um die Verwechslung der Begriffe zu vermeiden und die Grenzlinie klar zu ziehen, ist es besser, anstatt Genossenschaftssozialismus den Terminus Kooperatismus zu gebrauchen, wie man Anarchismus und Syndikalismus sagt und nicht etwa Syndikosozialismus. Der Terminus Kooperatismus hat sich in allen Ländern eingebürgert und ist von französischen Sozialisten besonders empfohlen worden.

Diese kritischen Bemerkungen vermindern nicht den Wert der

glänzend und gedrängt geschriebenen inhaltsreichen Schrift von Wilbrandt, die ich für die beste populäre Schrift über den Sozialismus halte.

Besonders interessant sind die Abschnitte über die Sozialisierung, Staats- und Kommunalsozialismus. Nur scheint dem Verfasser unbekannt zu sein, daß die Munizipalisierung des Brothackens in der Stadt Catania, die vom sozialistischen Bürgermeister De Felice durchgeführt wurde, mit einem Krach endete und ein bedeutendes Defizit für die Gemeindekasse ergab.

Ebenso veraltet ist die Angabe über den Konsumverein in Rochdale, von dem Wilbrandt Zahlen von 1912 bringt, obwohl er Zahlen für 1924 hätte bringen können. Auch für Dänemark nennt er eine Konsumvereinstatistik von 1910, obschon er eine wesentlich neuere hätte anführen können.

Diese kleinen Mängel können in der zweiten Auflage des Büchleins von Wilbrandt leicht entfernt werden und beeinträchtigen nicht den Wert des kleinen Werkes. In dieser Schrift hat Wilbrandt objektiv und zugleich wohlwollend den Sozialismus behandelt. Die praktischen und die theoretischen Leistungen des Sozialismus resp. des Marxismus schätzt er sehr hoch ein, und darin unterscheidet er sich von sehr vielen anderen Gelehrten.

(V. Totomianz.)

5. Sozialökonomische Theorie und Dogmengeschichte.

Lindsay, A. D.: Karl Marx's Capital. An introductory Essay. London, Oxford University Press, 1925.

Lindsays kleines Buch über Marx, das in der weitverbreiteten Sammlung »The Worlds Manuals« erschienen ist, ist aus Vorlesungen des Verfassers vor Kreisen aus der Independent Labour Party und der Workers Educational Association hervorgegangen. Das Buch umfaßt 5 Kapitel. Das erste handelt über »Marx und Hegel«, das zweite (»Economic Determinism«) soll eine Darstellung und Kritik der Marxschen Geschichtsauffassung geben; die weiteren Kapitel behandeln die Werttheorie, die Mehrwertlehre, und endlich Ähnlichkeiten zwischen »Marx und Rousseau«.

Wenn der Verfasser den Zweck des Buches in der Einführung englischer Leser in das Studium des »Kapital« erblickt, so ist festzustellen, daß höchstens das erste Kapitel diesem Zweck entsprechen dürfte. Die anderen enthalten die verschiedenartigsten Ausführungen interpretierender, kritischer, dogmenhistorischer und psychologischer Natur, die zwar für den Marx-Kenner teilweise recht anregend, doch zur Einführung ungeeignet sind. Denn während einzelne, oft subtile Fragen herausgegriffen werden, und der Verfasser manchmal sein Thema überhaupt zu verlieren scheint, bleibt das bei aller Großartigkeit ziemlich einfache und gerade auch den Anfänger beglückende Grundgerüst des Marxschen ökonomischen Gedankenbaues größtenteils unsichtbar.

In sachlicher Hinsicht erweist sich die Darstellung der Marxschen Geschichtsauffassung als weitaus am schwächsten. Hier ist nicht nur alles, was im »Kapital« zu einer evolutionistischen Interpretation nicht paßt, so gut wie völlig außer acht gelassen — über die »Gewalt als Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft« findet sich kaum ein Wort! —, sondern mehrfach, und speziell über das Wesen der sozialen Klasse bei Marx, äußert L. Ansichten, die nur auf grober Kenntnislosigkeit

beruhen können. Man bedenke etwa folgenden beinahe unglaublichen Satz: »What is not clear in Marx or in his interpreters is whether a class is only a name for a number of individuals whose individual economic interests happen to make them act together, or whether a class involves the possession by the individuals composing the class of common interests to which their individual interests may and ought to be subordinated« (S. 44). Von Marxens ganzer Lehre vom »Uebau« der Klasseninteressen, von dem Verhältnis der ideologischen Vertreter einer Klasse zu dieser selbst usw., scheint Lindsay nichts vernommen zu haben. Dessenungeachtet kritisiert er!

Viel höher steht das Kapitel über Marxens Wertlehre — sicherlich der beste Teil des Buches. Da L. in der Wertlehre den Kern des Marxschen Systems erblickt, gilt seine besondere Bemühung der Aufhellung dieser Theorie, und hier findet man in der Tat manche geistreiche Bemerkung, besonders auch über die Beziehungen der Marxschen Wertlehre zur englisch-französischen Aufklärungsphilosophie. Ueber den Sinn des Wertbegriffs bei Marx denkt Lindsay teilweise ähnlich wie Sombart; freilich wird dieser so wenig wie überhaupt nennenswerte deutsche Marx-Literatur genannt. Die beiden letzten Kapitel sind weniger wichtig, das Auffälligste an ihnen ist wohl die vollkommene Bagatellisierung der »Theorie der kapitalistischen Akkumulation«.

Denkt man an Werke wie Simkovitchs »Marxism versus Socialism« (1913) oder Salters »Karl Marx an Modern Socialism« (1921), so wird man auch für englische Verhältnisse in Lindsays Buch kaum einen Fortschritt erblicken können. (Arthur Prinz.)

6. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie.

Credner, Wilhelm: Landschaft und Wirtschaft in Schweden. Band I der Schriften der baltischen Kommission zu Kiel. Breslau, Ferdinand Hirt, 1926. 131 S. Preis geh. 5 Mk.

Die vorliegende Schrift ist eine fleißige, gute und überaus anschaulich geschriebene Darstellung, wie in engster Abhängigkeit von geographischen Bedingungen sich in Schweden das Bild der Wirtschaft geformt hat, wie z. B. die Erzfunde, die großen Wälder und das Fehlen der Kohle den Charakter der schwedischen Wirtschaft bestimmen, wie »sich die schwedische Industrie trotz modernster Entwicklung doch weit harmonischer dem Landschaftsbilde einfügt, als wir es auf dem Kontinent gewohnt sind« (S. 88). Das Buch ist jedoch nicht nur ein wirtschaftsgeographisches, sondern auch ein entwicklungsgeschichtliches, denn der Verfasser weist immer wieder auf die verschiedensten Faktoren hin, die im Laufe der Zeit auf die geographischen Gegebenheiten eingewirkt haben, und zeigt, wie diese Faktoren das Bild geändert haben.

Nach einer kurzen methodologischen Einleitung gibt der Verfasser im ersten Teil einen Ueberblick über die geographischen Grundlagen der schwedischen Wirtschaft, in dem unter anderem die Bedeutung des Waldes, des Fehlens der Brennstoffe, die der Wasserkräfte und der Unregelmäßigkeiten des Witterungsverlaufes aufgezeigt wird. Im zweiten Teil gibt der Verfasser eine Uebersicht über die Hauptwirtschaftszweige und ihre Physiologie, unter anderem über die Land-, Holz- und Erzwirtschaft. Im dritten Teil versucht er kurz,

eine Abgrenzung der einzelnen Wirtschaftsgebiete des Landes zu geben.

Der zweite Teil ist ohne Zweifel der wertvollste. Er bietet speziell dem Wirtschaftswissenschaftler manche wertvolle Anregung, beleuchtet klar die wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten von wirtschaftsgeographischen, entwicklungsgeschichtlichen und auch technischen Gesichtspunkten aus und enthält außerdem eine anschauliche Darstellung der Produktionsprozesse innerhalb der wichtigsten schwedischen Wirtschaftszweige. Vom geographischen Standpunkt aus kommt der Verfasser zu mancher wertvoller wirtschaftlicher Fragestellung und interessanten Feststellungen, hingewiesen sei auf einige Bemerkungen über Standortfragen und auf die Deutung der Entwicklung des schwedischen Eisenbahnwesens. Diese geographische Grundeinstellung ist aber nie zu einseitig, vielmehr hat der Verfasser ein sicheres Gefühl für die Grenzen dieser Betrachtungsweise, hingewiesen sei z. B. auf die Darstellung des Bergbaues zu Bispberg (S. 77) und auf seine Bemerkungen über das Zündholzproblem (S. 69), das ihm, dem Geographen, ein Rätsel bleiben mußte. Ueber die Bedeutung dieser Schrift für die Wirtschaftsgeographie können und wollen wir uns an dieser Stelle nicht äußern: Wir sehen den großen Wert der Schrift darin, daß jeder Wirtschaftler, vor allem auch jeder Kenner der schwedischen Wirtschaft, stets mit großem Gewinn auf diese Schrift zurückgreifen können.

(Wilhelm Grotkopp.)

7. Bevölkerungswesen.

8. Statistik.

9. Soziale Zustandsschilderungen.

»Das heutige Rußland.« 1917—1922. *Wirtschaft und Kultur in der Darstellung russischer Forscher.* Berlin und Moskau, L. D. Frenkel-Verlag, 1923. VI u. 328 S.

Das vorliegende Werk soll eine Darstellung von Rußlands Wirtschaft, Recht, Kunst und Wissenschaft in den ersten drei—vier Jahren des Bestehens des Sowjetregimes geben. Sämtliche Abhandlungen dieser kollektiven Arbeit sind unter Mitwirkung und Leitung kommunistischer Kreise in Rußland zum Teil von bekannten, zum Teil von ganz unbekannten Schriftstellern und Publizisten verfaßt worden. Die Arbeit zerfällt in drei ungleichmäßige Abschnitte. Im ersten Teil werden folgende Fragen behandelt: Die Organisation der Industrieverwaltung von J. S. Rosenfeld; die Elektrifizierung und Elektrizitätsindustrie von W. Mebus; das Verkehrswesen von Ingenieur N. Imanowsky; der Geldumlauf von R. Goldberg; der Außenhandel und das Zolltarifsystem von Prof. Rafalowitsch; der Bergbau von Ingenieur G. Merzalow; die russische Metallurgie von Ingenieur G. Merzalow; die landwirtschaftliche Produktion von A. Masing; die Forstwirtschaft von Seliber; die Erforschung der Bodenschätze von Vermann; Sowjetrecht von Prof. Eugen Engel.

Der zweite Teil des Werkes ist der Kunst und der Wissenschaft gewidmet. Er bringt u. a. folgende Aufsätze: das Schicksal der russi-

schen Bücherschätze von A. Winogradow; Schutz der Kunst- und Altertumsdenkmäler von J. Grabarj; die russische Kunst von 1917 bis 1922 von Prof. N. Radlow; eine Skizze der russischen Literatur während der Revolutionszeit von A. Lunatscharski; das revolutionäre Theater von W. Scherschenjewitsch; die Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften von Prof. Sergej Oldenburg u. a. m.

Im dritten Teile des Buches werden kurze Angaben über die Organisation und die Aufgaben der russischen Wirtschaftsorgane gemacht.

»Das heutige Rußland« umfaßt einen Zeitabschnitt, den man, laut der Sowjetterminologie, als »Kriegskommunismus« bezeichnet. In den Jahren 1918—1920 wurden in Rußland die größten sozialen und wirtschaftlichen Versuche unternommen: die Sozialisierung der Landwirtschaft nach extremen Gleichheitsmethoden; die Nationalisierung der Industrie; die staatliche Regelung sowohl der Produktion als des Verbrauches; die sog. Arbeiterkontrolle oder die Industrieverwaltung durch Arbeiterorgane; zahlreiche Experimente auf den Gebieten des Rechtes, der Pädagogik, der Kunst usw. — das war, um sich nur auf die Hauptprobleme zu beschränken, der Weg des »Kriegskommunismus«. Zweifellos bietet diese Periode das größte Interesse für den Soziologen, den Nationalökonom, den Historiker und den Politiker. Ihre Erfahrungen zu systematisieren und kritisch zu bewerten, wäre von bedeutender, wissenschaftlicher Tragweite. Leider hat die Arbeit »Das heutige Rußland« mit einer solchen Forschung nichts gemein. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind die Artikel des Buches ausgesprochen tendenziös, von einem politisch-propagandistischen Geiste durchdrungen, und bezwecken die Verherrlichung der Sowjetpolitik. Der ganze betreffende Zeitabschnitt wird (im ersten wirtschaftlichen Teile) als eine planmäßige und rationelle Entwicklung dargestellt, was im schärfsten Widerspruch zu den geschichtlichen Tatsachen steht. Denn die Strum- und Drangjahre des Kriegskommunismus bilden eine höchst kritische, man könnte sagen, tragische Aera des Bolschewismus, unter der u. a. folgendes verzeichnet werden muß: Erlahmung des Industrie-mechanismus, katastrophaler Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, das Versagen des Sozialisierungsprogrammes und der allgemeinen Arbeitspflicht, sowie überhaupt der gesamten staatlichen Regelung der Produktion und des Verbrauches. Auf wirtschafts-politischem Gebiete schritt der Bolschewismus von einer Niederlage zur anderen, bis schließlich der »Kriegskommunismus« Anfang 1921 vollständig zusammenbrach. Der Mißerfolg des »kriegskommunistischen« Systems wurde durch die Rückkehr zu den kapitalistischen Grundsätzen der neuen Wirtschaftspolitik (Nep) offiziell besiegelt. Weder von allen diesen wichtigen Fragen noch vom Fiasko der Wirtschaftsordnung erfährt man etwas aus dem Sammelwerk, das bestimmt ist, dem deutschen Leser eine Bilanz des »Kriegskommunismus« zu unterbreiten.

Fast in jedem Artikel des ersten Teiles des Buches werden Behauptungen aufgestellt, die in keiner Weise begründet werden. Ebenso befremden die unzuverlässigen statistischen Angaben, welche mit dem größten Vorbehalt zu bewerten sind.

Die Abhandlungen des zweiten Abschnittes sind ihrem Werte nach nicht einheitlich. Während die meisten von ihnen die Versuche auf den Gebieten des Schulwesens und der Kunst in höchstem Grade überschätzen, bringen einige wahrheitsgetreue Darstellungen der betreffen-

den Probleme. Von den letzteren zeichnet sich der Beitrag von Sergej Oldenburg über die Tätigkeit der Petersburger Akademie der Wissenschaften vorteilhaft aus.

Die Angaben über die Wirtschaftsorganisationen der Sowjetunion sind informatorischer Art und zur Zeit unvollständig.

Es erübrigt sich natürlich, hinzuzufügen, daß »Dem heutigen Rußland« kein wissenschaftlicher Wert beigemessen werden kann.
(Paul Olberg.)

10. Agrarwesen, Landarbeiterfrage.

Bauer, Otto: Der Kampf um Wald und Weide.
Studien zur österr. Agrargeschichte und Agrarpolitik. Hrsg. von der agrarpolit. Kommission der Dtsch.-österr. Sozialdemokratie.
Wien 1925. 244 S.

Ebenso wie der Heidelberger Parteitag (Sept. 1925) der deutschen Sozialdemokratie war auch schon der Salzburger Parteitag (Nov. 1924) der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie zu keinem Agrarprogramm gekommen. Beide Parteitage setzten lediglich agrarpolitische Kommissionen zur vorbereitenden Bearbeitung ein. Das vorliegende Buch Otto Bauers ist eines der im Auftrage der österr. Kommission ausgearbeiteten Referate. Seine Veröffentlichung ist jedoch unter alleiniger Verantwortung des Verf. geschehen, da der große Umfang des Referates eine vorherige Stellungnahme der als Herausgeber zeichnenden Kommission ausschloß.

Bauers Buch zerfällt in einen agrargeschichtlichen und einen agrarpolitischen Teil.

Der geschichtliche Teil begrenzt sich auf die Länder, die heute die österr. Republik bilden. Für sie will Verf. den Lehrern, Volksbildnern und Volksrednern »eine kurze volkstümliche Darstellung der Agrargeschichte in die Hände geben«. — Um so mehr hätte sich Verf. seiner hohen Verantwortung bewußt sein dürfen. So notwendig es ist, die Geschichte Oesterreichs nicht als Geschichte des Hauses Habsburg zu geben, ebenso notwendig ist es, Geschichte überhaupt nicht pro domo zu geben. Bauers Agrargeschichte ist im Gedanken des Klassenkampfes geschrieben. Der erste Teil seines Buches leidet an einseitiger Hervorhebung und Bewertung eben immer nur sehr bedingt richtiger Erkenntnisse. Sie aus dem Zusammenhang ihrer vollen geschichtlichen Entwicklung zu lösen, verbietet sich von selbst, — auch auf dem Boden materialistischer Geschichtsauffassung.

Der Grundgedanke des geschichtlichen Teiles besagt, daß »die aus dem Jahrhunderte hindurch fortgesetzten Raubzug der Herrenklassen hervorgegangenen modernen Eigentumsverhältnisse am Walde« die »Basis des Kapitalismus« sind, daß »der Kapitalismus aus den modernen Eigentumsverhältnissen an den Forsten hervorgegangen ist«, daß er »sich nur unter der Voraussetzung der gewaltsamen Aneignung der Forsten entwickeln konnte«! (S. 164). Dieser Erkenntnis entsprechend ordnen sich die Einzelbetrachtungen ein. Im Rahmen der Grenzen, die dieser Grundgedanke setzt, ist vieles beachtlich und erkenntnisreich. Für die allgemeine Beurteilung rächt es sich, das Thema eines Sonderreferates zentral in eine Jahrhunderte umfassende Agrargeschichte einzuzwingen. Verf. gibt Bausteine, die nur aus einem Material gehauen, noch der Ergänzung durch andere und selbst feinerer Ver-

arbeitung bedürfen, um in einem wirklich agrar g e s c h i c h t l i c h e n Bau verwandt werden zu können.

Anders ist der zweite Teil, mit dem Verf. von dem, was war, zu dem, was sein soll, übergeht. Hier werden programmatisch wertvolle Ausblicke eröffnet. Dieser Teil hat nicht nur zur Kenntnissnahme sozialdemokratischer Agrarpolitik, sondern darüber hinaus gediegenen Gehalt. Dies gilt vor allem für die Behandlung der »Sozialisierung der Forstwirtschaft«. Die naturgegebenen Eigenheiten forstwirtschaftlicher Produktion kommen der theoretischen Einstellung des Verf. entgegen. Scharf und sachlich tritt Verf. der »Kommerzialisierung« der Forsten entgegen und entwickelt überzeugend Bedeutung und Notwendigkeit gemeinwirtschaftlicher Regelung. Dies geschieht in breiter Anlage; vor allem in der Frage, die Forstwirtschaft in den Dienst der Viehwirtschaft zu stellen. Teilweise Ueberspannung zeigt auch hier wieder die sozialistische Einstellung des Verf. Aber gerade deshalb gewinnt dieser Abschnitt besondere Bedeutung als Beitrag sozialdemokratischer Forstpolitik. Analog schließen sich die weiteren allgemein agrarpolitischen Ausführungen an. »Der Gemeindesozialismus in der Landwirtschaft« und »Sozialdemokratie und Grundeigentum« umfassen ein sozialistisches Agrarprogramm schlechthin. Aus der Frage der Landflucht heraus wird die Notwendigkeit der Allmende, der Auffrischung der alten Institution der österr. »gemain« begründet. Die Allmende soll wechselnd auf Grund der Familienstandsveränderungen den Gemeindemitgliedern zugeteilt werden und so als Basis der Landarbeitersiedlung und Selbsthaftigkeit der Kleinbauern und damit der Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte dienen. Die Beschaffung der Allmende wird in den Alpenländern durch Sozialisierung des Forstbesitzes, im Flachland durch Enteignung der Außenschläge der landwirtschaftlichen Großbetriebe erfolgen. Zu allem tritt eine Erweiterung des Gemeindebesitzes durch Kommunalisierung des Jagdrechts. »Die alte gemein, die durch die Entwicklung des Kapitalismus zersetzt worden ist, auf höherer Stufe, mit neuen Funktionen wiederherzustellen, ist die geschichtliche Aufgabe des Sozialismus in der Landwirtschaft« (S. 224). Eine Aufteilung der Großbetriebe selbst kommt zu diesem Zwecke nicht in Frage. Verf. vertritt ausdrücklich die Ueberlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebes. Daß bisher trotzdem entgegen dem »Gesetz der Konzentration des Kapitals« der landwirtschaftliche Kleinbetrieb Boden auf Kosten des Großbetriebes gewann, wird auf Kautsky (Theorie der Ueberarbeit und Unterkonsumtion) und Tschajanow (Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft) fußend mit der Verschiedenheit der Motive zum Kaufgebot beim kapitalistischen und kleinbäuerlichen Käufer begründet. Der »Produktivitätsvorsprung« des Großbetriebes wird durch die »Selbstständigkeitsprämie«, die der kleinbäuerliche Käufer zu zahlen gewillt ist, kompensiert. Aber mit Erringung der politischen Macht durch das Proletariat, mit Aufrichtung einer sozialistischen Planwirtschaft, mit der auch der Lohnarbeiter alle die Vorteile erhält, für die der Kleinbauer heute noch gewillt ist eine Selbstständigkeitsprämie zu zahlen, wird diese fortfallen. Der Produktivitätsvorsprung des Großbetriebes tritt in seine Rechte, die Expansivkraft auch des landwirtschaftlichen Großbetriebes wird die, welche ihm sozialistische Theorie schon immer zugewiesen hat, und die Expropriation der Expropriateure zur notwendigen Folge.

Die Auswertung des nunmehr staatlichen Großgrundbesitzes wird im Pachtsystem erfolgen und erst später gemeinwirtschaftlicher Or-

ganisation vorbehalten sein. Ob auch die Kleinbetriebe sich zu genossenschaftlichen Großbetrieben zusammenfinden werden, bleibt als Zukunftsfrage offen. Wie sich überhaupt Verf. dankenswerterweise um die Aufgaben bemüht, die die gegenwärtige Gestaltung selbst, aus sich heraus aufgibt. Damit gewinnt er, wie schon gesagt, allgemein wertvolle Ausblicke; daß sie trotzdem von sozialistischer Theorie beeinträchtigt sind, liegt nun mal am Ausgangspunkt, der darauf abzielt, daß sich »die Landarbeiter, die Häusler, die Kleinbauern um das industrielle Proletariat scharen, um mit ihm vereint die politische Macht zu erobern, im gemeinsamen Besitz der Macht die große Umwälzung der Eigentumsverhältnisse zu vollziehen« (S. 244).

(W. Steffler.)

Bauer, Otto: Sozialdemokratische Agrarpolitik.
Erläuterung des Agrarprogramms der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie. Wien 1926. Hrsg. von der agrarpolitischen Kommission der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie. 187 S.

Nachdem der Parteitag 1924 der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie lediglich zu vorbereitenden Maßnahmen gekommen war, hat der vom Jahre 1925 nunmehr ein Agrarprogramm beschlossen (Wien 1925. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung). An seinem Zustandekommen war Bauer mit einem der agrarpolitischen Kommission abgestatteten Referate beteiligt (Der Kampf um Wald und Weide. Wien 1925). Seine Gedankengänge sind ausschlaggebend in das Programm eingegangen; deshalb erscheint auch keiner besser zu dessen Kommentierung berufen als er.

Bauer erachtet sein vorliegendes Buch als erste Einführung in das sozialdemokratische Agrarprogramm, als dessen gemeinverständliche Erläuterung. Es unterliegt der Zweckbestimmung, den Genossen die Waffen zur parteipolitischen Bearbeitung des arbeitenden Landvolkes in die Hände zu geben; es enthält die sozialistische Taktik im Kampf um die Seele des Landvolkes. Im Rahmen dieser Zweckbestimmung kann dem Buche die Anerkennung nicht versagt werden.

Aber es fehlen nicht auch an sich beachtenswerte Vorschläge. Dies gilt vor allem für den Teil des Programms, der die Forderungen enthält, »die schon innerhalb der bestehenden, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verwirklicht werden können«. Vieles in den Fragen eines Getreideaußenhandelmonopols, verstärkter Vergenossenschaftung, des Zwanges in der Produktivitätspolitik, der Bodenverschuldung, des Gemeindееigentums, der Schul- und Ausbildungsfragen — um wichtigstes herauszugreifen — wird Vorwurf eingehender sachlicher Stellungnahme sein müssen; einer eingehenderen, als sie Bauer selbst mit zu jedem Punkte angeführten »bürgerlichen Einwänden« vollzieht, die er widerlegt.

Gerade im Interesse notwendiger Neugestaltung ist die parteipolitische Begrenzung und Aufputschung, wie sie uns auch bei den wertvollen Reformvorschlägen in diesem Buche entgegentritt, zu bedauern: alles ist zu sehr darauf eingestellt, lediglich Etappen auf dem Wege zum sozialistischen Zukunftsstaate zu sein, anstatt eine straff an die Produktionsmöglichkeiten und -notwendigkeiten gebundene nüchterne Grundlage zum Wiederaufbau der österreichischen Landwirtschaft abzugeben. Denn auch innerhalb des vorliegenden Programms ist vieles zu sehr an eine Prosperität der Agrarproduktion ge-

bunden, als daß deren Erzielung unbeirrt parteipolitischen Gestaltungswillens nicht die erste und einzige Sorge sein müßte. Und vergleicht man in dieser Einstellung, so gibt z. B. das auch gerade jetzt herausgekommene Buch von Hermann Kallbrunner (*Der Wiederaufbau der Landwirtschaft Oesterreichs*) hierzu ungleich mehr als dies, in vielem gewiß durchaus beachtenswerte und wertvolle, Programm einer großen Partei und seine Kommentierung durch einen ihrer Führer. (W. Steffler.)

Kallbrunner, Hermann: Der Wiederaufbau der Landwirtschaft Oesterreichs. Wien 1926. 150 S.

Eine Darstellung der Agrarstruktur Deutsch-Oesterreichs führt uns zum eigentlichen Thema. Nicht zu Unrecht nimmt diese fast die Hälfte der Schrift in Anspruch. Einer zahlenmäßigen Erfassung der Größenveränderungen der österreichischen Landwirtschaft zur Vorkriegszeit folgt ein kurzer Ueberblick über die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung, soweit sie für den heutigen Agrarzustand bestimmend ist. Dieser selbst wird dann unter Verwendung der besonders in Monographien eingehenden Literatur in einer je gesonderten Behandlung der Acker-, Vieh- und allgemeinen Agrarwirtschaftsverhältnisse geschildert. Die gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten und -aussichten finden hierbei gebührende Berücksichtigung. Sie werden abgehandelt — mit Beachtung der geographischen, geologischen und klimatischen Besonderheiten, der Bodennutzungsarten und Produktionsrichtungen, der Absatzbedingungen, der Rechts- und Betriebsverhältnisse — auf der allgemeinen Grundlage einer Einteilung in das Getreideland mit Viehhaltung, in das Alpenland mit Viehzucht und in das Uebergangsgebiet beider. Notwendigkeiten zur Umstellung werden für alle drei Gebiete gesehen.

Die Umstellung wird in ihrer Abhängigkeit von den politischen Entwicklungsmöglichkeiten besonders herausgestellt und untersucht auf die Auswirkung — die politischen Verhältnisse und Folgen selbst bleiben grundsätzlich ausgeschlossen — bleibender Selbständigkeit Oesterreichs hin oder des Anschlusses an ein größeres Wirtschaftsgebiet (einer Donauföderation, des Deutschen Reiches, einer mitteleuropäischen Staatsbildung). Die jeweiligen Folgerungen sind klar und eindeutig gezogen: einerseits im Falle der Selbständigkeit, auf die Notwendigkeit hin, weniger die natürlichen Produktionsgrundlagen als den Bedarf des Inlandes entscheiden zu lassen, also vor allem tunlichster Ausbau der Getreideproduktion und wegen der Ausfuhrschwierigkeit Abdrosselung der Zuchtviehproduktion, weil die sonst notwendige Verwendung des fleischarmen Zuchtviehes zu Konsumzwecken keine Rentabilität sichert; andererseits verkehrt Abschluß von zu erstrebenden Handelsverträgen bis zum völligen Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet diese Richtlinien bis in ihr Gegenteil: die Oesterreich naturgegebene Produktionsrichtung verstärkter Viehhaltung und -aufzucht — »Die Zukunft der österreichischen Landwirtschaft liegt, dank den ganzen wirtschaftlichen Grundlagen, im Alpenlande« — geht aufs glücklichste ein in die Arbeitsteilung eines jeden der Anschlußgebiete, am glücklichsten in die Deutschlands.

Die hierbei von starkem Optimismus getragenen Ausführungen sehen auch in der Rückwirkung dieser Gestaltung auf die Kartoffel-, Gemüse- und Zuckerrübenproduktion Oesterreichs keine besonderen Gefahren und für das Getreideland zumindest einen Ausgleich durch

»die allgemein verbilligend wirkenden Vorteile eines Anschlusses«, für das Uebergangsgebiet einen wesentlichen Nutzen in der Umstellung auf intensivere Viehhaltung und insbesondere für die Almenwirtschaft des Alpenlandes durch Weideauftrieb aus den benachbarten Gebieten Deutschlands einen kräftigen Aufschwung.

Die weiteren Ausführungen beschäftigen sich nunmehr an Hand obiger Richtlinien mit den Wegen zum Wiederaufbau, mit allem, was ihn hemmt und fördert, den allgemeinen Umständen, den persönlichen und sachlichen Vor- und Nachteilen und ihren Gestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten. Eine bis in Einzelheiten gehende Betrachtung macht diesen programmatischen Teil besonders anschaulich und wertvoll. (W. Steffler.)

Neubauer, Wilhelm: Der Kampf um den Wald.
Forstpolitische Betrachtungen. Wien, Leipzig 1925. 28 S.

Neubauers Schrift ist eine Zusammenfassung und Verwertung zweier Aufsätze, von denen der eine im Zentralblatt für das gesamte Forstwesen und der andere in der Oesterr. Forst- und Jagdzeitung bereits veröffentlicht sind.

Der erste Teil dieses Heftchens, »Der Kampf um den österreichischen Bundeswald«, enthält eine Stellungnahme zu den zu einer Regierungsvorlage gediehenen Kommerzialisierungsversuchen der österr. Bundesforste. Aus den Notwendigkeiten der forstwirtschaftlichen Produktion heraus wird hier in sachlicher Weise von einem Fachmanne die gemeinwirtschaftliche Regelung vertreten und deren Grundsätze entwickelt. Jedwede auf der Bodenreinertragslehre fußende und damit privatwirtschaftliche Gestaltung der forstwirtschaftlichen Produktion findet eingehend begründete Ablehnung.

Der zweite Abschnitt, »Auf den Pfaden der Bodenbesitzreform«, ist wohl derjenige, der den Verf. selbst veranlaßt, seine Aufklärungsschrift »als von Tendenz durchaus nicht frei« zu erklären. Dennoch fehlt auch ihm nicht gute sachliche Begründung. Auf der Grundlage eines »Sozialliberalismus« werden in maßvoller Weise Grundlinien und Entwicklungstendenzen allgemein gemeinwirtschaftlicher Regelung aufgezeigt. In allem ist die vorliegende Schrift tiefer und inhaltsreicher als man ihrem Umfange nach erwartet. (W. Steffler.)

11. Gewerbliche Technik und Gewerbepolitik.

12. Kartellwesen, Unternehmerorganisation. Industriepolitik.

13. Gewerbl. Arbeiterfrage, Arbeitsmarkt.

14. Arbeiterschutz.

15. Versicherungswesen (bes. Arbeiterversicherung).

16. Gewerkvereine und Tarifwesen.

17. Allg. Sozialpolitik und Mittelstandsfrage.

18. Privatbeamten- und Gehilfenfrage.

19. Handel und Verkehr.

20. Privatwirtschaftslehre (Handelswissenschaft).

21. Handels- und Kolonialpolitik.

22. Geld-, Bank- und Börsenwesen.

Hargreaves, E. L.: Restoring Currency Standards.
With a preface by Edwin C a n n a n. London, P. S. King & Son,
Ltd., 1926. IX und 106 S., 8°.

Die Arbeit ist auf Anregung des Londoner Prof. C a n n a n entstanden, um einige wichtige Fälle der Anpassung der Geldschulden an Währungsänderungen zu untersuchen. Als Objekte sind gewählt worden: die Ver. Staaten 1780—83, Frankreich 1795—98 und Oesterreich 1811—13. Es kam also nicht auf die Darstellung der Währungsgeschichte der betreffenden Epochen an, auch nicht auf die Analyse der Stabilisierungsmethoden: lediglich die Frage sollte beantwortet werden, in welcher Weise und in welchem Umfange noch bestehende oder gar bereits gelöschte langfristige Geldverpflichtungen durch Gesetzgebung und Rechtspraxis »aufgewertet« (wie der völlig irreführende deutsche terminus lautet), d. h. in Einheiten der neuen Währung umgewandelt wurden.

Diese Fragestellung ist in münzgeschichtlichen Arbeiten gewiß schon öfters hervorgehoben worden: für die englische Münzgeschichte bereits in dem Buch von Lord L i v e r p o o l (1804), für die Umwandlung der französischen assignats in mandats territoriaux und dieser wiederum in Silber andeutungsweise z. B. in F a l k n e r s Schrift über das Papiergeld der französischen Revolution (1924, S. 60 ff.); für die österreichische Devaluation beiläufig in der Arbeit von Victor H o f m a n n (1924). Im ganzen aber wurde diese Frage überwiegend den Juristen überlassen, die sich ihrer aber — wenn man etwa von der Arbeit von H a r t m a n n über Geldschulden absieht — nicht gerade mit Begeisterung angenommen haben. Dazu kam namentlich in Deutschland der Einfluß der K n a p p s c h e n Staatlichen Theorie, dem es ja nur auf die Formalität der Umrechnung, nicht aber auf die effektive Anpassung der Geldschulden an den Geldwert ankam. So etwas dürfte im Sinne der Knappschen Lehre eigentlich gar nicht vorkommen. Man wird es also dankbar begrüßen, daß die Aufgabe von einem qualifizierten Forscher aufgegriffen und an Hand erster Quellen wenigstens für die genannten Beispiele in durchaus befriedigender Weise gelöst wurde.

Von den Ergebnissen, die übrigens im Schlußkapitel (S. 93 ff.) recht präzis zusammengefaßt und sowohl mit dem ersten deutschen Aufwertungsgesetz als auch mit dem »Anleihenablösungsgesetz« vom Juli 1925 verglichen werden, seien einige hervorgehoben. So wirft z. B.

jedes Stabilisierungsexperiment die Frage auf, ob laufende Schulden dem vollen Gold- (bzw. Silber-) Wert nach zurückzuzahlen sind. Der Besitzer von Forderungen auf Assignaten hatte sich mit mandats entsprechend dem offiziellen Umrechnungsverhältnis für die Scheine selbst zu begnügen; ebenso war es bei der Umrechnung von Bankozettelforderungen auf »Einlösungsscheine« in Oesterreich geregelt.

Es fragt sich ferner, ob alle Gläubigerkategorien gleich oder verschieden behandelt werden. Bei der endgültigen Rückkehr Frankreichs zum Edelmetall wurden die Staatsrentner durch den tiers consolidé schlechter gestellt als andere Gläubiger. In Oesterreich kam 1811 eine schlechtere Behandlung in der Form der Herabsetzung des Zinses auf Staatsschulden auf die Hälfte zum Ausdruck. Eine Abstufung des Umrechnungssatzes hat es wie in Deutschland für Oktober 1923, so im amerikanischen Staate Connecticut von September 1779 bis März 1780 gegeben: nur wurde sie hier nicht wie damals in Deutschland von Tag zu Tag, sondern zweimonatlich als das Verhältnis von »Continental Bills of Credit« zu »100 Spanish Milled Dollars« festgesetzt.

So viel, um einige der wichtigsten Rechtsfragen der Währungsreformen, die in der Arbeit eingehend berücksichtigt werden, zu erwähnen. Die Schrift selbst stellt einen sehr wertvollen Beitrag zur systematischen Währungsgeschichte dar, und es wäre sehr zu begrüßen, wenn andere Beispiele, an denen es im 19. Jahrhundert gewiß fehlt (Spanien, Rußland, Dänemark, Italien usw.), ähnliche Behandlung fänden. (Melchior Palvi.)

Nußbaum, Arthur: Das Geld in Theorie und Praxis des deutschen und ausländischen Rechts. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1925.

Nach allem, was uns Gesetz und Rechtsprechung in der Inflation beschert haben, ist dieses Buch nicht nur vom Standpunkt des Juristen, sondern auch von dem des Nationalökonomen zu begrüßen. Nußbaum tut einen bemerkenswerten Schritt auf die Nationalökonomie zu. Er hat den Mangel einer Zusammenfassung der geldrechtlichen Bestimmungen als erhebliche Lücke in der rechtswissenschaftlichen Literatur empfunden und legt uns nun diese Uebersicht über die das Geld betreffenden Rechtssätze und Rechtstheorien Deutschlands und des Auslandes vor, wobei er das Recht der Valutaschulden besonders ausführlich behandelt. Merkwürdigerweise äußert er sich zum Problem der Geldwertänderung — besser: der Geldentwertung — außerordentlich knapp, vielleicht mit Rücksicht auf die Hochflut derartiger Literatur, die schon vorliegt, vielleicht auch mit Rücksicht darauf, daß nach der Stabilisierung der Mark das Problem für Deutschland an Interesse eingebüßt hat. Das Geld ist ein Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik geworden. Da ist es natürlich kein Wunder, daß die staatlichen Instanzen bzw. die der Geldverwaltung wenig Interesse zeigen, ihre Machtfülle durch rechtliche Bestimmungen eingengt zu sehen. Andererseits ist es aber auch praktisch unmöglich, jede Geldwertänderung, selbst wenn sie ein nicht unerhebliches Ausmaß hat, von Rechts wegen zu berücksichtigen. Nußbaum lehnt es insoweit mit Recht ab, der Geldwertänderung rechtserhebliche Bedeutung zuzumessen, aber er geht in seiner Ablehnung m. E. doch etwas zu weit. Wenn man eine Notwendigkeit anerkennt, der staatlichen Geldverwaltung das Recht zu einer Inflation großen Stils zu belassen, kann man dem Richter allerdings verbieten, die angeblich notwendigen

staatlichen Maßnahmen durch seinen Urteilspruch zu durchkreuzen. Wenn man aber diese Notwendigkeit bestreitet, und Nußbaum dürfte sie wohl kaum bejahen wollen, so muß der Richter das Recht haben, beim Urteil in einem wegen der Geldentwertung geführten Prozeß Sinn und Zweck von Verträgen zu berücksichtigen.

Es sind zwei Punkte in Nußbaums geldrechtlicher Theorie, zu denen man als Nationalökonom Stellung nehmen möchte; der eine ist der des juristischen Geldbegriffs, der andere der schon angeschnittene der Geldschulden. Das bisherige Recht hat das Geld nicht in sein Begriffssystem logisch eingeordnet. Es hat es im wesentlichen als »vertretbare Sache« angesehen, ohne sich um seine sonstigen Definitionen zu kümmern. Mit Recht weist Nußbaum auf die Lücke hin, die hier vorliegt. Geld kann nicht »vertretbare Sache« im Sinne von § 91 BGB. sein, da es im Verkehr nicht nach Zahl, Maß oder Gewicht bestimmt wird, vielmehr ein Hundertmarkschein fünfzig Zweimarkstücken oder zehn Zehnmarkstücken usw. gleichsteht. N. findet daher, daß das Geld nach geltendem Recht eine vertretbare Sache eigener Art sei und stellt folgende Definition auf (S. 6): »Wir können also Geld als diejenigen Sachen definieren, die im Verkehr nicht als das gegeben und genommen werden, was sie physisch darstellen, sondern lediglich als Bruchteil, Einfaches oder Vielfaches (xfaches) einer ideellen Einheit.«

Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Begriffsbestimmung den unklaren Verhältnissen des geltenden Rechts gerecht wird. Leider aber unterläßt es N. nun an dieses Ergebnis, dessen gezwungene Formulierung doch zur Kritik herausfordert, Folgerungen wegen sachlich richtiger Gestaltung des rechtlichen Geldbegriffs zu knüpfen. Seine Definition bezieht sich nur auf das Geld, wie es sich im heutigen Recht darstellt. Insofern beschränkt er sich ebenso wie Knapp darauf, den Inhalt der bestehenden Rechtsnormen klar und logisch herauszustellen, obwohl er durchaus betont, daß der Primat hier der Wirtschaft und nicht dem Recht zukomme. Während nun Knapps Staatliche Theorie das Recht als gegeben hinnimmt und aus ihm das Wesen des Geldes abzuleiten versucht, sieht Nußbaum als reiner Jurist davon ab, über das Wesen des Geldes theoretische Erwägungen anzustellen; beide versäumen es, das Wesen des Geldes von der wirtschaftlichen Seite her zu erfassen und zur Grundlage juristischer Betrachtungen zu machen, so daß wir trotz zweier interessanter juristischer Geldtheorien heute auf dem Gebiet des Geldrechts noch nicht weiter gekommen sind. Stimmt Nußbaums Theorie de lege lata auch, dem Wesen des Geldes, wie es sich nach dem heutigen Stande der Geldtheorie darstellt, wird sie nicht gerecht. Vielmehr wird das Geld mit Hilfe des Begriffs der ideellen Einheit zwangsweise den vertretbaren Sachen zugeordnet, weil die bestehenden Gesetze oder Rechtsanschauungen das Geld eben als vertretbare Sache ansehen. Ein Recht ist das Geld nicht (S. 68), folglich muß es eine Sache sein, allerdings eine ganz eigener Art. Den bekannten Einwand des Giralgeldes weist N. mit dem typisch juristischen Hinweis darauf zurück, daß die Ueberweisung erstens ein Konto, zweitens aber auch die entsprechende (vielfach allerdings vorauszusetzende) Zustimmung des Zahlungsempfängers voraussetzt. Dieser juristische Gegeneinwand übersieht m. E. völlig Wesen und Bedeutung des Giralgeldes. Dem Nationalökonom steht diese formale Behandlung nicht an, vermittelt doch

praktisch das in Münzen und Scheinen umlaufende Geld nur einen sehr geringen Teil der im Wirtschaftsleben vorkommenden Umsätze, und selbst wenn man Wechsel und Schecks noch beiseite läßt, so kann doch die Stellung des Ueberweisungsverkehrs nicht so leicht abgetan werden. Der Zahlungsverkehr durch Bank- oder Postschecküberweisungen, der vom Nationalökonomien theoretisch natürlich dem durch Münzen und Noten nicht völlig gleichgesetzt wird, steht diesem aber — auch für die nationalökonomische Theorie — in dem Punkte völlig gleich, auf den es hier ankommt. Es ist wirtschaftlich völlig gleich, ob ich dem Inhaber eines Postscheckkontos meine Schuld durch eine Ueberweisung auf dieses Konto oder mit Hilfe einer Postanweisung bezahle. Nur die Unkosten sind verschieden. Es muß also auch juristisch möglich sein, beides unter einen Hut zu bringen. Unter den der körperlichen Sache beides zu bringen geht allerdings nicht. Aber vielleicht hilft uns folgende Betrachtung:

Aus dem körperlichen — durch Banknoten zuweilen vertretenen — Tauschmittel früherer Zeit, das nach Gewicht genommen wurde, ist ein Tauschmittel geworden, dessen stoffliche Eigenschaften nebensächlich geworden sind. Seine Verbindung mit dem Stoffe (Goldwährung) ist eine umstrittene Frage wirtschaftstechnischer Behandlung der Währung. Das Geld, das mit dem Stoffe identisch war, ist mit dem Gelde, das aus einem Recht (einer Forderung an die Notenbank) entsprungen ist, zu einer begrifflichen Einheit bei wirtschaftlicher Gleichstellung verschmolzen worden, es ist weder Stoff noch Recht, sondern eben — Umlaufmittel, kann also auch rechtlich nicht unter den Begriff der Sache und nicht unter den des Rechts fallen, sondern ist ein eigenes Etwas, das seine eigenen Rechtsnormen haben will. Und warum nicht? Es wird nicht schwer sein, sich an diesen Gedanken zu gewöhnen, und unter normalen Verhältnissen bedingt diese theoretische Formulierung ja auch keine Aenderung der Praxis. Nur die berühmte Streitfrage vom vorhandenen oder nicht vorhandenen Willen der Parteien bei Vertragsabschluß dürfte damit als müßig sich erweisen. Die Parteien haben eben eine Vereinbarung über Geld getroffen und nicht über Sachen, die z. B. beim Darlehen in gleicher Art, Menge und Güte zurückzuerstatten sind, wie es in mancher schönen Gerichtsentscheidung in der Inflationszeit hieß. Man braucht, glaube ich, das BGB. nicht umzuwerfen, man braucht keinen neuen Gesetzeskodex zu schaffen, man muß sich nur klar machen, daß Geld eben ein Ding eigener Art ist. Man muß den Boden der juristischen Geldtheorie erst einmal verlassen und auf den der nationalökonomischen treten, das Geld als Tatsache erst begreifen und danach Recht und Rechtsbegriffe formen. Tut man dies, so wird man ohne Schwierigkeiten wohl auch über die unglücklichen Formulierungen des BGB »Geld und andere bewegliche Sachen« hinwegkommen. Münzen und Scheine bleiben als solche natürlich vertretbare Sachen, aber die Verträge über Geld gehen ja im allgemeinen nicht auf Münzen und Scheine, sondern auf Geld.

Was ist denn mit dieser Formulierung des Geldbegriffs für das Recht gewonnen? Immerhin das, daß bei einer Geldentwertung der Richter einen anderen Maßstab an die Aufwertungsforderung des Gläubigers legen muß, als wenn er Geld als vertretbare Sache, womöglich noch mit »legaler Wertkonstanz« (hierüber Nußbaum S. 145 im Prinzip ablehnend) betrachtet. Es bedarf, wenn trotz großer Geld-

entwertung der Gesetzgeber zum Erlaß konstitutiver Rechtsnormen nicht zu bewegen ist, wohl nur — wie auch letzthin — eines Urteils von maßgebendem Richterstuhl aus, um ihn dazu zu veranlassen. Er muß dann offen bekennen, was er will. Unter normalen Verhältnissen genügt wohl das, was wir vorläufig vielleicht für uns als Gewohnheitsrecht ansehen dürfen = l'obligation qui résulte d'un prêt en argent, n'est toujours que de la somme numérique énoncé au contrat (art. 1895 Code Civil). Es ist auch unzweckmäßig, heute etwas anderes gesetzlich festlegen zu wollen. Man hat sich in Amerika mit einer erheblichen Geldentwertung abgefunden, ohne nach Rechts- oder Gesetzeshilfe zu rufen, selbst in Frankreich hat das Problem nicht die Schärfe angenommen wie bei uns. Es ist aber ebenso unzweckmäßig, diesen Nominalitätsgrundsatz zum Axiom für die Zukunft zu machen. Es gibt gewisse Geldwertschwankungen, die die Betroffenen sich gefallen lassen, weil eben das Geld in der Praxis nicht das ist, was es der ihm innewohnenden Idee nach sein sollte, ein in sich absoluter und unveränderlicher Wertmesser. Es gibt aber für das Wirtschaftsleben eine Grenze, über die Geldwertveränderungen nicht hinausgehen dürfen, ohne energische Gegenwirkung auszulösen. Man hält sich dann entweder an die Geldverwaltung und kuriert das Uebel an der Wurzel, was immer noch das Beste ist, oder aber man hält sich an den Gesetzgeber und paßt das formale Recht den Erfordernissen des Wirtschaftslebens an. Wo nicht, muß der Richter freie Hand haben, bis ein unhaltbarer »Rechts«zustand beseitigt ist. Er mag die Last, die nun einmal getragen werden muß, auf Gläubiger und Schuldner gerecht verteilen, und zwar in allen Fällen, wo es ihm billig erscheint, daß Sinn und Zweck des Geldes nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden. In dieser Beziehung kann ich Nußbaum, der das Reichsgerichtsurteil vom 28. November 1925 verurteilt, nicht beistimmen. Der Fehler lag nicht in Leipzig, sondern in Berlin. Gewiß, das gibt der Nationalökonom gern zu, es ist rechtspolitisch verkehrt, dem Richter zu rechtlich gewagten Konstruktionen und Deutungen freie Hand zu geben. Aber solche Grundsätze gelten doch n i c h t n u r f ü r d a s R e c h t: das gesamte Leben und Dasein eines Staates ist vielmehr eine u n t e i l b a r e E i n h e i t; man kann eben das Gebäude des Rechtslebens nicht unangetastet bewahren, wenn andere Grundfesten des Staates — Wirtschaft, Staatswille, Vernunft — auseinanderkrachen. Ein Rechtsstaat darf es niemals zu einem solchen Zustand kommen lassen, wie wir ihn gehabt haben, oder er verdient den Namen nicht mehr. (Julius Mühlendorf.)

23. Genossenschaftswesen.

Totomianz, V.: Die Konsumvereine in Rußland.

Mit einem Geleitwort von R. Wilbrandt. München und Leipzig, Duncker und Humblot, 1922. 70 S.

Der Autor dieser Schrift, Prof. Totomianz, ehemaliger Professor an der Universität Moskau, z. Z. Direktor des russischen Genossenschaftsinstituts in Prag, arbeitet seit drei Jahrzehnten unermüdlich auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens. Zahlreiche wertvolle Werke und Abhandlungen, die in mehreren europäischen Sprachen erschienen sind, legitimieren die großen Verdienste Totomianz' in der Geschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung. Besonders nahe stand Prof. Totomianz zugleich als Theoretiker und Praktiker

den russischen Genossenschaften. In der vorliegenden Studie schildert der Verfasser die Entstehung und die Entwicklung der russischen Konsumvereine, beginnend mit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, d. h. der ersten Periode der Genossenschaftsbewegung Rußlands bis 1921. Auf Grund genauer Sachkenntnisse gibt Prof. Totomianz eine Charakteristik der organisatorischen Grundsätze der Konsumvereine und eine anschauliche Darstellung ihrer mannigfaltigen Tätigkeit. Die Schrift ist als eine gute Einführung in die russische Genossenschaftsbewegung zu empfehlen, insbesondere im Hinblick auf ihr wichtiges und unentbehrliches Tatsachenmaterial.

Prof. Wilbrandts Geleitwort streift in großen Zügen vortrefflich das Wesen des Bolschewismus, was viel dazu beiträgt, die jüngste Entwicklung der russischen Genossenschaften zu verstehen.

(Paul Olberg.)

24. Finanz- und Steuerwesen.

25. Städtewesen und Kommunalpolitik.

Maass, Hans: Grundfragen des städtischen Wohnungswesens. (Greifswalder Staatswiss. Abhandlungen.) Greifswald, L. Bamberg, 1926.

Wer zu dem Büchlein greift, um die großen gegenwärtigen Probleme der städtischen Wohnungswirtschaft, die die deutschen Kommunalverwaltungen seit Jahr und Tag aufs stärkste beschäftigen, in zusammenfassender Darstellung zu erleben oder neue Gedanken über ihre Lösung zu finden, wird von dem Inhalt der Schrift enttäuscht. Der Verfasser begnügt sich mit durch Literaturhinweise belegten historischen Erörterungen über die städtische Grundrente und Bodenpreisbildung, die Bauformen, Bodenpolitik und Wohnungsbau der Städte, kommt zu dem Ergebnis (!), daß die private Boden- und Bauspekulation die Erschließung des städtischen Baubodens »nicht verteuert, sondern im allgemeinen besser und billiger ermöglicht« und daß Bodenhandel und Wohnungsherstellung grundsätzlich den privaten Unternehmungen zu überlassen sind. »Die Betätigung der städtischen Verwaltungen auf diesen Gebieten bringt große Gefahren mit sich und steht den Interessen der Allgemeinheit oft direkt entgegen.« Die Beweisführung für diese großartigen Thesen ist mehr als dürftig, bezeichnend für Verfasser und Werk ist der vollständige Mangel jedes Eingehens auf die gegenwärtigen Probleme der städtischen Wohnungsnot, die zunehmende Veröffentlichung des Wohnungswesens und die für die Länder und Gemeinden aus der gegenwärtigen Lage erwachsenden Fragen und Aufgaben.

(B. Asch.)

26. Wohnungsfrage.

27. Unterrichts- und Bildungswesen.

28. Jugendfürsorge, Armenwesen und Wohlfahrtspflege.

29. Kriminologie, Strafrecht.

30. Soziale Hygiene.

Jchok, G.: La protection sociale de la santé. L'action médico-sociale; préface du Professeur A. Calmette. Paris, Librairie Marcel Rivière, 1925.

Dr. G. Jchok, Lehrer an der Hochschule für Sozialwissenschaft, geht in seinem Buch davon aus, daß der Weltkrieg mit seinen Folgen, mit seinen ungeheuren Verlusten an wertvollen Menschenleben, mit seiner schweren Schädigung der Volksgesundheit, mit den zahllosen Invaliden und Krüppeln und den sonstigen gesundheitlichen Schäden allen, die es mit ihrem Volk gut meinen, namentlich der jüngeren Generation, in erster Linie aber den dazu besonders berufenen Aerzten einen zwingenden Anreiz gegeben hat und immer wieder geben muß, die Verhältnisse des Nachwuchses, der Geburtenhäufigkeit, der Kindersterblichkeit, der Volksseuchen und der Volksgifte, des Krüppelends und so vieler anderer sozialer und sozialhygienischer Schäden zu prüfen und festzustellen, um sie zu bekämpfen.

In seinem Vorwort betont Calmette, daß es die höchste Zeit sei, die fortschreitende Verarmung, den Niedergang der französischen Rasse und deren Vernichtung seitens fruchtbarer Völker und solcher, die besser darauf bedacht seien, die Ursachen des wirtschaftlichen und gesundheitlichen Ruins zu vermeiden, durch Taten und schnelles starkes Handeln zu bekämpfen. In Jchoks Buch sieht Calmette ein Hilfsmittel, weite Kreise davon zu überzeugen, wie notwendig es sei, sich zu organisieren und eine große Bewegung für nationale und menschenfreundliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung der sozialen Schäden zu schaffen.

Das Buch Jchoks bespricht im ersten Kapitel die Familie, Weib und Kind. Hier leitet ihn der Gedanke der Notwendigkeit, die wirtschaftliche Lage der kinderreichen Familien zu bessern. Denn die gewöhnlichen akademischen Forderungen zugunsten der Erhöhung der Geburtenziffer und der Volksvermehrung seien im Hinblick auf die derzeitigen ungünstigen Existenzbedingungen bei den breiten Massen des Volkes völlig unwirksam und aussichtslos.

In den folgenden Kapiteln werden die Hauptzweige der öffentlichen Gesundheitspflege und entsprechende sanitäre und gesundheitsfürsorgereische Maßnahmen erörtert. Zunächst viele Bestrebungen, die dazu dienen, das Los der arbeitenden Bevölkerung zu bessern, sodann die Ernährung; die Wohnung; das Leben in Stadt und Land; Klima, Witterung und Sonne; körperliche Erziehung, Leibesübungen und Sport; die Volksgifte; die Volksseuchen; die Geisteskrankheiten; das Verbrechen, sowie Armut und Bedürftigkeit.

Jchok geht dann auf die sanitäre und sozialhygienische Arbeit der Vorbeugung im allgemeinen ein, auf die Untersuchungsmethoden, Medizinalstatistik usw., sowie auf die Organisation (Gesundheitsbehörden, Gesetzgebung und Verwaltung) in Frankreich und anderen

Ländern, Ausführungen, die unvollständig sind und Neues nicht bieten. Er fordert dann auch internationales Zusammenarbeiten unter einem internationalen Komitee, das dem Völkerbund angegliedert sein soll. Im letzten Kapitel kommt Verfasser auf die Mitwirkung der Aerzte zu sprechen, denen er einen wichtigen Platz in der ersten Reihe der Mitstreiter anweist. Freilich muß sich ihr Stand dazu frei machen und rein halten von den Charlatanen.

Am Schlusse des Buches gibt Jchok eine eingehende Bibliographie. Dabei sind ihm aus Deutschland wichtige Bücher und Schriften entgangen. Aber auch die von ihm angeführten deutschen Publikationen hätten ihn davon überzeugen können, daß das, was er auf sozialhygienischem Gebiet für das französische Volk und für Frankreich will, in Deutschland schon seit Jahrzehnten im Gange ist, und daß kein Volk auf dem Felde der öffentlichen und privaten Gesundheitsfürsorge in den letzten zwanzig Jahren so enorme Fortschritte gemacht hat, wie das deutsche Volk.

Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß Verfasser den in Frankreich herrschenden sozialhygienischen Notstand in unserem Sinne würdigt und zu bekämpfen sucht. (E. Dietrich.)

31. Frauenfrage, Sexualethik.

32. Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht.

33. Gewerbe-, Vereins- und Privatrecht.

34. Politik.

Heller, Hermann: Die politischen Ideenkreise der Gegenwart. Jedermanns Bücherei. Breslau, Ferdinand Hirt, 1926. 156 S.

Ein erfreuliches Buch in der heutigen Zeit, in der mit filmartiger Geschwindigkeit aus der »Tiefe des Bewußtseins« ein Buch nach dem anderen entsteht und auf den Markt geworfen wird. Hier dagegen spricht der gewissenhafte Forscher und der ernsthafte Politiker zu uns, dem es dank seiner philosophischen, juristischen und ökonomischen Bildung und dank seinem politischen Interesse glänzend gelungen ist, die scheinbar sinnlosen Formeln und Postulate der nur auf den Tageskampf eingestellten Politiker auf letzte Ideenkreise zurückzuführen und uns auf den 142 Seiten Text eine gehaltvolle Darstellung in anschaulicher und, dem Zwecke des Buches gemäß, gemeinverständlicher Form zu geben, die sich würdig ähnlichen Veröffentlichungen des Verlages anreihet.

Die kurze methodologische Einleitung läßt deutlich erkennen, daß der Verfasser von Hegel sehr stark beeinflußt ist und von der Heidelberger Schule die Ansicht übernimmt, daß »der Mensch als geschichtlich-gesellschaftliches Wesen anderen und unzugänglicheren Gesetzmäßigkeiten unterliegt, als der Mensch als naturwissenschaftliches

Gattungswesen (S. 8)«. Die Aufgabe des Wissenschaftlers sieht Heller darin, in die gegebene chaotische Vielheit Ordnung zu bringen, und an Hand der Grundsätze der isolierenden und der idealisierenden Methode rechtfertigt er speziell die Herausarbeitung einiger Ideenkreise aus der gegebenen Wirklichkeit.

In einem einleitenden Abschnitt versucht Heller, die gemeinsamen Grundlagen unserer politischen Denkformen zu entwickeln, und kommt zu dem Ergebnis, daß »sich das politische Bewußtsein der Gegenwart im großen und ganzen noch immer in jenen Denkformen bewegt, welche die Systeme der klassischen deutschen Philosophie geschaffen haben, die ihrerseits wieder die Aufklärung, das Naturrecht, die durch die Renaissance erweckte Antike und das ausgehende Mittelalter zu Fundamenten haben (S. 13). Heller schildert in diesem Abschnitt ausführlich die Entwicklung vom transzendenten Weltbild zum immanenten.

Die nun folgenden Abschnitte über die einzelnen politischen Ideenkreise sind im wesentlichen historisch gehalten und durch die Versuche Hellers, die einzelnen Ideen aus der Geisteshaltung und den ökonomischen Gegebenheiten zu verstehen, besonders charakterisiert. Im Abschnitt über den monarchischen Ideenkreis schildert Heller, wie die Monarchen mit Hilfe wirtschaftlicher, bürokratischer, militärischer und kirchlicher Machtmittel absolute Monarchien errichten und behaupten, wie diese zur Zeit der französischen Revolution bedroht, aber durch die folgende monarchische Reaktion gestützt werden und wie allmählich ein aufgeklärter Absolutismus aufkommt. Sehr ausführlich werden Hegel und Stahls Gedanken über die Monarchie, der von Bismarck geschaffene monarchische Konstitutionalismus, die heutige Form der Monarchie, die nur historisch relativistisch als die zweckmäßigste Organisationsform des Staates begründet werde, und schließlich die Beeinflussung dieses neuen Staatsdenkens durch Heinrich v. Treitschke dargelegt. Der Abschnitt schließt mit der Bemerkung, daß die nationale Idee den monarchischen Legitimitätsanspruch überwältigt habe, wofür Hindenburgs Eidesleistung auf die republikanische Verfassung als besonderer Beleg angeführt wird.

Als Widerspiel des monarchischen Gedankens faßt Heller das demokratische Prinzip auf, d. h. die immanente Legitimierung der Herrschaft. Die Demokratie sei heute die weitaus vorwiegende Form, das demokratische Denken, das Diesseitsdenken, das Ergebnis einer vielhundertjährigen Ideenentwicklung. Montesquieu und Rousseau werden kurz behandelt, ausführlicher Kants Idee einer allgemeinen Gesetzgebung, Kants Auffassung des Regenten als Agenten des vereinigten Willens des Volkes und die Gedanken Fichtes über die Souveränität des Volkes und das Führerproblem. Eingegangen wird auf die Frage, wodurch sich die Majorität als Herrscherin legitimiere, ferner auf die Stein-Hardenbergschen Pläne und schließlich auf die Entwicklung von der Demokratie von »Bildung und Besitz« zur allgemeinen Demokratie. Das Vorhandensein einer Krisis der Demokratie leugnet Heller, er vertritt vielmehr die Ansicht, daß es heute nur eine demokratische Herrschaftslegitimation geben könne, erkennt aber eine gewisse Krisis der parlamentarischen Technik der Demokratie an.

Zwar sieht Heller im Liberalismus nur eine historische Ausformung der Demokratie, aber doch behandelt er in Anlehnung an die bestehende Auffassung in dem Abschnitt über den liberalen Ideenkreis den Liberalismus als eine besondere Auffassung, und zwar als

die Idee der Freiheit vom Staate. Im Mittelpunkt seiner Darstellung stehen die Entwicklung der Idee der Menschenrechte, die Gedanken von Kant und Humboldt, die Idee des laissez faire und der Kampf zwischen den feudal-absolutistischen Gewalten und dem Liberalismus. Heller schließt den Abschnitt mit dem Bekenntnis, daß der liberale Ideenkreis politisch unzeitgemäß geworden sei, daß man aber die Aufgaben eines kraftvollen Neoliberalismus auf kulturpolitischem Gebiete nicht gering einschätzen dürfe.

Im folgenden Abschnitt schildert er, wie in enger Verknüpfung mit dem Aufkommen des liberalen und demokratischen Gedankens der nationale wieder erwacht. Er behandelt die idealistisch-weltbürgerliche, ausschließlich kulturgemeinschaftlich gedachte Nationalidee des 18. Jahrhunderts, Fichtes Hoffnung, daß die deutsche Nation reiner als andere im Dienste höchster Menschenzwecke stehen werde, das allmähliche Entstehen des konservativen, wie des schwarz-rot-goldenen Nationalstaatsgedankens, die Idee des Machtstaates bei Hegel, die liberal-demokratische Nationalidee und ihre Verwirtschaftlichung, das Werk Bismarcks und schließlich die Germanenidee und die Rassentheorie. Er beendet den Abschnitt mit der Frage, »ob nicht vielmehr die Nationalidee ergänzt werden muß durch ein umfassenderes Substrat 'Europa', in dessen Namen allein noch die gegenwärtige Staatskrise überwunden werden könnte« (S. 113).

Den politischen Ideenkreis des Sozialismus hält er für systematisch identisch mit dem politischen Ideenkreis der sozialen Demokratie, er betrachtet also den Sozialismus als eine Ausformung der Demokratie, die soziale Demokratie als die Emanzipation des Proletariats. Er schildert den Uebergang bei Fichte vom liberalen Rechtsstaat zum Sozialstaat, die Ansicht von Karl Marx, für den nicht die Politik, sondern die Wirtschaft Schicksal, für den eine entsprechend geänderte Oekonomie die *conditio sine qua non* einer sittlich und politisch erneuerten Gesellschaftsform sei, speziell die Marxsche Staatstheorie, ferner die von Lassalle entwickelte »Staatsidee des Arbeiterstandes«, die von den modernen Sozialisten vertretene Forderung einer Volksrepublik und schließt diesen Abschnitt mit sozialpolitischen Betrachtungen, mit einer ausführlichen Schilderung des sozialistischen Werdens.

Das Buch ist ein stark subjektives, das Ergebnis eines ausgeprägten bestimmten politischen Wollens, das der Verfasser in der gegenwärtigen Zeit der politischen und staatlichen Krisis in einer wissenschaftlichen und historischen Kritik und Analyse zu rechtfertigen sucht. Ueberall spricht der Demokrat, der Sozialist, der Estatist zu uns. Aber diese subjektive Einstellung ist doch nicht so stark, daß sie als störend empfunden wird. Nachteilig ist nur, daß Heller infolge dieser seiner starken eigenen Einstellung einige Probleme nicht gesehen, unbeachtet gelassen hat, die aber heute eine größere Aktualität besitzen. So vermißt man z. B. ein näheres Eingehen auf die politischen Gedankengänge des Katholizismus, zumal es doch bei dem heutigen starken Einfluß katholischer Politiker interessieren dürfte, darzulegen, welche eigenen politischen Gedanken der Katholizismus entwickelt hat. Dies Fehlen eines Abschnittes über den katholischen Ideenkreis ist vielleicht verständlich, da eben Heller, wie besonders der kurze Abschnitt über Weltanschauungsfragen zeigt, katholischen und thomistischen Gedankengängen ebenso fremd gegenübersteht wie romantischen und da Hellers Darstellung doch etwas zu akademisch und zu historisch ist. Wäre Heller nicht von den Systemen der klassi-

schen Philosophie ausgegangen, sondern von den Gegebenheiten des heutigen parteipolitischen Lebens, dann hätte er den Katholizismus nicht umgehen können, dann hätte sicherlich auch, ganz allgemein gesehen, seine Schrift auf Kosten des teilweise etwas zu breiten historischen Teils ein aktuelleres Gepräge erhalten.

Dasselbe gilt für das Fehlen der Behandlung kommunistischer Gedankengänge. Hier faßt Heller den Begriff des sozialistischen Ideenkreises so eng, daß er nur eine Darstellung des demokratischen Sozialismus bringt, nicht aber des Kommunismus, trotzdem er eigentlich von seiner Darstellung des Marxismus aus auch auf den revolutionären Marx und seine Erben hätte stoßen müssen. So kommt es, daß wesentliche Probleme, wesentlich vor allem für das Verständnis der gegenwärtigen politischen Krisis, unbeachtet bleiben, oder, wie das Problem des Imperialismus nur kurz berührt werden. Bei seiner Behandlung der Idee der Volksrepublik sieht Heller z. B. nicht, daß eine Volksrepublik nur dann möglich sein kann, wenn ein Gleichgewicht wirtschaftlicher Kräfte vorhanden ist, daß die Arbeiter nur dann den Staat in ihrem Sinne beeinflussen können, wenn sie über ausreichende wirtschaftliche Macht verfügen, daß aber in dem heutigen Deutschland, wo wie früher die wirtschaftliche Macht in Händen der Großagrarien und Großkapitalisten liegt, von einer wirklichen Selbstregierung der Volksgesamtheit noch nicht die Rede sein kann. Alle diese Fragen hätten eine Behandlung verdient, wo doch heute nicht nur von einer Krisis der Demokratie, sondern überhaupt des Staates gesprochen und wo mit Recht die Frage aufgeworfen wird, ob der Staat gegenüber der Wirtschaft ein Eigenleben behaupten kann. Auch andere aktuelle Fragen hätten in diesem Zusammenhang aufgeworfen werden müssen, wie das Agrar- und Kolonialproblem, und zwar auf Kosten des Teiles über die schon etwas »historische« Sozialpolitik.

Heller beschränkt seine Darstellung ferner auf die politische Ideenbildung der deutschen Gegenwart. Dank dieser Zielsetzung wird die Bedeutung der deutschen Philosophie für das politische Denken der Gegenwart klar herausgearbeitet, aber andererseits zeigt auch die Hellersche Darstellung sehr deutlich, daß wir das politische Schicksal Deutschlands nicht völlig losgelöst von dem Europas und Amerikas betrachten können, daß doch stets eine gewisse Verbindung bestehen muß. So behandelt Heller auch für das von ihm gesetzte Ziel Rousseau etwas zu kurz, hier hätte Heller unbedingt auf die doch so bedeutsame dynamische Deutung des Staatlichen eingehen müssen. Bei der Darstellung des monarchischen Ideenkreises hätte Heller wohl auch, um ein anderes Beispiel zu nennen, kurz auf die englische Auffassung des Königs als ruhenden und unparteiischen Poles in der Flucht der Erscheinungen des weiten Imperiums eingehen müssen. Bei einer solchen Fülle des Materials, die Heller bringt, ist noch manche einzelne Bemerkung zu machen, so erscheint uns z. B. die für die Demokratie so entscheidungsvolle Frage der Mehrheitsbildung etwas zu kurz behandelt, aber alle diese Bemerkungen müssen vollkommen zurücktreten gegenüber dem, was Heller an Wertvollem geboten hat. Infolge des reichen Inhaltes ist Heller sicherlich auch berechtigt, die meisten kritischen Bemerkungen mit dem Hinweis zu entkräften, daß für die Behandlung aller dieser Fragen kein genügender Platz zur Verfügung stand. Aber wir glauben, daß doch der Einwand, daß der historische Teil auf Kosten aktueller Fragen ein wenig zu breit gehalten sei, eine gewisse Berechtigung habe. Wenn bei der hoffentlich

bald notwendig werdenden zweiten Auflage eine kleine Verschiebung des Hellerschen Blickfeldes zum mehr Aktuellen vorgenommen wird, dann haben diese kritischen Einwendungen ihren Zweck erfüllt.

(Wilhelm Grotkopp.)

Koellreutter, Otto: Die politischen Parteien im modernen Staate. Jedermanns Bücherei. Breslau, Ferdinand Hirt, 1926. 96 S. Geb. M. 3.50.

Marr, Heinz: Klasse und Partei in der modernen Demokratie. Frankfurter Gelehrte Reden und Abhandlungen, Viertes Heft. Frankfurt a. M., Verlag Englert und Schlosser, 1925. 30 S. Geh. M. 1.20.

Das aus Vorlesungen hervorgegangene Büchlein des Jenaer Staatsrechtlers Otto Koellreutter füllt eine Lücke in der Literatur über das Parteiwesen aus: es gibt eine erste Einführung in die soziologische Problematik und kann daher als willkommene Ergänzung der rein historischen Arbeit Ludwig Bergsträbers angesehen werden. K. beschränkt sich — im Gegensatz etwa zu Carl Jentsch, der im 30. Band der Buberschen »Sammlung sozialpsychologischer Monographien« die Partei abhandelt — mit Recht auf die Erörterung der Probleme der politischen Parteien im modernen Staate. Im ersten Kapitel spricht er von dem »Begriff der politischen Partei«, wobei er leider auch von dem üblichen Ausgangspunkt, vom Worte Partei ausgeht. Man muß das deshalb monieren, weil die Folge eines solchen Ausgangspunktes sehr leicht ein Uebersehen der — politisch so ungeheuer wichtigen! — »Gruppenorientierung« sein kann. Auch bei K. zeigt sich das. Er sieht in der bewußten Beeinflussung des »Staatsganzen« das charakteristische Merkmal der politischen Partei, eine Formulierung, der man zustimmen kann, wenn man den Nachdruck auf Beeinflussung legt, d. h. auf den Kampf um die Macht im Staate. Dies ist aber nicht gleichbedeutend mit der »bewußten Einstellung auf das Staatsganze!« (S. 9). Der farblose Ausdruck »Einstellung auf das Staatsganze«, der in dem Ausgehen vom Worte Partei — das Ganze als Korrelat des Teils — seinen Quellpunkt hat, öffnet Assoziationen Tür und Tor, die schließlich den kommunistischen Parteien Mittel- und Westeuropas die Eigenschaft (als politische Parteien) absprechen müßten. Wir erwähnten diese Frage ausführlicher, weil in ihr eine *petitio principii* versteckt liegt. Das folgende Kapitel gibt eine kurze Schilderung der Entstehung der politischen Parteien in England, den Vereinigten Staaten und Deutschland. Mit Recht unterstreicht hier K. die primär weltanschauliche Orientierung der beiden großen amerikanischen Parteien (S. 15). Im dritten Kapitel bespricht K. die »wichtigsten« Parteienlehren, und zwar Rohmer, Bluntschli, Stahl, Treitschke, Adolf Merkel, Radbruch, Max Weber, Spengler, wozu Ref. zu bemerken hätte, daß er in dieser sehr dankenswerten Uebersicht statt Rohmer, dessen Ansichten verhältnismäßig ausführlich vorgetragen werden — sie werden ja zudem noch von Bluntschli aufgenommen und weitergeführt — lieber Constantin Frantz gesehen hätte. Im Anschluß an die Parteienlehren wird im vierten Kapitel das Verhältnis von »Parteiprogrammen und Parteidoktrin« erörtert, in dem K. mit Recht die Tendenz der Ersetzung des »Programms« durch die »plattform« hervorhebt (S. 41). Dies führt zur Betrachtung der »Organisation der politischen Parteien« in England, den Vereinigten Staaten und Deutschland im folgenden Kapitel, während das 6. Kapitel

das »Führerproblem« — worunter allerdings nur das Verhältnis von »Parteimaschine und Parteiführer« verstanden wird —, gestützt vor allem auf Michels, behandelt.

Hatte der erste Teil »Begriff und Wesen« der politischen Parteien untersucht, so spricht ein zweiter Teil von ihrem »Verhältnis zum Staate«. Im 1. Kapitel erörtert K. »die soziologischen Grundlagen des heutigen Parteiwesens«, d. h. die »Entwicklung der politischen Weltanschauungspartei zur Interessenten- und Klassenpartei«, wobei er sich auf Emil Lederers Aufsatz aus der Zeitschrift für Politik vom Jahre 1912 über »das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteiwesen«, den er »eines der bedeutendsten Erzeugnisse der modernen Parteiliteratur« nennt (S. 57), vor allem stützt. Das 2. Kapitel, in dem zu merken ist, daß es ein Staatsrechtler ist, der spricht, behandelt das Verhältnis von »Parteien und Verfassung«, d. h. die Herrschaft der Fraktionen über den einzelnen Abgeordneten und das Sinken der Bedeutung des Repräsentativprinzips. Das führt K. zur Erörterung der Bedeutung des Wahlrechts und Wahlverfahrens; hierbei vertritt er die von H. Ziegler im 55. Band dieses Archivs mit Recht bekämpfte Auffassung, die sich gegen das Verhältniswahlssystem wendet. Während dann das 3. Kapitel »Parteien und Regierung« die immer geringer werdende Abhängigkeit der Regierung, d. h. des Kabinetts, von den Parteien — unter Berücksichtigung des Problems des Zweiparteiensystems — zeichnet, wird im 4. Kapitel das ja gerade für Deutschland besonders wichtige Verhältnis von »Parteien und Beamtentum« erörtert. K. kommt zu dem zutreffenden Schluß, »daß gerade durch den noch heute wirksamen deutschen Verwaltungsstaat dem Einfluß der politischen Parteien auf die deutsche Staatsentwicklung gewisse Grenzen gesetzt sind«. (S. 86). Dies führt zur Betrachtung der »Wirksamkeit und Grenzen des deutschen Parteienstaates« im letzten Kapitel, wobei K. unter »Parteienstaat« einen Staat versteht, »dessen staatsrechtliche Organisationsform ohne entscheidende Mitwirkung der politischen Parteien nicht funktionsfähig ist«, also den demokratischen, vor allem den parlamentarisch-demokratischen Staat (S. 86). K. sieht die Grenzen teilweise durch die Stellung des plebisziären Präsidenten (wozu wir — auch wenn K. ihr nur »beschränkte Wirksamkeit« zuweist — einige Fragezeichen machen möchten), vor allem aber durch die Bürokratie, das Fach- und Berufsbeamtentum gezogen. Zwar steht er dem berufsständischen Staat, der vielleicht eine Ergänzung, doch keine Ersetzung des Parteienstaates bringen könne (S. 91), skeptisch gegenüber, nicht so dagegen den »außerverfassungsrechtlichen Gegenspieler des Parteienstaats«, die bei Vorhandensein eines »wirklichen Führers« durch die Geschlossenheit ihrer Organisation eine große Gefahr für den Parteienstaat bedeuten können. »Der Sieg des Fascismus und die Tatsache, daß er sich bis jetzt an der Macht erhalten hat, beweisen das.« Die Frage für die heutigen politischen Parteien ist also, ob sie »imstande sein werden, die geeigneten Führer für das Volk wirklich herauszustellen« (S. 92). Die Bedeutung aber, die hierfür gerade in Deutschland das Verhältniswahlssystem hat, schätzt K., wie gesagt, falsch ein. — Ein Verzeichnis der wichtigsten Literatur, soweit sie nicht im Text erwähnt ist, und ein Register vervollständigen das Büchlein, das, wie wir sahen, fast alle wichtigen Probleme in den Kreis seiner Untersuchungen zieht und daher auf das wärmste begrüßt werden darf.

Erheblich zurückhaltender aber muß das Urteil über die Arbeit

von Heinz Marr lauten. Zwar ist diese — ein Vortrag — nicht so »akademisch« abgetönt wie die Schrift K.s, sondern lebhaft und witzig gehalten; aber »dafür« enthält sie mehrere fundamentale Irrtümer! So gleich zu Beginn. M. verschüttet geradezu das Problem des Verhältnisses von »Klasse und Partei«, wenn er meint, daß gegenüber der organisierten politischen Partei »als vergleichbare Größe natürlich auch nur die organisierte Klasse, d. h. die koalierte wirtschaftliche Interessenaktion, der sogenannte Klassenverband in Frage kommen« kann (S. 8). »Natürlich« ist diese Fragestellung ganz und gar nicht; im Gegenteil, gerade in dem Herauswachsen der organisierten Partei aus der unorganisierten Klasse steckt das hier zur Diskussion stehende Problem. Der, mit dem ersten eng zusammenhängende, Grundfehler aber, in den M. verfällt, ist seine Ansicht, daß die »zweite Demokratie«, die »Klassendemokratie«, eine neuartige Erscheinung sei, die die »erste Demokratie«, die politisch-parlamentarische, von innen heraus aushöhlt. Selbstverständlich ist die »erste« Demokratie ein Kind des Liberalismus; selbstverständlich ist der wachsende organisatorische Einfluß der »zweiten« Demokratie auf die »erste« nicht zu bestreiten: aber weder stehen sich Demokratie und Liberalismus in ihren »letzten Ideen« so schroff gegenüber, wie es M. darstellt (S. 10 ff.), noch ist es richtig, daß »die „rein“ politischen Verbindungen des parlamentarischen Systems... ihre soziologische Grundlage in dem Maße« verlieren, »wie die „freie Gesellschaft“, die freie Privatwirtschaft zur Fiktion wird«, »demnach nur eine bestimmte geschichtliche Stufe im Prozeß der Vergesellschaftung« bezeichnen (S. 20/21). M. verwechselt hier den »Ueberbau« mit dem »Unterbau«, eine bestimmte (die liberale) Ideologie mit den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen. Er scheint der Ansicht zu sein, daß es im Zeitalter des Liberalismus *defacto* keine (unorganisierten!) Klassen gegeben habe, weil die liberale Gesellschaftsauffassung sie leugnete! Denn wie kann er sonst von dem Problem sprechen, »das uns Deutschen heute mit dem Phänomen der Klasse neu und einzigartig gestellt ist« (S. 10), oder gar sagen: »Im Gegenpart zum nationalen Fascismus begegnet uns nun auch zuerst das Phänomen der Klasse« (S. 17), oder meinen, es sei »nun eben das Bezeichnend-Neue, daß der Mensch von heute ohne innere Mühe gleichzeitig in zwei so heterogenen Demokratien« (wie es nach M.s Ansicht die »erste« und die »zweite« Demokratie sind) »zu leben vermag«?! (S. 21/22). In einem Punkte allerdings ist M. uneingeschränkt zuzustimmen — auch wenn diese Ansicht ihm nur durch die allzu schroffe Trennung von Liberalismus und Demokratie ermöglicht wird —: »Demokratie ist längst mehr als nur ein politischer Standpunkt, den man richtig oder falsch finden könnte, sie ist vielmehr die unvermeidliche soziologische Konsequenz unvermeidlicher Rationalisierung« (S. 19), oder wie M. in sehr guter Pointierung sagt (S. 18): »Man müßte die Maschinen zerschlagen, wollte man die Demokratie überwinden!« Und ebenso zutreffend ist das (S. 28) über die »Forderung« nach dem »berufsständischen Staat« Gesagte! — Ein — allerdings lückenhaftes — Literaturverzeichnis vervollständigt auch diese Arbeit, die trotz — und wegen! — des Widerspruchs, zu dem sie herausfordert, empfohlen werden kann. (Herbert Sultan.)

Kunz, Dr. Josef L.: *Die völkerrechtliche Option.*
I. Band: *System der Option; die Option im deut-*

schen Friedensvertrag (Erste Folge der Handbücher des Ausschusses für Minderheitenrecht herausgegeben von Dr. Max Hildebert Boehm). Breslau, Verlag Ferdinand Hirt, 1925. XVI u. 328 S.

Man hat sich an den Gedanken gewöhnt, daß die umfangreichen, innerpolitisch meist mehr oder weniger machtlosen Minderheiten jener neuen Staatenordnung, die in Europa und in einigen Ueberseegebieten durch den Weltkrieg und die Friedensverträge geschaffen wurde, hauptsächlich durch ein eigenmächtiges, rücksichtsloses Vorgehen ihrer neuen Herrn bedrängt und geschädigt würden, daß aber den Friedensverträgen an sich, wie namentlich aus den darin enthaltenen Minderheitsbestimmungen oder ihnen bisweilen angeschlossenen Minderheitsverträgen hervorgehe, dieser Zug zur Unterdrückung und Schädigung, ja sogar allmählichen planmäßigen Austreibung der Minderheiten nicht innewohne. Kunz hat dieses gegenüber den Friedensverträgen wohl allzu günstige Vorurteil (das möglicherweise von den Minderheitsbestimmungen, die den besiegten Staaten auferlegt wurden, vorschnell auf die Vorgangsweisen der alliierten und assoziierten Gebiete schließt) einer durchdringenden Ueberprüfung vom Standpunkt jener Satzungen unterzogen, die in den miteinander nicht immer übereinstimmenden Friedensverträgen, Minderheitsverträgen, Einzelverträgen zwischen besiegten Staaten und Ententegebieten, einschlägiger autonomer Gesetzgebung enthalten sind und oft in einem einzelnen Staate Hunderttausende von Personen sowie Milliarden von Vermögenswerten betreffen; hiezu kommt allerdings noch das tatsächliche Vorgehen der alliierten und assoziierten Staaten, das, über die erwähnten Bestimmungen hinaus oder gegen sie, die Rechte und Belange der Minderheiten verletzt, wie es namentlich in Polen der Fall ist.

Dabei konnte der Verfasser viele der ärgsten einschlägigen Fälle gar nicht berücksichtigen, da diese seine Schrift über den (mit besonderer, bisher nicht beigebrachter grundsätzlicher Klarheit erfaßten) allgemeinen Grundbegriff der Option und über den deutschen Friedensvertrag Ende August 1921 abgeschlossen, aber wegen mannigfacher technischer Hindernisse erst 1925 veröffentlicht wurde. Ein die seitherigen Vorgänge berücksichtigender Nachtrag über den Versailler Frieden wird dem II. Band über die Option in den anderen Friedensverträgen beigegeben, der im Laufe des Jahres 1926 erscheinen soll.

Kunz setzt sich schließlich auch mit den die Option betreffenden Ansichten jener äußersten Linken auseinander, welche die Unterordnung der einzelnen Staaten unter eine das allgemeine Völkerrecht schützende Gewalt möglichst nachdrücklich und in möglichst vielen Belangen durchsetzen will. Von dieser Gruppe wird die Option als ein veraltetes Mittel überwundener diplomatischer Vorgangsweisen bezeichnet und die Forderung aufgestellt, daß die in der geschichtlichen Entwicklung mit der Option allmählich eng verbundene Auswanderungspflicht beseitigt werde. Der Verfasser macht demgegenüber mit Recht zwei gewichtige Einwände: Erstens sei die Option in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts als eine zwischen dem abtretenden Staat und der neuen Staatsgewalt vereinbarte Befugnis der Bewohner des abgetretenen Gebietes entstanden, ohne Belästigungen und Schädigungen auswandern zu dürfen; der Gedanke der Option als Auswanderungsfreiheit habe sich tatsächlich bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein erhalten und sei erst von diesem Zeitraum an allmählich

durch die mit Auswanderungspflicht verbundene Befugnis ersetzt worden, sich für die Beibehaltung der durch die Abtretung verloren gegangenen Staatsbürgerschaft zu erklären. Zweitens könnten in der sehr rauhen Gegenwart, da der Völkerbund selbst noch eine schutzbedürftige, schwächliche Pflanze darstellt, bei heftiger Befehdung der Option das Bessere leicht der Feind des Guten werden und die bisherigen bedeutsamen Verfeinerungen der Option ohne Gegenwert in Verlust geraten. Kunz hält es aber nicht für ausgeschlossen, daß es bei künftiger Verbesserung und Befestigung der internationalen Rechtsordnung im Sinne des Völkerbundsgedankens schließlich zu einer Option kommen werde, welche die Beibehaltung der früheren Staatsbürgerschaft ermöglicht, ohne mit einer Auswanderungspflicht verbunden zu sein.

(S. Schilder.)

BÜCHEREINGÄNGE.

Zeitschriften:

- Annali di Economia*. Vol. II, N. 2 Pubblicazione semestrale. 1926. Sommario. *Marco Fanno*: Contributo alla teoria economica dei beni succedanei. Milano, Università Bocconi Editrice. 1926.
- Die Arbeit*. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber *Th. Leipart*. 3. Jahrgang. 5.—9. Heft. 15. V, VI, VII, VIII, IX. 1926. Berlin, Verlag des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.
- Archiv, Weltwirtschaftliches*. Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel. Herausgegeben von Prof. Dr. *Bernhard Harms*. 23. Band, Heft 2 (April 1926). 24. Band, Heft 1 (Juli 1926). Jena, Gustav Fischer.
- L'Avenir Social*. Revue mensuelle du Mouvement ouvrier, publiée par le Comité Solvay d'Education ouvrière. 3. Année, Nr. 3, 4, 5, 6. Bruxelles, 1926. Fr. 1.50.
- Board of Trade, The*. Journal and commercial Gazette. Vol. CXVII (New Series) No. 1544. July 1926. Price Sixpence net.
- Boletín de la Dirección General de Estadística* de la Provincia de Buenos Aires. Director: Dr. A. V. Acerboni. Año XXVI, Nr. 230. La Plata 1925.
- Bulletin Statistique de la République Tchèqueoslovaque*. *Československý statistický Vestník*. Editeur: L'office de statistique d'Etat. Directeur: Dr. Jan Náhlovský. VII Année, Cahier 4—6. 1926. Tschechisch und französisch. Prag, Bursik & Kohout. Inhalt: Abhandlungen, Bibliographie, Mitteilungen.
- Clarté*. 5^e Année-Nouvelle Série. N. 2. Juni—Juli 1926. Preis pro Nummer Fr. 3.50.
- The Conjunction Institute Moscow*. *The problems of economic conditions*. Supplement to the Monthly »Economic Bulletin of the Conjunction Institutes. Editor: Prof. N. D. Kondratieff. Vol. II, Issue I. Financial Edition of P. C. of Fin. U.S.S.R. Moscow 1926. 216 S.
- Economic Journal*, the Quaterly Journal of the Royal Economic Society. Edited by *J. M. Keynes* and *D. H. Macgregor*. Vol. XXXVI, N. 143 (September 1926) S. 339—533. London, Macmillan and Co. Ltd., 1926.
- The Economic Record*. The Journal of the Economic Society of Australia and New Zealand. Vol. II, No. 2, p. 144. Published twice yearly by the Melbourne University Press in association with Messrs. Macmillan & Co. Subscription Rate, 10.— per year.

- L'économiste roumain.* Bulletin mensuel de l'Institut économique roumain et de l'Association des banques roumaines. 2^e. Année, Nr. 5 u. 6. Bucarest 1926. Redaction et Administration au Palais de la Banque Nationale de Roumanie.
- The Estonian Economic Review.* Issued monthly by G. Scheel & Co. Reval (Tallinn) 1926, Nr. 2 u. 3, 46 S.
- Genossenschafts-Korrespondenz.* Herausgegeben von Prof. Dr. Ernst Grünfeld. 4. Jahrg. Nr. 1 (April 1926). Halberstadt, H. Meyers Buchdruckerei, 1926, 50 S.
- L'Information sociale...* Hebdomadaire pour Action Syndicale, Organisation du Travail, Evolution Economique. Neuvième Année, 3^e. Série, Nr. 196—210. Redacteur en chef: Charles Dulot. Paris (8), 7 rue Pasquier.
- Jahrbuch, Wirtschaftsstatistisches* 1925. Herausgegeben von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien. Wien, Verlag »Arbeit und Wirtschaft«, 1926, 348 S.
- Jahrbuch der Krankenversicherung* 1925. Berlin, Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., 1926.
- Jahrbuch des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands* 1925. Herausgegeben vom Vorstand, Hannover 1926, S. 301.
- Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.* Herausgegeben von Dr. Ludwig Elster. 124. Band. III. Folge. 69. Band, 3., 4., 5., 6. Heft. Mit der Beilage: Volkswirtschaftliche Chronik f. Dezember 1925, Februar, März, April 1926. Jena, Gustav Fischer, 1926.
- Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche.* Herausgegeben von Arthur Spiethoff. 50. Jahrgang. 2. u. 3. Heft. 176 u. 160 S. München und Leipzig, Verlag von Duncker & Humblot, 1926.
- Deutscher Verkehrsbund »Jahrbuch 1925«.* Sitz Berlin (Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1). Herausgegeben vom Bundesvorstand, Verlagsanstalt »Courier« G. m. b. H., Berlin 1926, 238 und 29 S.
- Jahresbericht des Bad. Gewerbeaufsichtsamtes und des Bad. Bergamtes* für das Jahr 1925. Karlsruhe i. B., Macklotsche Druckerei A.-G., 1926.
- Journal of Economics, the Quarterly.* Vol. XL, No. 3, 1926. Cambridge, Mass., U.S.A., Harvard University Press. S. 353—560. Subscription: \$ 5.— a year.
- Lehrlingsschutz, Jugend- und Berufsfürsorge.* Organ der Lehrlingsschutzstellen der österr. Arbeiterkammern und des Wiener Berufsberatungsamts. Herausgegeben von der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte unter Mitwirkung der Gewerkschaftskommission Oesterreichs. 3. Jahrgang. 1926. Heft 6—7.
- Logos.* Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur. Herausgegeben von Richard Kroner, Band. XV, Heft 1 u. 2. 135 und 259 S. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Monatliche Uebersicht des Außenhandels der čechoslovakischen Republik. Spezialhandel.* Jahrgang 1926, Nr. 3—5. Herausgegeben vom Statistischen Staatsamte. In Kommission Bursik & Kohout, Prag.
- Revue d'économie politique*, 40 Année. No. 2, 3 u. 4, 1926. Fondateurs: Charles Gide, Alfred Jourdan, Edmond Villey. Paris, Recueil Sirey, 1926, 177—1120.

- Revue internationale de la théorie du droit.* Directeurs: Léon Duguit, Hans Kelsen, Pr. Weyr. Redaction: Jaromir Sedláček. 1. Jahrgang, 1. Heft. 1926—1927. Deutsch und Französisch. 88 S.
- »*Scientia*«. Internat. Zeitschr. für wissensch. Synthese. Herausgegeben von Eugenio Rignano. Ann. XX, Vol. XL, N. CLXXIII, Serie II.
- Sociological Review, The, Journal of the Sociological Society.* Editor: Victor Branford. Vol. XVIII, No. 3. July 1926.
- Sozialpolitische Vierteljahresschrift, Köln.* V. Jahrg. Heft 1. Zeitschrift des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften in Köln. Herausgegeben von den Direktoren des Instituts: Chr. Eckert, H. Lindemann, M. Scheler, L. v. Wiese, Halberstadt. H. Meyers Buchdruckerei, 1926. 88 S.
- Studies in History, Economics and Public Law.* Edited by the Faculty of Political Science of Columbia University. Vol. CXXI. *American opinion of German Unification 1848—1871* by John Gerow Gazley, Ph. D., Assistant Professor in History in Dartmouth College, Sometime Instruktor in History in Columbia University; vol. CXXIV: *Devolution in Great Britain* by Wan-Hsuan Chiao, Ph. D. New York, Columbia University, Longmans, Green & Co. 1926; Vol. CXXII, No. 1, 2. *Ting Tsz Ko*, Ph. D.: *Governmental Methods of Adjusting Labor Disputes in North America and Australasia*, 219 S.; *Leandro H. Fernandez: The Philippine Republic*. 202 S. New York, Longmans, Green & Co., 1926.
- Veröffentlichungen des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung.* 25. Jahrg. Heft 1: Rechtsprechung auf dem Gebiete des privaten Versicherungswesens 1925/26. Quart 74 S. Preis M. 7.50. Berlin W 10, Walter de Gruyter & Co., 1926.
- Vierteljahrshäfte zur Konjunkturforschung.* Herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung. 1. Jahrgang. 1926, Heft 1 u. 2. 90 und 68 S. Berlin, Verlag von Reimar Hobbing.
- Vierteljahrshäfte für Soziologie, Kölner.* 5. Jahrgang, Heft 4. 6. Jahrg. H. 1. Zeitschrift des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften in Köln. Herausgegeben von den Direktoren des Instituts Christian Echert, Hugo Lindemann, Max Scheler, Leopold von Wiese. München, Duncker & Humblot, 1926.
- Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern.* Schriftleitung: Prof. Dr. P. Busching. Jahrgang XXIV, Nr. 3/4. 1926. Preis M. 1.20, vierteljährlich M. 3.—.

Bücher:

- Angell, James W., Ph. D., Associate Professor of Economics in Columbai University: *The Theory of International Prices* (History, Criticism and Restatement): *Harvard Economic Studies* (published under the direction of the Department of Economics Vol. XXVIII). Cambridge, Mass. U.S.A. Harward University Press, 1926.
- Arbeiter und Maschine.* Ausgew. Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie. Band XX. Herausgegeben von Karl Diehl und Paul Mombert. Karlsruhe, Georg Braun, 1926, VIII und 213 S.
- La Banque en Belgique.* Etude historique et économique par B. S. Chlepner, Prof. à l'Univers. de Bruxelles. Tome I. Université libre de Bruxelles Institut Solvay. Bruxelles, Maurice Lamertin, 1926. 429 S.

- Beckmann, Prof. Dr. Fritz:** Die internationale agrare Arbeitsteilung Europas. Kieler Vorträge. Herausgegeben von Prof. Dr. B. Harms. Heft 16. Jena, Gustav Fischer, 1926. 24 S. Preis M. 1.—.
- Beiträge zur Kenntnis des Rechtslebens.** Herausgegeben von **Arthur Nußbaum**. Heft. 4: *Entwicklung und Probleme der neueren Hypothesenpraxis* von Dr. **Ernst Hagelberg**, Rechtsanwalt u. Notar in Berlin. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1926.
- Below, Georg v.:** *Probleme der Wirtschaftsgeschichte*. Zweite Auflage (Photomechanisch gedruckt und durch ein ausführliches Vorwort ergänzt). Eine Einführung in das Studium der Wirtschaftsgeschichte. S. XXIV und 710. Preis M. 18.—, in Halbleinen geb. M. 21.—. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1926.
- Benn, J. P.:** *Bekenntnisse eines Kapitalisten*. Aus dem Englischen. München, M. F. Bruckmann, 1926.
- Bogdanow, Allgemeine Organisationslehre.** 1. Band. Verlagsgesellschaft Organisation (S. Hirzel), Berlin 1926.
- Bonn, Prof. Dr. J. M.:** *Das Schicksal des deutschen Kapitalismus*. Berlin, S. Fischer, 1926.
- Bucharin, N.:** *Die politische Oekonomie des Rentners* (Wert- und Profittheorie der österreichischen Schule). Uebersetzt von Dr. Anna Lifschitz. *Marxistische Bibliothek*. Werke des Marxismus-Leninismus Band 2. Wien VIII. Berlin SW 48, Verlag für Literatur und Politik, 1926. 194 S.
- »Dies Buch gehört dem Könige«, *Ruchlosigkeit der Schrift*: Ein untertäniger Fingerzeig gewagt von Leberecht Fromm. Bern, Druck und Verlag von Jenni, Sohn, 1844. Neu Herausgegeben von der Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek bei der Wiener Arbeiterkammer in 500 nummerierten Exemplaren und dem 22. Deutschen Bibliothekartag, Wien, Pfingsten 1926, gewidmet. Die Reproduktion im Manualverfahren wurde von F. Ullmann G. m. b. H., Zwickau Sa. besorgt.
- Croner, Dr. Fritz,** Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Deutschen Werkmeister-Verbandes: *Sturm über England!* Die Schicksalskrise des Britischen Weltreiches. Berlin, Industriebeamten-Verlag G. m. b. H., 1926. Kart. RM. 1.50.
- Geyer, Kurt:** *Führer und Masse in der Demokratie*. Schriften zur Zeit. Herausgegeben von August Rathmann und Franz Osterroth. Berlin, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 135 S.
- Giacomelli, Zaccharia,** Privatdozent für öffentliches Recht und Kirchenrecht an der Universität Zürich: *Quellen zur Geschichte der Trennung von Staat und Kirche*. XXIV und 736 S. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1926.
- Handbuch der Philosophie.** Bearbeitet von Alfred Bäumler, Joseph Bernhart, Emil Brunner, Friedrich Brunstäd, Alois Dempf, Hans Driesch, Alfred Forke, Hans Gerber, Bernhard Groethuysen, Heinz Heimsoeth, Günther Holstein, Ernst Howald, Friedrich Kuntze, Theoder Litt, Georg Misch, Hermann Nohl, Erich Przywara, Erich Rothacker, Hans Heinrich Schaefer, Manfred Schröter, Friedrich Seifert, Othmar Spann, Julius Stenzel, Andreas Walther, Hermann Weyl, Emil Wolff, Heinrich Zimmer. Herausgegeben von A. Bäumler und M. Schröter. Lieferung 2—7: *Metaphysik der Natur* von Prof. Dr. **Hans Driesch**. *Religionsphilosophie katholischer Theologie* von P. **Erich Przywara** S. J. (München). *Philosophie der Mathematik* Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 56. 2.

- und Naturwissenschaft (Teil I und 2) von Prof. Dr. *Herman Weyl* (Zürich). *Logik und Systematik der Geisteswissenschaften* (Teil I u. II) von Prof. Dr. *Erich Rothacker*, Heidelberg. München und Berlin, Druck und Verlag von R. Oldenbourg, 1926.
- Helmer, Georg*, Doktor der Staatswissenschaften: *Die Geschichte der privaten Feuerversicherung in den Herzogtümern Schleswig und Holstein*, insbesondere die Geschichte der Entstehung und Entwicklung der Brandgenossenschaften oder »Brandgilden« in Schleswig-Holstein. 2 Bände, 634 und 904 S. Verlag öffentlicher Feuerversicherungsanstalten, Berlin SW 11, 1925.
- Histoire Economique et Sociale de la Guerre Mondiale* (Série française). *Les dépenses de Guerre de la France* par *Gaston Jèze*, Professeur à la Fac. de Droit de l'Université de Paris. X u. 229 S. Preis 20 Fr.; *Tours et la Guerre*, Etude économique et sociale par *Michel Lhéritier*, Professeur, avec le concours de *Camille Chauteemps*, ancien Ministre. XII u. 68 S. Preis 8 Fr.; *Mouvement des prix et des salaires pendant la Guerre* par *Lucien March*, Directeur honoraire de la Statistique générale de la France, Correspondant de l'Institut. XII u. 335 S. Preis 32 Fr.; *La main d'oeuvre étrangère et coloniale pendant la Guerre* par le Prof. *B. Nogaro* de l'Université de Paris et le Lieutenant-Colonel *Lucien Weil*, Ancien élève de l'Ecole Polytechnique. XII u. 78 S. Preis 8 Fr.; *La législation et l'administration allemandes en Belgique* par *J. Pirenne*, Avocat à la Cour d'Appel, Prof. à l'Univers. de Bruxelles et *M. Vaulhier*, Avocat à la Cour d'Appel de Bruxelles. XIV u. 284 S. Preis 30 Fr.; *Les Formes du Gouvernement de guerre* par *Pierre Renouvin*, Conservateur à la Bibliothèque-Musée de la Guerre, Chargé de cours à la Sorbonne. XII u. 185 S. Preis 16 Fr.; *Les Finances de Guerre de la France* par *Henry Truchy*, Professeur d'Economie Politique à la Fac. de Droit de l'Univers. de Paris, Membre de l'Institut. XII u. 171 S. Preis 15 Fr. Publications de la *Dotation Carnegie* pour la Paix Internationale. Les Presses Universitaires de France, Paris. Jale University Press, New-Haven, U.S.A., 1926.
- Economic and social history of the World War* (British Series). *British war budgets* by *F. W. Hirst & J. E. Allen*. XIV, 495 u. (14) S.; *Rural Scotland during the war* by *David T. Jonnes*, C. B. E. *H. M. Conacher*, *Joseph F. Duncan*, *R. W. Scott*, with an appendix by *I. P. Day* and an introduction by *W. R. Scott*. The Carnegie Endowment for International Peace. Oxford University Press, Jale University Press, New Haven, U.S.A. New York, Humphrey Milford, London, Edinburgh, Toronto, Melbourne, Bombay. XVI, 307 u. (12) S.
- Kaganowitsch, L. M.*: *Der organisatorische Aufbau der R.K.P.* Hamburg, Verlag Carl Hoym Nachf. 86 S.
- Keynes, L. M.*: *Das Ende des Laissez-faire*. München, Duncker & Humblot, 1926.
- König: Begriff der Intuition*. Halle, M. Niemeyer, 1926.
- Kuske, Dr. Bruno* o. ö. Prof. d. Wirtschaftsgesch. a. d. Univers. Köln: *Die historischen Grundlagen der Weltwirtschaft*. Kieler Vorträge. Herausgegeben von Prof. Dr. B. Harms, Heft 17. Jena, Gustav Fischer, 1926, 30 S. Preis M. 1.—.
- Lembke, Dr. Bernhard*, Reg.-Rat., Priv.-Doz. für Nationalökonomie in Danzig: *Kursparität bei Fusionen*. Danzig, Danziger Verlags-Gesellschaft m. b. H., 1926, 50 S.

- Lenin, N.: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus*, vom Lenin-Institut autorisierte Ausgabe. Neue durchgesehene, ergänzte und berichtigte Auflage. *Marxistische Bibliothek*. Werke des Marxismus-Leninismus, Bd. 1. Wien VIII, Berlin SW 48, Verlag für Literatur und Politik, 1926. 132 S. VIII u. 168 S.
- Merk, Dr. Wilhelm*, Regierungsrat und Dozent an der Technischen Hochschule in Karlsruhe i. B.: *Steuerschuldrecht*. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1926. Preis M. 7.60.
- Michels, Robert: Soziologie als Gesellschaftswissenschaft*. (Lebendige Wissenschaft. Strömungen und Probleme der Gegenwart. Herausgegeben von Dr. Fritz Edinger, Bd. IV.) Berlin, Mauritius-Verlag, 1926. 150 S.
- Jacob Christian Benjamin Mohr*, Der Heidelberger Verlag von: *Ein Rückblick 1801—1926*. Mit einem Bildnis J. C. B. Mohrs und einer Urkunde in Faksimiledruck. Ein Rückblick von Werner Siebeck. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1926, VIII u. 114 S, 8°. Preis M. 4.—, geb. M. 6.50.
- Morse, Robert Woodbury*, Ph. D.: *Maternal Mortality*. Bureau Publication Nr. 158. U. S. Department of Labour. Children's Bureau. Washington, Government Printing Office, 1926.
- Natorp, Paul: Vorlesungen über praktische Philosophie*. Erlangen, Verlag der philosophischen Akademie, 1925, 535 S. Preis geb. M. 16.80.
- Nußbaum, Prof. Dr. Arthur*: *Das Geld in Theorie und Praxis des deutschen und des ausländischen Rechts*. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1925. XV u. 278 S. Preis brosch. M. 10.50, geb. M. 13.—.
- Oppenheim: Die natürliche Ordnung der Wissenschaften*. Jena, G. Fischer, 1926.
- Enquête sur la Production*. Rapport général Tome I—V. S. XXXIII, 444, X, 1356, 1021, 1233, XXIII, 1615. Les faits (I—II), L'explication des faits (III—IV), L'éction contre la crise (V). Bureau international du travail. Paris-Nancy-Strasbourg, 1923, 24, 25.
- Quellensammlungen zum Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht*. Herausgegeben von Prof. Dr. Heinrich Triepel, Berlin. I. Bd.: *H. Triepel: Quellensammlung zum deutschen Reichsstaatsrecht*. 4. durchg. und ergänzte Auflage. Tübingen, J. C. B. Mohr (P. Siebeck), 1926. XI u. 455 S. 8°. Preis steif brosch. M. 9.60.
- Recht und Wirtschaft in ihrer Bedeutung für die Ausbildung der Juristen, Nationalökonomien und Techniker* von Prof. Dr. Ernst Heymann, Geh. Justizrat in Berlin. Sonderausgabe aus *Festgabe für Rudolf Stammeler* zum 70. Geburtstage. Berlin und Leipzig, Walter de Gruyter & Co., 1926, 26 S. Preis M. 2.50.
- Rosenstock, Eugen: Vom Industrierecht*. Rechtssystematische Fragen. Festgabe für Xaver Gretener zum fünfzigjährigen Doktorjubiläum am 26. April 1926. Dargebracht von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität. Berlin W 35, Herm. Sack, 1926. 183 S.
- Schiff, Prof. Dr. Walter: Die großen Agrarreformen*. Wien, Wiener Volksbuchhandlung, 1926.
- Geschichte des Sozialismus in Erst- und Originalausgaben* Ausstellung vom 25. Mai bis 5. Juni 1926. Herausgegeben von der Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek bei der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien. 70 S.

- »Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjet-Union« von Peter und Irma Petroff. Verlag der Handelsvertretung der U.d.S.S.R. in Deutschland. Berlin 1926. Herausgegeben von der Handelsvertretung der U.d.S.S.R. in Deutschland. 312 S.
- Streller, Dr. Rudolf, Privatdozent für Nationalökonomie a. d. Universität Leipzig: *Statik und Dynamik in der theoretischen Nationalökonomie*. Sächsische Forschungsinstitute in Leipzig. Forschungsinstitut für Volkswirtschaftslehre. Leipzig, Verlag von R. Streller, Buchhandlung, 1926. VI u. 139 S. Preis brosch. Mk. 5.—.
- Troeltsch, Ernst: *Glaubenslehre*. Nach Heidelberger Vorlesungen aus den Jahren 1911 und 1912. Mit einem Vorwort von Marta Troeltsch. München und Leipzig, Duncker & Humblot, 1925. X u. 384 S. Preis geh. M. 13.—, geb. M. 17.—.
- Wach, Dr. Joachim, Priv.-Doz. in Leipzig: *Das Verstehen. Grundzüge einer Geschichte der hermeneutischen Theorie* im 19. Jahrhundert. I. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1926. VIII u. 266 S. Preis M. 10.50, in Halbl. geb. M. 13.—.
- Wirtschaftlichen Vorbereitungen der Auslandsstaaten für den Zukunftskrieg, Die*. Von * * *. Berlin SW 68, E. S. Mittler & Sohn, 1926. Preis M. 3.—. 56 S.
-

Preisausschreiben

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen des letzten Jahrzehnts haben die Grenzlinien zwischen staatlicher Verwaltung und privater Unternehmung verändert; ein neues Gleichgewicht der Kräfte ist noch nicht gefunden; sowohl die Einrichtungen wie die Gedanken sind in raschem Fluß begriffen. Da jeder Fortschritt in der Richtung auf eine vernünftige und dauerhafte Neuordnung die klare Erkenntnis der gegenwärtigen Zustände voraussetzt, und da es bisher an einer befriedigenden Gesamtdarstellung des heutigen Anteils des Staates an der Führung der deutschen Wirtschaft fehlt, haben die Unterzeichneten sich zur Ausschreibung der folgenden Preisaufgabe entschlossen:

„Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung von Reich, Ländern und Kommunen in Deutschland.“

Anzustreben ist eine umfassende und übersichtliche Darstellung der Tätigkeit der deutschen Gebietskörperschaften und verwandten Verbände

- a) als Leiter öffentlicher Unternehmungen,
- b) als Verpächter öffentlicher Unternehmungen,
- c) als Besitzer von Kapitalanteilen, von öffentlichen, gemischt-wirtschaftlichen und privaten Unternehmungen,
- d) als Subventions-Gewährer,
- e) als Förderer bestimmter Unternehmen, privater und öffentlicher, auf dem Weg der Gesetzgebung und Verwaltung.

Ausgeschlossen sollen sein die Anstalten, die der Förderung der geistigen Kultur oder der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege dienen, ferner alle Maßnahmen auf dem Gebiet der allgemeinen Handels-, Agrar-, Gewerbe-, Verkehrs- und Sozialpolitik. Es ist vielmehr die Tätigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden nur insoweit zu betrachten, als sie mittelbar oder unmittelbar Funktionen übernehmen, die früher in der Regel von privaten Unternehmungen ausgeübt wurden, oder insoweit sie das Entstehen und Gedeihen von gemeinwirtschaftlichen Gebilden befördern. Besonderer Wert ist auf die Feststellung des Umfangs, der Verwendung und der Rentabilität der angelegten öffentlichen Mittel zu legen. Knappe geschichtliche Angaben sind erwünscht.

Für die besten Bearbeitungen des Gegenstandes sind ausgesetzt ein

Erster Preis von RM. 3000, ein zweiter Preis von RM. 2000,

zwei dritte Preise von je RM. 1000.

Die Arbeiten sind in Schreibmaschinenschrift bis zum 1. Oktober 1927 an das Sekretariat der Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung, Hamburg, Universität, einzureichen. Sie müssen mit einem Kennwort bezeichnet sein; dieses Kennwort ist zugleich auf einem beiliegenden Briefumschlag anzubringen, der Name und Adresse des Verfassers enthält. Die Preisrichter behalten sich vor, von der Verteilung eines oder mehrerer Preise abzusehen, falls die eingereichten Arbeiten nicht den gestellten wissenschaftlichen Ansprüchen genügen.

Die Veröffentlichung des Ergebnisses wird spätestens am 1. März 1928 im „Wirtschaftsdienst“ erfolgen.

Das Amt des Preisrichters haben die folgenden Herren zu übernehmen sich bereit erklärt:

Oberregierungsrat Dr. Alfred Bertram, Hamburg,
Geheimrat Professor Dr. Bernhard Harms, Kiel,
Dr. Eduard Rosenbaum, Hamburg,
Professor Dr. Kurt Singer, Hamburg,
Professor Dr. Fritz Terhalle, Hamburg.

Hamburg, im August 1926.

Hamburgische Wissenschaftliche Stiftung, Hamburg
Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an
der Universität Kiel.

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv und
„Wirtschaftsdienst, Hamburg“.

Walter de Gruyter & Co.
Postscheckkonto:



Berlin W 10 und Leipzig
Berlin NW 7 Nr. 59533

Der neueste Kommentar, die anderen sind
zum Teil durch neue Bestimmungen überholt!

Handbuch der Erwerbslosenfürsorge

Mit einer Einführung und Erläuterungen
von

Dr. jur. Herbert Schmeißer

Regierungsrat im Thüringischen Ministerium
für Inneres und Wirtschaft, stellvertretender
Vorsitzender des Thüringischen Landesamts
für Arbeitsvermittlung

Zweite Auflage

Taschenformat. XI, 496 Seiten. In Leinen gebunden M. 10.50
(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Band 165.)

Zur näheren Orientierung steht ein ausführlicher Prospekt durch jede
Buchhandlung oder direkt vom Verlage kostenlos zur Verfügung.

Die preussische Verordnung vom 12. September 1919 über
Arbeitsnachweis mit Erläuterungen und Anhang. Von
Magistratsrat Paul Böhlbling, Berlin. 1920. Taschen-
format, 69 Seiten. Geh. M. 1.—
(Guttentagsche Sammlung Preussischer Gesetze Band 58)

Deutsches Arbeitsrecht. Zu seiner Neuordnung. Von
jur. Erich Melsbach, Oberregierungsrat im
Arbeitsministerium. 245 S. Geh. M. 4.50, geb.

Arbeitsmarktpolitik. Von Dr. jur. Dr. phil. Ern
Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium
Götschen Band 928.)

II

LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF
CALIFORNIA

**ARCHIV
FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
UND
SOZIALPOLITIK**

**BEGRÜNDET VON
WERNER SOMBART, MAX WEBER UND EDGAR JAFFE**

**IN VERBINDUNG MIT
JOSEPH SCHUMPETER UND ALFRED WEBER**

**HERAUSGEGEBEN VON
EMIL LEDERER**

56. BAND. / 3. HEFT



**GEN
HR (PAUL SIEBECK)**

6

Band 56.

INHALT DES DRITTEN HEFTES

(Dezember 1926.)

	Seite
I. ABHANDLUNGEN.	
Die langen Wellen der Konjunktur. Von Professor N. D. KONDRATIEFF, Moskau. (Mit 6 Kurven.)	573
Interventionismus. Von Professor Dr. LUDWIG MISES, Wien	610
Die Geschichte als Funktion der Geldbewegung. (Zum Problem der inflationistischen Geschichtstheorie). Von Dr. MARIANNE HERZFELD, Wien	654
Richtungen und Entwicklungstendenzen in der Arbeitswissenschaft II. Von Dr. WLADIMIR ELIASBERG, München	687
Die britische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Von Dr. F. HEYER, Deutscher Konsul in Glasgow	733
Die Aufbringung der Reparationsleistungen. Ergebnisse eines Seminars. Von Dr. HANS STAEHLE, Bonn a. Rh.	744
II. LITERATUR.	
Der sozialwissenschaftliche Gehalt von Beatrice Webbs Jugenderinnerungen. Von Dr. CHARLOTTE LEUBUSCHER, Berlin	770
J. Kulischer's Russische Wirtschaftsgeschichte. Von Dr. VALENTIN GITERMANN, Zürich	777
Sozialismus und Wirklichkeit. Zur Charakteristik der schwedischen Sozialdemokratie. Von Dr. WILHELM GROTKOPP, Stockholm	789
Marxismus und Religionsphilosophie. Von Priv.-Doz. Dr. LOUISE SOMMER, Genf	799
III. LITERATUR-ANZEIGER	
811	
Titelbogen zu Band 56.	

Voranzeige.

Das 1. Heft des 57. Bandes wird voraussichtlich enthalten:

- I. Abhandlungen:** 1. Josef Schumpeter, Bonn: Die sozialen Klassen im ethnisch homogenen Milieu. 2. Prof. G. A. Studensky, Moskau: Zur Frage der Bestimmung und Berechnung der Intensität in der Landwirtschaft. 3. Dr. Jakob Marschak, Berlin: Das englische und das deutsche Elektrizitätsproblem. 4. Dr. Marcus Gitermann, Zürich: Die neuesten Probleme der Kommunalwirtschaft. 5. Prof. Dr. Gustav Mayer, Berlin: Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Krisis 1866.
- II. Literatur:** 1. Dr. Carl Landauer, Berlin: Die Krisentheorie und das statische Axiom. 2. Professor Dr. Arthur Salz, Baden-Baden: Memorials of Alfred Marshall. 3. Dr. Valentin Gitermann, Zürich: Kljutschewskys Geschichte Rußlands.

Zuschriften und Zusendungen sind an Herrn Dr. A. von Schelting für die Redaktion des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik in Heidelberg, Augustinergasse 15, zu richten. Manuskriptsendungen ist Rückporto beizufügen.

Die Aufnahme eines dieser Zeitschrift zur Veröffentlichung angebotenen Manuskripts steht selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß der Verfasser nicht gleichzeitig in einer anderen Zeitschrift denselben Gegenstand behandelt.

Mit 4 Beilagen der Verlagsbuchhandlung.

Die langen Wellen der Konjunktur¹⁾.

Von

N. D. KONDRATIEFF.

(Mit 6 Kurven.)

I. Der Gedanke, daß die Dynamik des Wirtschaftslebens in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht einfachen und linearen, sondern komplexen und zyklischen Charakters ist, kann heute als allgemein anerkannt gelten. Die Wissenschaft ist jedoch noch weit davon entfernt, das Wesen und die Typen dieser zyklischen, wellenförmigen Bewegungen geklärt zu haben.

Ist in der Nationalökonomie von Zyklen die Rede, so handelt es sich gewöhnlich um die 7—11 jährigen Zyklen der kapitalistischen Wirtschaft.

Nun sind aber diese 7—11 jährigen Zyklen offenbar nicht der einzige Typ ökonomischer Zyklen. In Wirklichkeit ist die Dynamik des Wirtschaftslebens verwickelter.

In der letzten Zeit ist es wahrscheinlich geworden, daß es außer den erwähnten Zyklen, die wir konventionell nach ihrer Dauer die mittleren nennen wollen, noch kürzere Wellen von durchschnittlich $3\frac{1}{2}$ Jahren Länge gibt ²⁾.

Aber nicht genug damit — man hat Grund zu der Annahme, daß es in der kapitalistischen Wirtschaft außerdem noch lange Wellen von einer Durchschnittslänge von etwa 50 Jahren gibt. Kommen nun aber zu den mittleren Wellen auch noch lange und kurze hinzu, so ist es klar, daß das Problem der Wirtschaftsdynamik sehr kompliziert wird.

¹⁾ Den statistischen Teil der vorliegenden Arbeit hat O. J. Prjachina unter Mitwirkung N. S. Četverikovs ausgeführt; die graphischen Darstellungen hat G. N. Cholodkovskij gezeichnet; ihnen allen sagt der Verfasser seinen aufrichtigen Dank.

²⁾ Vgl. J. Kitchin, „Cycles and trends in economic factors“ in der *Review of Economic Statistics*, vol. V, N. 1, Januar 1923.

II. In der vorliegenden Abhandlung interessieren uns nicht die Fragen der kurzen Wellen: ob es sie wirklich gibt und, wenn ja, welches ihr Wesen ist. Wir erörtern hier nur die langen Wellen, und auch die mit diesen verknüpften Fragen nicht in vollem Umfange. Wir möchten nur einige Daten zu der Frage darlegen, ob es lange Wellen gibt, und wenn ja, worin sie sich äußern.

Die Frage der langen Wellen ist nicht nur noch nicht durchgearbeitet, sondern die Literatur bejaht bisher noch nicht bestimmt die Frage, ob es denn lange Wellen gibt.

Jedoch sind einzelne Autoren, wie Moor, Lescure, Aftalion, Spiethoff, Cassel u. a. m. diesem Gegenstande näher getreten, allerdings nur in einer ziemlich fragmentarischen und zufälligen Form. Die Frage, ob es lange Wellen gibt, beantworten sie verschieden. Die einen halten das Vorhandensein der langen Wellen für wahrscheinlich; andere konstatieren lange Perioden des Aufstiegs und Niedergangs der Konjunktur, geben aber auf die Frage, ob diese Perioden einander zyklisch ablösen, keine bestimmte Antwort; eine dritte Gruppe verneint diese Frage entschieden und erklärt die langen Perioden des Aufstiegs und Niedergangs der Konjunktur aus zufälligen Faktoren und Verschiebungen im Wirtschaftsleben.

III. Die Erforschung der langen Wellen der Konjunktur stößt auf außerordentlich große Schwierigkeiten. Erstens setzt sie gemäß dem Wesen der Sache eine sehr lange Beobachtungszeit voraus, und wir können doch nicht weiter als bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, d. h. bis zum Anfang der großen Entwicklung des industriellen Kapitalismus zurückgehen, wenn wir den Bereich der zuverlässigen Daten und der gleichartigen und vergleichbaren Erscheinungen nicht verlassen wollen. Zweitens aber sind auch für die Zeit vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Daten über den Verlauf der Konjunktur nicht vollständig und zuverlässig genug; auch in dieser Zeit fließen die Quellen nicht ununterbrochen.

Dennoch haben wir den Versuch unternommen, die vorhandenen Daten statistischer und deskriptiver Art für Deutschland, Frankreich, England und die Vereinigten Staaten von Amerika für einen möglichst großen Zeitraum zu sammeln und auszuwerten. Im nachstehenden legen wir einige erste Ergebnisse dar, zu denen diese Arbeit geführt hat. Da bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts das statistische Material für England und

Frankreich am vollständigsten ist, so haben wir dem vorliegenden Aufsatz seiner Kürze halber die Angaben über eben diese Länder zugrunde gelegt; und nur in einzelnen Fällen ziehen wir die Daten über andere Länder, besonders über die Vereinigten Staaten heran.

Bevor wir die tatsächlichen Konjunkturschwankungen betrachten, schildern wir die Methode, nach der wir bei der Untersuchung der einzelnen ökonomischen Elemente verfahren sind.

Die Elemente der ökonomischen Wirklichkeit zerfallen dem Charakter ihrer Dynamik nach zunächst in zwei Gruppen. Für die Elemente der ersten Gruppe ist es charakteristisch, daß sie neben den Schwankungsvorgängen keine allgemeine Tendenz zum Steigen oder Fallen (*secular trend*) aufweisen oder daß diese Tendenz wenigstens im Beobachtungszeitraum kaum bemerkbar ist. Dahin gehören gewisse werthafte Elemente, z. B. die Warenpreise. Wo wir statistische Angaben über die Dynamik von solchen Elementen zur Aufzeigung der langen Wellen auswerten, bedienen wir uns elementarer statistischer Methoden der Analyse.

Für die Elemente der zweiten Gruppe — und dahin gehört die Mehrzahl — ist charakteristisch, daß sie, organisch mit der allgemeinen Veränderung des Umfanges des ökonomischen Lebens der Gesellschaft verbunden, in ihrer Dynamik neben Schwankungsvorgängen auch eine allgemeine Tendenz von einer bestimmten Richtung — in der Regel nach oben — bekunden. Dahin gehören a) gewisse rein werthafte Elemente, z. B. der Kapitalzins, der Arbeitslohn, die Bankeinlagen usw., b) Elemente gemischten Charakters, d. h. solche, auf welche die Veränderungen sowohl werthafter als auch natürlicher Faktoren Einfluß haben, wie z. B. der in Werten ausgedrückte Umfang des Außenhandels, c) rein naturale Elemente, z. B. Angaben über die Produktion der verschiedenen Industriezweige und über den Verbrauch von gewissen Waren. Legt man der Untersuchung die statistischen Angaben über die Dynamik der Elemente dieser zweiten Gruppe in unbearbeiteter Gestalt zugrunde, so treten die Wellen entweder gar nicht oder nicht deutlich genug in die Erscheinung, und zwar bleiben nicht nur die langen, sondern bei den rein naturalen Elementen auch die anderen Wellen unsichtbar. Daher hatten wir hier kompliziertere Methoden der Ver-

arbeitung statistischer Reihen anzuwenden, um das Vorhandensein oder das Nichtvorhandensein der langen Wellen aufzuzeigen.

Zunächst haben wir die Jahresgrößen dieser Reihen da, wo das Wesen der zu untersuchenden Erscheinung das zuließ, durch die Einwohnerzahl des Landes dividiert ³⁾. Das geschah aus zwei Gründen: 1. weil wir so die Kurven, die das reale Wachstum der Gesellschaft ausdrücken, näher bestimmen, und 2. weil wir so bei den Ländern, die wie z. B. Frankreich im Beobachtungszeitraum Gebietsveränderungen erfahren haben, die Größen der anfänglich gegebenen Reihe aus der Zeit vor und nach der Gebietsveränderung zweifellos untereinander vergleichbarer machen ⁴⁾.

Die Reihen, die aus der Division der ursprünglichen Daten durch die Einwohnerzahl hervorgehen, sind aber noch immer zusammengesetzte Größen. Sie enthalten jedenfalls zwei Grundkomponenten: a) die allgemeine Tendenz der Entwicklung (*secular trend*) mit seiner Geschwindigkeit und b) die Beschleunigung dieser Entwicklung ⁵⁾. Die allgemeine Tendenz der bearbeiteten Reihen (*secular trend*) entwickelt sich gleichmäßig oder ungleichmäßig, jedenfalls aber fehlt ihr ihrem Wesen nach das Zyklische. Aus den Reihen der Daten, die wir durch die Bevölkerungszahl dividieren, schalten wir sie aus, indem wir gemäß den Methoden der mathematischen Statistik zu jeder empirischen Datenreihe eine theoretische bilden, welche die allgemeine Richtung der Grundtendenz der empirischen Reihe genau genug ausdrückt.

Nachdem wir die theoretische Reihe gefunden haben, bestimmen wir weiter für jedes Jahr die Abweichung der empirischen Reihe von ihr. Offenbar lassen sich die alljährlichen Schwankungen dieser Abweichungen in einer horizontal verlaufenden Kurve darstellen. Diese Kurve zeigt dann die Veränderungen

³⁾ Solche Daten wie die über den Kapitalzins und den Arbeitslohn wurden selbstverständlich nicht dividiert.

⁴⁾ Die Division der Reihen durch die Einwohnerzahl macht unsere Schlussfolgerungen exakter, jedoch ist zu bedenken, daß man — von einigen Ausnahmen abgesehen — ohne diese Division die gleichen Ergebnisse erzielt.

⁵⁾ Vgl. M. Lenoir, *Études sur la formation et le mouvement des prix*, Paris 1913, S. 65 ff. und 91 ff. Ueber die säkulare Tendenz vgl. auch W. M. Persons, *An index of general business conditions* (in der *Review of economic statistics* 1919, S. 8 ff.) und *A non technical explanation of the index of general business conditions* (in derselben Zeitschrift Bd. II, 1920, S. 38—48).

in der Beschleunigung der Entwicklung der betreffenden Reihe. Wenn die allgemeine Tendenz der zu untersuchenden Reihen, wenigstens in dem beobachteten Abschnitt der kapitalistischen Entwicklung, eine bestimmte Richtung — regelmäßig nach oben — einhält und keine Zyklen ergibt, so ist die Veränderung in der Schnelligkeit des Aufstiegs oder seine Beschleunigung eine schwankende Größe und spiegelt das Wechseln der Konjunktur wieder.

Daraus geht hervor, daß die weitere Aufgabe in der Feststellung liegt, ob in der Reihe der Abweichungen der empirischen Reihe von der theoretischen lange Wellen vorhanden sind.

Es ist aber zu bedenken, daß in dieser Reihe nicht nur lange Wellen vorhanden zu sein brauchen. Diese Reihe muß nicht nur die langen, sondern auch die mittleren und die kurzen Wellen und auch zufällige Schwankungen widerspiegeln — wo solche vorhanden sind ⁶⁾. Um die langen Wellen rein herauszustellen, tun wir den letzten Schritt in der Bearbeitung der Daten und gleichen die jetzt vorliegenden Reihen der Abweichungen nach der Methode des beweglichen Mittelwerts aus, und zwar nehmen wir das bewegliche Mittel für 9 Jahre, um bei der Ausgleichung den Einfluß der mittleren Wellen, deren Länge durchschnittlich etwa 9 Jahre beträgt, zu verwischen und dadurch auszuschalten. Indem wir den genannten Mittelwert bilden, schalten wir aber den Einfluß nicht nur der mittleren Wellen aus, sondern gleichzeitig auch den der kurzen, falls solche vorhanden sind, wie auch den zufälliger Schwankungen. Eben das war aber auch vonnöten.

Nach diesem kurzen Ueberblick der Methoden, die wir bei der Aufbereitung der Daten angewandt haben, wenden wir uns den Ergebnissen zu.

IV. Das mittlere Niveau der Warenpreise. Den mittleren Preisstand mißt man mit Hilfe der Indexzahlen. Für Frankreich liegt ein Preisindex erst seit dem Ende der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts vor, für England und die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen schon seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Um den Text unseres Aufsatzes nicht mit Ziffern zu überlasten, bringen wir in ihm die statistischen Daten ausschließlich in der Form von bildlichen Darstellungen ⁷⁾.

⁶⁾ Vgl. die genannten Arbeiten W. M. Persons.

⁷⁾ Ein tabellarischer Anhang findet sich am Ende des Artikels.

Abbildung 1 (nebenstehend ⁹⁾).

Die Indexzahlen, deren Bewegung diese Abbildung zeigt, haben wir keiner Ausgleichung oder sonstigen Bearbeitung unterzogen. Nichtsdestoweniger braucht man nur einen Blick auf unser Diagramm zu werfen, um zu sehen, daß sich der mittlere Preisstand trotz aller Abweichungen und Unregelmäßigkeiten als eine Aufeinanderfolge von langen Wellen darstellt.

✓ Der Aufstieg der ersten Welle umfaßt den Zeitraum von 1789—1814 ⁹⁾, d. h. 25 Jahre, ihr Abstieg beginnt 1814 und endet 1849, dauert also 35 Jahre. Der Kreislauf der Preisbewegung schließt sich also in 60 Jahren.

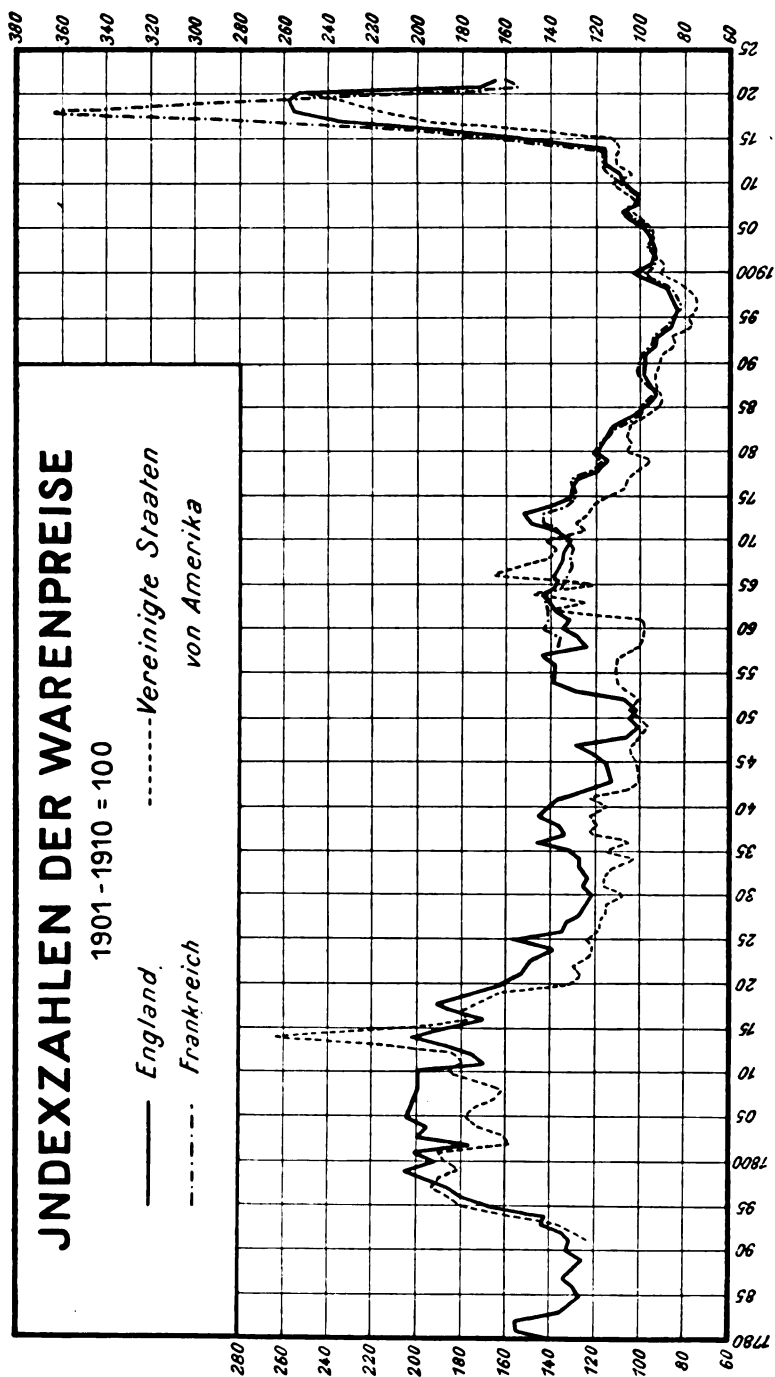
Der Anstieg der zweiten Welle beginnt 1849 und endet 1873, dauert also 24 Jahre. Der Zeitpunkt des Umschwungs in der Preisentwicklung ist allerdings in den Vereinigten Staaten nicht derselbe wie in England und Frankreich: in den Vereinigten Staaten fällt die höchste Preissteigerung in das Jahr 1866; das

⁹⁾ Die Daten über Frankreich entnehmen wir dem »Annuaire statistique« für das Jahr 1922 (S. 341); die Indexzahl ist über den Dollarkurs auf Gold umgerechnet.

Für England gibt es für die Zeit von 1782—1865 den Index Jevons' und für die Zeit von 1779—1850 eine neue Indexzahl, die Silberling berechnet und in der »Review of Economic Statistics« (Bd. V, Oktober 1923) veröffentlicht hat; für die Zeit seit 1846 haben wir den Index Sauerbecks, der gegenwärtig vom »Statist« weitergeführt wird. Da Silberlings Index auf vollständigeren Angaben über die Preise der einzelnen Waren beruht als der Jevons', haben wir uns für die Zeit von 1780—1846 eben des ersteren bedient. Für die Zeit von 1846 benutzen wir die Sauerbecksche Indexzahl. Beide Zahlen sind auf Grund ihres Verhältnisses in der Zeit von 1846—1850, für welchen Zeitraum sie beide vorliegen, auf das gleiche Niveau gebracht und aneinander angeschlossen; dann ist die Zahlenreihe, die sich so ergeben hat, auf die Basis 1901—1910 umgerechnet. Für die Zeit von 1801—1820 und seit 1914, wo in England Papierwährung herrschte, sind die Indexzahlen in Gold umgerechnet worden.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika folgen wir unter Herstellung des Anschlusses zwischen den verschiedenen Zahlenreihen für die Zeit von 1791—1801 H. V. Roelse (»Bulletin of the American Statistical Association«, Dezember 1917), 1801—1825 Al. H. Hansen (ebenda, Dezember 1915), 1825—1839 C. H. Juergens (ebenda, Juni 1911), 1840—1890 Falkner (Report by Mr. Aldrich from the Committee on Finance, 3. März 1893) und seit 1890 dem Bureau of Labor Statistics. Alle Indexzahlen sind auf die Basis 1901 bis 1910 bezogen. Für die Zeit der Papierwährung (1862—1878) sind sie auf Gold umgerechnet. Alle Daten sind dem »Annuaire statistique« für das Jahr 1922 entnommen.

⁹⁾ In England bildet die Indexkurve mehrere Gipfel von fast der gleichen Höhe, die in die Jahre 1799, 1805, 1810 und 1814 fallen; da aber eben nach dem Jahre 1814 eine bestimmte Tendenz der Preissenkung zu beobachten ist, so nehmen wir dieses Jahr als das des Konjunkturumschwungs an.



erklärt sich aber durch den Bürgerkrieg und stellt die Einheitlichkeit des Bildes, das der Verlauf der Welle in beiden Erdteilen bietet, nicht in Frage. Das Absinken der zweiten Welle beginnt 1873 und endet 1896, dauert also 23 Jahre. Der Kreislauf der Preisbewegung schließt sich in 47 Jahren.

Der Anstieg der dritten Welle beginnt 1896 und endet 1920, dauert also 24 Jahre. Das Absinken der dritten Welle beginnt, nach allen Daten, im Jahre 1920.

Es ist leicht zu sehen, daß sich die französischen Preise seit dem Ende der 50er Jahre im allgemeinen den englischen und amerikanischen ziemlich parallel bewegen. Daher ist es recht wahrscheinlich, daß dieser Parallelismus auch in der vorangegangenen Periode bestanden hat.

Somit stellen wir fest, daß es in der Bewegung des mittleren Preisstandes seit dem Ende der 80er Jahre des 18. Jahrhunderts drei große Zyklen gibt, von denen der letzte erst halb erfüllt ist. Die Wellen sind nicht von genau der gleichen Länge; ihre Dauer schwankt vielmehr zwischen 47 und 60 Jahren. Am längsten ist die erste.

V. Der Kapitalzins. Die Bewegung des Kapitalzinses läßt sich am bequemsten aus der Bewegung des Diskontsatzes und des Kurses der festverzinslichen Wertpapiere ersehen. Da letzterer weniger von zufälligen Schwankungen abhängt und den Einfluß länger wirkender Faktoren besser widerspiegelt, so benutzen wir hier nur die Angaben über den Kurs der Staatspapiere.

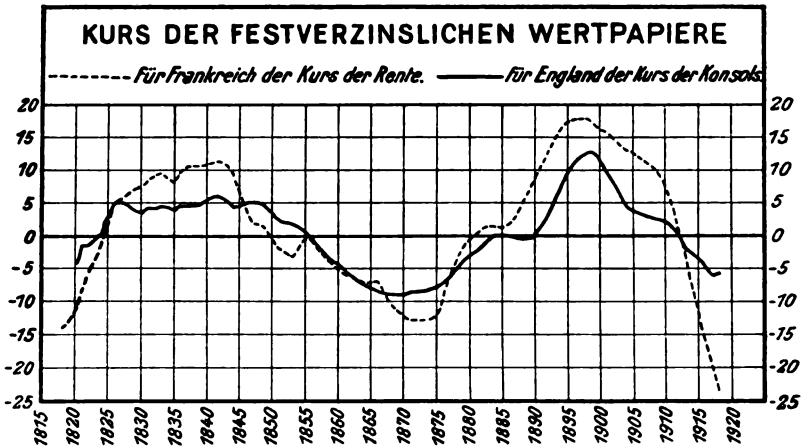
Die Abbildung 2 stellt den Kurs der französischen Rente ¹⁰⁾ und den der englischen Konsols ¹¹⁾ dar. Beide zeigen im Beobachtungszeitraum einen *secular trend*. Das Diagramm zeigt die Abweichungen von der theoretischen Linie desselben, die nach der Methode des 9 jährigen Mittels ausgeglichen sind.

¹⁰⁾ Bis zum Jahre 1825 den Kurs der 5%igen Rente, von da ab den der 3%igen. Um den Anschluß zwischen den Reihen der Angaben über die beiden Papiere herzustellen, haben wir sie vorher in relative Größen verwandelt, wobei wir den Zeitraum von 1825—1830 als Basis für jede der beiden Reihen genommen und dann beide Indexpzahlen aneinander angeschlossen haben. Ferner wurde die aneinandergefügte Reihe der relativen Werte für die Rentenkurse, um sie mit der Preiskurve vergleichbar zu machen, auf die Basis 1901—1900 umgerechnet. Die ursprünglichen Daten haben wir dem »Annuaire statistique« für das Jahr 1922 entnommen.

¹¹⁾ Nach den Daten W. P e g e s (»Commerce and industry«, Bd. II, London 1919, Statistical tables, S. 224—225). Die Daten sind in relative Größen umgerechnet. Als Basis dienen die Angaben für 1901—1910.

Der Kurs der festverzinslichen Wertpapiere bewegt sich bekanntlich entgegengesetzt wie Konjunktur und Kapitalzins. Daher muß seine Bewegung, wenn in den Schwankungen des Zinsfußes lange Wellen wirksam sind, der Bewegung der Warenpreise entgegengesetzt verlaufen. Eben das zeigt unser Diagramm: es läßt die langen Wellen der Kursbewegung und folglich des Kapitalzinses klar erkennen.

Abbildung 2.



Die Abbildung setzt erst nach den Napoleonischen Kriegen ein, d. h. etwa in dem Zeitpunkte, wo die erste lange Welle der Warenpreise ihre größte Höhe erreicht hatte; sie zeigt also nicht die Zeit des Aufsteigens dieser Welle. Indessen läßt sich nach den vorhandenen Daten vermuten, daß auch der Kurs der Staatspapiere den Anstieg mitgemacht hat.

Tatsächlich bekunden die englischen Konsols von 1792 bis 1813 eine entschieden sinkende Tendenz. 1792 stehen sie 90,04, 1813 dagegen 58,81. Zwar fallen sie am stärksten in den Jahren 1797 und 1798, jedoch ist dieser steile Absturz eine Episode, und die allgemeine sinkende Tendenz von 1792 bis 1813 tritt ganz deutlich hervor ¹²⁾.

Danach erscheint die Zeit von Anfang der 90er Jahre des 18. Jahrhunderts bis zum Jahre 1813 als die Phase des Auf-

¹²⁾ Vgl. N. J. Silberling, »British financial experience 1790—1830« in der »Review of Economic Statistics« vom Oktober 1919 (Nr. 4, S. 289).

stiegs für den Kapitalzins, was mit der steigenden Welle der Warenpreise in derselben Zeit ganz im Einklang steht.

Seit 1813¹³⁾ steigt die Welle der Kurse, die Welle des Zinses sinkt also, und zwar bis zur Mitte der 40er Jahre (siehe das Diagramm). Nach den unausgeglichene Daten fällt für die Konsols der höchste Stand in das Jahr 1844, für die Rente in das Jahr 1845. Damit ist der erste große Zyklus in der Bewegung des Kapitalzinses abgeschlossen.

Das Sinken der Kurswelle oder das Steigen des Zinses im zweiten Zyklus dauert von den Jahren 1844—45 bis 1870—74¹⁴⁾. Von dieser Zeit an bis zum Jahre 1897 steigt der Kurs der festverzinslichen Papiere wieder und folglich fällt der Zins. Damit ist der zweite große Zyklus abgeschlossen.

Der neue Kursrückgang, die neue Zinssteigerung dauert von 1897—1921. So tritt das Vorhandensein der großen Zyklen in der Bewegung des Kapitalzinses ganz klar hervor¹⁵⁾. Die Perioden dieser Zyklen stimmen mit den entsprechenden Perioden der Bewegung der Warenpreise ziemlich genau überein.

VI. D e r L o h n. Untersuchen wir nun die Veränderungen des Nominallohnes an dem Beispiel des Wochenlohnes der englischen Baumwollarbeiter seit 1806¹⁶⁾ und der englischen Landarbeiter seit 1789¹⁷⁾. Da die Daten über den Lohn der Land-

¹³⁾ In unserem Diagramm sind die ersten Jahre infolge der Ausgleichung nach der Methode des 9jährigen beweglichen Mittels verschwunden.

¹⁴⁾ Nach den ursprünglichen unausgeglichene Daten erreicht der Kurs der Konsols seinen tiefsten Stand eigentlich im Jahre 1866, jedoch besteht die sinkende Grundtendenz bis 1874. Der Kurssturz im Jahre 1866 hängt mit der Erhöhung des Zinsfußes vor der Geldkrise jenes Jahres und mit dem österreichisch-preußischen Kriege zusammen.

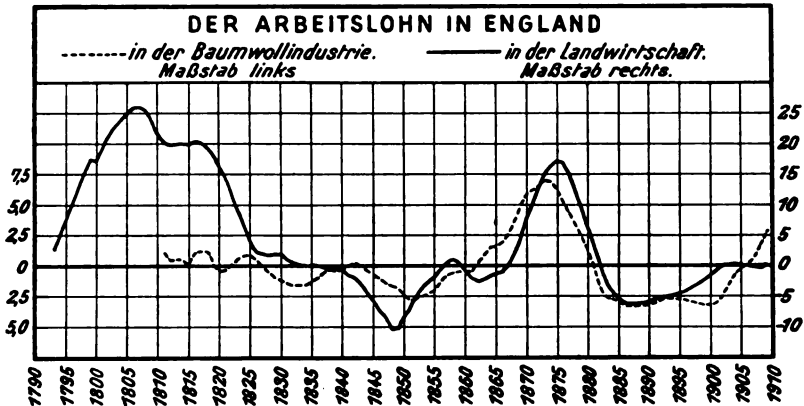
¹⁵⁾ Das Vorhandensein dieser Zyklen bestätigen auch einige andere Arbeiten: P. Wallich, »Beiträge zur Geschichte des Zinsfußes von 1800 bis zur Gegenwart« (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 42. Bd., S. 289—312); J. L e s c u r e, »Hausses et baisses générales des prix« (Revue d'économie politique, Nr. 4, 1910); R. A. M a c d o n a l d, »The rate of interest since 1844« (Journal of the Royal Statistical Society, March 1912, S. 361—379); T. T. W i l l i a m s, »The rate of discount and the price of consols« (ebenda, S. 380—400). Vgl. auch (ebenda, S. 401—411) die Diskussion über die beiden zuletzt genannten Arbeiten, insbesondere die Rede E. L. H a r t l e y s (S. 404 bis 406).

¹⁶⁾ Für die Zeit von 1806—1906 benutzen wir die Daten aus G. H. W o o d s Werk »The history of wages in the cotton trade«, London 1910, S. 127. Seit dem Jahre 1906 sind die Daten auf Grund des »Abstract of labour statistics« fortgeführt.

¹⁷⁾ Für die Zeit von 1879—1896 benutzen wir die Daten A. L. B o w l e y s (»The statistics of wages in the United Kingdom during the last hundred years. Part. IV. Agricultural wages« im »Journal of the Royal Statistical Society« vom Sept. 1899, S. 555 ff.), von 1896 an die oben genannte Arbeit P e g e s. Die Daten beziehen sich auf England und Wales.

arbeiter bis zu den 50er Jahren in Bowleys Zusammenstellung nur in relativen Zahlen mit 1892 als Basisjahr aufgeführt werden, so haben wir auch die anderen statistischen Angaben über den Arbeitslohn in England in die Form einer Indexzahl mit dem Basisjahr 1892 gebracht. Alle Daten lauten auf Goldwährung.

Abbildung 3.



Das Diagramm zeigt die Abweichungen von der theoretischen Reihe, die nach der Methode des 9 jährigen beweglichen Mittels ausgeglichen sind. Aus ihm ist zu ersehen, daß der Lohn seit den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts steigt und seinen höchsten Stand in der Zeit von 1805—1817 erreicht, und zwar fällt nach allen vorhandenen Daten wahrscheinlich sein tatsächliches Maximum in die Zeit um 1812—1817¹⁸⁾. Danach verringert sich die Schnelligkeit der Lohnsteigerung bis zum Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts, und hier endet der erste große Zyklus.

Seit Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre beschleunigt

¹⁸⁾ Von 1789 ab liegen Daten nur für die Landarbeiterlöhne vor. Auf dem Diagramm beginnen diese 1806 zu fallen; es ist aber zu bedenken, daß die ursprünglichen nicht ausgeglichenen Daten zwei Höhepunkte bilden. Einer davon fällt in das Jahr 1806. Danach zeigen die Daten einen scharfen Rückgang, der aber nur kurze Zeit andauert; eine neue Aufwärtsbewegung führt zu einem zweiten Maximum im Jahre 1817. Erst von da an beginnt ein regelrechter Rückgang. Bedenkt man dies sowie auch, was oben über den Charakter der Bewegung der Warenpreise gesagt wurde, so wird man zu der Vermutung geführt, daß der tatsächliche Umschwung in der Bewegung des Nominallohnes in die Jahre 1812 bis 1817 fällt.

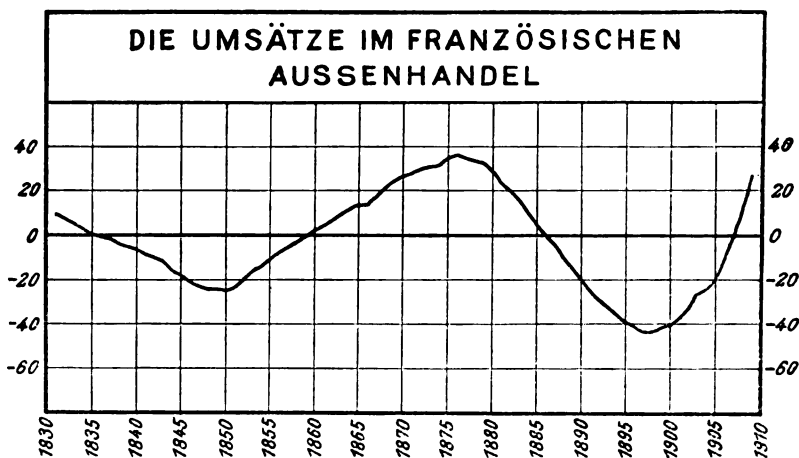
sich die Lohnsteigerung bis 1873—76. Dann verlangsamt sich der Anstieg des Lohnes wieder bis 1888—1895, wo der zweite Zyklus endet.

Darauf tritt eine neue Beschleunigung der Lohnsteigerung ein, die nach den vorhandenen Daten bis 1920—21 andauert.

Somit läßt das lohnstatistische Material trotz seiner Spärlichkeit keinen Zweifel daran, daß auch in der Bewegung der Löhne lange Wellen wirksam sind, deren Perioden denen in den Warenpreisen und im Zinsfuß ziemlich nahe kommen ¹⁹⁾.

VII. Die Umsätze im Außenhandel. Zur Erforschung der langen Wellen auf dem Gebiete des Handels nahmen wir hier die Summe der französischen Aus- und Einfuhren ²⁰⁾. Die Zahlen wurden durch die Bevölkerungszahl dividiert. Die säkulare Bewegung der Reihen wurde mittels der Parabel zweiter Ordnung ausgeschlossen. Analysiert wurden die Abweichungen der empirischen Reihe, die mit der Methode des 9 jährigen beweglichen Mittel ausgeglichen wurden. Die Ergebnisse veranschaulicht das Diagramm Nr. 4.

Abbildung 4.



Unsere Abbildung läßt die Bewegung der Kurve im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts nicht erkennen, weil die Daten erst

¹⁹⁾ Vgl. Lescure, a. a. O., und H. Wood, a. a. O. S. 130. Indessen haben beide Autoren eine andere, elementare Methode der Analyse benutzt und kommen deshalb zu Ergebnissen, die teilweise von den unseren abweichen.

²⁰⁾ Nach dem »Annuaire statistique« für das Jahr 1922.

von 1827 an vorliegen. Der Anstieg der ersten langen Welle ist also aus unserer Zeichnung nicht zu ersehen, aber ihr Absinken tritt ganz deutlich in die Erscheinung. Den Zeitpunkt, in welchem die Kurve zu sinken beginnt, lassen die vorhandenen Daten leider nicht erkennen.

Der Anstieg — der Beginn der zweiten Welle — fällt nach der nicht ausgeglichenen Kurve in das Jahr 1848, der Beginn des Abstiegs in das Jahr 1872. Dieses Absinken dauert bis zum Jahre 1896, und dann beginnt ein neuer Anstieg.

So bekunden auch die Daten über den Außenhandel mit hinlänglicher Klarheit zwei große Zyklen, und zwar stimmen die Perioden durchaus mit denen überein, die in den anderen Daten zutage treten.¹

VIII. Die Erzeugung und der Verbrauch von Kohle, die Roheisen- und die Bleigewinnung. Bisher haben wir nur die Dynamik von solchen konjunkturrempfindlichen Größen betrachtet, die entweder wie die Warenpreise, der Kapitalzins und der Arbeitslohn rein wert-haften oder doch wie die Außenhandelszahlen gemischten Charakters sind. Unsere Arbeit würde jedoch viel an Beweiskraft verlieren, wollten wir nicht die Dynamik auch von rein natürlichen Elementen analysieren.

monetary
vs
real

Als solche wählen wir die englische Kohlenerzeugung ²¹⁾ und den französischen Kohlenverbrauch ²²⁾, sowie die englische Roheisen- und Bleierzeugung ²³⁾. Die ursprünglichen Daten wurden durch die Bevölkerungszahl dividiert. Aus den Reihen, die sich so ergaben, wurde die säkulare Bewegung ausgeschlossen.

Analysiert wurden dann die Abweichungen von den theoretischen Kurven, nachdem diese Abweichungen nach der Methode des 9 jährigen beweglichen Mittels ausgeglichen waren. Das Ergebnis veranschaulichen die Diagramme Nr. 5 und 6.

Abbildung 5 u. 6. (Nächste Seite.)

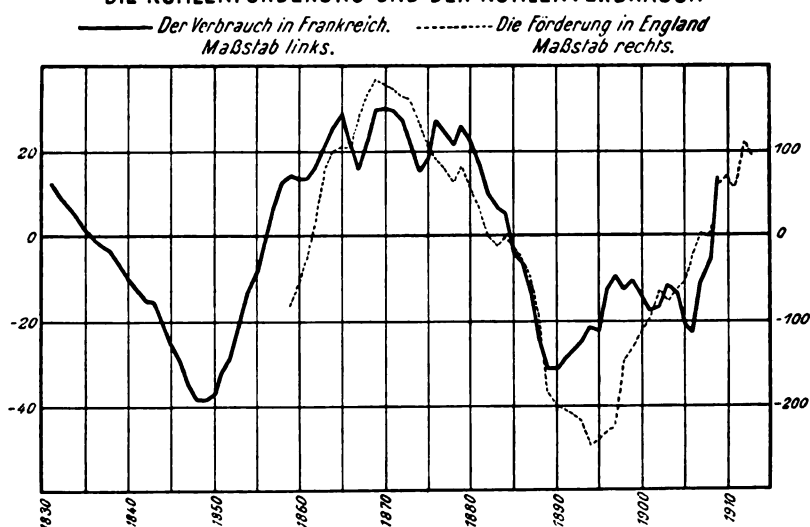
Leider liegen fortlaufende Angaben erst für die Zeit seit den 30er Jahren, z. T. sogar erst seit den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts vor. Daher lassen sich hier nur 1½—2 große Zyklen

²¹⁾ Nach den Daten W. PAGES a. a. O.

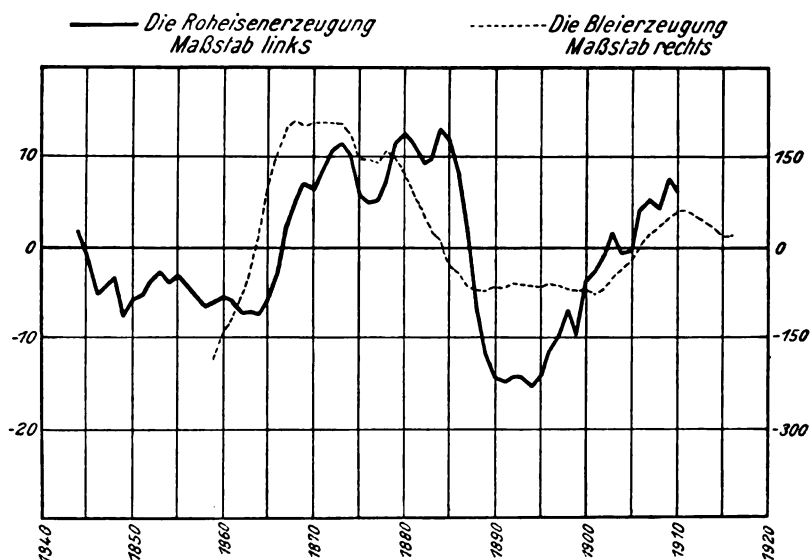
²²⁾ Nach dem »Annuaire statistique« für die Jahre 1908 und 1922.

²³⁾ Nach »British and Foreign Trade and Industry« und »Statistical Abstract«.

DIE KOHLENFÖRDERUNG UND DER KOHLENVERBRAUCH



ENGLAND



aufzeigen, diese treten aber auf den beiden Diagrammen mit voller Deutlichkeit in die Erscheinung.

Bis zum Ende der 40er Jahre verlangsamt sich das Steigen des Kohlenverbrauches, dann beschleunigt es sich und erreicht sein Maximum nach der ausgeglichenen Kurve (auf

dem Diagramm) im Jahre 1865 und nach der nicht ausgeglichenen 1873, in welchem Jahre nach der nicht ausgeglichenen Kurve auch die englische Kohlenförderung ein Maximum erreicht. Dann folgt der Abstieg, der 1890—94 endet, um einem neuen, lang andauernden Aufstieg Platz zu machen. Somit beobachten wir in den Daten über die Schnelligkeit, mit der Kohlen-erzeugung und Kohlenverbrauch zunehmen, fast zwei große Zyklen, deren Perioden genau denen entsprechen, die wir oben bei der Betrachtung anderer Elemente gefunden haben.

Ebenso läßt das Diagramm Nr. 6, das die Kurven für die Schnelligkeit der englischen Roheisen- und Bleierzeugung enthält, mit genügender Deutlichkeit anderthalb große Zyklen hervortreten.

IX. Der Kürze halber brechen wir an dieser Stelle unsere systematische Analyse der langen Wellen in der Dynamik einzelner Elemente ab. Jedoch haben wir auch andere Daten untersucht, von denen einige ebenfalls das Vorhandensein langer Wellen mit ungefähr den gleichen Perioden wie die oben erwähnten zeigten, wenngleich einige andere die Zyklen nicht ebenso klar zutage treten ließen. Werthafte Elemente, welche die langen Wellen hervortreten lassen, sind die Depositen und das Portefeuille der Bank von Frankreich und die Einlagen bei den französischen Sparkassen, Elemente gemischten, werthafte natürlichen Charakters, — die Einfuhren nach Frankreich und die nach England sowie der gesamte englische Außenhandel. Was die Bewegung der Indices natürlichen Charakters anlangt, so sind lange Wellen festgestellt in der Kohलगewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschlands und der ganzen Erde, in der Roheisenerzeugung der Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschlands und der ganzen Erde, in der Blei- und der Stahlerzeugung der Vereinigten Staaten, in der Spindelzahl der Baumwollindustrie der Vereinigten Staaten, in der Anbaufläche der Baumwolle in den Vereinigten Staaten und des Hafers in Frankreich usw.

Dagegen ist es durchaus nicht gelungen, lange Wellen im französischen Baumwollverbrauch, in der Woll- und in der Zuckererzeugung der Vereinigten Staaten von Amerika und in der Bewegung einiger anderer Elemente aufzuzeigen.

X. Unsere bisherigen Darlegungen gestatten einige Schlüsse.

1. Die Bewegung der untersuchten Elemente vom Ende des

18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart läßt große Zyklen erkennen. Trotzdem die statistisch-mathematische Bearbeitung der ausgewählten Reihen so verwickelt ist, können die aufgefundenen Zyklen doch nicht als zufälliges Ergebnis der angewandten Methoden gelten. Dagegen spricht entschieden, daß diese Wellen mit ungefähr denselben Perioden in allen wichtigeren der untersuchten Elemente aufgezeigt wurden.

2. Bei jenen Elementen, deren Bewegung im Beobachtungszeitraum keine bestimmte oder scharf ausgesprochene Tendenz zum Steigen oder Sinken (*secular trend*) bekundet (wie z. B. bei den Preisen) treten die großen Zyklen in einem wellenförmigen Auf und Ab des Standes in die Erscheinung. Bei den Elementen dagegen, deren Bewegung eine solche Tendenz bekundet, vergrößern und verringern die Zyklen die Schnelligkeit ihrer Zunahme.

3. Die langen Wellen fallen bei den einzelnen untersuchten Elementen zeitlich mehr oder weniger, wenn auch nicht ganz, zusammen. Das zeigt klar die nachstehende Tabelle, welche die Ergebnisse aus der Untersuchung nicht nur der oben betrachteten Erscheinungen, sondern auch einiger anderen zusammenstellt ²⁴⁾.

(Siehe Tabelle nächste Seite.)

Sehen wir diese Tabelle durch, so überzeugen wir uns, daß zwischen den Wellenbewegungen der Elemente in den einzelnen Ländern trotz der Schwierigkeit der Bearbeitung dieser Daten eine sehr nahe zeitliche Uebereinstimmung besteht. Die Abweichungen von der allgemeinsten Regel, die in der Anordnung der Zyklen vorwaltet, sind sehr selten. Und uns will scheinen, daß das Fehlen solcher Ausnahmen verwunderlicher und seltener als ihr Vorhandensein wäre.

4. Wenn wir es einstweilen für unmöglich halten, die Jahre des Umschwunges der großen Zyklen genau anzugeben, und wenn auch die Methode, nach der die statistischen Daten analysiert worden sind, bei der Bestimmung des Zeitpunktes des Umschwunges einen Fehler von 5—7 Jahren zuläßt, so lassen sich doch folgende Grenzen dieser Zyklen als die wahrscheinlichsten angeben (s. S. 590 unten nach der Tabelle):

²⁴⁾ Die Tabelle führt die Maxima und Minima nach der unausgeglichenen Reihe auf. Die Frage der exakten Methode zur Bestimmung der Maxima und Minima würde eine besondere Analyse verdienen; wir lassen sie einstweilen offen. Daher halten wir die in der Tabelle angegebenen Umschwungsjahre nur für die wahrscheinlichsten.

Land und Element	Erster Zyklus		Zweiter Zyklus		Dritter Zyklus	
	Beginn des Aufstiegs	Beginn des Abstiegs	Beginn des Aufstiegs	Beginn des Abstiegs	Beginn des Aufstiegs	Wahr- schein- licher Beginn des Abstiegs
Frankreich						
1. Preise	—	—	—	1873	1896	1920
2. Kapitalzins	—	1816 ^{*)}	1844	1872	1894	1921
3. Portefeuille der Bank	—	1810 ^{*)}	1851	1873	1902	1914
4. Einlagen bei den Sparkassen	—	—	1844	1874	1892	—
5. Lohn der Kohlen- bergarbeiter	—	—	1849	1874	1895	—
6. Einfuhr	—	—	1848	1880	1896	1914
7. Ausfuhr	—	—	1848	1872	1894	1914
8. Gesamter Außen- handel	—	—	1848	1872	1896	1914
9. Kohlenverbrauch	—	—	1849	1873	1896	1914
10. Haferanbau- fläche ²⁵⁾	—	—	1850 ^{*)}	1875	1892	1915
England						
1. Preise	1789	1814	1849	1873	1896	1920
2. Kapitalzins	1790	1816	1844	1874	1897	1921
3. Lohn der Land- arbeiter	1790	1812—17	1844	1875	1889	—
4. Lohn der Textil- arbeiter	—	1810 ^{*)}	1850 ²⁶⁾	1874	1890	—
5. Außenhandel	—	1810 ^{*)}	1842 ²⁷⁾	1873	1894	1914
6. Kohलगewinnung	—	—	1850 ^{*)}	1873	1893	1914
7. Roheisenerzeu- gung	—	—	—	1871 ²⁸⁾	1891	1914
8. Bleierzeugung	—	—	—	1870	1892	1914
Vereinigte Staa- ten von Amerika						
1. Preise	1790	1814	1849	1866	1896	1920
2. Roheisenerzeu- gung	—	—	—	1875—80	1900	1920
3. Kohलगewinnung	—	—	—	1893	1896	1918
4. Baumwollanbau- fläche	—	—	—	1874—81	1892—95	1915

^{*)} Ungefähre Angaben.

²⁵⁾ Umgekehrte Zyklen.

²⁶⁾ Ein anderes Minimum liegt im Jahre 1835.

²⁷⁾ Andere Minima liegen in den Jahren 1837 und 1855.

²⁸⁾ Ein anderes Maximum liegt im Jahre 1881.

Land und Element	Erster Zyklus		Zweiter Zyklus		Dritter Zyklus	
	Beginn des Aufstiegs	Beginn des Abstiegs	Beginn des Aufstiegs	Beginn des Abstiegs	Beginn des Aufstiegs	Beginn des Abstiegs
Deutschland						
Kohlenförderung	—	—	—	1873 ²⁹⁾	1895	1915
Die ganze Erde ³¹⁾						
1. Roheisenerzeugung	—	—	—	1872 ³⁰⁾	1894	1914
2. Kohlenförderung	—	—	—	1873	1896	1914

- Erste lange Welle { 1. Der Anstieg dauert vom Ende der 80er oder vom Anfang der 90er Jahre des 18. Jahrhunderts bis 1810—1817.
2. Der Abstieg dauert von 1810—1817 bis 1844—1851.
- Zweite lange Welle { 1. Der Anstieg dauert von 1844—1851 bis 1870—1875.
2. Der Abstieg dauert von 1870—1875 bis 1890—1896.
- Dritte lange Welle { 1. Der Anstieg dauert von 1890—1896 bis 1914—1920.
2. Der Abstieg beginnt wahrscheinlich 1914—1920.

5. Natürlich beweist die Tatsache, daß die Bewegung der untersuchten Elemente in großen Zyklen verläuft, noch nicht, daß solche Zyklen auch die Bewegung aller anderen, hier nicht betrachteten Elemente beherrschen. Welche von diesen die geschilderte Wellenbewegung mitmachen, muß eine spätere Sonderuntersuchung lehren. Wie oben erwähnt, hat unsere Untersuchung auch auf solche Elemente geführt, in deren Bewegung es keine langen Wellen gibt. Die langen Wellen brauchen ja aber auch nicht alle Elemente zu umfassen.

6. Die oben festgestellten langen Wellen der wichtigsten Elemente des Wirtschaftslebens sind international, und zwar stimmen die Perioden dieser Zyklen für die europäischen kapitalistischen Länder recht gut überein. Auf Grund der angeführten Daten läßt sich behaupten, daß dasselbe auch für die Vereinigten Staaten von Amerika gilt. Aber trotzdem mögen die Dynamik der Entwicklung des Kapitalismus und insbesondere die Perioden der Schwankungen in dieser Bewegung in diesem Lande auch ihre Eigentümlichkeiten haben.

²⁹⁾ Ein anderes Maximum liegt im Jahre 1883.

³⁰⁾ Ein anderes Maximum liegt im Jahre 1882.

³¹⁾ Bei der Auswertung der Daten, die sich auf die ganze Erde beziehen, ist nicht durch die Bevölkerungszahl dividiert worden.

XI. Zu diesen Schlußfolgerungen führte uns die Untersuchung statistischer Reihen, welche die Bewegung der kapitalistischen Wirtschaft charakterisieren. Andererseits bestätigen die geschichtlichen Materialien zur Entwicklung des wirtschaftlichen und des sozialen Lebens überhaupt die These der langen Wellen. Wir können und werden in eine Analyse dieser Materialien hier nicht eintreten. Jedoch mögen einige allgemeine Sätze, zu denen wir gelangt sind, das Auftreten der langen Wellen charakterisieren und ihre Bedeutung für die soziale und ökonomische Entwicklung andeuten.

1. Die langen Wellen sind uns real in demselben umfassenden dynamischen Prozesse gegeben, in welchem auch die mittleren Zyklen der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Hauptphasen des Aufschwungs und der Depression verlaufen. Indessen erhalten diese mittleren Zyklen durch das Vorhandensein der langen Wellen ein bestimmtes Gepräge. Die Untersuchung zeigt, daß während des Anstiegs der langen Wellen die Jahre des Aufschwungs der mittleren Zyklen und während des Absinkens die Jahre der Depression regelmäßig vorwiegen ³²⁾.

2. Während des Absinkens der langen Wellen macht die Landwirtschaft in der Regel eine besonders scharf ausgesprochene, lang anhaltende Depression durch. So war es nach den Napoleonischen Kriegen; so war es vom Anfang der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts ab; dasselbe ist auch nach dem Weltkriege zu beobachten ³³⁾.

3. Während des Absinkens der langen Wellen werden besonders viele wichtige Entdeckungen und Erfindungen in der Produktions- und Verkehrstechnik gemacht, die jedoch gewöhnlich erst beim Beginn des neuen langen Anstiegs im großen auf die wirtschaftliche Praxis angewandt zu werden pflegen.

4. Im Beginn der langen Aufstiege pflegt die Goldgewinnung zu wachsen und der Weltmarkt durch stärkere Einbeziehung von Neu- und besonders von Kolonialländern ausgedehnt zu werden.

5. In die Zeit des Ansteigens der langen Wellen, d. h. der Hochspannung im Wachstum des Wirtschaftslebens fallen in der Regel die meisten und größten kriegerischen und inneren sozialen Erschütterungen.

³²⁾ Vgl. A. Spiethoff, »Krisen« (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl.).

³³⁾ Vgl. Ernle, »English farming past and present«, London 1922, und G. F. Warren und F. A. Pearson, »The agricultural situation«, New York 1924.

Wir betonen, daß wir diesen Regelmäßigkeiten nur empirischen Charakter beilegen und daß wir keineswegs meinen, in ihnen läge eine Erklärung der langen Wellen.

XII. Kann das Vorhandensein großer Zyklen in der Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft auf Grund der vorausgegangenen Darlegungen als bewiesen gelten? Die einschlägigen Daten, die wir anführen konnten, umfassen an 140 Jahre. Auf diesen Zeitraum kommen nur $2\frac{1}{2}$ Zyklen. Wenn schon der unserer Untersuchung zugängliche Zeitabschnitt zur Entscheidung der Frage, ob es lange Konjunkturwellen gibt, auch genügt, so reicht er doch nicht aus, um mit voller Sicherheit das Zyklische dieser Wellen behaupten zu können. Immerhin halten wir die vorhandenen Daten für ausreichend, um diesen zyklischen Charakter für sehr wahrscheinlich zu erklären.

Zu dieser Behauptung führt uns nicht nur die Betrachtung des oben beigebrachten faktischen Materials, sondern auch die Tatsache, daß die Einwände gegen diese Annahme, daß die langen Wellen in der kapitalistischen Dynamik zyklischen Charakter haben, wenig überzeugend sind.

Man weist darauf hin, daß den langen Wellen jene Regelmäßigkeit abgehe, welche die mit den Krisen zusammenhängenden mittleren industriell-kapitalistischen Wellen aufweisen. Aber dem ist nicht so. Versteht man unter »Regelmäßigkeit« die Wiederholung in regelmäßigen Zeitabständen, so kann man sie den langen Wellen ebensowenig absprechen wie den mittleren. Eine strenge Periodizität gibt es in den sozialen und ökonomischen Erscheinungen überhaupt nicht — auch nicht in den mittleren Wellen. Deren Länge schwankt wenigstens zwischen 7 und 11 Jahren, d. h. um 57%. Bei den großen Zyklen, die zu beobachten sind, schwankt die Dauer zwischen 48 und 60 Jahren, d. h. nur um 25%.

Versteht man unter Regelmäßigkeit die Gleichartigkeit und Gleichzeitigkeit der Schwankung bei den verschiedenen Elementen des Wirtschaftslebens, so ist sie bei den langen Wellen im gleichen Grade wie bei den mittleren vorhanden.

Versteht man schließlich unter Regelmäßigkeit die Tatsache, daß die mittleren Wellen international auftreten, so unterscheiden sich die langen Wellen hierin nicht von ihnen.

Somit gibt es in den langen Wellen nicht weniger Regelmäßigkeit als in den mittleren, und wenn wir diese als zyklisch

bezeichnen wollen, so brauchen wir auch jenen dieses Merkmal nicht abzusprechen.

Man weist weiter darauf hin, daß die langen Wellen — anders ✓ als die mittleren, welche inneren Ursachen der Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft entspringen — durch zufällige, von außen hinzutretende Verhältnisse und Ereignisse bedingt sind, z. B. 1. durch Veränderungen der Technik, 2. durch Kriege und Revolutionen, 3. durch die Einbeziehung von Neuländern in die Weltwirtschaft und 4. durch Schwankungen der Goldgewinnung.

Diese Erwägungen sind sehr wesentlich. Aber auch sie sind nicht stichhaltig. Ihre Schwäche ist, daß sie den Kausalzusammenhang umkehren und die Folge für die Ursache nehmen oder dort eine Zufälligkeit sehen, wo eine Gesetzmäßigkeit vorliegt. Wir haben oben bewußt der Feststellung einiger empirischer Regeln für den Verlauf der langen Wellen einige Worte gewidmet. Diese Regelmäßigkeiten helfen uns jetzt, den eben angeführten Einwand richtig zu würdigen.

1. Aenderungen in der Technik üben auf den Gang der kapitalistischen Dynamik unstreitig einen mächtigen Einfluß aus. Aber niemand hat bewiesen, daß diese Aenderungen der Technik zufälligen und äußeren Ursprungs sind.

Aenderungen auf dem Gebiete der Produktionstechnik haben zwei Voraussetzungen: 1. es müssen die entsprechenden wissenschaftlich-technischen Entdeckungen und Erfindungen vorliegen, und 2. es muß wirtschaftlich möglich sein, sie praktisch anzuwenden. Es würde natürlich ein Fehler sein, das Schöpferische der wissenschaftlich-technischen Entdeckungen und Erfindungen zu leugnen. Vom wissenschaftlichen Gesichtspunkt aus wäre es aber ein noch ✓ größerer Irrtum, zu meinen, daß Richtung und Intensität dieser Entdeckungen und Erfindungen ganz zufällig wären; weit wahrscheinlicher ist es, daß diese Richtung und Intensität eine Funktion der Anforderungen der praktischen Wirklichkeit und der voraufgegangenen Entwicklung von Wissenschaft und Technik sind³⁴⁾.

³⁴⁾ Einen der besten und unbestreitbarsten Gründe für die Annahme, daß die wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Erfindungen und Entdeckungen nicht zufällig erfolgen, sondern auf das engste mit den Anforderungen der Praxis zusammenhängen, liefern die zahlreichen Fälle, wo dieselben Erfindungen und Entdeckungen an verschiedenen Orten gleichzeitig und unabhängig voneinander gemacht werden. Vgl. die lange Liste solcher Fälle bei W. F. Ogburn, »Social change«, New York 1924, S. 90. Vgl. auch D a n n e m a n n, »Die Naturwissenschaften in ihrer Entwicklung und in ihrem Zusammenhange«, Leipzig 1923.

Indessen genügt es zu einer wirklichen Aenderung der Produktionstechnik nicht, daß wissenschaftlich-technische Erfindungen vorliegen; diese können unwirksam bleiben, solange die ökonomischen Vorbedingungen zu ihrer Anwendung fehlen. Das zeigt das Beispiel der wissenschaftlich-technischen Erfindungen im 17. Jahrhundert und im Anfang des 18. Jahrhunderts, welche erst in der industriellen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts zur Anwendung im großen gelangten. Wenn dem aber so ist, so ist der Annahme, daß die Veränderungen der Technik zufälligen Charakters seien und nicht aus der wirtschaftlichen Entwicklung selbst entspringen, offenbar der Boden entzogen. Oben haben wir gesehen, daß die Entwicklung der Technik selbst in den Rhythmus der langen Wellen eingefügt ist.

2. Kriege und Revolutionen müssen ebenso den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung sehr stark beeinflussen. Aber Kriege und Revolutionen fallen nicht vom Himmel und entspringen nicht der Willkür einzelner Persönlichkeiten. Sie entstehen auf dem Boden der realen, vor allem der ökonomischen Verhältnisse. Nimmt man an, daß Kriege und Revolutionen von außen her der ökonomischen Dynamik den Anstoß zu den großen Zyklen geben, so erhebt sich die Frage, weshalb sie denn selbst regelmäßig, in bestimmten Zeitabständen aufeinander folgen und zwar gerade während des Anstiegs der langen Wellen auftreten. Viel mehr Wahrscheinlichkeit hat die Annahme für sich, daß den Kriegen selbst die Erhöhung des Tempos und der Anspannung des Wirtschaftslebens, der verschärfte wirtschaftliche Kampf um Märkte und Rohstoffe zugrundeliegen, und daß auch soziale Erschütterungen am leichtesten gerade unter stürmischem Druck neuer wirtschaftlicher Kräfte entstehen.

Somit lassen sich auch die Kriege und die sozialen Erschütterungen in den Rhythmus der langen Wellen einfügen und erweisen sich nicht als die Kräfte, von denen diese Bewegungen ausgehen, sondern als eine ihrer Erscheinungsformen. Aber einmal Wirklichkeit geworden, üben sie natürlich auf das Tempo und die Richtung der ökonomischen Dynamik einen starken Einfluß aus.

3. Was die Einbeziehung von Neuländern in die Weltwirtschaft angeht, so scheint es uns ganz offensichtlich zu sein, daß diese nicht als der äußere Faktor gelten kann, welcher die Entstehung der langen Wellen in der

Dynamik des Wirtschaftslebens befriedigend zu erklären vermöchte. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren verhältnismäßig schon sehr lange bekannt — in die Weltwirtschaft beginnen sie aber aus irgendwelchen Gründen erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stärker verflochten zu werden. Ebenso sind Argentinien und Canada, Australien und Neuseeland nicht erst am Ende des 19. Jahrhunderts entdeckt worden, und doch setzt für sie eine stärkere weltwirtschaftliche Verflechtung erst seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ein. Es ist völlig klar, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem neue Gebiete geschichtlich gerade in denjenigen Perioden in den Verkehr einbezogen werden, in welchen das Bedürfnis der alten Kulturländer nach neuen Absatz- und Rohstoffmärkten dringlicher wird. Ebenfalls ist völlig klar, daß die Grenzen dieser Ausweitung der Weltwirtschaft durch das Maß dieses Bedürfnisses bestimmt werden. Wenn dem aber so ist, so gibt offenbar nicht die Einbeziehung neuer Gebiete den Anstoß zum Ansteigen der langen Wellen in der Konjunktur, sondern umgekehrt macht ein neuer Aufschwung, indem er das Tempo der wirtschaftlichen Dynamik der kapitalistischen Länder beschleunigt, die Ausnutzung neuer Länder, neuer Absatz- und Rohstoffmärkte notwendig und möglich.

4. Es bleibt noch zu erörtern, ob als von außen hinzutretendes, zufälliges Moment, das die langen Wellen der Konjunktur hervorruft, die Entdeckung neuer Goldfelder, die Vergrößerung der Goldgewinnung und eine dadurch entstehende Goldvermehrung gelten könne.

Eine Vergrößerung der Goldgewinnung ist wohl letztlich von Einfluß auf die Preissteigerung und auf die Konjunktur. Aber damit ist noch keineswegs die These zugegeben, daß die Veränderungen in der Goldgewinnung zufälliger, äußerlicher Art und daß die Preis- und Konjunkturwellen es ebenso sind. Diese These halten wir nicht nur für unbewiesen, sondern für falsch. Ihr liegt die Meinung zugrunde, daß erstens die Entdeckung von Goldfeldern und die Vervollkommnungen der Technik der Goldgewinnung zufällig seien und daß zweitens jede Entdeckung von neuen Goldfeldern und die technischen Erfindungen auf dem Gebiete der Goldgewinnung eine Zunahme der letzteren zur Folge haben. Wie groß auch das Element des Schöpferischen in diesen technischen Erfindungen und die Bedeutung des Zufalls bei jenen Entdeckungen sei, so sind sie doch nicht völlig zufällig.

Noch weniger zufällig — und das ist die Hauptsache — sind die Schwankungen in der Goldgewinnung selbst. Diese sind durchaus nicht einfach eine Funktion der Erfindertätigkeit auf dem Gebiete der Technik des Goldbergbaues und der Entdeckungen neuer Goldfelder. Im Gegenteil hängen die Intensität der Erfinder- und Entdeckertätigkeit sowie die praktische Anwendung der technischen Vervollkommnungen auf dem Gebiete der Goldgewinnung und das Anwachsen der letzteren von anderen, allgemeineren Ursachen ab. Die Abhängigkeit der Goldgewinnung von technischen Erfindungen und von Entdeckungen neuer Goldlager ist eine sekundäre, abgeleitete.

J Wenn auch das Gold die allgemein anerkannte Verkörperung des Wertes ist und daher allgemein begehrt wird, so ist es doch eine Ware. Und wie jede Ware wird es mit Produktionskosten gewonnen. Wenn dem aber so ist, so kann die Goldgewinnung — auch aus neu entdeckten Lagern — nur dann erheblich steigen, wenn sie einträglich wird, d. h. wenn der Wert des Goldes selbst und die Höhe der Kosten seiner Gewinnung — und das sind letztlich die Preise anderer Waren — in einem günstigen Verhältnis zueinander stehen. Ist dies Verhältnis ungünstig, so können selbst Goldbergwerke, deren Reichtümer noch längst nicht erschöpft sind, stillgelegt werden; ist es dagegen günstig, so werden auch verhältnismäßig arme Lager bearbeitet.

Wann ist das Verhältnis von Goldwert und anderen Warenpreisen für die Goldgewinnung am günstigsten? Wir wissen, daß die Warenpreise gegen Ende des Ablaufs der langen Welle ihren tiefsten Stand erreichen. Das bedeutet, daß zu dieser Zeit das Gold seine größte Kaufkraft erreicht und die Goldgewinnung am einträglichsten wird.

Das Gesagte läßt sich durch folgende statistische Angaben über den Goldbergbau Transvaals illustrieren ³⁵⁾:

Jahr	Produktionskosten	Gewinn
	in Shilling und Pence je Tonne Golderz	
1890	42 sh. 2 d.	7 sh. 2 d.
1895	33 sh. 5 d.	11 sh. 11 d.
1899	28 sh. 0 d.	14 sh. 3 d.
1903	24 sh. 9 d.	14 sh. 11 d.
1906	22 sh. 2 d.	11 sh. 6 d.
1913	17 sh. 11 d.	9 sh. 10 d.

³⁵⁾ Vgl. W. A. Berridge, „The world's gold supply“ (Review of Economic Statistics, Vol. II, Nr. 7, 1920, S. 184).

Wie man aus diesen Zahlen ersieht, wächst die Einträglichkeit der Goldgewinnung mit der Annäherung an den Zeitpunkt des niedrigsten Warenpreisstandes und der höchsten Kaufkraft des Goldes (1895 und die folgenden Jahre).

Dann aber ist es klar, daß der Anreiz zur Vermehrung der Goldgewinnung um so stärker werden muß, je weiter die lange Welle abflaut. Daher kann man theoretisch vermuten, daß die Goldgewinnung im allgemeinen am stärksten steigen muß von der Zeit an, wo die Welle am tiefsten sinkt und umgekehrt ³⁶⁾.

Indessen ist der Zusammenhang in Wirklichkeit nicht so einfach, sondern kompliziert sich — und zwar hauptsächlich gerade durch die Einwirkung der Aenderungen in der Technik des Goldbergbaus und der Entdeckung neuer Lager. Jedoch müssen sich auch die Vervollkommnungen der Technik und die Goldfunde, scheint es uns, zeitlich mehr oder weniger gesetzmäßig, in Abhängigkeit von derselben grundlegenden Ursache, wie die Goldgewinnung, anordnen, Tatsächlich bewirken die Verbesserungen der Technik der Goldgewinnung und die Entdeckung neuer Goldfelder ihrerseits eine Senkung der Produktionskosten des Goldes; sie beeinflussen das Verhältnis dieser Kosten zum Werte des Goldes und folglich die Größe der Goldgewinnung. Dann aber ist es klar, daß gerade zu der Zeit, als das Verhältnis des Goldwertes zu den Kosten ungünstiger wird, das Bedürfnis nach technischen Verbesserungen im Goldbergbau und nach Auffindung reicherer Lager viel dringlicher werden und den Forschungen auf diesem Gebiete einen neuen Antrieb erteilen muß. — Natürlich verstreicht einige Zeit, bis dieses dringende Bedürfnis, wenn es schon erkannt ist, zu positiven Erfolgen führt. Deshalb werden die Goldfunde und technischen Verbesserungen im Goldbergbau in Wirklichkeit erst dann ihren Höhepunkt erreichen, wenn die lange Welle den ihrigen schon überschritten hat, d. h. vielleicht in der Mitte des Abstiegs. Das vorhandene Tatsachenmaterial bestätigt diese Vermutung ³⁷⁾. In der Zeit nach den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts erfolgen Goldfunde: 1881 in Alaska, 1884 in Transvaal, 1887 in Westaustralien, 1890 in Colorado, 1894 in Mexiko, 1896 in Clondyke. Die Erfindungen

³⁶⁾ Am klarsten muß diese Abhängigkeit natürlich im kapitalistisch organisierten Goldbergbau zutage treten, der ja auch eine beherrschende Stellung einnimmt; immerhin besteht sie zweifellos — obgleich weniger streng — auch in den ganz kleinen Betrieben.

³⁷⁾ Ebenda S. 181.

auf dem Gebiete der Technik des Goldbergbaues und besonders die wichtigsten dieser Zeit — die Erfindungen für die Bearbeitung des Erzes — fallen bekanntlich ebenfalls in die 80er Jahre.

Goldfunde und technische Verbesserungen müssen, wenn sie einmal eintreten, natürlich die Goldgewinnung beeinflussen. Sie können bewirken, daß das Wachsen der Goldgewinnung etwas eher eintritt, als der Abstieg der langen Welle beendet ist. Sie können auch dem Aufschwung der Goldgewinnung größere Wucht verleihen, wenn jene Grenze erreicht ist. Dem entspricht dann auch ganz der wirkliche Verlauf. Insbesondere beginnt nach dem Niedergang in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts ein dauerndes, wenn auch geringes Steigen der Goldgewinnung seit dem Jahre 1883³⁸⁾. Aber trotz dieser störenden Einflüsse der Entdeckungen und Erfindungen beginnt der Hauptaufschwung in der Goldgewinnung erst seitdem das Gold seine größte Kaufkraft erreicht hat, und zwar kommt die Mehrgewinnung nicht allein auf die Rechnung der neuentdeckten Goldfelder, sondern zu einem beträchtlichen Teile auf die der alten Fundstätten. Das zeigen folgende Zahlen³⁹⁾:

Jahr	Auf der ganzen Erde	Transvaal	Ver. Staaten	Australien	Rußland	Canada	Mexiko	Indien
Goldgewinnung in Tausend Unzen								
1890	5 749	440	1589	1588	1135	65	737	9
1895	9 615	2017	2255	2356	1388	101	290	230
1900	14 838	3638	3437	4461	1072	1029	411	412

Aus dem Obigen darf man, wie es uns scheint, schließen, daß die Goldgewinnung, wenn ihr Wachsen auch die Voraussetzung einer Warenpreissteigerung und einer Hebung der Konjunktur sein kann, doch ihrerseits dem Rhythmus der langen Wellen untergeordnet ist und folglich nicht als Ursache und zufälliger Faktor, der von außen her diese Bewegungen hervorruft, gelten kann.

XIII. Somit erscheinen uns die Einwände gegen den gesetzmäßig zyklischen Charakter der langen Wellen der Konjunktur als nicht überzeugend.

³⁸⁾ Vgl. »Statistical abstract of the United States«, 1922, S. 708—709.

³⁹⁾ Berridge, Ebenda S. 182

Mit Rücksicht hierauf und in Anbetracht der oben entwickelten positiven Gründe bezeichnen wir auf Grund der verfügbaren Daten das Vorhandensein langer zyklischer Wellen der Konjunktur als sehr wahrscheinlich.

Zugleich glauben wir auf Grund unserer Darlegungen sagen zu dürfen, daß die langen Wellen, wenn existent, eine sehr wichtige und wesentliche Tatsache der ökonomischen Dynamik darstellen, eine Tatsache, deren Auswirkungen in allen Hauptgebieten des sozialen und ökonomischen Lebens zu finden sind.

Gibt man das Vorhandensein der langen Wellen zu, so darf man doch selbstverständlich nicht meinen, daß die ökonomische Dynamik bloß aus Schwankungen um ein bestimmtes Niveau bestehe. Sie stellt zweifellos einen Entwicklungsprozeß dar, aber diese Entwicklung geht offenbar nicht nur durch mittlere Wellen, sondern zugleich auch durch lange. Das Problem der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung ist hier nicht zu erörtern.

Indem wir das Vorhandensein langer Wellen behaupten und ihre Entstehung aus zufälligen Ursachen bestreiten, meinen wir zugleich, daß die langen Wellen Ursachen entspringen, die im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft liegen. Das führt natürlich zu der Frage, welcher Art denn diese Ursachen sind. Der Schwierigkeit wie auch der großen Bedeutung dieser Frage sind wir uns voll bewußt; jedoch war es nicht beabsichtigt, in der vorliegenden Skizze mit dem Aufbau einer eigentlichen Theorie der langen Wellen zu beginnen ⁴⁰⁾.

⁴⁰⁾ Zu der Annahme des Vorhandenseins langer Wellen bin ich in den Jahren 1919/21 gekommen. Zum ersten Male habe ich meine allgemeinen Thesen kurz und ohne besondere Analyse in meiner Arbeit über »Die Weltwirtschaft und ihre Konjunkturen in der Kriegs- und Nachkriegszeit« (»Mirovoje chozjajstvo i jego konjunktury vo vremja i posle vojny«, Moskau 1922) formuliert. Im Winter und Frühjahr 1925 habe ich eine Spezialstudie über »Die langen Wellen der Konjunktur« (»Bol'schije cykly konjunktury«) geschrieben und in dem Sammelbande des Konjunkturinstituts »Fragen der Konjunktur« (»Voprosy konjunktury«, Bd. I) veröffentlicht. Erst im Beginn des Jahres 1926 lernte ich den Aufsatz S. d e W o l f f s, »Prosperitäts- und Depressionsperioden« kennen (»Der lebendige Marxismus«, Festgabe zum 70. Geburtstag von Karl Kautsky), der in vielem zu den gleichen Ergebnissen gelangt wie ich. Die offenbar nur auf holländisch veröffentlichten Arbeiten J. v a n G e l d e r n s, auf die de Wolff verweist, sind mir unbekannt geblieben.

Tabelle 1⁴¹⁾.
 Indezzahlen der in Gold ausgedrückten Warenpreise.
 (1901—1910 = 100.)

Jahr	Eng- land	Frank- reich	Verein. Staaten von Amerika	Jahr	Eng- land	Frank- reich	Verein. Staaten von Amerika
1780	142	—	—	1820	163	—	132
1781	154	—	—	1821	154	—	127
1782	155	—	—	1822	150	—	130
1783	135	—	—	1823	148	—	124
1784	130	—	—	1824	139	—	122
1785	126	—	—	1825	155	—	124
1786	129	—	—	1826	135	—	119
1787	134	—	—	1827	133	—	119
1788	129	—	—	1828	127	—	116
1789	125	—	—	1829	124	—	116
1790	131	—	—	1830	122	—	107
1791	130	—	121	1831	125	—	117
1792	134	—	128	1832	124	—	117
1793	143	—	136	1833	127	—	114
1794	141	—	—	1834	127	—	103
1795	166	—	179	1835	131	—	116
1796	179	—	—	1836	147	—	106
1797	185	—	193	1837	134	—	124
1798	196	—	190	1838	137	—	120
1799	205	—	181	1839	146	—	123
1800	191	—	—	1840	142	—	115
1801	202	—	192	1841	135	—	124
1802	176	—	158	1842	124	—	106
1803	199	—	162	1843	113	—	100
1804	195	—	174	1844	114	—	101
1805	204	—	179	1845	116	—	102
1806	—	—	175	1846	122	—	105
1807	—	—	165	1847	130	—	105
1808	—	—	162	1848	107	—	100
1809	199	—	174	1849	101	—	97
1810	199	—	186	1850	105	—	101
1811	169	—	180	1851	102	—	105
1812	175	—	183	1852	107	—	101
1813	187	—	214	1853	130	—	107
1814	203	—	265	1854	139	—	111
1815	190	—	208	1855	138	—	111
1816	170	—	178	1856	138	—	111
1817	184	—	180	1857	143	—	110
1818	191	—	172	1858	124	137	100
1819	175	—	164	1859	128	137	99

⁴¹⁾ Die Quellen dieser und nachstehender Tabellen sind in den Fußnoten des Textes angegeben.

Jahr	Eng- land	Frank- reich	Verein. Staaten von Amerika	Jahr	Eng- land	Frank- reich	Verein. Staaten von Amerika
1860	135	144	99	1892	93	95	84
1861	132	142	99	1893	93	94	86
1862	138	142	140	1894	86	87	77
1863	141	143	125	1895	85	85	78
1864	143	141	149	1896	83	82	75
1865	138	132	122	1897	85	83	75
1866	139	134	166	1898	87	86	78
1867	137	131	156	1899	93	93	84
1868	135	132	141	1900	102	99	91
1869	134	130	138	1901	96	95	89
1870	131	133	143	1902	94	94	94
1871	137	138	125	1903	94	96	96
1872	149	144	129	1904	96	94	96
1873	152	144	124	1905	98	98	96
1874	139	132	122	1906	105	104	100
1875	131	129	115	1907	109	109	105
1876	130	130	107	1908	100	101	101
1877	128	131	106	1909	101	101	109
1878	119	120	102	1910	107	108	113
1879	113	117	95	1911	109	113	104
1880	120	120	106	1912	116	118	111
1881	116	117	104	1913	116	116	112
1882	115	114	106	1914	116	118	110
1883	112	110	105	1915	144	149	113
1884	104	101	98	1916	182	192	142
1885	98	99	92	1917	234	273	198
1886	94	95	90	1918	256	364	217
1887	93	92	91	1919	259	288	231
1888	96	96	93	1920	258	214	253
1889	98	100	93	1921	167	154	165
1890	98	100	91	1922	163	161	167
1891	98	98	90				

Anmerkung: Die Indexzahlen der in Papierwährung ausgedruckten Preise:

England: 1802—21: 1800 209, 1801 218, 1802 188, 1803 205, 1804 201, 1805 210, 1806 206, 1807 200, 1808 218, 1809 231, 1810 231, 1811 208, 1812 214, 1813 243, 1814 260, 1815 218, 1816 177, 1817 188, 1818 197, 1819 179, 1820 163, 1821 154;

1914—22: 1914 116, 1915 148, 1916 186, 1917 239, 1918 262, 1919 281, 1920 343, 1921 212, 1922 179.

Vereinigte Staaten von Amerika 1862—78: 1862 116, 1863 146, 1864 188, 1865 213, 1866 188, 1867 169, 1868 158, 1869 151, 1870 140, 1871 134, 1872 136, 1873 136, 1874 131, 1875 126, 1876 116, 1877 109, 1878 100.

Frankreich 1914—22: 1914 118, 1915 162, 1916 218, 1917 302, 1918 392, 1919 412, 1920 589, 1921 399, 1922 378.

Tabelle 2.
Höchstes Kurs der festverzinslichen Wertpapiere.
(1901—1910 = 100.)

Jahr	England Kurs der Konsols		Frankreich Kurs der Rente ⁴²⁾		Jahr	England Kurs der Konsols		Frankreich Kurs der Rente ⁴²⁾	
	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴³⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴³⁾		Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴³⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴³⁾
1814	—	—	53,6	—	1850	109,1	3,4	59,0	— 0,2
1815	—	—	54,7	—	1851	110,0	2,3	67,2	— 1,9
1816	71,6	—	43,2	—	1852	113,1	2,0	86,3	— 2,6
1817	93,5	—	46,2	—	1853	111,7	2,0	82,4	— 3,3
1818	91,0	—	53,6	—14,1	1854	105,7	1,4	76,6	— 1,7
1819	87,6	—	49,1	—13,3	1855	103,1	0,8	72,0	— 0,4
1820	77,9	—5,0	53,4	—11,8	1856	106,1	—0,2	75,7	— 0,2
1821	87,4	—1,4	60,8	— 8,3	1857	104,1	— 1,7	71,4	— 2,2
1822	92,1	—1,4	63,7	— 5,6	1858	109,1	— 3,0	75,2	— 3,4
1823	95,1	—0,6	62,8	— 3,6	1859	107,6	— 3,7	72,1	— 4,3
1824	107,5	0,4	70,3	— 0,8	1860	105,4	— 4,3	71,7	— 5,0
1825	104,6	3,2	76,6	2,6	1861	103,9	— 5,3	70,4	— 5,9
1826	93,7	5,0	72,6	5,1	1862	104,0	— 6,2	73,2	— 6,1
1827	99,3	5,0	74,0	5,7	1863	103,7	— 7,0	70,9	— 6,9
1828	98,0	4,7	76,4	6,4	1864	101,5	— 7,7	68,0	— 7,1
1829	104,6	3,8	86,4	7,3	1865	100,9	— 8,2	69,8	— 7,1
1830	104,6	3,4	85,7	7,5	1866	99,6	— 8,5	70,9	— 6,8
1831	94,0	4,1	70,8	8,4	1867	105,0	— 8,8	71,0	— 8,6
1832	95,1	4,1	71,3	9,1	1868	105,2	— 9,2	72,3	— 10,4
1833	101,2	4,4	80,8	9,5	1859	103,9	— 9,2	74,2	— 11,6
1834	103,2	4,2	80,3	8,8	1870	104,4	— 9,2	75,4	— 12,3
1835	103,0	3,8	82,6	8,2	1871	103,7	— 8,8	58,7	— 13,0
1836	102,3	4,4	82,5	9,8	1872	103,3	— 8,7	57,5	— 12,9
1837	104,1	4,6	81,7	10,6	1873	103,7	— 8,7	59,3	— 12,9
1838	105,7	4,6	82,5	10,6	1874	103,4	— 8,5	65,0	— 12,7
1839	104,1	4,7	82,8	10,7	1875	105,1	— 8,0	67,2	— 11,9
1840	103,3	5,3	87,0	10,9	1876	107,0	— 7,3	73,3	— 8,9
1841	100,4	5,9	80,9	11,1	1877	107,3	— 6,3	74,6	— 5,8
1842	105,5	5,9	82,5	11,3	1878	106,7	— 5,2	78,0	— 3,2
1843	107,7	5,3	83,5	10,8	1879	109,5	— 4,1	84,8	— 1,4
1844	112,3	4,3	86,0	9,7	1880	110,9	— 3,1	87,6	— 0,3
1845	111,6	4,5	86,7	6,4	1881	113,5	— 2,5	87,6	0,5
1846	108,4	5,0	85,3	3,7	1882	113,2	— 1,7	85,1	1,4
1847	104,3	5,0	80,5	1,8	1883	113,6	— 0,7	82,9	1,7
1848	99,8	5,1	75,5	1,8	1884	113,5	0,0	79,8	1,5
1849	109,7	4,5	58,7	1,2	1885	111,5	0,1	82,7	1,4
					1886	112,9	— 0,1	84,2	2,1

⁴²⁾ In den Jahren 1814—1825 der Kurs der 5%igen, seit 1825 der der 3%igen Rente. Ueber die Methode, nach der die Reihe aufgebaut ist, sowie über die Quellen vgl. die Fußnoten zur Abb. 2 im Text.

⁴³⁾ Mechanisch ausgeglichen für 9jährige Zeiträume.

Jahr	England Kurs der Konsols		Frankreich Kurs der Rente ⁴²⁾		Jahr	England Kurs der Konsols		Frankreich Kurs der Rente ⁴²⁾	
	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴³⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴³⁾		Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴³⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴³⁾
1887	114,4	— 0,3	83,2	3,2	1905	101,2	3,7	100,9	12,4
1888	114,0	— 0,5	84,9	5,0	1906	100,4	3,3	100,3	11,8
1889	109,8	— 0,5	88,7	7,0	1907	96,4	2,9	96,5	11,0
1890	108,9	0,3	96,7	9,2	1908	97,3	2,6	98,0	10,3
1891	108,2	1,6	97,0	11,2	1909	94,5	2,3	99,6	9,1
1892	108,2	3,4	101,1	13,3	1910	91,6	2,2	99,6	7,5
1893	109,8	5,3	100,0	15,3	1911	90,5	1,2	97,9	4,4
1894	114,4	7,7	104,9	16,9	1912	87,0	— 0,1	95,9	0,6
1895	119,4	10,0	104,1	17,4	1913	83,3	— 2,0	91,1	— 3,5
1896	125,9	11,3	103,6	17,8	1914	84,7	— 2,8	88,8	— 7,6
1897	125,6	12,1	105,6	17,7	1915	76,2	— 3,5	74,1	— 11,7
1898	125,1	12,7	104,7	17,8	1916	68,5	— 5,0	64,8	— 16,1
1899	123,3	12,4	103,4	17,0	1917	62,5	— 6,2	63,0	— 20,3
1900	112,4	11,3	102,7	16,3	1918	70,2	— 5,8	64,4	— 23,5
1901	107,8	9,6	102,8	15,8	1919	66,6	—	65,3	—
1902	107,3	8,0	102,4	14,9	1920	57,7	—	60,4	—
1903	103,4	6,0	100,5	13,8	1921	56,3	—	59,7	—
1904	100,1	4,4	99,5	12,9	1922	66,8	—	64,4	—

Gleichungen der theoretischen Reihe:

Kurs der Konsols: $y = 112,57 + 0,26 x - 0,012 x^2 - 0,00020 x^3$ Kurs der Rente: $y = 78,99 + 0,23 x$

Tabelle 3.
Englische Nominallöhne in Gold ⁴⁴⁾.
(1892 = 100.)

Jahr	Wochenlohn- in der Baum- wollindustrie		Jahreslohn der Landarbeiter		Jahr	Wochenlohn- in der Baum- wollindustrie		Jahreslohn der Landarbeiter	
	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾		Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾
1789	—	—	51	—	1796	—	—	72	9,3
1790	—	—	52	—	1797	—	—	74	11,2
1791	—	—	54	—	1798	—	—	77	13,1
1792	—	—	56	—	1799	—	—	79	15,2
1793	—	—	58	2,6	1800	—	—	74	17,3
1794	—	—	60	5,0	1801	—	—	77	19,4
1795	—	—	66	7,5	1802	—	—	79	21,5

⁴²⁾ ⁴³⁾ siehe vorherige Seite.⁴⁴⁾ ⁴⁵⁾ siehe nächste Seite.

Jahr	Wochenlohn ⁴⁴⁾ in der Baum- wollindustrie		Jahreslohn ⁴⁴⁾ der Landarbeiter		Jahr	Wochenlohn ⁴⁴⁾ in der Baum- wollindustrie		Jahreslohn ⁴⁴⁾ der Landarbeiter	
	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾		Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾
1803	—	—	83	22,9	1836	47,3	—0,89	75	0,2
1804	—	—	89	23,8	1837	47,8	—0,50	76	—0,06
1805	—	—	95	25,0	1838	48,3	—0,21	78	—0,4
1806	—	—	97	25,9	1839	47,8	—0,41	80	—0,2
1807	78,7	—	94	26,0	1840	48,3	—0,28	80	—0,5
1808	63,3	—	91	25,6	1841	49,3	0,02	80	—1,6
1809	63,8	—	89	24,0	1842	49,8	0,21	80	—2,1
1810	65,2	—	89	21,7	1843	49,3	—0,07	83	—2,9
1811	55,1	1,21	84	20,2	1844	50,7	—0,34	75	—4,4
1812	60,9	0,38	84	19,8	1845	53,6	—0,65	70	—5,8
1813	60,4	0,64	78	19,9	1846	53,6	—1,05	75	—7,3
1814	71,5	0,54	79	19,9	1847	50,2	—1,44	75	—8,7
1815	63,3	0,25	87	19,9	1848	50,2	—1,71	71	—10,5
1816	57,5	1,12	95	20,5	1849	50,7	—1,85	71	—10,3
1817	52,7	1,21	96	20,2	1850	51,2	—2,40	71	—8,4
1818	50,7	1,27	93	19,4	1851	52,2	—2,87	71	—6,8
1819	51,2	—0,03	93	18,5	1852	53,1	—2,68	71	—5,1
1820	52,2	—0,44	93	16,3	1853	56,0	—2,47	81	—3,6
1821	51,7	—0,28	86	13,7	1854	55,6	—2,28	91	—2,8
1822	51,7	0,13	75	11,1	1855	56,5	—1,96	94	—1,9
1823	51,2	0,63	75	8,7	1856	59,4	—1,30	94	—0,6
1824	51,7	0,90	71	6,4	1857	59,9	—0,76	89	0,8
1825	51,7	0,93	76	4,0	1858	60,4	—0,62	82	1,2
1826	49,8	0,57	76	2,3	1859	62,3	—0,51	83	0,4
1827	49,3	0,04	76	1,9	1860	66,7	—0,53	87	—0,7
1828	48,3	—0,44	76	1,8	1861	66,7	—0,45	88	—1,9
1829	47,8	—0,94	76	2,2	1862	66,2	0,24	88	—2,4
1830	44,4	—1,13	74	1,9	1863	65,7	0,91	88	—2,0
1831	43,5	—1,37	76	1,2	1864	65,7	1,58	88	—1,4
1832	44,0	—1,52	78	0,6	1865	69,6	1,58	88	—1,2
1833	44,9	—1,56	79	0,2	1866	75,8	1,89	88	—1,0
1834	48,3	—1,55	77	—0,04	1867	76,3	2,67	90	0,1
1835	46,4	—1,27	74	0,2	1868	78,3	3,77	92	2,2

⁴⁴⁾ 1800—1820 stellte sich der Index des in Papiergeld ausgedrückten Lohnes wie folgt: in der Baumwollindustrie: 1807 86,0, 1808 71,0, 1809 73,9, 1810 75,4, 1811 67,6, 1812 74,4, 1813 78,3, 1814 91,3, 1815 72,5, 1816 59,9, 1817 54,1, 1818 52,2, 1819 52,2, 1820 52,2; in der Landwirtschaft: 1800 81, 1801 83, 1802 84, 1803 85, 1804 92, 1805 98, 1806 103, 1807 103, 1808 103, 1809 103, 1810 103, 1811 103, 1813 102, 1814 101, 1815 100, 1816 99, 1817 98, 1818 96, 1819 95, 1820 93.

⁴⁵⁾ Mechanisch ausgeglichen für 9jährige Zeiträume.

Jahr	Wochenlohn in der Baum- wollindustrie		Jahreslohn der Landarbeiter		Jahr	Wochenlohn in der Baum- wollindustrie		Jahreslohn der Landarbeiter	
	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾		Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁵⁾
1869	76,8	5,02	93	4,7	1892	100,0	—2,67	100	—5,2
1870	79,7	5,99	94	7,8	1893	99,5	—2,72	99	—5,1
1871	83,6	6,26	102	10,4	1894	99,5	—2,75	99	—4,8
1872	86,0	6,63	111	12,7	1895	99,5	—2,75	98	—4,6
1873	87,4	7,05	115	14,8	1896	100,5	—2,84	96	—4,0
1874	88,9	6,94	120	16,5	1897	101,0	—2,99	100	—3,5
1875	88,9	6,13	115	17,2	1898	101,9	—3,12	102	—2,9
1876	90,3	5,21	115	16,7	1899	103,4	—3,27	103	—2,2
1877	92,8	4,29	115	14,8	1900	105,8	—3,27	108	—1,5
1878	86,5	3,27	112	12,1	1901	106,3	—3,03	108	—0,5
1879	83,1	2,20	105	8,9	1902	105,8	—2,33	109	0,1
1880	86,0	1,18	101	6,1	1903	105,3	—1,37	109	0,3
1881	88,4	—0,14	98	3,1	1904	106,3	—0,53	109	0,5
1882	88,9	—1,84	95	—0,2	1905	109,2	—0,14	109	0,3
1883	89,9	—2,66	95	—3,1	1906	113,5	0,25	109	0,03
1884	90,3	—2,72	94	—4,6	1907	116,4	0,73	108	—0,2
1885	88,9	—2,98	92	—5,6	1908	116,4	1,75	109	—0,2
1886	87,9	—3,33	90	—6,2	1909	114,5	2,80	110	0,2
1887	89,4	—3,35	90	—6,3	1910	114,5	—	110	—
1888	92,8	—3,30	95	—6,2	1911	114,5	—	111	—
1889	93,7	—3,33	96	—6,1	1812	118,4	—	113	—
1890	95,2	—3,19	97	—5,8	1913	119,3	—	117	—
1891	98,6	—2,91	98	—5,4					

Gleichungen der theoretischen Reihe:

Wochenlohn in der Baumwollindustrie:

$$y = 64,128 + 1,053 x + 0,0099 x^2 - 0,00023 x^3.$$

Jahreslohn der Landwirtschaft: $y = 91,587 + 0,454 x.$

Tabelle 4.
Gesamtumsätze im französischen Außenhandel.
(Je Einwohner in Franc.)

Jahr	Empirische Reihe	Abweichun- gen von der theoreti- schen Reihe ⁴⁶⁾	Jahr	Empirische Reihe	Abweichun- gen von der theoreti- schen Reihe ⁴⁶⁾
1827	29,0	—	1833	31,9	4,4
1828	30,2	—	1834	30,7	2,3
1829	30,6	—	1835	33,0	0,4
1830	29,1	—	1836	35,6	—0,8
1831	25,5	9,4	1837	32,2	—2,2
1832	30,9	7,2	1838	38,9	—4,0

⁴⁵⁾ siehe vorherige Seite.⁴⁶⁾ Siehe nächste Seite.

Tabelle 4.
Gesamtumsätze im französischen Außenhandel (Fortsetzung).
(Je Einwohner in Franc.)

Jahr	Empirische Reihe	Abweichungen von der theoretischen Reihe ⁴⁰⁾	Jahr	Empirische Reihe	Abweichungen von der theoretischen Reihe ⁴⁰⁾
1839	39,1	— 5,6	1877	192,3	35,5
1840	42,3	— 7,1	1878	197,8	34,2
1841	45,7	— 8,8	1879	209,7	32,9
1842	43,3	— 9,9	1880	227,0	29,0
1843	44,2	— 12,1	1881	224,1	23,6
1844	47,5	— 15,9	1882	222,5	20,3
1845	48,5	— 18,6	1883	218,1	15,8
1846	50,1	— 21,0	1884	199,3	10,2
1847	47,2	— 23,0	1885	188,3	4,6
1848	32,8	— 24,2	1886	195,1	— 0,2
1849	46,8	— 24,2	1887	190,1	— 4,5
1850	52,2	— 24,5	1888	192,1	— 10,2
1851	53,7	— 23,6	1889	209,0	— 15,5
1852	62,5	— 20,2	1890	213,4	— 20,1
1853	75,9	— 15,6	1891	217,4	— 25,0
1854	74,7	— 13,5	1892	199,4	— 29,1
1855	87,4	— 10,7	1893	184,7	— 32,1
1856	107,3	— 7,3	1894	180,3	— 36,2
1857	103,0	— 4,5	1895	184,4	— 38,9
1858	95,0	— 3,1	1896	186,9	— 41,6
1859	107,0	0,2	1897	198,8	— 43,7
1860	114,3	3,2	1898	205,8	— 43,4
1861	116,8	4,6	1899	222,9	— 41,5
1862	118,4	7,3	1900	226,4	— 40,4
1863	134,4	10,3	1901	215,0	— 37,7
1864	144,0	12,7	1902	221,4	— 32,8
1865	150,7	14,7	1903	231,4	— 26,1
1866	156,9	14,7	1904	228,5	— 24,6
1867	153,1	17,9	1905	245,9	— 19,9
1868	159,0	22,1	1906	277,4	— 10,0
1869	162,2	25,1	1907	301,0	1,2
1870	147,5	26,8	1908	271,6	13,4
1871	177,9	28,4	1909	303,4	26,8
1872	202,9	30,7	1910	339,1	—
1873	202,0	30,9	1911	357,1	—
1874	197,6	31,4	1912	376,3	—
1875	202,1	34,8	1913	384,6	—
1876	205,4	36,7	1914	—	—

Gleichung der theoretischen Reihe: $y = 146,39 + 3,46 x + 0,0060 x^2$.

⁴⁰⁾ Mechanisch ausgeglichen für 9jährige Zeiträume.

Tabelle 5.
Die Förderung und der Verbrauch von Kohle.
(In Tonnen je 1000 Einwohner.)

Jahr	Die Kohlen- förderung in England		Der Kohlen- verbrauch in Frankreich		Jahr	Die Kohlen- förderung in England		Der Kohlen- verbrauch in Frankreich	
	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁷⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁷⁾		Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁷⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen von der theor. Reihe ⁴⁷⁾
1827	—	—	70,0	—	1868	3361	168	545,6	22,2
1828	—	—	73,5	—	1869	3468	186	558,3	29,9
1829	—	—	70,9	—	1870	3533	176	489,9	30,3
1830	—	—	77,0	—	1871	3719	174	521,1	29,5
1831	—	—	70,6	12,7	1872	3875	165	642,9	27,4
1832	—	—	77,0	9,7	1873	3947	164	679,7	21,7
1833	—	—	83,2	7,0	1874	3848	139	641,8	15,2
1834	—	—	97,2	5,0	1875	4016	108	672,6	18,1
1835	—	—	99,0	1,7	1876	4016	93	664,5	27,4
1836	—	—	113,7	—1,0	1877	4009	80	652,5	24,3
1837	—	—	121,4	—2,3	1878	3908	63	660,4	21,2
1838	—	—	127,4	—3,8	1879	3907	77	678,8	25,9
1839	—	—	123,2	—7,0	1880	4241	59	770,3	22,1
1840	—	—	124,9	—10,0	1881	4414	34	783,3	16,1
1841	—	—	145,5	—12,4	1882	4445	0	822,3	9,6
1842	—	—	151,0	—15,1	1883	4619	—11	856,8	6,5
1843	—	—	152,7	—15,5	1884	4500	—2	814,0	5,2
1844	—	—	157,2	—20,6	1885	4425	—12	788,1	—4,3
1845	—	—	180,4	—25,1	1886	4338	—31	774,7	—6,4
1846	—	—	186,7	—29,6	1887	4430	—45	815,2	—13,3
1847	—	—	215,6	—34,6	1888	4608	—93	853,3	—24,5
1848	—	—	171,6	—38,3	1889	4759	—182	873,4	—31,7
1849	—	—	180,2	—38,3	1890	4845	—198	955,0	—31,7
1850	—	—	202,8	—36,8	1891	4907	—203	953,7	—28,8
1851	—	—	206,1	—31,8	1892	4767	—207	951,9	—27,0
1852	—	—	221,3	—28,4	1893	4269	—216	947,9	—24,7
1853	—	—	261,2	—19,7	1894	4845	—245	989,1	—21,3
1854	—	—	299,7	—13,9	1895	4836	—239	1004,7	—22,1
1855	2209	—	340,7	—7,9	1896	4934	—229	1038,3	—12,9
1856	2379	—	356,3	—0,6	1897	5055	—225	1083,9	—9,8
1857	2320	—	362,3	7,1	1898	5004	—148	1115,7	—12,4
1858	2290	—	354,8	12,6	1899	5398	—131	1162,7	—10,6
1859	2518	—84	366,1	14,0	1900	5472	—111	1254,6	—14,3
1860	2781	—52	390,9	13,3	1901	5272	—96	1199,9	—17,5
1861	2886	—22	412,0	13,4	1902	5412	—61	1147,4	—17,4
1862	2792	24	433,8	16,9	1903	5436	17	1231,5	—11,8
1863	2928	80	437,9	21,2	1904	5432	32	1200,1	—13,1
1864	3126	103	462,0	25,9	1905	5463	40	1240,9	—20,7
1865	3280	107	478,2	29,0	1906	5750	69	1318,7	—22,5
1866	3371	106	526,7	22,0	1907	6073	97	1403,3	—10,6
1867	3437	136	527,3	15,7	1908	5871	93	1390,6	—5,6

⁴⁷⁾ Mechanisch ausgeglichen für 9jährige Zeiträume.

Tabelle 5.
Die Förderung und der Verbrauch von Kohle (Fortsetzung).
(In Tonnen je 1000 Einwohner.)

Jahr	Die Kohlenförderung in England		Der Kohlenverbrauch in Frankreich		Jahr	Die Kohlenförderung in England		Der Kohlenverbrauch in Frankreich	
	Empirische Reihe	Abweichungen von der theor. Reihe ⁴⁷⁾	Empirische Reihe	Abweichungen von der theor. Reihe ⁴⁷⁾		Empirische Reihe	Abweichungen von der theor. Reihe ⁴⁷⁾	Empirische Reihe	Abweichungen von der theor. Reihe ⁴⁷⁾
1909	5873	155	1429,2	13,8	1914	5764	—	—	—
1910	5838	164	1429,7	—	1915	5790	—	—	—
1911	5954	146	1503,1	—	1916	5954	—	—	—
1912	5658	112	1528,0	—	1917	5878	—	—	—
1913	6240	95	1629,4	—					

Gleichungen der theoretischen Reihe:

Die Kohlenförderung in England:

$$y = 10^3 6614 + 0,0063 x - 0,000094 x^2.$$

Der Kohlenverbrauch in Frankreich:

$$y = 539,21 + 16,90 x + 0,1326 x^2 \times 0,00026 x^2.$$

Tabelle 6.
Die Roheisen- und Bleierzzeugung in England.
(In Tonnen je 1000 Einwohner.)

Jahr	Roheisen-erzeugung		Bleierzzeugung		Jahr	Roheisen-erzeugung		Bleierzzeugung	
	Empirische Reihe	Abweichungen v. d. theor. Reihe ⁴⁸⁾	Empirische Reihe	Abweichungen v. d. theor. Reihe ⁴⁸⁾		Empirische Reihe	Abweichungen v. d. theor. Reihe ⁴⁸⁾	Empirische Reihe	Abweichungen v. d. theor. Reihe ⁴⁸⁾
1840	52,7	—	—	—	1861	128,1	—5,51	2,27	—0,123
1841	56,1	—	—	—	1862	134,8	—7,21	2,36	—0,084
1842	41,0	—	—	—	1863	153,0	—7,19	2,32	—0,044
1843	45,3	—	—	—	1864	160,6	—7,36	2,26	0,024
1844	74,3	1,97	—	—	1865	161,0	—6,22	2,25	0,099
1845	56,3	—0,49	—	—	1866	150,1	—2,77	2,24	0,164
1846	—	—4,95	—	—	1867	156,6	2,19	2,25	0,201
1847	74,3	—4,08	—	—	1868	161,9	5,41	2,31	0,210
1848	—	—3,32	—	—	1869	175,8	7,07	2,37	0,201
1849	—	—7,59	—	—	1870	190,8	6,59	2,35	0,207
1850	82,9	—5,84	—	—	1871	210,0	8,50	2,19	0,207
1851	—	—5,31	—	—	1872	211,5	10,21	1,90	0,207
1852	98,8	—3,71	—	—	1873	204,1	11,36	1,69	0,206
1853	—	—2,80	—	—	1874	184,3	10,10	1,81	0,187
1854	111,0	—3,93	—	—	1875	193,8	5,82	1,75	0,145
1855	115,7	—3,31	2,36	—	1876	197,5	4,97	1,77	0,146
1856	128,0	—3,89	2,61	—	1877	196,8	5,09	1,83	0,140
1857	129,8	—5,31	2,39	—	1878	188,0	7,35	1,72	0,161
1858	121,7	—6,29	2,41	—	1879	174,8	11,55	1,51	0,145
1859	129,9	—5,92	2,21	—0,185	1880	223,8	12,37	1,73	0,124
1860	133,0	—5,11	2,20	—0,139	1881	233,1	11,48	1,39	0,090

⁴⁷⁾ ⁴⁸⁾ Mechanisch ausgeglichen für 9jährige Zeiträume.

Jahr	Roheisen- erzeugung		Bleierzeugung		Jahr	Roheisen- erzeugung		Bleierzeugung	
	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen v. d. theor. Reihe ⁴⁹⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen v. d. theor. Reihe ⁴⁹⁾		Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen v. d. theor. Reihe ⁴⁹⁾	Empiri- sche Reihe	Abwei- chungen v. d. theor. Reihe ⁴⁹⁾
1882	243,9	9,34	1,43	0,054	1902	206,9	— 0,65	0,42	— 0,067
1883	240,6	9,80	1,23	0,024	1903	210,9	1,78	0,47	— 0,050
1884	218,7	12,98	1,12	0,014	1904	203,1	— 0,57	0,46	— 0,037
1885	205,9	11,61	1,05	— 0,028	1905	222,3	— 0,32	0,48	— 0,024
1886	193,0	7,88	1,09	— 0,041	1906	233,3	4,01	0,50	0,001
1887	206,6	1,39	1,04	— 0,063	1907	229,3	5,28	0,54	0,020
1888	216,9	— 6,85	1,02	— 0,072	1908	203,3	4,18	0,47	0,036
1889	223,9	— 11,93	0,96	— 0,072	1909	212,2	7,66	0,49	0,049
1890	210,9	— 14,40	0,90	— 0,064	1910	221,0	6,13	0,49	0,062
1891	195,9	— 14,73	0,85	— 0,065	1911	208,6	—	0,39	0,063
1892	175,9	— 13,98	0,78	— 0,057	1912	190,2	—	0,41	0,052
1893	181,3	— 14,12	0,77	— 0,060	1913	222,7	—	0,39	0,044
1894	191,1	— 15,69	0,76	— 0,062	1914	195,7	—	0,41	0,033
1895	196,4	— 13,70	0,74	— 0,063	1915	—	—	0,34	0,020
1896	218,7	— 11,43	0,78	— 0,059	1916	—	—	0,28	0,018
1897	220,0	— 9,81	0,66	— 0,060	1917	—	—	0,24	—
1898	213,2	— 6,89	0,63	— 0,067	1918	—	—	0,24	—
1899	231,1	— 4,50	0,58	— 0,070	1919	—	—	0,22	—
1900	217,7	— 3,46	0,59	— 0,072	1920	—	—	0,23	—
1901	190,8	— 2,65	0,48	— 0,077					

Gleichungen der theoretischen Reihe:

Roheisenerzeugung: $y = 194,86 + 2,22 x - 0,0560 x^2$.Bleierzeugung: $y = 10^{0,0278} - 0,0166 x - 0,00012 x^2$.⁴⁹⁾ Ausgeglichen für 9jährige Zeiträume.

Interventionismus.

Von

LUDWIG MISES.

Inhaltsverzeichnis: I. Der Interventionismus als Wirtschaftssystem. — II. Das Wesen der »Eingriffe«. — III. Die produktionspolitischen Eingriffe. — IV. Die preispolitischen Eingriffe. — V. Destruktion als Ergebnis der Interventionspolitik. — VI. Die Doktrin des Interventionismus. — VII. Das historische und das praktische Argument für den Interventionismus. — VIII. Neue Schriften über Probleme des Interventionismus.

I. Der Interventionismus als Wirtschaftssystem.

Seit die Bolschewiken ihren Versuch, das sozialistische Gesellschaftsideal mit einem Schlag in Rußland zu verwirklichen, aufgegeben haben und an die Stelle ihrer ursprünglichen Politik die »neue Wirtschaftspolitik«, die »Nep«, haben treten lassen, ist in der ganzen Welt nur noch ein System praktischer Wirtschaftspolitik am Werke: das System des Interventionismus. Ein Teil der Anhänger und Befürworter des Interventionismus hält ihn nur für ein vorläufiges System der Wirtschaftspolitik, das nach einer bestimmten — längeren oder kürzeren — Zeit einem anderen, und zwar dem Sozialismus irgendeiner Spielart, Platz machen soll; hierher gehören alle marxistischen Sozialisten, einschließlich der Bolschewiken, aber auch die konservativen Sozialisten der verschiedenen Richtungen. Andere wieder sind der Meinung, daß wir es im Interventionismus mit einem auf die Dauer berechneten System zu tun haben. Diese Verschiedenheit in der Beurteilung der zeitlichen Geltung der interventio-

nistischen Politik hat aber für die Gegenwart nur akademische Bedeutung. Denn alle seine Anhänger und Befürworter sind doch darin einig, daß er für die nächsten Jahrzehnte und vielleicht auch Menschenalter die richtige Politik sei. Sie sehen mithin im Interventionismus eine Wirtschaftspolitik, die zumindest eine gewisse Zeit hindurch zu bestehen vermag.

Der Interventionismus will das Sondereigentum an den Produktionsmitteln beibehalten, dabei aber das Handeln der Eigentümer der Produktionsmittel durch obrigkeitliche Gebote, vor allem aber durch obrigkeitliche Verbote, regulieren. Wenn diese obrigkeitliche Leitung des Handelns der Eigentümer der Produktionsmittel und der mit Zustimmung der Eigentümer über sie verfügenden Unternehmer so weit geht, daß alle wesentlichen Verfügungen auf Grund obrigkeitlicher Weisung vorgenommen werden, so daß nicht mehr das Gewinnstreben der Grundeigentümer, Kapitalisten und Unternehmer, sondern die Staatsräson darüber entscheidet, was und wie produziert wird, dann haben wir Sozialismus vor uns, mag auch der Name des Sondereigentums erhalten bleiben. Sehr richtig sagt Spann von einem so eingerichteten Gemeinwesen, daß es dort zwar »formell Privateigentum, der Sache nach aber nur Gemeineigentum gibt«¹⁾. Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ist aber nichts anderes als Sozialismus, als Kommunismus.

Doch der Interventionismus will eben, und das gerade kennzeichnet ihn, nicht so weit gehen. Er will das Sondereigentum an den Produktionsmitteln nicht aufheben, sondern nur einschränken. Er erklärt einerseits, daß das uneingeschränkte Sondereigentum an den Produktionsmitteln der Gesellschaft schädlich sei, aber er hält anderseits das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, den Sozialismus, entweder überhaupt oder doch wenigstens für den Augenblick für undurchführbar. Und so will er etwas drittes schaffen: einen Gesellschaftszustand, der in der Mitte zwischen Sondereigentum an den Produktionsmitteln auf der einen Seite und gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln auf der anderen Seite liegt. Damit sollen die »Auswüchse« und Schäden des Kapitalismus vermieden werden und doch die Vorteile freier Initiative und Regsamkeit gewahrt bleiben, die der Sozialismus nicht gewähren kann.

Das, was die Vorkämpfer dieses Systems eines durch den

1) Vgl. S p a n n, Der wahre Staat, Leipzig 1921, S. 249.

Staat und andere Faktoren der gesellschaftlichen Organisation geleiteten, regulierten und kontrollierten Sondereigentums hier verlangen, ist von den politischen Machthabern und von den Massen stets angestrebt worden. Als es noch keine Wissenschaft der Nationalökonomie gab, als man noch nicht entdeckt hatte, daß die Preise nicht willkürlich »gemacht« werden, daß sie vielmehr durch die Lage des Marktes innerhalb sehr enger Grenzen festgelegt sind, suchte man durch behördliche Befehle den Gang der Wirtschaft zu regeln. Erst das System der klassischen Nationalökonomie zeigte, daß alle derartigen Eingriffe in das Getriebe des Marktes niemals den Erfolg erzielen können, den die Obrigkeit mit ihnen zu erreichen beabsichtigt. Der alte Liberalismus, die auf den Lehren der klassischen Nationalökonomie aufgebaute Wirtschaftspolitik, lehnt daher alle diese Eingriffe grundsätzlich ab. *Laissez faire et laissez passer!* Aber auch der marxistische Sozialismus hat dem Interventionismus gegenüber keine andere Haltung eingenommen als die Liberalen. Er hat sich bemüht, die Widersinnigkeit aller interventionistischen Vorschläge, die er verächtlich mit dem Ausdruck »kleinbürgerlich« belegte, darzutun. Die Ideologie, die heute die Welt beherrscht, empfiehlt aber gerade das vom Liberalismus und vom älteren Marxismus abgelehnte System der Wirtschaftspolitik.

II. Das Wesen der »Eingriffe«.

Das Problem des Interventionismus darf nicht mit dem des Sozialismus vermengt werden. Nicht darum handelt es sich hier, ob ein sozialistisches Gemeinwesen in irgendeiner Form denkbar und durchführbar ist. Die Beantwortung der Frage, ob die menschliche Gesellschaft auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln aufgebaut werden kann oder nicht, ist eine besondere Aufgabe, die uns hier nicht beschäftigen soll. Das Problem, das wir vor Augen haben, ist das: Welche Wirkungen haben obrigkeitliche und andere Machteingriffe in einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Gesellschaftsordnung? Können derartige Eingriffe den Erfolg erzielen, den sie anstreben?

Hier kommt es natürlich auf eine genaue Umschreibung des Begriffes »Eingriff« an.

1. Maßnahmen, die zum Zwecke der Aufrechterhaltung und

Sicherung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln getroffen werden, sind keine Eingriffe in unserem Sinne. Das ist so selbstverständlich, daß man es eigentlich gar nicht besonders hervorheben müßte. Wenn es doch nicht ganz überflüssig ist, so ist daran der Umstand schuld, daß man unser Problem häufig mit dem Problem des Anarchismus zu vermengen pflegt. Man argumentiert folgendermaßen: Wenn Tätigkeit des Staates zum Schutze des Sondereigentums als notwendig angesehen wird, dann sei nicht abzusehen, warum nicht auch darüber hinausgehendes Eingreifen des Staates zulässig sein sollte. Der Anarchist, der jede wie immer geartete Staatstätigkeit ablehnt, denke folgerichtig. Wer aber in richtiger Erkenntnis der Undurchführbarkeit des Anarchismus staatliche Organisation mit einem Zwangsapparat für notwendig hält, um die gesellschaftliche Kooperation der Individuen zu sichern, sei inkonsequent, wenn er diese Staatstätigkeit auf ein enges Gebiet beschränken will. Es ist klar, daß dieser Gedankengang ganz und gar verfehlt ist. Wir erörtern ja gar nicht die Frage, ob man im gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen ohne den organisierten Zwangsapparat, den man Staat oder Regierung nennt, auszukommen vermag oder nicht. Was wir untersuchen, ist allein das, ob es — vom Syndikalismus abgesehen — nur zwei denkbare Möglichkeiten für die Organisation der arbeitsteiligen Gesellschaft gibt: nämlich entweder Gemeineigentum oder Sondereigentum an den Produktionsmitteln, oder ob es zwischen diesen — wie der Interventionismus annimmt — noch ein drittes System: das des durch obrigkeitliche Eingriffe regulierten Sondereigentums geben kann. Uebrigens ist die Frage, ob staatliche Organisation notwendig sei oder nicht, von der Frage, auf welchen Gebieten und in welcher Weise sich die Staatsgewalt zu betätigen habe, scharf zu sondern. So wenig aus der Tatsache, daß der staatliche Zwangsapparat im gesellschaftlichen Leben nicht entbehrt werden kann, gefolgert werden darf, daß nun auch Gewissenszwang, Bücherzensur und ähnliche Maßnahmen ersprießlich seien, so wenig kann auch gefolgert werden, daß bestimmte Maßnahmen wirtschaftspolitischer Natur notwendig, nützlich oder auch nur möglich seien.

Zur Aufrechterhaltung des Sondereigentums an der Produktionsmitteln gehören aber die zum Schutze des Wettbewerbes getroffenen Verfügungen keineswegs. Ein weitverbreiteter Irrtum

sieht in der Konkurrenz zwischen mehreren Erzeugern desselben Artikels das Wesentliche der dem Ideal des Liberalismus entsprechenden Wirtschaftsordnung. Doch das Wesen des Liberalismus liegt im Sondereigentum, nicht in der — übrigens mißverstandenen — Konzeption des freien Wettbewerbes. Nicht daß es viele Grammophonfabriken gibt, sondern daß die Produktionsmittel der Grammophonherzeugung nicht im Eigentum der Gesellschaft, sondern in dem Privater stehen, ist das Entscheidende. Teils von diesem Mißverstehen, teils von einer durch naturrechtliche Theorien beeinflussten Auslegung des Freiheitsbegriffes ausgehend, hat man versucht, die Entwicklung zum Großbetrieb durch Gesetze gegen Kartelle und Trusts aufzuhalten. Es ist nicht hier der Ort, über dieersprießlichkeit solcher Politik zu urteilen. Nur das ist festzustellen: Nichts kann für die Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Funktion einer konkreten Maßnahme weniger wichtig sein als ihre Rechtfertigung oder Verwerfung durch irgendeine juristische Theorie. Die Rechtswissenschaft, die Staatslehre und die wissenschaftliche Disziplin der Politik können uns nichts sagen, was als Grundlage zur Entscheidung über das Für und Wider einer bestimmten Politik verwertet werden könnte. Und ganz bedeutungslos ist es, ob dies oder jenes den Bestimmungen irgendeines Gesetzes oder irgendeiner Verfassungsurkunde entspricht, mag diese auch so ehrwürdig und berühmt sein wie die Konstitution der Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn menschliche Satzung sich als zweckwidrig erweist, dann muß sie geändert werden; niemals kann man es daher in der Erörterung der Zweckmäßigkeit einer Politik als Argument gelten lassen, daß sie gesetz-, rechts- oder verfassungswidrig sei. Auch das ist übrigens so selbstverständlich, daß man es gar nicht erst erwähnen müßte, wenn es nicht immer wieder in Vergessenheit geraten würde. Wie man einst versucht hat, die deutsche Sozialpolitik aus dem Wesen des preußischen Staates und des »sozialen Königtums« abzuleiten, so sucht man in den Vereinigten Staaten in der wirtschaftspolitischen Diskussion mit Argumenten zu arbeiten, die aus der Verfassung oder aus der Auslegung der Begriffe Freiheit und Demokratie geholt sind. Eine sehr beachtenswerte Theorie des Interventionismus, die Lehre von Professor Commons, die auch praktisch größte Bedeutung hat, weil sie die Philosophie der La Follette-Partei und der Politik von Wisconsin darstellt, ist zu einem guten

Teil auf diesen Gedankengängen aufgebaut. Die Autorität der amerikanischen Verfassung ist auf das Gebiet der Union beschränkt. Die Geltung der Ideale Demokratie, Freiheit und Gleichheit ist örtlich unbegrenzt, und überall sehen wir, wie in ihrem Namen die Forderung bald nach Beseitigung, bald nach »Einschränkung« des Sondereigentums erhoben wird. Alles dies ist für die Behandlung unseres Problems ohne jede Bedeutung und muß daher hier außer acht gelassen werden.

2. Sozialisierung eines Teiles der Produktionsmittel ist kein Eingriff in unserem Sinne. Der Begriff des Eingriffs hat zur Voraussetzung, daß das Sondereigentum der Einzelnen nicht aufgehoben wird, daß es vielmehr nicht nur dem Namen, sondern auch der Sache nach bestehen bleibt. Verstaatlichung einer Eisenbahnlinie ist kein Eingriff, wohl aber ist ein Eingriff ein Befehl, der einer Eisenbahnunternehmung vorschreibt, niedrigere Frachtsätze einzuheben als sie einheben würde, wenn sie frei schalten könnte.

3. Nicht unter den Begriff des Eingriffs fallen Handlungen der Obrigkeit, die mit den Mitteln des Marktes arbeiten, d. h. solche, die Nachfrage oder Angebot durch Veränderung der Marktfaktoren zu beeinflussen suchen. Wenn die Obrigkeit Milch auf dem Markte kauft, um sie billig an arme Mütter zu verkaufen oder gar unentgeltlich zu verteilen, oder wenn sie Bildungsanstalten als Zuschußbetriebe führt, liegt kein Eingriff vor. (Ueber die Frage, ob der Weg, auf dem sich die Obrigkeit die Mittel zu diesem Vorgehen verschafft, als »Eingriff« anzusehen ist, wird noch gesprochen werden.) Dagegen wäre eine Vorschreibung von Höchstpreisen für Milch ein Eingriff.

Der Eingriff ist ein von einer gesellschaftlichen Gewalt ausgehender isolierter Befehl, der die Eigentümer der Produktionsmittel und die Unternehmer zwingt, die Produktionsmittel anders zu verwenden, als sie es sonst tun würden. »Isolierter Befehl« bedeutet, daß der Befehl nicht Teil eines Systems von Befehlen bildet, das die ganze Produktion und Verteilung regelt und damit das Sondereigentum an den Produktionsmitteln beseitigt und an seine Stelle das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, den Sozialismus, setzt. Die Befehle, die wir im Auge haben, mögen sich noch so sehr häufen; solange sie nicht planmäßig darauf

ausgehen, das Ganze der Wirtschaft zu lenken und an Stelle des Gewinnstrebens der Individuen allgemein den Gehorsam zur Triebfeder des Handelns zu machen, sind sie als isolierte Befehle anzusehen. Unter »Produktionsmittel« sind alle Güter höherer Ordnung, also alle noch nicht beim Konsumenten zum Gebrauch oder Verbrauch bereitliegenden Güter zu verstehen, so daß auch die bei den Händlern vorrätigen, im kaufmännischen Sinn als »gebrauchsreif« bezeichneten Waren inbegriffen sind.

Wir haben zwei Gruppen solcher Befehle zu unterscheiden: die einen hemmen oder erschweren unmittelbar die Produktion (im weitesten Sinne des Wortes, so daß darunter auch die Ortsveränderung von wirtschaftlichen Gütern zu verstehen ist), die andern suchen die Preise anders zu bestimmen, als der Markt sie bilden würde. Jene wollen wir die produktionspolitischen Eingriffe nennen diese, die allgemein unter der Bezeichnung Preistaxen bekannt sind, wollen wir die preispolitischen Eingriffe nennen ²⁾).

III. Die produktionspolitischen Eingriffe.

Ueber die unmittelbare Wirkung der produktionspolitischen Eingriffe ist vom nationalökonomischen Standpunkt nicht viel zu sagen. Das, was die Obrigkeit oder die den Eingriff setzende Gewaltorganisation zu nächst erreichen will, kann sie durch den Eingriff erreichen. Ob sie damit auch die ferneren Ziele erreicht, die sie mit dem Eingriff mittelbar erreichen will, ist eine andere Frage. Und besonders ist noch zu beurteilen, ob der Erfolg auch die Kosten wert ist, d. h. ob die den Eingriff setzende Stelle den Eingriff auch dann setzen würde, wenn sie genau wüßte, was er kostet. Ein Zoll z. B. ist gewiß durchführbar, und der unmittelbare und nächste Erfolg des Zolles mag dem entsprechen, was die Regierung durch ihn angestrebt hat. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß das, was die Regierung in letzter Linie mit ihm anstrebt, auch wirklich durch

2) Man könnte im Zweifel darüber sein, ob es nicht zweckmäßig wäre, noch eine dritte Gruppe zu unterscheiden: die steuerpolitischen Eingriffe, das sind die Eingriffe, die in der Enteignung eines Teiles des Vermögens oder Einkommens bestehen. Wenn wir dies nicht tun, dann mag man dies damit rechtfertigen, daß die Wirkungen dieser Eingriffe teils denen der produktionspolitischen Eingriffe gleichkommen, teils darin bestehen, daß die Verteilung des Produktions er tr a g e s beeinflußt wird, ohne daß die Produktion selbst von ihren Bahnen abgelenkt wird.

ihn erreicht werden kann. Hier setzt die Kritik der National-
ökonomen ein; die Theoretiker des Freihandels haben nicht
zeigen wollen, daß Zölle nicht möglich oder daß sie schädlich
sind, sondern das, daß sie Folgen haben, die nicht gewollt waren,
und daß sie das, was sie nach Meinung ihrer Befürworter leisten
sollen, nicht leisten und nicht leisten können. Von noch größerer
Bedeutung aber ist die Feststellung der Freihandelsschule, daß
der Zollschutz — und dasselbe gilt von allen produktionspoli-
tischen Eingriffen — die Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Ar-
beit herabsetzt. Ob nun durch Zollschutz bewirkt wird, daß
Getreide auf weniger fruchtbaren Aeckern gebaut wird, während
fruchtbarere brach liegen, oder ob durch Maßnahmen der gewerb-
lichen Mittelstandspolitik (etwa Befähigungsnachweis für die Aus-
übung bestimmter Gewerbe wie in Oesterreich, oder steuer-
politische Bevorzugung der kleineren Betriebe) bewirkt wird,
daß weniger leistungsfähige Betriebe auf Kosten der leistungs-
fähigeren gefördert werden, oder ob durch Beschränkung der
Dauer der Arbeitszeit und der Verwendung bestimmter Arbeiter-
kategorien (Frauen, Jugendliche) die Menge der zur Verfügung
stehenden Arbeit vermindert wird, immer ist der Erfolg der, daß
weniger mit dem gleichen Aufwand von Kapital und Arbeit
erzeugt wird, als erzeugt worden wäre, wenn man den Eingriff
unterlassen hätte, oder daß schon von vornherein weniger Kapital
und Arbeit für die Erzeugung zur Verfügung gestellt wird. Es
mag sein, daß man auch in voller Kenntnis der Folgen den Ein-
griff vorgenommen hätte, weil man der Meinung ist, daß durch
ihn andere — nicht rein wirtschaftliche — Ziele erreicht werden,
die für wichtiger gehalten werden als der zu gewärtigende Ausfall
an Produkten. Es ist freilich sehr zu bezweifeln, ob dieser Fall
eintreten könnte. Denn alle produktionspolitischen Eingriffe wer-
den entweder ausschließlich oder doch zum Teil durch Argumente
befürwortet, die erweisen sollen, daß sie die Produktivität nicht
hemmen, ja daß sie sie sogar heben. Selbst die gesetzlichen Maß-
nahmen zur Beschränkung der Arbeit der Frauen, der Jugend-
lichen und der Kinder wurden nur darum durchgeführt, weil
man der Meinung war, daß durch sie allein den Unternehmern
und Kapitalisten ein Nachteil zugefügt werde und daß den ge-
schützten Arbeitergruppen Vorteil daraus erwachsen könne, weil
sie nun weniger arbeiten müßten.

Man hat mit vollem Recht in der Kritik der Arbeiten der

kathedersozialistischen Richtung darauf hingewiesen, daß es einen in letzter Hinsicht objektiven Begriff der Produktivität nicht geben könne, und daß alle Urteile über das Ziel des wirtschaftlichen Handelns subjektiv sind. Doch wenn wir davon sprechen, daß die produktionspolitischen Eingriffe die Produktivität der Arbeit herabsetzen, begeben wir uns noch gar nicht auf jenes Gebiet, auf dem die Verschiedenheit des subjektiven Werturteils Aussagen über die Ziele und über die Mittel des Handelns verbietet. Wenn durch die Bildung von möglichst autarken Wirtschaftsgebieten die internationale Arbeitsteilung unterbunden und die Ausnützung der Vorteile der spezialisierten Produktion im großen Maßstab und der Arbeit auf den besten Standorten unmöglich gemacht wird, dann wird ein Erfolg herbeigeführt, über dessen Unerwünschtheit die Meinungen der weitaus überwiegenden Anzahl der Erdenbewohner nicht geteilt sein dürften. Es mag, wie gesagt, manchen scheinen, daß die Vorteile, die die Autarkie bringt, die Nachteile, die mit ihr verbunden sind, übersteigen. Doch schon die Tatsache, daß man gewöhnlich in der Erörterung des Für und Wider solcher Maßnahmen entweder kühn behauptet, daß sie die Menge und Beschaffenheit der erzeugten Güter nicht vermindern, oder doch zumindest über diesen Punkt nicht mit voller Offenheit und Klarheit spricht, zeigt, daß man sich darüber nicht im Zweifel befindet, daß die Propaganda zugunsten dieser Maßnahmen wenig aussichtsreich wäre, wenn sie die volle Wahrheit über ihre Wirkungen zugeben würde.

Alle produktionspolitischen Eingriffe hemmen unmittelbar in irgendeiner Richtung die Produktion dadurch, daß sie aus dem Kreis der zur Verfügung stehenden Verwendungsmöglichkeiten für Güter höherer Ordnung (Boden, Kapital, Arbeit) bestimmte Verwendungsmöglichkeiten ausschalten. Es ist der Obrigkeit naturgemäß nicht gegeben, durch ein »Es werde« etwas zu schaffen, was nicht schon dagewesen ist. Nur der naive Inflationismus konnte glauben, daß der Staat durch ein »fiat money« die Menschheit reicher machen könnte. Die Obrigkeit kann nicht erschaffen, sie kann aber durch ihren Befehl Vorhandenes zwar nicht aus der Welt des Seins, doch aber aus der Welt des Erlaubten tilgen. Sie kann nicht reicher, aber sie kann ärmer machen.

Das liegt bei der Mehrzahl der produktionspolitischen Eingriffe so klar zutage, daß ihre Urheber es nur noch selten wagen, sich ihrer offen zu berühmen. Ganze Schriftstellergenerationen

haben sich vergebens bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß das Ergebnis dieser Eingriffe ein anderes sein könnte als das, die Menge und Beschaffenheit des mit dem gleichen Aufwand Erzeugten zu vermindern. Es steht nicht dafür, sich mit den Argumenten, die etwa zugunsten des Schutzzolls vom rein wirtschaftlichen Standpunkte vorgebracht wurden, neuerdings auseinanderzusetzen. Alles was zugunsten von Schutzzöllen angeführt werden kann, ist nur das, daß die Opfer, die sie auferlegen, durch andere, nicht rein wirtschaftliche Vorteile aufgewogen werden könnten, z. B. daß es nationalpolitisch oder militärisch erwünscht sein könnte, sich vom Auslande mehr oder weniger abzuschließen³⁾.

Daß der Erfolg der produktionspolitischen Eingriffe immer nur in der Herabsetzung der Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit und mithin auch der Sozialdividende bestehen kann, ist so schwer zu verkennen, daß man es nicht wagt, sie als ein besonderes System der Wirtschaftspolitik zu verteidigen. Sie werden — wenigstens von der Mehrzahl ihrer Befürworter — heute nur noch zur Ergänzung der preispolitischen Eingriffe anempfohlen. Auf den preispolitischen, nicht auf den produktionspolitischen Eingriffen ruht das Schwergewicht des Systems des Interventionismus.

IV. Die preispolitischen Eingriffe.

Die preispolitischen Eingriffe gehen darauf aus, Preise von Gütern oder Dienstleistungen anders festzusetzen, als der unbehinderte Markt sie bilden würde.

Bei dem Preisstande, der sich auf dem unbehinderten Markte bildet oder, falls nicht die Obrigkeit die Freiheit der Preisbildung unterbunden hätte, bilden würde, werden die Produktionskosten durch den Erlös gedeckt. Wird von der Obrigkeit ein niedrigerer Preis anbefohlen, dann bleibt der Erlös hinter den Kosten zurück. Die Händler und Erzeuger werden daher, wenn es sich nicht um Waren handelt, die durch die Aufbewahrung eine schnelle Wertverminderung erleiden, vom Verkauf absehen, um die Ware für günstigere Zeiten aufzubewahren, etwa in der Erwartung, daß die obrigkeitliche Verfügung bald wieder rückgängig gemacht

3) Zur Kritik dieser Behauptungen vgl. mein Buch: Nation, Staat und Wirtschaft, Wien 1919, S. 56 ff. (insbesondere auch im Hinblick auf die deutsche Politik seit dem Ende der 70er Jahre).

wird. Will die Obrigkeit nicht, daß der Erfolg ihrer Verfügung der sei, daß die betroffene Ware überhaupt aus dem Verkehr verschwindet, dann kann sie sich nicht darauf beschränken, den Preis festzusetzen; sie muß gleichzeitig auch schon verfügen, daß alle vorhandenen Vorräte zum vorgeschriebenen Preis verkauft werden.

Aber auch das genügt nicht. Zu dem ideellen Marktpreis hätten Angebot und Nachfrage sich gedeckt. Nun da durch obrigkeitliche Verfügung der Preis niedriger festgelegt wurde, ist die Nachfrage gestiegen, während das Angebot unverändert blieb. Die vorhandenen Vorräte reichen nicht aus, um alle, die den vorgeschriebenen Preis aufzuwenden bereit sind, voll zu befriedigen. Ein Teil der Nachfrage wird unbefriedigt bleiben. Der Marktmechanismus, der sonst Nachfrage und Angebot durch Veränderung des Preisstandes zur Deckung bringt, spielt nicht mehr. Nun müssen Personen, die bereit wären, den von der Obrigkeit vorgeschriebenen Preis auszulegen, unverrichteter Dinge den Markt verlassen. Diejenigen, die früher am Platze waren oder irgendwelche persönliche Beziehungen zu den Verkäufern auszunützen verstehen, haben bereits den ganzen Vorrat erworben; die anderen haben das Nachsehen. Will die Obrigkeit diese Folge ihres Eingriffes, die doch ihren Absichten zuwiderläuft, vermeiden, dann muß sie zur Preistaxe und zum Verkaufszwang auch noch die Rationierung hinzufügen. Eine obrigkeitliche Vorschrift bestimmt, wieviel Ware an jeden einzelnen Bewerber zum vorgeschriebenen Preis abgegeben werden darf.

Doch sind die im Augenblick des Eingriffes der Obrigkeit schon vorhandenen Vorräte einmal aufgebraucht, dann ergibt sich ein ungleich schwierigeres Problem. Da die Erzeugung bei Verkauf zu dem von der Obrigkeit vorgeschriebenen Preis nicht mehr rentabel ist, wird sie eingeschränkt oder ganz eingestellt. Will die Obrigkeit die Erzeugung weiter fortsetzen lassen, dann muß sie die Produzenten verpflichten, zu erzeugen, sie muß zu diesem Zwecke auch die Preise der Rohstoffe und der Halbfabrikate und die Arbeitslöhne festlegen. Diese Verfügungen dürfen sich aber nicht nur auf den einen oder die wenigen Produktionszweige beschränken, die man regeln will, weil man ihre Produkte für besonders wichtig erachtet. Sie müssen alle Produktionszweige umfassen, sie müssen die Preise aller Güter und jeglichen Arbeitslohn, das Verhalten aller Unternehmer, Kapi-

talisten, Grundbesitzer und Arbeiter regeln. Würden sie einige Produktionszweige freilassen, so würden Kapital und Arbeit in sie abströmen und das Ziel, das die Obrigkeit mit ihrem ersten Eingriff erreichen wollte, würde verfehlt werden. Die Obrigkeit will doch, daß gerade der Produktionszweig, den sie wegen der Wichtigkeit, die sie seinen Erzeugnissen beilegt, mit der besonderen Regelung bedacht hat, auch reichlich besetzt werde. Es läuft ihrer Absicht durchaus zuwider, daß man ihn — gerade infolge des Eingriffes — vernachlässigen sollte ⁴⁾.

Das Ergebnis unserer Untersuchungen zeigt also deutlich: der isolierte preispolitische Eingriff in das Getriebe der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsordnung verfehlt den Zweck, den seine Urheber durch ihn erreichen wollen; er ist — im Sinne seiner Urheber — nicht nur zwecklos, sondern geradezu zweckwidrig, weil er das »Uebel«, das durch ihn bekämpft werden soll, noch ganz gewaltig vermehrt. Ehe die Preistaxe erlassen wurde, war die Ware — nach der Meinung der Obrigkeit — zu teuer; nun verschwindet sie vom Markte. Das aber hat die Obrigkeit, die die Ware dem Verbraucher billiger zugänglich machen wollte, nicht beabsichtigt. Im Gegenteil: von ihrem Standpunkt muß der Mangel, die Unmöglichkeit, sich die Ware zu beschaffen, als das größere, als das weitaus größere Uebel erscheinen. In diesem Sinne kann man von dem isolierten Eingriff sagen, daß er sinn- und zweckwidrig ist, und von dem System der Wirtschaftspolitik, das mit solchen Eingriffen arbeiten will, daß es undurchführbar und undenkbar ist, daß es der wirtschaftlichen Logik widerspricht.

Will die Obrigkeit die Dinge nicht dadurch wieder ins Geleise bringen, daß sie von ihrem isolierten Eingriff absteht, indem sie die Preistaxen wieder aufhebt, dann muß sie dem ersten Schritt weitere folgen lassen. Zum Befehl, keinen höheren Preis als den vorgeschriebenen zu fordern, müssen nicht nur der Befehl, die Vorräte zu verkaufen, und die Rationierung hinzutreten, sondern auch Preistaxen für die Güter höherer Ordnung

4) Darüber, inwiefern Preistaxen gegenüber Monopolpreisen wirksam werden können, vgl. meinen Artikel »Theorie der Preistaxen« im »Handwörterbuch der Staatswissenschaften«, 4. Auflage, 6. Band, S. 1061 f. Um die Bedeutung, die den gegen Monopolpreise gerichteten Preistaxen in der Gegenwart zukommt, richtig zu beurteilen, darf man sich nicht an den volkstümlichen Sprachgebrauch halten, der überall »Monopole« sieht, sondern muß den streng nationalökonomischen Monopolbegriff zugrunde legen.

und Lohntarife und schließlich Arbeitszwang für Unternehmer und Arbeiter. Und diese Vorschriften dürfen sich nicht auf einen oder einige wenige Produktionszweige beschränken, sondern sie müssen alle Zweige der Produktion umfassen. Es gibt eben keine andere Wahl als die: entweder von isolierten Eingriffen in das Spiel des Marktes abzusehen oder aber die gesamte Leitung der Produktion und der Verteilung an die Obrigkeit zu übertragen. Entweder Kapitalismus oder Sozialismus; ein Mittelding gibt es nicht.

Nehmen wir noch ein Beispiel: den Mindestlohn, die Lohn-taxe. Es ist dabei ohne Belang, ob die Obrigkeit selbst die Lohn-taxe unmittelbar verfügt oder ob sie duldet, daß die Gewerkschaften unter Androhung oder Anwendung von physischem Zwang es dem Unternehmer unmöglich machen, Arbeiter einzustellen, die für einen niedrigeren Lohn arbeiten wollten⁵⁾. Mit den Löhnen müssen die Produktionskosten und damit auch die Preise steigen. Würden als Verbraucher (als Käufer der Endprodukte) nur Lohnempfänger in Betracht kommen, dann würden auf diesem Wege Erhöhungen des Reallohnes undenkbar sein. Was die Arbeiter als Lohnempfänger gewinnen, müßten sie als Konsumenten verlieren. Nun gibt es aber neben den Konsumenten, die Lohnempfänger sind, auch solche, deren Einkommen aus Besitz und aus Unternehmertätigkeit fließt. Deren Einkommen wird durch die Lohnerhöhung nicht erhöht; sie können die erhöhten Preise nicht bezahlen und müssen ihren Verbrauch einschränken. Der Rückgang des Absatzes führt zu Arbeiterentlassungen. Wäre der Zwang der Gewerkschaften nicht wirksam, dann müßte der Druck, den die Arbeitslosen auf den Markt ausüben, den künstlich in die Höhe getriebenen Lohn wieder auf den natürlichen Marktsatz herabdrücken. Nun aber gibt es diesen Ausweg nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit — in der unbehinderten kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine Friktions-

5) Man beachte, daß es sich hier nicht um das Problem handelt, ob durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter eine dauernde und allgemeine Hebung des Lohnniveaus erreicht werden kann, sondern darum, welche Wirkungen die durch die Anwendung physischen Zwanges künstlich erreichte allgemeine Lohnerhöhung haben muß. Um die geldtheoretische Schwierigkeit, daß eine allgemeine Preissteigerung ohne Verschiebung des Verhältnisses zwischen Geldvorrat und Geldbedarf unmöglich ist, kommt man durch die Annahme herum, daß gleichlaufend mit der Erhöhung der Löhne eine entsprechende Verminderung des Geldbedarfes durch Herabsetzung der Kassenhaltung (z. B. im Gefolge einer Vermehrung der Lohnauszahlungstermine) vor sich geht.

erscheinung, die immer wieder verschwindet — wird im Interventionismus zur ständigen Einrichtung.

Die Obrigkeit, die diesen Zustand ja nicht wollte, muß also wieder eingreifen. Sie zwingt die Unternehmer, entweder die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen und zu dem vorgeschriebenen Satz zu entlohnen oder Abgaben zu leisten, von deren Ertrag an die Arbeitslosen Unterstützungen gezahlt werden. Durch diese Belastung wird das Einkommen der Besitzer und der Unternehmer aufgezehrt oder doch stark vermindert; es ist sogar nicht unberechtigt, anzunehmen, daß die Last von den Unternehmern und Besitzern nicht mehr aus dem Einkommen getragen werden kann, sondern nur aus dem Vermögensstamm. Aber selbst wenn wir nur damit rechnen wollten, daß das nicht aus Lohnarbeit herrührende Einkommen durch diese Lasten erschöpft wird, ohne daß schon zu ihrer Bestreitung Kapital angegriffen werden müßte, erkennen wir, daß es zu Kapitalsaufzehrung kommen muß. Kapitalisten und Unternehmer wollen auch leben und konsumieren, wenn sie kein Einkommen erzielt haben; sie werden dann Kapital aufzehren. Es ist eben — in dem Sinne, von dem wir oben sprachen — zweck- und sinnwidrig, den Unternehmern, Kapitalisten und Grundbesitzern das Einkommen zu nehmen und ihnen die Verfügung über die Produktionsmittel zu belassen; daß Kapitalsaufzehrung schließlich die Löhne wieder herabdrücken muß, ist klar. Will man die Lohnbildung des Marktes nicht hinnehmen, dann muß man das ganze System des Sondereigentums beseitigen; durch Lohnsteuern kann man das Lohnniveau nur vorübergehend und nur um den Preis künftiger Lohnreduktionen heben.

Das Problem der Lohnsteuern hat für die Gegenwart so ungeheure Bedeutung, daß wir es noch an einem zweiten Schema erörtern müssen, das die Verhältnisse des internationalen Güteraustausches berücksichtigt. Zwei Länder, Atlantis und Thule, stehen im wechselseitigen Güteraustausch. Atlantis liefert Industrieerzeugnisse, Thule Bodenfrüchte. Nun findet Thule — man verehrt dort List — es für notwendig, eine eigene Industrie durch Schutzzölle ins Leben zu rufen. Der Enderfolg der (durch den Schutzzoll künstlich bewirkten) Industrialisierung Thules muß der sein, daß nun weniger Industrieprodukte aus Atlantis bezogen, dagegen aber auch weniger Bodenerzeugnisse nach Atlantis geliefert werden. Beide Länder befriedigen ihre Be-

dürfnisse nun in höherem Maße unmittelbar durch die inländische Erzeugung, wobei freilich, weil nun unter weniger günstigen Bedingungen produziert wird, das Sozialprodukt kleiner ist als früher.

Zu diesem Endergebnis kommt es auf folgendem Wege: Auf die Zollbelastung ihrer Produkte in Thule antwortet die atlantische Industrie durch Herabsetzung der Löhne. Doch es ist nicht möglich, die ganze Zollbelastung durch Lohnreduktion wettzumachen. Denn in dem Augenblicke, in dem die Löhne zu sinken beginnen, wird für die Urproduktion die Erweiterung des Anbaus rentabel. Andererseits wird der Rückgang des Absatzes der thuleanischen Bodenerzeugnisse in Atlantis den Lohn in der Urproduktion in Thule senken und der Industrie Thules die Möglichkeit bieten, mit Hilfe der verbilligten Arbeitskraft der atlantischen Industrie Konkurrenz zu machen. Daß — neben dem Rückgange des Ertrages der in der Industrie von Atlantis investierten Kapitalien und der Grundrente in Thule — in beiden Ländern auch der Arbeitslohn sinken muß, leuchtet ohne weiteres ein. Dem Rückgang des Sozialprodukts entspricht die Schmälerung des Einkommens.

Nun aber ist Atlantis ein »sozialer« Staat. Die Gewerkschaften verhindern die Ermäßigung der Löhne. Die Produktionskosten der atlantischen Industrie bleiben daher so hoch, wie sie vor Einführung des Zolles in Thule waren. Doch da der Absatz in Thule zurückgeht, muß es in Atlantis zu Arbeiterentlassungen in der Industrie kommen. Das Abströmen der Entlassenen in die Landwirtschaft wird durch Arbeitslosenunterstützungen verhindert. So wird die Arbeitslosigkeit zu einer dauernden Einrichtung⁶⁾.

Englands ausländischer Kohlenabsatz ist zurückgegangen. Soweit die dadurch überzählig gewordenen Bergleute nicht abwandern dürfen, weil man sie in anderen Ländern nicht aufnehmen will, müssen sie in jene englischen Produktionszweige übergeleitet werden, die ihre Produktion erweitern, um den Ausfall, der durch den Rückgang der Ausfuhr in der Einfuhr ent-

6) Darüber, inwieweit durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter der Lohn vorübergehend gehoben werden kann, vgl. meinen Aufsatz: Die allgemeine Teuerung im Lichte der theoretischen Nationalökonomie im XXXVII. Band dieses Archivs, S. 570 f. — Ueber die Ursachen der Arbeitslosigkeit vgl. C. A. V e r r i j n S t u a r t, Die heutige Arbeitslosigkeit im Lichte der Weltwirtschaftslage, Jena 1922, S. 1 ff.; R o b b i n s, Wages, London 1926, S. 58 ff.

stehen muß, zu bedecken. Der Weg, auf dem es zu diesem Ergebnis kommt, ist die Lohnsenkung im Kohlenbergbau. Gewerkschaftliche Lohnbildung und Arbeitslosenunterstützung hemmen diesen unausweichlichen Prozeß wenn auch für Jahre, so doch nur vorübergehend. Denn endlich muß das Ergebnis der Rückbildung der internationalen Arbeitsteilung eine Senkung der Lebenshaltung der Massen sein, und diese Senkung wird um so größer sein, je mehr Kapital in der Zwischenzeit durch die »soziale« Intervention aufgezehrt wurde.

Die Industrie Oesterreichs leidet darunter, daß in den Ländern, die ihr Absatzgebiet bilden, immerfort die Zölle erhöht und andere Hindernisse (z. B. durch die Devisenpolitik) der Einfuhr neu entgegengestellt werden. Sie kann auf Zollerhöhungen — wenn ihr nicht die Steuern ermäßigt werden — nur durch Herabsetzung der Löhne antworten. Alle anderen Produktionsfaktoren sind unbeweglich. Rohstoffe und Halbfabrikate müssen auf dem Weltmarkte eingekauft werden, Unternehmergewinn und Kapitalzins müssen — in Oesterreich ist ausländisches Kapital in stärkerem Maße investiert als österreichisches Kapital im Auslande — den Verhältnissen des Weltmarktes entsprechen. Nur der Lohn ist national bedingt, weil Abwanderung der Arbeiter in größerem Umfang — infolge der »sozialen« Politik des Auslandes — unmöglich ist. Nur der Lohn könnte daher sinken. Die Politik, die den Lohn künstlich hoch hält und Arbeitslosenunterstützungen gewährt, schafft nur Arbeitslosigkeit.

Es ist unsinnig, aus der Tatsache, daß die Löhne in den Vereinigten Staaten höher sind als in Europa, zu folgern, daß man die europäischen Löhne erhöhen muß. Würden die Einwanderungsbeschränkungen in den Vereinigten Staaten, in Australien usf. fallen, dann könnten europäische Arbeiter abwandern, wodurch dann allmählich eine internationale Angleichung des Lohnniveaus angebahnt werden könnte.

Die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden und Millionen als Dauererscheinung auf der einen Seite und die Kapitalaufzehrung auf der andern Seite sind die Folgen des Interventionismus: der künstlichen Hochhaltung der Löhne durch die Gewerkschaften und der Arbeitslosenunterstützung.

V. Destruktion als Ergebnis der Interventionspolitik.

Nur wenn man die Wirkung der dargestellten Eingriffe in den Ablauf der Wirtschaftsvorgänge einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung erkannt hat, kann man die Geschichte der letzten Jahrzehnte verstehen. Denn diese Eingriffe stellen seit der Ueberwindung des Liberalismus das Um und Auf der Politik in allen Staaten Europas und Amerikas dar.

Der nationalökonomisch nicht gebildete Beurteiler der Ereignisse sieht nur, daß die »Interessenten« doch immer wieder Auswege finden, um den Vorschriften der Gesetze zu entgehen. Daß das System schlecht funktioniert, schreibt er ausschließlich dem Umstande zu, daß die Gesetze nicht weit genug gehen und daß ihre Durchführung durch Korruption behindert wird. Gerade der Mißerfolg der Interventionspolitik bestärkt ihn in der Ueberzeugung, daß das Sondereigentum durch strenge Gesetze kontrolliert werden müsse. Die Korruption der mit der Ausführung der Staatsaufsicht betrauten Organe erschüttert nicht sein blindes Vertrauen in die Unfehlbarkeit und Makellosigkeit des Staates; sie erfüllt ihn nur mit moralischem Abscheu gegenüber den Unternehmern und Kapitalisten.

Die Uebertretung der Gesetze ist aber nicht, wie von den Etatisten naiv gelehrt wird, ein in der schwer auszurottbaren menschlichen Schwäche gelegener Uebelstand, den man nur auszumerzen braucht, um das Paradies auf Erden zu schaffen. Würden die interventionistischen Gesetze wirklich beachtet werden, dann müßten sie sich in der kürzesten Zeit ad absurdum führen. Alle Räder würden stillstehen, weil der starke Arm des Staates ihnen zu nahe gekommen ist.

In den Augen unserer Zeitgenossen erscheint die Sache etwa so: Die Landwirte und die Milchhändler haben sich verschworen, um den Milchpreis zu erhöhen. Da kommt — das Allgemeininteresse gegen die Sonderinteressen, die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte gegen die privatwirtschaftlichen ausspielend — der Wohltäter Staat, um Abhilfe zu schaffen. Er sprengt das »Milchkartell«, er setzt Höchstpreise für Milch fest und verfolgt straffergerichtlich die Uebertreter der erlassenen Vorschriften.

Daß die Milch dadurch nicht so wohlfeil wurde, als man es als Verbraucher wünschen würde, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Gesetze nicht scharf genug sind und daß man sie nicht mit der erforderlichen Strenge durchführt. Es sei eben nicht leicht, gegen das die Allgemeinheit schädigende Profitstreben der Interessenten anzukämpfen. Die Gesetze müßten noch schärfer werden und rücksichtslos und ohne Erbarmen gehandhabt werden.

In Wahrheit verhalten sich die Dinge ganz anders. Würden die Preissatzungen wirklich durchgeführt werden, dann würden die Milchproduktion und die Zufuhr der Milch in die Städte stocken. Es stünde nicht mehr, sondern weniger Milch oder überhaupt keine Milch mehr zur Verfügung. Nur weil die Vorschriften umgangen werden, gibt es noch Milch für den Verbraucher. Wenn man die ganz unzulängliche und verkehrte etatistische Gegenüberstellung von volkswirtschaftlichem und privatwirtschaftlichem Interesse schon gelten lassen wollte, müßte man sagen: der Milchhändler, der dem Gesetz entgegen handelt, dient dem Gemeinwohl, der Beamte, der die Preistaxe durchführen will, gefährdet es.

Selbstverständlich leitet den Geschäftsmann, der die Gesetze und Verordnungen der Obrigkeit übertritt, um ungeachtet der vom Staate aufgerichteten Hindernisse doch zu produzieren, nicht die Rücksicht auf das Gemeinwohl, das die Vorkämpfer des Interventionismus immerfort im Munde führen, sondern die Absicht, Gewinne zu erzielen, oder zumindest das Bestreben, die Verluste zu vermeiden, die ihm aus der Beachtung der Vorschriften erwachsen würden. Die öffentliche Meinung, die sich ob der Niedrigkeit solcher Gesinnung und der Verwerflichkeit solchen Tuns entrüstet, begreift es nicht, daß ohne diese systematische Mißachtung der obrigkeitlichen Gebote und Verbote die Undurchführbarkeit der Interventionspolitik bald zu einer Katastrophe treiben müßte. Sie erwartet alles Heil von der strengen Beachtung der vom Staate »zum Schutze der Schwachen« erlassenen Verfügungen und tadelt die Obrigkeit nur, weil sie nicht stark genug sei, um alles Erforderliche zu verfügen, und weil sie die Durchführung der Normen nicht fähigeren und unbestechlicheren Personen übertrage. Die grundsätzlichen Probleme des Interventionismus werden überhaupt nicht erörtert. Wer auch nur schüchtern das »ob« der Beschränkung der Ver-

fügungsgewalt der Kapitalisten und Unternehmer zu bezweifeln wagt, wird als Söldling im Dienste von der Gesamtheit schädlichen Sonderinteressen geächtet oder im günstigsten Falle mit stillschweigender Verachtung gestraft. Selbst in der Erörterung des »wie« des Interventionismus muß, wer nicht sein Ansehen und vor allem seine Karriere gefährden will, sehr vorsichtig sein. Nur allzu leicht kann man in den Verdacht geraten, dem »Kapital« zu dienen; wer in der Diskussion nationalökonomische Argumente gebraucht, wird diesem Verdacht nie entgehen können.

Wenn die öffentliche Meinung im interventionistischen Staatswesen überall Korruption wittert, ist sie freilich nicht im Unrecht. Die Bestechlichkeit der Politiker, der Parlamentarier und der Beamten ist ja das Fundament, das allein das System zu tragen vermag; ohne sie müßte es zusammenbrechen und entweder durch Sozialismus oder durch Kapitalismus ersetzt werden. Für den Liberalismus galten die Gesetze als die besten, die dem Ermessen der mit der Durchführung betrauten Organe den engsten Spielraum boten, um Willkür und Mißbrauch möglichst auszuschließen. Der moderne Staat sucht die diskretionäre Gewalt seiner Organe zu stärken. Alles soll dem freien Ermessen der Beamten überlassen werden.

Die Rückwirkung der Korruption auf die öffentliche Moral kann hier nicht dargestellt werden. Selbstverständlich haben weder die Bestechenden noch die Bestochenen eine Vorstellung davon, daß ihr Handeln der Erhaltung des von der ganzen öffentlichen Meinung und auch von ihnen selbst als richtig angesehenen Systems gilt. Sie verletzen die Gesetze und haben dabei das Bewußtsein, das Gemeinwohl zu schädigen. Und weil sie nun allmählich die Gewohnheit annehmen, sich gegen Strafgesetze und gegen Moralvorschriften zu vergehen, verlieren sie schließlich ganz das Vermögen, zwischen Recht und Unrecht, Gut und Böse zu unterscheiden. Wenn kaum irgendeine Ware erzeugt oder umgesetzt werden kann, ohne daß man irgendwelchen Vorschriften zuwiderhandelt, dann hält man es schließlich für eine leidige Begleiterscheinung des »Lebens«, gegen Gesetz und Moral zu sündigen, und verspottet als »Theoretiker« die, die es anders haben wollen. Der Kaufmann, der damit begonnen hatte, Devisenvorschriften, Ein- und Ausfuhrverbote, Höchstpreissatzungen u. dgl. zu übertreten, gelangte bald dazu, auch seine Vertragspartner zu betrügen. Der Verfall der Geschäftsmoral, den man

als »Inflationsfolge« bezeichnet, ist die notwendige Begleiterscheinung der zur Inflationszeit erlassenen, Handel und Wandel »regulierenden« Vorschriften gewesen.

Man hört mitunter die Behauptung vertreten, daß das System des Interventionismus durch die Laxheit der Durchführung ganz unerträglich geworden sei. Selbst die preispolitischen Eingriffe würden von der Volkswirtschaft nicht mehr als allzu große Störung empfunden, wenn die Unternehmer es sich durch Geld und gute Worte »richten« könnten. Es sei zwar nicht zu bestreiten, daß es ohne diese Eingriffe besser wäre, doch man müsse eben der öffentlichen Meinung entgegenkommen. Der Interventionismus sei ein Tribut, den man der Demokratie bringen müsse, um das System des Kapitalismus lebensfähig zu erhalten.

Diese Argumentation ist vom Standpunkte des marxistisch-sozialistisch oder staatssozialistisch denkenden Unternehmers und Kapitalisten verständlich. Ihm erscheint das Sondereigentum an den Produktionsmitteln als eine die Interessen der Gesamtheit schädigende Einrichtung zugunsten der Bodenbesitzer, Kapitalisten und Unternehmer. Die Aufrechthaltung des Sondereigentums liegt ausschließlich im Sonderinteresse der besitzenden Klassen. Wenn nun diese Klassen das allein ihnen nützliche, die Gesamtheit und alle anderen Klassen schädigende Institut durch einige Zugeständnisse zu retten vermögen, die ihnen keine allzu großen Opfer auferlegen, dann wäre es töricht von ihnen, starrsinnig die Zugeständnisse zu verweigern und damit den Fortbestand der Gesellschaftsordnung, die ihnen allein Vorteile bringt, zu gefährden.

Wer diesen Standpunkt der Vertreter »bürgerlicher« Interessen nicht teilt, wird jene Argumentation nicht gelten lassen können. Es ist nicht einzusehen, warum man die Produktivität der volkswirtschaftlichen Arbeit durch irgendwelche verkehrte Maßnahmen vermindern soll. Hält man das Sondereigentum an den Produktionsmitteln für eine Einrichtung zugunsten eines Teiles und zum Schaden des andern Teiles der Gesellschaft, dann schaffe man es ab. Wenn man aber erkannt hat, daß es allen nützt, und daß die arbeitsteilende menschliche Gesellschaft anders gar nicht organisiert werden könnte, dann muß man es so aufrechterhalten, daß es seine Funktion auch möglichst gut erfüllen kann. Von der Verwirrung aller Moralbegriffe, die ent-

stehen muß, wenn Gesetz und Sittenkodex etwas verwerfen oder doch wenigstens als anrücklich erscheinen lassen, was man als Grundlage des gesellschaftlichen Lebens erhalten muß, sei gar nicht gesprochen. Doch welchen Zweck sollte es haben, etwas in der Erwartung zu verbieten, daß das Verbot doch in der Mehrzahl der Fälle umgangen werden wird?

Die, die den Interventionismus mit solchen Argumenten verteidigen, geben sich auch einer schweren Täuschung über das Ausmaß der Produktivitätsminderung hin, das aus den Eingriffen des Staates erwächst. Es ist richtig, daß die Anpassungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft über viele Hindernisse, die der Betätigung des Unternehmers in den Weg gelegt wurden, gesiegt hat. Wir sehen täglich, daß es Unternehmern gelingt, ungeachtet aller Schwierigkeiten, die Gesetz und Verwaltung ihnen bereiten, die Beschickung des Marktes mit Gütern und Diensten in Ausmaß und Beschaffenheit zu heben. Doch wir können nicht berechnen, um wie viel besser wir heute ohne größeren Arbeitsaufwand versorgt wären, wenn nicht das Um und Auf der Staatstätigkeit die Verschlechterung der Versorgung zum — freilich in letzter Linie nicht gewollten — Ziel hätte. Man denke doch an die Folgen aller handelspolitischen Eingriffe, über deren produktivitätsmindernde Wirkung doch wohl die Anschauungen nicht geteilt sein können. Man denke daran, wie die fortschreitende Rationalisierung der Betriebsführung durch den Kampf gegen die Kartelle und Trusts behindert wurde. Man denke an die Folgen der preispolitischen Eingriffe. Man denke daran, wie die künstliche Hochhaltung der Löhne durch den Koalitionszwang und die Verweigerung des Schutzes der Arbeitswilligen auf der einen Seite und durch die Arbeitslosenunterstützung auf der andern Seite und schließlich die Aufhebung der Freizügigkeit im zwischenstaatlichen Verkehr das Feiern von Millionen Arbeitern geradezu zu einer ständigen Erscheinung gemacht hat.

Die große Krise, unter der die Weltwirtschaft seit der Beendigung des Krieges leidet, wird von Etatisten und Sozialisten als Krise des Kapitalismus bezeichnet. In Wahrheit aber ist es die Krise des Interventionismus.

Im statischen Zustand der Wirtschaft kann es zwar brachliegenden Boden, aber nicht unverwendetes Kapital oder unbeschäftigte Arbeitskräfte geben. Bei dem Lohnsatz, der sich

auf dem unbehinderten Markte bildet, finden alle Arbeiter Beschäftigung. Werden *caeteris paribus* irgendwo Arbeiter freigesetzt, z. B. durch Einführung neuer arbeitssparender Verfahren, dann muß dies auf die Lohnhöhe drücken; zu dem neuen, niedrigeren Lohnsatz finden dann aber wieder alle Arbeiter Verwendung. Arbeitslosigkeit ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stets nur eine Uebergangs- und Reibungserscheinung. Die verschiedenen Umstände, die der freien Beweglichkeit der Arbeit im Wege stehen, können die Angleichung des Lohnsatzes für gleichartige Arbeit von Ort zu Ort und von Land zu Land erschweren; sie können auch bewirken, daß der Unterschied in der Entlohnung von Arbeit verschiedener Qualität nicht in der Weise ausgedrückt wird, wie es sonst der Fall wäre. Niemals aber können sie — bei Freiheit der Betätigung der Unternehmer und Kapitalisten — dazu führen, daß Arbeitslosigkeit größeren Umfang oder längere Dauer annehmen kann. Arbeitsuchende finden immer Arbeit, wenn sie ihre Lohnforderung den Verhältnissen des Marktes anpassen.

Das Ergebnis des Weltkrieges und der destruktivistischen Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte wäre, wenn man die Lohnbildung des Marktes nicht gestört hätte, ein Niedergleiten der Löhne gewesen, aber keineswegs Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit, deren Umfang und Dauer heute als Beweis für das Versagen des Kapitalismus angeführt werden, ist die Folge des Umstandes, daß die Löhne durch die Gewerkschaften und durch die Arbeitslosenunterstützung über dem Stande erhalten werden, den sie auf dem unbehinderten Markte einnehmen würden. Würden keine Arbeitslosenunterstützungen gezahlt werden und würden die Gewerkschaften nicht die Macht haben, ein Unterbieten der von ihnen geforderten Löhne durch arbeitswillige Nichtmitglieder zu verhindern, dann würde der Druck des Angebotes den Lohn auf jenen Stand bringen, bei dem alle Hände Verwendung finden. Man mag diese Folge der antiliberalen und antikapitalistischen Politik mehrerer Jahrzehnte bedauern, aber man kann es nicht ändern. Nur durch Einschränkung des Konsums und durch Arbeit können die verlorenen Kapitalien wieder ersetzt werden, und nur durch Bildung von neuem Kapital kann die Grenzproduktivität der Arbeit und damit der Lohnsatz gehoben werden.

Man kann das Uebel nicht damit bekämpfen, daß man an

die Arbeitslosen Unterstützungen ausbezahlt. Auf diesem Wege schiebt man die letzten Endes unvermeidliche Anpassung des Lohnes an die gesunkene Grenzproduktivität der Arbeit nur hinaus. Und da die Unterstützungen in der Regel aus dem Kapital und nicht aus dem Einkommen herkommen, wird immer mehr Kapital aufgezehrt und so die künftige Grenzproduktivität der Arbeit herabgesetzt.

Man darf sich freilich nicht vorstellen, daß selbst eine sofortige Beseitigung der das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaftsordnung behindernden Schranken mit einem Schlage die Folgen jahrzehntelanger Interventionspolitik auslöschen könnte. Ungeheure Mengen von Produktivgütern sind vernichtet worden, noch größere sind durch die Zollpolitik und andere merkantilistische Maßnahmen in Verwendungen festgelegt worden, in denen sie überhaupt nicht oder nur mit geringem Erfolg genutzt werden können. Die Ausschaltung großer und fruchtbarster Teile der Welt (wie Rußland und Sibirien) aus der internationalen Tauschgesellschaft zwingt zu unproduktiver Umstellung in jedem Zweige von Urproduktion und Verarbeitung. Jahre würden selbst unter den günstigsten Umständen vergehen, bis es möglich wäre, die Spuren der verkehrten Politik der letzten Jahrzehnte zu tilgen. Aber: es gibt keinen andern Weg zu steigendem Wohlstand für alle.

VI. Die Doktrin des Interventionismus.

Dem vorwissenschaftlichen Denken erschien die menschliche, auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebaute Gesellschaft als von Natur aus chaotisch. Ordnung könne in sie nur gebracht werden durch von außen herkommende Gebote der Moral und des Rechts. Nur wenn Käufer und Verkäufer sich an Gerechtigkeit und Billigkeit halten, kann die Gesellschaft bestehen. Um zu verhindern, daß durch willkürliches Abgehen vom »gerechten Preis« Unheil entstehe, habe die Obrigkeit einzugreifen. Diese Auffassung beherrscht alle Äußerungen über Dinge des gesellschaftlichen Lebens bis ins 18. Jahrhundert; sie tritt zum letztenmal in aller Naivität in den Schriften der Merkantilisten zutage.

Das 18. Jahrhundert macht dann eine — in manchen älteren Schriften über Geld und Preise schon vorbereitete — Entdeckung,

die mit einem Schlage an die Stelle der Sammlung von Sittensprüchen, der kompendienartigen Zusammenstellung von Polizeimaßregeln' und aphoristischer Bemerkungen über ihren Erfolg oder Mißerfolg eine Wissenschaft vom Oekonomischen treten läßt. Man erkennt, daß die Preise nicht willkürlich bestimmt werden, sondern durch die Lage des Marktes innerhalb so enger Schranken festgelegt sind, daß man für alle praktischen Probleme von ihrer eindeutigen Bestimmtheit reden kann. Man erkennt, daß die Unternehmer und die Besitzer der Produktionsmittel durch das Gesetz des Marktes in den Dienst der Verbraucher gestellt werden, und daß in ihrem Tun und Lassen nicht Willkür, sondern notwendige Anpassung an gegebene Verhältnisse waltet. Diese Tatsachen allein sind es, die eine Wissenschaft der Nationalökonomie und ein System der Katallaktik möglich machen. Wo die älteren Schriftsteller nur Willkür und Zufall sehen, sah man nun Notwendigkeit und Einheit. So konnte man an Stelle der Erörterung von Polizeivorschriften Wissenschaft und System treten lassen.

Der klassischen Nationalökonomie fehlt noch die klare Erkenntnis, daß das Sondereigentum an den Produktionsmitteln allein imstande sei, die Grundlage einer arbeitsteiligen Gesellschaft abzugeben, und daß das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln undurchführbar ist. Sie hat, indem sie, vom Merkantilismus beeinflusst, Produktivität und Rentabilität gegenübergestellt, den Weg betreten, auf dem es zur Erörterung der Frage kommen mußte, ob denn nicht die sozialistische Gesellschaftsordnung der kapitalistischen vorzuziehen sei. Aber sie hat klar erkannt, daß es — vom Syndikalismus, an den sie nicht dachte, abgesehen — nur die Alternative Kapitalismus o d e r Sozialismus gibt, und daß die »Eingriffe« in das Spiel der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Wirtschaftsordnung, die die Stimme des Volkes fordert und die Regierungen gerne verfügen, das Ziel verfehlen.

Die antiliberalen Schriftsteller führen immer wieder aus, daß die Ideen der klassischen Nationalökonomie den »Interessen« der »Bourgeoisie« gedient hätten und daß sie deswegen einerseits selbst Erfolg erzielt, anderseits dem Bürgertum zu seinen Erfolgen verholfen hätten. Nun kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß nur die vom Liberalismus geschaffene Freiheit den Raum für die unerhörte Entwicklung der Produktivkräfte

geboten hat, die die letzten Menschenalter gezeitigt haben. Doch wer glaubt, daß der Sieg des Liberalismus irgendwie durch seine Stellung zu den »Eingriffen« erleichtert worden sei, befindet sich in einem schweren Irrtum. Gegen den Liberalismus standen die Interessen aller durch das System der obrigkeitlichen Vielgeschäftigkeit Geschützten, Bevorzugten und Bevorrechteten. Daß der Liberalismus sich trotzdem durchsetzen konnte, war seinem geistigen Siege zuzuschreiben, der die Verteidiger der Privilegien matt setzte. Daß die durch die Privilegien Geschädigten sich für ihre Abschaffung einsetzten, war nichts Neues. Neu war bloß, daß der Angriff auf das System, das Privilegien zuließ, Erfolg hatte, und das war ausschließlich dem geistigen Sieg des Liberalismus zu danken.

Der Liberalismus hatte mit der Nationalökonomie gesiegt und durch sie. Keine andere wirtschaftspolitische Ideologie läßt sich mit der Wissenschaft der Katallaktik irgendwie vereinbaren. Man hat in England in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts den Versuch unternommen, an der Hand der Nationalökonomie zu zeigen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht befriedigend funktioniere und daß sie ungerecht sei; Marx hat dann daraus seinen »wissenschaftlichen« Sozialismus gemacht. Aber selbst wenn es diesen Literaten gelungen wäre, zu beweisen, was sie der kapitalistischen Wirtschaft vorwerfen, so hätten sie erst den weiteren Beweis zu erbringen gehabt, daß eine andere Gesellschaftsordnung — etwa die sozialistische — besser wäre als der Kapitalismus. Das aber haben sie nicht nur nicht getan; sie haben nicht einmal den Beweis zu erbringen vermocht, daß eine auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung durchführbar wäre. Damit, daß man — wie der Marxismus — jede Erörterung der Probleme einer sozialistischen Gesellschaft als »utopisch« abtut und ächtet, hat man das Problem selbstverständlich nicht gelöst.

Von der »Gerechtigkeit« einer gesellschaftlichen Einrichtung oder einer Gesellschaftsordnung zu sprechen, ist überhaupt mit den Mitteln der Wissenschaft nicht möglich. Man mag immerhin nach Belieben dies oder jenes als »ungerecht« und »unsittlich« ansehen; kann man an Stelle des Verurteilten nichts anderes setzen, dann lohnt es nicht, darüber auch nur ein Wort zu verlieren.

Aber das alles geht uns hier nichts an. Für uns ist allein das von Bedeutung: Nie ist es gelungen, zu zeigen, daß — den Syndikalismus wollen wir außer acht lassen — zwischen oder neben der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung und der auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhenden noch eine dritte Gesellschaftsordnung denkbar und möglich sei. Das zwischen beiden vermittelnde System des durch obrigkeitliche Maßnahmen beschränkten, geleiteten und regulierten Eigentums einzelner ist in sich selbst widerspruchsvoll und sinnwidrig; jeder Versuch, es ernstlich durchzuführen, muß zu einer Krise führen, aus der dann entweder Sozialismus oder Kapitalismus allein den Ausweg geben können.

Das ist ein Ergebnis der nationalökonomischen Wissenschaft, an dem nicht gerüttelt werden kann und an dem auch niemand zu rütteln versucht hat. Wer jene dritte Gesellschaftsordnung des regulierten Privateigentums empfehlen will, dem bleibt nichts anderes übrig, als die Möglichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis auf dem Gebiete des Oekonomischen rundweg zu bestreiten, wie es die historische Schule in Deutschland getan hat und wie es die Institutionalistin in den Vereinigten Staaten heute tun. An die Stelle der Nationalökonomie, die feierlich abgeschafft und verboten wird, tritt die Staats- und Polizeiwissenschaft, die registriert, was die Obrigkeit verfügt hat, und Vorschläge darüber macht, was noch zu verfügen wäre. Man knüpft mit vollem Bewußtsein an die Merkantilisten oder gar an die kanonistische Lehre vom gerechten Preis an und wirft die ganze Arbeit der Nationalökonomie zum alten Eisen.

Die deutsche historische Schule und die vielen Anhänger, die sie außerhalb Deutschlands gefunden hat, haben nie das Bedürfnis empfunden, sich grundsätzlich mit den Problemen der Katalaktik auseinanderzusetzen. Ihnen genügten vollauf die Argumente, die Schmoller und einige seiner Jünger, z. B. Hasbach, im berühmten Methodenstreite vorgebracht hatten. Nur drei Männer haben in den Jahrzehnten, die zwischen dem preußischen Verfassungskonflikt und der Weimarer Verfassung liegen, die Problematik des Prinzips der Sozialreform empfunden: Philippovich, Stolzmann und Max Weber. Von diesen drei hat aber nur Philippovich von dem Wesen und dem Inhalt der theoretischen Nationalökonomie Kenntnis gehabt. In seinem System

stehen Katallaktik und Interventionismus unvermittelt nebeneinander, keine Brücke führt von jener zu diesem und für die Lösung des großen Problems wird nichts versucht. Stolzmann sucht das, was Schmoller und Brentano nur ungenügend angedeutet haben, grundsätzlich durchzuführen. Daß sein Unternehmen mißlingen mußte, war notwendig; peinlich ist nur die Feststellung, daß der einzige Vertreter der Schule, der an das Problem wirklich herangetreten ist, von dem, was die von ihm befahdete Richtung wollte, kaum eine Ahnung hatte. Max Weber blieb auf halbem Wege stehen, weil er — mit ganz anderen Dingen beschäftigt — der theoretischen Nationalökonomie fern stand; vielleicht wäre er weiter gekommen, wenn ihn nicht ein allzu früher Tod hingerafft hätte.

Seit mehreren Jahren spricht man von einem Wiedererwachen des Interesses für die theoretische Nationalökonomie an den deutschen Hochschulen. Man hat dabei eine Reihe von Schriftstellern im Auge, die wie Liefmann, Oppenheimer, Gottl u. a. m. in heftigster Weise gegen das System der modernen subjektivistischen Nationalökonomie, von dem sie nur die »Oesterreicher« kennen, losziehen. Es ist hier nicht der Platz, über die Frage der Berechtigung dieser Angriffe zu sprechen. Uns interessiert nur die Wirkung, die sie auf die Erörterung der Möglichkeit jenes Systems eines durch obrigkeitliche Eingriffe regulierten Sondereigentums ausüben. Indem jeder einzelne von diesen Schriftstellern alles, was die theoretische Nationalökonomie — Physiokraten, Klassiker, Moderne — bisher geleistet hat, als ganz verfehlt abtut, dabei besonders die Arbeit der modernen Nationalökonomien, vor allem der »Oesterreicher«, als unbegreifliche Verirrung des menschlichen Geistes hinstellt und daraufhin ein, wie er meint, originales System der theoretischen Nationalökonomie mit dem Anspruch vorträgt, damit alle Zweifel zu beheben und alle Probleme endgültig zu lösen, wird beim Publikum der Anschein erweckt, daß auf dem Gebiete dieser Wissenschaft schlechterdings alles unsicher und problematisch sei und daß es theoretische Nationalökonomie nur als individuelle Ansicht einzelner Gelehrter gebe. Man konnte über dem Aufsehen, das die Bücher dieser Schriftsteller im deutschen Sprachgebiet erweckten, verkennen, daß es eine Wissenschaft der theoretischen Nationalökonomie gibt, deren System — von Abweichungen in Einzelheiten und ganz besonders auch in der Ausdrucksweise

abgesehen — sich bei allen Freunden der Wissenschaft gleichen Ansehens erfreut, und dem, im Grunde genommen, trotz aller Kritik und aller Vorbehalte auch diese Schriftsteller selbst in den entscheidenden Fragen zustimmen. Und weil man dies nicht erfaßte, konnte man nicht die Notwendigkeit begreifen, das herrschende System der Wirtschaftspolitik an der Hand der nationalökonomischen Erkenntnisse zu prüfen.

Dazu kam überdies noch die Wirkung des Streites über die Zulässigkeit des Werturteils in der Wissenschaft. In den Händen der historischen Schule war die Universitätsdisziplin der Staatswissenschaften zu einer Kunstlehre für den Staatsmann und Politiker geworden. In den Hörsälen und in den Lehrbüchern wurden wirtschaftspolitische Forderungen erhoben und als »Wissenschaft« verkündet. Die »Wissenschaft« verdammt den Kapitalismus als unsittlich und ungerecht, lehnte die vom marxistischen Sozialismus vorgeschlagene Lösung als zu »radikal« ab und empfahl entweder Staatssozialismus oder eben das System des durch obrigkeitliche Eingriffe regulierten Sondereigentums. Nationalökonomie war nicht mehr eine Sache des Wissens und des Könnens, sondern der guten Gesinnung. Diese Verquickung von Universitätslehre und Politik begann man besonders seit dem Beginn des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts als anstößig zu empfinden. Die Mißachtung, in die die offiziellen Vertreter der Wissenschaft beim Publikum dadurch gekommen waren, daß sie es als ihre Aufgabe ansahen, den parteipolitischen Programmen ihrer Freunde die Weihe der »Wissenschaft« zu geben, und das Aergernis, daß jede Partei sich auf das für sie sprechende Urteil der »Wissenschaft«, d. h. der in ihrem Gefolge einherschreitenden Inhaber von Lehrstühlen, zu berufen für berechtigt hielt, konnten nicht länger ohne Widerspruch ertragen werden. Als nun Max Weber und einige seiner Freunde die Forderung aufstellten, die »Wissenschaft« habe darauf zu verzichten, Werturteile auszusprechen, und die Katheder dürften nicht länger zur Propaganda für wirtschaftspolitische Ideen mißbraucht werden, fanden sie fast allgemeine Zustimmung.

Unter denen, die Max Weber zustimmten oder zumindest nicht zu widersprechen wagten, befanden sich auch manche, deren ganze Vergangenheit dem Grundsatz der Objektivität widersprach und deren literarische Leistung nichts anderes als die Paraphrase bestimmter wirtschaftspolitischer Programme

darstellte. Sie verstanden freilich die »Freiheit vom Werturteil« in besonderer Weise. Ludwig Pohle und Adolf Weber hatten das Grundproblem des Interventionismus durch Untersuchung der lohnpolitischen Wirksamkeit der Arbeitervereine zur Erörterung gestellt. Die Anhänger der herrschenden Brentano-Webbschen Gewerkvereinsdoktrin waren nicht imstande, diesen Ausführungen irgend etwas Stichhaltiges zu entgegnen. Aus der Verlegenheit, in die sie dadurch geraten waren, schien sie das neue Postulat »werturteilsfreie Wissenschaft« zu befreien. Sie konnte über alles, was ihnen nicht paßte, hochmütig mit der Bemerkung zur Tagesordnung übergehen, daß es mit der Würde der Wissenschaft nicht vereinbar sei, sich in das Gezänk der Parteien einzumengen. So wurde der Grundsatz der Wertfreiheit, den Max Weber im besten Glauben zur Wiederaufnahme wissenschaftlicher Behandlung der Probleme des Gesellschaftslebens vertreten hatte, dazu verwendet, um die Doktrinen der historisch-realistisch-sozialpolitischen Schule gegen die Kritik der theoretischen Nationalökonomie zu schützen.

Man verkennt — vielleicht nicht ohne Absicht — immer wieder den Unterschied, der zwischen der Untersuchung nationalökonomischer Probleme und der Aufstellung wirtschaftspolitischer Postulate besteht. Wenn man z. B. die Wirkung von Preistaxen untersucht, feststellt, daß man durch die Anordnung eines unter dem Preise, der sich auf dem unbeeinflußten Markte bilden würde, liegenden Höchstpreises das Angebot *caeteris paribus* vermindert, und daraus folgert, daß die Preistaxe den Zweck, den die Obrigkeit mit ihr erreichen will, verfehlt, daß sie daher als Teuerungspolitik sinnwidrig ist, so heißt das nicht, Werturteile setzen. Auch wenn der Physiologe feststellt, daß der Genuß von Blausäure das menschliche Leben zerstört und daß daher ein »Ernährungssystem«, das Blausäure verwendet, sinnwidrig ist, so liegt darin kein Werturteil. Ob man ernähren oder töten will oder soll, das wird von der Physiologie nicht beantwortet; sie stellt nur fest, was aufbaut und was zerstört, was der Ernährer und was der Mörder tun muß, um *s e i n e m* Sinne gemäß zu handeln. Wenn ich sage, daß Preistaxen sinnwidrig sind, so ist damit gemeint: sie erreichen nicht den Zweck, den man durch sie *g e w ö h n l i c h* erreichen will. Wenn etwa ein Bolschewik sagen wollte: »Gerade darum, weil ihre Wirkungen nur in der Unterbindung des Funktionierens des Marktmechanis-

mus bestehen, gerade weil sie die menschliche Gesellschaft in ein »sinnloses« Chaos verwandeln, wünsche ich sie, um so schneller zu meinem Ideal des Kommunismus zu gelangen«, so kann man ihm vom Standpunkte der Theorie der Preistaxen so wenig etwas entgegen wie vom Standpunkte der Physiologie einem Manne, der mit Blausäure töten will. Wenn in ähnlicher Weise die Sinnwidrigkeit des Syndikalismus und die Undurchführbarkeit des Sozialismus gezeigt wird, so hat das mit Werturteilen nicht das mindeste zu tun.

Es heißt der Nationalökonomie den Boden entziehen, wenn man alle diese Untersuchungen als unzulässig bezeichnet. Wir sehen heute, wie viele junge Kräfte, die sich unter anderen Umständen mit nationalökonomischen Problemen befaßt hätten, sich in Arbeiten erschöpfen, die ihrer Veranlagung nicht entsprechen und daher der Wissenschaft nur wenig förderlich sind, weil sie, in den geschilderten Irrtümern befangen, es scheuen, sich den wissenschaftlich belangreichen Aufgaben zu widmen.

VII. Das historische und das praktische Argument für den Interventionismus.

Durch die Kritik der Nationalökonomie in die Enge getrieben, berufen sich die Vertreter der historisch-realistischen Schule schließlich auf die »Tatsachen«. Es könne nicht bestritten werden, daß alle die Eingriffe, die die Theorie als sinnwidrig erklärt, vorgenommen wurden und noch vorgenommen werden. Man könne nicht annehmen, daß ihre angebliche Zweckwidrigkeit von der Praxis nicht bemerkt worden wäre. Daß sich die interventionistischen Normen durch Jahrhunderte hindurch erhalten hätten, daß die Welt seit dem Verschwinden des Liberalismus wieder mit Interventionismus regiert werde, sei Beweis genug, daß das System durchführbar und erfolgreich und keineswegs sinnwidrig sei. Die reiche Literatur, in der die historisch-realistische Schule die Geschichte der Wirtschaftspolitik dargestellt hat, bestätige vollauf die Doktrinen des Interventionismus 7).

Die Tatsache, daß bestimmte Maßnahmen ergriffen und immer wieder von Neuem ergriffen wurden, beweist nichts dafür, daß sie nicht sinnwidrig wären. Sie beweist nur, daß die, von

7) Vgl. Z w i e d i n e c k - S ü d e n h o r s t, Macht oder ökonomisches Gesetz (Schmollers Jahrbuch, 49. Jahrgang), S. 278 ff.

denen sie ausgingen, ihre Sinnwidrigkeit nicht erkannt haben; das aber soll gar nicht bestritten werden. Es ist nämlich nicht so leicht, die Bedeutung einer wirtschaftspolitischen Maßregel zu erfassen, wie es die »Empiriker« glauben. Ohne Einblick in den Zusammenhang des Ablaufs der ganzen Wirtschaft, d. h. ohne umfassende Theorie geht es überhaupt nicht. Die Verfasser von wirtschaftsgeschichtlichen, wirtschaftsbeschreibenden, wirtschaftspolitischen und wirtschaftsstatistischen Arbeiten gehen gewöhnlich viel zu leichtfertig vor. Ohne die erforderlichen Kenntnisse auf dem Gebiete der Theorie wagen sie sich an Aufgaben, zu deren Behandlung sie ganz ungenügend geschult sind. Was nicht schon den Verfassern ihres Quellenmaterials aufgefallen ist, pflegt in der Regel auch ihrer Aufmerksamkeit zu entgehen. Wenn sie eine wirtschaftspolitische Verfügung besprechen, sind sie selten geneigt, mit der gebotenen Sorgfalt zu prüfen, ob und wie sie ausgeführt wurde, ob die beabsichtigte Wirkung auch erreicht wurde, und ob sie, falls sie eintrat, der besprochenen Maßnahme oder anderen Ursachen zuzuschreiben ist. Die Fähigkeit, die weiter reichenden — vom Standpunkte ihrer Urheber erwünschten oder unerwünschten — Wirkungen zu erkennen, geht ihnen schon vollends ab. Daß aus der großen Menge dieser Arbeiten ein Teil der geldgeschichtlichen sich durch höhere Qualität heraushebt, hat seinen Grund in dem Umstande, daß ihre Verfasser mit einem gewissen Stock geldtheoretischer Kenntnisse (Greshamsches Gesetz, Quantitätstheorie) ausgerüstet und daher ihren Aufgaben besser gewachsen waren als der Durchschnitt.

Das Wichtigste, das ein Bearbeiter wirtschaftlicher »Tatsachen« mitbringen muß, ist vollkommene Beherrschung der nationalökonomischen Theorie. Seine Aufgabe ist es dann, das Material, das sich ihm bietet, an der Hand der Theorie zu deuten. Gelingt ihm dies nicht oder nicht in einer ihn voll befriedigenden Weise, dann hat er den kritischen Punkt genau aufzuzeigen und das der theoretischen Erklärung hier erwachsende Problem zu formulieren. Andere mögen versuchen, die Aufgabe zu lösen, an der er gescheitert ist. Denn das, um was es sich hier handelt, ist ein Versagen des Bearbeiters, nicht ein Versagen der Theorie. Mit einer Theorie kann man alles erklären. Theorien versagen nicht an einzelnen Problemen, sondern an der Unzulänglichkeit ihres Ganzen. Und wer eine Theorie durch eine andere ersetzen

will, muß sie entweder in das gegebene System einfügen oder ein neues System aufstellen, in dem sie Platz findet. Es ist ganz und gar unwissenschaftlich, von einer »Tatsache«, die man gerade vor Augen hat, ausgehend, das Versagen der »Theorie« und des Systems zu verkünden. Das Genie, dem es gegeben ist, die Wissenschaft durch neue Erkenntnis zu fördern, kann aus der Beobachtung des kleinsten und für andere unscheinbarsten Vorganges zur tiefsten Erkenntnis geführt werden; sein Geist entzündet sich an jedem Gegenstand. Aber der Neuerer verdrängt das Alte durch ein Neues, nicht durch bloße Verneinung; er ist immer Theoretiker mit einem auf das Ganze und auf das System gerichteten Blick.

Auf die tiefere erkenntnistheoretische Frage des Widerstreites der Systeme haben wir hier nicht einzugehen. Denn für uns steht ja nicht eine Vielheit sich bekämpfender Systeme zur Erörterung. Wir haben, wenn wir das Problem des Interventionismus untersuchen, in der Nationalökonomie auf der einen Seite das System der modernen Nationalökonomie und mit ihm ausnahmslos auch alle ältere nationalökonomische Theorie, und auf der andern Seite die System- und Theorieleugner, mögen sie nun in der Bestreitung der Möglichkeit theoretischer Erkenntnis mehr oder weniger vorsichtige Ausdrücke verwenden. Ihnen hat man einfach zu antworten: Versucht ein System theoretischer Erklärung aufzustellen, das euch mehr befriedigt als unseres. Dann wollen wir erst weiter reden.

Alles, was die Bekämpfer der theoretischen Nationalökonomie in ihren Arbeiten vorbringen, ist natürlich auch »Theorie«. Ja, sie schreiben heute selbst »Theorien der Volkswirtschaft« und halten Vorlesungen über »Theoretische Nationalökonomie«. Was ihr Beginnen aber als unzulänglich erscheinen läßt, ist der Umstand, daß sie es unterlassen, die einzelnen Sätze ihrer »Theorie« zu einem System, zu einer Gesamtheorie der Katallaktik zusammenzuschließen. Nur durch das System und im System wird ein theoretischer Satz zur Theorie. Es ist sehr leicht, über Lohn, Rente und Zins verschiedenes zu sagen. Von einer Theorie kann man aber nur dort sprechen, wo die einzelnen Aussagen zu einer Gesamterklärung aller Marktvorgänge verbunden werden.

Die Naturwissenschaften können im Experiment alle störenden Einflüsse ausschalten und die Folgen der Veränderung eines Faktors *caeteris paribus* beobachten. Läßt sich das Ergebnis des Versuchs nicht befriedigend in das gegebene System der

Theorie einordnen, dann mag daraus die Anregung zu einer Ausgestaltung des Systems oder gar zu seinem Ersatz durch ein neues erwachsen. Doch man würde jeden verlachen, der aus dem Ergebnis eines Versuchs folgern wollte, es könne keine theoretische Erkenntnis geben. Den Gesellschaftswissenschaften fehlt das Experiment. Sie können die Wirkung eines Faktors nie *caeteris paribus* beobachten. Und dennoch wagt man es, ohne weiteres aus irgendeiner »Tatsache« zu folgern, die Theorie oder gar alle Theorie sei widerlegt.

Was soll man gar sagen, wenn man allgemeine Sätze hört, wie die: »Englands industrielle Suprematie im 18. und 19. Jahrhundert war die Folge der merkantilistischen Politik der früheren Jahrhunderte«, oder: »Das Steigen des Reallohnes in den letzten Jahrzehnten des 19. und den ersten des 20. Jahrhunderts ist den Gewerkschaften zu danken«, oder: »Die Bodenspekulation verteuert die Mieten«. Diejenigen, die diese Sätze verkünden, glauben sie unmittelbar aus der Erfahrung gezogen zu haben. Das wäre, meint man, nicht graue Theorie, sondern Frucht vom grünen Baume des Lebens. Und hartnäckig sträubt man sich dagegen, dem Theoretiker Aufmerksamkeit zu schenken, wenn er die einzelnen Sätze »der praktischen Erfahrung« dadurch zu prüfen sucht, daß er sie bis ans Ende denkt und sie zu einem systematischen Gefüge zusammenzufassen sucht.

Alle Argumente, die die empirisch-realistische Schule vorzubringen gewußt hat, ersetzen nicht den Mangel eines geschlossenen theoretischen Systems.

VIII. Neue Schriften über Probleme des Interventionismus.

In Deutschland, dem klassischen Lande des Interventionismus, wurde die Notwendigkeit, sich ernstlich mit der Kritik auseinanderzusetzen, die die Nationalökonomie am Interventionismus geübt hatte, kaum empfunden. Der Interventionismus kam kampflos zur Herrschaft. Er durfte die von Engländern und Franzosen geschaffene Wissenschaft der Nationalökonomie, die schon List als den Interessen des deutschen Volkes abträglich gebrandmarkt hatte, unbeachtet lassen. Von den wenigen deutschen Nationalökonomien war Gossen ganz, Thünen nahezu unbekannt, Hermann und Mangold ohne tieferen Einfluß geblieben.

Menger wurde dann im Methodenstreit erledigt«. Um das, was seit dem Beginne der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts in der Nationalökonomie geschaffen wurde, kümmerte sich die offizielle Wissenschaft im Deutschen Reich nicht mehr. Alle Einwände, die gegen sie erhoben wurden, tat sie damit ab, daß sie sie als Vertretung der Sonderinteressen der Unternehmer und Kapitalisten brandmarkte ⁸⁾).

In den Vereinigten Staaten, auf die jetzt die Führung im Interventionismus überzugehen scheint, liegen die Dinge doch anders. In dem Lande, in dem J. B. Clark, Taussig, Fetter, Davenport, Young, Seligman wirken, geht es nicht an, sich wortlos über alles hinwegzusetzen, was die Nationalökonomie geleistet hat. Es war daher zu erwarten, daß in den Vereinigten Staaten der Versuch unternommen werden wird, die Durchführbarkeit und Sinnhaftigkeit des Interventionismus zu beweisen. John Maurice Clark, früher Professor der Universität von Chicago, seit Herbst 1926 wie früher sein großer Vater, John Bates Clark, Professor an der Columbia University in New York, hat sich dieser Arbeit unterzogen ⁹⁾).

Es ist freilich sehr zu bedauern, daß in dem umfangreichen Werke nur ein einziges, leider nur wenige Seiten umfassendes Kapitel sich mit dem Grundprobleme des Interventionismus befaßt.

Clark unterscheidet zwei Arten der staatlichen (gesellschaftlichen) Regelung der wirtschaftlichen Handlungen: Regelung der nebensächlichen Dinge (those in which the state is dealing with matters which are incidental to the main transaction) und Regelung der wesentlichen Dinge (those in which the »heart of the contract« is at stake and the state presumes to fix the terms of the exchange and dictate the consideration in money or in goods, or to say that the exchange shall not take place at all) ¹⁰⁾. Diese Unterscheidung deckt sich so ziemlich mit der von uns

8) Vgl. die zutreffende Charakterisierung dieses Verfahrens bei P o h l e , Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre, 2. Ausgabe, Leipzig 1921, S. 115 ff.

9) Vgl. J. M. C l a r k , Social Control of Business. The University of Chicago Press 1926.

10) Vgl. C l a r k , a. a. O., S. 450. — Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, bemerke ich ausdrücklich, daß diese Unterscheidung mit der gemeinrechtlichen Unterscheidung der essentialia, naturalia und accidentalia negotii nichts zu tun hat.

vorgenommenen, die die produktionspolitischen und die preispolitischen Eingriffe unterscheidet. Es ist ja klar, daß eine nationalökonomische Betrachtung des Interventionssystems gar nicht anders vorgehen kann.

Auch in der Beurteilung der Regelung der nebensächlichen Dinge der Geschäfte (control of matters incidental to the contract) gelangt Clark zu keinem andern Ergebnis als wir in der Beurteilung der produktionspolitischen Eingriffe. Auch er kann nicht umhin, festzustellen, daß sie nur produktionshemmend und produktionshindernd wirken können (such regulations impose some burdens on industry)¹¹⁾. Das ist alles, was uns an seinen Ausführungen interessiert. Die Erörterung des politischen Für und Wider solcher Eingriffe ist für unser Problem bedeutungslos.

In der Besprechung der Regelung der wesentlichen Dinge der Geschäfte (control of the »heart of the contract«), der unsere Kategorie der preispolitischen Eingriffe ungefähr entspricht, erwähnt Clark zunächst die amerikanischen Zinstaxen. Sie würden, meint er, durch Aufrechnung von Nebengebühren umgangen, die den Darlehensnehmer über den nominellen Zinssatz hinaus belasten. Für kleine Darlehen an Konsumenten habe sich ein illegaler Geschäftsverkehr entwickelt. Da anständige Leute solche Geschäfte nicht machen, seien sie die Domäne skrupelloser Elemente. Da solche Geschäfte das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen, würden enorme Zinssätze verlangt und gewährt, die weit das übersteigen, das verlangt und gewährt werden würde, wenn es keine Zinstaxen geben würde. Charges equivalent to several hundred per cent per year are the common thing. The law multiplies the evil of extortion tenfold¹²⁾.

Nichtsdestoweniger hält Clark Zinstaxen nicht für sinnwidrig. Man soll den Darlehensmarkt auch für diese Kategorie von Darlehen an kleine Leute zu Konsumzwecken zwar im übrigen frei gewähren lassen, aber durch Gesetz verbieten, höhere Zinsvergütung zu fordern, als der Marktlage entspricht. (The law ... may render a great service in preventing the exaction of charges which are materially above the true market rate.) Der einfachste Weg zur Erreichung dieses Ziels sei to fix a legal rate for this class of loans which liberally covers all costs and

¹¹⁾ Ebendort S. 451.

¹²⁾ Ebendort S. 453 f.

necessary inducements, and to forbid all charges in excess of this rate ¹³⁾).

Nun freilich, wenn die Zinstaxe die Zinssätze des Marktes als zulässig erklärt oder gar über sie freigebig hinausgeht, dann kann sie nicht schaden; sie ist nur unnütz und überflüssig. Bleibt sie aber hinter dem Satze, der sich auf dem unbehinderten Markte bilden würde, zurück, dann treten alle jene Folgen ein, die Clark selbst treffend in den angeführten Stellen gekennzeichnet hat. Was soll also die Zinstaxe? Darauf antwortet Clark: sie ist notwendig, um unfair discriminations zu verhindern ¹⁴⁾.

Der Begriff der unfair discriminations (auch undue discriminations) stammt aus dem Gebiete der Monopole her ¹⁵⁾. Ist der Monopolist als Verkäufer in der Lage, die Kauflustigen ihrer Kaufkraft und Kauflust nach in Schichten zu sondern, denen er dieselbe Ware oder Leistung zu verschiedenen Bedingungen anbietet, dann fährt er besser als bei Erstellung eines einheitlichen Preises. Diese Voraussetzungen sind bei Verkehrsanstalten, Beleuchtungs- und Kraftwerken und ähnlichen Betrieben in der Mehrzahl der Fälle gegeben. Die Frachttarife der Eisenbahnen stellen geradezu den klassischen Fall solcher Differenzierung dar. Sie »ungerechtfertigt« zu nennen, geht wohl nicht so ohne weiteres an, wie der Interventionist naiv und voll von Ressentiment gegen den Monopolisten annimmt. Doch wir haben uns um die Frage der ethischen Berechtigung eines Eingriffes nicht zu kümmern. Was wir vom Standpunkte der Wissenschaft allein festzustellen haben, ist das eine, daß dem Monopol gegenüber Raum für Eingriffe der Staatsgewalt gegeben ist.

Es gibt aber auch differentielle Behandlung verschiedener Käuferschichten gegen das Interesse des Monopolunternehmens. Das ist natürlich bewußt nur dort möglich, wo das Monopolunternehmen als Glied eines größeren Ganzen geführt wird, in dessen Rahmen es noch anderen Zwecken dienstbar gemacht wird als dem der größten Rentabilität. Wir übergehen die Fälle, in denen es sich dabei um die Erreichung bestimmter nationalpolitischer, militärpolitischer oder sozialpolitischer Ziele u. dgl. m.

13) Ebendort S. 454.

14) Ebendort S. 454.

15) Vgl. aus der großen amerikanischen Literatur: Nash, The Economics of Public Utilities, New York 1925, S. 97, 371; Wherry, Public Utilities and the Law, New York 1925, S. 3 ff., 82 ff., 174. Vgl. auch Clark, a. a. O., S. 398 ff.

durch Monopolisten handelt, die entweder selbst öffentliche Zwangsverbände sind oder unter ihrem Einflusse stehen. Beispiele wären etwa die Erstellung von Frachtsätzen nach handelspolitischen Gesichtspunkten oder die Differenzierung der Preise in Gemeindebetrieben nach dem Einkommen des Käufers. In diesen Fällen erfolgt die Differenzierung im Sinne der Interventionisten und wird von ihnen gebilligt. Für uns können nur jene Fälle von Bedeutung sein, in denen der Monopolist eine Differenzierung gegen das Rentabilitätsinteresse des Unternehmens durchführt, weil er auf die Interessen eines andern Unternehmens, die ihm wichtiger erscheinen, Rücksicht nimmt, oder weil er den Abnehmer aus persönlichen Gründen oder um ihn zu irgendeiner Handlung oder Unterlassung zu nötigen, ungünstiger stellen will. In den Vereinigten Staaten haben Eisenbahnunternehmungen durch Einräumung von billigeren Frachtsätzen einzelne Verfrachter, die ihrer Leitung nahestanden, im Wettbewerb gefördert und ihre Konkurrenten dadurch nicht selten genötigt, ihre Betriebe aufzulassen oder um einen niedrigen Preis abzutreten. Man hat diese Vorfälle überaus abfällig beurteilt, weil sie Konzentration der Unternehmungen und der Betriebe und die Bildung von Monopolen befördert haben und die öffentliche Meinung in dem Verschwinden der Konkurrenz innerhalb jedes einzelnen Produktionszweiges ein Uebel sehen wollte. Man verkannte eben, daß der Wettbewerb von seiten der Produzenten und Verkäufer sich nicht nur innerhalb der einzelnen Produktionszweige, sondern zwischen allen konsumverwandten Gütern — und konsumverwandt sind im weiteren Sinne alle Güter — abspielt und daß die Folgen der durch die wenigen echten Monopole — der Bergwerksproduktion und ähnlicher Zweige der Urproduktion — bewirkten Erhöhung des Preises vom Konkurrenzpreis auf den Monopolpreis durchaus nicht so unzweifelhaft für das Ganze nachteilig sind, wie die naive Monopolgegnerschaft anzunehmen bereit ist ¹⁶⁾.

Doch in dem von Clark behandelten Fall des Darlehensmarktes für kleinere Kredite an Konsumenten, Kleinbauern, Kleinhändler und Handwerker ist von einer Monopolisierung nicht die Rede. Wie sollte es möglich sein, hier unfair discriminations zu machen? Wenn das Darlehen von einer Seite nicht zu dem Marktsatze gewährt wird, wendet sich der Kreditsuchende ein-

16) Vgl. darüber meine Gemeinwirtschaft, Jena 1922, S. 382 f.

fach an einen andern Geldgeber. Daß freilich jedermann — und ganz besonders in den Kreisen der Kreditbedürftigen dieser untersten Kategorie — leicht geneigt ist, seine eigene Bonität zu hoch einzuschätzen und die vom Kreditor geforderten Sätze als zu hoch zu bezeichnen, soll nicht bestritten werden.

Von den Zinstaxen geht Clark zur Besprechung der Mindestlohnsatzungen über. Eine »künstliche« Lohnerhöhung, meint er, führt zu Arbeitslosigkeit. Die Lohnsteigerung erhöhe nämlich die Produktionskosten und damit den Preis der Produkte, die dann vom Markt nicht mehr in der Menge, die zum niedrigeren Preis abgesetzt wurde, aufgenommen werden. So gebe es dann auf der einen Seite unbefriedigte Kauflustige, die die Waren billiger, als sie auf dem Markt nun zu haben sind, erstehen möchten, und auf der anderen Seite Arbeitslose, die bereit wären, um einen niedrigeren Lohn, als der Tarif ihn festgelegt hat, zu arbeiten; schließlich fänden sich Unternehmer, die diese potentielle Nachfrage und dieses potentielle Angebot zusammenzubringen bereit wären ¹⁷⁾.

Soweit könnte man Clark wieder zustimmen. Doch nun kommt eine Behauptung, die durchaus fehl geht. Clark meint nämlich, auch die regulations affecting the incidental conditions of employment müßten dieselben Folgen nach sich ziehen, da auch sie die Produktionskosten steigern ¹⁸⁾. Das ist eben nicht richtig. Wird die Lohnbildung auf dem Arbeitsmarkte frei gelassen, dann bedeuten Eingriffe, wie Kürzung der Arbeitszeit, Zwangsversicherung der Arbeiter auf Kosten der Unternehmer, Vorschriften über die Einrichtung der Betriebe, über Urlaub der Arbeiter bei Fortbezug des Lohnes u. dgl. m. keine Steigerung des Lohnes über den Marktsatz hinaus. Alle diese Lasten werden auf den Lohn überwältzt, werden vom Arbeiter getragen. Man konnte das übersehen, weil diese sozialpolitischen Eingriffe in erster Linie in einer Epoche steigender Reallöhne und sinkender Kaufkraft des Geldes zur Einführung gelangten, so daß die Nettolöhne, die an den Arbeiter bar ausgezahlt wurden, in Geldausdruck und in Naturalwert noch immer stiegen, trotzdem sie immer stärker durch Anrechnung solcher dem Unternehmer erwachsenden Spesen belastet wurden. In der Kalkulation des Unternehmers wird nicht bloß der Lohn des Arbeiters verrechnet,

¹⁷⁾ Vgl. Clark, a. a. O., S. 454.

¹⁸⁾ Vgl. Clark, a. a. O., S. 455.

sondern alle aus der Verwendung eines Arbeiters entstehenden Kosten.

Wenn Clark dann weiter meint, Lohnerhöhungen wie andere Eingriffe zugunsten der Arbeiter may prove self-sustaining through raising the level of personal efficiency, through furnishing an added stimulus to the employer's search for improved methods, and through hastening the elimination of the least efficient employers and transferring their business to those who will conduct it more efficiently ¹⁹⁾, so hat das mit unserem Problem gar nichts mehr zu tun. All das kann man auch von einem Erdbeben oder von einer andern Elementarkatastrophe behaupten.

Clark ist zu gut geschult in der Theorie und zu scharfsinnig, um nicht zu merken, wie unhaltbar seine ganze Beweisführung ist. Er schließt sie daher mit den Worten, die Frage, ob ein bestimmter Begriff eine »violation of economic law« wäre, sei im Grunde a question of degree; in letzter Linie komme in Betracht, wie groß die durch ihn bewirkten Veränderungen der Kosten oder Marktwerte seien. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage sei kein thing of precision and inexorable rigidity. Oft habe eine kleine Veränderung der Produktionskosten (a small change in costs of production) überhaupt keinen Einfluß auf den Endpreis, wo z. B. der Preis in runden Beträgen festgelegt zu werden pflegt und die Händler kleine Veränderungen der Kosten oder der Großhandelspreise auf sich nehmen. Und dann folgt Clarks letztes Wort: Starke Lohnsteigerungen ziehen die geschilderten Folgen nach sich, bei kleinen mag es anders sein ²⁰⁾.

Betrachten wir es genau, so gibt Clark damit alles zu, was diejenigen behaupten, die den Interventionismus als zweck- und sinnwidrig bezeichnen. Daß die Folgen eines Eingriffes in ihrer Quantität von seiner Stärke abhängen, ist selbstverständlich und nie bestritten worden. Ein kleines Erdbeben zerstört weniger als ein großes, und ganz schwache Erdbeben hinterlassen überhaupt keine merklichen Spuren.

Es ist ganz und gar unwesentlich, daß Clark trotz alledem daran festhält, daß man solche Eingriffe vornehmen könne und

19) Ebendort.

20) A large increase in wage rates may be a »violation of economic law«, in the sense in which we are using the term, where a small increase would not be (ebendort S. 455).

sie befürwortet. Er muß zugeben, daß es dann notwendig sei, noch besondere Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Folgen zu beseitigen. Werden z. B. Preistaxen verfügt, so müsse man, um die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage zu beseitigen, rationieren. Und man müsse dafür sorgen, daß die Produktion, weil der gewöhnliche Antrieb geschwunden sei, *should be directly stimulated* ²¹⁾. Hier bricht Clark seine Ausführungen leider ab. Hätte er sie weiter fortgesetzt, dann hätte er notwendigerweise zur Erkenntnis gelangen müssen, daß es nur zwei Alternativen gibt: entweder von allen Eingriffen abzusehen oder aber, wenn man davon nicht lassen will, zur Behebung der *discrepancy between supply and demand which the public policy has created* soweit in immer neuen Eingriffen fortzuschreiten, bis die gesamte Produktion und Verteilung der Leitung des gesellschaftlichen Zwangsapparates unterstellt wird, also bis zur Vergesellschaftung der Verfügung über die Produktionsmittel, bis zum Sozialismus.

Es ist eine ganz unbefriedigende Lösung, wenn Clark für den Fall der Mindestlohnsatzungen empfiehlt, die durch sie arbeitslos Gewordenen durch öffentliche Arbeiten zu beschäftigen ²²⁾. Und wenn er auf *energy, intelligence and loyalty* hinweist, die alle Eingriffe erfordern, so ist das nichts als ein Ausdruck der Verlegenheit ²³⁾.

Government, sagt Clark im vorletzten Satze des diesen grundsätzlichen Erörterungen gewidmeten Kapitels seines Buches, *can do a great deal of good by merely seeing to it that everyone gets the benefit of the market rate, whatever that is, and thus preventing the ignorant from being exploited on account of their ignorance* ²⁴⁾. Das stimmt ganz mit der Auffassung des Liberalismus überein: die Regierung soll nichts anderes tun als durch Schutz des Sondereigentums und Beseitigung aller seiner Auswirkung entgegenstehenden Hemmnisse verhindern, daß einzelnen oder ganzen Gruppen der freie Zutritt zum Markte verwehrt werde. Das ist nichts anderes, als eine Umschreibung des Grundsatzes: *Laissez faire, laissez passer*. Es ist ohne besondere Bedeutung, ob man, wie es Clark offenbar tut, zur Erreichung dieses Zweckes eine besondere Aufklärungsarbeit für erforderlich hält oder nicht. Unkenntnis der Marktlage allein kann nicht der

21) Ebendort S. 456.

23) Ebendort S. 457.

22) Ebendort S. 456.

24) Ebendort S. 459.

Umstand sein, der Kauflustige oder Arbeitsuchende an der Ausnützung der Konjunktur behindert; wenn die Verkäufer und die Unternehmer in der Aufsuchung der Kunden und der Arbeitswilligen nicht gestört werden, wird ihr Wettbewerb die Preise ermäßigen und die Löhne erhöhen, bis der der Marktlage entsprechende Satz sich einstellt. Doch wie dem auch sei, es stünde mit dem liberalen Prinzip durchaus nicht in Widerspruch, wenn die Regierung für Veröffentlichung aller für die Marktpreisbildung belangreichen Angaben fortlaufend Sorge tragen wollte.

Das Ergebnis der Untersuchungen, die Clark unserem Problem gewidmet hat, steht mithin mit dem, was in den vorangehenden Abschnitten unserer Abhandlung ausgeführt wurde, nicht im Widerspruch. Trotz des Eifers, den Clark dem Nachweis gewidmet hat, daß die vielberufenen »Eingriffe« nicht zweck- und sinnwidrig sind, ist es ihm nicht gelungen, mehr darzutun als das, daß die Eingriffe unter Umständen, nämlich dann, wenn sie quantitativ unbedeutend sind, auch nur unbedeutende Folgen nach sich ziehen, und daß quantitativ bedeutendere Eingriffe unerwünschte Folgen nach sich ziehen, denen man durch besondere Maßnahmen entgegenwirken müsse. Die Darstellung dieser besonderen Maßnahmen aber hat Clark leider vorzeitig abgebrochen; hätte er sie, wie er es hätte tun müssen, bis ans Ende geführt, dann hätte auch seine Darlegung klar gezeigt, daß es keine andere Wahl geben kann, als entweder das Sondereigentum an den Produktionsmitteln frei gewähren lassen oder aber die Verfügung über die Produktionsmittel der organisierten Gesellschaft — ihrem Zwangsapparat, dem Staat — ganz zu übertragen, daß es also keine andere Alternative geben kann als die: Sozialismus o d e r Kapitalismus.

So kann denn auch das Werk von Clark, das der letzte und vollkommenste Ausdruck des amerikanischen Interventionismus ist, dort, wo es sich mit den grundsätzlichen Fragen des Interventionismus auseinandersetzt, zu keinem andern Ergebnis gelangen als zu dem, daß der Interventionismus ein in sich widerspruchsvolles und im Sinne seiner Urheber selbst zweckwidriges System ist, das sich folgerichtig nicht durchführen läßt und dessen Anwendung in jedem einzelnen Fall nichts anderes bewirken kann als Störungen im Ablaufe des Mechanismus der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung.

Auch Richard Strigl, ein der »österreichischen« Schule angehöriger Nationalökonom, dem wir die jüngste deutsche Behandlung unserer Probleme verdanken, steht, wenn auch nicht so ausgesprochen wie Clark, mit seinen persönlichen Sympathien auf der Seite des Interventionismus. Aus jeder Zeile seiner Arbeit, die den Versuch unternimmt, die lohntheoretischen Probleme des Interventionismus systematisch zu untersuchen²⁵⁾, spricht deutlich das Bestreben, der Sozialpolitik im allgemeinen und der gewerkschaftlichen Politik im besonderen soviel Gutes nachzurühmen als nur irgendwie möglich ist. Alles, was Strigl vorbringt, wird vorsichtig verklausuliert, so etwa wie in früheren Jahrhunderten Schriftsteller vorsichtig ihre Worte setzten, um nicht der Inquisition oder der Zensur zu verfallen²⁶⁾. Aber alle Konzessionen, die sein Herz der interventionistischen Denkungsart macht, betreffen nur Nebendinge und die Einkleidung, in der sich die Lehre vorstellt. In der Sache selbst gelangt Strigl auf Grund scharfsinniger Untersuchung zu keinem andern Ergebnis als zu dem, das eine nationalökonomische Untersuchung des Interventionismus allein zeitigen kann. Man kann den Kern seiner Lehre aus dem Satze erkennen: »Je mehr der Arbeiter leisten kann, desto mehr wird er, wenn diese Leistung von einer Art ist, die in der Wirtschaft gebraucht wird, verdienen können, ganz gleich, ob der Lohn auf dem freien Markte sich bildet oder im Vertrage festgelegt wird«²⁷⁾. Es bereitet Strigl offensichtlich Kummer, daß dem so ist; aber er kann es nicht und will es nicht bestreiten.

Strigl legt das Hauptgewicht darauf, daß durch die künstliche Erhöhung des Lohnes Arbeitslosigkeit geschaffen wird²⁸⁾. Das ist unzweifelhaft richtig für den Fall, daß die Löhne nur in einzelnen Zweigen der Produktion oder nur in einzelnen Ländern erhöht werden oder daß die Erhöhung in den verschiedenen Branchen und Ländern ungleichmäßig erfolgt, oder daß von der Geldseite her der allgemeinen Preissteigerung entgegengewirkt wird. Der von Strigl untersuchte Fall ist unzweifelhaft für die Erkenntnis dessen, was heute vorgeht, wichtig. Doch für die grundsätzliche Erfassung der Probleme muß man auch noch eine

25) Vgl. Strigl, *Angewandte Lohntheorie, Untersuchungen über die wirtschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik*. Leipzig und Wien 1926.

26) Besonders charakteristisch a. a. O., S. 71 ff.

27) A. a. O., S. 106.

28) A. a. O., S. 65 ff., S. 116 f.

andere Annahme zugrunde legen. Nur wenn man davon ausgeht, daß die Lohnsteigerung gleichmäßig und gleichzeitig in den verschiedenen Produktionszweigen und in den verschiedenen Ländern erfolgt und wenn man die geldtheoretischen Einwendungen durch zweckentsprechende Annahmen ausschaltet, wird das Ergebnis der Untersuchung jene allgemeine Gültigkeit besitzen, die wir benötigen, um den Interventionismus ganz zu verstehen.

Von den interventionistischen Maßnahmen wird im Deutschen Reiche und in Oesterreich heute kaum eine andere so sehr angegriffen wie der Achtstundentag. Man vertritt vielfach die Ansicht, daß es keinen andern Weg zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage gebe als den, die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages mit acht Stunden zu beseitigen; mehr und intensivere Arbeit wird gefordert. Dabei wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß mit der Verlängerung der Arbeitszeit und der Erhöhung der Arbeitsleistung keine Steigerung des Lohnes erfolgen oder daß zumindest die Lohnsteigerung hinter der Steigerung der Arbeitsleistung zurückbleiben soll, so daß die Arbeit billiger wird. Gleichzeitig wird Erleichterung der »sozialen Lasten« jeglicher Art — in Oesterreich auch Beseitigung der vom Unternehmer zu entrichtenden Lohnsummenabgabe (»Fürsorgeabgabe«) — gefordert, wobei ebenfalls stillschweigend vorausgesetzt wird, daß die Ersparnis dem Unternehmer verbleiben soll. In dieser indirekten Weise wird eine Verbilligung der Arbeitskraft angestrebt. Den Bemühungen, die unmittelbar eine Lohnherabsetzung anstreben, kommt gegenwärtig nur geringe Bedeutung zu.

In der Erörterung der Probleme des Achtstundentages und der Arbeitsintensität in den sozialpolitischen Fachblättern und in der wirtschaftspolitischen Literatur kann man nun einen langsamen, aber doch stetigen Fortschritt zur Erfassung der nationalökonomischen Seite der Frage erkennen. Selbst Schriftsteller, die ihre Vorliebe für den Interventionismus nicht verhehlen, geben die Richtigkeit der wichtigsten gegen den Interventionismus vorgebrachten Argumente zu. Nur selten begegnet man noch jener Blindheit in der grundsätzlichen Beurteilung dieser Dinge, die das Schrifttum vor dem Kriege kennzeichnete.

Die Herrschaft der interventionistischen Schule ist freilich heute noch nicht gebrochen. Von Schmollers Staatssozialismus und Etatismus und von Marxens egalitärem Sozialismus und

Kommunismus sind im politischen Leben der Völker heute nur noch die Namen übrig geblieben; das sozialistische Ideal selbst hat aufgehört, unmittelbare politische Wirkung zu üben; seine eigenen Anhänger — selbst die, die zu seiner Durchsetzung noch vor wenigen Jahren Ströme von Blut vergossen haben — haben es aufgegeben oder doch wenigstens vorläufig zurückgestellt. Doch der Interventionismus, den sowohl Schmoller als auch Marx — jener als Gegner jeder »Theorie« ganz unbedenklich, dieser in unlösbarem Widerspruch zu allen seinen theoretischen Lehren mit schlechtem Gewissen — n e b e n ihrem Sozialismus und i n W i d e r s p r u c h zu ihm vertreten haben, beherrscht heute die Geister.

Ob die politischen Voraussetzungen für eine Abkehr des deutschen Volkes und der anderen führenden Völker von der interventionistischen Politik gegeben sind, soll hier nicht geprüft werden. Wer unbefangen die Dinge betrachtet, wird eher den Eindruck gewinnen, daß der Interventionismus noch im Vordringen begriffen ist; für England und die Vereinigten Staaten dürfte dies kaum zu bestreiten sein. Sicher aber ist, daß die Versuche, den Interventionismus vom Standpunkte der theoretischen Nationalökonomie — nicht vom Standpunkte irgendeines bestimmten Systems, sondern überhaupt vom Standpunkt eines beliebigen Systems — als sinnvoll erscheinen zu lassen, heute ebenso vergeblich sind, wie sie es stets waren. Von der Nationalökonomie führt kein Weg zum Interventionismus. Alle Erfolge des Interventionismus in der praktischen Politik waren »Siege über die Nationalökonomie«.

Die Geschichte als Funktion der Geldbewegung. (Zum Problem der inflationistischen Geschichtstheorie.)

Von

MARIANNE HERZFELD.

Zu den »einseitigen Geschichtsauffassungen«, die Paul Barth in seiner »Philosophie der Geschichte als Soziologie« bespricht, gehört auch diejenige, welche »die Geschichte als Funktion der Geldbewegung« ansieht. Barth, der dieser Geschichtsauffassung ein besonderes Kapitel ¹⁾ widmet, bezeichnet als ihren Träger Brooks Adams und sucht ihre Einseitigkeit durch eine Kritik von dessen »Law of Civilisation and Decay« ²⁾ zu erweisen. Dieser Einreihung der »Theorie der Geschichte als einer Funktion der Geldbewegung« unter die »einseitigen Geschichtsauffassungen« ist es wohl zuzuschreiben, daß Barth neben Brooks Adams kein zweites Werk nennt, offenbar, weil seiner Ansicht nach kein anderes mit solcher Ausschließlichkeit in den Geldbewegungen die alleinige Ursache der Geschichtsentwicklung sieht.

Aber diese inflationistische Geschichtstheorie, der Gedanke, daß der Gang der Geschichte von der Geldbewegung beziehungsweise von der jeweiligen Größe der vorhandenen Geldmenge abhängig sei, hat außer Brooks Adams noch andere Vertreter gefunden, so in Deutschland vor allem Werner Sombart. Freilich sieht Sombart in der Größe des Geldvorrates nicht die einzige Ursache der geschichtlichen Entwicklung, sondern nennt neben ihr noch eine Reihe anderer: die Akkumulation der Grundrenten, die Fortschritte der Technik, die Zunahme des Luxus, die Wan-

¹⁾ Paul Barth, »Die Philosophie der Geschichte als Soziologie«, 2. Aufl., Leipzig 1915, 2. Buch, Kap. VI.

²⁾ Brooks Adams, »The Law of Civilisation and Decay«, London 1895; deutsche, ergänzte Ausgabe: »Das Gesetz der Zivilisation und des Verfalles«, Wien-Leipzig 1907.

derungen der Juden und anderes mehr ³⁾). Seine Darstellungsart jedoch, von ihm selbst »Scheinwerfermethode« genannt ⁴⁾, wodurch er bald die eine, bald die andere Ursache gesondert — und um ihre Bedeutung klarer hervortreten zu lassen — so behandelt, als wäre sie die einzig wirksame, erweckt leicht den Eindruck, als wolle er hiemit deren ausschließliche Bedeutung feststellen. Wenn dies auch, wie Sombart wiederholt ausdrücklich betont, keineswegs der Fall ist, so geht doch aus seinem »Modernen Kapitalismus« hervor, daß er jede einzelne dieser Ursachen für so bedeutsam hält, daß ohne sie die europäische Wirtschaftsgeschichte einen anderen Verlauf genommen hätte. Das gilt nach ihm vorzugsweise auch von der Geldbewegung. »Ohne die Erschließung reicher Silberminen und Goldfelder in Amerika kein modernes Steuersystem, kein Staatskredit, kein Heer, kein Berufsbeamtentum und also kein moderner Staat« ⁵⁾. Soviel Silber (später Gold) — soviel Staat ⁶⁾: Die Vermehrung des Edelmetallvorrates hat nämlich nach Sombart nicht nur einen hervorragenden Einfluß auf die »Verweltlichung der Lebensauffassung« ⁷⁾, ihre Bedeutung reicht »weit über diese Stimmungsmache hinaus«, insofern nämlich, als »sich nachweisen läßt, daß die ganze Umbildung der sozialen Organisation ohne sie nicht hätte erfolgen können« ⁷⁾. Denn letztere sei durch die Entstehung des Kapitalismus charakterisiert, welche »eine Vergrößerung der privaten Vermögen« zur Voraussetzung habe. »Aber eine wirklich beträchtliche Vergrößerung der privaten Vermögen ist — wenigstens in den früheren Zeiten der kapitalistischen Entwicklung . . . — doch immer nur erfolgt, wenn gleichzeitig die Gesamtmenge des zur Verfügung stehenden Edelmetalles in einem Lande angewachsen war« ⁸⁾. Allerdings, fährt Sombart fort, damit

³⁾ Werner Sombart, »Der moderne Kapitalismus«, historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl. München-Leipzig, 1916/17, Bd. II, S. 10/11 u. Bd. I, S. XV. »Die Juden und das Wirtschaftsleben«, Leipzig 1911, S. 13—15. Vgl. hiezu Alfons Dopsch' Kritik der 2. Aufl. des »Modernen Kapitalismus« im Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Bd. VIII, Heft 2/3, S. 331/32.

⁴⁾ Sombart, »Mod. Kap.«, Bd. I, S. XV.

⁵⁾ Sombart, »Mod. Kap.«, Bd. I, S. 331.

⁶⁾ Sombart, »Mod. Kap.«, Bd. I, S. 336.

⁷⁾ Sombart, »Mod. Kap.«, Bd. I, S. 110.

⁸⁾ Sombart, »Der Bourgeois; zur Geistesgeschichte des modernen Menschen«, München-Leipzig 1913, S. 410/11; ferner: Bedingung der kapitalistischen Wirtschaft ist u. a.: »eine bestimmte Größe des Edelmetallvorrates, damit die durch

Hand in Hand mit diesem Anwachsen der privaten Vermögen die Entstehung des kapitalistischen Geistes gehe, müssen noch viele andere Bedingungen erfüllt sein ⁹⁾, was für das Gebiet Nordwesteuropas im 15. und 16. Jahrhundert auch tatsächlich zutreffe. Wo das nicht der Fall sei, komme es so wie seinerzeit in Spanien nicht zur Entstehung des Kapitalismus. »Aber umgekehrt; auch nachdem alle jene anderen Bedingungen erfüllt waren, damit sich ein kapitalistischer Geist entfalten konnte: ohne die amerikanischen Silber- und Goldfunde hätte dieser ganz gewiß eine andere Entwicklung erfahren, als ihm tatsächlich beschieden war. Ohne die — zufälligen! — Entdeckungen der Edelmetalllager auf den Höhen der Kordilleren und in den Niederungen Brasiliens kein moderner Wirtschaftsmensch ¹⁰⁾!

Wenn man Sombart mit Rücksicht auf die oben zitierten Stellen und vor allem auf jene Teile seiner Werke, welche sich mit den anderen den Geschichtsgang — nach seiner Ansicht — beeinflussenden Faktoren befassen, auch durchaus keinen einseitigen Vertreter der inflationistischen Geschichtsauffassung nennen kann, so erscheinen seine Werke infolge der Ausführlichkeit, womit sie dieses Problem behandeln, sowie wegen ihrer Bedeutung für die deutsche Wissenschaft geeignet, als Grundlage für die Untersuchung dieser Frage zu dienen ¹¹⁾. Hiezu kommt noch, daß die betreffenden Ausführungen Sombarts bereits vielfach den Gegenstand von Erörterungen in der historischen und nationalökonomischen Literatur gebildet haben ¹²⁾.

den Kapitalismus erforderten Verkehrstransaktionen, insbesondere aber auch die Entwicklung der ihm entsprechenden Kreditbeziehungen, möglich werde; Sombart, »Prinzipielle Eigenart des modernen Kapitalismus« in Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abteilung, I. Teil, Tübingen 1925, S. 22/23.

⁹⁾ Insbesondere müßten »die für den Aufschwung erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen«. Sombart, »Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben«, Referat auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik, Hamburg 1903, in Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 113, Leipzig 1904, S. 126.

¹⁰⁾ Sombart, »Mod. Kap.«, Bd. I, S. 411/12.

¹¹⁾ Die Aufgabe, welche sich die vorliegende Arbeit gesetzt hat, ließ es nicht zweckmäßig erscheinen, zu den einzelnen Abarten der inflationistischen Geschichtstheorie gesondert Stellung zu nehmen, denn nicht eine Geschichte des inflationistischen Geschichtsdogmas, sondern eine Untersuchung des allen inflationistischen Geschichtstheorien gemeinsamen theoretischen Kernes soll gegeben werden. Mit Rücksicht auf dieses eng umschriebene Ziel wurde auch jede Kritik der dieses Gebiet berührenden nationalökonomischen Theorien vermieden.

¹²⁾ Von den zahllosen Besprechungen der Sombartschen Werke sind nicht allzuvielen für das Thema der vorliegenden Arbeit von Bedeutung; sie werden späterhin noch erwähnt werden. Außer diesen seien hier noch einige jener Kritiken an-

Unter den deutschen Schriftstellern, die auf Sombarts Lehre fußend die Bedeutung der jeweils vorhandenen Geldmengen für die Kulturentwicklung noch höher einschätzen als er selbst, ist vor allem Silvio Gesell zu nennen, der in dem Geld das einzige verursachende Moment der Geschichtsentwicklung sieht und die Geschichte in folgende Abschnitte einteilt: »1. Zeitalter der Höhlenmenschen bis zur Ausbreitung der Arbeitsteilung durch Erhebung des Goldes zum allgemeinen Tauschmittel. 2. Auf- und Abstieg der Völker des Altertums bis zu ihrem völligen Untergange als Folge ausbleibender Goldfunde. 3. Mittelalterliche Eiszeit bis zur Geburt Schinderlings. 4. Seitdem unstätige Kulturentwicklung als Folge unregelmäßiger Goldzufuhren«¹³⁾. Silvio Gesell macht hier keinen Unterschied zwischen vollwertigem Geld und »unechten Münzen, denen die volle gesetzliche Zahlkraft zugemessen wird«, weil auch das Gold seinen Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung nur in seiner Eigenschaft als Geld ausüben könne und auch die Schinderlinge Geld gewesen seien¹⁴⁾. Mit dieser Einschränkung schließt er sich der von ihm zitierten Meinung Sombarts an, daß es keine Periode wirtschaftlicher Blüte gebe, »die nicht auf einen außergewöhnlichen Zufluß von Gold zurückzuführen wäre«¹⁵⁾.

Diese Sombartsche Lehre hat jedoch nicht nur in der deutschen Literatur Zustimmung gefunden, sondern hat auch in Amerika ihre Anhänger. Bemerkenswert ist in dieser Beziehung insbesondere, was Anderson in seinem »Value of Money« darüber

geführt, die sich nur flüchtig, beziehungsweise ohne Eingehenauf das theoretische Problem, mit der Edelmetallvermehrung und ihre Behandlung durch Sombart befassen: G. v. Below, in »Historische Zeitschrift«, Bd. 91, 1903; Lujo Brentano, »Die Anfänge des modernen Kapitalismus«, München 1916; Delbrück, in »Preußische Jahrbücher«, Bd. 113, 1903; W. H. Edwards, in »Göttingische gelehrte Anzeigen, 1918, Nr. 1 u. 2; Kl. Heiß, in Beilage zu. Allgemeinen Zeitung, 8. u. 9. November 1902; T. Kellen, in »Technik für Alle«, 1917/18, Heft 13; Friedrich Naumann, »Was ist Kapitalismus?« in »Süddeutsche Monatshefte«, 2. Jahrgang, 1. Heft, 1905; A. Nuglisch, »Zur Frage der Entstehung des modernen Kapitalismus«, Jahrbücher für Nat.-Oek. und Statistik, III. Folge, Bd. 28, 1904; Felix Rachfahl, »Das Judentum und die Genesis des modernen Kapitalismus«, Preußische Jahrbücher, 1912; Gustav Schmoller, in Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 27. Jahrgang, 1903; Julius Schultz, in Kantstudien, Bd. XXI, Heft 4, 1917; H. v. Sieveking, in Deutsche Literaturzeitung 1917, Nr. 6; Jacob Strieder, »Zur Genesis des modernen Kapitalismus«, Leipzig 1904.

¹³⁾ Silvio Gesell, »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld«, 6. Aufl., Berlin-Bern 1924, S. 218.

¹⁴⁾ Silvio Gesell, 1. c. S. 216/17.

¹⁵⁾ Silvio Gesell, 1. c. S. 217.

schreibt; er, der die Auffassung Brooks Adams ablehnt ¹⁶⁾, wonach das Schicksal der Nationen und die Entwicklung der Zivilisation auf dem Ueberfluß bzw. dem Mangel des Geldes beruht, und der ebensowenig den Standpunkt der Vertreter der mechanischen Quantitätstheorie einnimmt, erblickt in Sombarts Lehre den richtigen Mittelweg ¹⁷⁾. »Die Wirkungen, welche die Entdeckung von Gold und Silber in der neuen Welt nach Columbus' Reise auf Handel und Industrie ausübten, waren ungeheuer.« Die Ansammlung von Kapital und Spargeldern, zu der es ohne die Entdeckung neuer Edelmetallager nicht gekommen wäre, müsse das gesamte Wirtschaftssystem von Grund auf umgeändert und den Umfang von Handel und Industrie wesentlich vergrößert haben. Falls aber eingewendet würde, daß dies nicht die normalen Folgen (der Geldvermehrung) seien, daß solche nur in einer nach Geld hungrigen Welt möglich gewesen, in einer Welt, die mit Hilfe des ungeheuren Anwachsens des Geldvorrates in die Lage versetzt wurde, von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft überzugehen, so sei dem zu entgegnen, daß »der Unterschied zwischen einem derartigen Fall und den gewöhnlichen Folgen der Geldvermehrung eher ein gradueller als ein wesentlicher sei« ¹⁸⁾. Denn wie es in dem von Anderson an dieser Stelle zitierten Werke Hartley Withers ¹⁹⁾ heißt, »jede große Vermehrung der Umlauf- und Kreditmittel würde eine starke Wirkung im Sinne einer Anregung der Produktion haben und dadurch eine bedeutende Erhöhung des Vorrates an jenen wahren Gütern mit sich bringen, deren Besitz die Menschheit anstrebt und welche sie verbraucht, wenn sie ihrer habhaft werden kann. Und insofern dies so wäre, würde die materielle Lage der Menschheit im ganzen betrachtet verbessert« ²⁰⁾. Dies habe zu jener Geschichtskonstruktion geführt, wonach die Entwicklung der Zivilisation von der Edelmetallproduktion abhängig ist und als deren eifrigsten Vertreter Hartley Withers den Historiker Archibald Alison nennt ²¹⁾. Er

¹⁶⁾ B. M. Anderson, »The Value of Money«, Newyork 1917, S. 219.

¹⁷⁾ Anderson, l. c. S. 219/21.

¹⁸⁾ Anderson, l. c. S. 219—221.

¹⁹⁾ Hartley Withers, »The Meaning of Money«, London 1917, S. 17—20.

²⁰⁾ Anderson, l. c. S. 221.

²¹⁾ Hartley Withers führt folgende Stelle aus Sir Archibald Alisons »History of Europe« an: »The two greatest events which have occurred in the history of mankind have been directly brought about by a successive contraction and expansion of the circulating medium of society. These events were«, fährt Hartley Withers fort, »the fall of the Roman Empire, which, according to Sir Archibald Alison was in reality brought about by a decline in the gold and silver mines of

selbst jedoch verhält sich zu dieser Frage ähnlich wie Anderson, indem auch er zwischen der Quantitätstheorie und der oben skizzierten Lehre einen Mittelweg einschlagen möchte. Denn obwohl es Fälle gäbe, die von der Norm abweichen, obwohl die Goldvermehrung auch von einem Sinken der Preise begleitet sein könne (z. B. wenn die Menge der erzeugten Waren stärker wachse als jene des Goldes), so erzielen doch, wenn die Vermehrung des Goldvorrates ihre normale Wirkung ausübt und die Warenpreise steigen, die Warenproduzenten einen Gewinn und arbeiten eifriger denn je, um jene Waren zu erzeugen. Dann wird der Verkehrsmechanismus ausgedehnt, dann werden die wüsten Strecken der Erde gepflügt und bewässert, dann wird das materielle Erbe der Menschheit vermehrt und vervielfacht ²²⁾. Aus alledem zieht Hartley Withers aber nur den Schluß, daß unzählige und unberechenbare Ueberlegungen aufgezählt und berechnet werden müssen, ehe man mit Bestimmtheit sagen könne, ob Aenderungen in der Höhe des Goldvorrates keine Bedeutung, bzw. ob sie verläßlich vorausbestimmbare Folgen haben werden ²³⁾.

Während aber Hartley Withers nicht näher auf diese Frage eingeht, weil sie außerhalb des Rahmens fällt, den er seinem Buche bestimmt hat, zitiert Anderson, der offenbar nur das Positive aus obigen Ausführungen herauslas, zu deren Bekräftigung Theodor Price, der in einer im Jahre 1915 veröffentlichten Schrift die Behauptung aufgestellt hat, daß der Krieg in Europa zur Vermehrung der Kreditmittel und d a d u r c h zu einer Förderung der Produktion führte ²⁴⁾. Derartige Schlußfolgerungen zeigen, daß jede Einschränkung der inflationistischen Geschichtskonstruktion, sei es dadurch, daß man neben der Geldvermehrung noch andere Ursachen als die Geschichte beeinflussend ansieht (Sombart, Roosevelt) ²⁴⁾, sei es dadurch, daß man anerkennt, daß die angenommene Wirkung der Inflation durch irgendwelche zufällige Umstände abgeschwächt oder in ihr Gegenteil verkehrt werden könne (Hartley Withers), für die Beurteilung der inflationistischen Geschichtsauffassung unwesentlich ist. Man darf daher wohl bei einer prinzipiellen Untersuchung dieser Frage

Spain and Greece) and the Renaissance, which he ascribes to the discovery of the mines of Mexico and Peru. (Alison, History of Europe, Vol. I, chapt. I, § 33.)

²²⁾ Hartley Withers, l. c. S. 17—20.

²³⁾ Anderson, l. c. S. 222.

²⁴⁾ Theodor Roosevelt, Vorrede zu der deutschen Ausgabe von Brooks Adams »Gesetz der Zivilisation und des Verfalles«, S. XIII.

Autoren wie Alison, Silvio Gesell oder Brooks Adams, die in den Geldbewegungen die einzigen oder doch die wichtigsten Faktoren der Geschichte erblicken, in eine Reihe mit Schriftstellern stellen, die wie Sombart, Anderson oder Hartley Withers in dem Anwachsen des Geldvorrates eine unter mehreren Ursachen des Fortschrittes der Menschheit sehen, deren Wirkung nur durch irgendwelche zufälligen Umstände gehemmt werden könne.

Denn die Frage, die man sich hinsichtlich der inflationistischen Geschichtsauffassung vor allem vorzulegen hat, muß wohl dahin gehen, ob und inwieferne die im Laufe der Zeiten erfolgten Vermehrungen bzw. Verringerungen des Edelmetallvorrates die Entwicklung der Geschichte beeinflußt haben. Bei der Untersuchung der Bedeutung des jeweiligen Edelmetallvorrates für den Gang der Geschichte wird man zunächst, wie bei allen Erwägungen der kausalen Bedeutung eines historischen Faktums »mit der Fragestellung beginnen, ob bei Ausschaltung desselben aus dem Komplex seiner als mitbedingend in Betracht gezogenen Faktoren oder ihrer Abänderung in einem bestimmten Sinne der Ablauf der Geschehnisse nach allgemeinen Erfahrungsregeln eine in den für unser Interesse entscheidenden Punkten irgendwie anders gestaltete Richtung hätte einschlagen können — denn nur darauf, wie jene uns interessierenden Momente berührt werden, kommt es uns ja an. Ist freilich auch auf diese wesentlich negative Fragestellung ein entsprechendes „objektives Möglichkeitsurteil“ nicht zu gewinnen, war also — was ja dasselbe besagt — nach Lage unseres Wissens auch bei Ausschaltung oder Abänderung jenes Faktums der Ablauf in den „historisch wichtigen“, d. h. uns interessierenden Punkten nach allgemeinen Erfahrungsregeln gerade so wie er abgelaufen ist „zu erwarten“, dann ist jenes Faktum eben auch in der Tat kausal bedeutungslos und gehört absolut nicht in die Kette hinein, welche der kausale Regressus der Geschichte herstellen will und soll«²⁵⁾.

Für die Untersuchung der inflationistischen Geschichtstheorie lautet diese Frage nach dem »objektiven Möglichkeitsurteil«: Hätte, wenn die tatsächlich erfolgten Veränderungen des Edelmetallvorrates nicht eingetreten wären, die Entwicklung des

²⁵⁾ Max Weber, »Kritische Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik«, 1905, in »Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre«, Tübingen 1922, S. 282/3.

Wirtschaftslebens einen anderen Gang als den geschichtlichen nehmen können? Wäre es z. B. möglich, daß ohne die amerikanischen Edelmetallfunde der Kapitalismus nicht entstanden wäre? Die Bejahung dieser Frage würde die objektive Möglichkeit der kausalen Bedeutung, ihre Verneinung die kausale Bedeutungslosigkeit der Veränderungen des Edelmetallvorrates beweisen ²⁶⁾.

Eine Untersuchung dieser Frage an Hand der Literatur, welche diesen Problemkreis behandelt, wird dadurch erschwert, daß hiebei Schriften in Betracht kommen, die, verschiedenen Wissensgebieten angehörend, auch in methodischer Beziehung wesentlich voneinander abweichen. Denn abgesehen von jenen Historikern, denen der Gang der Geschichte aus anderen Ursachen erklärbar erscheint und die sich daher mit diesem Problem gar nicht befassen, stehen sich hier, wie erwähnt, zwei Gruppen von Autoren gegenüber: erstens Historiker, welche Veränderungen des Edelmetallvorrates einerseits und gleichzeitige oder unmittelbar darauffolgende Veränderungen der Wirtschaftsstruktur andererseits feststellen und daraus den Schluß auf einen kausalen Zusammenhang zwischen den beiden Erscheinungen ziehen, und zweitens Theoretiker, die davon ausgehen, »daß ein wirklicher Mangel oder Ueberfluß an Geld niemals direkt in der Volkswirtschaft fühlbar werden könne. Denn, da die Nutzwirkung des Geldes ausschließlich von seiner Kaufkraft abhängt, diese sich aber jederzeit so gestalten müsse, daß Gesamtnachfrage und Gesamtangebot sich decken, stehe die Volkswirtschaft stets im Genuß der höchsten durch das Geld für sie und ihre Glieder erzielbaren Nutz-

²⁶⁾ Wenn hier und im folgenden von Veränderungen in den vorrätigen »Edelmetall«-Mengen gesprochen wird, so geschieht dies einerseits, um die Erörterung des Problems nicht durch die Einführung und Unterscheidung der Begriffe Geld bzw. Geldsurrogate (Geldzertifikate und Umlaufmittel) zu erschweren, was deshalb nicht notwendig erscheint, weil die hier in Betracht kommende Wirkung der Inflation die gleiche ist, ob es sich um eine Vermehrung von Edelmetallmengen oder um eine solche von Geldsurrogaten handelt, und andererseits, weil die Vertreter der inflationistischen Geschichtstheorie sich zumeist nur mit den Veränderungen der Edelmetallmengen befaßt haben. Auch auf jene Form der Inflation, die durch die Schaffung zusätzlichen Kredites erzeugt werden kann, gehen wir aus demselben Grunde nicht näher ein. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß insbesondere die Literatur, die sich mit diesem letzteren Problem befaßt (vor allem: Emil Ledere, »Konjunktur und Krisen« in Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abteilung, Tübingen 1925 und Albert Hahn, »Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits«, Tübingen 1920, sowie auch Schumpeter in seinen später noch zu zitierenden Werken), vieles bringt, was mit geringfügigen, die einfacheren Verhältnisse, die die inflationistische Geschichtstheorie zumeist im Auge hat, berücksichtigenden Abänderungen die beste Grundlage für die Beurteilung eben dieser Geschichtstheorie bildet.

wirkung«²⁷⁾. Die »objektive Möglichkeit« dafür, daß diese Nutzwirkung eine andere gewesen wäre, falls die tatsächlich eingetretenen Veränderungen des Edelmetallvorrates nicht erfolgt wären, erscheine mithin nicht gegeben und daher z. B. die nach der Entdeckung Amerikas eingetretene Edelmetallvermehrung nicht von jener kausalen Bedeutung, die ihr andernfalls zugeschrieben werden müßte. Von dieser Erwägung geht auch Lexis in seiner Kritik von Sombarts »Modernem Kapitalismus«²⁸⁾ aus, indem er feststellt, daß Sombart die Bedeutung der Edelmetallvermehrung für die Entstehung des Kapitalismus überschätze. Denn wenn auch durch die Steigerung der Edelmetallzufuhr seit dem 16. Jahrhundert ohne Zweifel die Nominalsumme des sich ansammelnden Kapitals bedeutend erhöht und auch die Entwicklung glatter und vielleicht auch etwas rascher vonstatten gegangen sei, so dürfe man doch »mit Sicherheit annehmen, daß die Geldwirtschaft und mit ihr der Kapitalismus — natürlich auf einem weit niedrigeren Preisniveau — auch ohne den neuen Edelmetallzufluß seit dem 16. Jahrhundert bei gleicher Ausdehnung der geographischen Aktionssphäre der abendländischen Kulturwelt und bei gleichen Fortschritten der Technik sich im ganzen ebenso entwickelt haben würde, wie es tatsächlich geschehen ist.« Lexis gibt allerdings keine theoretische Begründung seiner Ansicht, sondern verweist darauf, daß der zu Ende des 17. Jahrhunderts durch die Ausbeutung der Goldlager Brasiliens erfolgten starken Vermehrung des Goldvorrates nur eine verhältnismäßig langsame Entwicklung im Sinne der Ausbildung des Kapitalismus entspreche. Man dürfe deshalb nicht, wie Sombart, behaupten, daß die Vermehrung des Edelmetallvorrates die Entstehung des Kapitalismus verursache, denn dann müßte sich ein engerer Zusammenhang auch zwischen dieser Goldzufuhr zu Ende des 17. Jahrhunderts und der Ausbildung des Kapitalismus zeigen lassen, als tatsächlich nachweisbar sei. In ähnlicher Weise nimmt auch Pohle in seiner Besprechung der Sombartschen Werke zu dieser Frage Stellung²⁹⁾. So wie Lexis' Rezension klingt auch sein Urteil schließlich in die Forderung aus, die ein anonym

²⁷⁾ Ludwig Mises, »Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel«, 2. Aufl., München-Leipzig 1924, S. 348/9.

²⁸⁾ W. Lexis, in Deutsche Literaturzeitung, 24. Jahrgang, Leipzig 1903, S. 1312/3.

²⁹⁾ Pohle, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 26, 1903, S. 356—377.

Kritiker Sombarts in der »Neuen Zürcher Zeitung« vom 19. August 1917 formuliert hat, nämlich daß man vor einer endgültigen Stellungnahme »vorerst für die weitgehende Einschätzung der Wirkung der Edelmetallproduktion für die kapitalistische Entwicklung triftigere Nachweise erwarten (müsse), als bis jetzt geboten werden«³⁰⁾. Die Urteile der drei letzterwähnten Kritiker Sombarts beruhen somit zwar auf einem starken Zweifel an der Richtigkeit seiner inflationistischen Geschichtskonstruktion, d. h. daran, daß die objektive Möglichkeit für eine veränderte Geschichtsentwicklung bei Veränderung des Edelmetallvorrates gegeben sei, aber — und hier verläßt diese Kritik den Boden der Theorie und greift zum geschichtswissenschaftlichen Analogieschluß — die Berechtigung dieses Zweifels wird durch historische Beispiele illustriert, nicht aber logisch bewiesen. Das hat offenbar seinen Grund darin, daß es sich hier um eine Frage handelt, deren Beantwortung eine Erklärung historischer und nicht theoretischer Tatsachen zum Ziel hat, und dies oft die Möglichkeit bietet, hiebei den schwieriger erscheinenden Weg der Theorie durch den Hinweis auf historische Fakta abzukürzen.

In analoger Weise hat Wieser seine Untersuchungen über die Beeinflussung des Geldwertes durch das Anwachsen des Realinkommens der Volkswirtschaft mit dem Hinweis darauf abgeschlossen, daß »glücklicherweise die Theorie diese Frage nicht zu beantworten braucht, mindestens nicht für die Zeit seit 1492. (Denn) das neue Europa hat mit derselben Tatkraft, durch die es die Wertmassen des Verkehrs gesteigert hat, auch die Menge der Geldmittel zu steigern vermocht, die es in allen Weltteilen, die der Fuß des Europäers betrat, dem Boden der Erde entriß«³¹⁾. Auch in seiner Schrift »Der Geldwert und seine geschichtlichen Veränderungen«³²⁾ hebt Wieser vor allem die Tatsache hervor, daß die Vermehrung des Edelmetallvorrates, der Ausbau der Geldwirtschaft und der Aufschwung der Technik nebeneinander hergegangen sind, »eines das andere belebend«. Es sei »nicht zufällig, daß zugleich mit dem Güterbesitz (zu Anfang der Neuzeit)

³⁰⁾ Ähnlich auch Arthur Spiethoff, »Die Quantitätstheorie, insbesondere in ihrer Verwertbarkeit als Haussetheorie«, in Festgabe für Adolf Wagner, Leipzig 1905, S. 265.

³¹⁾ Friedrich Wieser, »Der Geldwert und seine Veränderungen«, in Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 132, 1910, S. 148/9.

³²⁾ Friedrich Wieser, »Der Geldwert und seine geschichtlichen Veränderungen«, in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. XIII, 1904, S. 63.

auch der Geldbesitz so angewachsen ist; beide Tatsachen sind Äußerungen einer und derselben tiefer liegenden Ursache, nämlich der Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte der europäischen Völker. Mit der erweiterten Kenntnis der Erde und der erhöhten technischen Kunst haben sie u. a. auch die Orte des Edelmetallvorkommens vollständiger aufgefunden und die Kunst ihrer Ausbeutung besser erlernt. Von der Entdeckung Amerikas datieren wir den tiefen geschichtlichen Einschnitt vom Mittelalter zur Neuzeit, in welchem das staatlich geordnete und wirtschaftlich erstarkte Europa seinen Siegeszug zur Weltherrschaft beginnt, und mit der Entdeckung Amerikas beginnt zugleich das reichere Zuströmen des Goldes und Silbers, das durch die Jahrhunderte andauert und mit dem wunderbaren Aufschwung der modernen Technik und des modernen Kapitals in seine letzte und gewaltigste Phase getreten ist.« Wieser betont mithin vornehmlich die Tatsache, daß die Vermehrung des Edelmetallvorrates und der Aufschwung der europäischen Volkswirtschaft in technischer Beziehung sowie auch die Ausbildung des Kapitalismus Hand in Hand gingen, vermeidet jedoch die Frage nach dem kausalen Zusammenhang dieser Erscheinungen. Doch dürfte erst die Beantwortung dieser Frage geeignet sein, einiges Licht auf das Problem der kausalen Bedeutung der Geldbewegung zu werfen.

Die Hilfsmittel der Geschichtswissenschaft selbst reichen offenbar nicht aus, diese Frage zu lösen, denn so wie Wieser hier die Auffindung neuer Edelmetallmengen als Wirkung der fortgeschrittenen Technik bezeichnet, so bezeichnet Sombart — und scheinbar mit ebensoviel Recht — die Fortschritte der Technik als Folge der Vermehrung des Edelmetallvorrates. Sind doch Jahrhunderte hindurch die Fortschritte der Technik und die Ausbildung des Kapitalismus neben der Vermehrung der vorrätigen Edelmetallmenge zu konstatieren, das eine in unabsehbarer Kette immer wieder auf das andere folgend, jedes scheinbar Ursache und jedes scheinbar Wirkung. War aber — und dies läßt diese Feststellung für die Untersuchung der kausalen Bedeutung der Edelmetallvermehrung wesentlich erscheinen — die gesteigerte Edelmetallgewinnung (z. B. zu Beginn der Neuzeit) eine Folge der Fortschritte der Technik und der Entwicklung der Geldwirtschaft, so kommt ihr nicht jene kausale Bedeutung zu, die ihr die inflationistische Geschichtsauffassung zuschreibt. Aber

so wenig es sich durch das Studium der geschichtlichen Ereignisse beweisen läßt, daß ohne die Edelmetallvermehrung die moderne Wirtschaftsentwicklung den Gang, den sie genommen hat, nicht hätte nehmen können, weil die Geschichtswissenschaft nicht das, was nach des Forschers Meinung hätte sein können, sondern nur das, was war, erkennen lehrt, so wenig läßt sich auf diesem Wege beweisen, daß die Edelmetallvermehrung eine Folge der kapitalistischen Entwicklung gewesen sei. Und der Historiker, der erkennt, daß die Geschichtswissenschaft ihm keine Handhabe bietet, die Frage nach dem kausalen Zusammenhang zwischen Geldbewegung und Wirtschaftsentwicklung zu beantworten, wird außerhalb der Geschichtswissenschaft nach Erkenntnismitteln suchen.

So hat insbesondere Sombart sich eines »Apparates bedient, den, wie er hervorhebt, Historiker sonst nicht verwenden«, nämlich »der kunstvollen Schematik der systematischen Wissenschaft vom Wirtschaftsleben«. Denn »nur die gründliche theoretische Durchdringung des gesamten Wissenschaftsstoffes mache es möglich, die allgemeinsten Zusammenhänge der Erscheinungen aufzudecken. Die Entstehungsgeschichte des modernen Kapitalismus könne nur von einem theoretisch durchgebildeten Nationalökonom geschrieben werden«³³⁾. Nur dürfe man hiebei nicht die Aufgabe des Wirtschaftstheoretikers mit jener des Wirtschaftshistorikers verwechseln. Denn während letzterer »eine Vielseitigkeit von Beeinflussungen und Wirkungen anerkennen müsse, habe der Wirtschaftstheoretiker nur die wirtschaftliche Ursache aufzudecken, die sonstigen politischen, religiösen, literarischen und anderen Einwirkungen hätten für ihn nur den Wert objektiver Bedingungen. Er selbst (Sombart) vertrete in seinem „Modernen Kapitalismus den Wirtschaftstheoretiker“³⁴⁾. In diesem Sinne ergibt sich für ihn die Frage, worin die Bedeutung der Edelmetallproduktion für die Geschichtsentwicklung bestehe und anschließend daran die weitere Frage nach jenen Eigenschaften der Edelmetallproduktion, welche sie befähigen, so weitgehende Wirkungen auszuüben, wie er ihr für die Staaten-

³³⁾ Sombart, »Mod. Kap.«, Bd. I, S. XXII; vgl. auch Ernst Troeltsch über die Verwertung nationalökonomischer Erkenntnisse und Methode durch Sombart in »Der Historismus und seine Probleme«, Tübingen 1922, S. 365—7.

³⁴⁾ Sombart auf der VII. Versammlung Deutscher Historiker, 14.—18. August 1903 in Heidelberg, in Historische Vierteljahrsschrift VI. Jahrgang 1903, S. 302.

Seelen-, Vermögens- und Marktbildung zuschreibt. Das aber führt Sombart zur Untersuchung des Einflusses der Edelmetallproduktion auf die Preisgestaltung.

Einleitend bemerkt er, daß er auf dem Boden der klassischen Nationalökonomie stehend, von den ihm bekannten Preistheorien diejenige für richtig halte, die Angebot und Nachfrage sowie die Produktionskosten für preisbestimmend halte ³⁵⁾. Doch bilden nach seiner Ansicht die Veränderungen der Edelmetallvorräte eine Ausnahme von diesen Gesetzen, denn, so führt er aus, sie beeinflussen die Preise nicht in derselben Weise, wie Warenmengenveränderungen die Warenpreise beeinflussen. Die Edelmetalle stellen nämlich nach ihm »kein Angebot, sondern nur Nachfrage« dar, »sie sind schlechthin austauschfähig, schlechthin absatzfähig, in welcher Menge auch immer sie erzeugt werden«. Aus den Edelmetallbergwerken komme daher eine immerwährende Nachfrage, die eine neue Welt des Begehrs immerfort schafft, eine Quelle ökonomischen Lebens, wie sie nirgends sonst fließen könne ³⁶⁾. In diesen Konstatierungen liegt nun wohl auch die Erklärung dafür, daß Sombart die Bedeutung der Edelmetallproduktion so hoch einschätzt. Die Wirkung der Geldvermehrung stellt Sombart ungefähr folgendermaßen dar: Jede zu günstigen Bedingungen, d. h. ohne Verschlechterung der Produktionsverhältnisse erfolgte Vermehrung der Produktion von Edelmetallen habe die Tendenz, die Warenpreise zu erhöhen. Eine solche Preissteigerung wirke zunächst profitsteigernd, damit aber auch produktionsfördernd. Denn die mehr und zu höheren Preisen verlangten Waren würden dann in größeren Mengen herbeigeschafft und erzeugt werden. Damit aber sei die Gegenbewegung bereits eingeleitet, die Preise sanken wieder, bis sie den »natürlichen« Preis, d. h. denjenigen, bei dem die Durchschnittsprofitrate erzielt wird, erreicht haben. Wenn aber die Steigerung der Edelmetallproduktion zu den angenommenen günstigen und immer günstigeren Bedingungen anhalte, so würden nicht nur die Preise der von den Edelmetallproduzenten selbst verlangten Waren, sondern nach

³⁵⁾ Sombart, »Mod. Kap.«, Bd. I, S. 546/7; gegenüber dem »mechanischen Divisionsverfahren der naiven Quantitätstheorie« gewährt Sombart deshalb derjenigen Geldtheorie, die sich auf die Lehre von Angebot und Nachfrage stützt, den Vorzug, weil letztere psychologisch begründet sei; »denn hinter den Abstrakten Angebot und Nachfrage stehen doch die Nöte des Verkäufers und die Süchte des Käufers. Seelische Vorgänge (wie objektiv auch immer bestimmt) führen dazu, die Preise zu steigern oder zu senken.« »Mod. Kap.«, Bd. I, S. 547.

³⁶⁾ Sombart, »Mod. Kap.«, Bd. I, S. 548.

und nach die Preise aller Güter steigen. Dann, wenn alle Zweige des Wirtschaftslebens von der Preissteigerung ergriffen seien, falle die Veranlassung zu einer Gegenbewegung, die zu einer Preissenkung führen könnte, weg. Gleichzeitig, so fügt Sombart selbst hinzu, entfalle auch die Veranlassung zur Vermehrung der Produktion einer Güterkategorie über den Bedarf hinaus.

Hiemit schließt Sombart diesen Gedankengang, ohne näher auf die Erklärung der letzterwähnten Erscheinung einzugehen, obwohl gerade sie für seine Geschichtstheorie von der größten Bedeutung wäre. Denn nicht so sehr das von ihm ausführlich behandelte Problem der Beeinflussung der Preisbildung durch die Edelmetallvermehrung, sondern vielmehr die Frage, ob die Edelmetallvermehrung bzw. die durch sie hervorgerufene Preissteigerung auch produktionsfördernd gewirkt habe, ist wesentlich. Nach Sombarts Ansicht ist es ja die zu Beginn der Neuzeit eingetretene Umgestaltung und Erhöhung der Produktion, welche die Voraussetzung und zugleich den Ausdruck des modernen Kapitalismus bildet. Somit käme der Preissteigerung nur, insofern sie einerseits eine Folge der Edelmetallvermehrung und andererseits eine Bedingung für die Hebung der Produktion wäre, jene kausale Bedeutung zu, auf welcher die inflationistische Geschichtstheorie aufgebaut ist. Nun führen allerdings hohe Preise einer Güterkategorie zu vermehrter Produktion eben dieser Güter und zu steigenden Löhnen in den betreffenden Produktionszweigen »und weil all dies von der Menge als Zeichen wirtschaftlichen Wohlstandes angesehen wird, galt und gilt das Sinken des Geldwertes von jeher als ein außerordentlich wirksames Mittel zur Beförderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt. «Das ist aber«, so fährt Mises an der eben zitierten Stelle ³⁷⁾ fort, »ein Irrtum, denn die Geldvermehrung zieht keine Vermehrung der den Menschen zur Verfügung stehenden Gebrauchsgüter nach sich. Ihre Wirkungen können wohl in einer Aenderung der Verteilung der wirtschaftlichen Güter unter die Menschen bestehen, keineswegs aber . . . direkt den gesamten Güterbesitz und den Wohlstand der Menschen mehren.« Sombart jedoch teilt anscheinend jene von Mises als irrig bezeichnete Meinung und folgert daraus, daß man, nachdem die seit Beginn der Neuzeit erfolgte Preissteigerung auf die

³⁷⁾ Ludwig Mises, l. c. S. 192; vgl. auch I. B. Clark, »Essentials of Economic Theory as applied to modern problems of industry and public«, Neuyork 1907, S. 539/40.

Entdeckung amerikanischer (und später australischer) Edelmetalllager zurückzuführen sei, in eben dieser Auffindung neuer Gold- und Silbermengen eine wesentliche Ursache der Erhöhung der Produktion und somit der modernen Wirtschaftsgestaltung, der Ausbildung des Kapitalismus erblicken müsse. Kehrt man nun, ehe man zu diesen Schlußfolgerungen Sombarts endgültig Stellung nimmt, auf den von ihm selbst eingeschlagenen, allerdings — wie es vielleicht im Wesen seines historischen Werkes gelegen war — bald wieder verlassenen Weg der Beweisführung mittels der Erkenntnisse der nationalökonomischen Theorie zurück, so läßt sich ungefähr folgendes Bild von der Wirkung der Edelmetallvermehrung auf die Produktion entwerfen.

Die Vermehrung der Edelmetallproduktion steigert die Kaufkraft der Edelmetallproduzenten und erhöht somit die Nachfrage nach den von ihnen verlangten Gütern. Da zur Befriedigung dieser gesteigerten Nachfrage das bisherige Angebot an diesen Gütern nicht ausreicht, steigen die Preise dieser Güter. Die Preissteigerung hat zur Folge, daß die Erzeugung dieser Güter ihren Produzenten einen erhöhten Profit abwirft, was den Anstoß für die Erhöhung der Produktion eben dieser Güter bildet. Aber dasselbe Steigen der Preise, welches diesen Produktionszweig profitabel gemacht und dadurch die Produktion anfänglich gesteigert hat, löst gleichzeitig eine Gegenbewegung aus, die diese Produktionssteigerung in ihr Gegenteil verkehrt.

Denn die Preissteigerung bleibt keineswegs auf das von den Edelmetallproduzenten begehrte Gut *a* beschränkt. Die Produzenten des Gutes *a* werden infolge ihrer durch die Preissteigerung ihres Gutes erhöhten Einnahmen auch ihre eigene Güternachfrage erhöhen. Dadurch tritt eine Preissteigerung des von ihnen nachgefragten Gutes *b* ein, die nun ihrerseits den ihrer Produktion dienenden Produktionszweig profitabel macht. Der gleiche Vorgang wiederholt sich hierauf bezüglich des von den Produzenten des Gutes *b* verlangten Gutes *c* und setzt sich in gleicher Weise auf dem Gebiete der gesamten Volkswirtschaft fort, so daß die durch die Edelmetallvermehrung anfangs bewirkte Steigerung der Produktion sich ebenfalls sukzessive — wenn auch in verschiedenem Ausmaße — auf dem Gebiete der gesamten Volkswirtschaft zeigen wird. Kehren wir nun zu der Betrachtung der ersten Produktionssteigerung zurück. Vor der Edelmetallvermehrung hat der Produzent des Gutes *a* (Produzent A) für

dieses im Tausch die Edelmetallmenge e erhalten. Die Produktionskosten des Gutes a waren k . Dieses k war um p kleiner als e , so daß der Produzent A bei Verkauf des Gutes a einen Profit von p erzielte. In eine Gleichung gebracht, stellt sich dieses Verhältnis wie folgt dar: $e = k + p$; der Profit des Produzenten A beträgt dabei: $e - k$.

Den Anlaß für das Streben des Produzenten A , die Produktion seines Gutes a zu erhöhen, bildete die Aussicht, einen größeren Profit als bisher zu erzielen, was er darum erwarten zu dürfen glaubt, weil er infolge der Edelmetallvermehrung von e auf $e + e'$ für seine Ware a eine größere Edelmetallmenge als bisher zu erhalten hofft, nämlich $e + e'$. Dies ist aber nicht immer, sondern nur dann ein Vorteil für ihn, wenn die Produktionskosten des Gutes a im Verhältnis zu früher nicht gestiegen sind oder doch nur um einen geringeren Betrag als e' , z. B. um $e' - e''$. Denn andernfalls müßte er den ganzen Betrag e' , der ja im Fall der Edelmetallvermehrung seinen außergewöhnlichen Profit bilden soll, zur Produktion des Gutes a verwenden, so daß der Profit der gleiche bliebe, wie vor der Edelmetallvermehrung.

Und dies kann nur so lange vermieden werden, als der Produzent A seine Nachfrage nach dem von ihm begehrten Gute b (den Produktionsmitteln des Gutes a) nicht steigert. In dieser Zwischenzeit erfährt die ursprüngliche Gleichung $e = k + p$ folgende Veränderung: $e + e' = k + p + (e' - e'')$; der Profit ist dann gleich: $e + e' - k - p = e''$, also um e'' größer als in dem früheren Fall. Die Größe e'' , d. i. die Differenz zwischen der Preissteigerung des Gutes a gegenüber jener Preissteigerung, welche dessen Produktionsmittel, nämlich das Gut b erfährt, bildet den außergewöhnlichen Zuwachs, welchen der Profit des Produzenten A im Falle der Edelmetallvermehrung erzielt und der diesen zur Steigerung seiner Produktion veranlaßt. Vor der Edelmetallvermehrung war der Produzent A bereit gewesen, das Gut a gegen Ersatz der Produktionskosten k und unter Einrechnung des Profits p zu verkaufen, $k + p$ aber waren, wie wir früher gesehen haben, gleich e . Das Gut a hatte damals also den Tauschwert e . Oder umgekehrt, der Edelmetallproduzent konnte vor der Edelmetallvermehrung für die von ihm erzeugte Edelmetallmenge e das Gut a eintauschen. Nachdem es ihm gelungen ist, durch Steigerung der Edelmetallproduktion um e' eine größere Edelmetallmenge als bisher (nämlich $e + e'$) auf den

Markt zu bringen, wird er den Wunsch haben, auch eine größere Gütermenge als bisher dagegen einzutauschen. Hat der Edelmetallmenge e die Gütermenge a entsprochen, so entspricht der Edelmetallmenge e' die Gütermenge a' . Das Bestreben des Edelmetallproduzenten wird daher dahin gehen, für $e + e'$ die Gütermenge $a + a'$ zu erhalten. Nun haben wir aber gesehen, daß im Augenblick, da die Edelmetallproduktion von e auf $e + e'$ steigt und der Edelmetallproduzent in die Lage versetzt wird, für das Gut a mehr als bisher, d. h. mehr als e im Tausche zu geben, der Produzent A danach strebt, den Preis des Gutes a zu steigern. Denn nur dies bildet einen Vorteil für ihn; eine bloße Vermehrung des Absatzes seiner Waren zu gleichbleibenden Preisen würde keine Erhöhung, sondern auf die Dauer eine Verminderung seines Profites bedeuten.

Auf den ersten Blick allerdings scheint es, als müßte auch die Vermehrung des Absatzes sogar zu gleichbleibenden Preisen ihm eine Profiterhöhung bringen. Beim Verkauf des Gutes a hatte der Produzent den Profit $e - k$; beim Verkauf des Gutes a' hat er ebenfalls einen Profit, und zwar p' , der gleich sein muß der dafür eingetauschten Edelmetallmenge, d. i. e' abzüglich der Produktionskosten des Gutes a' , die wir mit k' bezeichnen; p' ist daher $e' - k'$ (Gleichung 2); p war gleich $e - k$ (Gleichung 1); die Gleichung 1 zeigt uns den Profit, den der Produzent A vor der Edelmetallvermehrung erzielt hat; die Gleichung 2 den Profit, der infolge der Edelmetallvermehrung zu dem Profit p noch hinzukäme. Eine Addition dieser beiden Gleichungen ergibt: $(p + p') = (e + e') - (k + k')$. D. h. der Profit des Produzenten A stiege infolge der Edelmetallvermehrung von p auf $p + p'$, sofern der Produzent A in der Lage ist, die Menge der von ihm produzierten Güter von a auf $a + a'$ zu erhöhen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß er dafür die Edelmetallmenge $e + e'$, d. i. die gesamte nach der Edelmetallvermehrung gewonnene Menge im Tausche erhält und unter der weiteren Voraussetzung, daß seine Produktionskosten von k nur auf $k + k'$ steigen, wobei k' die nach dem alten Preisschema der Gütermenge a' entsprechenden Produktionskosten sind.

Es handelt sich also darum, festzustellen, ob folgende zwei Voraussetzungen als gegeben angenommen werden dürfen: Erstens daß der Produzent A, wenn er um so viel mehr produziert als, zu den alten Preisen berechnet, auf die Edelmetallmenge e'

im Tausche entfallen würde, auch wirklich die Edelmetallmenge e' im Tausche für dieses mit a' zu bezeichnende Gut erhält, so daß er für die Produktion von $a + a'$ im Tausche $e + e'$, d. i. die gesamte nunmehr auf Grund der gesteigerten Edelmetallproduktion gewonnene Edelmetallmenge bekommt. Zweitens die weitere Voraussetzung, daß die Produktionskosten des Gutes a' gleich sind den nach dem alten Preisschema dieser Gütermenge entsprechenden Kosten.

Die erste dieser beiden Voraussetzungen können wir als gegeben annehmen, weil jeder einzelne Edelmetallproduzent geneigt sein wird, den ganzen ihm zur Verfügung stehenden Teil von e' im Tausch gegen den nach dem alten Tauschschemata entsprechenden Teil von a' anzubieten, da ihm dieser Teil des Gutes a' andernfalls von einem anderen, ebenfalls über einen Teil von e' verfügenden Edelmetallproduzenten weggenommen würde. Außerdem sinkt mit dem Steigen der ihm zur Verfügung stehenden Edelmetallmenge für ihn der subjektive Wert der Edelmetalle und wird er eher geneigt sein, größere Mengen hievon als bisher im Tausch gegen die gleiche Gütermenge zu geben.

Anders verhält es sich mit der zweiten Voraussetzung. Vor der Edelmetallvermehrung bezog der Produzent A zum Zweck der Produktion von a eine bestimmte Menge des Gutes b , d. h. der Produktionsmittel von a und gab hierfür im Tausch die durch die Produktionskosten repräsentierte Gütermenge k . Nach der Edelmetallvermehrung braucht der Produzent A zur Herstellung der Gütermenge $a + a'$, die er nunmehr absetzen kann, eine größere Menge von Produktionsmitteln, die wir $b + b'$ nennen können. Nach unserer Annahme ist aber, während die Edelmetallmenge e eine Vermehrung erfahren hat, die sonstige Größe und Verteilung der Produktion im Augenblick, da dies geschieht, unverändert geblieben, d. h. in jedem Produktionszweig werden nach wie vor so viel Güter erzeugt, als erfahrungsgemäß innerhalb einer bestimmten Zeitspanne auf Grund der Kaufkraft der für diese Güter in Betracht kommenden Käufer abgesetzt werden können. Nunmehr aber wächst mit der gesteigerten Kaufkraft der Edelmetallproduzenten die Absatzmöglichkeit für dieses Gut a und werden dessen Produzenten bestrebt sein, es in größerer Menge als bisher zu erzeugen. Soll ihnen das gelingen, so müssen sie sich die für die Erzeugung von $a + a'$ erforderlichen Produktionsmittel $b + b'$ verschaffen können. Nun ist von letzteren aber, wie wir oben gesehen haben, da außer der Edelmetallvermehrung keine Aende-

rung in der Produktion oder Verteilung stattgefunden hat, der Teil, den wir b' nennen, nicht für den Gebrauch der Produzenten A bereit, sondern muß erst beschafft werden. Soweit es sich hierbei nicht um freie Güter handelt, bedeutet dies, daß dieser Teil der Produktionsmittel (und Arbeit)³⁸⁾, der bisher in anderen Produktionszweigen Verwendung fand, aus diesen herausgenommen und zur Erzeugung des Gutes a' verwendet werde. Da aber auch die bisherigen Abnehmer von b' für dieses Gut b' nach wie vor ihre Nachfrage aufrecht halten werden, nämlich nach dem bisherigen Preisschema b' , so wird der Produzent A das Gut b' nur dann erhalten, wenn er dafür mehr bietet, als derjenige dafür geboten hat, der auf Grund des bisherigen Verteilungsschemas dessen Abnehmer gewesen wäre, d. h. mehr als nach dem bisherigen Preisschema für das Gut b in Betracht gekommen ist³⁹⁾. Da der Produzent A einerseits seine Produktion nur dann von a auf $a + a'$ steigern kann, wenn er über die Produktionsmittel $b + b'$ verfügt, und andererseits die größere Edelmetallmenge ($e + e'$), deren Erwerb ihm winkt, ihn jede einzelne Edelmetallmenge niedriger schätzen läßt als bisher, so wird er, um das benötigte Produktionsmittel b' zu bekommen, bereit sein, einen höheren Preis zu bieten, als nach dem bisherigen Preisschema üblich gewesen ist. Er wird für b' also nicht nur k' , sondern $k' + k''$ bieten, wobei wir k'' jene Größe nennen, um welche sich die Produktionskosten von $a + a'$ infolge des Bestrebens, die Produktion von a auf $a + a'$ zu steigern, im Verhältnis zu dem nach

³⁸⁾ Auf die Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit stützt sich Cairnes, indem er feststellt, daß die Geldvermehrung nie zu einer solchen Produktionssteigerung führen könne, daß bei gleichbleibenden Preisen die gesamte (angenommenerweise) proportional der Geldvermehrung gesteigerte Güternachfrage befriedigt werden könne. I. B. Cairnes, *Essays in Political Economy, Theoretical and Applied*; London 1873, S. 58. Was Cairnes von dem Produktionsfaktor Arbeit aussagt, gilt jedoch gleicherweise auch für die anderen Produktionsfaktoren. Ähnlich wie Cairnes schreibt auch Albert Hahn der Frage der Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit die größte Bedeutung zu; nach ihm beruht eben darin der Gegensatz zwischen der modernen (kapitalistischen) gegenüber der früheren Form der Volkswirtschaft, daß in der modernen Wirtschaft unbeschäftigte Arbeitskräfte vorhanden sind, die durch die Schaffung zusätzlichen Kredites zur Mehrproduktion herangezogen werden können, I. c. S. 134—141.

³⁹⁾ Ueber die durch diese gesteigerte Nachfrage der Besitzer zusätzlicher Kaufkraft relative Verringerung der Kaufkraft der anderen auf die Verwendung des Produktionsmittels b angewiesenen Produzenten vgl. auch Lederer, I. c. S. 381. Das »starre System der Produktion«, welches Lederer in diesem Zusammenhang voraussetzt, entspricht dem von uns hier angenommenen Zustand der Statik; s. weiter unten S. 26.

dem bisherigen Preisschema festgesetzten Preis erhöhen. War nun, wie wir früher gesehen haben, der Profit bei der Erzeugung des Gutes a gleich $e - k$, wäre er, wie wir ebenfalls oben gezeigt haben, unter Annahme des Zutreffens der oben erwähnten Voraussetzungen bei Erzeugung des Gutes a' gleich $e' - k'$, so ist er, da wir die zweite dieser Voraussetzungen nicht als gegeben ansehen dürfen, infolge der Steigerung der Produktionskosten des Gutes a' von k' auf $k' + k''$ gleich $e' - (k' + k'')$. Der Profit, den der Produzent A nach der Edelmetallvermehrung erzielt, ist daher nicht $(e + e') - (k + k')$, sondern infolge Steigerung der Produktionskosten von a' nur gleich $(e + e') - (k + [k' + k''])$.

Wir sehen also, daß der Profit des Produzenten A , falls dieser gleichzeitig mit der Edelmetallvermehrung seine Güterproduktion erhöht, zwar absolut wachsen kann, daß er aber relativ gegenüber dem früher erzielten Profit zurückgeht, und zwar jeweils um jene Summe, mit welcher der Produzent A die bisherigen Abnehmer der von ihm benötigten Produktionsmittel zu überbieten gezwungen wird. Je stärker die Produktion vermehrt wird, um so mehr Konkurrenten bei den Produktionsmitteln wird der Produzent A überbieten müssen, um so größer werden relativ die Produktionskosten und um so kleiner relativ der Profit, der bei der erhöhten Produktion erzielt werden kann. Damit fällt aber der Anreiz und späterhin auch die Möglichkeit weg, die Produktion zu steigern.

Der Produzent A wird also genötigt, dem Nachteil, welchen ihm die Erhöhung der Güterproduktion schafft, durch irgendwelche Maßnahmen zu begegnen. Nun erscheint die Erhöhung des Preises seiner Produkte ein geeignetes Mittel hiefür zu sein. Er wird sich daher bemühen, nicht nur mehr Güter als bisher zu erzeugen und zum Verkaufe zu bringen, sondern auch für jedes einzelne aller von ihm produzierten Güter mehr Edelmetall, als nach dem bisherigen Preisschema darauf entfallen wäre, im Tausche zu erhalten. Der Erfüllung dieses Wunsches der Güterproduzenten stehen aber zwei Hindernisse gegenüber: Erstens die Tatsache, daß der Wert der Edelmetalle auch eine historisch überkommene Komponente enthält ⁴⁰⁾, die ihn letzten Endes auf den nicht Geldzwecken dienenden Wert des Edelmetalles zurückführt und teilweise davon unabhängig macht, wieviel Edelmetall als Gegenwert für eine zum Tausch gelangende Gütermenge ge-

⁴⁰⁾ Vgl. Mises, I. c. S. 88 und 93.

geben werden kann. Zweitens aber hat, wie wir bereits oben gesehen haben, der Edelmetallproduzent, sobald ihm die Steigerung der Edelmetallproduktion gelingt, das Bestreben, sich mit deren Hilfe eine größere Menge der von ihm begehrten Güter, als er bisher bezog, zu beschaffen, wodurch er den Produzenten A auf den Weg der Güterproduktionsvermehrung weist.

So wenig eine Steigerung der Güterproduktion ohne Preiserhöhung für den Güterproduzenten profitabel sein kann, so wenig wird es daher anderseits zu einer der Vermehrung der Edelmetallproduktion entsprechenden sofortigen Preissteigerung auch nur bei den von den Edelmetallproduzenten selbst verlangten Gütern kommen. Die Güterpreise werden nicht proportional der Edelmetallvermehrung steigen, die Güterproduktion wird nicht im Verhältnis zur Erhöhung der Edelmetallproduktion erhöht werden. Je weiter die Preisteigerung um sich greift, desto geringer wird relativ die Produktionssteigerung; da die Produktionssteigerung selbst aber mit Rücksicht auf den durch sie zu erzielenden Profit die Preissteigerung fördert, wird die Preissteigerung eine immer weitere und zuletzt, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, alle Kreise der Volkswirtschaft ergreifen; in demselben Ausmaß wird aber die Produktionssteigerung eingeschränkt und letzten Endes gehindert.

Während sich nun diese Entwicklung zwar langsam, aber unausweichlich vollzieht, scheint die Vermehrung der Edelmetallproduktion die Volkswirtschaft anfangs allerdings auf den Weg der Güterproduktionssteigerung zu verweisen. Das führt dazu, daß in einem beschränkten Kreis von Gütern, nämlich bei jenen, die nach der Edelmetallvermehrung zuerst in größeren Mengen als bisher begehrt werden, unter der unmittelbaren Einwirkung der durch die Edelmetallvermehrung hervorgerufenen Preissteigerung eine augenblickliche Erhöhung der Produktion eintritt. Diese Produktionserhöhung tut jedoch eben dieser gleichzeitig mit der Edelmetallvermehrung auftretenden und immer weitere Güterkreise ergreifenden Preissteigerung nicht nur Einhalt, sondern sie wird vielmehr, da sich nach erfolgter allgemeiner Preissteigerung der Verkauf der Mehrproduktion unprofitabel gestaltet, durch eine ihr folgende Minderproduktion wieder ausgeglichen.

Während der Uebergangszeit von einem Preisniveau zum andern tritt also wohl eine Produktionserhöhung ein; ist aber

einmal die gesamte Mehrproduktion an Edelmetall in die Volkswirtschaft eingegangen, so sinkt die Gütermenge, für welche sich auf dem Markt Käufer finden können, auf jene Höhe zurück, die sie vor der Edelmetallvermehrung eingenommen hatte, d. h. die Güterproduktion wird solange nicht nur gegenüber dem neuerlich gesteigerten Stand der Produktion, sondern auch gegenüber ihrer früheren Höhe zurückbleiben müssen, bis die Menge der durch sie auf den Markt gebrachten Güter sich wieder auf jene Höhe eingestellt hat, die sie vor der Edelmetallvermehrung eingenommen hatte. Auf die Mehrproduktion wird eine Minderproduktion folgen, ein Vorgang, der nebenbei bemerkt, die Hoffnung jener zuschanden macht, die von der Edelmetallvermehrung auf dem Wege der Produktionssteigerung eine Förderung des Volkswohlstandes erwarten. Von einer Produktionssteigerung als Folge der Edelmetallvermehrung kann daher nur insoferne gesprochen werden, als man nur die unmittelbar auf die Edelmetallvermehrung folgende Uebergangszeit bis zur Herstellung eines neuen Preisniveaus und nicht die auf sie folgende Zeit des Rückschlages in Betracht zieht ⁴¹⁾. Nur dann kann man eine solche Uebergangszeit als Hausseperiode bezeichnen, wenn man dabei im Auge behält, daß auf sie unaufhaltsam eine ihre Wirkung ausgleichende Baisseperiode folgen muß; Hausse und Baisse bleiben hiebei auf einen Teil der Volkswirtschaft beschränkt und heben sich bald wieder auf, so daß durch sie kein die Entwicklung der Volkswirtschaft und den Gang der Geschichte mittels Produktionsförderung in einer bestimmten Richtung wesentlich beeinflussendes Moment geschaffen wird. Wenn der unmittelbare Einfluß der Edelmetallvermehrung sich ausgewirkt hat, ist außer eben dieser Edelmetallvermehrung keine Aenderung in den Quan-

⁴¹⁾ »Bloß in dieser Zwischenzeit zwischen der Erwerbung der neuen Reichtümer und der Erhöhung der Preise ist die Vermehrung des Goldes und Silbers der Industrie (industry) beförderlich und zuträglich.« Hume, »Vermischte Schriften über die Handlung, die Manufaktur und die anderen Quellen des Reichtums und der Macht des Staates.« Aus dem Englischen übersetzt, Hamburg 1754, S. 67, zitiert bei Arthur Spiethoff, l. c. S. 251. Daß die Edelmetallvermehrung während der »Uebergangszeiten« im Gegensatz zu den »normalen Zeiten« nicht nur auf die Preise, sondern »auf alle Größen der Verkehrsgleichung«, also auch auf die Umlaufgeschwindigkeit und die Quantität der Güter eine Wirkung ausübt, führt auch Irving Fisher, »Die Kaufkraft des Geldes, ihre Bestimmung und ihre Beziehungen zu Kredit, Zins und Krisen«, deutsch von Stecker, 2. Aufl., Berlin-Leipzig 1922, S. 127—30, trotz seiner Stellungnahme für die proportionale Quantitätstheorie aus.

titäten der vorhandenen Güter zu bemerken; an Stelle der Aenderung in den Mengen ist eine Verschiebung der Werte getreten: der Wert der Edelmetalle ist gesunken, jener der anderen Güter gestiegen.

Hand in Hand mit dieser Verschiebung des relativen Wertes der Edelmetalle einerseits und der anderen Güter andererseits geht noch eine weitere Wert- und Preisverschiebung vor sich. Denn infolge des divergierenden subjektiven Wertes, welcher den zusätzlichen Edelmetallmengen für ihre einzelnen Besitzer nach Maßgabe von deren verschiedener Wesensart und wirtschaftlicher Lage innewohnt, wird die Wert-, bzw. Preissteigerung der einzelnen Güterarten keineswegs gleich groß sein; vielmehr wird während der auf die Edelmetallvermehrung folgenden Uebergangszeit eine Verschiebung in der relativen Höhe der Güterpreise eintreten. Welcher Art diese Verschiebung sein wird, läßt sich allgemein nicht bestimmen, nur soviel kann man als Regel angeben, daß die Preissteigerung bei jenen Gütern, die nach der Edelmetallvermehrung zuerst in größeren Mengen als bisher begehrt wurden, das sind die von den Edelmetallproduzenten selbst verlangten Güter, am stärksten sein dürfte, und daß sie sich dann, immer flacher verlaufend, über das Gebiet der gesamten Volkswirtschaft fortsetzt, so daß sie bei jenen Gütern, die zuletzt von ihr ergriffen werden, am geringsten ist ⁴²⁾.

Nun bringt aber, wie wir oben gesehen haben, eine relative Preiserhöhung dem Produzenten des im Preise gestiegenen Gutes einen außerordentlichen Gewinn, der je nach dem Verhältnis dieses erhöhten Preises zu den unveränderten oder in anderer Relation erhöhten Preisen anderer Güter variiert. So bereitet auch die preissteigernde Wirkung der Edelmetallvermehrung, die sich nicht in gleichem Ausmaß und nicht gleichzeitig bei allen Güterarten bemerkbar macht, den einzelnen Wirtschaftssubjekten während der Uebergangszeit von einem Preisniveau zum andern verschieden große außerordentliche Gewinne bzw. Verluste. Und zwar werden im allgemeinen jene Personengruppen, deren Güter zuerst von der Preissteigerung ergriffen werden, am meisten dabei

⁴²⁾ Vgl. Mises, l. c. S. 120. Ueber Versuche der Festsetzung der Reihenfolge, in welcher im Falle der Geldvermehrung die Preissteigerung eintritt, vgl. Georg Simmel, »Philosophie des Geldes«, Leipzig 1900, S. 128—31 und 539—40; Cairnes, l. c. S. 64/5; Clark, l. c. S. 246; Th. Tooke und W. Neumarch, »Die Geschichte und Bestimmung der Preise während der Jahre 1793—1857«, deutsch von Asher, Dresden 1862, Bd. II, S. 414.

gewinnen⁴³⁾. Für die Gestaltung der Produktion ist dies insofern von Bedeutung, als diese außerordentlichen Gewinne und Verluste Besitzverschiebungen zur Folge haben, die nun ihrerseits einen Einfluß auf die Art und Intensität der Produktion ausüben. Denn diese in Form außergewöhnlicher Profite den einzelnen Wirtschaftssubjekten zufließenden zusätzlichen Edelmetallmengen werden je nach dem, in wessen Hände sie geraten, zur Befriedigung von elementaren oder feineren Bedürfnissen der Gegenwart oder zur Umwandlung in Kapital* verwendet⁴⁴⁾. Werden für diese zusätzlichen Edelmetallmengen ausländische Gebrauchsgüter angeschafft, so wird die Produktion des eigenen Landes davon zunächst fast gar nicht berührt; steigert die zusätzliche Edelmetallmenge die Nachfrage nach einheimischen Gebrauchsgütern, so wird sie sich in einer sofortigen Steigerung der Produktion dieser Güter auf Kosten der Erzeugung anderer Güter auswirken; werden die zusätzlichen Edelmetallmengen aber nicht in Gebrauchsgüter umgewandelt, sondern kapitalisiert, so werden sie sich erst später, dann aber vielleicht in einer verhältnismäßig weit größeren Produktionssteigerung fühlbar machen.

Irgendwelche Regeln dafür, wann es zu der einen oder zu der anderen Verwendungsart der zusätzlichen Edelmetallmengen kommt, lassen sich unseres Erachtens nicht aufstellen; entscheidend ist hiefür nur die Tatsache, in wessen Hände sie geraten. Es darf uns nicht irre machen, daß auch noch eine ganze Anzahl anderer Umstände hier eine Rolle spielt. Zweifellos: neben der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Wirtschaftssubjekte kommt auch der Lage der gesamten Volkswirtschaft hiebei eine große Bedeutung zu: in Hausse- und in Depressionszeiten werden die zusätzlichen Edelmetallmengen verschiedene Verwertung finden; wesentlich ist das Verhältnis der Größe der Edelmetallvermehrung zu jener der vor ihr bereits vorhandenen Edelmetallmenge; Geldpolitik und Zollpolitik, geringere oder größere Ausbildung und Sicherheit des Handels, des Geld- und Kreditverkehrs, die

⁴³⁾ Vgl. Mises, I. c. S. 192/3 f.; John Stuart Mill, *Principles of Political Economy*, London 1868, III. Buch, Kap. VIII, S. 299, weist darauf hin, daß die Geldvermehrung dadurch, daß sie dazu führe, daß für einzelne Güterarten größere und für andere kleinere Teile des Volkseinkommens ausgegeben werden, als vor ihr, oft wie eine Aenderung des Geschmacks und der Bedürfnisse der Bevölkerung wirke. Im Hinblick auf die Frage der inflationistischen Geschichtsauffassung wäre dem hinzuzufügen, daß über die Wirkung solcher Veränderungen keine nationalökonomischen Gesetze aufgestellt werden können.

⁴⁴⁾ Vgl. Spiethoff, I. c. S. 259/60.

allgemeine politische Lage und die Beurteilung, die sie erfährt, Grundsätze der Wirtschaftsethik und anderes mehr beeinflussen die Verwendung der zusätzlichen Edelmetallmengen. Aber so verschiedener Art diese Umstände auch sein mögen, so läßt sich ihr Einfluß auf die Wirkung der Geldvermehrung doch letzten Endes einheitlich darauf zurückführen, daß sie es sind, welche die wirtschaftliche Lage und die Wesensart der die zusätzlichen Edelmetallmengen erhaltenden Wirtschaftssubjekte jeweils bestimmen, d. h. sie zu Unternehmern machen oder ihrer Wirtschaftsweise statischen Charakter verleihen.

Je nachdem nun, ob derjenige, in dessen Hände die vermehrten Geldmengen gelangen, den Typus eines Unternehmers oder den eines statischen Wirtschaftssubjektes repräsentiert, wird diese zusätzliche Kaufkraft verschiedene Verwertung finden. Die Vorgangsweise des statisch wirtschaftenden Menschen haben wir bereits oben in Umrissen zu schildern gesucht; soweit nur seine Tätigkeit in Betracht kommt, wirken die durch sie hervorgerufene augenblickliche Produktions- und Preissteigerung so lange gegeneinander, bis sich die Produktion bei gestiegenen Preisen wieder auf ihre frühere Höhe einstellt: Im Gegensatz nun zu dem statischen Wirtschaftsmenschen begnügt sich der Unternehmer nicht damit, durch Preissteigerung der von ihm erzeugten Güter seinen augenblicklichen Gewinn zu vermehren; er begnügt sich ferner auch nicht damit, die Erzeugung seiner Güter dadurch zu steigern, daß er vermöge seiner erhöhten Kaufkraft solche Quantitäten der hiezu erforderlichen Produktionsmittel, die ihm früher nicht zur Verfügung gestanden sind, ihrer bisherigen Verwendungsart entzieht und sich in größeren Mengen beschafft, um sie dann genau so zu verwenden, wie die Produktionsmittel, über die er bereits früher verfügen konnte, d. h. zur gleichartigen Erzeugung der gleichen Güter, nur in vermehrter Menge. Vielmehr ist der Unternehmer bestrebt, die ihm zufließenden vermehrten Geldmengen zur Durchsetzung neuer Kombinationen ⁴⁵⁾ zu verwenden, sie zu kapitalisieren und mit ihrer Hilfe längere Produktionsumwege einzuschlagen, als deren Erfolg sich eine dauernde, weil nicht eine Minderproduktion in anderen Wirtschaftszweigen voraussetzende, sondern auf schöpferischer Neugestaltung beruhende Produktionssteigerung einstellen kann. Diese Art der Produktionssteigerung aber ist es, welche — ins-

⁴⁵⁾ Joseph Schumpeter, »Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung«, S. 469.

besondere dann, wenn sie durch das Auftreten zahlreicher Unternehmer zu gleicher Zeit auf verschiedenen Produktionsgebieten gleichzeitig in Erscheinung tritt — die Volkswirtschaft umgestaltet. Denn sie hat im Gegensatz zu der durch die Tätigkeit des statischen Wirtschaftssubjektes herbeigeführten Produktionssteigerung nicht vorübergehenden Charakter und kann, eben weil ihr nicht notwendig auf Grund ökonomischer Gesetze ihre Wirkung aufhebende Kräfte entgegenarbeiten, weit größeren Umfang annehmen. Letzterem Umstande ist es zuzuschreiben, daß Zeiten solcher Produktionssteigerung wohl geeignet scheinen, als Wendepunkt der Wirtschaftsgeschichte angesehen zu werden, wie z. B. die zweite Hälfte des 16. und der Anfang des 17. Jahrhunderts, die Zeit der Entstehung des modernen Kapitalismus.

Fassen wir das eben Gesagte zusammen, so kommen wir zu folgendem Schluß: Zeiten starker und andauernder Produktionssteigerung können als Beginn neuer Epochen der Weltgeschichte angesehen werden. Die Ursache derartiger Produktionssteigerungen ist in der Unternehmertätigkeit zu suchen; um Sombarts eigene Worte zu gebrauchen ⁴⁶⁾: »Im Anfang war die „schöpferische Tat“ des einzelnen; eines „wagenden“ „unternehmenden“ Mannes, der beherzt den Entschluß faßt, aus den Gleisen der herkömmlichen Wirtschaftsordnung herauszutreten und neue Wege einzuschlagen.« Damit der Unternehmer die neuen Kombinationen durchsetzen könne, muß ihm eine zusätzliche Kaufkraft zur Verfügung gestellt werden, d. h. eine solche, welche seinen Kaufkraftbedarf, wie er für seine bisherige statische Produktion ausreichte, übersteigt. Oder anders ausgedrückt: die Kaufkraft des Unternehmers muß im Verhältnis zu jener anderer Wirtschaftssubjekte steigen. Voraussetzung für die Entfaltung der Unternehmertätigkeit ist also eine Verschiebung in der relativen Höhe der Kaufkraft der einzelnen Wirtschaftssubjekte, d. h. eine Besitzverschiebung. Diese kann außer durch andere Umstände, die wir hier nicht zu untersuchen haben, auch durch Geldvermehrung, und zwar unmittelbar durch Edelmetallfunde oder mittelbar durch die mit diesen Hand in Hand gehende ungleichmäßige Preisrevolution hervorgerufen werden. Wir haben hier also eine Kausalkette vor uns, an deren Ende die eine neue Epoche der Weltgeschichte einleitende Produktionssteigerung und an deren Anfang die Geldvermehrung steht, und wir dürfen nun auch bei Ausschaltung aller

⁴⁶⁾ Sombart, »Mod. Kap.«, Bd. I, S. 836.

außerwirtschaftlichen Momente umgekehrt schließen: wenn alle eben angeführten Voraussetzungen zutreffen, wenn auf die Geldvermehrung eine Besitzverschiebung derart folgt, daß zusätzliche Kaufkraft in den Händen von Unternehmern (und zwar einer gegenüber den statischen Wirtschaftssubjekten relativ größeren Anzahl von Unternehmern) zusammenfließt, wenn es diesen Unternehmern gelingt, in »schöpferischer Tat« neue Kombinationen durchzusetzen, so kann ein letztes Endes auf die Geldvermehrung zurückzuführende Produktionssteigerung eintreten. Voraussetzung dafür ist es aber, daß tatsächlich alle erwähnten Bedingungen erfüllt seien; daß also auch die durch die Geldvermehrung hervorgerufene Besitzverschiebung die zusätzliche Kaufkraft nicht statischen Wirtschaftssubjekten, sondern Unternehmern zur Verfügung stellt.

So weit können wir die Entwicklung von der Geldvermehrung zur Produktionssteigerung in ein Schema bringen und eine wirtschaftliche Erklärung für die durch die Geldvermehrung hervorgerufene Neugestaltung der Volkswirtschaft geben. Wir können z. B. sagen: Weil die Geldvermehrung zu Beginn der Neuzeit so erfolgt ist, daß in England und Holland eine bedeutende Besitzverschiebung zugunsten von Unternehmerpersönlichkeiten eintrat, hat diese Geldvermehrung zu einer ungeheuren Produktionssteigerung, zur »Entstehung des Kapitalismus« geführt und eine neue Epoche in der Geschichte Europas eingeleitet. Und auch umgekehrt: die neue Epoche, die für die Geschichte Europas im 16. Jahrhundert anbrach, findet ihre Erklärung darin, daß es damals mit Hilfe der amerikanischen Edelmetallfunde in England und Holland zu einer Besitzverschiebung kam, die zahlreichen Unternehmern die für eine Produktionssteigerung erforderliche zusätzliche Kaufkraft in die Hände gab. Aber ein Gesetz, das da lauten würde: »eine so bedeutende Geldvermehrung wie die des 16. Jahrhunderts muß eine ebenso gewaltige Produktionssteigerung, eine Umgestaltung der Volkswirtschaft, das Entstehen des Kapitalismus zur Folge haben, so wie seinerzeit die Geldvermehrung zu Beginn der Neuzeit«, also ein Gesetz im Sinne des exakten Systems der Nationalökonomie, ein Gesetz, das als Grundlage für eine Geschichtstheorie dienen könnte, vermögen wir unseres Erachtens aus den oben angeführten Tatsachen nicht abzuleiten. Die Kausalkette, die von der Geldvermehrung zur Produktionssteigerung führt, enthält nämlich in dem Moment der Besitzverschiebung ein unentbehrliches Glied, das sich der Er-

fassung durch die exakte nationalökonomische Theorie entzieht. Denn Gesetze im Sinne einer exakten Theorie kann die Nationalökonomie nur für jenen als Erkenntnismittel angenommenen Zustand der Statik aufstellen, welcher eine bestimmte Güterverteilung zur Voraussetzung hat und die Annahme von Besitzverschiebungen grundsätzlich ausschließt.

Der »exakten Theorie« sind eben durchaus nicht alle Gebiete der Oekonomik zugänglich; sie befaßt sich mit den Aenderungen der Gütermengen, soferne sie nicht allzu groß sind, mit der durch sie bewirkten Preisbildung, nicht aber mit Besitzverschiebungen und Produktionsänderungen, die durch Gütermengenänderungen hervorgerufen werden ⁴⁷⁾. Daher fallen Entwicklung und Fortschritt, soferne sie auf Besitzverschiebungen zurückzuführen sind, aus dem Rahmen des »exakten« Systems heraus, sie gehören dem System der Dynamik an, nicht jenem der Statik ⁴⁸⁾. Und auch die Edelmetallvermehrung gehört nur, insoferne sie zu keiner Besitzverschiebung führt, sondern preisbildend wirkt, der Statik an; insoferne sie aber Besitzverschiebungen veranlaßt, führt ihre Wirkung bereits aus der Statik heraus ⁴⁹⁾. Im Rahmen des »exakten« Systems kann dann nichts anderes über sie ausgesagt werden, als daß sie die Volkswirtschaft aus der Statik hinaushebt und in die Dynamik hinüberleitet, nichts aber darüber, welche Entwicklung die Volkswirtschaft in der Dynamik nehmen wird. Das »exakte« System kennt kein Gesetz für die Besitzverschiebung, weil diese nicht der Statik angehört; sie kennt erst wieder Gesetze für die Wirkung der bereits durchgeführten Besitzverschiebung auf die Gestaltung der Produktion und Konsumtion, die Wert- und Preisbildung in dem neuen statischen Zustand. Für diese Wirkungen der bereits durchgeführten, ursprünglich durch die Edelmetallvermehrung veranlaßten Besitzverschiebung lassen sich wieder »exakte«, d. h. statische Gesetze aufstellen. Aber man darf nicht, was Wirkung des durch die Besitzverschiebung neu-geschaffenen Gleichgewichtszustandes ist, als Wirkung der Edelmetallvermehrung bezeichnen. Letztere kann, wie wir oben ge-

⁴⁷⁾ Joseph Schumpeter, »Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie«, Leipzig 1908, S. 181 und 186.

⁴⁸⁾ Schumpeter, l. c. S. 53/4 und 61/2; vgl. auch Gustav Cassel, »Theoretische Sozialökonomie«, 3. Auflage, Erlangen-Leipzig 1923, S. 410/1 f.

⁴⁹⁾ Die Wirkung der Edelmetallvermehrung in der Statik wird durch die Quantitätstheorie beschrieben. Ueber deren Stellung zu dem Problem der Statik und Dynamik vgl. auch Knut Wicksel, »Geldzins und Güterpreise, Studie über die den Tauschwert des Geldes bestimmenden Ursachen«, Jena 1898, S. 38.

sehen haben, die verschiedenartigsten Wirkungen haben. Diese festzustellen, zu zeigen, wie sie zustande kommen, und Regelmäßigkeiten in der Art, wie dieses Neue entsteht, aufzuzeigen, ist wohl Aufgabe einer »reinökonomischen« Theorie. Aber im Gegensatz zu der »exakten« Theorie, die für jeden einzelnen Zustand der Statik eine Wirtschaftsbeschreibung gibt, zeigt diese dynamische Theorie gewissermaßen nur die Form, in der sich die Edelmetallvermehrung auswirken kann, nämlich daß sie durch Preis- und Besitzverschiebungen zu Produktionsänderungen führt, die den Gang der Wirtschaftsentwicklung umgestalten können, nicht aber die Art, in der sich eine bestimmte Edelmetallvermehrung tatsächlich auswirkt ⁵⁰⁾. Um diese kennenzulernen, sind jeweils die konkreten Daten, unter denen die betreffende Edelmetallvermehrung vor sich geht, zu untersuchen.

Deshalb darf man in der Edelmetallvermehrung wohl »eine ergänzende Erklärung für bestimmte geschichtliche Aufschwünge« sehen, »sie kann aber nicht zur Grundlage einer allgemeinen Aufschwungslehre« ⁵¹⁾ und daher auch nicht zu einer auf ihr beruhenden Geschichtstheorie dienen. Denn zweifellos liegt in dem Aufschwung »eine mögliche Wirkung vor, die geschichtlich auch da und dort lebendig gewesen ist« ⁵¹⁾. Aber Sätze mit dem Anspruch auf allgemeine Gültigkeit, d. h. Gesetze im Sinne des »exakten« Systems können aus dieser möglichen Wirkung nicht abgeleitet werden. Das aber ist für die Frage, wie die Bedeutung der Edelmetallvermehrung für die Entwicklung der Geschichte zu beurteilen sei, das Entscheidende, das — und nicht die Tatsache, daß es in so und so vielen Fällen Schwierigkeiten bereitet oder unmöglich erscheint, eine bestimmte geschichtliche Entwicklung mit der inflationistischen Geschichtstheorie in Einklang zu bringen. Denn letzteres könnte allenfalls eine Folge mangelhafter Geschichtskennntnisse sein, des Unvermögens, die Beziehungen, die zwischen der Edelmetallvermehrung und der Geschichtsentwicklung bestehen, zu übersehen. Aber, daß das Wesen der Edelmetallvermehrung es nicht gestattet, andere allgemein gültige Gesetze außer dem der Besitzverschiebung aus ihr abzuleiten, schließt jede Möglichkeit aus, die Edelmetallvermehrung

⁵⁰⁾ Joseph Schumpeter, »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung«, Leipzig 1912, S. 467.

⁵¹⁾ Artur Spiethoff, Artikel »Krisen« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV. Aufl. 1923, Bd. VI, S. 62.

rung zur Grundlage einer Geschichtstheorie zu machen. Ja noch mehr, es zeigt auch, daß es nicht angeht, die Edelmetallvermehrung, wenn auch nicht für das einzige, so doch für ein wesentliches verursachendes Moment der Geschichtsentwicklung in dem Sinne zu erklären, daß man ihr irgendeine bestimmte wesentliche Wirkung zuschreibt, die nur durch zufällige Umstände abgeschwächt oder in ihr Gegenteil verkehrt werden könne oder deren Wirkung von dem Zusammentreffen mit anderen geschichtlichen Fakten abhängig sei ⁵²⁾. Denn die einzige Wirkung, die man von jeder größeren Edelmetallvermehrung mit Bestimmtheit erwarten kann, besteht, wie wir gesehen haben, darin, daß sie Besitzverschiebungen hervorruft. Besitzverschiebungen aber als solche können im Sinne der Intensivierung der Wirtschaft sowohl Fortschritt als auch Rückgang bedeuten, können den Uebergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft, aber auch jenen von der Geldwirtschaft zur Naturalwirtschaft erleichtern, können die Ausbildung des Kapitalismus ebensowohl fördern als hemmen, den Wohlstand eines Landes schaffen oder zerstören ⁵³⁾.

So hat, wie Max Weber in seinen wirtschaftsgeschichtlichen Vorlesungen anläßlich der Kritik von Sombarts Theorie der Entstehung des Kapitalismus ausführt, der Edelmetallzufluß nach Indien zur Zeit des römischen Imperiums nur in geringem Umfang händlerischen Kapitalismus hervorgerufen, weil der größte Teil des Edelmetalls in den Horten der Rajahs verschwand, und nicht zur Schaffung kapitalistischer Unternehmungen verwendet wurde ⁵⁴⁾. So haben z. B. auch die amerikanischen Edelmetalle zu Beginn der Neuzeit in allen Ländern, wo sie in größeren Mengen einströmten, zwar bedeutende Umwälzungen hervorgerufen, aber — die Volkswirtschaft Spaniens ist bald darauf verfallen,

⁵²⁾ Vgl. S. 6.

⁵³⁾ Auf diese dynamische Wirkung der Edelmetallvermehrung verweist auch Karl Helfferich, »Studien über Geld- und Bankwesen«, Berlin 1900, S. 245 f.: »Die Geister derjenigen, welche sich mit dem Geldwesen beschäftigen, sind im allgemeinen so sehr theoretisch eingenommen, daß wohl ein jeder, der die Steigerung der Goldproduktion betrachtet, unwillkürlich an das Wort »Quantitätstheorie« denkt und sich zunächst die Frage stellt, wie die geänderten Geldmengen auf den Geldwert einwirken. Dem historisch geschärften Blick kann jedoch die Wahrnehmung nicht entgehen, daß größere Veränderungen in der Edelmetallproduktion stets gewisse Umwälzungen in der Geldverfassung einzelner Länder und Gebiete hervorgerufen haben, durch welche die Grundlage der deduktiven Erörterungen über den Einfluß der gesteigerten Edelmetallgewinnung auf den Wert des Geldes stets erheblich modifiziert worden sind.«

⁵⁴⁾ Max Weber, »Wirtschaftsgeschichte«, München-Leipzig 1923, S. 301.

während Frankreich, England und Holland, nachdem sie in den Besitz der vermehrten Edelmetallmengen gelangten, einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung nahmen. Dieses Beispiel darf wohl darum als besonders lehrreich bezeichnet werden ⁵⁵⁾, weil die inflationistischen Geschichtstheorien sich stets auf die bedeutende Wirkung der Edelmetallfunde des 16. Jahrhunderts gestützt haben. Uebrigens hat Sombart in seinem »Modernen Kapitalismus« den Versuch unternommen zu erklären, warum diese Edelmetallvermehrung, der nach seiner Meinung Nordwesteuropa seinen wirtschaftlichen Fortschritt, d. h. die Entstehung des Kapitalismus verdankt, in Spanien eben diese Wirkung nicht gehabt hat. Die Edelmetallager seien nämlich wohl zuerst von Spanien ausgebeutet worden, aber die Edelmetalle selbst seien »nicht in Spanien geblieben oder gar nicht erst nach Spanien gekommen«, wofür Sombart fünferlei Gründe angibt: 1. Ein Teil der Edelmetalle sei in den Kolonien geblieben; 2. ein anderer durch Kaperei verlorengegangen; 3. viel sei in kostbare Geräte verwandelt worden; 4. das meiste hätte zur Bezahlung der aus Frankreich, England und Holland eingeführten Waren verwendet werden müssen; 5. der Rest schließlich diene zur Begleichung der Zinsverpflichtungen des spanischen Staates ⁵⁶⁾.

Näher geht Sombart hierauf leider nicht ein. Tut man das aber und fragt man nach der Ursache, weshalb es zu den in diesen fünf Punkten angegebenen Erscheinungen kam, so wird man ungefähr zu folgendem Ergebnis gelangen: Für die unter 2 und 5 angeführten Tatsachen gibt es wohl keine rein wirtschaftliche Erklärung. Wir dürfen diese Erscheinungen daher auf der Suche nach einem wirtschaftlichen Gesetz, welches die geschichtliche Entwicklung aus der Wirkung der Veränderungen der Edelmetallvorräte erklärt, vorerst außer acht lassen. Anders verhält es sich mit den unter 1, 3 und 4 angeführten Tatsachen. So verschieden sie untereinander sind, so gibt es für sie offenbar doch eine einheitliche wirtschaftliche Erklärung: Abgesehen davon, daß ein Teil der Edelmetallproduktion als Betriebskapital zur weiteren Edelmetallgewinnung in den Kolonien selbst Verwendung fand, gelangte ein anderer Teil des dort gewonnenen Edelmetalles darum nicht nach Spanien, weil das Heimatland den Goldgräbern keine (oder nicht genügend) Waren im Tausch für

⁵⁵⁾ Vgl. auch hiezu Max Weber, l. c. S. 301.

⁵⁶⁾ Sombart, »Mod. Kap.«, Bd. I, S. 531/32.

deren Edelmetallangebot geben konnte, und die Kolonisten, wollten sie einen Vorteil aus ihrer gesteigerten Kaufkraft ziehen, genötigt waren, ihren erhöhten Güterbedarf auf ausländischen Märkten zu befriedigen, was auch durch die von Spanien erlassenen Verbote der Einfuhr ausländischer Waren in die spanischen Kolonien nicht gehindert werden konnte⁵⁷⁾. Ähnliches gilt für die unter 4 angeführten Tatsachen: Auch die Spanier des Heimatlandes befriedigten ihre durch das Einströmen des vermehrten Geldreichtums erhöhte Kauflust durch den Ankauf von Waren im Ausland, wenn sie diese Waren in Spanien selbst nicht in genügender Menge erhalten konnten⁵⁸⁾. Daß endlich, wie unter 3 erwähnt, ein Teil der Edelmetalle durch nicht geldmäßige Verwendung dem Verkehr entzogen wurde, kann wohl nur dann eine Besonderheit der spanischen Volkswirtschaft bedeuten, wenn die hier in Betracht kommenden Quantitäten verhältnismäßig größer waren als die in anderen Ländern bei starker Zunahme des Edelmetallbesitzes auf solche Weise dem Verkehr entzogenen Mengen. War aber letzteres wirklich der Fall, so müssen wir weiter nach der Ursache dieser Erscheinung fragen, so wie wir ad 1 und 4 wohl auch fragen müssen, warum nicht die Spanier selbst jenes Plus an Waren erzeugten, das zur Befriedigung der gesteigerten Güternachfrage diente, bzw. was die Franzosen, Holländer und Engländer in die Lage versetzte, dies zu tun. Mag man darauf antworten, daß es der Natur der Spanier im Gegensatz zu jener der anderen westeuropäischen Nationen nicht angemessen gewesen sei, ihre Produktion so zu intensivieren, wie es unmittelbar nach der Entdeckung der amerikanischen Edelmetallager notwendig gewesen wäre, mag man darauf hinweisen, daß ihnen eine verfehlte Wirtschaftspolitik Schwierigkeiten bereitete, während die Regierungen der anderen Staaten in dieser Beziehung klüger gewesen seien, oder daß ihre auf dem Katholizismus beruhende Wirtschaftsethik ihre Position im Wettkampf gegen die reformierten Völker verschlechterte: All dies weist darauf hin, daß man die letzte Ursache der Besonder-

⁵⁷⁾ Darüber, daß sich die Versorgung der einzelnen Länder mit Edelmetall nicht unmittelbar nach der Gestaltung der Edelmetallproduktion des Landes selbst richtet, sondern nach dem Gegenwert, der von dem betreffenden Lande geboten wird, vgl. Karl Helfferich, »Das Geld«, VI. Aufl., Leipzig 1923, S. 581; ähnlich auch Tooke und Neumarch, l. c. Bd. S. 419 und 430.

⁵⁸⁾ Etwa seit 1550 konkurrierte das Ausland erfolgreich auf dem spanischen Markt. Vgl. Georg Wiebe, »Zur Geschichte der Preisrevolution des 16. und 17. Jahrhunderts«, Leipzig 1895, S. 286.

heit der Geschichte Spaniens in der wirtschaftlichen Lage und in der Besonderheit des Wesens jener Spanier suchen muß, in deren Besitz die zusätzlichen Edelmetallmengen zur Zeit der Entdeckung Amerikas gelangten. Es haben allerdings die durch die Edelmetallvermehrung im 16. und 17. Jahrhundert hervorgerufenen Veränderungen der Besitzverhältnisse den Wohlstand in Frankreich, Holland und England gehoben; aber die Ursache dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß in diesen Ländern im Gegensatz zu Spanien die eintretende Besitzverschiebung die Ansammlung von Edelmetall in den Händen jener Personen begünstigte, die es zur Steigerung der Produktion verwendeten⁵⁹⁾.

Nicht die Edelmetallvermehrung als solche, zu der es sowohl in diesen Staaten als auch in Spanien gekommen war, sondern die Verteilung des zuströmenden Goldes und Silbers, die Wesensart und die wirtschaftliche Lage der Wirtschaftssubjekte, die in den Besitz dieser Edelmetallmengen gelangten, waren maßgebend für die Entwicklung der betreffenden Länder. Nicht in einer Wirkung, welche die Inflation innerhalb der Statik gehabt hat, d. h. nicht in der Tatsache, daß durch sie Preisveränderungen veranlaßt wurden, sondern in einer dynamischen Wirkung der Inflation, nämlich in den durch sie hervorgerufenen Besitzverschiebungen erkennen wir die wesentliche Ursache der Entwicklung, welche die erwähnten Staaten nach der Entdeckung der amerikanischen Edelmetallager teils zum Niedergang, teils zur wirtschaftlichen Blüte führte. Diese dynamische Wirkung aber läßt sich nicht in die »Zwangsjacke«⁶⁰⁾ der »exakten« Theorie pressen; jeder Versuch, aus ihr ein allgemeines Gesetz über die Wirkung der Edelmetallvermehrung abzuleiten, muß fehlschlagen. Nur insoferne die inflationistische Geschichtstheorie sich darauf beschränkt, festzustellen, daß die Inflation geeignet ist, Besitzverschiebungen zu veranlassen, die ihrerseits allerdings die mannigfachsten Folgen haben können, nicht aber, indem sie versucht, die Inflation selbst für die Ursache einer bestimmten Reihe eben dieser Folgen zu erklären, kann sie den Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben.

⁵⁹⁾ Vgl. Mises, I. c. S. 370.

⁶⁰⁾ Vgl. Schumpeter, »Das Wesen und der Hauptinhalt«, S. 184.

Richtungen und Entwicklungstendenzen in der Arbeitswissenschaft. II*).

Von

WLADIMIR ELIASBERG.

Sozialpsychologische Abstraktionsrichtung.

Warum wird gearbeitet? Warum wurde bisher gearbeitet? Wird sich die Arbeit, insbesondere die abhängige Arbeit erhalten?

Dies ist das zentrale Problem der Arbeitsmotivation, die von den bisher betrachteten Abstraktionsrichtungen niemals umfassend in Angriff genommen wurde. In der Tat handelt es sich hier darum, die Bausteine, die in einer Reihe von Wissenschaften vorliegen, zusammenzufassen und vielleicht auch den Gesichtspunkt anzugeben, unter dem diese Zusammenfassung erfolgen soll ⁶⁷⁾.

Wir finden als Grundtatsache im Bewußtsein des Arbeitenden, daß alle Arbeit in irgendwelchem Grade ein *Sollen*, eine Verpflichtung trägt. Das Sollen weist das Individuum über sich selbst hinaus. Diese Tatsache ist es, die wir mit dem Ausdruck *Motivationsstufe* belegen und wir drücken damit aus, daß dieses Sollen in der verschiedensten Weise abgestuft erlebt werden kann.

Was wir hier für das Bewußtsein des Arbeitstätigen behaupten, hat Otto von Gierke zur Definition des Rechtssubjekts verwandt. Der rein äußerlichen Willensabgrenzung des isolierten Individuums stellt er ganz in dem Sinne, wie

^{*)} Vgl. Richtungen und Entwicklungstendenzen in der Arbeitswissenschaft I. in diesem Archiv Bd. 56, S. 66 ff.

⁶⁷⁾ Eine wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung, in welcher das Verhältnis der Sozialwissenschaften zur Psychologie und insbesondere Max Webers Standpunkt kritisch untersucht wird, ist der Raumersparnis halber und als nicht unmittelbar in den Zusammenhang gehörend, hier gestrichen worden.

wir es taten, die in das innere Leben hineinragende Willensgebundenheit gegenüber. (S. Gurwitsch, Logos, Bd. 11, S. 111) ⁶⁸⁾.

Auch Robinson auf seiner Insel arbeitet in einer gesellschaftlichen Gebundenheit und nicht wirklich einsam. Denn der arbeitende Robinson richtet sich mit seiner Absicht der Bedürfnisbefriedigung auf einen zukünftigen Zeitpunkt, wo er, befriedigt, ein anderer sein wird als dieser sein Arbeitnehmer. Der befriedigte, zukünftige Robinson ist der Arbeitgeber des Arbeitenden. Die vorgestellte Verwirklichung des Arbeitszieles setzt ein anderes Subjekt voraus, als das ist, das schlechthin nicht im Besitze des Zieles sich befindet ⁶⁹⁾.

Es sei nur angedeutet, daß hier auch Beziehungen zum Problem des Ausdrucks im einsamen Seelenleben bestehen. Man kann den Ausdruck in der Einsamkeit auch nicht anders verstehen, als durch eine solche psychologisch übrigens durchaus nabeliegende Aufspaltung. Das Erlebnis des Sollens ist also nicht an eine reale Vielheit menschlicher Individuen geknüpft.

Auf die soziale Motivation sind wir bereits bei der Besprechung der Beziehungen zwischen Psychotechnik und Aufgabe- und Willenspsychologie gestoßen. Wir sahen dort unter der Mannigfaltigkeit der Motive auch solche, die scheinbar gar keine Beziehung mehr zu der bewußten Persönlichkeit haben. Wir sahen, daß sich das Zeitschema verselbständigen kann, daß sich die Dauer bis zur Lösung zu einem Motiv der Lösung entwickeln kann. Je länger die Zeit ist, um so mehr fühlt sich die Versuchsperson zu einer Lösung gedrängt. Michotte und Prum (zitiert bei Lindworsky) berichten bei Wahlversuchen »la tendance agit sur moi« ⁷⁰⁾ Vorgänge, die sich weder dem Schema der wertbedingten, noch dem der automatisch assoziativen Wahl einfügten. Wie lassen sich diese Wahlvorgänge erklären? Wir glauben nicht, daß in solchen Fällen die Tiefenpsychologie der isoliert gedachten Individualität irgend etwas zur Erklärung beizutragen vermag. Wohl aber werden solche Vorgänge verständlich, wenn man daran denkt, daß es auch eine soziale Bindung gibt, und daß diese es ist, dieses Verhältnis zwischen V.L. und V.P., was zu einer Lösung drängt. Die unerklärliche Wahl ist also nur solange unerklärlich, als man sich die V.P. isoliert denkt. Sie wird sogleich erklärlich, wenn man die Motivations-

⁶⁸⁾ v. Gierke, Genossenschaftsrecht. Vgl. auch Gurwitsch Otto v. Gierke als Rechtsphilosoph, Logos Bd. 11. Es sei gestattet, darauf hinzuweisen, daß auch die ursprünglich rein naturalistische Psychologie, z. B. in der Ausprägung der Psychoanalyse, in ihrer Weiterentwicklung sich gezwungen sieht, solche, dem Ich übergeordnete Bindungen als Ueber-Ich anzuerkennen. Siehe etwa die neueste Entwicklung Freuds in »Das Ich und das Es«. Leipzig, Zürich-Wien 1923.

⁶⁹⁾ Wenigstens gilt dies für die Arbeit zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung und für alle wirtschaftliche Arbeit!

⁷⁰⁾ Lindworsky, Johs., Der Wille usw. 3. Aufl. Leipzig 1923.

stufe dem individuellen Motivzusammenhang hinzufügt. Külpes Wort von den Aufgaben, daß sie nicht den Vorstellungen und Gefühlen, sondern der Persönlichkeit und ihrer Aktivität gestellt werden, bedarf also einer Ergänzung, die wir vorläufig so formulieren: Aufgaben werden nicht nur einer Persönlichkeit gestellt, sondern auch von einer Persönlichkeit. Hierher gehört die aus der Pathologie bekannte Tatsache, daß bei vielen neurotischen, gemeinschaftsgeschwächten Menschen die Aufgabe nicht die Geister sammelt, sondern lähmend wirkt. Hierher auch, daß wir uns oft, wenn wir nur das Bewußtsein einer zu vollbringenden Leistung für sich allein haben, gelähmt fühlen. Eine Sammlung von Übungsaufgaben zum Selbstunterricht enthält Aufgaben im psychologischen Sinne des Wortes nur, wenn zum wenigsten der Schüler im Sinne unserer Ausführungen beim Robinson-Beispiel gespalten ist.

Aber auch das bloße Dozieren bringt nicht die Wirkung der Aufgabe hervor. Ein klassisches Beispiel für einen Lehrer, der das Wesen der Aufgabewirkung gewissermaßen von sich ausstrahlte, ist Sokrates. Die experimentelle Psychologie (vgl. bes. Ach, Begriffsbildung) hat das zum Teil schon gesehen. »Unter der Wirkung der Aufgabe, sagt Ach, »bilden sich determinierende Tendenzen nur in funktionellen Zusammenhängen, z. B. dem der Mitteilung«.

Es ist für die Motivationsstufe in keiner Weise charakteristisch, ob sie *Gesinnung* bleibt oder zu äußeren oder inneren Handlungen führt. Die soziale Bindung ist weiter in keiner Weise durch den Inhalt des Motivs charakterisiert. Egoistische und altruistische Motive können in der gleichen Motivationsstufe vorkommen.

Wir werden bei der Besprechung der ökonomisch-orientierten Motivations-theorien sehen, daß sie stark an den Inhalten, Bedürfnissen, z. B. am Haben-Bedürfnis haften. Der Versuch, das Habenbedürfnis aus dem Geltungsstreben, der Sicherungstendenz und dergleichen abzuleiten, erfolgte immer nur sozusagen anhangsweise. Uebrigens würde auch das Geltungsstreben nur für eine einzige Motivationsstufe charakteristisch sein.

Wir werden aber späterhin, wo wir von der natürlichen Entwicklungspsychologie der Motivationsstufen sprechen, sehen, daß die Ziele der Handlung ⁷¹⁾ mit der ontogenetischen Entwicklung zu wechseln scheinen. Man hat in neuerer Zeit die Berufe zu unterscheiden versucht nach dem Gegenstand, und zwar danach, ob sich die Berufstätigkeit an Personen oder an Sachen wendet. Diese Einteilung trifft in der Tat etwas Wesentliches. Man muß aller-

⁷¹⁾ Imre, Hermann, Intelligenz und tiefer Gedanke. Sep. a. Internat. Z. f. Psychanalyse. 6. Jahrg. 1920.

dings bedenken, daß die Motivationsstufe der Hingabe z. B. in keiner Weise durch die menschliche Persönlichkeit bedingt ist. Wir kennen Sammler oder Tierliebhaber, die ihren Objekten mit »sozialer« Bindung anhängen, wie sie sonst zwischen Menschen üblich ist.

Auch der objektive Wertcharakter der Leistung ist nicht in die Motivationsstufen aufzulösen. Die religiösen Werte z. B. können auf verschiedenen Motivationsstufen erlebt werden und man muß sich hüten, zu glauben, daß der religiöse Wert ganz allein in der Motivationsstufe der Hingabe liegt. Es gibt, wie Dostojewskis Großinquisitor sagt, »kraftlose Empörer«. Und es gibt einen Glauben, der keine Berge versetzt, und nicht jeder Gläubige ist zum Märtyrer bestimmt. Die Exerzitien des Ignatius gaben uns das Beispiel einer Gliederung religiöser Berufe nach den Motivationsstufen vom Märtyrer und religiösen Helden bis zum religiösen Laien ⁷²⁾.

Die Kulturwerte haben eine Selbstgeltung und eine immanente Gesetzmäßigkeit ihrer Entwicklung. Dazu tritt eine zweite Hierarchie von Werten, in ihrer Gliederung von der Persönlichkeit aus gesehen; vom Lebensplan, vom Geltungswillen, von der Entfaltungsmöglichkeit der reifen Persönlichkeit bis zu ihren augenblicklichen Tendenzen. Und hier begegnet uns wieder — weil wir eben eine auf Persönlichkeit gestellte Kultur haben —, daß ein führender Zentralwert fehlt, daß der Künstler, der Gelehrte, der Staatsmann ohne Berührung, ohne Fühlung nebeneinanderstehen. Durch die Motivationsstufe der Hingabe jedenfalls kann auch diese tiefste Leistung der Vereinheitlichung unserer Kultur nicht zustande kommen. Wohl aber muß anerkannt werden, daß in dem Sprichwort: »Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand« sehr viel Sinn liegt. Nämlich der, daß die Steigerung der Motivationsstufe (mit dem Amt) wichtige Voraussetzung der Leistung ist.

So sehr die Motivationsstufen an den Leistungen beteiligt sind, muß man sich doch hüten, das Versagen oder Gelingen ganz allgemein von der Motivationsstufe abhängig zu machen. Wir haben das oben für die Frage der Schwierigkeit oder Leichtigkeit der Leistung dargetan. Hier sind individuelle Schwierigkeitserlebnisse — und damit die individuelle Seite zu berücksichtigen.

⁷²⁾ Lindworsky, Johs., Die charakterologische Bedeutung der Exerzitien des hl. Ignatius von Loyola im Jahrbuch der Charakterologie, Bd. 1, Berlin 1924.

Und so ist auch die Tatsache der Begabungsunterschiede und der Grenzen der Anpassungsfähigkeit nicht zu leugnen. Dies ist gegenüber allzu eifrigen Enthusiasten — namentlich im pädagogischen Lager — immer wieder zu betonen. Das Vertrauen z. B. oder die Hingabe erleichtern eine Leistung, aber sie reichen allein nicht aus, um sie zustande zu bringen.

Wir haben also bisher davon gesprochen, daß die Motivationsstufen unabhängig sind von der Dauer der Disposition, vom Inhalt der Motivation, von der Intensität des formalen Willensvorganges, und daß man zwischen der Motivationsstufe und anderen individuellen Voraussetzungen der Leistung unterscheiden muß, daß sich alles dies nicht in Motivationsstufen auflösen läßt.

Zur Geschichte und Kulturbedingtheit der Motivationsstufen und der Arbeitsverfassungen.

Bevor wir in die Erörterung der Methoden zur Untersuchung der Motivationsstufen eintreten können, ist es notwendig, die geschichtliche Entwicklung der Motivationsstufen und der Arbeitsverfassung, kurz die Kulturbedingtheit der Motivationsstufen uns vor Augen zu stellen.

Diese geschichtliche Darstellung ist wie jede geschichtliche Darstellung von Seelischem auf indirektes Verfahren angewiesen.

Wir müssen aus den **A r b e i t s v e r f a s s u n g e n** auf die Motivationsstufen schließen, durch welche die Arbeitsleistung in Gang gehalten worden ist. Dabei kann es uns leicht so gehen, daß wir die individuellen Unterschiede übersehen und allzusehr auf das Durchschnittliche eingestellt sind. Indes zeigt die Geschichte der Arbeitsverfassungen, im großen gesehen, innerhalb der geschichtlichen Epochen eine deutliche Linie, die herausgehoben werden muß. Sobald sich in der Kultur ein größerer Zusammenhang ausbildet, in der Form von Nation, Volk oder Staat, tritt überall an die Stelle der bis dahin ausreichenden Motivationen der Arbeit, an die Stelle z. B. von Spiel, »Fetisch-Manufaktur« und Selbsterzeugung, eine Erzeugung, die auf Zwang beruht. Derjenige, der die Früchte der Arbeit genießt, ist ein anderer als derjenige, der ihre Mühen hat. Dies allein, diese völlige Trennung von Produzent und Konsument — also ein sozialrechtlich-insti-

tutionelles Moment — ist für den Zwang charakteristisch ⁷³⁾. Dagegen der Grad der Freiwilligkeit beim Gezwungensein ist durchaus wechselnd. Ja, man kann sagen, daß zwischen dem Maß an äußerem Zwang und der Bereitschaft zur Revolte durchaus keine Proportionalität bestehen muß. Nicht daß dauernder Zwang schließlich jede innere Widerstandskraft lähmt; gezwungen werden kann zu einer Gewohnheit oder zu einer Form der Motivation werden. Und damit erst, mit der psychischen Disposition, die Ziele seines eigenen Wollens einem fremden Willen unterzuordnen, ist der Zwang zur Motivationsstufe geworden. Aber eben dieses Moment der Innerlichkeit, der Gewohnheit, der psychischen Disponiertheit birgt in sich auch die Möglichkeit zu neuen Entwicklungen. Denn dieses Moment enthält auch in sich in irgendeinem Grade Aktivität, Selbstbestimmung. Der Zwang als Motivationsstufe ist keineswegs zu vergleichen der Art, wie ein mechanischer Körper durch einen Stoß, oder das Tier im Geschirr durch Schlag oder Zuruf in Bewegung gesetzt wird. Bei dem letzten Beispiel handelt es sich um reine Dressurwirkung, die zwar auch einen Dauercharakter tragen kann. Beim Menschen ist außer der Dauerwirkung immer noch die Aktivität, die Selbstbestimmung, die Möglichkeit zu einer Wahl und andererseits gerade die Gebundenheit als Erlebnis vorhanden und eben daher auch die Mannigfaltigkeit der Möglichkeiten im Verhalten gegenüber dem gleichen äußeren Moment des Zwanges. Dazu kommt, daß schon im Gebiet des sozusagen Instinktiven die Zahl der Möglichkeiten und individuellen Differenzen beim Menschen sehr viel größer ist. Die menschliche Suggestibilität, die Nachahmungstendenz, die Tendenz zur Anerkennung von Autorität, das Flüchten in die Autorität, der Schutz, der in jedem Zwang liegt, das alles gibt eine Fülle von Entwicklungsmöglichkeiten. Nichts falscher als der Glaube, daß aller Zwang entweder zu völliger Starre oder zur Revolte führt. Das Gebiet zwischen diesen beiden Polen in seiner ganzen Mannigfaltigkeit ist gerade das, was wir beobachten können. Selbst so hohe Grade freiwilliger Einordnung, wie die Hingabe, sehen wir in der äußeren Form der Sklaverei oder Leibeigenschaft sich verwirklichen.

Wir sprachen bisher von institutionellen Momenten und von individuellen, von der Arbeitsverfassung des Zwanges und von

⁷³⁾ Vgl. auch Eliasberg, Ueber sozialen Zwang. Erscheint in Wiener klin. Wochenschrift 1926.

den differentiell-psychischen Momenten, welche die Auseinandersetzung mit den ersteren bedingen. Hierzu kommen kollektive Momente. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, ob es einen Sklaven⁷⁴ t a n d e gibt, wie in Attika oder Rom; oder ob Sklaverei ein einzelnes Schicksal ist, in das jemand durch die Wechselfälle des Lebens gerät. Von besonderer Bedeutung sind die kollektiven Momente, die man als Massenerscheinungen zusammenfaßt. Doch kann an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen werden. (Vgl. hierzu auch Oppenheimer, Die Sklaverei ⁷⁴). Außer diesen institutionellen, individuellen und kollektiven Momenten ist für die Motivationsstufe überhaupt und im besonderen für die des Zwanges die Kultur bestimmend. Denn die Motivationsstufe, die nun wirklich erlebt wird, hängt von dem Wertsystem einer bestimmten Kultur ab.

Das ist in der Geschichte der Arbeit namentlich von Max Weber und von den idealistischen Gegnern des ökonomischen Materialismus eindringlich und oft genug betont worden ⁷⁵).

Die relative Unabhängigkeit der Motivationsstufen vom Wertinhalt zeigt sich auch hier. Max Weber hat dargetan, wie die Motivationsstufe der Hingabe, wenn sie einmal erreicht ist, sich bald vom Religiösen ablöst und wie das irdische Geschäft selbst — wie man will — Gott oder Moloch wird ⁷⁶). Vergewärtigen wir uns jetzt noch einmal, was von den das Erlebnis der Gebundenheit bestimmenden Momenten für den Zwang als Motivationsstufe charakteristisch ist, so sind es am wenigsten die kollektiven Momente.

Am stärksten wohl das sozial-rechtlich-institutionelle Moment; dann das individuelle; und endlich der geistige Wertzusammenhang der Kultur. Die Analyse einer bestimmten Arbeitsverfassung zeigt uns, daß eine ganze Reihe von Momenten an der Motivationsstufe beteiligt sind. Und sie hat uns also auch verstehen lassen, warum es zu Veränderungen, Entwicklungen der Motivationsstufen und der Arbeitsverfassungen kommen

⁷⁴) Oppenheimer, Franz, Die Sklaverei in Köln. Vierteljahrsheft f. Soz. 5. Jahrg. H. 1/2. 1925.

⁷⁵) Max Weber, Ges. Aufs. z. Religionssoziologie. Tübingen 1920. Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus.

⁷⁶) Fontanes Wort von den Engländern, daß sie Christus sagen und Kattun meinen, läßt sich mit gutem Recht umkehren. Dies ist durchaus der Grundton des schon erwähnten Buches von Filene: eine in Bilanzbegriffe gekleidete, hinter Konsum und Absatz sich versteckende, tief innerliche Sozialethik.

muß. Im einzelnen ist dieses Problem natürlich nicht deduktiv zu verstehen. Eben weil jedes dieser Momente seine eigene Entwicklung hat. So verläuft, um nur dies zu nennen, die Entwicklung der geschichtlichen Institution des Rechts ja keineswegs der Entwicklung der geistigen Kultur streng parallel. Obzwischen der Entwicklung der menschlichen Individualität und den anderen vorgenannten Entwicklungsreihen ein Parallelismus besteht, ist sogar sehr zweifelhaft. Und ebenso ist die enge Beziehung zwischen kollektiven und kollektiv-wirtschaftlichen Momenten einerseits und der Entwicklung des geistigen Wertsystems andererseits, welche der historische Materialismus behauptete, mit sehr guten Gründen bezweifelt worden. Im folgenden unternehmen wir es, trotzdem typische Motivationsstufen aufzustellen und die Arbeitsverfassungen auf sie zu beziehen. Wir sind uns der Schwierigkeit dieses Versuches wohl bewußt und wollen ihn hier nur zur Diskussion stellen. Wir glauben also, daß die historische Betrachtungsweise zusammen mit der psychologischen folgende Motivationsstufen wirklicher Arbeit erkennen läßt: 1. Der Zwang, 2. Die freiwillige rationale Einordnung, 3. Die übermäßige rationale Einordnung, 4. Die Hingabe (Spiel, Furcht, Ekstase), 5. Die Revolte, 6. Die Selbstbestimmung. Die unter 1—5 aufgezählten Motivationsstufen — wie verschieden auch untereinander — sind sich doch darin ähnlich, daß sie irgendwie (institutionell, kollektiv, psychologisch, geistig wertbezogen) stark von außen determiniert sind. Unter Selbstbestimmung als Arbeitsmotivation verstehen wir, daß die Arbeit ganz aus dem inneren Wesen der Persönlichkeit heraus, ihren Anlagen, ihrem Streben, geleistet wird. Eine geschichtliche Arbeitsverfassung der Selbstbestimmung kann es daher nicht geben. Denn diese Motivationsstufe beherrscht nur einzelne, durch ihre Begabung, ihre Willensanlagen usw. ausgezeichnete Persönlichkeiten.

Die Beeinflussung von außen haben wir für den Zwang schon dargetan. Höchst typisch ist die Beeinflussung von außen in der Motivationsstufe der freiwilligen, rationalen Einordnung. Sie — und nicht die der Selbstbestimmung — ist diejenige Motivationsstufe, die man für das moderne Arbeitsleben als bezeichnend hinstellen kann. In der freiwilligen rationalen Einordnung wird mit institutionellen Momenten als unveränderlichen Gegebenheiten gerechnet. Dazu kommt jenes Moment, das in der Diskussion des sogenannten freien Arbeitsvertrages neuerdings so oft berührt worden

ist: Die Arbeit als Dienstleistung, das heißt: als freiwillige, entgeltliche Unterordnung unter den Willen eines anderen, die *B o t m ä ß i g k e i t* ⁷⁷⁾). Weiterhin ist charakteristisch, daß diese Art von Gebundenheit in hohem Grade rational ist, daß, um den Tönniesschen Ausdruck zu gebrauchen, diese Form gesellschaftlicher Arbeit nicht in Gemeinschaft, sondern in Gesellschaft sich vollzieht. Zugleich enthüllt sich uns hier, daß die Wirksamkeit der Motivationsstufe keineswegs irrational sein muß. Sie kann auch rational durchaus wirkungsvoll und dauernd sein. Daß es ein Irrtum wäre, diese Motivationsstufe der freiwilligen, rationalen Einordnung allein als charakteristisch für unsere Arbeitsverfassung anzusehen, werden wir alsbald besprechen.

Wiederum sehr charakteristisch ist das, was ich vorgeschlagen habe, die übermäßige rationale Einordnung zu nennen.

Unsere Wirtschaft — und zwar sowohl die der öffentlichen wie die der privaten Erwerbsbetriebe — (von der Betriebsgemeinschaft der Familie versteht sich das von selbst) beruht zu einem großen Teil darauf, daß freiwillig mehr geleistet wird, als durch eine Dienstanweisung verlangt, und durch den Lohn entgolten wird. Man kann behaupten, daß kein Brief bestellt, kein Eisenbahnzug richtig ankommen würde, ohne freiwillige übermäßige Einordnung ⁷⁸⁾). Diese Motivation ist es eigentlich, die dauernd Mehrwert schafft.

Man hat in Italien vor dem Kriege Eisenbahnerstreiks veranstaltet, die den ganzen Betrieb einfach dadurch lahmlegten, daß man die Dienstanweisungen wörtlich ausführte. X

Die übermäßige freiwillige Einordnung ist diejenige Motivation, auf der das soziale Gebilde des Vertrauensverhältnisses beruht.

Während in der Politik das öffentliche Mißtrauen immer noch zunimmt, breitet sich in der Wirtschaft die Sphäre des Vertrauens aus. Der Druck der Arbeit aber, darüber darf man sich nicht täuschen, wird in der Vertrauensleistung vervielfältigt. Es ist eine Art von „Flettnerschem-Rotor-Prinzip“, das da in Tätigkeit tritt. Bei der Motivation des Zwanges oder der der rationalen Einordnung wird der Druck aufgenommen wie, der Winddruck vom Segel. Im wesentlichen nach dem Prinzip des

⁷⁷⁾ Sinzheimer, Hugo, Grundzüge des Arbeitsrechts. Jena 1921.

⁷⁸⁾ Die übermäßige dauernde freiwillige Einordnung ist geradezu die typische Haltung des in der Berufslehre Stehenden. Vgl. z. B. Die Äußerungen von Lehrlingen, welche Bues, „Die Stellung der Jugendlichen zum Beruf“, Berlin 1926, zusammengestellt hat.

Widerstandes der toten Last; bei der Motivationsstufe des Vertrauens kommt der Aufforderung eine innere Bewegung, ein innerer Motor entgegen. Beides zusammen vervielfältigt die Leistung, aber auch den auf das leistende System ausgeübten Druck.

Welches ist nun der Motor und welches ist die Wirkung erhöhter Beanspruchung?

Der Motor ist durchaus nicht immer Ehrgeiz, überhaupt kein individuelles Motiv. Da man als besonders geeignet zu persönlich gefärbten Vertrauensverhältnissen der abhängigen Arbeit Frauen gefunden hat, könnte man an erotische Motivationszusammenhänge denken. Aber auch das läßt sich an den mannigfaltigen Typen nicht bestätigen. Wir sehen vielmehr, daß solche »Vertrauenspersonen« in der Mehrzahl der Fälle entweder schon von vornherein leicht paranoide Züge aufweisen oder doch leicht paranoide Entwicklungen erfahren. Solche Angestellte gehen ganz und gar in der Tätigkeit auf; sie sind unübertrefflich an Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt. Sie verlangen kein Lob, aber sie sind äußerst empfindlich gegen Tadel und namentlich gegen jeden Eingriff in ihre vermeintlichen Rechte auf gerade diese Tätigkeit. Niemand darf ihnen da hineinreden. Wenn der Beamte versetzt werden soll, gibt es einen querulatorischen Kampf um die Dienststelle und bei ungünstigem Entscheid Selbstmord. Solche Konflikte treten namentlich in höherem Alter auf, wenn die Anpassungsfähigkeit überhaupt geringer geworden ist. Man muß auch bedenken, daß diese Naturen schon in der Jugend, aus einer gewissen Starrheit, aus einer gewissen Tendenz zur Sicherung heraus, so geworden sind, wie sie nun sind. Sehr häufig entwickelt sich das zu vollständiger Unverträglichkeit. Wenn dann der Widerstand der schnöden Welt nicht ausbleibt, wenn Disziplinarstrafen und Strafversetzungen kommen, dann entsteht sehr leicht das Bild des sogenannten Verfolgungswahns. Unbeirrbar hält der pflichteifrige Beamte an seinem vermeintlichen Recht fest. In unzähligen Eingaben weist er auf seine lange untadelige Dienstzeit hin. Er meint doch nur höchst gewissenhaft gehandelt zu haben — was den anderen als Unverträglichkeit, als Denunziation erscheint, hätte er ja nur aus Dienstinteresse getan, um Mißstände aufzudecken. — Auch unter den jungen Kontoristinnen, Verkäuferinnen, Stenotypistinnen gibt es viele, die ohne das Gefühl der Unentbehrlichkeit nicht arbeiten können. Nicht etwa weil sie sich selbst ihre Stelle sichern wollen, sondern

aus einer Art Eifersucht heraus, die aber ganz unerotisch ist. Auch die Empfindlichkeit als Kehrseite dieser übertriebenen Hingabe an das Geschäft ist vorhanden. Und ein weiteres Moment, das bei den älteren Personen nicht so deutlich ist, kann man bei ihnen gut beobachten: Das ganze Innenleben verkümmert. Mit der Freizeit wissen sie nichts anzufangen, es sei denn, daß ihnen das Geschäft noch weiter nachgeht. Sie werden ungesellig, vereinsamen. Aber die Natur rächt sich. Sie hat in die menschliche Organisation Forderungen gelegt, auf die sie nicht verzichtet. Und beides zusammen, der Ehrgeiz — der ja doch einmal mit der Umgebung in Konflikt gerät — und die Nichtbefriedigung tiefster Forderungen, führt früher oder später zu nervösen Symptomen verschiedenster Art.

Diese Erkenntnis ermöglicht uns in vielen Fällen auch eine Psychotherapie des abhängigen Berufslebens, wovon später die Rede sein wird. Hier haben wir die pathologischen Entwicklungen nur verfolgt, weil wir an ihnen normale Formen der Motivation besonders deutlich erkennen konnten.

Wir können uns über die Motivationsstufe der Hingabe kürzer fassen. Sie ist die charakteristische Stufe der primitiv-vorgeschichtlichen oder jedenfalls vorstaatlichen Arbeitsverfassung. Sie ist nicht zu verstehen, wenn man nicht die Geistesverfassung des primitiven Menschen in Betracht zieht, bei welcher der Einzelne sich noch nicht als Individuum erlebt. Was darüber bei dem heutigen Stand unserer Kenntnisse ausgeführt werden kann, wird bei der Entwicklungspsychologie der Motivationsstufen noch dargetan werden. Als typische Motivationsstufe der Arbeitskultur ist die Hingabe jedenfalls in der Neuzeit immer mehr zurückgetreten. Dem modernen Menschen fließt aus der Selbstbestimmung auf Grund der Anlagen jedenfalls mehr Kraft zu.

Gleichfalls auf den ersten Blick von außen her bestimmt erscheint die Motivationsstufe der Revolte. Das ist selbstverständlich und braucht nicht weiter berührt zu werden. Dagegen soll hier noch einiges über die positiv-konstruktiven Kräfte der Revolte gesagt werden. Wir wissen von den politischen Revolutionen, daß sie den modernen europäischen Geist eigentlich erst geschaffen haben. Daß z. B. die Idee des Nationalstaates und die Stabilisierung des Agrarbesitzes die große positive Leistung der französischen Revolution ist.

Auch in der wirtschaftlichen Arbeit enthüllt die Revolte als Motivationsstufe dem schärfer blickenden Auge ihre konstruktive Kraft. Alles Leiden trägt in sich eine Tendenz zur Selbsthilfe. Die kollektive Selbsthilfe der europäischen Arbeiter unter der Idee des Klassenkampfes ist das bestimmende Faktum in der Entwicklung der europäischen Produktion geworden. Denn mit einer eigenartigen Dialektik, die wir in der Geschichte so oft antreffen, und die man vielleicht mit dem Wundtschen Namen des »Prinzips der Heterogonie der Zwecke« bezeichnen kann, hat hier die Vereinigung zum Zweck der Vernichtung des Gegners zwar nicht den Gegner vernichtet, wohl aber eine Arbeiterklasse geschaffen mit alledem, was wir in den letzten 50 Jahren entstehen sahen, von der Riesenorganisation der Gewerkschaft bis zum letzten Arbeitersänger- und -radfahrverein. Und bei alledem hat die Organisation die Organisierten diesseitig und zu Realpolitikern werden lassen. Eine wahrhaft gewaltige Leistung, die letzten Endes auf der Motivationsstufe der Revolte beruht.

Diese positive Wirkung der Revolte läßt sich auch bis in die einzelnen Arbeitsleistungen hinein verfolgen. Clemens Heiß hat in den bekannten Enquêtes des Vereins für Sozialpolitik die interessante Tatsache erhoben, daß die mit ihrer Lage unzufriedensten Arbeiter zugleich die höchsten Arbeitsleistungen, gemessen am Akkord, haben. Eine Tatsache, die sich daraus zu erklären scheint, daß Unzufriedenheit und gute Arbeitsleistung untereinander korrelierte Wirkungen der gleichen Ursache sind. Wir werden auf diese wichtige Tatsache beim Problem der Pädagogik und Heilpädagogik der Motivationsstufen zu sprechen kommen.

Ueberblicken wir nun die historischen Arbeitsverfassungen, und zwar die der wirtschaftlichen bzw. volkswirtschaftlichen Arbeit, so kann man sagen, daß der antike Arbeitsbedarf doch wohl im wesentlichen auf der Motivationsstufe des Zwanges geleistet wurde. Auf die Vielfältigkeit dessen, was seelisch der Zwang umfassen kann, haben wir schon hingewiesen. Es ist bekannt — und auch sehr einseitig gedeutet worden —, daß in der Geschichte der europäischen Arbeitsverfassungen der institutionelle Zwang zurücktritt. Man hat ja auch darum vom »freien Arbeitsvertrag« gesprochen. In Wahrheit ist das Ganze der modernen wirtschaftlichen Arbeit nicht durch eine Motivationsstufe, sondern

dadurch gekennzeichnet, daß eine Vielheit von Motivationsstufen gefordert wird. Unsere Arbeitskultur ist im Vergleich zu den älteren Arbeitskulturen polytypisch. Nicht nur, daß wir reine Dienstleistungen mit starker Unterordnung ebenso sehr brauchen, wie die übermäßige Einordnung im Sinne des Vertrauenspostens und wie die freie, selbstbestimmte Tätigkeit; auch von einem Einzelnen wird gleichzeitig eine Vielheit von Motivationsstufen, von Einordnungsmöglichkeiten verlangt. Der Arbeiter ordnet sich etwa freiwillig rational in den Fabrikbetrieb ein, aber die Gewerkschaft und der Zahlabend erfordern von ihm weit mehr, nämlich Vertrauensleistung. Umgekehrt: der einzelne Unternehmer erlebt, daß der Betrieb ganz und gar auf seiner persönlichen Selbstbestimmung beruht. Aber im rationalen Zweckverband der einzelnen Betriebe, im Kartell und Konzern, darf niemand mehr als freiwillige Einordnung geben.

Voraussetzung dafür ist, daß der moderne Mensch verschiedenartiger Motivationsstufen so gut nebeneinander wie nacheinander fähig sei. Je nach der Beziehung, um die es sich handelt. Dies war sicherlich im Mittelalter anders. Der moderne Mensch dagegen beseelt nicht mehr alles wie das Kind, und er gibt sich nicht an alles hin. Wir können die Form unseres Verhaltens differenzieren.

Wenn man von wertbezogenen Menschentypen spricht, wie Spranger, so ist das nur deshalb möglich, weil man sich klar macht, daß es nur ein einziger Wert z. B. der ästhetische oder der Machtwert oder der Wert der Wissenschaft ist, an den man sich völlig hingibt, während man zu den andern zwar auch eine Beziehung hat, aber nur eben die der rationalen Einordnung.

Wenn wir für frühere Kulturen eine durchschnittliche Motivationsstufe annehmen, für unsere Kultur aber nicht, so ist das zugleich ein Hinweis darauf, daß die Motivationsstufe — wie wir ja schon öfters betonten — nicht nur von individuellen psychologischen Momenten abhängt. Die Polytypik der Motivationsstufen ist eben in unserem Berufsleben einfach unentbehrlich.

Anhang I. Exkurs über die Motivationsstufen in der Demokratie.

Wir können, auf Grund unserer Ausführungen über die Polytypik der Motivationsstufen in unserer Zeit erwarten, daß auch die Demokratie unserer Arbeitsverfassung nicht auf eine einzige Form zurückgeführt werden kann. Zuerst sehen wir in der Demokratie, wie kaum in irgendeiner anderen Organisationsform gesellschaft-

lichen Daseins, eine Vervielfältigung des Zwanges, ein Hineingreifen der Organisation in die Sphäre dessen, was früher unbedingt der privaten Existenz angehörte. So auf juristischem Gebiet eine Einschränkung dessen, was früher der freien Vereinbarung überlassen wurde.

So zeigt das Arbeitsrecht: Tarifzwang, Konventionalstrafen, unabdingbare Rechte, erzwingbare Verpflichtungen, Beschränkung des privaten Eigentums zugunsten der Allgemeinheit an Stelle des früheren Zustandes rechtlicher Indifferenz. Aber der Zwang tritt in einer besonderen Weise versachlicht auf. Und zwar gilt das nicht nur für den Gezwungenen, sondern auch für den Zwingenden; die Individualität wird aufgehoben, ebenso sehr die des Befehlsempfängers wie die des Befehlshabers. Wo früher Menschen waren, sind jetzt Dienst- und Befehlsstellen. Dennoch ist die Versachlichtung nicht das letzte Geheimnis demokratischer Kraftentbindung. Und auch das allgemeine Stimmrecht, welches der Fiktion dient, daß jeder Einzelne zu seiner Quote souverän sei, ist nur ein Mittel, das allerdings um so vermeidbarer wird, je größer die gesellschaftlich organisierten Quantitäten sind. Der wahre Sinn der Demokratie, durch welchen sie sich den Zwang ebenso wie die Hingabe und sogar die Revolte eingliedert, ist, daß sie in dem Organisierten die Motivation der Selbstbestimmung zu erwecken vermag. Und zwar eben in dem Maße, wie sie die äußere Organisation und den rechtlichen Zwang steigert. Allerdings liegt im Wesen der Demokratie etwas Rationalistisches. Sie wird erfolgreich sein, je mehr sie aus dieser Einsicht heraus ihr Ziel beschränkt und sich dafür zu einem rationalistischen Zweckverband ausgestaltet. Sitte und Brauch und das ganze irrationale »Urgut der Menschheit« sich einzugliedern, wird sie kaum in der Lage sein. Eine ähnliche mehrdimensionale Betrachtungsweise läßt sich z. B. auf die Disziplin anwenden. Auch hier genügt nicht nur die Veränderung der individuellen Willensabläufe, man muß auch an das geltende Recht und an den Geist der Truppe und dergleichen denken (siehe oben).

Anhang II. Exkurs über Sabotage und Radikalismus als Motivationsstufen.

A. S a b o t a g e. Obgleich wir auf die Entwicklungspsychologie der Motivationsstufen, soweit das schon heute möglich ist,

erst noch eingehen werden, sei es gestattet, hier an einem Beispiel aus der Entwicklung eines Kindes die Analyse der Sabotage zu versuchen. Ein noch nicht ganz fünfjähriges Mädchen soll seit acht Tagen seinen Waschtisch reinigen. Sie hat in den ersten Tagen viel Eifer gezeigt und sich sogar selbst die Werkzeuge bestellt. Jetzt muß sie ermahnt werden. Nur in Begleitung geht sie in ihr Zimmer. Bei der Arbeit gibt es jeden Augenblick Schwierigkeiten. Da kommt sie mit den Händen nicht in die zu säubernden Höhlungen hinein, da geht es nicht weiter. Ist sie aber einmal in Tätigkeit, so wendet sie sich mit persönlicher Anrede an jedes Stück. »Du Fleck! Geh da runter! Dich muß man waschen wie einen König! Ich reib dich tüchtig!« Das Ueberschauen der ganzen Tätigkeit, aber auch das Ueberschauen dessen, was sie schon gereinigt und was noch nicht, macht ihr Schwierigkeiten. Sie nimmt dasselbe Stück mehrmals vor. Mitten in der Tätigkeit Stoßseufzer: »Voriges Jahr habe ich noch nicht so viel dummes Zeug machen müssen.« Bei alledem ist die Stimmung gut. Kein planvoller Widerstand! Die Gesamttaktion wird nicht sabotiert, obwohl schon zu Beginn die Lust nicht groß ist und jede kleine Schwierigkeit hemmt. Hat man ihr einen Rat gegeben oder sonst geholfen, so geht es weiter. Hier ist sowenig Sabotageplan wie Werkplan. Denn zu beiden bedarf es einer Ueberschau, eines Entschlusses und einer Dauerwirkung. Wird die Mühsal zu groß, dann kommt es auch nicht zur Sabotage, sondern zur Explosion. Dagegen in anderen Situationen (und das ist sehr wichtig) sabotiert sie bereits. So findet sich zufällig zur selben Zeit im Ofen eine große Zahl von angebissenen Semmeln. Bei der Waschtischarbeit ist ihr die Anwesenheit der Eltern ausgesprochen angenehm. Am Schluß der Arbeit gefragt, ob das schön sei, macht sie ein ausgesprochen saures Gesicht. Warum ist das nicht schön? »Zum Beispiel da muß man immerfort dastehen und dastehen und dastehen!« — Für sie ist also das Mißverhältnis zwischen der objektiv notwendigen Dauer der Handlung und ihrem »kurzen Willen« unangenehm.

Wir haben in unserem Beispiel zwei Situationen vor uns, in deren einer es zur Sabotage im kleinen kommt (Semmelgeschichte), in der anderen aber nicht. Fragen wir uns nach den Unterschieden. Erstens: Im zweiten Fall ist der Druck nicht sehr stark. Zweitens: Es fehlt unter den Augen der anwesenden Eltern die Gelegenheit. Das Ausweichen ist nicht erleich-

tert. Ausweichreaktionen sind immer da zu erwarten, wo der Handelnde glaubt, daß man ihm nicht ins Innere schauen kann, und daß der Beobachter ganz allgemein auf die »Kurve« angewiesen ist. Deswegen findet man den Ausweichtypus häufig bei abstrakten Laboratoriumsarbeiten, zum Beispiel am Ergographen, bei Menschen, die irgendeinen Grund haben, wenig leisten zu wollen. Drittens: Das heitere Temperament des Kindes, sein gutes Verhältnis zu den Eltern (lies Arbeitgeber). Viertens: Der Zweck der Arbeit ist dem Kinde als hygienisch nahe gebracht. Das Moment des Ausgebeutetwerdens für fremde Interessen fehlt. Es fehlt aus Gründen der Intelligenz, und des Willens, wie am Werkplan, so am Sabotageplan. Fünftens: Das kollektive Moment fehlt! Fehlt die Erleichterung der Arbeit durch das Massenmoment, so fehlt auch der kollektive Antrieb zur Seditio.

Stellen wir diese Momente in einer Tabelle zusammen:

1. Individuelle Momente:

Temperament, Alter, »Libidostruktur«, Intelligenz, Wille, Gewolltheit des Werkzwecks, Bedürfnis nach dem Ziel, Funktionslust;

2. Soziale und institutionelle Momente:

Druck, Gelegenheit, allgemeine Autoritätsverhältnisse, Gefühl, ausgebeutet zu werden usw.;

3. Kollektive Momente:

Kollektive Gestaltung der Arbeit. Massenwirkungen.

Alle diese Momente wirken zu einer ganz charakteristischen Motivation, eben der Sabotagehandlung, zusammen, an der außerdem noch charakteristisch ist, daß sie zu aktuellen Wirkungen führt. Wenn man das Beispiel überschaut und unsere Antwort auf die Frage, warum es beim Kinde in unserem Beispiel nicht zur Sabotage kommt, gutheißen will, so wird man uns zugeben, daß beim Sabotageakt kollektive Momente im Vordergrund stehen. Der einzelne Sabotageakt ist typisch eine Massenhandlung, er reißt das Individuum mit und setzt sich über institutionelle Momente hinweg.

II. Ganz anders ist das Gewicht der einzelnen Momente beim Radikalismus verteilt. Der Radikalismus ist eine Gesinnung und nie ursprünglich eine Handlung. Er kann in ganz entgegengesetzten Handlungen seinen Ausdruck finden. Die Gesinnung kann sich ihrerseits ebensosehr auf theoretische Überzeugungen wie auf Gefühlsmomente gründen. In jedem

Fälle sind es aber in erster Linie individuelle Momente: Mangelnde Lebenserfahrung, Temperament, Stärke des Affekts, fehlende Hemmung, »Psychopathen«-typus der Gefühlsverläufe mit zu wenig Abfuhr und zu geringer intrapsychischer Aktivität. Es ist kurz gesagt die Erlebnisweise der Jugend mit ihrer gleichzeitig eigentümlich abstrakten Beschaffenheit der Intelligenz. Taine hat das beim Jakobinismus als das explosive Gemisch klassisch-abstrakten französischen Geistes und moderner Wissenschaft bezeichnet.

Man vergleiche dazu auch die Schilderung der deutschen Emigranten bei Alexander Herzen. (Bei Emigranten findet sich sehr häufig ein Radikalismus, der sich aus mangelnder Bodenständigkeit der Existenz wie der Gesinnung erklärt.)

Die individuellen Momente bieten sich unter den verschiedensten Aspekten. Sie erscheinen z. B. als Verkümmern des Seins, als eine zu starke Hingabe an das Seinsollende, als Unfähigkeit, Nuancen zu erfassen, in allmählicher Arbeit die Geister auf ein Ziel umzubiegen, als Fehlen also jener Fähigkeit, die ganz eigentlich den Politiker ausmacht. Dagegen ist nur wenig Abhängigkeit von institutionellen Momenten und der durch sie bedingten sozialen Lage nachweisbar. Radikalismus ist immer Verachtung der gegebenen Wirklichkeit. Das zeigt sich auch gerade in der Beziehung zur wirtschaftlichen Not.

Gefühlsverläufe, wie wir sie in Beziehung zum Radikalismus eben geschildert haben, sind seit langem als charakteristisch für die Erlebnisweise in der Masse bekannt. Es ist daher kein Wunder, daß Massen radikal sind. Doch kommt es bei ihnen meist nicht zur Ausbildung einer Gesinnung, da das Erlebnis allzu schnell zur Handlung drängt.

Der Radikalismus des Altertums, der uns ziemlich genau bekannt ist, mag uns als Beispiel für die aufgestellten Behauptungen dienen. Der Radikalismus der Zyniker ist bei aller seiner Gesellschaftskritik ganz fern von Gedanken an wirtschaftliche Zusammenhänge, an Produktionsmittel und dergleichen. Wie ja den Griechen überhaupt eine klare Vorstellung davon fehlte, daß das Staats- sowie das Privatleben wirtschaftlich fundiert ist. Aber mehr noch als aus der Beobachtung der Gesellschaft wird der Radikalismus der Zyniker aus einem pessimistischen Lebensgefühl gespeist. Die Zyniker sind Schüler des Sokrates. Sie gehen aus von einem ethischen Individualismus. So konstruieren sie ein vernunftgemäßes Dasein des Individuums und finden es in völliger Bedürfnislosigkeit. Für dieses Ideal treten sie nun mit überraschender Leidenschaft ein. Sie haben einen wahren Haß gegen alles Schöne und jeden Genuß. Von Antisthenes wird uns berichtet, daß er geschworen habe, er würde die Aphrodite töten, wenn er ihrer habhaft werden könnte. Die Zyniker waren alle »Proletarier«, »landfremde Elemente« (Thrazier). Aber es ist doch fraglich, ob ihr Haß, eine Art verzweifelter Liebe, aus dem Gefühl des Ausgeschlossenenseins entsteht. Sie haßten vielleicht,

ohne je begehrt zu haben. Es scheint, daß dies das Verhältnis der Zyniker zur Kultur war. Ganz ähnlich verhält sich der klassenbewußte Proletarier unserer Zeit zu unserer Wissenschaft und unserer ästhetischen Kultur. Er lehnt sie als bürgerlich ab. Nicht weil er sie versteht und bewerten kann, auch nicht, weil er ein Ideal der Vergangenheit kennt, oder auch nur aus einer Art *retour à la nature* heraus, sondern aus einer Art primitiven Hasses; also nicht Kulturkritik im Kantischen Sinn, sondern Kulturhaß. So verachten die Zyniker auch die nationale Tradition. Sie schütten ihren Spott aus über die ruhmreiche Ueberlieferung der Perserkriege und zeigen sehr spitzfindig, daß man gar keinen Grund habe, stolz zu sein, wenn man einen so minderwertigen Gegner erledigt hat. Ihre Kritik mit aller ihrer Dialektik bleibt im Gefühlsmäßigen stecken⁷⁹⁾.

Methoden zur Feststellung der Motivationsstufen.

Da die Motivationsstufen nur aus dem Ganzen der Arbeit zu verstehen sind, ist die erste und unentbehrliche Methode die, sich die wesentlichen Züge der Arbeit, des Arbeitskomplexes, vor Augen zu stellen.

Was ist das Wesentliche an der modernen Arbeit und Erholung? Denn Arbeit und Erholung gehören zusammen wie Ausatmung und Einatmung. Ich habe an anderer Stelle versucht, ein Bild der abhängigen Arbeit und der durch sie bestimmten Erholungstätigkeit zu geben⁸⁰⁾, und kann mich daher an dieser Stelle kürzer fassen.

Allerdings wird der »sozial-psychische Habitus der Gegenwart«⁸¹⁾ durch das Moment der Abhängigkeit gut bezeichnet. Doch harrt die Dialektik der Abhängigkeit noch einer Darstellung. Man darf nicht nur die negative Seite, das Zwangsmoment der Abhängigkeit hervorheben, wie es etwas einseitig in seiner sonst sehr wertvollen Darstellung Gerhardt tut⁸²⁾. An der gleichen

⁷⁹⁾ Vgl. zu Radikalismus auch: Braun, Lilly, *Memoiren einer Sozialistin*, I. Lehrjahre, II. Kampfjahre. München. — Geyer, Curt, *Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*. Jena 1923. — Th. Gompertz, *Griechische Denker*. 2. Band, 3. Auflage. Leipzig 1921. S. 112 ff. — Herzen, Alexander, *Erinnerungen*, deutsch von Otto Buek. Berlin 1907. 2. Band. S. 68 ff. — Marr, Heinz, *Von der Arbeitsgesinnung unserer industriellen Massen*. Frankfurt a. M. 1924. — Meusel, Alfred, *Der Radikalismus*. Kölner Vierteljahrshefte f. Soz. 4. Jahrg. Heft 1/2, 1924, S. 44/68. — Plessner, Helmuth, *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des soz. Radikalismus*. Bonn 1924. — Taine, H. H., *Origines de la France contemp. La revolution T. II. La conquête jacobine*, 8-me Edit. Paris 1881.

⁸⁰⁾ Eliasberg, *Grundriß einer allgemeinen Arbeitspathologie*. Schriften z. Psych. d. Berufseignung u. d. Wirtschaftslebens. Heft 28. Leipzig 1924.

⁸¹⁾ Lederer, Emil, *Oek. u. sozialpolit. Bedeutung des Taylorismus*. Arch. f. Soz.-Wiss. Bd. 55, 1914.

⁸²⁾ Gerhardt, Johannes, *Arbeitsrationalisierung und persönliche Abhängigkeit*. Tübingen 1925.

Stelle habe ich auch eine Darstellung der Erholungstätigkeit zu geben mich bemüht. Ich habe auf das Moment der Passivität hingewiesen, das im Massenbetrieb des Sports, in der politischen Massenversammlung, im Kino, in der Mode, aber auch in der Teilnahme der Massen an Kunst, Wissen und Bildung so deutlich hervortritt. Ich habe den Mechanismus dort im einzelnen verfolgt und die Tendenz zur Quantifizierung, zur stereotypen Wiederholung, als charakteristisch für: pathologische Defektzustände, niedere Entwicklungsstufen des Seelenlebens, Ermüdungszustände bezeichnet. Nicht so einfach liegt es beim Alkoholismus. Der Gebrauch von Rauschgiften kommt zwar dem Bedürfnis des Arbeitenden nach Lösung und Erlösung ausgezeichnet entgegen, aber die Triebe, auf denen der Alkoholismus beruht, sind wahrscheinlich viel älter, als alle Gewohnheiten, die der Mensch historisch erwarb. Auch im modernen Reisen als Erholungstätigkeit überwiegt das Moment der Passivität. Das Reisen ist Massenerscheinung geworden. Dennoch ist unverkennbar, daß der einzelne Reisende, wenn auch nicht zu neuen Haltungen, so doch zu neuen Inhalten kommt. Aktivität und Passivität zeigen sich in der modernen Touristik in seltsamer Weise gemischt. An die Stelle des gewohnten Tagesplanes tritt nicht etwa die Freiheit des Planmachens, sondern der Fahrplan, der Führer, die Verpflichtung zu vollständiger Visitation. Wenn also auch das Planmäßige, Bewußte, Beabsichtigte im Verhalten bleibt, und sich im Reisen zu Bildungszwecken deutlich ausdrückt, so fehlt doch eben das Erwerbsmotiv. Der Charakter der Aktivität wird deutlicher in der Wanderbewegung der Jugend. Hier liegt die Aktivität nicht nur in den Beinen, sondern in der Gesamtverhaltensweise des Menschen.

Ganz aktiv ist die Erholungstätigkeit, wenn sie als Nebenberuf ausgeübt wird. (Näheres siehe bei Eliasberg, l. c. S. 18). Hierher gehört auch die Fortbildung im eigenen Beruf, die Vorbereitung für Prüfungen usw. — In der Typik der modernen Arbeit und gewissermaßen an der »Grenze der Erholungstätigkeit« steht eine typische Form der Kriminalität. Hierher gehören etwa solche Nachrichten wie: »Ein Bürogehilfe hat 30 000 Mark unterschlagen und mit zwei Genossen und einer Dame in einer Nacht verjubelt.« Das Verjubeln ist eine Explosionshandlung aus der eintönigen Bindung des Alltags. Es kommt gar nicht auf die Größe der Summe an, ob Inhalt einer Portokasse oder

30 000 Mark. Da ist gar keine auf die Zukunft gerichtete Verwendung, sei es auch nur, daß man das Geld versteckt oder vergräbt, um später etwas davon zu haben; nur das intensive Genießen im Moment. Daß dies, abgesehen von der Artung des Einzelnen, auch durch die Beschaffenheit des modernen Betriebs, die Abhängigkeit, die Gegeneinstellung, die starke Materialisierung, die Ermüdung, das Aufpeitschungsbedürfnis bestimmt wird, ist klar. Die Erholung kennt hier eben nicht den ruhig befriedigten Rückblick auf Geleistetes, sondern sie besteht in aufgeblasener Eitelkeit, in modischer Erscheinung, in politischem Getue als Entschädigung für die heruntergewürgte Verletzung des Selbstgefühls. Das kann auch einmal durch kriminelle Handlung befriedigt werden.

Die in der Nationalökonomie üblichen Methoden zur Feststellung der Motivation.

Es sind im wesentlichen drei Methoden in der Nationalökonomie herkömmlich. Die erste ist die sogenannte »homo oeconomicus-Methode«, welche unter Abstraktion von der psychologischen Mannigfaltigkeit mit der Fiktion der Lust- und Unlustbilanz arbeitet. Die zweite Methode ist die der isolierenden Betrachtungsweise der Motive. Motive werden gegeneinander abgeglichen, gleichfalls unter Abstraktion von dem übergreifenden Zusammenhang der Persönlichkeit. 3. In gleicher Weise verfährt oft im Zusammenhang mit den beiden anderen Methoden die Methode der Feststellung der Bedürfnisse.

Zur Frage der Lust-Unlustbilanz und des homo oeconomicus kann ich mich an dieser Stelle kürzer fassen. Diese Fiktion wird auch in der Nationalökonomie wohl nur noch mit großer Reserve verwandt. (Vgl. dazu Brentanos Vorlesung über klassische Nationalökonomie, gehalten beim Antritt des Lehramtes an der Universität Wien 1888. »Vor allem fand ich den Arbeiter weit verschieden von dem Warenspekulanten, als welchen die klassische Nationalökonomie ihn voraussetzte. Nirgends gaben Erwägungen über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in diesem oder jenem Gewerbe bei der ersten Berufswahl den Ausschlag. Vielmehr wirkten dabei das Herkommen oder irgendwelche nächste Gelegenheit, Arbeit zu finden — schon seltener irgendwelche Berufsneigung — bestimmend.«)

In der Geschichte des Arbeitsproblems spielt dieses Vorurteil eine ganz besondere Rolle. Die sozialistischen Arbeitstheoretiker nicht weniger als ihre bürgerlichen Kritiker sprechen von Lust-Unlust-Bilanzen und verteilen nur den Akzent in verschiedener Weise. Ließ Fourier die Arbeit »aus der Sympathielust« hervorgehen, so taten es die bürgerlichen Nationalökonomien genau so mit der egoistischen Lust am Lohn⁸³⁾. Außer diesem durch die Quantifizierbarkeit charakterisierten Versuch einer Arbeitsmotivation hat die Nationalökonomie herkömmlicherweise noch ein logisches System der Motive aufgestellt. Degenfeld-Schönburg⁸⁴⁾ hat neuerdings verdienstlicherweise die nationalökonomischen Motivationslehren dieser Richtung zusammengestellt: Es sind logisch dichotomische Einteilungen, in Gegenwarts- und Zukunftsmotive, egoistische und altruistische usw. Diese Einteilungen sind entweder im Sande verlaufen oder haben zu einem Zirkel geführt, wie z. B. bei der Einteilung der egoistischen und altruistischen Motive, wo man immer wieder glaubte, das altruistische Motiv als ein egoistisches ableiten zu müssen. Und zwar deswegen, weil diese Einstellung eben doch keine anderen als individuelle Motive anerkennen kann. Aus dem Motiv »Not« folgen die entgegengesetzten Verhaltensweisen, die der vorsorgenden Arbeit wie die der tatlosen Verzweiflung, und diese letztere nicht nur in der pathologischen Depression. Und so läßt sich aus jedem Bedürfnis heraus sowohl die mittelbare als die unmittelbare — etwa in Form des Eigentumverbrechens vollzogene —, auf Befriedigung gerichtete Handlung, als auch der dumpfe Verzicht verstehen. Was im Einzelfalle geschieht, ergibt sich nicht aus der Logik der Motive, sondern die logische Einteilung ergibt ein völlig unverständbares Chaos. Um so unvollkommener, um so unverständlicher, je straffer die logische Gliederung ist.

Nun versuchte man, den vorfindbaren Motivzusammenhang wirklicher Menschen zur Erklärung heranzuziehen. Allerdings darf man sich dabei nicht auf das theoretische Vorurteil festlegen, daß die Motivzusammenhänge isoliert gedachten Individuen entspringen müßten. Und dies ist ja die Grenze der

⁸³⁾ Eliasberg, W., Arbeit und Psychologie. Arch. f. Soz.-Wiss. Bd. 50, 1922, S. 86—127.

⁸⁴⁾ Degenfeld-Schönburg, Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Marxismus. Tübingen 1920.

Betrachtungsweise der Individualpsychologie, das heißt derjenigen Psychologie, die die seelischen Vorgänge von Individuen untersucht. Wie weit man damit kommen kann, haben wir oben namentlich im Zusammenhang des Problems Psychotechnik und Psychologie dargestellt.

Ein letzter Versuch der Nationalökonomie, zu einer Uebersicht der Arbeitsmotivation zu kommen, ist der, eine Ordnung der Bedürfnisse aufzustellen. Vgl. dazu namentlich Brentano a. a. O. S. 105: »Jede Unlustempfindung, verbunden mit dem Streben, sie durch Behebung des Mangels, der sie hervorruft, zu beseitigen, heißt ein Bedürfnis. Die Behebung des Mangels Befriedigung des Bedürfnisses, Genießen, Genuß.« Hierzu ist zunächst zu sagen, daß auch die Lustempfindung mit dem Streben nach Perpetuierung verbunden ist — nach Nietzsches bekanntem Wort:

«Weh spricht: vergeh'!
Doch alle Lust will Ewigkeit.»

Das Wesentliche an dem Bedürfnis ist nicht Lust oder Unlust, sondern das Streben. Dieses Streben aber läßt sich in geschichtlichen Zeiten nicht mehr naturalistisch verstehen. »Wahre Bedürfnisse« sind in Wahrheit Konstruktionen nach Art der naturalistischen. Allein die historische Betrachtung kann uns die menschlichen Bedürfnisse kennen lehren; ob dabei Regelmäßigkeit festgestellt werden kann, das ist ebenso wahrscheinlich und unwahrscheinlich wie die Regelmäßigkeit in der Geschichte überhaupt. Die historische Betrachtung zeigt ein einmaliges, für die Gestaltung der europäischen Konsumtion entscheidendes Ereignis: die Entdeckung und kolonisatorische Ausbeutung von Westindien und Amerika. Sie zeigt im Zusammenhang mit dieser Tatsache die Entstehung des Luxus und die unvergleichliche Steigerung des Konsumtionsstandards der breiten Massen⁸⁵⁾. Mindestens vier voneinander wesentlich unabhängige Ursachenreihen lassen sich dabei aufzeigen.

1. Die historische Tatsache der Entdeckung Amerikas. Geschichtlich politische Machtverhältnisse bestimmen auch weiterhin den Bedürfnisstandard, heben ihn oder drücken ihn herab, wie wir in der Nachkriegszeit ja reichlich zu beobachten Gelegenheit hatten.

⁸⁵⁾ Vgl. Sombart, Luxus und Kapitalismus. München und Leipzig 1922.

2. Die entwickelte Technik bietet die Möglichkeit zur Erhöhung des Konsumstandards.

3. Unter dem Einfluß zufälliger oder notwendiger Bedingungen entstandene Motivationen des Zusammenlebens erzwingen einen bestimmten Standard; z. B. großstädtische Siedelung ist nicht möglich ohne Versorgung mit Wasser, Kanalisation, Straßenbeleuchtung u. dgl. mehr.

4. Psychologische Motive des Geltungsbedürfnisses steigern den Konsum, zunächst der Wenigen, dann der Massen. Die psychologische Dialektik des Geltungsbedürfnisses hat besonders fein Simmel aufgezeigt.

So enthüllt sich auch in der Natur des Bedürfnisses die ganze Fülle der Bedingungen des geistigen Daseins, und wir sind weit davon entfernt, durch die Einführung des Bedürfnisbegriffs zu einer naturalistischen Vereinfachung zu kommen.

Besonders deutlich wird die ganze Problematik des Bedürfnisbegriffs in der Pädagogik.

„Wer früh genießt, entbehrt in seinem Leben

Mit Willen nicht, was er einmal besaß.“

Von dieser Leben-bejahenden, Willen-steigernden Pädagogik der Bedürfnisse ist die durchschnittliche Schulpädagogik nicht erfüllt. Hier läuft es meistens auf einfache Beseitigung der Bedürfnisse hinaus, meist dabei auch auf unerwünschte Nebenerfolge, wie Verdrängung im Sinne Freuds; im günstigen Falle auf Ueberwindung, d. h. auf Eingliederung in ein höheres, umfassenderes Wertsystem.

Die individualpsychologische und die individualpathologische Reaktion des Individuums bei der Arbeit.

Die individual-psychologische Betrachtungsweise versucht, zu erkennen, wie der oben in Kürze geschilderte Komplex von Arbeit und Erholung auf das Individuum einwirkt. Das wird besonders deutlich im pathologischen Fall, weshalb ich die folgenden Erörterungen in den Zusammenhang der Arbeit aufgenommen habe. Von Wichtigkeit ist aber der Typus der Affektveränderung durch die Arbeit deswegen, weil er eben durchschnittlich ist.

Die Arbeitsmotivation und die Renten- bzw. Unfallneurose.

Die Psychotherapie der abhängigen Arbeit.

Die Motivation der Arbeit, die Art der Einordnung der Persönlichkeit in die Berufszusammenhänge wird, wie wir schon

oben anführten, durch bestimmte »unverzichtbare« Forderungen der Persönlichkeit offenbar entscheidend beeinflusst.

In solchen Momenten liegen Wesensunterschiede der Berufe begründet, die sich nach ihrer elementaren Tätigkeit sonst recht ähnlich sehen würden. Z. B. die Tätigkeit eines mit Rechnungen beschäftigten Staatsbeamten und eines privaten Bücherrevisors, der tageweise seine Dienste anbietet.

Besonders deutlich tritt das Spezifische der Arbeitsmotivation zutage in der sogenannten Rentenneurose. Die soziale Versicherungsgesetzgebung hat in ihrer Begründung (vgl. dazu Hellpach)⁸⁶⁾ von Anfang an das Motiv der Sicherung der Erwerbsfähigkeit auf Grund körperlicher Integrität mit dem der Sicherung eines Renteneinkommens verflochten. Man vergleiche dazu Bismarcks berühmte, bei Gelegenheit der Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze gehaltene Rede von 1889. In Wahrheit hat die Versicherungsgesetzgebung bis zum Kriege — abgesehen von einzelnen Sonderfällen — die Wiederherstellung der durch Krankheit geschädigten Erwerbsfähigkeit gesichert. Für das Volksbewußtsein aber verwandelte sich das in eine Art von Privatrentenversicherung, bei der es etwa hauptsächlich darauf ankommt, den »Erlebensfall« herbeizuführen. Darüber hat Hellpach⁸⁷⁾ sehr klare Ausführungen gemacht⁸⁸⁾. Jedenfalls ist der Rentenkampf am wenigsten als Rechenexempel zu verstehen; denn was da erstritten wird, ist in dem besten Fall ein vor dem unmittelbaren Verhungern schützendes Existenzminimum. Die Kosten dieses Streits werden aber mit der ganzen Existenz bezahlt. Er wird geführt — nicht anders als oft private Rechtsstreitigkeiten zwischen Anrainern auf dem Lande, wie es Gottfried Keller in »Romeo und Julia auf dem Dorf« geschildert hat: ohne vernünftige Beziehung zwischen dem Einsatz und dem überhaupt denkbaren Gewinn. Den Zugang zu den tieferen Schichten in der Psychologie der Rentenneurose hat man sich dadurch verschüttet, daß man das Problem rein diagnostisch faßte. Man fragte: Ist ein körperlicher Krankheitszustand als Folge eines Unfalles vorhanden? Man suggerierte oft gerade durch die aufs Körperliche gerichteten Untersuchungs-

⁸⁶⁾ Hellpach, Willy, Zur Geschichte der Arbeit.

⁸⁷⁾ Vgl. auch W. Hellpach, Unfallneurosen und Arbeitsfreude. Neurol. Zentralblatt 1906.

⁸⁸⁾ Das folgende unter Benutzung von Eliasberg »Richtungen und Entwicklungen der Arbeitswissenschaft mit besonderer Berücksichtigung der Psychopathologie und Psychotherapie der abhängigen Arbeit«. Z. f. d. ges. Neurol. u. Psychiat., Bd. 102, Heft 1/2. S. 264 ff.

methoden die Tendenz zur Simulation körperlicher Symptome. Selbstverständlich ist es wichtig, die unmittelbaren physischen und psycho-physischen Folgen von Unfallereignissen in jedem Falle genauestens festzustellen. Und — nebenbei bemerkt — je besser man untersucht, je mehr sich unsere Methoden verfeinern, um so häufiger findet man somatische Befunde bei »typisch traumatischen Neurosen«. Aber die Diagnose: somatisch bedingt oder funktionell, ist schließlich nur eine Etappe für das Gutachten. Denn nach dem Willen des Gesetzgebers (vgl. dazu Art. 157 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 und § 555 der RVO.) ist die **Störung der Funktionen** durch einen Schaden insoweit entschädigungspflichtig, als durch sie eine meßbare Minderung der Erwerbsfähigkeit bedingt ist. Auch ist die menschliche Arbeitskraft nicht nur physisch, sondern innerhalb des Gesamtkomplexes wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher Beziehungen der Arbeit gemeint. Die funktionelle Störung ist also nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern sie ist sogar die eigentlich unter den Schutz gestellte. Und Störungen der anatomischen Integrität sind es im allgemeinen (Ausnahme: Versehrtheit!) nur insoweit, als sie Störungen der Funktion bedingen. Entschädigungspflichtig sind also »Betriebsstörungen«, sofern sie: a) erwerbsmindernde Folgen haben, b) in einem lückenlosen Kausalzusammenhang mit einem Unfallereignis stehen.

Für die Anerkennung des Unfalls als Ursache wird gefordert, daß das Unfallereignis ein **wesentliches Glied** in der Ursachenkette, eine *conditio sine qua non* gewesen ist.

Diese Forderung ist identisch weder mit der Schwere des Ereignisses, obgleich diese in vielen Fällen Hinweise gibt, noch damit, daß der Unfall die einzige Ursache gewesen sein soll. Auch der Unfall als Auslösung kann eine *conditio sine qua non* gewesen sein.

Die Anerkennung des lückenlosen Kausalzusammenhangs bezieht sich nicht nur auf die adäquate, d. h. durchschnittliche und der allgemeinen Erfahrung entsprechende Verursachung, sondern auf jede nachgewiesene Verursachung überhaupt. Die besonderen System-Bedingungen, auf die der Unfall trifft, sind im allgemeinen nach dem Willen des Gesetzgebers gleichfalls versichert. Versichert ist nicht nur der gesunde Arbeiter, sondern jeder **erwerbstätige Arbeiter**.

Daher genügt der Nachweis einer erheblichen psychopathischen Anlage nicht, um rechtlich die Unfallneurose als Folge auszuschließen. Es müßte auch der Nachweis erbracht werden, daß der Unfall keine *conditio sine qua non* war.

Zweckmäßig werden als Unfallneurosen nur solche »Betriebsstörungen« bezeichnet, bei denen nach Obigem der Kausalzusammenhang mit dem Unfall anzuerkennen ist. Dagegen sollen

alle nicht durch den Unfall als *conditio sine qua non*, sondern durch Vorhergehendes (Anlage) oder durch Nachfolgendes (Verfahren im weitesten Sinne) bewirkten Neurosen »Rentenneurosen« heißen.

Die Rentenneurose in diesem Sinne ist keineswegs immer eine ideogene Begehrungsneurose.

Die Unfall-, besonders die Rentenneurosen, brauchen aber gar nicht abnorme Reaktionen zu sein. Und es ist deswegen auch gar nicht notwendig, eine Veranlagung zu konstruieren, wie das oft in der Praxis geschieht. Es kann sich handeln um psychologisch-normale Reaktionen ohne Veranlagung: a) bei psychisch bedeutsamen Unfallereignissen, b) bei schwierigen sozialen Verhältnissen (wozu die sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen Verhältnisse der abhängigen Industriearbeit häufig gehören).

Unsere Kriegsrentengesetzgebung (Reichsversorgungsgesetz von 1920) geht bekanntlich über die soziale Rentengesetzgebung darin hinaus, daß sie dem Rentenempfänger neben der Rente die Möglichkeit einer Umschulung für einen neuen Beruf gibt ⁸⁹⁾. Es hat sich herausgestellt, daß von dieser Möglichkeit gern Gebrauch gemacht worden ist. Es ist sogar Kriegsbeschädigten — unter anderen auch Hirngeschädigten — möglich gewesen, auf Grund der Berufsumschulung nach der Verwundung zu einem sozialen Aufstieg zu gelangen. Die bloße Rentengewährung ist oft steril. Es würden sich auch rechnerisch Vorteile ergeben, wenn der Tendenz zum Aufstieg Rechnung getragen würde. Denn die Sozialrente kann ja, wenn der Aufstieg glücklich ist, in Wegfall kommen. Wie man sieht, ist hier das Moment der Freude an der Arbeit entscheidend. Auch die Möglichkeit, welche die Kriegsrentengesetzgebung schafft für die Bildung von Eigentum (und zwar von immobilem Eigentum: Kapitalabfindung zum Zweck der Erwerbung, Abrundung und Sicherung von Grundbesitz) sollte von der Sozialrentengesetzgebung berücksichtigt werden.

⁸⁹⁾ Vgl. auch Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten vom 12. Mai 1925 § 6 und Kommentar dazu von Krohn, Martineck, Bauer: Die Ausdehnung der Unfallversicherung usw. Berlin 1926, S. 22. Darnach kann der Versicherungsträger, wenn das Entstehen, Wiederenstehen oder die Verschlimmerung einer Berufskrankheit zu befürchten ist, eine Uebergangsrente gewähren und es wird im Interesse des Versicherungsträgers liegen, in solchen Fällen den Versicherten durch Berufsberatung, Umschulung oder eine andere Art der Berufsfürsorge sobald als möglich zur Aufnahme des neuen Berufs zu befähigen. (Begründung des Entwurfs.)

Wir fassen zusammen: Die Rentenneurose ist nur zu verstehen gewissermaßen als Spiegelbild der Arbeitsmotivation. Faulheit und Begehrlichkeit kommen zwar unter »Arbeits«-motiven vor, aber, wie jeder Kenner der modernen Arbeit weiß, höchst selten. Sie sind typisch nur bei Vagabunden und Prostituierten. Sie sind darum auch höchst selten von irgendeinem Wert für das Verständnis der Rentenneurose. Hier stehen an erster Stelle die Motive der Sicherung. Es hängt von der Gesetzgebung ab, der Seele des abhängig Arbeitenden andere Angriffspunkte zu bieten. Wir nennen als ein solches Motiv, neben und vielleicht über die Rente zu stellen: den Aufstieg durch Berufsumschulung.

Die Diagnose »funktionelle Neurose« führt, wie diese Erwägungen zeigen, direkt hinüber zur Psychotherapie. Ja, man hätte sich vielleicht manchen Umweg erspart, wenn man von vornherein das ganze Verfahren unter psychotherapeutische — und: arbeitspädagogische — Gesichtspunkte gestellt hätte. So ähnlich wie heute das Jugendgerichtsverfahren von vornherein unter pädagogischen Gesichtspunkten stehen sollte. Zusammenfassend ist zu einer Psychotherapie der Rentenneurose folgendes zu sagen:

a) Das Verfahren ist von vornherein psychotherapeutisch aufzubauen.

b) »Neurotische Einklemmungszustände« sind kunstgerecht ärztlich-psychotherapeutisch zu behandeln.

c) An die Stelle der Rente sollen verschiedene Formen gebundener Kapitalabfindung treten.

d) Die Sozialversicherung muß in den Rahmen einer umfassenden Sozialreform (siehe später) eingebaut werden.

Diese Vorschläge zur Umgestaltung der Rentengesetzgebung erfolgen aus »psycho-therapeutischen Erwägungen«. Es wird nicht verkannt, daß auch politische, finanzpolitische, verwaltungstechnische und juristische (Grundsatz der Haftpflicht!) Gesichtspunkte der Berücksichtigung bedürfen. Aber diese Gesichtspunkte, richtig verstanden und abgewogen, führen gar nicht so weit von dem ab, was hier unter dem Gesichtspunkt der Psychotherapie mit dem Ziel der Verwertung verbliebener Erwerbsfähigkeit verlangt wird. Vgl. auch hierzu: Die Reform der deutschen Sozialversicherung, Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, H. 76, Jena 1926.

Unter Psychotherapie der abhängigen Arbeit sind alle Maßnahmen neutraler Personen zu verstehen, welche darauf hinzielen, die seelische Gesamteinstellung arbeitender Menschen, und zwar ihr Leiden an der Arbeit und ihre Minderleistungen durch seelische Beeinflussung zu bessern. Solchen Maßnahmen muß eine ätiologische Diagnose vorausgehen. Es muß festgestellt oder wahrscheinlich sein, daß berufliche Verhältnisse im weiteren Sinne des Wortes (Lohn, Urlaub, Beschaffenheit der Arbeit, Arbeitsstätte, Wohnung und vieles andere) an dem Leidenszustande und an der Störung der Leistungen ursächlich beteiligt sind. Diese Diagnose wurde oft, infolge einer unter den Aerzten verbreiteten »biologistischen« Einstellung, nicht gestellt. Noch heute beherrscht die Minderwertigkeitslehre im Sinne der älteren Psychiatrie das ärztlich-soziale Denken als erbliches Uebel. Auch die Psychotherapie selbst, namentlich in der Ausprägung Freuds, hat es gefördert, daß das soziale Gebilde des Arbeitskomplexes in seiner Bedeutung für die abwegige Gestaltung des Berufslebens nicht erkannt und gewürdigt wurde. Auch hier wieder traten biologische und individuell-bedingte Abwegigkeiten in den Vordergrund. Die Grunderkenntnis aber, daß der Leidenszustand aus bestimmten sozialen Verhältnissen stammt, wird schon der bloßen statistischen Betrachtung klar. Ohne irgendwie ins Einzelne zu gehen, bemerkt man, daß in Zeiten gesteigerter Arbeitslosigkeit Kriminalität, Verwahrlosung, Tumulte u. dergl. zunehmen; kurz, es kommt zu abnormen affektiven Reaktionen in der Oeffentlichkeit und so auch zu affektiv-bedingten Leidenszuständen des Einzelnen.

Als Typus eines der Psychotherapie wohl zugänglichen Leidenszustandes, der durch den Arbeitskomplex bestimmt ist, wollen wir die Arbeitslosigkeit ins Auge fassen. Zwei Reihen von Symptomen sind zu beobachten, die miteinander in einem scheinbaren Widerspruch stehen: 1. Der bekannte Radikalismus der arbeitslosen Massen, der gekennzeichnet ist durch eine höchst simplizistische, extrem rationalistische Anschauungsweise und der dann unter den Bedingungen der Masse zur Explosion führt. 2. Die andere Symptomenreihe zeigt sich dem Arzt an dem einzelnen Arbeitslosen in der Sprechstunde. Sie ist geradezu das Negativ jener eben geschilderten Brutalität in der Oeffentlichkeit. Der Arbeitslose ist scheu, gedrückt, willenlos, verzweifelnd. Er sieht die nächstliegende Möglichkeit nicht. Sein

Zustand erinnert an den aus der Klinik bekannten Mischzustand ängstlicher Hemmung: Erregung und gleichzeitig völlige Leere, eben als Ausdruck der Hemmung. Es fällt ihm nichts mehr ein. Wie in einer Art von auto-suggestiver Befestigung im Unglück wiederholt er stereotyp: Mir kann nichts mehr helfen, ich bin verloren. Das bezieht sich bald mehr auf die Existenzbedrohung, bald auf die mehr isolierten Angstsymptome: eingenommener Kopf, Herzklopfen, Schlaflosigkeit, Organsensationen aller Art usw. Dies im Verein mit der qualvollen Depression wird nun in Verbindung gebracht mit dem Erlebnis bedrohter Existenz. Es ist ganz klar, daß die unter 2 beschriebene Symptomenreihe die ursprünglichere ist. Die Angst führt auch beim einzelnen zu Explosionen, ganz gleichgültig, ob sie im Erlebnis sinnvoll unterbaut ist oder nicht. Daß ganz bestimmte Situationen, nämlich die der Masse, die Explosionsgefahr steigern, ist bekannt. So hängt das Zustandsbild der turbulenten Masse mit dem des gehemmten einzelnen Arbeitslosen zusammen.

Die Psychotherapie, obwohl sie nichts so sehr von sich weisen muß, als dies: sie könne und wolle die sozialen Zustände optimistisch auffassen lehren — kann hier doch eine wichtige soziale Aufgabe erfüllen. Sie kann bei Wahrung vollständiger Neutralität den Einzelnen aus jenem Zustand seelischer Eingeklemmtheit befreien. Jedoch muß die mit dem Worte Neutralität aufgezeigte Grenze streng respektiert werden. Allen Leiden — körperlichen wie seelischen — wohnt eine Tendenz zur Selbsthilfe inne; alle Therapie und Psychotherapie muß davon ausgehen und sich hüten, durch die Behandlung des Leiders diese Tendenz zur Selbsthilfe aufzuheben. Der Kranke, der sein Leidenserlebnis ganz suggestiv ohne sein Zutun verliert, würde damit an Niveau einbüßen. Für die Psychotherapie handelt es sich also nicht darum, das Leiden aus der Welt zu schaffen, sondern nur darum, die reaktive Hemmung, die Sperrung, die sensitiven Entwicklungen zu beseitigen. Der Kranke soll leiden, aber er soll nicht ins Innere seines Leidens versinken⁹⁰⁾. Ihm soll sich das Wort Eckehardts erfüllen: »Das Leid ist das schnellste Tier, das uns trägt zur Vollkommenheit.« Die Psychotherapie hat nichts zu tun mit einem blutarmen Optimismus. Der Klassenkampf kann nicht »abreagiert« werden.

⁹⁰⁾ W. Eliasberg, Grundriß einer allgemeinen Arbeitspathologie. Schr. z. Psychologie d. Berufseignung u. d. Wirtschaftslebens. H. 28. Leipzig 1924. S. 20.

In unsere Definition der Psychotherapie der abhängigen Arbeit wurde aufgenommen, daß es sich dabei um Maßnahmen neutraler Personen handelt, die mit ihren Interessen sich weder an den Unternehmer noch an die Arbeiterschaft, weder als Konsumenten noch als Produzenten, gebunden fühlen. Dazu können allerdings die Aerzte besonders geeignet sein.

Psychotherapie der Arbeit ist also ein Tun, das zunächst im Interesse des leidenden Arbeiters ausgeübt wird, das ihn aus seiner Leidversunkenheit aufrütteln und ihm seine freie Aktivität wiedergeben soll. Er gebrauche sie! Ihm da hineinzureden, ist nicht Aufgabe der Psychotherapie. Aber allerdings hat von einer solchen Psychotherapie auch der Betrieb Vorteile. Es wird die innere Reibung der Betriebselemente vermindert; der Einzelne wird innerlich freier, sein Handeln vernünftiger, sachlicher; von ihm sind nicht Explosionen zu befürchten, die sonst doch einmal den Damm der Hemmungen durchbrechen. Es ist nicht zu befürchten, daß die Verzweiflung sich doch einmal im »Mute der Verzweiflung« Luft macht. Von dem einzelnen »freien Manne« wie von der Masse und von der Organisation werden dann nicht Forderungen und Ansprüche erhoben, die nur noch »psychogen« zu verstehen sind, als Ueberkompensation aufgespeicherter Verbitterung.

Wer die Tätigkeit der Betriebsräte kennt, weiß, was alles offenbar nur aus innerer Unfreiheit eingeklemmter Affekte, aus dem Bezugssystem des Mißtrauens, verletzten, unbefriedigten Selbstgefühls geschehen ist.

Die Psychotherapie, gestützt auf eine Erkenntnis der Zusammenhänge des Arbeitskomplexes und eine vertiefte Kenntnis menschlicher Reaktionsweisen, ist durchaus in der Lage, die hier geforderte Leistung zu vollbringen.

Der soziale und wirtschaftliche Wert solcher Psychotherapie steht außer Frage. Voraussetzung ist allerdings, daß diese Wirksamkeit von den Krankenkassen anerkannt und gewürdigt werde. Interessiert sind (siehe oben die Ausführungen über die Renten-neurose) auch die Berufsgenossenschaften und endlich im Zusammenhang der Sozialpolitik der Staat. Von ihm muß gefordert werden, daß er die Psychotherapie der Arbeit in Lehre und Werk fördere.

Zur Entwicklungspsychologie der Motivationsstufen.

Die entwicklungspsychologische Betrachtungsweise ist diejenige, für die das Werden in erster Linie von inneren Kräften

her bestimmt ist (siehe oben). Daher haben an dieser Stelle alle diejenigen die Motivation gestaltenden Momente auszuscheiden, welche von außen her wirken. Also: Die soziale Lage, Tradition, das Milieu im weitesten Sinne. Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Ausscheidung, und damit die Bestimmung der inneren Momente, der Entwicklungspsychologie im eigentlichen Sinne, sehr schwer ist. Man vergegenwärtige sich den für die Gestaltung der Motivation so wichtigen Lebensabschnitt der Berufswahl, und man wird die Schwierigkeit, Milieumomente auszuscheiden, einsehen. Dazu kommt noch, daß die vergleichende Psychologie Beobachtungen über die Gestaltung der Motivationen nur in sehr unzureichendem Maße besitzt. Ein erster Versuch liegt bei Giese vor ⁹¹⁾. Man hat bezeichnenderweise die Arbeitseignung, z. B. der Slaven, der Japaner, ganz und gar elementarpsychologisch, aus dem isolierten Verhalten der Aufmerksamkeit, der Sinnesschärfe usw., zu bestimmen versucht.

Das Problem einer Aenderung der Gesamtmotivation im Leben des Kindes ist wohl zuerst von Freud gesehen worden. Er läßt das Kind durch eine Abfolge typischer Triebkonstellationen vom reinen Lustprinzip zum Realitätsprinzip gelangen. Indes ist die Freudsche Lehre nicht eindeutig, und neuerdings ist auch innerhalb der Freudschen Schule die »ideale Forderung« in ihrer ganzen Problematik erkannt worden. Was früher als »moralische Vorstellungsmasse« abgetan wurde, dem wendet sich jetzt dieser Kreis vielseitiger Forscher zu. Entschiedener und in den Umrissen deutlicher als bei Freud erscheint unser Problem in der Gestaltung Alfred Adlers. Adlers Psychologie im Gegensatz zu der Freuds betont den Sinnzusammenhang unserer Existenz. Unser Handeln sei aufs stärkste final, prospektiv bestimmt, und zwar auch schon beim Kinde. Schon das kindliche Dasein sei durch die »Leitlinie« bestimmt. Und so lassen sich auch die kindlichen Berufswünsche schon als sinnvoll verstehen. Aber anders als die Berufswahl des Jünglings sei die des Kindes fast ausschließlich durch endogene Momente bestimmt. Namentlich durch die Art, wie das Kind sich eine Position für sein Machtstreben, eine Sicherung für sein Minderwertigkeitsgefühl zu schaffen sucht. Wenn das der Fall wäre, dann würden wir hier allerdings sehr reiche entwicklungspsycho-

⁹¹⁾ Fritz Giese, Arbeitseignung von Farbigen und Naturvölkern. Prakt. Psychologie I, 1920.

logische Belehrung über die Motivationsstufen zu erwarten haben. Wir werden noch sehen, wie weit unsere Erwartungen erfüllt werden. Eine dritte Quelle eröffnet sich in all denjenigen Arbeiten, welche die Struktur des kindlichen Geistes näher zu bestimmen suchen.

Zu dieser Frage habe ich ⁹²⁾ zweierlei dargetan ⁹³⁾. Die eigentümliche Struktur des kindlichen Geisteslebens, wie die des primitiven Geisteslebens überhaupt, ist die der Totalität. Innerhalb der ursprünglichen Totalität und Allbeseelung grenzen sich affektgebundene Komplexe ab. Die kindliche Welt ist ein Jenseits der kategorialen Welt, ist ein Jenseits von Hier und Dort, von Person und Sache, von Subjekt und Objekt, von Jetzt und Nicht-Jetzt, von Mein und Dein, von Substanz und Attribut, von Ursache und Wirkung. Das ist die ursprüngliche kindliche Welt. Aber da das Kind in der Welt der erwachsenen Kulturmenschen aufwächst und sich in ihr schon bald zurechtfinden muß, da ihm mit der Sprache die kategoriale Formung aufgezwungen wird, so lebt es eigentlich nie in seiner ursprünglichen Welt, sondern immer in einer Spannung zwischen der ihm gemäßen Erlebnisweise und der des Erwachsenen. Die daher stammenden Spannungsgebilde habe ich im einzelnen verfolgt. Sie sind deutlich im sittlichen Verhalten des Kindes, sie bewirken eine eigentümliche Starrheit des Kindes, das sich in die ihm fremde Welt der Erwachsenen wie ein Blinder hineintasten muß. Aber noch ein Zweites ist für die kindliche Struktur und besonders für ihre Entwicklung dargetan. Es treten in gesetzmäßiger Weise Funktionen auf, die sich an der Erfahrung bewähren, deren empirische Synthese aber nicht gelingt und die wir darum apriorisch nennen ⁹⁴⁾. Sie sind ganz echte Entwicklungsmomente in unserem oben aufgezeigten Sinn. Sehen wir nun zu, wie das Kind mit seiner ganzen geistigen Struktur sich zu Arbeit, Beruf, Erwerb, Eigentum, Wirtschaft verhält.

Wenn die nationalökonomische Theorie, wie sie früher tat, die Arbeit entstehen läßt aus Vorsorge für zukünftige Bedürfnisbefriedigung, so sollte sie jedenfalls bedenken, daß die Ontogenese und die Psychologie des primitiven Menschen diesen Zusammen-

⁹²⁾ Eliasberg, Psychologie und Pathologie der Abstraktion. Leipzig 1925.

⁹³⁾ Vgl. auch Hans Volkelt, Fortschritte der experimentellen Kinderpsychologie. Jena 1926.

⁹⁴⁾ Näheres bei Eliasberg, Psychologie und Pathologie der Abstraktion. Leipzig 1925.

hang nicht kennen. Ueberhaupt zeigen Ontogenese und Phylogenese nicht diesen sozusagen monophyletischen Vorgang, der sich in der „Kausalreihe“ der klassischen Nationalökonomie ausdrückt, Bedürfnis, Eigentum, Arbeit, Beruf, Standesordnung, Technik und Wirtschaft. Vielmehr ist das Wahrscheinlichere — wie man es ausdrücken kann: der polyphyletische Ursprung —, daß nämlich eine Anzahl von unabhängigen, nebeneinander bestehenden Tendenzen im Laufe der Geschichte miteinander in Beziehung getreten sind, und daß diese Beziehungen in unserer Kultur immer enger geworden sind, so daß schließlich das komplexe Gesamtbild der wirtschaftlichen Arbeit entstand als ein Zusammenspiel von Bedürfnisbefriedigung, motorischem Streben, ursprünglicher Tätigkeitslust, Sicherheitsbedürfnis, Geltungs- und Machtstreben, Kenntnis kausaler Zusammenhänge, rationeller Beherrschung der Verhältnisse und noch vielem anderen.

Wir wollen jetzt diese Fäden, die sich zum Knoten der Arbeit unlöslich verstricken, an Hand — hauptsächlich der Ontogenese — zu entwirren suchen.

Das Eigentumsbedürfnis wenigstens ist nicht auf einen primären Trieb und seine Befriedigung zurückzuführen. Wenn wir uns unter Eigentum das Abgegrenzte, Umzäunte, Abgesetzte, Feindselige, gegen andere Gerichtete vorstellen, dann kennt das Kind ursprünglich kein Eigentum. Das Kind identifiziert sich mit allem, Personen und Dingen; es grenzt nicht ab. Ein Habenbedürfnis existiert zunächst nicht, es handelt sich in Wahrheit nur um Identifizierung. Aber schon sehr bald und zwar in dem Maße, wie das Kind seine Persönlichkeit gewinnt, treten auch echte Appropriationstendenzen auf. Mögen an der Bildung des Ich Schuld- und Minderwertigkeitsgefühle beteiligt sein oder nicht, sobald nun eine Ichabgrenzung gegen Personen und dann auch gegen Dinge erfolgt, tritt nun allerdings erstaunlich früh ein echtes Habenbedürfnis auf. Aber es ist sehr deutlich, wie dieses Habenbedürfnis sich zuerst gegen Personen und dann erst auf Sachen richtet.

Sicherlich beruht die Appropriationstendenz (wie die Beobachtung von Kindern zeigt) nicht auf Arbeit, sie ist nicht der Ausfluß des Aufwandes, sie wird nicht erlebt gewissermaßen als berechtigter Entgelt für aufgewandte Mühe — eine Auffassung, die bekanntlich für die sozialistischen Werttheorien entscheidend

ist —, sondern: die Appropriationstendenz gehört zu den frühen Aeüßerungen des sich selbst gewinnenden Ich. Die Appropriationstendenz beruht auch nicht auf irgendeiner Erkenntnis des beschränkten Vorrats. Irgendwelche »wirtschaftlichen« Gesichtspunkte fehlen darin ganz und gar; wir sagten ja schon, daß die primäre Appropriation überhaupt nicht sachlich, sondern personal orientiert ist. Wie denn die Abgrenzung des Ich gegen das Du früher und intensiver ist als gegen die Dinge ⁹⁵⁾. Das Kind arbeitet. Dieser Satz wird auf Widerspruch stoßen. Wir behaupten damit auch nicht etwa, daß das Kind mit ökonomischer Absicht tätig ist. Wir werden in folgendem auch nicht von der sogenannten Kinderarbeit im Sinne der Sozialpolitik sprechen. Sie ist aus Gründen der körperlichen Hygiene des Kindes ebensosehr zu verwerfen, wie aus psychologischen und pädagogischen. Das Kind zu einer Erwerbstätigkeit zwingen, ist eine Unmenschlichkeit, ist die völlige Zerstörung der Gefühlswelt des Kindes.

Das Kind arbeitet. Da sitzt es und ist damit beschäftigt, irgendein Geheimnis zu entdecken. Es hat die Puppe vor sich liegen und will offenbar das Innere des Puppenbauchs nach außen kehren. Zu diesem Zweck werden — wo die Kräfte und die Geschicklichkeit der Händchen oder der Zähne nicht ausreichen — Werkzeuge herangeholt. Die Tätigkeit nimmt lange Zeit in Anspruch.

Das Ganze ist ein sinnvoller, auf ein Ziel, auf die Verwirklichung eines Strebens, eines Werkes gerichteter Vorgang. Wir bemerken während dessen zunächst eine allgemeine Spannung, dann vielleicht eine Befriedigung, wenn die Arbeit voranschreitet, eine ärgerliche Spannung, wenn sich Hindernisse in den Weg stellen. — Dann die Spannung allgemeiner Kraftanstrengung und das Ganze gekrönt von der Befriedigung des vollbrachten Werks, wenn endlich das Werk aus dem Puppenbauch zutage gefördert ist.

Folgende Momente lassen sich an diesem Vorgang sondern: 1. Die beabsichtigte Verwirklichung eines Werkes. 2. Die Dauer der Tätigkeit. 3. Eine reiche Skala von Gefühlen. 4. Der sinnvolle Zusammenhang des Ganzen.

Bei anderen Tätigkeiten des Kindes wird der sinnvolle Zusammenhang noch deutlicher. Wenn z. B. das Kind nach einer Vorlage baut. Es prüft, es vergleicht das Werk mit der Vor-

⁹⁵⁾ Leicht verständlich: denn ernsthaftige Gegenwirkungen erfährt das Kulturkind mehr von Menschen als von den Dingen und der »Natur«.

lage, es ändert, wenn die Kontrolle Unrichtigkeiten ergibt. Das Aendern, das Erkennen, das Korrigieren selbst wäre wohl ein Problemkreis für sich, auf den wir hier nicht eingehen können. Wir wollten an diesem Beispiel nur zeigen, wie der Sinnzusammenhang im ganzen der Tätigkeit erkennbar ist.

Nun ändert sich auch bald das Tempo der Tätigkeit. Und gleichzeitig wird die Mannigfaltigkeit der Gefühle vereinfacht. Man sagt: Das Kind »kann« das schon. Der Zustand des Könnens unterscheidet sich von dem der ersten Durchführung des Werkes nicht nur dadurch, daß die Leistung schneller, besser erfolgt, sondern auch dadurch, daß die Tätigkeit als solche weniger affektbelebt ist. Aber dafür ein starker Affekt, wenn das Ziel der Tätigkeit — eben in dem Augenblick erwiesenen Könnens — erlebt wird. Auch dies kann zurücktreten, es kann zu einem ganz automatischen Ablauf kommen. Die gekonnte Leistung des Kindes unterscheidet sich dann nicht mehr von der Leistung eines Automaten. Warum sollte man das alles nicht Arbeit nennen? Einesteils fehlt allerdings der ökonomische Zweck — aber der beherrscht ja auch die Arbeit des Erwachsenen nicht unbedingt. Zum anderen ist die Arbeitstätigkeit des Kindes stets frei. Die Aufgabe stellt sich das Kind selbst. Es wäre unmöglich, das Kind stundenlang durch Zwang in der Tätigkeit zu erhalten.

Aus diesem Grunde hat z. B. Kräpelin Kinder von seinen Arbeitsversuchen ausgeschlossen und war wohl überhaupt der Ansicht, daß Kinder nicht arbeiten können.

Ich habe unter den Momenten die Konzentration, die Aufmerksamkeitsspannung nicht genannt. Aus gutem Grunde. Denn die Konzentration gehört sicherlich nicht in dem Maße zu den Bedingungen der Arbeit, wie es die »Paß-auf«-Pädagogik glaubt. Im Gegenteil haben eigene Untersuchungen in Uebereinstimmung mit Arbeiten von Selz und anderen gezeigt, daß die schöpferische Pause, das Intervall zwischen den Konzentrationsspannungen, für die Arbeitsleistung des Kindes wie für die eigentlich produktiven Leistungen des Erwachsenen unentbehrlich ist. Wenn das Kind so arbeitet, so ist unverkennbar das affektive Bett, in dem dies seelische Geschehen strömt. Die Gefühle, die dabei beobachtet werden, kann man zweckmäßig sondern 1. in Gefühle, die noch vor der Tätigkeit als Motive auftreten, 2. in solche, die an die Tätigkeit selbst gebunden

sind (Funktionslust und -unlust). Und endlich in solche, die nur dann auftreten, wenn das Ziel erreicht ist. Hier kann wiederum gesondert werden. Das Gefühl kann anschließen an das erreichte Ziel als solches, oder an das bewiesene Können. Sobald ein Glied in der Kette ausfällt, ist der Arbeitsvorgang gestört. Wir werden beim Kinde z. B., auch wenn es den Wert des Zieles schon kennt, die Tätigkeit nicht erzwingen, wenn keine Funktionslust entsteht. Oder die Tätigkeit wird nicht zustande kommen, wenn keine primäre Motivlust da ist. Und die stärkste Motivlust wird die Tätigkeit nicht im Gange halten, wenn das Geschehen gar zu mühevoll ist.

Wir sind heute noch nicht in der Lage, mit Sicherheit zu sagen, ob der Zustand der Uebung oder der Ermüdung, abgesehen von den technischen Dispositionen, auch mit charakteristischen Verschiebungen des Gefühlsverlaufs einhergeht. Allerdings scheint es, als ob das auf Uebung beruhende Können, solange es als solches erlebt wird, gefühlsmäßig so verläuft, daß an eine indifferente Tätigkeitszone das starke Gefühl des Könnens anschließt, während in der Ermüdung die Tätigkeitszone ausgesprochen unlustbetont ist. Aber am Ende und auch zu Anfang ist immer noch eine Mannigfaltigkeit möglich; die dennoch bezwungene Leistung kann auch in der Müdigkeit zu starken Gefühlen führen. Es kann andererseits die Unlust schlaff abklingen. Solche Verläufe werden sicherlich nicht nur von den affektiven Dispositionen, sondern auch von der Gesamtpersönlichkeit abhängen.

Wenn die Uebung eingetreten ist, so drückt sich das darin aus, daß das Kind, wie man sagt, eine Technik besitzt. Technik wird also hier genommen als etwas Seelisches, nämlich als eine Veränderung der seelischen Dispositionen. Die seelischen Abläufe geschehen nun anders, als sie vordem waren. Dabei ist folgendes bemerkenswert: Die Technik einer Leistung, wenn sie selbst gefunden ist, kann nur erworben werden, wenn die Leistung als Ganzes beabsichtigt und durchgeführt wurde. Wenn das vorschulpflichtige Kind etwas einübt — wie man sagt: erlernt —, so ist das ein Vorgang, der in allem dem Schullernen entgegengesetzt ist. Das Schullernen hebt mit den Elementen an. »Pueros elementa docentem« sagt Horaz vorherschauend zu seinem Buch. Und in der Tat: der Schulunterricht des Kindes beginnt, wie der militärische Drill, nicht mit einem Ganzen,

sondern mit Elementen. Das ist nur möglich, weil diese Elemente schon herausanalysiert wurden, weil eine Technik vorhanden ist. Aber nicht eine seelische Technik, sondern eine objektive, ein System von Lehrsätzen, eine Anweisung, wie Elemente zu gewinnen und zu einem Ganzen zusammenzufassen seien. Ueberall, wo diese Art des Lernens statt hat, ist auch eine bestimmte Motivation nötig, die man die Disziplin nennt: Statt daß der Wille sich selbst auf ein Ziel richtet, das natürlich nur als Ganzes ins Auge gefaßt werden kann, ist ein Führer da, der die Aufmerksamkeit auf Elemente zu richten befiehlt. Wie man sieht, ist das didaktische Verfahren der Schule in Wahrheit nicht rein technisch-didaktisch, sondern auch auf ein bestimmtes Motivationsverhältnis, das der Unterordnung, der Disziplin, begründet.

Späterhin treten Mischformen auf. So wenn der Fabriklehrling im allgemeinen der Fabrikdisziplin unterliegt, das einzelne Werkstück aber als Ganzes anzufertigen lernt. Das kindgemäße Erlernen des vorschulpflichtigen Kindes und das disziplinierte Lernen des schulpflichtigen Kindes, das ist ein Unterschied wie Himmel und Erde. Ganz andere, abgeleitete Freuden treten an die Stelle der Tätigkeitsfreude, des ganzen Gefühlsverlaufs, den wir beim vorschulpflichtigen Kinde kennen gelernt haben. Nun gilt es ein Lob zu verdienen, sich auszuzeichnen u. dgl. Nur wo die Schule sich an die Gemeinschaft der Kinder wendet, da ist es ihr möglich, diese bewußt-individuellen Motive zurückzudrängen und in den sozialen Motiven auch noch die Funktionslust zu erhalten.

Das Kind zeigt, namentlich in seiner starken Identifizierung, in der Ungeschiedenheit des Seelischen, wie wir ausführten, Ähnlichkeit mit dem primitiven Menschen. Dennoch kommt es beim Kinde in der Regel nicht zum Aufbau einer magischen Welt, d. h. einer Welt, in der nun diese Identifikationen gewissermaßen starr geworden sind, in der Form von Zauber, Brauch, Beschwörung u. dgl. Und wir haben auch von den Gründen gesprochen. Das Kulturkind lebt nicht in einer übermächtigen Natur, sondern es lebt in erster Linie unter erwachsenen Kulturmenschen. Wie das Kulturkind keine Magie ausbildet, so fehlt auch unter den Wurzeln seiner Betätigung, die Arbeit aus Zwang und Furcht vor den Göttern und aus Zwang menschlicher Uebermacht. Das sind Unterschiede der Ontogenese im Gegen-

satz zur Phylogenese der Arbeit, die man wohl berücksichtigen muß.

Wenn wir das bisher Gesagte überblicken, so ergeben sich als früheste ontogenetische Wurzeln der Arbeit nicht die Bedürfnisbefriedigung, auch nicht das Eigentumsbedürfnis, sondern ein ursprünglicher Tätigkeitsdrang, der seinerseits zu einer reichen Entfaltung der Persönlichkeit führt. Das Ich wird sich seines Könnens bewußt. Es gewinnt Techniken, es lernt den Ertrag der Arbeit kennen, es lernt wählen zwischen den Begierden, es lernt, was das heißt, Arbeit aufwenden: nämlich ein bevorzugtes Ziel festhalten und zu seinen Gunsten auf andere verzichten. Es lernt sparen, nicht nur technisch, das heißt an Mitteln, sondern auch wirtschaftlich, das heißt an Zwecken (vgl. Gottl-Ottlilienfeld). Und damit kommen wir zur Ontogenese von Technik und Wirtschaft.

v. Gottl-Ottlilienfeld ⁹⁶⁾ hebt hervor, daß die Technik stammesgeschichtlich sehr viel älter sei, als die Wirtschaft.

Die Bestätigung dieser Behauptung finden wir in der Ontogenese. Das Kind erwirbt Techniken subjektiv, bald auch in dem Maße, wie sich die Sprache entwickelt, objektive Techniken, Verhaltensmaßregeln aller Art. Die Erziehung mit ihren Merk- und Kernsprüchen gibt solche objektive Techniken. Der Unterricht, wie wir schon ausführten, ist gewöhnlich auf objektive Technik gegründet. Aber ein Gesamtplan der Zwecke liegt noch nicht vor.

Wie das Kind keinen Lebensplan hat, so erst recht keinen *calculus rationalis* eines solchen Lebensplanes. Das gilt für das normale Kind. Während beim neurotisch gewordenen Kind allerdings auffällig frühzeitig, wenn wir die Adlersche Deutung annehmen, sich ein solcher Gesamtlebensplan abzeichnet: Unter der Wirkung der Schwäche, des Minderwertigkeitserlebnisses — also, wenn man will, ähnlich motiviert, wie es die rationale Wirtschaft auch ist, nämlich durch das Motiv der Vorsorge, durch die Erkenntnis des Nichtausreichens. Aber für das normale Kind gilt das, trotzdem es sich auch schon seiner Schwäche bewußt wird, nicht. Hier entwickelt sich das wirtschaftliche Denken wohl anders. Wir führten oben schon aus, daß jede Dauertätigkeit, wie sie unter der Wirkung irgendwelcher Triebe zustande kommt, zu Aufwandserlebnissen führen muß. Inter-

⁹⁶⁾ v. Gottl-Ottlilienfeld, Wirtschaft und Technik, im Grundriß der Sozialök. II. Abt. 2. Aufl. Tübingen 1923.

kurrente Triebe, Ablenkungen u. dgl. müssen unterdrückt werden und damit ist auch ein Bewerten, ein Auswählen zwischen den Zielen und so — wenn man vom Calcul absehen will — eigentlich schon eine wirtschaftende Verhaltensweise gegeben.

Eine interessante Frage bleibt es noch zu berühren. Nämlich die der Ontogonese der Berufe. Die Arbeitstätigkeit, die dauernd ausgeübt wird, die das Gesamtverhalten und alle Interessen des Individuums beeinflußt, die die Möglichkeiten seines Konsums, das äußere Auftreten und Gehaben, das Maß sozialer Achtung, das System seiner Werte, seine politischen Ziele, kurz sein ganzes Dasein reguliert, nennen wir Beruf. Wir sagen im Deutschen: jemand ist dies oder jenes — nämlich ein Berufstätiger dieser oder jener Art — und drücken damit aus, daß die Berufstätigkeit das Sein des Menschen überhaupt ist. Im Gegensatz zu anderen Sprachen, z. B. zur italienischen, zur französischen, wo man sagt: daß jemand dies oder jenes mache, »spiele«. — Dies zeigt, daß die Ergriffenheit des Menschen durch den Beruf Grade hat, selbst wenn man von Berufenheit noch absieht.

Dem Kinde fehlt ganz und gar die Kenntnis, daß der Beruf den Menschen ergreift, daß man durch den Beruf endgültig geformt wird.

Das Kind ahnt gar nicht in seiner allbeseelenden Welt, daß die Starrheit und Abgegrenztheit so weit gehen kann, daß ein Mensch in seinem Berufe aufgehe. Was bleibt also für das Kind vom Beruf übrig? Vor allem, was den Beruf ausmacht, ein Ahnen! So die Freude, die Funktionslust einer bestimmten Berufstätigkeit: Trambahnschaffner, Soldat, Lehrerin, Kinderfräulein, Kutscher. Dann eine Ahnung von dem Oben- und Untensein, von der Standesordnung, die der Beruf mit sich bringt. Darum teilt das Kind sich selbst in Massenspielen eine bestimmte Rolle zu, wiederum etwa die der Lehrerin, die den Tatenstecken in der Hand hat, oder die der Mutter oder des Vaters, die »alles« dürfen, oder die des Kaufmanns, der Waren hat u. dgl.

Dieses Moment der Macht, der Standes- und Geltungsordnung in dem kindlichen Berufswunsch hat namentlich Alfred Adler hervorgehoben. Es will mir scheinen, als ob das nur für ältere Kinder zutrifft, deren berufskundliche Kenntnisse schon größer sind. Kleine Kinder erfassen von diesen Zusammenhängen des Berufs doch noch sehr wenig.

Der innere Zusammenhang einer Berufstätigkeit pflegt dem Kinde ganz und gar unbekannt zu sein. Es ist gewissermaßen nur die Uniform des Berufs, die es erfährt.

Kehren wir jetzt zum Ausgang unserer Betrachtung der Entwicklungspsychologie der Motivationen zurück. Wir sehen, daß die geistige Entwicklung des Kindes gebunden ist an das Auftreten von psychischen Funktionszusammenhängen, Strukturen, an die Möglichkeit von Willenserlebnissen, von Wahlvorgängen usw. Wir sahen ferner, daß die starke Subjektivität des Kindes im Aufbau der Wahrnehmungswelt (E. R. Jaensch) und in der Affektgebundenheit seiner Komplexe allmählich zurücktritt. Daran, an die Aenderung der individuell-psychischen Funktionsvollzüge, an die Erlebnismöglichkeiten, ist die Entwicklung der Motivationsstufen freilich gebunden, ohne doch mit ihnen identisch zu sein. Die sozial-bedingten Motivationsstufen lassen sich auf Funktionsvollzüge nicht reduzieren. Eine der wesentlichsten Erscheinungen in der Entwicklung der Motivationsstufen nun ist die Entdeckung der Persönlichkeit, und zwar im Zusammenhang der neuen Sachlichkeit. Galten dem Kinde bisher die Dinge gewissermaßen als Verursacher ihrer selbst, so wird nun im kausalen Bezugssystem der ungeheure Einfluß der Persönlichkeit beachtet ⁹⁷⁾.

Wir haben gezeigt, wie diesem Alter auch die Tendenz zur verstandesscharfen Kritik und zum Radikalismus eigen ist.

Beide Motivationen, die Hingabe wie der Radikalismus, müssen einmal erlebt sein, damit in ihnen der ganze Reichtum der Motivationsstufen entstehe. Einmal im Leben muß man, wie Descartes in seinen Meditationen sagt, an allem gezweifelt haben. Eine Jugend, die sich allzu früh in der Hingabe festlegt, wird nie Persönlichkeiten ausbilden können. Wir wissen, daß dies die Gefahr der Jugendbewegung unserer Zeit ist und zwar in beiden heute beherrschenden politischen Einstellungen; allzu schnell, allzu selbstverständlich, ohne innerliche Prüfung gibt sich die Jugend dem nationalen oder dem Klassenideal hin, ohne durch die Stufe der individuellen Kritik hindurchgegangen zu sein.

Zusammenfassend können wir über die Entwicklungspsychologie der Arbeits- und Berufsmotivation sagen:

I. Es gibt keine einfache, naturalistisch zu verstehende Stufenfolge von natürlichem Bedürfnis bis zum

⁹⁷⁾ Näheres bei Eliasberg, *Psychologie der Abstraktion* I. c., S. 117 und bei Eliasberg und Feuchtwanger, *„Theorie des Schwachsinn“*, *Z. f. d. ges. Neur. u. Psychiatrie*, Bd. 75, 1925. Ich habe dort ausgeführt, wie bei erworbenem Schwachsinn die personale Kausalität alles andere verdrängt. Der Schwachsinnige führt alles auf personale Mächte zurück, er lebt in einer völlig dämonischen Welt.

technisch und kaufmännisch hochentwickelten kapitalistischen Privatbetrieb.

2. Die Arbeit des Kindes läßt sich noch weniger als die des Erwachsenen aus formalen Konstanten (Kräpelin) verstehen. Nicht die äußeren inhaltlichen Momente der Arbeit, sondern eine von innen her bewirkte Entwicklung (Reifung, W. Stern) bringt die Ontogenese der Motivationsstufen. Es gibt aber auch keine einfache, naturalistisch zu verstehende Stufenfolge der Motivationen, etwa im Sinne der Dressur, einen Fortschritt nach Art der Reihe: Strafe, Furcht, Gehorsam⁹⁸⁾, sondern auch in der Entwicklung der Motivationen gibt sich uns zu erkennen, was man mit Simmel die Hinwendung des Lebens zur Idee nennen kann. Es treten apriorisch Funktionsweisen auf,

»das selbständige Gewissen
wird Sonne unserem Sittentag.« (Goethe).

Arbeitsmotivation und Sozialreform.

1. Jede sozialreformerische Bewegung hat im Auge, die Motivation der Arbeit zu verbessern. Der Widerstand des arbeitstätigen Individuums soll beseitigt werden. Der Mensch soll sich zur modernen Industriearbeit etwa wieder so verhalten, wie ein »Zünftiger« zu der seinigen. Gleichzeitig soll er seinen Frieden mit den bestehenden Ordnungen — der Gesellschaft, des Staates, der Arbeit machen. Die Sozialreform will dem Revolutionär von heute goldene Brücken bauen, sie will ihm den Rückzug ins »Diesseits« erleichtern. Das will jede Sozialreform. Aber jede wollte es auf andere Weise, denn jede sah an einer anderen Stelle »die große Wunde« (Horneffer).

Diese Einseitigkeit und Ausschließlichkeit ist nun gerade sehr belehrend; denn die Zeit, seit im Gebäude der Arbeit die Grundfesten zittern, ist lang genug, und wir können wohl vermuten, daß alles schon einmal probiert worden ist.

Die Versuche, die Motivationen der wirtschaftlichen Arbeit

⁹⁸⁾ Auch wenn wir Suggestion und Nachahmung zu Hilfe nehmen, können wir eine solche Reihe nicht gewinnen, denn wie neuere Untersuchungen gezeigt haben, ist auch bei allen Suggestionseffekten und aller Nachahmung von vornherein ein Ausleseprinzip wirksam. Nur das kann suggeriert werden und wird nachgeahmt, was allgemeinen Tendenzen entspricht. Vgl. hierzu Schneersohn, Suggestion und Nachahmung als unfruchtbare Fiktion der individuellen und sozialen Psychologie. Sep. a. »Ethos«, 1. Jahrg, 3. H. 1926.

durch Sozialreformen zu beeinflussen, stellen wir in folgender Tabelle zusammen.

Generelle Uebersicht der Versuche, die Motivation der wirtschaftlichen Arbeit durch Sozialreform zu beeinflussen.

- I. **von oben.** Träger der Reform: Der Einzelunternehmer, eine ganze Industrie, der Staat.
 - A. Objekt der Reform: der Arbeitende in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit.
 1. Als Konsument: Lohnsteigerung, private Wohlfahrtseinrichtungen.
(Leben ist mehr als Konsumieren. Es ist auch mehr als Produzieren, besonders die abhängige Arbeit!)
 2. Als Produzent (Werkstätiger): Freude an der Arbeit, persönlichem Tun. Berufsberatung. Neigung und Eignung. Arbeitszeit.
 - B. Objekt der Reform: Der Arbeitende als politisches Wesen.
 1. Wirtschaftsdemokratie.
 2. Wirtschaftsabsolutismus.
 3. Berufsständische Sozialreform, Gildensozialismus.
 - C. Objekt der Reform: der Arbeitende nach allgemein menschlich-psychologischen Tendenzen.
 1. Moment der Sicherung.
 - a) Der körperlichen Integrität und der Erwerbsfähigkeit.
 - b) Des Arbeitsplatzes.
 - c) Eines Einkommens (auch ohne und bei fehlender Arbeit).
 2. Moment der Abhängigkeit.
 - a) Die Trennung von den Produktionsmitteln: Vergesellschaftung der Produktionsmittel.
 - b) Die Botmäßigkeit: Versachlichung der Abhängigkeit.
 3. Tendenz zu Eigentum, Besitz, insbesondere zu Kapital (*mobiles* Eigentum).
 4. Tendenz zu Eigentum an Boden (*immobiles* Eigentum) (Bodenreform, Siedlungsreform).
 5. Aufstieg, Laufbahn.
 6. Gelegenheit zur Abreaktion der Arbeitsdefekte, namentlich wo 5 fehlt (Psychotherapie der Arbeit im weiteren Sinne).
 - a) Erholungstätigkeit; Nebenberuf.
 - b) Urlaub; außerberufliche Veränderung.
 - c) Berufliche Veränderungsmöglichkeit.
 - a) Unter Verbleib im Hauptberuf.
 - b) Bei eigentlichem Berufswechsel.
- II. **von unten:** (Selbsthilfe aller Art.
 1. Individuelle: Subjekt der Reform: Individuelle Tüchtigkeit, Begabung usw. Der selbstmademan als pädagogischer Typus.
 2. Kollektive: Gewerkschaften, Arbeiterbildungsvereine aller Art; Turnvereine; Sportvereine; Konsumvereine; Arbeitsnachweis, Klassenkampf).
- III. ***Auf gleichem Fuß*.**
 1. Die Arbeitsgemeinschaft; setzt II voraus.
 2. Die Arbeitstherapie im engeren Sinne. (Psychotherapie der Arbeit.)

Zu dieser Tabelle ist zu sagen, daß die Trennung nicht allgemeingültig ist, sondern einen bestimmten Zustand, und zwar des beginnenden Hochindustrialismus in Deutschland um 1900 im Auge hat.

Charakteristisch dafür ist Herkners 1905 erschienene Schrift: »Die Freude an der Arbeit.« In ihr ist ein bestimmtes Machtverhältnis und die Auffassung der gesamten Sozialreform, als eines Werkes von »oben« eben so deutlich wie in der kaiserlichen Botschaft von 1881. Heute werden immer mehr Angelegenheiten auf Grund des Druckes von »unten« oder »auf gleichem Fuße« geregelt.

Die Uebersicht ergibt keine typischen Zusammenhänge; im Gegenteil, vielleicht ist der große, praktische Gewinn dieser Uebersicht die Erkenntnis, daß es eine auf der allgemeinen Menschennatur beruhende, eine naturrechtliche Sozialreform überhaupt nicht geben kann. Die einzelnen Individuen sind für die einzelnen schädigenden Momente des Arbeitskomplexes in ganz verschiedener Weise empfindlich und unempfindlich. Praktisch darf also die Sozialreform nicht von einer abstrakten Gerechtigkeit ausgehen, sondern von einer konkreten durchschnittlichen Motivation in einem bestimmten Zeitpunkte, von dem durchschnittlichen Bewußtsein der Klassengegensätze, von dem durchschnittlichen Bedürfnisstandard, von der durchschnittlichen Artung bestimmter Belegschaften. Jene individuell-psychologisch gefundenen Affekttypen beziehen sich auf die abhängige Arbeit des durchschnittlichen Fabrikarbeiters (vgl. Eliasberg, Grundriß einer allg. Arbeitspathologie, Leipzig 1924, S. 20). Der Ueberblick über die ganze Mannigfaltigkeit der Motivationsstufen zeigt, daß im modernen Arbeitsleben noch ganz andere Typen zustande kommen, bei denen nicht mehr das reaktiv-émotive Verhalten, sondern die willentlichen Momente und die Art der erlebten Bindung, die Art des Sollens, in das jedes Wollen eingebettet ist, entscheidend sind ⁹⁹⁾.

⁹⁹⁾ Das Ermüdungsproblem ebenso wie das der Monotonie müssen auf Grund der Einsicht in die Motivation neu gestellt werden. Hier hat man bisher fast ausschließlich nach physiologischen Vorgängen oder nach einfachsten isolierbaren psychischen aktuellen Vorgängen und Dispositionen gefragt. Aber auch in dieser Domäne quantifizierender Untersuchungen zwingt das Interesse an der »realen« Arbeit, den Arbeitskomplex und in ihm die Motivationsstufe zu berücksichtigen.

So hat Ernst Lau (Die Berliner Jugend und ihr Beruf, Berlin 1923) gezeigt, wie die gleiche Tätigkeit (Briefablegen) von den Lehrlingen als monoton, von den gleichaltrigen, ungelernten Arbeitern als interessante Abwechslung bewertet wird. Bei der ersten Kategorie liegt diese Tätigkeit am Anfang der Lehre, bedeutet also eine Stufe, über die man bald hinaus möchte. Die Monotonie ist, wie Hildegard Sachs (Z. f. Ang. Ps. Bd. 16) sagt: Nicht eine den Verrichtungen objektiv anhaftende Eigenschaft, sondern sie ist eine Stellungnahme des Menschen zur Arbeit. (Winkler, Die Monotonie der Arbeit, Schriften z. Ps. d. Berufseignung usw., H. 19, Leipzig 1922). Allerdings nicht, wie Winkler meint, eine vorwiegend gefühlsmäßige Reaktion, sondern eine durch die Motivation bedingte. Das gleiche gilt nun auch von der bei der realen Arbeit real wirksamen Ermüdung.

Die Besonderungen der Arbeitsmotivation sind zuerst in der Breite des Pathologischen erkannt worden. Daß es außer der rationalen Einordnung noch eine ekstatische Hingabe, eine übermäßige freiwillige Einordnung gibt, und welche Bedeutung das für Arbeitsleistungen hat, konnte man zuerst nur in der Verzerrung der abnormen Persönlichkeit erkennen.

Die Psychotherapie der abhängigen Arbeit, obzwar von bedeutendem sozialen Interesse, stellt in den Mittelpunkt ihrer Zwecke den einzelnen leidenden Menschen. Dagegen wollen wir eine Lehre, welche in erster Linie die soziale Stabilität, die Produktivität der Arbeit, die Sicherung des gesellschaftlichen Arbeitsbedarfs durch Einwirkung auf die Motivation bezweckt, eine Pädagogik der Motivationsstufen nennen und eine Heilpädagogik dann, wenn wir glauben, die Motivationsstufe heilend lindern zu können.

Von Heilpädagogik spricht man in diesen zwei Bedeutungen: 1. im Sinne einer Pädagogik unter besonderen Umständen und 2. im Sinne einer korrigierenden, bessernden, heilenden Pädagogik. In der Tat sind es besondere Umstände, unter denen die Motivationserlebnisse der Arbeit zustande kommen. Wir haben ja gesehen, wie sehr die für die durchschnittliche abhängige Arbeit erforderlichen Motivationen in vielem der allgemeinen Menschennatur entgegen sind. Dazu kommt, daß wir eine durchschnittliche und typische Motivationsstufe (wie etwa im Zeitalter der Zünfte) in unserem Arbeitsleben nicht mehr haben. Die Vielseitigkeit des Daseins, die Mannigfaltigkeit unserer Interessen verlangen eine Mannigfaltigkeit von Motivationsstufen von jedem einzelnen.

Wir wollen indessen dem Problem einer korrigierenden Pädagogik der Motivationsstufen eine durchschnittliche Motivationsstufe, nämlich die der freiwilligen rationalen Einordnung, zugrunde legen, mit der Einschränkung, die sich aus dem eben Gesagten ergibt. Und wir fragen nun, ob im Interesse der Deckung des gesellschaftlichen Arbeitsbedarfs, der Steigerung der Produktion und der gesellschaftlichen »Stabilisierung« eine Besserung der Motivation erreicht werden kann.

Von Besserung wird allerdings nur im Hinblick auf konkrete Ziele gesprochen. Der Ausdruck Heilpädagogik der Motivationsstufen darf uns nicht dazu verführen, von kranken sozialen Zuständen anders als bildlich zu sprechen. Eine Sozialpathologie im eigentlichen Sinne des Wortes, eine Lehre von den Krankheiten des sozialen Organismus gibt es nicht, weil es keinen sozialen Organismus gibt, der

darum auch nicht erkranken kann. (Vgl. dazu Eliasberg, Grundriß einer allgemeinen Arbeitspathologie, S. 5 und die dort angeführte Literatur.)

Der Erfolg der Sozialpolitik vor dem Kriege scheint die Bejahung der oben gestellten Frage nahezulegen. In der Tat ist es aber nicht nur die Sozialpolitik als Sozialreform »von oben« gewesen, wodurch die Arbeiterschaft in das Bestehende eingegliedert wurde, sondern mindestens ebensosehr das Bewußtsein gesteigerter Macht bei den unteren Volksschichten selbst.

Vor allem ist es schwer, sich den drei eben bezeichneten Zielen in der gleichen Bewegung zu nähern. Die »Stabilisierung« z. B., die Versöhnung der abhängig Arbeitenden mit anderen Volksschichten, das Erreichen einer allgemeinen Harmonie scheint keineswegs sehr günstig, weder für die Steigerung der Arbeitsproduktivität noch für die Deckung des gesellschaftlichen Arbeitsbedarfs. Unzufriedenheit mit dem Bestehenden war immer ein Motor. Es ist als legitimes Motiv des wirtschaftlich Selbständigen anerkannt, daß er sich rege, um seine Lage zu verbessern. Auch die Zusammenfassung der Kräfte wird hier nicht verargt. Das gilt auch für die abhängig Arbeitenden.

Wir müssen ehrlich eingestehen, daß das Problem einer Heilpädagogik der Motivationsstufen heute und vermutlich in der Zukunft ebensowenig lösbar ist, wie das einer allgemeinen gültigen Sozialreform. Wir haben ja gesehen, daß für die wirksame Entspannung in der Sozialreform Momente in Frage kommen, die an sich mit der Arbeit nichts zu tun haben: Die politische Gesamtlage, der Grad demokratischen Bewußtseins und dergleichen mehr; das ist auch für die Heilpädagogik der Motivationsstufen entscheidend. Dazu kommt noch ein weiteres. So wenig der auf den begrenzten Lebensmöglichkeiten beruhende Kampf ums Dasein durch einen radikalen Pazifismus beseitigt werden kann, so gibt es auch prinzipielle Grenzen für die Einschränkung des Arbeitsleids. Ist doch schon jede Zwecktätigkeit (vgl. v. Gottl-Ottlilienfeld l. c.) an einen Aufwand, Opfer, gebunden; d. h. die Durchführung des einen Zweckes bedeutet Abbruch für alle andern und darum meist auch Verzicht und Leid. Bei der Berufsarbeit müssen alle anderen Zwecke sogar dauernd geopfert werden. So bleibt uns also nichts anderes übrig, als jeweils die wirksamsten Entspannungsmöglichkeiten empirisch zu suchen und auszuprobieren.

Wir sind der Ueberzeugung, daß an dem Schutz der körper-

lichen Integrität (Krankheit, Invalidität, Alter) nicht mehr gerüttelt werden darf. Im Gegenteil, ein weiterer Ausbau (Mutterschaftsversicherung, Wochenbetthilfe), ferner innerer Ausbau der schon bestehenden Versicherung wird kommen. Der einzelne Mensch als Träger wirtschaftlicher Funktionen ist um so wertvoller, je gesünder und gesicherter er lebt. Diese stärkste Grundlage des Nationalbewußtseins der Industrievölker wird durch privatwirtschaftliche Interessen nicht mehr erschüttert werden können. Eine andere Frage aber ist es, ob der Schutz der körperlichen Integrität in den bisherigen Formen, namentlich als Eingriff »von oben« und als Aussicht auf Rente, aufrecht erhalten werden muß. Wahrscheinlich wird mehr als bisher die Reform von »unten« und »auf gleichem Fuß« in den Vordergrund treten. Es wird an Stelle des rein konsumptiven Rentenprinzips eine Tendenz zur Förderung der Produktivität auch bei verminderter Erwerbsfähigkeit sich durchsetzen müssen. Die Erfahrungen, die wir in Fällen durch besondere Ereignisse bedingter verminderter Erwerbsfähigkeit gemacht haben, werden uns für die Heilpädagogik der Arbeitsmotivation überhaupt von Nutzen sein.

Der entscheidende Grund, warum das Problem der Heilpädagogik der Motivationsstufen eindeutig nicht gelöst werden kann, liegt in der Natur der Motivation der Arbeit überhaupt. Wir haben gesehen, daß in dem individuellen Erlebnis der Motivation individuelle, kollektive, institutionelle Momente sich unlösbar verschlingen und daß noch zu alledem der Reflex der Gesamtkultur tritt. Das alles theoretisch auf einen Generalnenner bringen wollen, ist undenkbar. Darum wird das Problem einer Heilpädagogik der Motivationsstufen immer ein politisches, ein Machtproblem bleiben. Der Sozialtherapeut wird nicht nur Sozialingenieur, sondern auch Politiker sein müssen.

Die britische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit*).

Von

F. HEYER.

Während sonst in der Sozialversicherung Deutschland die Führung übernommen hat, ist in der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit England vorangegangen. Nicht nur hat es durch die Akte von 1911 den ersten Versuch damit gemacht, sondern es war auch das erste Land, das durch die Akte von 1920 diesen Versicherungszweig voll ausbaute. Schließlich hat in England diese Versicherung zuerst ihre Feuerprobe bestanden durch die Arbeitslosigkeit, die jetzt schon sechs Jahre anhält.

Dieses Gesetzgebungswerk hatte einen Vorläufer in dem Arbeitsbörsengesetz (Labour Exchanges Act) von 1906. Der Board of Trade, der damals statt des später gegründeten Arbeitsministeriums dafür zuständig war, wurde dadurch ermächtigt, aber nicht verpflichtet, an geeigneten Plätzen Arbeitsbörsen zu errichten. Diese staatlichen Arbeitsbörsen hatten sich damals nur mit der Arbeitsvermittlung zu befassen. Ein größerer Wirkungs-

*) Literatur. Von den Regierungsdrucksachen sind folgende die wichtigsten:

1. Report on National Unemployment Insurance to July 1923, London 1923.
2. Report of the Ministry of Labour for the years 1923 and 1924 (Cmd 2481).
3. Report of the Ministry of Labour for the year 1925 (Cmd 2736).

Diese Berichte werden mit I, II und III zitiert werden.

Einzelfragen behandeln:

- Cmd 1054, Employment Exchanges.
- Cmd 1344, Unemployment Insurance in Agriculture.
- Cmd 1613, Unemployment Insurance by Industries.
- Cmd 1644, Health and Unemployment Insurance.
- Cmd 1919, Employment of Disabled Ex-Service Men.
- Cmd 2011, Public Assistance Administration.
- Cmd 2108, Uncovenanted Benefit.
- Cmd 2109, 2170, Unemployment Insurance (No. 2) Bill 1924.
- Cmd 2451, Unemployment Insurance Bill 1925.

Report of the Interdepartmental Committee on Agricultural Unemployment Insurance, 1926.

kreis wurde ihnen durch die National Insurance Act 1911 zugewiesen, die, ebenso wie das Arbeitsbörsengesetz, auf Lloyd George zurückgeht. Die Akte hatte zwei Teile, von denen der erste größere die Krankenversicherung behandelte. Der zweite Teil führte die Arbeitslosenversicherung ein, jedoch zunächst nur probeweise für solche Gewerbe, bei denen der Beschäftigungsgrad erfahrungsgemäß besonders häufigen Schwankungen unterliegt wie Häuserbau, Konstruktionsarbeiten, Schiffbau, Maschinenbau, Waffenfabrikation, Eisengießereien, Wegebau und Sägewerke, insgesamt mit etwa $2\frac{1}{4}$ Millionen Arbeitern (I S. 23). Während des Krieges kamen noch hinzu Fabriken von Munition und Sprengstoffen, Chemikalien, Oel, Seife, Kerzen, Anstrichfarben, Metallwaren, Gummiwaren, Lederwaren, Ziegeln, Zement und Kunststeinen (I S. 24), wodurch die Zahl der Versicherten auf etwas über 4 Millionen stieg.

Nach dem Waffenstillstand wurde vorübergehend eine out of work donation gewährt, gewissermaßen ein Gegenstück zu unserer Erwerbslosenfürsorge (I S. 41 ff.). Sie war eine reine Zuwendung aus Staatsmitteln; Beiträge wurden nicht erhoben. Gezahlt wurden insgesamt 62 Millionen £, davon 40 Millionen £ an Demobilisierte. Der Fonds der Arbeitslosenversicherung wurde dadurch sehr geschont und wuchs bis 1920 auf 22 Millionen £ an (I S. 5). Inzwischen hatte man sich entschlossen, die Arbeitslosenversicherung für die gesamte Industrie und den Bergbau obligatorisch zu machen (Cd 9192 und I, S. 51—53). Dies geschah durch die Unemployment Insurance Act 1920, die an Stelle der National Insurance Act 1911, Teil II, und der dazu ergangenen Abänderungsgesetze trat. Dieses Gesetz ist auch heute noch die Grundlage der Versicherung, obwohl die bald darauf eintretende Arbeitslosigkeit zahlreiche Novellen erforderlich machte, wodurch die Materie sehr unübersichtlich geworden ist. Das letzte dieser Gesetze, die Unemployment Insurance Act 1926, hat die Geltungsdauer der gegenwärtigen Regelung bis Ende 1927 verlängert. Inzwischen will man eine gründliche Revision und Neuordnung vornehmen. Hierüber berät z. Z. ein Ausschuß unter Vorsitz des Richters Lord Blanesburgh, dessen Bericht noch aussteht (III S. 54).

Die Grundzüge des Gesetzes in seiner heutigen Fassung sind die folgenden:

Die Versicherung baut sich auf den Arbeitsbörsen auf, 404

an der Zahl, die jetzt die Bezeichnung »Employment Exchanges« führen und dem 1916 gegründeten Arbeitsministerium unterstellt sind. Sie bilden ein lückenloses Netz über das ganze Land (I S. 68, III S. 134). Zusammengefaßt sind sie in 7 divisions mit je einem divisional controller an der Spitze; doch hat dieser nur die Dienstaufsicht, im Instanzenzug spielt er keine Rolle. Ihre Aufgaben sind dreierlei Art: Erstens liegt ihnen die Arbeitsvermittlung ob, zweitens die Prüfung der Unterstützungsanträge und schließlich die Auszahlung der Unterstützungsgelder. Sie sind nicht nach Berufen gegliedert; jede Arbeitsbörse ist also für alle Gewerbe in ihrem Bezirk zuständig, ebenso für Männer und Frauen. (Nur in London gibt es einige Spezialbörsen, ferner bestehen in einigen Städten Sondereinrichtungen für Jugendliche.) Sie sind unmittelbare Staatsbehörden. Mit den Gemeinden haben sie nichts zu tun. Der Staat trägt aber nicht die Kosten; diese fallen vielmehr dem Arbeitslosenfonds zur Last (I S. 7, III S. 76).

Versicherungspflichtig sind alle Arbeiter und Arbeiterinnen (auch Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren) mit einem Jahreseinkommen bis zu 250 £. Der Kreis ist ungefähr derselbe wie bei der Krankenversicherung, nur sind Landarbeiter und Dienstboten nicht einbegriffen, ebensowenig Krankenpflegerinnen und Heimarbeiterinnen (out workers) (I S. 75 ff.). Eine Kommission hat 1926 vorgeschlagen, die Landarbeiter einzubeziehen, obwohl in der Landwirtschaft die Arbeitslosigkeit nur geringfügig ist (vgl. Cmd 1344). Da es sich um eine Zwangsversicherung handelt, darf sich niemand ausschließen, außer unter bestimmten Voraussetzungen, die in § 3 der Akte von 1920 aufgezählt sind. Von dieser Möglichkeit wird jedoch nur wenig Gebrauch gemacht (I S. 85). In letzter Instanz entscheiden über das Recht oder die Pflicht zur Versicherung die Gerichte (I S. 74). Insgesamt gehören der Arbeitslosenversicherung 11,6 Millionen an (III S. 141) gegenüber 15,6 Millionen bei der Krankenversicherung.

Beitragspflichtig sind Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die Staatskasse, dagegen weder die Gemeinden noch die Grafschaften. Dieselbe Verteilung der Lasten gilt auch für die zwei anderen Versicherungszweige (Krankenversicherung und Alters-, Witwen- und Waisenversicherung). Die Gemeinden bleiben aber an der Arbeitslosenversicherung interessiert. Ein Teil ihrer Armenlasten ist ihnen zwar abgenommen worden; sie müssen aber immer

noch mit sehr erheblichen Mitteln in den Fällen aushelfen, wo die Arbeitslosenversicherung überhaupt keine Unterstützung zahlt, oder wo diese nicht ausreicht (I S. 14, 131; Cmd 2724 S. 119).

Bezüglich des Staatsbeitrages ist die Regelung bei der Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung verschieden. Bei der ersteren sind die Staatszuschüsse nicht von vornherein bestimmt, sondern richten sich nach den Auszahlungen und Verwaltungsausgaben. Bei der letzteren dagegen ist der Staatsbeitrag genau so festgelegt wie der der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sollten die Auszahlungen, wie es in den letzten Jahren mehrfach der Fall war, die Beiträge überschreiten, so hilft der Staat zwar aus, aber nur durch Vorschüsse, die aus den Eingenägen späterer Jahre verzinst und zurückbezahlt werden müssen. Selbst bei noch so hohen Arbeitslosenziffern kann die Verschuldung niemals so anwachsen, daß die Wiedererstattung der Vorschüsse in Frage gestellt wäre. Das Defizit war bisher niemals höher als 20 Millionen £, während die Jahresbeiträge zur Zeit über 43 Millionen £ einbringen. Wenn also die Arbeitslosenziffer wieder sinkt, so würden die Ueberschüsse weniger Jahre ausreichen, um den Fonds wieder aufzufüllen.

Ebenso, wie bei den zwei anderen Versicherungszweigen, werden die Beiträge durch Klebmarken erhoben (I S. 90). Der Arbeitgeber hat die Marken in die Karte einzukleben und zieht dem Arbeiter seinen Anteil vom Lohne ab. Die Marken werden von den Postämtern verkauft, die den Erlös dem Versicherungsfonds zuführen. Die Staatskasse zahlt ihre Beiträge unmittelbar in den Fonds. Mitte jedes Jahres werden die Karten ausgewechselt (I S. 95). Dies Kartensystem, das bei uns anfangs so unbeliebt war, hat sich in England überraschend schnell eingebürgert, und niemand denkt daran, es zu ändern.

Abstufungen in der Höhe der Beiträge gibt es nur für Männer, Frauen und Jugendliche, sonst sind sie für alle Versicherten gleich. Gefahrenklassen bestehen nicht, trotzdem das Risiko der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gewerben sehr verschieden ist (III S. 142 ff.). Ebensowenig werden Unterschiede nach Ortsklassen oder nach der Lohnhöhe gemacht. Auch Familienväter zahlen nicht mehr, obwohl sie sehr viel höhere Unterstützungen beziehen. Dieser Grundsatz der Gleichheit der Beiträge gilt ebenso bei den zwei anderen Versicherungsarten.

Der Beitragstarif hat sehr oft abgeändert werden müssen,

nicht nur, um ihn den großen Arbeitslosenziffern der letzten Krisenjahre anzupassen, sondern auch wegen der 1921 eingeführten Familienzulagen. Augenblicklich gelten folgende Wochenraten:

	Für Erwachsene		Für Jugendliche von 16—18 Jahren	
	Arbeiter	Arbeiter- rinnen	Arbeiter	Arbeiter- rinnen
vom Arbeitgeber	8 d	7 d	4 d	3 ¹ / ₂ d
vom Arbeitnehmer	7 d	6 d	3 ¹ / ₂ d	3 d
von der Staatskasse	6 d	4 ¹ / ₂ d	3 d	2 ¹ / ₄ d

Das ergibt für 1926/27 eine Gesamteinnahme von 43,5 Millionen £, die für eine Arbeitslosenziffer von etwas über 1 Million vollauf genügt hätte. Durch den langen Kohlenstreik ist aber die Arbeitslosigkeit in allen anderen Gewerben so gestiegen, daß die Auszahlungen die Beiträge weit überschritten haben. Anfang 1927 dürfte der Arbeitslosenfonds mit etwa 20 Millionen £ überschuldet gewesen sein.

Es gibt nur einen einzigen Fonds für das ganze Reich. Dies ist ein Unterschied von der Krankenversicherung, die für die vier Reichsteile getrennte Fonds unterhält, je einen für England, Schottland, Wales und Nordirland. Für die Versicherungskarten der Arbeitslosenversicherung besteht eine einzige Riesenregistratur in Kew bei London (I S. 29, 70). Dort wird über jeden Versicherten in ganz Großbritannien Buch geführt, wieviel Beiträge für ihn gezahlt sind, und welche Unterstützungen er erhalten hat. Auch hier weicht die Krankenversicherung ab, die die Karten den Krankenkassen (approved societies) zur Aufbewahrung überläßt. Es liegt dies daran, daß die staatliche Krankenversicherung bei ihrer Gründung schon eine Anzahl privater Krankenkassen vorfand, während die Arbeitslosenversicherung ein ganz neues Gebilde ist.

Insurance by Industries. Der Grundsatz der staatlichen Zwangsversicherung ist insofern durchbrochen, als nach § 18 des Gesetzes von 1920 einzelne Berufe eine Sondernversicherung einrichten können, wenn sie nachweisen, daß ihre Leistungen denen der staatlichen Versicherung mindestens gleichwertig sind (contracting out). Von dieser Möglichkeit haben das Versicherungsgewerbe und das Bankgewerbe mit zusammen 126 000 Versicherten Gebrauch gemacht (II S. 146). Diese zwei Gruppen sind also aus der staatlichen Versicherung völlig ausgeschieden. Seitdem

hat § 5 der Akte Nr. 2 von 1921 diese Möglichkeit gesperrt (I S. 61/2), um zu verhindern, daß alle besseren Risiken abwandern (vgl. Cmd 1613).

Nach § 25 des Gesetzes von 1920 erhielt ein Versicherter, wenn er 60 Jahre alt wurde, die von ihm gezahlten Beiträge mit $2\frac{1}{2}\%$ Zinsen zurück, abzüglich der Unterstützungen, die er erhalten hatte. Man wollte dadurch einerseits die besseren Risiken günstiger stellen, und andererseits auf eine möglichst sparsame Inanspruchnahme des Arbeitslosenfonds hinwirken. Diese Bestimmung wurde durch § 9 der Akte Nr. 2 von 1924 wieder aufgehoben, weil sie eine unklare Vermischung von Versicherungsprinzip und Sparprinzip bilde (Cmd 1581 S. 145, 154, Cmd 1821 S. 5, 9). Der Grundsatz des Ausgleiches der Risiken werde dadurch verletzt, auf dem jede Versicherung sich aufbaue. Wer bis zu seinem sechzigsten Jahre niemals oder selten Arbeitslosenunterstützung benötigt habe, bedürfe nicht noch einer besonderen Bevorzugung.

Die Unterstützungen sind verschieden hoch für Männer, Frauen und Jugendliche. Ferner hat die Unemployed Workers Dependants (Temporary Provision) Act 1921 Familienzulagen eingeführt (dependants benefit), ohne die Familienväter zu höheren Beiträgen heranzuziehen (I S. 63). Dies ist ein Unterschied zur Krankenversicherung, wo solche Familienzulagen zum Krankengeld oder zur Invalidenrente bisher nicht gewährt werden. Ursprünglich war der dependants benefit nur als vorübergehende Notmaßnahme gedacht; er wird aber ohne Zweifel dauernd beibehalten werden. Abstufungen nach Orts- oder Lohnklassen bestehen ebensowenig wie bei der Krankenversicherung. Augenblicklich gilt folgender Tarif für die Unterstützungen: Männer erhalten 18 s wöchentlich, Frauen und erwachsene Mädchen 15 s, jugendliche Arbeiter $7\frac{1}{2}$ s, jugendliche Arbeiterinnen 6 s. Als Familienzulagen werden 5 s für die Hausfrau gewährt und 2 s für jedes unerwachsene Kind.

Alle diese Auszahlungen können nur in voller Höhe bewilligt oder ganz abgelehnt werden. Abstufungen je nach den Umständen des Falles, wie bei der Armenpflege, sind nicht zulässig (Cmd 2011 S. 125).

Ursprünglich wurde nur eine Art von Unterstützung gezahlt, nämlich der sogenannte covenanted benefit, jetzt standard benefit genannt, auf den sich der Versicherte durch seine Einzah-

lungen ein Recht erworben hatte. Später kamen infolge der andauernden Arbeitslosigkeit noch zwei außerordentliche Arten hinzu, nämlich der uncovenanted benefit, jetzt extended benefit genannt (I S. 99) und der dependants benefit. Zunächst sind diejenigen Voraussetzungen zu behandeln, die allen diesen Dreien gemeinsam sind. Der Arbeitslose, der natürlich arbeitsfähig und arbeitswillig sein muß, hat sich persönlich unter Vorlegung seiner Versicherungskarte auf der Arbeitsbörse zu melden (I S. 122). Diese erkundigt sich über ihn in Kew, sowie ferner bei seinem bisherigen Arbeitgeber, ob er etwa ohne genügenden Grund abgegangen oder wegen schlechten Verhaltens (misconduct) entlassen ist. Ebenso wenig erhalten Streiker eine Arbeitslosenunterstützung, wohl aber Arbeiter, die ihre Stelle infolge eines Streikes verloren haben, an dem sie nicht beteiligt waren (II S. 133/4). Eine fernere Bedingung ist die, daß in den zwei Versicherungsjahren vor Beginn des benefit Jahres für den Antragsteller mindestens 30 Wochenbeiträge gezahlt worden sind. Von dieser Bestimmung kann jedoch der Minister dispensieren (III S. 64). Das Versicherungsjahr beginnt am 1. Juli, das benefit Jahr mit dem Tage, wo der Arbeitslose zum erstenmal Unterstützung beantragt (II S. 132). Schließlich ist eine Karenzzeit von einer Woche festgesetzt (III S. 65).

Für den standard benefit gelten außerdem noch folgende Bedingungen:

In dem letzten Versicherungsjahr vor dem Beginn des benefit Jahres müssen mindestens 20 Beiträge für ihn gezahlt worden sein (II S. 131). Ferner wird für je 6 Beitragswochen immer nur eine Woche standard benefit gewährt (one in six rule) (I S. 100/1). Schließlich kann standard benefit höchstens 26 Wochen im Jahr gezahlt werden (II S. 131). Auf diesen standard benefit hat der Versicherte durch seine Einzahlungen einen Anspruch erworben, und für das Verfahren ist daher ein bestimmter Rechtsweg vorgesehen. Die Entscheidung über den Antrag trifft zunächst der Insurance Officer, d. h. der Leiter der Arbeitsbörse oder sein Stellvertreter (I S. 115—117). Die Berufung geht an ein Schiedsgericht (court of referees), von denen es 78 gibt (Cmd 2011 S. 123). Sie bestehen aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit einem unabhängigen Vorsitzenden (I S. 29). In letzter Instanz entscheidet ein Oberschiedsrichter (umpire), der vom Arbeitsministerium ganz unabhängig ist.

Der extended benefit kann nicht als ein Recht beansprucht werden; er wird vielmehr nach freiem Ermessen aus Billigkeitsgründen gewährt (I S. 100), und zwar in den Fällen, wo die Voraussetzungen für den standard benefit vorliegen, oder wo der standard benefit erschöpft ist. Als 1921 dieser benefit eingeführt wurde (damals hieß er uncovenanted benefit), glaubte man noch, daß die Arbeitslosigkeit nicht lange anhalten würde. Man gewährte daher diesen benefit stets nur für eine bestimmte Zeit (special period), und auch während dieser nur für eine Anzahl von Wochen, so daß immer wieder Lücken (gaps) entstanden, während derer die Arbeitslosen keine Unterstützung erhielten. Seit 1924 gibt es diese gaps nicht mehr, und damit hat jede zeitliche Beschränkung für den extended benefit aufgehört (II S. 117/131). In der Höhe besteht keine Verschiedenheit zwischen standard benefit und extended benefit; es sind die gleichen Sätze. Der Unterschied zwischen diesen zwei Arten von Unterstützung hat also für den Arbeitslosen nur noch wenig Bedeutung.

Da es sich um keinen Rechtsanspruch handelt, ist das Verfahren allerdings etwas anders als beim standard benefit. Die Entscheidung darüber wird nicht vom insurance officer getroffen, sondern von Ausschüssen freiwilliger Helfer (rota committees), die an jeder Arbeitsbörse gebildet werden (II S. 83). Sie entscheiden nach freiem Ermessen; doch sind vom Minister gewisse Richtlinien aufgestellt (III S. 68/9). Danach ist die Unterstützung abzulehnen, wenn der Antragsteller nicht versicherungsfähig ist, wenn eine versicherungsfähige Arbeit für ihn wahrscheinlich überhaupt nicht zu beschaffen ist, wenn er während der letzten zwei Jahre nicht für längere Zeit eine versicherungsfähige Beschäftigung gehabt hat, oder wenn er sich nicht um Arbeit bemüht. Ferner erhalten keinen extended benefit Unverheiratete, die bei Verwandten wohnen, Ehefrauen oder Ehemänner, die von dem andern Ehepartner unterhalten werden können, Kurzarbeiter, die genug für ihren Lebensunterhalt verdienen, und schließlich Ausländer. Eine eigentliche Berufung gibt es nicht, die letzte Entscheidung liegt beim Minister (Cmd 2011 S. 132).

Der extended benefit kann also auch dann gezahlt werden, wenn für den Betreffenden noch gar keine Beiträge entrichtet sind. Trotzdem ist er kein Almosen, keine »dole«, wie die Armenunterstützung (I S. 15), sondern gewissermaßen ein Vorschuß, der durch spätere Beiträge des Empfängers vielleicht wieder ein-

gebracht wird. Selbst wenn der Empfänger dazu nicht imstande sein sollte, so bleibt doch das Versicherungsprinzip insofern gewahrt, als der extended benefit ebenso wie der standard benefit dem Unemployment Fund zur Last fällt und nicht etwa wie die out of work donation der Staatskasse.

Der Dependants Benefit (I S. 114/5) ist ebenso wie der Extended Benefit eine außerordentliche Zuwendung. Auch hierüber entscheidet daher das Rota Committee.

Diejenigen, die gar keine Arbeitslosenunterstützung erhalten können (z. B. während der Wartezeit, oder weil einer der Ausschließungsgründe des extended benefit vorliegt, sowie diejenigen, bei denen die Arbeitslosenunterstützung nicht ausreicht, fallen der Armenpflege zur Last (I S. 14, 131). Diese hat daher an der Arbeitslosenversicherung das größte Interesse. Die Einführung des Dependants Benefit und der Ausbau des extended benefit, insbesondere die Beseitigung der »gaps«, ist hauptsächlich auf das Drängen der Armenverwaltungen zurückzuführen. Die Armenkassen haben auch für die Familien der notleidenden Streiker zu sorgen, was die lange Dauer des letzten Kohlenstreikes erklärt.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt in der Regel jeden Freitag auf der Arbeitsbörse (I S. 126). Dies gilt natürlich nicht für die Angehörigen des Versicherungsgewerbes und Bankgewerbes, da sie aus der staatlichen Versicherung ganz ausgeschlossen sind. Nach § 17 der Akte von 1920 können ferner die Gewerkschaften die Auszahlung an ihre Mitglieder übernehmen, sofern sie einen Zuschuß aus ihren eigenen Fonds leisten (I S. 136). Dieser Zuschuß ist gegenwärtig auf 2 1/2 s pro Woche bemessen (III S. 73). Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die auf diesem Wege ihre Unterstützung beziehen, ist von 4 Millionen auf 1 Million zurückgegangen (I S. 138/9). Der Grund ist, daß die Fonds der Gewerkschaften durch die langandauernde Krise größtenteils erschöpft sind. Die Versicherten müssen sich zunächst bei der Arbeitsbörse melden (I S. 140). Die Gewerkschaften rechnen mit dieser ab und erhalten von ihr die gezahlten Unterstützungen erstattet (I S. 141), abzüglich natürlich der Zulage, die sie aus ihren eigenen Mitteln geleistet haben.

Sonderbestimmungen bestehen für Jugendliche (§ 107 der Education Act 1921 und § 6 der Unemployment Insurance Act 1923). Danach haben in einzelnen Gemeinden die Unterrichtsbehörden Unemployment Centres für Jugendliche eingerichtet,

eine Art Fortbildungsschulen, die für die arbeitslosen Jugendlichen sorgen und zugleich die Aufgaben übernehmen, die sonst unter der Arbeitslosenversicherung den Arbeitsbörsen zufallen. In den Orten, wo die Unterrichtsbehörden von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht haben, sind die Arbeitsbörsen auch für die Jugendlichen zuständig (I S. 150, II S. 148).

Besonders schwierig liegen die Verhältnisse bei den Dockarbeitern, die auch in normalen Zeiten niemals voll beschäftigt sein können, da immer eine gewisse Reserve bereit stehen muß, um für schnelle Entladung zu sorgen, wenn einmal außergewöhnlich viele Schiffe einlaufen sollten. Sie verlangen daher »registration and maintenance«, d. h. die Aufstellung einer Liste und Zahlung eines gleichmäßigen Wochenlohnes an alle in der Liste verzeichneten Arbeiter, gleichviel, wie lange sie tatsächlich gearbeitet haben. Die registration ist jetzt in vielen Häfen eingeführt, dagegen die maintenance noch nicht, so daß die Dockarbeiter nach wie vor der Arbeitslosenversicherung zur Last fallen (II S. 86, III S. 36).

Die Verwaltungskosten betragen 4,6 Millionen £ (III S. 76) gegenüber 4,8 Millionen £ bei der Krankenversicherung. Verglichen mit den Einnahmen sind sie bei der ersteren 9,8% (III S. 76) und bei der zweiten 12%. Die Registratur in Kew zählt 2784 Angestellte und die Arbeitsbörsen 10 670 (III S. 132). Ungefähr die Hälfte davon sind nur zeitweilig aushilfsweise beschäftigt, würden also bei Wiederkehr normaler Verhältnisse ausscheiden. Wie schon erwähnt, fallen die Ausgaben für diese ganze Organisation dem Arbeitslosenfonds und nicht der Staatskasse zur Last.

Die britische Arbeitslosenversicherung hat sich im großen und ganzen bewährt. Das Gesetz hatte die allerschwerste Belastungsprobe auszuhalten dadurch, daß fast unmittelbar nach seinem Inkrafttreten die große Arbeitslosigkeit einsetzte, die seitdem sechs Jahre lang andauert hat, und die 1921 und 1926 noch durch zwei außergewöhnlich lange Kohlenstreiks verschärft wurde. 1920 glaubte man, für die Zukunft mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenziffer von 5,32% rechnen zu sollen (I S. 160 und Cmd 498). Tatsächlich ist sie seitdem fast stets mehr als doppelt so hoch gewesen. 1921 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf über zwei Millionen, und noch nie ist sie unter eine Million heruntergegangen. Insgesamt sind in den sechs Jahren etwa 290

Millionen £ Unterstützungen ausgezahlt worden, und zwar in nahezu 400 Millionen einzelnen Raten. Dazu kommen noch die Verwaltungskosten, so daß die Gesamtausgaben über 320 Millionen £ betragen, eine Last, die die Armenverwaltungen unmöglich hätten übernehmen können.

Selbstverständlich zeigt das Gesetz noch manche Mängel und Lücken, und eine Reihe von Fragen ist noch zu lösen. Die drei Arten von Benefit (Standard Benefit, Extended Benefit, Dependants Benefit) werden auf die Dauer nicht so unvermittelt nebeneinanderstehen können wie heute; man wird eine gewisse Verbindung zwischen ihnen herstellen müssen. Das Verhältnis zur Armenpflege gibt noch zu vielen Reibungen Veranlassung, auch sind die Methoden ganz verschieden, obwohl es doch dieselben Leute sind, die einmal Arbeitslosenunterstützung erhalten und ein anderes Mal Armengeld oder auch beides zugleich. Es fragt sich ferner, ob man die insurance by industries nicht wieder freigeben soll, die jetzt gesperrt ist und nur für das Versicherungs- und Bankgewerbe besteht. Der Behördenorganismus und der Instanzenzug sind noch recht verwickelt, vor allem durch die verschiedene Behandlung des standard benefit und des extended benefit. Auch wäre es vielleicht möglich, das Gesetz so zu fassen, daß die Registratur und Buchführung vereinfacht, und das Beamtenheer abgebaut werden könnte. Ueber diese Fragen und andere mehr wird sich der Ausschuß auszusprechen haben, der gegenwärtig unter Vorsitz von Lord Blanesburgh tagt.

Die Aufbringung der Reparationsleistungen.

Ergebnisse eines Seminars*).

Von

HANS STAEHLE.

A. Die Industriebelastung.

Der betr. Bericht beginnt mit einer systematischen Rekapitulation der wichtigsten Punkte des Industriebelastungs- und des Aufbringungsgesetzes. Aufbau und Funktionieren der besonderen Verwaltungs- und Kontrolleinrichtungen werden dann geschildert (Bank für deutsche Industrieobligationen und Treuhänder). Der zweite Teil ist einer Analyse der Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes gewidmet, an die sich die Bestimmung des Betriebsvermögens und damit die Errechnung sowohl der Höhe der auszustellenden Obligationen wie der zu zahlenden Zinsen anlehnen. Die Frage der Bilan-

*) Im Sommersemester 1926 hielt ich im Rahmen des Staatswissenschaftlichen Seminars der Universität Bonn »Besprechungen zur Reparationsfrage« ab. Schon von Anbeginn war klar, daß die wenigen Wochen eines Sommersemesters bei weitem nicht ausreichen würden, den ganzen Fragenkomplex zu bearbeiten. Die Aufgabe wurde also genauer dahin umschrieben, daß »das bisherige Funktionieren des Dawesplanes und seine Zukunftsaussichten mit Hinblick auf die deutsche Leistungsfähigkeit und unter Absehung vom Problem der Uebertragung« geprüft werden sollten. Zur Ausführung wurden aus den 30 Teilnehmern fünf Kommissionen gebildet, deren jede Teilfragen zu untersuchen hatte. Die Einteilung ergab sich aus dem Dawesplan von selbst: Industriebelastung, Eisenbahnfragen, Staatshaushalt, Wohlstandsindex und Reichsbank. Aufgabe der drei ersten war, das Sondergebiet auf die Aufbringbarkeit hin, also die Leistungsfähigkeit der jeweils Belasteten unter der Annahme zu untersuchen, daß irgendwelche Schwierigkeiten aus der Transferierung nicht entstünden. Diese Aufgabe wurde dadurch gewiesen und erleichtert, daß jeder dieser Arbeitsgemeinschaften genau formulierte Fragen vorgelegt wurden, deren zusammengefaßte Beantwortung die Lösung der Hauptfrage ohne weiteres ergeben mußte. Die Kommission für den Wohlstandsindex hatte grundsätzlich zu prüfen, welchen Anforderungen ein solcher Anzeiger zu genügen hat, danach

zierung, der Beeinträchtigung der belasteten Unternehmung im Konkurrenzkampfe dem In- und dem Auslande gegenüber und die Beeinflussung der Kreditfähigkeit bilden den Gegenstand eingehender Untersuchungen. Da die tatsächliche Zinsbelastung nicht als Kapital, sondern als Annuitätenschuld, also wie eine Steuer, anzusehen ist, ferner nur 0,375 % des Betriebsvermögens beträgt, müßte der Fall schon besonders ungünstig liegen, wenn gerade dieser — absolut genommen — kleine Zuschlag zur Steuerlast dem Einzelunternehmen unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten sollte. Ueber die Wirkung der Belastung für die betroffenen Wirtschaftszweige ist nur im Zusammenhang mit der sonstigen Besteuerung ein Urteil zu gewinnen. Es wird daher auf den Bericht über Staatshaushaltsfragen und die Schlußzusammenfassung verwiesen.

B. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Reparationen durch die Londoner Abmachungen 1924 wurde das Betriebsrecht an den deutschen Reichsbahnen einer selbständigen Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft übertragen. Als kaufmännisch geleitetes Unternehmen soll diese Gesellschaft im Normaljahr mit 660 Millionen zu den Reparationslasten beitragen. Außerdem fungiert sie als Behörde zur Erhebung der Transportsteuer; das Risiko für die Aufbringung von jährlich 290 Millionen dieser Steuer trifft nicht die Gesellschaft, sondern das Reich.

Es ist zu untersuchen, wie die Aufbringung dieser Lasten bisher gelang und welche Aussichten sich für die künftige Rentabilität der Gesellschaft eröffnen.

den Index des Londoner Abkommens zu beurteilen und eventuelle Verbesserungsvorschläge zu machen; und die Reichsbankkommission sollte durch eingehende Sachkenntnis den Ausblick auf die Transferierungsfrage unterstützen, der den Abschluß der Bearbeitung des Aufbringungsproblems darstellte und die Bedingtheit der erzielten Ergebnisse unterstrich.

Ihre Resultate faßten die einzelnen Kommissionen in je einen Bericht zusammen, der in den ordentlichen Uebungsstunden dem »Plenum« zur Diskussion vorgelegt wurde.

Nachdem die einzelnen Kommissionsergebnisse eingehend besprochen waren, traten Vertreter aller Arbeitsgemeinschaften zur Abfassung eines Gesamtberichts über die Aufbringbarkeit der deutschen Verpflichtungen zusammen. Dieser letzte Bericht vereinigte unter volkswirtschaftliche Gesichtspunkte, was die vom Gesamtwirtschaftlichen mehr oder weniger abstrahierenden Einzeluntersuchungen ergeben hatten.

Im folgenden werden die Berichte der Kommissionen für Eisenbahnfragen und über den Wohlstandsindex sowie der abschließende Gesamtaufbringungsbericht in extenso, die Resultate der Industrie- und der Staatshaushaltskommission in kurzer Inhaltsangabe reproduziert.

Für die Wiedergabe der Ergebnisse meines Seminars trage ich nach Form und Inhalt die volle Verantwortung.

Anschließend an eine Darstellung der Kapitalverhältnisse und Ertragsverpflichtungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft (I) analysieren wir (II) die allgemeinen Bedingungen, unter denen ein Ertrag bei Verkehrsunternehmungen zustandekommt und insbesondere die Ertragsmöglichkeiten, die sich für die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ergeben. Ein drittes Kapitel ist der Beurteilung der bisherigen Ergebnisse gewidmet. Schlußteil (IV) enthält unsere Ansicht über die Zukunftsaussichten der Reichsbahn.

I. Kapitalverhältnisse und Ertragsverpflichtungen.

Für die Rentabilitätsbestrebungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft sind die konkreten Kapitalverhältnisse und die daraus entstehenden Verpflichtungen maßgebend. Sie stellen sich so dar:

a) Die Stammaktien (13 Milliarden) lauten auf den Namen des Reiches oder der Länder. Sie verbriefen das Reichseigentum am Reichsbahnvermögen. Rentabilität ist nicht in Aussicht genommen, ihre Verzinsung jedenfalls keine Pflicht der Reichsbahn. Bei Ablauf des Betriebsvermögens werden sie gegen das Reichsbahnvermögen eingetauscht.

b) Von den 2 Milliarden Vorzugsaktien stehen 500 Millionen dem Reiche zu. Die restlichen 1,5 Milliarden sind dazu bestimmt, der Reichsbahn-Gesellschaft während der ersten Zeit ihres Bestehens Kapital zum Betriebe und für Anlagezwecke zu beschaffen.

c) Die 11 Milliarden Obligationen repräsentieren den Rentenanspruch der Reparationsgläubiger. Ihre Verzinsung und Tilgung (5 + 1%) bis zum Jahre 1964 stellt den unmittelbaren Reparationsbeitrag der Reichsbahn-Gesellschaft dar.

Verlangt wird also von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eine Rentabilität von 660 Millionen zuzüglich Zinsen auf Vorzugsaktien (etwa 7%) in Höhe von 140 Millionen, zusammen also etwa 800 Millionen im Jahr. In den Uebergangsjahren beträgt die Verpflichtung für das erste Geschäftsjahr (das nicht mit dem Dawesjahr zusammenfällt) 330, das zweite 465 und das dritte 550 Millionen plus Zinsen auf Vorzugsaktien, deren Höhe davon abhängt, wieviele von diesen Vorzugsaktien zur Ausgabe gelangen. Außerdem ist durch Zuweisung von jährlich mindestens 2% der Betriebseinnahme eine gesetzliche Ausgleichsrücklage zu schaffen, deren Speisung bis zum Betrage von 500 Millionen fortzusetzen ist.

Die gesamte Rentabilitätsverpflichtung wird also rund 800 Millionen nicht übersteigen. Denn die Verpflichtung zur Rücklagebildung ist eine Verbindlichkeit, die nicht nur im Gläubigerinteresse, sondern auch im eigenen unmittelbaren Interesse der Gesellschaft liegt.

Die Transportsteuer stellt formell für die Reichsbahn nur einen Durchgangsposten dar. Sie wird im Namen des Reichs in der Form gewisser fester Zuschläge zu den jeweiligen Tarifen erhoben.

Auf ihren Einfluß auf die Tarifgestaltung kommen wir unten zu sprechen.

Ist die Verpflichtung zu einem jährlichen Reinertrage von 800 Millionen tragbar? Eine Untersuchung der Ertragsmöglichkeiten und der bisherigen Ergebnisse wird die Beantwortung auf diese Frage ergeben.

II. Die Ertragsmöglichkeiten.

1. Wie bei jeder Unternehmung entsteht auch bei der Reichsbahn Reinertrag durch Ueberschuß des Erfolges über die Aufwendungen. Bei Transportunternehmungen bestimmen sich die Einnahmen fast ausschließlich aus dem Produkt aus Verkehrsvolumen und Tarifhöhe. Die Ausgaben dagegen sind, von Kapitalaufwendungen abgesehen, relativ konstant, also vom Beschäftigungsgrad (Verkehrsvolumen) relativ unabhängig, denn Eisenbahnunternehmungen stehen unter stark degressiven Kosten. Ein günstiges Verhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe ergibt sich bei möglichst hohem Verkehr. Dieser aber hängt von der Tarifbemessung und von der allgemeinen Wirtschaftslage ab. Dabei ergeben sich folgende Erwägungen:

Bei der Nachfrage nach Transportleistungen ist zu trennen:

a) die Nachfrage nach Personentransportleistungen und

b) die Nachfrage nach Gütertransportleistungen.

ad a) Sie ist elastischer als diejenige nach Gütertransportleistungen. Schon kleine Tarifsenkungen dehnen den Verkehr stark aus, kleine Steigerungen können ihn sehr empfindlich einschränken.

ad b) Sie ist durch die Standortsunterschiede zwischen Produktion und Konsumtion bedingt und weit unelastischer. Ein gewisses, und zwar relativ hohes Quantum von Verkehrsleistungen wird immer beansprucht, schon deswegen, weil eine aus der momentanen Tarifhöhe sich ergebende Lage-Differentialrente wegen ihrer stetigen Veränderungsmöglichkeit selten Unternehmungen ins Leben rufen wird. Immerhin bietet die Benutzung von Lastautomobilen, Wasserwegen usw. auch dann einen gewissen Elastizitätsspielraum, wenn die Nachfrage nach Gütertransportleistungen durch übermäßige Tarife auf das unentbehrliche Minimum heruntergedrückt ist. Trotzdem lassen sich Fälle denken, wo zu hohe Tarife, wenn die Eisenbahn einzige Beförderungsmöglichkeit ist und die betreffenden Güter relativ unwichtige Bedürfnisse befriedigen, den Verkehr in diesen Gütern gänzlich aufhören lassen. Die meisten beförderten Güter befriedigen aber intensive und relativ unelastische Bedürfnisse, so daß, bei gleicher Entfernung einer Konsumtionsstätte von allen Erzeugungsstandorten, der Konsument Träger der ganzen Tarifhöhe wird, wenn der Konsum die untere Grenze erreicht hat.

Aus diesen Ueberlegungen ergibt sich, daß Transportunternehmungen bei Festsetzung der Tarifhöhe nicht autonom sind. Sie haben vielmehr wie jeder andere Monopolist ihrem Optimum zuzustreben. Klassifikation der Tarife nach Güterwert, Staffelung nach Beförderungsentfernungen und Vorzugstarife für bestimmte Güterarten und

Strecken sind Ausdruck für das Streben nach dem Optimum und bedeuten verfeinerte Monopolpreisfestsetzung.

2. Bei der Finanzgebarung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft haben sich als gleich gegenüberzustehen einerseits: die Summe aus den reinen Betriebsausgaben (1), den Zuweisungen auf Rückstellungskonto (2), den Verzinsungsverpflichtungen (3) und dem Aufkommen aus der Verkehrssteuer (4); andererseits: die Summe aus den »sonstigen Einnahmen« (5), dem Produkt aus Verkehrsvolumen und Tariffhöhe (6) und dem Aufkommen aus der Verkehrssteuer (4).

ad 1. Betriebsausgaben. — Die grundsätzliche Umstellung der Reichsbahn (§ 2 des Reichsbahngesetzes) legt ihr die Verpflichtung auf, insbesondere die reinen Betriebsausgaben strengstens zu rationalisieren. Sie hat zu diesem Zwecke folgende Maßnahmen ergriffen: Verwaltungstechnisch: Direktionsweise Abrechnung (Zweimonatsbilanzen), »Entbeamtung« und Einführung des Leistungsprinzips, Neuordnung des Vergabungswesens. Betriebstechnisch: Personalabbau, Drosselung der Bahnhofs- und Netzneubauten, von Lokomotiv-, Personen- und Güterwagenanschaffungen, bessere Verteilung der Erneuerungsarbeiten am Bahnkörper, Typisierung des Wagenparks, Konzentration des Werkstättenwesens, Einführung der Kunze-Knorr-Bremse. Weiterhin: Entgeltlichkeit zum Selbstkostensatz der Leistungen für Reich und Post, was für die Post allein etwa 80 Millionen jährlich ausmacht, Beteiligung an Verkehrskreditbank, Konkurrenzunternehmungen usw. — Die Durchführung dieser Maßnahmen wird sich erst nach Jahren gehörig auswirken und für die reinen Betriebsausgaben einen relativ konstanten Jahresposten ergeben.

ad 2. Rückstellungskonto. — Im Betriebsabschluß für 1925 sind 64,1% der sächlichen Ausgaben der »Unterhaltung und Erneuerung der baulichen Anlagen« und »der Fahrzeuge und maschinellen Anlagen« gewidmet, und nur der Saldo des Betriebsabschlusses auf Gewinn- und Verlustkonto übertragen. Darüber hinaus sind in der Gewinn- und Verlustrechnung und dann auch in der Bilanz 113,4 Millionen (2% der Betriebseinnahmen) als »gesetzliche Ausgleichsrücklage« und 150 Millionen als »Rückstellung für Betriebsrechtsabschreibung und Verlustgefahren« aufgeführt, so daß die Komponenten des Erfolges aus der Gewinn- und Verlustrechnung nicht voll ersichtlich sind. Trotzdem läßt sich, wie die Verbuchung auch immer erfolgen möge, sagen, daß mit der Zeit die Rückstellungen in den Ausweisen der Reichsbahn einer gewissen Konstanz zustreben werden.

ad 3. Verzinsungsverpflichtungen. — Die Verzinsung der Obligationen beträgt im Normaljahr 660 Millionen, die der Vorzugsaktien 140 Millionen. Auch dieser Posten ist konstant.

ad 4. Transportsteuer. — Sie ist formell und buchtechnisch gesehen ein durchlaufender Posten. Der Ausgabe in Höhe ihres Aufkommens steht eine gleich hohe Einnahme gegenüber. Es

ist aber nicht zu leugnen, daß der Steuerzuschlag, der auf Grund der 1917 festgelegten Sätze für die ganze Dauer des Betriebsrechts nach den Tarifen des 1. April 1924 zu erfolgen hat, auf das Verkehrsvolumen denselben Einfluß hat, wie entsprechend höhere Tarife. Die Reichsbahn ist daher gezwungen, bei der Festsetzung ihrer Beförderungspreise die Transportsteuer wie eine Steuer auf den Produktionsumfang anzusehen. Denn verkehrsbestimmend ist der wirklich vom Konsumenten verlangte Preis, und diesen hat die Reichsbahn ihren Verkehrserwartungen zugrunde zu legen.

Somit wirkt die Transportsteuer in der Selbstkostenrechnung ebenso wie die anderen Selbstkostenelemente. Dies kann bei der Reichsbahn wie bei jedem Monopolisten von einschneidender Wirkung auf die Preispolitik sein. Wäre die Reichsbahn ein ausschließlich auf Höchstertrag hin arbeitendes Unternehmen, so hätte sie danach zu streben, mit ihren Tarifen ihr monopolistisches Ertragsoptimum zu verwirklichen. Macht man vorübergehend diese Annahme — und sie wird sich von der Wirklichkeit nicht einmal weit entfernen —, so ist über die Transportsteuer auszusagen, daß sie als eine weder festbegrenzte, noch vom Reinertrage, sondern vom Absatzumfange errechnete Steuer die Folge hat, daß ein gegenüber dem steuerfreien Zustande höheres Tarifniveau den gesuchten besten Ertrag realisiert. In welchem Maße die Verschiebung erfolgt, hängt von der Gestalt der Nachfrage- und Kostenkurve im Einzelfalle ab. Nimmt man aber an, daß die Reichsbahn unter stark degressiven Kosten steht, und daß die Nachfrage auf kleine Preisänderungen mit der Elastizität (1) reagiert, so würde ohne Transportsteuer das Optimum bei nur wenig niedrigerem Tarifniveau und höherem Verkehrsvolumen liegen. Die Transportsteuer würde also unter der obigen Annahme die Reichsbahn zu einer veränderten Haltung gegenüber der Volkswirtschaft veranlassen. Wir glauben daher, der Form dieser Steuer unseren Beifall versagen zu müssen, namentlich auch deswegen, weil sie so, wie sie jetzt ist — mögen auch die entstehenden Verschiebungen des Verkehrsvolumens volkswirtschaftlich nicht übermäßig ins Gewicht fallen —, einen höchst unsicheren Posten im Reichsbudget darstellt; und das liegt sicher heute weniger als je im Interesse unserer Staatsfinanzen. Wir schlagen daher die Abänderung der Steuer in eine festbegrenzte oder vom Reinertrag zu ermittelnde Steuer vor.

ad 5. »Sonstige Einnahmen.« — Auch dieser Posten ist, wenn nicht konstant, so doch unbedeutend.

ad 6. Produkt aus Absatz und Preis (Verkehrsvolumen und Tarifhöhe). — Hier unterliegt nur die Tarifbemessung dem unmittelbaren Einfluß der Reichsbahn. Auf sie reagiert dann je nach den Nachfrageverhältnissen das Verkehrsvolumen. Bei der Berechnung ihrer Tarife konkretisieren sich die oben unter II, 1 allgemein für Transportunternehmungen aufgestellten Prinzipien zur Rücksichtnahme auf drei Faktoren, nämlich auf ihre Selbstkosten, die Tragfähigkeit der Güter unter Zugrundelegung ihres Wertes (also auf die Nachfrage) und eng damit zusammenhängend die Kon-

kurrenz anderer Beförderungsmittel. Dabei ist zu trennen die Konkurrenz a) inländischer und b) ausländischer Transportmittel. Bei der Betrachtung der inländischen Konkurrenzlage sind vor allem zu berücksichtigen 1. der Kraftwagenverkehr und 2. die Binnenschifffahrt.

a) 1. Der Wettbewerb des Kraftwagenverkehrs bezieht sich auf Personen- wie auf Güterbeförderung. Sofern es sich dabei um die Benutzung eigener Personen- und Lastkraftwagen durch Private handelt, ist eine Beurteilung der Lage mangels Unterlagen unmöglich. Allgemein ist zu bemerken, daß die Konkurrenz privater Personenautomobile angesichts der außerordentlich hohen Preise der Wagen in Deutschland der Reichsbahn nur eine dünne Kundenschnitt entziehen kann. Private Lastautos dagegen entziehen ihr gerade denjenigen Teil des Güterverkehrs, der nach den Grundsätzen der Wert- und Entfernungsstaffelung am meisten tragen soll: den Nahverkehr in wertvollen Gütern. Es bleibt dahingestellt, ob eine künftige Entwicklung dieses privaten Lastwagenverkehrs die Reichsbahn nicht zu einer grundsätzlichen Aenderung ihres Tarifsystems zwingen kann.

Die Konkurrenz des organisierten Kraftwagenverkehrs, der sich fast ausschließlich — mit Ausnahme etwa des Möbeltransportes — auf Personenbeförderung beschränkt, ist durch ein Abkommen zwischen der Spitzenorganisation dieser Unternehmungen und der Reichsbahn-Gesellschaft wenigstens gemildert worden. Ein Beispiel für die Art, mit der die Reichsbahn dieser Konkurrenz zu begegnen sucht, bietet der laut »Kölnische Zeitung« vom 14. Juni 1926 Nr. 435 zwischen der Reichsbahndirektion Köln und der Rheinischen Verkehrsgesellschaft A.G. in Köln abgeschlossene Vertrag, betreffend den gemeinsamen Betrieb einer Automobilreparaturwerkstätte. Auf Anfrage der Zeitung äußerte sich die Reichsbahndirektion dahin, daß diese Maßnahme sich bei ihrer hohen Beteiligung an der Rheinischen Verkehrsgesellschaft empfohlen habe. Es zeigt sich, wie die Reichsbahn versucht, wo sie technisch unterlegen ist, auf finanziellem Wege nicht nur die unmittelbare Konkurrenz zu beseitigen, sondern eine enge Zusammenarbeit herbeizuführen.

a) 2. Eine Betrachtung der Konkurrenzlage zwischen B i n n e n - s c h i f f f a h r t und Reichsbahn hat zu berücksichtigen, daß nicht nur die absolute Tariffhöhe für die Beförderung desselben Gutes auf beiden Wegen zu vergleichen ist, sondern daß für den Versender auch die Beförderungsdauer entscheidend ins Gewicht fällt. Da die Beförderungszeit zu Lande ganz erheblich (z. B. für die Strecke Duisburg-Mannheim wie 7 : 1) kürzer ist als zu Schiff, so scheiden bei diesem Wettbewerb hochwertige Güter und dringliche Sendungen von vornherein aus. Nachforschungen haben ergeben, daß für den Transport von Kohle — dem Gute, das neben landwirtschaftlichen Produkten fast ausschließlich zu Wasser befördert wird —, sich die Sätze für Beförderungseinheiten auf den Strecken von Duisburg-Ruhrort nach Koblenz, Mainz, Mannheim gegen Ende Juni 1926 wie folgt stellten:

	zu Schiff (pro Tonne)	zu Bahn (pro Tonne)
	RM.	RM.
Duisburg — Koblenz	1.70	5.70
Duisburg — Mainz	2.70	8.50
Duisburg — Mannheim	3.00	10.50

Zu den Schiffsfrachten kommen jedoch für Versicherung und sonstige Gebühren noch relativ beträchtliche Aufschläge hinzu; z. B. kostet das Einladen mittels Kipper in Duisburg pro Tonne 16 Pfg. Für Kohle gilt bei Bahntransport eine Ausnahmetarif, der für Entfernungen über 350 km gestaffelt ist. Daraus ist zu entnehmen, daß die Reichsbahn die Konkurrenz der Schifffahrt mit diesem Ausnahmetarif nicht bekämpfen will. Es ergibt sich auch tatsächlich, daß die Reichsbahn den Wasserstraßen für die Kohlenbeförderung unterlegen ist, zumal der scharfe Konkurrenzkampf zwischen den Schifffahrtsunternehmungen und die marktmäßige Bildung der Schiffsfrachtpreise (Rulrorter Schifferbörse) zu außerordentlich niedrigen Sätzen geführt hat. Und es ist auch anzunehmen, daß die Reichsbahn sich entschlossen hat, der Binnenschifffahrt einen gewissen Existenzspielraum zu lassen, weil ihr ein Anteil am Kohlenverkehr ja trotzdem stets zufallen muß. Eine ernsthafte Konkurrenz könnte der Reichsbahn durch die Flußschifffahrt erst dann entstehen, wenn ein ausgebildetes Wasserstraßennetz größere Landesteile zu Schiff erreichbar macht. Sowohl Umschlags- wie Seehafenausnahmetarife sind dazu bestimmt, das Bedürfnis nach dem Ausbau der Wasserstraßen weniger dringend zu machen. Gewährt auch die Reichsbahn der Binnenschifffahrt da, wo sie nun einmal besteht, gewisse Existenzmöglichkeiten, so wehrt sie sich erbittert dagegen, ihre weitere Ausdehnung zuzulassen.

Erst die Zukunft wird zeigen, ob aus dem **F l u g v e r k e h r** der Eisenbahn ein ernstlicher Wettbewerber entstehen kann.

b) Um ausländischen Verkehr möglichst über deutsche Schienen zu führen, aber auch um Umgehungsverkehr zu vermeiden, hat die Reichsbahn sich veranlaßt gesehen, dem reinen Durchgangsverkehr Vorzugsbedingungen zu gewähren. Diese Durchgangstarife betragen heute in Einzelfällen sogar nur 20—25 % des vom inländischen Kunden für die gleiche Strecke geforderten Preises. Man könnte meinen, daß so starke Ermäßigungen dem privatwirtschaftlichen Interesse der Reichsbahn zuwiderlaufen, doch gibt es hier eine objektive Grenze. Niemals dürfen nämlich Vorzugstarife irgendwelcher Art unter die speziellen Kosten sinken, die der Transport verursacht. Der gesamte Ueberschuß, den der Tarif darüber hinaus einbringt, trägt mit an den fixen Kosten, und der so angezogene Verkehr ist deswegen — mag der durch ihn erzielte Ueberschuß auch noch so klein sein — immer noch rentabel. Aber auch dann, wenn nur die speziellen Kosten durch den Tarif gedeckt werden, kann die Anziehung eines Mehrverkehrs von volkswirtschaftlicher Bedeutung sein (Seehäfen, Benutzung deutscher Schifffahrtslinien) und auf diesem Umwege der Reichsbahn wieder nützen. Eine Divergenz zwischen privat- und volkswirtschaftlicher Einstellung ließe sich nur dann behaupten, wenn auch die Gewährung

von Tarifen, die nicht einmal die speziellen Kosten decken — etwa aus politischen Gründen —, für eine Maßnahme von volkswirtschaftlicher Bedeutung angesehen werden.

Trotzdem lassen sich Fälle denken, wo schon die Gewährung von Vorzugstarifen, die mehr als die speziellen Kosten decken, den privatwirtschaftlichen Interessen geradezu zuwiderlaufen und nur mit allgemein volks-, und nicht nur mit bahnwirtschaftspolitischer Rücksichtnahme zu rechtfertigen ist, z. B. die Gewährung des Seehafen-Ausnahmetarifs Hamburg an Holland. Dies hat eine Minderung des Verkehrsvolumens auf der Reichsbahn zur Folge und macht den ursprünglichen Sinn des Hamburger Ausnahmetarifs, nämlich die Unterstützung eines deutschen Seehafens und der deutschen Schifffahrt, illusorisch. Ihre Zustimmung zu solchen Maßnahmen darf die Reichsbahn aber erst in dem Augenblicke erteilen, wo ihre Verpflichtungen in jeder Weise sichergestellt sind.

Die Reichsbahn steht dank ihrer Monopolstellung und großen Kapitalkraft ihren Konkurrenten in starker Position gegenüber, zumal sie über ihre Verzinsungsverpflichtungen hinaus nicht wie private Transportunternehmungen zu einem Ertrage gezwungen ist.

Diese Ueberlegungen zeigen, daß alle Posten außer dem Tarifaufkommen (6) in der oben aufgestellten Gleichung — wenn sie es nicht schon an sich sind — die Tendenz haben, konstant zu werden. Die Bedeutung der Tarifpolitik erhellt daraus in neuer Beleuchtung. Weiter ergibt sich, daß die Belastung der Reichsbahn dann übertrieben wäre, wenn das Produkt aus Verkehrsvolumen und Tariffhöhe nicht eine ziemlich feststehende errechenbare Mindestsumme ergeben kann. Die Kürze der Erfahrung läßt es leider nicht zu, aus bisherigen Ergebnissen auf die Größen im künftigen Gleichgewichtszustand zu schließen.

III. Analyse der bisherigen Geschäftsergebnisse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

1. Das erste Geschäftsjahr (vom 1. Oktober 1924 bis zum 31. Dezember 1925).

Betriebsabschluß.

Einnahmen der Betriebsrechnung:

Personenverkehr	1 710 992 983.84
Güterverkehr	3 536 888 629.76
Sonstige Einnahmen	420 800 905.78
Zusammen	5 668 682 519.38

Ausgaben der Betriebsrechnung:

a) Persönliche Ausgaben:

Besoldungen der Beamten	1 300 577 030.35
Bezüge der Angestellten und Betriebsarbeiter	430 427 574.26
Löhne der Bahnunterhaltungsarbeiter	172 901 844.87
Löhne der Werkstättenarbeiter	329 737 695.94
Ruhegehalt, Wartegeld, Hinterbliebenenbezüge	493 513 438.02
Sonstige persönliche Ausgaben	287 052 610.74
Summe a: Persönliche Ausgaben	3 014 210 194.18

b) Sächliche Ausgaben:

Ausstattungsgegenstände und Betriebsstoffe	540 177 604.99
Unterhaltung und Erneuerung der baulichen Anlagen .	606 913 642.99
Unterhaltung und Erneuerung der Fahrzeuge und maschi- nellen Anlagen	571 202 589.57
Sonstige sächliche Ausgaben	117 415 338.34
Summe b: Sächliche Ausgaben	1 835 709 175.88
Zusammen a und b: Ausgaben der Betriebsrechnung .	4 849 919 370.06
Mithin Ueberschuß	818 763 149.32

Gewinn- und Verlustrechnung.

SOLL		HABEN	
Dienst der Reparations-		Betriebsüberschuß	818 763 149.32
schuldverschreibungen .	399 308 860.00		
Zuweisung zur gesetzlichen			
Ausgleichsrücklage . .	113 373 650.39		
Rückstellung für Betriebs-			
rechtsabschreibung und			
Verlustgefahren . . .	150 000 000.00		
REINGEWINN:			
Vorzugs-			
dividende	2 965 666.67		
Vortrag auf			
neue Rech-			
nung	153 114 972.26		
	<u>156 080 638.93</u>		
	818 763 149.32		<u>818 763 149.32</u>

Die oben wiedergegebenen Ausweise bieten Gelegenheit, die erwähnte Verkehrsgleichung für das erste Betriebsjahr aufzustellen.

Die reinen Betriebsausgaben gliedern sich in persönliche und sächliche Aufwendungen und betragen 4850 Millionen. Davon entfallen 38% auf sächliche und 62% auf persönliche Ausgaben. Die letzteren betragen 3014 Millionen und gliedern sich in 2233 Millionen für Löhne und Gehälter und 493 Millionen, also etwa 10% der gesamten Betriebsausgaben, für Pensionen und Renten. Die sächlichen Ausgaben betragen 1835.7 Millionen. Es entfallen davon auf Betriebsstoffe, Ausstattungsgegenstände und sonstige sächliche Ausgaben 657 Millionen, während 1178 Millionen der Unterhaltung und Erneuerung der Anlagen (baulich wie maschinell) gewidmet sind. Der Bestand an Betriebsvorräten am Bilanztage wurde mit 485 Millionen bewertet. Es ist nicht ersichtlich, inwieweit daran außer den Betriebsstoffen und Ausstattungsgegenständen etwa auch das rollende Material beteiligt ist. In der Bilanz ist ein Posten von 239 Millionen als Betriebsrecht am Anlagezuwachs aufgeführt. Daraus geht hervor, daß die im Betriebsabschluß mit 1178 Millionen ausgewiesenen Ausgaben für Unterhaltung und Erneuerung der Anlagen, soweit sie Erneuerungen dienen, nicht sofort abgeschrieben wurden. Die Gewinn-

und Verlustrechnung enthält auf der Habenseite den Betriebsüberschuß mit 818.7 Millionen. Er ergibt sich aus der Subtraktion der Betriebsausgaben von den Betriebseinnahmen. Als solche sind Personen- und Güterverkehr und sonstige Einnahmen angegeben.

Personenverkehr	1710.9	Millionen
Güterverkehr	3536.9	„
Sonstige Einnahmen	420.8	„
Betriebseinnahme	5668.6	„
minus Betriebsausgaben	4849.9	„
Betriebsüberschuß	818.7	„

Dem gegenüber stehen im Soll der Zinsen- und Tilgungsdienst, die Rückstellungen und der Reingewinn. Die Transportsteuer wird als durchlaufender Posten gar nicht ausgewiesen. Es ergibt sich also für das Jahr 1924/25 folgende Verkehrsgleichung:

Persönliche Ausgaben	3014	Millionen
Sächliche Ausgaben	1835	Millionen
minus Anlagezuwachs	239	„
Betriebsausgaben	4610	Millionen
Gesetzliche Ausgleichsrücklage	113	Millionen
Betriebsrechtsabschreibung	150	„
Anlagezuwachs	239	„
Rückstellungskonto	502	Millionen
Verzinsungsverpflichtungen	402	Millionen
Transportsteuer	X	Millionen
Reingewinn	153	Millionen
Zusammen	5666 + X	Millionen
Sonstige Einnahmen	420	Millionen
Tarifaufkommen	5246	„
Transportsteuer	X	„
	5666 + X	Millionen

Verkehrsgleichung: $5666 + X = 5666 + X$.

Die Erfüllung der Verkehrsgleichung ist somit im ersten Geschäftsjahr mit starken Rückstellungen und einem ansehnlichen Gewinnüberschuß möglich gewesen.

2. Das erste Vierteljahr 1926.

Ein Vergleich ist nur mit den Ergebnissen des Vorjahres im gleichen Zeitabschnitt möglich. Leider sind nur die Einnahmen für das erste Vierteljahr 1925 festzustellen.

	1925	1926
Personenverkehr	277.6	263.7
Güterverkehr	699.4	579.0
Sonstige Einnahmen	77.8	76.3
Zusammen Millionen	1054.8	919.0

Der Rückgang ist also generell, beschränkt sich aber bei dem Personenverkehr und den sonstigen Einnahmen auf 15.4 Millionen, beträgt aber beim Güterverkehr 120.4 Millionen. Ein Ausgleich konnte durch die Ausgabengestaltung nur teilweise hergestellt werden. Im einzelnen ergibt die Verkehrsgleichung für das erste Vierteljahr folgendes:

Tarifaufkommen	842.7 Millionen
Sonstige Einnahmen	76.2 „
Transportsteuer	X „
	919 Millionen
Betriebsverlust	109 „
	1028 + X Millionen
Sächliche und persönliche Ausgaben	820.4 Millionen
Rückstellungskonto	32.7 Millionen
Gesetzliche Ausgleichsreserve	18.4 „
	51.1 „
Verzinsungsverpflichtungen	156.8 „
	1028 + X Millionen

Verkehrsgleichung: $919 + 109 + X = 1028 + X$.

Es ergab sich also im ersten Vierteljahr ein arbeitstäglicher Verlust von 1 218 000 RM.

IV. Eine Beurteilung der bisherigen finanziellen Ergebnisse der Reichsbahn ist nicht möglich ohne Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage, bei der sie erzielt wurden.

Wir sind zu der Ansicht gekommen, daß die Reinerträge von Eisenbahnunternehmen in England, Frankreich und Deutschland sehr stark konjunkturrempfindlich sind. Es wurden bei dieser Feststellung zur Ermittlung der Position der einzelnen Jahre 1900—1913 im Konjunkturzyklus die Forschungen der London School of Economics, des deutschen Instituts für Konjunkturforschung und des Professor Pantaleoni (Annali di Economia, Bd. 1, 1925, S. 305 ff.) zugrundegelegt. Für die Schwankungen des Reinertrages der Eisenbahnen wurden die Betriebsüberschüsse zum jeweiligen Anlagekapital in Beziehung gesetzt. Ueber die damit gemachte Annahme, daß der Betriebsüberschuß einen dem tatsächlichen Reinertrag proportionalen Verlauf zeigt, sind wir uns klar, glauben dies aber vertreten zu können. Für Deutschland mußte ferner die nicht unwahrscheinliche Annahme gemacht werden, daß die tatsächliche Kapitalinvestition mit der Emission von Schuldverschreibungen gleichen Schritt hielt, da die Staatlichkeit der deutschen Betriebe nur die Höhe des Obligationenkapitals erkennen läßt. Abweichungen von der vollständigen Parallelität zwischen Konjunkturablauf und Rentabilität der Eisenbahnen ließen sich fast überall darauf zurückführen, daß erhöhtem Nominalkapital noch keine Erhöhung der rentablen Anlagen gegenüberstand. Derartige Abweichungen haben die Tendenz, relativ kurzfristig zu sein. Divergenzen, die nicht so zu erklären waren, wären bei eingehender Tatsachenforschung durch besondere Gestaltung der Kosten-degression aufzuklären.

Trotzdem hätten wir uns nicht für berechtigt gehalten, aus diesen Feststellungen, da sie sich ja nur auf eine kurze Zeitspanne beziehen, irgendwelche Schlüsse zu ziehen, läge nicht eine besonders eingehende Behandlung des Gegenstandes in der Arbeit von K. Tecklenburg (Der Betriebskoeffizient der Eisenbahnen und seine Abhängigkeit von der Wirtschaftskonjunktur, Berlin 1911) vor. Nur glaubten wir, die an der genannten Stelle publizierten Ergebnisse unsererseits auch für die unmittelbare Vorkriegszeit nachprüfen zu sollen. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die durch den Krieg hervorgerufenen Strukturwandlungen den Rhythmus der Konjunktur nicht prinzipiell veränderten, und daher haben wir, was mit Bezug auf die Vorkriegsperiode für die Konjunktorempfindlichkeit von Eisenbahnerträgen galt, bedenkenlos auch für den wahrscheinlichsten Zustand in den bevorstehenden Jahrzehnten angenommen. Daß dabei Vorbehalte, welche die unvorhersehbare Entwicklung der Verkehrstechnik betreffen, zu machen sind, braucht kaum ausgesprochen zu werden.

Die Konjunkturlage nach der Stabilisierung läßt sich nur gewaltsam in irgendein Konjunkturschema einordnen; denn es war eine mit vielen individuellen Besonderheiten versehene monetäre Readjustierungsperiode. Nur deswegen setzte der notwendige Bereinigungsprozeß nach der Scheinblüte der Inflation nicht gleich um die Jahreswende 1923/24 ein, weil die Währungspolitik der Reichs- und Rentenbank bis zum 7. April 1924 bei Festlegung des Markaußenwertes auf den Dollar einer eingeschrumpften Produktion zuviel Kaufkraft gegenüberstellte. Erst im Sommer 1924 und schärfer noch nach der kurzen Erholung von Anfang 1925 im Herbst desselben Jahres setzte dann die unvermeidliche Hochflut der Konkurse ein, bis sie im Januar 1926 einen Höhepunkt erreichte. Die seitherige wirtschaftliche Entwicklung deutet darauf hin, daß das erste Vierteljahr 1926 erst die eigentliche Liquidierung der durch die Inflation in der Struktur der deutschen Volkswirtschaft entstandenen »Fehl«-Investitionen gebracht hat.

Nichtsdestoweniger meinen wir, daß die Krisis von 1926 nicht ausreicht, um die Ausfälle bei der Reichsbahn zu erklären. So stark ist der Unterschied in der allgemeinen Wirtschaftslage nicht, wie der Unterschied zwischen den Betriebsergebnissen des ersten Vierteljahrs 1926 und der vorhergehenden Geschäftsperiode. Daraus schließen wir, daß die Tarife im ersten Geschäftsjahr wohl geeignet waren, einen hohen Augenblicksertrag zu erbringen, daß sie aber im Hinblick auf die Zukunft das Optimum nicht verwirklichten. Es wäre ungerecht, gegen die Leitung der Reichsbahn Vorwürfe zu erheben. Wie der Reichsfinanzminister stand auch sie völlig unberechenbaren Verhältnissen gegenüber. So trugen die Tarife von 1925 wahrscheinlich dazu bei, die Krisis der Jahreswende zu beschleunigen und zu verschärfen. Nun die Krisis eingetreten ist, kennt die Reichsbahn zwar den Punkt, wo die Nachfrage unter den damals gegebenen Verhältnissen unelastisch zu werden beginnt. Es wird aber angespannter Aufmerksamkeit bedürfen, um nicht den Augenblick zu verfehlen, wo eine Tarifiermäßigung gleichzeitig ertragssteigernd und konjunkturverbessernd wirken würde.

Gelingt es der Reichsbahn, durch richtige Erkenntnis dieses Augenblicks die Parallelität zwischen dem Konjunkturablauf und ihrer Ertragsgestaltung wieder herzustellen und damit zugleich ihr Optimum zu verwirklichen, dann können wir den Ausführungen des Verwaltungsratsvorsitzenden von Siemens beipflichten, der in der Hamburger Verwaltungsratssitzung vom 6. Juli 1926 die Ansicht äußerte, daß die Reichsbahn in der Lage sein werde, den ihr im Gesetz auferlegten Verpflichtungen nachzukommen.

C. Die Staatshaushaltsfragen.

Eine Aufstellung der direkten und der Bürgschaftsverpflichtungen des Reichshaushalts und eine Darstellung des Eintreibungsmodus leitet diesen Bericht ein. Dabei zeigt sich die fundamentale Bedeutung der sogenannten verpfändeten Einnahmen, deren bisherige Entwicklung die Reichsverpflichtungen so weit übersteigt, daß die Abführung der Staatshaushaltsbeiträge dauernd erfolgen wird. Für den Reichsfinanzminister bleibt dann nur noch die Aufgabe, sich mit diesen unvermeidlichen Ausfällen abzufinden. Da die Haushaltszahlungen aber noch nicht eingesetzt haben, läßt sich noch nicht absehen, welchen Ausweg die deutsche Finanzpolitik einschlagen wird. Von der Bildung von Rückstellungen aus laufenden Einnahmen, wie sie eine Zeitlang praktiziert wurde, raten die Berichterstatter auch — und erst recht — für den Fall ab, daß diese Kaufkraftmengen der Volkswirtschaft wieder im Kreditwege zugeführt werden, weil dann die im kritischen Fall notwendige plötzliche Kündigung die Volkswirtschaft auf das schwerste schädigen könnte.

Das Ergebnis des Berichtes, der weiter noch eine Darstellung der bisherigen Reichsfinanzen und einen Vergleich der deutschen Steuerlast mit derjenigen anderer Staaten leider nicht ganz erfolgreich versucht, ist, daß die Frage nach der Aufbringbarkeit nicht dem Gebiete der Finanzwirtschaft angehört, sondern mit der Frage nach der allgemeinen Leistungsfähigkeit identisch ist. Der Modus aber, der für den Einzug der Staatshaushaltsverpflichtungen gewählt wurde, garantiert den Reparationsgläubigern das tatsächliche Eingehen dieser Zahlungen. Es wird also auch hier auf den zusammenfassenden Schlußbericht hingewiesen.

D. Der Wohlstandsindex¹⁾.

I. Die Gesichtspunkte, nach denen wirtschaftlich-vernünftigerweise eine Elastisierung der an sich starren Leistungsverpflichtungen Deutschlands zu erfolgen hat, sofern man die Reparationsleistungen auf die ökonomisch allein sinnvolle Idee der Leistungsfähigkeit aufbaut.

Nach den Regeln wirtschaftlicher Vernunft, soweit von solchen in Reparationsangelegenheiten überhaupt die Rede sein kann, muß

1) Für energische Mitarbeit bei Entstehung und Redaktion dieses Abschnittes bin ich Herrn Diplomvolkswirt G. von Eynern zu besonderem Dank verpflichtet.

jede Reparationsbelastung auf der Idee der Leistungsfähigkeit des Schuldnerstaates aufgebaut sein. Auch das Dawes-Komitee bekannte sich in seinen grundsätzlichen Erörterungen zu dieser Anschauung, ohne sie in seinen praktischen Vorschlägen dann allerdings konsequent durchzuführen. Eine Elastisierung der starren Reparationspflicht hat also an Veränderungen der Leistungsfähigkeit anzuknüpfen.

Eine Lösung des Reparationsproblems kann mehr in der Richtung des Arbeits- oder des Rentnerideals gesucht werden. Konsequenz des Arbeitsideals wäre, Deutschland nur als einen nach Möglichkeit zu beseitigenden Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu betrachten; aus dem Rentnerideal hingegen ergäbe sich, daß man in ihm nur den Produzenten und Lieferanten von Gütern erblickt, welche die Bewohner der alliierten Staaten ohne Arbeitsaufwand verzehren könnten ²⁾.

Die Dawes-Sachverständigen haben ein Kompromiß dahin geschlossen, daß durch jährliche Entziehung einer als tragbar geschätzten gewissen Wertsumme (2,5 Milliarden) Deutschlands tatsächliche Leistungsfähigkeit erfaßt, jedoch für die Zukunft weder verringert noch — mit einer unten (S. 759) zu behandelnden Einschränkung — vergrößert werden soll. Da diese Frage nicht nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Vernunft allein entschieden werden kann, ist dieser Gedanke als in diesem Zusammenhange gegebenes Datum übernommen worden.

Ganz allgemein verstehen wir unter Erfassung der Reparationsleistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft die Erfassung der Differenz zwischen dem jeweiligen Volkseinkommen und demjenigen Gesamtverbrauch, der nach den gegebenen sittlichen, politischen und sonstigen außerwirtschaftlichen Anschauungen dem Schuldnerstaate mindestens verbleiben soll. Im Falle Deutschlands haben sich die politisch maßgebenden Stellen darauf geeinigt, diesen Gesamtverbrauch dem deutschen Jahreskonsum in gewissen Ausgangsjahren (den Basisjahren des Wohlstandsindex) gleichzusetzen. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands ist demnach betragsmäßig in einem bestimmten Jahre gleich der Differenz zwischen dem Volkseinkommen dieses Jahres und dem der Basisjahre. Formelmäßig drücken wir dies so aus:

Leistungsfähigkeit = Volkseinkommen minus Basiskonsum

$$(1) \quad Z_n \text{ (Zuwachs)} = E_n - E_0.$$

Einige naheliegende Einwände gegen diese rohe erste Annäherungsformel können ohne weiteres zurückgewiesen werden.

a) So braucht man eine Verschiebung des konsumtiven und produktiven Teils innerhalb des Verbrauchs nicht zu berücksichtigen, soweit die gesamte Leistungsfähigkeit erfaßt werden soll, denn die konzertierte Lebenshaltung ist so niedrig bemessen, daß der Spielraum zu einer solchen Verschiebung minimal ist. Soll aber, wie dies prak-

²⁾ Siehe Stamp, Die Grenzen des Transfer, »Magazin der Wirtschaft«, Jahrg. 1, S. 993.

tisch vorgesehen wurde, ein Teil der Leistungsfähigkeit ³⁾ Deutschland verbleiben, so ist es nur logisch, ihm dann auch die Freiheit der Verbrauchsverteilung zu belassen.

b) Ähnlich ist bei der Errechnung von E_n die Einkommenverteilung, wiewohl unter anderen Gesichtspunkten von großer Bedeutung, für unsere Fragestellung irrelevant; denn die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches soll die jeweils als beste erkannte Verteilung der Einkommen herbeiführen. Deswegen kommt auch der direkten Heranziehung von Industrie und Eisenbahn zu den Reparationsleistungen keinerlei wirtschaftliche, sondern nur politische Bedeutung zu: es sind Konzessionen an den Gedanken der »produktiven Pfänder«.

c) Der Entzug einer nach der obigen Methode festgestellten Leistungsfähigkeit würde einen konjunkturstatisierenden Einfluß auf Deutschland ausüben, indem in den Aufschwungsjahren durch erhöhte Reparationsbelastung (Steuern) der Aufschwung gedrückt, in Stockungsjahren durch verringerte Lasten die Depression gemildert würde. Dieser statisierende Einfluß wäre im Interesse reibungsloser Reparationsabwicklung nur dann zu bedauern, wenn erstens die Wechselagen international parallel verliefen und zweitens die in einem Jahre aufgebrauchten Summen innerhalb des gleichen Jahres übertragen würden. Nur dann nämlich würde der relativen Konjunkturstatisierung in Deutschland eine gewisse Verschärfung der Konjunkturschwankungen in den Gläubigerstaaten zeitlich entsprechen; was, wie die Dinge heute liegen, zu politischen Komplikationen führen müßte. Beide Voraussetzungen treffen aber augenblicklich und wohl auch für die nächste Zukunft nicht zu. Außerdem würde jeder Versuch, die Konjunktüreinflüsse bei der Berechnung der Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen; denn erstens ist die genaue Bedeutung der Bewegung eines Konjunkturindex für den Ablauf der gesamten Wirtschaft unbekannt, und zweitens verläuft der Konjunkturzyklus seit dem Kriege in Perioden, die zu kurz sind, als daß die Neuberechnung der Leistungsfähigkeit und ihre verändernde Wirkung auf die Höhe der Reparationszahlungen noch rechtzeitig zur wesentlichen Beeinflussung der betreffenden Konjunkturphase kämen.

Aus Gründen, die unten (S. 767) näher dargelegt werden, hat schon das Dawes-Komitee es zweckmäßig gefunden, nicht die ganze deutsche Leistungsfähigkeit in dem oben erwähnten Sinne zu erfassen. Der von ihm eingeführte sogenannte Wohlstandsindex läuft in der Anwendung darauf hinaus, daß jeweils etwa $\frac{1}{10}$ des deutschen Volkseinkommens als Reparationslast zu zahlen ist, wie diese Tabelle zeigt:

³⁾ „Leistungsfähigkeit“ hier und im folgenden immer im Sinne der ersten Annäherungsformel.

	Milliarden Mark			%	Milliarden Mark	
	E_n	E_o	Z_n	I_w	P_n	S_n
Basis-Jahr x	50	50	—	100	—	2,5
Jahr y	56	50	6	112	0,3	2,8
Jahr x	60	50	10	120	0,5	3,0

E_n : angenommenes Volkseinkommen des betreffenden Jahres.

E_o : stets gleichbleibender Basiskonsum = durchschnittliches Volkseinkommen der Basisjahre.

Z_n : $E_n - E_o$.

I_w : Wohlstandsindex nach dem Londoner Protokoll.

P_n : Leistungsplus = 2,5 Milliarden mal $I_w/100$, minus 2,5 Milliarden = $1/20 \cdot Z_n = r \cdot Z_n$.

S_n : Nach dem Dawesplan zu zahlende Summe = $2,5 + P_n = 1/20 \cdot E_n = r \cdot E_n$.

Mit anderen Worten heißt das: Indem die Dawes-Sachverständigen die starre Zahl 2,5 zugrundelegen und Wohlstands z u s c h l ä g e nach der Formel 2,5 Milliarden mal ($I_w/100$ minus 1) machen, ergibt sich als tatsächliche Leistungsverpflichtung ein immer gleicher Bruchteil (r) des jeweiligen Volkseinkommens. Unter der Annahme, daß das Volkseinkommen der Basisjahre ungefähr 50 Milliarden beträgt, hat (r) den Wert von ca. $1/20$.

Der Grundgedanke, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit im obigen Sinn nur zum Teil erfaßt werden soll, scheint uns besser dadurch verwirklicht zu werden, daß wir zur Bestimmung der jeweiligen Reparationslast — also nicht nur der Z u s c h l ä g e zu einer s t a r r e n Zahl — von dem jeweils festgestellten Ueberschuß des Volkseinkommens über die für die Basisjahre bewilligte Lebenshaltung einen festen Bruchteil (q), über dessen Höhe man sich durch Verhandlungen zu einigen hätte, nehmen, also

$$S_m = q \cdot Z_n.$$

$$Z_n = E_n - E_o.$$

$$(2) \quad S_m = q \cdot (E_n - E_o).$$

Bevölkerungsveränderungen verändern die absolute Höhe des nationalen Konsums bei gleichbleibendem Individualverbrauch. Da die im Verbrauch zum Ausdruck kommende Lebenshaltung der Basisjahre sinngemäß p r o K o p f gleich bleiben muß, so ist die Größe E_o jeweils mit einem Bevölkerungsindex

$$I_b = \frac{B_n}{B_o}$$

zu multiplizieren, wobei B_o die Bevölkerungszahl der Basisjahre, B_n diejenige des Jahres ist, für das die Leistung (S_m) festgestellt werden soll. Die berichtigte Formel lautet also jetzt:

$$(3) \quad S_m = q \cdot (E_n - E_o \cdot \frac{B_n}{B_o}) = q \cdot (E_n - E_o \cdot I_b).$$

Wegen der technischen Schwierigkeiten einer alljährlichen prompten Berechnung des Volkseinkommens E_n schlagen wir vor, diese Größe durch Multiplikation des Jahreseinkommens der Basisjahre E_o mit einem das Steigen des Volkseinkommens anzeigenden Index I_e

zu ermitteln. Es entspricht dem heutigen Stande der Wissenschaft, daß dieser Volkseinkommensmesser ein komponierter Index sein muß (siehe dazu unter III). Wir setzen also

$$E_n = E_o \cdot I_e.$$

Die Formel für S_m müßte also weiter berichtigt werden:

$$(4) \quad S_m = q \cdot (E_o \cdot I_e - E_o \cdot I_b) = q \cdot E_o \cdot (I_e - I_b).$$

Jährlich zu zahlen wäre danach also S_m gleich einem Bruchteil q (sagen wir etwa: $\frac{1}{2}$) des jährlichen Gesamtverbrauchs der Basisjahre, mal der Differenz des Einkommens- und des Bevölkerungsindex. Steigt also z. B. das Volkseinkommen stärker als die Bevölkerung, so ist es ja nur logisch, daß die Reparationsverpflichtungen, wenn sie sich mit der Leistungsfähigkeit verändern sollen, steigen müssen.

Außer der Anpassung an die Veränderungen der Leistungsfähigkeit hat eine Elastisierung mit dem Ziele der Anpassung an Aenderungen im Maßstab der Leistungen zu erfolgen. Die zu zahlende Summe S_m ist, damit der Nominalbetrag der Leistungssumme mit jeder Goldwertsenkung steige und umgekehrt, durch einen Goldwertindex zu dividieren, d. h. also mit einem Warenpreisniveauiindex zu multiplizieren ⁴⁾. Zur Errechnung dieses Index ist das Preisniveau der Welthandelsgüter zugrunde zu legen. Nennen wir diesen Index I_p .

Es bleibt noch zu berücksichtigen, daß in unserem Einkommensindex I_e möglicherweise Preiselemente stecken (siehe unter III), die auch unter der vom Dawes-Komitee gemachten und durch die Wirklichkeit erfüllten Voraussetzungen, daß Deutschland an der Goldwährung festhält, Schwankungen von E_n vortäuschen können, denen keine wirklichen, also gütermäßigen Veränderungen des Volkseinkommens entsprechen. Alle eventuell preismäßig ausgedrückten Elemente dieses Volkseinkommensindex I_e sind also durch Division ⁴⁾ durch einen innerdeutschen Preisniveau-Index (I_d) zu korrigieren. Genauere Angaben für die Berechnungsmethode von I_e erfolgen unter III. Deswegen unterbleibt die Erwähnung dieses Index für das innerdeutsche Preisniveau in der hier gegebenen formelmäßigen Zusammenfassung unserer Ergebnisse.

Die endgültige Formel lautet also:

$$(5) \quad S_m = q \cdot E_o \cdot I_p \cdot (I_e - I_b).$$

Durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt es, daß S_m negativ wird, wenn nämlich die Differenz ($I_e - I_b$) negativ ausschlägt. Logischerweise müßten Deutschland die negativen S_m ausbezahlt werden, was indessen politisch kaum zu erreichen sein wird. Selbstverständlich ist praktisch aber mindestens ein vollständiges Moratorium zu fordern.

⁴⁾ Deswegen muß das eine Mal mit einem Preisniveauiindex (I_p) multipliziert, das andere Mal dagegen durch einen Preisniveauiindex (I_d) dividiert werden, weil im ersten Falle eine Gütersumme auf einen dem veränderten Geldwert entsprechenden Nominalausdruck zu bringen ist, im zweiten dagegen

II. Ob die Indizes des Londoner Protokolls wirtschaftlich-zweckmäßig gebildet sind unter der von den Dawes-Sachverständigen stillschweigend gemachten Voraussetzung, daß außer der Leistungsfähigkeit Deutschlands auch das Interesse der Gläubigerstaaten zu berücksichtigen ist.

α. Der Wohlstandsindex des Londoner Protokolls verläßt die von den Sachverständigen selbst proklamierten Prinzipien, indem er außer der deutschen Leistungsfähigkeit auch das Interesse der Gläubiger berücksichtigt: denn Minderungen der deutschen Leistungsfähigkeit unter den Stand der Basisjahre ermäßigen nicht die Leistungsverpflichtungen Deutschlands unter 2,5 Milliarden, sondern bewirken nur, daß sie auf etwaige später folgende Steigerungen der Leistungsfähigkeit angerechnet werden.

Der Grundgedanke der Sachverständigen, für den Wohlstandsindex einen komponierten Index zu wählen, ist praktisch und stellt gegenüber dem System der 26%igen Ausfuhrabgabe einen Fortschritt dar.

Im folgenden sollen die einzelnen Elemente des sogenannten Wohlstandsindex einer Kritik unterzogen werden.

a) Bevölkerung.

aa) Natürliches Bevölkerungswachstum kann hervorgerufen sein

1. durch größere Geburtenziffern;
2. durch geringere Säuglingssterblichkeit;
3. durch geringere Alterssterblichkeit.

1 und 2 wirken ähnlich in derselben Richtung eines vorläufigen Mehrkonsums ohne Mehrproduktion; diese tritt erst nach 15—20 Jahren ein.

Im Falle 3 findet ausschließlich ein Mehrkonsum statt. Aus diesem Grunde ist Bevölkerungswachstum niemals Ursache gleichzeitig erhöhter Leistungsfähigkeit.

Wollte man trotzdem Bevölkerungsziffern als Indizes für Ursachen von Leistungsfähigkeitsänderungen benutzen, so kommen nur Zahlen, welche den Bevölkerungsaufbau berücksichtigen, in Frage; denn für die Leistungsfähigkeit eines Volkes ist das Verhältnis der Zahl seiner Arbeiter zu der seiner Esser maßgebend.

Dabei müssen aber die besonderen Verhältnisse in jedem einzelnen Fall Beachtung finden; für Deutschland liegen sie so:

Da die Jahrgänge 1868—1895 auf der Seite der Männer wegen der Kriegsverluste (1,9 Millionen), und die Jahrgänge 1915—1918 wegen der geringen Geburtenziffern im Kriege (Ausfall etwa 3,4 Millionen) schwach besetzt sind, läßt sich folgende Tabelle aufstellen:

Nominalausdrücke durch Befreiung von demjenigen, was an ihnen Geldwertänderung ist, zu brauchbaren Indizes von gütermäßigen Veränderungen werden sollen.

Jahre	I	II	III
	Dawes-Teil-Index: absolute Bevölkerungszahl	Zahl der Arbeitsfähigen	Bevölkerungsauf- bau: Zahl der Esser zu der der Arbeitenden
1927/29	100	gering gegen 1913 ⁹⁾	schlecht
1930/33	+ ⁸⁾	sehr gering ¹⁰⁾	sehr schlecht
1934/55	+ ⁸⁾	+ gering ¹¹⁾	schlecht
1956/64	100 ⁶⁾	o gering ¹²⁾	schlecht
1965/68	+ ⁷⁾	normalisierend ¹³⁾	schlecht
1968/..	100 ⁸⁾	+ normal ¹⁴⁾	normal

Spalte III ist das Ergebnis der Spalten I und II; sie zeigt, daß der Bevölkerungsindex der Sachverständigen in den Jahren 1930/33 steigt, obwohl nicht nur der Bevölkerungsaufbau sich verschlechtert, sondern sogar die absolute Zahl der Arbeitsfähigen abnimmt. In den späteren Jahren haben diese Fehler die Tendenz zu verschwinden, aber erst gegen 1968 ist der Normalzustand wieder erreicht.

bb) Man könnte ein Bevölkerungswachstum aber als Symptom einer schon vorhandenen Leistungsfähigkeitssteigerung ansehen, sofern man der Ansicht ist, daß bei zunehmendem Wohlstand die Ehezeffern steigen, die Kinderzahl pro Familie wächst und die Alterssterblichkeit abnimmt. Die Sachverständigen scheinen all diese Ansichten vertreten zu wollen, ohne daß sie ihre Stellungnahme zu diesem schwierigen Problem näher zu begründen für nötig hielten.

Selbst wenn man aber diese Anschauung unwidersprochen läßt, muß wiederum eine Berücksichtigung der besonderen deutschen Verhältnisse gefordert werden (siehe Spalte I und Anmerkungen 6—9).

⁵⁾ Die normalen Sterbefälle sind durch die Kriegsverluste vorweggenommen.

⁶⁾ Es fehlt jeder Störungsfaktor.

⁷⁾ Die normalen Sterbefälle sind durch den Geburtenausfall im Kriege vorweggenommen.

⁸⁾ Es fehlt jeder Störungsfaktor.

⁹⁾ Schwach besetzt sind die männlichen Jahrgänge 1868/95 (Alter: 32 bis 61 Jahre).

Normal besetzt sind: 1896/1914 im Alter von 13—32.

¹⁰⁾ Zugang sehr gering: Die Jahrgänge 1915/18 (Alter: 12/18) sind schwach besetzt.

Abgang ist etwas geringer als normal, weil die Jahrgänge 1868/95, deren Alter nunmehr 35/65 ist, gering besetzt sind.

¹¹⁾ Zugang normal.

Abgang weiter gering, aber zum Normalen steigend.

¹²⁾ Zugang normal.

Abgang normal.

¹³⁾ Zugang normal.

Abgang gering: Die jetzt im Sterbealter stehenden Jahrgänge 1915/18 (Alter 47/53) sind schwach besetzt.

¹⁴⁾ Die Bewegung ad ¹¹ setzt sich fort und führt zum Normalzustand.

Dabei wurde angenommen, daß alle Jahrgänge im Alter von ca. 50 Jahren sterben; auf diese Weise wurde das Resultat etwas schärfer pointiert als die Wirklichkeit sein wird; doch kann es sich nur um nichtprinzipielle Abweichungen handeln.

Es dürfen also nur Abweichungen von dieser als normal geltenden Entwicklungslinie symptomatisch verwertet werden.

b) Für die übrigen Elemente des I_w gilt in allen Fällen (mit Ausnahme des Kohlenverbrauchs, wo diese Forderung bereits erfüllt ist), daß sie pro Kopf berechnet werden müßten. Dieser Einwand verschärft sich dadurch, daß die Bevölkerungszahl als selbständiges und parallel (statt invers) wirkendes Indexelement eingesetzt wird.

c) Außerdem tragen fast alle Teilindizes den Makel der Beeinflussbarkeit:

1. Staatshaushalt: Uebertragung von bisherigen Staatsaufgaben auf die Kommunen und kleineren Länder; Nichttilgung von Anleihen usw.

2. Erträge der Steuern und Zölle: Veranlagung durch Reichsbehörden.

3. Eisenbahngüterverkehr: Kanäle, Autos usw.

4. Außenhandel: Manipulierung der Durchfuhr, Wertermittlung durch Reichsbehörden.

5. Kohle: Ausbau von Elektrizitätswerken und noch vieles mehr.

d) Ferner läßt sich gegen die einzelnen Indizes manches einwenden:

So erscheint die einfache Einsetzung des Außenhandels als zu roh, da die Zusammensetzung von Ein- und Ausfuhr (Rohstoffe, Fertigfabrikate; Durchfuhr; Veredelungsverkehr; Aktiv- oder Passivsaldo usw.) berücksichtigt werden muß. Die Einbeziehung der Jahre 1912/13 in die Basisjahre ist verfehlt, weil das damalige Wirtschaftsgebiet ein völlig anderes war als das heutige; man könnte ebensogut den Außenhandel von Neufundland heranziehen.

Andere Elemente könnten gerade aus Gründen der Wohlstandsminderung steigen: So der Bierverbrauch, falls er zu Lasten des Weinverbrauchs zunimmt; so die Ziffern der Staatshaushalte, falls die Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge und Armenunterstützung steigen.

Der Wohlstandsindex des Londoner Protokolls scheint uns somit nicht nur theoretisch falsch angewandt, sondern auch unzuweckmäßig zusammengesetzt.

β. Der vorläufige Index (sogenannter »kleiner Besserungsschein«), der sich nach den Erträgen der verpfändeten Steuern und Zölle richtet, hat zwar den Vorteil einer Wirkung in positiver wie negativer Richtung, ist aber zu willkürlich roh und manipulierbar ¹⁵⁾.

γ. Der Goldwertindex wird von den Sachverständigen nur gefordert, ohne daß Anweisungen zu seiner Errechnung gegeben würden. Die Sachverständigen weichen damit von ihrem eigenen Prinzip, die Gesamtverpflichtungen Deutschlands automatisch ohne jeweilige Verhandlungen und Schiedssprüche festzustellen, gründlich ab.

¹⁵⁾ An diesem Vorwurf ändert auch das neuerliche Abkommen mit dem Reparationsagenten nichts.

III. Anmerkungen über die praktische Durchführung unseres Indexvorschlages.

Für unsere Methode der Errechnung der Leistungssumme S_m benötigen wir außer einer einmaligen genauen Feststellung des Volkseinkommens E_0 vier Indizes:

1. Den Bevölkerungsindex $I_b = \frac{B_n}{B_0}$. Zu errechnen auf Grund der Volkszählungen, Nachweisungen der Standesämter usw.

2. 3. Den Index des Preisniveaus der Welthandelsgüter und denjenigen des innerdeutschen Preisniveaus (siehe S. 761) I_p und I_d : zu errechnen auf Grund der Preisniveaus in Deutschland und auf dem Weltmarkt, nach Prof. Fishers Methoden.

4. I_e , den Index des Volkseinkommens. Er soll ein komponierter Index sein, der sich etwa aus folgenden Teilindizes zusammensetzen könnte ¹⁹⁾:

a) Güterverkehrsindex:

Eisenbahnfracht in t/km.

Binnenschiffahrtsverkehr in t/km.

Tragfähigkeit der Lastautos in t.

b) Personenverkehrsindex:

Gesamtzahl der beförderten Personen auf Eisenbahn, Flugzeug, Autobus, Fernbahnen usw.

Gesamteinnahmen dieser Unternehmen aus dem Personenverkehr.

Anteil der 1. und 2. Klasse Fahrenden an der Gesamtzahl der Beförderten der Reichsbahn.

Anteil der Roheinnahmen aus der 1. und 2. Klasse.

c) Bildungsindex:

Zahl der Schüler höherer Lehranstalten.

Roheinnahmen dieser Anstalten, ohne Staatszuschüsse.

Zahl der Hochschulstudierenden.

Roheinnahmen der Hochschulen.

d) Einkommensindex:

Einkommensteuerveranlagungen.

Lohnsteuerveranlagungen.

e) Arbeitsindex:

Verhältnis der Arbeitstätigen zu den Erwerbslosen.

f) Lebenshaltungsindex:

Anteil der Ausgaben für Lebensmittel im Budget einer Arbeiterfamilie.

g) Konsumindex:

Fleischverbrauch in Deutschland.

Getränkeverbrauch: Sekt, Wein, Bier, Branntwein.

¹⁹⁾ Wir beabsichtigen hier nicht, einen endgültigen Vorschlag zu machen, möchten vielmehr im folgenden nur andeuten, wie dieser Index aussehen könnte.

- Autos
Motorräder } nach PS, Zylinderstärke usw. differenziert.
- h) **Kinoindex:**
Kinobesucher.
Kinoroheinnahmen.
- i) **Produktionsindex:**
Energieindex:
Kohlenverbrauch;
Kilowattstundenkonsum;
Verbrauch an flüssigen Betriebsstoffen (Oele, Benzin).
Häuserindex:
Zahl der Ein- und Zweifamilienhäuser;
deren bebaute Fläche.
Kaliabsatz im Inland.
- k) **Handelsindex:**
Anteil des Obstes und aller Südfrüchte und der Spirituosen
an der Gesamteinfuhr Deutschlands.
- l) **Ertragsindex:**
Dividende + Tantieme + Gewerkschaftsausbeute + G.m.b.H.-
Ausschüttungen — Gewerkschaftszubußen.
- m) **Emissionsindex:**
Aktien.
Obligationen.
- n) **Krisenindex:**
Zahl der Wechselproteste.
„ „ Konkurse.
„ „ Liquidationen.
- o) **Volumenindex:**
Giroverkehr der Reichsbank.
Wechselumlauf.
- p) usw. usw.

Alle preismäßig ausgedrückten Elemente von I° sind den Ausführungen auf S. 761 entsprechend durch einen Index des innerdeutschen Preisniveaus zu dividieren.

E. Zusammenfassung.

Die vorstehend wiedergegebenen Einzeluntersuchungen kamen zu dem Ergebnis, daß die auf Industrie und Eisenbahn ruhenden Lasten, jede für sich genommen, tragbar sind unter der Voraussetzung, daß alles übrige tragbar sei und Transferschwierigkeiten nicht existieren; und daß die Kontrollorganisation für die verpfändeten Einnahmen jedenfalls die Zahlungen aus dem Staatshaushalt sicherstellen wird; inwieweit diese Entzüge tatsächlich für die Reichsfinanzen erträglich sind, ist ein Problem, das über das finanzwirtschaftliche Gebiet hinausgeht und ausmündet in die Frage nach der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Die Tatsache, daß unter finanz- und privatwirtschaftlichem Gesichtspunkt die Einzelgebiete ihre Last werden tragen können, besagt noch nichts darüber, ob unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt die Gesamtaufbringung gelingen wird, ob nicht vielmehr die Summierung der Einzelverpflichtungen, sowie Wirkungen und Wechselwirkungen die Gesamtlast untragbar machen.

Auf das Ganze hin gesehen wirkt die Daweslast in allen ihren Zweigen wie die Last einer Steuer, aus deren Erträgen der Staat seiner Volkswirtschaft keine Gegenleistung bietet: Auf die durch das Aufbringungsgesetz festgestellten Verpflichtungen der Industrie hat das deutsche Steuersystem Rücksicht zu nehmen; und die Tatsache, daß die Reinerträge der Reichsbahn um die Zinsen für ihre Obligationen gekürzt werden, wirkt sich in Höhe dieser Kürzung als Einnahmenminderung des Reichshaushaltes aus — auch die Transportsteuer, die schon vor Inkrafttreten des Dawesplans existierte, bedeutet einen Ausfall für die Reicheinnahmen, welcher immer 290 Millionen betragen wird.

Formal gesehen könnte man mit Shirras¹⁷⁾ meinen, daß der Gesamtüberschuß der Produktion über denjenigen Mindestverbrauch, der bei gleichbleibender Lebenshaltung (unter Berücksichtigung der Bevölkerungsbewegung) nötig ist, den jeweiligen Umfang der Produktion zu reproduzieren, für Steuer- und Reparationszwecke eingezogen werden kann. Schon in der Diskussion des Shirraschen Referates äußerte aber Stamp¹⁸⁾ Bedenken, ob wirklich dieser gesamte Ueberschuß auf die Dauer weggenommen werden dürfe. Und diese Bedenken sind zweifellos schwerwiegend.

Schon die Dawes-Sachverständigen haben in ihren Darlegungen zum Wohlstandsindex (siehe S. 759) die Forderung erhoben, daß nicht der gesamte Wohlstandszuwachs den Reparationsgläubigern zugeführt werde, denn ein Anreiz zu weiterer Entwicklung müsse Deutschland verbleiben; die Einstellung der Sachverständigen zu Deutschlands Zukunftsentwicklung ist nicht derartig, daß man zu der Annahme berechtigt wäre, sie wollten Deutschland einen wirklichen Aufstieg ermöglichen; aus ihren Worten kann vielmehr nur geschlossen werden, daß sie ein Sinken der Leistungsfähigkeit Deutschlands für den Fall erwarten, daß der Gesamtüberschuß dauernd und gänzlich abgeschöpft wird. Diese Erwartung erscheint durchaus berechtigt:

Obwohl ein dynamischer Anreiz zur dauernden Aufrechterhaltung der bisherigen Produktion auch dann gegeben ist, wenn der Gesamtüberschuß der Produktion weggesteuert wird — weil nämlich bei eventueller Minderproduktion eine Verarmung eintreten würde, welche einzig durch Aufrechterhaltung der Produktion vermieden werden kann —, so ist trotzdem zu fürchten, daß eine dauernde Unterbindung jedweder positiven Entwicklungsmöglichkeit für die deutsche Volkswirtschaft eine Lähmung ihrer Entwicklungstendenzen bedeuten

¹⁷⁾ Volkseinkommen und Besteuerung, Jena 1926, S. 4.

¹⁸⁾ Ebenda S. 41 ff.

würde. Zum Ausdruck käme diese Lähmung in einem Zurückziehen und künftigen Fernbleiben des ausländischen Kapitals, einer Flucht des deutschen Kapitals aus inlandsindustrieller Anlage, und in einer Auswanderung gerade der dynamischsten Unternehmer-elemente, wie sie schon heute bemerkbar ist; die deutschen Arbeiter, deren Auswanderungsmöglichkeiten beschränkter sind, würden sich der kombinierten Wirkung von Lohndruck, Verlängerung der Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit nicht fügen, sondern mit Lohnforderungen, Streiks usw. reagieren.

Aus alledem ergibt sich, daß die Schätzung der Sachverständigen für das Normaljahr (in Höhe von 2,5 Milliarden RM.) nur dann brauchbar ist, wenn das Fortschrittsquantum der deutschen Volkswirtschaft 2,5 Milliarden wesentlich übersteigt.

Cassel¹⁹⁾ stellt für den Zusammenhang zwischen Spargrad (1/S), Volksvermögen (K), Volkseinkommen (E) und Fortschrittsquote (p) folgende Formel auf:

$$\frac{E}{S} = \frac{p}{100} \times K; \text{ also } p = \frac{E \times 100}{S \times K}$$

Durch Einsetzung der jeweils ungünstigsten und günstigsten wahrscheinlichen Grenzwerte in diese Formel erhält man:

1. den ungünstigsten Fall, wenn sowohl das Verhältnis des Volkseinkommens zum Volksvermögen, wie auch das Volksvermögen möglichst niedrig angenommen werden. Als äußerste Möglichkeit in dieser Richtung haben wir für die Beziehung von Volkseinkommen zu Volksvermögen 0,83% angenommen²⁰⁾, und für das Volksvermögen 300 Milliarden (auf Grund korrigierter Helfferichscher Ziffern, die mehrere Doppelzählungen enthalten und die Geldentwertung nicht berücksichtigen), als Spargrad den Wert $\frac{1}{10}$ ²¹⁾ eingesetzt. Dann ist:

$$p = \frac{25 \times 100}{10 \times 300} = 0,8333 \% \text{ von } 300 = 2,5 \text{ Milliarden.}$$

2. Im günstigsten annehmbaren Fall haben wir das Volksvermögen mit 500, das Volkseinkommen mit 60 Milliarden, den Spargrad mit $\frac{1}{5}$ angenommen; dann ist:

¹⁹⁾ Theoretische Sozialökonomik, Leipzig 1923, 3. Aufl., S. 51.

²⁰⁾ Dieser Satz ist deshalb nicht zu hoch gegriffen, weil die niedrigsten Vermögensschätzungen, nämlich die von Helfferich, ganz außerordentlich pessimistisch sind, so daß auch ein absolut sehr kleines Volkseinkommen diesen Satz ergibt.

Wollte man eine kleinere Verhältniszahl zugrunde legen, so müßte man für das Volksvermögen einen sehr viel größeren Wert annehmen, was das Endresultat (die 2,5 Milliarden) nur erhöhen würde. Anzunehmen, daß das Volkseinkommen kleiner sei als 25 Milliarden, ist durchaus untunlich.

²¹⁾ Den Spargrad haben wir hier deswegen so niedrig angesetzt, weil bei einem Volkseinkommen von nur 25 Milliarden der Lebensstandard nur niedrig und damit die Sparmöglichkeit gering ist. Für die Vorkriegszeit schätzt Cassel diesen Grad für Schweden auf $\frac{1}{5}$, Helfferich für Deutschland auf $\frac{1}{8}$. (Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913, Berlin 1913, S. 121.)

$$p = \frac{60 \times 100}{6 \times 500} = 2\% \text{ von } 500 = 10 \text{ Milliarden.}$$

Aus diesen Hypothesen schließen zu wollen, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen in jedem Falle ausreicht, wäre gewagt; vielmehr hätte das Zutreffen der Voraussetzungen des ungünstigsten Falles Deutschlands baldige Zahlungsunfähigkeit zur Folge, wie aus den eingangs gegebenen Erörterungen in zwingendem Schluß hervorgeht. Denn nicht nur würde Deutschlands gesamtes Fortschrittsquantum den Reparationsgläubigern zufließen, sondern es wäre auch der dynamische Stimulus (Cassels Fortschrittsprozent) schon in den ersten Jahren sehr schwach.

Nun sind aber die dem ersten Fall zugrunde gelegten Schätzungen außerordentlich pessimistisch, so daß die Wirklichkeit wahrscheinlich näher bei der zweiten Hypothese liegt, wofür auch die Rezenz der hier unterlegten Daten spricht. Eine Behauptung, Deutschland sei durch den Dawesplan überlastet, kann also erst durch die Zukunft bewiesen werden.

Ein solcher Beweis wäre zu führen unter Verwendung des vorstehend (S. 757–761) vorgeschlagenen Leistungsindex'. Die ebenda (S. 759) vorgeschlagene Anwendungsweise dieses Index würde gleichzeitig einen eventuellen Schätzungsfehler der Sachverständigen berichtigen.

Da aber wenig Aussicht besteht, daß der von uns vorgeschlagene Index jemals zur Wirklichkeit wird, sehen wir uns veranlaßt, dem Statistischen Reichsamt vorzuschlagen, an Hand der Casselschen Formel Neuschätzungen des Volksvermögens²²⁾, Volkseinkommens²²⁾ und des Spargrades²²⁾ durchzuführen, woraus sich

— im Falle daß die Größe $\frac{P}{100} K$ (das ist das Z_n im Kapitel über den Wohlstandsindex) kleiner wird als mindestens das Doppelte der Leistungsverpflichtung Deutschland in diesem Jahr (2,5 Milliarden mal Wohlstandsindex des Daweskomitees) — für die deutsche Regierung die Folgerung ergibt, unter Berufung auf unsere Ueberlegungen ein sofortiges Moratorium zu erwirken.

²²⁾ Ueber die theoretische Mehrdeutigkeit dieser Begriffe wie über die Schwierigkeiten der konkreten Errechnung dieser Daten sind wir uns durchaus im klaren; gerade deswegen aber möchten wir es Spezialuntersuchungen überlassen, näher darauf einzugehen. Sie an dieser Stelle vorzunehmen, würde den Rahmen der gestellten Aufgabe sprengen.

Der sozialwissenschaftliche Gehalt von Beatrice Webbs Jugenderinnerungen.

Von

CHARLOTTE LEUBUSCHER.

Die neuere sozialwissenschaftliche Literatur ist verhältnismäßig arm an Werken biographischen und autobiographischen Charakters, die über das psychologische Interesse an der Einzelpersonlichkeit hinaus wertvolle Aufschlüsse zu vermitteln vermögen in bezug auf die Entwicklung des wirtschaftspolitischen Denkens und der ihm zugrunde liegenden wirtschaftlichen Tatbestände. Außer den »Lebenserinnerungen« Karl Büchers ¹⁾ und den in der Sammlung »Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen« ²⁾ veröffentlichten autobiographischen Aufsätzen werden sich aus den letzten beiden Jahrzehnten in deutscher Sprache wenige Beispiele dafür finden lassen, daß bedeutende Vertreter der Sozialwissenschaften durch Schilderung des eigenen Lebensganges und der ihre Anschauungen formenden Eindrücke Bausteine für die Geschichte der Disziplin geliefert haben. Auch in der ausländischen Literatur ist es in dieser Beziehung nicht besser bestellt. Dieser Mangel mag neben der Abkehr von der historischen Einstellung in der Nationalökonomie der Hauptgrund dafür sein, daß in den Darstellungen der Geschichte des wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Denkens die Schilderung der tragenden Persönlichkeiten, der Bedingungen ihres inneren Werdens und äußeren Wirkens, stark zurücktritt hinter der Darlegung der Theorien. Schmollers »Charakterbilder« und die lebendigen Charakteristiken einzelner Persönlichkeiten, die Herkner in dem zweiten Band seiner »Arbeiterfrage« der Darstellung der sozialen Theorien eingefügt hat, erscheinen als die einzigen bedeutenden Ausnahmen von dieser einseitigen Betrachtungsweise in einem wichtigen Zweige der sozialwissenschaftlichen Forschung.

Empfindet man die geringe Auswertung der Lebensschicksale hervorragender sozialwissenschaftlicher Denker und Gestalter für die Zwecke sozialwissenschaftlicher Erkenntnis namentlich der letzten Jahrzehnte als eine bedauerliche Lücke, die infolge des Mangels an wissenschaftlich wertvollen autobiographischen und biographischen

¹⁾ Tübingen 1919.

²⁾ Leipzig 1924.

Unterlagen schwer auszufüllen ist, so wird man um so freudiger das vor wenigen Monaten erschienene Memoirenwerk der berühmten englischen Nationalökonomin Beatrice Webb begrüßen ²⁾. Die Verfasserin gibt darin mit seltener Offenheit eine ausführliche Darstellung ihres äußeren und vor allem ihres inneren Werdeganges bis zu ihrem 34. Lebensjahre, ihrer »Lehrjahre«.

Weit über das psychologische Interesse hinaus, das die Selbstdarstellung der für die innere Entwicklung entscheidenden Lebensjahre einer hochbegabten, menschlich warmen und innerlich reichen Persönlichkeit zu erwecken vermag, vermittelt das Werk dem Nationalökonom Einblicke in die Entstehung geistiger Strömungen und in das Wesen sozialer Einrichtungen und Zustände, die von tiefgreifendem Einfluß auf das nationalökonomische Denken und die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zunächst in England, aber auch darüber hinaus, geworden sind. Hat auch die in dem Werk behandelte Phase der englischen Sozialgeschichte manche vortreffliche Bearbeitung gefunden — in Deutschland vor allem durch das wertvolle Buch von Schulze-Gävernitz »Zum sozialen Frieden« —, so besitzt die Autobiographie den durch keine noch so erschöpfende Darstellung eines Außenstehenden zu ersetzenden Reiz, einen der wichtigsten Wendepunkte im sozialen Denken des modernen Englands wiederzugeben in der Spiegelung einer der hervorragendsten Persönlichkeiten, die jene Wandlung von begünstigter Stelle aus nicht nur verstehend miterlebt, sondern sie in heißem intellektuellen Ringen in sich selbst vollzogen und gestaltend mit herbeigeführt hat. Handelt es sich doch um jene Jahrzehnte, in denen sich die Abkehr von dem die Geister beherrschenden Liberalismus manchesterlicher Prägung und die Hinwendung zu einer sozialpolitisch eingestellten Denkweise vollzog, die sich weltanschaulich teils als Sozialliberalismus, teils als konstruktiver Sozialismus charakterisieren läßt. Durch ihre Forscherarbeit ebenso wie durch ihr praktisches Wirken ist Beatrice Potter im Rahmen dieser Entwicklung in hohem Maße Fackelträgerin zu einer neuen sozialen Lebensauffassung und Lebensgestaltung des englischen Volkes geworden.

Es soll an dieser Stelle nicht auf den reichen autobiographischen Inhalt »der Lehrjahre« eingegangen werden, der sich auf ausführliche, von Kindheit an geführte Tagebuchaufzeichnungen stützt, sondern im folgenden vielmehr versucht werden, anzudeuten, in welcher Richtung das Buch vornehmlich das **a l l g e m e i n e** Verständnis jener etwa von Ende der 70er bis zu Beginn der 90er Jahre reichenden Epoche zu fördern vermag.

Die Verfasserin zahlreicher sozialwissenschaftlicher Werke von grundlegender Bedeutung zeigt sich auch in ihrer Lebensbeschreibung als eine Meisterin der Analyse sozialer Zustände und als scharfsinnige Ergründerin der materiellen und ideellen Kräfte, die hinter den Einrichtungen und Bestrebungen wirksam sind. Ihre sozialen Zustands-schilderungen erstrecken sich keineswegs nur auf jene sozialen Schich-

²⁾ My Apprenticeship. London 1926. XIV u. 459 S.

ten, die sie später zum besonderen Objekt ihrer Studien auserwählt hat; vielmehr liegt der Wert der Memoiren, teilweise in Ergänzung der von Beatrice Webb allein oder gemeinsam mit ihrem Gatten verfaßten fachwissenschaftlichen Werke, nicht zum wenigsten darin, daß die Verfasserin, ausgezeichnet durch scharfe Beobachtungsgabe und durch die schon in jungen Jahren entwickelte Fähigkeit, Menschen und Dinge losgelöst von persönlichen Gesichtspunkten zu beurteilen, auch jene gesellschaftlichen Kreise und einzelne ihrer hervorragenden Persönlichkeiten schildert, mit denen sie nicht durch eigene Wahl, sondern durch die gesellschaftliche Stellung ihres Elternhauses und durch die zahlreichen Beziehungen ihrer Familie in Berührung gekommen ist. So bietet vom sozialwissenschaftlichen Standpunkt nicht minderes Interesse als die Darstellung der Lage der Heimarbeiter des Londoner East-End, der Gelegenheitsarbeiter der Dockviertel, der Textilarbeiter in einer kleinen Fabrikstadt Lancashires die meisterhafte Schilderung der Londoner Society, jener »invisible stock exchange«, auf der in ständigem Austausch von Mitteilungen zwischen London und der Provinz die Kurse der gesellschaftlichen Stellungen je nach dem Erfolg oder Fehlschlag in den Dingen des äußeren Lebens festgesetzt werden ⁴⁾. Mit schonungsloser Offenheit auch hinsichtlich der eigenen Empfindungen bezeichnet die Verfasserin als charakteristischen Wesenszug jener auf der Sonnenseite des Lebens wandelnden Schicht nicht so sehr das Bewußtsein großen Reichtumbesitzes, sondern die als Selbstverständlichkeit hingenommene Gewohnheit zu befehlen, »Arbeit auszuteilen«, und als das ausschlaggebende Kriterium für die Aufnahme in die »Society« den Besitz irgendeiner Art von Macht über andere Menschen.

Aber bereits um die Wende der 70er und 80er Jahre machten sich Kräfte bemerkbar, die eine äußere Umgestaltung der Society und vor allem einen tiefgehenden Gesinnungswandel in ihren wertvollsten Elementen zu bewirken begannen. — Ein Gefühl starker sozialer Verantwortlichkeit, »a new conscionsness of sin among men ofss intellect and men of property«, wie die Verfasserin jene innere Wandlung bezeichnet, die bereits durch die Arbeit der großen Sozialreformer und sozialen Schriftsteller seit der Mitte des Jahrhunderts vorbereitet war, erzeugte in den 80er Jahren in weiten Kreisen der oberen Schichten einen lebendigen Willen zu sozialer Hilfsarbeit und zeitigte eine Hochflut philanthropischer Bestrebungen. Die Analyse der Kräfte, die in den 80er Jahren in den geistig führenden Kreisen Englands zur Beschäftigung mit »angewandter Soziologie« führten, und die Beschreibung der verschiedenen charitativen Einrichtungen, in denen diese Bestrebungen einen praktischen Niederschlag fanden, stellen den wertvollsten Beitrag dar, den das Werk zum Verständnis des sozialpolitischen Denkens jener Zeit beisteuert.

Zwei Ursachenreihen haben nach Ansicht von Beatrice Webb seit Beginn der 80er Jahre zusammengewirkt, um in den führenden Gesellschaftsschichten Englands das Interesse für die Erforschung

⁴⁾ S. 50.

sozialer Zusammenhänge und gleichzeitig die Ueberzeugung wachzurufen, daß durch zielbewußte Organisation dem Elend der Minderbemittelten abgeholfen werden könne und müsse. Einmal war es die allgemeine Hochschätzung, deren sich die wissenschaftliche Methode der Beobachtung und des Experiments im Anschluß an den Triumph der Naturwissenschaften erfreute, verbunden mit dem Glauben, daß mit Hilfe der Wissenschaft nicht nur die Geheimnisse des Lebens zu enträtseln, sondern auch die Probleme der sozialen Organisation zu lösen seien. Hand in Hand mit dieser Anbetung der Wissenschaft, die für die mittelviktorianische Zeit charakteristisch ist, ging eine Abkehr vom christlichen Offenbarungsglauben und von kirchlicher Autorität in weiten Kreisen. Während sich die oberen Schichten, stark beeinflußt durch Auguste Comtes Positivismus, zur »Religion der Humanität« bekannten, die sie auf den werktätigen Dienst an den notleidenden Nächsten hinwies, schien es, als ob das Proletariat in England, ähnlich wie auf dem Kontinent, eine kirchen- und religionsfeindliche Richtung einschlagen wollte. Dazu kam, daß die aufstrebende Arbeiterschaft mit Hilfe ihrer gut ausgebauten Selbsthilfeorganisationen und kraft des ihr durch verschiedene Parlamentsreformen verliehenen Wahlrechts mehr und mehr zu einem beachtenswerten Faktor des öffentlichen Lebens wurde, der nicht mehr allein Objekt, sondern auch Subjekt der Gesetzgebung zu sein begehrte. Die soziale Unruhen der 80er Jahre zeigten, daß weite Schichten sich nicht mit der überkommenen Reichumsverteilung zufrieden geben wollten, bei der trotz des zunehmenden nationalen Wohlstandes große Bevölkerungsteile in tiefster Armut dahinlebten.

Auf diesem Boden erwachsen seit Beginn der 80er Jahre eine Reihe verschiedenartiger Organisationen, die teils die Linderung materieller Not, teils die Verbreitung von Volksbildung anstrebten. In der Schilderung und Beurteilung dieser Werke der sozialen Reform und der sie leitenden Persönlichkeiten bietet die Autobiographie eine willkommene Ergänzung zu den fachwissenschaftlichen Werken der Webbs, die den von der Arbeiterschaft selbst ausgehenden sozialen Organisationen, den Genossenschaften und den Gewerkschaften, gewidmet sind. So vermittelt sie die nähere Kenntnis der »Charity Organization Society«, eines typischen Produktes mittelständischer sozialer Hilfsarbeit, der trotz des etwas engen Horizontes ihrer Mitglieder und der allzu schematischen Anwendung der wissenschaftlichen Methode das Verdienst zukommt, zum erstenmal an die Stelle planlosen Almosengebens eine systematische Fürsorgetätigkeit gesetzt zu haben. Verschiedene Bestrebungen auf dem Gebiet des Volksbildungswesens, wie die Errichtung eines Volkstheaters durch eine tatkräftige und weitblickende Frau, die Gründung von Toynbee Hall, die Versuche, die Wohnungsfrage der slums des East-End durch Errichtung von Mietskasernen zu lösen, werden gewürdigt und teilweise kritisch gewertet.

Vor allem aber erfährt die für die künftige Entwicklung der Verfasserin selbst wie für das soziale Denken jener Zeit bedeutsamste

Tat der 80er Jahre eine eingehende Würdigung — die umfassende Enquete, die der Großreeder Charles Booth über die Lebensverhältnisse der vier Millionen Einwohner Londons unternahm, in sich selbst eines der leuchtendsten Zeugnisse sozialen Verantwortungsgefühls in einem der besten Geister der wirtschaftlich führenden Schicht und gleichzeitig in ihren Ergebnissen der stärkste Antrieb zu intensiver sozialer Reformarbeit. Denn war auch der geistige Boden für weitreichende soziale Hilfstätigkeit bereits in den 80er Jahren bereitet, so hat kaum etwas anderes so stark den Willen zu tatkräftigem Handeln geweckt und die englische Politik in staatssozialistischer Richtung beeinflußt, wie die als Ergebnis aus der Enquete hervorgehende erschütternde Tatsache, daß nahezu ein Drittel der gesamten Bevölkerung Londons an oder unter der Armutsgrenze lebte. Aber nicht nur die Rückwirkungen, welche die Enquete auf das soziale Denken und Handeln der Zeit ausgeübt hat, verleiht ihr historische Bedeutung; nicht geringeres Interesse bietet die Art, wie dieses gewaltige Werk auf die Initiative und mit den materiellen Mitteln eines einzigen Privatmannes durchgeführt worden ist. Als einstige Mitarbeiterin an dem Werke ihres Veters Charles Booth ist Beatrice Webb in der Lage, einen ausführlichen Einblick in die eingeschlagenen Methoden zu vermitteln, die bei jedem ähnlichen Versuch ernste Beachtung erheischen.

Als ein bemerkenswerter Zug der damaligen philanthropischen Bestrebungen erscheint der hervorragende Anteil, der in ihnen von Frauen geleistet worden ist. Starke Persönlichkeiten wie Octavia Hill, Emma Cons, Henrietta Barnett haben schöpferisch und bahnbrechend auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge gewirkt.

Ein nicht minder glänzendes Zeugnis für den Scharfsinn und das Urteilsvermögen Beatrice Webbs als ihre Analysen von Kollektiverscheinungen bilden ihre treffenden Charakteristiken einer großen Anzahl bedeutender Persönlichkeiten, mit denen sie teils durch gesellschaftliche Beziehungen, teils durch ihre Lebensarbeit zusammengeführt worden ist. An Stelle vieler Beispiele sei hier die glänzende Charakterisierung Joseph Chamberlains im Auszug wiedergegeben, welche die Fünfundzwanzigjährige von dem damals (1884) ausschließlich als radikaler Sozialreformer bekannten Politiker in ihr Tagebuch eingetragen hat ⁵⁾:

»The political creed is the whole man — the outcome of his peculiar physical and mental temperament. He is neither a reasoner, nor an observer in the scientific sense. He does not deduce his opinions by the aid of certain well-thought-out principles, from certain carefully ascertained facts. He aims, rather, at being the organ to express the desires — or what he considers the desires — of the majority of his countrymen. His power rests on his intuitive knowledge of the wishes of a certain class of his countrymen; on his faculty of formulating the same, and of reimpresing them forcibly on a mass of indifferent-minded men, who, because these

⁵⁾ S. 124.

desires are co-extensive with their real or apparent interests, have these desires latent in them. Whether these desires are normal, and the gratification of them consistent with the health and well-being of the English body politic, is a question upon which I certainly do not presume to have an opinion. Chamberlain is an organ of great individual force: the extent of his influence will depend on the relative power of the class he is adapted to represent.

By temperament he is an enthusiast and a despot. A deep sympathy with the misery and incompleteness of most men's lives, and an earnest desire to right this, transforms political action into a religious crusade; but running alongside this genuine enthusiasm is a passionate desire to crush opposition to his will, a longing to feel his foot on the necks of others, though he would persuade himself that he represents the right and his adversaries the wrong.*

Obgleich sich die praktischen Ergebnisse des sozialen Reformeifers in den 80er und 90er Jahren im wesentlichen auf philanthropische Bestrebungen einzelner Persönlichkeiten oder privater Organisationen beschränkt haben, so sind jene Bestrebungen gleichzeitig als Vorstufe zu betrachten für den grundlegenden Umschwung, der sich in den Ansichten der regierenden Kreise über die Aufgaben des Staates gegenüber den sozialen Problemen vollzogen hat. Die umfassende, weit vom liberalen Dogma hinwegführende sozialpolitische Gesetzgebung in diesem Jahrhundert ist ohne sie kaum zu denken. Zur Herbeiführung dieses Wandels genügte es allerdings nicht, daß der Wille zur Hilfeleistung an den ärmeren Mitbürgern bei den Wohlhabenden geweckt wurde; es mußte vielmehr hinzutreten die Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit staatlicher Eingriffe in den sozialen Organismus, die Erkenntnis ferner, daß privates Wirken nicht ausreiche, um allen Volksgenossen ein unter zivilisierten Bedingungen menschenwürdiges Dasein zu sichern. Die Weltanschauung des Sozialliberalismus mußte sich verbinden mit den Ideen eines staatssozialistisch gerichteten konstruktiven Sozialismus. — Auch diese Arbeit ist zum Teil noch in den 80er Jahren geleistet worden, vor allem von der 1883 gegründeten Gesellschaft der Fabier, deren Mitglieder lange Zeit unerkannt ihre »Durchdringungsarbeit« (permeation) innerhalb der bestehenden Parteien ausübten. Die Früchte dieser Arbeit begannen jedoch wesentlich erst seit den 90er Jahren zu reifen.

Auch über die Anfänge dieser jungen Bewegung, mit der sich ihr eigenes Schicksal auf das engste verbinden sollte, geben die Jugenderinnerungen Beatrice Potters manche bisher nicht bekannten Aufschlüsse. Eine ausführliche Darstellung der fabischen Bewegung und der von ihr stark beeinflussten Entwicklung zu einer politischen Labour Party ist zu erhoffen, wenn die Verfasserin der Schilderung ihrer »Apprenticeship« eine solche ihrer »Partnership« mit dem Fabier Sydney Webb folgen läßt. Letztere lernt der Leser der »Lehrjahre« nur in ihrem Ausgangspunkt kennen. Vor allem will und kann die

vorliegende Autobiographie Beatrice Webbs keinen Aufschluß darüber geben, welches der Anteil jedes der beiden Verfasser an dem Gesamtwerke ist, für das die Sozialwissenschaftler aller Länder dem Ehepaar Webb zu danken haben. Immerhin gewähren die Erinnerungen einen, wenn auch nur flüchtigen, für die geisteswissenschaftliche Einordnung und Beurteilung ihres Werkes jedoch nicht uninteressanten Einblick darein, welches Gedankengut beide Teilhaber in ihre für die Wissenschaft so ersprießliche Verbindung eingebracht haben.

Als Beatrice Potter sich zu gemeinsamer Arbeit mit Sydney Webb verband, hatte sie, deren Lehrmeister der Verfasser von »The man versus the State« gewesen war, und die einem mit Liberalismus getränkten Milieu entstammte, vor allem unter den Eindrücken, die ihr die Arbeit und die Studien unter den Schwitzgewerben des Londoner East-End vermittelt hatten, sich bereits von der Unhaltbarkeit des liberalen Dogmas der Nichteinmischung und von der Unzulänglichkeit privater Hilfeleistung zur Heilung der Schäden der modernen Gesellschaft überzeugt. Ihre Forschungen auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens hatten sie jedoch gleichzeitig die hohen ethischen und wirtschaftlichen Werte der Selbsthilfebestrebungen erkennen gelehrt und sie in enge Berührung mit den Führern der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisation gebracht, die, selbst auf liberalem Boden stehend, staatlichen Eingriffen meist abgeneigt waren. Im Gegensatz zu ihnen, die an der bestehenden Wirtschaftsordnung festhalten wollten, war sie angesichts der großen Erfolge der Konsumvereinsbewegung bereits zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine auf der Grundlage der Konsums organisierte Gemeinwirtschaft eine mögliche und wünschenswerte Alternative zur privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung darstelle.

Dagegen betrachtete sich der Kreis der Fabier, dem Sydney Webb angehörte, bewußt als »Radikale und Rebellen« auf politischem und ökonomischem Gebiete und trat für eine auf friedlich demokratischem Wege durchzuführende kollektivistische Wirtschaftsordnung ein, unter der dem S t a a t e als Besitzer der Produktionsmittel die ausschlaggebende Macht im Wirtschaftsleben zugedacht war.

Betrachtet man die Wege, die Beatrice Potter und Sydney Webb von verschiedenen Ausgangspunkten aus zur Arbeit nach demselben Ziele zusammengeführt haben, im Lichte der in der Autobiographie enthaltenen interessanten Hinweise auf das gemeinsame Schaffen (»I am the investigator and he the executant; between us we have a wide and varied experience of men and affairs«), so mag die naturgemäß vergrößernde Feststellung nicht allzu weit fehlgehen, daß Beatrice Potter zu dem gemeinsamen Werke vor allem das liberale Gedankengut und die philosophische Konzeption eines neuen Wirtschaftssystemes, das einstige Mitglied des Civil Service Sydney Webb die zur praktischen Durchführung dieses Systems notwendigen administrativen Kenntnisse und die staatssozialistische Tendenz beige-steuert hat.

J. Kulischer's Russische Wirtschaftsgeschichte *).

Von

VALENTIN GITERMANN.

Wenn die westeuropäische Wissenschaft den fremdartigen, verwickelten Kulturproblemen Rußlands bisweilen hilflos gegenübersteht und von russischen Dingen nicht selten Vorstellungen hegt, die, oberflächlich und lückenhaft, jedes von innen her geschauten Zusammenhangs entbehren, so beruht dies unbestreitbar in erster Linie darauf, daß die für das Verständnis des russischen Volkstums so überaus wichtige soziale und wirtschaftliche Entwicklung Rußlands (ganz im Gegensatz zu seinem schon hinreichend bekannten politischen Werdegang) in Westeuropa bis vor kurzem fast terra incognita gewesen ist. Von jeher — wenige Ausnahmen abgerechnet — untersuchte Europa Rußland nur insofern, als Rußland für die europäische Kulturwelt »aktuelles« Interesse darzubieten vermochte. Jahrhundertlang, wohl unter dem Einfluß der bedrohlichen territorialen Expansion des russischen Reiches, beschränkten sich die ausländischen Reisenden und Gelehrten in der Erforschung des russischen Staates vorwiegend auf geographisch-militärische und außenpolitische Gesichtspunkte¹⁾, während zu eindringender Betrachtung der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung, schon in Anbetracht ihrer so offenkundigen Rückständigkeit, ein praktisches Motiv kaum vorlag. Die wirtschaftliche und soziale Vergangenheit der russischen Nation hat natürlicherweise erst das 20. Jahrhundert voll und ganz in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gestellt, als der so eigenartige Verlauf der russischen Revolution das Verlangen nach einer historischen Erklärung des uns zeitgenössischen Geschehens wachgerufen hatte. Man gelangte zur Einsicht, daß die (nach dem Vorbilde Rankes) rein politisch orientierte Geschichtsdarstellung nicht imstande ist, eine soziale Umwandlung in ihrem Wesenskern zu er-

*) Kulischer, Dr. Josef: Russische Wirtschaftsgeschichte. Jena, Gustav Fischer, 1925. Erster Band, XXII u. 458 S. Mit 1 Karte.

¹⁾ Vgl. Brückner, Europäisierung Rußlands; Derselbe, Die Ausländer in Rußland im 17. Jahrhundert; Kljutschewskij, Die Nachrichten der Ausländer über das moskowitzische Reich.

fassen, ihr allmähliches Heranreifen als einen »organisch« notwendigen Prozeß in der Vergangenheit nachzuweisen, und es wurde so zum tiefempfundnen Bedürfnis nicht allein der Fachleute, sondern weiter Kreise überhaupt, eine russische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte zu besitzen, die, vom ökonomischen Leben ausgehend, den weitverzweigten Kausalnexus der russischen Historie, in bahnbrechender Durchleuchtung ihres Rohstoffes, bloßzulegen vermöchte.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist die »Russische Wirtschaftsgeschichte« von Dr. Josef Kulischer, Professor an der Universität Leningrad, von hochgespannten Erwartungen begrüßt, im denkbar günstigsten Augenblick erschienen²⁾.

Der vorliegende erste Band des Werkes, das als Teil des von Prof. Brodnitz herausgegebenen »Handbuches der Wirtschaftsgeschichte« publiziert wird, führt die Darstellung der russischen Wirtschaftsentwicklung von den ältesten Zeiten bis zum 17. Jahrhundert einschließlich, d. h. bis an die Schwelle der reformreichen Regierungszeit Peters des Großen.

Im ersten der drei Hauptabschnitte befaßt sich Kulischer mit den »Anfängen der russischen Volkswirtschaft«. Einleitend schildert er kurz die Entstehung des altrussischen Staates im Becken des Dnjepr als Synthese ostslavischen Volkstums, normannischer staatsbildender Kraft und byzantinischen Kultureinflusses, welch letzteren Kulischer übrigens wesentlich überschätzt³⁾. Zur wirtschaftlichen Organisation der Ostslaven übergehend, bemerkt der Verfasser wie nebenbei, daß sie »durch die Natur des Landes beeinflußt« worden sei, denn außer Jagd und Waldbienenzucht sei auch der Ackerbau eine verbreitete Beschäftigung gewesen. Solche flüchtig verknüpfende Bemerkungen genügen jedoch keineswegs; eine gründliche und allseitige Erörterung der geographischen Grundlagen des russischen Wirtschaftslebens hätte m. E. nicht fehlen dürfen⁴⁾. Ausführlich schildert

²⁾ Von gleicher Aktualität ist die deutsche Ausgabe der »Geschichte Rußlands« von W. K l j u t s c h e w s k i j, herausg. von Prof. Dr. Friedrich Braun und Reinhold v. Walter. Dieses nicht nur stofflich, sondern vor allem auch methodologisch außerordentlich lehrreiche, grundlegende Werk werden wir einer besonderen Besprechung unterziehen.

³⁾ K. ist der Meinung, daß die Einwirkungen der griechischen Kirche auf Rußlands Staat und Politik, Kultus und Familienleben, Volksmoral und Volksitten »kaum hoch genug angeschlagen werden kann« (S. 3). Eine ähnliche Ueberschätzung des byzantinischen Kultureinflusses findet sich auch bei Platonow, Vorlesungen über russische Geschichte, Petrograd, 10. Aufl., S. 82 (russ.). Doch bedarf diese Auffassung einer nicht unwesentlichen Restriktion: In manchen sehr wichtigen Fragen vermochte die Kirche ihren Standpunkt nicht durchzusetzen, so z. B. hinsichtlich der von ihr geforderten Abschaffung des Wergeldes, das aus fiskalischen Erwägungen (wie die sog. Laurentius-Chronik sub anno 996 berichtet) trotz des Protestes der Bischöfe noch jahrhundertlang nach Einführung des Christentums beibehalten wurde.

⁴⁾ Die Vernachlässigung der geographischen Gesichtspunkte äußert sich auch in der Wahl der beigegebenen Karte. Das Blatt ist der »Geschichte Rußlands« von Karl Stählin entnommen, der seinerseits dafür Tornaus russischen Schulatlas als Vorlage benutzte. Da das Blatt die Expansion Rußlands im

Kulischer den altrussischen Handel, der rasch zu außerordentlicher Blüte gelangte. Mit ihrem militärischen Gefolge nahmen die Fürsten großen Anteil daran, indem sie die im Lande eingesammelten Naturalabgaben der Bevölkerung, sowie die erbeuteten Kriegsgefangenen, ausländischen Märkten zuführten. Die Behauptung Kulischer, daß dieser Handel »nur« von den Fürsten und ihrem Gefolge betrieben und überhaupt erst von ihnen ins Leben gerufen worden sei (S. 7), ist entschieden abzulehnen. Aus den Quellen lassen sich keinerlei Belege dafür beibringen. Die Entwicklung und Größe der altrussischen Städte läßt vielmehr unzweideutig erkennen, daß lange vor der Ankunft wariagischer Fürsten die Kaufleute in der »Kiewskaja Rus« eine mächtige Bevölkerungsklasse bildeten ⁵⁾. — Der Außenhandel Alt-Rußlands spielte sich hauptsächlich auf zwei großen Straßen ab. Ein Handelsweg führte (unter Benützung der Flüsse Newa, Wolchow, Lowat und Dnjepr) vom Finnischen Meerbusen über Nowgorod und Kiew zum Schwarzen Meer und nach Byzanz, ein anderer folgte dem Lauf der Wolga bis zum Kaspischen Meer und von dort weiter bis nach Bagdad. Lebhafter Handelsverkehr mit Arabien ist durch zahlreiche Münzfunde und durch Nachrichten arabischer Geographen mehrfach bezeugt. — Eingehend erörtert Kulischer die Handelsverträge der russischen Fürsten mit den byzantinischen Kaisern aus dem 10. Jahrhundert ⁶⁾. Die Russen exportierten nach Byzanz Sklaven, Felle, Honig und Wachs (letzteres wurde von der byzantinischen Kirche für ihren Kultus massenhaft verbraucht), sie importierten aus Byzanz nach Rußland gewerbliche Erzeugnisse, vornehmlich Textilien. Daß die Möglichkeit, gegen die im Ueberflusse vorhandenen Naturgüter im Ausland Gewerbeprodukte hoher Qualität einzutauschen, die eigene Gewerbeentwicklung Alt-Rußlands lähmen und eine verhängnisvoll ungesunde Hypertrophie des Handels herbeiführen mußte, hätte vom Verfasser hervorgehoben werden sollen. (Leider beschränkt sich Kulischer Darstellung hin und wieder auf bloße Deskription, statt die geschilderten Tatsachen stets auch auf

16. und 17. Jahrhundert darstellt, verschwindet unter der verwirrenden politischen Territorialschraffierung so ziemlich alles, was vom wirtschaftlichen Standpunkte aus interessieren könnte. Für eine etwaige zweite Auflage des Werkes wäre eine spezielle wirtschaftshistorische Karte dringend notwendig; sie müßte die wichtigsten Handelsrouten, Exporthäfen, hanseatische und englische Handelskontore, ferner Angaben über Ausbreitung des Ackerbaus, des Bergbaus, über die Grenzen des Tschernosjem, der Waldregion usw. enthalten.

⁵⁾ Vgl. Kljutschewskij, Geschichte Rußlands, I, S. 130 (deutsche Ausgabe).
 * Als sich die Wariager in den großen russischen Handelsstädten niederließen, fanden sie hier einen Stand vor, der ihnen sozial verwandt war und ihrer bedurfte; das waren die bewaffneten Kaufleute; ihnen schlossen sie sich an, und wurden Teilhaber der kaufmännischen Genossenschaften der Eingeborenen, oder sie verdingten sich, gegen guten Lohn die Handelsstraßen der russischen Kaufleute zu bewachen, d. h. die russischen Handelskarawanen zu geleiten.*

⁶⁾ Den Text dieser Verträge findet man in den französischen Ausgaben der sog. Nestor-Chronik von Leger oder Paris, in der deutschen Ausgabe von Schlözer, ferner auch bei J. P. G. Ewers, Das älteste Recht der Russen.

ihre Tragweite hin zu beurteilen.) — Aus den Handelsverträgen ergibt sich, daß die Russen häufig und in beträchtlicher Zahl nach Byzanz kamen, die Byzantiner dagegen nur ausnahmsweise (etwa als Gesandte, nie als Kaufleute) nach Rußland reisten. Die Handelstätigkeit der Russen wurde seitens der Byzantiner streng überwacht: Die russischen Kaufleute mußten Pässe vorweisen, ihr Aufenthalt war befristet, und nie durften mehr als fünfzig Russen gleichzeitig in die Stadt kommen. Solange sie in Byzanz weilten, wurden sie auf Staatskosten verpflegt. Was sie aufkauften, wurde bei der Ausreise von kaiserlichen Beamten kontrolliert; kein russischer Kaufmann durfte für mehr als fünfzig Gulden Stoffe ausführen. (Kulischers Vermutung, daß mit der Abstempelung der Ware auch die Erhebung eines Zolls verbunden war, ist unrichtig. Aus einem Bericht des Bischofs Liutprand von Cremona wissen wir, daß bei der Ausreise aus Byzanz diejenigen Stoffe, deren Export erlaubt war, gestempelt, die andern aber, unter Rückerstattung des Kaufpreises, weggenommen wurden; eine Verzollung fand nicht statt ⁷⁾).

Im zweiten Kapitel schildert Kulischer die Epoche des russischen »Teilfürstentums«, in welchem er, auf Pawlow-Silwanskij sich stützend, Anklänge an das westeuropäische Feudalwesen zu erblicken geneigt ist. Zu kurz und zu unbestimmt werden die Einwirkungen der Tatarenherrschaft auf die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands skizziert. Der Entstehung des (kirchlichen und weltlichen) Großgrundbesitzes widmet der Verfasser eine eingehende Beschreibung. Analog wie in Westeuropa, erringen sich auch die russischen Großgrundbesitzer besondere Vorrechte, vor allem Immunitätsprivilegien; Kirche und Adel fügen sich aber dem Regierungssystem der Großfürsten willig ein und fördern die Ausbildung des Absolutismus. — Die soziale Gliederung des »Teilfürstentums« ist gekennzeichnet durch das Fehlen des städtischen Bürgertums, insbesondere seit der Verödung des Dnjepr-Beckens, der »Kiewskaja Rus«, infolge der durch Steppenvölker vollzogenen Unterbindung des Handels mit Byzanz. (Die damit zusammenhängende tiefe Zäsur der russischen Wirtschafts- und Kulturentwicklung wird in der Darstellung Kulischers allzu sehr verwischt; auch sonst sind einige Periodisierungen — so z. B. die zeitliche Trennung des »Teilfürstentums« vom »Moskowitereich« — unscharf ausgefallen.) Das Wirtschaftsleben ruht ganz auf agrarer Grundlage. Vollfreie Bauern sind vorhanden, doch gilt ihr Land als fürstliches Eigentum. Zur Bearbeitung seiner Ländereien verwendet der Großgrundbesitz zunächst Sklaven (Cholopy) ⁸⁾. Da aber diese

⁷⁾ Vgl. darüber Ewers, Das älteste Recht der Russen S. 186/87, wo mit guten Gründen erhärtet wird, daß kein Zoll erhoben wurde. Auch Kljutschewskij (Geschichte Rußlands, deutsche Ausgabe, I, 155) stellt fest, daß die russischen Kaufleute in Byzanz keinen Zoll zu zahlen hatten.

⁸⁾ Die Sklaverei ist als eine sehr alte Institution der russischen Rechts- und Wirtschaftsentwicklung zu betrachten. Versklavung trat ein: als Folge der Kriegsgefangenschaft, als Strafe für verschiedene Verbrechen, für Zahlungsunfähigkeit bei selbstverschuldetem Vermögensverlust, als Folge der Heirat

zur Bebauung der weiten Landkomplexe nicht ausreichen, trachten die Grundherren darnach, Bauern als Pächter auf ihren Gütern anzusiedeln; es zeigen sich dem römischen Kolonat analoge Zustände.

Das Bild, welches Kulischer von den Anfängen der gewerblichen Entwicklung zeichnet, läßt eine weitgehende Abhängigkeit der Russen von den Byzantinern erkennen. (Als stereotype Wendung begegnet in den Chroniken immer wieder der Satz: »Man schickte nach Byzanz und brachte die Meister von dort«). Die Rückständigkeit des russischen Gewerbes wird von Kulischer konstatiert, aber nirgends kausal erklärt⁹⁾.

Im Abschnitt über die Entstehung der Verkehrswirtschaft hebt der Verfasser hervor, daß auch in Rußland der Tausch sich anfänglich in der Form des »stummen Handels« vollzog, wofür in der Hypatius-Chronik ein Beleg aus dem Jahre 1096 zu finden ist (Bericht über den Handel der Nowgoroder mit dem Ugra-Stamm). Zugleich mit dem Uebergang zum Markthandel beginnt auch die Entwicklung der Geldwirtschaft. Die älteste Bezeichnung für Geld ist im Russischen »skot«, d. h. Vieh, entsprechend dem lateinischen pecunia. Neben Vieh werden auch »Kunen«, d. h. Felle als Geld gebraucht (Kuniza = Marder), da sie damals stets Absatz fanden. Es zirkulierten sogar abgeschnittene Teile von Kunen, als »Scheidemünzen«. Der Uebergang Nowgorods vom Kunengeld zur Münzprägung vollzog sich im 15. Jahrhundert; er ist in interessanten Miniaturbildern des 16. Jahrhunderts dargestellt. — Die Prägung von Silbermünzen begann, nach arabischem Vorbild, schon im 10. und 11. Jahrhundert. Gold und Silber wurden aus dem Auslande eingeführt. Münzeinheit war die »Griwna«, später die »rublewaja griwenka« (zerteilte Griwna), woraus die Bezeichnung »Rubel« entstand. Das moderne russische Wort »dengi« = Geld ist tatarischen Ursprungs.

Der Markt war in Alt-Rußland nicht nur der Ort, wo der eigentliche Warenaustausch stattfand, sondern zugleich (wie das römische

mit einer Unfreien, durch Uebernahme des Amtes eines Verwalters, durch Selbstverkauf, der hauptsächlich bei Hungersnöten geübt wurde (man fühlt sich erinnert an das erste Buch Mosis, Kap. 47, 18—19, wo berichtet wird, wie die hungernde Bevölkerung in Aegypten zu Josephs Zeiten ihren Grundbesitz und ihre Freiheit dem Pharao verkaufte). Der Sklave wurde in Rußland als reines Sachgut aufgefaßt, er besaß weder Rechts- noch Handlungsfähigkeit (praktisch wurde dieser Grundsatz allerdings oft durchbrochen, denn es gab Sklaven, die nicht nur im Auftrage ihres Herrn, sondern auch auf eigene Rechnung Handel trieben). Die Kirche suchte die Stellung der unfreien Knechte zu mildern, ohne jedoch das Institut der Sklaverei grundsätzlich zu bekämpfen. Kirchen und Klöster waren selbst Sklavenbesitzer.

⁹⁾ Eine Erklärung der Rückständigkeit des russischen Wirtschaftslebens vermißt man auch an vielen andern Stellen. S. 332 konstatiert Kulischer, daß das Bild, welches Sombart vom Handel Westeuropas im 14. und 15. Jahrh. entwirft, auf das Moskowitische Rußland des 16.—17. Jahrh. zutrifft. S. 388 wird erwähnt, daß selbst im 17. Jahrh. in Rußland Edelmetallbergbau fehlte. S. 398 bemerkt Kulischer, ebenfalls ohne Begründung, daß in Rußland im 17. Jahrh. industrielle Privatbetriebe »offenbar noch nicht lebensfähig« waren.

forum) der Mittelpunkt des politischen und rechtlichen Lebens. Größere Städte besaßen mehrere Märkte (Kiew z. B. deren acht). Als Markt diente meist der Platz vor dem Gotteshaus. Es kam sogar vor, daß die (aus Stein gebauten und darum feuersicheren) Kirchen als Warenlagerräume dienten, so in Nowgorod. Trotz des Protestes einiger Bischöfe befaßten sich viele Geistliche mit Handelsgeschäften und liehen Geld auf Zinsen aus. Eifrig beteiligten sich am Handel auch die Klöster, worüber aus dem 15. Jahrhundert viele Belege erhalten sind. — Der Verkehr zwischen den russischen Städten im Inland scheint nicht sehr rege gewesen zu sein. In Nowgorod und besonders in Kiew waren jedoch die engen Grenzen des lokalen Handels schon früh überschritten. Neben dem Verkehr mit Byzanz und mit dem Orient beginnen schon im 10. Jahrhundert Handelsbeziehungen zu Westeuropa: nicht nur reisten russische Kaufleute über Krakau nach Prag, sondern es lassen sich auch Handelsreisen westeuropäischer Kaufleute über Polen nach Rußland feststellen. Im 13. Jahrhundert wurden diese Beziehungen zum Westen durch die Verlegung des russischen Staatswesens aus dem Dnjepr- ins Wolgabecken allerdings für lange Zeit unterbrochen; dafür entwickelte sich aber ein reger Außenhandel an der Ostsee, wo die führende Stellung der deutschen Hanse zufiel. Während Kiew seine kommerzielle Bedeutung fast völlig einbüßte, schwang sich Nowgorod zu einem großen Handelszentrum empor, das auf seinen Märkten große Mengen von Fellen und Erzeugnissen der Waldwirtschaft vereinigte. Die deutsche Kaufmannschaft bildete dort eine mit Selbstverwaltungsrecht und richterlichen Befugnissen ausgestattete Genossenschaft (die Aehnlichkeit mit der modernen Exterritorialität der Europäer in China springt in die Augen). Aus den deutsch-russischen Handelsverträgen¹⁰⁾ geht hervor, daß der Aktivhandel der Nowgoroder nur gering war und nicht über Gotland hinausreichte, während der Handel der Deutschen eine immer fortschreitende Erweiterung erfuhr. Wachs, Pelzwerk und Leder waren die wichtigsten Ausfuhrgegenstände. — Am Ende des 15. Jahrhunderts setzte in Rußland der Niedergang der deutschen Hanse ein, der seit 1553 durch die Konkurrenz der Engländer sehr beschleunigt wurde.

Den dritten, größten Teil seines Buches widmet Kulischer dem Moskowitereich. Einleitend schildert er die ungeheure Expansion des Moskauer Fürstentums, welche — das liegt auf der Hand — von bedeutsamen Bevölkerungsverschiebungen und wirtschaftlichen Veränderungen begleitet sein mußte. In der Verteilung des Grundbesitzes trat eine tief eingreifende Umwälzung ein, deren Ausgangspunkt in jenen Maßnahmen der Regierung zu erblicken ist, welche darauf gerichtet waren, die für den Staat (namentlich im Kriege) unentbehrlichen Dienstmannen mit einer Lebensgrundlage auszustatten. Hiefür kam nur Grundbesitz in Frage, und man nahm ihn,

¹⁰⁾ Vgl. K. L. Goetz, Deutsch-russische Handelsverträge des Mittelalters, 1916; Derselbe, Deutsch-russische Handelsgeschichte des Mittelalters. Lübeck 1922.

gleichviel woher. Das im Besitze von Bauerngemeinden befindliche »schwarze« Land verschwand vollkommen, auch der staatliche Grundbesitz schrumpfte ein, und das vorher so rasche Wachstum der geistlichen Güter erfuhr eine Verlangsamung. (Man schritt also nicht, wie in Frankreich unter Karl Martell, zur Säkularisierung kirchlichen Besitzes). Auf der andern Seite fand eine starke Zunahme des weltlichen Privatgrundbesitzes statt, und zwar sowohl in Form der »Wotschina« (Erbeigentum, Allod), als auch in Form des »Pomestje« (auf Lebenszeit verliehenes Gut, eine Art beneficium). Beide Arten des Grundbesitzes verpflichteten zum Dienst; der Dienstgrundbesitz wurde vorherrschend.

Diese siegreiche Expansion der Grundherrschaft steigerte den Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften und führte zu erbitterten Kämpfen unter den Grundherren, deren jeder bestrebt war, auf seinen eigenen Ländereien, unter Anwendung von Lockmitteln oder Gewaltmaßnahmen, möglichst viele Bauern anzusiedeln und festzuhalten. Um die Stetigkeit des Wirtschaftsbetriebes sicherzustellen, mußte man die Freizügigkeit der Pächter schon früh gewissen Beschränkungen unterwerfen. Die allmähliche Ausbildung der Schollengebundenheit, welche vielfach durch Verschuldung der ländlichen Bevölkerung gefördert wurde, läßt sich in den Pachtverträgen deutlich erkennen: In den Kontrakten des 17. Jahrhunderts taucht, an Stelle einer Befristung der Pachtdauer, die schwerwiegende Bestimmung auf, daß der Bauer sich verpflichten müsse, den Grundherren nie zu verlassen, widrigenfalls der Grundbesitzer das Recht haben solle, ihn zurückholen zu lassen, wo er ihn auch immer antreffen möge. — Im 16. und 17. Jahrhundert waren Geldzinsen an Stelle der Naturalabgaben getreten. Seit ca. 1600 finden sich auch vertragliche Bestimmungen über die zu leistenden Frondienste. Fast überall lag die Jurisdiktionsgewalt in den Händen der Grundherren, was die Unfreiheit der Bauern noch steigerte. Seit dem 16. Jahrhundert wurden sie denn auch als ein Bestandteil des Gutes betrachtet, und es kann deshalb nicht bezweifelt werden, daß sie damals ihre Freiheit schon eingebüßt hatten. Da neben den schollenpflichtigen Bauern auch vollständig unfreie Sklaven noch immer vorhanden waren, verwischte sich die scharfe Grenze, die ehemals den persönlich freien Bauern vom Sklaven trennte; das grundherrlich-bäuerliche Verhältnis nahm viele Merkmale der Unfreiheit an, verwandelte sich in Hörigkeit, in Leibeigenschaft. Mit Recht hebt Kulischer hervor, daß die Untertänigkeit der Bauern keineswegs irgendeinem urkundlichen Regierungsakt zu verdanken ist, sondern sich gewohnheitsrechtlich herausgebildet hat, als Folge bestimmter sozialer Verhältnisse, die den Grundbesitzern über Person und Habe der Bauern große Macht verliehen. Erst nachträglich sanktionierte der Staat die schon eingebürgerte Schollenpflichtigkeit durch einzelne Erlasse, weil ihm daran gelegen war, den Wohlstand der Grundbesitzer, und damit auch ihre Dienst- und Steuerkraft, zu heben und zu schützen. Mit dieser ansprechenden Darstellung widerlegt Kulischer endgültig alle

rein juristisch konstruierten Erklärungen der russischen Leibeigenschaft; er stellt sich damit auf den umfassenden soziologischen Standpunkt Kljutschewskijs, der schon 1885 die ausgesprochen rechtsgeschichtliche, einseitige Betrachtungsweise Engelmanns (Geschichte der Leibeigenschaft in Rußland) vertieft und überholt hat.

Von besonderem Interesse sind Kulischers Ausführungen über das vielumstrittene Problem der Entstehung des Gemeindegemeinschafts, das in Rußland im 19. Jahrhundert die herrschende Form des bäuerlichen Grundbesitzes bildete. Die Gemeinde des 19. Jahrhunderts (»mir«) war gekennzeichnet durch periodische Umteilungen des Gemeindelandes, wobei jedem Gemeindemitglied der Anspruch auf einen Anteil zustand. Der Kern des Problems liegt darin, festzustellen, ob diese Merkmale auch für die Gemeinde früherer Zeiten zutreffen oder nicht, und auf welche Weise die Landumteilungen entstanden sind.

Die russischen Historiker Beljajew, Solowjow u. a. vertraten die Auffassung, daß die Bauerngemeinde zu den ältesten Institutionen Rußlands gezählt werden müsse, weil ihre ursprüngliche Form schon in den primitiven Geschlechtsverbänden zu erblicken sei ¹¹⁾. Da dabei angenommen wurde, daß bereits in den ältesten Zeiten Landumteilungen stattzufinden pflegten, schien die Gemeindeorganisation des 19. Jahrhunderts mit derjenigen früherer Epochen vollkommen übereinzustimmen, und es ließ sich deshalb in der mehr als tausendjährigen Vergangenheit des »mir« keinerlei Veränderung oder Entwicklung nachweisen. Auf das Fehlen genetisch miteinander verbundener Uebergangsformen der Gemeinde hat Wladimirski-Budanow hingewiesen.

Eine neue Wendung nahm die Behandlung des Problems durch Tschitscherin, der hervorhob, daß in der ältesten Zeit, als unbebauter Boden noch massenhaft vorhanden war, noch keine Landumteilungen vorkommen konnten, daß sie vielmehr erst in jener Epoche aufgekomen seien, als ein fühlbarer Mangel an freiem Boden sich einstellte, wobei als entscheidender Faktor der Einfluß des Staates mitwirkte. Damit war der alten Gemeinde des Geschlechtsverbandes die »neue«, landumteilende Gemeinde des »mir« gegenübergestellt. Der Auffassung Tschitscherins, daß diese »neue« Gemeinde im Zusammenhang mit der Steuererhebung durch staatliche Maßregeln ins Leben gerufen worden sei, pflichtete eine Reihe anderer Historiker bei, unter ihnen Miljukow und v. Keußler ¹²⁾.

Schließlich kam im Streit um die Entstehung und Entwicklung des bäuerlichen Gemeindebesitzes eine dritte Richtung auf, die für die Lösung der Frage eine höchst interessante, originelle Methode vorschlug. Pawlow-Silwanskij machte darauf aufmerksam, daß in manchen Gegenden Rußlands — bei den Kosaken des Südens, im

¹¹⁾ Geschlechtsverband, russ. »rod«, zu vergleichen mit der griechischen *γενεα* oder der römischen gens.

¹²⁾ Miljukow, Skizzen russ. Kulturgeschichte. — J. v. Keußler, Geschichte und Kritik des bäuerlichen Gemeindebesitzes in Rußland.

Kaukasus, in Mittelasien, namentlich aber in Sibirien — der Gemeindebesitz erst vor kurzem sich ausgebildet hat, daß seine Entstehung von zahlreichen Forschern beobachtet und dargestellt worden ist. Die von Augenzeugen beschriebene »lebende« Geschichte des »mir« sollte nun für die Rekonstruktion der »toten« Geschichte der Gemeinde, selbstverständlich unter gleichzeitiger Heranziehung des historischen Quellenmaterials, als Grundlage dienen. Diese Methode des Rückschlusses per analogiam (des soziologischen »Experimentes«, wenn man will) hat sich auch Kulischer zu eigen gemacht.

Die moderne Geschichte der bauerlichen Gemeinde in den russischen Randgebieten, vor allem in Sibirien, läßt nun folgende Stadien deutlich erkennen: Anfänglich herrscht das System der freien Landnahme. Vom Boden, der noch niemandes Eigentum ist, nimmt jeder, was ihm gefällt. »Lichte den Wald, und das Land ist dein«; »jedem gehört das Land, soweit Beil, Pflug und Sense gegangen sind«; »wer zuerst mit der Sense kommt, der ist auch im Recht«, — so formuliert der Volksmund den Stand der Dinge. Da Raum genug für alle vorhanden ist, werden der Landnahme keinerlei Hindernisse bereitet. — Geht nun mit der Landnahme (wie es sich beispielsweise Rousseau gedacht hat) auch die Entstehung des Privateigentums am Grund und Boden Hand in Hand? Die russischen Forscher halten es nicht für angebracht, das ursprünglich okkupierte Land schon als »Privateigentum« in juridischem Sinne zu bezeichnen. Solange Land im Ueberfluß vorhanden ist, fehlt jegliches Bedürfnis nach präziser Normierung des Grundbesitz- und Nutzungsrechtes; die Verfügungsfreiheit besteht zwar faktisch, ist aber formell noch durchaus unabgeklärt. Der okkupierte Besitz erscheint als eigentümliche Zwitterform, die die Keime sowohl des Privat-, als auch des Gemeindebesitzes in sich birgt. Sobald nämlich ein (relativer) Mangel an Land sich bemerkbar macht, fängt die Gemeinde, die bisher lediglich als Steuereinheit und Gerichtsorgan auftrat, an, die freie Landnahme zu beschränken, indem sie z. B. den Grund und Boden in einem bestimmten Umkreis ausschließlich ihren eigenen Mitgliedern vorbehält, über erblosen Landbesitz, über die Parzellen rückständiger Steuerzahler verfügt, ferner bloß symbolische Okkupation (ohne sofortige Bebauung) als ungültig erklärt und etwaige Bodenveräußerung von einer ausdrücklichen Zustimmung der Gemeindegossen abhängig macht. Durch diese Einmischungen übt sie schon unbestreitbar immer deutlicher sich abzeichnende Besitzrechte aus, und schließlich geht die Gemeinde, wenn aller bessere Boden besetzt ist und nur noch die mageren und erschöpften Flächen okkupierbar sind, zur periodischen Anweisung von Land über. So entstehen denn die Umteilungen des Gemeindebesitzes spontan, im Kampf um den Boden; sie werden nicht von oben her auf dem Wege der Gesetzgebung eingeführt.

An Hand von zahlreichen Quellenbelegen weist nun Kulischer nach, daß diese in Sibirien in der neuesten Zeit gemachte Feststellung auch für das innere Rußland vergangener Jahrhunderte zutrifft. Die

steuerpolitischen Maßnahmen des Staates spielten bei der Ausbildung des Gemeindebesitzes nur eine sekundäre Rolle: Da die Gemeinde vor dem Staate für die Steuerentrichtung die Verantwortung übernehmen mußte, bildete sich die Ueberzeugung aus, daß nur dem Steuerzahler Anrecht auf Land zustehe, daß folglich auch die Zuweisung des Landes im Verhältnis zur Steuerzahlung zu geschehen habe. Das Besteuerungssystem hat somit die Idee vom Anrecht eines jeden auf Landzuweisung nicht geschaffen, sondern ihr Aufkommen und ihre Festigung bloß erleichtert und für die jeweiligen Neuteilungen eine rechnerische Grundlage geboten. —

Nach dieser klar aufgebauten, wertvollen Darstellung des Werdegangs der russischen Landgemeinde behandelt Kulischer das Wirtschaftsleben des Moskowerreiches während des 16. und 17. Jahrhunderts in einer Reihe parallel geführter »Längsschnitte«. Ein besonderer Abschnitt zählt die »Fortschritte der Urproduktion« in der angegebenen Periode auf. Das Kapitel über »Städte und Gewerbe« greift zeitlich wieder weit zurück und schildert zunächst die Entstehung städtischer Siedlungen, unter Hervorhebung militärischer Gesichtspunkte. (Mit Sombarts Theorie von der Grundrentenkonsumtion setzt sich Kulischer leider nicht auseinander, was an Hand der städtischen Grundbücher Rußlands zweifellos interessant gewesen wäre.) Im 16. und 17. Jahrhundert waren Städte wie Nowgorod, Pskow, Moskau, Kolomna u. a. keineswegs mehr bloß ummauerte Dörfer, sondern Siedlungen mit zahlreichen Handwerkern und Gewerbetreibenden jeder Art. Außerdem waren auch auf dem platten Lande die Dörfer des Zaren, der Bojaren und der Klöster gewerblich außerordentlich rege tätig, was Kulischer nicht begründet, wohl aber Kljutschewskij (a. a. O., I, 321) durch Hinweis auf die geographischen Verhältnisse erklärt. Erst das Gesetzbuch von 1649 versuchte, aus fiskalischen Gründen, Handel und Gewerbe zum Monopol der Städte zu erklären. Das Handwerk scheint in den Städten schon mannigfach spezialisiert gewesen zu sein. Sehr wenig entwickelt war das Metallgewerbe, der Gebrauch von Eisen war äußerst wenig verbreitet, und das Fehlen der nötigen Geräte bedingte eine starke Rückständigkeit vor allem des Baugewerbes. (Steinerne Bauten gehörten selbst in Moskau zu den Seltenheiten, »dagegen hatten die Zimmerer viel zu tun, denn die hölzernen Häuser brannten wie Fackeln«.) — Die Steuerbücher lassen erkennen, daß die Handwerker im allgemeinen sehr arm waren. Zünfte gab es in Rußland nicht; vor Peter dem Großen finden sich nur einzelne Ansätze zur Ausbildung von Handwerkerkorporationen.

Im Kapitel über die Erweiterung des Marktes zeichnet Kulischer die endgültige Durchbrechung der geschlossenen Hauswirtschaft und die Entfaltung des Außenhandels. Als Exporthafen wurde, selbst für südrussische Produkte (wie z. B. gegerbtes Leder aus Podolien, ferner die an die französische Bürstenfabrikation gelieferten Schweine-

¹²⁾ Vergl. A. v. Fabricius, Zur Geschichte des russischen Postwesens. Riga 1865, S. 35.

borsten¹³⁾ vorwiegend Archangelsk benutzt, weil der Weg über Livland durch allzuhohen Zoll gesperrt war. (Den mannigfachen Faktoren, durch welche Rußland vom westeuropäischen Markt andauernd isoliert wurde, und den schwerwiegenden Konsequenzen dieser Isolierung schenkt Kulischer nicht durchwegs die erforderliche Aufmerksamkeit.) — Die Formen des russischen Handels waren im Moskowiterreich handwerksmäßig, rückständig. Es fehlte jegliche Spezialisierung, denn »Gewerbe, Groß- und Detailhandel in mannigfachen Waren, staatliche Lieferungen, alles ging hier nebeneinander her« (341). Alle Gesellschaftsschichten gaben sich mit Handel ab (eine Erscheinung, die in Tugan-Baranowskijs geistvoller »Geschichte der russischen Fabrik« besser geschildert und erklärt ist, als bei Kulischer). Selbst der Zar trieb Handel durch Vermittlung besonderer Agenten (»gosti«), denen jede aus dem Ausland importierte Ware zu Händen des Staatsoberhauptes zuerst angeboten werden mußte.

Das Kapitel über »Geld und Kredit« entrollt ziemlich genau dasselbe Bild, wie es im mittelalterlichen Deutschland begegnet; die Entwicklung vollzieht sich in Rußland sehr ähnlich, aber mit einer zeitlichen Phasendifferenz von einigen Jahrhunderten.

Unbefriedigend sind Kulischers Ausführungen über die »Industriepolitik« des Moskowiterreiches. Die Darstellung bringt an sich interessante Tatsachen, nirgends jedoch wird ein ernsthafter Versuch unternommen, die hemmenden Faktoren der russischen Wirtschaftsentwicklung bloßzulegen, ohne deren Kenntnis die »Rückständigkeit« Rußlands nur festgestellt, aber nicht verstanden werden kann. — Die Schilderung der staatlichen Fabrikunternehmungen, welche künstlich »gezüchtet« wurden, weil »Privatbetriebe offenbar zu dieser Zeit noch nicht lebensfähig waren«, erinnert da und dort an gewisse wirtschaftspolitische Bemühungen Sowjetrußlands.

Das moskowitische Finanzwesen, die Geld- und Kreditverhältnisse sind in besonderen Abschnitten dargestellt. Die »westeuropäischen Handelsbeziehungen« hätten (logischerweise) im Zusammenhang mit der »Erweiterung des Marktes« geschildert werden sollen. — Von den sehr bescheidenen »Anfängen des Kapitalismus« handelt der letzte (dreizehnte) Paragraph, worin hervorgehoben wird, daß der eigentliche Frühkapitalismus in Rußland erst im 18. Jahrhundert zur Entfaltung gelangte.

Auf den zweiten Band, welcher der Gegenwart schon näher rücken und vom wissenschaftlichen Standpunkte aus wohl auch aktuelle Probleme historisch beleuchten wird, darf man gespannt sein. In der Fortsetzung werden vielleicht auch jene Zusammenhänge, die man im vorliegenden ersten Band gelegentlich vermißt hat, noch herausgearbeitet werden. Solange nicht das ganze Werk veröffentlicht ist, läßt sich über Kulischers Arbeit ein abschließendes Urteil natürlich nicht aussprechen. Immerhin muß schon jetzt konstatiert werden, daß sie für den westeuropäischen Wissenschaftler eine wertvolle, auf ausgebreiteter Belesenheit beruhende, auch die neuesten Publikationen berücksichtigende Zusammenfassung der einschlägigen russischen

und deutschen Literatur darstellt und eine reiche Fundgrube in Westeuropa nur wenig bekannter Tatsachen bietet. Die geistige Durchdringung des Stoffes läßt freilich manches zu wünschen übrig. Der vorwiegend deskriptiv gehaltenen Arbeit fehlen originelle Leitgedanken. Vergleiche mit westeuropäischen Verhältnissen, durch die sich die Darstellung so lehrreich und lebendig gestalten ließe, sind viel zu selten gezogen. Auch formell ist die Darstellungsweise Kulischer's nicht hervorragend ¹⁴⁾. — An einzelnen Stellen sind die Quellenbelege unpassend gewählt ¹⁵⁾.

Der vom Verfasser im Vorwort erhobene Anspruch, daß sein Buch »als ein erster Versuch einer russischen Wirtschaftsgeschichte betrachtet werden muß«, ist unberechtigt. Mavors zweibändige »Economic History of Russia« ist 1914 erschienen. Downar-Sapolskij ist dank seiner (wenn auch unvollendeten) »Geschichte der russischen Volkswirtschaft« (1911) ebenfalls zu Prioritätsansprüchen legitimiert. — Die Klage Kulischer's über einen angeblichen »Mangel an Vorarbeiten« kann m. E. auch nicht anerkannt werden; sie wird durch des Verfassers eigenes Literaturverzeichnis und durch die weitaus überwiegende Mehrzahl seiner Zitate und Fußnoten, welche auf bahnbrechende Vorarbeiten Bezug nehmen, widerlegt. Wenn Kulischer von den Anschauungen Kljutschewskijs, dessen meisterhafte »Russische Geschichte« sich außerordentlich eingehend mit wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen befaßt, in einigen Punkten (wie z. B. in der Beurteilung des Handelsverkehrs in Alt-Rußland) auch abweicht, so hat er ihm dennoch, wie übrigens auch Pawlow-Silwanskij, Downar-Sapolskij, Ljubimenko, Roshkow und sehr vielen andern, wesentliche Anregungen und wichtige Pionierdienste zu verdanken. Damit soll selbstverständlich nicht in Abrede gestellt werden, daß Kulischer auch unmittelbar auf das außerordentlich umfangreiche, in Westeuropa meist unerhältliche Quellenmaterial zurückgegriffen hat.

¹⁴⁾ Ueberflüssige Wiederholung kommt ebenso häufig vor, wie die Auseinanderreißung zusammengehörender Dinge. Zudem leidet Kulischer's Sprache nicht selten an unnötigem Wortaufwand. S. 288 steht zu lesen: »In der Suche nach neuen Steuerzahlern war er (scil. der Staat) bestrebt, jedesmal neue Steuerzahler ausfindig zu machen«!

¹⁵⁾ Um zu beweisen, daß »die Mönche es überhaupt vorzogen, Klöster in fischreichen Orten anzulegen«, zitiert K. S. 85 aus einer Urkunde: »Das Land ist nicht umfangreich, doch recht schön, da von allen Seiten, wie von Mauern, mit Wasser umgeben.« Nun ist ja ohne weiteres klar, daß in jener Urkunde das Wasser nicht der Fische wegen erwähnt wird, sondern weil es (Mauern vergleichbar!) Sicherheit in militärischem Sinne bietet.

Sozialismus und Wirklichkeit.

Zur Charakteristik der schwedischen Sozialdemokratie.

Von

WILHELM GROTKOPP.

Eine gewisse Selbstbesinnung, eine kritische Sondierung der überlieferten Anschauungen, ständig neue Versuche, die Ideologie der Arbeiterbewegung mit den seit Marx eingetretenen ökonomischen Aenderungen in Einklang zu bringen, das Suchen nach einer neuen Ideologie ist kennzeichnend für die gegenwärtige Literatur über den Sozialismus und die Arbeiterbewegung. Während in der Vorkriegszeit der »deutsche Marxismus« das theoretische Rückgrat der internationalen Arbeiterbewegung war, liefern jetzt in stärkerem Maße als früher andere Völker wesentliche Beiträge. Dem Fascismus und dem Bolschewismus treten Versuche gegenüber, der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus einen demokratischen Sinn zu geben. Praktisch ist dies ja bereits vielfach geschehen, so vor allem in den kleineren Ländern, in denen schon seit langem die Sozialdemokraten eine rein demokratische Politik führen; aber spärlich waren bisher die Versuche, diese Wendung zu deuten.

Von schwedischer Seite liegt jetzt ein derartiger, für den schwedischen Sozialismus als repräsentativ anzusehender Versuch ¹⁾ vor, dem man ja gerade deswegen ein besonderes Interesse entgegenbringen muß, weil kaum in einem Lande die Sozialdemokraten so viele praktische Erfolge aufzuweisen haben, wie in Schweden, wo sie schon dreimal eine rein sozialistische Regierung gebildet haben. Doch bevor auf diese theoretische Deutung der praktischen Arbeit der schwedischen Sozialdemokratie näher eingegangen wird, dürfte es notwendig sein, einige Worte über den Verfasser zu sagen.

Nils Karleby war ein junger, aber überaus begabter Arbeiter, der allgemein als der begabteste der jungen Generation der schwedischen Arbeiterbewegung angesehen wurde. Nach kurzer journalistischer Tätigkeit erhielt er zwei überaus wichtige Posten: Er wurde

¹⁾ Nils Karleby, Socialismen Inför Verkligheten. Studier över socialdemokratisk askadning och nutidspolitik. Stockholm 1926. Tidens Förlag. 281 Seiten. Preis broch. Kr 5,75.

Sekretär der Sozialisierungskommission und Redakteur der führenden Parteizeitschrift »Tiden«. Mitten in der Arbeiterbewegung und der praktischen Arbeit stehend, war er stets bestrebt, von den beobachteten Einzeltatsachen als Ausgangspunkt zur Herausarbeitung des Typischen zu kommen und die so gewonnenen Einzelerkenntnisse wieder zusammenzufassen. So zeichnete er in vielen Artikeln, und zwar immer wieder von der Erfahrung ausgehend, manches Charakteristische der schwedischen Arbeiterbewegung, aber eine schwere Erkrankung verhinderte die Erfüllung seines Wunsches, diese Einzelbilder in einem einheitlichen, in sich geschlossenen System zusammenzufassen. Kurz vor seinem Tode, im Frühjahr 1926, konnte er eine mehr äußere Zusammenfassung seiner Gedanken in Buchform abschließen, aber die Zusammenfassung ist auch nur eine äußere, denn es liegen darin nur einige Essays und Studien vor, die teilweise früher schon in Artikelform erschienen waren.

Es soll nicht unsere Aufgabe sein, an dieser Stelle eine ausführliche Besprechung des Buches zu liefern; wir wollen es uns auch versagen, auf den interessanten, aber mißglückten Versuch Karlebys näher einzugehen, die Lehre Marxens mit der der Grenznutzenschule in einen gewissen Einklang zu bringen. Zweck dieser Zeilen ist vielmehr nur der, die Karlebysche Stellungnahme zu grundsätzlichen Gegenwartsfragen des Sozialismus und somit einige charakteristische Züge der schwedischen Sozialdemokratie aufzuzeigen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen in den Ausführungen Karlebys drei Problemkreise als wesentlich: Karlebys Stellungnahme zu Marx, seine Auffassung von dem Wesen des Sozialismus sowie von dem Weg zum Sozialismus. In folgendem werden uns die Karlebyschen Gedanken über diese drei Problemkreise beschäftigen. Karlebys Einstellung zu Marx ist eine positive; er bejaht den grundsätzlichen Gehalt der Marxschen Lehre und will auf dem Marxschen Fundament weiterbauen (vgl. S. VI). Aber interessanter als diese Bejahung ist die Deutung der Marxschen Lehre durch Karleby, Karlebys Versuch, die Marxsche Lehre im Sinne der von der schwedischen Sozialdemokratie geführten demokratisch-liberalen Politik umzudeuten. Dieser Versuch sei an Hand eines Beispiels erläutert, und zwar an Hand der Karlebyschen Darstellung der materialistischen Geschichtsauffassung.

Auf Grund der Jugendschriften und der bekannten Stellen über die materialistische Geschichtsauffassung von Karl Marx glaubt Karleby, das Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung folgendermaßen formulieren zu können: »Es ist der Mensch, der die schaffende, treibende Kraft alles historischen Geschehens ist. Aber dieser Mensch, das ist nicht nur die physische Gestalt oder das seelische Leben des Menschen. Der Mensch, das ist die Totalität aller gesellschaftlichen Verhältnisse, aller der menschlichen Beziehungen und Wechselwirkungen, die durch seine Tätigkeit während einer langen historischen Periode entstanden sind« (S. 34). An einer anderen Stelle formuliert er sehr deutlich, daß die materialistische Geschichtsauffassung nichts anderes als eine Methode sei: »Die materialistische Geschichtsauf-

fassung ist eine sozialwissenschaftliche Betrachtungsweise. Ihre Aufgabe besteht darin, bei der Erforschung der sozialen Wirklichkeit und der Geschichte als Leitfaden zu dienen. Dagegen besteht an und für sich kein Zusammenhang zwischen der materialistischen Geschichtsauffassung und den verschiedensten philosophischen Auffassungen« (S. 48).

Im Rahmen dieser Darstellung interessiert vor allem der Begriff des Menschen, der als treibende Kraft des geschichtlichen Geschehens dargestellt wird. Die Karlebyschen Ausführungen zeigen deutlich, daß dieser Begriff unklar und unfruchtbar ist, zumal an keiner Stelle die »Totalität«, die der Mensch darstellen soll, exakt umrissen wird. Zu welcher Konsequenz diese Unklarheit des Begriffes Mensch führt, zeigt deutlich folgender Satz: »Ist der Mensch selbst der Schöpfer seiner Welt und seiner Verhältnisse, so ist er auch für sie verantwortlich« (S. 51). Man stelle den diesen Worten zugrunde liegenden Freiheitsbegriff dem Marxschen gegenüber, für den doch die Freiheit in der Einsicht in den notwendigen Entwicklungsprozeß der Produktivkräfte und in der Fähigkeit, gemäß dieser Einsicht in die Entwicklung der Produktivkräfte einzugreifen, besteht, und deutlich zeigt sich die Eigenart des Karlebyschen Marx. Während für Marx dem freien Betätigungsdrang der Menschen eine objektive Grenze gesetzt ist, besteht diese für Karleby nicht. So lesen wir bei Karleby: »Besteht Elend, Not, Barbarei, Unmenschlichkeit, so ist dies alles nur die Frucht menschlichen Geschehens, denn das durch Naturkatastrophen hervorgerufene Elend spielt in der modernen Gesellschaft nur eine geringe Rolle. — Wenn man nicht mehr die Schuld auf höhere Mächte abwälzen, wenn man sich nicht mehr hinter der Ausrede (!!!) verbergen, daß alles kraft übermenschlicher Gesetze geschieht, wenn man seine Passivität nicht mehr mit Hinweisen auf unbekannte Mächte entschuldigen kann, dann besteht kein Entschuldigungsgrund mehr für individuelle und soziale Verantwortungslosigkeit« (S. 51 f.). Hier ist der Gegensatz zu Marx und das dünne Band, das noch zu Marx hinführt, klar gegeben: Karleby, dem die so fruchtbare und klare Scheidung Marxens in sachliche und persönliche Produktivkräfte unbekannt zu sein scheint, glaubt so sehr an die »revolutionäre Klasse als die größte Produktivkraft«, daß es für ihn kein Hindernis geben kann, das sich dieser Produktivkraft entgegenstellen könnte. Der Karlebysche Begriff des Menschen deckt sich also nur teilweise mit dem Marxschen Begriff der Produktivkraft. Der Mensch ist ihm der soziale Mensch, von dem er verlangt, daß er eine neue soziale Weltordnung schafft. »Da zeigt sich den Menschen das soziale Problem, das Gebot, eine solche Gesellschaftsordnung zu schaffen, daß jedes Glied des Ganzen an den Gütern der Kultur als gleichwertiges Individuum teilhat, in seiner ganzen Kraft und Schärfe, hier wendet es sich an das Bewußtsein der Menschen, hier fordert es menschliche Aktivität« (S. 52). In diesen Worten Karlebys spricht nicht der Vulgärmarxist, der das Wollen durch erkennbare, sich mit Notwendigkeit durchsetzende Gesetze bestimmenn läßt, sondern der in

einer praktischen, im Rahmen eines demokratischen Staates sich abspielenden Arbeit drinstehende Sozialdemokrat, dem das durch das Sittengesetz beeinflusste Gefühl sagt, was er tun soll, und dem letzten Endes dies Tunsollen gleichbedeutend ist mit einem Tunkönnen. Wie sich aber Karleby dem Glauben hingeben konnte, daß er für diese seine Ansicht Marx als Kronzeugen anrufen könne, das möge sein Geheimnis bleiben. In diesem Falle hat Marx eine solche Deutung erfahren, daß man nicht von einer Auslegung, sondern von einer Vergewaltigung Marxens sprechen muß. Diese »Auslegung« Marxens beleuchtet gut die Grundeinstellung Karlebys und der schwedischen Sozialdemokratie, die an Hand anderer Probleme nachstehend weiter erläutert sei.

Da die Arbeit Karlebys keinerlei Formulierung bringt, die als eine Definition des Sozialismus angesehen werden könnte, und da Karleby auf dem Wege über eine Darstellung und Kritik des Kapitalismus zur Entwicklung seines Begriffes des Sozialismus kommt, erscheint es angebracht, mit Karlebys Darstellung und Kritik des Kapitalismus zu beginnen. Nicht nur ist Karleby jeder Haß gegen den Kapitalismus fremd, oft erscheint sogar die Schrift als eine Verteidigung des Kapitalismus, oft scheinen Fortschritt und Kapitalismus identische Begriffe zu werden. Die Kritik, die Karleby am Kapitalismus übt, ist sehr maßvoll und übersteigt keineswegs die Cassels, Heckschers und anderer »bürgerlicher« schwedischer Nationalökonomien, die Karleby hörte, während von irgendeiner Beeinflussung durch die Marxsche Analyse des Kapitalismus nicht mehr viel zu verspüren ist. Welche Kraft nach Karleby dem kapitalistischen System zugrunde liegt, welche gesunde Entwicklungsmöglichkeiten der Kapitalismus nach seiner Meinung in sich birgt, zeigt sich am besten in der Behandlung zweier Probleme, die im Vordergrund des ökonomischen Interesses der Arbeiter stehen und für die Marxisten eine marxistische Lösung gesucht haben, nämlich des Problems der Arbeitslosigkeit und des der Krisen. Nach Karleby kann dank dem augenblicklichen Wohlstand der Gesellschaft das soziale Problem der Arbeitslosigkeit durch Fürsorgemaßnahmen, durch Unterstützung der Arbeitslosen und somit durch Aufhebung der Eigentumslosigkeit gelöst werden, während allerdings die technische Seite des Problems noch nicht zu lösen sei (vgl. S. 80). Mit Hilfe einer Diskontpolitik will er die Entwicklung des ökonomischen Lebens weitgehend stabil gestalten und Krisen vorbeugen. Er glaubt, daß die Konjunkturforschung der Idee der Unvermeidbarkeit der Krisen den Todesstoß geben werde (vgl. S. 81).

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, durch weitere Zitate zu belegen, in wie starkem Maße sich Karleby zu einer für die schwedische Sozialdemokratie charakteristischen Bejahung des bestehenden Staates und der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsformen durchgerungen hat. Am stärksten tritt uns diese Bejahung in folgenden Worten entgegen: »Die immer wieder als gesellschaftsfeindlich hingestellte Arbeiterbewegung war in ihrem Geiste, in ihrem Willen und

in ihrer Tätigkeit zu einer Zeit, als die Gesellschaft infolge der wirtschaftlichen Entwicklung zu einem Vulkan zu werden drohte, die einzige gesellschaftserhaltende Partei« (S. 116). An keiner Stelle der Schrift wendet er sich gegen den Kapitalismus an sich, sondern nur gegen gewisse Züge des Kapitalismus, die man als »Auswüchse des Kapitalismus« zu bezeichnen gewohnt ist. Vor allem wendet er sich dagegen, daß, wie es ja bisher im kapitalistischen System der Fall war, eine Klasse das absolute Bestimmungsrecht über die Verwendung des Eigentums und über die Einrichtung der Arbeit habe. Hierin sieht er das Wesen des Kapitalismus, nicht etwa in der Profitwirtschaft. Seine Forderung heißt deswegen nicht: Von der Profitwirtschaft zur Bedarfswirtschaft, sondern von dem Interesse der einzelnen Schicht zum Interesse der Gesamtheit. Er ist auch keineswegs gegen das Privateigentum an sich, sondern nur gegen die jetzige Art der Ausübung des Eigentumsrechtes, gegen die Verwertung des Eigentums auf Grund des Interesses einiger weniger. Wenn es gar gelingen würde, daß auf dem Wege der Gesetzgebung oder einer Aenderung des Wirtschaftsgeistes die privaten Unternehmungen und das Privateigentum zu Dienern der Gesamtheit im Sinne der Arbeiterklasse werden, dann würden sicherlich die letzten kritischen Bemerkungen Karleby's gegenüber dem Kapitalismus verstummen (vgl. S. 74 f.).

Diese kritischen Bemerkungen Karleby's gegenüber dem kapitalistischen System lassen erkennen, daß er zu einem anderen Begriff des Sozialismus kommen muß als dem üblichen. Während in der sozialistischen Theorie im allgemeinen das Privateigentum an den Produktionsmitteln als typisch für den Kapitalismus hingestellt wird und dessen Beseitigung als wesentliche sozialistische Forderung erscheint, sind Karleby derartige Gedankengänge fremd. Er sieht das Wesen des Sozialismus darin, daß die Vormachtstellung einer einzelnen Klasse überwunden werde, daß die Arbeiter beim Ausbau des Gesellschaftslebens gleichberechtigt seien und daß das öffentliche Leben vom Gesichtspunkt der sozialen Zweckmäßigkeit beherrscht werde (vgl. S. 87). In diesen Worten ist die Definition des Sozialismus enthalten. Sozialismus ist ihm gleichbedeutend mit der Verwirklichung der Idee der sozialen Zweckmäßigkeit, gemäß der die Produktion der Gesamtheit und nicht irgendeiner Klasse dienen müsse (vgl. S. 90). Er fordert deswegen nicht die Aufhebung des Privateigentums, sondern »eine Gesetzgebung, die dem Eigentumsrecht eine Bedeutung gibt, die der Auffassung der Arbeiter über die soziale Zweckmäßigkeit mehr entspricht« (S. 100).

Der Ausgangspunkt dieser seiner Betrachtungen ist der Gedanke der Hebung der materiellen Lage der Arbeiter, des Wohlergehens der Masse, wobei allerdings zu beachten ist, daß Karleby nicht der Anwalt der Aermsten ist, denn Arbeiter, die nichts mehr zu verlieren haben, gibt es in Schweden nicht (vgl. S. 102), sondern ein Arbeiteraristokrat ist, der alle Arbeiter zu Arbeiteraristokraten machen will. Wohin diese Idee der sozialen Zweckmäßigkeit praktisch führt, zeigt am besten Karleby's Abhandlung über »Arbeiterprotektionismus«. Er fordert,

daß nicht nur, wie es bisher der Fall war, schwedischen Bürgern ein sicheres Auskommen durch Fernhalten ausländischer Arbeitskräfte, wie z. B. in der Besetzung von Beamtenstellen, garantiert würde, sondern auch den schwedischen Arbeitern.

Es ist durchaus logisch gedacht, wenn Karleby von einem solchen Ausgangspunkt aus den Sozialismus im wesentlichen als ein Verteilungsproblem betrachtet, denn bei einer Neuordnung der »Verteilung des Gesamteigentumes« müßte sich doch die Idee der sozialen Zweckmäßigkeit am vorteilhaftesten verwirklichen lassen. Karleby vertritt sogar die Ansicht, daß eine Aenderung der Einkommensverhältnisse der Forderung einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel zugrunde liegt: »Der eigentliche Kern der Forderung eines Gemeineigentums ist der Gedanke, daß alle im gleichen Maße an den vorhandenen Gütern teilhaben sollen. Diese Forderung wäre ohne weiteres verwirklicht, wenn alles in demselben Ueberfluß vorhanden wäre wie Luft und Tageslicht. Wenn alle Güter zu freien Gütern verwandelt werden und somit alle Menschen diese Güter gemäß ihren Bedürfnissen verwenden könnten, dann wäre der beste Weg zur Verwirklichung des Sozialismus gegeben« (S. 58). Selbstverständlich sieht Karleby, daß dieser Weg nicht gangbar sei, selbstverständlich ist diese Formulierung eine gewisse Konzession an die naiven Leser, aber deutlich kommt doch hier die Auffassung des Sozialismus als Verteilungsproblem zum Ausdruck, die durch ein anderes Zitat bekräftigt sei: »Was man will und was wirklich geschieht, ist eine andere Verteilung des Einkommens unter den Bürgern. Einige bekamen zu viel; durch Eingriffe versucht man, das Gleichgewicht zugunsten der anderen wieder herzustellen« (S. 69).

Eine Reform der Einkommensverteilung ist also, ganz allgemein gesprochen, der Weg zum Sozialismus, ist gleichbedeutend mit der Verwirklichung der Idee der sozialen Zweckmäßigkeit. Welche Methoden die Arbeiter einzuschlagen, welchen Kampf sie zu führen haben, um die Idee der sozialen Zweckmäßigkeit und somit den Sozialismus zu verwirklichen, das erläutert Karleby sehr eingehend, oft dabei Einzelheiten ausführlich behandelnd. »Verschiedene Möglichkeiten sind gegeben, wie Gesetzgebung über den Normalarbeitstag und Arbeiterschutz, Steigerung der relativen Kaufkraft der Arbeiterklasse, Steuergesetzgebung, Reform der Schulpolitik, gewerkschaftliche Tätigkeit, genossenschaftliche Organisationen, Eingreifen des Staates und anderes« (S. 91). Der Weg zur Verwirklichung der Idee der sozialen Zweckmäßigkeit ist also der Weg der Reformpolitik, speziell der Weg der Sozialpolitik, auf deren große Bedeutung für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft immer wieder hingewiesen wird. So fragt Karleby an einer Stelle: »Was ist ein Achtstundentag-, ein Arbeiterschutz- und ein Unfallversicherungsgesetz anderes als eine Aenderung des Eigentumsrechtes, eine Verschiebung des Bestimmungsrechtes über die Anwendung gewisser Produktionsmittel?« (S. 72). Durch den ständig fortschreitenden Ausbau der Sozialpolitik entsteht jetzt schon der Sozialismus: »Die sozialisierte

Gesellschaft, das soziale Eigentum und die günstige Stellung der Arbeiterklasse, alles dies ist allmählich entstanden« (S. 103).

Dagegen ist Karleby wenig geneigt, in der Errichtung oder dem Ausbau von Staatsbetrieben und gemeinwirtschaftlichen Betrieben einen Weg zum Sozialismus zu sehen. Sehr klar formuliert er an mehreren Stellen seine Stellungnahme zum Problem der Staatsbetriebe, so S. 73: »In den demokratischen Staaten mit einem starken Einfluß der Arbeiterklasse entsteht leicht die falsche Auffassung, daß die formelle Ueberführung des Eigentumsrechtes (eben an den Staat) an und für sich allein entscheidend sei. In der Regel haben die Arbeiter es in einem derartigen Staatsbetrieb im Vergleich zu privaten ganz gut, auch wird der Bedarf der Konsumenten als Leitfaden genommen, aber alles dies hängt von den Machtverhältnissen im Staate und von dem Charakter der Verwaltung ab, nicht aber davon, daß in staatlichen Betrieben weniger rücksichtslos gearbeitet würde als in privaten . . . Es gibt viele historische Beispiele, daß in staatlichen Betrieben die Stellung der Arbeiter schlechter, die Interessen der Konsumenten weniger beachtet und das exklusive Recht des Eigentums mehr ausgeprägt war als in anderen Betrieben.« Diese Stelle und auch andere spiegeln deutlich die Skepsis wieder, die innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie in der Beurteilung der Staatsbetriebe vorherrscht. Aber während Karleby in der Errichtung von Staatsbetrieben doch noch eine gewisse Voraussetzung für die Verwirklichung der Gedankengänge des Sozialismus sieht, lehnt er ganz entschieden den Gedanken einer Planwirtschaft ab. Kein sozialistischer Gedanke wird von Karleby mit soviel Spott und Ironie behandelt wie der Glaube, daß man von einer obersten Instanz aus das wirtschaftliche Getriebe innerhalb der Weltwirtschaft planmäßig regeln könne (vgl. z. B. S. 274).

Wie soll denn nun aber außer auf dem Wege der Sozialpolitik die Idee der sozialen Zweckmäßigkeit verwirklicht werden, wie denkt sich z. B. Karleby, der doch Sekretär der schwedischen Sozialisierungskommission war, die Sozialisierung? Klar und unzweideutig formuliert er, daß bei einer Durchführung der Sozialisierung die Hebung der Produktivität oberstes Prinzip sein muß: »Der Umbau des Besitzrechtes muß stets auf das allgemeine Bedürfnis nach einer Hebung der gesellschaftlichen Produktion Rücksicht nehmen« (S. 78). Aber wie soll denn nun das Besitzrecht umgeformt werden? Das Buch gibt leider nur die Möglichkeit, ganz allgemein auf Karlebys Gedanken der sozialen Zweckmäßigkeit hinzuweisen. Dessen Verwirklichung, d. h. Führung aller Geschäfte im Sinne sozialer Verantwortlichkeit und im Interesse der Gesamtheit, ist eben auch Sozialisierung.

Die Genossenschaften erscheinen ihm als der wichtigste Weg zum Sozialismus, die genossenschaftliche Organisation als typisch für eine sozialistische und als die bisher konkurrenzkräftigste. Zunächst fordert er, im Interesse der sozialen Zweckmäßigkeit, die freie Konkurrenz, damit in diesem Spiel der Kräfte die älteren Unternehmungsformen den konkurrenzkräftigsten weichen müssen. Den tiefen Sinn der freien Konkurrenz sieht er darin, daß dank ihr auf neuer Grund-

lage aufgebaute bessere Formen der Produktion und Verteilung aufkommen, die infolge ihrer Ueberlegenheit die alten verdrängen und dem Wirtschaftsleben einen neuen Charakter geben müssen (vgl. S. 135 f.). Bei einer Betrachtung dieses Konkurrenzkampfes zwischen den verschiedenen Unternehmungsformen kommt er zu dem Ergebnis, daß überall ein Sieg der kollektivistischen Formen, der Genossenschaften, festzustellen sei, da eben diese kollektivistische Form die effektivste sei (vgl. S. 138). Also auf Grund einer Argumentation, die jeder Liberale sich zu eigen machen kann, ist Karleby für die Genossenschaften, die nur dann eine Existenzberechtigung haben, wenn sie wirtschaftlich überlegen seien (vgl. S. 136). Aber ein gewisser Gegensatz zum Kapitalismus ist doch noch gegeben, und zwar liegt dieser in der verschiedenen Gesinnung begründet, die sich in einem kapitalistisch geleiteten Betrieb und in einem genossenschaftlichen offenbart. Dieser Gegensatz zwischen einem privatwirtschaftlichen und einem genossenschaftlichen Betrieb ist ihm auch kennzeichnend für den zwischen kapitalistisch-liberalen und sozialistischen Wirtschaftsformen. »Das Charakteristische eines privatkapitalistischen Betriebes ist darin zu sehen, daß hier das Kapital und der Kapitaleinsatz den Ausschlag geben . . . Dagegen ist aber jede Unternehmungsform, die auf dem Grundsatz gemeinsamer Arbeits- oder Käuferinteressen aufgebaut ist und sich von diesen Interessen leiten läßt, als prinzipiell antikapitalistisch und kollektivistisch anzusehen. Denn hier entscheidet nicht mehr das für den Kapitalismus Typische, der Kapitaleinsatz, sondern das gemeinsame Interesse« (S. 138 f.).

Ob man diese Deutung der wirtschaftlichen Entwicklung Neoliberalismus, was bei Karlebys Beurteilung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates durchaus berechtigt erscheint, oder ob man sie Neosozialismus nennt, das läuft letzten Endes auf eine gewisse Begriffsspielerei hinaus. Aber fest steht, daß diese Ideologie, die von Karleby im Namen der schwedischen Sozialdemokratie vertreten wird, nicht viel mit dem Sozialismus im üblichen Sinne des Wortes zu tun hat. Wie Karleby sich für diese Anschauungen auf Marx berufen zu können glaubt, das möge auch in diesem Falle sein Geheimnis bleiben. Aber von dieser neuen Plattform aus ist es Karleby glänzend geglückt, die Tagespolitik und die praktische Arbeit der schwedischen Sozialdemokratie zu deuten. Er hat so eine Grundlage gefunden, um die staatsbejahende Tätigkeit der schwedischen Sozialdemokratie zu rechtfertigen. Auch findet er dank seiner neuen Ideologie die Möglichkeit, die liberale Wirtschaftspolitik der schwedischen Sozialdemokraten und ihre Außenpolitik zu begründen. Sehr viel Wert legt Karleby auf die Feststellung, daß die Außenpolitik der schwedischen Sozialdemokratie stets positiv und national betont war, allerdings bei Ablehnung jeder abenteuerlichen Politik: »Die schwedische Sozialdemokratie hat von Anfang an eine positive Einstellung zu der Wehr- und Außenpolitik des Landes gehabt« (S. 122). »Das Ziel der Außenpolitik ist Schutz der Freiheit und Selbständigkeit des Landes sowie Mitarbeit an der Schaffung einer internationalen Rechtsordnung« (S. 123). Der

von der schwedischen sozialdemokratischen Regierung durchgeführte Abrüstungsvorschlag geht ja ausdrücklich nur soweit, daß im Falle irgendeines Konfliktes auch künftig noch eine Verteidigung des Landes möglich sei. Fremd ist aber Karleby jede transzendente Deutung des Sozialismus, nichts berichtet er über das kulturelle Ziel der schwedischen Sozialdemokratie. Aber auch hier ist er der gute Interpret der tatsächlichen Verhältnisse, denn innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung sind derartige kulturelle Bestrebungen, wie sie z. B. die deutsche Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterjugendbewegung aufzuweisen haben, etwas Fremdes.

Auch sonst ist das Karlebysche Buch noch interessant durch das, was fehlt. Wir finden in dem Buch kein Wort über die Marxsche Verelendungs- und Krisentheorie, keine Andeutung, daß es auch noch eine Marxsche Revolutionstheorie gibt. Es ist hier eben zu beachten, daß Karleby wie alle schwedischen Sozialdemokraten im wesentlichen Praktiker, nicht aber Theoretiker ist. Zu Marx hat ihn nicht der Weg des Theoretikers geführt, sondern der des Praktikers; fern gelegen hat es ihm, Marx um Marxens willen zu studieren (vgl. S. 106). Es hat ihn nur gereizt, zu untersuchen, ob er für seine Lösungen bestimmter praktischer Fragen bei Marx eine Bestätigung finden würde. Er fand diese Bestätigungen bei dem opportunistischen Marx und hat deswegen diese Lehren weiter »auszubauen« versucht. Als Praktiker ist er aber nie auf den revolutionären Marx gestoßen. Er hat in der schwedischen Wirtschaft, und hier sieht er zur Zeit ohne Zweifel richtig, keine Tendenzen gesehen, die auf einen Untergang des Kapitalismus hindeuten; in Schweden hat er zur Zeit nicht feststellen können, daß das Elend wächst, daß die Arbeiter immer ärmer, daß die Kapitalmagnaten immer reicher werden. Nie ist er scheinbar auf die Frage gestoßen, ob es nicht doch noch irgendwo Arbeiter gibt, die nichts zu verlieren haben, ob nicht vielleicht in Teilen Europas, in Indien, China und anderen Kolonialgebieten das Elend der einheimischen Bevölkerung wächst, während der Luxus der europäischen Kapitalmagnaten zunimmt. Der Krieg ist ihm auch nicht zu einem solchen Erlebnis geworden, daß er versucht hätte, ihn marxistisch zu deuten, und daß er so vielleicht auf den revolutionären Marx gestoßen wäre. Die Frage, wie der hohe standard of life der schwedischen Arbeiter zu erklären sei, hat ihm keine größeren Sorgen gemacht, so daß er auch nie auf die mögliche Antwort kommen konnte, daß der schwedische »Bourgoisarbeiter« auf Kosten der »Proletariervölker« oder der zu billig arbeitenden Landbevölkerung lebe. Das Nichteingehen auf alle diese Probleme zeigt deutlich den Charakter der schwedischen Sozialdemokratie als einer Partei der Arbeiteraristokraten und die Grenzen des Buches Karlebys.

Doch lassen wir die revolutionäre Deutung der Schriften von Karl Marx. Hat doch Marx selbst in seiner bekannten Rede vor den holländischen Arbeitern zugegeben, »daß es Länder gibt, wie die Vereinigten Staaten, England und, wenn ich Ihre Institutionen recht kenne, Holland, wo die Arbeiter zu ihrem Ziele kommen durch fried-

liche Mittel«. Zu dem jetzigen Kreis dieser Länder gehört ohne Zweifel auch Schweden. Bei der Lage der schwedischen Wirtschaft und bei der Geisteshaltung des schwedischen Volkes konnte sich hier nur eine opportunistische Politik der Sozialdemokratie entwickeln. Diese Politik wollte Karleby marxistisch deuten. Er hat keine Theorie des »opportunistischen Sozialismus« geliefert, was wohl auch an sich unmöglich ist, aber hat doch versucht, diese Politik marxistisch zu rechtfertigen. Teilweise kommt, wie oben dargelegt, diese Auslegung Marxens einer Vergewaltigung gleich, teilweise erkennen wir aber auch in dieser Schrift Teile des Marxschen Systemes wieder, wie die Konzentrations- und die Sozialisierungstheorie. Karlebys Werk soll eine Ergänzung und ein weiterer Ausbau dieser Marxschen Lehre sein. Teilweise ist er nicht über das hinausgekommen, was Bernstein schon vor Jahrzehnten gesagt hat, teilweise finden sich aber auch einige neue Gedanken, so daß eine Bezeichnung der schwedischen Sozialdemokratie als revisionistisch den Tatsachen nicht gerecht werden kann. Aber während Bernstein für sich allein sprach, ist das Karlebysche Werk ein geistiger Niederschlag der Politik der schwedischen Sozialdemokratie, ein theoretischer Kommentar zur Praxis der schwedischen Sozialdemokratie. Karleby ist in dieser Beziehung der Kautsky Schwedens. Und vor allem deswegen kann und darf dies Buch nicht übergangen werden.

Marxismus und Religionsphilosophie.

Von

LOUISE SOMMER.

Wie in der Welt der körperlichen Chemismen, so gibt es auch im Reich der Gedanken eine Art natürlicher Affinität. In der Gedankenarbeit *Max Adlers* werden zwei Gedankenströme zu einer organischen, schier unauflöslichen Einheit zusammengeschweißt: der Marxismus wird mit der deutschen idealistischen Philosophie in Zusammenhang gebracht. *Max Adler* ist der Interpret von *Marx* und *Kant*, es ist sein Lebenswerk, innige Berührungspunkte im Gedankenbau dieser beiden, das organische Ineinanderwachsen ihrer Geistesarbeit aufzuzeigen ¹⁾.

Man hat das Zusammenspannen dieser beiden Denker irgendwie als unzulässig angesehen; Philosophie und Geschichte haben *Marx* und *Kant* lange als einander fremd, ja als Gegenpole empfunden. Aus zwei Erwägungen heraus: zum ersten, weil *Marx* an keiner Stelle bewußt auf *Kant* zurückgreift, zweitens, weil *Marxens* »Materialistische« Geschichtsauffassung mit ihrer prinzipiellen Dualisierung der Erscheinungsreihen in physische und psychische, resp. wirtschaftliche und geistige, mit ihrer Betonung der kausalen Präponderanz des Wirtschaftlichen, also Sachlichen und Physischen, vor dem Geistigen und Ethischen, vor allem aber mit ihrer, wenn auch uneingestanden Höhererschätzung des Physisch-Wirtschaftlichen vor dem Psychisch-Ethischen — der ethische Wertakzent liegt auf den verursachenden Faktoren, den wirtschaftlichen Verhältnissen —, weil alle diese marxistischen Momente und Wertungen, so hieß es, nicht anders denn als Bekenntnis zum philosophischen Materialismus aufgefaßt werden könnten. Die Deutung des sozialen Geschehens, wie sie in der »Ueberbautheorie« versucht wird, könne angeblich nicht anders denn materialistisch interpretiert werden. Die Produktions-

¹⁾ Von *Adlers* zahlreichen Publikationen kommen namentlich in Betracht: »Marxistische Probleme«, Berlin 1913 (V. Aufl. 1922), »Marx als Denker«, Wien 1908 (II. Aufl. 1921). Vor allem aber ist der folgenden Darstellung als besonders aufschlußreich und bahnbrechend zugrunde gelegt ein kürzlich erschienenenes Werk »Das Soziologische in Kants Erkenntniskritik«, Wien, Volksbuchhandlung, 1924.

verhältnisse, als Bestimmungsgrund der jeweiligen Struktur der Gesellschaft, der Klassenschichtung, Interessenlage, die Produktionsverhältnisse als der Impuls der geistigen Lebensäußerungen in Ethik, Religion, Kunst und Philosophie, das gab scheinbar die Berechtigung, Marx als Materialisten zu kennzeichnen. In dieser Richtung wirkte noch der berühmte Ausspruch: Es ist das Sein der Menschen, das ihr Bewußtsein bestimmt, ein Ausspruch, der den Marxismus als die der empiristischen Vulgarphilosophie adäquate Soziologie stigmatisierte.

Das erste Argument, das gegen jeden Versuch einer Parallelisierung der Soziologie von Marx mit dem Kant'schen Idealismus geltend gemacht wird, die Tatsache des literarisch nicht nachweisbaren, also auch nicht gegebenen historischen Zurückgreifens von Marx auf Kant, läßt sich durch das Forschungsprinzip moderner Geschichtsschreibung ganz allgemein entkräften. Diese wendet ihr Hauptaugenmerk der Pflege der Geistesgeschichte zu, die realgeschichtliche Betrachtung verliert immer mehr an Bedeutung. Es ist das eine Folge der Demokratisierung der Staaten. Der Bruch mit dem absolutistischen Regierungsprinzip führt notwendig zu einer Depositionierung der Hofhistoriographie, die die Zäsuren der Weltgeschichte nach den Regierungszeiten der Potentaten vornahm, die Geschichte in eine Reihe von Haupt- und Staatsaktionen auflöste, die Registrierung der Daten von Schlachten und militärischen Heldentaten zu ihrem wesentlichen Inhalt machte. Der Zusammenbruch des monarchischen Gedankens hat der Geschichtsschreibung ihr Stoffgebiet abgegraben, hat sie ihrer wesentlichsten Aufgabe beraubt: diesem monarchischen Gedanken rückschauend durch geeignete Interpretation des für ihre politischen Zwecke adaptierten Materials ein geeignetes Relief zu geben. Der Umschwung der Dinge war somit ein ausschlaggebendes Motiv dafür, daß die Geschichtsschreibung ihren heuristischen Wertakzent auf ein anderes Stoffgebiet verlegte; sie suchte und fand ihre Betätigungssphäre im Geistigen, in der Theorien- und Dogmengeschichte, in der Filiation der Ideen. Denn die Schnur, die ihr die Aneinanderreihung der Fakten ermöglicht hatte, war gerissen. Mit dieser Wandlung in der Zielsetzung der Geschichtsschreibung haben sich aber auch ihre Arbeitsmethoden und arbeitstechnischen Hilfsmittel gewandelt. Um Geistiges an Geistiges begrifflich anzureihen, um Gedanken zu einer geschichtologisch evidenten Synthese zusammenzuschweißen, bedarf es gar nicht des exakten Hinweises auf die Provenienz dieser Gedanken. In der Welt der Gedanken herrscht das Gesetz der Diffusion. Das Prinzip der physischen Berührung, die Fortpflanzung von Druck und Stoß, gilt nur in der Körperwelt, in der Welt des Geistes gehen die Gedanken reibungslos und kaum merkbar aus einem Medium ins andere, eine einheitlich geistige Atmosphäre entsteht so, kosmopolitisch in bezug auf die Staatsgrenzen, kosmopolitisch auch in bezug auf die einzelnen Wissensbezirke.

Wenn nun Max Adler Kant und Marx in eine Parallele setzt, so geschieht das mit voller Berechtigung, auch ohne daß ein be-

wußtes Zurückgreifen seitens Marx auf Kant zu konstatieren wäre. Der Nachweis einer geistigen Gemeinschaft zwischen beiden erscheint jedoch zwingend erbracht, sobald erwiesen ist, daß Kant'sche Denkmotive im Lebenswerk von Marx ausschlaggebende Bedeutung erlangt haben. Und Max Adler bemüht sich, im Sinne moderner Ideengeschichte darzutun, daß die geistige Atmosphäre, in der sich beide Denker bewegen, Uebereinstimmungen aufweist, daß ihre Problematik Berührungspunkte hat.

Theoriengeschichte, in ihrem ersten Stadium noch personalistisch und individual-psychologisch orientiert, wendet sich immer mehr der Behandlung bestimmter Einzelprobleme oder Problemkomplexe zu. Max Weber hat die Aufgabe dieser modernen Theoriengeschichte dahin abgesteckt, daß er von der Aufdeckung des »gedanklichen Zusammenhangs der Probleme« spricht. Damit hat Weber dieser neuen Aera der reinen Geistesgeschichte ihre Aufschrift gegeben. Die epochalen Geschichtskonstruktionen eines Troeltsch liegen in der gleichen Ebene. Als Altmeister dieser geistesgeschichtlichen Richtung muß wohl Dilthey angesprochen werden, der in seinem Buche über Schleiermacher, in seinen einzelnen Aufsätzen über die Entwicklung der Philosophie im 15., 16. und 17. Jahrhundert bahnbrechend vorgegangen ist. Daß diese Art der Darstellung dem modernen Empfinden am meisten entspricht, hat es mit sich gebracht, daß Ernst Cassirers »Das Erkenntnisproblem in der Philosophie« uns heute als die beste Einführung in die Geschichte der Philosophie dünkt, und selbst Windelbands historische Arbeiten tief in den Schatten gestellt hat. Einzig und allein aus dem Grund, weil Cassirer die Reinkultur einer Problemgeschichte gibt.

Mit diesem Wechsel des Stoffgebiets hat sich aber auch die Arbeitsmethode von Grund auf gewandelt. Nunmehr tritt das in Geltung, was Nikolai Hartmann als »latent wirksame Methode« bezeichnet hat²⁾. Ein Methodenbewußtsein, demnach auch ein Bewußtsein der methodischen Zusammengehörigkeit mit diesem oder jenem geistigen Vorläufer, ist kein unbedingtes Erfordernis dieser Arbeitsweise. Wenn demnach Adler versucht, eine geistige Verwandtschaft zwischen Kant und Marx aufzuzeigen, so ist prinzipiell gegen sein Vorgehen kein Einwand zu machen. Welche Analogien und Aehnlichkeiten zu dieser Parallelisierung berechtigen, darauf soll später hingewiesen werden.

Was nun den zweiten Einwand gegen die Geistesarbeit Adlers betrifft, daß nämlich der Materialismus der marxistischen Geschichtsauffassung jede Inbeziehungsetzung des Materialisten Marx mit dem Idealisten Kant vollständig ausschließe, so ist dieser Einwand leicht zu widerlegen. Er ist ja auch schon von Adler selbst durchaus einleuchtend widerlegt worden. Adler hat schon in seinen »Marxistischen Problemen« ausgeführt, daß der Terminus »materialistisch« irreführend sei. Dieser Ausdruck ist zeitgeschichtlich aus der Entstehungs-

²⁾ »Systematische Methode«, Logos Bd. III, H. 2, 1912.

geschichte der marxistischen Grundlehre heraus zu verstehen als bewußte und betonte Opposition zur spekulativen, von aller Erfahrung abstrahierenden Philosophie Hegels. Mit dem philosophischen Materialismus, nach dem Veränderungen in der materiellen Welt nur durch materielle Ursachen hervorgerufen werden können und die psychischen Vorgänge nur Spiegelungen, sekundäre Begleiterscheinungen materieller Veränderungen im menschlichen Bewußtsein sind, mit diesem Materialismus hat die marxistische Geschichtsauffassung überhaupt nichts gemein. Wenn sich Marx und Engels selbst als Anhänger des Materialismus bezeichneten, so wollten sie damit nur ihre scharfe Ablehnung der Annahme übernatürlicher, mystischer Kräfte als Erklärungsprinzip des sozialen Geschehens zum Ausdruck bringen. Ihr Materialismus ist viel eher als Positivismus zu bezeichnen, jene westeuropäische Abart des Materialismus, wie sie durch Comte und Spencer vertreten wurde. In Deutschland steht Feuerbach auf diesem Boden, mit dem Marx sehr starke Berührungspunkte hat. Es geht überhaupt kaum an, Marx und Engels als schulumäßige Philosophen zu bezeichnen. Sie selbst hätten diese Zumutung abgelehnt. Ihre Kenntnis der theoretischen Philosophie war nicht eben groß, wie die Äußerungen von Engels über Kants Erkenntniskritik beweisen ³⁾.

Marxens Materialismus der Geschichtstheorie spräche demnach nicht dagegen, ihn und Kant in eine Parallele zu stellen, denn diese Geschichtstheorie abstrahiert keineswegs von psychischen Faktoren, sie ist keineswegs streng mechanistisch, das Handeln der Menschen ist ihr ein Produkt der Ueberlegung, des willkürlichen Entschlusses. Jeder äußere Reiz wirkt nicht mechanisch, als unbewußte Reaktion, sondern muß erst durch das Netz des menschlichen Intellekts hindurch, wo er zum Willensimpuls, zur Motivation umgebildet wird. Diese Intellektualisierung der geschichtsbildenden Faktoren ist wohl geeignet, Marx vom Odium des philosophischen Materialismus reinzuwaschen.

Worin besteht nun im wesentlichen diese von Adler versuchte Parallelisierung von Marx und Kant? Nicht in einer Verbesserung jenes durch diesen, auch nicht in einer Ergänzung. Es handelt sich vielmehr darum, die theoretische Arbeit von Marx, so wie sie ist, aber mit einem durch die Erkenntniskritik Kants geschärften logischen Bewußtsein durchzudenken, um so erst auf alle in ihr liegenden Denkelemente aufmerksam zu machen, die sie als eine Theorie der sozialen Erfahrung möglich machen.

Diese Betonung der logischen Voraussetzungen der marxistischen Auffassung sollte dazu beitragen, die Eigenart der Sozialgesetzlichkeit aufzuweisen. Der Marxismus als eine grandios angelegte Soziologie

³⁾ Vgl. Max Adler, Kausalität und Teleologie (Marx-Studien I, 11); ferner: Marx als Denker, Berlin 1908, S. 56 f.; Marxistische Probleme, Stuttgart 1913, S. 66 ff. — Vgl. ferner auch E. Brandenburg, Die materialistische Geschichtsauffassung, Leipzig 1920, S. 22 ff.

macht sich die Erforschung der Gesetze des gesellschaftlichen Lebens zur Aufgabe, mit Ausschaltung jeglicher ethischen Wertbetonung. Die kausale Bewirkung ist bei Marx das Agens des Geschehens im sozialen Leben. Adler konstatiert starke logische und methodologische Uebereinstimmungen zwischen dem Marxismus und der klassischen, idealistischen Philosophie. Beide greifen über die bloß individuelle Erscheinungsform des Bewußtseins hinaus. Es handelt sich nicht um eine psychologische Untersuchung des Einzelbewußtseins, sondern um die Feststellung von Problemen von überindividueller Geltung. Das Problem der Wahrheit, der Richtigkeit, der Allgemeingültigkeit wird aufgerollt. Begriffe überindividueller Natur, die in bezug auf ein kollektivistisches massenpsychisches Bewußtsein Sinn und Geltung haben. Es sind das Begriffe, die konzipiert sind auf der soziallogischen Grundlage einer geistigen Verbundenheit und Uebereinstimmung mit andern Bewußtseinsinhalten, auf einem Zusammenhang gattungsmäßigen Denkens und Wertens. Das klassisch-deutsche Humanitätsideal, die Kultur der Gesinnung, die im kategorischen Imperativ ihren sublimiertesten Ausdruck findet, ist getragen von der Grundidee einer Gemeinschaftslogik. Der Begriff des Subjekts gewinnt erst dadurch einen greifbaren Inhalt, Tragfähigkeit im soziologischen Sinn, daß wir ihn in einen gedanklichen Gegensatz stellen zu einem Objekt. Die idealistische Philosophie und der Marxismus haben beide ein überaus fein geschärftes Empfinden für den Gegensatz zwischen Subjekt- und Objektvorstellung, und da sich an dieser Erkenntnis eines Gegensatzes erst die scharfe Erfassung der Begriffsinhalte emporrankt, so erscheint verständlich, wieso Kant und Marx als Vertreter einer objektivistischen Weltauffassung anzusehen sind.

In Marx lebt der Grundgedanke des gesamten deutschen Idealismus, der sich von Kant zu Hegel hin entfaltet, daß der Mensch nicht als einzelner, sondern als soziales Ganzes — als Gattung, zu seiner Bestimmung sich entwickelt, einem präformierten Entwicklungsideal zustrebt. Die Totalität der sozialen Verhältnisse, das geistige Bezogensein der Menschen aufeinander, ihre Entfaltung im sozialen Raum. Die Betonung dieser Momente bedeutet ein Bekenntnis zu Kant, zugleich auch eine Ablehnung Feuerbachs, der das menschliche Wesen isoliert, als abstrakte Monade wertet. Das starke Hervortreten des Entwicklungsgedankens bei Marx entfernt ihn von Hegel, wie auch von Feuerbach. Der Hinweis auf den Zukunftsstaat, die Wertung des Gegenwartsstaats als Durchgangspunkt, als etwas möglichst rasch zu Ueberwindendes, die in die Längsrichtung, in die Zukunft, gerichtete Blicklinie reiht Marx den Entwicklungstheoretikern an. Die Fortschrittsidee wird zum leitenden Prinzip.

Aus der starken Herausarbeitung der Fortschrittsidee bei Marx seitens Max Adlers ergeben sich neue Analogien zwischen Marx und Kant und erwächst für Adler der Anlaß, sich einem Gebiete der Begriffswelt Kants zuzuwenden, in dem diese Gedanken einer evolutionistischen Weltauffassung konkrete Gestalt gewinnen: der Religions-

philosophie. Adler nennt sein Werk »Das Soziologische in Kants Erkenntniskritik«. Mit weit größerem Recht sollte es heißen: das Soziologische in Kants Religionsphilosophie. Denn auf die hier erwähnten Zusammenhänge zwischen Soziologie und Erkenntniskritik hat Adler schon in seinen anderen Werken hingewiesen. Was er aber über Kants Religionsphilosophie vorbringt, ist neu und wird hier erstmalig versucht. Eine Interpretation der Kantischen Religionsphilosophie seitens des Marxisten Max Adler, das heißt also die Herausarbeitung einer Ideologie! Wenn irgend etwas imstande ist, die irreführende Parallelisierung von Marxismus und Materialismus zu zerstören, so ist es diese starke Affinität Max Adlers zu Ideologien, speziell zu religionsphilosophischen Ideologien. Eine Affinität, die geeignet ist, eine aus der ersten folgende weitere Parallelisierung zu zerstören: die zwischen Marxismus und Atheismus.

Die Vermenschlichung der Religion, die gewöhnlich mit dem Namen Feuerbachs verknüpft ist, wird in einem viel tieferen Sinne von Kant vorgenommen. Darin liegt das eigentlich Revolutionäre der Kant'schen Religionsphilosophie, daß er die Religion eingliedert in die Daseinssphäre des Menschen, die als Bewußtseins-tatsache erfaßt, als Anthropomorphismus wertet. Es ist das eine Auffassung, die als eine Art Komplement gewissen revolutionären Strömungen der Staatstheorie zur Seite tritt. Die Zersetzung der absolutistischen Staatsdoktrin, der Bruch mit der theokratischen Erklärung der Staatsentstehung haben den gleichen Ausgangspunkt wie diese neue religionsphilosophische Strömung. Sie beide rütteln gleich heftig am Autoritätsglauben, beide brechen mit der Auffassung von Staat und Religion als Instanzen, die auf Grund unergründbarer Satzungen in das Leben der Menschen eingreifen. Darin liegt der tiefere Sinn aller naturrechtlichen Vertragstheorien, daß sie den Staat dieses jenseitigen Charakters entkleiden wollen, daß sie ihn eingliedern wollen in die Sphäre menschlichen Fühlens und Wollens. In der Vertragstheorie, in der Lehre von der »Willensübereinstimmung«, wird die Entstehung und Rechtfertigung des Staats mit der menschlichen Psyche eng verknüpft, indem der Staat als originäres Produkt menschlichen Willens gekennzeichnet wird. Dieses Naturrecht in der Staatstheorie findet sein auffallendes Analogon in Kants Religionsphilosophie und in allen Systemen der natürlichen Gottesverehrung ⁴⁾, die das Zeitalter des autoritativen Gottesglaubens begraben ⁵⁾. In diesem Sinn ist die Religion bei Kant »nicht mehr eine jenseitige Offenbarung, die an die Menschen herantritt, ihren Glauben zu fordern, um jeden Preis; nicht mehr ist sie ein Verlust unseres Selbst an eine unbegreiflich höhere Macht, von der wir uns abhängig fühlen und mit welcher wir mühsam eine Verbindung suchen, nicht mehr ist

⁴⁾ Vgl. Dilthey, Die Autonomie des Denkens (Archiv f. Gesch. d. Philos. VII, 48 ff.); Ders., Das natürliche System der Geisteswissenschaften (ebenda V und VI).

⁵⁾ Vgl. David Hume, Gespräche über natürliche Religion.

Religion ein Fremdes über uns, sondern sie ist unser eigenes geistiges Wesen selbst«⁶⁾. »So wird Religion aus einem jenseitigen Mysterium zum Problem des diesseitigen Menschengesistes.« Die einzelnen konstituierenden Begriffselemente des geistigen Gesamtkomplexes »Religion« wie Gott, Seele, Offenbarung, Glaube bilden ganz bestimmte geistige Tatbestände, die in ihrer Gesamtheit und lebendigen Verbundenheit eben die religiöse Erfahrung ausmachen. Von dem Moment an, als die Dualisierung der Welt, ihre Zerfällung in ein Diesseits und Jenseits zu Falle gebracht war, mußte auch die Ansicht über das Wesen der Religion sich ändern. Die Religion hört auf, ein Wissen von der Welt zu sein, eine Erkenntnis der jenseitigen Gefilde, diese rationalistische Kategorie des Wissens als der vernunftmäßigen Verarbeitung eines jenseitigen Tatsachenmaterials erfaßt das Wesen der Religion nicht mehr. Die einzelnen begrifflichen Elemente der Religion sind Denknöthigkeiten, mehr noch, sie sind ewige, psychische Kategorien, *Conditiones sine qua non* des psychischen Lebens, aber des ganzen psychischen Lebens, nicht nur des rationalistischen Teilgebiets. Das Kausalitätsstreben des menschlichen Geistes ist beteiligt an der Entstehung des Gottesbegriffes. Es wird eine Ursache für das Dasein und für die Beschaffenheit der Wirklichkeit gesucht, ganz analog, wie man als Ursache der Bewegung die Kraft annimmt, die um so höheren, um so sublimierteren Erklärungswert erhält, je mehr sie von der durch sie induzierten Bewegung distanziert wird, je loser der psychische Zusammenhang zwischen Bewegung und Bewegungsursache. Geht man nun noch weiter zurück in der Kausalkette bis an ihren transzendentalen Ursprungsort, so gelangt man bis zu jener in der Unendlichkeit liegenden Urkraft, bei der alle Bewegungsimpulse, alle Ursachenreihen zusammenströmen. Und diese in die Unendlichkeit versetzte, von allen physischen Schlacken gereinigte Ur-Ursache ist Gott.

Aber auch alle ethischen Potenzen im Menschen laufen im Gottesbegriff zusammen. Das sehnliche Verlangen des Menschen nach Gerechtigkeit nach diesem Leben sucht irgendeine Instanz, die Leistung und Gegenleistung, Lohn und Strafe gegeneinander abwägt, Gutes und Böses in ein Verhältnis bringt, als ausgleichende Gerechtigkeit fungiert. Während auf primitiven Stufen der Religiosität in Gott eine Macht gesehen wird, eine feindliche übergeordnete Gottheit des Kampfes, wird auf dieser höheren ethischen Stufe die Gottheit zum Idealbild des Menschen. Alle psychischen Potenzen des Seelenlebens haben demnach an der Entstehung des Gottesbegriffes Anteil, und diesen Begriff rein rationalistisch auf das Denken beschränken wollen, die Religiosität bloß als ein Wissen von der jenseitigen Welt aufzufassen, bedeutet Einseitigkeit und Verarmung des Gottesbegriffes. Hier trifft sich der »unersättliche Kausaltrieb des menschlichen Erkennens«, der Trieb zur Erklärung der Welt, das kosmologische Streben des Menschen, hier trifft sich aber auch das Streben nach Idealisierung, die dem Menschen immanente ethische Ausgleichs-

⁶⁾ Vgl. M a x A d l e r, Das Soziologische in Kants Erkenntniskritik, S. 185.

tendenz, der Trieb des Menschen, sich selbst in einer Gottheit zum Idealbild zu übersteigern. So wird auch bei K a n t der Gottesbegriff in seiner doppelten Bedeutung erfaßt: als letzter kausaler und ethischer Zurechnungsendpunkt. Die Gottheit ist für ihn nicht mehr bloß ein W i s s e n von einer transzendenten Welt, sie ist eine dem menschlichen Wesen notwendige Gesinnung, sie ist ihm eine »transzendente Bewußtseinsrichtung« (S. 195). Damit ändert sich mit einem Schlage der Gegenstand der Religionsphilosophie. An Stelle der so unfruchtbaren Beweise vom Dasein Gottes, der scholastisch-ontologischen Begriffsspielereien, an Stelle der kümmerlichen Versuche zu einer Theodizee, erwächst nunmehr der Religionsphilosophie die Aufgabe, den »reinen Inhalt und die notwendigen Begriffe des religiösen Bewußtseins aus der in diesem aufzuzeigenden Gesetzlichkeit, also aus seinen Bedürfnissen selbst, abzuleiten« (S. 196).

Für K a n t s Philosophie im allgemeinen war bezeichnend die strenge Dualisierung zwischen Inhalt und Form. Die Antithese: Wahrheits- und Form-Problem nimmt von K a n t ihren Ausgang. Aber auch der Wertakzent wird von K a n t verschoben: von den sachlichen Inhalten weg den formalen Elementen zu. Die Bedingungen der Denkmöglichkeit, der geistige Prozeß, die präformierten Kategorien rücken immer mehr in den Vordergrund. Darin liegt auch nach A d l e r K a n t s Bedeutung für die Religionsphilosophie. Die Religion wird als psychologische Realität erkannt. Darin liegt auch die durch Kant vorgenommene Vermenschlichung der Religion, in der dem religiösen Bewußtsein seine Realität und auch seine Objektivität voll erhalten bleiben. Die Religiosität ist nach K a n t im Bedürfnis des Menschen nach Selbstvervollkommenung verankert, Gott ist ihm der letzte Zurechnungspunkt, in dem all seine empirisch gegebenen Wesenstendenzen in höchster Vollendung zusammenlaufen. Gott ist ein »Postulat«, eine »Idee«, eine von unserer Seele gebildete Voraussetzung, ein letztes Ziel, dem die dem Menschen immanenten Entwicklungstendenzen zustreben, ein Ziel, das fingiert werden muß, um jenen dem Menschen verliehenen Eigenschaften Zielstrebigkeit und Bewegungsrichtung zu geben, sie zur Tendenz werden zu lassen, deren Ideal in der Unendlichkeit, in Gott, ruht. Gott ist also im Sinne A d l e r s bei K a n t »weder reine substantielle Wesenheit noch auch eine Art geistigen Kraftzentrums, sondern bloß eine Wesenswirkung unseres Selbsts« (S. 279). Diese Gottesidee hat einen ganz eigenartigen Realitätscharakter, eine ganz bestimmte Gültigkeitsstufe. Sie wirkt regulativ, sie zwingt uns, so zu handeln, als ob es einen Gott gäbe. Der Gottesbegriff wird aus den verstandesmäßigen und ethischen Subjektivitäten entwickelt, damit aber auch der utilitaristische Charakter der Ethik streng negiert, da die gute Tat in einem der menschlichen Sittlichkeit immanenten Streben verankert wird, nicht aber in Zusammenhang gebracht erscheint mit der Hoffnung auf Belohnung im Jenseits. Damit ist die reale Trennung zwischen Sittlichkeit und Glück vollzogen, damit wird die Alternative: Glück oder Pflicht in voller Schärfe gestellt.

• A d l e r macht in seiner Interpretation den Versuch, dieses

Auseinanderfallen von Sittlichkeit und Glück etwas abzuschwächen. Er sieht hier keine Entgegensetzung, keine gegenseitige Ausschließung, sondern bloß eine Unterscheidung* (S. 254). Nicht nur daß *A d l e r* die *K a n t*sche Antithese von Neigung und Pflicht leugnet, er läßt *K a n t* in der Vereinigung von Glück und Sittlichkeit nichts Widersprechendes sehen, da der Mensch seiner ganzen Natur nach dafür veranlagt sei, nach Glück zu streben. Er revidiert die *K a n t*-*S c h i l l e r*sche Polemik über die Beziehung zwischen Neigung und Pflicht, Eudämonismus und Sittlichkeit, und sucht ihr alle Schärfe zu nehmen⁷⁾. Er wirft damit ein neues Licht auf die Fortbildung der *K a n t*schen Ethik im *S c h i l l e r*schen Begriff der »schönen Seele« und tritt mit dieser seiner Auffassung allerdings in einen Gegensatz zu *S i m m e l*. Eine Milderung der Schroffheit in der Gegenüberstellung von Neigung und Pflicht, Sein und Sollen, Naturgesetz und Wertgesetz sieht *A d l e r* in Ansätzen schon bei *K a n t* gegeben. Diese Annahme führt *A d l e r* zu einer interessanten Aeußerung über das Wesen des Gottesbegriffes. Ihm ist der Gottesbegriff an und für sich für den religiösen Standpunkt gar nicht wesentlich, sondern hängt erst mit einer ganz bestimmten Gestaltung der subjektiven Einheitsbeziehung zusammen. Wird sie nämlich nach der pessimistischen Seite vollzogen, so daß dem Leben jeder Wert abgesprochen wird, so ist der Erlösungsbegriff, das Aufgehen im Nirwana, das letzte Ideal. Die optimistischen Religionssysteme setzen an Stelle des Erlösungsbegriffes den Vervollkommnungsbegriff der Gottheit. Entwicklung, Zielstrebigkeit, nach einem in der Unendlichkeit liegenden ideellen Punkt ausgerichtet, ist das Wesen der optimistischen Religionen. Aufgehen im Vergessen, in der Erlösung, unendliche Ruhe ist das Wesen der pessimistischen Religionen, die demnach notwendig atheistisch sind, denn sie können des Gottesbegriffes entbehren. Es ist also durchaus kein Zufall, daß *S c h o p e n h a u e r* zugleich atheistisch und pessimistisch ist. Die regulative Idee den Gottesbegriff ist getragen vom Gedanken der Vervollkommnung, der hoffnungsvollen Fortentwicklung.

In dieser Einreihung des Gottesbegriffes in die Kategorie der Postulate, der regulativen Prinzipien, liegt ein stark pragmatistischer Zug. Die Gottesidee als Anthropomorphismus, die in Gott die denkbar größte Steigerung des Menschen sieht, steht im Gegensatz zum Gottesbegriff der ontologischen Spekulation, die Gott in eine jenseitige Sphäre hebt, ihn zum Gegenstand einer affektlosen Kontemplation macht. Der Gott *K a n t*s wird zu einem Willensimpuls, zu einer treibenden lebensvollen Macht.

In dieser *A d l e r*schen Interpretation der Religionsphilosophie *K a n t*s wären starke Berührungspunkte mit der Religionsphilosophie von *J a m e s* zu konstatieren. So hat besonders *W o b b e r m i n* auf die Synthese der *K a n t*-*S c h l e i e r m a c h e r*schen mit der *J a m e s*schen Problemstellung hingewiesen. Indem *K a n t* die Begriffe Seele, Gott, Unsterblichkeit nicht zum Gegenstand der Er-

⁷⁾ Vgl. die Entgegnung *K a n t*s auf die Einwände *S c h i l l e r*s in der II. Aufl. seiner Schrift über die Religion.

kenntnis macht, sie jedes Sinnesinhalts entkleidet, ihnen aber eine besondere Bedeutung für das Handeln beimißt, indem er uns das Handeln an ihnen orientieren heißt — können wir doch handeln, als ob es einen Gott gäbe —, läßt Kant die Religion aus einer fremden Realitätssphäre heraus in unser Leben eingreifen, aus einer unsichtbaren Welt in unserer sichtbaren Welt Wirkungen ausüben. Damit kommt er dem Jammesschen Grundgedanken nahe, der besagt, daß Gott wirklich ist, weil er wirksam ist⁸⁾. Gott ist für James die natürliche Bezeichnung für die höchste Realität, »die höhere Region des Universums, mit der wir in Wechselbeziehung stehen, hat den Namen Gott«. Dieser Gott ist also das Höhere, die unterbewußte Fortsetzung unseres bewußten Lebens.

Adler spricht sich dahin aus, daß bei Kant alle psychischen Kräfte des Menschen an der Entwicklung des Gottesbegriffes gleichmäßig Anteil haben. Er erweitert die usuell, lediglich rationalistische Interpretation der Kant'schen Gottesidee, läßt die innere Wesenheit des religiösen Bewußtseins mehr im Gefühl als im Verstand bestehen. Wir sind im allgemeinen daran gewöhnt, diese emotionelle Betonung der Religiosität mehr bei Schleiermacher als bei Kant zu suchen.

In welchem Begriff bei Kant sieht Adler die Brücke, die ihn zum Marxismus führt, die die Verbindung herstellt zwischen Kant und Marx? Es ist der Begriff des Intelligiblen, den Adler jeder jenseitigen Bedeutung entkleidet und auf die Erfahrung selbst bezieht. »Er bedeutet nichts anderes . . ., als daß in aller menschlichen Erfahrung, also in der Erfahrung einer naturhaften, einer sittlichen und einer sinnvollen Welt es überall ein System geistiger Grundbeziehungen gibt, welche nicht nur alle diese Erfahrungen erst möglich machen, sondern welche darum auch als das Allgemeingültige und eigentlich Reelle angesehen werden müssen« (S. 346). Jede wissenschaftliche Erkenntnis, jedes sittliche oder ästhetische Werturteil, jede religiöse Betrachtung setzt zwischen die Menschen eine intelligible Beziehung, indem sie an das Geistig-Gemeinsame appellieren, sich auf eine Gesetzmäßigkeit beziehen, die überindividuell und überempirisch ist. Das Intelligible ist ein Charakter unseres geistigen Wesens, es ist dessen soziale Natur. Diesen Begriff des Intelligiblen findet Adler bei Kant am reinsten und schönsten zum Ausdruck gebracht in der »Grundlegung zur Metaphysik der Sitten«. Hier entfaltet Kant das Wesen des Intelligiblen als geistiger Realität, als einer besonderen Art des psychisch-sozialen Zusammenhangs. Dieser Sozialbegriff gelangt in scheinbar paradoxer Weise mit dem Gottesbegriff zur Verschmelzung. Die Auflösung der Gottessubstanz in eine Energie unseres eigenen Wesens, die Erkenntnis des Gottesbegriffs als einer Bewußtseinsrichtung mit stark betontem Geltungsanspruch auf Realität steht in Zusammenhang mit der Betonung des sozialen Inhalts der Gottesidee.

⁸⁾ Vgl. William James, Die religiöse Erfahrung in ihrer Mannigfaltigkeit, Leipzig 1914.

Der alte substantielle Gottesbegriff war zugleich Anfang und Ende der Welt, war Mittelpunkt der Religion. Bei K a n t rückt die Gottheit von diesem religiösen Mittelpunkt ab, um der Menschheit Platz zu machen, deren E n d z w e c k nunmehr das religiöse Interesse richtunggebend bestimmt. Dieses Endziel aber ist nach A d l e r das s o z i a l e Reich des Menschen (S. 400). Mensch wird an Mensch durch die Beziehung der menschlichen Vernunft gekettet. Unter dem Gesichtspunkt der Vernunft und des vernünftigen Endzwecks faßt sich der Mensch überhaupt gar nicht mehr als Einzelwesen auf, der soziale Charakter der Menschheit rückt in den Vordergrund. Diese Idee des Endzwecks aber ist die Idee der Menschheit in ihrer fortschrittlichen Bewegung, in ihrer notwendigen Entwicklung. »Der Glaube der praktischen Vernunft K a n t s an Gott ist also im Grunde nichts anderes als der Glaube an die Entwicklungsmöglichkeit der Menschheit« (S. 401). Der Glaube an Gott ist demnach identisch mit dem Glauben an die Menschheitsentwicklung, mit dem Glauben »an die Möglichkeit einer unverbrüchlichen und stetigen sozialen Entwicklung zum Bessern«.

Die A d l e r s che Interpretation der Religionsphilosophie K a n t s ist in ihrer soziologischen Vertiefung, in ihrer konsequenten Anwendung marxistischer Denkmethode, in der philosophischen Problemfiliation eine schöne Ergänzung, ein würdiger Ausbau des marxistischen Systems, dessen Fortentwicklung und Weiterbildung M a x A d l e r s Lebenswerk darstellt. Diese seine religionsphilosophische Arbeit reiht sich in voller gedanklicher Geschlossenheit seinen staatsphilosophischen Arbeiten an: hier und dort das gleiche Erfülltsein von marxistischem Geiste, gepaart mit der gleichen Kongenialität mit dem deutschen klassischen Idealismus, die für A d l e r so charakteristisch ist.

Die Herstellung eines geistigen Zusammenhangs zwischen M a r x und K a n t ist A d l e r lückenlos gelungen, vor allem durch die Betonung des »Intelligiblen« und seines sozialen Charakters, durch die Herausarbeitung der Fortschrittsidee im Gottesbegriff K a n t s. Nur will mir scheinen, als ob A d l e r die Religionsauffassung K a n t s allzu sehr modernisiert, dessen starrem Rationalismus insofern Gewalt angetan habe, als er die moderne Kategorie des religiösen Erlebnisses schon bei K a n t zu sehen vermeint. Im Gegensatz zu W. J a m e s , der den Rationalismus der K a n t s chen Religionsphilosophie stark betont, behauptet A d l e r , daß im Rahmen K a n t s alle menschlichen psychischen Eigenschaften an der Entstehung des religiösen Bewußtseins in gleichem Maße beteiligt sind. O t t o P i p e r hat den Begriff des religiösen Erlebnisses (speziell bei Schleiermacher) sehr scharf herausgearbeitet ⁹⁾, J o h a n n K i n k e l ¹⁰⁾ ihn nach der psychoanalytischen Seite hin vertieft; dessen mystisches Element

⁹⁾ Das religiöse Erlebnis, Göttingen 1920.

¹⁰⁾ Zur Frage der psychologischen Grundlagen und des Ursprungs der Religion, Leipzig 1922; ferner d e r s. im »Imago«, Bd. VIII, 1922.

wurde besonders von Oesterreich¹¹⁾, James¹²⁾, Eucken¹³⁾ ins rechte Licht gestellt. Der Hinweis auf das Allumfassende, die ganze menschliche Persönlichkeit in allen ihren Äußerungsformen Ergreifende der Religion, das Prävalieren des emotionalen Elements, die Betonung des mystischen Erlebnisses in der Religion, all das sind Errungenschaften der modernen Religionsforschung, der religionspsychologischen Studien eines Girgensohn¹⁴⁾, eines James. Die Intellektualisierung, die Auflösung der Beziehung zwischen Umwelt und Seelenleben in einen Erkenntnisprozeß, die prinzipielle Dualisierung des Kant'schen Weltbilds stehen der Ausbildung religionsphilosophischer Gedankengänge in diesem Sinne, der Eingliederung der Religion in die Reihe mystischer, emotionaler, unterbewußter Erlebnisse hindernd entgegen. Es erscheint daher fraglich, ob der Kant'sche Rationalismus der religiösen Idee in diesem Sinne zur Folie dienen konnte. Doch vermag diese Sprengung und Ueberspannung des Kant'schen Rationalismus Adlers Verdienst kaum zu schmälern. Bewunderungswert bleibt rein systematisch sein religionsphilosophischer Interpretationsversuch, die hier und dort wie beiläufig verstreute Gedankenfülle, die üppige Bildhaftigkeit seines Stils. Adler zeigt in diesen seinen Parallelisierungsversuchen zwischen Marx und Kant Berührungspunkte mit K. Vorländer. Sehr beachtenswert sind neben diesen Marburger Arbeiten Bestrebungen seitens der katholischen Philosophie, die darauf ausgehen, dem Sozialismus durch Zuhilfenahme Kants eine bessere erkenntniskritische und ethische Unterlage zu geben. Steinbüchel (1921), Schlund (1922), vor allem aber P. Chojnacki „Die Ethik Kants und die Ethik des Sozialismus“ (vgl. hiezu die Besprechung dieser bedeutungsvollen Studie von K. Vorländer im 56. Bd. 2 H. dieses Archivs) haben sich die Aufgabe gestellt, vom neothomistischen Standpunkt aus die kantische Philosophie und die sozialistisch-marxistische Ethik in einen Zusammenhang zu bringen.

¹¹⁾ Einführung in die Religionspsychologie.

¹²⁾ Die religiöse Erfahrung in ihrer Mannigfaltigkeit, Leipzig 1914 (deutsch von Wobbermin).

¹³⁾ Der Wahrheitsgehalt der Religion, Berlin 1920.

¹⁴⁾ Der seelische Aufbau des religiösen Erlebens, Leipzig 1921.

LITERATUR-ANZEIGER.

Inhaltsübersicht: 1. Enzyklopädien, Sammelwerke, Lehrbücher S. 811; 2. Sozial- und Rechtsphilosophie S. 811; 3. Soziologie, Sozialpsychologie, Rassenfrage S. 819; 4. Sozialismus S. 829; 5. Sozialökonomische Theorie und Dogmengeschichte S. 831; 6. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie 7. Bevölkerungswesen S. 835; 8. Statistik S. 835; 9. Soziale Zustandsschilderungen S. 835; 10. Agrarwesen, Landarbeiterfrage S. 836; 11. Gewerbliche Technik und Gewerbepolitik S. 836; 12. Kartellwesen, Unternehmerorganisation S. 838; 13. Gewerbliche Arbeiterfrage, Arbeitsmarkt S. 839; 14. Arbeiterschutz S. 839; 15. Versicherungswesen (bes. Arbeiterversicherung) S. 839; 16. Gewerkvereine und Tarifwesen S. 840; 17. Allgemeine Sozialpolitik und Mittelstandsfrage S. 840; 18. Privatbeamten- und Gehilfenfrage S. 841; 19. Handel und Verkehr S. 841; 20. Privatwirtschaftslehre (Handelswissenschaft) S. 841; 21. Handels- und Kolonialpolitik S. 842; 22. Geld-, Bank- und Börsenwesen S. 842; 23. Genossenschaftswesen S. 842; 24. Finanz- und Steuerwesen S. 845; 25. Städtewesen und Kommunalpolitik S. 846; 26. Wohnungsfrage S. 849; 27. Unterrichts- und Bildungswesen S. 849; 28. Jugendfürsorge, Armenwesen und Wohlfahrtspflege S. 849; 29. Kriminologie; Strafrecht S. 853; 30. Soziale Hygiene S. 854; 31. Frauenfrage, Sexualethik S. 854; 32. Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht S. 855; 33. Gewerbe-, Vereins- und Privatrecht S. 856; 34. Politik S. 856.

1. Enzyklopädien, Sammelwerke, Lehrbücher.

2. Sozial- und Rechtsphilosophie.

Der Mythos vom Orient und Okzident. Eine Metaphysik der alten Welt. Aus den Werken von *J. J. Bachofen* mit einer Einleitung von Alfred Bäumler, herausgegeben von Manfred Schröter. München, C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, 1926. 628 Seiten.

Die Tatsache, daß heute, rund sechzig Jahre nach dem Erscheinen der Hauptwerke Bachofens, eine Auswahl aus seinen Schriften veranstaltet wird mit dem ausgesprochenen Zweck, den Gehalt seiner Lehre auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, hat die Bedeutung eines Symptoms. Mehrere Jahrzehnte lang war das Wissen um die Bedeutung des Schaffens dieses Mannes eine rein esoterische Angelegenheit. Heute, da diese reiche Welt aus dem Staub und Schutt, den Verständnislosigkeit und Voreingenommenheit mehrerer Jahrzehnte auf sie gehäuft hatte, wieder befreit wird, kommt die edle, verhaltene Leuchtkraft seiner Gedanken zum Vorschein. An dem Schicksal

Bachofens läßt sich der tiefe Wandel der geistigen Grundeinstellungen ablesen. Das positivistische Imperium ist — wenn auch nicht in allen äußeren Verfassungen des wissenschaftlichen Lebens — vorüber; die Notwendigkeit einer Umformung der bisherigen Erkenntnisideale wird mehr und mehr anerkannt, die Bestrebungen nach einer ehrlichen Revidierung der Grundlagen vor allem der Geisteswissenschaften verlieren das Odium des Ketzerischen. Wenn ehemals ein Blick auf Bachofens Hauptgedanken fiel, so waren meist speziellere (soziologische oder ethnologische) Interessen der Anlaß. So konnte sich etwa Tönnies (im Vorwort von »Gemeinschaft und Gesellschaft«) auf die Anregungen berufen, die er u. a. auch von Bachofen empfangen hatte. In der Tat läßt sich an seiner Herausarbeitung des Gedankens vom »Blutsverband« das Bachofensche Hauptmotiv der Geschlechtscharaktere, wenn auch mehr ins Psychologische gewendet, deutlich machen. Der Gesichtswinkel, unter den wir heute Bachofen zu stellen geneigt sind, ist ein anderer. Wir sehen den eigentlichen Mittelpunkt seiner Gedankenkreise in seiner Stellung zum Mythos, in seiner Fähigkeit symbolischen Schauens, in seiner metaphysischen Grundabsicht.

Das heutige wissenschaftliche Leben steht in einer bedeutungsvollen Phase, deren wesentliches Thema die Relativierung einer bislang als absolut angesehenen Norm bildet: die Einsicht gewinnt Boden, daß die Forderung kritischer Exaktheit und Wachsamkeit, unentbehrlich nach wie vor, doch nie die Bedeutung eines schöpferischen Moments des Erkennens besitzen könne. Als legitimes Ziel des Forschens gilt neben der Akribie wissenschaftlicher Einzelarbeit, neben der am Quantifizierbaren und empirisch Beweisbaren Halt findenden Theoriebildung auch die Suche nach der inneren, die irrationalen Tiefen einschließenden Wahrheit. Die grundsätzliche Scheu vor der Metaphysik beginnt sich zu lösen. Weil die einst von Bachofen beklagte Einseitigkeit, die »als das Absolute gepriesen wird, die ausschließliche Betonung der menschlichen Wahrheit, da doch ohne die göttliche auch jene nie ihre rechte Befruchtung und Weihe erhält« — weil sie heute nicht mehr unangefochten regiert, deshalb findet unsere Generation leichter den Zugang zu der Welt Bachofens.

Die metaphysische Grundlage ist bezeichnet durch den Gedanken der Polarität. Die Erinnerung an Schelling, der von der Polarität als »allgemeinem Weltgesetz« gesprochen hatte, wird wach. Näher noch als zu Schelling ist die Verwandtschaft zu dem Naturforscher Goethe. Allein zwischen Bachofen (der, wie Baumeier in seiner Einleitung nachweist, nur aus der Romantik zu verstehen ist) und der Lebenseinstellung der Klassik und des Idealismus liegt ein bedeutender Abstand. Es handelt sich bei Bachofen nicht um eine rational konstruierte Dualität, entsprechend der Beziehung von Subjekt und Objekt, These und Antithesis, nicht um ein logisches a priori; den Untergrund bildet nicht ein Pathos rationaler Systematik, sondern das des schicksalhaften Lebens. »Nicht die Herstellung eines hohlen Gedankengebäudes, sondern die Erkenntnis des Lebens, seiner Bewegung, seiner vielfältigen Manifestation kann das Ziel« sein. Bachofens Urphänomen ist nicht eine abstrakte Polarität, sondern die Polarität der Geschlechter. Er vollzieht den Durchbruch aus der Dimension des Logischen, Ideellen und gewinnt ein neues, affirmatives Verhältnis zur Natur. Sein Blick ist den »Gesetzen der Erde«, nicht den »Fädchen des Geistes« zugewandt. Jedoch ist seine Stellung weit entfernt von

Naturalismus im positivistischen Sinn. Die mann-weibliche Polarität ist nicht in ihrer äußeren physiologischen Tatsächlichkeit, sondern als Mysterium ergriffen; sie wird als Grundsymbol der dämonischen Urkräfte des Daseins erschaut. Vätertum des Geistes und stofflich gebundenes Muttertum sind die beiden irdischen Ewigkeiten, deren unerschöpfliche Abwandlung im Reich des mythischen und des geschichtlichen Geschehens er zu verfolgen nicht müde wird.

Der Titel des einen seiner Hauptwerke »Mutterrecht« ist viel mehr ein Nachklang seines persönlichen Entwicklungswegs — er verdankt seine geistige Erziehung der historischen Rechtsschule —, als ein Hinweis auf das innerlich Entscheidende seiner Konzeption. Bachofens Gegenstand bilden nicht die von den allgemeinsten Grundlagen abgelösten Rechtsverhältnisse und Einrichtungen. Die »Entdeckung« des Mutterrechts ist in Wahrheit ein Ausdruck für das Gewahrwerden eines religiösen Zusammenhangs, dessen Vergegenwärtigung allein das Verständnis der äußeren Erscheinungen des geschichtlichen Lebens ermöglicht. »Die kultlichen Vorstellungen sind das Ursprüngliche, die bürgerlichen Lebensformen Folge und Ausdruck . . . von den beiden Bedeutungen der mütterlichen *metis* ist die kultlich-mysteriöse die ursprüngliche, vorherrschende; die zivile, rechtliche die Konsequenz.«

Indem nun Bachofen seinen Hauptgedanken der Geschlechterpolarität durch die verschiedensten Mythenkreise der alten Welt hindurchverfolgt, hebt sich ihm ein neues Bild der Antike heraus, das bedeutungsvoll ist vor allem darum, weil es eine Ablehnung der klassizistischen Auffassung vom Altertum darstellt, die noch gewichtiger und umfassender erscheint als die Nietzsches.

Die Kardinalfrage, die sich angesichts der Bachofenschen »Metaphysik der alten Welt« erhebt, ist die nach ihrem Wahrheitsgehalt. Handelt es sich um Erkenntnis von »Wirklichkeit« oder um ein der freischaltenden Phantasie entstammendes Bild; handelt es sich um Wissenschaft oder um Dichtung — so lautet die Frage, die zu beantworten ist nur durch die Stellung, die dem *Mythos* gegenüber eingenommen wird. Auf diesen Punkt die Sprache bringen heißt zugleich die Grenzlinie aufzeigen, die zwischen der Instanz des wissenschaftlichen und der des religiösen Bewußtseins gezogen ist. Auf rationalem Weg, durch Gründe und Gegengründe läßt sich dem Mythischen gegenüber keine eindeutige Position gewinnen; hier stehen andere Evidenzen in Frage. Bachofens Stellung nun ist von jener unbeirraren Sicherheit, die das wahrhaftige Erlebnis verleiht: für ihn gehört die mythische Ueberlieferung nicht der Sphäre von Bildung, Poesie, freier Reflexion an; es ist *W a h r h e i t* im Mythos. Mythen werden nicht wie spielend erdichtet, ihr Gehalt offenbart wirkliche Erlebnisse der Menschheit. »Jede Zeit folgt unbewußt, selbst in ihren Dichtungen, den Gesetzen des eigenen Lebens.« So muß denn der Mythos nicht etwa als fragwürdiger Notbehelf, sondern als wirkliche Quelle geschichtlichen Erkennens betrachtet werden. Mythische und geschichtliche Welt sind nicht getrennt. Die »unbewußte Gesetzmäßigkeit« des Menschheitslebens, die sich in den mythischen Ueberlieferungen der geschichtlichen Vorwelt spiegelt, bricht nicht ab mit dem Beginn der geschichtlichen Zeitrechnung im engeren Sinn. Der Mythos redet wohl zunächst von den Ursprüngen, von der Grundnatur des Menschenwesens; aber vom *U r s p r u n g* her empfängt ja auch der spätere Fortgang die Richtung, auch in der eigentlichen Historie löst sich die Grundbeschaffenheit

nicht ins Wesenlose auf. Von diesen Voraussetzungen aus bestimmt sich das Ziel Bachofens: zu zeigen, wie überall »die Natur die Entwicklung der Menschheit geleitet, gewissermaßen auf ihren Schoß genommen, überall durch die Stufen, welche ihre Erscheinungen darbieten, den geschichtlichen Fortschritt jener bestimmt« hat.

Mit diesen Bemerkungen ist auf die Nahtstelle metaphysischer und historischer Betrachtung und zugleich auf den Punkt hingedeutet, an dem sich die Problematik der Lehre Bachofens offenbart. Bachofen gibt in umfassendem Entwurf eine Geschichtsphilosophie, in der die Hegelsche Geschichtskonzeption gewissermaßen auf einer dem Konkreten näheren Stufe erneuert wird. Die geistige Grundhaltung ist freilich eine völlig andere: an die Stelle der bei Hegel dominierenden Tendenz des logisch-systematischen »Von oben her« tritt bei Bachofen die schrankenlose Bereitschaft zur Hingabe an das ursprüngliche Leben. Aber hier wie dort ist es der **K a m p f d e r G e g e n s ä t z e**, aus dem sich das Entwicklungsgesetz der Geschichte herstellt. Bei Hegel liegt der Brennpunkt des Kampfes in der Ebene des Geistigen, der Ideen; Bachofen sucht in der Lebenspolarität der Geschlechter, in dem ewigen Schicksal der Generation das innere Wesen des geschichtlichen Zusammenhangs. »Der Kampf des Stoffes und des väterlichen Geistes durchzieht, wie das Leben des einzelnen Menschen, so das unseres ganzen Geschlechts. Er bestimmt seine Schicksale, alle Hebungen und Senkungen seines Daseins. Sieg und Fall wechseln miteinander ab und fordern zu stets erneuter Wachsamkeit, stets neuem Ringen auf.«

Jede auf den Kampf zweier Prinzipien basierte Dynamik des Geschichtlichen aber — mag sie sich in der »Unterwelt« des Kreatürlichen, mag sie sich in der Oberwelt der Ideen abspielen — setzt notwendig eine grundlegende **W e r t u n g** voraus. Auch bei Bachofen findet diese Wertung statt und gerade an ihr enthüllt sich der Konflikt zwischen Metaphysik und Geschichte. Bachofens Anschauung von dem Untergang der alten und der Heraufkunft der neuen, christlichen Welt wurzelt in der Ueberzeugung von dem **W e r t** vorrang des geistigen Prinzips der Paternität. Für die Menschen ist das »höchste Ziel ihrer Bestimmung die Erhebung des irdischen Daseins zu der Reinheit des göttlichen Vaterprinzips« und die Ueberwindung des »Schwergewichts der stofflichen Natur«. Innerhalb des **H e g e l s c h e n** Geschichtsdenkens bedeutet der Primat des Geistigen vor der Stufe des Natürlichen vollendete Konsequenz — die gleiche Linie bei **B a c h o f e n** führt zum inneren Bruch. Denn mit der Höherwertung des männlich-apolinischen Lichtprinzips des Geistes kreuzt sich das genuine Pathos Bachofens, das der mythischen Urzeit zugewandt ist, das in der Verehrung der **M u t t e r** seinen Nährboden hat. Die innere Spaltung, die Zweiseelennatur Bachofens kehrt wieder in der objektiven Gestalt der Lehre. Religiös betrachtet, als überzeitlich-metaphysische Prinzipien gefaßt sind beide Pole (analog dem Worte Ranks) **g l e i c h n a h** zu Gott. In ihrer Entfaltung auf dem Boden der Geschichte dagegen, in der Auffassung des Zerfalls der alten Welt als eines einmaligen Wendepunktes, erscheint das geistige Vaterprinzip **n ä h e r** zu Gott, gilt es als reinere und höhere Stufe. Es handelt sich nach Bachofen bei dem Kampf des Christentums gegen die alte Welt nicht um eine läuternde Durchdringung, sondern um eine **Z e r t r ü m m e r u n g** des stofflichen Mutterprinzips. Um des Aufbaus der geschichtlich-realen Ent-

wicklung willen muß Bachofen selbst die lebendigste Quelle seines Schaffens, das Naturprinzip des Muttertums, trüb nennen.

Sucht man nach einer Bezeichnung durch geistesgeschichtliche Kategorien, so hätte man von einem Zwiespalt zwischen »idealistischer« und »romantischer« Denkeinstellung bei Bachofen zu sprechen, insofern er — trotz der abweichenden Grundintention — die typisch idealistische Mißachtung der Natur zugunsten des geistig-paternalen Prinzips letztlich doch wieder aufnimmt.

Wenn wir heute zu Bachofens Werken greifen, so mag es darum sein, weil wir dort eine ungewöhnlich tiefe Fassung von geistigen Anliegen vorfinden, die für unser gegenwärtiges Leben zentrale Bedeutung haben, nicht aber weil wir erwarten dürften, durch Bachofen der Notwendigkeit eigener, selbständiger Prägung enthoben zu sein. Nichts wäre für die Gegenwart (und für Bachofen) verhängnisvoller als ein dogmatisierter Bachofen. Die beste Art ihn aufzufassen wird die sein, zu der er selbst auffordert, wenn er meint, daß sein »Mutterrecht« keinen andern Anspruch erhebe als »einen neuen, nicht leicht zu beendigenden Stoff des Nachdenkens vorzulegen.« —

Durch die von M. Schröter getroffene Auswahl ist erreicht worden, daß sich — jenseits der eben erwähnten prinzipiellen Erwägungen — der Reichtum und die ergreifende Schönheit dessen, was sich für Bachofens symbolischen Blick erschlossen hat, ungehemmt entfaltet. Nur eine langjährige, liebevolle Vertiefung konnte es ermöglichen, die Anordnung so zu gestalten, daß (nach den Worten des Herausgebers) der Text Bachofens »wie ein altes auserlesenes Instrument wieder erklingt«, während zugleich nichts der Sache nach wesentliches vermißt wird. Der Sammelband enthält die beiden Vorreden zum »Mutterrecht« und der »Sage von Tanaquil« wortgetreu, den Text des Mutterrechts einerseits mit geringen Kürzungen, anderseits ergänzt durch entsprechende Partien aus den andern Werken (»Versuch über die Gräbersymbolik der Alten«, »Das lykische Volk«, »Die Unsterblichkeitslehre der orphischen Theologie«). Ein ausgezeichnetes Inhaltsverzeichnis ermöglicht es, die Kürzungen und Einschreibungen mit einem Blick zu übersehen. Die Einleitung A. Baumlers ist für eine Einleitung auffallend umfangreich, dabei in sich so selbständig, daß der Wunsch nach einer Trennung der Einleitung und der Bachofenauswahl (im Interesse beider Texte) nicht zu unterdrücken ist. Baumbler versucht vor allem zum Verständnis des Kernpunktes: der Bachofenschen Auffassung vom Mythos hinzuleiten. Er wählt dazu den Weg geistesgeschichtlicher Untersuchung; in weitgespannter Betrachtung ordnet er die Erscheinung Bachofens in die große Auseinandersetzung zwischen idealistischer, d. h. ästhetisch-historischer, und romantischer, d. h. religiös bestimmter Geistesrichtung ein. Nicht völlig überzeugend erscheint sein Versuch, den inneren Zwiespalt bei Bachofen gedanklich aufzulösen.

(Friedrich Seifert.)

Junker, Paul W.: Die Weltanschauung des Marxismus und Platos Staatsidee. Greifswald, Verlag Ratsbuchhandlung L. Bamberg, 1925. 109 S.

Es kann dem Verfasser nicht abgestritten werden, daß er auf kurzem Raum seine Ansichten und Absichten in klarer Disposition und in scharfumreißender Darstellung geschildert hat, auch nicht, daß er eine erkleckliche Fülle von Literatur in seiner Schrift verar-

beitet hat, deren Probleme er an einer »sozialphilosophischen« Unterscheidung von »Individual- und Sozialprinzip« aufzureihen versucht. Trotzdem ist es schwer, zu dem Buche sine ira et studio Stellung zu nehmen, weil durch die logische Gedankenführung allzuviel vom Nur-Persönlichen des Verfassers hindurchschlägt. Schon die gesamte Plattform der Diskussion ist dadurch eigenartig beengt, daß der Verfasser eine ganz bestimmte Inhaltsethik zum Ausgangspunkt seiner »Wesensbestimmung des Sozialismus« nimmt, für die seine Abhandlung — dem Untertitel nach — ein Beitrag sein will. Diese Inhaltsethik gipfelt in den Sätzen (S. 23) »Ethische Werte . . . entstehen erst in positiven Beziehungen zwischen Individuen und den Objekten ihres Handelns. Positive d. h. also wertschaffende Beziehungen sind solche, die einer unselbstischen Hingabe entspringen . . . Die höchste (!) positive Hingabe des Individuums findet sich in der Bejahung des Staates (!) und seiner Aufgabe.«

Es ist nicht Aufgabe des Staatswissenschaftlers, auch nicht des Staatsphilosophen, diese apodiktische Behauptung über die Struktur der ethischen Wertpyramide zu diskutieren, aber es ist jedenfalls möglich, sich auf diesen Standpunkt des Verfassers zu stellen. Nur ist zu befürchten — und die vorliegende Abhandlung ist dafür eine Bestätigung —, daß solche Vorbelastung der Untersuchung dem Erreichen des Untersuchungszieles abträglich sein wird, denn man ist nur zu geneigt, alle Anschauungen, die sich nicht in das gewählte Schema pressen lassen, weniger zu diskutieren als ethisch zu disqualifizieren.

Naturgemäß gelingt die Einpressung in das gewählte Schema nur bei Plato, und auch hier nur unter einigen Gewaltsamkeiten, die übrigens dem Autor z. T. sehr wohl zum Bewußtsein kommen (z. B. S. 99/100: »Zwar ist es richtig (!), daß durch die Scheidung der materialistischen von den idealistischen Menschen und ihre Zusammenfassung in Stände (bei Plato) auch der Staat geistig in zwei Hälften sich scheidet. Aber über diese geistige Trennung hinweg, . . . , schließt der Gemeinschaftswille . . . die Stände zu einer Einheit auf Leben und Tod zusammen.« Wozu zu bemerken wäre, daß Plato diesen Willen vom dritten Stande so wenig erwartet, daß Junker Platos Ansichten von diesem Stande kurz mit »materialistische Menschen« übersetzt.)

Erregt die Behandlung der platonischen Staatsidee im Sinne des eben gegebenen Beispiels Widerspruch, so berührt die Behandlung der Marxschen Weltanschauung auch den Marx-Gegner peinlich. Marx als Persönlichkeit »sittliche Tiefe« und das »Gewissen bei der Wahl seiner Weltanschauung« absprechen (S. 61) ist zwar Beschimpfung, aber kein Argument. Und eine Interpretation der sog. materialistischen Geschichtsauffassung, die in dem Satze gipfelt, »alle Reichen müßten — nach Marx — Engel an Tugend sein« (S. 102) ist doch ernstlich nicht diskutabel.

Selbstverständlich soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, es bestünde das ganze Buch Junkers aus solchen Argumentationen, aber daß sie vorkommen konnten (und übrigens den Leser kaum überraschend anfallen) vermag u. E. zu zeigen, in wie hohem Maße die Gedankenführung Junkers irritiert ist durch das Befremdungsgefühl, das er gegenüber der Marxschen Geisteshaltung empfindet. Allerdings, dieses Gefühl der Befremdung vor dem literarischen Werke Marxens vermag man einem Autor nachzufühlen, dessen Forderungen an die

Gegenwart darin ausklingen (S. 108/09): »Nicht Intellekt, sondern Seele, nicht Weltbürgertum, sondern Vaterland, nicht Zivilisation, sondern Kultur, nicht Humanität oder Macht, sondern Liebe — oder wie es an anderer Stelle heißt: wahrer Brudersinn — sind die Kennzeichen eines deutschen Sozialismus.« Aber auch dieses Programm berechtigt noch nicht, statt seinen Gegner selbst, seine Weltanschauung in der Gestalt ihm untergelegter Konstruktionen zu bekämpfen.

Und damit rühren wir an den tiefsten Mangel dieses Buches: Junker hat das Vorproblem seiner Arbeit gar nicht erkannt. Denn was heißt: »Weltanschauung des Marxismus«? Meint Junker die Weltanschauung des Mannes Marx, meint er diejenige seiner Jünger, meint er die in Marx' literarischem Werke niedergelegte Begründung seiner sozialistischen Postulate oder die Begründungen, die seine Jünger dafür geben, und wo endet der Kreis der Marx-Gefolgschaft unter dem Aspekt des angeschnittenen Problems? Das sind Fragen, die Junker nirgends stellt und die man nur schlecht dadurch als beantwortet erachten kann, daß praktisch in Junkers Schrift als Marxismus nur eine eigens gezimmerte Konstruktion der ökonomischen Geschichtsauffassung figuriert, durch die bewiesen werden soll, eine ökonomische Geschichtsauffassung sei nur auf Grund eines metaphysischen Materialismus möglich und bedeute die Identifizierung von Tugend und Reichtum. Glaubt man schon, ohne Ausdeutung der von Marx doch nur allzu flüchtig skizzierten Geschichtsauffassung in der Untersuchung seiner Ethik nicht auskommen zu können, so sollte man sie vielleicht lieber mit Hilfe der Marx-Biographie als mit logistischen Begriffskrücken interpretieren. Vielleicht, daß auch dort das ethische Urteil über Marx nicht zu seinen Gunsten ausfiele, aber es wäre dann wenigstens nicht aus Philologie, sondern aus Marx' gelebter Weltanschauung begründet, deren Erfassung allerdings tiefer Blicke und zarter Hände bedürfte.

(Wilhelm Kromphardt.)

Emge, C. A.: Vorschule der Rechtsphilosophie.
Jena, G. Fischer, 1925.

Es ist ein sehr erfreuliches Zeichen für den Fortschritt in der sozialphilosophischen Forschung im allgemeinen, sowie in der rechtsphilosophischen Forschung im besonderen, daß in immer höherem Maße das Augenmerk auf die logischen Grundlagen gerichtet wird. Denn jede Philosophie, die nicht auf dem festen Fundament der Logik beruht, ist, sofern man ihr überhaupt noch jenen Ehrennamen zubilligen will, jedenfalls ungeeignet, das Gebäude irgendeiner Spezialwissenschaft theoretisch zu tragen.

Emge hat dieser Einsicht in allen seinen rechtsphilosophischen Schriften Rechnung getragen und sie bildet auch einen Leitgedanken der vorliegenden Arbeit, die eine Zusammenfassung von Vorlesungen enthält, die der Verfasser im Wintersemester 1923/24 am Herder-Institut in Riga gehalten hat.

Das Buch entwickelt zunächst in knapper Weise wichtige Unterscheidungen der allgemeinen Erkenntnislehre, die dann bei Behandlung der Grundprobleme der Rechtswissenschaft Anwendung finden. Ungefähr drei Fünftel des 8 Bogen starken Buches werden von 5 Anhängen ausgefüllt, worin u. a. das Geltungsproblem, das Naturrecht, die dogmatische Rechtswissenschaft behandelt werden.

Auf die interessanten und originellen Gedanken des Verfassers

kritisch einzugehen, ist hier nicht der Raum, es sei nur darauf hingewiesen, daß das Buch als echte »Vorschule« für den Studierenden eine gute Einführung in die Probleme bedeutet, doch wird es sich bei einer Neuauflage empfehlen, die Darstellung noch etwas übersichtlicher zu gestalten.
(Felix Kaufmann.)

Kraus, Oskar: Der Machtgedanke und die Friedensidee in der Philosophie der Engländer. Zeitfragen aus dem Gebiete der Soziologie, III. Reihe, 1. Heft. Leipzig, C. L. Hirschfeld, 1926.

Die Schrift des bekannten Königsberger Vorkämpfers für Völkerrecht und Völkerfrieden vereinigt zwei Abhandlungen, deren Verbindung sich aus der Gegensätzlichkeit ergibt, mit der die beiden dargestellten Typen: Bacon und Bentham den politischen Geist der englischen Philosophie repräsentieren. In sehr einleuchtender Weise bemüht sich der Verfasser, die unter dem Einfluß der Kriegspychose entstandene und noch heute landläufige Meinung zu entkräften, nach der Benthams Philosophie ein aller ethischen Verantwortung barer, platt materialistischer Hedonismus gewesen sei, und im Gegensatz dazu aus dem Geist und Impuls der Werke Francis Baco ns den imperialistisch-industrialistisch-kapitalistischen Gehalt der Lehre dieses Philosophen herauszuschälen. In sehr interessanten Ausführungen legt Kraus dar, wie der auf Stillung der ungeduldigen und unersättlichen Herrschaftsbegier des menschlichen Geistes gerichtete Trieb zur Unterwerfung der Natur bei Bacon unabweislich zum Trieb nach Unterwerfung der Völker werden mußte, und entwickelt an Hand des von Bacon im Jahre 1623 publizierten Buches »De dignitate et augmentis scientiarum« dessen ausgearbeitete, machiavellistische Theorie des Imperialismus. Dieser sollte den globus politicus in gleicher Weise wie den globus naturalis, den die Technik beherrscht, dem allgemeinen globus intellectualis unterwerfen.

In völligem Gegensatz hierzu sei es Benthams unablässiges Streben gewesen, die geistige Beherrschung der Welt zum Nutzen aller Menschen auszugestalten, sein Utilitarismus bedeute das Ziel eines allgemeinen Maximums sozialer Wohlfahrt und hintergründe demnach alle modernen Ideen der Völkerverständigung und Völkerverständigung. Im Gegensatz zur Baco nschen Machtpolitik, die für geschlossene Meere und stehende Heere eintrat, stehe Benthams Forderung nach Emanzipation der Kolonien und Freiheit der Meere, sowie nach allgemeiner Abrüstung.

Neben dem großen Verdienst, das schwankende Bild der Denkimpulse der beiden einflußreichsten englischen Philosophen gefestigt und geklärt zu haben, lehrt diese Schrift auch die beiden entscheidenden politischen Ideen der Gegenwart: den Machtgedanken und die Friedensidee, in ihrer Ewigkeitsbedeutung kennen und läßt die Gewalt solcher Ideen ahnen, die in jedem Jahrhundert aufs Neue in Gestalten erscheinen, deren persönliche Wirkung und geistige Strahlung die Bewegung der gestaltlosen Massen auf Generationen bestimmt.

(Erik Wolf.)

Salomon, Max: Grundlegung zur Rechtsphilosophie. Zweite überarbeitete Auflage. Berlin, Dr. W. Rothschild, 1925.

Salomons bekanntes rechtsphilosophisches Werk konnte bereits 6 Jahre nach dem ersten Erscheinen neu aufgelegt werden, ein Zeichen, daß die gewissenhafte, in die Tiefe gehende Problemstellung des Verfassers die gebührende Beachtung gefunden hat. — Das Vorwort zur zweiten Auflage beginnt mit folgender Erklärung: »Mit dieser zweiten Auflage gebe ich nicht diejenige »Grundlegung zur Rechtsphilosophie«, die ich heute schreiben würde und gern auch schreiben möchte. Anordnung des Stoffs sowohl wie Art des Vortrags würde ich von Grund aus anders gestalten. Zu einer derart umfassenden Umarbeitung fehlte mir indessen die Muße. Wollte ich mich nicht selbst zum Verstummen verurteilen, so mußte ich mich mit einer Uebersetzung begnügen. Ich konnte dies um deswillen tun, weil meine grundsätzliche Einstellung zu den in dem Buch behandelten Fragen heute die gleiche ist wie früher; eine Vertiefung der philosophischen Grundlage, vor allem die Verarbeitung starker Denkmotive der nachkantischen Philosophie, möchte ich allerdings — heute mehr als früher — für erforderlich halten, wie die Fortschritte innerhalb der Rechtsphilosophie in ihrer heutigen Lage mir überhaupt weniger an die Ausarbeitung von Einzellehren, als an die Vertiefung und Sicherung des philosophischen Fundaments gebunden scheinen.«

Die Ergänzungen und Aenderungen sind, wie Salomon weiterhin angibt, hauptsächlich durch die Rezensionen der ersten Auflage veranlaßt. Er hebt hier vor allem die vorwiegend polemisch gehaltenen Besprechungen von Emge, Sauer, Sander und Binder hervor.

Der Rezensent kann in dieser kurzen Anzeige auch nicht andeutungsweise Stellung zu diesem ersten und erstzunehmenden Werke nehmen. Er möchte nur bemerken, daß ihm dessen Hauptwert in dem sehr glücklichen gedanklichen Aufbau der Probleme zu liegen scheint, wodurch es sich auch vom pädagogischen Gesichtspunkt vorteilhaft von manchen anderen neueren Erscheinungen auf dem Gebiete der Rechtsphilosophie abhebt. (Felix Kaufmann.)

3. Soziologie, Sozialpsychologie, Rassenfrage.

Wieser, Friedrich: Das Gesetz der Macht. Wien, Julius Springer, 1926. XVI und 562 Seiten. Preis geb. M. 30.—.

»Ich habe nichts beweisen, noch logisch verflechten wollen, sondern ich habe nur beschreibend wiedergeben wollen, was ich nach angestrengtem Schauen in einem geschlossenen Zusammenhange vor mir sah, dessen Verhältnisse freilich so ausgedehnt sind, daß nur das angestrengteste Schauen seine Einheit erkennt.« Mit diesen Worten beschreibt der leider uns entrissene Friedrich von Wieser die Absicht, mit der er an das umfangreiche Werk herantrat, dessen Anzeige uns obliegt.

Es ist der Absicht nach eine Grundlegung der Gesellschaftslehre. Die These, das Ergebnis der weitschichtigen Untersuchung lautet: »Die Menschen stehen unter dem Gesetze der Macht. Das ganze gesellschaftliche Wesen wird durch die Macht regiert, sie ist der höchste Wert, nach welchem die Völker streben und nach welchem sie gezählt, gewogen und gerichtet werden. Doch ist es nicht, wie man in aller Regel annimmt, die äußere Macht, die alles entscheidet, sondern im letzten Grunde ist die innere Macht der Kern der Macht-

erscheinung, der, wie er geschichtlich nach und nach ausreift, das Gehäuse der äußeren Macht sprengt.« Wir sind durchaus geneigt, diese These anzunehmen, müssen aber bestreiten, daß sie so neu ist, wie der ehrwürdige Verfasser annimmt. Sie enthält die Auffassung fast aller Soziologen von Rang, und nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Vergangenheit. Ich habe das derart auszudrücken versucht, daß ich sagte, alle Gewalt müsse sich in Macht verwandeln, nämlich in den Einfluß auf die Seelen der der Gewalt Unterworfenen.

Also der Absicht nach: eine Soziologie. Aber es muß mit allem Respekt gesagt werden: Friedrich Wieser hat das Wichtigste versäumt, was der Soziologe zu leisten hat: seine »persönliche Gleichung« zu erkennen und nach Möglichkeit auszuschalten. Der Ausdruck und die Forderung an den Soziologen stammen von Herbert Spencer, dem es freilich auch nicht geglückt ist, seiner eigenen Forderung zu genügen. Er ist im Gegenteil geradezu ein klassisches Beispiel dafür, wohin der Soziologe gerät, wenn es ihm nicht gelingt, sich von dem »sozialpsychologischen Determinismus«, d. h. von den Vorurteilen freizumachen, die in Gestalt der Wertungen seiner gesellschaftlichen Gruppe in ihm lebendig sind und sein Urteil färben. Er ist ein typischer Engländer der non-conformistischen Lebensanschauung der Mittelklasse, ein radikaler Aufklärer und Bourgeois.

Aber seine Forderung besteht zu Recht. Das Hauptgesetz aller Sozialpsychologie lautet, daß der normale Mensch alles das für verstandesgemäß richtig und vernunftgemäß sittlich hält, was der Strömung seiner Gruppe vom Orte des höheren zum Orte des geringeren sozialen Drucks auf der Linie des geringsten Widerstandes förderlich, — und alles für verstandesgemäß töricht und vernunftgemäß unsittlich oder frevelhaft hält, was dieser Strömung hinderlich ist. Wer derart gebunden ist, kann unmöglich die rechte Einsicht in die sozialen Zusammenhänge gewinnen und den Weg zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme entdecken. Wer Soziologie treiben will, muß im höchsten Maße gegen sich selbst mißtrauisch sein. Er muß gerade das unter die allerschärfste Lupe nehmen, was ihm bisher als axiomatisch gewiß galt; er muß dort am härtesten gegen sich selbst arbeiten, muß a priori am stärksten dort zweifeln, wo seine Sympathien am fröhlichsten bejahen, oder seine Antipathien am heftigsten verneinen.

Daß Friedrich Wieser diese Fähigkeit besitze, konnte von vornherein bezweifelt werden. Denn schon sein ökonomisches Hauptwerk, die »Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft«, zeigte ihn als einen von seiner persönlichen Gleichung im höchsten Maße gefesselten Kopf. Wenn schon die ganze Grenznutzenschule, zu deren ruhreichen Führern er gehört, soziologisch nur verstanden werden kann als eine Ausflucht des bürgerlichen Geistes, als eine Flucht vor den unausweichbaren Konsequenzen, die aus der objektiven Wertlehre zungunsten der Bürgerklasse gezogen werden müssen, so hat jenes erste volle System der Oekonomik, das die Schule hervorgebracht hat, diese ihre Schwäche auf das schonungsloseste enthüllt. Hier wurde überall der bürgerliche Standpunkt so naiv vertreten, als unterliege er überhaupt keiner Möglichkeit der Anzweiflung.

Die gleiche vollkommene Fesselung an die Wertungen seiner besonderen Gruppe findet sich auch hier. Nur daß hier nicht nur der großbürgerliche Mensch spricht, sondern, wo es sich um allgemein soziologische Dinge handelt, auch der spezifische Deutsch-

Oesterreicher. Freilich: ein Mann von hoher Kultur, von im höchsten Maße urbaner Gesinnung, von staatsmännischer Mäßigung, nicht ein halbtoller Fanatiker wie etwa Haiser, der Verfasser des lächerlichen Buches über die Sklaverei, nicht ein Kraftthuber wie Gustav Ratzenhofer, nicht ein Extremist wie Othmar Spann. Aber ihm steht doch felsenfest, daß es »Edelvölker« gibt, die zum Herrschen geboren sind, und daß das Volk, dem er selbst angehört, zu diesen Edelvölkern gehört. Ueberall beantwortet er die Frage nach geschichtlichen Erfolgen oder Mißerfolgen mit der Phrase von der angeborenen »Begabung«, ohne zu merken, daß er sich hier im Kreise dreht, weil er ja die Begabung erst aus der Tatsache des Erfolges oder Mißerfolges erschlossen hatte. Logisch ausgedrückt: die klare Setzung einer *qualitas occulta*! Dabei weiß er natürlich, daß außerökonomische Gewalt den historischen Staat gebildet hat, und fragt gelegentlich sogar, ob sie nicht in Gestalt von Institutionen nachwirkt, die noch heute die Möglichkeiten des Aufstiegs und der Bildung differenzieren. Oder er fragt z. B.: »Hängt der Vorsprung, den die Europäer vor den Asiaten gewonnen haben, nicht vielleicht gerade damit auf das Engste zusammen, daß diese bei noch unvollkommener Erfahrung und geringen Mitteln die schwerste Vorarbeit zu leisten hatten und dadurch ihre Kraft vorzeitig erschöpften? . . . Die römische Kirche allein ist für die barbarischen Sieger ein Geschenk des Schicksals, das sie aus ihrer eigenen Kraft so bald nicht hätten erwarten dürfen«. (S. 320.) Aber diese Erkenntnisse bleiben für den Hauptgang der Untersuchung ohne Folge. Sie dienen nur dazu, das Unbehagen zu verstärken, das man bei der Lektüre empfindet.

Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß der Leser nicht manches finden wird, das ihn anregt und erfreut. Aber es muß leider gesagt werden, daß das Buch als Ganzes die Erwartungen nicht erfüllt, die der Autor selbst daran geknüpft hat. Es ist von ermüdender Breite und scheint uns durchaus nicht dazu geeignet, uns dem großen Ziele näher zu bringen, dessen Erreichung der Soziologie als ihre letzte Aufgabe gestellt ist: *savoir pour prévoir, prévoir pour prévenir*, d. h. den gewaltigsten und gefährlichsten aller Elementarprozesse, den sozialen, zu verstehen, um ihn in den Dienst der menschheitlichen Entwicklung zu zwingen.

(Franz Oppenheimer.)

Kriek, Dr. h. c. Ernst: Menschenformung. Grundzüge der vergleichenden Erziehungswissenschaft. Leipzig. o. J., Verlag Quelle & Meyer. 371 Seiten.

Ziel einer vergleichenden Erziehungswissenschaft ist die Heraushebung allgemeingültiger Grundformen und Gesetze der Typenzucht, um von da aus das Werden der geschichtlichen Menschentypen darzustellen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Lebensordnungen und der objektiven Werte. Der geschichtliche Typus ist eine einmalige, nie wiederkehrende Gestalt, er steht aber als leibgewordene Wirklichkeit zwischen dem in der allgemeinmenschlichen Anlage gegebenen Urtype und dem Idealtyp. Jedes große Lebensideal kann zu einem typenbildenden Prinzip werden, indem es in den Menschen eine Einstellung auf das gleiche Vorbild erzeugt und sie derselben Lebensform unterwirft. Der Typ bedeutet Gleichförmigkeit der inneren Bildung in einem Menschenkreis; Gleichartigkeit der Haltung, der Gesinnung,

der Bewußtseinskreise und der Funktionen. Nur schöpferische Menschen, Erzieher oberster Instanz, schaffen neue Formen, einmal geschaffene Form aber bildet das Menschentum nach sich selbst, nach dem ihr innewohnenden Urbild, solange sie wirksam ist, unmittelbar von Mensch zu Mensch.

Die jeweilige Form des Zucht-systems ist bestimmt durch die Idealwerte, die sozialen Grundformen und die Grundfunktionen. Die Sozialorganismen aller Zeiten und Völker sind untereinander wesensgleich und derselben Gesetzmäßigkeit unterworfen: überall besitzt das Menschentum dieselben sozialen Elementarformen und immer wieder entstehen die gleichen Grundfunktionen, dieselben Bedürfnisse und dieselbe Art ihrer Befriedigung. K r i e c k weist hier nach, wie die soziologischen Gegebenheiten, die Gebietskörperschaften, Geschlechtsverbände, Männerbünde, Altersklassen, der Sozialorganismus des Volks, der Staat als soziale Formen für die Gestaltung des Zucht-systems bedingend sind. Den Sozialgebilden gegenüber verhalten sich die Grundfunktionen Sprache, Wirtschaft, Technik, Sitte, Recht, Herrschaft, Erziehung, Religion, Kunst, von denen K r i e c k die Bedeutung von Recht und Sitte, Religion und Technik für die Erziehung und Typenbildung näher beleuchtet, wie der Inhalt zur Form. Damit ein Zuchtssystem vollkommen werde, muß jedoch zu den Formen und Inhalten ein Drittes hinzutreten: ein Prinzip der Ausrichtung und Wertung, eine feste Achse und Zielgebung, die für alle Formen und Funktionen bestimmend wird. Wenn diese Höchstwerte — K r i e c k schildert kriegerische und politische, priesterliche und lehrhafte, wirtschaftliche und technische Typengruppen — sich ändern, so ändert sich die innere Struktur der Gesellschaft und die Richtung ihres Wirkens, Funktionen und soziale Elemente können wesentlich erhalten bleiben. Wesentliches Mittel der Typenzucht ist die Unterwerfung der Lebensführung unter Regel, Rhythmus und Methode, die vom Höchstwert bestimmt werden.

Im zweiten Teil des Buches gibt K r i e c k eine Darstellung einiger geschichtlicher Typen und ihrer Zuchtformen im Hinblick auf die im ersten Teil gewonnenen allgemein-soziologischen Bedingungen des Zucht-systems. So schildert er die Formung des Epheben in den griechischen Männerbünden, des altrömischen Bürgers für den Staat, die typische Bedingtheit des Brahmanen durch die Kaste, die chinesische Bildungskonstitution und den ihr entwachsenen Typus des Mandarins, den Beduinen und die Sippe, den germanischen Ritter in seinen Beziehungen zur Gefolgschaft, den katholischen Mönch und das Kloster, den mittelalterlichen Handwerker und die Zunft.

K r i e c k gelangt schließlich dazu, 4 Grundgesetze der Typenzucht aufzustellen: I. Das Gesetz der Assimilation, der Ausrichtung und Gestaltung des zu formenden Objekts nach dem formenden Subjekt. II. Das Gesetz der Kräftekomposition als des Ergebnisses der zielgebenden Kräfte im Verhältnis zu den Widerständen, das seinen Ausdruck findet im Gemeinwillen. III. Das Gesetz der typischen Entsprechungen, die organische Wechselwirkung zwischen den objektiven Ordnungen eines Gemeinwesens und der inneren Form seiner Glieder. IV. Das Gesetz der Zucht, wonach der Wirkungsgrad eines Systems proportional ist der Geschlossenheit und der methodischen Durchbildung der objektiven Ordnungen.

Die Ausführungen K r i e c k s gehen über die vergleichende Dar-

stellung der Zuchtssysteme hinaus und geben, unterstützt durch die Breite des historischen Materials, eine Soziologie der Kulturtypen, zentriert um ihre wesentlichste Funktion, die Erziehung.

(A. Argelander.)

Bues, Hermann: Die Stellung des Jugendlichen zum Beruf und zur Arbeit. (Schriftenreihe »Arbeit und Beruf« Bd. 2). Bernau bei Berlin, Verl. Grüner, 1926. 308 Seiten.

Es ist nach dem Krieg wieder üblich geworden, gegen die Maschine und gegen die Industrie Donnerkeile der Verachtung zu schleudern. Aus Indien kommen Ratschläge, auf die Maschinenkultur überhaupt zu verzichten, dann erst werde der Menschheit ein neuer Tag beginnen. Die Jugendbewegung schien eine Zeitlang diesen Stimmen zu lauschen, schien sich innerlich von den Grundlagen unseres abendländischen Daseins abwenden zu wollen. Demgegenüber hat die Bewegung der Berufsberatung von Anfang an und namentlich nach dem Krieg auf eine phantastische Einstellung verzichtet. Man hat dort, mit beiden Beinen im Diesseits stehend, nüchtern und zielbewußt gearbeitet. Man weiß auch, wie viel noch zu leisten ist. Man hat sogar der Verlockung widerstanden, mit dem Begriff des Berufes an zünftlerische Romantik anzuknüpfen. Man hat die Dinge gesehen, wie sie sind, nicht besser und nicht schlechter, und vor allem hat man sich bemüht, durch das Dickicht von Phrasen hindurch die Wirklichkeit erst einmal zu Gesicht zu bekommen. Dieser Einstellung verdankt das Buch von Bues seine Entstehung und verdanken wir eine äußerst wertvolle Sammlung tatsächlicher Angaben.

B. hat an 3523 Jugendliche, aus 35 verschiedenen Berufen und aus 4 Gruppen ungelernter Arbeiter einen Fragebogen gerichtet, in welchem nach den Licht- und Schattenseiten des Berufs gefragt wurde, sowie darnach, ob der jetzt erlernte Beruf den Kindheitswünschen entspricht und welcher Beruf eigentlich gewünscht wird. Das gesamte Material ist tabellarisch verarbeitet und in Auszügen mitgeteilt; das wesentliche Ergebnis ist dies:

Die Lehrlinge und zwar am meisten die Handwerks-, aber auch die Industrie- und Angestelltenlehrlinge erzählen uns von einer Fülle von Lichtseiten. Das Wort von der Freude an der Arbeit gewinnt vielfältig Blut und Leben. Da wird uns berichtet, von der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit, von der Freude am Entstehen des Werkes und am fertigen Arbeitsstück, von künstlerisch empfundener Berufsarbeit, von besonderen Berufserlebnissen draußen im Freien und hoch auf dem Gerüst, von Sichausarbeiten; von der Sauberkeit in der Arbeit; von der Freude an geistiger Anregung, von der Vereinigung körperlicher und geistiger Tätigkeit; von der Abwechslung im Verkehr mit der Kundschaft; von dem Kennenlernen fremder Wohnungen und fremder Verhältnisse; von sozialen Motiven in der Berufsauffassung; von guter Behandlung und persönlicher Freiheit; von guter Werkstatteinrichtung; zweckmäßigem Werkzeug und noch vielem anderen. Und wir glauben es auch, wenn Bues in Übereinstimmung mit Ernst Lau ausführt, daß die Arbeitsfreude nicht aus der einzelnen Verrichtung erwächst, sondern aus der Gesamtarbeitseinstellung. Ob der Mensch in der Tätigkeit sein ganzes Ich befriedigt fühlt und genießt oder nicht. Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Ebenso mannigfaltig ist, was die Lehrlinge über Schattenseiten ihres Berufs berichten.

Bei den Ungelernten dagegen, finden sich kaum einige dürftige Angaben über Lichtseiten, und was besonders bemerkenswert ist, ebenso wenig über Schattenseiten des Berufs. Geld verdienen ist das einzige Motiv der Ungelernten und die Schattenseiten stehen damit im Zusammenhang.

Ganz anders also, als die Romantiker uns berichten können, stellt sich der jugendliche Arbeiter zur Maschine und zur Tatsache der Industrialisierung. Das berufliche Können gibt ihm den eigentlichen Lebensinhalt. Und gerade bei derjenigen Kategorie von Arbeitern, die am wenigsten zu Berufsmenschen gebildet sind, sehen wir Oede und Mangel an Lebensinhalten überhaupt. B. schließt mit einem Appell, das Schicksal der ungelernten Arbeit nach Möglichkeit abzuwenden. Seine Statistik ergibt, daß ungefähr 80 % der Ungelernten zu einer Berufslehre und Berufsglück hätten gelangen können, wenn die Gemeinschaft es ihnen ermöglicht hätte. Die Gemeinschaft hat aber ein Interesse daran: die Arbeitslosenstatistik zeigt, daß die Arbeitslosigkeit am meisten die Ungelernten trifft, entgegen einem noch immer weit verbreiteten Vorurteil, welches das Umgekehrte annimmt.

Und die Kriminalistik zeigt den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität der Jugendlichen in geradezu erschütternder Weise.

B. fordert daher nach französischem Vorbild die gesetzliche Einführung der Lehrpflicht und er glaubt, es auch verantworten zu können, den Berufswunsch der Ungelernten umzubiegen in der Richtung der gelernten Arbeit
(W. Eliasberg.)

Hentig, Hans von: Robespierre. Stuttgart, Julius Hoffmann. Ohne Jahr (1924). 175 S.

H. nennt sein Buch mit einem Untertitel: Studien zur Psychopathologie des Machttriebes. Und in dieser Bezeichnung deutet er schon leise an, daß er aus dem Geiste Sigmund Freuds schreibt. Seine Studie hat insofern eine symptomatische Bedeutung, als hier mit der bisherigen Methodik einer historischen Biographie gebrochen wird. Der Historiker, der bisher ein einzelnes Charakterbild zu geben versuchte, führte die Taten und Worte seines Helden auf gewisse Grundeigenschaften seines Wesens als die Motive zurück; vielleicht auf große Lebhaftigkeit, oder auf ruhige Bedächtigkeit, oder auf Geiz u. dgl. Diejenige Charakterdeutung, die aus Freuds Gedanklichkeit stammt, faßt solche Feststellungen als vorläufig, als nebensächlich, als oberflächlich auf; es gilt erst aus der sogenannten Tiefe heraus die wahre Bedeutung solcher Motive zu deuten. Robespierres Vorliebe für Tiere ist eines der billigsten Mittel der Selbstbetonung, anstrengungslose Miniaturtyranei; — sein erhöhtes Selbstgefühl ist Schein und soll nur seine Timidität verdecken, seine gepflegte Kleidung soll ihr eine Art Korsett sein. Er ist tapfer, um nicht feige zu sein. — Alle Lebensäußerungen eines Menschen sind nur Materialisationsphänomene der Sexualität. Und so soll denn auch in Robespierres sexueller Abnormität der Hauptschlüssel für seine Lebensführung liegen. »So war er zwischen dem Kind und dem Greis, zwischen Mann und Frau, zwischen dem Eunuchoiden und dem Homosexuellen, zwischen Wunsch und Erfüllung stocken geblieben.« — Wenn Robespierre auf einem Bilde lächelt, es ist das nicht ein wahres, auch nicht ein konventionelles Lächeln, sondern nur ein pathologischer Reizzustand der unteren Gesichts-

muskulatur. — Und so geht es weiter: hinter jeder Erscheinung wird der wahre Sinn, die »tiefe« Bedeutung gesucht.

Mit dieser Methode, daß alles Menschliche nur ein Gleichnis sei für tiefer Menschliches, kontrastiert in eigentümlicher Weise die Hereinziehung moderner Erbmythen. Vermutungen von schizophrener Belastung, epileptischer Wesensart spielen hier herein. Und endlich bedient sich Hentig eines Stiles, der durch einige Proben gekennzeichnet sei: »Wie einen rocher de bronze wollte er seine eunuchoide Komponente als Ideal stabilieren«. — »Mit den sichern Mitteln der Rechtsordnung hätte dieser ewig schwarz gekleidete Advokat, Meutermensch und Kirchenvorstand am Glück der anderen herumgekratzt.«

Wegen der Gesamteinstellung aber vielleicht auch gerade wegen dieses Stils wird das Buch Hentigs sicher von vielen als höchst anregend, ja amüsant geschätzt werden. Es ist mit 12 Porträts und 46 Seiten Anmerkungen versehen. (Gruhle.)

Lipmann, Otto: Unfallursachen und Unfallbekämpfung. (Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung, 20. Band, 3. Heft. Arbeitswissenschaftliche Monographien aus dem Institut für angewandte Psychologie in Berlin.) 126 Seiten. Berlin 1925.

Lipmann hat sich mit dieser Sammlung »psychologischer Diskussionen der Forschungsergebnisse« wiederum ein großes Verdienst erworben. Die wichtigste deutsche, englische, französische und vor allen Dingen amerikanische Literatur ist bearbeitet und im Literaturverzeichnis zusammengestellt. Bei der Erforschung der Unfallursachen, d. h. der Feststellung der Bedingungen, von welchen das Unfallrisiko abhängt, ist es notwendig, entweder alle anderen Bedingungen konstant oder vergleichbar zu haben oder doch anzugeben, welche Bedingungen nicht übersehen werden konnten. Dieser Gesichtspunkt ist namentlich gegenüber der so ausgedehnten Zeitungs- und populären Literatur über Unfälle von Wichtigkeit. Wichtig ist ferner der Begriff des Unfallrisikos. Während Unfallhäufigkeit nur die absolute Zahl der Unfälle in einer bestimmten Zeit bedeutet, ist mit Unfallrisiko das Verhältnis zur Leistungseinheit, z. B. zum Wagenkilometer oder zur Stückerinheit und dgl. gemeint. Da sich diese Einheiten untereinander oft nicht vergleichen lassen, ist auch das Unfallrisiko in verschiedenen Berufen, z. B. das der Verkehrsberufe mit dem des Bergwerksberufs, in keiner Weise zu vergleichen.

Psychologische Unfallursachen sind solche, die nicht in irgendeinem Teil des technischen Prozesses, sondern in den arbeitenden Menschen liegen. Eine Reihe von Statistiken, hauptsächlich amerikanischen Ursprungs zeigt, daß die psychologischen Ursachen zwischen 90% maximal und 80% minimal liegen. Nicht identisch damit ist die Vermeidbarkeit der Unfälle, doch gehört die größere Hälfte der Unfälle auch zu den vermeidbaren. Daraus ergibt sich die Bedeutung der psychologischen oder besser psychophysischen Unfallverhütung.

Die einzelnen psychophysischen Faktoren werden nun als Ursachen des Unfallrisikos besprochen. Wir zählen hier nun einige auf, um ein Bild von der Vielgestaltigkeit zu geben: Berufseignung, Berufkenntnisse und Berufsschulung, Ernährungszustand, Alkohol, Geschlecht, Alter, Lohnsystem, Arbeitstempo, Lohnperiode und Wochentag, Wohnverhältnisse, Entfernung von der Arbeitsstätte, Jahrzehnt,

Tageszeit, Dauer des Arbeitstages, Beleuchtung, Außen- und Innentemperatur. Diese Aufzählung zeigt, daß eine wissenschaftlichen Anforderungen genügende, rein statistische Ursachenforschung nicht existiert. Das ist auch Lipmann selbst nicht entgangen. Bei der Diskussion der einzelnen Faktoren zieht er immer wieder außerstatistische psychologische Erfahrungen heran. Damit soll das vorliegende Tatsachenmaterial keineswegs entwertet werden. Es sei nur angedeutet, daß seine Bedeutung im Bereich der Wirtschaftskämpfe liegt. Die Wissenschaft kann hier wirklich politische Leidenschaft vermindern, wenn sie auf die Schwierigkeiten der Tatsachenkenntnis hinweist.

Ein Schlußkapitel stellt die Maßnahmen psychologischer Unfallbekämpfung zusammen. Wir können von der amerikanischen »Safety-first«-Bewegung, einer wahren Volksbewegung zur Bekämpfung der Unfälle, sehr viel lernen. Die einzelnen Schutzmaßnahmen und Verhütungsvorschriften werden erst dann wirksam, wenn sie von einer solchen Bewegung getragen und belebt sind, wenn sie zu einem Teil des öffentlichen Gewissens geworden sind. Eine Analogie zu dem was hier gemeint ist, bietet das Fair play des Sports. Wir müssen auch zu einem Fair play der Arbeit, zu einer »Disqualifikation des fahrlässigen Unfalls« kommen. Erst dann wird die Unfallverhütungspropaganda durch Bilder, Plakate, Filme, Zeitungen und Zeitschriften, ihre volle Wirksamkeit entfalten.

Die Propaganda gegen den Unfall ist von einem starken erzieherischen Optimismus getragen. Darüber, daß sie ihre Grenzen hat, daß es Persönlichkeiten mit einem erhöhten persönlichen Unfallrisiko gibt, daß also das Unfallrisiko »pro Wagenkilometer« sich unter eine gewisse Grenze nicht herabdrücken läßt, vgl. die weiter unten folgende Besprechung von Marbes »Praktischer Psychologie der Unfälle« usw.

Referent möchte nicht verfehlen, noch einmal zu sagen, daß dieses Werk in äußerst gedrängter Zusammenstellung einen vielfältigen Erfahrungsstoff beherrscht und sonst nur schwer zu beschaffendes Material darbietet.

(W. Eliasberg.)

Marbe, Carl: Praktische Psychologie der Unfälle und Betriebsschäden. München und Berlin, R. Oldenbourg, 1926. 110 Seiten.

Das Problem des Unglücks, nämlich der menschlichen Persönlichkeiten zustößenden Unfälle und der von Menschen angerichteten Sachschäden, wurde bisher fast immer von der Objektseite her betrachtet. Typus für diese Betrachtungsweise ist die übliche der Eisenbahnunfälle (Sach- und Personenschaden). Bei dem komplizierten technischen Mechanismus lag es nahe, eben in ihm die ausschlaggebende Ursache zu sehen und andererseits den Unfall dadurch zu bekämpfen, daß man den wollenden und denkenden Menschen, den menschlichen Entschluß immer mehr ausschaltete, mit anderen Worten den Mechanismus immer komplizierter und absoluter machte. Die psychologische Betrachtungsweise hat bald ergeben, daß es nicht nur objektive, sondern auch persönliche Gefahrenklassen gibt, die in bestimmten Eigenschaften der Persönlichkeit begründet sind. Diese Tatsache wurde durch Marbe und seine Mitarbeiter an ganz verschiedenen menschlichen Gruppen herausgearbeitet, an Schulkindern, an Angehörigen des Friedensheeres, an Eisenbahnunterbeamten und Arbeitern. Dabei

hat sich auch als von besonderer Wichtigkeit das Lebensalter herausgestellt. In Uebereinstimmung mit den Erfahrungen der großen Versicherungsgesellschaften ergab sich eine erhöhte Unfall- und (damit korreliert) eine erhöhte Schadensstiftungsgefahr für das jugendliche Alter bis zu 20 Jahren. Die praktische Beherrschung dieser Tatsachen versuchte Marbe auf Grund des von ihm in seinem Hauptwerk »Die Gleichförmigkeit in der Welt« München 1916 entwickelten Wiederholungsgesetzes: Die Statistik der Unfälle ergab, daß eine Person um so mehr Unfall- (und Sachschaden) Erwartung hat, je mehr bereits ihr dergleichen in ihrem Vorleben begegnet ist. Dies ließ sich, wie schon gesagt, für verschiedene Menschengruppen nachweisen. Es trifft auch für die Rückfallstatistik der Verbrecher zu. Theoretisch deutet das Marbe so, daß bei allen diesen Vorkommnissen die angeborenen Dispositionen der Persönlichkeit entscheidend im Spiele sind. Indes will er daraus keinen Fatalismus herleiten, denn die einem bestimmten Ereignis gegenüber tretende Persönlichkeit ist außerdem auch durch erworbene (habituelle) und endlich durch momentane Dispositionen bestimmt. Die letzteren Gruppen sind einer Beeinflussung zugänglich. Die Erziehbarkeit dieser »Unfalldispositionen« untersucht Marbe mit Hilfe des von ihm näher untersuchten Begriffs der Einstellung. So glaubt er die Tatsache der Häufung von Eisenbahnunfällen zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Strecken, mit den von ihm an Geschicklichkeitsversuchen gefundenen Treffer — bzw. Nietenserien in Parallele setzen zu können, eine Tatsache, die übrigens wichtige und nicht genügend beachtete Hinweise für den Verlauf der Uebungskurve ergibt. Uebrigens sind habituelle und namentlich momentane Unfalldispositionen auch an körperliche, namentlich anfallsweise und periodisch eintretende Zustände gebunden. Daher ist eine biologische und evtl. pathologische Untersuchung der Unfalldisposition nicht zu entbehren. Wie M. selbst sagt, ist die Psychologie hier erst im Anfang ihrer Erkenntnisse. Praktische Bedeutung, darin hat aber Marbe ganz recht, gibt für jeden größeren Betrieb, namentlich für die Eisenbahn, die statistische Erfassung der »Unfälle«. Sie müssen bekannt sein und ausgeschrieben oder an anderen Stellen verwendet werden. Ein weiterer praktischer Vorschlag ist, daß auch in der allgemeinen Arbeiterunfallversicherung die Unfälle entsprechend dem erhöhten Risiko, eine erhöhte Prämie bezahlen sollen. Solche Maßnahmen würden übrigens auch eine starke erzieherische Wirkung haben. Mit vollem Recht weist M. darauf hin, daß das eigentliche praktische Problem, nämlich das der Erziehbarkeit psychologisch wissenschaftlich noch nicht ausreichend angegangen werden kann. Hier muß eine ausgebreitete Arbeit einsetzen, zu der in erster Linie die Reichsbahn, als der am meisten interessierte, Großbetrieb berufen ist. (W. Eliasberg.)

Monakow, C. v.: Ein instruktiver Fall von Unfallneurose. Kriterien der Neurose, der Aggravation und der Simulation. Obergutachten über den Gesundheitszustand des Spediteurs Bs. Zürich, Leipzig, Berlin, Orell Füßli Verlag, 1926. 41 Seiten.

Monakows sehr eingehendes Gutachten sucht nicht nur den Unfallhergang und was unmittelbar mit ihm im Zusammenhang steht zu klären, sondern auch ein Bild von der Gesamtpersönlichkeit und von solchen Erlebnissen nach dem Unfall zu bekommen, die von den

meisten Gutachtern, als nicht im Zusammenhang mit dem Unfall stehend, übersehen werden. Dabei stellt sich heraus, daß der von den meisten Gutachtern betonte Begehrlichkeitskomplex zwar vorhanden ist, daß es aber bei gerechter Würdigung aller Umstände nicht möglich ist, ihn in den Vordergrund zu stellen.

»Die Neurose stellt eine seelische (affektive) Reaktion der Persönlichkeit auf starke, während einer oder mehrerer Lebensperioden sich wiederholende Insulte der wichtigsten Lebensinteressen dar.«
 »Die Gefühlsbetonung ist dabei so stark, daß alle gewohnten geistigen Interessen zugunsten der angetasteten Sphären der Instinktwelt verschoben werden und die Arbeitsfreude und die Energie gelähmt wird. Demgegenüber vermag sich der Gesunde vermöge der natürlichen Abwehrkräfte seines Organismus und seiner Seele bald ins Gleichgewicht zu bringen, und der ungünstige Effekt peinlicher Erlebnisse wird ausgelöscht.« — »Was die Neurose besonders charakterisiert, ist die veränderte, in die Welt der seelischen Wunden verschobene Mentalität. Zwischen der seelischen Reaktion Gesunder und Nervöser gibt es unzählige Uebergänge. Die im Zusammenhang mit Unfällen sich entwickelnden Neurosen unterscheiden sich kaum wesentlich von den Nichtunfallneurosen.«

Auch bei der Unfallneurose sind nach Ansicht Monakows ältere latente, nicht gelöste Konflikte des Instinktes aus der früheren, sogar der frühesten Vergangenheit mit wirksam. »Mit anderen Worten: Die Neurose baut sich stets auf einer Serie, bis in die Kindheit zurückreichender, zum Teil ungelöster und kumulativ sich wiederholender, seelischer Konflikte auf.« In einem gewissen Widerspruch dazu steht in den Schlußbetrachtungen der Satz, in welchem die Unfallneurose als unerwünschtes und nicht vorausgesehenes Produkt einer humanen Gesetzgebung charakterisiert wird. In der Tat ist die Unfallneurose u. a. auch eine »soziale Reaktion«. Dieses Moment ist in der Analyse von M. nicht genügend gewürdigt. So klärt es sich, daß das soziale Moment zum Schluß, da es nicht genügend analysiert ist, nur mit den negativen Vorzeichen der unerwünschten Nebenprodukte erscheint. Die praktische Konsequenz von M. ist folgende: »Wo ein enger Zusammenhang mit der Unfallverletzung, durch Unfall und spätere Verschuldung der Umgebung (Schroffheiten seitens des Arbeitgebers, ärztliche Unvorsichtigkeiten, Ref. gesperrt), nachweisbar wird, da dürfte eine billige Entschädigung in Geld (auch ohne Vorhandensein einer sog. pathologischen Begehrlichkeit) nicht zu verwerfen sein. Richtiger aber ist von Anfang an eine angemessene psychische Behandlung. Es läßt sich nach von M.s »Erfahrungen durch ein solches Verhalten der maßgebenden Menschen die Neurose häufig verhüten und wo sie in Entstehung begriffen oder manifest ist, meist auch ohne Prozeß resp. Geldentschädigung, durch einen, das Vertrauen des Kranken genießenden Nervenarzt, glatt durch Psychotherapie heilen.«

Diese praktisch so äußerst wichtigen Konsequenzen sind leider noch nicht genügend Allgemeingut geworden. Noch immer werden in solchen Fällen die Kranken schematisch zum Zweck der Beobachtung, in die Massenbetriebe großer Krankenhäuser und Kliniken eingewiesen. Man kann sich nicht wundern, daß als Produkt der zahlreichen Inquisitionen, Begutachtungen und Oberbegutachtungen durch Persönlichkeiten, welche der Kranke als seine Gegner auffaßt, die Neurose sich

immer mehr entwickelt. Diese Zusammenhänge zu kennen, ist auch für den Soziologen äußerst wichtig. (W. Eliasberg.)

4. Sozialismus.

Mennicke, Carl: Der Sozialismus als Bewegung und Aufgabe. Berlin-Biesdorf, Quäker-Verlag (Heinrich Becker), 1926. 72 Seiten.

Diese kleine Schrift Mennickes stellt sich keinerlei revolutionäres oder reformatorisches Programm — der Anspruch, mit dem sie auftritt, ist bescheiden. Das ist gut so. Bücher, die alles auf den Kopf stellen wollen, gibt es genug. Das Lesepublikum ist von den allzugroßen Ansprüchen, welche die Autoren an ihre eigne Mission stellen, langsam ermüdet worden. Nichts wirkt heute einschläfernder, als große Worte. Mennicke aber will nicht mehr (wie er ausdrücklich sagt) als eine Skizze geben, eine kleine Anleitung mit Stichworten zur sozialistischen Selbstbesinnung. Seine Darstellung des »Sozialismus als Bewegung und Aufgabe« ist eine Art Momentaufnahme mit soziologischer und theoretischer Farbscheibe. Als Momentaufnahme hat sie den Vorzug charakterisierender Schilderung für sich und den Nachteil unausgeglichener Komposition. Das letztere schadet dem Büchlein vom Standpunkt hoher Wissenschaft aus, das erstere nützt seiner im besten Sinne propagandistischen Wirkung. Wir hoffen nämlich, dem Verfasser nicht Unrecht zu tun, wenn wir eine gewisse propagandistische Absicht bei ihm voraussetzen. Wir denken uns das Büchlein in die Hand von Studenten gelegt, ernsthaften jungen Leuten, die ihre politische Entscheidung noch zu treffen haben, wenn ihnen auch geistig und dem Gefühl nach die Arbeiterbewegung nicht mehr fremd sein mag. Wichtig ist, was Mennicke über die »Grundeinsicht« schreibt, die seinen eignen Gedankengang grundlegend beherrscht. Er erläutert da die Arbeiterbewegung als eine »inhärente Erscheinung der großindustriell-kapitalistischen Wirtschaft« und weist nachdrücklich den Aberglauben zurück, als ob durch entsprechende Belehrung, Mahnung oder Propaganda das Faktum der Arbeiterbewegung rückgängig gemacht werden könne. Das ist gewiß keine neue Feststellung, jedenfalls nicht für den Sozialisten und den Kenner der Klassenkampflehre, aber da sie hier in offenbar pädagogischer Absicht gemacht wird und eine sicherlich pädagogische Formulierung gefunden hat, scheint sie uns wichtig genug, besonders erwähnt zu werden. Bei der Durchführung seiner Untersuchung unterscheidet Mennicke die Arbeiterbewegung auf dreifache Weise, nämlich als Interessenbewegung, als Massenbewegung und als Kulturbewegung. Diese Dreigliederung ist etwa als eine Dreiphasentheorie zu verstehen, nach welcher die zweite Phase die erste, die dritte die zweite aufhebt und in sich aufnimmt. Er geht in der Entwicklung dieser Dreigliederung nicht immer sehr streng vor, manchmal sprengt ihm die Fülle des Stoffs oder auch gar eine Laune des Schreibens das Schema. Schadet nichts! Der Gewinn, den man beim Lesen dieser Partien mitnimmt, liegt ja vor allem in den treffsicheren und einleuchtenden Formulierungen, die Mennicke für zwar schon bekannte, aber immerhin verwickelte Sachverhalte findet. (So über das »anti-

nomische Grundelement« in der marxistischen Ideologie, das er nicht unrichtig als religiös bezeichnet S. 15 ff.)

Auch sonst findet sich manches Vortreffliche, so ein Absatz über die Bedeutung der Organisation, der zugleich einen naheliegenden, aber gut durchgeführten Vergleich mit der katholischen Kirche enthält (S. 16 ff.). Gut gesehen ist die kurze Feststellung, daß eine Spannung gibt zwischen dem Massenbewußtsein, das zur Orthodoxie neigt, und dem Inhalt der Ideologie, die sich die liberale Autonomievorstellung in weitem Maße zu eigen machen muß. (S. 17 ff.)

Recht interessante Ausführungen macht der Verfasser zur gegenwärtigen Krise der Arbeiterbewegung. Das sehr gängige Schlagwort vom »Tode des Marxismus« lehnt er allerdings ab. »So genau ich wahrhaftig sehe, daß Marx außerordentlich viel nicht gesehen hat, was es heute zu sehen gilt, so klar ist mir doch auch, daß im Werke von Karl Marx noch unerschöpfliche Tiefen liegen, die auszuschöpfen wir uns gerade jetzt erst anschicken.« (S. 23.) Mennicke führt die Krise der Arbeiterbewegung allgemein daraufhin zurück, daß sie bereits in ihrem gegenwärtigen Zustand sich vor die Aufgabe gestellt sah, den Sozialismus zu verwirklichen, wobei es sich notgedrungen zeigen mußte, daß sie dieser Aufgabe nicht gewachsen war. Was Mennicke meint, gilt ja wohl vor allem für Deutschland und Rußland (wenn man die allzu lapidare Ausdrucksweise »Sozialismus zu verwirklichen« vorsichtig auffaßt) und da hat er unter allen Umständen und in jeder Hinsicht recht. Nicht nur die »Verwirklichung des Sozialismus«, sondern überhaupt die Berührung mit praktischer Politik, diese unvermeidbare und doch folgenschwere Berührung hat die bislang rein brennende Flamme einer verzehrenden revolutionären Inbrunst getrübt und damit die Massen verwirrt. Mennicke sieht sehr richtig: das Massenbewußtsein diskutiert nicht, es fragt nicht nach Gründen, es will sich hingeben und verlangt nach »großen, umfassenden Einflußmächten«. Treffende Bemerkungen findet er auch für das so häufig gespannte Verhältnis zwischen Führer und Masse. Vielleicht gibt man den Gedankengang des Autors richtig wieder, wenn man sagt, daß die »Massenbewegung« sich am Sozialismus als Bewegung, die »Führerbewegung« sich am Sozialismus als Aufgabe orientiere. So schematisch und roh diese Antithese sein mag, so enthält sie doch unzweifelhaft ein gehöriges Stück Wahrheit. Mennicke sieht nun die künftige entscheidende Aufgabe darin, »Bewegung« und »Aufgabe« wieder in fruchtbaren Zusammenhang zu bringen. Richtig ist, wenn er sagt, daß die Herstellung dieses Zusammenhangs nicht Sache irgendeiner Idealkonstruktion, sondern vor allem Sache eines lebendigen Führertums ist.

Was aber dann folgt, die Erörterung über den Wert und den Ernst der gesellschaftlichen Spannung ist in der vorliegenden Formulierung doch recht unbefriedigend, weil verschwommen und unklar. Vor allem leidet diese überaus interessante Auseinandersetzung an ihrer Kürze und ihrer fast unerträglichen Konzentration, die eine wirkliche Klarstellung verhindert. In diesen Zusammenhang schaltet nun Mennicke seine Gedanken über die religiöse Ergänzung der »sozialistischen Bewegung« (wie wir es einmal nennen wollen) ein, wobei er von der richtigen Annahme ausgeht, daß man die lebendige, drängende, ungestüme Bewegung der Masse und die notwendig kalte, komplizierte und häufig schwer verständliche Tätigkeit des Führers nur dann ver-

binden kann, wenn es gelingt, Führern wie Masse einen neuen Zusammenhalt von etwa religiöser Kraft zu verschaffen. Ganz natürlich, daß Mennicke hier auf das Thema »religiöser Sozialismus« kommt (gilt er doch als einer der führenden Köpfe dieser Bewegung). Da ist es nun sein großes Verdienst, für die Möglichkeiten eines solchen »religiösen Sozialismus« unter heutigen Umständen einen ganz klaren Blick zu zeigen. »Es ist der Fluch aller religiösen Verkündung, daß sie mit Allgemeinheiten über die Beziehungen von Gott und Welt dem konkreten Reifen der Besinnung vorgreift.« (S. 37.) Klipp und klar verwirft er das Auftreten jener »Religiösen« in der Politik, die nur Allgemeinheiten, Utopien oder Radikalismen zu bieten haben. (Wie sehr hätte Mennicke hier auf Erscheinungen des englischen Radikalismus hinweisen können.)

Was Mennicke anschließend über die Problematik der Sozialisierungsfrage und deren Behandlung, über Gewerkschaften und Genossenschaften sagt, ist leider viel zu kurz und ganz undurchsichtig disponiert. Auch andere und sehr wichtige Fragen werden gegen den Schluß der Broschüre in dieser etwas »lapidaren« Form behandelt. Man hat fast den Eindruck, als ob der Autor sich schließlich stark vom Mangel an Zeit und Mangel an Raum gedrängt fühlte und vieles kostbare, was er doch noch zu sagen hatte, nicht fahren lassen wollte. Und dennoch soll das alles dem Autor nicht allzu sehr verargt werden. Er hat in seiner Einleitung ausdrücklich gesagt, daß er nur eine Skizze geben werde und nicht mehr. Wenn er nun gegen Schluß das Recht zur »Skizzenhaftigkeit« stärker ausnutzt, muß man sich damit abfinden. Das schadet gewiß der früher erwähnten propagandistischen Absicht des Büchleins, aber für den unterrichteten Leser (der nicht geworben, sondern belehrt sein will) ist auch hier noch viel, sehr viel zu holen. Eines kann man auf jeden Fall sagen: es gibt wenig Autoren, die die heutige kritische Lage der Arbeiterbewegung, ihre Kräfte und Schwächen, so gut kennen, wie Mennicke. Man muß ihm bezeugen, daß sein Blick das Richtige und Wesentliche zu fassen vermag, daß sein kritischer Sinn die Probleme gut anspricht und ihre Bedeutung zutreffend ermißt. Es wäre zu wünschen, daß Mennicke zur gleichen Sache sich noch anderweitig und noch ausführlicher ausspräche. Eine regere publizistische Tätigkeit dieses guten Kopfes könnte der Sache und ihm selbst nur von Nutzen sein. (Theodor Haubach.)

5. Sozialökonomische Theorie und Dogmengeschichte.

Graziadci, Antonio: Der Begriff der Mehrarbeit und die Werttheorie. (Die Mehrarbeit als Klassenphänomen.) Uebersetzt von Elisabeth Salomon. Bolzano 1925. 48 Seiten.

Das Schriftchen ist eine außerordentlich gewandt und flüssig geschriebene und gut übersetzte Arbeit, die eine Ergänzung bilden soll, zu dem 1923 erschienenen Buch „Preis und Mehrpreis in der kapitalistischen Gesellschaft“. Der Verf. stellt darin der Marxschen Ausbeutungstheorie, die ja Wert und Preistheorie mit der Lohntheorie aufs engste verknüpft und davon ausgeht, daß jeder einzelne Arbeiter in jedem einzelnen Betrieb Mehrarbeit leistet und der Mehrwert am einzelnen Produkte realisiert wird, — eine Auffassung, die Marx im

3. Bd. des Kapitals geringfügig modifiziert hat, ohne die Gültigkeit seines Grundgedankens einzuschränken —, die These entgegen, daß man sich Mehrarbeit höchstens kollektiv vorstellen kann; »notwendige Arbeit« ist diejenige, deren Ergebnis an Produkten in der Arbeitszeit den konsumierten Konsumtionsmitteln gleichkommt.

In der tauschlosen Sklavenwirtschaft ist das produzierte mit dem konsumierten Produkt identisch, die Grenze zwischen notwendiger und Mehrarbeit ist konkret erkennbar. In der Verkehrswirtschaft läßt sich quantitativ-natural diese Grenze nur für die Arbeiterklasse als Gesamtheit und innerhalb ihrer Gesamtproduktion ziehen.

Wenn hier mehrfach betont wird, daß Mehrarbeit vom Tauschwert (und von jeder Werttheorie) unabhängig ist, daß der Preis nicht aus den Arbeitsquantitäten kommt, so ist es vollkommen unverständlich, wie z. B. 10 Arbeitsstunden in einer Schlosserei so bezahlt werden sollen, daß Lebensmittel, die das Produkt von 10 Arbeitsstunden sind, dafür gekauft werden können, ohne daß der Wert der 10 Arbeitsstunden im Preis erscheint.

Einen »Beweis« führt der Verf. nicht an, außer der Tatsache, daß natural gesehen von der Handarbeit der Arbeiterklasse auch die Kapitalisten (und alle die nicht gerade die zum primitiven Leben notwendige Handarbeit leisten) leben; handelt es sich aber bei diesem nicht zu leugnenden Tatbestand nicht einfach um die Arbeitsteilung einer kulturell entwickelten Bevölkerung und wäre ein solcher Sozialismus, der die Gesamtheit der produzierten Güterquantitäten unter ihre effektiven »Produzenten« verteilt, noch des »Schweißes der geistigen Arbeiter« wert? (Käthe Bauer-Mengelberg.)

Kuczyński, Jürgen: Zurück zu Marx. Antikritische Studien zur Theorie des Marxismus. Leipzig, C. L. Hirschfeld, 1926. 216 Seiten.

K. versucht in seinem Buch seinen Ruf »Zurück zu Marx« theoretisch zu fundieren. Wer aber eine souveräne Analyse des Marxismus erwartet, die die lebensfähigen Elemente des Systems herausarbeitet und die versucht, wissenschaftlich zu ergründen, wieweit unsere Wirtschaft heute noch einzelne Thesen von Marx verifiziert, wird enttäuscht.

Der erste Abschnitt bringt eine Darstellung der »nicht von Marx stammenden Werttheorien«. Die Kritik der subjektiven Werttheorie leidet daran, daß sie in ihrer überlieferten Form mit Berücksichtigung des Gesamtstocks nicht richtig verstanden ist und von dem Mißverständnis ausgeht, als sei der Gebrauchswert, die jeweilige natural-physische Bedeutung einer Güterquantität, für die Werthöhe konstitutiv, wodurch der Verfasser zu dem Ergebnis kommt, daß der »subjektive Wert« vom dringendsten Bedürfnis abhängt.

Den Hauptteil und auch den objektiv brauchbarsten Abschnitt bildet eine sorgfältige und einwandfreie Darstellung der Marxschen Theorien nach dem »Kapital«. Die Wert- und Mehrwerttheorie, Geldtheorie, Bevölkerungstheorie, Theorie der Durchschnittsprofitrate, Akkumulations- und Krisentheorie werden eingehend und klar wiedergegeben. Daran schließt sich jeweils die Kritik der Marxgegner, insbesondere v. Böhm-Bawerks und Sombarts, und eine kurze Antikritik des Verf. Diese geht jedoch in keinem Fall über die bisherigen Interpretationen älterer Sozialisten (Bernstein, Kautsky, Hilferding,

Luxemburg) hinaus und erschöpft sich meist in der Darstellung einer Gegenposition.

Es handelt sich also nicht um Ueberwindung der Kritik, sondern lediglich um Behauptung, die die Möglichkeit des entgegengesetzten Standpunktes nicht berührt. Dabei ist die Beweisführung oft reichlich primitiv, so daß gelegentlich (S. 128 betr. Verelendungstheorie) die »theoretische Notwendigkeit« innerhalb des Systems, dessen übrige Komponenten einfach als richtig unterstellt werden, als Argument für die reale Gültigkeit aufgeführt wird; oder wenn zur Widerlegung von Bernstein, der den Zusammenhang von Wert- und Mehrwertlehre bestritt, angeführt wird, daß der »Komparativ Mehrwert« auch ein »Positiv Wert« erfordere; oder wenn (S. 62) die Berechtigung des »Rätsels« der Durchschnittsprofitrate damit begründet wird, daß jedes Rätsel eine Lösung habe.

Was der Verf. an eigenen philosophischen Begriffen und Kategorien zur Klärung des Marxschen Systems aufzustellen versucht, ist terminologisch unbrauchbar. —

Das Kapitel über die »Marxsche Weltanschauung« ist auch soweit der Verf. sich rein referierend verhält, sehr schwach und geht über den Vulgärmarxismus nicht hinaus. Thesen wie die, daß was s c h ö n oder nützlich ist, durch Majoritätsbeschluß zu entscheiden sei, könnten den Sozialismus diskreditieren.

Einige fruchtbare Ideen finden sich jedoch in der Auseinandersetzung mit Sombart, die um so mehr die Erwähnung verdient, als man glauben könnte, sie habe, nach dem oben Gesagten, keine Bedeutung, während hier die Kritik inhaltlich anerkannt werden muß; so wenn (S. 177 f.) die Unterstellung rein materieller Ideale des Sozialismus abgelehnt wird, oder (S. 182) die Behauptung des »Revolutionismus« widerlegt wird oder (S. 197) die groteske Ausdeutung des sozialistischen Postulats allgemeiner Menschenliebe bekämpft wird.

(Käthe Bauer-Mengelberg.)

Zehrfeld, Reinold: Hermann Conrings Staatskunde. Staatswissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft. Abteilung I, Heft 5. Berlin und Leipzig, Walter de Gruyter & Co., 1926. S. 164.

Für die Polyhistoren des 16. und 17. Jahrhunderts ist es äußerst bezeichnend, daß sich mehrere Wissenschaften den Vorrang streitig machen, sie als »Vorläufer« für ihre Geschichte in Anspruch zu nehmen. So wie J. J. B e c h e r nicht nur in der Geschichte der Staatswissenschaften, sondern auch in der der Naturwissenschaften eine Rolle spielt, J u s t i zum Leibniz-Newtonschen Monadenstreit Stellung nimmt, so wäre C o n r i n g sowohl in der Geschichte der Medizin als auch in der der Theologie und Philosophie ein Platz anzuweisen. Dieses Ineinandergreifen und Umfassen mehrerer Wissensgebiete ist vor allem methodologisch interessant, denn es führt zu einer Uebertragung der Denktechnik der gleichzeitig gepflegten Disziplinen, zur gegenseitigen Durchdringung der Methoden (vgl. h i e z u m e i n e Arbeit, Die Oesterreichischen Kameralisten I. Teil. Studien zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgesch. herausgeg. von Dr. Karl Grünberg, Wien 1920, H. XII, S. 57 ff.). In diesem Sinne erscheint auch Conrings Stellung innerhalb der Staatswissenschaften, vor allem aber seine Bedeutung für die Theorie der Statistik bedingt durch seine

methodologische Schulung an der durch die Renaissancephilosophie wiederbelebten Stoa. Seine scharfe Scheidung der Betrachtung von Ziel, Gegenstand und Methode fügt sich durchaus ein in den Rahmen der spätern klassischen deutschen Philosophie. Ganz im Sinne der rationalistischen Naturrechtslehre dieser Zeit, deren Vertragsgrundlage er im übrigen ablehnt, unterscheidet Conring einen konkreten und einen abstrakten Staat. Es ist jene so charakteristische Unterscheidung der Aufklärungsphilosophie, die später im *ordre naturel* und *ordre positif* der Physiokraten methodologisch auf die Spitze getrieben wurde. Conring betont im Sinne der Heranziehung tüchtiger Verwaltungsbeamter die Notwendigkeit einer Systematisierung der Staatswissenschaften, erwähnt unter scharfer Herausarbeitung des Wohlfahrtszwecks die verschiedenen Zwecksetzungen des Staates, scheidet scharf die einzelnen Staatselemente, wobei der Hauptakzent im Dienste der Populationistik dieser Zeit auf die »homines« als eigentliche »Materie«, als »causa materialis reipublicae« fällt.

Verf. stützt sich als Grundlage der Conringschen Populationistik auf die Wolffsche Unterscheidung, die Wandlung von der Gottesidee zur Staatsidee. Der werdende Territorialstaat sieht in der Stellungnahme der evangelischen Kirche zur Frage des Zölibats eine Stärkung seiner Position. Im Sinne dieser Staatsidee untersucht Z. Conrings Stellungnahme zu Fragen der Volkszahl, der Volksdichtigkeit, der Gliederung und Bewegung der Bevölkerung. Im allgemeinen wäre zu Conrings Bevölkerungspolitik zu bemerken, daß sie über die usuellen Vorschläge der damaligen kameralistischen Literatur nicht wesentlich hinausgeht. Immerhin ist Conring als Vorläufer Süßmilchs und Pettys erwähnenswert. Von Interesse ist, was Verf. über die Methode und Theorie der Statistik bei Conring vorbringt. Wohl im Anschluß an die Stoa, die auch Becher so stark beeinflusst hatte, befaßt sich C. eingehend mit den Erkenntnismitteln, den »sensus und intellectus ratiocinatio«. Durch diese Herausarbeitung der Methode und Theorie der Statistik wächst Conrings Werk über die statistischen Sammelwerke eines Sansovinus und Botero weit hinaus. Verf. stellt Conring in eine Linie mit Achenwall, spricht beide als die Begründer einer Universitätsstatistik an und stellt sie in Gegensatz zu der von Graunt und Petty begründeten Politischen Arithmetik, die sich hauptsächlich mit konkreten Fragen der Bevölkerungspolitik befaßte, ohne der Versuch einer systematisch-methodologischen Gliederung zu geben.

Verf. gibt eine klare Uebersicht über Conrings Leistungen auf dem Gebiete der »Staatenkunde« und Statistik. Interessant ist die Herausarbeitung des methodologischen Elements. Wir vermissen jedoch eine Eingliederung jener Gedankengänge in die zeitgenössischen Strömungen, einen Hinweis auf Stoa, Naturrecht, Eudämonismus, deistische Moralphilosophie. Der monographische Charakter dieser Schrift hätte durch Berücksichtigung der Filiation der Probleme keinerlei Beeinträchtigung erfahren.

(Louise Sommer.)

6. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie.

Percy Wells Bidwell und *John I. Falconer*: *History of Agriculture in the Northern United*

States 1620—1860. Published by the Carnegie Institution of Washington, May, 1925. XII und 512 S. Lex. 8°.

Die Reihe der Contributions to American Economic History, die ein besonderes Board of Research Associates unter Vorsitz von Henry W. Farnam für die Carnegiestiftung herausgibt und in der bisher unter E. R. Johnson die Handelsgeschichte (1915), unter V. S. Clark die Gewerbegeschichte bis 1860 (1916), unter B. H. Meyer die Verkehrsgeschichte bis 1860 (1917) und unter J. R. Commons die Arbeitsgeschichte (1918) behandelt wurden, ist nach dem Weltkrieg durch den vorliegenden Band fortgesetzt worden. Er zerfällt in zwei charakteristisch ungleiche Teile: Zuerst hat Bidwell, dessen Vorstudien über die neuenglische Landwirtschaft (1916) auch bei uns Beachtung gefunden haben (s. meine Anzeige in Vierteljahrsschr. für Soz.-u. Wirtschaftsgesch. 14, 432 ff.), die Agrargeschichte bis 1840 bearbeitet, die trotz der äußeren Einteilung in drei Abschnitte für das 17., 18. und 19. Jahrhundert doch das im wesentlichen unveränderte Bild statischer Bedarfsdeckungswirtschaft mit geringer und langsamer marktwirtschaftlicher Arbeitsteilung durch Städtewachstum und Außenhandel ergibt, sodann Falconer die restliche »Period of Transformation« bis zum Bürgerkrieg, der so auch hier durch die unmittelbar voraufgehende Wirtschaftsumwälzung schlagend begründet erscheint. An Resultaten, die auch den europäischen Wirtschaftshistoriker anregen können, nenne ich aus dem ersten Teil die schwerflüssige Entwicklung eines meliorativen Agrarkredits infolge traditionaler Wirtschaftshaltung in konsumtiver Verwendung und Außenanlage der eignen agrarischen Akkumulation, die Rolle des ländlichen Einzelhandels (country store) als Abnehmer des geringen Produktenabsatzes, die frühzeitige, landfluchtbedingte Entwicklung der Landmaschinen; aus dem zweiten Teil besonders den erfolgreichen Wettbewerb der westlichen Präriesiedlung mit den schwierigen Bodenverhältnissen und abnehmenden Erträgen des Ostens, der dadurch (anders als die europäische zollgehütete Landwirtschaft) alsbald zu Intensivierung und Spezialisierung gedrängt wurde.

(Carl Brinkmann.)

7. Bevölkerungswesen.

8. Statistik.

9. Soziale Zustandsschilderungen.

Erlebnisse und Erfahrungen Heidelberger Werkstudenten. Eine Sammlung von Berichten, herausgeg. von Dr. Mitgau. Heidelberg, Hörning, 1925.

Mitgau, Dr.: *Der studentische Nebenerwerb nach dem Kriege.* Göttingen, Hochschulverlag, 1925. 42 Seiten.

Gehrig, Dr. H.: *Wirtschaftsnot und Selbsthilfe der deutschen Studentenschaft.* Leipzig, W. de Gruyter & Co., 1924.

Wie der Herausgeber der Erlebnisse und Erfahrungen in seiner feinen längeren Vorbemerkung selbst sagt, ist das Werkstudententum,

das in der Inflation bei einem außerordentlich hohen Prozentsatz der Studenten zu finden war, heute praktisch bedeutungsloser geworden und zwar schon durch die vollständige Veränderung auf dem Arbeitsmarkt. Das Werkstudententum ist somit eigentlich schon Geschichte geworden, ein interessantes Stück Kulturgeschichte, das wenn auch manche, so doch nicht alle Erwartungen erfüllte, welche Optimisten bezüglich des sozialen Ausgleichs und Verständnisses daran knüpften. Die Sammlung mit teilweise menschlich sehr feinen Berichten gibt ein gutes Bild des eigenartigen Faktums; die zusammenfassende Vorbemerkung versteht es, die Genesis, die Wirkungen, die Möglichkeiten und ihre Begrenzung gut zu veranschaulichen.

Durch die Broschüre über den studentischen Nebenerwerb wird ein breites Bild mit wertvollen Statistiken gegeben. Erfreulich wirkt die Lektüre des aus der Fülle studentischer Erfahrungen und akademischen Verständnisses geschriebenen Büchleins.

Das Buch von Gehrig ist aus größerer Entfernung geschrieben und weist gegenüber den Mitgauschen Veröffentlichungen die Vor- und Nachteile der Distanz auf. Es enthält eine Soziologie der Studentenselbsthilfe, die vielleicht zu allgemein ist für einen Tatbestand, der relativ einmalig ist, mindestens aber seine Art ständig nach nicht immanenten Gesichtspunkten umstellen muß. Andererseits ist natürlich die Erfassung eines solch komplizierten Faktors mit soziologischer Methode und seine Typisierung und Schematisierung eine besonders reizvolle Aufgabe, die das Buch im Rahmen des Möglichen gut gelöst hat.

(K. Bauer-Mengelberg.)

10. Agrarwesen, Landarbeiterfrage.

11. Gewerbliche Technik und Gewerbepolitik.

Grüttrup, Johann: Mensch und Technik. Berlin Industriebeamten-Verlag, 1926. 123 Seiten.

Der Verfasser steht offenbar der neudeutschen Jugend, den Leuten um die »Tat« nahe. Hier entwickelt er den Abstand zwischen dem materialistisch-kulturniedrigenden Zweckgeist des Kapitalismus und der schöpferisch aufsteigenden hilfsbereiten Technik. Einige Stichworte aus dem Inhaltsverzeichnis kennzeichnen die Abhandlung: Leib-Geist-Seele; zum Kulturmenschen; Mechanik und Geist; die Kulturmacht der Arbeit; Taylor-Ford; die Berufung des Technikers; der neue Geist; der Weg zum harmonischen Leben.

Einige Exaltationen muß man in Kauf nehmen. So, wenn der gute Franklin, der wirklich unmateriellste Mensch, den man sich denken kann, »sich nicht scheut, im Geld ein lebendiges Wesen zu zeigen, das von einer zeugungskräftigen und fruchtbaren Natur sei«.

Auch die Unterbewertung der nicht direkt an der Produktion Beteiligten, zeigt längst überholte Auffassungen. Auch bei Grüttrup hat der Fetisch Ding noch die geistige Herrschaft. Auch von seiten der Technik betrachtet, ist die Produktion indessen nicht erschöpft mit der

Schaffung realer Dinge, sondern auch ihr ist die Schaffung potentieller Leistung und zwar direkter oder indirekter. Damit ist der Händler, der eben auch als Glied zwischen Erzeugung und Verbrauch steht, leistungssteigernd oder leistungsauslösend.

Aber das sind alte Dinge.

Trotzdem, wer wirtschaftsethische Entwicklungen verfolgt, wird aus dem strömenden gefühlswarmen Geist des Buches jene obengenannte bestimmte Richtung gut vertreten sehen, und ohne die Anmaßung die früher störte. (W. G. Waffenschmidt.)

Henseleit, Dr. Gertrud: Das weibliche Arbeitsinspektorat in Deutschland und in England. Berlin, J. Springer, 1926. Geh. 7,50 M., 154 Seiten.

Eine flüssig geschriebene Berliner Dissertation, die alles zum Thema gehörige enthält, ist hier ausgearbeitet worden. Sie gibt einen geschichtlichen Umriß des Arbeiterschutzes und insbesondere die Stellungnahme sozialpolitisch gerichteter Kreise zum Thema: für und wider die Frau in der Gewerbeaufsicht; sie berichtet über die Bestrebungen, die Widerstände, die tatsächlichen Fortschritte, ihre Aufgaben und ihre Eignung. Besonders wertvoll ist eine recht zuverlässige Darstellung des weiblichen Arbeiterinspektorats in England.

Es ist ein gewagtes Experiment, eine Sache, die so mitten in der Umbildung ist, wie die Gewerbeaufsicht, zum Gegenstand einer Dissertation zu wählen, wenn sie sich nicht darauf beschränkt, zu referieren. Manches in der Darstellung ist jetzt schon überholt und man hat den Eindruck, daß für die gefällten Urteile die erforderliche Sachkenntnis oft fehlt. Wenn, um das herauszugreifen, die Verfasserin die Notwendigkeit technischer Vorbildung für die Arbeitsaufsichtsbeamtin verneint, so steht sie im Gegensatz zur Auffassung führender Kreise, auch von Frauen (Dr. Baum). Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß schließlich auch die Frau als reine Sozialbeamtin in der Gewerbeaufsicht beschäftigt werden kann, wenn die Organisation des Amtes hierauf Rücksicht nimmt und etwa durch Zentralisation ein Arbeitsbereich aus Spezialgebieten geschaffen wird, der in nur einem Aufsichtsbezirk für die Beschäftigung einer Frau nicht ausreicht. Vollwertig wird die Frau im Bezirksdienst ohne volle technische Vorbildung aber nie werden.

Zwar bekommt die Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsbeamten schon einen Einschlag, der über das Technische der Unfallverhütung hinausführt. Die Zumutbarkeit von kostspieligen Auflagen, die Mitwirkung bei Stilllegungen, führen mehr in das technisch-wirtschaftliche Gebiet, aber immer bleibt die Kenntnis der Technik eine unerläßliche Basis.

Sozialpolitische Fürsorge, die rein den Ressortstandpunkt vertritt, hat in der Gewerbeaufsicht keinerlei Aussicht auf Erfolg. Hierzu muß sie den Nachweis erbringen, daß sie alle technischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Forderungen zu übersehen vermag und trotzdem auf ihnen bestehen kann.

Die rein soziale Fürsorge tritt mit der Emanzipation der Arbeiter, mit den Betriebsräten und mit den Gewerkschaften sowieso immer weiter zurück und von Jahr zu Jahr wird der Arbeiter und auch die Arbeiterin mehr und mehr mündig.

Die Darstellung ist ein Stück Berufskampf der Frau und das ist schade. Gerade der Ressortgeist, der die Frau im Dienst oft genug klein-

lich und unsachlich macht, wenn er die Geschehnisse zuförderst darauf hin prüft, ob sie eine Zurücksetzung der Person, der Stelle oder der Frau bedeuten, läßt die Schranken vor ihr nieder.

Trotz der frauenpolitischen Tendenz ist die Abhandlung aber bedeutungsvoll und hat in den maßgebenden Kreisen gebührende Beachtung gefunden. (W. G. Waffenschmid.)

12. Kartellwesen, Unternehmerorganisation. Industriepolitik.

Beckmann, Fritz: Die Organisationsformen des Weltfunkverkehrs. Bonn, Marcus und Weber, 1925. 166 Seiten, geh. 8,50 Mk.

In Heft 7 von Wiedenfelds »Moderne Wirtschaftsgestaltung« behandelt Beckmann ein gewiß interessierendes und wichtiges technisches Gebiet. Die Ausführungen sind besonders beachtlich, weil an ihnen offenkundig wird, wie eine Sonderheit technischen Charakters die übliche Mechanik wirtschaftlicher Lebensformen umgestaltet.

Die Sicherung gegen technische Ueberraschungen, die in der Luft liegen (kurze Wellen), das Risiko für die enormen in den Groß-Sendestationen festgelegten Werte, die Ubiquität des Nachrichtenempfanges usw. — all das mußte eigenartige Formen bilden. Die internationalen Beziehungen und die monopolistischen Tendenzen, die sich hieraus ergeben, schildert der Bonner Volkswirtschaftler in frischem, gar nicht professoralem Schwung, dem man einige Wiederholungen zugute halten muß. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Ausführungen über Erfindungs- und Patentwesen. Hier wäre eine etwas kritischere Einstellung gegenüber den Wegelagerer-Patenten, die eine Entwicklung ohne entsprechendes eigenes Verdienst blockieren, am Platze gewesen. Sehr zutreffend ist dagegen das neue charakteristische Element in der technischen Entwicklung, der berufsmäßige Erfinder, der zur Erfindung »Angestellte« geschildert. Zuzustimmen ist Beckmann, wenn er hierin Amerikas Reichtum gegenüber einem armen Deutschland fürchtet. Einstweilen ist unser Export in Radioartikeln nach Amerika nicht ganz unbeträchtlich und tröstlich ist wieder allgemein das Uebergewicht des technischen Fortschritts über politische Hemmungen, der sich in der Sprengung der Nachrichtenblockade zeigte. Der Verkehrspolitiker und der Patentpolitiker kann an der Abhandlung nicht vorübergehen.

Auffallend hoch ist der Preis des Buches.

(W. G. Waffenschmidt.)

Gautschi, Dr. Alfred: Die Aluminiumindustrie. Zürich, Rascher, 1925. 120 Seiten, 5 Tafeln, 6,40 Mk.

Der Züricher Professor Saitzew gibt als Heft 5 der Züricher volkswirtschaftlichen Forschungen die obige Dissertation heraus, welche die Veröffentlichung wirklich verdient. Was bei dem Mangel an Darstellungstoff, der auf die Engherzigkeit der Firmen und den Mangel an wissenschaftlichem Gemeinschaftsgeist in unserem alten Europa zurückzuführen ist, aus dem Gebiet herauszuholen war, das ist geschehen. Die Geschichte der Herstellung nach Technik und nach Produktionsmenge besonders auch die Preisentwicklung zeigt das Uebergewicht

der technischen Idee. Absatz und Ausfuhr, Verwendungsmöglichkeit, Wettbewerbsfähigkeit mit Kupfer, insbesondere in der Elektrotechnik, dann die interessante Konzentrationsbestrebung der Produktionsgesellschaften ist soweit als möglich dargestellt. Die Deutsche Aluminiumindustrie ist allerdings nicht mehr richtig eingeschätzt, da die Veränderungen in letzter Zeit nicht berücksichtigt werden konnten. (W. G. Waffenschmidt.)

13. Gewerbl. Arbeiterfrage, Arbeitsmarkt.

14. Arbeiterschutz.

15. Versicherungswesen (bes. Arbeiterversicherung).

Krohn, Martineck und Bauer: Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten. (Schriftenreihe zum Reichsarbeitsblatt: Arbeit und Gesundheit. Herausgegeben von Martineck, Heft 1.) Berlin, Reimar Hobbing, 1926.

Von der in § 547 der RVO. von 1911 gegebenen Befugnis, die Unfallversicherung auf gewisse gewerbliche Krankheiten auszudehnen, ist in der Verordnung des Reichsarbeitsministers über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten vom 12. Mai 1925 Gebrauch gemacht worden. Die Praxis der Rechtsprechung hat schon lange nach Kompromissen gesucht, um diejenigen Härten, die durch wörtliche Anwendung des Unfallbegriffs in der Sozialversicherung entstanden sind, auszugleichen. Indes waren bei praktischer Aufstellung des Begriffs »Berufskrankheit« bzw. »Berufsschädigung« große Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Mannigfaltigkeit beruflicher und außerberuflicher Schädigungen, wozu man beinahe alle Lebensbedingungen des Arbeitenden rechnen kann, erschwert es, die zu entschädigende, mit der Berufstätigkeit zusammenhängende Krankheitsursache zu erkennen. Dazu treten dann noch Komplikationen durch angeborene und erworbene Konstitution usw. Es sind, wie Martineck ausführt, nur wenige chronische Krankheitssymptome bekannt, die ein charakteristisches, auf eine äußere Einwirkung zurückführendes Krankheitsbild ergeben. Aus diesem Grunde hat die Verordnung auf eine Umschreibung des Begriffs »Berufskrankheit« verzichtet und in einer Tabelle Richtlinien über das Auftreten bestimmter Erkrankungen in bestimmten Betrieben zusammengestellt. Dabei sind bald bestimmte Krankheitsbilder, bald bestimmte Ursachen und endlich, um der Mannigfaltigkeit der wirklichen Beobachtungen Rechnung zu tragen, allgemein »Erkrankungen«, z. B. durch Blei, angeführt. Die Verordnung trägt dem gegenwärtigen Stand der medizinischen Wissenschaft durchaus Rechnung und läßt der Rechtsprechung die Möglichkeit, weitere Krankheitszustände, die in diesem Zusammenhang bekannt werden, als Berufskrankheiten zu entschädigen.

Von hoher sozialpolitischer Bedeutung ist der § 6: Danach **kann** bei der Befürchtung, daß eine gewerbliche Berufskrankheit entstehen oder sich verschlimmern werde, eine Uebergangsrente, außer der Erwerbsminderungsrente, gezahlt werden. Der Versicherungsträger wird, wie die Begründung des Entwurfs ausführt, in solchen Fällen versuchen, den Versicherten durch Berufsberatung, Umschulung usw. sobald als möglich zur Aufnahme eines neuen Berufs zu befähigen. An die Stelle des bisher die Sozialversicherung beherrschenden Prinzips der konsumptiven Rente, tritt eine wirtschaftlich produktive Form der Fürsorge. Die Schrift bringt die Verordnung im Wortlaut, einen auf die Begründung zurückgehenden Kommentar, die Durchführungsbestimmungen des Reichsversicherungsamtes und der einzelnen Länder, einen Ueberblick über ausländische gesetzliche Vorschriften, sowie Vordrucke der Formblätter. (W. Eliasberg.)

16. Gewerkvereine und Tarifwesen.

17. Allg. Sozialpolitik und Mittelstandsfrage.

Rauecker, Dr. Bruno: Einführung in die Sozialpolitik. Berlin, Zentralverlag G. m. b. H., 1926, 123 S.

Der durch seine sozialpolitischen und kulturpolitischen Schriften bekannte Verfasser gibt als wesentliche Ergänzung der »Lehrbücher« eine Einführung in die »Idee der Sozialpolitik«. In der Einleitung wird im Sinne jener Definitionen, die Sozialpolitik als Teil der Politik fassen, die soziale Bedeutung der allgemeinen Wirtschaftspolitik (an Beispielen wie Senkung der Kohlenpreise und Rationalisierung) aufgewiesen. R. kommt zu der Scheidung einer Sozialpolitik im weiteren Sinne, die er als »sozialen Einschlag in der gesamten Politik« bezeichnet, und einer »sozialen Fürsorgepolitik« im engeren Sinne. Es folgt die Erörterung der Subjekte der Sozialpolitik, zu denen er neben Staat und Gemeinde auch die Berufsorganisationen und internationalen Organisationen rechnet. Die Darstellung der Objekte der Sozialpolitik wird als Abriß einer Geschichte der abhängigen Klassen von der ältesten Zeit bis zur Proletarisierung der geistigen Arbeiter durchgeführt. Sozialpolitik mit ihrem Massenobjekt, der Klasse, wird dabei scharf von der am Individuum orientierten Caritas geschieden. Auch der vierte Teil »Motive« der Sozialpolitik ist ideengeschichtlich aufgebaut, während der fünfte eine Geschichte der sozialpolitischen Probleme von der griechischen Periode bis zum Industrialismus des 20. Jahrhunderts bringt, dessen sozialpolitische Korrekturen: Arbeiterschutzgesetzgebung, Sozialversicherung, Arbeitsmarktpolitik in großen Zügen zum Schluß gezeichnet werden. — Die neuartige Anordnung des Stoffes, die gemeinverständliche und reizvolle Darstellung machen das Büchlein zur anziehenden Lektüre gerade für jene Kreise, die der Sozialpolitik fernstehen und deren Interesse geweckt werden soll. (Frieda Wunderlich.)

Cohn, Willy: Verkäuferinnen. Gedanken und Vorschläge eines Praktikers. 2. Aufl. Halberstadt, Meyer, 1925.

Einfache und theoretisch anspruchslose Blätter, von der Praxis diktiert, über Vorbildung und Behandlung der Verkäuferinnen. Manches, wie individuelle Kundenbehandlung, Notwendigkeit einer ästhetischen Auslese der Mädchen im Sinne der Geschmacksentwicklung derselben, ist sehr treffend empfunden. Soll ein junges Mädchen für die Abteilung »Putz« angenommen werden, so wird man ihm ein Hutmodell zeigen und ihm aufgeben, aus einem Vorrat von Blumen eine zur Ausschmückung des Modells zu wählen und an geeigneter Stelle zu befestigen. Der geübte Abteilungsleiter wird sofort sehen, ob das betreffende junge Mädchen den notwendigen Schönheitssinn hat. Die soziale Seite ist ebenfalls gut entwickelt. Freilich enthalten die Cohnschen Vorschläge auf manchen Gebieten nur Minimalsätze, die z. T. von der Praxis längst überholt sind. So z. B. der Ansatz von nur bis zu sechs Tagen Ferien bei ein- bis zweijähriger Anstellung (S. 42).
(Robert Michels.)

18. Privatbeamten- und Gehilfenfrage.

19. Handel und Verkehr.

20. Privatwirtschaftslehre (Handelswissenschaft).

Auler, Dr. Wilhelm: Das Pfandbriefgeschäft als Kapitalquelle der deutschen Hypothekenbanken. Berlin-Wien, Industrieverlag Spaeth und Linde, 1926. 188 S.

Der Verfasser, Professor der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Gießen, gibt, meines Wissens als erster, eine genaue Darstellung der schwierigen Verhältnisse, unter denen sich die deutschen Hypothekenbanken in und nach der Kriegszeit entwickelt haben. Er geht eingehend bis auf die Verhältnisse zurück, die vor dem Kriege seit Gründung der ersten Hypothekenbanken auf dem Emissionsmarkte dieser Institute maßgebend gewesen sind und beleuchtet im Zusammenhang damit die verschiedenen Faktoren, die auf die Bildung dieses Marktes eingewirkt haben. Begriff und Wesen des Agios und Disagios nach dem Hypothekenbankgesetz sowie die Praxis der deutschen Hypothekenbanken werden gründlich besprochen.

Ein bedeutender Teil des Buches ist der Schilderung des Pfandbriefverkaufs gewidmet. Dabei werden die Formen und Bedingungen, unter denen sich dieser heute bei den Hypothekenbanken vollzieht, erörtert.

Erst im letzten Stadium der Inflationsperiode wurden von den Hypothekenbanken Versuche unternommen, Emissionspapiere auszugeben, durch welche eine Anpassung an die Geldentwertung erzielt werden konnte. Man ging schließlich dazu über, wertbeständige Pfandbriefe und Kommunalobligationen zu beschaffen. Der zunächst angewendete Roggenpfandbrief wurde allmählich durch den Goldpfandbrief verdrängt, dem zweifellos eine größere Wertbeständigkeit innewohnt.

Der Verfasser wendet seine Aufmerksamkeit dann denjenigen Be-

strebungen der Hypothekenbanken zu, welche den unter dem Druck der Geldwirren der Nachkriegszeit erschwerten Pfandbriefabsatz nach Möglichkeit wieder heben sollten. Hier ist besonders zu nennen die starke Konzentrationsbewegung im deutschen Hypothekenbankgewerbe, die in der Bildung von Gruppen und Interessengemeinschaften ihren Ausdruck fand. Die in dieser zentralisierenden Entwicklung zutage tretende Tendenz war an sich mit Beifall zu begrüßen. Kein geringer als Fürst Bismarck hat einst eine energische Zentralisierung des deutschen Bodenkredits und eine Vereinheitlichung der deutschen Pfandbriefemissionen gewünscht. Man muß es deshalb in mancher Beziehung bedauern, daß diese Entwicklung in neuester Zeit zum Stillstand gekommen ist und daß der Zusammenhang der Interessengemeinschaften sich an vielen Stellen gelockert hat. Angesichts der im Aulerschen Buche geschilderten starken Verzweigung der Emissionstätigkeit der Hypothekenbanken werden sich die Interessenten des deutschen Bodenkredits jedenfalls die Frage vorlegen müssen, ob die geschichtlich gewordene Vielgestaltigkeit der Organisation des deutschen Bodenkredits wirklich eine bleibende Notwendigkeit ist oder ob nicht vielmehr Mittel gefunden werden könnten, die zentrifugale Tendenz der Entwicklung abzuschwächen, die ganze Organisation zu vereinfachen und dadurch letzten Endes wirtschaftlicher zu gestalten.

(Eduard Wegener.)

21. Handels- und Kolonialpolitik.

22. Geld-, Bank- und Börsenwesen.

23. Genossenschaftswesen.

Faucherre, Dr. H.: Umriss einer genossenschaftlichen Ideengeschichte. Basel, Verlag: Buchhandlung des Verbandes schweiz. Konsumvereine, 1925.

Der Verfasser dieses Büchleins gehört zu der Schweizerischen Schule der Genossenschaftstheoretiker, deren Haupt Dr. K. Munding ist und die aus Mitgliedern der Redaktion der vom Verband Schweizerischer Konsumvereine herausgegebenen genossenschaftlichen Organe besteht. Dr. H. Faucherre ist kein Unbekannter in der Genossenschaftsliteratur. Sein vor ein paar Jahren in Basel erschienenes Buch »Bilder aus dem genossenschaftlichen Tier- und Pflanzenleben« zeugt von großer Belesenheit und theoretischer Schulung des Verfassers.

Die vorliegende Schrift behandelt in populärer und anziehender Form die genossenschaftliche Ideengeschichte; sie eignet sich sehr gut als Leitfaden für verschiedene Genossenschaftskurse. Auch dem gelehrten Genossenschafter und Nationalökonom bietet die Schrift trotz der leichtverständlichen Sprache viel Neues und Gründliches. Wir finden bei ihm ein Kapitel über P. C. Plockboy und John Bellers, die genossenschaftlichen Vorläufer in England, die schon im 17. Jahrhundert genossenschaftliche Projekte ausgearbeitet haben und in die-

sem Sinne Schriften herausgaben. Wie neulich bekannt geworden ist, stand Robert Owen unter dem Einflusse von John Bellers.

Aus der Broschüre Faucherres kann man mit Recht schließen, daß nicht Robert Owen, sondern Dr. William King der Vater der englischen Konsumvereinsbewegung war.

Aber nicht nur die Anfänge der Konsumvereinsbewegung, sondern auch der ländlichen Genossenschaftsbewegung sind von Faucherre berücksichtigt worden. Er gibt eine lebendige Beschreibung der Gründung einer ländlichen Genossenschaftsbewegung in Kalahine. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Dänemark wird auch berücksichtigt.

Mit großer Wärme werden die englischen christlichen Sozialisten Eduard Vansittart-Neale und J. Mitchell geschildert. Von Mitchell sagt er folgendes: »Er hatte weder Weib noch Kind, aber er war sozusagen mit allem »verheiratet«, was einem wahren Fortschritte diene. Harte Arbeit, Selbstkontrolle, nachsichtsvolle Liebe, Reinheit der Beweggründe und eine nie versagende Freundlichkeit zu allem, was Menschenantlitz trug, sind die markantesten Züge seines Wesens und seiner Lebensführung.«

Auch über den Vater der italienischen Genossenschaftsbewegung, Guiseppe Mazzini, finden wir begeisterte Ausführungen.

Den deutschen Genossenschaftsaposteln Schulze-Delitzsch, Raiffeisen und Prof. Zuber ist das letzte Kapitel gewidmet. Neues Material ist in diesem Abschnitt nicht enthalten, aber das alte in sehr gedrängter und klarer Form vorgelegt. In dem Kapitel Frankreich, Belgien usw. finden wir nicht nur St. Simon, Ch. Fourier, Buchez, Louis Blanc, Proudhon, Ch. Gide, sondern auch den Godin und die von ihm gegründete Produktivgenossenschaft »Familistère« zu Guise erwähnt. Hieraus kann man ersehen, daß Faucherre auch für die Produktivgenossenschaften mit Gewinnbeteiligung Sympathien hat. In diesem Kapitel finden wir auch den französischen Nationalökonom Chevalier, der nicht recht in den engen Rahmen eines solchen kleinen Lehrbuches sich einfügt. Chevalier hat für die Genossenschaftsbewegung Frankreichs ebensowenig geleistet wie andere alte französische Nationalökonom, Leon Walras ausgenommen, der über Konsum-, Produktiv- und Kreditgenossenschaften ein Buch geschrieben hat.

Auch die sillonistische Bewegung, die im Sande verlaufen ist, konnte ruhig fortgelassen werden.

Das Büchlein von Faucherre ist vom Verbands Schweizerischer Konsumvereine in guter Ausstattung, schön illustriert, herausgegeben worden und ist auch im Vergleich mit den heutigen Bücherpreisen in Deutschland sehr billig. (V. Totomianz.)

Neuzeitliche Werbearbeit für Konsumgenossenschaften. Von Robert Schloesser und Fritz Klein. Düsseldorf-Reisholz, Verlag »Gepag«, 1925.

Man kann nicht genug die Initiative Robert Schloessers und der Großeinkaufs- und Produktions-Aktiengesellschaft deutscher Konsumvereine loben, dieses Büchlein herauszugeben. Die Werbearbeit ist nicht nur die erste, sondern auch die wichtigste Stufe der Genossenschaftsentwicklung, die sich immer in dieser oder jener Form wiederholt. Wie mannigfaltig die genossenschaftliche Propaganda ist, zeigt schon der Inhalt dieses Büchleins. Die Verfasser behandeln im ersten

Kapitel »Grundsätzliches zur Reklamefrage der Konsumgenossenschaften«, im zweiten »Neuzeitliche Werbearbeit für Konsumvereine« und geben im dritten Kapitel Einzelabhandlungen über »genossenschaftliches Werbewesen«. Unter neuzeitlicher Werbearbeit für Konsumvereine verstehen sie u. a.: »Frauenwerbung, Firmenschild, Schaufensterausstattungen, Ladeneinrichtungen, Tüte und Einschlagpapier, Besichtigungen, Versammlungen, Warenausstellungen, Kaffeeplatsch, Filmreklame, Radioreklame, Werbebrief, Flugzeugreklame, Flugblatt, Zeitungsreklame, Plakat, Festzug, Unterhaltungsabende, Volksfeste, Kinderfeste, Volkshäuser, Krankeneinrichtungen, Gesangsvereine, Musikchöre, Theater, Klubs, Rabattverträge, Sparkassen, Sterbekassen, Vermittlung von Theater- und Konzertkarten, Erholungsheime, Filialbibliotheken, Gesellschaftsreisen« u. a. m.

Schloesser meint mit Recht, daß in Deutschland eine Propagandarbeit nötiger ist, als in England, wo, wie Cassard sich ausdrückt, die Mitgliedschaft im Konsumverein ebenso selbstverständlich wie der Kirchenbesuch ist. Die beiden Verfasser wenden sich energisch gegen die alte Auffassung, daß man in der Genossenschaftsarbeit der Reklame nicht bedarf. Sie führen ein Beispiel aus dem amerikanischen Leben an, das die Macht der Reklame zeigt: »Vor Jahren war New York eines schönen Morgens mit Plakaten überschwemmt, auf denen zu lesen stand: Senden Sie mir einen Dollar! Darunter eine Adresse. Sonst nichts. Die Aufforderung wurde von Tag zu Tag dringlicher: »Vergessen Sie nicht, mir Ihren Dollar zu senden!« — »Nur drei Tage noch nehme ich Ihren Dollar an!« — »Morgen letzter Tag für Ihren Dollar!« — Und was war geschehen? Einer hatte, um die Allgewalt der Reklame zu beweisen, gewettet, er wolle ausgerechnet den New Yorkern für gar nichts und wieder nichts eine bedeutende Summe aus der Tasche ziehen. Der vereinbarte Betrag war erstaunlich hoch; noch viel größer aber war die Summe der eingelaufenen Dollar. Das scheint nun ein rechtes Schulbeispiel zu sein für die Massensuggestion und Urteilslosigkeit des großen Haufens. Welcher Vernünftige, fragt man, kann auf so etwas hereinfliegen. Gemach. Gerade von den Vernünftigen wird, so paradox es klingt, ein erheblicher Teil jener Dollars herrühren.«

Besonderen Wert legen die beiden Verfasser auf die Propaganda unter den Frauen, die hauptsächlich in der Form von Teecabenden mit Geschenken und von Vorträgen sich äußert, die von den Konsumvereinen veranstaltet werden. Wichtig ist auch die Anstellung von Frauensekretärinnen und Schloesser teilt mit, daß die ersten Frauensekretärinnen in Vereinen des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine angestellt wurden.

Schloesser kommt zu der wichtigen Schlußfolgerung, die wir durchaus mit ihm teilen: »Die primitive Genossenschaft war meist Vollgenossenschaft. Die moderne Genossenschaft ist meist Spezialgenossenschaft. Die Spezialgenossenschaft muß sich ihres Ausgangstyps erinnern und wieder Vollgenossenschaft werden. Je mehr die Spezialgenossenschaft die Entwicklung zur Vollgenossenschaft nimmt, — u. a. auf dem Wege von Nebeneinrichtungen —, desto mehr dürfte sie auch ihre Eigenentwicklung beschleunigen. Berücksichtigt die Genossenschaft bei der Auswahl der Nebeneinrichtungen deren Werbegrad, so kann das nur von Vorteil sein.«

Das Büchlein ist sehr gut geschrieben und reich illustriert, und wir empfehlen es jedermann. (V. Totomianz.)

24. Finanz- und Steuerwesen.

Heinrich Herkner, Steuernotwirtschaft, Steuerreform und Finanzausgleich (1925) (Kieler Vorträge, gehalten im Wissenschaftlichen Klub des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, herausgeg. von Bernhard Harms, Nr. 15), Jena, G. Fischer in Komm. 1926, 32 S. 8°.

Paul Haensel, Das Steuersystem Sowjetrußlands. Berlin, Dr. Hans Preiss, 1926, 176 S. 8°.

Die Lage der modernen Finanzwissenschaft, namentlich in Deutschland, ist ein hervorragendes Beispiel für die Abhängigkeit aller Theorie und wissenschaftlichen Gestaltung überhaupt vom Erlebnis: Schon beginnen, trotz noch immer zu bedauernder Abschnürung in politischen Diskussionen und spezialistisch-praktischer Fachliteratur, die gewaltigen Umwälzungen staatlicher Wirtschaft nach dem Weltkrieg belebend in die alten Kategorien des Mittelstücks der »Kameralistik« einzuströmen, und die Mitarbeit der lehrenden und forschenden Nationalökonomien an der Neuordnung des Wirtschaftslebens kommt auch hier ihrer Forschung selbst am meisten zugute. Herkners Kieler Vortrag ist gerade in diesem Sinne eine unentbehrliche Ergänzung zu Sachschilderungen wie F. Terhalles Aufsatz über die Reichsfinanzreform von 1925 (Z. f. d. ges. Staatsw. 80, 289 ff.). Als Mitglied des Reichswirtschaftsrats weiß er über diese Reform (die Steuererleichterung von 1926 ist noch nicht mit behandelt), so z. B. über den Anteil des Exkanzlers H. Luther an der Stabilisierung (S. 7), manches höchst Anschauliche und Lebensvolle mitzuteilen. Vor allem aber ist der Vortrag wertvoll auch als theoretische Skizze des deutschen Steuerapparats von der Deflations-Anspannung bis zur Ueberleitung in die wieder in Gang gesetzte »normale« Wirtschaft, und die gerechte Abwägung der darin steckenden positiven Leistung besonders der neuen Reichsfinanzbürokratie unterscheidet sich wohlthuend von der (wie immer begreiflichen) interessenpolitischen »Steuerabwehr« vornehmlich der Unternehmenskreise. (Vgl. z. B. die Beurteilung des Reichsbewertungsgesetzes S. 19 f. mit der bei F. Haußmann, Kölner Industriehefte 4, 19 ff.). Auch die Betonung der Rückständigkeit unserer Überwälzungstheoretischen Einsichten anlässlich des Problems hoher Einkommensteuerprogressionen ist sehr dankenswert, wenngleich es allzu optimistisch erscheint, die Verbesserungen von Existenzminimum und Familienprivilegien schon in der heutigen Lohn- und Gehaltssteuer als sozialpolitische »magna charta« anzusprechen (S. 11). Interessant ist Herkners Empfehlung eines Ausbaus der Erbschaftssteuer anstatt der Vermögenssteuer, obwohl auch hier zu bemerken wäre, daß grundsätzlich doch diese nicht abwälzbarer ist als jene (man denke an die englische Erbschaftssteuerversicherung, von der nicht einzusehen ist, weshalb nicht auch sie bei unelastischem Marktgegner unter die Unkosten einzukalkulieren wäre) und daß neulich in England Sir Josiah Stamp mit Recht auf die zurücktretende Bedeutung des Erbschaftskapitals für den Hochkapitalismus aufmerksam machte.

Haensels Buch über die Sowjetsteuern ist theoretisch, etwa im Vergleich mit W. Hessens Schrift über das Sowjetbudget (Osteuropa-Institut Breslau 1925), vor allem durch die Offenheit bemerkenswert, mit der es Steuerwirtschaft überhaupt als Widerspruch zu der ersten »Expropriationsperiode« des kommunistischen Staats und ihren Neubau

als nur durch die Beendigung dieser ermöglicht anerkennt. Dementsprechend ist (außer einigen technischen Curiosa, wie z. B. der Militärdienststeuer der staatsbürgerlich Entrechteten u. a. Berücksichtigungen des »Bourgeois«) der auffälligste Zug an dem dargestellten geltenden Steuerrecht die gerade durch den allgemeinen Vermögensverfall bedingte, immer wachsende Heranziehung der indirekten Steuern, deren weitere Steigerung (S. 132, vgl. die Aufkommen S. 25 mit Hessen S. 116) besonders auch als ein Kampfmittel gegen die Bauernschaft ins Auge gefaßt scheint. (Carl Brinkmann.)

25. Städtewesen und Kommunalpolitik.

Most, Dr. Otto, Oberbürgermeister a. D., Erster Syndikus der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel, M. d. R.: *Wirtschaft und Gemeinde*. Kritisches und Tatsächliches zum Streit um die Gemeindefinanzpolitik. — Schriften der Volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Heft 5. Zweite Auflage. — Jena, Gustav Fischer, 1926. 38 Seiten. Preis 2 Mk.

Die von der Privatindustrie nach dem Kriege entfachte »Entstaatlichungs- und Entkommunalisierungsbewegung« erlitt eine Niederlage: weitsichtige Gemeindeverwaltungen haben auf die »Zusammenarbeit« mit der »Wirtschaft« verzichtet und es vorgezogen, die öffentlichen Betriebe monopolistischen Charakters im Gemeindebesitz zu behalten und einer Reorganisation zu unterziehen. Die in ihrer aggressiven Kampagne geschlagene »Wirtschaft« ist nun auf die Gemeindeverwaltungen gar nicht gut zu sprechen und richtet ihre kritischen Pfeile gegen die »Finanzpolitik« der Städte: die kommunale Finanzpolitik sei verschwenderisch, die Verfechter der sozialpolitischen Ideale muten dem Stadtsäckel Unmögliches zu, vergeuden die durch Steuern aufgebraachten Mittel und richten somit die Kommunalfinanzen und gleichzeitig die Industrie zugrunde. Trifft diese Kritik zu?

Diese Frage will der bekannte Kommunalpolitiker *Most*, Herausgeber des Handwörterbuches der Kommunalwissenschaften, in der vorliegenden Schrift beantworten. Das notwendige statistische Material eruiert er aus einer Umfrage, die der Deutsche Industrie- und Handelstag um die Jahreswende 1925/26 über die Finanzverhältnisse deutscher Gemeinden veranstaltet hat. Die Beantwortung der Fragebogen erfolgte durch die Vermittlung der Handelskammern und nur teils durch die kommunalen Organe selbst, da die Gemeindeverwaltungen, durch die früheren Angriffe der Privatwirtschaft gewitzigt, sich eine gewisse Reserve gegenüber dieser Wißbegierde der industriellen Organisation auferlegt haben. Obwohl die von den Kammern aufgebrachte Statistik nur eine Minderheit der Gemeinden erfaßt, betrachtet *Most* die durch die Umfrage gewonnenen Resultate als »symptomatisch«, da in der Beantwortung der Fragebogen Gemeinden aller Größen und aller Reichsteile figurieren. Ob die einschlägigen Gemeinden als typisch bezeichnet werden können, vermögen wir nicht zu urteilen, da für *Most* nomina odiosa sunt.

Welchen Gebrauch macht nun *Most* von den gewonnenen Zahlen? — Er vergleicht das kommunale Budget des Jahres 1925 mit dem von 1914 und konstatiert Erhöhungen der Ausgaben von 40 bis über 150 Prozent, oder eine »durchschnittliche Erhöhung« der Gesamtausgaben um 70 bis 80 Prozent (S. 15). Schon gegen diese Behandlung der

Zahlen ist einzuwenden, daß das einfache arithmetische Mittel, ohne Rücksicht auf die Größe und den Charakter der betreffenden Gemeinden, uns nichts zu sagen vermag und den Verfasser noch keineswegs dazu berechtigt, die Gemeinden in Bausch und Bogen eines Verschuldens anzuklagen, »das mit allem Nachdruck gerügt werden muß«. Die Kernfrage ist: welche Faktoren bedingen diese Erhöhung der kommunalen Ausgaben? Aus der Darstellung von Most ist zu ersehen, daß die Hauptrolle hier folgende Posten spielen: *P e r s o n a l a u f w e n d u n g e n*, neue *Z w a n g s a u f g a b e n*, namentlich auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, Ausgaben der *S c h u l v e r w a l t u n g*, erweiterte Ausgaben der *B a u v e r w a l t u n g*, neue Kapitalanlagen der gewerblichen Betriebe. Darf man aber auf Grund absoluter Zahlen ein strenges Verdikt über die kommunale Finanzpolitik aussprechen? Die objektive Kritik sollte doch die *n e u e n* Umstände berücksichtigen, die die größeren Ausgaben verursachen.

Wenn die Kritiker aus dem Lager der »Wirtschaft« den Kommunalverwaltungen »das große Anwachsen der Personal- und Sachausgaben« ankreiden, so verkennen diese strengen Richter folgende Tatsachen: Vor allem ist zu sagen, daß ein Vergleich der absoluten Budgetzahlen von 1914 und 1925 schon aus dem Grunde nicht zulässig ist, weil vor dem Kriege die »Mark« (auch die Goldmark) eine ganz andere Kaufkraft besaß, als im Jahre 1925. — Was ferner das so viel kritisierte Anwachsen der städtischen Personalausgaben anbetrifft, so weist die Statistik des Deutschen Städtetages nach, daß die Zahl der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter, ausgenommen die in der Wohlfahrtspflege beschäftigten, von 1913 bis 1924 um 14,67 Prozent *z u r ü c k g e g a n g e n* ist. Nur in der Wohlfahrtspflege konstatiert man eine Zunahme des Personals, welcher Umstand aber nicht etwa durch die »Bureaukratisierung«, sondern durch das starke Anwachsen der einschlägigen Aufgaben erklärt werden muß. — Auch die Angriffe gegen die Erhöhung der Besoldung und Belohnung in den Gemeindeverwaltungen gehen vielfach fehl, da die Gehälter und Löhne mit der Teuerung und Steuerlast nicht Schritt zu halten vermögen. — Ferner muß auch die Tatsache in Anschlag gebracht werden, daß die Bevölkerung der in Betracht kommenden »verschwenderischen« Städte in den Nachkriegsjahren bedeutend zugenommen hat. Daß dabei die unbemittelten Massen einen großen Zuwachs erfahren haben, erübrigt sich gar zu sagen. Eine größere proletarische Bevölkerung stellt aber an die Verwaltung größere und kostspieligere Aufgaben. Most selbst muß zugeben, daß in den letzten Jahren Reich und Länder den Gemeinden neue Zwangsaufgaben, namentlich auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, aufgebürdet haben (S. 20). So stiegen denn in der Tat die Gesamtausgaben der deutschen Städte für Wohlfahrtspflege von 12 Prozent (1913) auf 35 Prozent (1925) des Budgets. Es ist nicht außer acht zu lassen, daß die großen Stiftungsvermögen der reichen Gemeinden infolge der Inflation zugrunde gingen, so daß die Gemeindeverwaltungen nunmehr gezwungen sind, die kommunalen Ressourcen für die Zwecke der vormaligen Stiftungen in Anspruch zu nehmen. Nun fragt es sich: sind wirklich die Kommunen als »verschwenderisch« zu verdammen, wenn sie ihre soziale, vom Gesetze vorgeschriebene Pflicht erfüllen?!

Wenn die Ausgaben der städtischen Bauverwaltungen stark in die Höhe gegangen sind, so erklärt sich diese Tatsache einfach dadurch,

daß man in den vorangehenden zehn Jahren die Unterhaltung der Straßen und Bauten sehr vernachlässigt hat und die entstandenen Mängel nun endlich beseitigt werden müssen. — Was die *Neuanlagen* der städtischen Unternehmungen anbetrifft, so weiß der Unbefangene, daß die Erweiterung und Bau von Straßenbahnen zur Bewältigung des stark gestiegenen Verkehrs einfach unumgänglich ist. Die Gaswerke und Elektrizitätswerke sind auch für die Industrie von großem Nutzen, da die von der Gemeinde bezogene Motorkraft viel billiger zu stehen kommt, als die in den eigenen kleinen Anlagen erzeugte. — Wenn Most gegen die Ausgaben in der Schulverwaltung Sturm läuft, so verkennt er die Bedeutung, die heute der Bildung und namentlich der Fortbildung der breiten Volksmassen zukommt. Er vergißt, daß die Vernachlässigung der Erziehung der schon sowieso durch den Krieg verwilderten Generation sich später stark rächen wird.

Schließlich muß Most selbst zugeben, daß die Gemeinden »mildernde Gründe« für ihre Ausgabenpolitik anführen können.

Man kann Most zustimmen, wenn er folgende Sparmaßnahmen den Gemeinden empfiehlt: Vereinfachung der Verwaltung, Finanzausgleich zwischen den einzelnen Gemeinden, Rationalisierung der Betriebe. Dagegen muß der demokratische Kommunalpolitiker mit aller Entschiedenheit den von Most empfohlenen »Abbau« kultureller und sozialer Einrichtungen ablehnen. Denn das, was wir an kultureller Pflege vernachlässigen und am Menschen versündigen, kann nie wieder gut gemacht werden. Den Vorschlag von Most, Schulen und Heilanstalten zusammenzulegen (*eine Anstalt für mehrere Gemeinden*) halten wir für unannehmbar: Wie sollen denn Erkrankte auf weiten Distanzen im Winter transportiert werden? Oder soll man Schüler in entlegene Schulen schicken? Kultur und Hygiene sind nicht nur eine Frage des »Prestiges« der Stadtväter.

Most ist sich dessen bewußt, daß durch die Einschränkung der Ausgaben die Gemeinden sich noch nicht helfen können, und betont die Notwendigkeit der Erweiterung der Einnahmequellen. Hier sind freilich den Gemeinden gesetzliche Schranken gesetzt. Außerdem verlangt der Verfasser eine weitgehende Schonung der Industrie.

Wenn Most sich zum strengen Richter der Gemeindeverwaltungen aufwirft, so bekundet er desto mehr Sympathie für die von ihm vertretene »Wirtschaft«. Wie milde spricht er von der verhängnisvollen Politik der Großindustrie während der Inflationszeit. Zum Schluß beteuert Most: die Wirtschaft sei »zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden bereit«; Voraussetzung dafür sei »Vertrauen«, Wirtschaft und Gemeinde »müssen auf dem Boden einer Gesetzgebung zusammenarbeiten« (S. 34—35). Worin dieses »Zusammenarbeiten« bestehen und worauf das »Vertrauen« beruhen soll, ist allerdings nicht klar. Sollen vielleicht beide gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen gründen? Der gleiche Most aber, der sich heute über die GWU. sehr lobend äußert, hat vor 13 Jahren, als Beigeordneter der Stadt Düsseldorf, die Gemeindeverwaltungen vor der »sozialen Gefahr« dieser Unternehmungsform gewarnt (Die deutsche Stadt und ihre Verwaltung, II, 22). Und wie soll die Gemeinde in diejenige Wirtschaft »Vertrauen« hegen, die noch unlängst an nichts anderes dachte, als an die Eroberung der Gemeindegewirtschaft? Auch ist es schwer denkbar, daß Wirtschaft und Gemeinde brüderlich »auf dem Boden der Gesetzgebung« zusammen-

arbeiten: so sehr sind ihre Interessen auf vielen wichtigen Gebieten diametral entgegengesetzt. Jede Frage der Tarifpolitik, der industriellen Unternehmungen der Gemeinde, der Steuerpolitik, der sozialen Fürsorge usw. muß zu Divergenzen zwischen beiden führen. (Daß auch die Gemeinde in ihrer Steuerpolitik ein gewisses Maß halten muß und daß die Steuerpraxis auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden soll, wird heute kein vernünftiger Kommunalpolitiker in Abrede stellen.)

So meinen wir denn, daß die Kritik von Most im allgemeinen bodenlos ist, und daß seine gut gemeinten Ratschläge kaum praktische Resultate zeitigen würden. Seine Schrift kann daher auf wissenschaftliche Bedeutung keinen Anspruch erheben. Sie kann nur als interessantes Zeitdokument betrachtet werden. (Marcus Gitermann.)

Schipper, Wilhelm: Die Bedeutung der Kälte-industrie für die Lebensmittelversorgung der Großstadt. Berlin, Oldenburg, 1925. 72 Seiten.

Eine Heidelberger Dissertation, welche die Konservierung durch Kälte für die Stadtwirtschaft in ihrer Abhängigkeit von Weltmarkt und Weltproduktion darstellt. Sie erfüllt die Aufgaben einer Dissertation, den Stoff zu sichten und das Material zu sammeln. Wirtschaftliche und technische Grundlagen der Kälteerzeugung, Marktverhältnisse werden in üblicher Methodik behandelt, während ein dritter Teil über die Kosten der Kältekonservierung eingehende und brauchbare Untersuchungen privatwirtschaftlichen Charakters gibt, aus denen sich der Kostenanteil der Frischhaltung ergibt. Für die Ernährungswirtschaft ist die Abhandlung ein wertvoller Beitrag.

(W. G. Waffenschmidt.)

26. Wohnungsfrage.

27. Unterrichts- und Bildungswesen.

28. Jugendfürsorge, Armenwesen und Wohlfahrtspflege.

»Beiträge zur sozialen Fürsorge.« Eine Schriftenreihe. Im Auftrage des westfälischen Provinzialverbandes von Landesrat Dr. Jung und Prof. Dr. Heinrich Weber herausgegeben. Heft 4—7. Heft 4: *Das Blindenwesen in der Provinz Westfalen.* Heft 5: *Das großstädt. Gesundheitsamt.* Heft 6: *Neuzeitliche Krüppelfürsorge.* Heft 7: *Schmutz und Schund als sozialpathologische Erscheinung.* Münster i. Westf. 1926.

Zweck und Ziel dieser Schriften ist, wie das Geleitwort zu diesen Beiträgen sagt, Information und Propaganda zur Schaffung einer zielstrebigsten Arbeitsgemeinschaft aller Fürsorgestellen in der Provinz, die sich gründet auf »sachliche Kenntnis des Aufgabengebietes und der Mittel zur Bearbeitung desselben, Vertrautheit mit den vorhandenen Einrichtungen und den gegebenen gesetz-

lichen Grundlagen, klares Erfassen des Zieles und willensmäßige Bereitschaft zur Hinordnung auf das gemeinsame Ziel.

Es handelt sich also um Information und Propaganda unter denjenigen Kreisen, die mitten in der Fürsorgearbeit stehen und daher von Rechts wegen die Kenntnisse besitzen müßten, die in diesen »Beiträgen« vermittelt werden sollen. Daß die Beamten und Angestellten der Fürsorgebehörden mit Ausnahme der besonders fachlich vorgebildeten Fürsorgerinnen bei der Neuheit aller wohlfahrtspflegerischen Einrichtungen und Bestrebungen auf die Erfordernisse sozialer Arbeit zu einem sehr großen Teil noch nicht eingestellt sind, ja nicht eingestellt sein können, ist eine für die Entwicklung unseres öffentlichen Wohlfahrtswesens sehr bedauerliche, aber zur Zeit ziemlich unabänderliche Tatsache. Es ist eine Uebergangserscheinung, die nur durch die allmähliche Schaffung eines sozialen Fachbeamtentums, durch Einstellung von nur gründlich geschulten Sozialbeamten und Sozialbeamtinnen bei den Wohlfahrtsbehörden in Stadt und Land wirklich behoben werden kann.

Ob und wie weit eine Schulung und fachliche Durchbildung außer durch Tagungen und Kurse durch eine derartige informatorische Schriftenreihe erreicht werden kann, erscheint mir sehr fraglich. Eine wirklich gründliche Information über die einzelnen Fürsorgegebiete stellt meines Erachtens keines der Hefte dar. Sie beschränken sich bewußt auf die Verhältnisse in der Provinz, verzichten aber trotzdem nicht, auf eine allgemeine Behandlung des jeweils gestellten Themas, in der richtigen Erkenntnis, daß diese allgemeinen Kenntnisse (über das Blindenwesen, Krüppelfürsorge usw.) bei den Lesern nicht vorausgesetzt werden können. Das gibt aber den einzelnen Heften der Schriftenreihe, so Wertvolles sie im einzelnen bieten mögen, etwas Uncinheitliches, Unorganisches. Sie sind keine eingehenden Einzeluntersuchungen lokaler Verhältnisse, die bekanntlich sehr wohl zu wissenschaftlich und allgemein bedeutsamen Ergebnissen führen können, sie sind aber auch keine Leitfäden oder Lehrbücher, die nun wirklich geeignet wären, eine solide Grundlage des Wissens auf den genannten Gebieten zu vermitteln.

Man sollte aber durch die Nöte der Uebergangszeit, die gewiß nicht unterschätzt werden sollen, sich nicht dazu verleiten lassen, derartiges wohlfahrtspflegerisches Halbbildungsgut zu verbreiten, das leicht von den hier in Betracht kommenden Kreisen als Ersatz für eine gründliche soziale Ausbildung angesehen werden kann, was es doch niemals ist.

Damit soll nichts gesagt sein gegen die Verbreitung guter wirklich populärer Literatur über das Fürsorgewesen zur Aufklärung und Schulung von Laien. Denn bei der Bedeutung, die die Mitarbeit ehrenamtlicher Hilfskräfte heute in der Wohlfahrtspflege hat, ist eine solche Information und Propaganda unbedingt erforderlich und auch vom wissenschaftlichen Standpunkt aus durchaus nicht etwa anfechtbar. Hefte dagegen, wie die des westfälischen Provinzialverbandes, sind trotz aller guten Absicht und trotz der gewiß wertvollen praktischen Erfahrungen, die die Verfasser besitzen, nicht geeignet, unsere wohlfahrtspflegerische Literatur wesentlich zu bereichern.

(Annemarie Fraenkel.)

Maier, Dr. Hans: Die gesellschaftliche Bedeutung der Wohlfahrtspflege (Sammlung Recht und Staat). Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1926.

Der Verfasser sieht in der Wohlfahrtspflege »die gesellschaftliche Betätigung des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände, kirchlicher humanitärer Körperschaften oder von Einzelpersonen, unser Volk gesünder, wirtschaftskräftiger und gebildeter zu machen, und zwar — darin liegt der Ersatz- und Ergänzungscharakter jeglicher Wohlfahrtspflege enthalten — durch Einrichtungen und Maßnahmen, die der einzelne mangels ausreichender Mittel nicht sich selbst zu beschaffen vermag.«

Die Wohlfahrtspflege wirkt in der Richtung der *Steigerung der Produktion*, indem sie durch sozialhygienische Maßnahmen den Gesundheitszustand der Bevölkerung und damit ihre Arbeitsfähigkeit zu steigern sucht, indem sie durch richtige Betreuung und Ausbildung erwerbsbeschränkter Menschen (Krüppel, Taubstumme, Blinde, Kriegsbeschädigte usw.) und geeignete Arbeitsbeschaffung für sie, der Volkswirtschaft Kräfte zuführt, die ihr sonst entgangen wären.

Die Wohlfahrtspflege beeinflusst jedoch auch die *Gestaltung des Güterverbrauchs*. Maier weist nach, daß insbesondere die Maßnahmen der vorbeugenden offenen Fürsorge (z. B. Tuberkulosenfürsorge) wirtschaftlich gesehen Sparmaßnahmen darstellen, indem sie durch *rechtzeitiges Eingreifen*, durch Verhüten von Krankheiten usw. der Oeffentlichkeit Versorgungslasten abnimmt, die diese sonst tragen müßte. Zum mindesten muß von einer durch die Wohlfahrtspflege selbst bewirkten »konsumpolitischen Veredelung wohlfahrtspflegerischer Aufwendungen« gesprochen werden, wenn etwa an die Stelle von Aufwendungen für Korrektions- und Armenhäuser solche für Jugendheime und Volksleshallen treten.

Die Wohlfahrtspflege hat aber außer der wirtschaftlichen insbesondere auch *sozialethische und politische Bedeutung*. Dadurch, daß sie, wie keine andere gesellschaftliche Betätigung, eingestellt ist auf das unmittelbare Wirken von Mensch zu Mensch, begünstigt sie das Sichkennen und Verstehenlernen verschiedener sozialer Schichten, fördert das solidarische Verbundenheitsgefühl unter den Menschen eines Volkes, aber auch über die Landesgrenzen hinaus (internationale Wohlfahrtspflege.) Die im Rahmen der Wohlfahrtspflege geforderte und erwünschte Mitarbeit ehrenamtlicher Kräfte bedeutet eine Verwirklichung des Selbstverwaltungsgedankens, wie er sich in keinem anderen staatlichen Aufgabengebiet in diesem Maße auszuwirken vermag.

Diese positiven Werte der Wohlfahrtspflege für die Gesellschaft sind stärker als alle Einwände, die auch heute noch (und vielleicht besonders heute) gegen sie erhoben werden. Es ist dies einmal die von Malthusschen Lehren beeinflusste Auffassung, daß die öffentliche Fürsorge den Arbeitswillen lähme. (Hier liegt ja auch tatsächlich eine Gefahr der Wohlfahrtspflege, die durch die Praxis bestätigt wird, der aber nicht durch Abstellung der Fürsorgetätigkeit, sondern durch ihre richtige Ausgestaltung begegnet werden soll). Dem Gedanken der Wohlfahrtspflege stehen aber auch darwinistische Theorien gegenüber, die das Ausleseprinzip auf gesellschaftliche Vorgänge anwenden und die Betreuung lebensunwerten Lebens, die Unterstützung der schwachen und kranken Glieder des Volkskörpers ablehnen.

Zum Schluß wird noch darauf hingewiesen, wie die Wohlfahrtspflege nicht nur ein für sich abgeschlossenes Gebiet darstellt, sondern wie stark sie andere Zweige gesellschaftlicher Betätigung beeinflusst.

Fürsorgerische und wohlfahrtspflegerische Gesichtspunkte sind in die heutige Medizin, ins Strafrecht, in Schule, Kirche, ja ins Polizeiwesen eingedrungen.

Wir haben es in diesem anläßlich einer Wohlfahrtstagung gehaltenen Vortrag mit einer Apologie der Wohlfahrtspflege zu tun, die uns bei der Kritik, die namentlich von seiten der Finanzdezernenten der Länder und Kommunen, aber auch in einem großen Teil der Oeffentlichkeit und der Wissenschaft laut wird, dringend notwendig erscheint. Berechnungen wie die auf S. 15 der Maierschen Schrift über die Rentabilität der Tuberkulosenfürsorge, sollten nach Möglichkeit häufiger versucht und veröffentlicht werden, damit ein genaueres Bild über die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der fürsorgerischen Maßnahmen gewonnen werden könnte, wenn ja auch diese wirtschaftliche Seite, wie Maier selbst betont, nicht die einzige und wesentlichste ist.

(Annemarie Fraenkel.)

Perl, Otto: Krüppeltum und Gesellschaft im Wandel der Zeit. (Bücherei der christlichen Welt, Gotha 1926.)

Der Begründer des »Selbsthilfebundes der Körperbehinderten« (Otto-Perlbund), selbst seit seiner Kindheit körperlich schwer behindert, hat in seiner Schrift die Stellung des Krüppels im Laufe der verschiedenen geschichtlichen Perioden untersucht, und die Wege besprochen, die eine moderne Krüppelfürsorge gehen muß, um den Krüppel als sozial vollwertigen Menschen zu erhalten oder, wenn er es nicht ist, dazu zu machen.

Entscheidendes Gewicht legt Perl auf die Selbsthilfe der Krüppel. Ihm ist die Arbeit der meisten Krüppelheime aber auch die neuere Gesetzgebung auf diesem Gebiet noch viel zu stark von dem rein »fürsorgerischen« Gedanken beherrscht, worunter Perl die Auffassung versteht, daß man den Krüppel im wesentlichen bewahren, versorgen, pflegen muß. Im Vordergrund der Hilfe muß jedoch seiner Ansicht nach der Wille stehen, den Krüppel möglichst voll erwerbsfähig zu machen (ärztliche Behandlung, Erziehung und Berufsausbildung) und den dauernd Erwerbsbeschränkten durch besondere Maßnahmen (Werkstätten, Siedlungsheime, Heimarbeitsvermittlung) geeignete Arbeit zu verschaffen. Diese Forderungen werden aber wohl heute allgemein anerkannt, wenn natürlich auch die Praxis vielfach hinter ihnen zurückbleibt und statt einer wirtschaftlich rationellen und außerdem menschenwürdigen sozialen Hilfe noch vielfach eine gänzlich unrationelle rein pflegerische Versorgung gewährt wird.

Selbsthilfeorganisationen, d. h. Verbände der Fürsorgebedürftigen, gibt es seit dem Kriege eine beträchtliche Anzahl (vgl. die Organisationen der Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen usw.). Die Frage, wie weit ihre verantwortliche Mitwirkung in der öffentlichen Wohlfahrtspflege, die sie alle anstreben, möglich und zweckmäßig ist, ist noch umstritten. Sie sind Interessentenverbände, die durch diese verantwortliche Mitarbeit in die Lage versetzt werden, zugleich Partei und Richter zu sein (vgl. auch die oben besprochene Schrift von A. Weber S. 120). Immerhin scheint bemerkenswert, daß der Selbsthilfebund der Körperbehinderten, wie es auch aus der vorliegenden Schrift zu entnehmen ist, nicht, wie die meisten anderen Organisationen der Hilfsbedürftigen, eine rein wirtschaftlich eingestellte, nur auf den Vorteil ihrer Mitglieder bedachte Interessentengruppe ist, sondern sich sehr stark seelische und geistige,

vor allem erzieherische Aufgaben stellt und dadurch nicht nur eine Befreiung der Krüppel von der Fürsorge, sondern damit zugleich eine Entlastung eben dieser öffentlichen Fürsorge erstrebt.

(Annemarie Fraenkel.)

Weber, Dr. Adolf: Fürsorge und Wohlfahrtspflege. Sammlung Götschen. Berlin u. Leipzig, W. de Gruyter & Co., 1926.

Die Schrift stellt eine kurze Einführung in die soziale Hilfsarbeit dar. In einem allgemeinen Teil wird die Geschichte der Armenfürsorge, ihr heutiges Wesen und Ziel, sowie die Aufgaben der öffentlichen wie der privaten Fürsorge nach ihrem heutigen Stande dargestellt. Sodann werden in einem besonderen Teil die Hauptursachen der Armut aufgezeigt und die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Volkskrankheiten, Alkoholismus und Unwirtschaftlichkeit geschildert, sowie die Formen, in denen die Hilfe gewährt werden kann (offene und geschlossene Fürsorge). Weitere Abschnitte behandeln die Kinder- und Jugendfürsorge, sowie den zur Ausübung der neuzeitlichen Fürsorge notwendigen behördlichen Apparat und die in ihm tätigen Beamten.

Die Schrift stellt trotz ihrer knappen Form die wesentlichsten Probleme der heutigen Fürsorgearbeit dar und nennt die Wege, die behördliche wie freie Wohlfahrtspflege zur Ueberwindung der sozialen Not zu gehen versuchen. Es wird dadurch ein klarer Ueberblick über das an sich sehr komplizierte und in vielen Punkten noch ungeklärte Gebiet der sozialen Hilfsarbeit gegeben und damit auch ein guter Wegweiser für eine weitere Vertiefung in die hier in Betracht kommenden theoretischen und praktischen Fragen.

(Annemarie Fraenkel.)

29. Kriminologie, Strafrecht.

Grünhut, Max: Begriffsbildung und Rechtsanwendung im Strafrecht (Recht und Staat 41). Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1926.

Die bahnbrechende Kraft und pfadweisende Bedeutung dieser Schrift ist in ihrer Wirkung auf die zeitgenössische Strafrechtswissenschaft in keiner Weise heute schon vorauszusehen. Dies aber darf gesagt werden: davon, ob einer erkennt, was diese Schrift birgt, hängt es wesentlich ab, ob man ihn zur zeitgenössischen Strafrechtswissenschaft wird zählen dürfen. Denn es ist mit eminenter geistiger Kraft der Impuls der gegenwärtigen Strafrechtswissenschaft hier zum Ausdruck gekommen. Was ist das für ein Impuls? Es ist der Wille zur richtigen Form des strafrechtlichen Denkens: er fordert Methodologie. Und es ist der Wille zum richtigen Inhalt strafrechtlichen Denkens: er fordert Pädagogik. Demnach ist es die wahre Form, in der Rechtsbegriffe gelten und der wirkliche Kulturraum, in dem sie zur Anwendung kommen, was im Bezirk des Strafrechts das spezifische Problem Grünhuts bezeichnet.

Die methodologische Problematik des Strafrechts entwickelt sich für Grünhut aus der Existenz faktischer und normativer Elemente im gesetzlichen Tatbestand. Um der Rechtssicherheit willen wird die faktische Begriffsbildung im Strafrecht bevorzugt. Die Gerechtigkeit aber verlangt ausfüllbare Wertformeln. So gibt es zahlreiche

normative Elemente. Teils greift der Richter bei seiner Wertung auf andere Gebiete der Rechtsordnung, teils auf transjuristische Werte zurück. Diese beiden Formen der Begriffsbildung zeitigen aber nicht isolierte Erzeugnisse, ihr Produkt ist vielmehr eine *typische* Verschlingung der faktischen und der normativen Elemente im Tatbestand. Es ergibt sich daraus für Grünhut als erstes wichtiges Resultat die Erkenntnis, daß in der Strafrechtswissenschaft eine durchgängige Abhängigkeit des Stoffes von der Methode herrscht. Der Feststellung der *Grenze* normativer und faktischer Elemente in der strafrechtlichen Begriffsbildung gilt Grünhuts methodologisches Bemühen im einzelnen.

Die *pädagogische* Aufgabe besteht für Grünhut darin, die Bedeutung dieser Gesichtspunkte und Wertmaßstäbe für die Rechtsanwendung zu kennzeichnen. Zunächst ergibt sich die Ablehnung »linear abgegrenzter Begriffe« und die Forderung einer nur »relativen Prägnanz« aus dem methodologisch Entwickelten. Indem die Lehre vom adäquaten Kausalzusammenhang z. B. gegenüber der transjuristischen, »seins«wissenschaftlichen Bedingungstheorie Wertelemente in sich aufnimmt, führt sie zu zuverlässigeren Ergebnissen. Und wenn die herrschende Lehre vom *dolus eventualis* durch die begrifflich scharfe »Franksche Formel« den Richter auf eine Beurteilung der Gesamtpersönlichkeit des Täters verweist, so verhüllt die scheinbar »allgemeingültig logische Form« nur ein freies richterliches Werturteil. Ähnlich trügerisch ist der Glaube, durch gesetzliche Beweisregeln die objektive Wahrheit ermitteln zu können, nur die freie Beweiswürdigung besitzt genügend Elastizität, um zureichende Ergebnisse fördern zu können. Andererseits warnt Grünhut vor »Ueberschätzung des normativen Charakters« der strafrechtlichen Begriffsbildung. Aber ihre Aufdeckung führt zu der wichtigen, weiteren Forderung: den rein logischen Charakter der Rechtsanwendung zurücktreten zu lassen und die Gesetzesbestimmtheit als ein Postulat der juristischen Begriffsbildung fallen zu lassen. Denn gerade diese *problematisiert* ihrer Struktur nach den Gedanken der Gesetzesbestimmtheit. Daraus ergibt sich eine letzte Folge: die Erweiterung des Gebietes der Revision. Nicht nur die rechtlichem Gebiet entnommenen spezifischen, sondern auch die transjuristischen Wertgebieten entstammenden allgemeinen normativen Elemente unterliegen der Revision.

Mag dieses Ergebnis manchen Rechtsschutzfanatiker unbefriedigt lassen, dies jedenfalls ist gewiß: die Gedanken Grünhuts stehen am Anfang aller zukünftigen Wissenschaft vom Strafrecht und seiner Methode und sie heben den gedanklichen Kern des Reformwerkes in das Licht einer Wirklichkeitserkenntnis, von dem aus allein der Weg zur Wirklichkeitserziehung der künftigen Strafrichter erleuchtet werden kann.

(Erik Wolf.)

30. Soziale Hygiene.

31. Frauenfrage, Sexualethik.

32. Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht.

Funk, Friedrich Otto: Die eidgenössischen Volksabstimmungen von 1874 bis 1914. Bern, Verlag Dr. Gustav Grunau, 1925. 196 S.

Das Buch behandelt die eidgenössischen Volksabstimmungen, die seit 1874, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen (revidierten) Bundesverfassung bis zum Kriegausbruch durchgeführt wurden, also ein interessantes Gebiet, dessen Behandlung man sich schon längst gewünscht hätte. Damit man sich bei Auseinandersetzungen in Fragen der Demokratie nicht ins Uferlose verliert (und diese Gefahr ist immer sehr groß), ist es nötig, sich einmal zunächst auf ein sorgfältig zusammengestelltes Anschauungs- und Beobachtungsmaterial stützen zu können. Aus diesem Grunde sind Untersuchungen, wie die vorliegende, begrüßenswert. Die Gewinnung und das unvoreingenommene Studium solcher Rohmaterialien sind für denjenigen, der sich mit der Demokratie und dem Parteiwesen näher beschäftigt, unerläßliche Voraussetzung.

Der Verfasser des hier zu besprechenden Buches ist Jurist. Seine Betrachtung ist deshalb mehr juristischer Natur und entbehrt soziologischer und sozialpsychologischer Gesichtspunkte. Am Schluß nimmt er zwar einen Anlauf hierzu, indem er versucht, in einer zusammenfassenden Betrachtung sachliche und psychologische Einwirkungen auf die Volksabstimmungen und deren Resultate systematisch aufzuzählen; obwohl sich hier einige gute Elemente aufgeführt finden, ist dieses Kapitel doch zu unvollständig und zu schwach geraten. Das gleiche ist der Fall mit dem Abschnitt über die Parteien im ersten Teil der Arbeit, der sich mit den rechtlichen und politischen Grundlagen der Abstimmungen befaßt.

Die verdienstvolle Zusammenstellung und Anordnung der Abstimmungen in diesem Zeitraum von vier Jahrzehnten teilt sich in die Abstimmungen 1. über die Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die durch Anwendung des sog. fakultativen Referendums (wenn die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Anzahl von Bürgern dies verlangt) vor das Volk gebracht werden, 2. über die Vorlagen der Bundesversammlung, die eine Verfassungsänderung betreffen und auf die das obligatorische Referendum Anwendung findet und 3. über Volksinitiativen (auf Abänderung der Bundesverfassung — die Gesetzesinitiative besitzt die Eidgenossenschaft nicht, nur die Kantone —), zu deren Zustandekommen ebenfalls eine gewisse Anzahl von Unterschriften notwendig ist.

Eine Betrachtung der Resultate dieser Volksrechte führt natürlich zu interessanten Beobachtungen. Nur ist es schwer bei einer Wertung, die wissenschaftlich etwas brauchbar sein soll, den richtigen und methodisch einwandfreien Standpunkt zu finden. Ein Beispiel: das wichtigste Volksrecht in der Schweiz, das fakultative Referendum, wurde während 50 Jahren (1874—1924) 34mal, zu einem großen Teil bei wichtigen Vorlagen, ergriffen. Bei diesen 34 Volksabstimmungen wurden 21 Vorlagen verworfen. »Es kommt hierin die negative Funktion des fakultativen Referendums zum Ausdruck«, meint der Verfasser hierzu. Eine solche Äußerung kann irreführend sein. Zunächst muß festgestellt werden, was auch Funk tut, daß das Referendum

nur gegenüber 34 Bundesgesetzen und Bundesbeschlüssen von insgesamt 387, die dem Referendum unterstellt waren, ergriffen wurde. Man kann dieses Verhältnis nicht als zu hoch bezeichnen. Dann kommt es bei der Betrachtung dieser Fragen stets darauf an, von welchem Standpunkt aus man urteilt und wertet! Im Februar 1924 hatte das schweizerische Volk z. B. über eine Vorlage betr. die Abänderung des Fabrikgesetzes abzustimmen. Die Annahme hätte eine Durchbrechung des Prinzips des Achtstundentags bedeutet und zwar im Sinne des Neunstundentags. Die Vorlage wurde entschieden abgelehnt. Es war einer der interessantesten und bedeutendsten Abstimmungstage der Demokratie.

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit wird diese Abstimmung als eine negative werten. Die Gegner jener Aenderung können aber genügend Gründe anführen, aus denen hervorginge, daß der Sinn jener Abstimmung ein eminent positiver gewesen sei und daß man an der Demokratie hätte verzweifeln müssen, wenn unter dem Hochdruck der Kampagne der revisionsfreundlichen Regierungs- und Parlamentsmehrheit das Volk den »Raub am Achtstundentag« sanktioniert hätte. Man sieht aus diesem Beispiel, daß man mit solchen Wertungen zu keinem Resultat kommt. Soll man deshalb auf eine kritische Untersuchung der Resultate der Demokratie verzichten und von einer Klassifizierung der Ergebnisse absehen? Kaum! Sicherlich würde eine solche von höchstem Interesse sein. Aber das Problem lautet: die Resultate von Referendums- und Initiativabstimmungen auf einen Generalnenner zu bringen und Elemente hierzu zu isolieren. Dabei wird man voraussetzungslos nicht vorgehen dürfen und auch die höheren soziologischen Zusammenhänge berücksichtigen müssen.

(Fritz Giovanoli.)

33. Gewerbe-, Vereins- und Privatrecht.

34. Politik.

Der Entwicklungsgang der national- ökonomischen Wissenschaft in Deutschland

von Dr. jur. Friedrich von Kleinwächter

Hofrat, em. Professor der Staatswissenschaften an der früheren deutschen,
Honorarprofessor an der nunmehr Kgl. rumänischen Universität Czernowitz

Preis RM. 5,40

»Das Buch schildert den Entwicklungsgang der Nationalökonomie in großen Zügen speziell in Deutschland und zeigt, welche Wandlung diese Wissenschaft in den 150 Jahren seit dem Erscheinen des grundlegenden schmittschen Werkes bis zum heutigen Tage erfahren hat. Es ist gewissermaßen eine kurze Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland.«

Staatsmänner und Abenteurer

Russische Porträts von Witte bis Trotzki 1891–1925

von Dr. Elias Hurwicz

In Ganzleinen gebunden RM. 6,—

**Graf Witte – Gapon – Rasputin – Nikolaj II – Kerenski – Zeretelli
Nabokow – Denikin – Koltischak – Machno – Lenin – Trotzki**

In dem jüngst erschienenen Buche von Elias Hurwicz, »Staatsmänner und Abenteurer«, wird an der Hand von Porträts russischer Persönlichkeiten die Entwicklung zu der Katastrophe gezeigt, unter der der Koloß auf tönernen Füßen schließlich zusammenbrechen mußte.

Wer das genannte, fesselnd geschriebene Buch studiert, das ohne Übertreibung zur wahren Fundgrube für alle diejenigen wird, welche sich über Russisches All-russisches unterrichten möchten, kommt unbedingt auf seine Rechnung.

(Aus dem Leitartikel in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung vom 18. Juni 1925.)

Die erste deutsche Arbeiterbewegung

Geschichte der Arbeiterverbrüderung von 1848–49

Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus

von Dr. Max Quarek

RM. 7,50, gebunden RM. 9,—

Das Werk ist die erste ausführliche und dokumentierte Darstellung der Arbeiterbewegung von 1848 mit zahlreichen Ausblicken auf die weitere Entwicklung. Es beruht auf den sorgfältigsten Archivstudien und ist doch flüssig und anziehend geschrieben, so daß es jedem Gebildeten empfohlen werden kann, zumal sich häufig Parallelen mit der Jetztzeit ergeben. Der Marxismus wird in ihm auf sein richtiges geschichtliches Ausmaß zugeführt, so daß das Buch auch einen Beitrag zu dieser jetzt noch umstrittenen Frage bildet.

Sozialismus und Staat

Eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus

von Dr. Hans Kelsen, Professor in Wien

2. Auflage, RM. 5,—

Der in Wien sehr bekannte und geschätzte Autor stellt die von Marxismus behauptete Möglichkeit der staatslosen Verwirklichung des sozialistischen Ideals zur Diskussion. Besprochen wird das kommunistische Manifest, die politische Theorie in den Schriften von Marx und Engels, die Theorie des Bolschewismus, Demokratie und Räteverfassung Kautsky, Bebel, Plechanow, Bernstein, Renner, Cunow, Bucharin, Trotzki, Radek und andere Träger politischer Reform- und Umsturzprogramme finden eine mehr oder minder eingehende Würdigung.

Ausklang: Zurück zu Lassalle.

(Österreichische Buchhändler-Zeitung.)

C. L. HIRSCHFELD, VERLAG, LEIPZIG

Walter de Gruyter & Co.
Postscheckkonto:



Berlin W 10 und Leipzig
Berlin NW 7 Nr. 595 33

Sieeben erschien:

Handbuch der Erwerbslosenfürsorge

Mit einer Einführung und Erläuterungen von

Dr. jur. Herbert Schmeißer

Reg.-Rat im Thüringischen Ministerium für Inneres und Wirtschaft.
Zweite Auflage. Taschenformat. X, 496 Seiten. (Guttentagsche Sammlung Dtsch. Reichsgesetze Bd. 165.) In Leinen M. 10.50.

Deutsches Arbeitsrecht. Zu seiner Neuordnung. Von Dr. jur. **Erich Meißbach**, Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium. Groß-Oktav. 245 Seiten. M. 4.50, geb. M. 6.50.

Arbeiterschutz und Arbeitsrecht. Von Dr. **A. Günther**, Prof. an der Universität Innsbruck. 512 Seiten. (Guttentagsche Sammlg. Dtsch. Reichsgesetze Band 138 a.) M. 5.—.

Internationales Arbeitsrecht. Unter besonderer Berücksichtigung der Internationalen Arbeitsorganisation. Von Dr. **Helmut Legerstas** von Tilly, Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes beim Völkerbund in Genf. 120 Seiten. (Sammlung Götschen Band 882.) Geb. M. 1.50.

Die Arbeiterfrage. Von Dr. **Heinrich Hertner**, Geh. Reg.-Rat, o. Professor an der Universität Berlin. Zwei Bände. Achte Auflage. Groß-Oktav. XXX, 1312 Seiten. M. 18.—, geb. M. 22.—.

Arbeitsmarktpolitik. Von Dr. jur. Dr. phil. **Ernst Berger**, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. Klein-Oktav. 150 Seiten. (Samml. Götschen Band 928.) In Leinen gebunden M. 1.50.

Die preussische Verordnung vom 12. September 1919 über
Arbeitsnachweis mit Erläuterungen und Anhang. Von Magistratsrat **Paul Wölbling**, Berlin. Taschenformat. 69 Seiten. (Guttentagsche Sammlg. Preussischer Gesetze Band 58.) Geb. M. 1.—.

Das Betriebsräteproblem. Von Dr. **Kurt Brigl-Matthias**. Oktav. VI, 250 Seiten. (Sozialwissenschaftliche Forschungen, Abteilung III, Heft 6.) M. 9.—.

Der Soziallohn und seine wirtschaftliche Bedeutung von **Gerhard Braun**. Oktav. 56 Seiten. M. 1.20.

Die Reichsversicherungsordnung. Textausgabe mit Anmerkungen, Einleitung und Sachregister. Von Dr. **Karl Lippmann**, Senatspräsident im Reichsversicherungsamt. Taschenformat. XV, 589 Seiten. Mit Ergänzungsband. (Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Band 161 und 161 b.) Geb. M. 11.—.

RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

CIRCULATION DEPARTMENT

This book is due on the last date stamped below, or
on the date to which renewed.

books are subject to immediate recall.

SL 91 187 715 358

LIBRARY USE

REC. CIR. JAN 29 80

JAN 2 1996

JUN 17 1991

RECEIVED BY

DEC 30 1995

DEC 21 1981

CIRCULATION DEPT.

AUG 22 1991

AUTO DISC CIRC

MAR 13 '93

LD21-32m-1.75
(S3845L)4970

General Library
University of California
Berkeley
Berkeley

GENERAL LIBRARY - U.C. BERKELEY



8000292043

623521

H5
A8
v.56

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY

